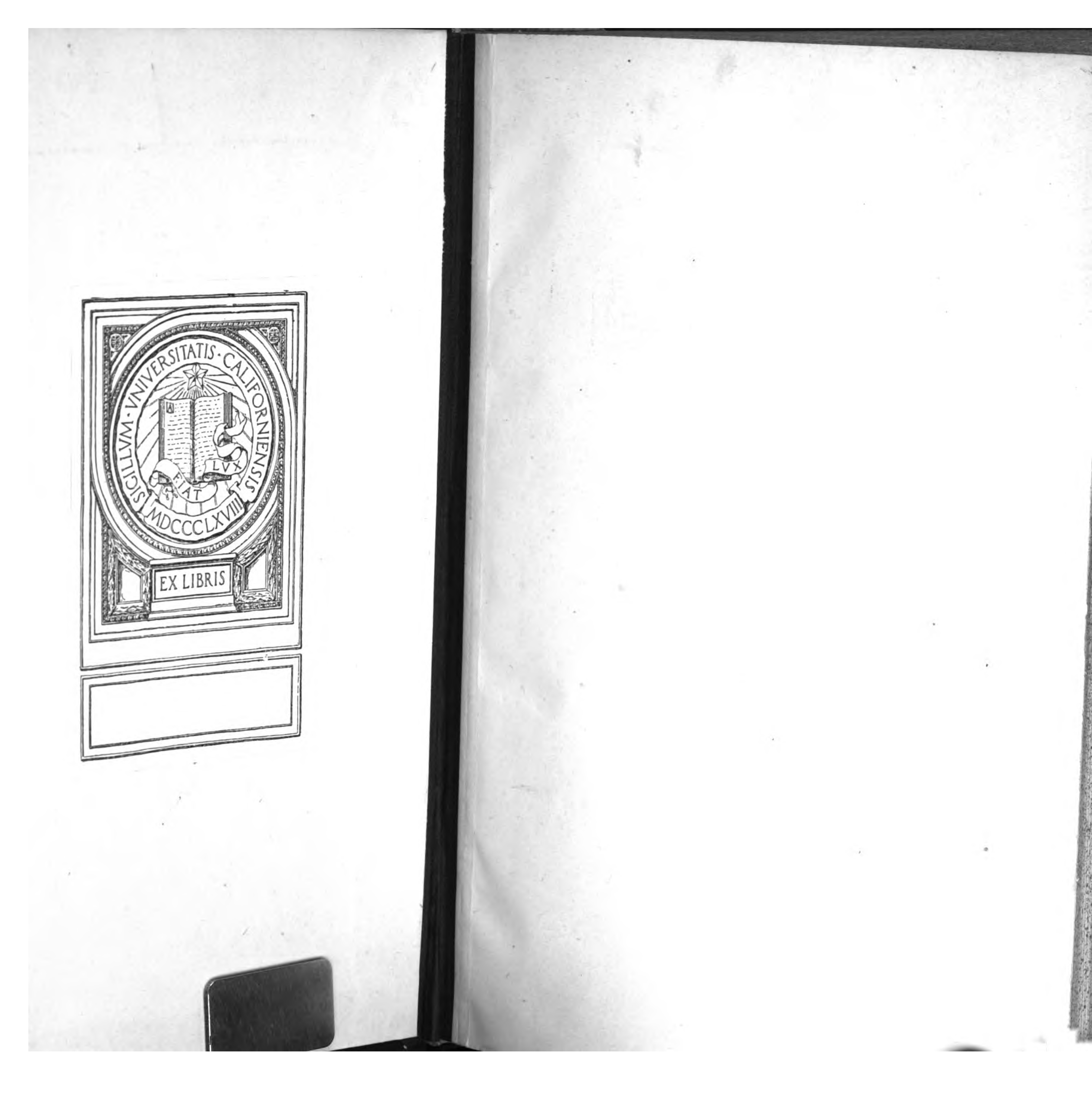
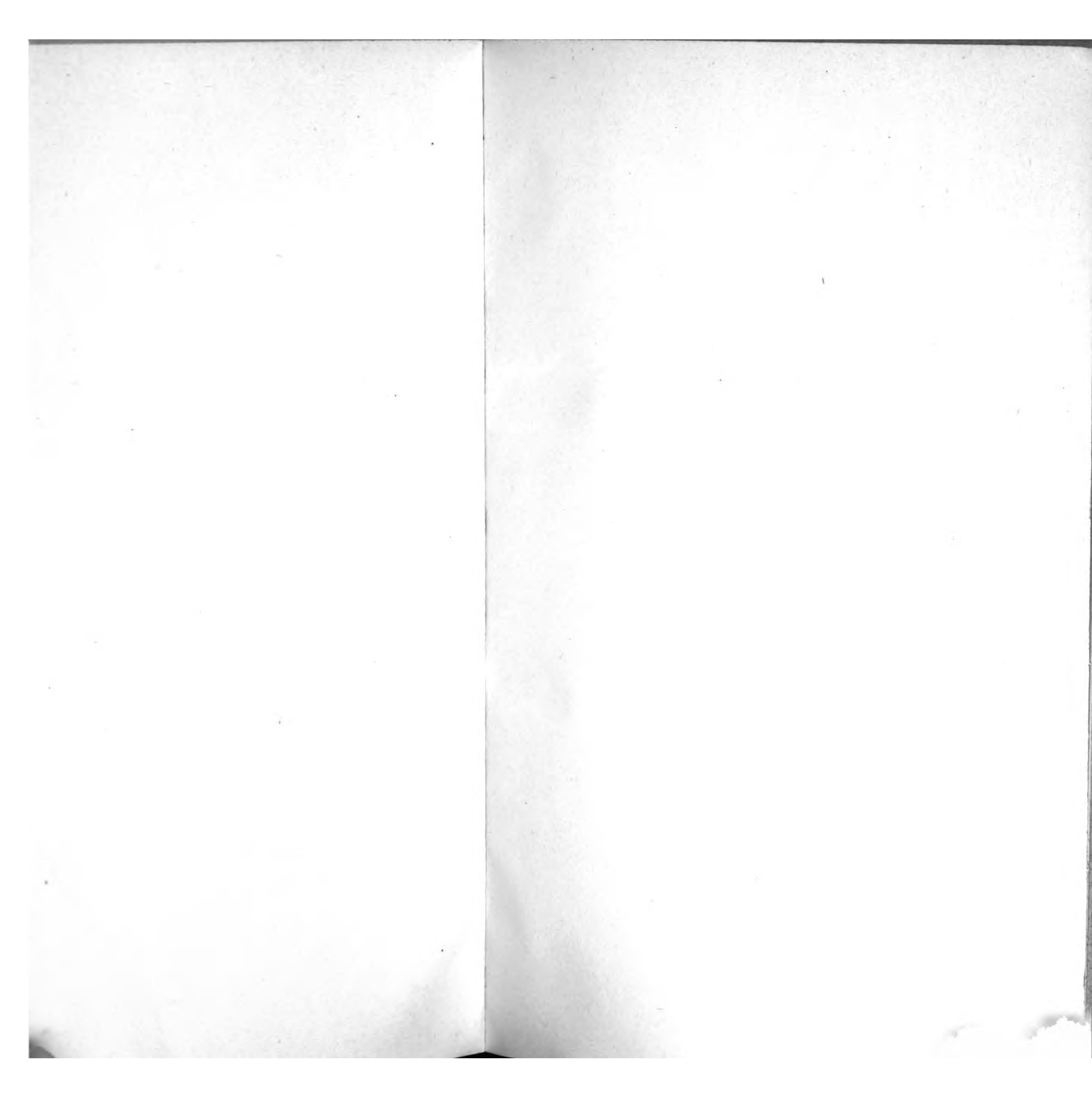
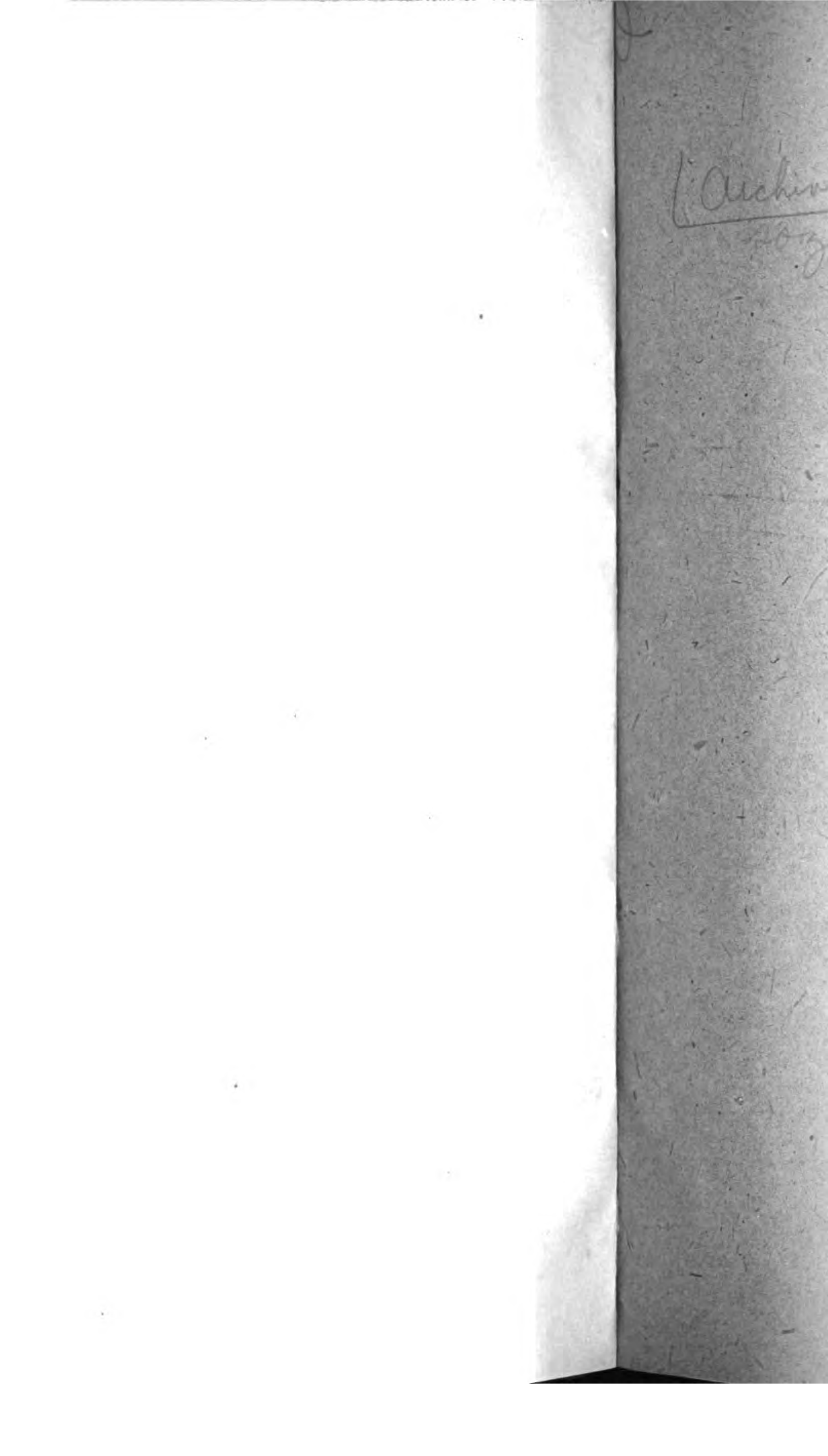



SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS







ARCHIV
FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
UND
SOZIALPOLITIK

IN VERBINDUNG MIT

WERNER SOMBART, MAX WEBER UND JOSEPH SCHUMPETER

HERAUSGEGEBEN VON

EDGAR JAFFÉ

SCHRIFTLEITUNG: EMIL LEDERER, HEIDELBERG

45. BAND



TÜBINGEN
VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)
1918/1919.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.

INHALT.

ABHANDLUNGEN.

Die ökonomische Umschichtung im Kriege.

Von

EMIL LEDERER.

I. Die Eigenart der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur.

Die ersten Ueberlegungen über die Kriegswirtschaft sehen im Kriege die Störung des ökonomischen Prozesses, und zwar des Zirkulationsprozesses, wie er uns in der Geldbewegung entgegentritt. Das Umschlagen des Kreditsystems in ein Bargeldzahlungssystem, die Veränderungen in den Geldströmen, welche hervorgerufen worden sind durch die Erfordernisse der Kriegführung, fesseln die allgemeine Aufmerksamkeit und verschleiern zunächst die Veränderungen, welche sich in der Produktionssphäre und im Verteilungsprozess abspielen. Auch die Erörterungen über die Gestaltung derjenigen Periode, welche man Uebergangswirtschaft zu nennen sich gewöhnt hat, knüpfen ebenso ganz regelmäßig an die gegenwärtige Situation des Geldwesens an. Das rührt wohl daher, daß die Veränderungen in der Geldzirkulation am deutlichsten vor aller Augen liegen, die Aufmerksamkeit auf sich lenken, und in gleicher Weise, wenn auch nicht in gleicher Richtung, für alle Geschäftszweige von Bedeutung sind. Außerdem haben alle Bewegungen auf dem Geldmarkte einen politischen Nebensinn, weil der Zinsfuß und mehr noch die Wechselkurse als Symptome der wirtschaftlichen Entwicklung und der wirtschaftlichen Geltung im Ausland verfolgt werden. Dabei ist dann die Gefahr gegeben, daß die wirtschaftliche Lage nach den Symptomen des Geldmarkts schematisch, ohne Zurückgehen auf die tiefer liegenden wirtschaftlichen Ursachen im einzelnen beurteilt wird [1].

[1] Der Zinsfuß allein ist z. B. kein eindeutiges Kriterium der Wirtschaftslage. So bedeutet die Flüssigkeit des Geldes etwas anderes im Krieg als in Friedenszeiten. Die Liquidität der Volkswirtschaft macht sich auf dem Geldmarkt

So spielt auch jetzt in allen Diskussionen über die »Uebergangswirtschaft« die Frage der Wechselkurse die Hauptrolle. »Valuta und Frachtraum« sind die beiden Schlagworte, welche allerorten zu hören sind, wiewohl diese Probleme für die einzelnen Länder sehr verschieden liegen und daher auch nicht überall dasselbe bedeuten. Es kann die Wirtschaftsstruktur der Uebergangsperiode, wiewohl die Valuta aller kriegführenden Länder devalviert ist und wiewohl alle Länder unter dem Mangel an Frachtraum leiden werden — von den allgemeinsten Zügen des Wirtschaftsverlaufs abgesehen — nur für jedes Land gesondert betrachtet werden. Die Differenzierung in der Lage der einzelnen Länder ist vor allem durch die lange Kriegsdauer hervorgerufen. Diese arbeitet die Unterschiede der einzelnen Kriegswirtschaften immer schärfer heraus und man braucht nur eine Nummer des »Economist« vom Beginn des vierten Kriegsjahres in die Hand zu nehmen um die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur Englands und Deutschlands beim Eintritt in das vierte Kriegsjahr fast greifbar deutlich vor Augen zu haben[2]).

Infolge dieser Differenzierung der einzelnen Kriegswirtschaften reichen die Ueberlegungen, welche nach 1—1½ jähriger Kriegsdauer, also im Sommer 1915 oder zu Beginn des Jahres 1916 angestellt wurden, heute nicht mehr völlig aus. Man konnte zwar damals bereits die allgemeinsten Züge der Veränderung sehen, und vor allem konnte man erkennen, daß vor Wiederkehr des Friedenszustandes eine Epoche staatlicher Regelung eingeschoben werden müsse, wenn man allzu heftige Erschütterungen vermeiden wollte. Es waren aber die Konturen der Friedenswirtschaft damals noch so deutlich erhalten, es war auch im Bewußtsein der Kriegszustand noch so sehr als Ausnahmezustand gegeben, daß die Wiederanknüpfung sowohl im Bewußtsein als in den Tatsachen leicht möglich war und mühelos vorgestellt werden konnte. Da sich seither die Kriegsdauer mehr als verdoppelt hat und die Kriegskosten vielleicht dreimal so hoch wurden — während die wesentlichen wirtschaftlichen Kriegs-

durch die gleichen Phänomene bemerkbar, ob sie nun auf eine Liquidierung, also Auflösung und einen Zersetzungsprozeß zurückgeht, oder ob sie im Gegenteil hiezu die Leichtigkeit des Geschäftsganges infolge reichlicher Mittel, guten Absatzes bei hohen Löhnen, großer Gewinnste bei raschem Kapitalumschlag und infolgedessen schnell wachsenden realen Reichtum der Volkswirtschaft anzeigt.

[2]) Einen Versuch, die Kriegswirtschaften ihrer Eigenart nach zu charakterisieren, enthält mein Beitrag zu den Kriegsbänden von Meyers Großem Konversations-Lexikon, herausgegeben von Dietrich Schäfer.

So spielt auch jetzt in allen Diskussionen über die »Uebergangswirtschaft« die Frage der Wechselkurse die Hauptrolle. »Valuta und Frachtraum« sind die beiden Schlagworte, welche allerorten zu hören sind, wiewohl diese Probleme für die einzelnen Länder sehr verschieden liegen und daher auch nicht überall dasselbe bedeuten. Es kann die Wirtschaftsstruktur der Uebergangsperiode, wiewohl die Valuta aller kriegführenden Länder devalviert ist und wiewohl alle Länder unter dem Mangel an Frachtraum leiden werden — von den allgemeinsten Zügen des Wirtschaftsverlaufs abgesehen — nur für jedes Land gesondert betrachtet werden. Die Differenzierung in der Lage der einzelnen Länder ist vor allem durch die lange Kriegsdauer hervorgerufen. Diese arbeitet die Unterschiede der einzelnen Kriegswirtschaften immer schärfer heraus und man braucht nur eine Nummer des »Economist« vom Beginn des vierten Kriegsjahres in die Hand zu nehmen um die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur Englands und Deutschlands beim Eintritt in das vierte Kriegsjahr fast greifbar deutlich vor Augen zu haben[2]).

Infolge dieser Differenzierung der einzelnen Kriegswirtschaften reichen die Ueberlegungen, welche nach 1—1½ jähriger Kriegsdauer, also im Sommer 1915 oder zu Beginn des Jahres 1916 angestellt wurden, heute nicht mehr völlig aus. Man konnte zwar damals bereits die allgemeinsten Züge der Veränderung sehen, und vor allem konnte man erkennen, daß vor Wiederkehr des Friedenszustandes eine Epoche staatlicher Regelung eingeschoben werden müsse, wenn man allzu heftige Erschütterungen vermeiden wollte. Es waren aber die Konturen der Friedenswirtschaft damals noch so deutlich erhalten, es war auch im Bewußtsein der Kriegszustand noch so sehr als Ausnahmezustand gegeben, daß die Wiederanknüpfung sowohl im Bewußtsein als in den Tatsachen leicht möglich war und mühelos vorgestellt werden konnte. Da sich seither die Kriegsdauer mehr als verdoppelt hat und die Kriegskosten vielleicht dreimal so hoch wurden — während die wesentlichen wirtschaftlichen Kriegs-

durch die gleichen Phänomene bemerkbar, ob sie nun auf eine Liquidierung, also Auflösung und einen Zersetzungsprozeß zurückgeht, oder ob sie im Gegenteil hiezu die Leichtigkeit des Geschäftsganges infolge reichlicher Mittel, guten Absatzes bei hohen Löhnen, großer Gewinnste bei raschem Kapitalumschlag und infolgedessen schnell wachsenden realen Reichtum der Volkswirtschaft anzeigt.

[2]) Einen Versuch, die Kriegswirtschaften ihrer Eigenart nach zu charakterisieren, enthält mein Beitrag zu den Kriegsbänden von Meyers Großem Konversations-Lexikon, herausgegeben von Dietrich Schäfer.

folgen seither überhaupt erst eingetreten sind —, so stehen wir heute einer ganz anderen Lage gegenüber als im Winter 1915—16 oder etwa bei Gründung des Reichskommissariats für Uebergangswirtschaft, im Sommer 1916. Trotzdem sehe ich mich nicht veranlaßt, den Gedankengang einer im Winter 1915—16 niedergeschriebenen im Archiv veröffentlichten Studie über die Ueberleitung der Volkswirtschaft in den Friedenszustand in irgend einem wesentlichen Punkte abzuändern[3]). Doch sind inzwischen so wesentlich neue Tatsachen eingetreten, daß der erwähnte Gedankengang heute mit vielen Einschaltungen und andern Wendungen geführt werden muß, um alles zu sagen, was wir heute (auch ohne Heranziehung der noch geheimen Materialien) über die erste Zeit nach dem Kriege und ihre Wirtschaftsstruktur vermuten können.

Die erwähnte Abhandlung knüpft an die napoleonischen Kriege und den Krieg 1870—71 an, um die allgemeinste Form einer »Uebergangswirtschaft« an einem historischen Beispiel nachzuprüfen. Wirtschaftlich ist eine jede dieser Uebergangsperioden gewesen: Ueberwindung der »Störung«, welche der ökonomische Prozeß während des Krieges erfahren hat. Tatsächlich können wir ja den Krieg ökonomisch nur als eine »Störung« des normalen Zustandes ansehen (worin noch keine Wertung gelegen ist). Aber ein volkswirtschaftlicher Prozeß, der sich im Zustand des allseits freien nur in gewissem Grade behinderten Verkehrs, prinzipiell ohne Staatseingriffe auf dem Boden der Profitwirtschaft vollzieht; ein Prozeß, welcher mit der Erzeugung von Gütern zugleich die Reproduktion der Gesamterzeugungsverhältnisse umfaßt; der auch die soziale Gliederung ebenso wie seine ökonomische Struktur ständig reproduziert; in welchem daher überwiegend auch die Produktionsmengen automatisch steigen und gleichzeitig die Spezialisierung national und international rasche Fortschritte macht; der sich nur allmählich, nur widerstrebend und vorerst nur zum kleinsten Teil selbst eine Organisationsform gegeben hat, — ein solcher Prozeß ist mit der Zerschneidung seiner Verbindungen, mit der Auflösung seiner Arbeitsmärkte, seines Waren- und Geldmarktes, mit der wachsenden Bedeutung der Staatseingriffe bei anscheinend größter Organisation und »Ordnung« immer mehr »gestört«, wenn sich der ökonomische Prozeß im Wesen noch in den alten

[3]) Archiv Bd. 43. S. 1 ff. (Krieg u. Wirtschaft II. Bd. 1. Heft).

Formen vollzieht, als ob diese Veränderungen noch nicht Platz gegriffen hätten. Insbesondere ist es die Frage der automatischen Reproduktion des ganzen Erzeugungsprozesses, die akut werden kann, wenn der Krieg lange genug dauert. Offensichtlich gehen schon nach dem Gesagten mannigfache Prozesse nebeneinander: soziale und ökonomische zum mindesten; sie sind auch verschieden je nach der Struktur des Landes, und diese allgemeinsten Unterschiede sind auch in der früher erwähnten Studie wenigstens andeutungsweise erwähnt worden. —

Wenn man mit den napoleonischen Kriegen und ihrer Wirkung auf England vergleicht, so ist es vor allem die Intensität der Kriegführung, welche den Unterschied bildet, außerdem die große ökonomische Niveaudifferenz zwischen England und allen europäischen Staaten im Beginn des 19. Jahrhunderts. Daraus ergibt sich für England die Möglichkeit, Bevölkerung und Produktionskräfte während des Krieges zu entwickeln [4]) und trotz sehr ungünstiger sozialer Nebenwirkungen ökonomisch beinahe gestärkt aus dem Krieg hervorzugehen (Erwerb der Kolonien!). Die Intensität der Kriegführung bedingt weitaus höhere Kosten (selbst die Unterschiede des Volkswachstums und Geldwerts in Rechnung gezogen); die gleichzeitige Industrialisierung aller Staaten nötigt zur Anspannung aller industriellen Kräfte für Kriegszwecke. Der Reichtum des Landes kann nicht durch gleichzeitige Arbeit für den Weltmarkt erhalten oder gesteigert werden. Endlich schafft das Industriesystem ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte, die Ausdehnung des Kriegsgebiets vermindert die Durchschlagskraft militärischer Erfolge; die Hinüberspielung des Krieges vom Militärischen in das Gesamte der Volkswirtschaft, die Entfaltung des Krieges als Wirtschaftskrieg läßt das militärische nur als ein Moment unter vielen anderen erscheinen. Alle diese Unterschiede bedeuten aber letzten Endes: nicht nur Erhöhung der Kriegskosten, sondern zugleich Strukturveränderungen der Volkswirtschaft, welche jetzt noch in einem ganz neuen Sinn eine »Kriegswirtschaft« wird.

Die erste Phase der Kriegswirtschaft war Hochkonjunktur, mit kaum merklicher Abbröckelung und Vernichtung der ökonomischen Substanz. Die großen Reserven aller modernen Volks-

---

[4]) Vgl. a. a. O. S. 2 ff.

Formen vollzieht, als ob diese Veränderungen noch nicht Platz gegriffen hätten. Insbesondere ist es die Frage der *automatischen Reproduktion* des ganzen Erzeugungsprozesses, die akut werden kann, wenn der Krieg lange genug dauert. Offensichtlich gehen schon nach dem Gesagten mannigfache Prozesse nebeneinander: soziale und ökonomische zum mindesten; sie sind auch verschieden je nach der Struktur des Landes, und diese allgemeinsten Unterschiede sind auch in der früher erwähnten Studie wenigstens andeutungsweise erwähnt worden. —

Wenn man mit den napoleonischen Kriegen und ihrer Wirkung auf England vergleicht, so ist es vor allem die *Intensität der Kriegführung*, welche den Unterschied bildet, außerdem die große ökonomische Niveaudifferenz zwischen England und allen europäischen Staaten im Beginn des 19. Jahrhunderts. Daraus ergibt sich für England die Möglichkeit, Bevölkerung und Produktionskräfte während des Krieges zu entwickeln[4]) und trotz sehr ungünstiger sozialer Nebenwirkungen ökonomisch beinahe gestärkt aus dem Krieg hervorzugehen (Erwerb der Kolonien!). Die Intensität der Kriegführung bedingt weitaus höhere Kosten (selbst die Unterschiede des Volkswachstums und Geldwerts in Rechnung gezogen); die gleichzeitige Industrialisierung aller Staaten nötigt zur Anspannung aller industriellen Kräfte für Kriegszwecke. Der Reichtum des Landes kann nicht durch gleichzeitige Arbeit für den Weltmarkt erhalten oder gesteigert werden. Endlich schafft das Industriesystem ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte, die Ausdehnung des Kriegsgebiets vermindert die Durchschlagskraft militärischer Erfolge; die Hinüberspielung des Krieges vom Militärischen in das Gesamte der Volkswirtschaft, die Entfaltung des Krieges als Wirtschaftskrieg läßt das militärische nur als *ein* Moment unter vielen anderen erscheinen. Alle diese Unterschiede bedeuten aber letzten Endes: nicht nur Erhöhung der Kriegskosten, sondern zugleich Strukturveränderungen der Volkswirtschaft, welche jetzt noch in einem ganz neuen Sinn eine »Kriegswirtschaft« wird.

Die *erste* Phase der Kriegswirtschaft war Hochkonjunktur, mit kaum merklicher Abbröckelung und Vernichtung der ökonomischen Substanz. Die großen Reserven aller modernen Volks-

[4]) Vgl. a. a. O. S. 2 ff.

wirtschaften an Kapital und Arbeitskraft, die Rationalisierungsmöglichkeit und dergleichen schufen gleichzeitig mit dem rasch wachsenden öffentlichen Bedarf die Atmosphäre einer Hochkonjunktur. In der *zweiten* Phase (Frühjahr und Sommer 1915 bis etwa Ende 1916) wurde die Dekapitalisierung — die Verarmung bei gleichzeitiger Verschiebung des Reichtums — offenbar. Es werden weniger Verbrauchsgüter hergestellt, der Versorgungsstandard sinkt, die Preise steigen; die Erzeugung von Produktionsmitteln stockt. Nur die Herstellung von Kriegsmaterial im weitesten Sinn des Wortes nimmt zu. Es bleibt zunächst der *Geldwertausdruck* der Volkswirtschaft unverändert, solange die Preise nicht steigen, beziehungsweise solange die Preissteigerung nur die Minderung der Erzeugung ausgleicht, also der *Geldumsatz* bei verringerter Quantität unverändert bleibt. Späterhin steigt er sogar: die Preise schnellen empor, die Umlaufsgeschwindigkeit des Kapitals wächst. Die Erhöhung der Dividenden ist ein deutliches Symptom für die Steigerung des Geldwertausdrucks alles Realvermögens. Die damit parallel gegebene Verminderung von Vermögen durch Aufzehrung, Verwandlung in Einkommen dürfte diese Steigerung im Geldwertausdruck nicht zur Gänze aufwiegen. Diese Steigerung des Geldwertausdrucks ist in der zweiten Phase des kriegswirtschaftlichen Prozesses relativ *gleichmäßig gegeben*; wenn man vom stillgelegten oder schwer kämpfenden Handel absieht, haben alle Erwerbstätigkeiten Kriegskonjunktur, und lediglich die Arbeits- und Gehaltseinkommen sind noch nicht mit demselben Tempo in die Bewegung hineingerissen[5]). Wir können daher annehmen: zu Ende 1916 ist die deutsche Volkswirtschaft in Mark ausgedrückt »reicher« als vor dem Kriege. Hingegen steht der Konzentrationsprozeß dieses Vermögens — mit der Folgezeit verglichen — erst in den Anfängen.

In dieser zweiten Periode der Kriegswirtschaft muß sich auch schon der Unterschied zwischen dem Geldwert der kriegführenden und der neutralen Länder zum Ausdruck bringen. Wenn wir auch keinerlei störenden Eingriffe in das Geldwesen annehmen, so mußte in den vom Weltmarkt abgeschnittenen kriegführenden Ländern schon durch die gesteigerten Ankäufe für Kriegszwecke eine Verschiebung zahlreicher Preise eintreten; in den Ländern, welche

[5]) Vgl. die weiter unten folgenden Daten über die Veränderungen in den Löhnen der Arbeiter.

vom Weltverkehr nicht abgeschlossen waren, konnte diese Verschiebung nur in einem viel langsameren Tempo erfolgen, da sich jede Preiserhöhung auf den Weltmarkt fortpflanzen und daselbst bei den reichlich vorhandenen Produktivkräften eine Steigerung des Angebots und damit wieder teilweisen Preisrückgang hervorrufen muß. So bilden sich allmählich zwei Preisniveaus heraus — das eine herrscht in den Gebieten der Zentralmächte und ihrer Verbündeten, — das andere in der übrigen Welt. (Nur Rußland zeigt infolge der Schwierigkeit der Kommunikation eigenartige Verhältnisse, welche denen Deutschlands ähneln; gegenwärtig dürfte das Preisniveau — allerdings bloß für Industrieprodukte — in Rußland noch höher sein als in Deutschland.)

Stellen wir hypothetisch vor, daß die Währungen der Zentralmächte, insbesondere Deutschlands, nach wie vor uneingeschränkte Goldwährungen geblieben wären, mit Einlösungspflicht der Noten, daß jedoch die englische Blokade vom ersten Kriegstage ab alle Warenbezüge nach Deutschland (von dem geringen Kompensationsverkehr abgesehen) restlos verhindert hätte, oder nehmen wir ein vom Ausland ganz abgeschnittenes Land an, das ringsum von feindlichen Ländern umgeben ist — so müßte sich folgende Situation entwickeln: Es wäre jederzeit möglich, von der Reichsbank Gold zu erhalten, doch könnte man für das Gold der Reichsbank im Ausland keine Waren kaufen, um sie nach Deutschland zu transportieren. Das Preisniveau hüben und drüben hätte sich voneinander unabhängig entwickelt. Die Wechselkurse hätten zwar ihr gegenseitiges Verhältnis nicht verändert, da man ja in der Lage gewesen wäre, jederzeit Gold zu erhalten, aber trotz des Gleichbleibens der Wechselkurse hätte sich das ökonomische Niveau hüben und drüben, von einander unabhängig, verändert. Der Umstand, daß z. B. ein Paar Stiefel in Deutschland den doppelten Preis als in Holland kosten könnte, würde auf das gegenseitige Verhältnis der Währungen ohne Einfluß geblieben sein, da man naturgemäß immer ein Pfund Gold in deutscher Reichsmünze gegen ein Pfund Gold in holländischer Münze ohne jeden Verlust einzutauschen imstande gewesen wäre. Insoweit also — folgt daraus — eine Trennung der Wirtschaftsgebiete durch die Blockade stattgefunden hat, insofern die Warenmärkte nicht kommunizieren, sind die Preisdifferenzen auch ohne den Einfluß der Wechselkurse zu erklären, sie hätten auch ihrerseits keinen Einfluß auf die Wechselkurse und würden auch

bei Aufrechterhaltung der Parität weiter bestehen bleiben. Denn die beiden Wirtschaftsgebiete sind ja in einem solchen Falle — und teilweise trifft er zu — so zu denken, als ob es voneinander völlig selbständige Gebiete wären, in welchen sich eben auch ein verschiedenes Geldwertniveau stabilisieren kann. Selbst eine etwa gegebene Möglichkeit des Goldtransports würde diesen Niveauunterschied nicht aufzuheben in der Lage sein, weil eben der Warentransport dafür die Voraussetzung ist, daß überhaupt Gold von dem einen in das andere Land gebracht wird. — Die Wirklichkeit ist von diesem extremen Fall dadurch unterschieden, daß der Warenverkehr niemals eine völlige Unterbrechung erfahren hat und daß i n f o l g e d e s s e n die Noteneinlösung suspendiert werden mußte. Die Möglichkeit des Warenimports macht bei gleichzeitigem Mangel an Exportwaren und bei der Art der Kringsfinanzierung, die Deutschland und Ostereich-Ungarn gewählt haben die Einstellung der Barzahlungen notwendig. Trotz Einstellung der Barzahlungen könnten aber bei völliger Regelung des Warenverkehrs mit dem Ausland unter bestimmten Bedingungen die Wechselkurse auf der Parität verbleiben (wenn zur Zahlung des Saldos Gold zur Verfügung stünde). Nehmen wir an: Der Geldwert eines kriegführenden Landes habe sich so geändert, daß die Zahlkraft der Geldeinheit auf die Hälfte gesunken wäre. Dann bedeutet das: Für jede Ware kann man in diesem Lande einen Geldbetrag erhalten, der doppelt so groß ist als der Verkaufswert im Ausland, vorausgesetzt, daß die Parität aufrecht geblieben wäre. Man kann daher eine solche Ware nicht ins Ausland bringen — außer wenn das der einzige Weg sein sollte, um mit dem im Ausland erworbenen Zahlungsmittel daselbst Waren zu kaufen. Im Ausland ist vorausgesetztermaßen die Kaufkraft des Geldes unverändert geblieben — man könnte also trotz des niedrigen Verkaufserlöses ebenso viele Waren erhalten. Eine geringe Abweichung des Kurses von der Parität genügt dann unter den erwähnten Voraussetzungen, um die eben beschriebene Transaktion gewinnbringend zu gestalten. Wenn nun die Regelung des Imports und Exports derart vor sich gehen könnte, daß jeweils Waren in solchem Umfang zum Export gelangen, daß mit ihrem Erlös der Betrag des Imports gedeckt werden kann, so brauchte das unterschiedliche Geldwertniveau im Wechselkurse nicht zum Ausdruck zu kommen. Das ist selbstverständlich, weil in all diesen Fällen Geld nur als Rechengeld vorkommt, weil

eigentlich bloß Tauschhandel existiert. In einem solchen Fall könnte die Handelsbilanz ja nicht passiv werden: Wenn ich für je eine Wareneinheit im Inlande z. B. 2 M. erhalte, im Ausland hingegen bloß 1 M., so werde ich das nur tun, wenn ich im Ausland für 1 M. dieselbe Ware kaufen kann, wie im Inland für 2 M. (unter der weiteren Voraussetzung, daß der Betrag, welchen ich im Ausland für die Ware erhalte, nur gegen 1 M. inländisches Geld ausgewechselt werden kann). Es kann also, vom Inland her gesehen, welches den geringeren Geldwert hat, die Handelsbilanz weder auf die Dauer passiv, noch aktiv werden, sie bleibt im Gleichgewicht, das Geld ist eben bloß Rechengeld. Denn würde die Handelsbilanz aktiv sein, so daß also das Land mit dem niedrigeren Geldwert mehr exportiert als importiert, so würden Guthaben im Ausland entstehen, welche geringer sind, als der Erlös für dieselben Waren im Inlande; umgekehrt: wäre die Handelsbilanz passiv, würde also mehr importiert als exportiert, so widerspräche das der oben gemachten Voraussetzung, daß eine sorgsame Ueberwachung des Außenhandels besteht, die eine Verschuldung ausschließt (ebenso eine Kontrolle vom Ausland her, welche nur Kompensationsverkehr zuläßt).

Das Gesagte soll nur beweisen, daß eine Differenz des Geldwertniveaus auf die Dauer ohne Beeinträchtigung der Währungsrelation gegeben sein kann unter Voraussetzungen, welche während des Krieges z. T. für Deutschland realisiert waren — und insoweit auch der Valutaentwertung entgegenwirkten. Nur dort, wo der internationale Handel sich noch außerhalb staatlicher Regulierung vollzieht, und sich also ein Valutamarkt bilden kann, wo ferner Goldabgabe ins Ausland für den Fall einer passiven Handelsbilanz nicht in Frage kommt, entsteht die Disparität der Valuta; woraus zu schließen, daß sie bei rücksichtsloser Handhabung aller Zwangsmittel staatlicher Politik hätte vermieden oder wesentlich eingeschränkt werden können, allerdings um den Preis, daß bei der Wiederkehr des privaten, ungeregelten Wirtschaftsverkehrs die Einstellung der Barzahlungen sofort notwendig geworden und die Valutadifferenz dann um so stärker in Erscheinung getreten wäre. Sie wäre nur aufgeschoben, aber nicht endgültig vermieden worden. Woraus endlich folgt: daß jede Maßnahme, welche bei weiterer Divergenz der Preise, bei rascherer Entwertung des Geldes im kriegführenden Lande gegenüber den Neutralen die Disparität

der Valuta hemmt, eine schwierige Situation für die Uebergangswirtschaft schafft. Je besser es gelingt, durch Ein- und Ausfuhrpolitik die Valutadifferenz zu beschränken, eine ökonomische Ueberwertung der Valuta zu erzielen, um so stärker sind Maßnahmen der Wirtschaftspolitik notwendig, welche über die Zeit des Kriegsendes hinaus andauern, und um so stärker muß, insolange diese Ueberwertung nicht behoben ist, bei Eintritt des freien Verkehrs der weitere Sturz der Valuta sein. Stimmungsmäßige Besserung der Valuta bei Friedensaussichten ist kein Gegenbeweis, und kann die Einwirkung der differenten Geldwertniveaus auf die Wechselkurse nicht ausschalten. Je länger der Krieg dauert, und je mehr sich die Preisniveaus der einzelnen Länder voneinander entfernen, um so stärker wird die Gefahr im Zeitpunkt des Kriegsendes, um so größer die Notwendigkeit, durch langfristige Kredite im Ausland den Zeitraum bis zur Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zu überbrücken.

Eine solche Situation war schon in der zweiten Periode der Kriegswirtschaft gegeben, welche man bis zum Sommer bzw. Ende 1916 datieren kann. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern fast in allen kriegführenden Ländern ist im Vergleich zu den neutralen Ländern (in den Ententeländern spürbar erst seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg) eine Entwertung des Geldes eingetreten, welche bei völlig freiem Verkehr ein rasches Abströmen der Geldbestände in die neutralen Länder bzw. eine rasche Verschuldung der Kriegführenden an die Neutralen oder eine rasche Entwertung ihrer Valuta zur Folge gehabt hätte. Und überall ist diesem freien Verkehr, ist namentlich der Entwertung der Valuta Einhalt getan worden, so daß sich isolierte, oder relativ isolierte Märkte bildeten, deren Preise nicht miteinander in Verbindung stehen [6]). Und daher haben wir nunmehr — nach 3¼ Kriegsjahren — das Problem der »Uebergangswirtschaft« überall gegeben: es liegt in der Notwendigkeit, das auseinanderklaffende ökonomische Niveau der einzelnen Länder allmählich wieder aufeinander abzustimmen, was nur durch Preisbewegungen geschehen kann.

Inzwischen aber ist in Deutschland die dritte Periode der Kriegswirtschaft angebrochen: als Symptom ihres Eintritts

[6]) Die von Dr. Broda in seinem Aufsatz gezeichnete Entwicklung trifft nicht nur auf Deutschland zu.

ist das Hilfsdienstgesetz anzusehen. Die militärische Mobilisierung der ganzen Volkswirtschaft, die zwangsweise Umorientierung aller Gütererzeugung in Munitionsindustrie (im weitesten Sinn des Wortes) löst die Kriegswirtschaft von der Form der kapitalistischen Warenproduktion prinzipiell los und macht aus der Volkswirtschaft einen sich selbst genügsamen Rüstungsbetrieb. Das Hilfsdienstgesetz ist das weithin sichtbare Zeichen dafür, daß die Kriegführung über die Maße hinausgeht, welche innerhalb einer kapitalistischen Warenerzeugung möglich sind. Erreichen die Anforderungen des Heeresmechanismus eine Ausdehnung, sodaß sie innerhalb des Marktes ökonomisch nicht mehr befriedigt werden können, weil selbst die größten Preis- und Lohnsteigerungen eine weitere Ausdehnung der Rüstungsindustrie infolge der konkurrierenden Kaufkraft des Marktes für »Friedensprodukte«, für Konsumartikel, »Luxusprodukte« im weitesten Sinne des Wortes nicht mehr ermöglichen, so bleibt nur die Drosselung des privaten Betriebes übrig, welche Kräfte freimacht und sie der Rüstungsindustrie zuschwemmt. Das kann zunächst dadurch geschehen, daß man auf Arbeitskräfte Beschlag legt — was eben das Hilfsdienstgesetz tat — und daß weiterhin (als zweites Mittel): die private Industrie rationalisiert oder eingestellt wird, wodurch gleichfalls wieder Produktivkräfte (sachlicher und persönlicher Natur) für die Rüstungsindustrie frei werden. Damit bekommt die Volkswirtschaft prinzipiell einen anderen Charakter: nicht die Ausdehnung, sondern die Einschränkung der Produktion wird ihr »Entwicklungs«prinzip. Das führt notwendigerweise (nur auf dieses Moment sei zunächst hingewiesen) zu einer rapiden Entwertung des Geldes: Dieser Entwicklung gegenüber ist die Wirksamkeit behördlicher Preisfestsetzungen und der Rationierung ganz problematisch; sie muß überall dort versagen, wo die Gütermengen zu klein werden, um den ganzen Bedarf, wenngleich in kleinen Quantitäten, zu befriedigen. Es wird also trotz allen behördlichen Bemühungen eine rasche Senkung der Gütererzeugung die Preise automatisch steigern, weil ihr parallel geht eine Ausdehnung der Rüstungsindustrie, die sich in den Formen des kapitalistischen Prozesses vollzieht. Weil die Unternehmer sowohl als auch die Arbeiter der Rüstungsindustrie gegen Geld arbeiten, ihre abstrakte Kaufkraft, in Mark ausgedrückt, also nicht sinkt, sondern steigt, so müssen sich bei Einschränkung der Gütererzeugung

die Preise gewaltsam heben. Dies zum Unterschied von einer Volkswirtschaft, in welcher die Warenproduktion auf allen Gebieten zurückgeht, bzw. von einer Volkswirtschaft, in welcher Rüstungsprodukte nicht als Waren erzeugt, sondern als Kriegsleistung hergestellt würden. — In einer solchen würde zwar die Versorgung geringer, aber das Preisniveau könnte unverändert bleiben, weil eben die Kaufkraft in allen Einzelwirtschaften mit der Senkung der Gütererzeugung herabgeht.

In unserem Fall aber schwillt die Kaufkraftmenge von Monat zu Monat an. In der produktiven wie in der unproduktiven Sphäre steigert sich demnach das Preisniveau: denn die Warenabgabe vollzieht sich nur zu steigenden Preisen, woraus sich die Tendenz zu einer Preissteigerung auch für Arbeitskräfte und Sachleistungen in der Rüstungsindustrie ergibt, was wiederum zu einer abstrakt wachsenden Kaufkraft führt, die — bei gleichzeitiger Einschränkung der Produktion — Preissteigerung bewirkt usw. in endloser Kette. Dieses Entwicklungsstadium ist deutlich von der zweiten Phase zu unterscheiden: in dieser konnte man annehmen, daß im Wesen alle oder der größte Teil der Produktivkräfte des Landes noch für die privaten Bedürfnisse arbeiten, und daß in die Rüstungsindustrie diejenigen Produktionszweige eintreten, welche vor dem Kriege in der internationalen Arbeitsteilung die Gegenwerte für die Einfuhren herstellten. Insofern als diese Einfuhren durch den Kriegszustand unterbrochen wurden, trat die Rüstungsindustrie an die Stelle und hat so einen neuen Zirkulationsprozeß entstehen lassen, in welchem bei gleichzeitiger Verminderung der Gütererzeugung und daher auch -versorgung allmählich das Preisniveau in immer rascherem Tempo ansteigen mußte. Wenn die Rüstungsindustrie — im Groben gesprochen — den Umfang der Exportindustrie hat, so entsprach es dem Plan der Kriegswirtschaft, daß innerhalb der gesamten Volkswirtschaft — entsprechend dem verfügbaren Gesamtgüterbestand — weniger konsumiert und demgemäß mehr akkumuliert und in Kriegsanleihe angelegt wird. Nur ein solches Vorgehen vermöchte das Preisniveau unverändert zu erhalten. Ein solcher Wirtschaftsplan aber könnte nur durch eine sehr intensive Besteuerung[7]) oder durch eine durchgreifende

[7]) Vgl. Federns Artikel im »Oesterreichischen Volkswirt«: Krieg und Geldlehre IX; Oesterreichischer Volkswirt 3. XI. 1917 und damit übereinstimmend Wicksell: Hinauf mit den Bankraten, wogegen früher Federn polemisierte. (Vgl. Archiv Bd. 41, S. 745 u. Bd. 42, S. 202 u. 606 ff).

Rationierung und gleichzeitige Festsetzung von Höchstpreisen in der Höhe der letzten Friedenspreise verwirklicht werden. Immerhin ist, wenngleich nur um den Preis einer sehr erheblichen Verschiebung des Geldwertniveaus in der erwähnten zweiten Phase der deutschen Kriegswirtschaft das Resultat im Wesen erreicht worden — derart daß die Kaufkraft für den Konsum nicht zur Gänze angespannt wurde, und sich genügend Spielraum für die Entstehung latent bleibender Kaufkraft ergab; sie wurde durch den Apparat der Anleihe wiederum in die Kriegsindustrie geleitet.

Anders in der dritten Phase der Kriegswirtschaft: es schrumpft der Teil der Warenerzeugung, welcher dem privaten Bedarf dient, wie erwähnt, außerordentlich zusammen. Wenn in der ersten und zweiten Periode alle Produktivkräfte des Landes angespannt wurden, um die privaten Bedürfnisse zu befriedigen, also notdürftig eine Autarkie gegeben war, so werden nunmehr alle Produktivkräfte soweit als möglich für die private Erzeugung gedrosselt. Diese quantitative Verschiebung ist eine qualitative Veränderung der ökonomischen Struktur. Und zwar insofern, als man jetzt nicht einmal mehr von »Kaufkraft« sprechen kann, da sich das Phänomen des Geldes in seinem Charakter wesentlich geändert hat: Das Geld ist nicht mehr eine homogene Kaufkraftmasse, sondern nur diejenigen Teile des Geldes haben Kaufkraft, welchen Warenbestände korrespondieren. Nicht jede Mark hat dieselbe Möglichkeit, sich in Ware zu verwandeln, und daher können wir von einer allgemeinen Kaufkraft nicht mehr sprechen. So wie bei einer Absatzkrise der Warenbesitzer mit den schönsten Gebrauchsgütern wirtschaftlich zugrunde gehen kann, so garantiert umgekehrt gegenwärtig der Geldbesitz nicht die Möglichkeit, Waren zu erwerben. Es bilden sich überall in der Volkswirtschaft Geldbestände, denen keinerlei Gebrauchswerte korrespondieren, und so ist wachsender Reichtum an überflüssigem Gelde der paradoxe Ausdruck für die fortdauernde Verarmung in der Güterausstattung. Dieser wachsende Reichtum an überflüssigem Gelde, entstanden aus dem Ueberwiegen der unproduktiven Rüstungsindustrie, muß den Geldausdruck der gesamten Volkswirtschaft (die Summe aller Einzeleinkommen und Vermögen) durch Stimulierung der Preise steigern. Denn der Bewegung aller Preise, die schon bald nach Kriegsbeginn einsetzte, wirkte zuerst noch die Einschränkung in den Erzeugungs-

mengen entgegen: der Geldausdruck der Volkswirtschaft blieb — wie sich an den ersten Kriegsbilanzen glaubhaft machen läßt — gleich. Nunmehr aber schießt die Bewegung der Preise darüber hinaus: je geringer die Quantität wird, um so teurer verkauft sich die verbliebene Gesamtmenge [8]). Hier zeigt sich an allen Waren die Richtigkeit der Kingschen Regel [9]), sie wird noch übersteigert durch die bereits angedeutete Bewegung der abstrakten Kaufkraft, welche in der Rüstungsindustrie besteht (das beliebteste Instrument der militärischen Produktions- und Sozialpolitik sind Preis- und Lohnerhöhungen). Und so wächst aus sich heraus ununterbrochen die nominelle Geldmasse, der Vermögensausdruck der Volkswirtschaft wird bei sinkenden Warenbeständen immer größer, und es entsteht jene Diskrepanz zwischen der Volkswirtschaft der kriegführenden und der neutralen Länder, die im Wechselkurs nur einen sehr unzureichenden Ausdruck gefunden hat. Denn die Diskontpolitik, unterstützt von der Unterbindung des freien Verkehrs, konnte zwar nicht die Wechselkurse von der Verknüpfung mit dem Preisniveau loslösen, hat jedoch höchst wahrscheinlich die Kurse auf einem Niveau gehalten, welches kein adäquater Ausdruck der Geldwertänderung ist. (Vgl. die Feststellungen in der Riedlschen Denkschrift.) Einige Preisangaben für Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Länder der Entente nebst einem Vergleich derselben mit den Wechselkursen zeigen das ganz deutlich. Und damit bereitet sich eine ganz eigenartige Konjunkturlage vor. Die Möglichkeiten und die Aussichten, sie zu überwinden, können nur aus einer Analyse der Veränderungen erschlossen werden, welche sich im Innern der Volkswirtschaft vollzogen haben. Diese sind zwar, wie schon früher erwähnt, ziemlich gleichartig in den einzelnen Volkswirtschaften, aber den Dimensionen nach so verschieden, daß man schon sagen kann, hier schlage Quantität in Qualität

---

[8]) Auch die Rationierung und Höchstpreisfestsetzung ist bei so weitgehender Einschnürung der Erzeugung und gleichzeitiger Steigerung der Kaufkraftmasse nicht mehr imstande, die Preisbewegung zu hemmen Die neuen Höchstpreise (am stärksten in Oesterreich-Ungarn) zeigen, daß in the long run auch hier das »ökonomische Gesetz« und nicht die »Macht« entscheidet.

[9]) Die Kingsche Regel kann allerdings nicht für alle Waren zugleich richtig sein, wenn sich die Einkommen nicht steigern; daß sie trotzdem fast für alle Waren jetzt in Erscheinung tritt, hat seinen Grund darin, daß der Kreis der auf den Markt kommenden Waren sehr stark eingeengt wurde; würde die Produktion eine allseitige sein, so könnten die Preise im ganzen nur proportionell der Verminderung der Produktionsmasse ansteigen.

um. Wichtig ist hierbei ebensosehr die Differenzierung der Preisniveaus von Staat zu Staat, als die Verschiedenheiten im Ansteigen der einzelnen Preisgruppen.

Die Aenderung in der inneren Struktur der Volkswirtschaft ist nun heute in den Quantitäten noch nicht ganz zu erfassen. Nur ihre allgemeine Richtung liegt klar zutage und ist bereits in einem früheren Aufsatz angedeutet worden.[10]) Sie besteht in der Verschiebung der Vermögens- und Einkommensströme, welche sich in ihrer Realbedeutung (als Gütermasse) vermindert, was die Verteilung anlangt, konzentriert haben. Diese Verminderung des gesamten zur Verteilung verfügbaren Sozialprodukts geht nicht soweit, als man nach der Verringerung der Arbeiterzahl und der Steigerung der Munitionsindustrie annehmen müßte: die Erzeugung ist z. T. rationalisiert worden (unter dem Druck des Arbeitermangels), z. T. auf Kosten der Erzeugung von Halbfabrikaten ausgedehnt; die neuen Methoden, alles Altmaterial zu verwenden, haben erhebliche stabile Vermögensteile mobilisiert, in den zirkulierenden Güterstrom wieder hineingezogen. Nicht nur in Geldform aufgespeichertes, bzw. akkumuliertes Vermögen, sondern auch Sachvermögen in erheblichem Umfang ist auf diese Weise ein Teil des »Sozialprodukts« geworden, bzw. von diesem nicht unterscheidbar, vermehrt auf diese Weise die für den Austausch verfügbaren Güterbestände und wirkt so der Teuerung etwas entgegen. Je länger der Krieg dauert, um so geringer ist mit der Erschöpfung dieser Reserven und der wachsenden Tendenz, alle Gebrauchswerte zu thesaurieren, diese Komponente der Entwicklung.

Wenn man die Volkswirtschaft auf ihren natürlichen Inhalt hin ansieht, so hat sie sich in ihrer Zusammensetzung allerdings durchgreifend gewandelt: Nicht nur der Erzeugungsplan in der Landwirtschaft ist Veränderungen unterworfen, sie sind noch größer in der Industrie, wo allmählich der Friedensbedarf stark zurücktritt gegenüber dem Kriegsbedarf, und die Erzeugung an Fertigfabrikaten überwiegt gegenüber den Retablierungsarbeiten. Diese Veränderungen haben die weitestgehenden Konsequenzen für die ökonomischen Verhältnisse der einzelnen Betriebe, welche z. T. in hypertrophischer Weise gewachsen, z. T. aber zurück-

[10]) Die Ueberleitung der Volkswirtschaft in den Friedenszustand. (Archiv Bd. 43, S. 21 ff).

ichtig ist hierbei ebensosehr die Differenzierung der
niveaus von Staat zu Staat, als die Verschieden-
m Ansteigen der einzelnen Preisgruppen.

: Aenderung in der inneren Struktur der Volkswirt-
st nun heute in den Quantitäten noch nicht ganz zu er-
Nur ihre allgemeine Richtung liegt klar zutage und ist
in einem früheren Aufsatz angedeutet worden.[10]) Sie
in der Verschiebung der Vermögens- und Einkommens-
welche sich in ihrer Realbedeutung (als Gütermasse)
indert, was die Verteilung anlangt, konzen-
t haben. Diese Verminderung des gesamten zur Ver-
verfügbaren Sozialprodukts geht nicht soweit, als man
er Verringerung der Arbeiterzahl und der Steigerung der
nsindustrie annehmen müßte: die Erzeugung ist z. T.
lisiert worden (unter dem Druck des Arbeitermangels),
f Kosten der Erzeugung von Halbfabrikaten ausgedehnt;
en Methoden, alles Altmaterial zu verwenden, haben er-
stabile Vermögensteile mobilisiert, in den zirkulierenden
rom wieder hineingezogen. Nicht nur in Geldform auf-
ertes, bzw. akkumuliertes Vermögen, sondern auch
mögen in erheblichem Umfang ist auf diese Weise ein
»Sozialprodukts« geworden, bzw. von diesem nicht
eidbar, vermehrt auf diese Weise die für den Aus-
verfügbaren Güterbestände und wirkt so der Teuerung
tgegen. Je länger der Krieg dauert, um so geringer ist
Erschöpfung dieser Reserven und der wachsenden Ten-
e Gebrauchswerte zu thesaurieren, diese Komponente
vicklung.

n man die Volkswirtschaft auf ihren natürlichen Inhalt
ht, so hat sie sich in ihrer Zusammensetzung allerdings
fend gewandelt: Nicht nur der Erzeugungsplan in der
schaft ist Veränderungen unterworfen, sie sind noch
der Industrie, wo allmählich der Friedensbedarf stark
t gegenüber dem Kriegsbedarf, und die Erzeugung an
ikaten überwiegt gegenüber den Retablierungsarbeiten.
nderungen haben die weitestgehenden Konsequenzen
nomischen Verhältnisse der einzelnen Betriebe, welche
ypertrophischer Weise gewachsen, z. T. aber zurück-

Ueberleitung der Volkswirtschaft in den Friedenszustand. (Archiv
ff).

geblieben sind oder ganz geschlossen werden mußten. Wir können alle diese Veränderungen, wofern wir uns nicht in erster Linie für die Wandlungen des Produktions inhalts, sondern für die formale Seite des Prozesses interessieren, als Störungen des kapitalistischen Erzeugungs- und Zirkulationsprozesses auffassen, und es ist geradezu die theoretische Betrachtung dieses Prozesses davon abhängig, ob wir die Kriegseinwirkungen noch als Störung aufzufassen vermögen. Denn sobald wir der Meinung sind, die Kriegswirtschaft in ihrer empirischen, uns gegenübertretenden realen Gestalt stelle bereits die Erscheinungsform eines andersartigen Wirtschaftstypus vor, so vermöchten wir die für die kapitalistische Wirtschaft geprägten Begriffe nicht mehr anzuwenden und wären zunächst auf die Beschreibung angewiesen, die aber gleichfalls (wofern sie uns tiefergehende Erkenntnis vermitteln soll) nur mit Zuhilfenahme von Begriffen erfolgen kann. Tatsächlich wird auch nicht geleugnet, daß wir uns noch im Rahmen der privatkapitalistischen, wenngleich einer außerordentlich stark »gestörten« kapitalistischen Wirtschaftsform bewegen. Wenn z. B. Stolper[11]) so wie in seinen früheren Aufsätzen im Oesterreichischen Volkswirt nun in seinem Buch über das mitteleuropäische Problem auf die steigende Liquidität aller Unternehmungen und die Möglichkeit eines Neuaufbaus der Volkswirtschaft hinweist, so ist ein solcher »Neuaufbau«, wofern er noch in den kapitalistischen Formen erfolgt, bzw. erfolgen muß, nicht etwas völlig Neues, schafft nicht eine neue Wirtschafts form. Und wofern die Wirtschafts form dieselbe bleibt, handelt es sich um die Wiedereinrichtung eines Zirkulationsprozesses, welcher eben durch den Krieg gestört war, und nun, wenngleich mit andern konkreten Daten, wiederkehrt. Dabei besteht die »Freiheit« in der Wahl der Produktionszweige usw. noch in einem sehr weiten Sinn. Nämlich in dem Sinn, daß sich die Entscheidung über die Entwicklung, wie sie sich, unbeeinflußt vom Staat, vollziehen würde, garnicht absehen läßt. Es ist sowohl möglich, daß der Rationalisierungsprozeß (wie Stolper meint) große Fortschritte machen und vielleicht zahlreiche Unternehmungen von ihrem bisherigen Platz endgiltig verdrängen wird — es ist aber auch möglich, daß die großen Gewinne der Kriegszeit, die starke Kapitalflüssigkeit, viele Unternehmungen in den Stand setzt, sich mit geringen

[11]) Das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem S. 30 ff. u. passim.

Gewinnen zu erhalten. Derart also, daß die während des Krieges angesammelte Anleihe mit ihren Erträgnissen auch die Weiterführung eines gewinnlosen Unternehmens gestattet. Sowohl das Eine als das Andere ist möglich und gerade das Vorhandensein dieser Alternative bildet die Aufforderung an die Vertreter einer rationellen Wirtschaft, starke Staatseingriffe zu befürworten (über diese Möglichkeit noch weiter unten!), um eine von Renteneinkommen stark durchsetzte und daher wenig aktive Wirtschaftsführung zu verhindern. Eine solche müßte bei wesentlicher Einschränkung der Erzeugung ständig einen ungünstigen Arbeitsmarkt besitzen, infolgedessen unter einem starken Druck auf die Löhne leiden, was wiederum ein Wachsen der Nachfrage auf dem inneren Markte und damit die Entwicklung der Gütererzeugung erschweren würde.

Zwei Entwicklungsmöglichkeiten für die durch den Krieg zersetzte Volkswirtschaft sind also gegeben: die eine »amerikanische«: straffste Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte, rationellste Gestaltung der Betriebe, Ausmerzung aller schwächeren Unternehmungen, trustartige Organisation zur Gewinnung des Auslandsmarktes mit niedrigen Preisen, Heranziehung einer dünnen Schicht hochqualifizierter und gut bezahlter Arbeiterschaft, der gegenüber die große Masse als Angelernte lediglich genau umgrenzte Teilarbeit leistet[12]). Wenn wir die Kriegswirtschaft in ihren neuesten Erscheinungen fortgesetzt und verschärft denken, dann würde sich allerdings die Konzentration rasch vollziehen können. Die andere entgegengesetzte Möglichkeit ist, wie angedeutet, in der Liquidität der Volkswirtschaft begründet. Ein alter abgeschriebener Betrieb, dessen Maschinenausrüstung noch technisch intakt ist, ist bei entsprechender Aufnahmefähigkeit des Marktes nicht angreifbar; zumal die Kartellierung mit ihrer Tendenz die Preise zu steigern erhält viele Betriebe lebensfähig, welche bei freier Konkurrenz schwer zu kämpfen hätten. Nehmen wir dazu die Schwierigkeiten der Retablierung, daß in vielen, auch großen Betrieben, zwar die Kaufkraft, aber nach der Marktlage garnicht die Möglichkeit vorhanden sein wird, sofort den Betrieb neu aufzubauen, so wäre gerade für die Uebergangszeit mit dem Weiterbestehen der Volks-

[12]) Die Anwendung des Taylorsystems als Mittel für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft wurde ja schon vielfach in Unternehmerkreisen propagiert.

wirtschaft in den bisherigen ökonomischen und sozialen Konturen zu rechnen. Diese beiden Möglichkeiten sind überdies nicht nur in der Realität, sondern auch in der Wirtschaftspolitik nebeneinander gegeben: der wachsenden Macht des Großkapitals und seiner Konzentrationstendenz korrespondiert das Bestreben der Finanzverwaltung, aus dem Wirtschaftsleben möglichst große Geldsummen als Steuern *dauernd* und *regelmäßig* gewinnen zu können. Der Gedanke durchgehender Zwangssyndikate drängt nach *Rationalisierung* und Verringerung der Selbstkosten. Auf der anderen Seite sind auch Strömungen vorhanden, welche darauf hinausgehen, den sozialen Aufbau im Wesen zu erhalten, eine Feudalisierung der Wirtschaft möglichst zu verhindern, den aus dem Feld Zurückgekehrten ihren Betrieb nach Möglichkeit wiederzugeben, die Erschütterung und Auflösung der bisherigen überkommenen wirtschaftlichen Struktur wieder zurückzubilden. Das alles erfordert aber eine Hemmung der schrankenlosen Organisation nach dem Prinzip der privatwirtschaftlich größten Zweckmäßigkeit. Insolange noch die beiden Prinzipien der Wirtschaftspolitik (»Trustorganisation« oder »Staatskartell«) nebeneinander bestehen und eine Entscheidung darüber, welches maßgebend sein soll, noch nicht getroffen ist, befinden wir uns in einer ziemlich labilen Situation, welche sich darin eben gegenüber der Lage vor 1 bis 1½ Jahren sehr erheblich geändert hat. — (Alle diese Erwägungen beruhen natürlich auf der Voraussetzung eines Fortbestehens des privatkapitalistischen Produktions- und Verteilungssystems. Eine völlig einheitlich geleitete Wirtschaft — eines Staatswirtschafts- oder demokratischen Sozialismus — würde diese Organisationsfragen nach ihren Grundsätzen problemlos lösen: es wären lediglich Verwaltungsaufgaben.)

Um diese gegenwärtige Lage möglichst deutlich zu sehen, müssen die *Veränderungen in den Wirtschaftskräften* untersucht werden. Da sich noch immer die Gütererzeugung als Warenproduktion vollzieht, so sind es die Veränderungen im relativen Wertausdruck der Unternehmungen, welche in erster Linie in Betracht zu ziehen sind. Denn wir haben — was nachdrücklichst gegenüber den Versuchen, die Kriegswirtschaft auf eine Formel zu bringen, betont werden muß — die Aera der kapitalistischen Wirtschaft, auch im Krieg, noch nicht verlassen. So wenig die Brotkarte »ein Stück Sozialismus« ist, da sie ja nur eine Einschränkung im Rechte, Brot zu kaufen, bedeutet,

da sie auch weiterhin den Konsum von Brot abhängig macht von der Verfügung über Geldmittel, es zu kaufen [13]), ebensowenig bedeutet die Kontrolle der Industrie und der Landwirtschaft, die aus Kriegsnotwendigkeiten erfolgt, schon den Beginn einer neuen Wirtschaftsform. Wenn z. B. Karl Renner in seinem neuesten Buch [14]) das Wesentliche der modernen Wirtschaft (und zwar bereits vor dem Kriege) in der Durchstaatlichung erblickt, so ist damit eine wesentliche Veränderung des Tatbestandes gegenüber der Zeit mangelnder Staatseinmischung in das Wirtschaftsleben angedeutet. Aber es wäre doch zu gewagt, in dieser Durchstaatlichung schon einen neuen Wirtschaftstypus, eine neue Wirtschaftsform zu erblicken. Vollends während des Krieges ist diese Durchstaatlichung Hand in Hand gegangen mit einer Machtsteigerung bestimmter kapitalistischer Gruppen; diese haben an ökonomischer Bedeutung und ausschlaggebender Entschlußkraft nichts eingebüßt, derart, daß es noch fraglich erscheint, ob wir nicht eher noch als von einer Durchstaatlichung der Wirtschaft sprechen sollten von einer Durchkapitalisierung des Staates. — Diese Erwägungen schon zeigen, wie verschiedenartig die Lage beurteilt werden kann. Darum muß zunächst versucht werden, auf bestimmte tatsächliche Veränderungen in der Wirtschaft während des Krieges hinzuweisen, welche von jedermann — auf welchem Boden er stehen mag — als wesentlich betrachtet werden dürften. So wie die Betriebszählungen der Jahre 1882—1907 die Quelle aller Erörterungen über die Entwicklungstendenzen der deutschen Volkswirtschaft vor dem Kriege bilden, so sind es die während des Krieges eingetretenen Veränderungen in der Struktur der Volkswirtschaft und außerdem aber auch die Veränderungen der Preise, von welchen eine Erörterung der zukünftigen Entwicklung ausgehen muß. Sie sind uns heute allerdings nur in den Umrissen bekannt und können nur mit aller Reserve und allen gebotenen Vorbehalten angedeutet werden. —

[13]) Das tritt gegenwärtig im Bewußtsein etwas zurück, weil die Lage des Arbeitsmarktes für die Arbeitskraft günstig steht. Aber schon die Hinaufsetzung der Fleischration im Frühjahr 1917 zeigte deutlich, daß die Rationierung noch nicht gleichbedeutend mit wirklicher Zuteilung. War doch damals die Versorgung mit Fleisch über die Ration hinaus für die kaufkräftigen Schichten leicht möglich, da die Metzger über die Fleischquantitäten verfügen konnten, welche von den minderbemittelten Käufern nicht abgenommen wurden.

[14]) Dr. Karl Renner, Weltkrieg, Sozialismus und Internationale. Erster Teil; Die neue Gesellschaft.

A. Die Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft hatte von vornherein keine Kriegskrise zu erleiden. Der Tag der Mobilmachung bedeutete vielmehr für sie das Einsetzen einer Preiskonjunktur, welche sich einige Monate, bis in den Spätherbst, ungehemmt entfalten konnte und deren Resultate in den ersten Höchstpreisen die gesetzliche Legitimierung erhielten. Der ursprünglich eingeführte Roggenhöchstpreis von M. 220 (für Berlin) per Tonne stand 34% über dem Durchschnittspreis von 1913, welcher M. 164 betrug, und erhöhte sich von da aus bis zur Ernte 1917 auf M. 265—340 (je nach Einrechnung der Druschprämie). Dabei hat Roggen die geringste Preissteigerung erfahren. Einen ganz oberflächlichen Anhaltspunkt für diese Steigerungen ergeben auch die Calwerschen Ziffern; nimmt man die Indexziffer für die dreifache Ration eines deutschen Marinesoldaten zur Grundlage, setzt den Monatsdurchschnitt für Juli 1914 gleich 100, so erhält man folgende Daten [15]:

	1914	1915	1917	1918
April		186.98	218.—	(Januar)
Juli	100.—	151.91	220.—	224
September	104.06	158.96	218.—	
Dezember	114.41	156.57	220.—	

Diese Steigerung von 100 kennzeichnet das Minimum der Preissteigerung in Agrarprodukten. Es hat zur Voraussetzung, daß die einzelnen Waren wirklich zu den amtlichen Höchstpreisen gehandelt wurden (denn die Calwerschen Ziffern haben nicht die tatsächlichen Preise, sondern die amtlichen Höchstpreise zur Grundlage), und daß die Großhandelspreise entsprechend den Kleinhandelspreisen gestiegen sind. Das letztere dürfte nicht immer zutreffen; hingegen liegt andererseits wieder in der Ueberschreitung der amtlichen Höchstpreise ein mehr als ausreichendes Korrektiv. Diese Indexziffer bleibt also sicherlich hinter der tatsächlichen Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte zurück [16]. Auch sind noch manche landwirt-

[15] Berechnet für die Jahre 1914 und 1915 auch bei Karl Pribram, Zur Entwicklung der Lebensmittelpreise in der Kriegszeit; in »Krieg und Wirtschaft«, 2. Bd. (Archiv Bd. 43, S. 784).

[16] So berichtet Calwer in seinen »monatlichen Uebersichten«, daß im geheimen Verkehr (Januar 1917) ein Pfund Schweinefleisch mit M. 6.50 bezahlt wurde (Höchstpreis M. 3.60), ein Pfund Butter mit M. 8.— (ausgewiesener Durchschnittspreis M. 6.—), ein Pfund Fett (Gänsefett) mit M. 22.—, ein Pfund Bohnen mit M. 2.—, 1 Liter Milch mit 50 Pfg. (Höchstpreis 32 Pfg.). In den späteren Uebersichten sind derlei Angaben leider nicht mehr enthalten. Nach privaten Informationen stellen scih aber die Preise zu Ende des Jahres 1917 bedeutend

schaftliche Produkte nicht durch Höchstpreise gebunden und diese sind dann im Preis ganz außerordentlich gestiegen. Man wird daher mit der Annahme wohl nicht fehlgehen, daß sich die Preissumme für die Einheit Produkt während des Krieges mindestens auf das Dreifache gesteigert hat —, einen groben Durchschnitt gerechnet, der aber dem folgenden gar nicht zugrunde gelegt werden soll. (Selbst für manche ausschlaggebende Massenprodukte, wie Kartoffeln, schätzen Sachverständige noch höher: Landesökonomierat Lothar Meyer rechnet 1917 mit dem vierfachen Kartoffelpreis). Ein Nachteil der Calwerschen Ziffern liegt ja nun allerdings darin, daß sie die Ration des Marinesoldaten der Berechnung zugrunde legen, um so zu einem »gewogenen« Index zu gelangen. Manche dieser Produkte sind aber gar nicht auf dem Markte, bzw. unter derart hohen Preisen, daß sie nur in den Luxuskonsum eingehen. Dadurch wird also der Indexzifferpreis übersteigert. Da aber die amtlichen Höchstpreise der Gesamtziffer zugrunde gelegt werden, so wird dieser Fehler durch die Preissteigerung des Schleichhandels weitmehr als ausgeglichen.

Einen wertvollen Anhaltspunkt für die Gestaltung der Lebensmittelpreise enthalten die Erhebungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen für das Frühjahr 1916. Wenn man die Ergebnisse dieser Erhebung vergleicht mit den Resultaten der großen amtlichen Erhebung des Kaiserlichen statistischen Amtes über 852 minderbemittelte Familien und den 320 Haushaltrechnungen von Metallarbeitern, so kommt man zu folgenden Resultaten [17]. Die Mehraufwendungen für Lebensmittel stiegen um so rascher, je größer das Einkommen [18]. Die Mehrausgaben betrugen bei einem Einkommen unter 2000 M. 13,5%, bei 2—3000 M. 20%, bei einem Einkommen von mehr als 3000 M. durchschnittlich ca. 38% der Ausgaben für

---

höher (wenn man von Gänsefett absieht), und zwar mindestens auf das Doppelte. Wachsende Mengen der landwirtschaftlichen Erzeugung gehen in den Schleichhandel über, den man nahezu schon einen freien Handel nennen kann, insofern, als es auf ihm allgemein übliche Marktpreise gibt. Auch sind die Preise nach Wirtschaftsgebieten und deren Zahlungsfähigkeit abgestuft. Eine ähnliche Organisation des Schleichhandels mit außerordentlicher Empfindlichkeit für den Erfolg der behördlichen Aufbringungsmaßnahmen hat sich auch in Oesterreich entwickelt.

[17]) Carl von Tyszka, Die Veränderungen in der Lebenshaltung städtischer Familien im Kriege. Archiv Bd. 43, 3, S. 841 (Krieg und Wirtschaft II. Bd. 3. Heft).

[18]) a. a. O. S. 853.

Nahrungsmittel vor dem Kriege[19]). — Dabei geht jedoch parallel eine außerordentlich wesentliche Bedarfseinschränkung. Wenn man die Verbrauchsmengen nach den erwähnten Friedenserhebungen berechnet und sie gegenüberstellt den Ergebnissen der Kriegserhebung vom April 1916, so ergibt sich ein Rückgang des Fleischverbrauchs in den höheren Einkommensstufen um 32,2% der Menge nach, ebenso nahm der Verbrauch an Fett und Butter um 25% ab, desgleichen der Milchverbrauch um 30%. Legt man nicht die Verbrauchsberechnungen der erwähnten Haushaltsstatistik, sondern den durchschnittlichen Friedensverbrauch zugrunde, wie er sich aus den Ernte- und Einfuhrziffern pro Kopf errechnen läßt, so sinkt der Verbrauch an Fleisch und Fetten auf nicht ganz 60%, der Verbrauch an Eiern sinkt um mehr als 1/4 —, in andern Nahrungsmitteln bleibt der Verbrauch ziemlich gleich (insbesondere Kartoffeln). An Gemüse, Obst und Obstkonserven steht nur mehr ca. 1/4 der durchschnittlichen Friedensmengen zur Verfügung. — Nimmt man nach den obigen Daten die Mehrausgaben bei gleichem Einkommen mit 20% im Durchschnitt an (aus dem in Anm. 3 erwähnten Grund ist das gering berechnet), in den höheren Einkommen mit 40%[20]), die Einschränkung in der Menge mit 30% an, so gelangt man für das Frühjahr 1916 (von Qualitätsdifferenzen abgesehen) zu einer durchschnittlichen Preissteigerung von 70%. Das ist also eine geringere Steigerung als nach den Calwerschen Daten anzunehmen wäre. Die Differenz rührt daher, daß bei Calwer mechanisch die dreifache Ration eines deutschen Marinesoldaten

[19]) a. a. O. S. 853. Dieser Vergleich ist allerdings nicht sehr exakt, denn es werden nicht dieselben Haushalte mit demselben Personenkreis, sondern nur Haushalte derselben Einkommensstufen (und zwar ohne Rücksicht auf die Personenzahl) verglichen. Schon die soziale Schicht jedoch begründet sehr erhebliche Unterschiede, und wenn z. B. die Erhebung des Ausschusses für Konsumenteninteressen mehr Beamte und Angestellte umfaßt, während in den Erhebungen des statistischen Amtes das Arbeiterelement überwiegt, so sind damit schon wesentliche Unterschiede gegeben, welche einen Vergleich erschweren. Würde diese Vermutung, wie wahrscheinlich ist, zutreffen, so ist die Steigerung in den Lebensmittelausgaben größer, als hier angenommen, weil der Arbeiterhaushalt schon an sich einen relativ höheren, der Beamtenhaushalt einen relativ niedrigeren Ausgabenkoeffizienten für Lebensmittel hat als andere Haushalte dieser Einkommenshöhe.

[20]) Nur mit diesen Ziffern kann man operieren. Hingegen halte ich die Verwendung des von Tyszka errechneten Satzes von 78,26% als Maßstab der Steigerung in den Ausgaben für unzulässig, da bei dem ganz verschiedenartigen Aufbau der Erhebungen die Durchschnitte nicht miteinander verglichen werden können (a. a. O. S. 862/3).

verrechnet wird (nach amtlichen Preisangaben), so daß auch die Preissteigerungen der kaum mehr erhaltbaren Waren mit der ganzen Friedensmenge ins Gewicht fallen, während die Preise gerade bei diesen Waren, welche nur in verschwindenden Mengen vorhanden sind, infolge ihrer Knappheit außerordentlich hoch hinaufschnellen. Andererseits geben diese Haushaltrechnungen nur einen Einblick in die Ernährungsverhältnisse und indirekt die Preisverhältnisse im Frühjahr 1916. Außerdem registrieren sie, wie mir von sehr sachverständiger Seite versichert wurde, nur die Ausgaben für die »rechtmäßig« erworbenen Lebensmittel, lassen also die Bezüge aus dem Schleichhandel, welche besonders kostspielig sind, unberücksichtigt. Seither sind beinahe zwei weitere Kriegsjahre verflossen. Insbesondere die Nahrungsmittelmengen, welche auf den Kopf zur Verfügung standen, haben sich inzwischen außerordentlich verringert. Schon im Herbst 1916 stand an Fetten und Fleischwaren kaum mehr die Hälfte, an Eiern kaum mehr 1/3 dessen zur Verfügung, was im Frühjahr 1916 verbraucht werden konnte, während Milch in der Ernährung der Erwachsenen vollkommen ausfiel. Da trotzdem, wie man ohne weiteres annehmen kann, die Ausgaben für Ernährung nicht sanken, so waren offenbar vom letzten Friedensjahr bis zum Herbst 1916 die Lebensmittel durchschnittlich um mehr als das Doppelte im Preis gestiegen. Ein bloßer Vergleich der Rationen und Preise vom Herbst 1916 und Herbst 1917 zeigt dann weiterhin, daß die Annahme einer durchschnittlichen Steigerung der Preise auf das Doppelte bis Zweieinhalbfache gegenüber dem Standard von Juli 1914 eine sehr vorsichtige Annahme ist.

Von Einzelpreisen seien folgende erwähnt:

	Großhandelspreis 1913[21])	Höchstpreise für die Ernte 1917[22])
Kartoffeln	1.20—2.70 M. (100 Pfund)	5—6 M., dazu eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg., außerdem eine Anfuhrprämie. Die Preise stellen sich ab Bahnhof bis auf M. 8.50[23]) [24]).

[21]) Statistisches Jahrbuch 1915.

[22]) Volkswirtschaftliche Chronik in Conrads Jahrbüchern September 1917.

[23]) Baden hat einen Erzeugerhöchstpreis von M. 6.50 (Volkswirtschaftliche Chronik August 1917); Hessen vom 20. VIII. 1917 Erzeugerhöchstpreis: M. 7.50, Kleinhandelspreis per Pfund 10 Pfg.

[24]) Wie hoch dieser Preis ist, zeigt sich beim Vergleich mit der Entwicklung in England, die ja bekanntlich ganz außerordentlich hohe Preise für Kartoffel

Roggen	160—175 M. per t	265—280 M. per t [25]). Druschprämie (20—60 M.[26])
Weizen	180—230 M. per t	285—300 M.
Hafer	160—178 M. per t	270 M. (Seit 24. XI. 1917 mit rückwirkender Kraft auch f. d. früheren Lieferungen eine Prämie von 70 M. per t, so daß Gesamtpreis 340 M.) [26a])
Gerste	150—180 M. per t	270 M.
Hülsenfrüchte [27]):		
Erbsen	15.65 M.	70 M. } Letzter Höchstpreis für 1 dz bester trockener Ware.
Bohnen	24.— M.	80 M. }
Linsen	19.60 M.	60 M. }
Ackerbohnen	13.60 M.	60 M.

	1912	1913	1914	1915 [28])	
Roggenmehl 1 dz München	28,7	26,6	28,8	39,9	(Höchstpreis)
Weizenmehl 1 dz Lübeck	27,4	25,9	29,8	42,4	(Höchstpreis)
Butter 1 dz Berlin 1. Sorte	262	251	256	356 }	1917 Aug. [29]) 615
München teuerste Schweizer	270	258	265	344 }	

Vieh[30]) Preis per dz Schlachtgewicht.

(Berliner Markt)	1914 M.	1915 M.	1916 M.	Der Preis des Jahres 1914 = 100 gesetzt, beträgt der Preis des Jahres 1916:
Ochsen	161—176	179—278	286—357	200—250
Bullen	162—169	167—250	276—359	
Kühe	137—169	155—212	231—315	
Kälber	147—193	181—341	380—477	
Schafe	163—187	197—271	332—362	
Schweine	115—139	203—266		

gezeitigt hat. Bei Beginn des Krieges kostete 1 t Kartoffeln 3 £ 10 sh und stieg im Januar 1916 auf 5 £ die t, das sind 10 M. per dz, oder 5 M. per Ztr. Im Juli 1916 kostete die t 12 £. Dieser Preis sank späterhin auf 11 £. Das entspricht einem Preis von 11 Pfg. per Pfund. (Großhandelspreis). Eulenburg, Die Entwicklung der Warenpreise in England während des Krieges, Oktober 1917.

[25]) Je nach Frachtlage.

[26]) 60 M. beim Ausdrusch bis 16. VIII.; 40 M. bei Ausdrusch zwischen 16. und 31. VIII; 20 M. bei Ausdrusch zwischen 1. und 30. IX. 1917. Bei anerkanntem Saatgut: 80—120 M. per t Zuschlag.

[26a]) Im Mai 1918 wurde der Preis auf 600 M. per t erhöht, eine für die Bewirtschaftung im nächsten Erntejahr sehr bedenkliche Maßnahme.

[27]) Durchschnittswert nach der Handelsstatistik des Jahres 1913.

[28]) Statistisches Jahrbuch 1916.

[29]) Berliner Kleinverkaufspreis für August 1917 nach Calwers Berichten in Pfg. per kg.

[30]) Diese Preisvergleichung nach der Schrift: Vieh und Fleisch in der deutschen Kriegswirtschaft, von Stadtrat Dr. Krüger u. a. (herausgeg. von der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes) Heft 17, 18, 19. Berlin 1917. S 86/7.

Fleisch[31])	Aug. 1914	Dez. 1915	Dez. 1916	Juli 1917[32])
	Preis per dz in M.			
Rindfleisch	155	274	460	420
Kalbfleisch	195	304	380	320
Schafleisch	196	308	460	
Schweinefleisch	162	280	360	400

Es sind also die Preise dieser Agrarprodukte ziemlich ungleichmäßig, aber alle in sehr beträchtlichem Umfang gestiegen. Eine Verdoppelung darf man für alle Erzeugnisse im Jahre 1917 ganz allgemein annehmen; zieht man die Ueberschreitung der Höchstpreise in Betracht, so kommt man auf das 2½—3fache als Minimum, also ungefähr auf das Resultat der obigen Schätzung. Waren, für welche das 3—4fache regulär, das 6—8fache und mehr im Schleichhandel erzielt wird, sind nicht selten. Solche Fälle sind natürlich, auch bei geringen Quantitäten, geeignet, den Gesamtdurchschnitt der Preisgestaltung sehr erheblich zu verändern.

Endlich ist in Rechnung zu ziehen, daß zahlreiche Produkte, die in Friedenszeiten gar nicht zur Verwendung gelangten, rationell und zu lohnenden Preisen Absatz finden konnten, so z. B. Streu, Kartoffelkraut als Düngemittel, Stroh, alle als Futtermittel verwendbaren Abfälle [33]) usw.

Mit diesen Preissteigerungen ist allerdings noch nichts über die inneren Veränderungen des landwirtschaftlichen Betriebs gesagt: erst die Menge der erzeugten Produkte und die Höhe der Kosten entscheiden darüber, inwieweit auf Basis dieser Preissteigerungen die Rentabilität gesteigert worden ist: sinkende Ernten schmälern die Bedeutung steigender Preise, wachsende Kosten zehren gleichfalls an der Rentabilität. Ueber diese Verhältnisse

---

[31]) Ebenda, S. 88. Im Dezember 1916 waren die Fleischpreise bereits durch behördliches Eingreifen gesenkt — soweit sie sich durchsetzten und nicht Fleisch im Schleichhandel zu höheren Preisen abgegeben wurde. So war der Preis von Rindfleisch im April 1916: 524, und sank auf 400 bis September 1916, um wieder auf 480 im Oktober und November zu steigen. Die obigen Preise sind also niedriger als der Jahresdurchschnitt.

[32]) Berliner Preis in Pfennig per kg nach Calwer.

[33]) Die ungarische Landwirtschaft hat z. B., um einen extremen Fall anzuführen, enorme Einnahmen durch Verwertung der Samen von Reisstroh erzielt (Sirok), die für Bierersatz zu hohen Preisen nachgefragt waren, während sie in Friedenszeiten überhaupt fast unverwertbar waren. Die Regierung mußte besondere Maßnahmen treffen, um den Anbau von Sirok, der den Getreidebau bedrohte, einzuschränken. (Früherer Preis: 6 K. per Dz.; gegenwärtig 500 bis 700 K.)

wissen wir heute außerordentlich wenig, wir sehen nur eine wachsende Liquidität aller landwirtschaftlichen Betriebe, die allerdings z. T. auf Aufzehrung des Kapitals zurückzuführen ist. — Ganz wesentlich für die Beurteilung der Rentabilitätsverhältnisse ist aber namentlich, welchen Anteil die Kosten am Produktionspreis haben, und in welchem Tempo sie im Verhältnis zum Preis gestiegen sind. Eine Angabe hierüber ist z. B. in dem unten abgedruckten Aufsatz von Landesökonomierat Dr. Lothar Meyer zu finden, der annimmt, daß sich der Preis der Kartoffeln gegenüber Friedenszeiten vervierfacht, die Höhe der Kosten hingegen lediglich verdoppelt habe. Der Einfluß einer solchen Veränderung auf die Rentabilität wäre relativ um so größer, je größer der Anteil der Kosten am Bruttoertrag in Friedenszeiten war. Mindestens könnte man bei dieser Relation mit einer Versechs- bis Verzehnfachung des Reinertrags rechnen [34]).

Diese Steigerung der Kartoffelpreise bis auf das 4fache ihres Friedenswertes unter gleichzeitiger Steigerung der Ernte im Jahre 1917 gegenüber 1915 und 1916 zeigt die abnormen Marktverhältnisse für Agrarprodukte. Denn im allgemeinen wäre es ja nicht möglich, daß eine größere Ernte unter höheren Preisen Absatz fände; es wird erklärlich durch die gleichzeitige Einschnürung des Angebots in andern korrespondierenden Produkten (Nahrungsmitteln). Diese Einschnürung des Angebots

---

[34]) War z. B. der Ertrag vor dem Kriege brutto 100, die Kosten 50, der Reinertrag 50, so wäre in der diesjährigen Kampagne der Bruttoertrag dem Geldbetrag nach: 400, die Kosten 100, der Reinertrag 300, also das 6fache. Hätten die Kosten auf je 100 Bruttoertrag vor dem Kriege 90 betragen (wie Landesökonomierat Meyer annimmt), so würden nunmehr der Bruttoertrag 400, die Kosten 180 sein, der Nettoertrag also 220: 22mal so groß als in Friedenszeiten. Hätten die Kosten 80 vom Hundert des Bruttoertrages ausgemacht, so wäre die Steigerung des Nettoertrages von 20 auf 240 = das 12fache. In jedem Fall aber muß, wenn die Kosten weniger rasch steigen als der Preis bei gleichen Erträgen, der Nettoertrag sehr rasch wachsen, und zwar viel schneller als der Preis; ein Sinken des Ertrages nur vermöchte diese Progression aufzuhalten. Wäre z. B. der Ertrag um ⅓ gesunken, so würde sich die Veränderung des Nettoertrages wie folgt stellen:

	Brutto-ertrag	Kosten	Nettoertrag	Bei der Annahme, daß die Kosten $^{8}/_{10}$ des Bruttoertrags ausgemacht haben: Bruttoertr.	Kosten	Nettoertrag
vor dem Krieg	100	50	50	100	80	20
1917	264	66	ca. 200 = 4 faches	264	106	258 = 13 fache

ist offenbar so groß, daß alle behördlich festgesetzten Preise (auch die gegenüber Friedenszeiten auf das 4fache erhöhten Kartoffelpreise gehören hierher) niedriger sind als sie bei freier Preisbildung auf dem Markte wären. Aber auch dort, wo also die Ernte normal oder übernormal ist, wo sich der Konsum mit denselben Mengen wie in Friedenszeiten versorgen kann, macht sich die Knappheit und die Preissteigerung der übrigen Nahrungsmittel geltend. Wäre die Kartoffelernte in diesem Jahre knapper, wären die für den Konsum zur Verfügung stehenden Mengen noch geringer, so müßten die Preise der übrigen Nahrungsmittel noch höher sein — vielleicht würde sich das nur in den Preisen des Schleichhandels zeigen, aber es würde in der ganzen Ausgabengestaltung des Haushalts zweifelsohne zur Geltung kommen.

Wie groß nun im ganzen genommen die Verringerung der Erntemengen ist, läßt sich heute nur schätzungsweise angeben. Wenn wir annehmen, daß die Preise für Agrarprodukte zu Ende 1917 im Durchschnitt 2½—3mal so hoch waren als vor dem Kriege, so ist damit schon gesagt, daß die Menge Produkte, die zur Verfügung steht, erheblich geringer geworden sein muß. Allerdings müssen wir zwei Momente hierbei in Betracht ziehen: die Heeresverpflegung erfordert für mehrere Millionen Mann zweifelsohne erheblich größere Mengen an höherwertigen Lebensmitteln gegenüber dem Konsum eben dieser Massen in Friedenszeiten (insbesondere Fleischkonsum!). Außerdem fällt die ausländische Zufuhr in sehr erheblichem Umfang weg. Schon diese beiden Momente würden bei gleichbleibenden Ernten sehr erhebliche Preissteigerungen ermöglichen, so daß in einem weit höheren Maße als man nach der Kingschen Regel ohnedies annehmen müßte, eine Steigerung der Preise ohne nennenswerte Verringerung der inländischen Ernte wirtschaftlich möglich wäre. Da die Einfuhr an Agrarprodukten ungefähr auf 15% der heimischen Erzeugung in Friedenszeiten geschätzt werden konnte, die Heeresverpflegung mindestens eine Steigerung des Nahrungsmittelkonsums um 10% bedeutet, so bedeutet der Kriegszustand an sich eine Herabsetzung der für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stehenden Mengen um 30—40%. Eine Verringerung der Inlandsernte um 25—30% gegenüber Friedenszeiten bedeutet dann bereits eine Einschränkung auf 40—50% des Friedenskonsums (was ungefähr im Jahre 1916 erreicht war). Diese Erwägung soll nur

zeigen, daß allerdings der Minderertrag nicht ziffernmäßig angegeben werden kann. Er war jedoch nicht im entferntesten so groß, als man nach der geringen Höhe der Rationen annehmen würde. Schon bei einer Abnahme der Ernten um 20—25% war eine außerordentlich weitgehende Konsumeinschränkung des Zivilbedarfs geboten und gegeben. Es wäre also außerordentlich verfehlt, anzunehmen, daß sich eine Minderung der Menge und demgemäß des Ertrags in dem Umfang ergeben habe, als es nach den Rationen den Anschein hätte.

Für die Frage, wie sich die Rentabilität der Landwirtschaft gesteigert habe, ist also 1. die Menge der erzeugten Produktion, 2. die Bewegung der Preise und 3. die Erhöhung der Gestehungskosten das Entscheidende. Alle diese Momente sind im Dunkeln. Statistische Angaben darüber sind zurzeit nicht zu beschaffen, bzw. sie dürfen nicht veröffentlicht werden. Aus der zahlenmäßigen schematischen Berechnung in der Anmerkung (siehe oben) geht nun hervor, daß die Verringerung in der Menge des erzeugten Produkts diese Steigerung des Reinertrags unter den erwähnten Voraussetzungen nicht in erheblichem Maß verhindert.

Die Erhöhung der Preise kann man mindestens auf das 3fache schätzen (für Ende 1917)[35]. Die Bewegung der Kostensätze ist uneinheitlich. Die Löhne sind weniger rasch gestiegen als die Industrieprodukte, welche als Kostenelemente in die Landwirtschaft eingehen. Ueberall dort, wo Naturallöhne eine große Rolle spielen — und das ist jetzt wieder in der Landwirtschaft in steigendem Maße der Fall —, hat der Geldlohn nicht erheblich zugenommen. Bei Bezahlung des Lohnes in Naturalien wird insoweit der Ertrag in dem gleichen Verhältnis wie die Preise steigen, wenn die Menge des erzeugten Produkts gleichbleibt. Auch dann aber ergibt sich infolge der verringerten Arbeiterzahl ein verhältnismäßig rascheres Ansteigen des Ertrags.

[35]) Die Schätzung bleibt hinter der Realität sicher noch etwas zurück. Einen Anhaltspunkt hierfür gibt auch folgende Erwägung: Das Einkommen der meisten erwerbenden Menschen hat dem Geldbetrag nach keine Verminderung, in den meisten Fällen hingegen wohl eine Erhöhung erfahren. Die Ausgaben für Ernährung, immer dem Geldbetrag nach, sind im Durchschnitt sicherlich erheblich gestiegen; meist wohl auch (bei Arbeitern und Festbesoldeten) dem Prozentsatz vom Einkommen nach. Die Nahrungsmittelmengen, welche hierfür erworben werden könnten, sind bedeutend gesunken. Sie dürften wenig über ⅓ der vor dem Kriege konsumierten Nahrungsmittel ausmachen. Das heißt also, daß derselbe Geldbetrag nurmehr ca. ⅓ der Nahrungsmittelmengen (verglichen mit der Zeit vor dem Kriege) kaufen kann.

Die Löhne in der Landwirtschaft sind außerordentlich schwer zu erfassen. In der Industrie war die Steigerung im Taglohn 1914—16 (nach einer Erhebung des Kaiserlichen statistischen Amtes) in 369 Betrieben für männliche Arbeiter zwischen 40 und 68%, bei Frauen zwischen 30 und 100%. Namentlich die »Friedensindustrien« weisen geringere Steigerungssätze auf. — Für die Landwirtschaft kann man höchstens mit denselben Steigerungen rechnen als in der Industrie (was den Geldlohn anlangt). Soweit Naturallohn in Betracht kommt, wäre die Steigerung, in Geld ausgedrückt, erheblicher, macht sich aber für den Arbeitgeber nicht direkt in einer größeren Geldauslage, sondern in einem Entgang an Einnahme geltend.

Die Lohnausgabe ist in der Landwirtschaft die entscheidende. Schon in normalen Zeiten sind ja die Ausgaben für Arbeitslohn ein außerordentlich wesentlicher Posten [36]). Das ist gegenwärtig noch mehr der Fall, da zahlreiche sachliche Betriebsmittel nicht oder nur in beschränktem Umfang erhältlich sind. Auch der Ankauf von Stickstoffdünger ist ja außerordentlich eingeschränkt, da die Stickstoffindustrie lediglich für die Munitionserzeugung arbeitet. Es werden daher, wenn man die Betriebsrechnungen der Landwirtschaft während des Krieges nachprüft, die sachlichen Ausgaben insgesamt relativ nicht so rasch angestiegen sein als die Preise der Agrarprodukte. Das bedeutet aber ein weiteres Ansteigen der Ueberschüsse. Diese sind allerdings, wenn die Investitionen für längere Zeit in höherem Maße unterlassen werden, nicht restlos als Reingewinn anzusehen, sondern z. T. Kapitalersatz, flüssige Mittel, welche späterhin wieder zu Investitionen verwendet werden sollen. Ob die gegenwärtig rückströmenden Summen späterhin ausreichen werden, diese Investitionen vorzunehmen, hängt von der Preisgestaltung ab. Durch die Tatsache, daß gegenwärtig Kapital in Geldform flüssig wird, wird

[36]) Die Arbeitskosten betrugen in mittelintensiven östlichen Betrieben: 40% des Gesamtaufwands unter den Preisrelationen vor dem Kriege. (Vgl. den Aufsatz von Lothar Meyer.) In den Produktionskosten einer Zuckerfabriksökonomie betrugen die Löhne 1903/4: 48%, 1909/10 $43^1/_2$% bei gleichzeitigem Steigen der Lohnausgaben dem absoluten Geldbetrage nach; die anderen Ausgaben stiegen erheblich schneller (insbes. für Maschinenhaltung, Betriebsmaterialien, Kunstdünger usw.). (Strakosch, Agrarwirtschaft in Oesterreich, S. 312.) In der deutschen Milchwirtschaft wird bei rationellem, genossenschaftlichem Betrieb die Lohnausgabe mit ca. 37—39% angenommen (Dr. W. Fleischmann, Lehrbuch der Milchwirtschaft, 5. Auflage).

dann der Reingewinn in runder Summe schwer aus den Betriebsergebnissen herauslösbar. —

In manchen Fällen läßt sich ein gewisser Anhaltspunkt für die Steigerung der Rentabilität dadurch gewinnen, daß der Bruttoertrag bekannt wird. So ist vielfach die Weinernte des Jahres 1917 in ihrem Geldwerte dem Preis des ganzen Grundstücks vor dem Kriege gleichgekommen [37]. Nimmt man an, daß ein solches Weingut vor dem Kriege 10% seines Preises an Reinertrag abwarf, so hat sich dieser verzehnfacht, bei 5% verzwanzigfacht; selbst eine weitgehende Steigerung der Kosten (die speziell beim Weinbau über die Steigerung der Arbeitslöhne hinaus kaum vorlag) kann diese Relation nur unbedeutend beeinflussen [38].

Ganz allgemein kann man sagen: Je geringer der Rentabilitätsfaktor vor dem Kriege war und je mehr von den Bruttoerträgen für Kosten zu veranschlagen sind (je kleiner also der Nettoertrag im Verhältnis zum Rohertrag), um so bedeutender wird die Steigerung der Reinerträge geworden sein. Dort, wo der landwirtschaftliche Betrieb als Arbeitsstelle gewertet wird, ist die Progression im Reinertrag am größten. Da außerdem die kleinen Betriebe vielfach in höherem Maße am Schleichhandel beteiligt sein dürften, so dürfte diese rasche Steigerung der Reinerträge noch stärker zum Ausdruck kommen.

---

[37]) Auch für Kartoffeläcker wird dasselbe berichtet (so z. B. für Ungarn, vgl. Arbeiterztg. 9. X. 1917).

[38]) War der Bruttoertrag z. B. vor dem Krieg 1000, die Kosten 500, der Reinertrag 500, der Ankaufspreis des Weinbergs 5000, also der Kapitalisierungssatz 10%, so wäre jetzt der Bruttoertrag 5000, die Kosten etwa 1000, der Reinertrag 4000, also 8mal so groß; war der Kapitalisierungsfaktor vor dem Kriege 5%, so war der Ankaufspreis 10 000, und in diesem Falle wäre der Reinertrag 9000 = das 18fache.

Machen die Kosten einen größeren Prozentsatz des Bruttoertrags, so ist die Steigerung nicht unter allen Umständen so hoch. War der Kaufpreis vor dem Kriege z. B. 10 000 M., der Bruttoertrag 4000, die Kosten 3000 — so gegenwärtig der Bruttoertrag 10 000, die Kosten bei Verdoppelung der Kostensätze 6000, der Nettoüberschuß 4000 = Vervierfachung. War der Bruttoertrag vor dem Kriege z. B. 2000, die Kosten 1500, der Reinertrag 500 — so nunmehr Bruttoertrag 10 000, Kosten 3000, Nettoertrag 7000 = das Vierzehnfache. Alles deutet darauf hin, daß die Steigerung eine sehr hohe war. Sicherlich ist das hier gegebene Beispiel: Bruttoertrag im Frieden 4000, Nettoertrag 1000, gegenwärtiger Bruttoertrag 10 000 i r r e a l, da die Preissteigerung eine weitaus raschere Progression des Bruttoertrages bewirken würde. In einem solchen Falle wäre der Bruttoertrag sicherlich noch höher, als der Kaufwert des Grundstücks vor dem Kriege.

In welchem Tempo nun die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke gestiegen sind, ist schwer anzugeben. Wäre die Ertragssteigerung eine dauernde, so müßte parallel mit der Steigerung des Reinertrags eine Wertsteigerung der Grundstücke gehen, vielleicht sogar in noch rascherem Tempo, weil die Möglichkeit, flüssiges Kapital anzulegen, in der Industrie nicht gewachsen, sondern eher vermindert ist. Dieser Bewegung steht jedoch das oben erwähnte Moment der Wiederauflösung des Investitionskapitals entgegen (der Kaufpreis kann im Falle des Besitzwechsels nicht so hoch steigen, weil die Grundstücke erhebliche Investitionsausgaben nach dem Kriege verlangen werden) [39]. Außerdem muß man in vielen Produkten mit einer Preissenkung rechnen — zum mindesten kann man annehmen, daß die Preise in vielen Produkten auf das Niveau der Höchstpreise zu Kriegsende herabgehen und sich vielleicht auch noch etwas darüber hinaus ermäßigen werden. Der Uebergewinn aus dem Schleichhandel würde in Wegfall kommen. Aber jedenfalls muß man zunächst mit einer sehr erheblichen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Betriebe rechnen.

In einem Ruhezustand der Volkswirtschaft würde die hier erörterte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktenpreise sich umsetzen in einen Druck auf den Preis anderer Erzeugnisse. Diese Einwirkung ist auch gegenwärtig vorhanden, wenngleich sie durch anscheinend entgegengesetzte Tatsachen überdeckt wird. Die Preise aller Produkte hängen insofern miteinander zusammen, als eine jede Veränderung in der Marktlage die Kaufkraft der Konsumenten in verschieden starker Weise ausschöpft und demgemäß größere oder geringere Kaufkraftmassen für den Erwerb anderer Produkte freiläßt. Die Preissteigerung der Industrieerzeugnisse z. B. wäre noch größer, wenn tatsächlich die Höchstpreise für Agrarerzeugnisse eingehalten würden. Wenngleich also ein positiver Druck auf die Preise der Industrieerzeugnisse nicht zu verspüren ist — da deren Knappheit auch sehr groß, z. T. noch viel größer ist —, so würde

[39]) Bei Gutsübergaben (Pachtübergaben) scheint bisher die Abnützung des sachlichen Inventars in den Preisen nicht zum Ausdruck zu kommen; bzw. die Preissteigerung des sachlichen Inventars ist so groß, daß sie einen ev. notwendigen Abzug für Abnützung weit übersteigt. Hingegen werden z. B. die gestiegenen Viehpreise bei der Pachtübergabe voll berücksichtigt: da sich der Pferdepreis verdreifacht, der Rindviehpreis vervierfacht hat, sind die entsprechenden Wertsteigerungen bei der Pachtübergabe voll zum Ausdruck gelangt. (Siehe die Abhandlung von Lothar Meyer in diesem Hefte.)

er sich bei einer einigermaßen reichlichen Beschickung des Marktes sofort fühlbar machen. Das wird möglicherweise während der Uebergangszeit der Fall sein, sobald einmal die industrielle Produktion stärker in Gang kommt.

Für die Preisbildung landwirtschaftlicher Grundstücke und den Anteil der Landwirtschaft am ganzen Sozialprodukt ist ausschlaggebend, wie das Tempo der Preissteigerung ist, bzw. in welchem Umfang sie aufrechterhalten werden kann. So wenig Sicheres sich darüber schon heute sagen läßt, so ist doch auf ein wesentliches Moment hinzuweisen: die Tendenz, Agrarprodukte zu erwerben, auch zu sehr hohen Preisen, wird nach dem Krieg (nach Maßgabe der vorhandenen Kaufkraft) unvermindert andauern. Die Gültigkeit der Kingschen Regel dürfte sich auch darin zeigen, daß selbst ein allmähliches Abflauen der Preise wahrscheinlich den Konsum nicht vermindern wird: nur wenige werden weniger konsumieren, weil sie die Aussicht haben, dieselben Produkte in Zukunft, nach einem halben Jahr, billiger zu erhalten. Eine solche Erwartung würde hingegen vermutlich auf den Konsum von Industrieprodukten stark einschränkend wirken. Der Grund liegt darin, daß Industrieerzeugnisse in ihrer überwiegenden Masse relativ dauernde Gebrauchsgüter sind. Der Ankauf von Wäsche, Kleidern, Möbeln, Gebrauchsgegenständen aller Art wird gewiß nicht im vollen Maß des zahlungsfähigen Bedarfs erfolgen, wenn die begründete Aussicht einer baldigen erheblichen Preissenkung gegeben sein sollte. Hingegen dürfte dieses Moment auf die Marktlage in Agrarerzeugnissen relativ geringen Einfluß üben. Daher kann die Landwirtschaft in der Uebergangszeit mit einer ungebrochenen Konjunktur rechnen. Die Preissenkungen, die in Zukunft zu erwarten sind, wirken nicht in die Gegenwart hinein, wie das bei Industrieprodukten in erheblichem Maße der Fall sein dürfte.

Der Ertrag aus der Preissteigerung wird z. Teil, wie schon angedeutet, durch die Verminderung der Ernte wieder wettgemacht. Genaue Daten über die Höhe der Ernte stehen heute noch nicht zur Verfügung, bzw. könnten nicht veröffentlicht werden. Und die Höhe der wöchentlichen Rationen gestattet nur einen sehr unvollkommenen Einblick in die Ernteerträge. In Anbetracht dessen, daß die Ernte des Jahres 1914 eine Fehlernte war, daß trotz ungehemmten Getreideverbrauchs, auch zu Verfütterungszwecken, bis zum Februar 1915 für städtische Ver-

braucher eine Ration von 220 g Getreide per Kopf und Tag gewährt werden konnte, und daß nach der Ernte 1915 diese Ration späterhin nicht erhöht, sondern sogar erhebliche Zeit hindurch im Jahre 1917 um 20% ermäßigt werden mußte, ist anzunehmen, daß sowohl die Ernte von 1915 als auch insbesondere 1916 erheblich hinter den früheren Durchschnittsernten in Friedenszeiten zurückblieben [40]). Dasselbe gilt von der Ernte 1917. Dieser Reduktion in den Erntemengen gehen allerdings auch sinkende Kosten parallel, und die Wirksamkeit der Kingschen Regel sorgt dafür, daß trotz aller Rationierung und Höchstpreisfestsetzung der Geldwert dieser verringerten Ernte steigt. Folgendes Schema mag ein ungefähres Bild der Entwicklung bieten, ohne daß eine dieser Ziffern als wirklich gedacht ist. Es soll lediglich die Entwicklung, wie sie während des Krieges sich durchgesetzt hat, und wie sie auch für die Ernte 1918 noch gelten dürfte, angedeutet werden. —

Es wurde der Wert der landwirtschaftlichen Produktion vor dem Kriege im Durchschnitt geschätzt auf [41]): (s. Tabelle S. 33)

Davon sind die Futtermittel als durchgehende Posten abzuziehen. Diese Schätzung für die Jahre 1911/13 stammt von landwirtschaftlicher Seite und hat die Tendenz, den Geldwert der inländischen Agrarerzeugung möglichst so groß erscheinen zu lassen, als er war. Uns interessiert vor allem die Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Ertragssumme und die Veränderungen, welche die Preise durch den Krieg erfahren haben. In dieser Zusammenstellung fällt auf, daß der Anteil desGetreides am Gesamtertrag der landwirtschaftlichen Erzeugung nach dieser Schätzung nur ca. ⅓ beträgt; die Werterhöhung des Getreides war am geringsten. Wenn wir diesem Schema gegenüber die Preisentwicklung während des Krieges zugrunde legen und einen

[40]) Für eine Schätzung versagen die bisher zur Verfügung stehenden Daten der Erntestatistik völlig. Legt man die Daten für 1912 zugrunde, so erhält man als Resultat, daß auf Grund der Ernteergebnisse 1912 an Roggen, Weizen, Winterspelz und Gerste (ohne Einfuhr und Ausfuhr) eine Kopfration von ca. 300 kg möglich gewesen wäre, oder 800 g Getreide per Kopf und Tag. Selbst wenn man Saatgut in Abrechnung bringt, Verfütterung in erheblichem Umfang annimmt, so ist doch die Differenz gegenüber den 300 g Getreide per Kopf der Selbstverbraucher und den 250 g für städtische Bevölkerung ganz enorm. Jedenfalls läßt sich aus den Rationen auf eine Verminderung der Ernte schließen, ohne daß man aber daraus deren Umfang zu berechnen vermöchte. (Dr. Schlittenbauer a. a. O. nimmt eine Reduktion der Ernte um 25% an.)

[41]) Artikel: Landwirtschaft von F. Wohltmann im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, 6. Bd., S. 353/4.

	Wert vor dem Kriege.	Bei gleicher Menge wäre der Wert im Jahre 1917: Minimum	Wahrscheinl. Durchschnitt
	Millionen M.	Millionen M.	Millionen M.
1. Hauptgetreide	3 700	6 000	8 000
2. Andere Körner u. Hülsenfrüchte	300		
3. Handelsgewächse, Zucker, Kartoffeln, Hopfen	1 700	5 100	6 800
4. Flachs und Hanf	20	80	100
5. Obst	400	1 200	1 600
6. Wein	100	600	800
7. Geflügel und Eier	500	3 000	3 500
8. Fleisch	3 000	6 000	7 500
9. Molkereierzeugnisse	2 100	3 000	3 500
10. Lebendes Vieh und Pferde	150	400	450
11. Haare und Därme	30	60	60
12. Felle, Häute, Leder	300	900	1 200
13. Wolle	30	150	200
14. Tierische Fette	30	180	250
15. Futterrohstoff (Raps, Leinsaat, Mohn)	50	200	250
16. Futterstoffe (Kleie, Heu usw.)	1 400	2 800	4 200
17. Tabak	30	90	150
	13 840	29 760	38 560

durchschnittlichen Abschlag von 25% in der Menge machen [42]), so kommen wir auf ca. den doppelten bis 2½fachen Geldertrag. Die Steigerung der Erzeugungskosten ist schwerer zu schätzen. Wichtige Betriebskosten, wie Auslagen für Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen, Geräte usw., sind gegenüber den letzten Friedensjahren um 60—70% gestiegen, andere um 100% und mehr, Benzol z. B. 100%, Maschinenöle 300% [43]). Hingegen sind die Auslagen für Arbeitslöhne im Durchschnitt wohl durch die starke Heranziehung von Kriegsgefangenen nicht in diesem Umfang gestiegen. Man kann demgemäß annehmen, daß die Steigerung der Kosten 70% im Durchschnitt nicht übersteigen dürfte. Wenn man nun die Gestehungskosten im Wesen um 70% gesteigert, die Erzeugungsmenge um 25% redu-

[42]) Nach einer Schätzung von Dr. Schlittenbauer (Regensburg) im Sonderheft der Statistischen Monatshefte: Die deutsche Landwirtschaft, Juli 1917.
[43]) Nach den Angaben von Dr. Schlittenbauer ebenda.

ziert annimmt, so erhält man folgende Verschiebung in der Rentabilität:

	Rohertrag	Kosten [44]	Reinertrag
vor dem Kriege	100	75	25
gegenwärtiges Minimum	200	95	105
wahrscheinlicher Durchschnitt . . .	250	95	155
rechnungsmäßiges Maximum . . .	300	95	205

Trotz Verringerung um ¼ wäre der Ertrag das 4—6fache des Friedensertrags [45]. Die weitaus höheren im Schleichhandel erzielten Preise müßten jeweils — wenn die Voraussetzungen über die Veränderungen der Kostengüter zutreffen und die Ertragsminderung keine größere ist — noch höhere Erträge gezeitigt haben. Allerdings, zu einer unanfechtbaren Ziffer wird man während des Krieges ohne zahlreiche Nachprüfungen konkreter Betriebsergebnisse nicht gelangen können. Auch wäre bei diesem Ergebnis zu berücksichtigen, daß im Reinertrag die Wiedererstattung verbrauchter Kapitalbeträge (Betriebsmittel der Landwirtschaft) mit enthalten ist.

Von dieser Veränderung des Geldausdrucks der Ernte und der Steigerung des Reinertrags ist verschieden die Frage, ob die Kaufkraft der Landwirtschaft im ganzen betrachtet gewachsen ist. Die Erhöhung des Reinertrags, in Geld ausgedrückt, entscheidet noch nicht über die Veränderung der Kaufkraft. Es kommt darauf an, ob und in welchem Umfang sich die Preise für andere als Agrarprodukte verändert haben (und innerhalb der Landwirtschaft wieder handelt es sich um das Wachstumstempo für die Preise der einzelnen Agrarprodukte, das keineswegs gleichmäßig ist). Wenn alle Produkte, die der Landwirt seinerseits kaufen muß, in demselben Tempo durchschnittlich im Preise gestiegen wären, so wäre die Kaufkraft der landwirtschaftlichen

[44]) Hier wird für 1917 angenommen, daß im Jahre 1917 um 25% weniger an Kostengütern (Arbeitern, Maschinen, Oele usw.) angewendet wurden, daß aber die angewandten Kostengüter um 70% teurer waren.

[45]) Nimmt man die Kosten vor dem Kriege mit 90 im Durchschnitt an, so daß der Reinertrag lediglich 10 vom Gesamtumsatz betragen hätte, erhält man folgende Ziffern:

	Rohertrag	Kosten	Reinertrag
vor dem Kriege	100	90	10
gegenwärtiges Minimum	200	114	86
wahrscheinlicher Durchschnitt . . .	250	114	136
rechnungsmäßiges Maximum . . .	300	114	186

Das trifft möglicherweise für die kleine Landwirtschaft zu.

Bevölkerung unverändert geblieben [46]). Sie wäre nur dann gewachsen, wenn das Tempo der Preissteigerung in der Industrie hinter dem für Agrarprodukte zurückbliebe. — Da nun im Durchschnitt die Preise für Industrieerzeugnisse wegen der Knappheit an Rohstoffen und Arbeitskräften vielfach mindestens ebenso, z. T. noch rascher als die der Agrarprodukte gestiegen sind, so müßte man annehmen, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft höchstens stabil geblieben sei, wahrscheinlich aber abgenommen habe. Dem widerspricht allerdings die Tatsache der Entschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes im Kriege und der Akkumulation größerer Geldsummen selbst in kleineren Betrieben. Die Lösung des Widerspruchs liegt darin, daß die Erzeugungsmenge in der Landwirtschaft bedeutend weniger gesunken ist als in der Industrie. Der Industrie war mit der Absperrung vom Weltmarkt die Produktionsbasis fast völlig entzogen worden. Auch bedingt ihre Arbeitsorganisation eine viel schwierigere Anpassung an den Arbeitermangel. Infolgedessen ist die Menge der Produkte in der Industrie rapid gesunken, was soweit geht, daß ganz große Industrien ihren Betrieb stillegen mußten. Dazu kommt, daß die Industrieprodukte für die Bedürfnisse der Kriegführung in Anspruch genommen wurden. Die Menge der in den Verkehr tretenden Industrieprodukte ist daher in noch rascherem Tempo gesunken als die Erzeugung, die Möglichkeit für den landwirtschaftlichen Erzeuger, zu kaufen, war außerordentlich gering. Das bedeutet aber: wachsende Aufspeicherung von Barmitteln in den Händen agrarischer Produzenten, deren Erzeugung trotz des Krieges ihren Fortgang nimmt. Wenn man bloß die Marktpreise ansieht, wäre wahrscheinlich die Landwirtschaft im ganzen genommen in der Kaufkraft sogar etwas hinter der Industrie zurückgeblieben [47]) — aber diese Preise der Industrieprodukte sind eben das Resultat einer so geringen Produktion, daß der Konsum notwendigerweise außerordentlich eingeschränkt werden mußte. Abstrakt ausgedrückt bedeutet das: der relativen Kaufkraft des landwirtschaftlichen Produzenten fehlt die Möglichkeit ihrer Verwendung,

[46]) Sehr zutreffend und bezeichnend eine Anekdote in der »Wiener Arbeiterzeitung«: In der Bahn wird von den Reisenden über die große Teuerung geklagt. Ein Bauer, der zum Markt fährt, erklärt, er könne keine Teuerung sehen. Denn auch früher mußte er zwei Gänse verkaufen, um ein Paar Schuhe zu erwerben. Dieses Verhältnis habe sich nicht geändert.

[47]) Man vgl. z. B. die Preissteigerung für Textilerzeugnisse

so daß das Kaufkraftmittel, Geld, in der Landwirtschaft akkumuliert wird. In der Industrie hingegen könnte zwar die Kaufkraft, in abstracto betrachtet, infolge der enormen Preissteigerungen noch rascher wachsen, aber es fehlt ihr die Möglichkeit, sich auf dieser erreichten Preisbasis wirklich aufzubauen, da die Mengen der erzeugten Produkte weit hinter der Friedenserzeugung zurückbleiben. Abschließend kann daher für die Landwirtschaft angenommen werden, daß sie durchschnittlich erheblich mehr den Betrieb aufrechterhalten konnte als die Industrie. Sie vermochte infolgedessen auch den Umständen angemessen erhebliche Mengen Produkte auf den Markt zu bringen, hatte aber keine Möglichkeit, die Bedürfnisse nach Industrieprodukten zu befriedigen. Infolgedessen konnte sie Kaufkraft, Kapital akkumulieren. Die Landwirtschaft tritt daher — gewiß nach sehr erheblichen Entbehrungen im Konsum von Industrieprodukten — mit einem gewaltigen Stock von Ersparnissen in die Friedenswirtschaft ein. Dieser Stock von Ersparnissen sichert ihr ein Kommando über Produktmassen, welche — relativ genommen — wahrscheinlich größer sind als der Anteil, den die Kaufkraft der Landwirtschaft vor dem Kriege am inneren Markt hatte. Das ist ein Ergebnis, welches man bei weitgehendster Vorsicht immerhin aus den gegenwärtig bekannten Daten als höchst wahrscheinlich ableiten darf.

Die rasche Steigerung in den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, welche nicht sofort nach dem Kriege aufhören wird, ebenso die Möglichkeit, aus den zur Kriegszeit erzielten Preisen erhebliche Reserven anzusammeln, wird die Landwirtschaft in den Stand setzen, die Schwierigkeiten nach dem Kriege wirtschaftlich, auch privatwirtschaftlich, zu überwinden. Sie liegen vor allem in den Hindernissen für eine rasche Retablierung. Zwar wird wahrscheinlich die rasche und reichliche Versorgung mit künstlichen Düngemitteln bald nach dem Kriege möglich sein, insbesondere wird die neue Stickstoffindustrie die Einfuhr von Chilesalpeter überflüssig machen, und Kali wird in Deutschland selbst gewonnen. Aber selbst reichliche und zweckmäßige Düngung wird die Aussaugung des Bodens während der Kriegszeit nicht sofort ausgleichen. Besonders schwierig wird sich die Arbeiterfrage gestalten, wenn der Zustrom aus den östlichen Gebieten (wie infolge der Agrarreform in Rußland möglich) aufhören sollte.

Auch das Betriebsinventar, insbesondere das lebende, erfordert eine durchgreifende Erneuerung: in diesem Zusammenhang ist wesentlich, daß der Viehbestand nicht nur in seinem Umfang und seiner Qualität, sondern auch seiner Konstitution gelitten hat. In Fachkreisen wird auf die Ausbreitung der Tuberkulose (als Folge der veränderten Ernährung) des Viehs hingewiesen, die eine wesentliche Gefahr für die Zukunft darstellt. — So sind wirtschaftliche Rücklagen für diese Schwierigkeiten privatwirtschaftlich geboten. Diese Reserven sind aber, nach dem bisher Gesagten, in reichlichem Maße vorhanden: besonders der Großgrundbesitz hat zweifellos bereits für die Uebergangszeit Vorsorge getroffen, und die kleineren Betriebe werden durch ihre Genossenschaften den Wiederaufbau des Inventars in die Wege leiten können. Auch darin ist die Landwirtschaft besser daran als die Industrie: sie kann mit der unbedingten Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes für ihre Produkte rechnen [48]), und braucht nur — entsprechend der Preisgestaltung — den einen oder andern Betriebszweig stärker zu betonen. Es ist hier nicht eine besondere Umstellung für die Friedenszeit notwendig, sondern der Betrieb möglichst intensiv zu gestalten. Infolgedessen kommen auch spezielle Uebergangsmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht in Betracht. Während die Industrie auf einer ganz andern Kalkulation aufbauen, das Verhältnis von Qualität und Massenproduktion verschieben, z. T. neue Absatzwege suchen muß und mit den Maßnahmen der Verwaltungsbehörden für die Uebergangszeit (Rohstoffeinschränkung, Fortbestehen der Devisenzentrale usw.) zu rechnen hat, ist davon die Landwirtschaft unberührt. Ihre einzige Sorge wird sein, wie der Betrieb wieder voll in Gang kommen könnte. Auch der Weltmarkt bildet zunächst keine Bedrohung der Lage, weil keineswegs überreichliche Zufuhren zunächst zu erwarten sind, und infolgedessen auch die Preisgestaltung in der ersten Zeit nach dem Kriege keinen krisenhaften Erschütterungen ausgesetzt sein wird. Die Tendenzen der Landwirtschaft aber gehen darüber weit hinaus: die deutsche Landwirtschaft z. B. [49]) propagiert den Gedanken, allein aus dem eigenen Boden auch in Hinkunft

---

[48]) Vgl.: »Die Aufgaben der Landwirtschaft während der Uebergangszeit, (Sonderdruck aus den Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Jahrgang 1917).

[49]) a. a. O. S. 1 und 2.

zu leben. Und zwar nicht nur für die Uebergangszeit, sondern auch für späterhin, und nicht bloß für Brotgetreide, sondern auch für die Futtermittel. Solche Pläne rechnen dann naturgemäß mit dauernd sehr hohen Preisen, mit völliger Loslösung vom Weltmarkt, und weitergehend auch mit der Ausschaltung des Ernteausfalls auf die Preisbildung [50]), was gleichbedeutend mit einer auf die Dauer berechneten Preiserhöhung [51]). Die ganze Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die Stabilisierung des Preises durch den Ausgleich der Weltmarkternte soll also wieder rückgängig gemacht und ersetzt werden durch einen stabilen, aber weitaus höheren Preis als ihn der Weltmarkt auf die Dauer zeigen würde. Hand in Hand gehen Bestrebungen zu einer Mechanisierung des Betriebs, zur Durchführung des Taylorsystems in der Landwirtschaft, zur Einführung arbeitsparender Methoden. — Man ist also bestrebt, die Konsequenzen der Kriegswirtschaft zu ziehen, und zwar im Wesen dadurch, daß der Typus der sich selbst versorgenden Kriegswirtschaft für die Agrarproduktion aufrecht bleibt. Das ist aber nur möglich, wenn das Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte sich r e l a t i v über das für andere Produkte dauernd hinaushebt. Das bedeutet soviel: die Land-

---

[50]) Für Gemüse z. B. wird die Errichtung von Trocknungsanlagen und Konservenfabriken propagiert, »um den Landwirt vom Markt unabhängig zu machen«. »Er kann den Vorteil des höheren Preises für Frischgemüse in gemüsearmen Jahren mitnehmen, ohne daß er wie bisher Gefahr läuft, daß ihm in gemüsereichen Jahren ein Preis geboten wird, der seine Produktionskosten nicht deckt. Auch können leicht verderbliche Erntevorräte für schlechte Jahre aufbewahrt werden« usw., also alles aus der Erwägung heraus, daß der Auslandsmarkt zum Ausgleich nicht in Betracht komme. Daß die Rentabilität der Trocknungsanlagen abhängig ist von den Preisen, betont auch Lothar Meyer in seinem unten abgedruckten Aufsatz. Damit ist aber indirekt gesagt, daß die Preissteigerung für viele landwirtschaftliche Produkte eine überproportionale sein müßte, damit die technischen Neuerungen der Kriegswirtschaft in die Friedenszeit hinübergenommen werden könnten. Denn würden die Preissteigerungen in Industrieprodukten und Löhnen usw. ebenso groß sein, so wäre die Trocknungsanlage ebenso unrentabel, wie vor dem Krieg bei niedrigeren Preisen.

[51]) Aehnliche Pläne bestehen in England, wo die Landwirtschaft durch Preisgarantie ermuntert werden soll, einen großen Teil des inländischen Bedarfs, der vordem eingeführt werden mußte, zu decken. Hiefür wird als ausreichend erachtet ein Weizenpreis von 60 sh per Quarter für 1917, 85 sh in den Jahren 1918/19 und 45 sh 1920/22 (ein Preis von 60 sh entspricht einem solchen von 276 M. per 1000 kg, das sind 80—100% über dem Weltmarktpreis); da am 1. VII. 1917 englischer Weizen in London mit 78 sh per Quarter notierte, so braucht wohl die Preisgarantie der Regierung nicht wirksam zu werden. (Vgl. den Aufsatz von Dr. Karl Keck über e n g l i s c h e U e b e r g a n g s w i r t s c h a f t in diesem Hefte.)

wirtschaft soll in die Lage versetzt werden, ihre Produktion nicht nur absolut, sondern auch relativ teurer zu verkaufen als vor dem Kriege; sie soll aber auch mehr an landwirtschaftlichem Produkt erzeugen. Sie soll also mehr Produkte für höheren, und zwar auch relativ höheren Preis absetzen. Das hat aber wieder zur Voraussetzung: daß die gesamte Erzeugung der Volkswirtschaft, auch in der Industrie, steigt. Vorerst genügt es, auf diese notwendige Voraussetzung der landwirtschaftlichen Pläne hinzuweisen.

(Ein weiterer Aufsatz folgt.)

Zur Frage der Konjunktur im und nach dem Kriege[1]).

Von

ERNST BRODA.

Vor einiger Zeit hat eine Notiz im volkswirtschaftlichen Teile der Zeitungen Anlaß zu diversen Glossen auch bei jenem Teile des Publikums gegeben, der sonst dieser Materie kein besonderes Augenmerk zuzuwenden pflegt. Sie lautete in lapidarer Kürze: Börse flau, auf Friedensgerüchte. Daß diese Bemerkung, die doch nur ein rational durchaus verständliches, einwandfrei motiviertes Verhalten der Börsenbesucher feststellte, von allen Menschenfreunden, von allen, deren Herz für das Schicksal unseres Volkes und der Welt schlägt, bitter empfunden werden mußte, ist leicht begreiflich. Bringt sie doch in ihrer epigrammatischen Zuspitzung klar zum Ausdruck, welch tiefer Zwiespalt besteht zwischen unser aller Sehnen nach dem Ende des furchtbaren Mordens, in dem sich eine Welt, an deren Aufbau wir unsere ganze Kraft und all unsere Wünsche gesetzt hatten, verblutet und den momentanen unmittelbaren Erwerbsinteressen wichtiger und einflußreicher Kreise unseres Volkes. Wir werden uns allerdings nicht in der beliebten populären Weise durch diesen wahrhaft eindrucksvollen Aspekt eines Falles, in dem eine bestimmte Gruppe von Wirtschaftssubjekten aus dem allgemeinen Unheil einen privaten Vorteil zieht, dazu verleiten lassen, uns in billigem Moralisieren über das Vorgehen der glücklichen Gewinner zu entrüsten, denn wir wissen, daß die Geschäftswelt dabei nichts anderes tut, als in eben jenem Zwecksystem des Erwerbsstrebens handeln, auf dem sich die privatkapitalistische

[1]) Die Arbeit lag bereits im Frühjahr 1917 der Redaktion druckfertig vor. Da sich die Ausgabe des ersten Heftes von Krieg und Wirtschaft III wider Erwarten sehr verzögerte, kann sie erst jetzt zum Abdruck gelangen. (Anm. d. Red.)

Organisation unserer Volkswirtschaft aufbaut und durch das allein sie ihr stabiles Gleichgewicht aufrecht erhält, das sie daher notwendig voraussetzt und billigt. Die einzelnen handelnden Personen halten sich dabei mit prinzipiell unerheblichen Ausnahmen im Rahmen der Staatsgesetze und ziehen eben nur aus der gegebenen wirtschaftlichen Situation die in diesem dem Wirtschaftsgeist unserer Epoche immanenten Zwecksystem rational richtigen Konsequenzen für ihr Vorgehen. Die unentrinnbare Dialektik des volkswirtschaftlichen Prozesses schafft erst aus dem Zusammenwirken aller dieser durcheinanderflutenden Handlungen der einzelnen ihr unmittelbares Privatziel Verfolgenden jenen Zustand, der eine so krasse Verteilung von Licht und Schatten mit sich bringt. Das Resultat allerdings, diese anscheinend alles jemals für möglich Gehaltene übertreffende Konjunktur, könnte bei jemandem, der im heutigen Stadium des Krieges von einem Robinson-Eiland zurückkehren würde, zuerst Erstaunen erregen. So also, würde er sich verwundert fragen, sieht das Wirtschaftsleben im 3. Kriegswinter aus? Vervielfältigung der Gewinne der großen Masse der industriellen und agrarischen Unternehmungen, dabei in den Kriegsanleihen zum Ausdruck kommende Ersparnisse, die einfach in das Märchenhafte gehen? Wie sehr waren doch alle Börsen im Irrtum, die einst jede noch so leise Verfinsterung der außenpolitischen Situation mit einem Kurssturz eskomptierten! Es scheint, könnte unser Mann sich sagen — wenn er an Oberflächlichkeit gewissen, den Handelsteil mancher unserer Zeitungen so unerfreulich bevölkernden Artikelschreibern gleich käme — es scheint, daß der Krieg nicht jener furchtbare Zerstörer der Arbeit von Generationen ist, als den wir ihn im Frieden anzuschwärzen gewohnt waren, sondern ein guter Gott, der mit vollen Händen Segen über das Volk streut.

Ein etwas tieferes Nachdenken würde ihm allerdings dieses Paradoxon leicht aufklären. Es zeigt sich nämlich vor allem, daß wir nur dann zu solcher optimistischen Würdigung des gegenwärtigen Zustandes unseres Wirtschaftslebens gelangen, wenn wir diesen — einer alten Schwäche, nicht nur der populären Ausdrucksweise, sondern auch des meist verwendeten wissenschaftlichen Sprachgebrauches nachgebend — durch die Brille des Produzenten- und Händlerstandpunktes betrachten. Von ihm aus sind ja die gangbaren Ausdrücke: guter Geschäftsgang,

blühende Konjunktur, günstige Preise, geprägt. Sie besagen, daß im allgemeinen Wettlauf der realen Einkommen die verkaufenden Kreise einen unmittelbaren Vorsprung — der allerdings nur ein Tempogewinn ist — vor den kaufenden erlangen, daß relativ alle angebotenen Güter wertvoller, alle Kapitalien ertragreicher werden; eine solche Entwicklung aber kann, wenn der Betrachtung des volkswirtschaftlichen Prozesses die vorteilhafteste Beteilung der Gesamtheit der Volksgenossen mit sachlichen Lebensnotwendigkeiten als Ziel der Wirtschaft zugrunde gelegt wird, nicht von vornherein als vorteilhaft gepriesen werden. Dies geht ja schon aus der einfachen Erwägung hervor, daß eben die Erscheinungen des Wertes und des Zinses, deren Steigerung in dem angeführten Sprachgebrauch günstig beurteilt wird, letzten Endes nicht Zeichen des Ueberflusses, sondern Symptome des Mangels darstellen, die nur infolge der Struktur der verkehrswirtschaftlichen Organisation einem Teile der Wirtschaftssubjekte, nämlich allen Verkaufenden zum Vorteil ausschlagen, die aber bei idealer Reichlichkeit der Versorgung zunehmend verschwinden müßten.

Der besonders krasse Kontrast zwischen der nicht zu bezweifelnden Verarmung der sich zunehmend entgüternden Gesamtheit der Wirtschaftenden und den großen Gewinnen eines Teiles von ihnen, den der gegenwärtige Moment unseren Blicken darbietet, erklärt sich einfach aus dem beispiellos rapiden Tempo, mit dem die durch den Krieg hervorgerufene Revolution aller Preise sich durchgesetzt hat.

Die Gründe dieser Preissteigerung selbst sind klar genug und wurden bereits in der bisherigen kriegswirtschaftlichen Diskussion eingehend beleuchtet. Sie liegen auf beiden Seiten des für die Preisbildung unmittelbar maßgebenden Kräftespieles von Angebot und Nachfrage. Die Gütererzeugung, welcher der Großteil der in ihr tätigen Menschenkraft entfremdet wurde und der in vom Auslande abgeschlossenen Staaten, wie Deutschland, bald auch die unentbehrlichen Rohstoffe zu fehlen begannen und damit auch das Warenangebot, mußte rapid zurückgehen. Im selben Zeitpunkte aber trat ein ungeheurer staatlicher Güterbedarf auf, der so dringend zu decken war, daß die normalen Wege, auf denen die Staaten sich die von ihnen für den Gütererwerb benötigte mobile Kaufkraft zu beschaffen pflegen: die Gewinnung ursprünglichen Einkommens in fiskalischen Unter-

nehmungen und abgeleiteten Einkommens durch Besteuerung und Aufnahme von Anleihen zu seiner Deckung ungangbar erschienen. Allerdings wäre theoretisch die Möglichkeit offengestanden, unter völligem Heraustreten aus dem Netz der Marktvorgänge in der großen Produktions-, Erwerbs- und Zahlungsgemeinschaft der Volkswirtschaft [2]) die benötigten verwendungsbereiten Güter, ohne den Umweg der Beschaffung neuer Kaufkraft, kurzweg mit Beschlag zu belegen, wo immer sie zu finden waren. Aber dieses Verfahren hätte — ganz abgesehen von den damit verbundenen einseitigen und darum höchst ungerechten Eingriffen in die Eigentumsrechte der Betroffenen — nur die Deckung des momentanen Bedarfes ermöglicht, jedoch die weitere Produktion in den vom privatwirtschaftlichen Vorteile geleiteten Betrieben, denen ja so der stete Kreislauf des zirkulierenden Betriebskapitals an einer bestimmten Stelle angezapft worden wäre, unterbunden. — Zwar wäre es denkbarerweise möglich gewesen, an die Stelle des stimulierenden Vermögensvorteiles das staatliche Machtgebot zu setzen und die Unternehmer durch obrigkeitliche Verordnung unter gleichzeitiger Zuweisung von staatlich requirierten Materialien und Arbeitskräften zur Fortführung des Betriebes zu verpflichten oder aber diese Betriebe gleich in die staatliche Eigenregie zu übernehmen. Aber ein solches Vorgehen, das dem Staate gerade in dem schwierigsten Augenblick des Uebertritts in die Kriegswirtschaft eine plötzlich zu leistende, unübersehbar ausgedehnte und hochkomplizierte Organisationsarbeit aufbürden würde, erscheint praktisch ausgeschlossen. Was bleibt also für den Staat, um die gekennzeichneten Aufgaben zu erfüllen, übrig? Wie die theoretisch-deduktive Erwägung lehrt und die Praxis sämtlicher kriegführender Staaten bestätigt, nichts anderes, als ein Mittelweg zwischen den beiden angeführten Extremen des völligen Verbleibens in den überkommenen Bahnen der Geldwirtschaft einerseits, wobei der Staat nur die Gütermengen in Anspruch nähme, welche auf jene Geldsummen entfallen, die er aus dem Gesamtreservoir der zirkulierenden Kaufkraft irgendwie an sich zu ziehen vermag, und dem völligen Bruch mit dem ganzen geldwirtschaftlichen Mechanismus andererseits, wobei unter gänzlicher Nichtachtung aller Privatrechte und -interessen der Staat alle für seine Zwecke dienlichen

---

[2]) Vgl. Wieser: »Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft«, Grundriß der Sozialökonomie, Tübingen 1914, § 48.

Gütergestaltungen und die zu ihrer Herstellung tauglichen Produktionseinrichtungen ohne weiteres für sich mit Beschlag belegen und den in ihnen liegenden Verwendungsmöglichkeiten entsprechend ausnützen würde. Dieser Mittelweg besteht darin, daß der Staat die Güter, die er braucht, zwar nicht wegnimmt, sondern kauft, daß er sie aber um Geld kauft, das er nicht als ursprüngliches Einkommen durch Ablieferung selbsterzeugter Güter an die Volkswirtschaft und auch nicht als abgeleitetes Einkommen durch einen Abzug von dem ursprünglichen Einkommen anderer sich verschafft, sondern das er ohne jede Vermehrung des entsprechenden Vorrats an realen Gütern willkürlich und selbstherrlich geschaffen hat. Das heißt, er gibt neue Geldzeichen aus, die mit der nämlichen Kaufkraft wie die bereits zirkulierenden begabt sind, er schafft Papiergeld. Die juristische Form nun, in der dies geschieht, kann sehr verschieden sein, ohne daß dies für das ökonomische Wesen und die daraus entspringenden Wirkungen irgend einen Unterschied machen würde. Es ist insbesondere ganz gleichgiltig, ob er dieses neue Papiergeld zu definitivem, nicht weiter einlösbarem Gelde erklärt, oder ob er irgend eine Aussicht auf spätere Einlösung durch ein Geld mit Metallwert eröffnet, wie wenn z. B. — dies ist der üblichste Weg — Schuldverschreibungen, Schatzscheine u. dgl. ausgestellt und bei der Notenbank gegen ein Darlehen in Banknoten verpfändet werden. Die Wirkung ist immer die gleiche: unter Aufrechterhaltung des Grundprinzipes unserer Verkehrswirtschaft, wonach auf jedem einzelnen Marktgebiete die vorhandenen Waren unter die mit Kaufkraft ausgerüsteten Aspiranten im Verhältnis der angebotenen Kaufkraftmengen verteilt werden, tritt der Staat überall dort, wo zur Kriegführung notwendige Gegenstände gehandelt werden, mit seinen neugedruckten Geldscheinen in eine Reihe mit der bisherigen Nachfrage und sichert sich auf diese Weise den Bezug eines Teiles der betreffenden Warenbestände. Die bisherige Nachfrage bekommt infolgedessen für die von ihr angebotenen Kaufkraftmengen nicht mehr wie sonst die ganze verfügbare Warenmenge ausgeliefert, sondern muß sich nach dem quantitiven Verhältnis, in dem die von ihr aufgewendeten und die vom Staat nunmehr neu geschaffenen Geldbeträge zueinander stehen, mit einem Teil des betreffenden Produktes begnügen. Das Verhältnis, in dem die einzelnen privaten Käufer sich in die für diese

übrig gebliebene Warenmenge teilen, wird dabei weiter durch das Mengenverhältnis der Kaufkraft, über die sie verfügen, bestimmt. Nach Maßgabe der Verringerung aber, die der ihnen überlassene Gesamtvorrat erfahren hat, entfallen nunmehr auch auf die einzelnen Kaufkraftmengen, über die sie verfügen, geringere Teilmengen von Gütern, d. h. man bekommt für eine Geldeinheit jetzt weniger Ware zu kaufen, die Ware ist teurer geworden. Der ganze Vorgang hat eine Aehnlichkeit mit der Ausgabe von neuen zusätzlichen Aktien eines Unternehmens mit gleich gebliebenem unter die Aktionäre zu verteilenden Reinertrag. Die alten Aktionäre erhalten weiter ihren Anteil am Gewinn nach Maßgabe ihres Aktienbesitzes; dadurch aber, daß die neuen Aktionäre nunmehr an dem ganzen zu verteilenden Betrag mitpartizipieren, wird die den alten Aktionären zufallende Gewinnsumme um den nunmehr von den neu hinzugekommenen Anteilbesitzern bezogenen Betrag vermindert und der Einheitssatz der Dividende sinkt von dem Quotienten aus dem Reinertrag und der früheren Aktienmenge auf den Quotienten aus demselben Reinertrag und der vermehrten Anzahl der nunmehr gewinnberechtigten Anteilscheine.

Hier liegt der Grund der im Gefolge des Krieges aufgetretenen Teuerung. Es ist wie bei einer Kerze, die an beiden Enden angezündet wird. Die Produktion und damit die unter die Glieder der Volkswirtschaft zu verteilende Warenmenge, der Dividend also der zur Bildung der einzelnen Realeinkommen führenden Division, verringert sich und zugleich vermehrt sich der Divisor, die als Nachfrage auf dem Markt auftretende Kaufkraft; der Quotient muß rapid sinken. Dabei muß betont werden, daß es eine irreführende Vereinfachung der Antwort ist, wenn man, wie dies oft geschieht, sagt, die Teuerung sei die einfache Folge der Vermehrung der Umlaufmittel. Die Menge der Umlaufmittel, dieses technischen Behelfes des Tauschverkehres, ist nicht unmittelbar bestimmend für das Niveau der Warenpreise. Es lassen sich hohe Preise bei einer kleinen umlaufenden Geldmenge und andererseits niedrigere Preise beim Vorhandensein großer Quantitäten von Geldstücken denken. Wieviel gemünztes oder gedrucktes Geld der Zahlungsverkehr benötigt und wieviel Verkehrsakte ohne Verwendung dieses Mittels z. B. durch Ueberweisung von einem Bank- oder Postsparkassenkonto auf ein anderes vor sich gehen, das ist eine Sache der Organisation des Zahlungswesens. Der

Punkt, worauf es ankommt, ist einzig und allein die Frage, ob verwendungsbereite Kaufkraft, d. h. Nachfrage auf den Warenmärkten auf eine andere Weise als durch Ablieferung von Gütern an die Volkswirtschaft, also durch gleichzeitige Vermehrung des Angebotes geschaffen wird oder nicht. Der letztere Vorgang — und ihn allein kann man in einem theoretisch bedeutsamen Sinne mit einem viel, aber oft kritiklos gebrauchten Worte als »Inflation« bezeichnen — tritt in der Kriegswirtschaft ein und daher kommt die Teuerung. Es ist daher sinnlos, Erwägungen, wie sie einige Zeit nach Kriegsausbruch laut wurden, darüber anzustellen, ob man in unserer Wirtschaft bereits Anzeichen einer Inflation feststellen könne, oder ob die Warenpreissteigerungen ohne sie zu erklären seien; die Inflation ist mit den ersten Auslagen der Mobilisierung sofort da und hat von Anfang an an der Revolution des gesamten Preisniveaus mitgewirkt.

Sind wir so zur Erkenntnis der Wurzel der das ganze ökonomische Bild unserer Zeit beherrschenden Erscheinung der immer mehr bis ins Phantastische sich steigernden Teuerung vorgedrungen, so gibt uns diese Einsicht zugleich das Mitteil an die Hand, jenen zu Beginn dieser Ausführungen erwähnten rätselhaften Widerspruch zu begreifen, der gegenwärtig wirtschaftlich weniger geschulte Geister immer aufs neue mit einem aus Verwunderung und Erbitterung gemischten Gefühle ergreift: daß nämlich in dieser furchtbar traurigen Zeit, die doch zweifellos dem Güterbesitz, also der ökonomischen Gesamtversorgung, mit einem Wort dem Wohlstande der ganzen Volkswirtschaft die tiefsten Wunden schlägt, doch diejenigen Kreise, deren Interesse man meist mit dem der Volkswirtschaft zu identifizieren pflegt, die der Geschäftswelt im weitesten Sinne, das ist aller derer, die Waren zu verkaufen haben, gestehen müssen, daß die Dinge von einem bestimmten Moment, einige Zeit nach Kriegsausbruch angefangen, eine für sie unverhofft günstige Wendung genommen haben, daß seither »die Geschäfte florieren wie noch nie«. Wir hören, daß die Landwirte ihre angehäuften Schulden zurückzahlen, daß die Industrieunternehmungen bei großen Rücklagen Rekorddividenden ausschütten, daß aller Orten der Geschäftswelt das Geld zuströmt. Es hat geradezu den Anschein, als ob der Krieg das Allheilmittel wäre, das allen sonst nie verstummenden Klagen über den schlechten Geschäftsgang ein Ende machend, eine nie gekannte wirtschaftliche Blüte zu er-

zeugen vermocht hat. Die Erklärung ist nicht allzu schwierig.

Ganz klar und leicht zu durchschauen ist vor allem folgendes: Alle für eigene Rechnung verkaufenden Produzenten und Händler wurden ja von dem Kriegsbeginn mit seinen wirtschaftlichen Konsequenzen im Besitz gewisser zum Verkauf bestimmter Warenvorräte überrascht. Diese hätten, soweit keine Kalkulationsfehler vorlagen, ihren Eigentümern, wenn sie zu den Preisen verkauft worden wären, die bei ihrer Ansammlung vor Kriegsausbruch zu erwarten waren, einen normalen Unternehmergewinn eingebracht. Da nun aus den geschilderten Gründen plötzlich eine vorher ganz unerwartete allgemeine Preissteigerung eintrat, die bereits aufgewandten Anschaffungskosten aber dadurch natürlich nicht mehr geändert werden konnten, mußte klarerweise die Differenz zwischen dem Verkaufserlös und den bereits verausgabten Kosten um den ganzen Betrag dieser Preissteigerung wachsen.

Mit dem so zustande gekommenen Konjunkturgewinn an bei Kriegsbeginn bereits zum Verkauf fertiggestellten Vorräten ist aber das Phänomen des guten Geschäftsganges im Kriege noch lange nicht erschöpft. Die Produktion neuer Güter wurde fortgesetzt und die Gewinne sind immerfort gestiegen. Dies aber ist das eigentlich interessante Problem. Es löst sich durch die Einsicht in die Art und Weise, wie sich die Preisrevolutionen nach Art der durch den Krieg herbeigeführten nicht plötzlich sondern allmählich über den ganzen Kosmos der volkswirtschaftlichen Güterpreise verbreiten. Unmittelbar übt ja der Komplex der Ursachen, die zu der ganzen besprochenen Erscheinung geführt haben, sowohl die beim Angebot als auch die bei der Nachfrage wirksamen nur auf die Preisgestaltung auf bestimmten Marktgebieten Einfluß. Erst nachträglich vollzieht sich vermöge der allgemeinen Interdependenz, die zwischen allen Preisen der Volkswirtschaft besteht (Schumpeter), jener von Marx einmal bildhaft als Ansteckung bezeichnete Prozeß, durch den sich eine auf irgend einem Teil des Marktes vollzogene Preiserhöhung über den ganzen Markt verbreitet.

Es ist hier nicht der Ort, dieses Axiom allgemein zu beweisen. Es wird verwirklicht durch die Tendenz der produktiven Tätigkeit, sich nach jenen Gebieten hinzuziehen, wo die gestiegenen Fertiggüterpreise höhere Gewinne verheißen und seine beiden Hauptvehikel sind einerseits die Möglichkeit von Surrogierungen[3]),

[3]) Einen besonders krassen Fall hievon erleben wir in der ungeheuren

andererseits aber und hauptsächlich die Erscheinung der Produktionsverwandtschaft. Soweit diese wirksam ist, liegt das kausale Zwischenglied in dem Prozeß des Uebergreifens der Preissteigerungen von den hievon ursprünglich betroffenen Gebieten auf die übrigen Teile des gesamten Gütermarktes darin, daß die Preissteigerung eines Teiles der Fertiggüter die Nachfrage nach und damit den Preis der zu ihrer Erzeugung nötigen Güter höherer Ordnung, also ihrer Kostengüter, steigert und durch die Steigerung der Kosten wieder die übrigen Güter in die Höhe gehen, wie denn auch tatsächlich immer wieder jede neue Preiserhöhung von den interessierten Verkäufern teils mit Recht — bei den letztgenannten Gütern —, teils mit Unrecht — bei den ersterwähnten —, mit der Erhöhung der Selbstkosten motiviert wird.

Dieser Vorgang ist nun aber von größter Wichtigkeit für unser Thema. Wir sahen, daß die Preisverschiebungen ihren Ausgang von gewissen Konsumgütern nehmen; sie steigen — entsprechend der Lehre der modernen Werttheorie, die in diesen Vorgängen ihre glänzendste Bestätigung gefunden hat — von diesen auf zu den Kostengütern, insbesondere zur Arbeit und setzen sich durch in Preiskämpfen, die beim Uebergreifen der Preisverschiebung auf die Arbeitskraft eine Episode des allgemeinen großen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit darstellen.

Das Tempo dieser Entwicklung ist vielfach ein schwindelnd schnelles, aber immerhin braucht sie Zeit. In dem Intervall aber, wo die Konsumgüter schon stark gestiegen sind, die Kostengüter aber erst in geringerem Maße oder gar nicht, liegt die Periode des glänzenden Geschäftsganges aller derer, die Güter herstellen und verkaufen. Ja sogar, wenn die Preissteigerung der Kostengüter ganz gleichzeitig mit jener der Fertiggüter erfolgt, fehlt diese Epoche nicht, denn die Herstellung der Güter erfordert ja selbst eine gewisse Dauer. In Perioden der stürmischen Preissteigerung ist also jedes Stück in einer Zeit eines noch geringeren Preisniveaus, also auch noch geringerer Kosten erzeugt und die während der Produktionsperiode erfolgte Preissteigerung vermehrt also jedenfalls den Profit.

Preissteigerung des Weines in Oesterreich, dessen Produktionskosten relativ wenig gestiegen sind, der aber infolge der Einschränkung der Biererzeugung gewaltig mehr begehrt wird; ein frappantes Beispiel der Unmöglichkeit, die von der Preistreiberei-Gesetzgebung geforderte Festhaltung des Kostenprinzipes bei der Preisbildung wirklich durchzuführen.

Es ist bekannt und hier nicht weiter darzustellen, mit welchen Mitteln die Staatsverwaltung den auf die beschriebene Weise zustande gekommenen »Konjunkturgewinnen« entgegenzuwirken versucht hat. Mit stets steigender Entschiedenheit hat sie verlangt, daß die Produktionspreise so erstellt werden, daß sie lediglich den Ersatz der Erzeugungskosten des konkreten Artikels mehr einem Zuschlag für bürgerlichen Gewinn darstellen. Wie wenig Erfolg diesen Vorschriften bisher beschieden war, lehrt jede Liste der derzeit geltenden Preise, lehren insbesondere die Bilanzen der Industrieunternehmungen, deren Rechenschaftsberichte fast regelmäßig einen Passus enthalten, wonach die »erfreulich hohen« Gewinne insbesondere durch Abstoßung alter Vorräte zu den gestiegenen Preisen ermöglicht wurden. Allerdings liegt Grund genug vor, sich dieser geringen Wirksamkeit der sehr bedenklichen, einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit sich entgegenstemmenden Preistreiberei- resp. Kriegswuchergesetzgebung sogar zu freuen. Um zu diesem — allerdings sehr unpopulären — Urteil zu gelangen, muß man sich nur der Bedingung der Bildung bestimmter Marktpreise im freien Verkehr, in der zugleich ihre Rechtfertigung liegt, bewußt werden. Die Marktpreise fixieren sich ja auf jenem Punkt, wo sie zu einer quantitativen Uebereinstimmung von Angebot und Nachfrage führen. Dieser Punkt ist vorderhand prinzipiell unabhängig von den Kosten der Erzeugung und erst durch den eben beschriebenen Nivellierungsprozeß, der die Harmonie der Preise in der ganzen Volkswirtschaft herstellt, passen sich Produkt- und Kostengüterpreise in wechselseitiger Einwirkung einander an. Aber eben diese zeitweilige Divergenz der beiden genannten Preiskategorien ist nun keineswegs eine Unvollkommenheit, ein Mangel der Organisation der Verkehrswirtschaft, sondern vielmehr eines der wichtigsten Instrumente ihres befriedigenden Funktionierens. Denn gerade hiedurch kommt es ja, wie ebenfalls gesagt wurde, zu der richtigen Hinlenkung der Produktion auf die in einem gegebenen Moment meist begehrten Güterspezies, also zu ihrer Anpassung an das gerade geltende Bedürfnissystem der Nachfrage. Die gewaltsame Festhaltung der Preise auf ihrem unter dem Konkurrenzpreise liegenden Kostenniveau muß also notwendig zu einem Zurückbleiben des Angebotes hinter der Nachfrage und damit zu einem — soweit mit der Befolgung der Preistreibereivorschriften Ernst gemacht wurde, auch immer wieder beobachteten — rapiden Aus-

verkauf der Waren, wobei die Befriedigung der einzelnen Kaufaspiranten zu einem Zufall wird, führen: einer Konsequenz, der nur eine Rationierung des betreffenden Verbrauches vorbeugen kann. Soweit eine solche eingeführt wurde, ist allerdings dieser üblen Folge ein Riegel vorgeschoben. In allen anderen Fällen aber führt das genannte Prinzip gerade zum Gegenteil der dringendsten Maxime unserer kriegswirtschaftlichen Konsumtionspolitik, nämlich zu einem das Durchhalten erschwerenden Ueberverbrauch. Mindestens ebenso bedenklich ist aber die andere Folge des genannten Prinzips; eine Beschränkung der Preise auf die tatsächlichen Kosten muß es ja, radikal durchgeführt, für die Unternehmerwelt direkt gleichgültig machen, was sie erzeugt und ob sie dieses billiger oder teurer tut. Der bürgerliche Gewinn bleibt ihr immer gesichert und mehr wird ihr doch auf keinen Fall zugebilligt. Man sollte sich doch einmal die Frage vorlegen, ob es konsequent ist, in einem Atem die geniale »Umstellung der Industrie auf den Kriegszustand« zu rühmen und andererseits ihr jeden Anreiz zu einer solchen Anpassung systematisch abzuschneiden. Man erwäge doch, daß man von der Industrie beim Uebergang zur Friedenswirtschaft eine ähnliche Leistung wird verlangen müssen. Will man hier nicht sehr traurige Erfahrungen machen, so wird man mit den Hymnen auf das Kostenprinzip baldigst radikalen Schluß zu machen haben [4]).

Hiemit sind wir zur restlosen Lösung des im Anfange aufgeworfenen Problems der Kriegskonjunktur vorgedrungen. Sie wird uns befähigen, einen Ausblick auf die Chancen der zu erwartenden Friedenskonjunktur zu tun.

---

[4]) Verwunderlich und nicht eben geeignet, die wirtschaftstheoretische Bildung des deutschen Publikums in ein günstiges Licht zu rücken, ist auch der Umstand, daß gerade in einer Zeit, in der man versucht, die Warenteuerung mit solchen Mitteln zu bekämpfen, eine wortreiche Propaganda für die Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs um sich greifen konnte. Es ist ja ohne weiteres klar und wiederholt, insbesondere von Walras und seinen Schülern — vgl. auch Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, III. Buch, 6. Kap. § 7 — betont worden, daß die genannte Reform unmittelbar zu einer Vermehrung der mobilen Kaufkraft und damit zu einer Preissteigerung führen muß. Dies wäre nur dann nicht der Fall, wenn tatsächlich die ganze Deckung für die in Anspruch genommenen Kassenführungsguthaben jederzeit unangetastet bei den Banken liegen bliebe, was natürlich ihre Verzinsung ausschlösse. Tatsächlich wird bei dem Uebergang von der Barzahlung zur Zahlung mittels Scheck und Giro die flottierende Kaufkraft um jenen ganzen Betrag vermehrt, um den die Kassenreserve der scheckmäßig bezogenen Banken geringer ist als die Summe der Kassenbestände ihrer einzelnen Kunden.

Vorher ist aber noch folgendes festzuhalten: Die ganze Preissteigerung ist unendlich viel kleiner, als sie wäre, wenn tatsächlich der ganze Milliardenpapiersegen, den der Staat in die Tasche derer, die ihm Blut oder Waren liefern, fließen läßt, seinem natürlichen Zweck, Güter zu kaufen, dienen würde und diesem auch dauernd erhalten bliebe. Dem ist aber keineswegs so. Während im normalen Zustande alles Einkommen, sowohl das konsumtiv verausgabte, als auch das — privatwirtschaftlich gesprochen — ersparte, nach mehr oder weniger Verkehrsakten sich in die Güterform umwandelt, wird jetzt nur ein Teil der von den Staatskassen ausbezahlten Gelder in Waren umgesetzt. Ein anderer sehr großer Teil wird entweder von denen, die ihn unmittelbar vom Staate empfangen haben, in Geldform zurückgelegt, oder er wird von diesen zwar für Güterkäufe verwendet, verfällt aber bei den zweiten oder dritten Empfängern, also nach Vermittlung von mehr oder weniger Zirkulationsakten demselben Schicksal, d. h. er wandert auf kleineren oder größeren Umwegen in die großen Kapitalreservoirs der Volkswirtschaft, die Banken, Sparkassen, durch Rückzahlung von Satzposten seitens der Hauptkriegsgewinner, der Bodenbesitzer, in die Hypothekarinstitute usw. und bleibt dort liegen, ohne daß eine Verwendung zum Kauf von Produktivgütern einträte. Nicht nur, daß die Preisverhältnisse, der absolute Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften und die Unsicherheit der ganzen wirtschaftlichen Lage produktive Anlagen verhindern, auch der Ersatz des normalen realen Betriebskapitals findet zum größten Teil nicht statt. Die Vorräte werden ausverkauft und nicht wieder aufgefüllt; die Reparatur des stehenden Kapitals wird auf das unumgänglich notwendige Maß und leider auch unter dieses herunter beschränkt, kurz, die Umsetzung des Geldes in Güter unterbleibt und es kommt durch den Versuch irgend einer Verwertung der ungeheuren sich aufstapelnden Umlaufmittelmengen zu jener außerordentlichen Flüssigkeit, die dem Geldmarkt während des Krieges ihr Gepräge aufdrückt. Sowie aber nun dieser Punkt erreicht ist, ist für den Staat die Möglichkeit gegeben, von der beschriebenen, die erste Kriegszeit charakterisierenden, in ihr unvermeidlichen Art der Kostendeckung durch selbstherrliche Schaffung neuer Geldzeichen abzusehen und zu einem der früher angeführten normalen Wege der Finanzwirtschaft zurückzukehren. Dieser jetzt wieder gangbare Weg der Finanzwirtschaft ist der der

Anleihe zur Aufbringung der für die Kriegführung erforderlichen Beträge, somit also zu nichtproduktiven Zwecken. Hiemit setzt jener so fein ausgebildete Mechanismus der periodisch wiederkehrenden Kriegsanleihen ein, den wir nunmehr schon zum sechsten Male seinen Umlauf exakt arbeitend vollenden sehen. Die Flut der Geldzeichen, die in tausenden Reservoirs gestaut war, wandert in die Kassen des Staates, aus denen sie hervorgequollen ist, zurück, und die Anleihezeichner empfangen dafür ein Zinsversprechen für die Zukunft. Bis zur nächsten Kriegsanleihe hat sich dann das Spiel wiederholt. Die selbstherrlich geschaffene Geldmenge ist wieder in die Kanäle der Volkswirtschaft gedrungen und der vollgesogene Schwamm ist wieder reif geworden, durch eine neue Kriegsanleihe ausgepreßt zu werden. Es ist also nicht so, wie man, mit den Denkgewohnheiten der Friedenszeit arbeitend, anzunehmen versucht wäre, daß die Volkswirtschaft ihre Ersparnisse dem Staat zur Verfügung stellen und dieser dann die so erhaltene Kaufkraft zur Deckung seines Güterbedarfes verwenden würde [5]). Vielmehr wird der Bevölkerung zuerst neu geschaffene Kaufkraft eingeflößt und diese dann gewissermaßen eingefangen und zu ihrem Ausgangspunkt, der Staatswirtschaft, zurückgeleitet. Dabei hat die Technik der Kriegsanleihen ermöglicht, die periodische Wirksamkeit dieses gewaltigen Pumpwerkes in eine kontinuierliche Aktion zu verwandeln, dies durch das Auskunftsmittel der Anleihezeichnung unter gleichzeitiger Belehnung der gezeichneten Stücke. Solcherart nämlich werden auch die voraussichtlich in Zukunft, nämlich in dem Intervall bis zur nächsten Kriegsanleihe, zu vereinnahmenden Geldmengen zur Kriegsanleihezeichnung herangezogen. Indem dann in dieser Zwischenzeit die Belehnung aus den mittlerweile zurückgelegten Geldern sukzessive refundiert wird, fließt die Umlaufsmittelmenge nicht ruckweise, sondern gleichmäßig zur Staatskasse, aus der sie hergekommen ist, zurück. Realkapital entsteht natürlich bei solcher Umwandlung ertragloser Geldmengen in Privatkapital durch Gewährung dieser eminenten Konsumtivdarlehen an den Staat nicht. Ein Grund, in der usuell gewordenen Weise über die in der Aufbringung so gewaltiger Geldmengen sich äußernde »Sparkraft« der Volkswirtschaft zu

[5]) Höchstens bei der ersten Kriegsanleihe haben wirkliche in der damaligen allgemeinen Konsumeinschränkung begründete Ersparnisse eine bedeutendere Rolle gespielt.

jubeln, liegt darum nicht vor. Dies folgt schon aus der Erwägung, daß es eben nur die in dieVolkswirtschaft künstlich eingepumpte Menge von Geldzeichen ist, die derart, weil keine andere Anlagemöglichkeit für sie besteht, wieder zurückströmt. Es läge ja in der Macht des Staates, die »Erfolge« der Subskriptionseinladung noch beliebig viel größer zu gestalten, wenn er einfach das Quantum dieser von ihm ausgegebenen Geldsummen durch Erhöhung aller von ihm gezahlten Preise vergrößern würde. Irgend eine Steigerung des wirklichen Reichtums der Volkswirtschaft, eine Vermehrung der ihr zur Verfügung stehenden realen Güter, würde er damit natürlich nicht erzielen.

Aber auch ein günstiges Symptom für den Reichtum der Volkswirtschaft kann in den Erfolgen der Kriegsanleihe nicht erblickt werden. Geldreichtum ist ja nur dann etwas Gutes, wenn er virtuellen Güterreichtum vorstellt, und das Erfreuliche an den großen Ersparnissen der Friedenszeit war nicht die Zurücklegung so und so vieler Milliarden Mark, sondern der Umstand, daß diese Riesenbeträge auch ausgegeben werden konnten (nämlich zur Anschaffung von Gütern höherer Ordnung), ohne daß in den letzteren eine Preissteigerung eingetreten wäre. Die Gelder, die den sich stets aus sich selbst erneuernden Springbrunnen der Kriegsanleihemaschine speisen, haben aber nie die Geldform verlassen und können dies auch gar nicht, können von ihren Besitzern zur Gütererwerbung nicht verwendet werden, ohne eine neue ungeheure Preisrevolution, d. h. eine weitere außerordentliche Herabsetzung des Realwertes jeder einzelnen Geldeinheit mit sich zu führen. Ihr Vorhandensein zeugt also keineswegs von der Existenz einer parallel dazu bestehenden Güterfülle, die allein eine derartig günstige Beurteilung verdienen würde.

Was nun die uns hier vor allem interessierende Einwirkung des ganzen Vorganges auf die Gestaltung des Warenpreisniveaus anlangt, so zeigt sich, daß diese von den oben beschriebenen Konsequenzen in normalen Zeiten aufgenommener staatlicher Konsumtivdarlehen erheblich abweicht. Dort lag die Sache so, daß ein Teil des privatwirtschaftlich ersparten Einkommensstromes von seiner sonstigen Verwendung zur Rentenerzielung durch produktive Anlage abgelenkt und dem Staate für seine unproduktiven Ausgaben zur Verfügung gestellt wurde. Es trat also eine Verwendung zu Güterankäufen (nämlich von durch den

Staat anzuschaffenden Dingen) an die Stelle einer anderen (nämlich von zur Ausgestaltung der Produktion zu erwerbenden Gütern höherer Ordnung), die Nachfrage hatte qualitativ gewechselt, blieb aber quantitativ gleich. Nun steht der Fall anders. Das als Kriegsanleihe in die Staatskasse wandernde Geld wäre, wenn es nicht diese Verwendung gefunden hätte, wenigstens derzeit nicht zur Anschaffung von realem Kapital verausgabt worden. Es wäre vielmehr unausgenützt in den Kellern der Sparinstitute liegen geblieben. Hier also tritt eine Verwendung zu Güterkäufen (durch den Staat) an die Stelle einer anderen, in der es für die Güternachfrage überhaupt nicht in Betracht gekommen wäre. Die Wirkung ist eine Fortsetzung der Tendenz zur Steigerung der Güterpreise, geradeso, als ob die ganze Aktion nicht eingeleitet worden wäre und der Staat fortgefahren hätte, neue Geldzeichen in Umlauf zu setzen.

Worin, könnte man nun angesichts dieses Tatbestandes fragen, liegt denn dann aber eigentlich der Zweck der ganzen Institution? Warum reißt sich denn der Staat darum, sich eine ungeheure Schuldenlast aufzubürden, zu deren Deckung er später die schwersten Eingriffe in den ganzen Zirkulationsprozeß wird vornehmen müssen, wenn er doch damit keine Eindämmung der uferlos überhandnehmenden Preisrevolution erzielt?

Der Grund liegt in dem Gedanken an die Zukunft. Das Geld würde ja nicht dauernd unverwendet liegen gelassen werden. Nach Wiedereintritt stabiler Verhältnisse würde es ja teils von den gegenwärtigen Besitzern selbst zum Ankauf von Produktivgütern verwendet, teils würde es von ihnen zu der durch die Geldfülle hervorgerufenen außerordentlich niedrigen, weit hinter dem natürlichen Kapitalzins [6]) zurückbleibenden Marktrate verliehen werden und derart zu Güterkäufen führen. So würde es auf diesen beiden — prinzipiell analogen — Wegen dann in einer Zeit, in der es — wie später auszuführen ist — gelten wird, das Preisniveau herabzudrücken, zu weiteren ganz ungeheuren Preissteigerungen kommen: eine Aussicht, der vorzubeugen eben die Institution der Kriegsanleihen zu dienen bestimmt ist.

Mit diesen Einsichten in die Wurzeln der Kriegsteuerung und ihrer Konsequenz, des guten Geschäftsganges, ausgerüstet, wollen wir nun eine theoretische Antwort auf die Frage versuchen,

---

[6]) Wicksell, Geldzins und Güterpreise, Jena 1898, Seite 93.

wie sich dieser voraussichtlich in der schwierigen Zeit der Rückkehr in den Friedenszustand gestalten wird.

Die Ansichten, die man hierüber meist zu hören bekommt, sind sehr optimistisch. Ihre Begründung läuft, deutlicher oder verhüllter ausgesprochen, regelmäßig darauf hinaus, daß gesagt wird, die Geschäfte werden gut gehen, weil die ausgehungerte Volkswirtschaft einen Bedarf nach Gütern aller Art, nach Konsumtibilien sowohl als nach den Dingen, die zur Wiederherstellung der so arg mitgenommenen Produktionsmaschine notwendig sind, wenn, also eben jener Zustand verwirklicht sein werde, der allen produzierenden Ständen stets als das Ziel ihrer Sehnsucht vor Augen schwebt. Dieses Argument scheint kräftig unterstützt zu werden durch den Analogieschluß aus den Erfahrungen vergangener Kriege, denen ebenfalls Perioden des Aufschwunges gefolgt sind.

Was ist nun zu diesem ohne Zweifel einleuchtenden Räsonnement zu sagen? Es läuft, wie man sieht, auf die Vorstellung hinaus, daß gerade die Entblößung der Volkswirtschaft von Gütern — denn aus ihr folgert man ja doch den erhofften großen Bedarf —, der bittere Mangel, der bei uns eingekehrt ist, zu den größten Hoffnungen für die Entwicklung der Wirtschaft, deren beherrschender Zweck doch Gewinnung von Reichtum, also das Gegenteil solchen Mangels ist, Anlaß geben soll: gewiß ein auffallendes Paradoxon. Wie ist es zu erklären und zu beurteilen? Die Erwägungen, die zu ihm verleiten, sind leicht einzusehen. Wir wissen, daß die produzierenden Stände ihr Einkommen, das wir oben als das ursprüngliche bezeichnet haben, beziehen, indem sie Waren an die Volkswirtschaft abliefern und dafür abstrakte Kaufkraft, Geld, empfangen, für die sie dann die von ihnen benötigten Güter, die den realen Reichtum ausmachen, eintauschen. Die Gewinnstchancen eines jeden Produzenten steigen nun aus einem doppelten Grunde, wenn die Versorgung gerade in dem von ihm feilgehaltenen Artikel eine relativ — nämlich im Vergleich zu dem allgemeinen Bedürfnissystem der ganzen Volkswirtschaft — knappere als die auf den sonstigen Marktgebieten wird. Erstens nämlich hebt sich der Absatz der unter dem allgemeinen Versorgungsniveau vorhandenen Waren und damit die Anzahl der Stücke, an deren jedem der Einheitsprofitsatz »ins Verdienen gebracht wird«. Zweitens aber steigt auch dieser Einheitsprofitsatz selbst. Denn in der Konkurrenz um

den Ankauf der in relativ geringerer Anzahl feilgebotenen Güterarten sichern sich die kaufkräftigeren Personen deren Bezug dadurch, daß sie höhere Preise bewilligen. Da aber in dem angenommenen Falle einer eintretenden isolierten Knappheit in den betreffenden Waren, die sich auf die übrigen Marktgebiete, also insbesondere auch auf die zu ihrer Erzeugung erforderlichen Produktivgüter nicht bezieht, diese Preissteigerung ohne Vermehrung der dabei zu tragenden Kosten abläuft, so beinhaltet dieser Vorgang eine Erhöhung des eben aus der Differenz zwischen Produktpreisen und Kosten resultierenden Einheitsprofitsatzes. Allerdings schließt bekanntlich diese für die Erzeuger der knapperen Waren günstige Situation schon den Anstoß zu ihrer Selbstaufhebung in sich. Die sich bietenden übernormalen Gewinnstmöglichkeiten reizen zu einer Mehrerzeugung der betreffenden Güter und mit der Knappheit schwindet sowohl der reichere Absatz als auch der erhöhte Einheitsprofitsatz.

So lange aber, bis diese Entwicklung zu ihrem Abschlußpunkt, einer völligen Nivellierung der Gewinne gelangt ist, bleiben beide Gründe der Gewinnsteigerung, wenn auch stetig sich vermindernd, in Kraft. Der so skizzierte Vorgang ist die Ursache der Welle der Konjunktur, die erfahrungsgemäß auf jede vorübergehende Störung der Gütererzeugung folgt. Sie ist partiell, aber auf dem Gebiete ihrer Wirksamkeit um so intensiver, wenn die Störung sich auf die Erzeugung bestimmter Konsumgüter beschränkt hat, sie tritt aber auch auf, wenn sie die Produktion in ihrer ganzen Breite ergriffen, aber nicht lange genug gedauert hat, um die preissteigernde Wirkung von den Fertiggütern zu den Gütern höherer Ordnung aufsteigen zu lassen. Dann kommt es eben zu einer relativen Steigerung des Preises der Konsumgüter im Verhältnis zu dem der Produktivgüter. Die Lieferanten der ersteren bekommen einen Vorsprung vor jenen, die die letzteren zu verkaufen haben, insbesondere den Angestellten und Arbeitern, der allerdings, da er angenommenermaßen in den Daten des sozialökonomischen Prozesses nicht begründet ist, durch die Elastizität der Volkswirtschaft zum Verschwinden bestimmt ist. Das nun ist auch die Situation, die die Kriege der Vergangenheit geschaffen haben. Der Gang der Produktion war gestört, aber dies nicht lange genug, um die Preissteigerung in alle Winkel des Gütermarktes und bis zu allen Kostengütern sich ausdehnen

zu lassen. Die Folge war die steigende Konjunktur und die elastische Wiederherstellung des status quo ante.

Die Wiederholung dieses Prozesses erwartet der landläufige Optimismus, dies aber unseres Erachtens ohne stichhältige Begründung. Denn jetzt liegen die Verhältnisse eben doch ganz anders. Der Krieg dauert so lange und hat die ganze Volkswirtschaft mit allen ihren Preisverhältnissen so beeinflußt, daß von einer in irgend einem Sinne partiellen Störung keine Rede mehr sein kann. Nicht nur alle Gebiete der Fertiggüterfabrikation sind seiner einschnürenden und preissteigernden Wirkung verfallen. Diese hat sich auch längst über die Kostengüter verbreitet. Die Arbeitslöhne sind in manchen Relationen fast mehr als die Konsumgüter in die Höhe geschnellt und die wenigen Marktgebiete, die relativ zurückgeblieben sind — insbesondere Wohnungsmieten und Gehälter der fix Angestellten — schrumpfen immer mehr zusammen. Daher liegt hier nicht jener Zustand der relativen Minderversorgung mit Konsumtibilien gegenüber der mit Produktivgütern vor, der die Wurzel der »günstigen Konjunktur« darstellt. Es gibt nicht mehr einzelne Wunden in der Güterausstattung der Volkswirtschaft, zu denen das Blut von dem übrigen gesund gebliebenen Organismus hinströmen könnte, sondern der ganze Körper der Volkswirtschaft ist eine große Wunde geworden. Damit ist der Antrieb zur elastischen Selbstwiederherstellung gelähmt; wir sind überall und in allem viel ärmer geworden und müssen von neuem anfangen, langsam und unter Entbehrungen uns emporzuringen. Eine Erneuerung des früheren Zustandes erfolgt nicht selbsttätig, sondern muß als Novum durch initiative und zielbewußte, spontane Arbeit erworben werden.

Aber das ist nicht alles. Es gibt eine weitere unabweisbare Erwägung, die die Aussichten der Konjunktur nach Friedensschluß in einem noch trüberen Lichte erscheinen läßt. Sie nimmt ihren Ausgang von der Entwicklung, die unser Geldwesen im Kriege mit unentrinnbarer Folgerichtigkeit genommen hat und von den Konsequenzen, die daraus für die Zukunft folgen. Betrachten wir diesen Punkt näher

Es ist ein Grundsatz der modernen Volkswirtschaftslehre, daß der Wert, den wir den Gütern beimessen, seine Ursache und den Maßstab seiner Größe herleitet von der Wichtigkeit der Bedürfnisse, zu deren Befriedigung wir sie benötigen. Dies gilt von

jenen Gütern, die als das Medium des Tauschverkehres, als Geld dienen, ebenso wie von allen übrigen. Nur daß jene sich in aller Regel und prinzipiell kraft ihrer naturalen Besonderheit nicht eignen, unmittelbar Bedürfnisse zu befriedigen, vielmehr uns diesen Dienst auf dem Umwege leisten, daß sie uns in die Lage versetzen, uns andere, nämlich jene Güter zu verschaffen, die dazu allerdings imstande sind.

Der Wert jedes Geldes einer beliebigen Währung leitet sich somit her von dem Wert jener Güter, die wir dafür dort einkaufen können, wo es in gesetzlicher Geltung steht, also beim inländischen Gelde im Inlande, beim ausländischen im Auslande. Das gegenseitige Wertverhältnis der Einheiten verschiedener Währungen aber wird danach bestimmt durch das quantitative und qualitative Verhältnis der für sie in den beiden in Betracht kommenden Territorien erhältlichen Waren, es ist somit eine Funktion des Verhältnisses der beiden bezüglichen Preisniveaus und muß prinzipiell mit jeder Veränderung dieses Verhältnisses schwanken. Durch diese Konsequenz aber ist bei einer bestimmten Sachlage, nämlich bei stark divergierenden Bewegungen der beiden Preisniveaus die Möglichkeit, ja Notwendigkeit eines Konfliktes zu den offiziellen Währungsverfassungen gegeben, die bekanntlich eine fixe Austauschrelation der verschiedenen Geldeinheiten festsetzen, da ja nach dem Gesagten diese eben nur bei einer bestimmten Gestaltung der beiderseitigen Preisniveaus aufrechterhalten bleiben kann, bei jedem Wechsel derselben aber sich gleichfalls wandeln muß, bis sich der Wert des Geldes in bezug auf die dafür käuflichen Waren einerseits und in bezug auf die Menge ihm gleichgeachteter ausländischer Valuten andererseits, einander gegenseitig angepaßt haben und so ein neuer Gleichgewichtszustand erreicht ist.

Die Phasen dieses Prozesses sind prinzipiell folgende:

Vollzieht sich aus irgendeinem Grunde eine Veränderung des Normalzustandes — wobei die Preisniveaus der beiden Wirtschaftsgebiete zueinander in eben jenem Verhältnisse stehen, das die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Währungsparität gestattet — in der Richtung, daß das Preisniveau des Landes B sich gegenüber dem des Landes A entschieden hebt, so wird es für die Produzenten in A vorteilhafter sein, ihre Waren statt im Inlande in B abzusetzen, da sie dort dafür höhere Preise erzielen. Es setzt also ein Güterstrom von A nach B ein. Dieser nun hat aber

eine vierfache Wertverschiebung im Gefolge. Erstens werden die Waren in B, die nunmehr der dortigen Nachfrage reichlicher zur Verfügung stehen, dadurch billiger. Zweitens werden die Waren in A, von denen ein Teil abfließt, knapper und teurer. Drittens wird die mobile, für Warenkäufe bestimmte Kaufkraftmenge in B um den für den Warenimport aus A angelegten Betrag kleiner, wodurch das Preisniveau in B weiter gesenkt wird, und viertens und letztens sinkt in A das dort als Ware gehandelte Geld des Landes B infolge des durch den Zufluß gesteigerten Angebotes desselben. Alle diese vier neu hervorgerufenen Preisbewegungen nun haben die Tendenz einer Ausgleichung der entstandenen Niveaudifferenz und bremsen damit, sich in ihrer Wirkung addierend, den primären Güterstrom so lange, bis dieser zum Stillstande gelangt. Dies ist dann der Fall, wenn die nunmehr gesunkenen Warenpreise in B, in dessen ebenfalls gesunkenem Gelde gerechnet, für die Produzenten in A nicht mehr lohnender sind als die infolge der unter zwei und drei angeführten Preisbewegungen gestiegenen Preise des Exportlandes.

Ueber das gegenseitige Größenverhältnis dieser vier Preisbewegungen läßt sich nur soviel sagen, daß die beiden Veränderungen auf der Warenseite sich umgekehrt proportional verhalten werden zur Elastizität der Nachfrage auf den beiden Marktgebieten, in denen sie sich auswirken, — also im allgemeinen zum Reichtum der betreffenden Volkswirtschaften — und weiters, daß in dem von uns angenommenen Schulfall — wo von den gleich zu erwähnenden Möglichkeiten der Zahlungsstundung und der Zahlung in der Währung des Verkäuferlandes abgesehen wurde — die vierte Veränderung, der Preisfall des Geldes des Importlandes, am schnellsten durchgreifen wird, da dessen Markt im Exportland naturgemäß relativ klein ist.

Nun gibt es verschiedene Mittel, um diese Preisverschiebungsvorgänge in jenem meist als unerwünscht empfundenen Ablauf, dessen Schema eben skizziert wurde, aufzuhalten oder doch zu mildern. Sie lassen sich in drei große Gruppen einteilen. Man kann erstens auf dem Wege der Handelspolitik den einsetzenden Warenstrom hemmen oder stauen. Dies geschieht mehr oder weniger radikal durch ein vollständiges Handelsverbot oder die Einführung von Schutzzöllen, resp. anderer, auf dasselbe Ziel abgestellter Maßregeln, wie die Errichtung einer Devisenzentrale,

wobei sich diese Veranstaltungen wieder entweder auf alle oder nur auf einzelne Warengattungen beziehen können. Die Wirkung ist je nachdem eine verschiedene. Das vollständige Handelsverbot bringt den Warenstrom und damit alle durch ihn ausgelösten Preisverschiebungen radikal zum Stillstande. Ein allgemeiner Schutzzoll läßt ihn vorzeitig, nämlich dann zum Versiegen kommen, wenn die Preisniveaus noch nicht vollständig ausgeglichen sind, sondern um den Betrag des Zollschutzes voneinander differieren. Werden nur einzelne Waren mit dem Zoll belegt, so steht der Fall komplizierter. Auf den ersten Blick könnte man meinen, daß dann eben der Warenstrom so lange weiterfließen wird, bis der Preisunterschied der zollgeschützten Waren auf den Betrag des Zolles herabgesetzt, der aller übrigen aber völlig ausgeglichen ist. Damit wäre jedoch innerhalb der Volkswirtschaft des Einfuhrlandes das Preisverhältnis zwischen diesen beiden Warenkategorien im Sinne einer relativen Erhöhung der zollgeschützten Waren verschoben und von den Preisen des Ausfuhrlandes würde analog das Umgekehrte gelten. Solche Veränderungen sind nun aber durch eine derartige Maßregel keineswegs in jedem beliebigen Maße durchsetzbar. Denn die Preise der verschiedenen Waren eines Wirtschaftsgebietes stehen ja zueinander in einem organischen Verhältnis und bedingen sich gegenseitig. Die Gestalt der verschiedenen Bedürfnis- und Kostenkurven, der dadurch gegebene Grad der gegenseitigen Surrogierbarkeit und der Auswirkung der Produktionsverwandtschaft der einzelnen Güter, bestimmen die Grenzen, innerhalb derer eine willkürliche Erhöhung einzelner Preise möglich ist. Je nachdem, wie diese Verhältnisse liegen, bewegt sich der Effekt des partiellen Zolles zwischen den folgenden beiden Extremen. Bei weitgehender Surrogierbarkeit der zollgeschützten durch die übrigen Güter oder umfassender Verwendbarkeit der der Erzeugung der letzteren dienenden Güter höherer Ordnung zur Produktion der ersteren (weitgehender Produktionsverwandtschaft) wird der Preis der bei der Einfuhr zu verzollenden Waren nur wenig höher gehalten werden können, als der der frei einführbaren. Die letzteren werden entweder selbst — bei der Surrogierbarkeit — oder in Gestalt ihrer Ahnengüter — bei der Produktionsverwandtschaft — in den Bezirk der normal von den ersteren befriedigten Bedürfnisse eindringen und dort die Preise unter das dem Auslande gegenüber durch den Zollschutz ermöglichte Niveau

drücken. Durch dieses Abströmen entsteht wieder in ihrem eigenen Bereich ein relatives Vakuum, resp. es steigen dort die Preise und dies führt zu einem neuen Anstoß für den Zufluß aus dem Auslande. Im Grenzfalle wird hier das Minus an Einfuhr bei den zu verzollenden Gütern durch das eben hiedurch veranlaßte Plus bei den übrigen völlig ausgeglichen und so durch den partiellen Zollschutz überhaupt keine Verminderung derselben bewirkt, sondern nur deren Richtung geändert. Der andere extreme Fall ist der, daß die Gestalt der Bedürfnis- und Kostenkurven die Surrogierbarkeit und die Auswirkung der Produktionsverwandtschaft so weit einschränkt, daß tatsächlich der auf einzelne Waren gelegte Zoll die Ausgleichung der Preisniveaus unserer beiden Länder A und B bezüglich dieser Waren nur bis zum Betrag ihres Zollschutzes fortschreiten läßt, so daß sie im Einfuhrland gegenüber den zur Einfuhr freigegebenen dauernd das derart erhöhte Niveau behaupten. Dann kommt es durch diese Maßregel tatsächlich zu einer partiellen Eindämmung des hereinflutenden Güterstromes und die durch ihn erzeugten Preisverschiebungen nehmen auch im Exportlande sowohl auf der Waren- als auf der Geldseite einen geringeren Umfang an [7].

Die zweite Gruppe der Mittel, die dazu verhelfen können, die durch den mehrerwähnten Güterstrom hervorgerufenen Preisverschiebungen zu dämpfen, besteht in verschiedenen Varianten darin, daß dem Exportlande seine abgegebenen Waren mit dem in ihm geltenden Gelde, beziehungsweise durch Uebersendung jenes Stoffes bezahlt werden, aus dem man dort ohne weiteres Währungsgeld herstellen kann. Diese Zahlung kann durch Kompensation erfolgen, wenn dem Importlande aus irgendeinem Grunde Forderungen gegen das Exportland zustehen, oder durch Abgabe eines irgendwo, insbesondere bei der Notenbank aufgehäuften zentralen Metallschatzes oder, wenn in beiden Staaten die Geldstücke aus demselben Material bestehen, auf dem Wege der Ausfuhr des eigenen Währungsgeldes, aus welchem durch Umschmelzung das Geld des anderen Staates hergestellt werden kann. In allen diesen Fällen kommt, soweit die genannten Maß-

[7]) Wir haben hier nur den Fall der Einführung eines partiellen Zollschutzes zur Herabminderung der Güterbewegungen und Preisverschiebungen, welche durch eine Erhöhung des Preisniveaus in einem der beteiligten Wirtschaftsgebiete hervorgerufen werden, betrachtet. Analoges gilt aber natürlich mutatis mutandis von jeder Einführung von Schutzzöllen auf einzelne Güter. Deren Wirksamkeit für die Gestaltung der Güterpreise wird jeweils von den eben geschilderten Umständen abhängen.

regeln durchgeführt werden können, die oben als vierte angeführte Wirkung — die Preissenkung des Geldes des Importlandes — nicht zum Entstehen, bei der Goldabgabe durch die Bank auch nicht die Wirkung Nummer 3, es sei denn, daß die Verminderung des Metallschatzes der Banken wegen der Bestimmungen über die Notendeckung auch zu einer Einschränkung der Umlaufmittelmenge führt. Der Güterstrom muß dann also so lange fortfließen, bis die beiden Gegenwirkungen Nummer 1 und 2 — die auf der Warenseite — summiert, ihn durch allmähliche Ausgleichung der Preisniveaus zum Stillstande bringen.

Die dritte Gruppe von Auskunftsmitteln zu dem mehrfach angeführten Zweck endlich läuft darauf hinaus, daß das Importland die fraglichen Waren bezieht, ohne sie sofort zu bezahlen, sie also in irgend einer Art schuldig bleibt, sei es, daß die einzelnen Importeure durch Ausnützung ihres persönlichen Kredits eine Stundung der Zahlung zu erwirken wissen, sei es, daß eine größere Gemeinschaft — der Staat oder, wie gegenwärtig von beachtenswerter Seite vorgeschlagen wird, eine umfassende Vereinigung aller maßgebenden Kreditinstitute — in Form einer »Valutaanleihe« einen größeren Pauschalkredit aufnimmt, der dann den einzelnen der ausländischen Zahlungsmittel Bedürftigen für ihre Zwecke zur Verfügung gestellt wird. Dieses Mittel läuft darauf hinaus, daß während der Zeit, für die die Stundung gewährt wird, nur die Warenbewegung, aber überhaupt keine Geldbewegung, stattfindet, so daß auch hier — zeitlich begrenzt — die aus der letzteren entspringenden Wirkungen 3 und 4 nicht Platz greifen. Sie können allerdings nicht dauernd vermieden, wohl aber für einen gelegeneren Zeitpunkt aufgespart, etwa auf eine längere Zeit verteilt werden. Für die Zeiten ihrer Suspension wirken hier ebenso wie bei der zweiten Gruppe von Maßregeln nur die auf der Warenseite liegenden Wirkungen 1 und 2 in der Richtung einer Bremsung des Güterstromes.

Eben dieser Fall nun, dessen Analyse wir in dem Vorstehenden versucht haben, ist bei den kriegführenden Staaten eingetreten. Aus Gründen, die wir oben ausführlich auseinanderzusetzen versuchten, hat sich in ihnen das Preisniveau außerordentlich gehoben und die unvermeidlichen Konsequenzen sind nicht ausgeblieben. Das Austauschverhältnis ihres Währungsgeldes zu dem der neutralen und der vom Kriege weniger betroffenen und darum von der Teuerung in geringerem Maße heimgesuchten

Staaten hat sich, soweit nicht die ebenfalls angeführten Auskunftsmittel zur Verhinderung dieser Entwicklung dies hintangehalten haben, rapid verschlechtert. Als solche Mittel kamen in Betracht die Hemmung der Einfuhr durch verschiedene Methoden, zu der sich, mehr oder weniger radikal, nach und nach die meisten Kriegführenden entschließen mußten, die Ausfuhr von Gold, die Verschuldung an das Güter liefernde Ausland oder, was nur eine Variante der letzteren darstellt, seine Entlassung aus einem Schuldverhältnis, in dem es sich bis nun befand, dadurch, daß bisher besessene Effekten desselben dahin rückverkauft wurden. Durch weitgehende Anwendung der zwei letztgenannten Methoden hat England die Verschlechterung seiner Valuta in engen Grenzen zu halten vermocht. Die Zentralmächte, denen solche Mittel in geringerem Maße zur Verfügung standen, wurden von ihr mit voller Macht betroffen. Unter ihnen wieder stehen natürlich für Oesterreich-Ungarn, dessen Kriegskosten im Verhältnis zu seiner Produktion relativ viel größer sind als die des Deutschen Reiches, die Dinge weit schlechter als für dieses. Und nur die tatkräftige Hilfe seines Bundesgenossen hat hier die Kalamität bisher in gewissen Grenzen zu halten vermocht.

In die hier auseinandergesetzten Ursachen dieser beklagenswerten Erscheinung aber herrscht in der wissenschaftlichen wie in der populären Diskussion meist keine richtige Einsicht. Wir finden vielmehr bei der Deutung dieses Spezialfalles der Wertbildung eben jene zwei Argumente vertreten, die den beiden endlich überwundenen Etappen in dem Fortschritt der allgemeinen Werttheorie entsprechen. Meist wird davon ausgegangen, daß die ausländischen Zahlungsmittel, resp. die auf sie ausgestellten Anweisungen, die Devisen, wie jede andere Ware auf ihrem Spezialmarkte gehandelt werden und, um deren ungünstige Preisbildung zu erklären, begnügt man sich damit, eine Reihe von Gründen anzuführen, welche die Nachfrage nach ihnen ihr Angebot übersteigen lassen. Dieses Räsonnement ist richtig, wie die Erklärung der Preise aus Angebot und Nachfrage überhaupt, aber ebenso oberflächlich wie diese. Die Aufgabe der Preistheorie endet ja nicht, sondern beginnt bei der Konstatierung einer bestimmten Gestaltung von Angebot und Nachfrage. Die in unserem Falle zur Erklärung der Lage des Devisenmarktes vorgebrachten Argumente sind teils relativ nebensächlich, wie der Hinweis auf das Ausbleiben der Sendungen der Auswanderer

und die Unmöglichkeit der Einkassierung von Coupons feindlicher Unternehmungen, der ja die analoge Zurückbehaltung der sonst an das feindliche Ausland abzuführenden Erträgnisse von dessen hier angelegten Kapitalien gegenübersteht, teils führen sie, wenn man sie richtig zu Ende analysiert, eben auf den hier angegebenen wahren Grund der Erscheinung, nämlich die Verschiebung der Preisniveaus. Denn warum kommt es denn im Kriege zu jenem außerordentlichen Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr, welches ja doch unbestrittenermaßen den weitaus wichtigsten Grund des diskutierten Phänomens darstellt? Eine oft gebrauchte, aber ganz oberflächlich gedachte Antwort sagt: Weil wir eben in diesen und diesen Dingen Mangel lieden und sie daher aus dem Auslande beziehen »müssen«. Dem ist entgegenzuhalten, daß wir die Waren, welche aus naturalen Gründen im Inlande nicht erzeugt werden können, ja auch sonst einführen mußten; wir haben sie eben mit inländischen Produkten bezahlt. Daß wir das jetzt nicht können, hat aber seinen Grund einzig und allein darin, daß die Versorgungsverhältnisse des Inlandes durch die von ihnen geschaffene Gestaltung des Preisniveaus es uns derzeit nicht gestatten, mit diesen Waren im Auslande mit zu konkurrieren. Noch klarer ist dies aber bei jenen Waren, die wir sonst erzeugt haben, jetzt aber von auswärts zu beziehen uns entschließen mußten. Warum gehen wir darum ins Ausland? Doch nur weil die inländischen Preise so sind, daß es für uns vorteilhafter geworden ist, sie einzuführen. Nur das gehobene Preisniveau drängt uns zu diesem Schritte und muß uns so lange dazu nötigen, bis durch den oben beschriebenen Ausgleichsprozeß der Preisniveaus unter Verschiebung des Wertes von Waren und Währungsgeldern diese Verschiedenheit aufgehoben ist. Es muß mit der größten Entschiedenheit betont werden, daß die kausale Kette von der Verminderung der Produktion und Vermehrung der nominellen Kaufkraft zur Hebung des Preisniveaus und von dieser zur Valutaentwertung führt und nicht umgekehrt.

Diese Auffassung nun ist aber gerade das Gegenteil der communis opinio, die vielmehr dahin geht, daß umgekehrt die durch die ungünstigen Devisenkurse bewirkte Verteuerung der Bezüge aus dem Auslande eine Hauptursache der allgemeinen Preissteigerung darstelle. Es ist dies eine Vorstellung, die der Gedankenwelt der noch immer im Unterbewußtsein weiter Kreise

ruhenden Kostentheorie des Wertes entstammt und diese ehedem herrschende Lehre zeigt sich in ihrer Anwendung auf das vorliegende Spezialproblem geradeso nichtig und falsch wie sonst im allgemeinen. Gewiß wäre es lächerlich zu leugnen, daß in vielen Fällen die höheren Anschaffungskosten der in der verteuerten ausländischen Valuta zu bezahlenden Importwaren deren Preise in die Höhe treiben, geradeso wie es auch sonst oftmals ohne Zweifel die Kosten sind, die den Preis der Güter bestimmen. Aber im speziellen wie im allgemeinen Falle ist diese Feststellung nur der erste Schritt der Analyse, deren eigentliche Aufgabe erst mit der weiteren Frage beginnt, warum denn hier und dort die Kosten gerade auf dieser Höhe stehen, worauf dann eben die Lehre vom subjektiven Wert Antwort erteilt. Die Kosten sind überall nur eines der Vehikel, durch die sich das System der Verkehrswerte der Güter der ihm durch das Bedürfnissystem der Wirtschaftssubjekte angewiesenen Gestaltung anpaßt. Sie liefern ein Zwischenglied der Erklärung, aber nicht eine endgültige Lösung. Ist der Preis eines Gutes relativ — im Verhältnis zu der Wichtigkeit der durch die von ihm vorhandene Menge befriedigten Bedürfnisse — zu gering, so ist die Folge, daß seine Kostengüter — ob dies nun Produktivgüter oder, wie in dem hier interessierenden Falle, ausländische Zahlungsmittel sind — sich einer anderen Verwendung so lange zuwenden, bis sein Preisniveau die ihm zukommende Höhe erreicht hat. Dann scheint es der oberflächlichen Betrachtung so, als ob diese Preissteigerung der Kostengüter den Preis des durch sie erlangbaren Gutes gehoben hätte. In Wirklichkeit aber haben durch die Kostenpreise hindurch eben nur alle anderen Preise gewirkt, mit denen der Preis des betreffenden Gutes in einem Verhältnis der Interdependenz steht. Dort also, wo ein Gut sich der allgemeinen, durch die Kriegswirtschaft verursachten Preissteigerung zu langsam anschließt, wird, wenn es zu einem wesentlichen Teil aus dem Ausland eingeführt werden muß, allerdings die verschlechterte Valuta den unmittelbaren Anstoß zu seiner Preissteigerung geben, aber dies doch nur deshalb, weil diese Verschlechterung der Valuta selbst eine notwendige Folge der durchgreifenden Preissteigerung seiner Schwestergüter ist.

Diese Erkenntnis nun, daß die sedes materiae der Frage der Wechselkurse, dieses wichtigsten Problems der Wieder-

einrenkung der durch den Krieg aus den Fugen geratenen Volkswirtschaft, nicht in der Aufgabe, die durch irgend eine widrige Verkettung von Umständen knapp gewordenen ausländischen Zahlungsmittel zu beschaffen, sondern in der Behandlung — sei es ergebener Hinnahme, sei es Reduzierung — des Preisniveaus liegt, ist für die ganze Orientierung der Uebergangswirtschaft von grundlegender Bedeutung. Bevor darauf eingegangen wird, müssen wir aber noch auf ein zu oberflächlichem Optimismus verleitendes, in vielen Köpfen bewußt oder unbewußt spukendes Argument eingehen. Man denkt oft, daß sich die ungünstige Gestaltung der Wechselkurse durch eine natürliche, selbsttätig ausgelöste Elastizität der Volkswirtschaft rückbilden werde. Bekanntlich — so lautet diese scheinbar einleuchtende Erwägung — hat ja gerade die Entwertung der Valuta, sogar wenn sie in geringem Ausmaße auftritt, die Wirkung, den Export zu heben und den Import zu vermindern. Wieviel mehr, so geht der Schluß weiter, werde dieser erfreuliche Effekt die Folge des gegenwärtig leider zu beobachtenden, noch nicht dagewesenen Umfanges der genannten bedauerlichen Erscheinung sein. Damit aber setze von selbst eine Gegenwirkung ein, die bis zur Beseitigung des Grundes der ganzen Entwicklung, eben der Verschlechterung der Wechselkurse, anhalten müsse. Gegen dieses Argument ist ähnliches zu erwidern, wie oben zu der günstigen Prognose bezüglich des zu erwartenden Geschäftsganges nach dem Kriege gesagt wurde. Allerdings ist die exportfördernde Wirkung der depreziierenden Valuta eine nicht zu bezweifelnde Tendenz des volkswirtschaftlichen Prozesses. Aber warum und insbesondere unter welcher Bedingung allein gilt sie? Wenn aus irgendeinem auf dieses bestimmte Marktgebiet beschränkten Grunde eine Veränderung in den Preisen der ausländischen Zahlungsmittel eintritt, die in dem allgemeinen Preissystem der Volkswirtschaft nicht begründet ist, die hier genannten Güter also vom Verkehr relativ überwertet werden, dann allerdings löst sich diese Disharmonie auf demselben Wege wie alle Unstimmigkeiten in der Verkehrswirtschaft durch deren immanente Elastizität. Es entsteht ein Anreiz zur Erwerbung der an Verkehrswert gestiegenen Güter, »Devisen«, normal also zum Warenexport so lange, bis er sich durch die oben gekennzeichnete Entwicklung selbst aufgehoben hat. Dieser Prozeß aber ist eben, wie erwähnt, bedingt dadurch, daß die ausländische Währung tatsächlich

überwertet ist, also höher im Kurse steht, als es dem Verhältnis der beiderseitigen Warenpreisniveaus entspricht. Gerade dies aber ist eben derzeit, wie auseinandergesetzt wurde, keineswegs der Fall. Nicht Momente des Devisenmarktes haben zu einer Ueberwertung des fremden Geldes geführt. Sondern diese war die natürliche, adäquate Folge der Verschiebung des inländischen Preisniveaus. Ja, sie hat nicht einmal jenen Grad erreicht, der dieser entsprechen würde. Daher kann auch keine Rede davon sein, daß derzeit oder nach Kriegsende eine Steigerung unserer Ausfuhr eine notwendige Folge des Zustandes, der sich herausgebildet hat, sein müßte. Die inländischen Preise der allermeisten Kostengüter mit immer geringer werdenden Ausnahmen sind eben derartige, daß der Export auch bei den gestiegenen Preisen der ausländischen Zahlungsmittel nicht lohnender, sondern weniger lohnend geworden ist als früher. Es hat sich ein ausgeglichener, relativ stabiler Zustand der Volkswirtschaft herausgebildet, der aus sich selbst heraus keine Tendenz zur Selbstaufhebung entwickelt. Bei dieser Sachlage nun ergibt sich die Notwendigkeit einer folgenschweren, für die ganze Wirtschaftspolitik in allen ihren Zweigen grundlegenden Entscheidung zwischen zwei prinzipiell möglichen Wegen, die wir gehen können.

Die eine Möglichkeit besteht darin, daß wir uns mit diesem neu entstandenen erhöhten Preisniveau abfinden und es den in der Volkswirtschaft wirkenden Kräften überlassen, die darin noch vorfindlichen, durch die überstürzte Hast der ganzen Entwicklung hervorgerufenen Diskrepanzen auszugleichen. Für diesen Weg würde vor allem seine leichte Gangbarkeit sprechen. Er würde uns eine neue Revolution in den Verhältnissen der Volkswirtschaft ersparen und diese der Notwendigkeit einer zweiten, unendlich schwierigen und opfervollen Anpassung überheben: aber — darüber müssen wir uns ganz klar sein — er würde uns mit absoluter Sicherheit zwingen, auch die Entwertung unseres Währungsgeldes gegenüber dem Gelde des von der Preissteigerung weniger betroffenen Auslandes, die ja — wie ausgeführt — nur die andere Seite von dessen Entwertung gegenüber den dafür erhältlichen Waren ist, als Definitivum hinzunehmen und offiziell anzuerkennen. Damit jedoch wäre die weitere Notwendigkeit verbunden, die Menge an dem Weltwährungsmetall, an Gold, welche in der Währungseinheit nominell verkörpert ist, auf jenen Betrag herabzusetzen, der diesem reduzierten Geldwert an Kauf-

kraft auf dem Weltmarkt entspricht. Anderenfalls würde bei Wiedereinlösung der Noten in Gold dieses nach dem Greshamschen Gesetz sofort in das Ausland, wo dafür höherwertiges Geld eingetauscht werden kann, abströmen, resp. bei der österreichisch-ungarischen Währungsverfassung der Bank die ihr statutengemäß vorgeschriebene Aufrechterhaltung der Parität unmöglich bleiben. Gegen die Hinnahme dieser Konsequenz aber spricht nun gewichtig die unabweisliche Rücksicht auf das Prestigemoment. Eine solche Maßregel würde ja von allen jenen, die Banknoten nicht als definitives, sondern nur als Kreditgeld auffassen und in ihnen ein Versprechen auf Zahlung der verheißenen Menge des gesetzlichen Metallgeldes erblicken, als Staatsbankerott empfunden werden und es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß man sich zu einem solchen nur entschließen darf, wenn absolut kein anderer Ausweg mehr übrig bleibt. Wenn allerdings die Verhältnisse bei noch längerer Dauer des Krieges sich bis zu diesem beklagenswerten Punkt entwickeln sollten, dann dürfte eine weitblickende, zum Unerläßlichen entschlossene Gesetzgebung auch vor diesem Wortfetisch nicht zurückschrecken. Solange wir aber noch nicht so weit sind — und wir wollen hoffen, daß dem so ist —, müssen wir den anderen Weg ins Auge fassen.

Wir müssen also trachten, die Wiederherstellung des Goldwertes unserer Währung zu ermöglichen und zu diesem Zwecke die Wechselkurse wieder auf ihre gesetzliche Parität herunterzudrücken. Nun droht uns aber im Gegenteil deren weitere Verschlechterung. Denn im Kriege wurde ja teilweise aus eigenem Antriebe, überwiegend aber gegen unseren Willen durch die feindliche Aushungerungstaktik das oben als erstes bezeichnete jener Mittel, wodurch die Wirkung der Verschiebung des Preisniveaus auf den intervalutarischen Geldwert gehemmt werden kann, nämlich die Unterbindung des Warenstromes in ungeheurem Umfange praktiziert. Dieser Zustand läßt sich nicht aufrechterhalten. Die Volkswirtschaft der Zentralmächte schreit nach ausländischen Gütern. Sie weiter im bisherigen Umfange fernhalten hieße eine Kur anwenden, nach Art jener, von denen das Witzwort gilt: Operation gelungen, Patient gestorben. Die Grenzen müssen also geöffnet werden. Dies steigert die Schwierigkeit der angeführten uns gestellten Aufgaben. Ohne Zweifel müssen wir zu ihrer Lösung die 3 genannten Mittel nicht nur zur Bremsung der Verschlechterung, sondern darüber hinaus zur

Redressierung der Wechselkurse mit größter Energie in Tätigkeit setzen. Wir müssen also vor allem die Einfuhr, wenn wir sie auch nicht im bisherigen Umfange verbieten können, so doch soweit, als irgend möglich, drosseln. Dies kann nur durch Bindung eines jeden Importes an staatliche Genehmigung und rigoroseste Prüfung von dessen unbedingter Notwendigkeit geschehen. Auch die Devisenzentrale wird bestehen bleiben müssen. Allerdings wird sie ihre Gebarung insoferne grundlegend zu ändern haben, als sie nicht länger dem Inlande gegenüber Wechselkurse wird aufrechterhalten dürfen, die weit günstiger sind als die auf den ausländischen Plätzen bestehenden. Denn diese Politik läuft ja auf nichts anderes hinaus, als auf eine Besteuerung des Exportes, dem die Devisen unter ihrem wahren Wert abgenommen werden, zugunsten eines privilegierten Importes, der sie zu demselben zu niedrigen Preise zur Verfügung erhält, also auf das gerade Gegenteil dessen, was eine Zeit verlangt, deren laute Forderung heißen wird: Steigerung der Ausfuhr, Einschränkung der Einfuhr. Wir werden weiters mit der großzügigsten Entschlossenheit unseren ganzen Goldbesitz in das Ausland werfen müssen, um damit Importe zu bezahlen. Das ist ja auch sein einziger Zweck. Für den inländischen Verkehr brauchen wir ihn nicht. Auch könnte die Barzahlung der Noten ohnedies nicht aufgenommen werden, solange die Wechselkurse unter der Parität stehen. Es gibt also nur eine Verwendung für die Milliarden Gold in der Reichsbank: Waren ins Land zu bringen. In dieses Kapitel fällt weiters auch die Verwendung anderer für die Bedürfnisse des Inlandes entbehrlicher Güter mit unbedingt sicherer Absatzfähigkeit im Auslande, so insbesondere von ungemünztem Edelmetall und Juwelen. Sie werden von Staats wegen zu requirieren, im Auslande zu verkaufen und so der Einfuhr dringend benötigter Waren dienstbar zu machen sein. Endlich werden wir natürlich unseren gesamten ausländischen Effektenbesitz im Auslande mobilisieren und darüber hinaus heimische Effekten exportieren, d. h. Schulden aufnehmen müssen. Dabei wird der Versuch naheliegen, die staatlichen Valutaanleihen zu ergänzen durch eine mit dem Kredit einer ad hoc geschaffenen gewaltigen Vereinigung der größten inländischen Banken fundierte Anleihe.

Aber alle diese Mittel werden uns nicht der Notwendigkeit entheben können, die Axt an die Wurzel des Uebels zu legen und

die Verschiebung des Preisniveaus, der entgegenzuwirken ja auch Gold- und Effektenexport letzten Endes berufen sind, systematisch rückgängig zu machen. Der Weg, der zur Erreichung dieses Zieles einzuschlagen ist, ergibt sich aus der oben durchgeführten Analyse der Vorgänge, die zu der ganzen Preisrevolution geführt haben. Diese bestanden, kurz zusammengefaßt, in der Verminderung des Güterangebotes infolge der Verringerung der Erzeugung und in der gleichzeitigen außerordentlichen Vermehrung der in Händen der Nachfrage befindlichen mobilen Kaufkraft durch die vom Staat selbstherrlich ausgegebenen Umlaufsmittelmengen.

An beiden Punkten gilt es nunmehr einzusetzen. Vor allem muß die inländische Gütererzeugung durch jedes Mittel staatlicher Förderung, ja staatlichen Zwanges gehoben, müssen alle Produktivkräfte des Landes entfaltet und zu höchster Wirksamkeit gebracht werden. Dabei wird die in weitem Umfange notwendige technische Erneuerung unserer dem Friedenskonsum wieder anzupassenden Produktionsmaschinerie zur Einführung der vollkommensten Erzeugungsmethoden auszunützen sein. Auch die, wie angeführt, vom Staat zu übende Kontrolle der Einfuhr wird sich ganz besonders von dem Gedanken der Produktionssteigerung leiten lassen müssen. Nicht die von der Bevölkerung dringend verlangten Genußgüter sind vor allem zu importieren, sondern die zur Erzeugung solcher Genußgüter im Inlande nötigen Güter höherer Ordnung: Rohstoffe und mehr noch als diese produktionssteigernde Werkzeuge im weitesten Sinne des Wortes.

Auf der anderen Seite aber muß die in den Verkehr gepumpte Menge von Umlaufmitteln radikal vermindert werden. Dies kann durch eine außerordentlich hohe Vermögenssteuer geschehen, wobei die solcherart in die Staatskassen fließenden Beträge zur Rückzahlung der Vorschüsse an die Bank zu verwenden sind, welche ihrerseits durch Wiederinkraftsetzung von den Notenumlauf beschränkenden Vorschriften [8]) zu nötigen ist, sie ohne Ersatz aus dem Verkehr zu ziehen. In diesem Umfange ins Werk gesetzt, würde eine solche Maßregel allerdings noch nicht zu einer Wiederherstellung des seinerzeitigen Preisniveaus führen, da ja die derart auf den früheren Betrag reduzierte Geldmenge

[8]) Diese werden allerdings nicht mehr wie bisher auf der bestimmten Metalldeckung aufgebaut sein dürfen, da, wie oben bemerkt, der größte Teil des Metallschatzes an das Ausland abzugeben sein wird.

einer infolge der Zerstörungen und der Minderproduktion weit geringeren Warenmenge gegenüberstünde. Aber eine solche völlige Wiederherstellung wird ja auch von den valutapolitischen Erwägungen nicht gefordert, da ja auch das Preisniveau des Weltmarktes sich außerordentlich gehoben hat und es zur Restitution der Wechselkurse genügt, das inländische Preisniveau diesem anzugleichen. Sollte, wie vielleicht angestrebt werden wird, die einzuführende Vermögenssteuer das für die Wiederherstellung der alten Umlaufsmittelmenge hinreichende Ausmaß übersteigen, so wären für die Auferlegung des solcherart hinzukommenden Steuerbetrages keine valutapolitischen, sondern ausschließlich staatsfinanzielle Gründe maßgebend. Nun bestehen — abgesehen von Pensionen u. dgl. — finanzwissenschaftlich die durch den Krieg dem Staat aufgebürdeten Lasten außer der Schuld an die Notenbank, von deren Rückzahlung eben die Rede war, in der Kontrahierung der Kriegsanleihen. Wenn aber das eben erwähnte Plus an Vermögenssteuer zur Erleichterung der letzgenannten Last verwendet werden soll, so kann es sich hiebei nicht um eine Rückzahlung derselben durch einen auf einmal und bar aufzubringenden Betrag handeln. Diese Mengen an Umlaufmitteln sind in der Volkswirtschaft nicht vorhanden, da eben durch den periodischen Mechanismus der Kriegsanleihen das ausgegebene Papier immer wieder zurückgeflossen ist, um stets neu wieder in Umlauf gesetzt zu werden. Dieser ideell abgetrennte zweite Teil der großen Vermögenssteuer müßte also derart eingehoben werden, daß er gewissermaßen als eine von den Besitzern jährlich zu verzinsende Hypothek auf die Ertrag abwerfenden Kapitalsgüter gelegt würde. Die Vermögenssteuer von Grundbesitz und Effekten wäre also derart in zwei Teile zu teilen, daß der erste Teil, dessen Ausmaß durch den valutapolitischen Zweck der Einschränkung der flottierenden Umlaufsmittelmenge bestimmt würde, von den Besitzern dieser Kapitalsgüter durch Belehnung derselben bei den Banken jeder Art, in denen sich ja diese aus der Welt zu schaffenden Geldmengen befinden, und durch bare Abfuhr der erhaltenen Beträge aufzubringen wäre, während der zweite Teil, der die Bestimmung hätte, für die Verzinsung und allmähliche Amortisation der Kriegsanleihen zu dienen, in eine jährliche Zahlung umgewandelt werden müßte, die im Wesen auf eine Erhöhung der Grund-, Gebäude-, Rentensteuer, resp. bei der Kriegsanleihe ein fach auf eine Verkürzung des Zinsengenusses hinauslaufen würde.

Dies wäre der eine Weg, um den die angestrebte Restituierung der Preise hindernden Geldüberfluß aus der Welt zu schaffen und es sei hinzugefügt, daß er allein unseres Erachtens gangbar ist. Der andere läge darin, daß man auch den zur Rückzahlung der Vorschüsse an die Bank nötigen Betrag durch eine neue Friedensanleihe in den Dimensionen der Kriegsanleihen, die übrigens wohl nur durch irgendeine Art Zwang aufgebracht werden könnte, zu beschaffen versuchte. Da aber der Zinsendienst der Kriegsanleihen plus dem dieser neuen Friedensanleihe doch wohl nicht ohne Zuhilfenahme einer Vermögenssteuer, also lediglich durch sonstige Steuern, Monopole usw. sicherzustellen wäre, so würde sich die Aufnahme dieser neuen großen inländischen Anleihe als ein ganz überflüssiger Umweg darstellen.

Die beschriebene Vermögenssteuer ist, theoretisch betrachtet, nichts anderes als die nachträgliche Wiederausscheidung und Wiedergutmachung der durch den Krieg verschuldeten Denaturierung des normalen volkswirtschaftlichen Prozesses. Die Kaufkraft, die, ohne durch Güterherstellung verdient worden zu sein, in die Volkswirtschaft geflossen und durch die Auflegung der Kriegsanleihen zu einer privatwirtschaftlichen Ersparnis geworden ist, der das Korollar einer volkswirtschaftlichen Ersparnis gefehlt hat, muß eben nun wieder abgeliefert werden. Nur daß die seinerzeitigen Nutznießer dieser — theoretisch gesprochen — unverdienten Benefizien nicht immer identisch sind mit jenen, von denen sie nunmehr zurückgefordert werden, also eine Umschichtung in der relativen wirtschaftlichen Lage eingetreten ist, die die einen zu Kriegsgewinnern, die anderen zu wirtschaftlichen Kriegsopfern gemacht hat.

Die solcherart zu bewirkende Herabdrückung des inländischen Preisniveaus, die wir oben als unerläßliche Voraussetzung einer Wiederherstellung der Wechselkurse erkannt haben, ist nun aber eine Aktion, die — dies dürfen wir uns nicht verheimlichen — notwendigerweise auf große Schwierigkeiten und den wohlmotivierten Widerstand sehr einflußreicher Interessentenkreise stoßen muß.

Jede allgemeine Verbilligung des Warenpreisniveaus, oder — was denselben Tatbestand, von der anderen Seite gesehen, darstellt — jede Hebung des Geldwertes schlägt ja, wie leicht einzusehen ist, zum Vorteil der Gläubiger und zum Nachteil der Schuldner von Beträgen, die auf eine bestimmte Summe von

Geldeinheiten lauten, aus. Nun ist aber der Staat durch die Kriegsanleihen im ungeheuersten Maßstabe zum Schuldner geworden und sein fiskalisches Interesse, das in ein dringendes steuerpolitisches Postulat übergeht, muß naturgemäß einer Politik widerstreiten, die ihn nötigt, die Summen, die er in entwerteter Währung aufgenommen hat, nunmehr in vollwertigem Gelde zu verzinsen und zurückzuzahlen. Dieser Vorgang würde auch in der Tat eine gewaltige, überflüssige und den allgemeinen Interessen widerstreitende Unbilligkeit in sich schließen. Es ist ja der Trost, mit dem wir uns über die entsetzlichen Zahlen hinweghelfen, mit denen man uns zu beweisen versucht, ein wie ungeheurer Teil des gesamten Nationalvermögens in Pulverrauch aufgegangen ist, daß wir uns sagen können: die Wirklichkeit ist arg genug, aber so arg, wie der Vergleich des in Geld berechneten Nationalvermögens im Frieden mit den in Geld berechneten Kriegskosten zu zeigen scheint, ist sie lange nicht. Denn die Ausgaben, die in ihrer Summierung diese Kriegskosten ergeben, sind ja in der Weise geleistet worden, daß der Staat dieses nominelle Nationalvermögen durch seine selbstherrliche Notenausgabe nicht nur um den Betrag dieser neu geschaffenen Geldzeichen, sondern darüber weit hinaus, um die ganze dadurch hervorgerufene Preissteigerung aller Güter vermehrt und daraus den dem Verhältnis der neuen Kaufkraft zu der früher vorhandenen entsprechenden Teil des gesamten Einkommens für sich in Anspruch genommen hat. Daß es überhaupt möglich ist, einen scheinbar so ungeheuren, ohne jede Grenze immer größer und größer werdenden Teil des Nationalvermögens zu verausgaben, ja, daß es ersichtlich denkbar wäre, daß die Kriegskosten selbst über den vollen Betrag, mit dem dieses im Frieden veranschlagt wurde, wachsen, ohne daß dies dem Krieg Einhalt gebieten müßte, hat seinen Grund eben darin, daß nicht, wie in der Friedensfinanzwirtschaft, die vom Staat benötigten Beträge von dem Geldeinkommen der Wirtschaftssubjekte abgezweigt werden, sondern, daß die erforderlichen Summen neu geschaffen und dadurch unter Hebung des allgemeinen Preisniveaus der Güterbezug der Besitzer der bisher vorhandenen Kaufkraft auf einen geringeren Raum zusammengedrängt wird. Wenn nun, nachdem durch die Institution der Kriegsanleihen der überwiegende Teil dieser neu ausgegebenen Geldmengen in eine Schuldverpflichtung des Staates verwandelt wurde, das Preisniveau

gewaltsam auf seinen alten Standard heruntergedrückt und damit das in dem nun wieder um so viel wertvoller gewordenen Gelde ausgedrückte Nationalvermögen nominell um eben so viel kleiner würde, während der Nominalbetrag der Schuld sich nicht geändert hätte, so müßte auf einmal jenes scheinbar aus dem Vergleiche der in Geld ausgedrückten Kriegskosten mit dem in Geld ausgedrückten früheren Nationalvermögen zu folgernde entsetzliche Verhältnis dieser beiden Größen zur furchtbaren Realität werden, die natürlich lange vor jenem oben berührten Punkt, wo diese beiden Summen gleich groß würden, zu einer absoluten Unmöglichkeit der Aufbringung der zu tragenden Lasten führen müßte. Dies ist eine sehr ernste Schwierigkeit. Sie könnte unseres Erachtens dadurch gelöst werden, daß auf den unverdienten Konjunkturgewinn jener, die in der Zeit der Geldentwertung Gläubiger geworden sind und nun Zinsen und Rückzahlung in einem viel kaufkräftigeren Gelde zu empfangen hätten, eine Steuer gelegt und so dieses Plus ganz oder zum Teil mit Beschlag belegt würde. Diese Steuer, die nicht nur die Kriegsanleihebesitzer, sondern auch alle anderen, die in der Epoche der Kriegswirtschaft Forderungen erworben haben, treffen würde, könnte nicht als eine Ausnahmsmaßregel gegen die ersteren und daher nicht als eine einen Staatsbankerott darstellende Kürzung der Anleihecoupons betrachtet werden.

Dies ist die eine Schwierigkeit; die andere, die uns — bedeutsam genug — auf unser ursprüngliches Thema zurückführt, liegt in der Rückwirkung dieser neuen Preisrevolution auf den Geschäftsgang des gesamten Erwerbslebens. Wir sahen ja oben, daß die allgemeine Preissteigerung, die notwendigerweise im großen Ganzen von den Fertiggütern zu den Gütern höherer Ordnung aufstieg, den produzierenden Ständen in jener Epoche des Erzeugens mit noch niedrigeren Kosten und des Verkaufens zu den bereits gestiegenen Preisen eine Periode größter Spannung zwischen jenen und diesen, eben die Kriegskonjunktur gebracht hat. Die symmetrische Entwicklung der Preise nach abwärts muß in jedem Detail die umgekehrte Wirkung mit sich führen. Allerdings fehlt glücklicherweise das Spiegelbild der zu Friedenspreisen gekauften und zu Kriegspreisen abgestoßenen Vorräte. Denn die Lager sind geleert und zu Kriegspreisen wurden keine Vorräte angelegt. Aber die Kosten können in jeder ihrer Erscheinungsformen, als für die Arbeiter zur Anschaffung von

Lebensmitteln zur Teuerungszeit ausreichender Lohn, als mit schlechten Wechselkursen eingeführte oder im Inlande gekaufte unter Kriegsbedingungen gewonnene Rohstoffe erst vermindert werden, wenn die Herabdrückung des Preisniveaus der Konsumtibilien vorausgegangen ist. Das muß für die Industrie eine Periode nicht nur geringen Gewinnes, sondern sogar positiver Verluste mit sich bringen.

Gegen sie wird sich die Unternehmerwelt mit allen Mitteln zur Wehre setzen. Sie wird — ihre Wortführer haben es schon ausgeplaudert — durch straffe Organisation und Drosselung des Konsumes der Eventualität einer Absatzkrise — als solche muß sich ja die Notwendigkeit eines Produzierens zu unlohnenden Preisen, von ihrem Standpunkt aus gesehen, darstellen — die Stirne bieten. Solche Bestrebungen aber können nicht geduldet werden; denn nur durch eine ungeheure Entfaltung unserer Produktion sind im allgemeinen die Wunden der Kriegszeit zu heilen und im besonderen Geldwert und Wechselkurse zu restituieren. Die Industrie wird daher, wenn derartige Tendenzen überhandnehmen sollten, zur Aufrechterhaltung und Steigerung ihrer Erzeugung mit staatlichen Machtmitteln gezwungen werden müssen, auch wenn sie so — dies wird nicht als unbillig empfunden werden können — durch die Senkung der Preise einen großen Teil der Gewinne einbüßt, die sie durch deren Steigerung bezogen hat. Es wird andererseits Aufgabe der staatlichen Regelung der Uebergangswirtschaft sein, dieses Opfer dadurch zu lindern und vor allem zu kürzen, daß sie mit aller Energie darauf bedacht ist, wo immer sich nur irgend eine Möglichkeit bietet, durch Maßregeln aller Art, insbesondere durch ihre Politik bei der Festsetzung von Höchstpreisen und bei Erteilung von Einfuhrerlaubnissen vor allem das Niveau der Kosten herunterzusetzen.

Auch diese Maßregeln werden nicht populär sein. Die Staatsverwaltung wird hier wieder den Vorwurf zu tragen haben, daß sie den Druck der Kriegszeit für die konsumierende Bevölkerung unnötig verlängere.

Es wird eine weise Führung der Wirtschaftspolitik erfordern, soll es gelingen, die Entbehrungen der unvermeidlichen Zeit schwieriger Wirtschaftsverhältnisse, der wir entgegengehen, gerecht und gleichmäßig auf die Schultern aller Schichten der Bevölkerung zu verteilen. Wir wollen hoffen, daß wir die Männer haben werden, sie durchzuführen.

Das Finanzproblem und Form und Technik einer Vermögensabgabe.

Eine finanzkritische Untersuchung.

Von

CARL ERICH von KÜHLMANN.

Fast alle Untersuchungen und Erörterungen über das Finanzproblem, d. h. die Aufgabe, die öffentlichen Finanzen Deutschlands nach dem Kriege in Ordnung und ins Gleichgewicht zu bringen, beginnen mit der Schätzung und Berechnung der jährlichen Zinsenlast. Sie beschränken sich daher auch meist auf Auffindung neuer und bessere Auswertung alter Steuerquellen. Der von einigen Seiten gemachte Vorschlag einer allenfallsigen einmaligen starken Vermögensabgabe gründet sich teils auf Zweifel, ob aus Umsatz und Einkommen allein der ungeheure Zinsendienst gedeckt werden kann, teils auf die soziale Erwägung, daß nämlich die bedeutenden Vermögensverschiebungen während des Krieges ausgeglichen und die Lasten hauptsächlich von der besitzenden Klasse getragen werden müssen.

Nur ganz vereinzelt findet man eine Prüfung der gesamten Wirtschaft im Verhältnis zu den Gesamtfinanzen.

Vor der Erörterung der Steuern selbst ist jedoch vorstellungsmäßige Klarheit über diese Dinge unbedingte Voraussetzung, um aus dieser Voraussetzung heraus den Weg zur Lösung zu finden. Eine Schuldenlast, die sicher über ein Drittel des gesamten geschätzten Volksvermögens bei frühestem Friedensschluß betragen wird, kann nicht nach dem Schema der Staatsfinanzwirtschaft, wie sie vor dem Kriege üblich war, beurteilt und bewältigt werden.

Vorausgeschickt sei, daß, wenn im folgenden eine etwaige Kriegsentschädigung nirgends in Rechnung gestellt ist, dies keineswegs aus politischer oder praktischer Ueberzeugung geschehen

ist, sondern lediglich aus der Erwägung, daß bei der Betrachtung irgendeines Problems stets die ungünstigsten möglichen Verhältnisse als Ausgangspunkt angenommen werden müssen. Jedoch soll hier darauf hingewiesen werden, daß in Anbetracht der ständig wachsenden Kriegskosten — ganz abgesehen von den unersetzlichen und unverantwortlichen blutigen Verlusten — die Verlängerung des Krieges um eine solche Entschädigung zu erlangen, selbst nur um kurze Zeit, vom rein finanziellen Standpunkte aus als kaum zu rechtfertigendes Geschäft anzusehen ist.

Nun wird einerseits behauptet, »wir hätten einen erheblichen Teil unseres Gesamtvermögens ausgegeben«, andererseits hörte man, daß »alles Geld im Lande geblieben« sei. — Der Widerspruch der Meinungen zeigt deutlich an, daß es an klarer Vorstellung fehlt oder fehlte.

Das Problem bedarf der Erwägung und Prüfung vom rein finanzkritischen Standpunkte aus.

Das Gesamtvermögen Deutschlands umfaßt Grund und Boden, Wälder, Bodenschätze, Wasserkräfte, Fabriken, Eisenbahnen, Wohnhäuser, Maschinen, Gebäude, Läger, Waren, Dinge des persönlichen Gebrauchs usw., stellt sich in der Vorstellung als Summe tatsächlicher Dinge dar.

Die Verteilung des Gesamtvermögens unter den Einzelnen — sei es nun in der Form unbelasteten Eigentums an Grund und Boden oder des verwickelten Anspruchs aus einer Aktie — vollzieht sich durch Rechtsbeziehungen. Das Einzelvermögen ist eine Summe oder besser ein Saldo von Rechtsansprüchen auf Güter.

Sieht man nun zunächst von dem im Kriege überdies stark geminderten fremden Besitze an deutschen und dem deutschen Besitze an fremden Werten ab, so bleibt der nationale in sich geschlossene Wirtschaftsstaat, dessen Vorstellung uns durch die Tatsachen des Krieges näher gerückt worden ist.

Unter dieser Voraussetzung muß die Summe aller Einzelvermögen gleich dem Volksvermögen sein. Hierbei sind jedoch nur solche Besitzer zu berückeichtigen, die für sich besitzen und welche man als E n d b e s i t z e r bezeichnen kann, d. h. natürliche Personen, ferner juristische Personen wie Reich, Staaten, Gemeinden, Stiftungen. Nicht in Betracht kommen Aktien- und andere ähnliche Gesellschaften, da sie nur Zwischenbe-

sitzer sind, nur die juristische Form des Besitzer zwischen Objekt und Subjekt bilden.

Einzelvermögen pflegen, wie bereits erwähnt, in der Form einer Bilanz rechnungsmäßig bestimmt zu werden, als Summe oder besser Saldo in Geldeswert ausgedrückter Rechtsansprüche. Eine Vorstellung des tatsächlichen Sachbesitzes, auf den z. B eine Aktie Anrecht gibt, ist in den meisten Fällen praktisch ausgeschlossen.

Eine rechnungsmäßige Bilanz der gesamten deutschen Wirtschaft (unter Außerachtlassung aller ausländischen Aktiven und Passiven) ist denkbar als Zusammenstellung der Bilanzen aller Endbesitzer. In diesem Falle würde man die Summe der Bewertungen aller tatsächlichen wirtschaftlichen Güter erhalten: und zwar würde der Besitz des Reiches, der Staaten, der Kommunen dem Werte ihrer ausstehenden Anleihen gleichgesetzt sein. Oeffentliche Anleihen sind finanztechnisch einer Hypothek auf das betreffende Gesamtvermögen — öffentliches oder privates — gleichzuachten.

Es ergibt sich, daß man zu unterscheiden hat zwischen den tatsächlicher wirtschaftlichen Gütern und deren rechnungsmäßigen Bewertung. Diese beiden Gebiete verhalten sich wie Sache zum Begriff, wirtschaftliches Unternehmen zur Gesellschaft, Kurve zur Funktion. Was sich in der tatsächlichen Wirtschaft als Anlage darstellt, heißt rechnungsmäßig Kapital, dem Ertrag entspricht die Rente. Die tatsächliche Wirtschaft kennt nur Sachen, die rechnungsmäßige Vorstellung Rechtsansprüche auf diese Güter.

Diese Trennung und Unterscheidung ist keine willkürliche; man begeht häufig den Fehler, beide Vorstellungsweisen zu verquicken und zu vermengen: Landbewohner, Arbeiter und Techniker denken vorwiegend in der Vorstellung der tatsächlichen Wirtschaft; Großstadtbewohner, Kaufleute und Händler rechnungsmäßig, der Finanzmann muß sich des Unterschiedes bewußt sein Urteil treffen.

Bei der Wichtigkeit der klaren Erfassung des Unterschiedes der Gesamtheit der tatsächlichen Güter einerseits und in Geld gewerteten Rechtsansprüchen der Endbesitzer und Einzelnen andererseits dürfte eine Analogie am besten dem Vorstellungsvermögen behilflich sein. Einen guten Vergleich gestatten die Verhältnisse einer Aktiengesellschaft finanztechnisch verwickelten

Aufbaues, der besonders bei amerikanischen Riesenunternehmen charakteristisch ist. Betrachten wir den sog. Stahltrust, die United Staates Steel Corporation.

Tatsächlich bilden die Werke, Erz- und Kohlengruben, Hochöfen, Eisenbahnen, Schiffahrtslinien usw. dieser Gesellschaft eine wirtschaftliche Einheit. Die Werke bei Chicago und die neuerrichteten Anlagen bei Gary arbeiten in der Erzzufuhr, bei Ausführung der Aufträge zusammen mit den Betrieben bei Pittsburg; es besteht eine Zentralleitung, eine Zentralausfuhrstelle usw.

Finanztechnisch stellt sich das Bild ganz verschieden dar: zusammengefaßt ist der Trust in der U. S. Steel Co. of New Jersey, welche die Aktien von anderen Trustgesellschaften besitzt, deren Werke kunterbunt im Lande verteilt sind. Diese einzelnen Untergesellschaften eignen teils unmittelbar Betriebe, teils wiederum Aktien.

Ein logischer Zusammenhang zwischen des finanztechnischen und der wirtschaftlichen Struktur ist kaum nachweisbar.

Bei unserer Analogie entsprechen dem tatsächlichen Eigentum des Trusts die tatsächlichen wirtschaftlichen Güter Deutschlands, den Inhabern der Aktien und Obligationen die Endbesitzer.

Vor dem Kriege bestand nun in Deutschland in der Gesamtheit ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Rechtsansprüchen der Einzelnen und Güter und Ertrag, war, finanztechnisch gesprochen, Deutschland gesund kapitalisiert; ja Preußen war ohne Zweifel in Anbetracht seiner im Verhältnis zu seinem tatsächlichen Vermögen geringen Anleihen unterkapitalisiert.

Der Krieg hat diese Verhältnisse stark verschoben:

Der tatsächliche Bestand an Gütern (an Anlagen und Verbrauchsgegenständen) ist zweifellos verringert worden: unsere Riesenvorräte an Rohstoffen, an Halb- und Fertigfabrikaten sind aufgebraucht, durch ungenügende Erneuerung oder Umstellung auf reine Kriegsindustrie hat der wirtschaftliche Gesamtwert der Anlagen wohl eher abgenommen. Demgegenüber dürften die wichtigen produktiven Kriegserfindungen kaum einen Ausgleich geschaffen haben.

Die Summe der rechnungsmäßigen An-

sprüche der Einzelnen (Kapitalisation) hat aber ganz bedeutend zugenommen, vor allem aber um mindestens 120 Milliarden Kriegsanleihe.

Diese Anleihe steht als Verpflichtung des Reiches unbedingt an erster Stelle, bedeutet eine erste Hypothek auf die Gesamtheit der Güter Deutschlands.

Die Unsummen der Kriegskosten sind fast durchwegs für unproduktive Zwecke ausgegeben worden — für Munition, als Löhnung der unproduktiv beschäftigten Soldaten, für Unternehmergewinne usw. —, die Beteiligung des Reiches an einzelnen produktiven Unternehmungen ist im Vergleiche hierzu verschwindend.

Amerikanisch ausgedrückt: Die Kriegsanleihen sind »Wasser« — aber nicht Wasser, das ohne Dividenden bleiben kann, sondern erste und allen Ansprüchen vorgehende Verpflichtung des Reiches. Deutschland hat den Krieg durch Ausgabe bevorrechtigter Obligationen finanziert.

Zudem hat eine starke Vermehrung der Umlaufsmittel (Banknoten und Darlehenskassenscheine) stattgefunden (sog. Inflation): wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß diese in nicht unerheblichem Maße durch die Vergrößerung des Geltungsbereiches um die besetzten Gebiete bedingt ist, in welchen die kämpfenden und Besatzungstruppen stets nennenswerte Mittel in bar bei sich haben müssen. Die Preissteigerung auf diese Inflation hauptsächlich zurückführen zu wollen, wäre — dieses als Nebenbemerkung — jedenfalls verfehlt. —

Daß die tatsächliche Wirtschaft Deutschlands als solche lebensfähig ist, steht außer allem Zweifel. Der Ausspruch: »Wir können nicht in der Luft hängen bleiben« ist wohl der richtigste von allen Aeußerungen zu diesen Fragen. Was während dieser Kriegsjahre ohne Zufuhr von Rohstoffen, unter Entzug der besten Arbeitskräfte (Front und Kriegsindustrie), noch geleistet wurde, muß auch nach dem Kriege erreichbar sein. Bedenkt man, daß Deutschlands Landwirtschaft mit stark geminderten Arbeitskräften, mit wenig künstlichen Düngermitteln, gehemmt durch noch nicht eingespielte gesetzliche Zwangsmaßregeln, es fertig brachte, den heimischen Bedarf, wenn auch notdürftig, zu decken, dann kann kein Zweifel herrschen, daß wir nach dem Kriege bestehen können.

Was wir am dringendsten benötigen, sind Rohstoffe, deren

gesicherte Zufuhr zunächst von Krediten zu ihrem Bezuge abhängig ist.

Anders gestaltet sich die Frage, ob unser sicher anfangs geschwächtes Wirtschaftsleben die Bürde der Ueberkapitalisation zu tragen vermag.

Es mag sein, daß durch hohe Steuern eine Zeitlang der Zinsendienst bestritten werden kann; ob aber auf die Dauer diese Last zu schleppen ist, muß zum mindesten zweifelhaft erscheinen. Bedenkt man die ungeheuren notwendigen Ausgaben für aufgeschobene und nachzuholende Erneuerungen, die unsere Verkehrs- und andere Anlagen benötigen, um mit vernünftigen Kosten und Sicherheit arbeiten zu können, welcher Arbeit die Industrien zur Umstellung auf die Friedenserzeugung bedürfen, dann muß jeder Optimismus schwinden, »daß sich alles von selbst wieder einrenken werde«.

Die Lösung des Problems nur durch Steuern auf Umsatz und Einkommen erfordert die Aufbringung einer wiederkehrenden Summe, aus welcher die laufenden Staatsausgaben, die Zinsen der Kriegsanleihen, die Rentenverpflichtungen und eine Tilgungsquote für die Anleihen gedeckt werden muß, d. h. eine ständige Umleitung der Einkommen. Bei oberflächlicher Prüfung hat dieser Plan zunächst den Vorteil für sich, gewohnten Anschauungen zu entsprechen. Ferner birgt er die trügerische Hoffnung, daß durch Verteilung auf vielfältige Quellen (durch direkte und indirekte Steuern, welche aus allen, nicht nur End-Einkommenquellen, geschöpft werden können) der Gesamtdruck der Steuern weniger fühlbar werde. Nun werden aber Steuern teils überwälzt, teils in der kapitalistischen Wertung des durch die Steuer gekürzten Ertrags der Anlage ausgedrückt, welche als Kapitalverlust spätestens bei Veräußerung an einen Dritten in Erscheinung tritt. Eine Kuponsteuer würde selbsttätig im geminderten Kurswerte Ausdruck finden. Betroffen werden von dieser Wertminderung in erster Linie Inhaber fest verzinslicher Werte, ferner diejenigen, welche aus ihrer Arbeit ihr Haupteinkommen beziehen und mangels Organisation nicht in der Lage sind, entsprechend höhere Einkommen durchzusetzen, also wirtschaftlich ohnedies schwächere Elemente.

Unter Beibehaltung der Wirtschaftsformen, die vor dem Kriege galten, werden die durch natürliche Privatmonopole

(Bodenschätze usw., auch Nahrungsmittel) stark geschützten Unternehmer und die auf ein Existenzminimum angewiesenen organisierten Arbeiter ihren Anteil an Einkommen, in Geld ausgedrückt, entsprechend zu erhöhen wissen, unter Kampf zwar, aber mit sicherer Aussicht auf Erfolg durch Preissteigerung bzw. Lohnerhöhung. Was diese Kämpfe innerpolitisch bedeuten, bedarf keiner besonderen Ausführung. Ob nun der Ertrag der Gesamtwirtschaft ausreichen wird, den Zinsendienst auf die Anleihen zu decken, alle Ansprüche der Arbeiter und der durch Privatmonopole starken Unternehmer zu befriedigen und dann noch für den Rest der wirtschaftlich Schwächeren genügend übrig zu lassen, ist äußerst zweifelhaft.

Steuern auf das Einkommen waren ferner bis jetzt ausschließlich den Bundesstaaten, Kommunen usw. vorbehalten, deren finanzielle Aufgaben nach dem Kriege kaum geringere sein werden. Die Grenze der Belastung ist bereits jetzt unter Einberechnung der kommunalen Zuschläge usw. teilweise eine recht hohe; eine Heranziehung der Einkommen zu Reichssteuern erscheint ohne Schädigung der notwendigen bundesstaatlichen Rechte oder ohne zu unvernünftigen Sätzen zu führen, kaum angängig.

Zudem, und diese Frage ist brennend wichtig, wird der Kredit des Reiches im Auslande nach dem Kriege, von dem die Möglichkeit des Bezuges von Rohstoffen abhängt, in erheblicher Weise durch die Art der Finanzreform bedingt sein.

Den stärksten und maßgebendsten Einwand gegen jeden Versuch, das Problem einseitig auf diese Weise befriedigend zu lösen, liefert die finanzielle Erfahrung: daß es nämlich *unmöglich ist, ein starkes Mißverhältnis zwischen realem Wert und Kapitalisation auf andere Weise auszugleichen, als durch Herabsetzung des Kapitals.*

Es fragt sich nun, auf welche Weise eine Herabminderung der Kapitalisation des Wirtschaftsstaates möglich und durchführbar ist.

Kehren wir zum Vergleiche mit einem großen amerikanischen Unternehmen zurück; die Finanzgeschichte des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten ist reich an Beispielen finanzieller Nöte *an sich wirtschaftlich gesunder Unternehmen*, die nur unter der Last der enormen Ueberkapitalisation notleidend wurden.

Betrachten wir die Lage, in der sich fast alle großen Eisenbahnsysteme einmal befanden, wenn der Reingewinn sogar nicht mehr zur Zahlung der Zinsen auf Obligationen reichte, geschweige denn zu einer Dividende auf Vorzugs- und Stammaktien. Auf Antrag der Obligationäre wird in solchem Falle das Unternehmen in Zwangsverwaltung (receivership) genommen: Tatsächlich wird die Bahn ordnungsmäßig weiterbetrieben; das nötige Geld wird durch Obligationen beschafft, die hypothekarisch gesichert vor den notleidenden sich einreihen — in den meisten Fällen erlaubt die Ersparnis an Zinsen bedeutende physische Verbesserungen.

Vom Finanzstandpunkte aus betrachtet, sieht die Lage hingegen verzweifelt aus: alle Aktien und oft zwei bis drei Gruppen Obligationen sind notleidend.

Hier zeigt sich nun der klare Blick der Amerikaner für die Relativität des Finanzaufbaues gegenüber der eigentlichen wirtschaftlichen Natur und Leistungsfähigkeit des Unternehmens selbst.

Rüchsichtslos wird reorganisiert: die Finanzstruktur, soweit sie morsch und hemmend, wird zertrümmert und neu aufgerichtet, mit dem Hauptgesichtspunkte, die Beschaffung neuer billiger Mittel (neuen Geldes) sicherzustellen. Der Rest der Aufgabe wird durch Umtausch neuer Wertpapiere, die mit geminderten Rechten ausgestattet sind, gegen die alten Aktien, Obligationen usw. bewältigt.

Versuche, halbbankerotte Systeme durchzufinanzieren sind fast stets mißlungen; eine durchgreifende Reorganisation durch gründliche Beschneidung der Kapitalisation hingegen hat stets das Unternehmen auf eine gesunde Kreditbasis gestellt, so daß dann eine neue Hochkonjunktur voll ausgenutzt und der ganze Verlust eingeholt werden konnte. Weniger radikale Kuren verhinderten nicht nur infolge zu hoher Entschädigungen an die neuen Gläubiger die Verteilung der Gewinne an die ursprünglich Berechtigten (Inhaber der Obligationen und Aktien), sondern ließen auch die physische, tatsächliche Entwicklung und das Gedeihen des Unternehmens verkümmern. Dieser letzte Gesichtspunkt ist ganz besonders im Auge zu behalten.

In einigen Fällen wurde vor dem finanziellen Zusammenbruche freiwillig reorganisiert, ohne daß zum Druckmittel der Zwangsversteigerung gegriffen zu werden brauchte.

Deutschland befindet sich im Kriege in der Lage der zwangsverwalteten Bahn; es muß seinen Geldbedarf durch Ausgabe 5%iger, allen anderen Verpflichtungen vorausgehender Obligationen decken und seine Gesamtwirtschaft ist so auf ungeheure Weise überkapitalisiert worden.

Ist diese Tatsache erst klar erkannt, in aller finanziellen Schärfe und Konsequenz, so kann das Finanzproblem keine andere Lösung zulassen, als die radikale Reorganisation der Gesamtfinanzen — das »Wasser« muß in der kürzesten Zeit aus der Kapitalisation geschöpft werden — zu pressen braucht man ja nicht —, um das Gleichgewicht zwischen tatsächlicher Güter- und Ertragsmenge und den rechnungsmäßigen Ansprüchen der Einzelnen wiederherzustellen.

Dann ist auf dieser neugeschaffenen Grundlage in der deutschen Wirtschaft nicht nur der geregelte wirtschaftliche Kreislauf wieder möglich, die gesundeten Finanzen des Reiches werden auch das Ausland veranlassen, vertrauensvoll Kredite zu vernünftigen Bedingungen zu gewähren.

Die Herabsetzung der Kapitalisation kann nach Lage der Dinge nur durch Abgabe eines Teiles des Vermögens der Endbesitzer (Aktionäre und Obligationäre des Ges.) an den Staat (die A.-G.) geschehen, d. h. durch eine allgemeine Vermögensabgabe.

Der Vorschlag einer solchen Steuer ist nicht neu — wohl aber meist anders begründet. Daß eine solche Vermögensabgabe den angestrebten Zweck voll erreicht, läßt folgendeUeberlegung erkennen: angenommen die Zahlung geschehe in Reichsanleihe und diese eingezahlte Reichsanleihe würde einfach getilgt, dann währe die Schuld des Reiches und mit ihr die Kapitalisation der Gesamtwirtschaft um diese Summe verringert.

Nun empfiehlt es sich, eine solche Umgestaltung der Finanzen, welche sich übrigens, wie jede privatwirtschaftliche Sanierung, planmäßig innerhalb eines bestimmten Zeitraumes abwickeln muß, unbedingt dazu zu benützen, um von Grund aus reinen Tisch zu machen und keine schwebenden Fragen ungelöst zu lassen. Ein wohlerwogenes organisches Finanzprogramm muß alle Ansprüche auf Invalidenrenten usw., die Einziehung der Darlehenskassenscheine und Herstellung eines geregelten Geld-

umlaufs für Friedensbedürfnisse, Verrechnungen der Bundesstaaten unter sich, Entschädigungen für Verluste im Kriege im In- und Ausland und in den Kolonien, Vereinfachung unserer buntscheckigen Staats- und Kommunalanleihen, und nicht zuletzt die Sicherstellung der nötigsten Kredite im Auslande für Rohstoffzufuhr umfassen. Bei entsprechend durchgreifendem Plane müßte es als durchaus möglich erscheinen und aussichtsreich erscheinen, für 1924 die Kriegsanleihe zu kündigen mit der Option für die Inhaber sie zu 4% oder 4½% zu verlängern. Somit dürfte der Kündigungstermin der Kriegsanleihe sich als geeigneter Zeitpunkt darstellen, bis zu welchem die Vermögensabgabe und der Rest des Finanzprogramms abgewickelt sein sollte.

Noch *ein* Leitsatz, der das Finanzprogramm beherrschen muß, sei ausdrücklich hervorgehoben. Wie in der Privatwirtschaft muß reinliche Scheidung sein zwischen Kapital und Umsatz; *keine Steuer oder Abgabe, die aus dem Vermögen selbst gezahlt wird* (wie Vermögensabgabe, Erbschaftssteuer, Kriegsgewinnsteuer usw.), *darf anders verwandt werden als zur Tilgung der Schulden* — die letzte Finanzvorlage verwendet die Kriegssteuer zur Deckung laufender Ausgaben — während aus den regelmäßig wiederkehrenden Steuern hingegen sehr wohl ein Teil als Tilgungsquote bestimmt werden kann.

Die vorausgehenden Ausführungen erlauben nun auch eine Beurteilung der Haupteinwendung gegen eine Vermögensabgabe, die sich auf wirtschaftspolitische Erwägungen beruft: »eine solche Abgabe schwäche die wirtschaftlichen Produktionskräfte durch Entziehung des der Privatwirtschaft notwendigen Kapitals.«

Stets den grundlegenden Unterschied zwischen tatsächlichen produktiven Gütern und der Kapitalisation dieser Güter in Form von Rechtsansprüchen der Einzelnen im Auge behaltend, ergibt sich der Trugschluß der Einwendung von selbst, der auf ähnlichen unklaren Vorstellungen beruht, wie der Irrtum, der Reichtum eines Landes könne durch Ausgabe von Papiergeld beliebig vergrößert werden. Dieser Vergleich ist um so zutreffender, als wir wohl in den meisten kriegführenden Ländern eine Kapitalinflation (Kapital in unserem rechnungsmäßigen Sinne gebraucht) vorfinden, wie sie als Umlaufsmittelinflation in früheren Zeiten manches Land an den Rand des

Bankrotts gebracht hat. Daß die Zusammenlegung der Kapitalisation gerade dem Auslande gegenüber schädlich sei, beruht ganz auf demselben Irrtum, der annimmt, daß der Nennwert des Kapitals einer Gesellschaft bzw. dessen Vermehrung oder Verminderung an sich irgend auf das tatsächliche Vermögen des Unternehmens von Einfluß sein könne.

Auch eine weitere Einwendung soll hier widerlegt werden: Es wird von einigen Seiten geltend gemacht, daß es besser sei, die Ueberkapitalisation nicht durch Sanierung zu beseitigen, sondern durch erhöhte Produktivität den Ertrag auf das verwässerte Kapital aufzubringen. Daß wir eine gesteigerte Produktivität nötig haben bzw. eine leistungsfähigere Form der Wirtschaft, wird auch von uns gefordert, das »Wie« dieser Erhöhung gehört nicht in den Rahmen dieser Untersuchung, sondern in das Kapitel der Wirtschaftsreform. Wenn aber dieses erreichbare Mehr unter den erschwerenden, bereits dargelegten Bedingungen nach dem Kriege (Rohstoffbezug, Arbeitskräfte, Wiederinstandsetzung der Anlagen usw.) ausreichen wird, um nach Abbürdung durch die einmalige Abgabe die wiederkehrenden Lasten ohne zu schwere Schädigung der Wirtschaft tragen zu helfen, dann dürfte sich ein schon recht erheblicher Optimismus zufrieden geben. Denn daß noch eine ganze Reihe von Steuern, neben der Vermögensabgabe nötig sein werden, darüber sollte man sich keinem Zweifel hingeben. Die Möglichkeit einer Steigerung der Erzeugung bzw. der Heraufsetzung der Leistungsfähigkeit zu erhoffen, welche die Zinsenlast ohne durchgreifende Sanierung zu schleppen vermöchte, ist Utopie; im Deutschen Reiche ist bereits eine Intensivität der Wirtschaft erreicht, die sich wohl noch steigern läßt, aber nicht in dem Maße, wie es z. B. in den Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkriege möglich war, wo erst nach dieser Zeit die Erschließung des unendlich reichen Landes voll einsetzte.

Gleichfalls hinfällig ist der Einwand, die Abgabe »hindere die Kapitalbildung« und — unlogisch, da ja eine durch Verzicht auf die Abgabe nötige, um so höhere Einkommensteuer zum mindesten im gleichen Maße die Kapitalbildung erschwert.

Ferner macht man den Einwand, eine Vermögensabgabe würde jeden Erwerbstrieb aufheben. Auch das ist unzutreffend. Die Aussicht, das Abgegebene durch erhöhte Tätigkeit wieder einzuholen und ergänzen zu können, ist ein ebenso großer An-

sporn als eine ungeheure Einkommensteuer, die letzten Endes von den wirtschaftlich Stärkeren auf die Schwächeren überwälzt wird. Außerdem ist die Befriedigung über Tätigkeit und Leistung an sich gerade dem Tüchtigen ein stärkeres inneres Bedürfnis als ungeheuerer Reichtum — nur mangels anderer Maßstäbe wurde die Menge des erworbenen Geldes allmählich zum Wertmesser der Leistung.

Daß nach den Vermögensverschiebungen in diesem Kriege aus rein sozialen Gründen ein gerechter Ausgleich wünschenswert ist, der sich nur in Form von konfiskatorischen Gewinnsteuern erreichen läßt, wird fast allseitig anerkannt. Tatsächlich gibt es doch heute in Deutschland drei Gruppen:

eine, die an der Front Leben und Gesundheit für die Allgemeinheit wagt und hingibt,

eine zweite, bestehend aus Leuten, welche bei relativ geringem Gehalt ebenfalls für die Allgemeinheit arbeiten und infolge der unerhörten Preissteigerung wirtschaftlich zurückgedrängt werden (Beamte usw.), und aus jenen, die durch Kriegsumstände ihre Erwerbsmöglichkeiten verloren haben, endlich

drittens die Kriegsgewinner, welche teils im legitimen Geschäft durch Ausnützung der Kriegskonjunktur ihre Einkünfte oft ins unermessene vergrößert haben, oder teils ganz unberechtigt durch Wucher, Schiebung und ungesetzliche Geschäfte recht erhebliche Reichtümer erworben haben.

Diese sozialen Gesichtspunkte nehmen wir nicht zur Begründung der Vermögensabgabe in Anspruch, wohl aber für deren Gestaltung. Da das Erfassen der Kriegsgewinne aber nicht ausreicht, muß auch das Kapital, wie es vor dem Kriege verteilt war, herangezogen werden. Hier kann nur eine starke Progression verhüten, daß kleinere und mittlere Vermögen zerrieben werden, während die Riesenvermögen, deren Rente weit über die notwendigen Ausgaben hinausgeht, schnell die Abgabe einsparen können.

Zunächst muß daher eine Kriegsgewinnabgabe erhoben werden, welche unter Berücksichtigung des tatsächlichen und des verhältnismäßigen Zuwachses in ihren Maximalsätzen konfiskatorische Höhe erreicht.

Für die Festsetzung der Sätze der Kapitalsteuer nach Abzug der Kriegsgewinnabgabe muß der Grundsatz maßgebend sein, eines-

teils möglichst alle Vermögen heranzuziehen, andernteils die Abgabe dem Ueberfluß entsprechend zu berechnen, den das reine Renteneinkommen aus dem Vermögen gestattet.

Ein Einkommen von Mk. 100 000 z. B. erlaubt einer sogar zahlreichen Familie, welcher ihre Stellung einen gewissen Aufwand zur Pflicht macht, nicht nur sorgenfreies Leben, sondern auch die Möglichkeit einer sorgfältigen Kindererziehung und -ausbildung, die, auf frühzeitige Erwerbsaussichten verzichtend, für manche im Staate und in der Wirtschaft notwendigen Betätigungen nur erwünscht sein muß. Eine Abgabe eines Viertels des Vermögens z. B. bedeutet hier zwar starke Einschränkungen, zwingt aber nicht, sich auf gänzlich andere Verhältnisse einzustellen. Einkommen von Mk. 1 000 000 z. B. hingegen lassen sich auf vernünftige Weise von Durchschnittsmenschen nur unter Erfindung von Luxusbedürfnissen ausgeben. Manche Leute, die bei individuell normalem, d. h. ihren persönlichen Lebensbedingungen entsprechendem Einkommen, sich durchaus nutzbringend betätigen würden, werden durch die Aufgabe, ihre Rente aufzubrauchen, restlos in Anspruch genommen und gehen als Arbeitskraft im weitesten Sinne der Allgemeinheit verloren.

Eine engherzige Auffassung, als müsse jede Betätigung in unmittelbarem Zusammenhange mit Staat oder Wirtschaft stehen, sei hier ausdrücklich zurückgewiesen! Was Denker, Forscher und Gelehrte in zu ihrer Zeit als nutzlos angesehenen Arbeiten geleistet haben, ist oft später der Allgemeinheit zu größtem Nutzen gediehen. Jede auf Zwang zu unmittelbar nützlicher Tätigkeit hinzielende Doktrin leidet auch an wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit. Rechtfertigungsversuche aber nur aus dem Ueberfluß geborener Beschäftigungen, die fast durchwegs in Spielerei ausarten, erweisen sich meist nur als Entschuldigungen.

Bisher war es üblich, die Sätze ziemlich roh zu staffeln; wir würden raten, auch hier ein wissenschaftlicheres Verfahren anzuwenden und für die Gewinn- wie Vermögensabgabe eine Kurve zu konstruieren, aus welcher dann für jede Summe des Gewinnes oder des Vermögens der Satz in ganzen Prozenten berechnet werden kann.

Man wird hier den Einwurf der rechnerischen Schwierigkeiten

machen; diese Einwendung ist nicht gerechtfertigt. Die bei den Banken gemachten Zinsberechnungen (besonders wenn Staffelberechnung nötig) sind bei weitem zeitraubender und schwieriger. Ein gerechtes und bei solchen Sätzen notgedrungen genaues Verfahren darf und muß sich dieser einfachen Rechnungsoperationen bedienen. Es ist kein Grund, auf veralteten, unvollkommenen Methoden zu beharren, nur weil sie herkömmlich sind.

Bedeutend schwieriger gestaltet sich die Frage der Feststellung, was als Einzelvermögen anzusehen ist. Bei stark progressiven Sätzen wird die scharfe theoretische Umgrenzung des Begriffs »Einzelvermögen« zur Hauptfrage. Hier steht man nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten gegenüber, die sich teilweise schon bei der Veranlagung des Wehrsteuerbeitrags gezeigt haben.

Ist das Vermögen von Ehegatten, je nach dem Güterrecht, in dem sie leben, als ein bzw. zwei »Einzelvermögen« zu betrachten? In dieser Frage hat bereits das Gesetz für den Wehrbeitrag die Entscheidung getroffen, daß Ehegattenvermögen als ein Vermögen anzusehen sind. Nur stellt sich weiterhin die Frage, wie bei vorhandenen Kindern zu verfahren? Versuche, durch Bestimmungen alle Fälle zu regeln, versagen bei genauer Ueberlegung. Die Riesenvermögen würden möglichst auf die Familienmitglieder verteilt werden, um für die Teile mit niederen Sätzen besteuert zu werden. Hier kann nur eine selbsttätige Bestimmung wirksam sein.

Die Lösung dieser Frage ist in der Gestaltung der Erbsteuer zu suchen, welche als Ergänzung der einmaligen Vermögensabgabe mit dieser organisch im Zusammenhang stehen muß. Die Bestimmung, daß von Vermögen mehrerer Personen, welche zur Abgabe als einheitliches Einzelvermögen veranlagt werden, bei Erbfällen innerhalb dieses Personenkreises keine Erbsteuer erhoben wird, erfüllt diese Anforderung.

Diese Veranlagung soll nur bei Verwandten auf- und absteigender Linie zulässig, bei minderjährigen Kindern zwangsweise sein, d. h. Vermögen minderjähriger Kinder müssen mit dem Vermögen der Eltern als ein Einzelvermögen veranlagt werden.

Aus dieser Bestimmung ergeben sich die Anhaltspunkte für Staffelung und Berechnung der Erbsteuer im Verhältnis zu den Sätzen der einmaligen Vermögensabgabe: die Veranlagung der Einzelvermögen mehrerer Personen (in auf- und absteigender Linie verwandt) als ein Vermögen zur Abgabe muß ähnliche Steuerlast ergeben, wie die Veranlagung der Einzelvermögen zur Abgabe zuzüglich der Erbschaftssteuern zwischen diesen Personen. Bei der Durchrechnung ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Festsetzung des Satzes nicht nur die Größe des Erbteils zu berücksichtigen, sondern auch die Größe des Vermögens der Erben. Das führt zu folgendem Satze:

Der Erbanfall muß nach einem Satz besteuert werden, der gleich ist einem Bruchteil des Satzes der Grundskala auf Erbanfall zuzüglich des Vermögens der Erben (bei Abkömmlingen).

Dieser Satz gilt für Abkömmlinge; Ehegatten zahlen, da gemeinsam veranlagt, keine Erbsteuer.

Für die Aufstellung der Skala, welche die Sätze für entferntere Verwandte in Prozenten des Satzes für Abkömmlinge ausdrückt, kann der leicht zu berechnende Verwandtschaftsgrad (G nach den Grundsätzen des BGB.) dienen. Die Formel $\frac{3 + G}{3}$ ergibt vernünftige Resultate: erbende Eltern zahlen ein Drittel, Brüder zwei Drittel mehr, Onkel und Nichten das Doppelte usw. wie Abkömmlinge. Bei weitläufig oder gar nicht Verwandten ist als Grenzquotient 3 einzusetzen, d. h. es gilt der gleiche Satz wie bei der einmaligen Abgabe.

Es erübrigt sich noch die Ermäßigung bzw. Verschärfung festzusetzen, welche die Abgabe erfahren soll, je nachdem es sich um Verheiratete oder Unverheiratete, Kinderreiche oder Kinderlose handelt. Auch diese Zahlen ergeben sich aus Berechnungen, ungefähr wie folgt:

Unverheiratete oder Witwer und Witwen ohne Kinder zahlen	100%	der	Grundskala
Verheiratete	90%	«	«
für jedes Kind werden abgezogen	5%	«	«

Diese Ermäßigung tritt nur insoweit ein, als das Vermögen der Kinder mit dem der Eltern als Einzelvermögen veranlagt ist.

Im Kriege gefallene Söhne sollen als lebend gezählt werden.

Als notwendige Ergänzung zur Abgabe und Erbsteuer auf die Vermögen von Personen muß eine Besteuerung der Vermögen der toten Hand festgesetzt werden; hier empfiehlt sich ein fester Prozentsatz, da der Begriff des Einzelvermögens unanwendbar. Je nach den Sätzen der Vermögensabgabe muß ein Satz als gerecht erscheinen, der zunächst als einmalige Abgabe erhoben wird und dann als Erbsteuer erneut alle 25 Jahre. Eine Staffelung nach Zwecken wäre zu erwägen.

Nach bisherigem Rechtsgebrauche war die Ermittlung des oder der Erben Sache des Nachlaßgerichtes, das oft langwierige Nachforschungen nach allenfallsigen Verwandten anstellte. Hierbei haben sich geradezu groteske Fälle ergeben. Manchmal half sich der Richter bei Nachlässen von nur ein paar hundert Mark über diese Mühen dadurch, daß er die gesamte Summe für Begräbniskosten ausgab.

Zur Sicherung der richtigen Zahlung der Erbsteuer einerseits und zur Entlastung der Gerichte anderseits, dürfte es angezeigt erscheinen, den Staat als Besitzer anzunehmen, wenn kein Erbe zunächst vorhanden. Sache später auftretender Erben wäre es, auf Grund nachgewiesener Verwandtschaft oder Testaments die Auslieferung der Erbschaft zu verlangen.

Nach einer Präklusivfrist von 2 Jahren verfiele, sofern kein Erbe sich meldet, das Vermögen selbsttätig dem Staate. Die letztere Bestimmung ist durchaus gerecht. Wer sich so wenig um seinen Verwandten gekümmert hat, daß 2 Jahre lang dessen Tod ihm unbekannt blieb, hat keinen Anspruch auf Erbschaft.

Die Aufstellung der Sätze selbst, die Modifikation dieser Sätze, je nachdem der Abgabepflichtige kinderlos oder ledig usw., die Steigerung der Erbschaftssteuer nach Verwandtschaftsgraden usw. sollen nicht als intregral angesehen werden, als grundsätzlich dagegen die Grundideen einer stark progressiven Gewinnabgabe, einer progressiven Kapitalabgabe, die organische Verbindung der Erbschaftssteuer mit der Abgabe, und der Vorschlag, den Beweis des Erbanspruchs den Erben zuzuschieben, widrigenfalls das Reich die Erbschaft antritt.

Als weiterer triftiger Einwand gegen

die Vermögensabgabe wird geltend gemacht, daß eine genaue und sichere Feststellung des Vermögens — besonders im Gegensatz zum Einkommen — unmöglich ist, daß den Hinterziehenden tausend Wege und Kniffe zur Verfügung stehen, um innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen der Schwere der Abgabe zu entgehen. Wir lassen im folgenden einen konkreten Vorschlag folgen, der auch die Erhebung der Steuer umfaßt.

Bei der Durchführung der einmaligen Abgabe, deren Sätze in vielen Fällen konfiskatorischen Charakter erreichen sollen, werden zweifellos die gewohnten Arten der Veranlagung und Erhebung weder dem finanziellen Interesse des Staates noch dem Gerechtigkeitssinn Genüge tun. Wenn auch nicht behauptet werden soll, daß falsche Fassionen die Regel bilden, so dürften doch die Veranlagungen in vielen Fällen — ähnlich wie Bilanzen — als geschickt zurechtgemacht bezeichnet werden. Schon bei den teilweise hohen Sätzen der Kriegsgewinnsteuer haben halb erlaubte Umgehungen einen Umfang angenommen, der ein vernichtendes Urteil über die Gesammtfassion ausspricht. Die Steuerfreiheit gewisser Kunstwerke, die Lücken in der Bewertung bestimmter Treuhand- und G. m. b. H.-Beteiligungen usw. erlauben Hinterziehungen, die bei der Vermögensabgabe nicht geduldet werden dürfen.

Wie bei jedem guten Vertrage, muß die Fassung jedes Gesetzes und jeder Verordnung auf Lückenlosigkeit hinzielen. Die deutsche Gründlichkeit sucht dieses Ziel durch Häufung von Paragraphen zu erreichen, mit dem meist unbefriedigenden Ergebnis der Unübersichtlichkeit, Verwickeltheit und innerer Widersprüche. Jeder klardurchdachte Plan erlaubt eine Formulierung, die man organisch nennen könnte, im Gegensatze zum erwähnten Vollständigkeitsverfahren, das als schematisch bezeichnet werden muß. Der Schematismus versucht die Lösung nach alten Rezepten, die organische Methode findet für die neue Idee aus ihr heraus die entsprechende Form.

Eine vollständige, wahrheitsgemäße, rückhaltslos offene Vermögenserklärung, die allein als Grundlage für die einmalige Abgabe und die Erbsteuer dienen kann, ist erreichbar, wenn aus dieser Erklärung selbst sich Vorteile und Nachteile für den Veranlagenden er-

geben; Androhung von Geld- und Freiheitsstrafen — die beliebte Eselsbrücke unserer Kriegsgesetze — wäre unwirksam. Man muß der Steuererklärung konstitutiv-legalisierende Kraft beilegen, d. h. die Steuererklärung beweist und konstituiert das Eigentum, genau wie die Eintragung im Grundbuch das Eigentum an Grund und Boden beweist und begründet.

Es bedarf ferner einer Reihe von Bestimmungen, welche der Umgehung durch G. m. b. H. usw. einen Riegel vorschieben, einer genauen Ueberwachung des Aktienbesitzes durch obligatorische Schaffung von Namensaktien usw.

Man mag diese Vorschläge als radikal brandmarken, sie sind es und wollen es sein: aber der Ernst der Lage kann nicht mit Maßregeln bewältigt werden, wie sie in Friedenszeiten gut oder wenigstens ausreichend waren. Nur unbedingtes, rücksichtsloses Durchgreifen kann die Schwierigkeiten meistern. Man räume mit Vorstellungen und mit Doktrinen auf, die fadenscheinig geworden, und packe die Aufgabe an, wie sie in der Wirklichkeit sich darstellt.

Die gesamte Gütermenge Deutschlands ist eine gegebene Größe, — die Veranlagung aller Endbesitzer muß dieser Summe gleich sein (weniger die Anteile ausländischer Besitzer). Diese Tatsache bildet die Grundlage einer restlosen Lösung. Alle Einwände, das Personal der Steuerverwaltung reiche nicht aus, es erfordere eine Unsumme Arbeit, usw. sind hinfällig. Man schaffe neue Organisationen, finde entsprechende Verfahren; unsere hastig aufgebaute Kriegswirtschaft hat trotz Personalmangels verwickeltere Aufgaben bewältigt, als die hier vorgeschlagene Reorganisation der deutschen Finanzen. Als Abwicklungsprozeß wird sie sich über eine Reihe von Jahren erstrecken und erst zu einer Zeit einsetzen, da die Demobilisation bereits begonnen hat.

Die vorgeschlagene Art der Veranlagung fordert für jedes Einzelvermögen eine ausführliche Bilanz nach festen Regeln — eine Bilanz, in der ohne Ausnahme alle Vermögenswerte eingesetzt sind. Diese Bilanz soll dann juristisch die aufgezählten Posten zum Eigentum des Veranlagenden stempeln.

Nun geschehen Umgehungen bei Fassionen weniger durch Weglassung von Vermögensposten als durch zu niedrige Bewertung. Außer bei börsengängigen Wertpapieren ist ein weiter

Spielraum gegeben, eine Nachprüfung der Bewertung aus praktischen Gründen meist so gut wie ausgeschlossen. Lange und ausführliche Gesetze und Verordnungen sind hier ebenfalls machtlos, nur eine organische selbsttätige Regelung verspricht Erfolg. Die richtige Bewertung muß mit einem Anreiz verknüpft bzw. zu niedrige Angaben mit einem Nachteil bedroht werden. Bei dem anerkannt und gewollt konfiskatorischen Charakter der Abgabe besteht gar kein Grund, warum nicht dem Staate das Recht eingeräumt werden soll, die Steuern in Vermögensobjekten selbst zu erheben, wenn auch nicht zum eingesetzten Werte, so doch z. B. zu diesem Werte mit einem Zuschlage.

Diese Bestimmung wirkt unbedingt selbsttätig.

Gleichzeitig soll die Wertangabe der Veranlagung zur Grundlage aller Versicherungen gemacht werden, sowie aller Berechnungen für Besitzwechsel-, Wertzuwachs- und anderer Steuern. Ja, man möge noch weitergehen und die Bewertung auch als Grundlage für jeden allenfallsigen wirtschaftlichen Anspruch gelten lassen. (z. B. bei Gewinnen bei Kriegslieferung.)

Hier sei noch bemerkt, daß es sich aus dem gleichen Gesichtspunkte auch empfiehlt, bereits jetzt zur Anmeldung aller Vermögensobjekte im Auslande aufzufordern, unter dem Hinweise, daß bei einer künftigen, Besteuerung sowohl als bei einer allenfallsigen Entschädigung der angemeldete Wert maßgebend sein wird.

Für einzelne Vermögensobjekte, die geringen Verkehrs-, aber hohen Affektionswert besitzen, aber auch nur für solche, kann folgende Bestimmung Vorsorge treffen: Eine Schätzung Sachverständiger auf Kosten des Eigentümers soll für solche Objekte zulässig sein, und solchermaßen eigens ausgeführte Objekte sollen nicht enteignet werden können Diese Bestimmung ist von besonderer Bedeutung bei Kunst- und Wertgegenständen.

Die Freilassung von Werken der Kunst muß bei jeder Vermögenssteuer als Ungerechtigkeit empfunden werden. In den meisten Fällen ist der Besitz von Kunstgegenständen reiner Luxus; der Fall, daß sie altererbter Besitz, heutzutage die Ausnahme. Fast jeder reichgewordene Industrielle, Geschäftsmann usw. pflegte seit den letzten zwei Jahrzehnten, weil

es so Mode ist und einen gesellschaftlichen Anstrich gibt, sich auf Kunstsammlungen zu verlegen. In vielen Fällen hat sich dann im Laufe der Zeit eine persönliche Beziehung zu den betreffenden Kunstwerken herausgebildet; auch gibt es weniger begüterte Personen, die mit großem Verständnis und verhältnismäßig kleinen Mitteln wertvolle Sammlungen sich erworben haben, unter persönlichen Opfern durch Einschränkung anderer Ausgaben. Diese Fälle sind jedoch Ausnahmen, denen eine Bestimmung, daß Kunstgegenstände mit dem nachgewiesenen Kaufpreis eingesetzt werden dürfen, gerecht wird. Er wäre unverantwortlich, so ausgesprochenen Luxusgegenständen — so sehr man vom Kulturstandpunkt aus Mehrung des nationalen Besitzes an Kunstgegenständen begrüßen darf — eine Ausnahmebehandlung zuzubilligen.

Zu erwägen wäre ferner, ob nicht im Falle der Aufbewahrung privater Kunstwerke in öffentlichen Museen eine ermäßigte Bewertung eintreten könnte.

Nach ähnlichen Grundsätzen müssen auch Schmucksachen usw. erfaßt werden.

Bei diesen Steuern ist auf großen Widerstand der Händler, besonders der kleinen Vermittler zu rechnen; für die Besitzer großer Sammlungen hingegen dürfte die Steuer sogar eines Reizes nicht entbehren: den Eigentümern der Kunstgegenstände liegt das Eigentum selbst oft weniger am Herzen als der Ruhm so wertvollen Besitzes.

Der Zwang zu einer ausführlichen Bestandsaufnahme mag für den Privatmann als drückend empfunden werden, der Kaufmann ist ihm längst unterworfen, der Gedanke also nicht neu, nur erweitert. Es kann nicht von Schaden sein, auf diese Weise die besitzende Klasse zu genauer Buchführung zu veranlassen. Jedenfalls wird ermöglicht, e n d l i c h   ü b e r   d a s   d e u t s c h e   V o l k s v e r m ö g e n   e i n   k l a r e s   B i l d   z u   b e k o m m e n ,   e i n e   v o l l s t ä n d i g e   F e s t s t e l l u n g ,   a u f   G r u n d   d e r e n   s i c h   e i n e   S t e u e r p o l i t i k   w i s s e n s c h a f t l i c h   a u f -   u n d   a u s b a u e n   l ä ß t.

Man darf hierbei eines nicht vergessen: die Vermögensveranlagung nach diesen Richtlinien wird (auch unter Abzug der bis jetzt steuerfreien Kunst- und anderen Gegenständen) ganz andere Ergebnisse aufweisen wie die Veranlagung der Wehr- und Kriegsgewinnsteuer; es wird sich sicher eine geradezu er-

staunenswerte Zunahme der Vermögen zeigen, auch da, wo keine Kriegsgewinne gemacht wurden. Irgend eine Untersuchung oder Nachforschung, inwiefern diese Erscheinung durch eine geschickt zurechtgemachte frühere Veranlagung bedingt ist, muß unterbleiben. Der erhöhte Satz auf den Zuwachs des Vermögens wirkt hinreichend als Strafe, die gerne hingenommen wird, wenn nur sonst diese auffallende Tatsache unbesprocehn nnd unberührt bleibt.

Es ist lebhaft zu bedauern daß die Mobilisation nicht auch in der Wirtschaft durchgreifend war. Einesteils schickt man den ungedienten, über 40 Jahre alten Landsturm nach kürzester Ausbildungszeit in die vorderste Feuerlinie, andernteils ließ man Industrie und Schieber oft ungeheuere Gewinne einheimsen. Bei planmäßig in Angriff genommener Bewirtschaftung aller kriegswichtigen Betriebe hätte eine Bewertung der Anlagen zwecks Entschädigung festgelegt werden sollen, die dann später die Grundlage der Veranlagung zur Vermögensabgabe hätten bilden können.

Zu Zwecken der Kontrolle sind auch die genauen und ausführlichen Bilanzen aller Gesellschaften nötig. Die Besteuerung der Gesellschaften selbst in ähnlicher Weise wie der Endbesitzer wird hier als Doppelbesteuerung abgelehnt, vor allem jede progressive Abgabe auf das Gesellschaftsvermögen. Man darf nie außer acht lassen, daß eben das Vermögen einer Gesellschaft ihr Betriebskapital ist, daß jede stärkere Besteuerung deren wirtschaftliche Kraft vermindert. Es wäre zudem im höchsten Grade unrationell und unwirtschaftlich, der Konzentration irgend welche Schwierigkeiten in den Weg zu legen: Konzentration wirtschaftlicher Unternehmungen unter gemeinschaftlicher Leitung fördert einerseits erhöhte Leistungsfähigkeit, erleichtert anderseits die staatliche Ueberwachung zur Verhinderung von Uebergriffen und Auswüchsen.

Gerecht hingegen scheint die Gewinnsteuer, welche die im Kriege ohne Aufnahme neuen Geldes gemachten Neuanlagen trifft. Als Grundlage für das jetzige Vermögen diene natürlich — und hierauf soll das Hauptgewicht liegen — die ausführliche Bilanz nach den oben ausgeführten Grundsätzen (Selbstbewertung mit Verkaufsofferte). Der Unterschied zwischen

diesem festgestellten Vermögen, weniger dem, seit der Wehrsteuerveranlagung neu eingezahlten Gelde (Nettowert der inzwischen ausgegebenen Obligationen und Aktien usw.), und zwischen dem Vermögen zur Zeit der Wehrsteuer sei als Zuwachs zu betrachten.

Die gesetzliche Befugnis staatlichen Einblickes in Privatvermögen und Unternehmen wird viele Gegner finden. — Das Recht auf Geheimhaltung von Vermögensangelegenheiten galt als eines der Hauptrechte der bürgerlichen Freiheit, die ihren vollsten Ausdruck im englischen Satze »my house is my castle« gefunden hat. Abgesehen von der praktischen Notwendigkeit solchen Zwanges, an der kein Verständiger zweifeln kann, der die Finanznot des Reiches und die menschliche Natur erkannt hat, hat dieses Vorrecht auf Geheimhaltung der Vermögensverhältnisse weder Platz noch Berechtigung im deutschen Staate. Es ist bereits vielfach grundsätzlich durchbrochen worden, im Liegenschaftsrecht und bei Steuererklärungen. Der ehrliche Staatsbürger kann kaum etwas dagegen einwenden, wenn diese Pflicht eine allgemeine wird, während allerdings wirtschaftlich unerwünschte Elemente die Grundlage ihrer oft anrüchigen Verdienste dadurch gefährdet sehen. Oeffentlichkeit ist in vielen Fällen ein wirksameres Mittel als Gebot und Verbot. Vorschriften schädigen den Ehrlichen, der sie befolgt, und begünstigen den Unehrlichen, der unter Abwägung seiner Gewinnaussichten gegen die Gefahr, ertappt zu werden, sie mißachtet. Die Geheimniskrämerei im Wirtschaftsleben ist — das sei den Verfechtern dieser Richtung gesagt — eine der stärksten Verneinungen des Grundsatzes des sog. freien Spieles der Kräfte.

Uebrigens wird hier ja nicht vorgeschlagen, jedermann diesen Einblick in die Bilanzen der Vermögen zu gewähren, die, wie die bisherigen Steuerfassionen, gegen Neugierde geschützt sein sollen.

Hier sei noch hervorgehoben, daß einer der Hauptpunkte, die ebenfalls für eine Lösung durch Vermögensabgabe und gegen hohe Einkommensteuern sprechen, die theoretisch und praktisch unbedingte Möglichkeit der genauen und vollständigen Angabe des Vermögens ist, während gerade jede Berechnung von Einkommen, selbst mit bestem Willen, oft nur annähernd sein kann und sich jeder genaueren Nachprüfung entzieht.

Bevor wir auf die schwierigste Frage, die Erhebung der Steuer, herantreten, erscheint es an der Zeit, einem

Hauptbedenken zu begegnen, das wohl schon beim Nennen des Wortes »Vermögensabgabe« den meisten aufgestiegen sein wird: der Einwurf, eine solche Abgabe »müsse unbedingt zur Abwanderung des deutschen Kapitals ins Ausland führen«. Dies bringt uns gleichzeitig auf alle Fragen, die bisher mit Absicht ausgeschaltet wurden, auf die Behandlung der rechnungsmäßigen Ansprüche des Auslandes an uns und unserer Ansprüche auf ausländische Güter.

Zunächst zur Frage: Wie bringt man Kapital ins Ausland? Daß der größte und bei weitem wertvollste Teil der tatsächlichen nationalen Anlagen überhaupt nicht weggeschafft werden kann, liegt auf der Hand; man denke an Bodenschätze, Fabriken usw. Bleiben Mobilien, vor allem Wertgegenstände (nicht Wertpapiere), wie Schmuck- und Kunstsachen. Ausfuhr solcher Dinge bedeutet fraglos einen positiven Verlust für das Volksvermögen.

Anders steht die Sache mit »Geld«. Goldgeld fällt unter Wertgegenstände, spielt aber unter den gegebenen Verhältnissen praktisch keine Rolle. Silber- und Papiergeld müssen zwecks Verwertung im Auslande umgetauscht werden. Der Erwerber kann es nun selbst in Deutschland ausgeben oder weiterverkaufen, schließlich muß es in Deutschland ausgegeben werden; das abgewanderte Geld muß notgedrungen wieder einwandern. Das Angebot des Silbergeldes und der Banknoten hingegen drückt auf den Kurs der Valuta. Genau dasselbe gilt für Bankgeld, auf das wohl ein Forderungsrecht eines Ausländers bestehen kann, das aber ebenfalls im Inlande verwendet werden muß. Da jedoch alle Markrechnungen in Deutschland selbst geführt werden — die sog. Nostri sind ja nur Kontrollrechnungen —, können sie unter Staatsaufsicht gestellt werden. In Erkenntnis dieser Tatsachen hat man schließlich — spät genug — eingegriffen, unsere Valuta zu schützen.

Die Wiederherstellung der Valuta bedingt aber einen Ueberschuß an Ausfuhr über Einfuhr, so daß in letzter Linie der Verlust sich in der Lieferung von Erzeugnissen an das Ausland ausdrückt, als Gegenwert des abgewanderten Geldes.

Den Hauptfall der Abwanderung bildet die Ausfuhr von Wertpapieren bei Uebersiedlung Deutscher ins Ausland oder Verkauf der Wertpapiere an Ausländer. Daß

derartiges während des Krieges mit oder ohne Rüchsicht auf eine Vermögensabgabe vor sich ging und wahrscheinlich noch vor sich geht, steht außer Frage.

Hierdurch erwirbt das Ausland Anspruch auf Lieferung von Gütern als Gegenwerte der Rente auf das abgewanderte Kapital oder der Summe selbst bei Verfall.

Der Verbleib deutscher Papiere im Ausland läßt sich nun unbedingt feststellen, wenn unsere Banken angewiesen werden, keine Zinsen nach dem Auslande auszubezahlen. Es steht vollkommen in der Macht des Reiches, einen Aufruf zur Anmeldung deutscher Wertpapiere im Ausland zu erlassen. Nur auf angemeldete Wertpapiere werden Zinsen bzw. Dividenden ausgezahlt. Auf diese Weise ist — gerade bei Mithilfe der Banken — alsbald eine Feststellung unschwer möglich, wodurch weitere Ausfuhr unter Kontrolle gestellt wird.

Eine Steuer auf bereits im Auslande befindliche deutsche Wertpapiere erscheint gerecht, hat aber ihre großen Bedenken, da sie leicht zu Erbitterung und Repressalien führen könnte. Empfehlen dürfte sich vielleicht eine gemäßigte Kuponsteuer, ebenso eine niedrige Steuer auf Beträge fällig gewordener Wertpapiere. Frei bleiben müssen — jedoch anmeldepflichtig — ganz unbedingt die Reichsanleihen, deren Erwerb durch das Ausland erwünscht und nach Kräften zu fördern ist.

Das in Deutschland angelegte Vermögen von Ausländern, die ihren zuständigen oder vorwiegenden Wohnsitz innerhalb des Deutschen Reiches haben, muß, soweit es deutsche Werte sind, nach den Sätzen auf das ganze Vermögen, das in deutschem Wert angelegt ist, besteuert werden.

Erbschaften in deutschen Werten, die ins Ausland gehen, sind (da das Vermögen des Erben nicht feststellbar) mit erhöhter Quote zu besteuern.

Milder als einheimisches Vermögen muß ausländisches Vermögen deutscher Reichsangehöriger behandelt werden, da sonst die Gefahr besteht, daß die Besitzer großer Auslandsvermögen auswandern. Als gerechter Vorschlag dürfte gelten, daß Auslandsvermögen mit nur einem Teil seines Wertes in der Bilanz eingesetzt werden, bei der Abgabe sowohl wie bei der Erbschaftssteuer; daß aber bei der Auswanderung das Inlandvermögen für die

Zahlung der Steuern haftet. Die bereits weiter oben angegebene Anregung, Auslandsvermögen bereits im Kriege zur Anmeldung mit Wertangabe aufzufordern, sei hier wiederholt.

Die Abwicklung der Finanzreform dürfte sich, wie folgt, gestalten: Die Aufstellung der Steuerbilanzen werde für einen nicht zu fernen Zeitpunkt festgesetzt, so daß die Einreichung nach 2—3 Monaten erfolgen kann; gleichzeitig seien alle Invaliden-, Kriegsschäden- usw. Ersatzansprüche anzumelden, die vom Reich als gesetzlich anerkannt sind. Die Berechnungen der Steuer und die Prüfung aller Ansprüche dürfte sicher ein Jahr in Anspruch nehmen. Soweit Verrechnungen zwischen Steuer und Ansprüchen möglich, wird ausgeglichen.

Die Steuer soll an einem bestimmten Termin fällig sein, z. B. 2 Jahre nach Aufstellung der Bilanzen. Doch sei es gestattet, schon vor diesem Zeitpunkte Anzahlungen zu machen, wobei diese Anzahlungen im Verhältnis zum früheren Zeitpunkte mit einem entsprechenden Aufschlage in Anrechnung gebracht werden sollen. Eine weitere Stundung in besonderen Fällen kann vorgesehen werden.

Daß bei den hohen Sätzen eine Vollzahlung in bar unmöglich ist, steht außer Frage: Als Zahlungsmittel kommen in erster Linie die Kriegsanleihen zum Nennwerte in Betracht. Auf diese Weise wird der Kurs der Kriegsanleihe selbsttätig gestützt. Unbedingt gerecht und geraten erscheint es, auch die früheren Anleihen, auf welchen den Besitzern große Verluste zu Buche stehen, zu einem vernünftigen Kurswerte in Zahlung zu nehmen. Bei der Berechnung dürfte der derzeitige Ausgabekurs nicht außer acht gelassen werden — das Reich ist moralisch verpflichtet und seinem Kredit schuldig, hier nicht engherzig zu verfahren.

Bei größeren Vermögen wird aber weder der Bestand an Bargeld noch an Reichsanleihe ausreichen, die Abgabe aufzubringen. In diesem Falle soll nun — und das ist einer der Grundgedanken der Reorganisation — die Bezahlung in Wertpapieren und tatsächlichen Gütern durch Eigentumsübertragung an den Staat nach dessen Auswahl geschehen. Eben diese Möglichkeit, vom Staate enteignet zu werden, gibt bei der Veranlagung und Bewertung durch den Besitzer selbst die Bürgschaft für richtige Angaben.

Welche Art der Staat hier aussuchen und wie die Verwertung des Eigentums durch den Staat geschehen soll, gehört zum Problem der wirtschaftlichen Neuorientierung: in Frage kommen Privatmonopole, wie Kohle, Erze, Transportunternehmungen, elektrische Naturkraftanlagen, städtische Privatmonopole usw., ferner Unternehmungen, die ohne Schaden für deren Leistungsfähigkeit vom Staate betrieben werden können, vor allem Versicherungen. Die Verwertung der Privatmonopole usw. soll nicht durch den Staat in eigener Verwaltung geschehen, sondern durch die Industrien selbst unter Staatsaufsicht.

Werte und Unternehmungen, die vom Staat in Zahlung genommen werden müssen, an denen er aber aus wirtschaftlichen Gründen keine Beteiligung wünscht oder wünschen kann, sollen im Laufe der Zeit liquidiert werden, um mit dem Erlös Kriegsanleihe zu tilgen.

Abgetrennt zu behandeln ist landwirtschaftlicher Grundbesitz. Soweit er Vermögensbestand ist, soll — und auch das ist eine, wirtschaftlichen mehr als finanziellen Erwägungen entspringende Maßnahme — die Steuer in Form einer niedrig (z. B. zu 3 v. H.) verzinslichen ersten Hypothek eingetragen werden, welche solange unkündbar ist, als das Grundstück in der Familie bleibt und von ihr bewirtschaftet wird. Hierdurch wird die freie Verfügung über Grund und Boden in gewissen Grenzen eingeschränkt. Die Stellung der Grundbesitzer zum Staate wird hierdurch der des Erbpächters nicht unähnlich.

Regeln, was als landwirtschaftlicher Grundbesitz anzusehen, können leicht durch entsprechende Fassung auf Bewirtschaftung nicht bebauten Bodens hinwirken.

Jedenfalls stellt das dingliche Recht des Staates, ob in der Form von Eigentum oder Hypothek, ganz abgesehen von finanziellen Rücksichten, das beste und sicherste Mittel dar, um eine Bewirtschaftung der Güter Deutschlands nach den Grundsätzen des Allgemeinwohls gegen widerstrebende Sonderinteressen durchzusetzen.

Zusammenhängend mit der Frage der Vermögensabgabe bleibt noch zu besprechen die Beschaffung der Rohstoffkredite im Auslande, die Valutafrage und ein kurzer Ausblick über die wünschenswerten und teilweise notwendigen Umformungen der Beziehungen der Staatsfinanzen zum Reiche.

Der Optimismus, daß nach dem Kriege das Ausland sich auf unsere Kriegsanleihen stürzen wird, daß durch rasch wieder angeknüpfte Beziehungen auf dem Wege der Einzelkredite Rohstoffe eingeführt werden können, die dann hochwertig verarbeitet im Auslande Abnehmer finden, so daß schon nach kurzer Zeit unser Handelsverkehr nach außen sich wieder voll belebt, muß als gefährlicher Irrtum bezeichnet werden.

Erst muß unsere innere Wirtschaft in Gang kommen; nur zögernd kann ihr der entsprechende Auslandshandel folgen. Die rasche Wiederbelebung im Innern ist bedingt durch Rohstoffeinfuhren, unser dringendstes Erfordernis sind daher Auslandskredite.

Wie nun der Kapitalmarkt einem reorganisierten Unternehmen gerne Geld vorstreckt, das es dem überkapitalisierten Betriebe verweigerte, so wird bei Durchführung dieses Planes die Gesundung der Gesamtfinanzen uns volles Vertrauen verschaffen. Dieser Gesichtspunkt ist von ausschlaggebender Bedeutung auch auf die Gestaltung der Valuta. Wenn zweifellos jetzt im Kriege, wo der Austausch von Gütern im beschränkten, aber unausgeglichenen Verkehr erfolgt, der Stand der Wechselkurse fast lediglich von der Menge des Angebots und der Nachfrage der Devisen bestimmt wird, so ist nach dem Kriege in erster Linie das Vertrauen in die Finanzkraft eines Staates für die Möglichkeit der Fundierung der kurzfristigen Kredite von ausschlaggebendem Einfluß, d. h. die zukünftige Entwicklung der Valuta ist abhängig von der Kreditwürdigkeit des Staates, der das Abdecken seiner Anleihen ohne Schädigung der Valuta nur nach und nach durchführen kann.

Die vorgeschlagene Veranlagung zur Vermögensabgabe sieht eine Bestandsaufnahme der gesamten deutschen tatsächlichen Wirtschaft vor, ermöglicht daher eine genaue Berechnung der Vermögensverteilung unter den einzelnen Bundesstaaten. Die bisherigen Matrikularbeiträge regelten sich nach der Bevölkerungsziffer, stellten mangels anderer Grundlagen eine ziemlich rohe Form der Berechnung dar. Nun haben im Kriege zweifellos starke Vermögensverschiebungen zugunsten der großen norddeutschen Industriezentren und Berlins und zuungunsten Süddeutschlands stattgefunden, das an den ungeheueren Kriegsgewinnen weniger beteiligt war. Die nicht zu verleugnende Mißstimmung in Bayern

dürfte letzten Endes auf diese Tatsache zurückzuführen sein. Durch Berechnung der Vermögen der einzelnen Staaten (Staats- und Kommunalvermögen einbezogen) kann eine befriedigendere neue Grundlage geschaffen werden, auf Grund deren es den einzelnen Staaten ferner ermöglicht wird, ihre eigene Steuerpolitik, deren unbedingte Selbständigkeit die Vorbedingung ihrer Autonomie bedeutet, sachgemäß und folgerichtig durchzuführen.

So sehr auch die praktische, hier vorgeschlagene Lösung der Veranlagung und der Erhebung in vielen Kreisen als starker Eingriff des Staates in die Rechte des Einzelnen empfunden werden muß, so wenig wird eine unparteiische Kritik die gerechte Grundlage und vor allem die Möglichkeit der Ausführung zu leugnen vermögen. Man darf und soll bei den großen Opfern, die noch gebracht werden müssen, nie vergessen, daß der Krieg härtere wirtschaftliche Nachteile für viele bedeutet hat, ohne daß meist ein Ausgleich möglich war, ganz zu schweigen von den Tausenden, die ihr Kostbarstes: Gesundheit und Leben für die Allgemeinheit geopfert haben.

Vor allem aber hat d i e Nation, welche am klarsten und schnellsten den vollen Umfang der Wirkungen des Krieges erkennend, logisch und durchgreifend die Konsequenzen zieht, die meiste Aussicht, von den Folgen der Weltkatastrophe zu genesen und ihre Wirtschaft und Finanzen wieder zur Gesundung zu bringen.

Landwirtschaft und Uebergangswirtschaft.

Von

Dr. LOTHAR MEYER.

Unterlagen im Frieden die Preise der Landwirtschaft dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, wie die aller anderen Gewerbe, so zeitigte der Krieg nach wenigen Monaten schon künstliche Preise, sogenannte Höchstpreise, für einige landwirtschaftliche Produkte. Diese Zwangsmaßregeln führten zu höchst schädlichen Verschiebungen der Produktion hauptsächlich nach der Seite der tierischen Produkte auf Kosten der unmittelbaren Bodenprodukte; sie erwiesen sich deshalb als unhaltbar und der Anfang des Jahres 1917 brachte ein wohl ausgeklügeltes ganzes System künstlicher Preise, das unter dem Gesichtspunkt erdacht war, möglichst viele Bodenprodukte direkt dem Markte zuzuführen, möglichst wenige dagegen in den sog. Veredelungsverkehr gelangen, d. h. hauptsächlich in tierische Produkte umsetzen zu lassen. Die gedachte Preisskala hat jedenfalls die beabsichtigte Wirkung gezeitigt, von den unmittelbaren Bodenprodukten einen relativ größeren Teil als früher, absolut eine möglichst wenig abgeminderte Menge, auf den Markt gelangen zu lassen, dagegen die Erzeugung von tierischer Substanz, und im Gefolge davon von Fett und Milch, und im Gefolge davon von Butter ganz bedeutend zu verringern.

In welchem Umfange nun die Rückkehr in friedliche Zustände eine bisher als normal betrachtete Nachfrage nach tierischen Produkten hervorrufen wird, wird ganz von den Erwerbsverhältnissen der Industriearbeiter nach dem Kriege abhängen. Da diese ungewiß sind, lassen sich auch über die optimale Produktionsrichtung der Landwirtschaft nur beschränkte Voraussagen machen. Soviel aber darf man angesichts nicht nur unserer

eigenen Knappheit an Nahrungsmitteln, sondern auch des Weltmangels daran voraussagen, daß nämlich noch eine Reihe von Jahren der Zwang vorliegen wird, einen verhältnismäßig großen Teil der Bodenprodukte direkt dem Markt zuzuführen und einen verhältnismäßig kleinen Teil den damit verschwenderisch umgehenden Tiermagen passieren zu lassen. (Von den hierher gehörigen physiologischen Tatsachen sei nur der gedacht, daß der Tierkörper nur ungefähr $\frac{1}{3}$—$\frac{1}{4}$ von dem in nutzbaren Umsetzungen wiedergibt, was ihm zugeführt wird.) Die Menge der von einer gegebenen Fläche erzielbaren Erntesubstanz hängt neben vielen von der Natur gegebenen Umständen (so in erster Linie von der Menge des verfügbaren Sonnenlichtes, in zweiter Linie von der Zufuhr von Wasser und Nährstoffen) einerseits, von der anwendbaren Arbeitsmenge andererseits ab. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag, welches besagt, daß jede weitere zugeführte Einheit eine immer kleinere Vermehrung des Ertrages bewirkt, scheidet infolge der vorläufig bestehenden, allgemeinen Weltknappheit praktisch aus, umsomehr, als aus wirtschaftspolitischen Gründen die Versorgung mit Nahrungsmitteln zunächst aus dem Inlande schon deshalb sehr erwünscht ist, weil zunächst noch der Export industrieller Produkte zwecks Bezahlung der eingeführten Agrarprodukte zum großen Teile fehlt. Dazu kommt noch, daß durch zunächst hohe Frachtunkosten die Preise der ausländischen Produkte hoch gehalten werden.

Die Zufuhr von Wasser wird, nachdem wir niemals eine rationelle Wasserwirtschaft betrieben haben, so schnell keinen erheblichen Einfluß auf die Steigerung der Bodenproduktion erlangen. Wohl hat selbst unter den Schwierigkeiten der Kriegsjahre eine Bestrebung Boden gewonnen, vermittels Einrichtungen zu künstlicher Besprengung die Ernten einiger Güter zu sichern und zu steigern. Auf die Gesamtproduktion müssen jedoch diese sehr löblichen Bestrebungen zunächst ohne allen Einfluß bleiben.

Nicht so liegt es bei der Düngung. Hier haben steigende Mengen ausländischer stickstoffhaltiger Düngemittel, später daneben unsere eigenen Kalidüngesalze und schließlich sowohl gesteigerte Einfuhr von Rohphosphaten, wie gesteigerte Ausnützung der von unserer Stahlfabrikation abfallenden Thomasschlacke zu der bekannten außerordentlichen Steigerung unserer Ernten geführt. Ja, man kann sagen, unter der bequemen Möglichkeit Düngemittel zu kaufen, hat bei uns die Ausnützung

anderer Möglichkeiten der Produktionssteigerung erheblich gelitten, eine Behauptung, deren Beweisführung hier zu weit führen würde. Die wirksamsten Düngemittel: verschiedene, den Pflanzen direkt zugängliche Stickstoffverbindungen, in erster Linie der Natronsalpeter, blieben das Teuerste und erfuhren deshalb eine keineswegs optimale Anwendung. Hierin hat der Krieg eine große Umwälzung im Gefolge gehabt, beruhend auf dem ganz zufälligen Umstande, daß Sprengstoffe und stickstoffhaltige Pflanzennahrungsmittel chemisch ganz nah beieinander liegen. Da wir von der Zufuhr des bequemsten Sprengstoff-Rohstoffes: des Chilesalpeters abgeschnitten waren, mußten Möglichkeiten, die sich etwa 10 Jahre oder noch kürzer vor Beginn des Krieges in die Praxis hatten umsetzen lassen, aufs äußerste ausgenutzt werden. Diese Zwangslage hatte die sehr bedauerliche Wirkung, daß mit wachsender Kriegslänge der Landwirtschaft immer weniger Stickstoffdüngemittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Sie wird n a c h dem Kriege den großen Vorteil zeitigen, daß große Mengen hauptsächlich von schwefelsaurem Ammoniak (denn den Kalkstickstoff wird dann niemand mehr abnehmen wollen und er wird in besser nutzbare Verbindungen übergeführt werden müssen) zur Verfügung stehen werden. Auch eine einseitige Finanzpolitik wird sich nicht so weit versteigen dürfen, den Preis des synthetischen Ammoniaks derart zu verteuern, daß die im Kriege geschaffenen Riesenanlagen ungenützt liegen bleiben. Es steht also zu hoffen, daß die Stickstoffverbindungen zu einem Preise geliefert werden werden, der im günstigen Verhältnis zu denen der dadurch erzeugten Bodenprodukte steht. Gleichwohl droht eine Verbrauchseinschränkung von der Seite, daß Ammoniumsulfat und ähnliche Verbindungen zu hoch besteuert werden. Hoffentlich aber bleibt der Gesichtspunkt in vorderster Linie, daß ein so eminentes Produktionsmittel, wie es die Stickstoffdünger sind, unter keinen Umständen so teuer geliefert werden darf, daß seine Anwendung unrationeller Einschränkung unterliegt. Die Zufuhr reicherer Stickstoffmengen kann nämlich ganz bedeutend dazu beitragen, unsere Nahrungssorgen schnell zu verringern. Die deutsche Landwirtschaft hat vor dem Kriege nicht ganz 200 000 t Stickstoff (abgesehen vom Stallmist und aus der Luft stammendem Stickstoff) verbraucht. Es ist eine sehr vorsichtige Rechnung, wenn man den damit erzielbaren Mehrertrag bei Getreide auf das Zwanzigfache bemißt. Nehmen wir einmal an, die Hälfte dieses Kauf-

stickstoffes sei den Getreidefeldern zugeführt worden, eine Annahme, die vielleicht etwas zu günstig für die Getreide, zu ungünstig für die anderen Früchte, insbesondere Rüben und sonst viel Stickstoff brauchende Pflanzen, liegt, so würde damit schon erheblich mehr Getreide erzeugt worden sein, als unsere Mehreinfuhr an Brotgetreide (rd. 1½ Mill. t) betrug.

Angesichts der infolge verringerter Viehhaltung, ärmerer Fütterung der verbliebenen Bestände, verringerten und verschlechterten Stallmistproduktion muß für die nächsten Jahre die Möglichkeit größerer Kaufstickstoffzufuhr eine entscheidende Rolle spielen, ganz besonders bei den Hackfrüchten, wo sie es erst ist, die eine gute Bezahlung vermehrten Arbeitsaufwandes für diese Früchte sicherstellt. Gerade die in großen Gebieten vorherrschenden Sandböden sind in der Fachsprache als Düngerverschwender bekannt, worunter zuerst Stickstoffverschwendung zu verstehen ist. Eröffnet sich hier die Möglichkeit gesteigerter und verbilligter Zufuhr, so werden sich besonders diesen Bodenklassen erhebliche Mehrerträge abgewinnen lassen. Die Ackernutzung wird also nach diesen Bodenklassen hin verschoben werden und sich damit die Möglichkeit eröffnen, die jetzt vielfach bearbeiteten ungünstigen Ton- und Lehmböden als Ackerland aufzugeben und sie der Weidenutzung zuzuführen. Die gesteigerte Ertragsmöglichkeit von der Flächeneinheit des beibehaltenen Ackerlandes wird nicht nur den seine Arbeit selbst bestreitenden Kleinwirt, sondern auch den wahrscheinlich mit höheren Löhnen rechnen müssenden Großwirt in die Lage versetzen, mehr Arbeit auf eine bestimmte Fläche zu verwenden. Dies setzt allerdings voraus, daß wir vorerst mit so niedrigen Preisen, wie sie bisher periodisch auf dem Hackfruchtmarkt wiederzukehren pflegten, nicht zu rechnen haben würden. Bisher war in großen Teilen Deutschlands eine der obersten Rücksichten der Fruchtfolge die nach geringer Beanspruchung von Stickstoffnahrung — eine Rücksicht, die den unsicheren, weil in seinen Erträgen außerordentlich schwankenden Hülsenfruchtbau nicht soweit hatte absinken lassen, wie es wohl ohne diese Rücksicht der Fall gewesen wäre. Die angedeutete verstärkte Stickstoffverwendung setzt eine nebenhergehende Verstärkung der Zufuhr der anderen Hauptnährstoffe: des Kalis, der Phosphorsäure und des Kalkes voraus. Einer entsprechenden Steigerung des Kali- und Kalkverbrauchs steht nichts im Wege. Bezüglich der Phosphorsäure ist die Situation allerdings viel ungünstiger.



Ist doch unsere heimische Phosphorsäureerzeugung keine selbständige, sondern resultiert nur aus dem Abfall der Stahlfabrikation. Wenn wir nun auch infolge von Verschleißes und mangelnden Ersatzes während der Kriegsjahre zunächst mit einem starken Stahlverbrauch rechnen müssen, so hängt unsere Stahlfabrikation doch auch in erheblichem Grade von den Transportmöglichkeiten und Ausfuhrverhältnissen ab. Da diese ungewiß sind, schwebt auch die für die Landwirtschaft abfallende Menge an Thomasmehl in der Luft. Etwa eine zweite Hälfte der verwendeten Phosphorsäure entstammte ausländischen Rohphosphaten und wie es mit deren Einfuhr nach dem Kriege aussehen wird, liegt im Dunkeln. Jedenfalls müssen wir uns auf eine starke Steigerung des Phosphorsäurepreises gefaßt machen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß das Kilo Phosphorsäure zeitweise teurer sein wird, als das Kilo Stickstoffverbindungen. Daran würde sich selbst dadurch zunächst nichts ändern, daß wir durch Zuwachs an Land im Westen mit Vermehrung unserer Bodenschätze an phosphorsäurereichen Eisenschätzen rechnen können; für die Zukunft wäre solcher Zuwachs allerdings unschätzbar.

Wird somit die Landwirtschaft der Friedensjahre unter dem Zeichen einer verbesserten und intensivierten Pflanzenernährung stehen, so wird sie andererseits an der Erschwernis der Ernährung der Nutztiere laborieren. Von Osten und von Westen strömten uns zu Lande und zu Wasser große Mengen von Futtermitteln zu und zwar, abgesehen von der russischen Gerste und aus verschiedenen Ländern kommendem Mais, von hauptsächlich den tropischen Ländern entstammenden hoch konzentrierten Fett- und Eiweißfuttermitteln. Die immer weiter fortschreitende Zerrüttung der russischen Wirtschaft läßt uns befürchten, daß auch die östliche Eisenbahnzufuhr sehr lange nicht den früheren Umfang erreichen wird. Wie schlecht es auf der anderen Seite mit der westlichen Schiffszufuhr von Futtermitteln aussehen wird, läßt sich daran messen, daß zunächst doch Rohprodukte für die menschliche Ernährung und Bekleidung den Vorrang behaupten werden. War in der alten Zeit die Rindermast ein Privilegium solcher Wirtschaften, die über Industrieabfälle: Schlempe, Pülpe, Trockenschnitzel, verfügten, so hatten wir uns neuerdings daran gewöhnt, anzunehmen, daß jeder Landwirt, der einigermaßen geschickt ausländische Futtermittel einzukaufen versteht, auch zu mästen in der Lage sei. Diese Mast wird sich nun wieder auf die mit gedachten Industrieabfällen ver-

sehenen reichen Wirtschaften zurückziehen müssen und damit eine erhebliche Einschränkung erfahren. Diese Einschränkung wird wesentlich nur die Wintermast treffen und damit wird der Sommermast auf den Fettweiden eine erhöhte Bedeutung zukommen. Zum Glück werden sich große Mengen von Weiden, die bisher nicht als in erheblichem Maße Fleisch und Milch erzeugend angesprochen werden konnten, durch neu eingeführte oder verstärkte Stickstoffdüngung in ihrem Fleisch- und Fettproduktionsvermögen erheblich steigern lassen. Allerdings wird ein guter Teil dieser Weiden für die Milchproduktion vorbehalten bleiben müssen, weil auch sie an und für sich unter den Kriegsfolgen leiden wird. War doch unsere Milchproduktion mehr und mehr von der Zufuhr ausländischer Kraftfuttermittel abhängig geworden. Sowohl beim Fleisch wie bei der Milch handelt es sich um die tägliche Aufspeicherung bzw. Ausgabe größerer Mengen von Eiweiß in, bzw. aus dem Tierkörper. Sie konnten eben nur erzeugt werden durch die eiweiß- und fettreichen tropischen Futtermittel. Wenn man in grober Proportion sagen kann, daß die Hälfte der deutschen Schweine mit russischer Gerste gemästet wurden, so ergibt sich schon aus dieser einzigen Tatsache, daß auch die Schweinemast nicht sobald wieder auf die alte Höhe sich wird heben lassen. Für die ganze Nutzviehhaltung ergibt sich daraus für die Uebergangszeit die Forderung, aufs äußerste die nicht zur menschlichen Ernährung geeigneten Bodenprodukte sowohl wie die abfallenden Teile der zur menschlichen Ernährung gelangenden Bodenprodukte nutzbar zu machen.

Je billiger und bequemer der Bezug von Futtermitteln vom Markte war, desto größer war die Verlockung, mit den eigenen Abfallstoffen unökonomisch umzugehen. Unter diesen Gesichtspunkt gehört auch das übliche nachlässigeUmgehen mit dem Stallmist. Es ist eine der größten Vorwürfe, die man der deutschen Landwirtschaft machen kann, hierin sehr geringe Fortschritte gemacht zu haben. Allerdings trifft der Vorwurf hierüber nicht sowohl die große Praxis, wie die Theorie und Forschung. Deren Moden haben so schnell gewechselt und so widersprechende Ratschläge gezeitigt, daß es dem praktischen Landwirt kaum zu verübeln war, wenn er es garnicht der Mühe für wert hielt, die häufig umständlichen Vorkehrungen für eine bessere Behandlungsweise des Mistes und der Jauche zu treffen. Ueber den unsicheren, heute empfohlenen, morgen wieder verworfenen sind auch

die wenigen altbewährten Konservierungsmethoden vernachlässigt worden. Es wird eine ganz wichtige Aufgabe der kommenden Friedensära sein, hierin Wandel zu schaffen.

Wir müssen aber noch einmal zum Ausgangspunkt dieses Teiles unserer Betrachtung: der Ausnützung aller nicht zur menschlichen Ernährung geeigneten Bodenprodukte oder Abfallstoffe als Basis der Tierhaltung, unter Vermeidung der Verfütterung solcher für die menschliche Ernährung geeigneter, zurückkehren. In die erste Kategorie fallen zunächst eine große Zahl der Weiden und fast alle Wiesen. Ihre Produktion hatten wir in den letzten Friedensdezennien durch Kali- und Phosphorsäurezufuhr erheblich zu steigern gelernt. Stickstoffzufuhr fand nur ausnahmsweise statt, rentierte sich auch nicht überall. Da nun aber die große Menge der kleineren Landwirte vom Rezept abhängig ist und nicht etwa auf den Weg verwiesen werden kann, durch Experimente auf der eigenen Scholle den Nutzen von Düngerzufuhr zu ermitteln, so bildete dieser Umstand (der nicht überall eintretenden sicheren Wirkung) ein zu Recht bestehendes Hindernis für weit umfassende Stickstoffverwendung. Verbilligt sich nun infolge der eingangs geschilderten Umstände einerseits der Stickstoffdünger und bleibt andererseits der Preis der damit erzeugten Milch und Fleisch ein relativ hoher, so kann die regelmäßige Stickstoffverwendung auf Wiese und Weide eine sichere Rente bringende technische Maßnahme werden und muß ihre Unterlassung als Kunstfehler gebrandmarkt werden. Die infolgedessen zu erhoffende außerordentliche Ausdehnung der Stickstoffdüngung von Wiese und Weide ist berufen, einen Teil der ausfallenden Eiweiß- und Fettzufuhr in Form von ausländischen Futtermitteln zu kompensieren. In erster Linie wird es im Interesse der Volksernährung liegen, Milch und Butter auf diese Weise zu erzeugen. Eine Verringerung des Fleischkonsums infolge verringerter Masttierproduktion kann nicht entfernt einen so großen Schaden am Volkskörper anrichten, wie es der dauernde Mangel von Milch und Butter tun müßte.

Bis zu welchem Umfange der Intensität die Abfallstoffausnützung gehen soll, unterliegt in gleicher Weise den Gesetzen der Preisbildung der damit zu erzielenden Werte, wie alles andere im Gewerbsleben. Hohe Preise der zu erzielenden Produkte erlauben hohe Aufwendungen für Transport und Erhaltung. Dies sind die beiden Faktoren, die bei der Verwertung von Abfallstoffen mitsprechen. Hier sei nur ein Beispiel herangezogen: Alljährlich er-

zeugt die deutsche Landwirtschaft enorme Mengen von Kartoffelkraut, die sich nicht nur proportional zur gesteigerten Kartoffelanbaufläche, sondern in stärkerem Maße vermehrt haben, weil die neuen Kartoffelzüchtungen sehr viel mehr Kraut liefern als die alten. Dieses Kartoffelkraut wurde mangels von Transport- und Konservierungsmöglichkeiten bisher nur schlecht ausgenützt und gelangte schließlich nur als Düngemittel (in erster Linie als Kalidüngemittel) in den Boden zurück. In den intensiver wirtschaftenden Distrikten pflegte es wenigstens als Deckmaterial für die Kartoffelmieten zusammengefahren zu werden und später als Wiesendüngung oder zur Kompostbereitung Verwendung zu finden. Im nordöstlichen Deutschland, wo der kürzere Herbst ein noch größeres Zuratehalten des Spannviehs erzwingt, pflegt es noch heute meistens nicht einmal abgefahren, sondern an Ort und Stelle untergepflügt zu werden, ein Verfahren, das zu allem anderen noch den Nachteil hat, daß es ganz unregelmäßig über die Schlagfläche verteilt, wie es eben zufällig daliegt, dem Boden wieder zugeführt wird. Das Zukunftsproblem der Ausnützung dieser und anderer Massenprodukte als Futtermittel ist ebenso sehr eine Transport- wie eine Trocknungsfrage. Zu keiner Zeit ist die Spannkraft wertvoller in der modernen Landwirtschaft als in den Herbstmonaten. Sie darf also nur für relativ hochwertige Produkte in Anspruch genommen werden. Dazu kommt, daß die bisherigen Erhaltungsmöglichkeiten, die sich wesentlich auf Einsäurungsverfahren erstreckten, recht beschränkte waren. Neuerdings hat ja nun die Trocknung ihren Einzug in die Landwirtschaft gehalten. Dabei ist einer technischen Kuriosität Erwähnun zu tun, daß nämlich eine Methode die Vorherrschaft erlangt hat, die sehr viel früher als unökonomisch abgetan wurde: die Trocknung auf Hürden. Dieser Vorgang beweist, in wie hohem Grade die Beurteilung technischer Methoden von dem Werte des zu erzielenden Produktes abhängt. Wenn dieses einen hohen Preis hat, frägt kein Mensch nach der Trocknungsweise und ihren Kosten; andere Umstände, in erster Linie geschickte Reklame, treten in den Vordergrund. Andere Preisverhältnisse würden unbedingt den am meisten ökonomisch arbeitenden Apparaten den Vorrang verschaffen müssen. Aber selbst dann wird es sich fragen, wie die Produktionskosten, die in erster Linie von den Kohlenpreisen abhängen, zum Werte des Produktes sich verhalten werden. Ich fürchte, daß der Trockuung nicht nur als Futtermittel in Betracht

kommender Abfallstoffe, sondern sogar zur menschlichen Ernährung geeigneter Produkte: Kartoffeln, Mohrrüben usw. ziemlich enge Grenzen gezogen bleiben werden. Der Flächenertrag der genannten und ähnlicher wasserreichen Massenprodukte schwankt in den verschiedenen Erntejahren außerordentlich (infolge der Abhängigkeit nicht nur von der absoluten Regenmenge, sondern auch von dem rechtzeitigen Eintreffen). Es wird infolgedessen immer Jahre mit sehr niedrigen Preisen hierfür geben. Alle Trocknungsanlagen werden in solchen Zeiten diskreditiert und so besteht die Gefahr, daß gerade dann nicht genügende Trocknungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, wenn Jahre großer Erntemengen sie in besonderem Umfange erfordern. Wir werden uns wohl darauf beschränken müssen, nur solche Mengen dieser wasserreichen Bodenproduktion zu trocknen, die für besondere Ernährungszwecke, in erster Linie für Militär und Marine, gebraucht werden, wo es nicht so sehr auf das Preisverhältnis zum Frischprodukt als vielmehr auf Dauerhaftigkeit und Raumbeschränkung ankommt. Aber wie gesagt, alle derartigen Prophezeiungen hängen ganz und gar von den relativen Preisen ab. Bleiben nicht nur die zur menschlichen Ernährung dienenden Bodenprodukte, sondern auch die zur tierischen dienenden Abfallstoffe in ihrer Verwertungsmöglichkeit hoch, so wird auch allerlei Manipulation mit Transport und Trocknung lohnend bleiben. Andernfalls wird man auf ihre weitgreifende Anwendung verzichten müssen. Dieser Ausfall dürfte dadurch befördert werden, daß, entsprechend den außerordentlich großen Ernteschwankungen, auch der Verwertungspreis ein sehr schwankender ist und dem gegenüber steht, daß alle Industrien, also auch diese verhältnismäßig einfache Trocknungsindustrie, nur dann florieren, wenn eine stetige Verarbeitung in der Natur der Dinge liegt.

Eins der wichtigsten Probleme wird nach dem Kriege das der Mechanisierung der Landwirtschaft sein. Ich brauche absichtlich dieses den Technikern geläufige Wort, mache jedoch in demselben Atem darauf aufmerksam, daß der Anwendung der Maschine und der dadurch eintreten sollenden Entbehrlichmachung von Händen in der Landwirtschaft sehr viel engere Grenzen gezogen sind, als in der Industrie. Die Industrie stellt ihre Maschinen an einem vor Wetter geschützten warmen und hellen Ort auf und gibt ihnen beispielweise jahraus, jahrein ein

Stück Metall von gleicher Härte, von gleicher Struktur zu bearbeiten und schließlich benutzt sie die meisten ihrer Maschinen 365 mal 24 Stunden. Dem gegenüber verlangt die Landwirtschaft bei ihrer großen räumlichen Ausdehnung zum großen Teil mobile Maschinen, die heute im Ton, morgen im Moor, übermorgen im Sand, heute im strömenden Regen, morgen im glühenden Sonnenschein und infolgedessen in eine Staubwolke gehüllt arbeiten müssen. Dazu kommt die zeitliche Beschränkung in der Verwendung jeder einzelnen Maschine. All das gestaltet die Abnutzungsquoten außerordentlich hoch. Ihr Nutzeffekt ist dagegen, da sie ganz verschiedenen Verhlätnissen einigermaßen gewachsen sein müssen, infolgedessen keinem jeweils herrschenden Zustande bestens angepaßt sein können, ein beschränkter. Besonders die Anpassungsfähigkeit der Maschine an die Art des Pflanzenwuchses, an den verschiedenen Abstand, in dem die verschiedenen Kulturpflanzen wachsen und an vieles andere ist eng begrenzt. Deswegen bleibt ihr die menschliche Hand absolut überlegen, ganz im Gegensatz zur Industrie, wo keine Hand die Gleichmäßigkeit der Bearbeitung eines Metallstücks gewährleisten kann wie etwa die Drehbank sie besorgt, gar nicht zu reden von der Arbeit der Präzisionsmaschinen. Die Anwendbarkeit großer Maschinen, wie z. B. der Dampfpflüge, bleibt auf große Flächen beschränkt. Nicht sowohl das Knappwerden von Händen, wie das der Zugtiere hat dem Problem der motorischen Bodenbearbeitung eine ungeahnte Förderung zuteil werden lassen. Es wird in den nächsten Jahren eine sehr bedeutende Rolle bei uns spielen müssen, wenn anders nicht unsere Bodenbearbeitung einen beklagenswerten Rückgang erleiden soll. Auch hier spielt die Kostenfrage augenblicklich nicht hinein, wird nach größerem oder geringerem Kohlen- oder Benzolbedarf überhaupt nicht gefragt und findet die Maschinenpflugarbeit nur in der Zahl der vorhandenen Maschinen und der zum Zivildienst verfügbaren Maschinisten ihre Grenze. Das wird sehr bald wieder anders werden, gleichwohl aber ein gewaltiges Bedürfnis nach großen und noch mehr nach kleinen derartigen Pflügen bestehen bleiben. Der Dampfpflug dürfte in seiner allein übrig gebliebenen Form des Zweimaschinensystems auf schweren Böden das Feld behaupten, da infolge kurzsichtiger Fiskalpolitik hinsichtlich der Elektrizitätspreise eine wirksame Konkurrenz des nach gleichen Grundsätzen arbeitenden elektrischen Pfluges nicht zu befürchten ist. Auf allen Mittel- und Sandböden dagegen

hat sich schon in den letzten Friedensjahren der vermittels sich über das Feld bewegenden Explosionsmotors angetriebene oder gezogene Pflug ein großes Terrain erobert. Auch einfachere Ackerfeldmaschinen, wie z. B. die Drillmaschine, setzen zu ihrer nutzbringenden Anwendung wenigstens mittelgroße Flächen voraus. Da nun die ganze Tendenz der Entwicklung unserer Bodenkultur auf die Verkleinerung der Wirtschaftseinheit hinausgeht, läßt sich für die weitere Zukunft der Maschinenanwendung in der Landwirtschaft durchaus nicht ohne weiteres eine erhebliche Erweiterung voraussagen. Dagegen ist es eine der sofort erfüllbaren Aufgaben der Produktionsförderung, besseren und besser angepaßten Handgeräten zur Verbreitung zu verhelfen. Gleichzeitig erheischt der gegenwärtige Zustand unserer Landeskultur auf den größeren und auch mittleren Gütern vorläufig eine erhebliche Steigerung der Maschinenanwendung, weil eben Menschenhände besonders knapp und teuer zu werden drohen. Das Studium fortschreitender Maschinenanwendung hat allerdings gezeigt, daß auf einem bestimmten Landgut bei steigender Maschinenanwendung niemals weniger Menschenhände gebraucht worden sind, die Entwicklung ist vielmehr im großen ganzen die gewesen, daß bei einer Steigerung der Maschinenzahl und gleichbleibender Zahl von Händen eine erhebliche Intensivierung der Betriebe stattgefunden hat.

Noch liegt die Zeit nicht weit zurück, wo Pflug und Egge die einzigen landwirtschaftlichen Spanngeräte waren, neben denen allerlei Handwerkszeug: Spaten, Schippe, Hacke, Dreschflegel u. a. erforderlich waren. Die Maschinenanwendung darf angesichts des konservativen Geistes der Landwirte noch als etwas Neues bezeichnet werden, es bedarf eben mehrerer Menschenalter, um sie zu etwas Alltäglichem zu machen. Jetzt ist allerdings die Zeit dafür reif und brauchen wir deshalb schleunige Ausfüllung einer Lücke der landwirtschaftlichen Erziehung, die sich bisher um die Grundprinzipien der Mechanik und ihre praktische Anwendung auf die Landwirtschaft sehr wenig bekümmerte. Charakteristisch hierfür ist der irgend einem rückständigen Landjunker nachgesagte Ausspruch: »Alles, was sich dreht, ist mir ein Graus.«

Bedient sich auch die Landwirtschaft einfacherer Maschinen als es etwa eine Schnellpresse ist, so arbeiten ihre Maschinen aber auch, wie schon kurz dargelegt, unter viel ungünstigeren Bedingungen. Vor allem läßt die Bedienung in der Mehrzahl der

Fälle viel zu wünschen übrig. Je kleiner die Betriebseinheit, desto schwieriger ist es, maschinenkundige ständige Arbeiter zu halten; das mittlere Gut von 200—250 ha ist eigentlich schon zu klein, um sich auch nur eines Spezialisten dauernd zu bedienen. Es gilt also, den gewöhnlichen ständigen Gutsarbeitern einen Begriff von den Vorbedingungen des regelmäßigen Funktionierens der einfacheren Maschinen beizubringen und das ist außerordentlich schwer, wenn man bedenkt, daß gerade die mechanisch begabten Leute sich vorwiegend der Industrie zuwenden. Nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande kann man von jedem zweiten Jungen, den man fragt, was er werden will, hören: Motorwagenführer oder dergleichen und sobald er seinen Wunsch in die Wirklichkeit umsetzen kann, verschwindet er auf Nimmerwiedersehen vom Lande. Es gilt eben heute noch für ganz selbstverständlich, daß mechanische Passionen in der Landwirtschaft keinen Platz haben und so ist der circulus vitiosus fertig.

Den gleichen aus der Vielseitigkeit der Anforderungen sich ergebenden Schwierigkeiten wie die Maschinenarbeit unterliegt der Transport in der Landwirtschaft. Die Industrie hat jeweils nur ein oder einige wenige Materialien zu befördern und kann sich den Anforderungen dieses Stoffes in der Form der Transportgeräte, in der Schienenanlage u. a. vollständig anpassen. In der Landwirtschaft müssen auf demselben Wagen etwa sämtliche Materialien befördert werden, von Staubkorngröße bis zu viele Meter langen und meterdicken Holzklötzen. Daher auch hier eine gewisse Resignation, die zu dem Glauben geführt hat, daß der uralte landwirtschaftliche Arbeitswagen das einzig brauchbare Transportgerät sei. Die norddeutsche Ebene ist gleichwohl in ganz großen Gebieten vortrefflich für Feldbahnanlagen geeignet und so ist es denn freudig zu begrüßen, daß schon vor einigen Monaten an alle Landgemeinden und Gutsbezirke die Anfrage ergangen ist, ob und in welchem Umfange sie von dem aus der militärischen Verwendung demnächst ausscheidenden Feldbahnmaterial Gebrauch machen wollen. Neben der Verwendung des Motorpfluges ist nichts so sehr geeignet, den Spannviehbedarf, mit dem ja auch ein bestimmter Spannviehführerbedarf parallel läuft, zu verringern, wie konsequente Feldbahnverwendung. Im allgemeinen muß es als falsch bezeichnet werden, die Feldbahn nur für einen bestimmten Zweck für einige Wochen des Jahres zu verwenden, wie es vielfach in Gegenden des Rübenbaues für den Ab-

transport der Rüben üblich ist. Das Bestreben jedes Wirtschaftsleiters muß vielmehr das sein, ein einmal vorhandenes Maschinenkapital bestens auszunützen, indem er es durch möglichst lange Zeit und möglichst vielseitig gebraucht.

Unter den vielerlei, bisher der Menschenhand auf dem Landgute vorbehaltenen Verrichtungen befindet sich auch die der Tränkung des Viehs. Gerade hier kann man sich sagen, daß der Zwiespalt zwischen der menschlichen Trägheit und der Einsicht in den Wasserbedarf eines Pferdegespannes oder einer bestimmten Anzahl von Kühen recht häufig zum Schaden der letzteren ausschlagen wird. Deshalb ist die Rechnung bei dem Landwirt der alten Schule, daß das Tränken aus der Hand nichts koste, während auch die billigste Maschine nicht ohne nennenswerte Kosten arbeite, ganz falsch. Gerade so falsch wie der Vergleich zwischen der alten blakenden Petroleumlampe, die sich eigentlich immer nur selbst beleuchtete, und der elektrischen Lampe im Stalle. Freilich ist die sechzehnkerzige elektrische Lampe erheblich teurer als die eine nur wenige Kerzen starkes Licht von sich gebenden Petroleumlampe. Ihr Nutzeffekt ist aber auch ein sehr viel größerer; deshalb sind die Kosten dieser beiden Leuchtinstrumente inkommensurabel.

Grundsätzliche Erwähnung fand schon weiter oben die Notwendigkeit, dem Handwerkszeug in Zukunft größere Beachtung zu schenken. Je weniger Hände und je teurere Hände zur Verfügung sind, desto besser müssen sie ausgerüstet werden. Mit dem Handwerkzeug ging es nun ganz eigentümlich. Erfuhr auch, wie schon gesagt, die Maschine bisher auf dem Landgut keineswegs die ihr gebührende sorgsame Behandlung, so wurde sie doch mit einem gewissen Respekt, gewissermaßen als ein modernes Kunstwerk, betrachtet, das Handwerkzeug aber wurde als eine verächtliche Lappalie vom Betriebsleiter angefangen bis zum Hütejungen herunter angesehen. Sein Zustand entspricht denn auch auf den meisten Gütern dieser Nichtachtung. Scharf oder stumpf, krumm oder grade, schwer oder leicht unterlagen dabei selten irgendwelcher Beachtung. Hierin Wandel zu schaffen, wird eine der vielen Aufgaben der Jahre nach dem Kriege sein. Auch dies wird ein Problem der landwirtschaftlichen Erziehung bilden müssen. Das ganze niedere Schulwesen anderer Länder, sowohl unserer nordischen kleinen Nachbarländer, wie auch der amerikanischen Welt, enthält stets theoretischen und praktischen Unterricht in Holz- und Eisen-

arbeit. Bei uns hat man Stellmacher und Schmied im Kleinen und die Fabrik im Großen souverän schalten lassen und eben das gekauft und verwendet, was zufällig auf dem Markt war, seinen Ursprung aber oft ganz anderen Umständen verdankte, als die waren, unter denen es dann Verwendung fand. »Jung gewohnt, alt getan« wird vom einfachen Handwerkszeug an bis zum Motorpflug und sonstigen komplizierten Maschinen die Losung für die Fachbildung der bevorstehenden Friedensära sein müssen.

Eins der ganz großen Probleme für die Landwirtschaft der Uebergangswirtschaft stellt das Arbeiterproblem dar. In der intensiven Großwirtschaft der norddeutschen Tiefebene betrugen im Frieden die Arbeitslöhne ungefähr 40 % des Gesamtaufwandes. Sie sind im Kriege aus zwei Gründen auf 70 und mehr Prozent gestiegen. Der eine Grund hierfür ist die absolute Erhöhung des Arbeitslohnes, der andere das Absinken der anderen großen Aufwendungen für Futtermittel, Düngemittel und dergl., die ja bekanntlich mit zunehmender Kriegsdauer immer weniger zu beschaffen möglich waren. (Die phantastischen Preise, die die Futtermittel erreicht haben, kommen nicht erheblich zur Geltung, weil es eben kaum noch möglich ist, größere Mengen davon zu beziehen.) Nun fragt es sich: Werden nach dem Kriege überhaupt genug Arbeiter für die Landwirtschaft verfügbar sein? Welche absolute Höhe werden die Arbeitslöhne annehmen? Einen wie großen Anteil des Produktenerlöses werden die Löhne in Anspruch nehmen? (M. a. W.: Wie hoch wird der Geldlohn, wie hoch der Reallohn sein?)

Es braucht an dieser Stelle wohl nicht auseinandergesetzt zu werden, warum die absolute Steigerung des Arbeitslohnes nicht interessiert. Noch vor etwa einem Jahre durfte man annehmen, daß mit erheblichen Mengen slawischer Wanderarbeiter nach dem Kriege nicht zu rechnen sein wird. Ich selbst habe diese Ansicht wiederholt vertreten mit der Begründung, daß die inneren Wirtschaften von Polen, Galizien und dem verbleibenden Rußland alle ihre Menschenkräfte absorbieren würden, so daß die Frage gar nicht aufgeworfen zu werden brauchte, ob etwa aus politischen Gründen das Ueberschreiten der Grenze verboten werden würde. Die fortschreitende Zerrüttung der inneren russischen Wirtschaft zwingt zum Zweifeln an dieser Ueberzeugung und es erscheint nicht mehr ausgeschlossen, daß Rußland trotz Verarmung an Menschen durch Kriegstod und anderes Verderben zunächst noch

mit seinem Menschenexport wird fortfahren müssen. Dies sollte uns aber nicht der Sorge überheben, wie wir mehr und mehr unseren Arbeitsbedarf durch Volksgenossen decken. Die Gründe dafür an dieser Stelle beizubringen, würde zu weit führen; sie sind ja auch häufig genug in der letzten Zeit diskutiert worden. Die Beschäftigung einer größeren Zahl von deutschen Arbeiterfamilien auf den Landgütern setzt aber ihre Beherbergung dort voraus, d. h. erfordert eine Vermehrung der Zahl von Wohnungen. Nun haben wir auf den östlichen Gütern und auch Bauerndörfern eine ganze Anzahl von Arbeiterwohnungen leer stehen. Sie waren jedoch schon vor dem Kriege im Verfall und sind zurzeit größtenteils unbeziehbar. Wie weit es angesichts des Mangels an Handwerkern und Material möglich sein wird, sie in aller Kürze und Schnelligkeit einigermaßen herzurichten, ist schwer zu sagen. Immerhin werden die interessierten Kreise alles daranzusetzen haben, das Möglichste auf diesem Gebiete zu leisten. Tritt wirklich in den Städten die prophezeite Wohnungsnot ein, so werden ja auch mindestens vorübergehend die Ansprüche an die Wohnung absinken und so durch die Verhältnisse mancher vom Lande abgewanderten Familie nahegelegt werden, dorthin zurückzukehren. Soviel scheint mir doch außerhalb allen Zweifels zu stehen, daß die zur Volksgenossenschaft gehörigen Arbeiterfamilien nicht ohne Obdach gelassen werden werden. Müssen aber provisorische Vorrichtungen zur Unterkunft geschaffen werden, so können sie ebensogut wie in den Städten in den Dörfern oder auf den Gütern errichtet werden. In erster Linie kommt hier die Versetzung der vielen Tausende von provisorischen Gebäuden in Betracht, die für den indirekten oder direkten Heeresbedarf errichtet worden sind. Sie sind zum Teil schlecht und liederlich gearbeitet, so daß sie unseren Wintern keineswegs standhalten können. Sie werden aber unbedingt in Anspruch genommen werden müssen und man wird auf dem Lande noch eher in der Lage sein sie zu verbessern (durch Umwandung mit Stroh, Torfstreu, Kiefernadeln, Laub u. dgl.) als in der Stadt.

Vorläufig (d. h. Ende 1917) ist ja, wie die Lage der Dinge erklärlich macht, sehr viel über dieses Wohnungsproblem geschrieben und sehr wenig gehandelt worden. Wo aber von weitergehenden Vorbereitungen die Rede sein kann, handelt es sich immer um städtische Kleinsiedelung, deren Nutznießer in erster Linie der Industriearbeiter ist. Wenn man schon vor dem Kriege sehen

konnte, wie kleinste vorstädtische und industriegebietliche Familienheimstätten 6000 M. und 8000 M. kosteten, so mußte Männern des praktischen Lebens schon damals klar werden, welche furchtbare wirtschaftliche Gefahr in der Verleitung wirtschaftlich nicht genügend Urteilsfähiger dazu lag, eine so teure Wohnung zu beziehen. Schon damals hätte man sich sagen müssen, daß die erste industrielle Krise dem allergrößten Teil dieser Siedler es unmöglich machen würde, diese hohe Miete weiter zu erschwingen, und daß sie dann in furchtbarer Weise den Kommunen und in letztem Grunde dem Staate zur Last fallen würden. Dieser Umstand hat außerordentlich an Gefahr gewonnen, da — heute kann man nicht sagen, denn heute ist das Bauen eine Unmöglichkeit — unmittelbar nach dem Kriege die Errichtung solcher Heimstätten sicherlich 10, 12, 14 000 M. kosten wird. Wollen auch dann noch einsichtige Staatswirte das mit so teuerem Wohnen verbundene Risiko übernehmen, das darin liegt, daß dazu nur ganz hoch gelohnte Arbeiter in der Lage sind? Ganz etwas anderes ist es um die Errichtung ländlicher Heimstätten, d. h. mit soviel Land ausgestatteter, daß ein gewisses Existenzminimum auch dann gewährleistet ist, wenn der Arbeitsverdienst sehr heruntergeht, ja zeitweise wegfällt (die winterliche Arbeitspause des Landarbeiters ist in der modernen Wirtschaft ziemlich kurz). Immer kleiner ist die Zahl derer geworden, die sich von der Reorganisierung des Gutsarbeitervertrages, des Instmann-Systems, womöglich seiner Wiedereinführung in den Gegenden, wo es nur noch in beschränkten Umfange besteht, viel versprechen. Der Streit, der hierüber besteht, ist eigentlich keineswegs ein quantitativer, sondern höchstens ein qualitativer; denn daß neben diesen durch Jahres-Verträge gebundenen Arbeitern in großen Teilen Deutschlands freie Landarbeiter nötig sind, leugnet wohl niemand mehr. Wenn es also gilt, nicht nur dem Landgute, sondern dem Lande überhaupt neues Leben zuzuführen, so müssen alle Möglichkeiten erschöpft werden. Jedem, der überhaupt noch sich zum Lande hingezogen fühlt, muß die Möglichkeit geboten werden, sich so zu etablieren, wie es seinen Wünschen entspricht.

Unter diesem Gesichtspunkte bedarf es also 1. der schon erwähnten Instandsetzung leerstehender Arbeiterwohnungen, die als ein Teil des Lohnes auf den Gütern vergeben wurden und 2. der Errichtung neuer Arbeiterwohnungen, auf den Gütern, 3. der

Wiederherstellung der Mietswohnungen, die in Bauerndörfern etwa leerstehen (dies dürfte übrigens nur eine kleine Zahl sein), 4. der Errichtung neuer Wohngelegenheiten in Bauerndörfern. Dies ist das größte und wichtigste Problem. Niemand, selbst der bösartigste Antiagrarier wird behaupten, daß auf den Gütern Landarbeiter je Hunger gelitten hätten, aber er behauptet, daß den anderen Bedürfnissen des neuzeitlichen Landarbeiters nicht genügend Rechnung getragen wurde. Dies liegt nun unbestritten im Bauerndorf anders. Hier besteht eine Stufenleiter vom kleinen Mieter (Einlieger) zum Arbeiter mit eigenem Häuschen und Nutzgrundstück, zum kleinen Pächter, der schon soviel Eigenwirtschaft treibt, daß er nicht auf Arbeit zu gehen braucht, zum kleinen Eigentümer in gleichem Umfange, zum Mittelbauern, der schon Knechte und Mägde beschäftigt und schließlich zum Großbauern, der nicht nur Gesinde, sondern auch Arbeiterfamilien beschäftigt. Hier ist die richtige Stätte, an der der strebsame Anfänger in die Höhe zu kommen vermag und wo er jeden Augenblick die Resultate dieser Aufstiegsmöglichkeit vor sich hat. Ist dies — und ich möchte dem durchaus beipflichten — das stärkste und wirksamste Motiv für den Aufstieg, so gilt es also hier den Hebel einzusetzen und nicht alle in dieser Richtung bestehende Fürsorge sich im städtischen und vorstädtischen Wohnungsbau erschöpfen zu lassen.

So schwer auch das Problem der bloßen Wohnungserrichtung z. Z. zu lösen ist, so ist damit die Angelegenheit gleichwohl noch nicht erledigt. Es genügt auch hier (d. h. auf dem platten Lande) nicht bloß für Wohngelegenheiten zu sorgen — man würde damit in den gleich schweren Fehler verfallen, als den ich schon das planlose Erbauen von Industriearbeiterwohnungen hinstellte, sondern es muß eine Nahrung geschaffen werden. Zu einer Nahrung gehört Land, im vorliegenden Falle Pachtland. Dieses Pachtland darf aber nicht auf unsicheren Füßen stehen, heute seitens eines Großgrundbesitzers gewährt, morgen wieder entzogen werden, sondern es muß gesichert daliegen. Dies kann es nur sein, wenn es im Besitz der Gemeinde ist. Noch gibt es vielfach solches Land im Besitz der politischen Gemeinden, der Schulgemeinden, der Kirche u. dgl. Meistenteils ist es aber abhanden gekommen und müßte erst wieder beschafft werden.

Aus der »Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes, für Kleinsiedelung und Landarbeit« hat die unermüdliche

Arbeit des Professors Ehrenberg in Rostock einen »Arbeits- und Werbeausschuß für Pachtsiedelung auf Gemeindeland« hervorgehen lassen. Dieser Ausschuß hat Grundzüge einer Organisation zur Durchführung der Pachtsiedelung auf Gemeindeland im Herbst 1917 herausgegeben. Er hält es für rätlich, daß den Landgesellschaften auferlegt wird, nicht nur die bei Aufteilung von Gütern neu entstehenden Gemeinden mit Gemeindeland auszustatten, sondern auch schon bestehenden Nachbargemeinden solches zu beschaffen. Dieses Land könne besonders billig verkauft werden, wenn der Staat auf die auf seinen Anteil entfallende Dividende verzichtete. Vielfach aber würden die Landgesellschaften hierfür nicht genügende Kleintätigkeit entfalten können. Deshalb wären bereits bestehende Kleinsiedelungs-Gesellschaften mit dieser Aufgabe zu betrauen und weitere Kleinsiedelungs-Gesellschaften ins Leben zu rufen. Wenn große und kleine Gesellschaften darauf bedacht sind, die Bauerngüter, deren Besitzer gefallen oder verkrüppelt sind oder sich im Kriege eine schwere Krankheit zugezogen haben, in die Hand zu bekommen, so würde allenthalben auch Gemeindeland abfallen können. Der Rat, statt der Kleinsiedelungs-Gesellschaften auch Kreisausschüsse und sonstige Verwaltungskörper mit dieser Aufgabe zu betrauen, ist wenig aussichtsreich, da derartige Organe neben den im alltäglichen Geschäftsbetriebe zu erledigenden Angelegenheiten außergewöhnliche Aufgaben sehr bald der Vergessenheit anheimfallen lassen. Es wäre ferner zu wünschen, daß sich alle auf fremde Arbeitskräfte angewiesenen Landwirte ihres vitalen Interesses an der Schaffung von Gemeindeland bewußt werden, indem sie nur so hoffen dürfen, zu einem landständigen Arbeiterstamm zu gelangen. Es muß m. E. mit aller Macht darauf hingewirkt werden, das Interesse dieser großen Schicht für dieses Problem wachzurufen und wachzuhalten. Ist dies erst einmal gelungen, und wird sich dementsprechend überall im Lande das Augenmerk auf solche Möglichkeiten richten, so werden auch die Erfolge nicht auf sich warten lassen. Bleibt hingegen die ganze Angelegenheit auf zufällige kleinere Interessentengruppen, Landgesellschaften, Kleinsiedelungsgesellschaften usw., beschränkt, so ist zu befürchten, daß neun Gelegenheiten verpaßt und erst die zehnte ergriffen wird. Hiermit ist aber keineswegs eine über

das ganze Land gehende Befriedigung des Bedürfnisses nach billigem Pachtland zu erreichen.

Neben der Beschaffung des Pachtlandes steht als gleich wichtig die Beschaffung billiger Wohnungen. Diese war schon vor dem Kriege ein frommer Wunsch und wird es doppelt unmittelbar nach dem Kriege sein. Die schon erörterte Beschaffung von Barackenmaterial ist nur eine Maßregel von vorübergehender Wirksamkeit; für die Dauer können nur solidere Bauten in Frage kommen. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit ländlicher Ziegeleien wird eine der ersten Sorgen der Uebergangswirtschaft zu sein haben. Weiter wird der Staat aus seinen Forsten Bauholz zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen müssen. Ziegelei- und Holzarbeiter werden bei einigermaßen passendem Entlassungstermin unverzüglich alle Kräfte daranzusetzen haben, das Material für Bauten herzustellen. Aus den Strafanstalten wären alle Bauhandwerker herauszuziehen und in kleinen Kolonnen der Herstellung einfacher Wohnhäuschen nutzbar zu machen. Wenn der Ausschuß nur Erleichterungen der Baupolizeiordnung wünscht, so geht er mir damit nicht weit genug; ich halte Aufhebung jeglicher Bauordnung für mehrere Jahre unter folgenden Bedingungen für richtig:

1. Festsetzung eines niedrigen Höchstwertes eines Wohnhauses mit zugehörigen Wirtschaftsräumen,
2. Mindestentfernung vom Nachbarbau,
3. eingeschossige Bauweise.

Hierbei werden natürlich allerlei unbrauchbare und abenteuerliche Konstruktionen herauskommen, es wird auch mal ein Haus vom Sturm weggeblasen oder sonstwie durch Wetter zerstört werden, andere werden ohne sichtbaren Anlaß einfallen. Schaden an Menschenleben halte ich gleichwohl für ausgeschlossen denn so schnell fällt auch das leichtest gebaute Haus nicht ein, daß die Menschen nicht durch zur ebenen Erde gelegene Fenster und Türen hinauskommen könnten. Dagegen sehe ich verschiedene große Nützlichkeiten in einer solchen Aufhebung der Bauordnung. Sie würde unzählige kleine Leute zum Selbstbauen ermuntern und ihrer Erfindungsgabe betreffs eigentümlicher Baumaterialien und Bauweisen unbeschränkten Spielraum lassen. Deshalb würden neben unbrauchbarem und dummem Zeug höchst nützliche und auch für die Zukunft beizubehaltende Weisen herauskommen. Wenn bloß auf Erleichterungen der Bauordnung hin-

gestrebt wird, kann man von vornherein sicher sein, daß diese sich in recht mäßigen Grenzen halten werden und infolgedessen wenig dabei profitiert wird.

Man könnte auch daran denken, durch Aussetzung einer Reihe von hohen Preisen neuen Ideen im Bauwesen Eingang zu verschaffen. Ich halte eine solche gewiß nützliche Preisauslobung für ganz besonders angebracht in Verbindung mit der eben vorgeschlagenen Aufhebung der Bauordnung, indem die besten so entstehenden Häuschen prämiert werden, vielleicht in einer Höhe, daß die Errichter den gesamten Aufwand für den Bau erstattet bekommen. Wenn diesen absolut notwendigen kleinen Häusern die Konkurrenz des Großkapitals vom Halse gehalten werden soll, so muß Hand in Hand mit Erleichterung dieser Bauten eine Erschwerung weniger notwendiger Bauten, vor allem in den Städten (natürlich auch von Landschlössern), gehen.

Die Kapitalbeschaffung will der Ausschuß dadurch besorgt wissen, daß den Gemeinden ein Rentenbankkredit bis zum vollen Werte des Gemeindelandes gewährt wird und daß weiterhin auch der Baukredit möglichst hoch angesetzt werde. Eine Subventionierung dieses Wohnungsbaues soll weiter durch eine Erhebung eines hauptsächlich dafür zu verwendenden »Einfuhrzolles« auf ausländische Landarbeiter erfolgen. Abgesehen davon wäre der Stellenzuschuß, den heute schon die Ansiedelungsgesellschaften für Arbeiterstellen erhalten, auf Pachtstellen für Landarbeiter auszudehnen und zu steigern, wenn damit die Einrichtung einer Mietswohnung, die im vorliegenden Falle in erster Linie steht, Hand in Hand geht.

Schließlich kommt der Ausschuß in seinen Grundzügen auf die schon recht breit getretene und doch praktisch noch immer in der Luft schwebende bessere Verteilung der Schul- und Armenlasten zu sprechen. Solange die Schullasten den einzelnen Gemeinden gesondert auferlegt werden, müssen sie sich im wohlverstandenen Finanzinteresse sträuben, kinderreichen Familien Aufnahme zu gewähren, ganz besonders, wenn deren Arbeitskräfte in benachbarten Städten, Gütern oder Dörfern arbeiten; sie vermehren sicher ihre Schullasten, möglicherweise auch noch ihre Armenlasten. Wenn es heutzutage doch kaum bestritten werden kann, daß der Staat als Ganzes ein starkes Interesse an der Vermehrung der Landbevölkerung hat und sich gerade in diesen Kriegsjahren gezeigt hat, ein wie starkes Interesse das

Volk als Ganzes an der Nahrungsmittelerzeugung hat, so könnte dieser letztere Umstand vielleicht den Anstoß dazu geben, daß die gleichmäßige Verteilung der Schullasten über den ganzen Staat nicht mehr als eine einseitige Bevorzugung, sondern als eine allseitig nützliche und unaufschiebbare Maßregel erkannt wird. Die Regelung der Armenlasten könnte vielleicht dann einem späteren Zeitpunkt überlassen bleiben. Hier sind sehr oft nicht tatsächliche Umstände, sondern kurzsichtige Befürchtungen maßgebend, denn die rüstige Arbeitskraft vorwärtsstrebender Ansiedler hebt den Wohlstand und die Steuerkraft der Dörfer mehr als etwa einige Arme (zumal angesichts der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung) an Unterhalt erfordern können.

Das Entscheidende für das ganze Problem ist und bleibt die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme in allen Kreisen zunächst des Landes und schließlich auch der Städte. Nur so läßt sich der Sache ein Umfang geben und sie sich in einem Tempo betreiben, daß noch die Lebenden einen Erfolg davon sehen können.

Fragen wir uns nun, wie die gedachten und andere minder wichtige Einwirkungen die landwirtschaftliche Rente in den ersten Friedensjahren beeinflussen dürften, so werden wir am besten tun, mit einigen Worten des derzeitigen, während des Kriegsendes herrschenden Zustandes zu gedenken. Zu keiner Zeit ist der Ertrag der verschiedenen landwirtschaftlichen Kulturen so außerordentlich verschieden gewesen wie augenblicklich. Ganz allgemein kann man sagen, daß die unter die Preisfestsetzung fallenden Produkte einen minderen, die unter freier Preisbildung gebliebenen einen erheblich höheren Gewinn ergeben. Nur für eine sehr wichtige Frucht trifft dies nicht zu, nämlich für die Kartoffel. Die zuerst niedrig erfolgte Festsetzung ihres Preises (neben hochstehenden Viehpreisen) hatte die selbstverständliche aber unerwünschte Folge, daß zuviel Kartoffeln verfüttert wurden und zu wenig für den menschlichen Konsum übrigblieben. Es war deshalb eine der einschneidenden Maßnahmen der umstürzlerischen Preisfestsetzung vom 19. Febr. 1917, daß der Kartoffelpreis verdoppelt bis verdreifacht wurde. Dieser Preis wurde noch in letzter Stunde (Herbst 1917) durch Schnelligkeits- und Abfuhrprämien u. a. um ein Weiteres erhöht. Dies hatte zur Folge, daß, während (1917) die Produktionskosten etwa auf das Doppelte der Friedensjahre gestiegen sein mochten, die Ernte den drei- bis vierfachen Bruttoerlös brachte.

Wollte man durchaus die Steigerung der landwirtschaftlichen Rente errechnen, so käme man zu ungeheuerlichen Zahlen. Sie wären nur gänzlich falsch, denn man kann erstens nicht seine gesamte Kulturfläche mit Kartoffeln bebauen und zweitens nicht jahraus, jahrein mit der gleich hohen Ernte rechnen wie in diesem Jahre. Ganz anders schon liegt es beim Getreide, der Hauptfrucht, mindestens der mitteldeutschen und ostdeutschen Landwirtschaft. Hier sind die Preise (abgesehen von dem Haferpreis des Winters 1917, der, um von der schlechten Ernte möglichst viel schnell herauszuholen, besonders hoch gesetzt war) nicht im selben Verhältnis gestiegen wie die Produktionskosten. Auch hier ist hinsichtlich der Hauptfaktoren (Arbeit und Düngemittel) zu konstatieren, daß sich ihre Beschaffung doppelt so hoch stellt, wie im Frieden; die Erlöse aber sind nicht ganz auf das Doppelte gestiegen. Belastend wirkt auch hier das Sinken des Naturalertrages infolge mangelhafter Düngung.

Verhältnismäßig ungünstig steht die Zuckerrübenproduktion da, obwohl auch deren Preise etwa auf das Doppelte gestiegen sind. Aber die Zuckerrübe ist sehr anspruchsvoll hinsichtlich der Düngung und es ist jetzt meistenteils nicht möglich, ihr darin gerecht zu werden. Ebenso ist sie sehr empfindlich gegen Vernachlässigung hinsichtlich der Pflegearbeiten, ja selbst nur gegen ihre Verspätung. Da auch hierin selbst tüchtige Landwirte häufig sündigen mußten, so ist die Erntemenge durchschnittlich erheblich gesunken. Hätten gleichbleibende Ernten nur mit einer Verdoppelung der Produktionskosten zu rechnen gehabt, so ergibt die Verteilung auf eine geringere Erntemenge ein noch ungünstigeres Produktionskostenverhältnis, mit andern Worten: auch hier deckt der Mehrpreis vielfach nicht den Mehraufwand.

Außerordentlich hoch war in den Jahren 1916—1917 die Rente gewisser Spezialkulturen, insbesondere der feldmäßig zu bauenden Gemüse und dies um so mehr, je weniger sie von einschränkenden Preis- und sonstigen Bestimmungen betroffen waren oder je besser sich die Produzenten über solche hinwegzusetzen wußten.

Alles in allem ist noch zu bedenken, daß alle unsere derzeitigen Rentabilitätsrechnungen den Fehler haben, daß sie den rechnerisch nicht greifbaren Faktor außer acht lassen müssen, daß alle Früchte z.Z. von der Bodensubstanz zehren und daß dieses Kapital bei weiter mangelndem Ersatz sehr stark angegriffen sein würde.

Eine eigentümliche Entwicklung hat die Rentabilität der tierischen Produktion während des Krieges angenommen. In der allgemeinen Unsicherheit der ersten Kriegsmonate blieben bei steigenden Preisen der Bodenprodukte die Viehpreise völlig unverändert. Vorübergehend trat dann infolge der ostpreußischen Kalamitäten sogar ein Fallen, insbesondere der Rindviehpreise, ein. Sehr bald aber setzte (im Jahre 1915) eine erhebliche Preissteigerung ein, die viele Landwirte des Ostens sozusagen über Nacht reich machte; zum Teil allerdings nur in der Theorie, sofern nämlich, wie bei den meisten Betrieben die Regel ist, infolge steter Aufrechthaltung eines bestimmten gleichbleibenden Viehbestandes nur ein dem Zuwachs entsprechender Bruchteil des Altbestandes zum Verkauf kommt, zum Teil aber auch tatsächlich, wo größere Umsätze in Frage kamen und in ganz bedeutendem Maße da, wo die vollständige Versilberung des Viehbestandes geschäftsmäßig eintrat, in erster Linie bei Pachtübergaben. Die Verdreifachung der Pferdepreise und die Verdoppelung der Rindviehpreise hat hier Pächtern, deren Vermögen lediglich aus ihrem Pächterkapital bestand, zur Verdoppelung und Verdreifachung ihres Vermögens verholfen. (Wie der übernehmende Teil dabei zurecht kommen wird, kann erst die Zukunft zeigen.)

War schon zu Friedenszeiten der Schweinepreis erheblichen Schwankungen unterworfen, die in erster Linie mit dem Kartoffelpreis, aber auch mit dem Mais- und Gerstenpreis verknüpft waren, so mußten sich unter den sprunghaften Veränderungen der Kriegskonjunkturen noch viel stärkere Schwankungen zeigen. Wenn man grob sagen kann, daß nur die östliche Hälfte des deutschen Schweinebestandes von einheimischen Bodenprodukten lebte, während die westliche Hälfte ganz ausschließlich auf Auslandsgetreide, in erster Linie russische Gerste, angewiesen war, so ergibt allein dieser Umstand, daß die Schweinepreise beim Wegfall aller Einfuhr außerordentlich in die Höhe gehen mußten. In welchem starken Maße diese Tatsache die Verfütterung von Getreide und Kartoffeln begünstigte, ist ja in unser aller Erinnerung und es ist eins der traurigsten Kapitel in der Wirtschaftsgeschichte des Krieges, daß nicht nur die stets kurzsichtige öffentliche Meinung, sondern auch die maßgeblichen Stellen es noch langehin als eine patriotische Tat hinstellten, recht viel Fleisch, ganz besonders Schweinefleisch, zu produzieren. Schreiber dieses versuchte noch im Jahre 1914 der damals maßgeblichen Stelle darzulegen, daß nur eine

energische zwangsweise Verringerung des Schweinebestandes die reiche Getreideernte des Jahres 1914 vor Verfütterung beschützen könnte und daß Einschränkung ebenso im Interesse der Erhaltung der nur mäßigen Kartoffelernte läge. Gewiß stand er damit nicht allein und sind ja auch einige Professoren mit ähnlichen Vorschlägen hervorgetreten. Gleichwohl aber wurde offiziell und offiziös weiter der Ratschlag gegeben, die tierische Produktion aufrecht zu erhalten und womöglich zu verstärken. Wäre damals eine planmäßige Verringerung des Schweinebestandes vorgenommen worden, so würde zwar der Verbrauch schon früher erheblichen Beschränkungen ausgesetzt worden sein, sie hätten aber nicht den Umfang anzunehmen brauchen, der ihnen heute hat gegeben werden müssen, heute, wo alle Welt so klug ist zu schreien: Wir haben immer noch zuviel Schweine, der Bestand muß je eher, desto besser vermindert werden. Drei Jahre zu spät!

Gab es zu Anfang des Krieges noch ausländische Futtermittel zu um 20—30 % erhöhten Preisen, so sind dieselben jetzt schon längst vom Markte verschwunden und ist eine bedenkliche Eiweiß- und Fettnot eingetreten, die jegliche Fleisch- und Milchproduktion unrentabel macht, denn es gehört eine Verschwendung eigens produzierter Kohlehydrate dazu, um gleichwohl gering bleibende Mengen von Fleisch und Milch zu produzieren. Der Milchpreis konnte unmöglich auf eine Höhe heraufgesetzt werden, die diesen fundamentalen Mangel ausgleicht. So ist denn die Milchproduktion die ungünstigste, die Fleischproduktion die zweitungünstigste der derzeitigen landwirtschaftlichen Produktionen. Dies wird sich, sobald freie Preise wieder eintreten, derart äußern, daß dafür eine sprunghafte Steigerung eintritt. Leider hat die Sache mit der derzeitigen Unrentabilität nicht ihr Bewenden, es liegt vielmehr eine Analogie mit der bei der Erörterung des Kartoffelpreises erwähnten Erschöpfung des Grund und Bodens vor, indem die Konstitution, insbesondere unserer Rindviehbestände, zum größten Teil erschüttert ist; eine erschreckende Zunahme der Tuberkulose wird die Signatur der ersten Friedensjahre sein. Wir werden gezwungen sein, einen Tilgungsfeldzug in einem Umfang vorzunehmen, wie er bisher unerhört war und Millionen dafür opfern müssen. Da kaum anzunehmen ist, daß unsere allgemeinen wirtschaftlichen Zustände eine Preissteigerung für tierische Produkte zulassen werden, welche alle diese Schäden zu kompensieren imstande ist, wird möglicherweise die Viehhaltung in das not-

wendige Uebel, das sie zur Zeit unserer Großväter war, wieder einmal umschlagen und überall die Tendenz hervortreten, sie zu verringern. Nur das Bedürfnis nach Stallmist wird, wie in den herangezogenen alten Zeiten, ihren Bestand einigermaßen aufrecht zu erhalten in der Lage sein. So viel Probleme, so viel Unsicherheiten!

Gleichwohl liegt es mir an dieser Stelle ob, eine wenn auch nur tastende Voraussage über die demnächstige landwirtschaftliche Rentabilität zu machen. Soweit zurzeit, d. h. Anfang Dezember des Jahres 1917, außenpolitische Erwägungen möglich sind, kann mit einer größeren Sicherheit davon gesprochen werden, daß wir Oesterreich-Ungarn eine Vorzugsbehandlung hinsichtlich seiner bei uns einzuführenden landwirtschaftlichen Produkte werden zugestehen müssen. Sehr viel unsicherer sind die Vermutungen hinsichtlich der Wiederanknüpfung mit der russischen Wirtschaft. Kommen wir zu einem baldigen Sonderfrieden mit Rußland, so kann man von unseren Unterhändlern erwarten, daß sie für uns eine Art bevorzugten Bezugsrechtes auf dessen agrarische Produkte erwirken. Damit ist jedoch noch kein Anhalt über die voraussichtliche Preisgestaltung dieser in Massen einzuführenden Produkte, z. B. der russischen Gerste, gegeben. Der Zweck der Einfuhrsicherung kann ebensogut unter hoher wie unter niedriger Zollfestsetzung erreicht werden; immerhin dürfte er eine gewisse Höhe nicht überschreiten, wenn nicht, vom Standpunkt des Volksganzen, nicht vom einseitigen agrarischen gesprochen, die Gefahr heraufbeschworen werden soll, daß derartige Abmachungen, weil zu ungünstig für den Staat, umgestoßen zu werden drohen. Aber nicht nur der *Umfang des Produktenexportes* aus Rußland, sondern auch der *des periodischen Menschenexportes* aus dem neugegründeten polnischen Staat, dem etwa neu zu gründenden nördlich daran angelehnten Staat und sonstigen etwa neuen Staatsgebilden des alten Westrußlands wird erheblich die Form und Rentabilität unserer Landwirtschaft beeinflussen. Gelingt es nicht mehr, annähernd die gleiche Zahl hunderttausender von Menschen an slawischen Hilfsarbeitern über die Ostgrenze herüberzuziehen, so bedeutet dies ein Blutlosmachen mindestens der ganzen östlichen Landwirtschaft, und es bleibt nur noch der Versuch zu machen, ehemalige Industriearbeiterfamilien aufs Land zurückzuziehen. Es würde in diesem Fall nicht genügen, die vorhandenen, etwa

leer stehenden Wohnungen wieder aufzufüllen, sondern es bedürfte dazu umfangreicher Neubauten, hinsichtlich deren Kosten wir wieder einmal vor einem großen Fragezeichen stehen. Zurzeit kostet ein modernes Einfamilienhaus um 10 000 M. und wenn es nur eine Arbeitskraft liefert, so entsteht allein durch die als Lohnanteil gelieferte Wohnung ein Aufwand von 2 M. pro Tag, also soviel, wie vor einem Menschenalter etwa ein Landarbeiter überhaupt bezog. Ganz abgesehen deshalb davon, was die unentbehrlichen sachlichen Produktionsmittel, in erster Linie Dünger und Futter kosten werden, liegt allein schon in der vorauszusehenden bedeutenden Lohnsteigerung eine Erhöhung der Produktionskosten, die sich nicht absolut aber anteilig berechnen läßt, wenn man zugrunde legt, daß der Arbeitslohn unter den Preisrelationen vor dem Kriege in mittelintensiven östlichen Wirtschaften 40 % des gesamten Wirtschaftsaufwandes ausmachte. Wie die Sache auch privatwirtschaftlich liegen möchte, volkswirtschaftlich wäre die Abwanderung von Arbeitern aus Industrien, denen die Entwicklungsmöglichkeit abgeschnitten sind, sehr viel ungefährlicher als etwa ein chronischer Arbeitermangel in den östlichen Großbesitzgebieten. Es wäre aber auch denkbar, daß trotz hohen Gesamtlohnes, von dem immer nur ein Teil Geldlohn sein kann, da die Gewährung gewisser Naturalbezüge auf dem Lande nicht ausgeschaltet werden kann, die vor dem Kriege schon bestehende A b n e i g u n g zur Landarbeit aufrecht erhalten bliebe oder sogar sich steigern würde und daß einem gewissen Arbeiterüberfluß der Industriegebiete und der Städte ein furchtbarer Arbeitermangel auf dem Lande gegenüberträte. Wie sich dann die Produktionskosten der viel Arbeit beanspruchenden Bodenfrüchte, insbesondere der Hackfrüchte, zum Verkaufspreise auch immer stellen mögen, so viel läßt sich absehen, daß sie dann eine Höhe erreichen würden, die ihre Konkurrenz mit selbst recht hoch zu stehen kommenden Auslandsprodukten, z. B. russischem Getreide, unmöglich macht. Dies würde mit einem höchst bedauerlichen Rückgang unserer ganzen landwirtschaftlichen Kultur, mindestens im östlichen Deutschland, gleichbedeutend sein, denn mit bloßem oder ganz überwiegendem Getreidebau ist die Fruchtbarkeit und Ergiebigkeit der Scholle nicht aufrecht zu erhalten, geschweige denn zu steigern.

Die weiter oben ausgeführten Maßnahmen zur Sicherung eines Landarbeiterstandes stellen mehr oder weniger eine Fürsorge

der Väter für die Kinder dar, sie selbst werden die Früchte kaum noch genießen können. Da sie aber gleichwohl wirtschaftlich weiter existieren wollen, und nicht nur das, sondern auch die Produktion von Nahrungsmitteln keine Angelegenheit ist, die auf der gleichen Stufe wie die von Luxusartikeln steht, d. h. heute eingeschränkt, morgen vermehrt werden darf, so sind rasche Maßnahmen zur Sicherung der erforderlichen Landarbeit nötig. Solche eingehend zu erörtern, würde eine eigene Arbeit erfordern und ist am Schluß einer auf Erörterung aller Gesichtspunkte eingestellten nicht angebracht.

Gleichwohl aber dürften auch hierfür einige allgemeine Hinweise erwartet werden. Sie heißen: periodische Heranziehung industrieller, städtischer Arbeiter für die Ernten insbesondere solcher Produkte, wo Maschinen der Natur der Dinge nach noch keine große Rolle spielen können. Hier kommen in erster Linie die Kartoffeln in Frage. Es ist in den Kriegsjahren so viel von direkten Beziehungen zwischen Konsumenten und Produzenten die Rede gewesen; nichts wäre einfacher als der Abschluß von großen Industriewerken, und von Kommunen mit Landwirten auf Anbau einer bestimmten Kartoffelfläche zu einem bestimmten Preise derart, daß der Produzent die Frucht fertig hinzustellen hat, die Ernte selbst aber und die Abfuhr die benachbarte Kommune oder das naheliegende großindustrielle Werk sich besorgen. Der Umfang des Kartoffelanbaues ist für jeden Betriebsleiter in erster Linie abhängig von den Händen, die zur Ernte verfügbar sind. In den meisten Fällen mußte er weniger Kartoffeln bauen, als seine wirtschaftlichen Verhältnisse erlaubten, weil er die größere Ernte nicht bestreiten zu können fürchten mußte. Da nun die Kartoffeln in den ersten Friedensjahren zweifellos eine überragende Rolle als Nahrungsmittel spielen werden, so ist schon in dieser einen Maßregel eine wichtige Handhabe für Verstärkung und Sicherstellung der Ernährung der Nichtlandleute gewährleistet.

Eine zweite derartige Maßnahme wäre die Heranziehung von Soldaten für gewisse arbeitsreiche Perioden in der Landwirtschaft. Die Beurlaubung einer kleineren Anzahl von Mannschaften für die Getreideernte ist eine altherkömmliche Einrichtung, es handelt sich aber jetzt darum, ihr einen ganz anderen Umfang und einen ganz anderen Zeitraum zu geben. Wir haben in den Kriegsjahren gesehen, in welch kurzer Frist militärische

Ausbildung möglich ist. Es steht dem also nichts im Wege, bei Beibehalten der zweijährigen Dienstzeit die halbe Zeit als wirtschaftlichen Dienst in der Landarbeit auszugestalten und damit eine dauernde und sichere Quelle für jugendkräftige Landarbeiter zu eröffnen. Aber selbst bei Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr wären immer noch mehrere Monate für Landarbeit verfügbar. Alle derartigen weitgreifenden Maßnahmen können natürlich nicht unter dem Gesichtspunkt gerechtfertigt werden, den ostelbischen Großgrundbesitzern zur sicheren Bergung ihrer Ernten und damit zur Aufrechterhaltung ihrer Rente zu verhelfen, wohl aber unter dem der Aufrechterhaltung des Staatsorganismus bzw. des deutschen Volkes.

Eine mindere Bedeutung in einem minderen Umfang kann bestenfalls der Verwendung von Schülern der oberen Klassen der Gymnasien, Realgymnasien usw. und von Studenten beigemessen werden. Hier wird es sich sowohl der Zahl wie der Zeit nach immer nur um geringere Hilfe handeln können, die gleichwohl nicht beiseite gestellt werden sollte, sondern schon unter dem Gesichtspunkt pfleglich behandelt werden möchte, daß auf diese Weise eine möglichst große Menge der heranwachsenden Staatsbürger recht früh mit den primitiven Bedürfnissen der Volksernährung vertraut gemacht werden kann. All das sind Maßnahmen, die von heute auf morgen ergriffen werden können und vielleicht schon für die Ernte des Jahres 1918 ergriffen werden müssen.

Nicht uninteressant ist schließlich auch die Frage, wie sich voraussichtlich die Einträglichkeit des landwirtschaftlichen Gewerbes nach den verschiedenen Betriebsgrößen differenzieren wird. Glänzende Aussichten hat der Kleinwirt, der mit gutem Wissen und Können ausgerüstet richtig und reichlich zu produzieren vermag. Der Grund und Boden ist für ihn in erster Linie Arbeitsinstrument und er wird bei voraussichtlich hoch bleibenden Produktenpreisen einen hohen Arbeitsverdienst erzielen. Die Kapitalverzinsung spielt für ihn eine mindere Rolle und er kann infolgedessen bei intensiver Kultur einen recht hohen Bodenpreis verzinsen. Anders liegt es bei den Mittel- und Großbetrieben, die auf fremde Arbeit angewiesen sind. Hier werden den hohen Produktenpreisen vermutlich hohe Arbeitskosten gegenüberstehen. Auch wird sich hier der in allen Produktionsmitteln (Düngemitteln, Maschinen) steckende hohe Lohnanteil verteuernd gel-

tend machen. Dazu kommt für alle, die neuerlich Grund und Boden oder auch nur Pächterinventar erworben haben, daß deren Verzinsung hohe Ansprüche stellen wird; insbesondere zweite und dritte Hypotheken werden teuer, zuzeiten vielleicht kaum beschaffbar sein. Hoher Zinsaufwand für die fremden Kapitalien kann bei sinkender Konjunktur das eigene Kapital zur Zinslosigkeit verurteilen und damit die ganze wirtschaftliche Existenz erschüttern. Da nun weiter noch die Prosperität der Großwirte eng mit unserer innerpolitischen Zukunft verknüpft ist, so läßt sich über ihre Chancen in den bevorstehenden Friedensjahren weder so sicher noch so günstig urteilen, wie über die der Kleinwirte. Deshalb liegt es auch im Interesse des gemeinen Wohls, möglichst viele neue Kleinunternehmer zu etablieren.

Nachschrift. Bei Würdigung der Angaben über die Preise von Produktionsmitteln und von Produkten und ihrer Relation ist zu beachten, daß die Arbeit aus Sommer und Herbst 1917 stammt. Um speziell den Arbeitslohn herauszugreifen, so stellte er sich damals ungefähr nur um 50% höher als im Frieden. Inzwischen ist die Arbeitsleistung weiter gesunken, der Tagelohn weiter gestiegen, so daß z. Z., Mitte Mai 1918, eine bestimmte Arbeitsmenge etwa das Doppelte vom Friedenspreis kostet. Auch die übrigen Produktionsmittel, z. B. Zugtiere, Düngemittel u. a. sind weiter im Preise gestiegen; ganz zu schweigen von minderen, in ihrer Summe gleichwohl ins Gewicht fallenden Bedarfsartikeln (Kleineisenwaren, Schmieröl, die das 5—10fache des ursprünglichen Preises erreicht haben).

Jeder Leiter großer Wirtschaftsbetriebe (wie Schreiber dieses), der doch nur in seinen kärglichen Mußestunden volkswirtschaftlich denken darf, in seinen Geschäftsstunden aber privatwirtschaftlich zu kalkulieren hat, steht immer wieder vor der Frage: Wie wirst du übers Jahr mit der durch Weggang der Gefangenen verminderten Arbeiterzahl wirtschaften? Sekundär heißt das: Wie und nach welcher Richtung mußt du deine Produktion vermindern? Und das angesichts des drohenden Gespenstes einer europäischen Hungersnot!

Die Möglichkeiten der ungarischen Landwirtschaft und ihre Bedeutung für Mitteleuropa.

Von

ARNOLD DÁNIEL.

I.

Die Entscheidung der Frage, ob in der kommenden Friedenszeit ein Zusammenschluß der Mittelmächte oder die Beibehaltung des bisherigen Zustandes, ferner ob eine Wirtschaftspolitik der Selbstgenügsamkeit oder die Weiterverfolgung des vorherigen exportindustrialistischen Kurses zu erstreben sei, hängt in der Hauptsache davon ab, wie weit die Mittelmächte in der Lage sind, sich selbst, durch eigene Produktion, mit den wichtigsten Rohstoffen zu versorgen. Dieser Umstand wurde bei der Beurteilung dieser Grundfrage der kommenden Friedenswirtschaft in den gründlicheren einschlägigen Schriften auch bisher nicht außer acht gelassen; dafür wurde aber bei solcher Gelegenheit bis jetzt beinahe in allen Fällen der Fehler gemacht, daß ein sehr wichtiger Posten mit einem falschen Werte in Rechnung gestellt wurde: indem man nämlich die Steigerungsfähigkeit der agrarischen Produktion in Ungarn nicht der wirklichen Sachlage entsprechend wertete. Bloß Friedrich Naumann hat — in seinem bekannten vorzüglichen Buche »Mitteleuropa« — die großen Möglichkeiten der ungarischen Landwirtschaft in Rechnung gezogen, aber selbst er nicht in dem Maße, in dem er hiezu berechtigt gewesen wäre.

Es soll hier in aller Kürze diese Seite der Frage »Mitteleuropa« skizziert werden, wobei auf eine ausführliche Besprechung der Einzelheiten, auf einen quellenmäßigen Nachweis der berührten Tatsachengruppen, aus räumlichen Gründen, nicht eingegangen werden kann. Den Nachweis und eine er-

schöpfendere Ausführung der folgenden Feststellungen wird eine in Arbeit befindliche größere Studie des Verfassers enthalten.

Bei der Beurteilung der Steigerungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion Ungarns müssen wir vor allem folgende Faktoren in Betracht ziehen: die Naturverhältnisse des Landes, ferner das Rüstzeug der modernen Agrartechnik, und endlich die Fähigkeit der agrarischen Bevölkerung, dieses zur Steigerung der Erträge auch anzuwenden. Beginnen wir mit den Naturverhältnissen.

Die naturgegebene Fruchtbarkeit eines Landes hängt — im wesentlichen — von 3 Faktoren ab: 1. von der Qualität des Bodens, 2. von der Wärme und 3. von der Feuchtigkeit des Klimas. — Die Bodenverhältnisse Ungarns sind in ihrem Durchschnitte, wie bekannt, günstige, jedenfalls wesentlich günstigere als jene Deutschlands. Von den klimatischen Verhältnissen kann nicht dasselbe gesagt werden. Die Wärmeverhältnisse wären zwar an und für sich noch günstig. Die Sommerwärme ist um 4° C. höher als in Deutschland, so daß Mais und Wein im größten Teile Ungarns gedeihen. Ja im großen Tiefland kommt auch der Reis und im Süden desselben — nach neueren Versuchen — sogar die Baumwolle zur Reife. Der Winter ist wohl streng, aber nicht übermäßig; bezeichnend ist hiefür, daß die Luzerne, eine nicht allzu winterfeste Kulturpflanze, selbst in den winterkältesten östlichen Landesteilen noch angebaut wird. Hierbei ist die Gefahr einer Beschädigung der Saaten durch Frühjahrsfröste geringer als z. B. in Pommern. Dafür sind aber die Feuchtigkeitsverhältnisse wesentlich ungünstigere als in Deutschland. Nicht als ob die Regenmenge im ganzen gering wäre. In den Ebenen und Hügelländern Ungarns, wo sich der Hauptsitz der Landwirtschaft befindet, beträgt die durchschnittliche jährliche Regenhöhe sozusagen überall zwischen 500 und 700 mm: also nicht weniger als in den meisten Gegenden Deutschlands. Die Verteilung des Regens ist jedoch weniger günstig als dort. In Ungarn sind die Monate Mai und Juni regnerisch, im Juli nimmt der Regen schon ab, um dann im August und September ganz spärlich zu werden. Dabei kann auf den Regen mit etwas geringerer Sicherheit gerechnet werden, als in Deutschland; mehrwöchentliche regenlose Perioden sind nicht selten. Am ungünstigsten werden aber die Feuchtigkeits-

verhältnisse dadurch beeinflußt, daß die Verdunstung der Feuchtigkeit aus dem Boden durch die große Sommerwärme, die starke Sonnenstrahlung und die relative Trockenheit und oftmalige Bewegtheit der Luft stark gefördert wird. Infolge dieser starken Verdunstung bieten besonders die Tiefländer, die im Mai und Juni das Auge mit einem üppigen Grün erfreuen, im weiteren Verlaufe des Sommers — in der Regel — das Bild einer trockenen Steppe. — Diese Tiefländer haben trotz der ziemlich großen Regenmenge, die sie befeuchtet, von der Natur aus eine Steppenflora und auch in den Hügelländern gedeiht der Wald nicht so üppig, wie westlich und nordwestlich von Ungarn. — Ja, diese starke Verdunstung der Feuchtigkeit hat die ganze geschichtliche Entwicklung des Landes beeinflußt. Im Altertum und im Mittelalter war der Ackerbau nur an verhältnismäßig wenigen Stellen im Lande möglich, weil die Bodenerträge bei der damaligen primitiven Technik des Ackerbaues durch die Trockenheit zu sehr gefährdet waren. Aus diesem Grunde konnte in der Hauptsache nur die allerextensivste Weidewirtschaft betrieben werden. Das Land wurde somit von jeher Sitz und Kampfplatz von Hirtenvölkern, die aus den östlichen Steppen einwanderten. Erst in den letzten 2 Jahrhunderten ermöglichten die allmählich einsetzenden Fortschritte der Agrartechnik eine größere Ausdehnung des Ackerbaues auf Kosten der Weidewirtschaft. Durch Ausnützung dieser agrartechnisch geschaffenen wirtschaftlichen Möglichkeit ist das ungarische Volk — im 17. Jahrhundert noch vorwiegend von Weidewirtschaft lebend — völlig ein Ackerbauvolk geworden und zu einer europäischen Wirtschafts- und Kulturhöhe emporgestiegen.

Derzeit ist dieser geschichtliche Werdegang schon weit fortgeschritten; die einst unendlichen Weiden sind auf relativ kleine Reste zusammengeschrumpft. Aber auf den sich überall ausbreitenden Aeckern wird bis jetzt bloß extensiver Körnerbau betrieben. Nahezu 80 % der angebauten Fläche wird mit Getreide und Mais bestellt. Dieser einseitige Körnerbau bedeutet zugleich einen zu geringen Futterbau; demzufolge ist der Viehstand relativ klein und die Düngung der Felder unzureichend. — Die Ursache dieser Einseitigkeit der Wirtschaft besteht darin, daß die Halmfrüchte und der Mais der Trockenheit gegenüber viel widerstandsfähiger sind, als die Knollengewächse und Futter-

gräser, und deshalb zahlt sich ihr Anbau, unter den klimatischen Verhältnissen Ungarns, bei der bis jetzt allgemein üblichen Technik viel besser aus. Hierbei werden aber auch im Anbau der Körnerfrüchte keine hohen Erträge erzielt; so werden z. B. vom Weizen pro Hektar durchschnittlich nur 12 dz. geerntet, gegen 21 dz. in Deutschland; und vom Mais nur 16 dz., gegen 36 dz. in Böhmen und 33 dz. in Kanada. In diesen kleinen Hektarerträgen kommt auch die geringe Intensität des Anbaues zum Ausdruck. Für die letztere ist es kennzeichnend, daß der Boden nur 3—5 Zoll tief und auch in den Großbetrieben zumeist nur 6 Zoll tief bearbeitet wird; dabei durchaus nicht in einer Weise, die unseren heutigen Kenntnissen der Bodenkultur entspräche. Aber die Grundursache der geringen Ernten ist dennoch in der starken Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit zu suchen. Die geringe Intensität ist selbst eine Folge der starken Verdunstung. Diese bewirkt, daß die Feldfrüchte häufiger von der Trockenheit zu leiden haben und das Risiko der Dürre größer ist als daß der Landwirt, der gegen diese Gefahr keine Schutzmittel kennt, sich auf eine größere Intensität der Wirtschaft einrichten könnte.

Kann aber die Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit durch künstliche Mittel stark verringert werden: dann wird hierdurch die Grundursache der Rückständigkeit und geringen Produktivität der ungarischen Landwirtschaft ausgeschaltet. Denn in diesem Falle sind die Niederschläge für ein üppiges Gedeihen der Feldfrüchte nicht minder ausreichend als in Deutschland, es können somit ebenso große und sichere Erträge erzielt werden als dort. Nun sind aber solche Mittel, die durch eine Herabsetzung der Verdunstung oder sonstwie eine bessere Feuchtigkeitsversorgung der Kulturpflanzen sicherzustellen geeignet sind, derzeit, dank den Fortschritten der Agrartechnik im neuen Jahrhundert, schon in ausgiebigem Maße vorhanden.

Das wichtigste dieser Mittel ist die moderne wissenschaftliche Bodenbearbeitung. Wird der Ackerboden bis zumindest 8 Zoll Tiefe, durch geeignete Ackergeräte fein zerkrümelt und dabei dafür gesorgt, daß er keine größeren Hohlräume enthalte, so bildet er hernach eine kom-

pakte, dabei aber stark poröse Schichte, die wie ein Schwamm das Wasser der Niederschläge aufsaugt und den Ueberschuß davon schnell in den Untergrund hinableitet, wo die Feuchtigkeit sich dann zu Vorräten aufspeichert, die in trockenen Zeiten in den Haarröhrchen des Bodens wieder emporsteigen und den Feldfrüchten zur Verfügung sind. Damit die Feuchtigkeitsvorräte des Bodens nicht ganz bis an die Oberfläche steigen und dort einer raschen Verdunstung anheimfallen, muß nach den Grundsätzen der modernen Bodenbearbeitung an der Bodenoberfläche durch die Arbeit von hacken- oder eggenartigen Geräten eine 2—3 Zoll tiefe lockere Krümelschichte geschaffen und dann ständig aufrechterhalten werden. Nunmehr kann die Feuchtigkeit nicht ganz bis zur Oberfläche, sondern nur bis zur Unterseite der den Boden bedeckenden lockeren, mulschigen Schichte steigen — in die letztere selbst kann sich die Feuchtigkeit nicht hinaufsaugen, weil der Mulsch aus losen Bodenstücken besteht, die durch keine Haarröhrchen verbunden sind. Im Schatten der Krümelschichte, in 2—3 Zoll Tiefe, ist aber die Verdunstung der bis dorthin emporgestiegenen Feuchtigkeit unvergleichlich geringer, als an der Oberfläche, wo Luft und Sonne ungehindert an den Boden heran können. Auf die Einzelheiten der modernen Bodenbearbeitung, die für die landwirtschaftliche Praxis minder feuchter Klimagebiete in Amerika zu Beginn des neuen Jahrhunderts sehr zielbewußt ausgearbeitet und durchgebildet wurde, können wir hier wegen Raummangels nicht eingehen. Nur darauf sei hingewiesen, daß es mit Hilfe dieses Bodenbearbeitungsverfahrens sehr gut möglich ist, aus dem Wasser der Niederschläge große Vorräte im Boden aufzuspeichern und dort während langer Monate festzuhalten, so daß die Feldfrüchte aus diesen Vorräten selbst während längerer regenloser Perioden gut versorgt werden und fast nie unter Trockenheit zu leiden haben. Letzteres gilt besonders für solche Klimagebiete, wo, wie in den Tiefländern und Hügelländern Ungarns, die Niederschläge durchschnittlich die gar nicht geringe jährliche Höhe von 500—700 mm erreichen und bloß die starke Verdunstung die Trockenheitserscheinungen hervorruft. Was hier die moderne wissenschaftliche Bodenbearbeitung leisten kann, das wurde in einigen gut geleiteten Großbetrieben Ungarns, wo sie eingeführt wurde, im Laufe der letzten Friedensjahre auf überraschende Weise gezeigt. Sowohl im Getreide- und

Maisbau, als im Anbau von Rüben und Kartoffeln wurden allein durch Einführung der modernen Bodenbearbeitung, ohne jede sonstige Verbesserung, Mehrerträge von 50—100% über die bisherigen Erträge erzielt und in jenen Fällen, wo die moderne Bodenbearbeitung durch sonstige Verbesserungen (Düngung, edleres Saatgut usw.) ergänzt wurde: Mehrerträge von 200% und noch mehr. Diese Erträge wurden meistenteils auf großen Flächen im Durchschnitte mehrerer Jahre und teilweise gerade in Trockenjahren erzielt.

Ein anderes wichtiges Mittel zur Verbesserung der Feuchtigkeitsversorgung der Feldfrüchte (vor allem der Getreidearten und mancher Futtergräser) bietet die Kräftigung der Wurzelentwicklung nach den Grundsätzen Demtschinskys — da nämlich ein weitverzweigtes kräftiges Wurzelwerk, das bis in die tieferen und feuchteren Bodenschichten hinunterdringt, die Pflanze verhältnismäßig gut mit Feuchtigkeit zu versorgen imstande ist. Die Kräftigung der Wurzelbildung erfolgt in der Praxis durch eine auf bestimmte Art, in bestimmter Zeit ausgeführte Behäufelung der in schütteren Reihen gesäten Pflanzen. Diese Arbeit kann auch mit Hilfe hiezu konstruierter mechanischer Geräte ausgeführt werden, aber viel vollkommener, und von unvergleichlich besserem Erfolg ist ihre Ausführung mit einer einfachen Handhacke. In Ungarn wurde die moderne Behäufelung des Getreides auf diese Weise, in einer Anzahl von Kleinbetrieben, in den verschiedenen Gegenden des Landes versucht; und hierbei wurden, ohne jede sonstige Verbesserung des Anbaues, allein durch das Behäufelungsverfahren Mehrerträge von 80—100% über die gewöhnlichen Erträge hinaus erzielt. Ja, zuletzt wurde im Trockenjahre 1916/17, in einem Falle durch Verbindung moderner Bodenbearbeitung mit der Behäufelung des Weizens sogar ein Mehrertrag von 200% über den Durchschnittsertrag hinaus erreicht.

Die Düngung der Aecker und Wiesen war in Ungarn bis jetzt ganz unzureichend. Der Kunstdüngerverbrauch betrug 1907 per Katastraljoch der Ackerfläche Ungarns bloß 6½ kg gegen 107 kg in Deutschland und 195 kg in Belgien. Dieser Mangel an ausreichender Kunstdüngung war bis jetzt eine Folge des zur Trockenheit neigenden Klimas. Die Pflanzenkulturen können nämlich die ihnen dargereichten Kunstdüngergaben nur durch ein gesteigertes Wachstum dem Landwirte bezahlt machen; und

zu diesem Mehr an Wachstum brauchen sie ein Mehr an Feuchtigkeit. Solange also der ungarische Durchschnittslandwirt die Feuchtigkeitsvorräte seines Bodens gegen die Verdunstung nicht genügend schützen konnte, war für ihn auch die Anwendung größerer Kunstdüngermengen nicht ökonomisch genug. Sobald er dagegen die rationellen mit der Bodenfeuchtigkeit haushaltenden Ackerbaumethoden der neuesten Zeit in Gebrauch zu nehmen vermag, wird er (im Zusammenhang mit der hierdurch verbesserten Feuchtigkeitsversorgung seiner Pflanzenkulturen) auch im Kunstdüngergebrauche unvergleichlich weiter gehen können, als vorher.

Aehnliches gilt gewissermaßen auch in bezug auf die Stalldüngung. Zur ausgiebigen Stalldüngung ist ein großer Viehstand, also ein reichlicher Futterbau erforderlich, der unter dem Klima Ungarns, bis in die neueste Zeit, schwierig war. Nun brachte aber die agrartechnische Entwickelung der letzteren Zeit auch auf dem Gebiete des Futterbaues eine ganze Anzahl von Verbesserungen hervor, die für Ungarn von höchster Bedeutung sind. Wir können hier diese wichtigen Verbesserungen, aus Raummangel, nicht einzeln besprechen. Man kann aber jedenfalls mit Bestimmtheit sagen, daß die oft gemachte Behauptung, wonach in Ungarn, infolge der ungünstigen Eigenschaften seines Klimas intensive Landwirtschaft nicht möglich wäre, bei dem heutigen Stande der Agrartechnik nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Vor 15 Jahren hatte eine solche Behauptung noch ihre Berechtigung, denn damals war das Rüstzeug der Agrartechnik noch nicht mächtig genug, um Mittel zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, die das Klima einem intensiveren Ackerbau entgegenstellt, liefern zu können. Mit Hilfe der neueren agrartechnischen Fortschritte können aber in Ungarn ebenso große Hektarerträge im Pflanzenbau erzielt werden wie in Deutschland, ja noch größere, weil der Boden besser und die Sommerwärme größer ist und diese Vorzüge der Naturverhältnisse in den Erträgen voll zur Geltung kommen, sobald die Wirkung der naturgegebenen Feuchtigkeitsverhältnisse, die bis jetzt die Erträge niederhielt, durch eine vollkommenere Technik korrigiert wird. Dies gilt noch in erhöhtem Maße, wenn wir auch die Möglichkeit der Bewässerung in Betracht ziehen.

In Ungarn ist die Ausdehnung der Ebenen ziemlich groß;

sie nehmen insgesamt ungefähr $^2/_5$ des Staatsgebietes ein und haben zum großen Teile eine derart tiefe und flache Lage, daß sie ohne jede technische Schwierigkeit mit einem Netze von Bewässerungskanälen durchzogen werden könnten. Und zwar befinden sich solche für die Kanalisation durch ihre tiefe und ebene Lage leicht geeigneten Landesteile in größerer Ausdehnung vor allem im Süden Ungarns, wo die Sommerwärme am größten ist, und sie enthalten zugleich den besten Boden des Landes: sie bieten demnach für die Bewässerung äußerst günstige Voraussetzungen.

Nach einer im Jahre 1906 veröffentlichten Berechnung des Ministerialrates Eugen Kvassay würde jene Wassermenge, die den Flüssen und Strömen Ungarns für Bewässerungszwecke ohne weiteres entnommen werden könnte, zur Bewässerung von insgesamt 700 000 Hektaren genügen; im Falle der Errichtung großer Sammelbecken in den Quellgebieten der Flüsse stände noch mehr Wasser für Bewässerungszwecke zur Verfügung, und die Bewässerungswirtschaft wäre somit auf einer entsprechend größeren Fläche möglich. Nun wurden aber die Ergebnisse dieser Berechnung seit deren Aufstellung völlig umgestoßen durch jene glänzenden Fortschritte, die auf dem Gebiete der Bewässerungstechnik seit einem Jahrzehnt in Deutschland durch Zusammenarbeit von Agronomen und Technikern erzielt wurden. Das Ergebnis dieser Fortschritte, die moderne Ackerberegnung — aus den Veröffentlichungen Professor E. Krügers heute schon zur Genüge bekannt — ist für Ungarn eigentlich noch unvergleichlich wichtiger als für Deutschland selbst, wo sie entstand. U. a. schon aus dem folgenden Grunde: Während bei der oben erwähnten Kvassayschen Berechnung der Wasserbedarf im Jahre 1906 auf den bewässerten Flächen während einer fünfmonatigen Saison auf 1350 mm veranschlagt werden mußte: ist bei der Anwendung der neuen Ackerberegnungstechnik eine Bewässerungshöhe von 250—300 mm zur Erzielung eines wirtschaftlich sehr günstigen Effektes völlig zureichend. Zufolge dieser Herabsetzung des Wasserbedarfes reicht aber dieselbe Wassermenge für eine fünfmal so große Bewässerungsfläche aus. Mit anderen Worten: Mußte in Ungarn 1906, bei dem damaligen Stande der Bewässerungs-

technik jene Fläche, zu deren Bewässerung genügend Wasser vorhanden wäre, auf 700 000 Hektare geschätzt werden, so kann man heute sagen, daß bei Anwendung der modernen Ackerberegnung deutschen Systems die den Flüssen ohne weiteres entnehmbare Wassermenge für etwa 3½ Millionen Hektare reichen würde. Ja, im Falle, daß in den Gebirgen Staubecken errichtet würden, könnte die Bewässerung — und mit ihr zugleich eine bisher unerreichte Steigerung der Intensität und Produktivität der Landwirtschaft — sogar auf eine kultivierte Bodenfläche von etwa 5 Millionen Hektaren ausgedehnt werden. Und dieser Segen würde gerade den trockensten — und zugleich wärmsten — Klimagebieten Ungarns zufallen.

Es gibt außer der Bewässerung auch noch andere große regionale Produktionsmöglichkeiten in Ungarn, die hier ebenfalls bloß gestreift werden können.

In allen klimatisch feuchteren Gebieten der ungarischen Karpathen gibt es auf den Berghöhen Alpengrasflächen, die in ihrer Gesamtheit 934 000 Hektare einnehmen und sich derzeit in geringer Nutzung befinden, ja zum Teil unbenützt sind. Auf diesen Alpenmatten kann aber ebenso gut eine intensive Alpen- und Wiesenwirtschaft betrieben werden, wie auf den Grasflächen der Schweiz, was im Komitate Mármaros bereits auch durch einen praktischen Versuch erwiesen wurde. Was dies wirtschaftlich bedeutet: das begreifen wir erst, wenn wir in Betracht ziehen, daß in der Schweiz auf 1 Hektar Grasfläche, bei deren dort üblichen intensiven Düngung und Pflege, 7—8 Tonnen vorzügliches Heu geerntet werden. Diese große Heuernte kommt, durch Kühe in Milch und Fleisch umgewandelt, in einem jährlichen Geldrohertrag von 700—800 Franken pro Hektar zum Ausdruck. Es läßt sich auf Grund der neueren klimatischen Forschungen restlos nachweisen, daß das Klima der Karpathen — in deren feuchteren Klimagebieten — sich für eine ähnlich intensive Gebirgswiesenwirtschaft nicht minder eignet, als jenes der Alpen. Die Bodenverhältnisse sind auf den Karpathenbergen — im allgemeinen — recht günstig. Ein intensiver Wiesenbau ist in den feuchteren Klimagebieten der Karpathen nicht nur auf einem großen Teile der natürlichen Alpengrasflächen möglich, sondern, in geeigneten Lagen, auch auf vielen Böden möglich, die jetzt von Wald bedeckt sind. Im ungarischen Teile der Karpathen nehmen

jene Klimagegenden, deren jährliche Niederschlagshöhe mehr als 700 Millimeter beträgt, insgesamt ein Gebiet von 81 000 qkm ein; — hiervon entfallen 50 000 qkm auf Gegenden mit mehr als 800 mm und 26 000 qkm auf Gegenden mit mehr als 900 mm Regenhöhe.

In den Ebenen Ungarns gibt es außer den Flugsandflächen, die bloß zur Aufforstung mit Akazienbäumen geeignet sind, noch eine Menge sonstiger Sandböden, die insgesamt 850 000 Hektare einnehmen und heute bloß als geringe Weide genutzt werden. Durch erfolgreiche praktische Versuche ist aber zum Ueberflusse erwiesen, daß diese Sandböden bei Anwendung der Mittel moderner Agrartechnik, auch als Aecker, und vor allem als Obst- und Weingärten gut verwendet werden können.

Bis jetzt galten in den Ebenen Ungarns die sogenannten Alkaliböden, deren Gesamtausdehnung sich auf nahezu 300 000 Hektare beläuft, als völlig unfruchtbar. Nun wurde aber die Frage der Nutzbarmachung dieser Bodenart in den letzten Friedensjahren durch die Spezialstudien des Ingenieurs und Agrogeologen Konstantin Küzdényi agrartechnisch vollkommen gelöst, und es hat sich hierbei erwiesen, daß diese Böden bei Anwendung der von ihm ausgearbeiteten Kulturmethode sogar sehr fruchtbar sind.

Eine nicht viel geringere Fläche, als die Alkaliböden, nehmen in Ungarn[1]) jene mehr-minder sumpfigen Niederungsböden ein, die durch Regulierung ihrer Wasserverhältnisse der Kultur gewonnen werden könnten.

Die Ausdehnung solcher Oedländereien und geringer, halbwegs öder Weiden, die zur Aufforstung geeignet wären, beträgt in ganz Ungarn mehr als 2½ Millionen Hektar.

Würden die hier aufgezählten Produktionsmöglichkeiten ausgenützt, und außerdem jene Waldflächen, die für Kulturzwecke geeignet sind, für solche auch nutzbar gemacht: so würde hierdurch die kultivierte Fläche Ungarns — Acker-, Garten-, Wiesen- und Weinland — die bis jetzt 18,1 Millionen Hektare beträgt, um ca 3½ Millionen Hektare vermehrt; sie würde also eine Ausdehnung von ca. 21½ Millionen Hektare erreichen und somit nur um ⅓ hinter der 32⅓ Millionen Hektare betragenden kultivierten Fläche Deutschlands zurückstehen.

Es sind also in Ungarn agrartechnisch folgende Möglichkeiten

[1]) Kroatien und Slavonien — wie immer — einbegriffen.

gegeben: 1. eine Steigerung der Hektarerträge auf eine den Hektarerträgen Deutschlands ähnliche Höhe; 2. darüber hinaus noch eine weitere Steigerung der Erträge durch Einführung der Ackerberegnung auf ungefähr einem Viertelteil der kultivierten Fläche; 3. eine Vergrößerung der kultivierten Fläche selbst um etwa 20%. Wie steht es nun mit den staatlich und gesellschaftlich gegebenen Voraussetzungen der Produktionssteigerung?

In der Agrarverfassung Ungarns spielt der Großgrundbesitz eine sehr große Rolle; — die Besitzungen über 1000 Joch (575 Ha) Größe nehmen rund 40%, und die über 10 000 Joch (5755 Hektare) Größe beinahe 20% der Gesamtfläche des Landes ein. Der gebundene Besitz umfaßt 33% der gesamten Böden. — Der Großgrundbesitz wird in der Mehrzahl der Fälle schlecht verwaltet und sein Boden nicht gehörig nutzbar gemacht. Jene oben erwähnten 3½ Millionen Hektar unkultivierten Bodens, die in Ungarn nutzbar zu machen wären, gehören zum größten Teile zum Großgrundbesitz. Dieser genießt nebenbei in bezug auf Besteuerung und Jagdrecht verborgene Privilegien — nicht selten zum Schaden der Wirtschaft der benachbarten Kleingrundbesitzer.

In der letzteren Zeit machen sich in Ungarn einerseits in der Bankwelt Bestrebungen bemerkbar, die reichen Naturschätze des Großgrundbesitzes auf kapitalistischem Wege durch wirtschaftliche Mittel zu erschließen; — andererseits befassen sich die politischen Kreise immer mehr mit der Notwendigkeit einer Reform der Grundbesitzverhältnisse. Wie weitgehend eine solche Reform in der näheren Zukunft realpolitisch in Frage kommen kann, das hängt von verschiedenen Umständen, u. A. auch davon ab, wie sich die sozialen Kräfteverhältnisse nach Beendigung des Weltkrieges in ganz Europa gestalten werden. Ein gewisses Mindestmaß einer Grundbesitzreform wird aber jedenfalls, schon aus staatsfinanziellen Gründen unerläßlich sein. — Für die Entfaltung der Produktivkräfte sind beide erwähnten Bestrebungen von Vorteil; — sowohl jene, die auf einen kapitalistischen Betrieb beim Großgrundbesitz, als jene, die auf eine Besitzreform hinzielt. Ein gutes Stück der Produktionsreform könnte wohl aber auch schon im Rahmen der bestehenden Verhältnisse, auf dem Wege der technischen Verbesserung des Betriebes der mittleren und kleinen Besitzer und Pächter durchgeführt werden. — Es befinden sich

nämlich nicht weniger, als $^4/_5$ der bisherigen Acker-, Garten- und Wiesenfläche des Landes im Rahmen des Mittel- und Kleinbesitzes (trotzdem diese Kategorien von der Gesamtheit allen Bodens nur 60% innehaben). Auf $^4/_5$ der kultivierten Bodenfläche könnte also die Produktionsreform ohne weiteres in Angriff genommen werden, da die Hindernisse, die sich derselben entgegenstellen, derartige sind, daß sie durch eine zielbewußte Organisationsarbeit ohne Schwierigkeit zu beseitigen wären.

Zur Intensivierung eines landwirtschaftlichen Betriebes ist Kapital erforderlich, vor allem zur Vermehrung des Viehstandes, um die Düngung verbessern zu können, was in Ungarn sehr vonnöten ist. Bei der Intensivierung muß aber nicht unbedingt mit der Vermehrung des Viehstandes der Anfang gemacht werden. Wichtiger ist es vorerst, die Erträge der Körnerfrüchte zu steigern, was durch Verbesserung der Bodenbearbeitung, durch Einführung der modernen Behäufelung des Getreides usw. geschehen kann, — also durch Maßregeln, zu deren Einführung es nur ganz geringer, und teilweise sogar überhaupt keiner Kapitalaufwendungen, sondern bloß der Erlangung der nötigen Fachkenntnisse bedarf. Ist es dem Landwirte gelungen, durch Einführung derartiger Maßregeln seine Körnererträge beträchtlich zu steigern, so kann er aus den hierdurch entstandenen Mehreinnahmen seiner Wirtschaft leicht Ersparnisse machen und das Kapital zur Vermehrung des Viehstandes und zu sonstigen weiteren Verbesserungen des Betriebes aus den eigenen Ersparnissen aufbringen.

Die verschiedenen Verbesserungen lassen sich also, je nachdem sie weniger oder mehr Kapital beanspruchen, in mehrere Kategorien einteilen; — und es ist sehr gut möglich, die Intensivierung der Wirtschaft in mehreren Etappen derart durchzuführen, daß zuerst die wenig oder gar kein Kapital erheischenden Verbesserungen, und erst wann diese schon durch ihre ertragsteigernde Wirkung das Kapital im Betriebe vermehrt haben, dann die übrigen, in bezug auf Kapital anspruchvolleren Maßnahmen eingeführt werden. Wird die Produktionsreform nach diesem Grundsatze derart organisiert, daß sie in mehreren Etappen durchgeführt werde, dann kann sie auch in dem Falle in Angriff genommen werden, wenn sie bei im allgemeinen schwacher Kapitalbewaffnung der Landwirte begonnen werden muß. Es sei übrigens

bemerkt, daß die Kapitalkraft der ungarischen Landwirte während des Krieges gegen früher, im allgemeinen, beträchtlich zugenommen hat.

Die menschliche Arbeitskraft, die der Landwirtschaft in Ungarn zur Verfügung steht, würde zu ihrer intensiven Gestaltung vollkommen ausreichen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Berufszugeörhigen betrug in Ungarn i. J. 1910 13 466 000 Köpfe. In Deutschland umfaßte sie 17 681 000 Personen — doch müssen wir diese Zahl beim Vergleiche mit Ungarn, aus statistisch-technischen Gründen, korrigieren und die agrarische Bevölkerung in Deutschland mit ca. 20 Millionen Köpfen in Rechnung stellen. Bei dieser Korrektur entfielen vor dem Kriege auf 100 Hektare der kultivierten Fläche —Acker-, Garten-, Wiesen- und Weinland — in Deutschland 62, in Ungarn 74 Personen. (Diese größere Dichte der agrarischen Bevölkerung kam auch in den Lohnverhältnissen zum Ausdruck; — der ungarische Landarbeiter hatte einen niedrigeren Taglohn und war außerdem an weniger Tagen des Jahres beschäftigt, als der deutsche.) Würde man in Ungarn die bisher 18,1 Millionen Hektare betragende kultivierte Fläche durch Nutzbarmachungen —wie oben ausgeführt wurde—auf 21 ½ Millionen Hektare vergrößern, so würden sich für je 100 Hektare dieser vergrößerten Fläche noch immer nicht weniger Arbeitskräfte finden als in Deutschland. Es wäre somit, sofern es auf die Arbeitskräfte ankommt, sehr gut möglich, sogar noch jene vergrößerte Fläche ebenso intensiv zu bebauen, wie es in Deutschland geschieht. Nur müßte zu diesem Zwecke eine rationellere Verwendung der menschlichen Arbeitskraft organisiert werden. Und das könnte in Ungarn, bei Berücksichtigung aller vorhandenen Verhältnisse, auf noch vorteilhaftere Art geschehen als in Deutschland; — insbesondere, wenn bei dieser Organisationsarbeit auch noch eine Besitzreform mithelfen würde.

Die Verkehrsverhältnisse sind für eine Intensivierung der Landwiertschaft zumeist ausreichend; — das Bahnnetz ist, mit Ausnahme einiger östlicher Landesteile, dicht genug. Nur hie und da müßten, durch den Bau von Wegen oder Kleinbahnen, die Vorbedingungen einer intensiveren Wirtschaft erst geschaffen werden.

Bezüglich der geistigen Bildung steht das ungarische Volk ungefähr in der Mitte zwischen dem deutschen und dem polnischen. Der ungarische Bauer ist kräftig, zäh und geistig

von Natur aus sehr begabt; — sein geistiger Horizont wurde besonders in den letzten Jahrzehnten durch die Aus- und Rückwanderung, durch die auf dem flachen Lande massenhaft verbreitete Tagespresse und durch die agrarsozialistischen Bewegungen sehr erweitert. Zu dem ungarischen Volke und zu den deutschen Bewohnern Ungarns kann auch das slovakische Volk als kulturell höherstehendes Element zugezählt werden. Das kroatische Volk ist kulturell schon zurückgebliebener, dafür aber sehr begabt und tüchtig. Aus diesen vier Volkselementen setzen sich dreiviertel der agrarischen Bevölkerung des Landes zusammen. Das übrige Viertel besteht aus Rumänen, Serben und Ruthenen; — diese sind kulturell verhältnismäßig zurückgeblieben, aber immer noch wesentlich höher stehend als ihre Sprachgenossen jenseits der ungarischen Grenze.

Die geistige Bildung und der Gesichtskreis ist bei der großen Masse der bäuerlichen Bevölkerung im allgemeinen genügend, um eine Aufnahme jener agrartechnischen Kenntnisse zu ermöglichen, die zur Steigerung der Erträge unter den Naturverhältnissen Ungarns geeignet sind. — Die Verbreitung dieser Kenntnisse unter dem Landvolk kann man am rationellsten nach dem Grundsatze der oben gestreiften Etappeneinteilung organisieren, derart, daß zuerst nur die rationelle Bodenbearbeitung und Getreidebau, daneben die sonstigen, wenig Kapital beanspruchenden Verbesserungen (in Winterkursen) erklärt und (nachher, im Sommer auf Demonstrationsfeldern) veranschaulicht werden; — und die folgende Etappe der Verbesserungen erst dann, wann die erste Etappe bereits eingeführt wurde. — Durch eine Organisation der Produktionsreform in den Groß- und Mittelbetrieben und des volkstümlichen landwirtschaftlichen Unterrichts bei der Masse der kleinen Landwirte kann — wenn beide großzügig und rationell angefaßt werden — schon binnen weniger Jahre eine sehr fühlbare Steigerung der Erträge, und binnen 15 Jahren eine beinahe völlige Intensivierung der ungarischen Landwirtschaft erzielt werden. Und das bei einem Kostenaufwand, der mit den neugeschaffenen Milliardenwerten verglichen, verschwindend klein wäre.

II.

Die drei hauptsächlichsten Faktoren der natürlichen Fruchtbarkeit: die Bodenverhältnisse, die Wärme- und Feuchtigkeitsverhältnisse sind in den verschiedenen Ländern in verschiedener

Kombination vorhanden. Verschieden groß sind dementsprechend auch die Schwierigkeiten, die sich da oder dort der Einführung einer intensiven landwirtschaftlichen Produktion entgegenstellen. In Deutschland sind z. B. die Bodenverhältnisse und teilweise auch die Wärmeverhältnisse weniger günstig als in Ungarn: aber dafür sind die Feuchtigkeitsverhältnisse in dem Maße günstiger, daß die drei Faktoren der Fruchtbarkeit in ihrer Kombination bis jetzt eine günstigere Resultante ergaben und eine intensive Landwirtschaft leichter einzuführen war als in Ungarn.

Je ungünstiger die Resultante der drei Fruchtbarkeitsfaktoren in einem Lande ist, eine um so vollkommenere, um so höher entwickelte Agrartechnik ist zur Ueberwindung jener Schwierigkeiten erforderlich, die sich einer intensiven Landwirtschaft entgegenstellen. Es ist demnach selbstverständlich, daß in solchen Ländern wo die naturgegebenen Fruchtbarkeitsverhältnisse günstiger sind: eine Intensivierung der Landwirtschaft schon auf einer früheren Entwicklungsstufe der Agrartechnik erfolgen kann. So war z. B. in Frankreich eine nach den damaligen Begriffen weitgehende Intensivierung der Landwirtschaft schon zur Zeit Sullys möglich; — in England, wo die Fruchtbarkeitsverhältnisse etwas ungünstiger sind, kam ein ähnlicher, aber tiefer dringender landwirtschaftlicher Aufschwung (im Zeichen der Fruchtwechselwirtschaft) erst im XVIII. Jahrhundert. In Deutschland wurde, bei seinem vorwiegend sandigen Boden, bei seinen — im Vergleich mit England — minder günstigen Wärme- und Feuchtigkeitsverhältnissen, eine intensive Landwirtschaft erst gegen Ende des XIX. Jahrhunderts möglich, als die agrartechnischen Vorbedingungen bereits geschaffen waren — vor allem durch die Verbesserungen der Bodenbearbeitung, durch Ausarbeitung der Methoden des intensiven Hackfruchtbaues und der für den Sandboden wichtigen Gründüngung, durch das Aufkommen der Kunstdünger usw. — Dann setzte aber die Intensivierung energisch ein; — in den 20 Jahren zwischen 1885 und 1905 stiegen die Hektarerträge um 50—60 % und derzeit ist die deutsche Landwirtschaft der englischen — in der Hauptsache — schon überlegen. — Für Ungarn endlich wurden die Voraussetzungen eines intensiven Ackerbaues erst durch die Errungenschaften der Agrartechnik im neuen Jahrhundert geschaffen.

Aus der bisherigen geschichtlichen Entwicklung ist es klar zu erkennen, daß jene Länder, in welchen eine intensivere Land-

wirtschaft infolge der minder günstigen Fruchtbarkeitsverhältnisse relativ später eingeführt wird: die ihnen in der intensiveren Kultur zeitlich vorangegangenen Länder landwirtschaftlich bald überflügeln. Diese Erscheinung ist leicht erklärbar; — ihr Hauptgrund liegt darin, daß in dem Lande mit schwierigeren Naturverhältnissen zur Zeit, als die Möglichkeit einer intensiven Landwirtschaft durch die Fortschritte der Agrartechnik eröffnet wird, jene nur bei Anwendung der zu jener Zeit höchst vollkommenen Mittel der Agrartechnik eingeführt und betrieben werden kann; da aber diese Mittel auch höchst wirksam sind, so schnellt bei ihrer Einführung der Bodenertrag von einem bescheidenen Niveau auf die, in dem betreffenden Zeitalter überhaupt erzielbare größte Höhe empor, — die Prämie für den technischen Fortschritt ist also größer, als zu jener Zeit sonst in irgend einem Lande. Auch die Bevölkerung ist im jüngeren Lande intensiver Kultur, da sie noch kurz vorher in bescheidenen ärmlichen Verhältnissen lebte, an und für sich schon fleißiger und rühriger in der Ausnützung sich neu eröffnender wirtschaftlicher Möglicnkeiten, als die durch den schon früher erworbenen Wohlstand bereits einigermaßen verwöhnte Bevölkerung des älteren Landes. Da durch den Aufschwung der Landwirtschaft gleichzeitig die Existenzmöglichkeiten der Industrie, des Handels und der geistigen Kultur erweitert werden, wird das betreffende neuere Vollkulturland auch auf diesen Gebieten führend. Man kann im allgemeinen sagen, daß die führende Rolle in der wirtschaftlichen und geistigen Kultur, und gegebenenfalls auch in der Politik, in den verschiedenen Epochen der Geschichte immer jenem Lande zufällt, dessen Naturverhältnissse gerade noch günstig genug sind, um eine — den Ansprüchen der Zeit entsprechend — intensive Landwirtschaft, bei Anwendung der vollkommensten Technik der Zeit, eben noch zuzulassen. — Das ist die Erklärung dafür, daß die Südeuropäer, am Ende des Mittelalters noch führend in Wirtschaft und Kultur, im XVII. Jahrhundert durch die Franzosen überholt wurden, und diese wiederum ihrerseits im XVIII. Jahrhundert durch die Engländer. Das geschah in beiden Fällen vor allem landwirtschaftlich und hatte in letzter Instanz im Unterschiede der Fruchtbarkeitsverhältnisse jener Länder, kombiniert mit der Entwicklung der Agrartechnik, seinen Grund.

Hier tauchen auch Teilfragen auf, die besprochen werden müßten; doch wir werden sie aus räumlichen Gründen beiseite

lassen, wie auch sonst noch manches, das über den Zusammenhang der naturgegebenen Fruchtbarkeitsverhältnisse mit dem Entstehen und der geschichtlichen Rolle der Völker zu sagen wäre. Jetzt wollen wir bloß untersuchen, wie sich die obigen Schlüsse auf die derzeit gegebene geschichtliche Lage Mitteleuropas anwenden lassen.

Es wurde bereits gesagt, daß die Resultante der drei hauptsächlichen Faktoren der natürlichen Fruchtbarkeit in Deutschland günstiger ist, als in Ungarn. Der Unterschied der beiden Resultierenden ist jedoch nicht groß, — jedenfalls wesentlich geringer als z. B. der Unterschied in dieser Beziehung zwischen Deutschland und England. Die Fruchtbarkeitsverhältnisse Oesterreichs stehen denen Deutschlands und Ungarns nicht fern. Böhmen, Mähren und die anderen österreichischen Nordwestländer stehen, in bezug auf ihre natürliche Fruchtbarkeit, in der Mitte zwischen Ungarn und Deutschland, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß in diesen Ländern die Intensivierung der Landwirtschaft später einsetzte als in Deutschland, aber früher als in Ungarn, wo damit erst jetzt der Anfang gemacht werden soll. In Galizien und im Königreiche Polen wird dagegen der Grad der Fruchtbarkeit durch die Ungunst der Wärmeverhältnisse unter jenen Ungarns herabgedrückt. Im ganzen kann aber gesagt werden, daß d i e e i n z e l n e n G e b i e t e M i t t e l e u r o p a s d u r c h k e i n e a l l z u w e i t g e h e n d e n U n t e r s c h i e d e d e r n a t ü r l i c h e n F r u c h t b a r k e i t v o n e i n a n d e r g e t r e n n t w e r d e n. Hierin liegt die Ursache jener nicht außer acht zu lassenden geschichtlichen Tendenz zur Einheitlichkeit in der wirtschaftlichen, kulturellen, und politischen Entwicklung Mitteleuropas, die N a u m a n n betont. Da nämlich die einzelnen Länder Mitteleuropas in bezug auf ihre Fruchtbarkeitsverhältnisse nahe zu einander stehen, so waren sie in gewissen Epochen der Geschichte auch in bezug auf Wirtschaft und Kultur durch keine großen Niveauunterschiede voneinander getrennt, so daß ein Austausch von Kulturgütern verhältnismäßig leicht von statten ging.

Nun ist aber dieser geringe Unterschied der Fruchtbarkeitsverhältnisse innerhalb Mitteleuropas gerade in der Gegenwart von größerer Bedeutung als je zuvor. Zurzeit können wir jenen Grad der Fruchtbarkeit, der eine Intensivierung der Landwirtschaft, bei Anwendung der vollkommensten agrartechnischen Mittel un-

serer Zeit, eben noch zuläßt, in den Fruchtbarkeitsverhältnissen Ungarns finden. In diesem Lande gibt es dementsprechend sehr große landwirtschaftliche Produktionsmöglichkeiten, die bisher unausgenützt sind, weil sie erst durch die neuen Errungenschaften der Agrartechnik entstanden. Da nun die Fruchtbarkeits-Resultante der übrigen mitteleuropäischen Länder von der Ungarns nicht beträchtlich abweicht: so sind ähnliche, wenn auch nicht so glänzende Vorbedingungen eines landwirtschaftlichen Aufschwunges wie in Ungarn, auch in jenen Ländern mehr-minder vorhanden. Selbst in Deutschland, wo die Intensivierung der Landwirtschaft zwar schon seit einem Menschenalter in vollem Gange aber noch durchaus nicht abgeschlossen ist. — Somit sind auf dem ganzen Gebiete Mitteleuropas große latente landwirtschaftliche Produktivkräfte vorhanden. Werden diese ausgelöst, dann wird das Wirtschafts- und Kulturniveau in allen Ländern Mitteleuropas stark erhöht, derart, daß die Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Ländern geringer werden als je zuvor, und zugleich auf diesem, 1 ⅓ Millionen Quadratkilometer großen Gebiete eine wirtschaftliche und geistige Kultur entsteht, deren Quantitäts- und Qualitätsverhältnisse alles bisher Gewordene übertreffen. — Unter den Ursachen des jetzt tobenden Weltkrieges steht nicht an letzter Stelle, daß diese Entwicklung im Nordwesten Mitteleuropas bereits im Gange war, und in den übrigen Teilen des großen Gebietes sich bereits die Vorzeichen eines ähnlichen Aufschwungs regten, bei anderen Völkern Eifersucht und Bedenken hervorrufend. — Wie aber auch der Krieg ausgehen mag: nach der Logik der geschichtlichen Entwicklung muß die kulturelle und politische Führerrolle in Europa, die England vor mehr als einem Jahrhundert den Franzosen entwand, auf die Völker Mitteleuropas übergehen und es gibt keinen Friedensschluß, dessen Bedingungen diesen Hergang für die Dauer aufhalten könnten; denn er ist in den ehernen Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung verankert — in der Tatsache, daß derzeit nirgends in Europa eine solche Menge latenter Produktivkräfte vorhanden ist, wie auf dem Gebiete Mitteleuropas.

Diese im Entstehen begriffene neue mitteleuropäische Wirtschaft und Kultur muß aber, nach der Logik der geschichtlichen Erfahrungen, alles übrige Europäische nicht nur an Höhe überragen, sondern auch in ihrer Art etwas Neues darstellen. Aehnliches geschah ja auch in früheren Fällen, wenn ein neues Gebiet

die kulturelle Führerrolle erwarb. So schuf England seinerzeit den Kulturtypus des modernen Export-Industrielandes, das sich in der Rohstoffbeschaffung auf koloniale Gebiete stützt. Gibt es in der Tat große schaffende Kräfte in Mitteleuropa, so wird hier ein Kulturtypus entstehen, höher als der Export-Industriestaat: ein Gebiet, das bei großem Wohlstande seiner Bevölkerung sich mit Rohstoffen, in der Hauptsache, aus Eigenproduktion versorgt und der Verbindung mit kolonialen Ländern viel weniger bedarf als der Industriestaat englischer Stufe. Aus gewissen Tatsachen kann man auf eine solche Entwicklung schließen.

England hatte sich zum führenden Kulturland im XVIII. Jahrhundert eben zur Zeit aufgeschwungen, als die Anwendung der Naturwissenschaften auf die Produktion eine größere wirtschaftliche Bedeutung zu erlangen begann. Und zwar geschah dies im Zeichen der Physik, vor allem aber eines Zweiges derselben, der Mechanik. Das war kein Zufall, sondern war mit dem Umstande im Zusammenhang, daß die Wissenschaft der Physik im XVIII. Jahrhundert schon ziemlich ausgebildet war, und auf einer Stufe stand, wo sie die Produktion schon befruchten konnte, während die Ausbildung der Chemie erst später einsetzte, und die der Biologie noch später. Diese zeitliche Reihenfolge ist ebenfalls kein Zufall; — sie entspricht der August Comteschen Einteilung der Wissenschaften in solche von niedriger und solche von höherer Zusammensetzung, wobei es selbstverständlich ist, daß die einfacher zusammengesetzten Wissenschaften sich geschichtlich früher entwickeln müssen als die von höherer Zusammensetzung. Nun sind, auf Grundlage der Physik, Industrien entstanden, die — in der Hauptsache — keinerlei Rohstoffe erzeugen, sondern solche bloß verarbeiten. Diese hat sich England, zur Zeit seines Aufschwunges, angeeignet und, im Zusammenhang mit der Beschaffung der Rohstoffe aus den Kolonien zur Höhe entwickelt. — Die Chemie ist demgegenüber vor allem für die chemischen Industrien und teilweise für die Landwirtschaft von Bedeutung, und die Biologie vor allem für die Landwirtschaft. Die im XIX. Jahrhundert gemachten Fortschritte der Chemie haben sich in unseren Tagen im Aufblühen der chemischen Industrie realisiert und wirkten auch auf die Landwirtschaft befruchtend. Diese hat aber noch viel mehr von dem, seit einigen Jahrzehnten vor sich gehenden Auf-

schwunge der biologischen Wissenschaften zu erwarten. Dieser Aufschwung hatte bisher noch keine Zeit, sich in der landwirtschaftlichen Produktion zu realisieren — obzwar im beschleunigten Tempo des agrartechnischen Fortschritts der letzten Friedenszeit diesbezüglich schon manches bemerkbar ist —, er muß aber nach der Logik der Tatsachen in absehbarer Zukunft zu einer sehr starken Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft führen und deren Bild völlig umformen. Also: während das Wirtschaftsleben des XIX. Jahrhunderts im Zeichen der mechanischen Industrien stand, ist für das Wirtschaftsleben der jetzt kommenden Zeit mit Sicherheit zu erwarten, daß darin die chemische Industrie und die wissenschaftliche Landwirtschaft eine immer zunehmende Rolle spielen werden. Das ist aber vor allem auf dem Gebiete Mitteleuropas zu erwarten, sobald hier jener landwirtschaftliche Aufschwung erfolgen wird, dessen Voraussetzungen in den Verhältnissen latent vorhanden sind. Es spricht vieles dafür, daß, ähnlich wie in England, zur Zeit seines Aufstieges im XVIII. Jahrhundert, das frisch emporblühende Wirtschaftsleben sich auf die damals emporkommenden neuen und fruchtbaren Produktionszweige — auf die mechanischen Industrien — einrichtete: die jetzt im Entstehen begriffene neue wirtschaftliche Hochkultur Mitteleuropas sich ebenfalls auf die neuesten und fruchtbarsten Produktionszweige der Zeit einrichten wird. Es ist kein Zufall, daß die wirtschaftliche Hochkultur Deutschlands, erst seit einigen Jahrzehnten vor unseren Augen entstanden, gerade auf dem Gebiete der chemischen Industrie das Höchste leistete. Und wird sich — was zu erwarten ist — infolge der Fortschritte der Chemie und Biologie, eine höchst intensive und leistungsfähige neue Agrikultur herausgestalten, so wird dies sehr wahrscheinlich ebenfalls vor allem auf mitteleuropäischem Boden vor sich gehen. Nun ist es aber nicht zu vergessen, daß die Landwirtschaft und teilweise auch die chemische Industrie *vor allem Rohstoffe erzeugen*. Wird sich das neue Mitteleuropa gerade in diesen, sich in der Gegenwart so vervollkommnenden Produktionszweigen auszeichnen, dann wird es imstande sein, sich zum allergrößten Teile aus eigener Produktion mit Rohstoffen zu versorgen.

Das ist kein bloßer Zukunftstraum: ein gutes Stück davon ist schon bei dem bisher erreichten Stand der Agrartechnik und der chemischen Technologie realisierbar. *Würden sich die*

Länder Mitteleuropas wirtschaftlich eng zusammenschließen, und würde, verbunden damit, alles mögliche und richtige zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der chemischen Industrie geschehen: so wäre hierdurch schon im Laufe weniger Jahre eine ziemlich weitgehende und dann stetig wachsende Unabhängigkeit von den Rohstoffquellen außermitteleuropäischer Länder zu erzielen.

III.

Nehmen wir an, daß sich die Staaten Mitteleuropas — Deutschland, Oesterreich, Ungarn und vielleicht auch Polen — zu einem einheitlichen Zollgebiet zusammenschlössen. Welche Möglichkeiten böten sich da für die Rohstoffsversorgung?

Vor dem Kriege war sowohl Deutschland als auch Oesterreich-Ungarn je für sich ein Gebiet, das für seine Bevölkerung nicht genug Rohstoffe erzeugt und gezwungen ist, solche einzuführen und dementsprechend, zur Begleichung der Rohstoffeinfuhr, die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen zu forcieren. Dem Werte nach betrug der jährliche Einfuhrüberschuß der Rohstoffe, im Durchschnitte der drei Jahre 1911—13, im Deutschen Reiche 5635, in Oesterreich-Ungarn 1010 —, in beiden Reichen zusammen 6645 Millionen Mark. Von diesem Betrag entfielen auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft — mit annähernder Genauigkeit berechnet — 5741 Millionen, auf die der Forstwirtschaft 380 und auf die mineralischen Rohstoffe 524 Millionen Mark. Ein Rohstoffmangel besteht also vor allem im bezug auf landwirtschaftliche Produkte —; diese machen mehr als $^6/_7$ des Einfuhrbedarfs aus. Würde die landwirtschaftliche Produktion Oesterreich-Ungarns und Deutschlands um eine Produktenmenge im (Friedens) Werte von 6 Milliarden Mark gesteigert, so wäre hierdurch die Rohstoffversorgung Mitteleuropas in der Hauptsache gesichert, und man müßte sich nicht im Interesse eines forcierten industriellen Exports um außermitteleuropäische Absatzmärkte herumschlagen. (Sofern wir, wie in den folgenden Ausführungen, vom weiteren Steigen des Rohstoffbedarfes absehen.)

Ob eine derartige Steigerung der agrarischen Erzeugung möglich ist, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Der Wert

der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung Deutschlands, Oessterreichs und Ungarns konnte vor dem Kriege in runder Zahl auf 25 Milliarden Mark geschätzt werden. Eine Steigerung dieser Produktion um 25% würde also schon mehr ausmachen, als der Einfuhrbedarf agrarischer Produkte in den betreffenden Ländern zusammengenommen. Und eine solche 25%-ige Steigerung der Erträge wäre (im Durchschnitte der Staaten Mitteleuropas) an und für sich keine schwere Aufgabe. Die agrarische Erzeugung Ungarns allein, die vor dem Kriege jährlich mehr als 6 Milliarden Mark repräsentierte, könnte leicht um 100%, also (von der im Kriege stattgefundenen Wertveränderung des Geldes abgesehen) um weitere 6 Milliarden Mark gesteigert werden. Schwieriger aber als die Quantitätsfrage ist die Qualitätsfrage. Von dem besagten, vor dem Kriege nahezu 6 Milliarden wertenden Einfuhrbedarf der Mittelmächte entfiel nämlich ein nicht unbeträchtlicher Teil auf Kolonialwaren und sonstige Produkte exotischer Landwirtschaft, die in der gemäßigten Zone, selbst in der Form von Surrogaten, bis jetzt nur schwer und unvollkommen und teilweise auch gar nicht erzeugt werden konnten. — Betrachten wir aber die Hauptgruppen jenes Einfuhrbedarfs einzeln, so kommen wir darauf, daß dessen überwiegender Teil doch derart beschaffen ist, daß er auch durch Erzeugung auf mitteleuropäischem Gebiete gedeckt werden könnte.

Dies gilt restlos in Bezug auf die 90 Millionen dz. betragende Einfuhr von Getreide, Reis, Mehl und Kraftfuttermitteln. Die einzelnen Arten derselben können einander weitgehend ersetzen. So könnten sich z. B. die deutschen Landwirte, die vor dem Kriege viel russische Gerste verfütterten, nach dem Kriege ohne namhafte Schwierigkeit auf die Verfütterung von ungarischem Mais einrichten (sofern in Ungarn durch Steigerung der Maiserträge entsprechend große überschüssige Maismengen geschaffen werden).

Eine andere wichtige Gruppe der Einfuhr bilden die Fettstoffe. Die beiden Mittelmächte haben vor dem Kriege, in der Form fertiger Fette und Oelfrüchte, jährlich etwa 8 Millionen dz Fett einführen müssen. Für die Produktion dieser Menge auf mitteleuropäischem Boden bestehen mehrere Möglichkeiten, von denen hier nur eine, der Anbau von Sojabohne erwähnt werden soll. Für diese wichtige Fettpflanze reicht in Ungarn die Sommerwärme aus; sie wurde auch bis jetzt in einigen Großbetrieben sporadisch angebaut, und hierbei im Durchschnitte ein Hektar-

ertrag von 20—22 dz erzielt. Der Fettgehalt eines solchen Ertrages beträgt nahezu 400 kg, somit wären 2 Millionen Hektare, mit Sojabohnen bestellt, genügend, um den Einfuhrbedarf an Fetten und Oelfrüchten annähernd zu ersetzen. Der Hektarertrag könnte aber, bei einer Produktionsreform der Landwirtschaft, noch gesteigert werden.

Bezüglich der Faserstoffe sind die Produktionsmöglichkeiten viel weniger ausreichend, aber nicht ganz unbeträchtlich. Der Flachsbau findet besonders in den polnischen Gebieten, der Anbau von Hanf besonders in Ungarn vorzügliche Daseinsbedingungen. Im Süden Ungarns reicht die Sommerwärme — nach neueren Versuchen — für den Baumwollbau vollkommen aus. Die wichtigste Ersatzpflanze der Baumwolle — die Ramiepflanze — findet selbst im mittleren Ungarn noch ihr zusagende Wärmeverhältnisse. — Die Jute kann bekannterweise durch Hanf und durch industriell hergestellte billige Stoffe (Textilit, Textilose) ersetzt werden. Es wäre demnach gut möglich, einen nicht unwesentlichen Teil der vor dem Kriege jährlich im Werte von nahezu 1½ Milliarden Mark eingeführten Faserstoffe im Gebiet der Mittelmächte zu erzeugen. Später werden diesbezüglich die Fortschritte der chemischen Industrie, der Textilindustrie und der Agronomie warscheinlich noch weitere Möglichkeiten erschließen; es wird ja derzeit viel in dieser Richtung gearbeitet. Bei dem bisherigen Stande der Technik könnten aber die östlichen Verbündeten der Mittelmächte — Bulgarien und besonders die Türkei —, bei entsprechender Entwicklung ihrer Wirtschaft, in der Produktion von Faserstoffen mehr leisten als die Mittelmächte selbst. Dafür könnte der insgesamt mehr als 1½ Milliarden betragende Einfuhrbedarf an Fleisch und lebenden Tieren, an Obst, Wein und Küchengewächsen, bei entsprechender Steigerung der Bodenerträge, beinahe ausschließlich vom Boden der Mittelmächte gedeckt werden.

Da es sich bei dem Ersatze des Einfuhrbedarfs durch Eigenproduktion, in qualitativer Hinsicht, vielfach um wärmeliebende Fett- und Faserpflanzen handelt, so fiele hier dem sommerwarmen Lande der vier Ströme eine große Rolle zu, der es aber auch gewachsen wäre. Würde die kultivierte Fläche Ungarns im Sinne vorheriger Ausführungen um 3½ Millionen Hektar vermehrt, und dabei die Hektarerträge beträchtlich erhöht, dann könnte die Landwirtschaft Ungarns ohne Schwierigkeit eine Fläche von eini-

gen Millionen Hektaren für den Anbau von Fett- und Faserpflanzen und sonstigen Handelsgewächsen hergeben.

Bis jetzt nahmen wir bei Betrachtung des Rohstoffbedarfs der beiden Mittelmächte jene Höhe dieses Bedarfes zur Grundlage, auf der dieser kurz vor dem Kriege stand. Die Behauptung, daß bei einer 25%igen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion der Mittelmächte der Einfuhrüberschuß agrarischer Produkte — dem Werte nach — auf Null sinken würde: bezieht sich bloß auf den Zustand des Rohstoffbedarfs in den letzten Jahren des Friedens. Es darf aber nicht vergessen werden, daß der Rohstoffbedarf eines Landes von keiner unveränderlichen Größe ist, sondern, infolge des Wachstums der Bevölkerung und ihrer Ansprüche, eine stetig steigende Tendenz hat. Dies kann zu Zeiten wirtschaftlichen Aufstieges in einem sehr rapiden Tempo zum Ausdruck kommen. So stieg z. B. der gesamte jährliche Getreide- und Kartoffelbedarf Deutschlands, in den 20 Jahren zwischen 1889—93 und 1909—13 von 271 Millionen auf 461 Millionen Doppelzentner (die Kartoffel hierbei in getrocknetem Zustande gedacht) — also um volle 70 %, bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme von 31 %. Würde der gesamte, vor dem Kriege jährlich einen Wert von ca. 30 Milliarden Mark repräsentierende Bedarf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege in einem ähnlichen Tempo steigen, so würde derselbe um das Jahr 1940 schon mehr als 50 Milliarden ausmachen (von der Wertveränderung des Geldes abgesehen). Somit müßte schon bis dahin die vor dem Kriege 25 Milliarden wertende landwirtschaftliche Erzeugung der beiden Mittelmächte um 100 % steigen, um diesen Bedarf im Jahre 1940 decken zu können. Ob eine so weit gehende Steigerung der Erträge im Durchschnitte Mitteleuropas möglich ist, das hängt von den Fortschritten der Agrartechnik ab; — zum größeren Teile ist es auch bei dem bisherigen Stande derselben möglich.

Es darf übrigens andererseits nicht außer acht gelassen werden, daß die Zunahme der Bevölkerung in der Zukunft sich, infolge des Geburtenrückganges, in allen Ländern Mitteleuropas verlangsamen dürfte. Mag man sonst über den Geburtenrückgang denken, wie man will, so viel ist — seit den diesbezüglichen Untersuchungen Prof. Julius Wolfs — klargelegt, daß derselbe eine unvermeidliche Begleiterscheinung der modernen, vom wissenschaftlich-rationalistischen Geiste in steigendem

Maße durchsetzten Kultur ist. Sie ist demnach eine Tatsache, mit der gerechnet werden muß, als mit einem Faktor, der auf die Zunahme des Rohstoffbedarfs in Zukunft einschränkend wirken muß. Eine andere, den Rohstoffbedarf einschränkende Wirkung kann für die Zukunft auch von den neueren Erkenntnissen der Ernährungsphysiologie ausgehen. Diese zielen auf eine Herabsetzung der Eiweißnahrung ab, also auf eine Zurücksetzung der animalischen Nahrungsmittel. Eine Rationalisierung der Volksernährung in diesem Sinne würde volkswirtschaftlich eine Verminderung der Viehproduktion und dementsprechend einen Rückgang des Bedarfs an Heu, Rüben, Mais, Kartoffeln und anderen, heute in ungeheuren Mengen verfütterten Stoffen zur Folge haben. Es dürften allerdings noch Jahrzehnte verstreichen, ehe die Rationalisierung der Volksvermehrung und der Ernährung im Durchschnitte der Länder Mitteleuropas bei steigender Kulturhöhe so weit fortgeschritten sein wird, daß sie die weitere Zunahme des Rohstoffbedarfs einschränken könnte. Ihr Vorhandensein erhöht immerhin die Wahrscheinlichkeit dafür, daß es nicht nur im Laufe der jetzt folgenden Jahrzehnte möglich wäre, durch eine Steigerung der Ernten eine — wenigstens annähernde — Eigenversorgung Mitteleuropas mit Rohstoffen herbeizuführen, sondern daß dieser Zustand, einmal hergestellt, im Laufe der späteren Zeit, infolge der allmählich einsetzenden Beschränkung der weiteren Zunahme des Bedarfs, dauernd aufrechterhalten werden könnte.

Die Vorteile einer teilweisen Agrarisierung einer exportindustrialistischen Volkswirtschaft sind so offenkundig, daß sie hier nicht besonders nachgewiesen werden müssen. Diese Vorteile werden nur in jenem Falle in Frage gestellt, wenn die Agrarisierung bloß bei steigenden Produktionskosten der Landwirtschaft, durch eine starke Erhöhung der Agrarzölle, herbeigeführt werden kann. Doch hier liegt nicht ein derartiger Fall vor. Jene sehr weit gehenden Steigerungen der Ernten, die in Ungarn, laut vorheriger Ausführungen, möglich sind, haben eine Verbesserung der Produktionstechnik zur Bedingung und sind, mit dieser verbunden, durchführbar ohne Steigerung der, auf die Produkteneinheit entfallenden Produktionskosten; ja, vielfach bei einer Verbilligung derselben. Aehnliche, bei billigen Kosten durchführbare, Steigerungsmöglichkeiten der Erträge bestehen, in geringerem Maße, auch in den übrigen Ländern Mitteleuropas. Im Falle einer zollpolitischen Ver-

einigung der beiden Mittelmächte kann also die landwirtschaftliche Produktion der beiden zusammen auch dann gesteigert und eine annähernde Eigenversorgung mit Rohstoffen auch dann erzielt werden, wenn die bestehenden Agrarzölle auf ihrer bisherigen Höhe verbleiben (von den Wertveränderungen des Geldes selbstverständlich abgesehen).

Würde demgegenüber Deutschland nach dem Kriege für sich allein, bei Ausschluß der Landwirtschaft Oesterreich-Ungarns eine Rohstoffversorgung durch Eigenproduktion erstreben — was eine Gruppe deutscher Wirtschaftspolitiker befürwortet —, dann läge allerdings ein anderer Fall vor. Der Rohstoffbedarf Deutschlands ist viel zu groß, und die Möglichkeit einer Steigerung der Erträge ohne Steigerung der Produktionskosten in Deutschland allein viel zu spärlich, als daß ein wesentlicher Fortschritt in der angestrebten Richtung ohne starke Erhöhungen der Zölle möglich wäre. Aber selbst bei sehr weitgehender Erhöhung der Agrarzölle wäre kaum eine solche Steigerung der Ernten Deutschlands zu erzielen, die den steigenden Bedarf agrarischer Produkte auch nur annähernd decken könnte. Es bliebe jedenfalls ein sehr beträchtlicher Einfuhrbedarf von Rohstoffen übrig, und der industrielle Export müßte nach wie vor forciert werden. Nur wäre gerade der gewerbliche Export durch die Erhöhung der Agrarzölle erschwert, da ja diese die Industrie belasten und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte herabsetzen. Bloß für die Nutznießer der agrarischen Grundrente in Deutschland wäre eine solche Wirtschaftspolitik von Vorteil.

Vom Standpunkte der Industrie, des Kleinbauerntums und der gesamten Staatswirtschaft Deutschlands wäre demgegenüber die richtige Politik nach dem Kriege, einen engen wirtschaftlichen Anschluß — womöglich eine Zollunion und eine in den wichtigsten Punkten gemeinsame Wirtschaftspolitik — mit Oesterreich-Ungarn anzustreben, wobei eine landwirtschaftliche Produktionsreform überall in den verbündeten Ländern, vor allem aber in Ungarn, der Hauptgesichtspunkt sein müßte. Bei einer solchen Politik würden die deutschen Grundrentengenießer zwar nichts gewinnen, aber auch nichts verlieren. Es wurde zwar deutscherseits schon mehrfach die Befürchtung ausgesprochen, daß nach dem Fallen der Zollschranken zwischen den beiden Mittelmächten

die Konkurrenz der ungarischen Landwirtschaft, da diese — angeblich — mit niedrigeren Produktionskosten arbeitet, der deutschen Landwirtschaft schaden könnte. Diese Befürchtung jedoch beruht auf mangelhafter Kenntnis der Gesetze der Wertbildung. Wert und Preis der Produkte hängen zunächst nicht von den Produktionskosten, sondern von der Menge ab, in der das Produkt vorhanden ist. In den letzten Friedensjahren wurden im deutschen Zollgebiete an Getreide und getreidewertigen Nahrungs- und Futterstoffen jährlich um 8½ Millionen Tonnen weniger erzeugt als bei einem Durchschnittspreise von — sagen wir — 170 Mark per Tonne gebraucht wurden. Wäre es durch ein Wunder plötzlich möglich geworden, in Deutschland 8 Millionen Tonnen mehr zu erzeugen, als tatsächlich produziert wurde, und wären hierbei die Produktionskosten dieses Mehr gleich Null gewesen: so wäre der Preis trotzdem 170 Mark geblieben, da im zollgeschützten deutschen Inland immer noch ½ Millionen Tonnen von jener Menge gefehlt hätten, die der Verbrauch bei einem Preise von 170 Mark aufzunehmen imstande war. Aehnlich würde es sich auf einem deutsch-österreichisch-ungarischen gemeinsamen Zollgebiete mit der Preisgestaltung der Agrarprodukte verhalten. Solange hier die Steigerung der Produktion nicht solche Produktenmengen schüfe, die den Verbrauch des Zollinlandes übersteigen und Exportüberschüsse entstehen lassen, würden die Produktenpreise durch die Höhe des Zollauslandspreises, bei Zusatz des Zollbetrages, bestimmt und durch keine, noch so niedrige Produktionskosten der ungarischen Landwirtschaft beeinflußt. Die Möglichkeit des Entstehens von Exportüberschüssen liegt jedoch sehr fern, da ja auf einem deutsch-österreichisch-ungarischen Zollgebiete vorerst mit einem Defizit von 9 Millionen Tonnen Getreide und Kraftfuttermitteln, außerdem von einigen Millionen Tonnen Fettstoffen und anderen Produkten gerechnet werden müßte und dürfte sich dieses Defizit, durch die Steigerung der Erträge auch bald verringern: völlig verschwinden könnte es so bald nicht, da ja der Verbrauch eine stark steigende Tendenz hat und die agrarische Produktion selbst bei Verbesserung ihrer Technik nicht in unbeschränktem Maße gesteigert werden kann.

Was jedoch für Deutschland die Verbindung mit einem landwirtschaftlich emporblühenden Oesterreich-Ungarn bedeuten würde, das geht unter anderem aus dem Folgenden hervor: für ein exportindustrielles Land gibt es keine wertvollere Verbindung

als jene mit einem Land, das Rohstoffe liefert und für diese Industrieerzeugnisse an Zahlungsstatt annimmt. Aus diesem Grunde war z. B. die Verbindung mit Rußland für die deutsche Volkswirtschaft, vor dem Kriege, von viel geringerem Werte, als man gewöhnlich vermeint. Betrachten wir die Ziffern des deutsch-russischen Handelsverkehrs, so sehen wir, daß Deutschland von Rußland jährlich (im Durchschnitte der Jahre 1911—1913) Rohstoffe im Werte von 1313 Millionen Mark einführte: demgegenüber jedoch bloß eine 512 Millionen Mark wertende Menge von Gewerbeerzeugnissen dorthin ausführen konnte. 801 Millionen Mark der russischen Rohstoff-Einfuhr mußte Deutschland mit Geld bezahlen, und um diese Summe aufzubringen, mußte England (nebst sonstigen westeuropäischen Industrieländern) mit deutschen Industrieerzeugnissen überschwemmt werden, was sehr viel zur Verschärfung der Gegensätze mit dem Westen und zum Ausbruch des Krieges beitrug. Diese Gestaltung des Wirtschaftsverhältnisses zwischen Deutschland und Rußland hatte seine guten Gründe. Rußland hat seine industriellen Hochschutzzölle, die die deutsche Ausfuhr vom russischen Markte fernhielten, unbedingt benötigt, da es sowohl aus finanziellen, wie aus militärischen Gründen die Bildung einer allseitig entwickelten, organisch ganzen eigenen Industrie erstreben mußte. — Ob es wohl nach dem Kriege anders werden kann? Während diese Zeilen geschrieben werden, spielen sich in Rußland erschütternde revolutionäre Ereignisse ab. Wie diese aber auch ausklingen mögen, eine wesentlich andere russische Zollpolitik als vor dem Kriege, kann auch hernach nicht erwartet werden. Vom Streben nach einer eigenen, allseitig entwickelten Industrie könnten die Russen nur dann abstehen, wenn sie sich an ihre westlichen Nachbarn politisch für immer anschließen wollten, um somit einen Krieg mit denselben für immer unmöglich zu machen. Dazu wird aber das russische Volk, selbst in demokratisiertem Zustande, auch nach dem Kriege zu nationalistisch und militaristisch sein, und dazu ist auch der Unterschied zwischen östlichem und westlichem Wesen vorläufig zu groß. Um diese Dinge anders werden zu lassen: dazu wäre in Rußland ein ganz kolossaler wirtschaftlicher Aufschwung notwendig, der bei Berücksichtigung aller Verhältnisse vorläufig ausgeschlossen erscheint. Somit werden die Russen nach dem Kriege, ebenso wie vorher, geneigt sein, den Deutschen Rohstoffe zu verkaufen, aber nicht gewillt, ihnen dafür Industrieerzeugnisse abzukaufen.

Ungarn befindet sich diesbezüglich Deutschland gegenüber in einer ganz anders gearteten Lage als Rußland. Die kulturelle und geschichtliche Gemeinschaft der Völker Mitteleuropas ist tiefgreifend genug, um bei der unverkennbaren (und in der modernen Kulturentwickleung begründeten) Tendenz unserer Zeit zur politischen Integration, einen so weitgehenden politischen Zusammenschluß zu ermöglichen, der jede Möglichkeit eines Krieges zwischen mitteleuropäischen Völkern für immer ausschließt. Aus militärischen Gründen braucht sich also Ungarn nicht davor zu scheuen, einen mit Deutschland gemeinsamen, sich durch die deutsche Industrie ergänzenden industriellen Organismus zu entwickeln. Wirtschaftlich bieten sich für Ungarn im Fall, daß seine Landwirtschaft intensiviert wird, schon in der Agrikultur so außerordentlich große Möglichkeiten, daß es auch bei einer relativ mäßigen Industrieentwicklung eines der reichsten Länder werden kann. Bei einer Steigerung der Produktivkräfte der Landwirtschaft würde zwar auch in Ungarn — aus später noch zu berührenden Gründen — eine Industrieentwicklung, selbst bei einer Zollunion mit Deutschland, viel stärker einsetzen als vorher, aber doch nicht in dem Maße, daß aus dem Mehr der agrarischen Erzeugung nicht ein großer Rohstoffüberschuß übrig bleiben und gegen außerungarische Industrieerzeugnisse eingetauscht werden könnte. Deutschland könnte demnach seinen Rohstoffbezug aus Ungarn unmittelbar an Ungarn mit Industrieerzeugnissen bezahlen; — ein großer Vorteil, ganz abgesehen von der größeren Spezialisierung sowohl der deutschen wie der österreichischen und ungarischen Industrie, die mit einer Zollunion verbunden wäre[2]).

[1]) Seit diese Zeilen niedergeschrieben wurden, entstand in Rußland eine neue Situation, indem nämlich bei den westlichen Randvölkern die Tendenz zutage trat, sich von Großrussland abzutrennen und gewissermaßen an die Mittelmächte anzuschließen. Unter diesen Randvölkern befinden sich bekannterweise auch die Ukrainer, die ein großes, an Rohstoffen reiches, stark exportfähiges und für Industrieerzeugnisse aufnahmefähiges Gebiet bewohnen. Derzeit ist die Lage in der Ukraine noch nicht geklärt. Sollte sich dieses Gebiet von Rußland tatsächlich lostrennen und zu den Mittelmächten in ein freundschaftliches Verhältnis treten: so wird dies in der ersten Zeit des Friedens für die Rohstoffversorgung der Mittelmächte und für ihren industriellen Absatz von großem Werte sein. Doch selbst in diesem Falle darf für die Dauer der Wert einer Verbindung mit der Ukraine nicht überschätzt werden. Die Ukraine ist ein geschlossenes Gebiet, größer als Deutschland, mit einer nahezu 40 Millionen Köpfe betragenden Bevölkerung, die vorläufig in rapidem Zunehmen begriffen ist. Die Zunahme der Bevölkerungszahl und die voraussichtliche Kräftigung der Landwirtschaft muß in der Ukraine zu einer Industrieentwickelung führen. Wird auf

Kaum geringere Vorteile, als für Deutschland, würde eine Wirtschaftspolitik des mitteleuropäischen Zusammenschlusses und der landwirtschaftlichen Produktionsreform für Oesterreich und Ungarn bedeuten. Die Wirtschaftspolitik der Donaumonarchie befand sich vor dem Kriege auf einer falschen Fährte, und dieser Umstand hat sich in den letzten Friedensjahren bereits in bedenklichen Wirkungen geäußert. Das Charakteristische dieser Wirtschaftspolitik war das Bestreben, einen hohen Stand der Getreidepreise, eine volle Wirkung der Agrarzölle auf dem österzeichisch-ungarischen Vertragszollgebiete um jeden Preis sicherzustellen. Das war keine ganz leichte Aufgabe, da der Verbrauch agrarischer Produkte in Oesterreich-Ungarn, vor dem Kriege, kaum etwas größer war als deren Produktion. Es wurden im Durchschnitte der fünf Jahre 1909—13 jährlich 278 Millionen dz Getreide und Kartoffeln produziert. (Die Kartoffel auf Trockenkartoffeln umgerechnet.) Der Verbrauch und Saatgutbedarf betrug aber bloß 282 Millionen dz, sodaß durchschnittlich nur 4 Millionen dz eingeführt wurden. Wäre die Produktion in diesen Jahren auch nur um 10% gesteigert worden, so wären schon Exportüberschüsse entstanden, die Einfuhrzölle hätten ihre Wirkung verloren, und der Weizenpreis wäre von 240 Kronen per Tonne auf ca. 160 Kronen gefallen. Diese zugespitzte zollpolitische Situation hatte zur Folge, daß jene leitenden Kreise, die die Agrarpolitik in den Staaten der Monarchie bestimmten, alle Neuerungen in der Produktion, die zu einer wesentlichen Steigerung der Erträge geführt hätten, möglichst beiseite zu schieben trachteten. Die Ertragssteigerung wurde — wie A. Arnstadt, M. d. R., richtig bemerkt[3]) — „zurückgehalten". Die Träger dieser Bestrebung waren die führenden Kreise der Organisationen der Großlandwirte. Diese waren bis jetzt sowohl in Ungarn wie in Oesterreich

---

diese Weise aus der Ukraine, nach einigen Jahrzehnten des Friedens, ein wirtschaftlich kräftiges, sich industrialisierendes Reich mit 60—80 Millionen Einwohnern: so ist es sehr unwahrscheinlich, daß eine solche Ukraine ihre momentan zutage tretende westliche Orientierung beibehalten würde. Sie würde viel eher eine Verbindung mit den großen Agrar- und Kolonialländern Rußland und Sibirien suchen, umsomehr, als ihr Volk den Großrussen in Bezug auf Sprache und Religion nahesteht und in einem Bunde mit Rußland, nach seiner wirtschaftlichen Kräftigung, eine führende Rolle beanspruchen könnte. Das oben über Rußland Gesagte gilt also bis zu einem gewissen Grade auch für eine von Rußland losgetrennte Ukraine. Die Verbindung mit derselben ist wertvoll, sie bietet aber für die Mittelmächte keine genügend feste Grundlage, um bei dem Aufbau ihrer wirtschaftlichen Zukunft auf sie dauernd rechnen zu können.

[3]) Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung, 20. März 1916. S. 94.

mächtig genug, um die landwirtschaftliche Produktion beeinflussen zu können, ohne sich für diesen Zweck noch besonders zusammenschließen zu müssen: — da ja die gesamte landwirtschaftliche Fachpresse und die Landwirte-Vereine, ja die Ackerbauministerien selbst unter ihrem Einflusse stehen. Sie konnten somit durchsetzen, daß die Kenntnisse einer fortgeschritteneren Produktionsweise der großen Masse der Landwirte vorenthalten wurden, und sogar gelegentlich gegen auftauchende wichtige agrartechnische Errungenschaften Stimmung gemacht wurde. Es gab einen Staatsmann — den Ackerbauminister Grafen von Serényi —, der sich seinerzeit gegen dieses System auflehnte; — aber gegen die Uebermacht der führenden Kreise der Großlandwirte konnte auch er nicht aufkommen.

Nun hatte aber diese Tendenz, die sich im agrarischen Teile der Wirtschaftspolitik der Monarchie völlig durchsetzte, auch finanzpolitische Folgen. Die Donaumonarchie war, als Ganzes betrachtet, von je her und noch in der letzten Friedenszeit, ein Schuldnerland, das dem Zollauslande jährlich eine bestimmte Summe Zinsen entrichten mußte. Solange die Monarchie Agrarprodukte exportierte, hatte sie eine aktive Handelsbilanz mit einem Exportüberschuß, der zur Begleichung der zollausländischen Zinsforderungen in der Regel genügte. Nachdem aber die Steigerung der Ernten, seit Ende des vorigen Jahrhunderts, nicht gefördert, sondern vielmehr nach Möglichkeit zurückgehalten wurde, wurde die Monarchie bei dem steigenden Bedarf an Agrarprodukten allmählich ein Importland, das Rohstoffe einführt und dafür Industrieerzeugnisse ausführt. Die erste Folge dieser Umwandlung war, daß die Agrarzölle, die früher, zur Zeit der agrarischen Exportüberschüsse, die Preise nicht zu erhöhen vermochten, nunmehr in Wirkung traten. Somit haben die ausschlaggebenden Wirtschaftspolitiker der Monarchie ihr Hauptziel erreicht. Aber die Folgen waren nicht erfreulich. Ein Rohstoff-Importland braucht, besonders wenn es zugleich ein Schuldnerland ist, starke industrielle Exportüberschüsse, um dem Auslande die Rohstoffbezüge und die Zinsen bezahlen zu können. Nun sind aber in Oesterreich-Ungarn, während die Rohstoffbezüge erheblich zunahmen, die industriellen Exportüberschüsse um garnichts gestiegen, ja sogar noch um etwas gesunken. Im Durchschnitte d. J. 1901—3 machte die jährliche Mehreinfuhr agrarischer und bergbaulicher Produkte 181 Millionen und die Mehrausfuhr ge-

werblicher Erzeugnisse 440 Millionen Kronen aus, so daß die Handelsbilanz mit 259 Millionen K aktiv war; — zehn Jahre später, in 1911—13 betrug die Mehreinfuhr an jenen Rohstoffen 1188 Millionen, die industrielle Mehrausfuhr jedoch blos 437 Millionen, so daß die Handelsbilanz mit 751 Millionen passiv wurde. Daß dies mit einer fortschreitenden bedenklichen Verschuldung der Monarchie gleichbedeutend war, braucht hier nicht weiter erläutert zu werden. Charakteristisch ist aber, daß die in Oesterreich und Ungarn, in den letzten Jahren vielbeklagte Passivität der Handelsbilanz gerade 1907, also zur selben Zeit einsetzte, als die Agrarzölle, durch das Steigen des Bedarfs, zur vollen Wirkung gelangten und die Preise der Agrarprodukte plötzlich in die Höhe gingen[4]. Dies war zunächst eine Folge davon, daß die plötzlich einsetzende preissteigernde Wirkung der Agrarzölle die Produktionskosten der Industrie stark belastete und ihre Konkurrenzfähigkeit herabsetzte, sodaß sie nicht imstande war, ihre Exportleistungen bei der gerade seit 1907 besonders scharf einsetzenden internationalen Konkurrenz zu steigern. Doch damit ist die geringe Leistungsfähigkeit der österreichischen und ungarischen Industrie im Exporte nur zum Teil erklärt. Die deutsche Industrie war ja zu gleicher Zeit kaum weniger mit Agrarzöllen belastet als die österreichische und ungarische, und dennoch war sie fähig, trotz dieser Belastung siegreich auf dem Weltmarkte vorzudringen und Exportüberschüsse zu erzielen, die den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft vollauf genügten. Die Industrie der Monarchie bekundet also, mit der Deutschlands verglichen, eine gewisse Inferiorität. Die Hauptursache dieser Inferiorität ist

[4])

	Der Preis des Weizens betrug in Kronen per dz	Der aktive (+) bzw. passive (—) Saldo der Handelsbilanz der Monarchie betrug, in Millionen Kronen
1901	17.52	+ 233
1902	18.83	+ 193
1903	17.49	+ 253
1904	20.60	+ 41
1905	19.80	+ 98
1906	17.84	+ 39
1907	22.34	— 45
1908	26.06	— 143
1909	31.00	— 427
1910	25.88	— 435
1911	25.92	— 787
1912	25.38	— 823
1913	24.62	— 637

ganz bestimmt darin zu suchen, daß die österreichische und ungarische Landwirtschaft viel weniger produktivkräftig ist, als die deutsche. (Während die letztere z. B. 21 dz. Weizen auf dem Hektar erzeugt: werden in Oesterreich-Ungarn durchschnittlich blos 12½ dz. geerntet.) Die Produktivkraft der heimatlichen Landwirtschaft ist für die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie durchaus nicht gleichgültig. Eine Landwirtschaft, die bei verhältnismäßig billigen Kosten große Erträge aus dem Boden hervorbringt, schafft Wohlstand und damit zugleich Kapital und Konsumkraft bei der Bevölkerung, sie verbilligt die Ernährung (ja mittelbar auch die Wohnung) des Industriearbeiters und den Rohstoffbezug vieler Industriezweige. Sie schafft somit den Boden für eine gewerbliche Massenproduktion bei großer Spezialisierung und billigen Herstellungskosten. Geschichtlich wurden in jedem der bestehenden Industrieländer die Voraussetzungen der Industrialisierung landwirtschaftlich geschaffen. Es gibt überhaupt keine industrielle Kultur ohne eine produktivkräftige Landwirtschaft; — diese ist der wichtigste Standortsfaktor der Industrie in ihrer Gesamtheit. In Ländern, wo eine produktivkräftige Landwirtschaft infolge wenig günstiger naturgegebener Fruchtbarkeitsverhältnisse nicht entstehen kann, dort kann auch eine industrielle Kultur nicht zustande kommen. In solchen Ländern dagegen, wo agrikulturell eine gewisse Höhe der Produktivkraft erreicht wurde: entsteht, als Folge hiervon, auch eine kräftige Industrie; — daran wird durch das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Mineralschätzen oder Schutzzöllen verhältnismäßig nur wenig geändert. Schutzzölle, Mineralschätze und geographische Verkehrsbeziehungen haben zwar einen großen Einfluß darauf, ob in der Industrie eines Landes diese oder jene Zweige vorherrschen sollen: — für die Gesamtmenge der Industrie in einem Lande sind sie aber von geringerer Bedeutung, als die Produktivkraft der Agrikultur des betreffenden Landes. (Mutatis mutandis.)

Die vor dem Kriege in Oesterreich-Ungarn herrschende Wirtschaftspolitik hatte also dadurch, daß sie die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte zurückzuhalten suchte, hierdurch

gleichzeitig auch der Industrieentwicklung den eigentlichen Nährboden entzogen, und hiervon konnte durch schutzzöllnerische Maßnahmen, durch staatliche Subventionen nur wenig wieder gutgemacht werden, trotz der diesbezüglichen anerkennenswerten Bestrebungen der Industriepolitiker. Diese Wirtschaftspolitik war es, die zum Versagen der Industrie im Export und zur Passivität der Handelsbilanz führte. Es ist klar, daß diese Wirtschaftspolitik nach dem Kriege nicht weiter fortgeführt werden kann, da ja sonst die Monarchie unter den Lasten des Krieges finanziell verblutet. Sobald der Tag des Friedens anbricht, werden Oesterreich und Ungarn vor der dringenden Notwendigkeit stehen, radikal mit jener falschen Wirtschaftspolitik aufzuräumen, die sie vor dem Kriege schädigte. Die konservative Produktionspolitik in der Landwirtschaft muß aufgegeben werden; — die beiden Staaten der Monarchie müssen, mit Einsetzung aller Kräfte, auf eine je größere Steigerung der Bodenerträge hinarbeiten. Hierfür gibt es zollpolitisch zwei Möglichkeiten:

1. Der bisherige zollpolitische Zustand — ein von Deutschland vollkommen abgegrenztes österreichisch-ungarisches Zollgebiet — wird auch nach dem Kriege aufrechterhalten. In diesem Falle würde eine landwirtschaftliche Produktionsreform Exportüberschüsse schaffen und somit die Agrarzölle der Monarchie außer Wirkung setzen. Sie wäre somit nur gegen den Willen der Klasse der Großgrundbesitzer, also nur bei einem politischen Niederbruch dieser bis jetzt leitenden Klasse durchführbar (da ja darauf, daß diese Klasse in einer Frage, die ihre Existenz berührt, freiwillig, aus Selbstlosigkeit nachgebe, nicht gerechnet werden kann). Also nur auf dem Wege schwerer Klassenkämpfe, die zwar aussichtsreich wären (da ja die Staaten der Monarchie ohne eine Produktionsreform der Landwirtschaft finanziell nicht weiter existieren können), aber bei der Machtfülle der bekämpften Klasse lang dauern und die Kräfte der Völker der Monarchie zu sehr in Anspruch nehmen würden.

2. Es entsteht ein deutsch-österreichisch-ungarisches Zollgebiet. Auf diesem Zollgebiet wäre, in den ersten Jahren seines Bestehens, ein Defizit von ca. 90 Millionen dz Getreide und Kraftfuttermitteln, von ca. 8 Millionen dz Fett und von noch vielen Millionen Doppelzentnern anderer Agrarprodukte vorhanden. Und es könnte mit voller Berechtigung darauf gerechnet werden, daß

der große, die Inlandsproduktion vorerst soweit übersteigende Bedarf in den nächstfolgenden Jahrzehnten noch in rapidem Tempo zunehmen wird. Es wäre somit die Möglichkeit vorhanden, die Erträge der Landwirtschaft im ganzen Gebiete — vor allem aber in der Donaumonarchie und ganz besonders in Ungarn — erheblich zu steigern, ohne daß hierbei Exportüberschüsse entstehen und die Agrarzölle außer Wirkung treten würden. In diesem Falle könnten also aus einer Reform der Landwirtschaft in Oesterreich und Ungarn auch die Großgrundbesitzer dieser Staaten einen erheblichen wirtschaftlichen Nutzen ziehen, so daß die Reform, die ja in beiden Ländern eine unumgängliche Staatsnotwendigkeit ist, ohne namhaften Widerstand dieser mächtigen Klasse, auf dem Wege eines Kompromisses mit ihr, glatt durchgeführt werden könnte.

Für die österreichische und ungarische Industrie würden im Falle einer Zollunion mit Deutschland, infolge der Schutzlosigkeit gegen die deutsche Konkurrenz, Schwierigkeiten entstehen (die allerdings durch eine größere Spezialisation und mit Hilfe sonstiger Mittel zum großen Teile gleich zu Beginn ausgeschaltet werden könnten). Die Steigerung der Ernten, die nach einigen Jahren schon fühlbar wäre, würde jedoch andererseits die Kraftquellen der Industrie in den beiden Staaten der Monarchie derart bereichern, daß sie trotz aller deutschen Konkurrenz zu einem Aufstieg fähig wäre. Allenfalls müßte für viele Zweige der österreichischen und ungarischen Industrie, im Falle der Zollunion mit Deutschland, ein gewisser Schutz während der Uebergangszeit von einigen Jahren gesichert werden, um unerwünschten Erschütterungen vorzubeugen.

Das Zustandekommen eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Mittelmächte wäre für die gesamte Staatswirtschaft und für alle Gesellschaftsklassen in allen Ländern Mitteleuropas von größtem Vorteil. Selbst die Großgrundbesitzerklasse Deutschlands, die verhältnismäßig am wenigsten daran interessiert ist, hätte einen Vorteil davon, indem sie aus einer Zollunion zwar keinen unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen ziehen könnte, aber, als Klasse, von einem großen Nachteile verschont bliebe. Das Aufrechtbleiben des bisherigen zollpolitischen Zustandes würde nämlich in Oesterreich-Ungarn im Interesse der brennend notwendigen agrarischen Produktionsreform, aus oben gesagten Gründen, heftige Klassenkämpfe hervorrufen, die, aus

staatlichen Notwendigkeiten, zu einem politischen Niederbruch der Großgrundbesitzerklasse und zu einer sehr radikalen Grundbesitzreform führen müßten. Eine solche Gestaltung der Dinge wäre aber auch für die Großgrundbesitzerklasse des benachbarten, politisch verbündeten und kulturell verwandten Deutschlands kaum von Vorteil.

IV.

Ueber die Frage, ob das Entstehen eines politisch und wirtschaftlich zusammengeschlossenen Mitteleuropas der Sache des europäischen Friedens nicht nachteilig wäre, soll hier, aus räumlichen Gründen, nur so viel gesagt werden:

Durch einen engen Zusammenschluß der Mittelmächte und durch deren hierdurch geförderten landwirtschaftlichen und allgemein-wirtschaftlichen Aufschwung würde in der Mitte Europas eine wirtschaftliche und politische Macht entstehen, die allen übrigen Mächten überlegen wäre. Doch derselbe landwirtschaftliche Aufschwung, der dies herbeiführt, wirkt zu gleicner Zeit notwendigerweise stark herabsetzend auf alle expansiven Tendenzen seitens der Mittelmächte. Er schafft nämlich ungeheure neue Rohstoffmengen und jenes Mitteleuropa, auf dessen Gebiet dies geschieht, kann die Ansprüche eines im Aufstieg begriffenen großen Wirtschaftsvolkes voll befriedigen, ohne viel Rohstoffe einführen — und ohne sich viel um industrielle Absatzmärkte herumschlagen zu müssen.

Mit anderen Worten: Die Vergrößerung der Erträge des mitteleuropäischen Bodens — gefördert durch den Zusammenschluß — würde innerhalb der Grenzen der Mittelmächte den Bevölkerungsdruck herabsetzen. Es ist aber theoretisch gut nachweisbar, daß die Ursache expansiver, kriegerischer Tendenzen in letzter Instanz im Bevölkerungsdrucke zu suchen ist, der die Lebensmöglichkeiten des einzelnen Menschen einengt, ihn von anderen abhängig macht, den Wert des Menschen für sich selbst und für andere herabsetzt, somit die Unterordnung des Einzelnen der Gesamtheit gegenüber fördert, gleichzeitig aber auch einen sehr starken Bedarf nach mehr Boden (oder Bodenprodukten) in der Gesellschaft erzeugt, also zu gleicher Zeit sowohl die sozialen Voraussetzungen, als die natürlichen Zielsetzungen des Imperia-

lismus schafft. Die Mittelmächte waren auch vor dem Kriege weniger imperialistisch in ihrer Politik, als andere Großmächte Europas; — würden aber auf ihrem, durch einen engen Zusammenschluß vereinten Boden durch einen landwirtschaftlichen Aufschwung neue Rohstoffquellen eröffnet, so würde dies den Bevölkerungsdruck im Innern dieser Staaten herabsetzen und somit die friedlichen Tendenzen in ihrer Politik noch ganz besonders kräftigen.

Entsteht in der Mitte Europas eine Macht, die an Kraft allen andern Großmächten überlegen, dabei aber selbst von besonders friedlicher Natur ist: so kann dies der Sache des dauernden Friedens nur förderlich sein.

Die Zeitungen in der Periode der. Uebergangswirtschaft

Von

ADOLF BRAUN.

So voreilig es wäre, nun schon die Kriegsbilanz des deutschen Zeitungswesens zu ziehen, so dringlich ist es, auf die Notwendigkeiten der Reform des Zeitungswesens für die Zeit des Friedens hinzuweisen. Freilich stehen Kriegsbilanz und Reformbedürftigkeit im unzerreißbaren Zusammenhange. Die Notwendigkeit, an Haupt und Gliedern, an Voraussetzungen und Wirkungen, um Ausdrucksmittel und Ausdrucksformen der Presse zu bessern, war schon vor dem Kriege gegeben, wenn auch diese Probleme nicht zuletzt deshalb, weil ihnen ein Organ des Ausdrucks fehlte, ganz im Hintergrunde der Reformfragen blieben, die den Politiker und den Soziologen beschäftigten. Das redseligste, was es in der Welt gibt, die tägliche mit Millionen Zungen sprechende Presse, ist das schweigsamste, wenn es sich um sich selbst handelt. Wohl vermag die Presse, trotzdem sie die Gegensätze der ganzen Gesellschaft spiegelt, bis zu einem gewissen Grade sogar eine Geschlossenheit darzustellen, so, wenn sie mit den staatlichen Gewalten in Konflikt kommt oder wenn man sich gegen ihre Macht zu wehren sucht. Sonst fehlt der Presse der Antrieb, ihre eigenen Angelegenheiten, die von keinem Gliede in dem vielfach gestalteten Körper der Presse bestrittene Reformbedürftigkeit zu erörtern. Man kann über die Motive dieser Schweigsamkeit streiten, man kann die besten hierfür anführen, man kann auch weit geringere für diese freiwillige Ausschaltung vermuten. Es genügt festzustellen, daß sich die Presse, für die es kein Problem und kein Wissensgebiet gibt, das sie nicht erörtert, und zu dem sie nicht ihre Besserungsvorschläge macht, gerade in ihren eigenen Angelegenheiten die größte Zurück-

haltung auferlegt. Mögen noch so viele knirschen über die Machtäußerungen der Presse, mögen noch so viele seufzen, daß die Presse mit ihrer notgedrungenen Oberflächlichkeit das bedeutsamste, größte, wichtigste, oft das einzige und dabei doch naturgemäß stets unzulängliche Bildungsmittel des Volkes und der immer wichtiger werdenden breiten Massen desselben ist, mögen sich noch so viele wehrlos finden dieser ebenso merkwürdigen wie unverständlichen geistigen Macht gegenüber, so fehlt doch den vielen Widersachern der Presse das Organ, das all den Schmerzen und all der Beunruhigung Ausdruck geben könnte, die die Presse hervorruft. So wenig die Presse etwas Einheitliches und in sich Geschlossenes ist, so wenig sie also tatsächlich die »siebente Großmacht« sein kann, weil sich ihre Wirkungen gegenseitig ständig aufzuheben suchen, so sehr die Zeitungen unter sich verfeindet und so mißtrauisch ihre Redakteure sind, sie bilden doch, von geringen Ausnahmen abgesehen, eine unsichtbare und unbewußte Verschwörung gegen die, die an der Presse als Erscheinung des öffentlichen Lebens eine andere als parteipolitische Kritik, die — wir sagen es mit aller Einschränkung — eine soziologische Kritik anlegen wollen. An einem Beispiel scheinbar ganz nebensächlicher Art kann man das von Zeit zu Zeit immer wieder erkennen. Das Theater kommt bisweilen mit der Theaterkritik, die vielfach ein besonders unerfreulicher Teil der Zeitungen ist, in Konflikt. In diesen Fällen zeigt sich in der Regel auch in den Orten, wo der schroffste Konkurrenzkampf und die äußerste Verwilderung der Polemik in der Presse herrschen, sofort eine unbedingte Solidarität der Presse, oft verbunden mit dem härtesten Boykott des Theaters. Diese Erfahrungen ermutigen nicht zur lauten Kritik der Presse. Soweit sich diese kritische Stimmung hervorwagt, fehlt ihr ein der Macht der Presse ebenbürtiger organisierter Ausdruck. Wohl erscheint hier und da einmal eine Broschüre mit einigen Seufzern über das Zeitungswesen. Zwei Mittel gibt es gegen die Aburteiler: das Härtere, das den Kritiker ganz wehrlos macht, das Totgeschwiegenwerden in der Presse und das andere, die scharfe und rücksichtslose Abwehr der Angriffe durch die Presse, die mit all der Souveränität, die der Presse eigen ist, in eigener Sache und sofort in erster und letzter Instanz entscheidet über die Angriffe. Wer die Presse auf die Anklagebank verweisen möchte, ist bald belehrt, daß sie statt

auf dem Armensünderbänkchen Platz zu nehmen, auf dem höchsten Stuhl des obersten Gerichts thront.

Eine soziale Institution von so außerordentlicher Macht wie die Presse kann nicht ohne Gefahr für sie selbst in der Stellung des unangreifbaren und über jede Kritik erhabenen Richters allen Weltgeschehens auf die Dauer verharren. Vor dem Kriege konnte sich eine Kritik der Presse nicht erfolgreich äußern; es lag für die Presse selbst der Antrieb zu einer Reform an Haupt und Gliedern nicht so stark vor, als das nun der Fall ist. Während des Krieges änderten sich die Lebensbedingungen der Presse gründlich. Die Presse kann sich nicht verhehlen, daß sie durch den Krieg ganz aus dem Geleise gesunder Entwicklung kam. Sie konnte oft nicht selbst entscheiden, was in majorem rei publicae Atheniensium gloriam lag und liegt. Sie mußte sich ihrer Selbständigkeit fast vollständig begeben; im Ausdruck ihrer Meinung wie im Vermeiden des Ausdruckes, ja auch schon in ihren für die Oeffentlichkeit bestimmten und nicht bestimmten Informationen betätigte sie sich unter ganz anderen Bedingungen als ihr das vor dem Kriege als unbedingte Notwendigkeit erschien.

Nicht um die Bilanz des Krieges für die Presse zu ziehen, machen wir auf einige Mängel aufmerksam; wir suchen nur, ohne jedes Streben nach Vollständigkeit, nach Ausgangspunkten für die Betrachtung des nach dem Kriege für das deutsche Zeitungswesen und für die deutsche Zeitungsleserwelt Notwendigen.

Selbst unter den Trägern des Zeitungswesens, unter den führenden Verlegern und Redakteuren empfindet man hart, daß das Vertrauen des Publikums in die Zeitungen stark gesunken ist. Manche trösten sich mit der zu billigen Aussicht, daß, wann die Zensur weggefallen sein wird, auch das Vertrauen des Publikums wiederkehren wird. So wird aber zu einfach und zu mechanisch die Erklärung für das gesunkene Vertrauen gesucht, wie die Mittel entdeckt, sich das Zutrauen der Leser wieder zu gewinnen. Noch schwerer als dem Arzte, dem Rechtsanwalt und dem Pastor ist der Zeitung verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen. In sehr begreiflicher Uebertreibung sucht man den Verlust des Vertrauens in die Zeitungen allein auf den Druck der Zensur zurückzuführen. Die Zensur ist an sich nur etwas Negatives, wenn man vom besetzten feindlichen Gebiete absieht, wo andere, in noch viel höherem Maße exep-

tionelle Verhältnisse bestehen, auf die wir hier nicht eingehen können. Die Zensur kann Veröffentlichungen an sich oder zu bestimmter Zeit verbieten oder Besprechungen bestimmter Tatsachen untersagen. Viele Zeitungen sind aber in der Rücksicht auf die Zensur erheblich weiter gegangen, als man es von ihnen verlangt, hat oder doch als man es von ihnen erzwingen könnte. Sie haben auf eine selbständige Meinung und Erklärung der Ereignisse mehr oder minder vollständig verzichtet. Sie haben vor allem den Versuchen, die Presse ausnahmslos offiziös zu machen, weit weniger Widerstand entgegengesetzt oder sich zu spät zu diesem Widerstande entschlossen — wir sehen, wie in dieser Abhandlung überhaupt, vollständig ab von jeder politischen Wertung —, als es im Interesse der äußeren und inneren Selbständigkeit der Zeitungen unbedingt erforderlich war. Den aus hundert durchsichtigen und auch aus manchen undurchsichtigen Quellen kommenden offiziösen Beeinflussungen der Presse haben sie sich durchaus gefügig gezeigt. Die meisten Reichsämter, sonstige Reichs- und Landesstellen verschiedenster Art, eine ganze Reihe von Kriegsgesellschaften, Armeegruppen, städtischen Verwaltungen versorgten die Presse mit einer Fülle von Material, das selbst in der Zeit der unbeschränkten Papierverfügung den Rahmen der Zeitungen gesprengt hätte. Aus der Fülle dieses Materials, das zum Teil mit großem Geschicke und mit aller Rücksicht auf sensationelle Aufmachung der Presse, auf die Möglichkeit, mit großen Namen von Mitarbeitern zu glänzen, zusammengestellt war, konnten dei Zeitungsredaktionen den Stoff für ihre Leser auswählen. Lange gelang es freilich nicht, mit diesem neuen Schmucke den Zeitungsleser in Erstaunen zu setzen; bald erkannte er, daß nicht nur sein Leibblatt, sondern auch zahlreiche andere von ihm früher sehr von oben herab betrachtete mittlere, kleine und kleinste Blätter gleichzeitig diese Artikel von Nobelpreisträgern, Geheimräten, Professoren und Dichtern brachten, Arbeiten, die nicht bloß dem eigenen Blatte zur Verfügung gestellt wurden, sondern der ganzen Presse zugänglich waren und diese Presse um ihren selbständigen Charakter brachten, sie — uniformierten. Hatte früher jede Partei- und Wirtschaftseinrichtung ihre eigenen Pressebüros und Korrespondenzen, so führte der Burgfriede dazu, daß diese Korrespondenzen nicht bloß der eigenen Partei, sondern in weit höherem Maße als vor dem Kriege auch anderen Parteien zur Ver-

fügung standen. Hierdurch wurde die Uniformität der Presse noch mehr gesteigert, als das durch die Fülle der Leistungen des viel gegliederten offiziösen Apparates schon geschah. Wie so oft in der Pädagogik zeitigte auch in der Pädagogik der Erwachsenen, die im wesentlichen Aufgabe oder doch Effekt der Zeitungen ist, die bewußte, zu häufig betonte Absicht, das zu Viele, das Durchsichtige, den Zweck der Uebung erraten Lassende die dem Erstrebten ganz entgegengesetzte Wirkung. Statt die Einheitlichkeit des Willens herbeizuführen, riefen die Zeitungen das Mißtrauen gegen alle ihre Nachrichten hervor. Man las sie weiter, weil sie nicht ersetzbar waren; man mißtraute ihnen aber in immer höherem Maße. Die wechselnden Stimmungen und Absichten in den Kreisen der Regierung, die auch in den verschiedenen Zentren der Regierungsgewalt zur gleichen Zeit nicht immer die gleichen waren, und die oft nebeneinander in den meisten Zeitungen zum Ausdruck gebracht wurden, ließen die Leser bald erkennen, daß die Zeitungen ebenso häufig ihre Front wechselten als die Regierung. Natürlich fehlt es nicht an Ausnahmen; mit der längeren Dauer des Kriegs wuchs die Zahl dieser Ausnahmen; aber für die große Zahl der Zeitungen war das Publikum mit seinem Urteile rasch fertig: sie sahen in ihnen nicht mehr selbständige Organe, die die Interessen der Parteien vertraten und Rücksicht nahmen auf den Kreis der Leser, für die sie wirkten. Dann nahm man an, daß sie sich dem jeweiligen und durchaus nicht gleichbleibenden, den Lesern nicht immer folgerichtig erscheinenden Wechsel der Anschauungen der amtlichen Politik anpassen. Je unzufriedener das Volk infolge der langen Dauer des Krieges wurde, je mehr es kritisch empfand, daß die Zeitungen oft Hoffnungen zu erzeugen suchten, die sich nicht einstellten, desto gäufiger machte man die Zeitungen verantwortlich für die ungenügende Orientierung der Leser. Je mehr die Kritik der staatlichen und militärischen Stellen eingeengt war, desto stärker entlud sich der Widerwille gegen die Zeitungen. Die ihnen unfreundliche Stimmung im Publikum, das Mißtrauen gegen ihre Haltung wuchsen mit den Einengungen des politischen Ausdrucks, mit der Lahmlegung des politischen Lebens, mit der Seltenheit seiner Ausdrucksmöglichkeit. So wurden die meisten deutschen Zeitungen nicht bloß mehr oder minder offiziöse oder — wie Bismarck sagte — freiwillig gouvernementale Zeitungen, sie wurden auch für die herrschenden Ge-

walten ein nicht hoch genug zu wertender Blitzableiter für die Mißstimmung, die ein langwieriger Krieg mit allen aus ihm erwachsenden Entbehrungen zur Folge haben muß.

Hatten die Regierungsorgane in der Organisation der Beeinflussung der öffentlichen Meinung nicht selten eine ganz glückliche Hand, so haben sie andererseits, wie ja das bei der Bürokratie gar nicht anders möglich ist, oft zu Klagen über zahlreiche Unterlassungen, Verspätungen, Verirrungen Anlaß gegeben. Zu den stärksten Leistungen Deutschlands im Kriege gehört unzweifelhaft die fast restlose Veröffentlichung der feindlichen Heeresberichte und die, zwar durchaus nicht ausnahmslose, aber doch weitgehende Zulassung von Zeitungen aus dem neutralen und auch aus dem feindlichen Ausland. Das schuf für eine höhere Schicht der Zeitungsleser und Zeitungskritiker die Möglichkeit, den deutschen Zeitungsdienst ständig zu kontrollieren und zu entdecken, daß man Nachrichten, die man nicht vollständig unterdrücken konnte, gefärbt, verzögert, neu eingekleidet hat. Die Zeitungen haben oft unter bitterer Kritik leiden müssen, die sie selbst hervorgerufen haben. Viele Zeitungen haben auch ganz freiwillig zu viel des Guten getan; mancher Zensor mag beim Lesen der Zeitungen an »das päpstlicher als der Papst« gedacht haben. Mancherlei Schlauheit, die man den Zeitungen zugemutet hat, um aus e i n e r Quelle kommende Nachrichten als selbständigen Entrüstungsausdruck der gesamten Presse in Erscheinung treten zu lassen, ist nicht besonders geglückt. Ueber die sich hinter den Kulissen abspielende Regie, über merkwürdige Quellenbezeichnungen und über mancherlei Versuche, die Zeitungen zu mehr werden zu lassen als zu Informationsquellen und Beeinflussungsmitteln für das deutsche Volk, kann man heute noch nicht sprechen. Es ist nicht gelungen, die gesamte Presse in eine gerade Linie zu stellen wie eine zur höchsten Vollendung ausgebildete Rekrutenkompagnie; an dem guten Willen und an vielem Eifer hierzu hat es nicht gefehlt. Man hat den Zeitungen mit allen Mitteln die einseitigste Information aufgenötigt, man hat alles daran gesetzt, den Informationsdienst zu monopolisieren und soweit dies nicht möglich war, jeden andern Informationsdienst sehr zu erschweren, man hat ihn überaus häufig kombiniert mit einer recht durchsichtigen Stimmungsmache.

Man hat den Zeitungen nicht Rohmaterial und Halbfabrikat geliefert, das die Endstadien des redaktionellen Prozesses erst

in den Zimmern der Schriftleitungen zu erfahren hätte, man hat das Fertigfabrikat geliefert, man hat es den Redakteuren so leicht gemacht wie das überhaupt nur möglich sein kann und man hat es gleichzeitig den Verlegern so billig gemacht wie sie es gar nicht erhoffen konnten. Die meisten Artikel, Nachrichten, öfters auch einen bescheidenen Depeschendienst konnten die Zeitungen bis zu den kleinsten Dorfzeitungen umsonst erhalten. Soweit die freien Schriftsteller und Korrespondenten nicht zum Heeresdienst eingezogen wurden, empfanden sie dieses vollkommene System offiziöser Bedienung der Zeitungen als eine schwere Schädigung ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen oder doch ihrer publizistischen Unabhängigkeit. Viele hatten zu wählen, entweder in den Dienst des üppig gedeihenden Offiziösentums zu treten oder in einer Zeit höchster Verteuerung des Lebensunterhalts mit einer peinlichen Beschränkung ihres Einkommens zu rechnen.

Empfand die für die Bildung der öffentlichen Meinung und für das Gedeihen des Zeitungswesens so wichtige Schicht der freien Schriftsteller und Korrespondenten schon vor dem Kriege die Monopoltendenzen des Wolff'schen Telegraphenbüros (Continental Telegraphen Companie Actiengesellschaft) als eine schwere Beeinträchtigung ihrer Existenzbedingungen, so war während der Kriegsjahre der Anlaß zu Klagen für die freien Schriftsteller gewaltig gewachsen. Keinen Zweig des öffentlichen Lebens gab es mehr, über den das Wolff'sche Telegraphenbüro nicht berichtete. Immer mehr war es bemüht, nicht nur Tatsachen rasch zu überbringen, sondern sie alle gründlich zu färben, insbesondere zur Hebung des monarchischen Gefühls, zur Bewunderung der jeweilig wirkenden Staatsmänner, zur Erweisung der Unfehlbarkeit der Politik, der Regierung und zur Herabsetzung aller dieser Politik entgegengesetzten Regierungen, Parteien und Personen zu wirken. Dieses schnellste und vornehmste Informationsmittel wirkt durch die Bequemlichkeit, die es schafft und durch die Unentbehrlichkeit, die ihm eigen ist, besonders stark, weit mehr als alle anderen amtlichen Informationsquellen, sie ist auch ein Sammelbecken aller offiziösen Nachrichtenquellen. Einer Darstellung des Pressewesens im Kriege müßte man eine eingehende Betrachtung des W. T. B. vorausgehen lassen, freilich wird man stark zweifeln müssen, ob jemals dieser Teil der Kriegsgeschichte ganz enthüllt werden wird. Hier liegt der wichtigste

Schlüssel des Verständnisses für die geistige Bedienung, für die Bevormundung und für die Unselbständigkeit der Zeitungen in der Kriegszeit. Je schwieriger es auch den reichsten Zeitungen während der Kriegszeit wurde, einen eigenen telegraphischen Nachrichtendienst wie im Frieden zu besitzen und auszunützen, desto stärker wuchs die Bedeutung des Wolffschen Telegraphenbüros. War schon vor dem Kriege der amtliche Informationsdienst für die Zeitungen der bequemste, autoritärste und dabei billigste, — von der Gelegenheit ganz zu schweigen, wo er der erträgnisreichste war —, so wurde er während des Krieges fast der ausschließliche; jedenfalls traten alle Informationsquellen und die Möglichkeit ihrer Benützung weit zurück hinter den während des Krieges immer weniger werdenden, immer stärker versiegenden und in ihrer Lauterkeit oft recht zweifelhaft werdenden anderen Informationsquellen.

So führte eine ganze Reihe von Tendenzen zu einer weitgehenden und von nicht allzuviel Ausnahmen durchbrochenen Vereinheitlichung der Zeitungen. Diese wurde durch ein ganz eigenartiges, der Regierung nicht immer unbequemes Moment gefördert: durch den Rohstoffmangel. Das Fehlen des Papiers für die Zeitungen, seine Verwendung für alle möglichen Zwecke als Ersatzstoffe in der Textilindustrie, in der Konfektion wie in der Schuhindustrie, auch für viele andere ausgehenden Materialien zwangen, das sonst den Zeitungen zur Verfügung stehende Quantum Papier immer mehr einzuschränken. In dem Kampfe um die Verfügung über dieses Papier zwischen dem Verleger, der seinen Inseratenteil nicht einengen lassen wollte und dem Redakteur, der seinen mannigfachen Aufgaben zu genügen suchte, siegte, wie ein Blick auf die Zeitungen lehrt, der Verleger. Je mehr der Raum des redaktionellen Zeitungsteils eingeengt wurde, je größer der unumgänglich für Kriegs- und andere Nachrichten zur Verfügung gestellte Teil dieses Raumes sein mußte, desto geringer war die Möglichkeit für selbständige redaktionelle Arbeit, desto stärker trat in Erscheinung die Uniformität und damit die Unselbständigkeit der Zeitungen. Sie hörten in immer höherem Maße auf, auf Eigenart Wert zu legen. Die Gründe, die die Bildung eines bestimmten Leserkreises einer Zeitung erklären, verblaßten immer mehr. So ergaben sich merkwürdige Verschiebungen der Abonnentenzahl, der Wechsel einer Zeitung wurde dem Publikum weit mehr erleichtert, als man bei der früheren

langjährigen Anhänglichkeit der Abonnenten an ihr Blatt für möglich halten konnte.

Auch im Innern der Redaktionen wurden die Zeitungen auf das tiefste erschüttert, nicht nur, weil sie infolge zahlreicher Einberufungen mit einem verminderten und nicht mehr gut eingearbeiteten Personale arbeiten können, sondern auch, weil sich die Redakteure durch die vollständige Aenderung, die für die meisten selbständigen Männer unter ihnen die Kriegsnotwendigkeiten und Kriegsmöglichkeiten hervorriefen, in ihrer Arbeitsmethode hinuntergedrückt fühlten. Die Möglichkeit der freien Urteilsbildung wurde ihnen außerordentlich beschränkt. Immer stärker empfanden sie die Fesseln, die ihnen angelegt wurden oder die sie empfanden, wenn sie sie auch gar nicht sahen. Die besseren unter ihnen empfanden die Arbeitsbedingungen als ihrer nicht würdig, viele andere wurden der Arbeit entwöhnt, weil ihnen das fertige Fabrikat ins Haus gebracht wurde, sie fast nur noch einzuordnen und umzustellen hatten, während der Raum für die selbständige Arbeit vielen immer mehr eingeengt wurde. Eine lange Zeit der Entwöhnung von der früher lieb gewordenen und das Wesen der Zeitung bestimmenden Arbeit kann leicht die Arbeitsfähigkeit und den Arbeitswillen für kommende Zeiten beeinträchtigen.

Wer in dem Zeitungswesen eine notwendige Ergänzung unseres sonst fest geordneten, durch die Bürokratie stark bestimmten öffentlichen Lebens sieht, wer in der Freiheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Journalistik ein unentbehrliches Korrektiv aller öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sieht, der muß die Fortdauer der im Kriege wirkenden Hemmungen eines sich selbständig informierenden und unabhängig urteilenden Zeitungswesens als eine bedenkliche Gefahr für die geistige und kulturelle Entwicklung, für die politische Erziehung und für die wirtschaftliche Orientierung des deutschen Volkes sehen. Mancherlei innere und äußere Gründe lassen die Gefahr erkennen, daß man die Methoden der Zeitungsbeeinflussungen und Zeitungsbeengung, die während des Kriegs in Erscheinung traten, auch über den Krieg hinaus wirken lassen möchte.

Wohl wird es nicht möglich sein, alle Zwangsmittel auf die Dauer weiter wirken zu lassen, die während des Krieges von den militärischen Autoritäten als notwendig erachtet wurden und die die Voraussetzung für die ganze Entwicklung der Presse in der

Kriegszeit gewesen sind. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die militärische und zivile Gewalt nach dem Kriegsschlusse sehr beeilen wird, die Freiheit der Presse wieder herzustellen. So notwendig diese auch ist, um in der Periode der schweren Uebergangswirtschaft die für eine lange Zukunft ausschlaggebenden Entscheidungen nicht vornehmlich durch den Willen der Regierungen bestimmen zu lassen, so sehr werden Gründe ins Feld geführt werden, den Abbau der Zensur nicht mit einer großen Entschließung, sondern möglichst langsam und vielleicht nicht vollkommen erfolgen zu lassen. Man wird auch nach dem Kriege manches, was sich im Kriege ereignet hat, nicht gerne enthüllen lassen. Es ist auch leicht möglich, daß die Gleichheit dieses Interesses bei allen kriegführenden Mächten wie auch in vielen anderen Methoden und Entschließungen für die Uebergangs- und Friedenswirtschaft einen starken Parallelismus hervorrufen wird, wie man nach dem Friedensschlusse die Zensur in Deutschland nicht bestehen lassen können wird, wenn sie in allen anderen Staaten fallen sollte. Der so überaus bequeme und manchem Bürokraten auch in Friedenszeiten als Ideal vorgeschwebte Zustand einer Bevormundung und Uniformierung der Presse könnte leicht für die kommende Friedenszeit ein Ziel aufs innigste zu wünschen bleiben. Wie so manche Zielsetzung der heute allmächtigen Behörden, wird es nicht leicht sein, die im Kriege errungene Machtfülle auf die Dauer zu bewahren. Man wird die Sicherheitsventile benötigen, die der stark überspannte Mißmut des Volkes bedarf, der durch die lange Dauer des Krieges und durch die Neben- und Nachwirkungen des Kriegs erzeugt wurde. Freilich hat es immer Staatsmänner gegeben, die meinten, daß je stärker die Kessel überspannt sind, desto mehr das Gewicht erhöht werden muß, das den Verschluß der Ventile garantiert. Es wäre ein Unglück für das Volk und nicht nur für das Volk, wenn nach dem Willen dieser Staatsmänner der öffentliche Ausdruck der Volksstimmung geregelt werden sollte.

Gegen die Erhaltung der Zensur spricht auch die Schwierigkeit, sie in der Zeit des Friedens restlos durchzuführen. In weit höherem Maße als während der Kriegszeit werden nach dem Kriege Bücher, Broschüren, Zeitungen und Flugblätter aus dem Auslande zu uns dringen. Manches, was innerhalb des deutschen Reiches nicht gedruckt werden kann, wird gierig von ausländischen Verlegern zum Drucke befördert und nicht bloß im Aus-

lande verbreitet werden. Beim besten Willen, die heute üblichen Grenzkontrollen und die Erschwerungen bei der Ueberschreitung der Grenze zu erhalten, werden doch diese Fesseln rasch und vielleicht vollkommen gesprengt werden durch die Notwendigkeiten des Handels und der Industrie. Wenn ich auch an dem Willen mancher einflußreicher Kreise nicht zweifle, Beschränkungen der Presse nach dem Kriege aufrecht zu erhalten oder unter neuen Formen einzuführen, so glaube ich doch nicht, daß hier für mehr als eine kurze Zeit eine bedeutsame Gefahr für unser Zeitungswesen vorliegen wird. Es wäre auch nicht klug, den Glauben an die Unfreiheit der Presse dauern zu lassen.

Weniger in der Fortdauer der Zensur sehe ich eine besondere Gefahr als in dem Weiterwirken des vielen Redaktionen zur angenehmen Einrichtung gewordenen vielgestaltigen und billigen Informationsdienstes durch die Reichsämter, Reichswirtschaftsstellen und durch die zentralen Landesstellen. Mag er auch für die große und reiche Presse hierdurch keine ausschlaggebende Entwicklungsrichtung bekommen, so wird doch ein guter offiziöser Dienst, der klug und unentwirrbar Information und Beeinflussung miteinander verbindet, auch von den auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtigsten, wirtschaftlich völlig unabhängigen und von nicht engherzigen Verlegern bestimmten Zeitungen nichtunbenutzt bleiben. Die großen und wirklich großzügig geleiteten Zeitungen können dieser offiziösen Beeinflussung, deren letzter Ausgangspunkt oft auch für den kundigsten Zeitungsmann verschleiert werden kann, ein starkes Gegengewicht durch eigene Organisation des Nachrichtendienstes und durch selbständige Verarbeitung alles einlaufenden Materials entgegensetzen. So bedeutsam und augenfällig der Einfluß der großen Zeitungen ist, so wäre es doch verfehlt, ihn für die Bildung der öffentlichen Meinung als ausschlaggebend zu erachten. Die weitverbreitete und weitverzweigte Presse hat nur wenige Dutzend Zeitungen, für die die Voraussetzungen der großen Presse in Deutschland bestehen. Die überwiegende Mehrzahl der Zeitungen, in denen sich dann der Hauptteil des Einflusses auf die Massen des Volkes konzentriert, sind die vielen Hunderte anderer Zeitungen. Für deren Unabhängigkeit ist die Fortdauer des gegenwärtig in höchster Vervollkommnung und Mannigfaltigkeit ausgebildeten offiziösen Dienstes, der freilich der Friedenszeit angepaßt werden müßte und würde, eine gar nicht hoch genug

zu wertende Gefahr. Bei der Fülle und relativen Güte des kostenlos alltäglich in die Redaktionen einlaufenden Materials werden zahlreiche Verleger der Meinung sein, daß sie in der jedenfalls auch für sie schwierigen Zeit der Uebergangswirtschaft nirgends leichter und gründlicher werden sparen können, als bei den Ausgaben für die redaktionelle Ausgestaltung ihrer Zeitungen. Diese Ersparnis kann in mancherlei Formen geschehen, so in der Ausschaltung von Korrespondenten, in der Kündigung des Abonnements unabhängiger Korrespondenzen, in der sonstigen Einschränkung des nur für eine Zeitung oder für eine Zeitungsgruppe organisierten Nachrichtendienstes, in der Nichthonorierung und deshalb Nichtbeschaffung von selbständigen Artikeln auswärtiger Mitarbeiter, mit einem Worte: in der Ueberlassung des ganzen oder des wichtigsten Teiles des nicht reinlokalen Nachrichtendienstes an die von der Regierung abhängigen zentralen Korrespondenzen. Wir haben schon vor dem Kriege nicht wenige Zeitungen gehabt, deren Text, abgesehen von dem lokalen und provinziellen Teil, nach allen Gegenden Deutschlands, zum Teil sogar schon in Matern von Berlin aus geliefert wurde. Jede Möglichkeit der Aenderung des Textes und einer selbständigen Bestimmung des Inhaltes ist damit den Redakteuren, soweit von solchen bei diesen Zeitungen überhaupt gesprochen werden kann, genommen. Während des Krieges hat es an Anerbietungen der Lieferung schon gematerten Satzes durch offiziöse Nachrichtenstellen nicht gefehlt. Eine ganze Reihe von ihnen war bereit, kostenlos den Zeitungsredaktionen ihrer Zeilenbreite angepaßten Maternsatz zu liefern, wodurch diese Nachrichtenstellen die volle Garantie gehabt hatten, daß auch nicht das Geringste an dem geändert werden konnte, was man »höheren Ortes« für die Zeitungen bestimmt hatte.

Die Verleger können bei ihren Ausgaben für den redaktionellen Teil der Zeitungen weiter sparen, indem sie das redaktionelle Personal der Zahl nach vermindern, der Qualität nach verringern. Bekommen die Zeitungen ihren Leitartikel, ihre Entrefilets, ihre politischen Betrachtungen, ihre Beurteilungen der Vorgänge im In- und Auslande, ihre wirtschaftlichen Erwägungen, ihre Feuilletons, ihren Bericht über die Uraufführungen in den Theatern, über Kunstausstellungen, über höfische Feste und gesellschaftliche Ereignisse schnell und sauber geliefert, so erübrigen Redakteure mit langjähriger Erfahrung, mit politischem An-

sehen, mit gründlicher Vorbildung, mit kritischem Instinkte und mit dem Verleger unbescheiden dünkenden Gehaltsansprüchen. Dann genügen doch ein oder zwei halbwegs orthographisch schreibende Gesellen, die man bald dazu angelernt hat, wie man Wolffsche Depeschen mit einem Titel versieht und wie man den Polizeibericht und einige andere lokale Nachrichten zurechtfrisiert, wie man aus Gerichtssaal und Gemeindestube den dort maßgebenden Herren nicht unbequeme Berichte liefert.

Entwicklungstendenzen, die zu einer derartigen Gestaltung des deutschen Zeitungswesens führen könnten, gab es schon in den Jahren des Friedens, sie sind zu außerordentlicher Macht gediehen während des Krieges und sie scheinen von nicht wenigen Verlegern und manchem »Redakteur« angenehm empfunden zu werden. Kein Sachkundiger wird bestreiten, daß hier aber ganz außerordentliche Gefahren für die Entwicklung des Zeitungswesens vorliegen und daß sie — wir sehen hier wieder ganz von einer bestimmten politischen Anschauung ab — Gefahren sind für die ganze Gesellschaft. Alle Erfahrungen lehren uns, daß wir nicht in dem beschränkten Untertanenverstand die feste Grundlage der künftigen Entwicklung Deutschlands sehen sollen. So zahlreiche politische und wirtschaftliche Probleme, aber nicht minder bedeutsame, im engeren Sinne kulturelle und gesellschaftspolitische werden die Uebergangswirtschaft bestimmen, daß keine Partei zu irgendeiner Reichs- und Landesleitung ein so unbeschränktes Vertrauen haben kann, daß sie ihr ein Monopol auf die Beeinflussung der mittleren und kleinern Presse einräumen wollen wird.

Man wird vielleicht gegen meine Befürchtungen einwenden, daß die politischen Parteien ihre eigenen Organe haben und daß es die Aufgabe dieser politischen Parteien sein müßte, das deutsche Volk zu bewahren vor einer derartig einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Man vergißt aber dabei, daß die Zahl der eigentlichen Parteiorgane, von denen der sozialdemokratischen Parteien abgesehen, in Deutschland nur sehr gering ist, daß die meisten Zeitungen in wirtschaftlicher Hinsicht vollkommen von den privaten Verlegern als den allein bestimmenden Unternehmern abhängig sind, selbst wenn sie für Parteiorgane gehalten werden. Daneben gibt es eine sehr große Anzahl von Zeitungen, die viele Millionen erwachsener Männer und noch mehr Millionen von Frauen und heranwachsenden Menschen be-

einflussen, die sich ausdrücklich als unparteiische Organe, als von allen Parteien unabhängigen Zeitungen bezeichnen. Auf alle diese Zeitungen haben die politischen Parteien entweder gar keinen oder nur rein ideellen und auch da zumeist nicht Ausschlag gebenden Einfluß, der in allen Kostenfragen der Zeitung oft wettgemacht wird durch die materielle Macht des Zeitungsverlegers. In kleinen Fragen materieller Art wird der Zeitungsverleger seinem Leserpublikum und auch den es repräsentierenden politischen und wirtschaftlichen Organisationen Rechnung tragen. Wenn er die Wahl hat, kostenlos den redaktionellen Teil seiner Zeitung zu beschaffen, oder kostspielig einen unabhängigen selbständigen Redaktionsstab und einen oft noch weit teureren verzweigten Informationsdienst aufrechtzuerhalten, so wird er häufig den Widerspruch politischer und wirtschaftlicher Organisationen leicht wiegen lassen. Es wäre also durchaus verfehlt, den lokalen, politischen und wirtschaftlichen Organisationen die Sorge für die Unabhängigkeit der kleinen und mittleren Presse zu überlassen. Wer für eine Gesundung und für eine Wiedergeburt unserer Presse eintritt, wird sich vor sehr schwierigen Aufgaben und vor die Notwendigkeit weit stärkeren und kollektiveren Machtausdrucks gestellt sehen.

Wer im öffentlichen Leben wirkt, muß fordern, daß sobald als irgend möglich nach dem Kriegsende das Ermächtigungsgesetz, das die gesetzgeberische Gewalt und die finanzielle Kontrolle des Reichstages in hohem Maße einengt, außer Kraft gesetzt werde. Ebenso ist zu wünschen, daß die Aufhebung und Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte aufhören, die aus dem Uebergange der zivilen auf die militärische Gewalt erwachsen sind, und einem verfassungsmäßigen Zustande weichen. Damit fielen auch die Möglichkeiten für die Organe der Reichsregierung, in einer bisher niemals geahnten Höhe mittelbar und unmittelbar Gelder für die Beeinflussung der Presse zur Verfügung zu haben. Dieser Zustand scheidet für die Kriegszeit aus unserer Beurteilung. Für normale Zeiten ist er, wie die Geschichte aller Zeiten lehrt, mit den größten sittlichen Gefahren für die leitenden Staatsmänner und für die geleiteten Staatsbürger verknüpft. Haben die Verwalter der öffentlichen Gelder während des Krieges leicht mit Milliarden operieren gelernt, so wird die äußerste Sparsamkeit notgedrungenes Gesetz für die Jahrzehnte nach dem Kriegsende werden. Diese Sparsamkeit bei den Aus-

gaben des Reiches und der Einzelstaaten sollte vor allem dort wirken, wo die Ausgaben unnötig oder gar gefährlich und verbitternd wirken können, wo sie die geistige Gesundung des Volkes erschweren können. Die finanziellen Quellen für jede amtliche Beeinflussung der Presse müssen geschlossen werden. Die Dispositionsfonds, soweit sie nicht aus finanziellen oder politischen Gründen zu verweigern sind, müssen mit einer Kontrolle umgeben werden, für die Sicherungen der Geheimhaltung, aber auch Sicherung gegen die Verwendung zu anderen Zwecken als zu denen parlamentarischen Ausschüssen nachzuweisenden geschaffen werden sollten. Die Freiheit der Ausgabenwirtschaft in der Kriegszeit und die durchaus begreiflichen Beschränkungen der sonst bei uns üblichen strengen Rechnungslegung werden den Uebergang zu einer peinlichen, durch die Voranschläge für den Reichs- und Staatshaushalt gebundenen Ausgabenwirtschaft nicht leicht erscheinen lassen. Sehr nahe liegt den Behörden das von Napoleon III. so virtuos gehandhabte System der virements. Nicht zuletzt im Interesse der Presse, ihrer Sicherung vor jeder finanziellen Beeinflussung amtlicher und halbamtlicher Stellen müssen Garantien geschaffen werden gegen das System der virements. Freilich mit einem Gesetze, dessen erster und letzter Paragraph lautet: »jede amtliche Beeinflussung der Presse ist untersagt« und auch mit einem sehr komplizierten und diese Bestimmung in zahlreiche Paragraphen zergliedernden Gesetze würde sich nicht viel erreichen lassen.

Es gibt, wie die freilich nicht geschriebene, Geschichte der deutschen offiziösen Presse lehrt, zahlreiche Mittel, Zeitungen im Sinne der Regierungen zu beeinflussen, ohne daß auch nur nachgewiesen werden könnte, daß ein Taler heimlich für diese Zwecke verwendet wird. Die Regierungen und ihre Organe sind ganz normale Kunden der Zeitungen. Sie müssen inserieren, sie können wenig und können viel inserieren. Welche Rechnungs-Kammer und welches Parlament soll genau abschätzen, daß zuviel oder mit falscher und einseitiger Auswahl der Zeitungen inseriert wurde? So zahlreiche amtliche Stellen kommen als Inserenten in Frage, daß eine nie geleistete und kaum jemals zu leistende Arbeit notwendig wäre, um aus all den vielen kleinen Posten den Inseratenetat des Reiches oder eines großen Bundesstaates festzustellen. Welches Parlament und welche Rechnungskammer soll beweisen, daß ein System mit politischen Neben-

absichten bei der Vergebung der Annoncen wirkt, daß bei diesen Geschäften eine Hand die andere wäscht. Der größte Teil der Drucksachen des Reiches und der Einzelstaaten wird in privaten Druckereien hergestellt. Wendet man die Aufträge den Druckereien zu, die mit Verlagen von Zeitungen verbunden sind, die man gerne im Regierungssinne beeinflussen möchte, so ergeben sich ganz großartige Möglichkeiten der Einwirkung auf die Zeitungen, wie man nicht nur aus der Geschichte der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nachweisen kann.

Die bedenklichsten Mittel der Beeinflussung von Zeitungen haben mit mittelbarer oder unmittelbarer Geldhingabe nicht das geringste zu tun. Sie bestehen in dem vielen Zeitungen, die sich durchaus unabhängig und selbständig gebärden, unerläßlich erscheinenden Informationsdienst bei den Behörden. Eine große Zeitung, deren Haltung man mit Millionen nicht bestimmen könnte, der gegenüber man auch jede Andeutung einer Absicht, sie zu beeinflussen, aufs peinlichste vermeiden muß, kann man durch kleine Gefälligkeiten, etwa durch die Mitteilung eines Gesetzentwurfes wenige Stunden bevor er der übrigen Presse und den Parlamentariern zugänglich gemacht wird, zu Freundlichkeiten bestimmen. Man kann auch den entgegengesetzten Weg einschlagen und die gleiche Zeitung bestrafen, indem man diese Gefälligkeiten nicht ihr, sondern einem Konkurrenzblatte zuteil werden läßt. Derartige Möglichkeiten ergeben sich in hohen, mittleren, selbst in kleinen Amtsstellen sehr häufig. Wie auf der Börse der Vorsprung eines Spekulanten durch den besonderen Nachrichtendienst den Erfolg seiner Transaktionen bestimmen kann, so können zehn oder zwölf einer großen Zeitung gewährten Gefälligkeiten deren Ansehen, deren Auflage, aber auch deren Haltung zur Regierung stark bestimmen oder, wenn die Konkurrenz vorgezogen wird, bedeutsam beeinträchtigen. Für nicht wenige Zeitungen ist schon die Absicht, an den Nachrichtenquellen gut aufgenommen zu werden, eine natürlich oft nur unbewußt wirkende Triebfeder, manches anders niederzuschreiben, als man es sich eigentlich denkt. Diese Mittel wirken natürlich nicht ausnahmslos und niemals mit der Brutalität, wie sie sich hier in kurzen Worten darstellen. Man kann darüber streiten, wie stark die Macht der Regierung auf die Zeitungen ist, indem sie von der Möglichkeit Gebrauch macht, Gefälligkeiten zu gewähren oder sie zu versagen. Es gibt ganz große Zeitungen,

denen eine Regierung Auskünfte nicht leicht verweigern kann, auch wenn sie dadurch die kritische Haltung der Zeitung nicht abtönen kann. Aber daß aus der Information durch die Behörden eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Zeitungen, oder sagen wir mancher Zeitungen erwachsen kann, und daß die übermäßige Ausnützung der amtlichen Informationsquellen hier und dort zu unbewußter Beeinflussung führen kann, dürfte auch vom aufrechtesten und kritischsten Redakteur nicht bestritten werden. Ein geschickter Pressedezernent vermag wertvolle und unentbehrliche Informationen einzukleiden oder zu färben, daß Information und Beeinflussung zu einer synthetischen Verbindung werden, deren Unterschied von der reinen Information erst erkannt wird, wenn die Beeinflussung schon längst durch diese Zeitung auf andere Zeitungen und auf die Leser gewirkt, ihren Zweck also vollkommen erfüllt hat. Selbst wenn der Redakteur empfindet, daß in die wertvolle Information, auf die man nicht verzichten will, noch etwas Fremdes eingemengt ist, so ist oft auch mit den feinsten redaktionellen Instrumenten nicht möglich, die für die Zeitung wertvolle Information zu destillieren, sie allen Beiwerkes zu entkleiden. Es gibt Regierungen, die über gar keine finanziellen Mittel zur Beeinflussung der Presse verfügen, die sich aber doch die Presse in einer von dem einen bewunderten, von dem anderen tieftraurig empfundenen Weise dienstbar zu machen wissen. Kann man die mittelbare und unmittelbare Käuflichkeit der Presse durch eine strenge Budgetierung verhindern, so müssen die anderen Methoden der Beeinflussung der Zeitungen wettgemacht werden durch die innere moralische Kraft der Zeitungen. Daß es um diese in Deutschland im Vergleich zu Frankreich, aber auch zu Oesterreich und zu Ungarn verhältnismäßig günstig gestellt ist, wird innerhalb und außerhalb der Presse allgemein angenommen.

Eine in jedem Hinblicke von den Regierungen unbeeinflußte Presse bietet noch keine vollkommene Sicherung für ihre tatsächliche Unabhängigkeit. Unbeschränkter, schwerer zu kontrollieren und leichter auszugeben sind die Gelder der großen Finanzmächte. Die Großbank, die Schiffahrts- und Industrie-Konzerne eröffnen theoretische Möglichkeiten für mannigfache Beeinflussungen der Presse. Daß es an derartigen Versuchen vor dem Kriege gefehlt hat, wird niemand behaupten können. Freilich, was beweisbar ist, ist verhältnismäßig harmlos, be-

sonders wenn man es nicht unter dem Gesichtspunkte der Aesthetik betrachtet. Die Journalistenreisen auf den Schiffen der H. A. P. A. G. und des Norddeutschen Lloyds, von der Fahrt nach Helgoland bis zur Nordlandsfahrt mit Beköstigung I a und den dieser Beköstigung entsprechenden Reklamefeuilletons haben peinliches Aufsehen hervorgerufen. Von Regensburg aus konnte jeder deutsche Journalist mit der Donaudampfschiffahrtgesellschaft kostenlos fahren, soweit deren Schiffe liefen. Man las dafür öfters schöne Schilderungen von Fahrten auf den Donaudampfern. In Oesterreich zahlen nur wenige Journalisten ihre Eisenbahnfahrten. Was in Oesterreich die Regel bildet, ist in Deutschland nur Ausnahme. Aber daß der Warenhausbesitzer, der seine neue Handelsstätte eröffnet, die Presse zu einem Essen einlädt, bei dem die ungewohntesten Delikatessen serviert werden, ist bekannt. Freilich setzt sich in Deutschland nicht jeder zur Eröffnungsfeier von seinem Chef entsandte Journalist an diese Tafel. Aber im allgemeinen beurteilt man im Laufe der Jahre diese der Presse angebotenen Gefälligkeiten milder. Nur ganz wenige Zeitungsredaktionen in Deutschland lehnen Freibillette der Theater ab und das Verlangen der Rezensionsexemplare von Büchern hat zu einem schweren Tribut der Buchverleger an die Zeitungsredaktionen geführt. So wenig erfreulich alle diese Erscheinungen sind, so sehr sie sich nur zu leicht erklären aus der völlig ungenügenden Bezahlung der meisten Redakteure, deren gesellschaftliche Ansprüche durchaus berechtigter Art im schreienden Widerspruch mit ihrem Einkommen stehen, so verhältnismäßig ungefährlich sind diese Methoden der Beeinflussung der Presse oder können sie es wenigstens sein. Daß die häufige Verschuldung der Redakteure, eine Folge ihrer ungenügenden Bezahlung, zu einer Gefahr für die Reinheit der Presse werden kann, sei nur angedeutet.

Bei der Beeinflussung der Zeitungen durch die Großindustrie und durch mächtige wirtschaftliche Korporationen wird man sehr genau unterscheiden müssen, zwischen einer legitimen und illegitimen Beeinflussung. Wenn sich die Deutsche Tageszeitung offen als Organ des Bundes der Landwirte gibt, und wenn in Generalversammlungen dieses Bundes die gleiche Politik vertreten wird, wie in der Deutschen Tageszeitung, so wird niemand vom Standpunkte der Reinheit der Presse gegen die Beziehung dieser Zeitung zum Bund der Landwirte auch nur das Geringste

einwenden dürfen. Ganz anders ist es aber, wenn sich die Zeitungen den Anschein geben, unabhängig zu sein, dies in Ankündigungen und Polemiken betonen und wenn sie doch aus geheimen Fonds irgend einer besondere Zwecke verfolgenden Interessentengruppe gespeist werden. Man kann ganze Zeitungen, aber auch einzelne Redakteure von Zeitungen abhängig machen. Man kann dies unmittelbar, vielleicht sogar vertragsmäßig, ohne daß die Oeffentlichkeit hiervon etwas erfährt, und ohne daß man diesen Verdacht der Oeffentlichkeit gegenüber beweisen kann. Man kann auch mittelbar auf die Zeitungen einwirken, so durch große Druck- und Inseratenaufträge, von deren regelmäßiger Erneuerung der Bestand oder der äußere Umfang der betreffenden Zeitung abhängig sein kann.

Je stärker die kapitalistischen Konzerne und die sonstigen Verbindungen der großen Kapitalvertreter während des Krieges geworden sind, je enger ihre Beziehungen mit den öffentlichen Gewalten wurden, je notwendiger es für sie wird, auf Parlamente und öffentliche Meinung bestimmend einzuwirken, desto größer wird die Versuchung unter Betreten verschiedener Wege auf die Presse Einfluß zu gewinnen. Ein besonders Aufsehen erregender Fall war im vierten Kriegsjahre der Uebergang der Weser-Zeitung aus ihrem alten Verlag in einen neuen, der die Redaktion auswechselte und eine vollkommene Schwenkung der Zeitung in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht herbeiführte. Der Fall der Weser-Zeitung ist nicht der einzige, man kennt auch einen Düsseldorfer Fall gleicher Art. Nahe liegt die Vermutung, daß nur die wenigsten Fälle dieser Art der Kontrolle der Oeffentlichkeit unterliegen, daß neben den offenen Verlagswechseln auch geheime bestehen. In der Zeit der Papiernot ist es schwer, neue Zeitungen zu gründen, in der Friedenswirtschaft werden die kapitalkräftigen Gruppen vielleicht vorziehen, neue Zeitungen zu gründen, statt alte Verlagsrechte zu teuer zu erwerben.

Der Versuch, durch starke Inseratenzuwendung die Haltung der Presse in politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu bestimmen, wurde durch eine Allgemeine Anzeigengesellschaft mit beschränkter Haftung, die als Auslandsanzeigengesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und unter dem Namen Ala bekannt wurde, versucht. Der enge Zusammenhang dieser Gesellschaft mit der Schwerindustrie ist offenkundig. Sie wurde auch die Vermittlerin der auffallend großen Inserate der

Deutschen Vaterlandspartei, die sehr vielen Zeitungen angeboten wurden, so daß man fast annehmen kann, daß sämtliche deutsche Zeitungen dieses Inserat angeboten erhielten. Diese Inseratenzuweisung wurde in weiten Kreisen der Presse wie auch in sonstigen politischen Kreisen als ein Versuch der Beeinflussung des redaktionellen Teiles durch Zuwendungen an die Verleger aufgefaßt. Im Gegensatze zu der sonstigen Uebung, Inserate, die nicht den guten Sitten oder Bestrebungen des Strafgesetzes widersprechen, aufzunehmen, hat die Presse ihrem Mißtrauen gegen diesen Inseratenfeldzug zum Teil durch Nichtaufnahme der Inserate, zum Teil durch ihren Druck an einem verspäteten Termin, also jedenfalls nach einiger Ueberlegung Ausdruck verliehen. Selbst die Münchener Neuesten Nachrichten, ein großes Inseratenblatt nationalliberaler Richtung hat die Aufnahme des Inserats verweigert, das auch der sozialdemokratischen Presse überwiesen wurde, die es, von einer oder der anderen Ausnahme abgesehen, nicht aufgenommen hat. Wie aus späteren Erörterungen, so auch aus einer Erklärung des Historikers an der Leipziger Universität Professor Walther Götz im Leipziger Tageblatt »Die Besonnenen in Deutschland« hervorgeht, hat man in diesem Inseratenfeldzug den Versuch einer Korruption der Presse und des öffentlichen Lebens gesehen. Das Mißtrauen der Presse gegen diesen Versuch, der vielleicht nicht mehr als ein Versuch war, ist jedenfalls sehr bedeutsam. Wichtig war die Befürchtung vieler Redakteure, daß die Presse ein Objekt der Korruption durch das Mittel der Inserate werden könnte. So groß dem Fernstehenden diese Gefahr immer erschienen sein mochte, so gering dürfte bisher — Beweise sind natürlich nicht zu erbringen — die Korruption der deutschen Presse durch Inseratenzuwendungen gewesen sein. Die großen Zeitungen dürften kaum dieser Gefahr unterlegen sein, und auch bei den mittleren und kleineren Blättern dürfte sie kaum in hohem Maße in Erscheinung getreten sein. An täglichen Versuchungen hat es, wie jeder Redakteur weiß, nicht gefehlt. Nur zu oft berufen sich Einsender, die einen Artikel oder eine Notiz in eine Zeitung aufgenommen haben wollen, oder solche, die etwas verschwiegen wissen wollen, auf ihre Inserate, hier und da freilich auch auf die Tatsachen, daß sie seit einer Reihe von Jahren das Blatt abonniert haben, nicht selten drohen sie mit der Abbestellung der Zeitung oder mit der Entziehung

der Annoncen. Im allgemeinen werden derartige Einwirkungen nicht ganz zu unterschätzen sein. Doch soll man diese bedauerlichen Fälle bei einem Gesamturteil über die Unabhängigkeit der Zeitungen nicht zu hoch einschätzen. Auch der Versuch der Warenhäuser, sich mit Berufung auf ihre großen Inserate der Kritik der Zeitungen zu entziehen oder zum mindesten von den Zeitungen die Sicherung zu erhalten, daß sie alles, was sie über das Warenhaus veröffentlichen wollen, zuerst zur Kenntnis des Warenhauses bringen, so bedenklich dieser Wunsch ist, so wahrscheinlich er von mancher Redaktion erfüllt wird, soll nicht überschätzt werden. Ganz anders ist es freilich, wenn die kapitalkräftigsten Gruppen des deutschen Wirtschaftslebens, wie dies in der Zukunft möglich und angeblich beabsichtigt ist, mit konzentrierten Inseratenaufträgen von der Presse Zugeständnisse verlangen würden.

Vieles spricht dafür, daß das Inseratenwesen in der Nach-Kriegszeit einen gänzlich anderen Charakter annehmen wird, daß die Macht der organisierten Inserenten auf den Inhalt der Zeitungen bestimmenden Einfluß zu gewinnen suchen wird, und daß die Aussichten für einen Erfolg dieser Absichten wachsen könnten, weil der Krieg die gesunde Wirtschaft der Zeitungen schwer erschüttert hat. Der Begründung dieser Erwägungen müssen wir die Ausnahmen vorausschicken, für die diese Gefahr überhaupt nicht, oder nur in einem erheblich verminderten Maße vorhanden sein dürfte. Die ganz großen, in weiten oder in besonders kaufkräftigen Kreisen verbreiteten Zeitungen können von den Inserenten nicht ausgehungert werden. Sie können auch von den Inserenten nicht ersetzt werden durch andere Zeitungen, weil sie für festumschriebene und für den Absatz der Waren bedeutungsvolle Kreise das wichtigste Publikationsmittel und damit der bedeutsamste Ort für die Anpreisung der Waren sind. Wenig begründet ist die Befürchtung, daß diesen Zeitungen die Vermittler konzentrierter Inseratenaufträge zumuten könnten, ihre politische und wirtschaftliche Haltung den Wünschen der Großinserenten anzupassen. Die entschiedene und erfolgreiche Abwehr eventueller derartiger Beeinflussungsversuche ist sehr wahrscheinlich. Soweit die politischen Tagesblätter im Besitze oder in finanzieller Abhängigkeit von politischen Parteien sind, ist eine Korruption auf diesem Wege wie überhaupt eine Beeinflussung des politischen Teiles, von beson-

deren, wenig ins Gewicht fallenden Ausnahmen abgesehen, höchst unwahrscheinlich.

Der größte Teil der politischen Zeitungen Deutschlands fällt nicht in diese beiden Gruppen. Für diese bestehen Befürchtungen, die bei der großen Bedeutung des Zeitungswesens für die geistige Verfassung der Nation nach dem Kriege ins Auge gefaßt werden müssen. Die wirtschaftliche Lage der Zeitungen hat sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, während der Kriegszeit sehr ungünstig gestaltet. Die Versuche, durch Erhöhung der Bezugspreise und der Einrückungsgebühren, wie auch durch die Verminderung des Umfanges der Zeitungen eine befriedigende Bilanzierung herbeizuführen, sind nur selten geglückt. Die Kosten des Papiers, der Druckfarben, der Oele, Filze, Bänder, der Reparaturkosten und auch die Löhne der Schriftsetzer, Maschinenmeister, Hilfsarbeiter und der Zeitungsträgerinnen sind bei verminderter Leistungsfähigkeit so stark gestiegen, daß jede Kalkulation nach kurzer Zeit über den Haufen geworfen wurde. Die Erhöhung der Bezugspreise wurde mit Rücksicht auf die Konkurrenz und auch auf den Kampf der Zeitungen gegen die Preistreibereien nur sehr zaghaft und ungenügend unternommen; sie reichte durchaus nicht aus, um die Ausgabensteigerung wettzumachen. Sehr viele Zeitungen litten unter einems tarken Rückgang der Abnehmerzahl bei Fortbestehen der allgemeinen und sich fortwährend steigernden Geschäftsunkosten. Zu diesen allgemeinen Geschäftsunkosten kamen vielfach noch soziale Leistungen für die ins Feld gerückten Geschäftsangehörigen. Ein Zeitungsverleger kann sich weit schwerer als irgendein anderer Unternehmer moralischen Verpflichtungen entziehen, weil im redaktionellen Teile Leistungen des Staates, der Städte, privater Unternehmer für die ins Feld Gerückten verzeichnet werden und weil eine Steigerung dieser Leistungen vielfach im redaktionellen Teil vertreten wird. So ergibt sich aus mannigfachen, hier im einzelnen nicht besonders nachzuweisenden Ursachen während der Kriegszeit und vermutlich auch in der ersten Zeit der Uebergangswirtschaft eine sehr erhebliche Steigerung der Ausgaben bei einer starken Verminderung der Einnahmen aus den Bezugspreisen. Nun sind für die meisten Zeitungen die Ausgaben aus den Bezugspreisen nicht zu decken. Schon in normalen Zeiten kostete vielen Zeitungen das aufgewandte Papier weit mehr, als der Bezugspreis der Zeitungen einbrachte. Dieser blieb weit zurück

hinter den Abonnementssätzen vieler Zeitungen in Oesterreich-Ungarn und in Frankreich.

Der billige Preis der Zeitungen in Deutschland war nur möglich durch die starke Entwicklung der Zeitungen als Verkehrsmittel für den Handel durch die Anzeigen. Während die französischen Zeitungen weit mehr Raum dem Texte als den Inseraten einräumen müssen, und das für die überwiegende Mehrzahl der österreichischen und ungarischen Zeitungen auch gilt, besitzen wir in Deutschland sehr viele Zeitungen, die während der Friedenszeit erheblich mehr Raum den bezahlten Inseraten als dem zu bezahlenden redaktionellen Teil einräumten und so einen reichlichen Ausgleich fanden für die viel zu geringen Einnahmen, die die Bezieher der Zeitung brachten. Mit der Verminderung der Vorräte, mit dem Bemühen der Konsumenten, sich unter allen Umständen Waren zu beschaffen, war der Anlaß zum Inserieren außerordentlich stark vermindert. Eine Reihe von Inseraten fielen aus Kriegserwägungen hinweg. Wohl gediehen wieder andere Gruppen von Inseraten, die man im Frieden nicht kannte oder die wenigstens keine besondere Rolle spielten. Die meisten Zeitungen sahen ihren Inseratenteil auf ein immer geringeres Maß zusammenschrumpfen. Die zaghaften Versuche, die Inseratengebühren zu steigern, die bei langfristigen Verträgen oft nicht leicht durchzusetzen waren, konnten den sprunghaften Rückgang der Einnahmen aus den Anzeigen nicht aufhalten. Eine ganz kleine Gruppe im allgemeinen oder in industriellen Kreisen sehr stark verbreiteter Zeitungen erfuhren zwar starke Aenderungen im Charakter der Inserate, doch konnten sie sich auch während der Kriegszeit eines sehr ansehnlichen Umfanges ihrer Inseratenaufträge erfreuen. Sehr oft hat die starke Papiernot, unter der freilich der redaktionelle Teil vor allem zu leiden hatte, die Aufnahme nur eines Teiles der Inserates ermöglicht, so daß auch die großen Inseratenblätter gerade an den entscheidenden Inseratentagen mit starken Einbußen zu rechnen hatten.

Nach dem Kriege wird der Mangel an Vorräten und die konzentrierte Versorgung der Industrie mit Rohmaterialien einem Aufblühen des Inseratengeschäftes nicht günstig sein. Die Rationierung der Lebensmittel und die Zuteilung der Konsumenten an bestimmte Ausgabestellen der Lebensmittel wie das starke Fehlen von Waren, die dem freien Verkehr überlassen blieben, Erscheinungen der Kriegszeit, die auch die Uebergangswirtschaft

gründlich und lange bestimmen werden, mindern den Antrieb zum Inserieren. Zahlreiche Inserate, die der starke Bedarf der Kriegsindustrie an Werkzeugmaschinen, an Werkzeugen, Treibriemen, Materialien und Hilfsstoffen veranlaßte, ebenso die nur zu vielen Agenteninserate, die für die Kriegszeit, wenn auch nicht für die ganze, charakteristisch waren, dürften in der ersten Uebergangszeit wegfallen. Vieles spricht dafür, daß die meisten Inseratenarten, die für die Zeitungen während der Kriegszeit in Betracht kamen, in der ersten Friedenszeit versiegen werden, während nicht allzuviel Ersatz zu gewärtigen sein wird. Wohl kann man annehmen, daß die Einnahmen aus den Bezugspreisen mit der wachsenden Demobilisierung der Truppen steigen werden, während die für die meisten Zeitungen ausschlaggebenden Inserateneinnahmen eine Zeitlang wenigstens weiter sinken, kaum aber später zu der Höhe in der Zeit vor dem Kriege zurückkehren dürften.

Wichtiger als diese erste Uebergangszeit mit ihren naturgemäß anormalen wirtschaftlichen Bedingungen wird die eigentliche Friedenswirtschaft sein. In ihr müssen wir mit einer weitgehenden Beengung des Inseratenwesens im Vergleiche zur Vorkriegswirtschaft rechnen. Monopolisierte Betriebe, seien es staatliche Monopole oder Vertrustungen, haben keine oder sehr geringe und seltene Veranlassung zu inserieren und dabei einen starken Einfluß auf die Preisfestsetzung beziehentlich bei festgelegten Preistarifen auf bedeutende Rabattierung. Die vermutlich sehr weitgehende zeitweise, nach dem Wunsche mancher Parteien dauernde, Kommunalisierung wichtiger Zweige der Lebensmittelversorgung und der gegen diese Ausdehnung der städtischen Gewalt mit der Dauer der Uebergangswirtschaft abnehmende Widerstand der Mittelstandsparteien gegen die »soziale Kommune« verengert aus den gleichen Gründen den Kreis der Inserenten, mit dem man im Frieden rechnete. Wohl sind die kommunalen Behörden vor und während des Krieges Inserenten der Zeitungen gewesen, aber der Wunsch nach städtischen Anzeigeblättern, wie sie vereinzelt schon bestehen, ist in den Kommunalverwaltungen sehr rege. Die kommunalen Behörden haben als Inserenten Verträge mit den Zeitungsverlagen gehabt, über die sehr viele Klagen von den Zeitungsverlagen erhoben wurden. Die Pauschbeträge, die die städtischen Kämmerer entrichteten, blieben oft weit hinter den Selbstkosten der Verlage. Der Pausch-

betrag war für die städtischen Aemter eine Versuchung, möglichst viel und vieles wiederholt zu inserieren. Die Verlage wußten, daß die städtischen Anzeigen von den Zeitungslesern nicht entbehrt werden konnten, sie empfanden vor allem dort, wo die Zeitungen untereinander im Wettbewerb standen, die städtische Verwaltung als den stärkeren Kontrahenten. Hätten sich einzelne Verlage geweigert, städtische Inserate aufzunehmen, so hätten die übrigbleibenden Zeitungen einen erheblichen Vorsprung bei ihren Lesern und damit eine Steigerung ihrer Auflage und eine größere Anziehung für die sonstigen Inserenten aus dem Wettbewerbe gezogen. Diese ungünstige Stellung der Zeitungsverlage den städtischen Behörden gegenüber war vor dem Kriege erträglich, weil die zahlreichen privaten Inserate den Ausfall an Einrückungsgebühren bei den städtischen Inseraten leicht verschmerzen ließen.

Wenn nach dem Kriege städtische Betätigung im großen Umfange an die Stelle der privaten Unternehmung treten sollte, so wird die Bedeutung, der Umfang, die Unentbehrlichkeit des städtischen Inserates erheblich steigen und damit die Lage des Verlegers, dessen Inserateneinnahmen die Voraussetzung der Pflege des redaktionellen Teiles sind, erheblich verschlechtert. Den staatlichen Behörden gegenüber war der Zeitungsverleger noch mehr im Nachteil als den städtischen Behörden gegenüber. So wichtige Verkehrseinrichtungen wie Eisenbahn, Post, Telegraphie, Telephonie zwingen die meisten Zeitungsredaktionen, von seltenen Fällen ausgenommen, ihre Mitteilungen kostenlos im redaktionellen Text aufzunehmen, sie ersparen die Inserate, die im Falle der privaten Verwaltung des Verkehrswesens, besonders wenn es sich um im Wettbewerb stehende Einrichtungen handeln würde, dem Zeitungsverlag nicht vorenthalten werden könnten. Selbst während des Krieges, wo die Reichsgewalten und von ihnen abhängige Einrichtungen wie die Kriegsgesellschaften einen großen Teil des wirtschaftlichen Wirkens monopolisierten, waren sie mit Inseraten überaus sparsam, sie muteten den Zeitungen immer wieder von neuem die Aufnahme ihrer geschäftlichen Mitteilungen im redaktionellen Teile zu. Daß die weite Ausdehnung der wirtschaftlichen Betätigung von Reich und Einzelstaaten, die vielfach erwartet wird, zu einer Schädigung des Inseratenteiles führen dürfte, wird von vielen Verlegern als wahrscheinlich angenommen.

Kommt es nicht zu den Monopolen des Reichs und der Staaten, so bestimmt zu einer hohen Konzentration in Industrie, Handel und Schiffahrt. Je stärker und je weniger vertretbar diese Konzentrationen sein werden, desto geringer wird der Anlaß zum inserieren sein. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat ist absolut als Inserent unerheblich; relativ, also im Vergleich zu dem von ihm vertretenen Kapital, zu den Gewinnen und zu den Umsätzen ist das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat unter allen privaten Unternehmungen wohl der schlechteste Inserent. Die Syndikatsmitglieder haben natürlich erst recht keinen Anlaß zum Inserieren. Schon bei weit loseren Kombinationen wie beim Verkaufskontor fehlt der Anlaß zum Inserieren. Man mag vielleicht einmal eine Maschinenschreiberin durch ein Inserat suchen, aber man hat gar keinen Anlaß, den Absatz der blos durch das Verkaufskontor zu beziehenden Waren durch Inserate zu fördern. Die Zwangssyndizierungen der Kriegszeit, die die Friedenszeit jedenfalls in der Periode der Uebergangswirtschaft meiner Meinung nach auch weit länger, bestimmen werden, haben die gleichen Wirkungen wie die alten Kartelle und wie die künftigen Monopole.

Wo der Wettbewerb im Detailhandel am stärksten ist, bei den mittleren Betrieben, muß man mit einer starken Verminderung der Inserate rechnen, weil eine vermutlich sehr starke Kriegswirkung die Verringerung der Detailhandelsgeschäfte sein dürfte. Die Konkurrenz des Warenhauses dürfte die innerlich geschwächten kleinen Detailhandelsbetriebe noch weit wirksamer treffen als vor dem Kriege. Auch bei den Warenhäusern haben wir mit starken Konzentrationstendenzen zu rechnen. Ein Erfolg dieser Zentralisationen würde das Inseratengeschäft der Zeitungen in besonders peinlicher Weise stören. Schon heute inserieren Warenhäuser für drei und mehr Riesenverkaufsstellen in einer einzigen Anzeige. Würden in Berlin zehn Warenhäuser unter einer gemeinsamen Leitung stehen, so würde für alle diese zehn Warenhäuser ein Inserat genügen, und viele andere Annoncen würden überflüssig werden. Auch dieses eine Inserat würde aber bei dem Wegfall oder bei der starken Einschränkung des Wettbewerbs unter den Warenhäusern nicht mehr so häufig notwendig sein als bisher, weil die breiten Schichten gewohnt sind, im Warenhause zu kaufen und sie bei der verminderten Auswahl der Warenhausfirmen nicht mehr nach bestimmten Warenhäusern dirigiert werden müßten.

Für die wichtigsten Kunden der Inseratenteile dürfte somit in der Uebergangswirtschaft der Anreiz zum Inserieren wegfallen. Je geringer die Zahl der Inserate ist, desto mehr mindert sich der Anlaß für den noch Inserierenden, durch möglichst große und damit für den Verleger besonders einträgliche Inserate die Aufmerksamkeit des Publikums auf seine Annonce zu lenken. Je weniger inseriert wird, desto mehr nimmt der Antrieb zum inserieren bei den noch für Anzeigen in den Zeitungen in Betracht kommenden Geschäften ab, desto eher wirkt auch die Annonce, wenn sie auch seltener und bescheidener dem Leser entgegentritt.

Das Inserat überhaupt zu ersparen, ist eine starke Tendenz. Jeder, der durch die Zeitung Publizität erwerben will, schätzt natürlich eine redaktionelle Empfehlung weit mehr, als ein Inserat. Nicht bloß weil die redaktionelle Empfehlung bei anständigen Zeitungen in der Regel kostenlos ist, sondern weil sie auch auf das Publikum als die Meinung der Redaktion weit eindringlicher wirkt. Deshalb das starke Streben nach der redaktionellen Empfehlung, sei es auch nur in verkappter Form. Diese ist in französischen, belgischen, auch österreichischen und ungarischen Zeitungen eine partie honteuse der Zeitung, aber auch in deutsche Zeitungen kommt auf vielen Schleichwegen das verkappte Inserat in den redaktionellen Text, so vor allem Reklamen für Schauspieler und Sänger, für Theatervorstellungen und Konzerte, für Veranstaltungen der Variétés, für angebliche Bildungszwecke und vor allem für das weite Feld der als Wohlfahrtseinrichtungen auftretenden Spekulationen auf Geld oder auf Ehren.

Die Zeitungen kommen in immer stärkere Abhängigkeit von den Inseratenbüros oder Annoncenexpeditionen. Immer wieder machen große Inserenten den Versuch, um sich die Inserate billiger zu beschaffen, eigene Annoncenexpeditionen einzurichten und auf diese Weise den Preis, den der Verleger für diese Inserate erhält, hinunterzudrücken.

So könnte sich die Lage der meisten Zeitungsverleger, die während des Krieges schon sehr ungünstig war und zur Einstellung einer großen Anzahl kleiner und mittlerer politischer Zeitungen geführt hat, nach dem Kriege noch peinlicher gestalten. Dafür spricht vor allem der Umstand, daß die Zeitungsdruckereien während des Krieges wegen des schlechten Materials, das sie anwenden mußten, und wegen des zum Teil wenig einge-

arbeiteten Hilfspersonals, dem sie ihre Maschinen anzuvertrauen hatten, mit einem starken Verschleiß aller technischen Einrichtungen zu rechnen hatten. Es fehlten die Möglichkeiten, während der Kriegszeit mehr als die allernotwendigsten Reparaturen vorzunehmen. Desto dringlicher wird dies aber in der Zeit der Uebergangswirtschaft sein. Billig werden die unaufschiebbaren Anschaffungen von neuen Maschinen, Apparaten, Schriften und Linien nicht sein. Dank der Metallbeschlagnahmen ist auch eine gründliche Erneuerung oder doch die Ergänzung des sehr abgenützten Materials für den Hand- und Maschinensatz notwendig. Bis zur Verbilligung der Papierpreise wird noch geraume Zeit verfließen, da auch in der Uebergangswirtschaft das Papier vielfach zum Ersatz von Textilstoffen, Leder und anderen schwer einzuführenden Rohstoffen verwendet werden wird. Einen Ausgleich aus all den Schwierigkeiten durch eine erhebliche Steigerung der während der Kriegszeit ohnedies mehrfach erhöhten Bezugspreise wird kaum möglich sein, da auch die Bezieher der Zeitungen, vor allem die Demobilisierten und die bisher in guter Lage gewesenen Arbeiter der Kriegsindustrie einer Erhöhung der Bezugspreise sehr abgeneigt sein werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch der Antrieb zum Zeitungslesen nach dem Kriege stark sinken, da die aufregenden Kriegsereignisse nicht mehr als tägliche geistige Kost geboten werden können. Alle diese Umstände sind nicht nur privatwirtschaftlich für den Verleger sehr peinlich, sie sind auch unter dem Gesichtspunkte der Soziologie und der Massenmoral sehr zu bedenken.

Eine der betrüblichsten Erscheinungen in der Heimat war während der Kriegszeit der leider sehr weit verbreitete Niedergang der Wirtschaftsmoral. Man muß befürchten, daß die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage der Zeitungsverleger auf die in Deutschland im wesentlichen streng gewahrte Unabhängigkeit der Redaktionsführung ungünstig wirken könnte. Wir haben schon auseinandergesetzt, daß in großzügiger Weise versucht wurde, durch Inseratenzuwendungen, es kann dies auch durch Inseratenentziehungen geschehen, auf die Selbständigkeit der Zeitungen ungünstig einzuwirken und den Abnehmern nicht erkennbare Abhängigkeitsverhältnisse äußerlich unabhängiger Zeitungen von mächtigen wirtschaftlichen Korporationen und Konzentrationen herbeizuführen. Umsomehr kann das der Fall sein, wenn in der Zeit des Versiegens der Inserate Gruppen von

Inserenten auftreten, die bisher keine innere Notwendigkeit des Inserierens empfanden und gerade um deswillen auf die Zeitungsverleger einen besonders starken Einfluß auszuüben vermögen. Daß es an Absichten dieser Art nicht fehlt, hat die Kriegszeit gelehrt. Daß die Periode der Uebergangswirtschaft einen besonders günstigen Boden für derartige Versuche abgeben wird, ist in hohem Maße zu befürchten.

Auch sonst könnten die ungünstigen Bedingungen der meisten Zeitungsverlage in der Zeit nach dem Kriege zu bedenklichen Beschränkungen des redaktionellen Personals und der Aufwendungen für die Redaktionen führen. Damit ist aber die weitere Befürchtung auszusprechen, daß die innere Selbständigkeit, Originalität und Individualität der einzelnen Redaktionen sehr stark zurückgehen werde und daß aus ganz neuen Ursachen eine Uniformität der Presse, wenn auch vielleicht in einem anderen Sinne als in der Kriegszeit herbeigeführt werden könnte. Daß neben der Regierung die zu gesteigerter Macht und zu erhöhtem politischen Interesse gediehenen wirtschaftlichen Zentralisationen diese Schwäche der Zeitungen in ihrem Interesse ausnützen dürften, ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu gewärtigen. Die großen Unternehmergruppen haben es ebenso wie die Regierung verstanden, unmittelbar auf die Presse zu wirken, nicht indem sie sich rechtlich die Zeitungen untertan machten, sondern indem sie den Zeitungen Nachrichtenstoff regelmäßig auf dem Wege der Korrespondenzen zur Verfügung stellten. Das kann in mannigfacher Weise geschehen. Man kann unter der Flagge der Popularisierung der Wissenschaft hygienische Korrespondenzen versenden und auf diesem Wege die Bewegung gegen den Mißbrauch des Alkohols bekämpfen oder erhöhten Verbrauch von Zucker oder die Einführung bestimmter Heilmittel, die nicht der ärztlichen Rezeptur bedürfen, empfehlen. Derartige Versuche sind vielfach gemacht worden. Oft ist es recht schwierig oder unmöglich, die Hintergründe derartiger geistiger Beeinflussung der Presse zu entdecken. Ist schon der Redakteur nur zu häufig außerstande, den Mißbrauch zu durchschauen, so ist das lesende Publikum gänzlich unfähig, die Beeinflussung zu empfinden, der es auf dem Wege der Zeitungslektüre unterliegen soll. Reklamen, die auch auf dem Wege des Romans in die Zeitung eingeschmuggelt werden, sind, so verwerflich sie auch natürlich sind, noch lange nicht die größte Gefahr. Wenn in einem Zeitungsromane

eine Zigarrensorte von Loeser & Wolf, Maggis Suppenwürze und eine Reihe von andern in ganz Deutschland zu erhaltenden Markenartikeln empfohlen werden, so ist das unzweifelhaft sehr bedenklich. Der Redakteur kann seinen unbekannten Mitarbeitern gegenüber nicht mißtrauisch und vorsichtig genug sein. Aber füglich gehört, oft wenigstens, kein besonderes Talent, sondern nur einige Aufmerksamkeit dazu, derartigen Absichten einen Riegel vorzuschieben.

Viel schwieriger hat es der Redakteur, wenn ihm politische Stimmungen und Beeinflussungen zugemutet werden in der Form wertvoller tatsächliche Informationen gewährender und mit dieser Stimmungsmache unzerreißbar kombinierter Nachrichten. Es ist vielleicht zu viel gesagt, es nähert sich aber doch den Tatsachen, daß die Informationen der Zeitungen fast niemals ganz selbstlos gegeben werden, daß das do ut des unausgesprochen als Regel gilt, wenn auch die gesellschaftlichen Formen, unter denen es geschieht, den tatsächlichen Sachverhalt so verhüllen und verbrämen, daß es schwer wird, die Tendenzen und die Absichten des Informators, beziehentlich der nicht erkennbaren Informationsquelle zu durchschauen. Bisher war es ein Vorteil, daß diese Beeinflussungen von amtlicher und großkapitalistischer Seite zumeist recht plump gehalten und daher in ihrer Wesenheit erkennbar waren. Je besser dieses System der Beeinflussung wird, je bequemer den Zeitungen die Benützung der Korrespondenzen gemacht wird, je mehr auf eine zeitungsgerechte und auch in der Form tadellose oder direkt erfreuende Ausgestaltung der Korrespondenzen Wert gelegt wird, desto gefährlicher wird die Benützung derartiger Korrespondenzen für den überlasteten und oft nicht mit seinem ganzen Interesse der Berufspflicht zugewandten Redakteur. Mit einer journalistisch allen Ansprüchen genügenden Korrespondenz vermag man bei verhältnismäßig geringen Aufwendungen alltäglich die Presse aller Parteien mit vielem Materiale zu versorgen, und so dank der Vermischung der Tendenz mit wertvollen, ja unentbehrlichen und auch der Konkurrenz am Orte zugänglichen Material einen Einfluß auf Millionen von Lesern zu gewinnen. Die Leser sollen überzeugt bleiben, absolut unabhängige Zeitungen von tadellosem Charakter und unbedingter Zuverläßigkeit zu beziehen, für die blos die alle Unabhängigkeit sichernde Redaktion einzutreten hat, während tatsächlich unsichtbare Mächte, von deren

Absichten, ja von deren Bestehen der Zeitungsleser keine Ahnung hat, frei von jedem Ehrgeiz aber sicher mit großer Wirkung ihren Einfluß ausüben.

Würde es üblich sein, die aus den Korrespondenzen entstammenden Nachrichten als solche zu bezeichnen und nicht in einer dem Kenner doch nicht imponierenden Originalitätsucht vieles, was die Korrespondenzen bringen, als Eigenbau hinzustellen, so wäre manches, wenn auch nicht alles gewonnen. Die Zeitungsleser würden kritischer werden und sie würden nach und nach zu einer Stellungsnahme zu den Korrespondenzen erzogen werden. Hier liegen viel wichtigere Aufgaben als in dem vergeblichen Kampfe gegen die Anonymität der Presse. Wer den großen Einfluß der mittleren und kleineren Presse kennt, wer sich nicht dem Glauben hingibt, daß nur die großen Zeitungen unser Volk geistig bestimmen, wird hier eine bedeutsame Gefahr ins Auge fassen. Sie ist besonders groß für die Zukunft, wo wir mit den konzentrierten Interessen aller Art, die die Beeinflussung des Publikums durch die Zeitungen als sehr wichtig empfinden werden, zu rechnen haben. Nun haben die wenigsten Zeitungsleser, auch die sich zu den gebildeten Schichten zählenden, eine sich den Tatsachen annähernde Vorstellung von der fabrikmäßigen Herstellung der Zeitungen. Vielfach werden die Zeitungen, oder doch ihr weitaus größter Teil, abgesehen von ihrem lokalen Teil und einigen Provinznachrichten, fern vom Erscheinungsorte — zumeist in Berlin — in Zentralbüros hergestellt. Dabei denken wir nicht an Zeitungen wie die Kölnische, die Frankfurter, die Magdeburgische Zeitung und zwanzig oder dreißig andere, die neben ihrer Redaktion am Erscheinungsorte in der Reichshauptstadt, ganz vereinzelt auch in der Landeshauptstadt nicht bloß einen Vertreter, sondern eine vollständig eingerichtete Redaktion haben. Sehr viele mittlere und kleine Zeitungen erhalten aus einem Zentralbüro ihre Leitartikel, Parlamentsberichte, die politischen Nachrichten aus dem In- und Auslande, das ganze Feuilleton, den Roman, die Besprechung von Büchern und Uraufführungen, Mitteilungen über die Mode wie Vermischte Nachrichten usw. fertig ins Haus geliefert. Stellen wir den Teil dieser Zeitungen fest, der sich nicht nur das Manuskript liefern läßt, sondern den fertigen Satz in Matern, die am Erscheinungsorte nur gegossen werden, an denen nichts geändert und nur in ganz außerordentlichen Fällen irgend etwas gestrichen werden kann.

Daß 31 % der Zeitungen in Deutschland — 905 von 2935 Zeitungen — während des Krieges Matern oder halbfertige Zeitungen (Vordrucke) verwendet haben[1]), beleuchtet bloß die technisch fortgeschrittenste Zentralisation unseres Zeitungswesens. Die Möglichkeiten wie die Gefahren der Beeinflussung der Presse lehrt diese Zahl mehr als es ein dickleibiges Buch tun könnte. Während in den Hansastädten keine von den 24 dort erscheinenden Zeitungen sich derartiger Behelfe bedient, während in Bayern nur 49 von 353 Zeitungen, also rund 14 % diese Unselbständigkeit aufweisen, sind es in dem für die deutsche Politik entscheidenden Preußen 583 von 1658 Zeitungen oder 35 % derselben. Für diese Zeitungen sind die Korrespondenzen überflüssig; sie haben in ihren Zentralbüros die reichlich fließende Quelle, so daß sie ihnen etwa zugesandte Korrespondenzen gar nicht benützen können. Diese Korrespondenzen kommen nur in Frage für die anderen Zeitungen, 69 % aller. In diesen Korrespondenzen finden sich neben sehr bescheidenen und sich selbst enge Grenzen stellenden Nachrichtenvermittlungseinrichtungen große zentralisierte Institute, von denen das wichtigste die schon erwähnte Continental-Telegraphen-Compagnie (Wolffs telegraphisches Büro) ist. Sie schreibt über sich selbst im Handbuch Deutscher Zeitungen [2]): »42 Filialen im Deutschen Reiche. Sehr ausgedehnter politischer und allgemeiner Dienst aus der ganzen Welt. Vielfach abgestufte parlamentarische Berichte in Anlehnung an das seit dem Jahre 1864 bestehende, in das Eigentum der Continental-Telegraphen-Compagnie übergegangene Oldenbergische Parlamentsbüro. Börsenberichterstattung von allen in Betracht kommenden in- und ausländischen Börsen. Ausgedehnter brieflicher Korrespondenzdienst. Versendung von Illustrations- und Kartenmaterial und Matern. Berliner Lokalkorrespondenz. Berliner Hofbericht. Deutsch-Amerikanische Korrespondenz.« Schon diese Ankündigung zeigt den überragenden Einfluß dieser nicht nur der Regierung, sondern auch sehr vielen anderen mächtigen Gruppen zur Verfügung stehenden zentralen Nachrichtenquelle, die dem radikalsten Blatte wie dem konservativsten unentbehrlich ist und die aus dieser Unentbehrlichkeit nicht nur sehr viel Macht ableitet, sondern auch von dieser Macht

---

[1]) Handbuch deutscher Zeitungen 1917, bearbeitet im Kriegspresseamt von Rittmeister a. D. Oskar Michel. Berlin 1917, S. XXI.

[2]) S. 347.

vor allem den Zeitungen gegenüber selten wohl, aber, wenn es ihr not zu tun scheint, sehr kräftigen Gebrauch zu machen versteht. Welche Meldung eine Zeitung auch benötigen kann, vom Bergwerksunfall bis zum Regierungswechsel, von den Hofnachrichten bis zu der Streikmeldung, von der Kunstkritik bis zum Börsenkurs, von der Bilanz der Aktiengesellschaft bis zum Bericht der Sitzung der Akademie der Wissenschaften bringt diese Korrespondenz. Man könnte sie, wenn man ihre politische Ausnützung nicht kennen würde, vor allem wenn man dem Zeitungswesen ganz ferne steht, eine ideale Einrichtung nennen, aber sie ertötet und drückt zum mindesten herab das ganze freie Schrifttum, dessen quantitativ bedeutsamster Teil nur durch die Tätigkeit für die Zeitungen leben kann. Man darf natürlich nicht aus jeder Nachricht, die aus dieser gewaltigen Quelle stammt, irgend eine Tendenz destillieren. Auch der mißtrauischste Journalist hat zu diesem Vorurteil keine Veranlassung, aber jeder gewissenhafte Journalist empfindet es als eine sehr bedenkliche Steigerung seiner Verantwortlichkeit, daß er täglich viele hunderte Nachrichten für alle Rubriken seiner Zeitung erhält, von denen er zumeist nicht einmal vermuten kann, wer ihr Urheber ist, wer eine mehr als äußerliche Verantwortlichkeit trägt, während außerdem jede dieser Nachrichten den tatsächlich verantwortlichen Redakteur mit dem Mißtrauen kämpfen läßt, daß etwa irgend welche gar nicht feststellbare Tendenz hinter dieser oder jener Mitteilung verborgen sein kann. An dieses Wolff'sche Telegraphenbüro sind noch eine Reihe weiterer Korrespondenzen unter besonderem Namen, wie z. B. die zweimal in der Woche erscheinenden »Warschauer Mitteilungen« Berichte aus dem Königreiche Polen angegliedert worden. Alle Versuche, gegen diese für die ganze deutsche Presse unheimliche Macht der Continental-Telegraphen-Compagnie anzukämpfen, waren noch weniger von Dauer und Bedeutung als die Versuche, der Agentur Reuter einem Wettbewerb entgegenzustellen. Mit dem gleichen Erfolge wie die Agence Havas hat das Wollfsche Büro die zahlreichen Versuche einer telegraphischen Nachrichtenvermittlung für ihren Verbreitungsbezirk niederkonkurriert. Als eine schon für mittlere Zeitungen nicht mehr ins Gewicht fallende Konkurrenz hat sich dank der Zusammenfassung von fünf nicht recht lebensfähigen Telegraphen-Agenturen gebildet die Telegraphen-Union (T.U.), Internationaler Nachrichtendienst G. m. b. H. Aber auch diese

ist natürlich auf Informationen durch die Regierungsstellen, kapitalistischen Konzerne, Aktiengesellschaften usw. angewiesen. Eine selbständige und unabhängige Einrichtung sehen in ihr nur wenige Journalisten. Bis zu seinem Tode war der Staatssekretär a. D. und preußischer Staatsminister a. D. von Podbielski Vorsitzender des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft. Wer die ausgesprochene politische Stellung dieses Generals und Staatsmannes kennt, wer das Temperament und den politischen Eifer dieses Herrn noch in Erinnerung hat, wird kaum annehmen, daß er sich an die Spitze einer für die politische und wirtschaftliche Beeinflussung der Presse so wichtigen Institutes wie es ein Telegraphen-Korrespondenzbüro ist, aus lediglich geschäftlichen und völlig unpolitischen Gründen stellen ließ.

Während des Krieges wuchs die Monopolstellung der Continental-Telegraphen-Compagnie ganz außerordentlich. Schon daß alle ihre Nachrichten im ganzen Reiche als zensiert galten, steigerte ihre Benützungsmöglichkeit. Mußte man auch der Telegraphen-Union die amtlichen Kriegsberichte übergeben, so floßen doch in das Becken des W. T. B. alle den Regierungsstellen zulaufenden Informationen, soweit sie dem Publikum vorgesetzt werden sollten. Da aber jede andere Information infolge des Kriegszustandes sehr erschwert wurde, wuchs die Bedeutung des von der Continental-Telegraphen-Compagnie vermittelten Nachrichtendienstes auf ein nicht mehr steigerbares Maß. Aber auch der Widerspruch gegen diesen Nachrichtendienst erreichte einen Höhepunkt, nicht ganz durch die Schuld der Leitung des Wolffschen Büros. Es wurde verantwortlich gemacht für vieles, was höhere und schwer angreifbare Stellen in usum Delphini, d. i. des deutschen Volkes für angezeigt hielten. Ganz abgesehen von der in der Kriegszeit erheblich gestiegenen Nervosität der Zeitungsredaktionen gegen das W. T. B. wurde der Wunsch immer lebendiger, sich von diesem für unentbehrlich gehaltenen Institute unabhängig zu machen und durch die Kooperation der Presse einen das W. T. B. ersetzenden Nachrichtendienst zu schaffen. Die Mißstimmung gegen die Continental-Telegraphen-Compagnie ist so gestiegen, daß die alten Pläne, nach dem Muster des Verbandes der Zeitungen in den Vereinigten Staaten sich einen eigenen telegraphischen Dienst, wie den der »Associated Press«, zu schaffen, wieder aufgenommen werden dürften. Aber die Großzügigkeit der amerikanischen Presse ist kaum von der

deutschen Presse zu gewärtigen, am allerwenigsten nach dem Kriege. Die Absichten, mit einem derartigen Pressedienst eine Propaganda für bestimmte deutsche politische Zwecke zu verknüpfen und der weitere Plan, die finanzielle Unterstützung der Reichsregierung heranzuziehen, lassen nicht annehmen, daß man die Mängel des W. T. B., die ja füglich nicht in der Schlechtigkeit und Unzulänglichkeit ihrer Leiter und Organe bestehen, vermeiden wird. Den Streit mit der monopolistischen Gesellschaft, die den deutschen Zeitungen die Nachrichten vermittelt, hoffen manche zu schlichten, wenn sich Zeitungsverleger oder Verbände der Zeitungsverleger durch den Erwerb junger Aktien der Continental-Telegraphen-Compagnie ein Mitbestimmungsrecht über die Verwaltung und über die Tendenzen der Geschäftsführung verschaffen würden. Wir bezweifeln, daß man auf einem der geplanten Wege zu dem erstrebten Ziele kommen wird, eine selbständige und unabhängige Telegrammvermittlung für die deutschen Zeitungen zu erhalten. Jeder Fachmann weiß, daß hierzu ganz außerordentliche Mittel notwendig sind, und daß selbst die hervorragendste Organisation das Netz der Nachrichten gebenden Stellen nicht so dicht verknoten kann, daß die rasche Vermittlung aller wichtigen Ereignisse gesichert ist. Inwieweit das Wolffsche Telegraphenbüro in der Zeit nach dem Kriege auf Nachrichten rechnen kann, die den Zentralstellen des Reichs und der Einzelstaaten zugehen und inwieweit die staatlichen Behördenorganisation dem W. T. B. zu Diensten steht, wissen wir nicht. Aber daß die Regierung, ohne einen Etatposten in den Haushaltungsvoranschlag zu setzen, in der Lage ist, eine zentrale Depeschenagentur in mannigfacher Weise zu fördern, steht fest. Die Regierungsstellen selbst sind wichtige Informationsstellen. Ihr überall wirkender Beamtenkörper kann zur Nachrichtenvermittlung an die Zentralstellen oder auch unmittelbar an die von der Regierung abhängige Depeschenagentur verpflichtet werden. Mannigfaches sonstiges telegraphisches Material kann zur Verfügung gestellt werden. So könnte eine von der Regierung unabhängige neue Schöpfung, die dieser unbequem ist oder werden könnte, leicht durch den amtlichen Apparat niederkonkurriert werden. Wir glauben deshalb, daß die Pläne, die Alleinherrschaft des W. T. B. zu brechen, sehr geringe Hoffnungen erwecken.

Aller Voraussicht nach ist für die Zeit nach dem Kriege, in der wir bei den meisten Zeitungsverlagen mit einer gesteigerten

Sparsamkeit zu rechnen haben, nicht auf eine Reform des telegraphischen Nachrichtendienstes, also nicht auf eine Besserung in der Beschaffung des wichtigsten Rohmaterials für die Zeitungen, insbesondere für die Behandlung der Politik des Auslandes zu rechnen. Man hat in nationaler Stimmung alles, was bei uns erwachsen ist, unkritisch gelobt, und was im Auslande geblüht hat, mit desto größerer Entschiedenheit verurteilt. Man hat gegen Reuter und Havas gewettert, als ob nicht manches, was diesem vorgeworfen wird, auch der Continental-Telegraphen-Compagnie zur Last gelegt werden könnte. Aber so sehr man auch Reuter und Havas, sicher nicht mit Unrecht, getadelt hat, wir haben wie vor dem Kriege auch während des Krieges das meiste, was wir aus dem Auslande mitgeteilt erhalten haben, wenn auch oft auf mancherlei Umwegen, durch die telegraphischen Nachrichtenzentralen Frankreichs und Englands erfahren. So schroff auch die Telegraphenbüros einander beschimpften, so spricht doch alle Erfahrung dafür, daß die Nachrichtenaustausch- und Abgrenzungsabkommen, die zwischen den großen Telegraphenagenturen vor dem Kriege bestanden, nach dem Kriege erneuert werden. Das ist für die Uebergangszeit eine unbedingte Notwendigkeit. Ohne diesen gegenseitigen Nachrichtenaustausch müßten Deutschland und Oesterreich-Ungarn Nachrichten aus Indien und Australien, aus Tunis und Neufundland aber auch aus Oxford und Grenoble entbehren. Die Berichte der Chicagoer Warenbörse, wie vom Londoner Zinnmarkt werden wir uns nicht sofort direkt verschaffen können. Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir voraussagen, daß die erste Versöhnung nach dem Kriege die der großen zentralen Telegraphenbüros sein wird. Das wäre aber nicht bloß die Wiederherstellung eines Zustandes wie er vor dem Kriege gewesen ist, es wäre dies eine aufs höchste gesteigerte Macht der Regierungen in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Ist doch während des Krieges der Einfluß der Regierungsstellen auf die zentralen Nachrichtenvermittlungsorganisationen ebenso in Deutschland, und bei seinen Verbündeten, wie bei seinen Feinden ganz außerordentlich gestiegen. So vieles für eine Unabhängigkeit zum mindesten von den ausländischen Telegraphenbüros sprechen würde, so wenig ist diese Verselbständigung zu erwarten, weil die finanziellen Mittel, die hierzu notwendig wären, nach dem Kriege nicht aufzubringen sein dürften und weil die erforderliche Organisation

auch mit den größten Geldmitteln gegen den Widerstand der fremden Regierungen nicht befriedigend zu schaffen wäre.

Es ist anzunehmen, daß gerade aus Gründen der Ersparnis die Macht aller zentralen Nachrichtenvermittlungsstellen wachsen wird. Alle Korrespondenzbüros, die der Massenverbreitung von Nachrichten an hunderte Zeitungen, zumeist ohne Unterschied der Partei dienen, sind in der Lage, die Zeitungen weit billiger mit redaktionellem Stoff zu versorgen, als dies durch eigene, selbständige und unabhängige Berichterstatter möglich wäre. Die wirtschaftliche Lage der Zeitungsverleger wird die meisten Zeitungsredaktionen zu äußerster Sparsamkeit und damit zur Zurückdrängung der selbständigen Korrespondenten und sonstigen Mitarbeiter und als Ersatz hierfür zur Benützung der zumeist in ihren Beziehungen und in ihrer Nachrichtenschöpfung unkontrollierbaren Korrespondenzen veranlassen. Von welcher Bedeutung diese sind, zeigt die nachstehende, wie wir gleich beweisen werden, sehr unvollständige Zusammenstellung für das Jahr 1917, die wir dem schon erwähnten Handbuche der deutschen Zeitungen entnehmen[3]: Es gab nach dieser amtlichen Zusammenstellung politische Korrespondenzen: 62, Korrespondenzen für Volkswirtschaft und Finanzen 58, Korrespondenzen für Literatur, Kunst und Feuilleton 28, verschiedene Korrespondenzen 88. Hierbei laufen eine Reihe von Doppelzählungen mit, so daß man mit etwa 220 Korrespondenzen rechnen dürfte. Diese an sich sehr große Zahl bleibt aber weit hinter den sonstigen Feststellungen zurück. Im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel vom 2. Februar 1917, also für die gleiche Zeit, auf die sich die Erhebungen des Kriegspresseamtes beziehen, wird die Zahl der Korrespondenzen und der Korrespondenzbüros und dergleichen in Deutschland mit 797 angegeben. »Die Fachpresse, Zeitschrift für das Fachzeitschriftwesen« findet diese Zahl viel zu niedrig[4]. Man kann aus dieser Fülle von Korrespondenzen erkennen, ein wie geringer Teil des Inhaltes der meisten Zeitungen redaktionelle Arbeit ist. Diese bedeutsamen Erscheinungen des Großbetriebes im Zeitungswesen engen die individuelle Arbeit in den Redaktionen immer mehr ein. Wer die in der Regel sehr niedrigen Pauschalpreise oder Zeilensätze der Korrespon-

[3]) S. 347—358.

[4]) Zitiert in meiner auch als selbständige Schrift im Verlage von Julius Springer in Berlin erschienenen Abhandlung »Die Anonymität in der Presse« im 5. Bande der »Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung« S. 471.

denzen kennt, muß zu der Befürchtung gelangen, daß nach dem Kriege, wenn die Tendenz zur Sparsamkeit bei den Verlagsleitern vollkommen zum Durchbruch gelangt sein wird, die Korrespondenzen noch mehr Abnehmer finden werden, so daß die materielle Exstenz der freien Schriftsteller in weit höherem Maße als bisher gefährdet werden wird. Nun ist schon seit vielen Jahren zu beobachten, daß der Beruf des Journalisten lange nicht mehr die Anziehung auf begabte gebildete Leute ausübt, wie dies früher der Fall war. Die Presse hat große Schwierigkeiten, ihre verstorbenen, dann die Beruf und Stelle wechselnden Redakteure durch annähernd gleichwertige Kräfte zu ersetzen. Wenn die Korrespondenzen in immer höherem Maße, wie dies für die Zeit nach dem Kriege zu befürchten ist, die freien Schriftsteller verdrängen, so leiden die Cadres, aus denen die Redaktionen den Ersatz für ihren Abgang ziehen können. Die Korrespondenzen mindern die Regenerationsfähigkeit der Zeitungen.

Die Redakteure und festangestellten Korrespondenten der Zeitungen nützen ihre Kraft für die Blätter, bei denen sie angestellt sind, in der Regel nicht aus. Die Konzentration des Redakteurs auf seine Berufstätigkeit ist vielfach gar nicht möglich, weil die Redakteure, von einem ganz bescheidenen Bruchteile abgesehen, so schlecht bezahlt werden, daß sie, um auch nicht hochgespannten Ansprüchen an die Lebenshaltung zu genügen, und um den Verpflichtungen äußerer Repräsentation, die ihnen durch vielfachen Verkehr aufgenötigt wird, auch nur in etwas zu genügen, nach Nebeneinnahmen streben müssen. Sie ziehen sie zumeist aus der Mitarbeit für andere Zeitungen. Die Versuchung liegt da sehr nahe, die besseren Arbeiten dem fremden Blatte, die schwächeren dem eigenen Blatte zu widmen. Die Gehälter der Redakteure der meisten Zeitungen sind weit niedriger, als allgemein angenommen wird. Selbst bei den größten und reichsten Zeitungen dürften sich Gehälter über 15 000 Mark im Jahre kaum in zwei bis drei Dutzend Fällen im Deutschen Reiche feststellen lassen. Gar nicht gering ist dagegen die Zahl derjenigen Redakteure, die weniger verdienen, als ein tüchtiger Buchdruckerei-Faktor, Maschinensetzer oder Stereotypeur. Weder in der sozialen Stellung noch im Gehalte der Redakteure, noch auch in den sich ergebenden Möglichkeiten, durch die publizistische Tätigkeit zu maßgebendem politischen Einfluß zu gelangen, wie das in Frankreich und England der Fall ist, läßt sich ein star-

ker Antrieb finden, sich dem journalistischen Berufe zuzuwenden. Natürlich führt ein starker innerer Trieb noch immer geeignete Leute zum Journalismus. So mancher tüchtige Mann wird in diesem Berufe zwar nicht seinen Ehrgeiz befriedigen können aber doch innere Genugtuung in dieser Tätigkeit finden, in der man Außerordentliches leisten, auf viele tausende Volksgenossen wirken kann, ohne daß mehr als Vereinzelte ahnen, wer der Wirkende ist. So wichtig diese dem Journalismus Ehre machenden Männer sind, so wenig wird man leider diese Männer als diejenigen bezeichnen können, die den deutschen Journalismus als Gesamtheit kennzeichnen.

Nur zu oft gibt bei allen Ausgaben für die Redaktion die Billigkeit den Ausschlag. Mag der Verleger auch als Korrelat der Billigkeit den Verzicht auf die beste Qualität in Kauf nehmen. So viele Schuld auch die Zeitungsbesitzer an der mangelhaften Besetzung der Redaktionen tragen, so wäre es verfehlt, ihnen allein die Schuld zuzuschieben. Das Angebot von tüchtigen Kräften für journalistische Stellen ist sehr gering. Es mindert sich ganz außerordentlich durch den Umstand, daß Angebot und Nachfrage keine allgemeine, sondern mannigfach differenziert sein müssen, je nach dem Ressort, das bearbeitet werden soll aber auch nach der politischen Richtung der Zeitungen. Auch topographische Momente kommen in Frage, man wird sich wohl überlegen einen Schwaben für ein ostpreußisches Blatt zu engagieren, jedenfalls würde er für den provinziellen oder lokalen Teil des ostpreußischen Blattes nicht ernsthaft in Frage kommen können. Dazu kommen noch viele unwägbare Momente, wie Repräsentation, Verträglichkeit und dergleichen in Betracht, so daß bei dem sehr geringen Angebote wirklich tüchtiger Männer vielfach die Wahl auf Outsiders fällt oder fallen muß.

Man kann wohl behaupten, daß kaum in einem gelernten Berufe so wenig für den Nachwuchs geschieht, als in dem der Redakteure und Journalisten. Man ist sich noch immer völlig uneins über die Methoden für die Erziehung des Nachwuchses. Recht kühl steht man dem an der Leipziger Universität errichteten Institute für Zeitungskunde für die Heranziehung künftiger Redakteure gegenüber, man will die Erprobung dieses jedenfalls sehr bemerkenswerten und alle Aufmerksamkeiten verdienenden Versuches abwarten. Alle Vorläufer des Leipziger Institutes, die freilich mit ungenügenden Mitteln und unge-

eigneten Kräften unternommen wurden, haben bisher nur Enttäuschungen gebracht. Jedenfalls haben die Verleger die redaktionelle Laufbahn nicht allzu anziehend gestaltet, für die Erziehung künftiger Redakteure haben sie fast gar keine Opfer zu bringen versucht. Abgesehen von der Stiftung, die ein Zeitungsverleger der Leipziger Universität zur Ermöglichung des Instituts für Zeitungskunde gewidmet hat, ist mir irgend eine großzügige Absicht nicht bekannt geworden. Die finanzielle Förderung kommt meinem Erachten nach nicht einmal in erster Linie in Betracht. Die Ausbildung für den journalistischen Beruf begabter, interessierter, über die entsprechenden Eigenschaften des Charakter und über das erforderliche Wissen verfügender Männer geschieht meinem Erachten nach am besten durch eine Tätigkeit in einer richtig geleiteten Zeitung, deren Redakteure befähigt und guten Willens sind, die zum Journalismus ernstlich Strebenden richtig zu unterweisen. Aber die Verleger, wie die Redakteure sind dem Volontariat, das viele Garantien für die Heranbildung der Journalisten bietet, nicht freundlich gesinnt, so daß diese Absichten statt gefördert, zumeist unmöglich gemacht werden.

Erwägt man die Größe der Aufgaben, die dem Journalismus nach dem Kriege gestellt sind, hält man sich vor Augen, daß gänzlich neue Probleme, politische, wirtschaftliche, kulturelle durch die Vermittlung der Presse dem Volke klargestellt werden müssen, daß die Anteilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten nach dem Kriege aus Gründen, die keiner besonderen Auseinandersetzung bedürfen, in hohem Maße gesteigert wird, muß man mit der Neubildung von Parteien, zum mindesten mit der Reform der alten Parteien an Haupt und Gliedern rechnen, so erkennt man, welche Aufgaben der Aufklärung der Massen gestellt sind. Verschwindend klein ist, was Bücher und Broschüren, Zeitschriften und Flugblätter in unmittelbarer Weise zur Aufklärung der Massen beizutragen vermögen. Gegen die Aufgaben, die auf diesem Gebiete der Tagespresse gestellt sind, verschwindet jedes andere Aufklärungs- und Beeinflussungsmittel der breiten Massen. Man mag das bedauern, aber auch der größte Feind der Presse wird nicht umhin können, einzugestehen, daß man auf die Masse des Volkes im allgemeinen, daß der Parteiführer auf seine Partei, daß die Regierung gegen die Parteien nicht wirken können, falls sie auf das Mittel der Presse ver-

zichten wollten. Je größer, je neuer, je schwieriger die Aufgaben eines Volkes werden, je mehr man für den Neuaufbau Deutschlands den letzten Mann und die letzte Frau mobilisieren muß, desto notwendiger werden die Massenwirkungen der Zeitungen. Auch eine ihren Aufgaben nicht gewachsene, von ernstestem Pflichtbewußtsein nicht erfüllte, eine nicht regsame und nicht unabhängige Presse, eine Presse, die nicht Elastizität und Takt besitzt, wird trotz alledem, weil sie über alle Mittel der Beeinflussung der Parteien und der Massen verfügt, eine ungeheure Macht darstellen. In einer Periode, in der von Grund aus neu aufgebaut werden muß, in der die einschneidendsten wirtschaftlichen Aenderungen vor sich gehen werden, in der an Stelle des Burgfriedens der Kampf aller gegen alle in Erscheinung treten wird, ist Charakter und Leistungsfähigkeit der Presse eine Lebensfrage für das ganze Volk.

Schon vor dem Kriege wurde die Reform der Presse vielfach erörtert. Aber zu einer Reform kam es nicht. Wohl aber bereiteten sich schon im Frieden ganz bedeutsame Aenderungen vor. Die bedeutsamste war die Bildung von Zeitungskonzernen, von Ansätzen zu einer Vertrustung der großen Zeitungen. Selbst der der Entwicklung des Zeitungswesens Fernstehende braucht nur an die Namen Ullstein, Mosse, Scherl erinnert zu werden, um sich der ganzen Bedeutung dieser Konzentrationen im Pressewesen bewußt zu werden. Würden wir uns in dieser Darstellung von politischen Betrachtungen nicht fernhalten, so könnten wir aus der Kriegszeit auf sehr bemerkenswerte Frontänderungen manches Zeitungstrusts in der Haltung zu den entscheidenden Fragen, zum Beispiel zu den Annexionsproblemen, hinweisen. Es konzentriert sich eine ganz außerordentliche politische Macht in der Leitung eines derartigen Zeitungskonzerns, wenn auch die Unpersönlichkeit des Großbetriebes in sehr eigenartiger Weise in Erscheinung treten kann. Wie die zum Teil unentgeltlich versandten Korrespondenzen eine sehr starke Einwirkung auf die Presse auszuüben vermögen, und zwar eine desto mächtigere, je wirtschaftlich kräftiger und staatlich einflußreicher der Inspirator ist, so kann die Bemächtigung eines Zeitungskonzerns die geistige Beeinflussung von hunderttausenden Lesern bedeutsam umschalten. Geschieht das plump, so ist die Gefahr gering, weil sie das Publikum leicht erkennt, oder dem es aufmerksam machenden Konkurrenten Glauben schenkt, wenn es auf

den Umschwung der leitenden politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte hingewiesen wird. Aber es gibt so feine Nuancierungen bei der Beeinflussung der Presse, daß der Nachweis anderer politischer Einstellung oft sehr schwierig zu erbringen ist.

In dem großen Tintenkriege, der dem Weltkriege parallel lief, bildet eines der interessantesten, wenn auch nicht reinlichsten Kapitel die Beeinflussung der Presse in den neutralen Ländern. Es soll selbst nicht an Versuchen gefehlt haben, die Presse in den feindlichen Ländern zu beeinflussen. Von den letzeren wollen wir gar nicht sprechen. Aber die Beeinflussung der Presse in den neutralen Ländern ist sehr bemerkenswert schon durch die Art, in der sie erfolgt ist. Die plumpsten und durchsichtigsten Richtungsveränderungen blieben wirkungslos, weil sie sofort durchschaut wurden. Am bemerkenswertesten waren kaum erkennbare, sehr feine Nuancierungen beim Abrücken vom früheren Standpunkte. Aeußerlich beharrte man entschieden auf den bisherigen Richtlinien, zahlreiche Beweise konnte man erbringen, daß der alte Standpunkt nicht verlassen wurde, der Glaube an die Unabhängigkeit der betreffenden Zeitung sollte nicht erschüttert werden. Aber ganz bestimmte Beeinflussungen, die dem Beeinflusser besonders wichtig waren, konnten deshalb durch diese Zeitungen eindrucksvoll und wirksam erfolgen. Die Gewinnung der Zeitung erfolgte nicht zu dem Zwecke, sie in jedem ihrer Teile und in allen ihren Ausgaben den Hintermännern gefügig zu machen, ganz im Gegenteil der größte Wert wurde darauf gelegt, daß diese Zeitungen nichts im guten Glauben des Publikums einbüßten; desto einflußreicher blieb in einer Zeit der Erschütterung des Vertrauens in die Zeitungen ein derartiges Blatt, desto bestimmter konnte man darauf rechnen, daß es in den vereinzelten Fällen, wo man sich seiner bedienen würde, einen unverhältnismäßig starken Einfluß in der gewünschten Hinsicht ausüben würde. Man hat in der Technik und Strategie der Einwirkung auf die öffentliche Meinung während des Krieges außerordentlich viel gelernt. Man weiß sehr wohl, daß nicht nur das neutrale Ausland das Versuchsfeld für derartige Bemühungen war. Die tiefe innere Erschütterung, die der Krieg in zahlreiche Privatwirtschaften gebracht hat, erleichterte im hohen Maße eine Beeinflussung der Presse.

Parallel mit den wirtschaftlichen Erschütterungen geht auch

ein starkes Sinken des moralischen Niveaus. Vom gewissenlosen Kriegslieferanten, der geflickte und den eigenen Soldaten gefährlich werdende Granaten abliefert, bis zum kleinen Schleichhändler mit Lebensmitteln gibt es alle möglichen Nuancen der moralischen Vorbehalte, mit denen man sich tröstet über das, was man vor dem Kriege mit den Pflichten des soliden Geschäftsmannes und des anständigen Bürgers nicht vereinbaren konnte. Man kann kaum annehmen, daß die Zeitungen ganz unberührt von dieser Entwicklung bleiben können, die zu einer sehr peinlichen Laxheit der Moral geführt hat. Viele haben im Kriege verlernt, es mit der Moral strenge zu nehmen. Man hat im Kriege gesehen, wie leicht sich Geld verdienen läßt, und wie stark sich die Maßstäbe für das geschäftlich Zulässige geändert haben, ohne daß man deshalb gesellschaftlich unmöglich geworden wäre. Auf der einen Seite hat man sich zwar sehr viele Entbehrungen auferlegen müssen, auf der anderen aber Luxusausgaben leichthin gemacht, die früher ganz außerhalb des Gesichtskreises der Betreffenden gestanden sind. Zu all dem kam das Gefühl starker wirtschaftlicher Unsicherheit für eine nahe und für eine ferne Zukunft und endlich bei den Versuchungen, denen man ausgegesetzt war, oder von denen man hörte, ein so geringes Abwägen der quantitativ und qualitativ angewandten Mittel, daß auch hierdurch die Widerstandsfähigkeit sehr schwer litt.

Wird die Zeitung in der Hand des Verlegers schon infolge der gewaltigen Menge investierten Kapitals zu einem reinen Vermögensobjekt, dessen Erhaltung, Sicherung, Wertsteigerung, an sich zu einer Lebensaufgabe wird, so sinkt natürlich das ideelle Moment, das in der Zeitung verborgen ist, der kapitalistischen Erwägung gegenüber leicht zur Bedeutungslosigkeit hinunter. Ein je größeres Wertobjekt eine Zeitung oder gar ein Zeitungskonzern bedeutet, desto näher liegt die Umwandlung des rein privaten Unternehmens, für das ein in der Regel auch politisch fest umschriebenes Individuum die Verantwortung trägt, in eine G. m. b. H. oder in eine ganz unpersönliche Aktiengesellschaft. Es ist aus der Zeit des Krieges bekannt, daß Aktien der Zeitungsunternehmungen sehr gesucht wurden. Je größer unsere Zeitungskonzerne werden, je umfangreicher ihre Grundstücke heute auf teurem Boden sind, je kostspieliger ihre maschinellen Anlagen werden, je rascher sie ausgewechselt werden müssen, desto näher liegt es, daß bei den Zeitungsverlagen das gleiche eintritt, was

sich früher oder später bei jeder rasch wachsenden Unternehmung als Bedürfnis herausstellt, der Uebergang von der persönlichen in die unpersönliche Unternehmungsform, vor allem um die Unternehmung unabhängig zu machen von einem persönlichen Firmenträger und um die höchste wirtschaftliche Elastizität, die leichteste Ausnützung der Vergrößerungsmöglichkeiten durch die Steigerung des festen und des umlaufenden Kapitals zu gewinnen. Die Mobilisierung der Zeitungen durch ihre Ueberführung in die Aktiengesellschaft schafft natürlich auch die Voraussetzung für eine dem Publikum verborgen bleibende Aenderung der tatsächlichen Besitzer und damit auch der Tendenzen, die für die politischen und wirtschaftspolitischen Richtlinien bei der Redaktionsführung der Zeitung den letzten Ausschlag geben. Je größer die Kapitalmächte sind, die an der Beeinflussung eines zur Demokratisierung aller öffentlichen Angelegenheiten unaufhaltsam drängenden Volkes interessiert sind, desto bedeutsamer ist der wahrscheinliche Uebergang der Zeitungen in die handelsgesetzliche Form der Aktiengesellschaft.

An dem Verkauf der Weser-Zeitung und an der Umwandlung des Düsseldorfer Generalanzeigers in die Düsseldorfer Nachrichten, an den dabei wirkenden Kapitalmächten und an der daraus resultierenden politischen und wirtschaftspolitischen Frontänderung erkennt man deutlich, daß es bei der Aufwendung entsprechend großer Mittel gar nicht der Aktienform bedarf, um Zeitungen zu gefügigen Organen zu machen, die als unpersönliche Kapitalanlagen die Deklassierung nicht empfinden, wenn sie das bekämpfen, was bisher jahrelang unter dem gleichen Zeitungstitel vertreten wurde. Hat man sich in früheren Jahrzehnten über den Gerichtsreporter entrüstet, der gegen einen harten Taler das Erscheinen eines peinlichen Verhandlungsberichtes auszuschalten wußte, so sind diese verhältnismäßig harmlosen Formen der Beeinflussung der Presse, die freilich in mancherlei und auch in bedeutsamerer Gestalt auftrat, doch ganz unerheblich gegenüber den Gefahren, die aus dem Wechsel der politischen Richtung einer Zeitung oder gar eines Zeitungskonzerns erwachsen können. Daß schon durch große Inseratenaufträge eine Beeinflussung der Presse versucht werden kann und daß dies nicht ganz aussichtslos ist, hat die Zeit des Krieges gelehrt.

Was aber der Krieg nicht gelehrt hat, wozu er aber mancherlei Anregungen gegeben hat, das ist für Deutschland, wenigstens

so viel wir wissen, die Beeinflussung der einheimischen Presse durch ausländische Machthaber, seien es Regierungen, seien es Kapitalmächte, sei es wofür es ja auch Beispiele gibt, die Verschwisterung beider Gewalten. Solche Fälle wären um so bedenklicher, als die Mittel, die für derartige Zwecke verwandt werden, sehr große sein und die Wege schwer erforscht werden können, auf denen diese Mittel wirken. Je schwächer die Fähigkeit im deutschen Zeitungswesen ist, die Verhältnisse des Auslandes gründlich und sachlich zu beurteilen, je notwendiger eine tiefere Ausbildung der Redakteure, vor allem durch langen Aufenthalt im Auslande sein würde, desto stärker muß man mit der Gefahr rechnen, daß die Beurteilung des Auslandes auf unkontrollierbaren Wegen durch das Ausland selbst entscheidend bestimmt wird. Wir haben uns viel zu viel darauf zu gute getan, daß in keinem Lande die Kenntnis der fremden Sprachen und fremden Literaturen so verbreitet ist wie bei uns, und trotzdem erwies eine Fülle von Beispielen sowohl in der Politik vor dem Kriege als in der Politik während des Krieges, daß unsere Kenntnis der Völker des Auslandes, ihrer Triebkräfte und Stimmungen, ihres Wollens und ihrer Kraft sehr gering waren. Diplomatie, Parlament, Presse und auch sonst die Spitzen des Intellektualismus haben in bedauerlichster Weise versagt. Die Maßstäbe, die wir für unser eigenes Tun und Wollen geschaffen haben, haben wir ohne weitere Ueberlegung auf die Völker des Auslandes angewandt. Unesre persönlichen Motive, unsere bürokratischen Gewohnheiten, die einheimischen dynastischen Interessen schienen uns zu genügen, um durch Uebertragung dieser sehr begrenzten Triebkräfte zu fertigen und entscheidenden Urteilen über das Ausland zu gelangen und nach diesen Urteilen unser Handeln einzurichten oder doch zu erklären. Positiv und negativ hat die Presse während des Weltkrieges bei der Beurteilung des Auslandes zumeist versagt, wie sie auch schon mit diesem schweren Schuldkonto in den Krieg gekommen ist.

Nach dem Kriege weiter das Ausland zu unterschätzen, und lediglich in uns selbst die Maßstäbe zu suchen für die Beurteilung der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zukunft wäre verhängnisvoll. Die Aufgaben der Presse auch auf diesem Gebiete liegen vollständig klar. Aber ob sie diesen Aufgaben gerecht werden kann, ist eine durchaus andere Frage.

Zu optimistischen Auffassungen über die Presse haben auch

die Kenner der Presse keine Veranlassung. Für niemanden wird es schwerer sein, den großen Aufgaben zu genügen, die sich nach dem Kriege ergeben werden als für die Presse. Sie ist von Fallstricken umgeben. Die Verleger fürchten, wie wir glauben nicht mit Recht, eine Inseratensteuer, die ihre wirtschaftlichen Interessen schädigen würde. Die Zeitungen sind ökonomisch geschwächt durch den Rückgang der Inserate, durch die Verteuerung der Gestehungskosten, vielfach auch durch die Abnahme der Bezieherzahl, sie waren nicht in der Lage, durch Erhöhung der Bezugspreise einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Viele Zeitungen mußten während des Krieges eingehen und die meisten anderen werden geschwächt in die Friedenszeit hineinwachsen. Die Konzentration des Zeitungswesens und die Anlage großer Kapitalien in die moderne Zeitung machen aus ihr rein kapitalistische Unternehmungen, bei denen die Durchsetzung der politischen Tendenz weit zurücktreten muß hinter dem Streben nach reichem Gewinn, nach der Ansammlung von Reserven und nach genügenden Abschreibungen. Niemals war die Beeinflussung der Presse durch die Behörden größer als jetzt. Mit einer wachsenden Bestimmung der Presse durch die großkapitalistischen Konzerne ist zu rechnen. Das Streben nach Verbilligung der Zeitungen führt zu einer weiteren Entwicklung der Korrespondenzen, zu einer Beschränkung der Arbeit der Redakteure, deren Bezahlung nicht genügt, um ihre ganze Kraft den eigenen Zeitungen widmen zu können. Nachwuchs und Vorbildung der Redakteure sind unbefriedigend, die Voraussetzung für die richtige Auslese der Redakteure fehlt. Insbesondere ist zu bedauern die ungenügende Kenntnis ausländischen Volkstums und ausländischer Volkswirtschaft in der Presse.

Die Presse ist aber trotz alledem ein unübertreffliches und unersetzbares Organ der politischen und wirtschaftlichen Erziehung des ganzen Volkskörpers; deshalb ist die Kräftigung Gesundung und Selbständigkeit der Zeitungen ein Politikum ersten Ranges, die soziologische und pädagogische Hauptfrage unserer ganzen Zukunft. Ihr sollte man die größte Aufmerksamkeit schenken, wenn nicht zu allen geahnten Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft noch eine ganz besonders große und leider ungeahnte mit in Kauf genommen werden soll.

Probleme und Organisation der Uebergangswirtschaft in England.

Von

KARL KECK.

I.

Die Krise, die die englische Wirtschaft im Krieg und in der Zeit des Uebergangs zum Frieden durchzumachen hat, ist die innerpolitische Krise des englischen Staates überhaupt. Das dualistische Staatsrecht und die dualistische Staatstheorie, nach der der Staat nicht eine einheitliche Persönlichkeit ist, sondern in das Volk auf der einen und die Herrschenden auf der anderen Seite zerfällt, hatte für das Wirtschaftsleben vollkommene Vertragsfreiheit festgelegt. Während demzufolge die Erzeugungsfreiheit den völligen Mangel wirtschaftlicher Initiative des Staates und einen weitgehenden Mangel privater Wirtschaftsorganisationen gebracht hatte, war dies auf dem Gebiet der Sozialpolitik scheinbar anders geworden; aber nur scheinbar. Die englische Sozialpolitik war bis kurz vor dem Krieg nicht die konservierende Politik des Staates, der aus dem Bewußtsein seiner Gesamtverantwortlichkeit heraus für eines seiner Glieder tätig sein wollte, sondern die Selbsterhaltungspolitik des S t a n d e s der Arbeiter, der den ihm gegenüberstehenden herrschenden Klassen eine Reihe von Schutzmaßnahmen abzuringen vermocht hatte.

Diese Verhältnisse haben sich im Krieg grundlegend gewandelt. Wie die allgemeine Wehrpflicht nur auf dem Boden einer veränderten Beziehung zwischen dem Einzelnen und dem Staat möglich war — der Soldat war vorher nichts als ein von dem herrschenden Unternehmer bezahlter Arbeiter —, so war die wirtschaftliche Durchführung des Krieges nur möglich unter der Voraussetzung, daß die gesamte Wirtschaft in den Daseinskampf des

Staates einbezogen wurde. Die aus den einzelnen Unternehmungen und wirtschaftenden Individuen bestehende Volkswirtschaft wurde nunmehr zur Staatswirtschaft. Der Staat hat nicht nur ganze Produktionszweige, wie z. B. den Kohlenbergbau, das Eisenbahnwesen, die Seeschiffahrt, die Eisenindustrie usw., in den eigenen Betrieb oder wenigstens unter Ueberwachung genommen. Er hat neue Fabriken errichtet, die auf Grund ganz anderer Kalkulationen arbeiten, als die älteren weniger rationell eingerichteten privaten Fabriken und hat damit einen heute allerdings noch nicht genau zu übersehenden Einfluß auf die Preisgestaltung gewonnen. Bei den freibleibenden Industrien hat er durch Zuteilung von Rohstoffen nach Verwendungszwecken von verschiedener Dringlichkeit, durch Preisvorschriften und Gewinnregelung, durch Auferlegung bestimmter Erzeugungsmethoden, durch zwangsweise Durchführung von privaten wirtschaftlichen Organisationen stellenweise unter schärfstem Widerstand der einzelnen Unternehmer einen Zustand geschaffen, in dem der freie Wettbewerb und das Gleichgewicht zwischen Preis und individuell verschiedenen Erzeugungskosten vollständig ausgeschaltet ist. Die Kriegswirtschaft hat eine Preissteigerung gebracht, die nicht nur auf die plötzliche Kaufkraftvermehrung und die auf sie folgende Geldentwertung, sondern auch auf die während des Krieges entstandene Seltenheit der meisten Rohstoffe zurückgeht, die den Uebergang von der freien Preisbildung zur Bildung von Monopolpreisen verursachte. Wenn diese Produktionsregelung plötzlich aufgehoben wird, und der Zustand des freien Wettbewerbs wieder eintritt, wird es ungeachtet einer weitgehenden Angleichung der Produktionsmethoden den mit geringeren Kosten arbeitenden Unternehmern ein leichtes sein, vermöge der ihnen zufallenden Rente Rohmaterialpreise zu bewilligen, die den anderen Unternehmern, die über diese Reserve nicht verfügen, unerschwinglich sind. Diese werden, um von dem Bezug von Rohstoffen nicht ausgeschlossen zu werden, ebenfalls die höheren Rohstoffpreise bezahlen und damit aber gleichzeitig den Preis für ihr Erzeugnis heraufsetzen müssen. Der Staat wird bei dem plötzlichen Anwachsen des langsam zurückgedrängten Bedarfs mit seinen Betrieben einen regulierenden Einfluß nicht ausüben können, und so wird das Kriegsende eine allgemeine Steigerung der Preise bringen, der auf der Seite der Käufer eine gleichmäßige Steigerung der Einkommen nicht entspricht. Diese Schädigung wird der Wirtschaftskörper

nicht ertragen können, und unabhängig von der Frage, wie die eigentliche Kriegsschuld zu tilgen ist, steht die Staatsleitung vor der Aufgabe, die während des Krieges eingetretenen Produktionsverschiebungen derart auszugleichen, daß das Gleichgewicht zwischen den verschieden teuer arbeitenden Erzeugern untereinander und mit der Menge der Verbraucher auf der anderen Seite wieder hergestellt wird. Hier liegt das statische Problem der Uebergangswirtschaft. (Statisch deshalb, weil es die Aufrechterhaltung desselben Zustandes zum Inhalt hat und ohne Expansion der Wirtschaft gedacht werden kann.)

Jene Produktions- und Einkommensverschiebungen führen zu den aktuellen Aufgaben der Sozialpolitik hinüber. Den Anlaß zur Beschäftigung mit der Frage, wie sich das Schicksal der breiten Arbeitermassen nach dem Kriege gestalten wird, bietet naturgemäß die Notwendigkeit, den nach der Demobilisierung der Kriegsindustrie und des Heeres frei werdenden Arbeitermassen inmitten einer vor allen Dingen für die Einkommensseite der Volkswirtschaft durch die Preisrevolution veränderten wirtschaftlichen Umgebung ein Dasein zu schaffen, dessen Höhe hinter der vor dem Kriege erreichten nicht zurücksteht. Es braucht hier nicht dabei verweilt zu werden, welches Maß von sozialpolitischen Sicherungen die englische Arbeiterklasse vor dem Krieg erreicht hatte. Es muß aber das stärkste Gewicht darauf gelegt werden, daß unmittelbar vor dem Krieg der Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern sich außerordentlich verschärft hatte, und daß der Krieg, mit der grundlegenden innerpolitischen Wandlung, in dem Bewußtsein der Arbeiterschaft zunächst nur eine Rückbildung ihrer sozialpolitischen Erfolge gebracht hat. Darüber wird im einzelnen noch zu reden sein. In der Zeit nach dem Krieg muß nun die zweite und schwierigere Folgerung aus jener Aenderung gezogen werden. Die alten Freiheiten wieder herzustellen, wird in einer »organisierten« Volkswirtschaft, in der der höchste Gesamtertrag und die beste Verteilung an die Stelle des Höchstertrages der Einzelwirtschaft getreten ist, nicht angehen. Die Wirtschaftspolitik muß nun für jene nicht wiederherstellbaren Rechte wirtschaftliche Kompensationen schaffen, und muß damit einen materiellen Unterbau für die veränderte Staatspolitik errichten.

Ein englischer Nationalökonom umschreibt die Umwälzung, die der Krieg gebracht hat, kurz dahin, daß, um den Feind zu

schlagen, die englische Industrie neu ausgerüstet werden mußte, und daß nach Friedensschluß diese neue Ausrüstung für die Friedensarbeit bereit stehe. In diesen Worten ist das dynamische Problem der englischen Uebergangswirtschaft enthalten. Es ist von kritischen Beobachtern des englischen Industriesystems, die die deutschen Erfolge auf dem Weltmarkt nicht schlechterdings mit dem Schlagwort »billig und schlecht« abtaten, oft bemerkt worden, daß dieses englische System unrationell arbeite. Die von deutschen und englischen Kriegsgegnern oft angeführten Zahlen, nach denen trotz des deutschen Wettbewerbs die englische Ausfuhr nicht zurückgegangen sei, konnten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die rationeller arbeitende deutsche Industrie viele Waren zu billigeren Preisen absetzte — teilweise allerdings unter zollgeschützter Einschränkung der Inlandsversorgung, was den englischen Industriellen infolge Mangels weitgreifender Organisationen nicht möglich war —, und daß sie infolgedessen die englische Industrie auf den meisten Märkten anzugreifen in der Lage war. Dadurch, daß der Weltbedarf sich in stärkerem Maße steigerte als die Weltproduktion, waren der englischen Industrie, auch wo sie ungünstiger arbeitete, Absatzmöglichkeiten erhalten; aber sie waren aus festen zu fließenden Märkten geworden und erforderten an Stelle ruhigen Besitzes immer neue Anpassung. Rein wirtschaftlich ist der Krieg nicht zu erklären; wohl aber spricht sich in den aus diesem dauernden Schwebezustand hervorgehenden psychologischen Nachwirkungen die wirtschaftliche Komponente des Krieges aus. Heute verfügt England über ein industrielles System, aus dem die unrationelle Produktionsfreiheit, die neben der Verwendung veralteter Produktionsmethoden und -mittel auch absichtliche Produktionseinschränkungen durch gewerkschaftlich erzogene und organisierte Arbeiter erlaubte, verschwunden ist. Die englische Industrie ist gerüstet, den Kampf mit dem früheren Gegner aufzunehmen und die Frage der Verwendung und Unterstützung dieses neugewonnenen Wirtschaftsinstrumentes in der Zeit nach dem Kriege rückt in den Mittelpunkt der Uebergangs- und Friedenswirtschaft. (Dynamisch wurde dieses Problem deshalb genannt, weil in diesem Zusammenhang die Uebergangswirtschaft als der Inbegriff der Maßnahmen angesehen werden kann, die der englischen Volkswirtschaft durch Ausdehnung und Intensivierung das höhere Gesamterträgnis und die größere Angriffsmöglichkeit im internationalen Wettbewerb schaffen sollen).

Abgesehen von diesen Schwächen der inner-industriellen Organisation wird behauptet, daß der englische Absatz unter der Ueberlegenheit der rein kommerziellen Absatzorganisation der Deutschen — Finanzierung der Ausfuhr, Propaganda für den deutschen Export, Vertrautheit des deutschen Exporteurs mit den Bedürfnissen des überseeischen Abnehmers — zu leiden gehabt hat. Die neu aufgebaute ausfuhrkräftige englische Industrie muß deshalb Wert darauf legen, daß auch diese Seite ihrer wirtschaftlichen Rüstung entwickelt werde.

Die Interessen des Welthandels sind für England während des Krieges insofern etwas zurückgetreten, als nicht mehr der kapitalistische Erfolg dasjenige war, auf das es ankam. Die Entwicklung des Krieges hat es mit sich gebracht, daß neben ihm auch unmittelbare militärische Gesichtspunkte für den Aufbau der Wirtschaft nach dem Krieg maßgebend sein müssen. Unter dem System des freien Wettbewerbs sind die Ernährungsgrundlagen des gesamten Volkes und die Rohstoffgrundlagen seiner wichtigeren Industrien, die teils für die Landesverteidigung selbst, teils für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens überhaupt entscheidende Bedeutung besitzen, so schmal geworden, daß im Kriege eine weitgehende Korrektur dieser Verhältnisse eintreten mußte.

Mit diesen beiden Aufgaben, Sicherung der Landesverteidigung und der Ausfuhr, von denen lediglich die erste in gewissem Umfang durch internationale Abrüstung an Bedeutung verlieren könnte, ist das Gebiet ganz unmittelbar materieller Interessen betreten. Sie werden von der ganzen englischen öffentlichen Meinung mit viel größerer Deutlichkeit empfunden als die Notwendigkeit des organischen Umbaus, von dem oben gesprochen wurde, und es wird sich zeigen, daß in diesen Angelegenheiten schon viel weitergehende praktische Erfolge erreicht worden sind als dort, wo einstweilen nur eine Reihe allerdings schwerwiegender Aeußerungen einzelner Regierungsmitglieder vorliegt.

II.

Diese Probleme sind, soweit sie lediglich die Wiederherstellung ins Auge fassen, frühzeitig in das Bewußtsein der englischen Regierung getreten[1]). Bereits der Premierminister Asquith stellte ein »Friedensbuch« in Aussicht; das bedeutete einen von der Re-

[1]) New Statesman 4. 8. 17.

gierung ausgearbeiteten Plan, nach dem von dem Kabinett, vom Parlament, von den Ressorts und den Gemeindeverwaltungen nach Kriegsschluß vorgegangen werden sollte. Es bedeutet aber gleichzeitig nicht mehr als eine Sammlung von Anregungen, die für das Parlament garnicht und für die Gemeindeverwaltungen nur im beschränkten Umfang maßgebend zu sein brauchten. Lediglich das oberste Organ der ausführenden Gewalt erkannte die grundlegende Bedeutung der Fragen der Uebergangswirtschaft dadurch an, daß es die Ausarbeitung der Richtlinien selbst in seiner Hand behalten wollte.

Im weiteren Verfolg dieses Planes übertrug dann das Kabinett die Vorarbeiten einem »Ausschuß für den Wiederaufbau« (Reconstruction Committee), der fast ausschließlich aus Parlamentsmitgliedern bestand. Dieser Ausschuß ernannte eine Anzahl von Unterausschüssen und amtlichen Kommissionen, die sich mit den Einzelfragen zu befassen hatten. Die Regierung gliederte sich so einen Beirat an, der Berichte von sachverständigen Ausschüssen entgegenzunehmen hatte. Es blieb natürlich dem Kabinett, in dem nach der Ansicht maßgebender Beurteiler das Fachwissen hinter der rein politischen, oft sogar parteipolitischen Motivation an Gewicht zurücksteht, überlassen, wieweit es den fachlichen Ratschlägen der Untersuchungsausschüsse folgen wollte.

Lloyd George als Nachfolger Asquiths übernahm den von diesem gegründeten Ausschuß, führte aber eine engere Verbindung mit der Exekutive dadurch herbei, daß er zunächst einmal den kriegswirtschaftlichen Erfahrungen einen größeren Einfluß zuzumessen versuchte. Er selbst als Vorsitzender, sowie der von ihm zum stellvertretenden Vorsitzenden ernannte Munitionsminister Montague, der als solcher sein Nachfolger war, brachte eine unmittelbare Kenntnis der kriegswirtschaftlichen Aufgaben und Organisationen mit; doch auch gegenüber diesem Ausschuß, der durch das unmittelbare Erfassen des kriegswirtschaftlichen Lebens dem früheren Ausschuß unzweifelhaft überlegen war, wurde der Vorwurf laut, daß er dem Premier mehr Gedanken als Verwaltungserfahrungen zu unterbreiten habe. Der rein parlamentarische Einfluß war in diesem Ausschuß erheblich geschwächt, in dem von 14 Mitgliedern lediglich 4 Mitglieder des Unterhauses waren. Auch Frau Sydney Webb wurde wohl auf Grund ihrer engen Vertrautheit mit Fragen der Gewerkschaftsbewegung und der allgemeinen Sozialpolitik in diesen umgebildeten Ausschuß

berufen. Daß das Programm des Wiederaufbaus keine Fortschritte machte, und die Regierung gegenüber den Anfragen aus Kreisen der Beteiligten stumm bleiben mußte, mag neben bestimmten taktischen Gründen darauf zurückgehen, daß die meisten Ausschüsse sich auf die Einholung und Verarbeitung von Gutachten einzelner Sachverständiger beschränken mußten, daß aber die selbständige Durchprüfung der durch den Krieg neu geschaffenen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse von einem Ausschuß ohne Befugnisse und besonderes Arbeitspersonal einfach nicht geleistet werden konnte. Was aber geleistet wurde, zeugt von einer deutlichen Erkenntnis der Wichtigkeit, die die Fragen der Uebergangswirtschaft im Rahmen der allgemeinen Volkswirtschaft einnehmen, und die Einzelbesprechung der konkreten Fragen der Uebergangswirtschaft, auch soweit sie außerhalb des Wirkungsbereichs dieses Ausschusses bleiben, nimmt am besten von seinen Arbeiten ihren Ausgang.

III.

Land- und Forstwirtschaft.

Im August 1916 wurde ein Unterausschuß für Fragen der Ackerbaupolitik eingesetzt[2]). Die Richtlinien seiner Arbeit erhielt er von den Erfahrungen des Krieges aus; er sollte über Mittel und Wege Bericht erstatten, die er für angezeigt hielte, im Interesse der nationalen Sicherheit die heimatliche Erzeugung von Lebensmitteln zu steigern. Er selbst unterlegte seinen Vorschlägen noch die Notwendigkeit, die Einfuhr aus volkswirtschaftlichen Gründen einzuschränken und gab zusammenfassend seine Ansicht dahin kund, daß es möglich sei, einen großen Teil der vor dem Krieg eingeführten pflanzlichen Nahrungsmittel im Werte von zweihundert Millionen £ im Vereinigten Königreich zu erzeugen. Die Steigerung der einheimischen Produktion ist möglich durch eine Sicherung von Preisen, die die Intensivierung und Rationalisierung des Betriebes durch Anlage von Kapital wirtschaftlich ratsam erscheinen lassen. Hier genügt es, eine Maßregel der Kriegswirtschaft zu übernehmen. Am 23. Februar 1917 hat der Premierminister in Uebereinstimmung mit dem späteren Ernäh-

[2]) Economist 31. 3. 17.

rungsgesetz vonP rothero bis zum Jahre 1922 folgende Minimalpreise versprochen:

	1917	1918—19	1920—22
Für Weizen:	60 s [3])	55 s	45 s
» Hafer:	38 s 6 d	32 s	24 s

Der Premierminister hat zwar ein weiteres Bestehen dieser Preisgarantien nicht in Aussicht gestellt. Es wird aber von der Weltmarktgestaltung abhängen, ob sie beibehalten wird; der Unterausschuß empfiehlt sie jedenfalls ohne Begrenzung. Die Verwandlung von Grasland in Ackerland, die Steigerung der Produktionsintensität durch Heranziehung von maschinellen Produktionsmitteln aller Art, Förderung der Erzeugung von Kartoffel- und Zuckerrüben, sowie von anderen Erzeugnissen einer intensiven Kultur (Obst, Hopfen, Flachs), das sind die Hauptforderungen auf produktions-politischem Gebiet. Daneben denkt man wenigstens an ein Steigerung der Erzeugung von Milch und Fleisch durch Verbesserung des Viehstandes und ist sich anscheinend bewußt, daß es unmöglich ist, bei einer weitgehenden Einschränkung des Graslandes eine Verstärkung des Viehbestandes vorzunehmen, ohne sich damit auf der anderen Seite in durchaus unerwünschtem Maße von der Einfuhr überseeischer Futtermittel abhängig zu machen.

Die Schwierigkeit einer Vergrößerung der landwirtschaftlichen Erzeugung liegt in der Schaffung eines landwirtschaftlichen Berufstandes, den man, auch um seiner starken nationalen Kraft willen, zu fördern sucht. Minimallöhne und Wohnungsfürsorge werden als Mittel zur Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte vorgeschlagen. Wichtiger ist aber die Schaffung eines fortschrittlich gesinnten bäuerlichen Unternehmerstandes. Hier liegt naturgemäß das Schwergewicht auf Organisations- und Erziehungsplänen. Reform der landwirtschaftlichen Verwaltung, Vermehrung der Zuständigkeit der landwirtschaftlichen Zentralbehörde, engeres Zusammenarbeiten mit den bestehenden örtlichen landwirtschaftlichen Körperschaften werden vorgeschlagen. Bei dem »Board of Agriculture« soll zur Ueberwachung der Produktionsvergrößerung eine Betriebsinspektion eingerichtet werden; diese Zentralbehörde soll instandgesetzt werden, bei unwirtschaftlich arbeitenden Betrieben selbst die Leitung zu überneh-

[3]) Für den Quarter zu 480 englisch. Pfund; das entspricht einem Preis von 276 Mark für 1000 Kilo.

men, eine Befugnis, die ihren Vorgang in den Befugnissen des Munitionsministers während des Krieges findet und eine auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Verwaltung unerhörte Steigerung des zentralen Einflusses bedeuten würde.

Die behördliche Kontrolle des Bodens und die Minimallöhne sind ebenfalls durch Prothero's Corn Production Act vorgezeichnet und leiten in ihrer Ausdehnung auf fünf Jahre von selbst in die Uebergangswirtschaft hinüber. Voraussetzung des wirtschaftlichen Betriebs ist gleichzeitig die Ausbildung des Unternehmers, deren gleichmäßige Sorgfalt ebenfalls durch zentrale Ueberwachung gewährleistet werden soll. Ueber dieses letzte Mittel sagte man ja auch in Deutschland von freihändlerischer Seite, daß es zur Hebung der Produktion wichtiger sei als die Zölle, und diese Ansicht hat auch innerhalb dieses Unterausschusses einen Vertreter gefunden.

Am 1. Juli 1917, also unmittelbar vor der neuen Ernte, notierte englischer Weizen in London mit 78 s der Quarter. Es ist nach dieser Entwicklung durchaus unwahrscheinlich, daß die Preisgarantie der Regierung einmal wirksam zu werden braucht. Dabei wird es aber naturgemäß von der Gestaltung des Weltmarktangebots abhängen, wie weit die heute doch nicht durch besondere Maßregeln gesicherte Stellung der englischen Weizenproduktion erhalten werden kann. Selbst bei stärkster Verminderung des Weltschiffsraums werden die alten Transportmöglichkeiten nach einigen Jahren wieder bestehen und dann wird die einheimische Getreideproduktion, entsprechend der Entwicklung der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, in der ja auch die Ausdehnung der Transportmöglichkeiten den Umsturz in der europäischen Produktion herbeiführte, ohne eine Umstellung der ganzen Volkswirtschaft auf die Grundlage von Schutzzöllen nicht zu halten sein. Deshalb wird auch in diesem Unterausschuß wie in dem später zu beschreibenden Unterausschuß für Handel und Gewerbe bereits die Errichtung eines Schutzzollsystems ins Auge gefaßt. Von beiden werden Schutzzölle für pflanzliche und tierische Nahrungsmittel empfohlen unter Vorzugsbehandlung der Kolonien.

Ein weiterer Unterausschuß behandelt die Frage der Wiederaufforstung. Er hat zu Beginn des Jahres 1918 seinen Bericht veröffentlicht[4]). Der Krieg hat die Abhängigkeit, nament-

[4]) Economist 12. 1. 18.

lich des bergbaulichen Betriebes von der Holzeinfuhr schmerzlich fühlbar gemacht. Die Absicht, diesem Mangel abzuhelfen, hat ähnlichen Schwierigkeiten zu begegnen wie die Agrarpolitik in der Frage der Erhöhung des Viehbestandes. Um das Vereinigte Königreich auf drei Jahre, unter Voraussetzung des Friedensbedarfes, von der Einfuhr ausländischen Holzes unabhängig zu machen, müßten in den nächsten 40 Jahren 1 770 000 acres aufgeforstet werden. Eine Aufforstung von 2 000 000 acres wird nach Ansicht des Ausschusses eine Verminderung der Fleischproduktion von nur 0,7 % bedeuten. Es erscheint fraglich, ob mit der Schaffung einer solchen »Holzreserve« ein nennenswerter Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand erreicht wird; zur völligen Selbstversorgung bedarf die englische Volkswirtschaft eines Waldbestandes von 16 000 000 acres. Naturgemäß ist es unmöglich, diesen Boden der Nahrungsmittelversorgung zu entziehen. Wichtiger als der materielle Gehalt dieser Vorschläge ist die Tatsache, daß die staatliche Forstwirtschaft als einzig mögliches System bezeichnet wird. Die grundsätzliche Wandlung in der Wirtschaftsgesinnung wird in diesem Falle durch die Tatsache erleichtert, daß kein Einzelunternehmer das Risiko einer auf außerwirtschaftlichen Erwägungen aufgebauten Unternehmung tragen kann.

Ueber die Sicherung des Konsumenten, die bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen fast ebenso große Wichtigkeit besitzt wie die Produktion selbst, ist in den Vorschlägen des agrarpolitischen Unterausschusses nichts enthalten. Nachdem auch in der Kriegswirtschaft die Regierung den größten Wert darauf gelegt hat, die in Friedenszeiten bestehenden Verteilungskanäle für Lebensmittel beizubehalten, wird wohl für die Zeit nach dem Krieg ebenfalls nicht an ein Aufgeben dieser Praxis gedacht, obwohl die Sicherung der Verbraucher auch heute schon eine gewisse Bedeutung besitzt [5]).

[5]) Nach einer Meldung des »Liverpool Post and Mercury« (mitgeteilt in den »Nachrichten der Auslandspresse«, herausgegeben vom Kriegspresseamt, vom 4. Januar 1908) beginnt sich auch in der Molkerei-Industrie ein Zusammenschluß anzubahnen. Eine Anzahl von Unternehmungen dieser Industrie hat schon vor längerer Zeit Aktien der United Dairies Ltd., wohl einer Absatzgesellschaft, übernommen. Im Jahresbericht der Gesellschaft wird hervorgehoben, daß die..e Gemeinschaftsunternehmung dem von der Regierung geförderten Streben nach Organisation entspreche. Es kann von hier aus nicht entschieden werden, ob es sich dabei wirklich um ein Eingehen auf die Organisationspläne der Regierung handelt, oder einfach um die Bildung eines Ringes zur monopolistischen Aus-

IV.

Gewerbepolitik.

Die gewerbliche Produktionspolitik erstreckte sich im Krieg namentlich auf die Sicherung der Rohstoffe und auf die Rationalisierung der Produktionstechnik. Militärisch wichtige Rohstoffe (Erze, Metalle, Wolle) wurden von der Zentrale für Heereslieferungsverträge im Munitionsministerium überwacht, für die »bürgerliche« Wirtschaft und die Ausfuhr bedeutsame Stoffe (Baumwolle) standen unter der Kontrolle des Handelsamts. Auf diese Weise ist das Land mit einem Netz von Verteilungsorganisationen überzogen, in denen — außer bei den militärisch wichtigen Stoffen — die Industrie und der Handel den Haupteinfluß haben, die nun ihrerseits den größten Wert darauf legen, die im Frieden wirkende Verteilungsorganisation der »freien« Wirtschaft beizubehalten. Die Regierung hat die Bildung solcher Gewerbegruppen nicht nur unterstützt, weil sie die Zuweisungen von Rohstoffen und die Kontrolle über ihre Verwendung ausüben können, sondern auch weil sie beim Auftreten von Interessengegensätzen zwischen Staat und Industrie ein leichter zu behandelnder Gegner sind als eine große Zahl von einzelnen Unternehmern.

Ein Beispiel für die behördliche Durchorganisierung einer Kriegsindustrie bietet die Wollindustrie, während die Baumwollindustrie als Beispiel dafür dienen kann, wie einer nicht unmittelbar kriegswichtigen Industrie Gelegenheit gegeben wurde, sich selbst zu organisieren, um ihre Existenz zu sichern.

Von allgemeiner Bedeutung für die Organisation der Uebergangswirtschaft ist das Verfahren der Rohstoffzuteilung wie es für die Wollindustrie — für andere ähnlich — ausgearbeitet worden ist[6]). Die Zuteilung erfolgt auf Grund von »Dringlichkeitslisten«, die das Munitionsministerium Mitte April 1917 herausgegeben hat. Bezüge dürfen in erster Linie genehmigt werden für »A«-Produkte, das sind Waren des Heeres und Flottenbedarfs für irgend einen der Verbündeten; Klasse »B« umfaßt Wolle zur Erfüllung von Ausfuhraufträgen, von denen der Director of Army-Contracts bestätigt, daß sie im nationalen Interesse liegen. An letzter Stelle kommen erst Ansprüche, die zur Deckung sonstigen,

---

nützung der Milchknappheit. Jedenfalls wurde in London vor kurzer Zeit über die Steigerung des Milchpreises durch die organisierten Erzeuger lebhaft Klage geführt.

[6]) Nach dem Board of Trade Journal.

also des gewöhnlichen Ausfuhr- und Heimatsbedarfes dienen. Die Regierung hat zwar versprochen, daß diese Regelung lediglich als Kriegsmaßnahme gedacht sei und mit Friedensschluß verschwinden werde. Das Munitionsministerium hätte auch nach Lage der rechtlichen Verhältnisse keine Möglichkeit, auf ihrer Durchführung nach dem Krieg zu bestehen. Aber es kann keiner Frage unterliegen, daß eine derartige Schematik des Bedarfs, unter weiteren als rein militärischen Gesichtspunkten angewandt, ein vorzügliches Mittel zur Ueberwachung der Einfuhr und Produktion in der Uebergangswirtschaft darstellt.

Den wichtigsten Fortschritt gegenüber der alten Friedenswirtschaft sehen die Vertreter der staatlichen Wirtschaft in der Neuordnung der Produktionstechnik. Die englische Regierung, also die obersten Heeres- und Flottenbehörden, sowie das Munitionsministerium, hat auf Grund des Landesverteidigungsgesetzes die Berechtigung, bei der Herstellung von Kriegsmaterial bestimmte Produktionsmethoden, namentlich die Verwendung bestimmter, von ihr zur Verfügung gestellter Maschinen vorzuschreiben. Derartige Eingriffe sind naturgemäß nur möglich, wenn der Staat eine Garantie für das Erträgnis leistet. Nach den in Deutschland vorliegenden Meldungen scheinen sich die Unternehmer auf Grund einer Dividendengarantie mit diesem Zwangssystem abgefunden zu haben.

Sogar auf einem der wenigen Gebiete unbestrittener englischer Ueberlegenheit scheint man heutzutage die bisherige individuelle Erzeugung als unrationell anzusehen. Es wurde zwar vor dem Krieg von deutschen Beobachtern des englischen Schiffsbauwesens gerade hervorgehoben, daß eine gewisse Einheitlichkeit im Typus mittlerer Frachtdampfer dem englischen Schiffsbau die billige Erzeugung und damit die Ueberlegenheit über den deutschen Schiffsbau ermöglicht habe. Doch ist diese in der freien Wirtschaft sich herausbildende Standardisierung an eine gewisse Größe sowohl der Gesamtproduktion als der Produktion des einzelnen Betriebes gebunden. Diese Voraussetzung fällt bei den Betriebseinschränkungen weg, die der Krieg notwendig zur Folge hat. Das gilt vor allen Dingen auch für die Herstellung von Schiffsbaumaterial. Die auf ihre eigenen bestimmten Typen eingearbeiteten Schiffswerften sind tatsächlich nicht mehr in der Lage, in einem zuverlässigen Tempo zu arbeiten, da die Blechwalzwerke nicht schnell genug liefern können. Wird dagegen auf einer

großen Anzahl von Werften dasselbe Schiff gebaut, so können die Walzwerke auf lange Zeit hinaus das gleiche Baumaterial erzeugen und damit den wichtigsten Erfordernissen des Augenblicks, der Schnelligkeit, genügen [7]). Dementsprechend erließ die Britische Admiralität Vorschriften über den Bau von Einheitsschiffen, die sie nach der Fertigstellung übernimmt. Nach Beendigung des Krieges sollen die Schiffe den durch den Unterseebootkrieg am meisten geschädigten Reedereien angeboten werden. Man hat demnach die Absicht, diese Regelung als eine Kriegsmaßnahme gelten zu lassen. Das kann unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten möglich sein, wenn die besonderen Produktionsverhältnisse, die zu dieser Regelung geführt haben, nicht mehr bestehen werden. Da aber bei dieser Regelung gleichzeitig der Wunsch mitgesprochen hat, bei Uebernahme der Kontrolle die Arbeiterschwierigkeiten zu beheben, so wird von liberaler Seite befürchtet, daß die Schiffsbauer nach dem Krieg nicht die Erlaubnis erhalten würden, zu der »einmal erfolgreichen Betriebsart« zurückzukehren, vielmehr zur Vermeidung von Streiks weiter unter Staatsaufsicht stehen würden; gleichzeitig rechnet man damit, daß der Mangel an Schiffsraum während der Uebergangszeit, der die Versorgung Englands und seiner Verbündeten mit wichtigen Waren zu billigen Frachtsätzen gefährdet, zunächst jedenfalls die durch die dargestellte Organisation ermöglichte Beschleunigung des Baues erforderlich macht. Die Bedeutung der Schiffsbaukontrolle für die Uebergangszeit ist damit anerkannt; jedoch gehören diese Geschäfte zum Bereich der Admiralität und stehen damit vorläufig noch außerhalb der Einflußmöglichkeit der mit der Uebergangswirtschaft befaßten Stellen.

Ueber die Organisation der Reederei, als eine reine Kriegsorganisation, braucht hier nur kurz gesprochen zu werden. Der Kern liegt in der Schaffung eines neuen Ministeriums, des »Shipping Controllers«, der durch eine Verfügung vom 29. Juni 1917 ermächtigt ist [8]), über die Art des Handels, für den Schiffe verwandt werden dürfen, Bestimmungen zu treffen, ferner über die Regelung des Passagierverkehrs und seine Bedingungen, über den Anlauf der Häfen im Passagier- und Frachtverkehr, über Frachtraten und Ausnutzung der Schiffe usw.; er darf sogar Schiffe requirieren und Charterverträge aufheben. Diese emp-

[7]) Manchester Guardian 19. 2. 1917.

[8]) Board of Trade Journal.

findlichen Eingriffe in ein Wirtschaftsgebiet, in dem das individuelle Interesse von jeher noch stärker als Grundlage der Unternehmung betont worden war als in irgend einem anderen, werden mit dem Krieg wahrscheinlich nicht aufhören. Am 13. Oktober tauchten die ersten Gerüchte auf, daß die Regierungskontrolle über die Schiffahrt noch zwei Jahre nach dem Krieg dauern soll. In Londoner Reederkreisen war darüber amtlich nichts bekannt, doch wurde das Gerücht nicht dementiert.

Eine Maßregel, die nicht ausschließlich aus den Kriegsverhältnissen heraus nötig war, scheint die Organisierung und Typisierung der Werkzeugsmaschinenindustrie zu sein. Die Unterlegenheit dieser Industrie gegenüber dem amerikanischen und deutschen Wettbewerb, sowohl was Genauigkeit als auch mechanische Anpassungsfähigkeit an weitestgehender Arbeitszerlegung — im Sinne des Taylor-Systems — angeht, wurde in Deutschland oft behauptet. Jetzt hat sich das englische Munitionsministerium die Ueberwachung der Erzeugung von neuen und des Handels mit alten Maschinen vorbehalten, und will vor allen Dingen die Neuerzeugung im Sinne der amerikanischen Serienfabrikation organisieren. Damit soll natürlich in erster Reihe eine Sicherung und Steigerung der einheimischen Erzeugung von Kriegsmaterial erreicht werden; auch die Errichtung von großen Zentral-Reparatur-Werkstätten soll, entsprechend den pflichtgemäßen Angaben der Produzenten, die Typisierung der Ersatzteile und damit die schnellste und billigste Wiederinstandsetzung ermöglichen. Daneben besteht jedoch, wenn auch nicht ausgesprochen und damit nicht mehr unter die eigentliche Zuständigkeit des Munitionsministeriums fallend, wahrscheinlich die Absicht, durch den Neuaufbau dieser ganzen Industrie ihr den erfolgreichen Wettbewerb im Welthandel zu erleichtern.

Das Problem der für die Aufrechterhaltung wichtiger Industrien unentbehrlichen Roh- und Hilfsstoffe (Eisen und Stahl, chemische Waren und Farbstoffe, Wolle und Baumwolle, nicht im Lande gefundene Metalle und anderes mehr) bildet naturgemäß den Gegenstand eingehender Erwägung der Regierungsstellen, die die wirtschaftliche Versorgung des Landes überwachen. Es ist aber ohne gleichzeitige Entscheidung über die Einführung oder Ablehnung von Industriezöllen nicht zu lösen. Aus dem vorliegenden Material ist nicht zu ersehen, ob sich der Ausschuß für den Wiederaufbau außerhalb der Erwägungen über das Schutz-

zollsystem mit der Frage befaßt hat, und auch hier ist anzunehmen, daß wenn man eine derartige Sicherung der »Schlüsselindustrien« für nötig hält — die Frage selbst ist erst durch den Krieg lebendig geworden und ihre Lösung wird mit Recht von der Form des Friedensschlusses abhängig gemacht —, man sich zunächst an die vorhandenen Wirtschafts- und Verwaltungsorganisationen der Kriegswirtschaft halten wird. Für die chemische Industrie hat das Ministerium für den Wiederaufbau Anfang Oktober 1917 einen besonderen Ausschuß gegründet. Er hat Vorschläge für den Zusammenschluß der Industrie auszuarbeiten. In den Mittelpunkt seiner Aufgaben ist der Austausch von Erfindungen und neuen Arbeitsmethoden gestellt, also der Grundsatz, der den schärfsten Widerspruch gegen die individuelle Grundlage der Einzelunternehmung, nämlich das Geschäftsgeheimnis, enthält. Damit im Zusammenhang stehen die Bemühungen, sich von der deutschen Erzeugung in Farbstoffen unabhängig zu machen; aus der Sprengstoffindustrie soll nach dem Krieg eine Industrie der Zwischenerzeugnisse für Farbstoffe aufgebaut und Manchester soll zu einem bedeutenden Farbstoffhandelsplatz — wahrscheinlich für überseeische Farbstoffe — entwickelt werden.

Einen ernsthaften Schritt, der auch für die deutsche Wirtschaft nach dem Krieg große Bedeutung besitzt, tat die Regierung, in dem sie im Spätherbst 1917 dem Unterhaus die »Non Ferrous Metal Industry Bill« einreichte. Dieses Gesetz soll bestimmen, daß nach Ablauf von sechs Monaten seit Inkrafttreten des Gesetzes die Gewinnung, das Schmelzen, die Aufbereitung, das Raffinieren von nicht eisenhaltigen Erzen und Metallen, sowie der Großhandel in ihnen nur zulässig ist, wenn das Handelsamt einen Erlaubnisschein erteilt. Dieser Erlaubnisschein soll feindlichen Firmen (es wird im Gesetz genau ausgeführt, was darunter zu verstehen ist) nicht erteilt werden. Das Gesetz soll während des gegenwärtigen Krieges und 5 Jahre nach seiner Beendigung in Kraft bleiben [9]). Die Vorlage wurde in zwei Lesungen angenommen und dann auf Antrag eines liberalen Gegners an eine parlamentarische Kommission verwiesen.

Von der Regierung wurde zur Begründung ausgeführt, daß das Gesetz sich gegen die bestehende Ueberlegenheit des deutschen Metallhandels, d. h. der Frankfurter Metallgesellschaft, richtet. In erster Linie wurde der Einfluß der Metallgesellschaft auf den

---

[9]) Manchester Guardian 4. 12. 17 ff.

australischen Markt hervorgehoben, wo sie es fertig gebracht habe, den Engländern die Kontrolle über die in ihrem eigenen Lande liegenden Erze zu entreißen. Die Kritik richtete sich im Unterhaus namentlich gegen die Unzweckmäßigkeit der Maßregel. Man war mit dem Grundsatz der Bill einverstanden, hob aber namentlich hervor, daß mit diesem Gesetz die Tätigkeit der Deutschen in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Südamerika und in Spanien nicht unterbunden werden könne.

Vom deutschen Standpunkt aus ist zu bemerken, daß das Handelsverbot, soweit es lediglich als Kriegsmaßnahme gedacht ist, sich in dem Rahmen der englischen Kriegswirtschafts-Politik bewegt und durch den Friedensvertrag aus der Welt geschafft werden kann.

Das Gesetz gewinnt jedoch eine andere Bedeutung, wenn es in den Zusammenhang der dynamischen Wirtschaftspolitik hineingestellt wird [10]). Es wurde früher davon gesprochen, daß zu den Grundsätzen der englischen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege auch die Fürsorge für die »Schlüssel-Industrien« gehöre. Verschiedene von den Metallindustrien haben sich während des Krieges als solche herausgestellt und es hat den Anschein, als ob die Regierung an die Sicherung auch dieser Industrien geht. Zwei Tatsachen, die im Zusammenhang mit der Bill genannt wurden, sprechen dafür:

1. Der Uebergangsminister (vgl. unten Absatz VII.) hat in der Debatte hervorgehoben, daß australisches Konzentrat (wohl angereicherte Zinkerze) in England nicht geschmolzen werden könne. Die Deutschen hätten dafür gesorgt, daß so wenig Erz nach England käme, daß die Errichtung von Schmelzhütten nicht lohnte. Mag auch die Bezichtigung der Deutschen aus agitatorischen Gründen erfolgen, so steht jedenfalls fest, daß der Umfang der englischen Zinkerzeugung nur $^1/_5$ (der Bleierzeugung nur $^1/_6$) der deutschen ausmachte.
2. Aus einer Aeußerung Bonar Laws geht hervor, daß ein in der Bildung befindlicher englischer Conzern für den Handel mit Metallen sein Kapital zu diesem Geschäft nur unter der Bedingung hergeben will, daß die deutsche Kon-

[10]) Der englische Berichterstatter des Nieuwe Rotterdamschen Courant — zitiert nach der Rheinisch-Westf. Ztg. vom 21. 12. 17 — wandte kürzlich ebenfalls diese in England also anscheinend nicht ungeläufige Unterscheidung an.

kurrenz auf dem englischen Markt ausgeschaltet werde. Das deutet darauf hin, daß der Ausschluß der Deutschen zwar in den Vordergrund geschoben wird, aber letzthin nur das Mittel zu dem Zweck ist, zunächst einmal die Stellung des englischen Kapitals auf einem Markte zu sichern, auf dem es bisher anscheinend nicht tätig war und auf dem die Abhängigkeit vom Ausland überhaupt sich als schädlich erwiesen hat.

Zu diesen beiden Tatsachen kommt noch der Umstand, daß die englische Regierung auf einem Spezialgebiet ihre Pläne schon in weitem Maß durchgeführt hat. Eine mögliche Störung der Zufuhr von Zink und Schwefelsäure soll in Zukunft dadurch unmöglich gemacht werden, daß staatliche Anlagen als Nebenzweig der staatlichen Munitions-Industrie errichtet werden. Nach einer Mitteilung[11]) soll in kurzer Zeit eine große Anlage mit einer Leistungsfähigkeit von 51 000 t Zink (im Jahre 1912 betrug die Erzeugung der gesamten Friedens-Zinkindustrie 75 000 t) in Betrieb genommen werden und über den Bau eines weiteren Werkes wird verhandelt. Die Handelsstatistik zeigt, daß zwei Werke von zusammen 120 000 t Leistungsfähigkeit in der Lage wären, nahezu den ganzen Einfuhrbedarf Großbritanniens zu decken.

Bei der Beurteilung dieser Aussichten darf nicht übersehen werden, daß vor dem Kriege sehr erhebliche Metallmengen in London gehandelt worden sind. Auf der anderen Seite wurde im Unterhaus dem englischen Erzhandel eine stärkere Ausdehnung nach dem Krieg auch von liberalen Kritikern gewünscht und es wurde gerade in diesem Zusammenhang befürchtet, daß durch die Bestimmungen des Gesetzes viele Beziehungen auch zu den nicht neutralen Ländern gestört würden. Der Zusammenhang des Vorgehens gegen die Metallgesellschaft mit weitergehenden Industrieplänen bedarf deshalb noch der Aufklärung. Die englische Regierung nahm Bezug auf den Geheimbericht einer Kommission über den Einfluß der Metallgesellschaft, der den Anlaß zu der Vorlage gegeben habe. Die Prüfung dieses Berichts wird die Hauptaufgabe der eingesetzten parlamentarischen Kommission bilden. Für uns wird noch zu untersuchen sein, wie weit der deutsche Metallhandel tatsächlich eine ausschlaggebende Rolle auf dem englischen Markt gehabt hat, und wie weit diese Rolle durch ein englisches Syndikat des Handels oder der Industrie unter

[11]) Wirtschaftlicher Nachrichtendienst 18. 12. 17.

Führung der Regierung gefährdet werden kann. Von dem Ergebnis dieser Prüfung und von der Antwort auf die Frage, wie weit ein Nebenarbeiten deutscher und englischer Organisationen möglich sein wird, wird die deutsche Stellung zu dem Gesetz abhängen müssen. Man wird sich auf deutscher Seite zu dem Gesetz und seiner möglichen Abschaffung anders stellen müssen, wenn es sich um das Glied einer weitausschauenden Industrie-Organisation als wenn es sich nur um eine reine Kriegsmaßnahme von begrenzter Dauer handelt.

Die völlige Trennung der kriegswirtschaftlichen Wirklichkeit und der übergangswirtschaftlichen Theorie spricht sich in der Behandlung der »Betriebsstoffe« aus, Der Staat — d. h. das Board of Trade — hat auf Grund des Landesverteidigungsgesetzes die Kohlenzechen von South Wales und Monmouth am 1. September 1916 und die im übrigen Vereinigten Königreich liegenden Zechen am 1. März 1917 auf Kriegsdauer in Besitz genommen. Die Maßregel war im Falle von South Wales aus sozialpolitischen Beweggründen getroffen worden; man wollte den Herd häufiger Lohnbewegungen in die Hand bekommen, um Löhne und Gewinne überwachen zu können. Vonseiten der Kohlenbergwerksarbeiter im übrigen England wurde unter derselben Begründung eine entsprechende Forderung für den Rest der Zechen aufgestellt, der sich die Regierung beugte. Mit der Zeit scheinen sich aber auch wirtschaftliche Gründe zur Rechtfertigung dieser Maßnahme eingestellt zu haben; die Knappheit des Grubenholzes erforderte rationellste Verteilung und Verwendung, ebenso verlangte der Mangel an Transportmitteln auch im Inland eine Regelung und Ueberwachung des Absatzes. Die behördliche Organisation, die diese Aufgabe im einzelnen zu leisten hat, zu beschreiben, ist hier nicht der Platz. Es geht jedenfalls aus diesen Andeutungen hervor, daß sie durchaus in der Lage sein wird, etwa in der Uebergangszeit nötige Maßnahmen der Bewirtschaftung von Kohle in großem Umfang durchzuführen. Die Bedeutung etwaiger Uebergangsmaßnahmen ist schon heute erkannt; die über dieser kriegswirtschaftlichen Organisation stehende Zentralbehörde, das Board of Trade, beschäftigt sich bereits mit der Zukunft des Kohlenbergbaus nach dem Krieg und hat zur Untersuchung dieser Frage einen Ausschuß eingesetzt, der sie namentlich im Hinblick auf den Wettbewerb im Außenhandel bearbeiten soll. Der Ausschuß für den Wiederaufbau findet unter diesen Umständen nur ein be-

schränktes Arbeitsfeld. Was er tun kann, ist lediglich, den mit der eventuellen Durchführung des Uebergangs zur Friedenswirtschaft betrauten Stellen Material zu liefern, das sie ihren Entscheidungen zugrunde legen können. Er hat demgemäß einen Kohlenunterausschuß ernannt, der eine wissenschaftlich einwandfreie Feststellung der Kohlenvorräte des Landes betreiben und gleichzeitig Vorschläge über ihre Erhaltung, wahrscheinlich durch sparsamen Verbrauch oder durch den Ersatz anderer Brenn- und Betriebsstoffe, ausarbeiten soll. Dementsprechend hat er auch zwei weitere Unterausschüsse ernannt und ihnen den Erwerb und die Ausbeutung von Wasserkräften und von Mineralölquellen, letztere innerhalb des Empire, als Arbeitsgebiete zugewiesen[12]).

Ueber die Tatsache, daß in der Friedenswirtschaft der neu gewonnene Gesichtspunkt der Kriegswirtschaft, nämlich der des größten Gesamtertrags bei geringsten Gesamtkosten — er ist der materielle Unterbau der neuen organischen Staatsauffassung — nicht wieder verloren gehen soll, kann ein Zweifel nach den vorliegenden Nachrichten nicht mehr bestehen. So einig man sich jedoch über das Ziel ist, so wenig scheint über den Weg vorläufig Klarheit zu herrschen. Aus dem vorliegenden englischen Material ist darüber, ob mit einem Fortbestand der kriegswirtschaftlichen Organisation zu rechnen ist, vorläufig noch nichts zu ersehen. Lediglich aus einem Haager Bericht des Berliner Tageblatts[13]) geht hervor, daß der Ausschuß für den Wiederaufbau den weiteren Bestand des erst im Kriege neu errichteten Munitionsministeriums verlangt habe. Vorausgesetzt, daß dieses Ministerium die ihm auf Grund der Verteidigungsgesetze verliehenen außerordentlichen Befugnisse auch nach Schluß des Krieges behält, wäre das eine Nachricht von größter Bedeutung. Im übrigen entspricht es der Unsicherheit dieser Verhältnisse, wenn der Unterausschuß für Handel und Gewerbepolitik mit bestimmten Vorschlägen zurückhält und sich zunächst einmal auf die Aufstellung allgemeiner Richtlinien beschränkt[14]), die dazu dienen sollen, jene dargestellten, der Oeffentlichkeit unmittelbar einleuchtenden militärischen und handelspolitischen Ziele zu unterstreichen. Es haben sich doch anscheinend innerhalb des Ausschusses für den Wiederaufbau selbst seine Ziele gewandelt; hatte man zu Anfang mehr

[12]) Times 28. 7. 17.
[13]) Berliner Tageblatt 19. 5. 17.
[14]) Economist 24. 2. 17.

Wert auf die »Rückkehr« gelegt, so ruht heute die Betonung auf dem »Aufbau«. Der Ausschuß hat einen genaueren Bericht in Aussicht gestellt; welche Bedeutung er haben könnte, wird uns noch bei der Besprechung der neuesten Erscheinungen englischer Wiederaufbaupolitik beschäftigen.

Gegenüber dem Weiterbestand der Kriegsorganisationen haben sich Bedenken geltend gemacht. Der Uebergangsminister Dr. Addison sprach sich am 4. Dezember in Manchester über die Notwendigkeit der gewerblichen Organisation für den Wiederaufbau aus[15]. Unter Ablehnung der Zwangssyndikate des Krieges forderte er freiwillige Organisationen, die sich nicht an ein einheitliches Schema halten, sondern den Eigentümlichkeiten jeder Industrie anpassen sollen. Was bisher an freiwilligen Unternehmer-Vereinigungen bestanden habe, seien meistens Preisverabredungen gewesen. Die Tatsache der beschränkten Einfuhr von Rohstoffen mache eine Zuteilung an die Industrie erforderlich. Jedoch solle diese von den betroffenen Industrien selbständig vorgenommen werden.

Aus den besonderen Verhältnissen der in vieler Beziehung veralteten englischen Produktionstechnik heraus wird den Organisationen auch die Aufgabe zugesprochen, die Möglichkeiten der technischen Entwicklung zu untersuchen. Ebenso deutet die Aufgabe, das System der Kreditgewährung auszubauen, auf einen schwachen Punkt im englischen volkswirtschaftlichen System hin. Von allgemeinerem Interesse, auch für den deutschen Wettbewerb, ist der Ausbau des Nachrichtendienstes, namentlich für den ausländischen Markt, der für jedes einzelne Gewerbe ebenfalls der Organisation zugewiesen werden soll.

Ueber diese bekannten Pläne hinausgehend, wird zum ersten Male an einem konkreten Falle die Regelung der Ausfuhr erwähnt. Der internationale Kampf um Maschinen und andere Produktionsmittel nach dem Kriegsende werde sehr heftige Formen annehmen. Preistreibereien und unbegrenzte Ausfuhr liegen aber nicht im Interesse der englischen Volkswirtschaft, die, wenn auch nicht so stark wie die deutsche, doch in einem erheblichen Maße von Produktionsmitteln entblößt ist. Deshalb ist Regelung der Ausfuhr von Maschinen auch nach bisher verbündeten Ländern nötig.

Stärker als in früheren Reden wird der Ton auf die Frei-

[15]) Manchester Guardian 5. 12. 17.

willigkeit der Organisation gelegt. Der Manchester Guardian ist von der Ablehnung der Zwangsorganisationen unter Betonung des Selbstverwaltungscharakters der freiwilligen Organisationen sehr befriedigt, fühlt sich aber immer noch von der Möglichkeit bedrückt, daß in diesen Organisationen schließlich Kartellneigungen, von denen vorläufig noch nicht die Rede ist, nämlich Regelung der Absatzgebiete und Preisfestsetzung zum Nachteile der Verbraucher die Oberhand gewinnen würden. Diesen Befürchtungen sucht die Regierung durch die Mitteilung zu begegnen, daß gegenwärtig sich der Ausschuß für Handel und Gewerbe des Reconstruction Committees mit der Sicherung der Verbraucher beschäftigt [15a]). Für die nächste Zeit stellte die Regierung die Veröffentlichung mehrerer Ausschußberichte über die Fragen der Industrie-Organisationen in Aussicht. Ueber die Dauer der Organisationen hat sich der Minister nicht geäußert. Grundsätzlich sollen die Maßnahmen nicht über die dringendsten Bedürfnisse des Wiederaufbaues hinausgehen. Damit wird die Ausnutzung der gewerblichen Organisationen zur Lösung finanz-politischer Aufgaben abgelehnt.

Daneben betreibt auch das Board of Trade die Syndizierung der Industrie. Mitte September 1917 hat ein Beamter des Handelsamtes auf die Syndikatsbildungen der deutschen und der amerikanischen Industrie hingewiesen und als nächste Aufgabe den Zusammenschluß der Elektrizitäts-, Messing- und Blei-Industrie bezeichnet. In seinen Ausführungen ist die Gesamtheit der Zwecke dieser Organisationen deutlich zu erkennen: zunächst müsse der Ertrag durch Verminderung der Kosten und Ausschaltung der Zwischenglieder erhöht werden; dadurch könne die Ausfuhr vergrößert und könnten verlorene Absatzgebiete wieder gewonnen werden; schließlich sei es ohne den Zusammenschluß nicht möglich, die Arbeiterwünsche zu erfüllen.

Aus dieser ganzen Darlegung geht hervor, daß bei den Engländern die Fragen der Uebergangswirtschaft noch nicht zur systematischen Zusammenfassung gediehen sind und ihre Lösung noch nicht zu einer durchgreifenden Organisation gebracht worden ist. Es hat sich, wie sich namentlich bei der Besprechung der sozialpolitischen Fragen zeigen wird, in der öffentlichen Meinung

---

15a) Neuerdings beschäftigt sich die »National Alliance of Employers aus Employed« mit dem Schutz der Verbraucher. Der Einfluß dieser Organisation ist indessen vorläufig nicht übermäßig groß.

mehr das Bewußtsein von dem Vorhandensein einer allgemein zu behandelnden Aufgabe als die Einsicht in die Notwendigkeit der Unterordnung jedes einzelnen Schrittes unter einen Endzweck durchgesetzt. Demzufolge brechen an einzelnen Stellen Ansätze zu einzelnen Lösungen hervor. Die Incorporated Municipal Electric Association, also eine Vereinigung städtischer Elektrizitätswerke, hat in Anerkennung der Bedeutung, die die Elektrizität für intensivere Kultur und Ausdehnung der Landwirtschaft, auch der landwirtschaftlichen Industrie, besitzt, einen Ausschuß ernannt, der die Anwendung der Elektrizität für diese Zwecke untersucht[16]; es ist allerdings vorläufig noch nicht zu übersehen, wie weit sich diese Absichten in jenen bereits dargelegten Plan des landwirtschaftlichen Neuaufbaus einfügen.

Der bereits erwähnte Unterausschuß für Kohlenversorgung hat dem Minister für den Wiederaufbau einen vorläufigen Bericht über die Versorgung Großbritanniens mit elektrischer Kraft erstattet[17]. Darin wird Zusammenlegung der Stromerzeugungsstellen in 16 Hauptkraftzentralen vorgeschlagen, die an die Stelle der bisher tätigen 600 kleineren Kraftstationen treten sollen. Die Zusammenlegung soll die zur Krafterzeugung verbrauchte Kohlenmenge um 55 Mill. t auf 25 Mill. t im Jahr ermäßigen und soll namentlich eine viel weitergehende Gewinnung der Nebenprodukte ermöglichen als bisher. Das staatliche Monopol wird abgelehnt; die staatliche Mitwirkung soll sich auf zentrale Aufsicht durch ein National Board of Electricity Commissioners beschränken. Die Regierung hat zu diesem Vorschlag noch nicht Stellung genommen, sondern sich eingehende Prüfung vorbehalten.

V.

Außenhandelspolitik[18].

Es wurde bereits angedeutet, daß der neue Staat und die Auffassung von ihm in der »Wirtschaft« einmal materielle Grundlagen und andererseits materielle Wirkungen haben muß. Die

[16]) Economist 24. 3. 17.

[17]) Manchester Guardian 26. 12. 17.

[18]) Im Folgenden kann es sich nicht darum handeln, eine Darstellung der gesamten weit angelegten Pläne zur Förderung des Außenhandels zu geben. Es können hier nur die Punkte berührt werden, an denen die grundsätzliche Aenderung der Wirtschaftspolitik, das Eingreifen des Staates und die Erstarkung des Organisationsgedankens, besonders deutlich in Erscheinung tritt. Ausführlich wird das Thema, das naturgemäß eng mit den Bestrebungen für den Wirtschaftskrieg zusammenhängt, in der Beilage zu Nr. 412 vom 26. Januar 1918 des »Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes« abgehandelt.

Wirtschaftspolitik des Staates wird durch die Entwicklung des Außenhandels in dem dargestellten Sinn teils ausgesprochen, teils in verdecktem Zusammenhang beeinflußt. Umgekehrt kann nunmehr der Staat seine neugewonnene Kraft in den Dienst der Förderung des Außenhandels stellen. Es ist hier nicht der Platz, in eine theoretische Untersuchung darüber einzutreten, in welchem Umfang die Förderung der Ausfuhr zur Erreichung des neuen Wirtschaftszieles, Steigerung des Gesamtertrags bei geringsten Kosten, dienen kann und wie weit sie ihrerseits eine Folge der gesteigerten Produktivität ist. Es genügt hier festzustellen, daß die englischen Wirtschaftspolitiker von der Brauchbarkeit dieses Mittels und der Notwendigkeit dieser Konsequenz überzeugt sind und dementsprechend ihren Weg wählen.

Den ersten Ausdruck fand diese neue Politik in der Einstellung der außenpolitischen Zentralbehörden auf ihre Zwecke, indem beim Foreign Office ein Foreign Trade Department eingerichtet wurde. Dieses hat die Regulierung und Unterstützung des Außenhandels nach »einheitlichen Gesichtspunkten« zu untersuchen. Hinter diesem unklaren Ausdruck steht aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die bisherige Politik, die in der Förderung aller und jeglicher Ausfuhr ihr Ziel sah. Es wird sich durchaus in das bis jetzt gewonnene Bild der neuen Wirtschaft einfügen, wenn man diejenigen Industrien fördert, in denen mit einem Mindestmaß von eingeführten Rohstoffen und der Zufügung eines Höchstmaßes von »Veredlungsarbeit«, die nun ihrerseits wieder auf dem rationellsten Weg auszuführen ist, der größte Vorteil für das Gesamterträgnis der Wirtschaft zu gewinnen ist. Diese Erwägungen treten noch nirgends klar hervor. Die so gerichteten Gedanken nehmen überall ihren Ausgang von dem bisherigen Wettkampf um den Auslandsmarkt, indem die einheimische Industrie zu unterstützen ist. Nachdem man sich aber einmal soweit von der bisher grundsätzlichen Freiheit entfernt hat, wird die englische Wirtschaftspolitik mit Notwendigkeit auf diesen vorläufig gemutmaßten Weg führen, wenn sich die Einsicht von der staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeit einer organisierten Wirtschaft in das Bewußtsein des Einzelunternehmers gesenkt hat.

Unter staatlicher Förderung des Außenhandels hat man bisher im wesentlichen die Lieferung von Nachrichten verstanden. Der sehr herben Kritik an dem von staatlichen Stellen gesammelten Material, die eine internationale Erscheinung ist und die Män-

gel eines solchen Dienstes mit besonderen nationalen Unzulänglichkeiten anstatt mit dem inneren Widerspruch einer derartigen Einrichtung begründet, sucht die englische Regierung durch eine Neuordnung des englischen Konsularwesens zu begegnen. Die Frage wurde schon vor dem Krieg erörtert. Im Jahr 1917 hat dann anscheinend unter dem Eindruck der Erfahrungen des Kriegs das Kabinett eine Vorlage genehmigt, nach der ein besonderes Handelsnachrichtenamt geschaffen werden soll. Dieses ist als ein umfangreiches Departement gedacht, das im Parlament durch einen besonderen parlamentarischen Unterstaatsekretär vertreten werden soll. Der Unterstaatssekretär ist für Auswärtige Angelegenheiten dem Minister des Aeußern unterstellt. Daneben hat er einen Inlands-Geschäftsbereich, für dessen Angelegenheiten er dem Board of Trade verantwortlich ist. Man denkt anscheinend an die Abschaffung der Konsularberichte, die bisher auf Grund ihres allgemeinen Inhaltes von den eigentlichen Interessenten wenig benutzt werden konnten und in den Blaubüchern versanken. Statt dessen will man ein System von Fragebögen einführen, in denen über konkrete Fragen, vor allen Dingen über ausländische Konkurrenz in bestimmten Waren und Gebieten und die individuellen Geschäftsverbindungen der Firmen im Amtsgebiet des Konsuls mit Firmen namentlich des bisherigen feindlichen Auslands Bericht erstattet wird, und dieses Material soll den Mitgliedern der Handelskammern im Inland zugänlich gemacht werden[19]. Es wird hervorgehoben, daß dadurch jeder Geschäfts-

[19]) Weitere Nachrichten bekräftigen das Bild der außerordentlichen Sorgfalt und Gründlichkeit, mit der die englische Regierung an die Neuordnung des Auswärtigen Handelsnachrichtendienstes geht. Als erster Beweis für die Umsetzung der Absichten in die Wirklichkeit dient ein Rundschreiben Britischer Generalkonsulate an ausländische Firmen ihres Amtsbezirkes, das die Unterlagen für eine Liste der Firmen schaffen soll, die nach dem Krieg mit England Handel treiben wollen. Neben den Fragen nach Nationalität des Firmeninhabers, Umsatz, Art der Erzeugung, einheimischen und etwa englischen Bankreferenzen, besten Verbindungswegen mit England ist vor allen Dingen die Frage nach den Waren, die die Firma aus England zu beziehen wünscht, bedeutsam. Sie kann auf die Absicht der englischen Regierung hinweisen, den Absatz überhaupt in der Weise zu organisieren, daß der Wettbewerb englischer Firmen auf dem ausländischen Markt unmöglich und die Stellung der englischen Exporteure auf ihm gegenüber den deutschen gestärkt wird; ferner aber kann aus ihm hervorgehen, daß die englische Regierung vorhat, die Einfuhr und Ausfuhr derart zu regeln, daß nur die notwendigsten Waren eingeführt und nur die gewinnreichsten Waren ausgeführt werden (die englische Regierung hat ja durch das Material der kriegswirtschaftlichen Organisationen genaue Einblicke in den Kostenaufbau der englischen Industrien). Auf Grund einer so eingehenden Einzelkenntnis hat dann die englische Regierung, wenigstens in der Uebergangszeit, die Mög-

mann einer Handelskammer beizutreten gezwungen ist, der Einsicht in einen Britischen Konsularbericht nehmen will. Auf diese Weise wird der tatsächliche Interessent in einen organischen Zusammenhang mit der Nachrichtenstelle gebracht; und es soll hier nur angedeutet werden, daß auch diese ständische »Zwangsorganisation« sich als eine notwendige Folgerung aus der erkannten Interdependenz von Staat, Staatswirtschaft und Einzelwirtschaft darstellt. In den Inlandsbereich des Handelsnachrichtenamtes fallen auch die Handelskommissare, von denen eine weitere Anzahl in verschiedenen Teilen der Britischen Dominions ernannt werden. Diese Teilung entspricht dem bestehenden System, nach dem der Konsulardienst in fremden Ländern dem Auswärtigen Amt untersteht, während der einheimische Markt, die Dominions durch Handelskommissare, vom Board of Trade überwacht wird. Die nachher noch zu beschreibende Federation of British Industrie wünscht eine stärkere Zusammenfassung des gesamten Handelsdienstes in der Hand des Auswärtigen Amtes. Die Regierung hat sich diesem Wunsch, der in England selbst starker Ablehnung begegnete, noch nicht ausdrücklich gefügt. Immerhin kann die Errichtung des Foreign Trade Departments auf dieses Ziel hindeuten.

Die Notwendigkeit korporativen Zusammenschlusses in der Industrie, die sich innerhalb der eigentlichen Produktion herausgebildet hat, und die von der Regierung unterstützt wird, hat auch auf dem Gebiet des Absatzes zu einem merkwürdigen Zusammenarbeiten von Regierung und Industrievertretung geführt. Die Federation of British Industries ist ursprünglich als »der« Vertretungskörper der Industrie — nach einem schwedischen Vorbild — zur Mitarbeit bei der industriellen Gesetzgebung und der Behandlung sozialpolitischer Fragen gedacht. Die ersten tatsächlichen Erfolge scheinen aber auf dem Gebiet des auswärtigen Handels zu liegen[20]. Das Foreign Office hat einen seiner Beam-

lichkeit, Kompensationen für Ein- und Ausfuhr zu verlangen. Diese Tatsache spricht auch dafür, daß die englische Regierung zunächst wahrscheinlich nicht daran denkt, in umfassende und schrankenlose Handelsbeziehungen mit den auswärtigen Staaten zu treten, und sie bietet einige Anhaltspunkte für die Aussichten einer vertraglichen Sicherung der Absatzverhältnisse Deutschlands im Sinne der Verträge, die durch den Krieg aufgehoben sind.

[20]) Nach Times vom 3. und 6. 12. 17 (zitiert nach Wirtsch. Nachrichtendienst 18. 12. 17) wird zwischen dem Uebergangsminister und der Federation darüber verhandelt, wie weit diese durch Gründung von gewerblichen Verbänden zur Förderung der Erzeugung und des Handels während der Uebergangswirtschaft beizutragen vermöchte.

ten als Geschäftsführer und Direktor an diese Vereinigung abgegeben, und in der Behandlung des Konsularwesens scheinen sich die ersten Früchte dieser Zusammenarbeit zu zeigen, von der man auf beiden Seiten eine wesentliche Förderung des Außenhandels erwartet. Somit tut sich gerade auf dem Gebiet, das doch auch im Krieg von anderen als Zufallseinwirkungen der Regierung freigeblieben ist, am deutlichsten die veränderte Stellung des Staates zur Wirtschaft und umgekehrt kund.

Es wurde bereits erwähnt, daß der Uebergangsminister den industriellen Organisationen auch den Nachrichtendienst über den ausländischen Markt zuweisen wolle. Diese Meldung muß auffallen, da die englische Regierung gerade um diese Zeit die Neuorganisation des Nachrichtendiensts abgeschlossen und den Organisationsplan veröffentlicht hatte. Die Interessenten scheinen gegenüber den noch immer recht allgemein gehaltenen programmatischen Aeußerungen des Leiters des neuen »Department of Commercial Intelligence« über das Zusammenarbeiten von Regierung und Kaufmannstand etwas ungeduldig zu werden, weil die Auswahl der Angestellten im wesentlichen nach bürokratischen Grundsätzen erfolge und weil so lange Zeit verstreiche, bis das Department seine Tätigkeit aufnehme. In diesem Zusammenhang verdient nun die Forderung eines Interessenten Beachtung; im Manchester Guardian verlangt er unter Zustimmung von anderer Seite, daß die Förderung namentlich des überseeischen Außenhandels, die im Hinblick auf die kriegsindustriellen Neuanlagen in England nötig sei, von Organisationen der Industrie vorgenommen werden. Er geht von der Ueberlegenheit des Niederlassungssystems gegenüber dem Agentursystem aus; da nur die größten Firmen in der Lage wären, eine eigene Niederlassung zu errichten, so müßten sich die Firmen einer Industrie zu körperschaftlichen Genossenschaften zusammenschließen, um gemeinschaftlich je einen Generalvertreter als »Wirtschaftlichen Gesandten« in die Absatzländer zu schicken. Wenn diesen »agents in charge« auch in erster Reihe die rein geschäftlichen Aufgaben der Oberaufsicht über die Geschäfte sämtlicher Firmen ihrer Organisation, der Ernennung von Agenten usw. obliegen, so sollen sie gleichzeitig die Berichterstattung über die Käufer, über die Maßnahmen zur Entwicklung des Handels, über in Aussicht stehende Aufträge, also den Handelsnachrichtendienst übernehmen. Es wurde schon darauf hingewiesen,

daß die Berichterstattung des nichtfachmännischen Beamten aus dem Ausland erst durch die Bearbeitung des wirtschaftlichen oder technischen Fachmannes Wert gewinne und daß die industriellen Organisationen von Natur aus die einzigen geeigneten Träger eines für die Interessenten bestimmten Nachrichtendienstes seien. Wichtiger als der unmittelbare Inhalt solcher Vorschläge wie des hier mitgeteilten, der ja noch weit von der Verwirklichung entfernt ist, ist die Tatsache, daß mit ihm in England der bisher nur für die innere Wirtschaft bedeutungsvolle Gedanke, die Erzeuger zugunsten der Rationalisierung der volkswirtschaftlichen Produktion zu organisieren, auch für die Weltwirtschaft in die Debatte tritt.

Eine weniger einheitliche Aufnahme hat die Mitwirkung des Staates in dem Gebiet der unmittelbaren Wirtschaft gefunden. Anscheinend überwiegend aus dem Wunsch der Regierung heraus hat das Board of Trade einen Ausschuß für die finanzielle Unterstützung von Handel und Gewerbe geschaffen (Departmental Committee on Financial Facilities for Trade). Dieser empfahl eine aus Industriemitteln zu errichtende Handelsbank. Durch Parlamentsakte und mit besonderer königlicher Charter wurde ein privilegiertes Bankhaus, die British Trade Corporation, ausschließlich für das Ueberseegeschäft errichtet, deren staatliche Vollmacht auf 60 Jahre gelten sollte. Man will damit vor allen Dingen den langfristigen Ueberseekredit, namentlich den Akzeptkredit, nach deutschem Muster fördern, um für die Ausfuhr neue Anlagen und auch Betriebszusammenlegungen — Programm der Rationalisierung! — zu finanzieren. Daneben will die Regierung ein finanzielles Organ haben, das die aus politischen Gründen erwünschte Beteiligung englischen Kapitals an ausländischen Unternehmungen übernehmen soll. Von deutscher fachmännischer Seite[21]) wird hervorgehoben, daß die Engländer den deutschen Ueberseekredit nicht mit einer einzelnen Exportbank ersetzen können, sondern daß es sich für sie darum handeln müßte, das ganze gemischte, auf der Vielfältigkeit der Geschäfte beruhende, die verschiedenen Risiken und Gewinnchancen ausgleichende deutsche Bank- und Kreditsystem nachzuahmen. Die englische Kritik hat ebenfalls hervorgehoben, daß das Hauptgewicht auf eine grundsätzlich freiere Kreditgewährung gelegt, und daß diese Aufgabe durch Einstellung des ganzen Banksystems

[21]) Wirtschaftszeitung der Zentralmächte 31. 8. 17.

auf sie gelöst werden müsse. Das Aktienkapital der British Trade Corporation ist vorläufig auf 10 Millionen Pfund Sterling festgesetzt. Ein deutscher Berichterstatter glaubt aus der Ernennung eines der Hauptleiter der finanziellen Durchdringung Aegyptens zum Direktor der Bank herauslesen zu können, daß man der neuen Bank als Hauptwirkungsfeld den nahen Osten, Kleinasien, Mesopotamien, Arabien zudenkt. Es wäre jedenfalls nicht undenkbar, daß man auf diese Weise dem deutschen wirtschaftlichen Einfluß vor allen Dingen in Kleinasien und Mesopotamien entgegenwirken will.

Trotz des nur halbamtlichen Charakters dieses Regierungsinstruments sind Parlament und öffentliche Kritik der Regierungsvorlage teilweise ablehnend gegenüber getreten. Die Gegner arbeiten zwar mit den heute nach den Kriegserfahrungen nur schwer erträglichen manchesterlichen Argumenten, aber trotzdem haben sie Recht. Denn wenn die Regierung auf der einen Seite das ganze Industrie-System des Landes umstürzt und neu aufbaut, und auf der anderen Seite davor zurückschreckt, nun auch das englische Bankwesen zu ändern, so bedeutet die Errichtung einer öffentlichen Bank — öffentlich nicht den Mitteln, aber der Politik nach — wahrscheinlich nur eine Konkurrenz für den privaten Betrieb. Das Neue und Wertvolle der organisierten Wirtschaft liegt aber darin, daß der Einzelunternehmer in sie hineinbezogen ist. Die Corporation hat sich dann auch zur Klarlegung der Grenzen ihrer Tätigkeit genötigt gesehen. Wenn sie auseinandersetzt, daß sie keinen Wettbewerb in Handel und Gewerbe treiben will und daß sie kein ausschließliches Privileg besitzt, so bedeutet das eine starke Einschränkung ihrer ursprünglichen Ziele. Auch für ihre Betätigung in der Einfuhr, die als Ergänzung neben die Ausfuhr treten muß, sind ihr enge Schranken gezogen, indem sie für die Einfuhr der Kontrolle der Regierung und des Parlamentes unterstellt wird.

Zu diesen ganzen Fragen hat das Reconstruction Committee noch keine Stellung genommen; ein neues Beispiel für den weniger systematischen als sachlichen Zusammenhang der Uebergangswirtschaftsfragen[22]). Ja, man sucht auch den sachlichen Zusam-

[22]) Wohl aber beginnt sich das Uebergangsministerium mit diesen Fragen zunächst allerdings unter ausschließlich binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beschäftigen. Im Dezember 1917 hat der Uebergangsminister ein Committee on Financial Facilities after the War ernannnt. Es hat sich mit der Lösung der Kredit- und Finanzaufgaben zu beschäftigen,

menhang zu verdecken, indem die Regierung bestreitet, daß die Trade Corporation eine Ergänzung des Foreign Department sei. In allen Fragen, die nicht aus der unmittelbar materiellen Vorsorge für die Kriegsführung hervorgehen, ist die Regierung zu langsamen und vorsichtigen Schritten gezwungen. Aber auch hier ist aus den vielfachen Ansätzen der unsichtbare Zusammenhang aller auf Schaffung eines neuen Wirtschaftsystems gerichteten Tendenzen zu erkennen, die mit immanenter Logik aus den Veränderungen der Wirtschaft selbst herauswachsen.

Allmählich treten die Umrisse der staatlichen Außenhandelspolitik schärfer hervor. Durch die Kriegsgesetze hat die Regierung die Vollmacht erhalten, die Ein- und Ausfuhr des Vereinigten Königreichs durch Ein- und Ausfuhr-Verbote zu regeln. Durch die »Imports and Exports (Temporary Control) Bill«, die dem Unterhaus im November 1917 eingereicht wurde, soll bestimmt werden, daß diese Vollmacht der Regierung für einen zusammenhängenden Zeitraum von drei Jahren nach der Beendigung des gegenwärtigen Krieges in Kraft bleibt. Soweit sich übersehen läßt, hat eine Behandlung im Parlament noch nicht stattgefunden. Die öffentliche Meinung scheint mit der Ein- und Ausfuhrregulierung während einer gewissen Uebergangszeit einverstanden zu sein, soweit mit dieser Vorlage die gesetzliche Grundlage für die Zuteilung knapper Rohstoffe an die Industrie, für Schiffsraum-Verteilung und Frachtenkontrolle und für internationale Abmachungen auf dem Gebiete des Rohstofferwerbes geschaffen werden sollen. Die liberale Kritik wendet sich gegen die lange Geltungsdauer und gegen die Möglichkeit, daß die Exekutive auf Grund dieses Gesetzes einen Ausschluß deutscher Waren ohne Parlamentskontrolle verfügen, also den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland aufnehmen kann, ohne vor dieser grundlegenden Entschließung das Parlament hören zu müssen. Von einer Ausfuhrindustrie, der Baumwollindustrie in Manchester, wird befürchtet, daß der nach Wegfall der Heeresaufträge besonders notwendige Export durch die geringste Ausfuhrerschwerung empfindlich gestört würde. Grundsätzliche Geg-

---

die die erhöhten Rohmaterialien-Preise, die erhöhten Arbeitslöhne und sonstige Umstände der Nachkriegszeit dem Betriebskapital der Industrie stellen. Da der gewöhnliche Betriebskredit der Banken als nicht ausreichend angesehen wird, wird der Industrie zunächst empfohlen, sich zu organisieren und sich auf diese Weise leichter Kredit zu verschaffen. (Daily Mail 28. 11. 17.)

ner findet die Vorlage nur dort, wo in ihr der Beginn einer dauernden Staatskontrolle über den Außenhandel gesehen wird [23]).

VI.

Sozialpolitik.

In der Einleitung wurde zwischen dem statischen und dynamischen Problem der Uebergangswirtschaft unterschieden. Diese Trennung führt weiter in den Aufgabenkreis der Sozialpolitik. Wie es sich auf dem Gebiet der Produktionspolitik zunächst einmal darum handelte, das System der ungebundenen Wirtschaft ohne Rücksicht auf mögliche Ertragssteigerungen in den alten Stand zurückzuversetzen, wie aber der Uebergang zur Friedenswirtschaft schließlich sein eigentliches Gewicht dadurch erhält, daß er Vorbereitungen zu einem neuen, auf den größeren Ertrag abgestellten Wirtschaftssystem sein soll, so sind auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik die beiden Problemreihen deutlich zu erkennen.

Das statische Problem ist das der Demobilisierung. Seine Lösung besteht darin, daß die nach Schluß des Krieges frei werdenden Munitionsarbeiter und -Arbeiterinnen sowie die aus dem Feld heimkehrenden Soldaten an die Stellen gebracht werden, an denen sie gebraucht werden [24]). Es handelt sich also um eine reine Friedensaufgabe im größten Maßstab, wenn man versucht, einmal sich über den Bedarf an Arbeitskräften klar zu werden, und zum anderen den vorhandenen Apparat der Arbeitsvermittlung den Notwendigkeiten der Demobilisierung anzupassen. Demgemäß hat sich auch in erster Linie die Behörde, in deren Amtsbereich diese Aufgaben im Frieden fallen, mit ihrer Lösung zu befassen. Der quantitative Unterschied zwischen der Arbeitsvermittlung im Frieden und den sozialen Demobilisierungsaufgaben verlangt vor allen Dingen die Vergrößerung und Umgestaltung der gegebenen Einrichtungen. Das anscheinend aus dem Labour Department des Board of Trade im Laufe des Krieges entwickelte Ministry of Labour sucht zunächst einen gemeinsamen Vertretungs-

[23]) Manchester Guardian 6. 12. 18.

[24]) Ein Analogon auf dem Gebiete statischer Produktionspolitik bildet die Verwertung freiwerdenden Regierungseigentumse: von Grundstücken, Gebäuden, Maschinen, Rohstoffen und Fertigwaren. Zur Vorbereitung der geschäftsmäßigen Veräußerung und der richtigen Zuteilung der Rohstoffe an die Industrie ist ein besonderer Ausschuß durch das Uebergangsministerium ernannt worden. (Times 24. 11. 17.)

körper zu schaffen, in dem die den Arbeitsbedarf und das Arbeitsangebot darstellenden Klassen einen Ausgleich ihrer Interessen finden sollen. Im Frühjahr 1917 wurde gemeldet[25]), daß unter der Leitung des Arbeitsministeriums die Bildung eines großen Zentralausschusses im Gange sei, der je zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen solle. In jeder Stadt und in jeder Ortschaft bis herunter zu 2000 Einwohnern würden örtliche Ausschüsse zur Wahrnehmung der Interessen der heimkehrenden Soldaten eingesetzt. Voraussetzung zu einem ersprießlichen Arbeiten dieser dezentralisierten gemeinsamen Ausschüsse ist eine genaue Kenntnis des Arbeitsbedarfs. Zu seiner Feststellung sind vorläufig 4 Maßnahmen zu erkennen:

1. schlägt die Regierung ein Gesetz vor, nach dem die örtlichen Standesämter Listen aufstellen sollen, in denen die Beschäftigung jedes Wählers vor dem Krieg festgestellt wird;

2. sammelt das Munitionsministerium von 22000 ihm unterstehenden Firmen in der Maschinen- und ähnlichen Industrie eine Statistik, aus der der voraussichtliche Arbeiterbedarf festgestellt werden soll. Man glaubt, aus dem Vergleich dieser Nachweise mit den Standesamtsnachweisen einen Anhalt für die Dekkungsmöglichkeit des Bedarfs und Versorgungsmöglichkeit der Arbeiter gewinnen zu können;

3. ist ein Ausschuß ernannt (von wem ist nicht ausfindig zu machen), der untersuchen soll, welche öffentlichen Arbeiten durch den Krieg unterbrochen worden und welche weiteren Arbeiten wohl unmittelbar nach dem Krieg zu erwarten sind. Die Verteilung der Arbeitskräfte soll dann nach einem Schlüssel an die einzelnen Firmen entsprechend ihrer Leistung erfolgen[26]);

4. untersuchen die Arbeitsbörsen heute schon, welche Anforderungen aus lokalen Arbeitskräften gedeckt werden können.

Der Bearbeitung der »Arbeitsstatistik« durch staatliche Stellen stand bis vor kurzem die praktische »Arbeitsvermittlung« durch die berufsgenossenschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaften, gegenüber. Die Errichtung gemeinschaftlicher örtlicher Organe für Arbeitgeber und -nehmer, wie sie erwähnt wurde, liegt deshalb insofern noch in der alten Linie der Entwicklung, als sie nicht staatlich ist, und deutet insofern auf die Tat-

---

[25]) Times 24. 3. 17.

[26]) Die Nachrichten 1—3 entstammen der Frankfurter Zeitung vom 2. Juli 1917; eine englische Quelle ist dort nicht angegeben.

sache einer neuorganisierten Wirtschaft hin, als die Arbeitsvermittlung nicht mehr die Angelegenheit eines einzelnen Standes ist — außerhalb England gibt es ja auch Arbeitsnachweise des Unternehmerstandes —, sondern gemeinsame Sache sämtlicher an der Wirtschaft unmittelbar Beteiligten. Die weitere Bedeutung liegt darin, daß sich diese Gemeinsamkeit nicht auf die Aufstellung eines mehr oder weniger dekorativen allgemeinen Vertretungskörpers, sondern auf die spezielle Bearbeitung ganz konkreter Aufgaben erstreckt. Vorläufig beginnen sich die Arbeitsbörsen durch Anlagen eingehender Registraturen auf die Demobilmachung einzurichten. In ihnen werden die vorgedruckten Karten aufbewahrt, auf der jedermann, der im Augenblick seiner Entlassung aus der Munitionsfabrik oder aus dem Heer auf eine Friedensstellung nicht rechnen kann, der Arbeitsvermittlungsstelle seines Heimatsbezirkes seine Personalien mitzuteilen hat.

Für die Vorbereitung dieser statischen Aufgabe hat der »Ausschuß für den Wiederaufbau« einen »Unterausschuß für die Demobilisierung des Heeres« eingesetzt. Der enge Zusammenhang mit den Friedensaufgaben der Arbeitsvermittlung hat es mit sich gebracht, daß dieser Ausschuß noch nicht hervorgetreten ist. Möglicherweise ist er auch durch die Tätigkeit des Arbeitsministers etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Auf seine Arbeit ist bis jetzt nirgends Bezug genommen und ein Bericht ist nirgends erwähnt.

Man hat während des Krieges auch die Arbeitsvermittlung für die Rationalisierung der nationalen Arbeit nutzbar zu machen, gesucht, indem man qualifizierte Arbeiter an die Stellen zu bringen sich bemühte, an denen ihre Fähigkeiten am nutzbringendsten verwandt werden können. Ueber die Wege, die dazu eingeschlagen wurden, ist vorläufig noch nichts zu berichten. In der Richtung auf dasselbe Ziel, den Ertrag der Handarbeit zu steigern, liegt auch das Bestreben, die gewerbliche Ausbildung des englischen Arbeiters überhaupt zu heben. Schon vor dem Krieg wurden mancherlei Vorschläge zur Verbesserung des Fachschulwesens gemacht. Für einige Zweige sind auch neue Fachschulen während des Krieges errichtet worden. Im ganzen scheinen die Fortschritte, bei denen man sich an das deutsche Vorbild zu halten suchte, nicht sehr erheblich zu sein. Diesen Verhältnissen entspricht es, wenn der »Ausschuß für den Wiederaufbau« auch einen »Unterausschuß für das gewerbliche Unterrichtswesen« eingesetzt hat;

über seine Tätigkeit liegen allerdings noch keine Nachrichten vor.

Die Erziehungsfragen leiten über zum dynam schen Problem, insofern ihre Lösung die Ertragssteigerung der Wirtschaft erleichtern soll. Die sozialpolitischen Aufgaben werden in England am lebendigsten empfunden. Sie sind kurz als Fragen der industriellen Verfassung zu umschreiben, und ihr Inhalt ist die Regelung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Ihr besonderes Gewicht erhalten sie aus zwei Ursachenreihen. Die eine umfaßt die politische Stellung der Arbeiterschaft, die sich vor dem Krieg immer schroffer der kapitalistischen Wirtschaft gegenübergestellt hat und den Klassenkampf an die Stelle des »sozialen Friedens« zu setzen bemüht war. Es ist hier nicht der Platz, eine Beschreibung der beiderseitigen Kampfstellungen zu geben. Die Punkte, in denen sich die Erfolge der Gewerkschaften am deutlichsten aussprachen, und die dann während des Kriegs den stärksten Aenderungen unterworfen wurden, sind etwa folgende: Die Arbeiterschaft hatte das unbedingte Streikrecht; die Gewerkschaften hatten dem Grundsatz, daß im Interesse der gleichmäßigen Beschäftigung und der Erhaltung der Lohnhöhe eine überdurchschnittliche Akkordleistung des einzelnen Arbeiters unterbleiben müsse, in Tarifverträgen Anerkennung verschafft. Die Verwendung von Frauen und von ungelernten Arbeitern als Lohndrücker und als Ersatz für gelernte Arbeiter bei Maschinen war vertraglich ausgeschlossen. Diese Entwicklung ist durch den Krieg abgebrochen worden. Aber nicht nur die weitere Zuspitzung des Kampfes ist durch den Krieg verhindert worden. Auf Grund des Landesverteidigungsgesetzes wurden in einer Reihe von Industrien, die als Kriegsindustrien dem Munitionsministerium unterstellt wurden, die wichtigsten der vor dem Krieg erkämpften gewerkschaftlichen Erfolge einfach aufgehoben. Im Augenblick steht für die Berichterstattung nur die erste Form des »Munition Act« zur Verfügung (vergleiche Statesman's Year Book 1916). Das Gesetz vom 23. Juni 1917 umfaßte im wesentlichen 4 Punkte:

1. es verbot alle Streiks in Kriegsbetrieben;

2. es bestimmte, daß alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern schiedsrichterlicher Entscheidung unterworfen seien;

3. es richtete für Kriegsbetriebe Ueberwachung durch die Regierung ein;

4. es setzte besondere Gerichtshöfe ein, die als Untersuchungsausschüsse bei Streitigkeiten wirken, aber auch Strafen bei Zuwiderhandlungen gegen ihre Entscheidungen verhängen sollten.

Die wichtigste Bestimmung des Gesetzes ersetzt also den Streik und die auf ihn folgende freie Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern durch staatlichen Schiedsspruch; die freie Entschließung der — allerdings organisierten — Wirtschaftsindividuen wird damit dem staatlichen Zwang unterstellt. Das bedeutet mehr als eine bloße Analogie mit der staatlich-politischen Entwicklung, von der oben gesprochen wurde; es ist vielmehr ihre unmittelbare Verwirklichung auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Entwicklung des Krieges hat es mit sich gebracht, daß immer weitere Industrien dem »Munition Act« unterstellt und damit immer weitere Einengungen der gewerkschaftlichen Freiheit herbeigeführt wurden. Der Umfang, in dem das geschehen ist, läßt sich allerdings aus dem vorhandenen Material nicht genau ersehen. Die Aufrechterhaltung dieses Zustandes nach dem Krieg würde einen vollkommenen Verzicht auf die bisherigen Erfolge und ein Abbiegen von der in langen sozialen Kämpfen gewonnenen Richtlinie der gewerkschaftlichen Politik bedeuten. Es läßt sich heute schon übersehen, daß die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Schrittes vielleicht bei den Gewerkschaftsführern besteht, und mit ihrer Einwilligung sind auch die meisten Einschränkungen auferlegt worden. Es läßt sich aber nicht übersehen, wie weit die Gewerkschaftsführer die Stimmung der Arbeiterschaft selbst dafür zu gewinnen vermögen. Aus einem Aufsatz von Sydney Webb im »New Stateman«[27]) und verschiedenen Aeußerungen im »Economist«[28]) geht hervor, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unter dem Eindruck leben, sie seien von den Gewerkschaftsführern verraten worden. In den Regelungen, die im Interesse des Landes vorgenommen wurden, sieht der Arbeiter zunächst nur das Bestreben der Unternehmer, unter der Aufhebung der Fabrikschutzgesetze (Einschränkung der Arbeitszeit, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit) die allgemeine Steigerung der Arbeitsleistung zur Herabsetzung der Löhne zu gebrauchen. Man ist überzeugt, daß die neuen Betriebsorganisationen nicht nur für den Krieg bestimmt sind, und ist über große Organisationspläne für die Zeit nach dem

[27]) vom 9. 6. 1917.

[28]) vom 19. 5. 17 und vom 30. 6. 17.

Krieg immerhin so unterrichtet, daß man an eine Rückkehr der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheit nicht mehr recht glaubt.

Die zweite Ursachenreihe, die den sozialpolitischen Aufgaben den Vorrang vor den übrigen Aufgaben des Wiederaufbaus verschafft, hat ihren Ausgangspunkt in der Produktionspolitik. Die Leistungseinschränkungen, das Verbot der Einstellung ungelernter und der Beschäftigung angelernter Arbeiter und anderes mehr lassen sich mit den Grundsätzen einer äußersten Steigerung des Ertrags unter geringsten Kosten nicht mehr vereinbaren. Man muß also versuchen, im Hinblick auf das Gesamtprogramm die Arbeiterschaft zur Aufgabe der ihm entgegenstehenden Sonderrechte zu veranlassen. Das ist doppelt schwer, da wie ausgeführt, aus der ganzen Lage heraus die Arbeiterschaft gerade auf der Erhaltung und Wiedererrichtung ihrer Freiheiten bestehen muß. Die einzige Möglichkeit, diese »Entrechtung« auszugleichen, die Beteiligung des Arbeiters an dem gesteigerten Ertrag der Unternehmung. Ein nationales System der Gewinnbeteiligung des Arbeiters als Korrelat der Aufhebung seiner gewerkschaftlichen Freiheiten, in diesen Worten findet die Lösung des dynamischen Problems der englischen Sozialpolitik für die Zeit nach dem Krieg ihre kürzeste Form. Diese Beteiligung der freien Vereinbarung wieder zu überlassen, ohne gleichzeitig der Arbeiterschaft das wirksamste Mittel des wirtschaftlichen Kampfes, nämlich den Streik, zu gewähren, bedeutet für sie einen völligen Rückfall in die vorgewerkschaftliche Zeit und wird von ihr mit allen Mitteln bekämpft werden.

Die »gemeinschaftliche und offene Behandlung« steht deshalb im Mittelpunkt aller Vorschläge, die sich mit dem Ausgleich dieser Gegensätze befassen. Der »Ausschuß für den Wiederaufbau« hat zur Untersuchung von Fragen der industriellen Verfassung einen Unterausschuß eingesetzt (Subcommittee on Relations between Employers and Employed). Dieser Ausschuß steht unter der Leitung eines bekannten Parlamentariers; unter den übrigen 12 Mitgliedern seien hervorgehoben: der Präsident der Bergarbeiterorganisation, ein Vertreter des Verbandes der Glasarbeiter, 2 Gelehrte und ein Beamter des Arbeitsministeriums als geschäftsführender Sekretär. Am 26. Juni 1917 wurde ein Bericht veröffentlicht, der nach dem Vorsitzenden überall als der »Whitley Report« angeführt wird. Aus der ganzen Lage ergibt sich die Not-

wendigkeit eines gemeinsamen Beratungskörpers für Unternehmer und Arbeiter. Der Ausschuß schlägt demgemäß die Errichtung eines gemeinsamen ständigen Industrierates als Vertretung jeder einzelnen Industrie vor (Joint Standing Industrial Council). Dieser Landes-Ausschuß stellt die Spitze einer hierarchischen Organisation dar, unter ihm stehen Bezirksausschüsse (District Councils), an die sich dann Betriebsausschüsse (Work Committees) anzuschließen haben. Während die oberen Ausschüsse mehr zur grundsätzlichen Regelung auftauchender Streitigkeiten bestimmt sind, sollen die Werkausschüsse vor allen Dingen die Ausführung der getroffenen Vereinbarungen überwachen [29]). Ein positives Programm für die Lösung der Gegensätze ist damit noch nicht gegeben; wie die Gewinnbeteiligung des Arbeiters, dessen Mehrleistung nach einer auch außerhalb des Ausschusses weit verbreiteten Ansicht, nicht an den Unternehmer fallen soll, gesichert werden soll, darüber liegen noch keine Vorschläge vor. So stellt das Programm nur die formalen Lösungsmöglichkeiten sicher. Es entspricht der Unsicherheit der innerpolitischen Lage Englands, wenn auch die Kritik der Presse sich auf allgemeine Aeußerungen beschränkt. Die konservative Presse stimmt den Vorschlägen zu, weil sie in ihnen einen Schutz gegen die revolutionäre Bewegung sehen will. Die Liberalen sind einverstanden, weil sie in diesen Plänen eine Anpassung an ihre Vorstellungen von der wirtschaftlichen Harmonie, von der Demokratisierung des Landes und der Dezentralisierung der Verwaltung erblicken zu können glauben. Nur e i n e ablehnende Aeußerung und zwar von sozialistischer Seite liegt vor. Der »New Statesman« befürchtet einmal den Widerstand der Unternehmer gegenüber der dauernden Ueberwachung ihrer Betriebe und eine Gefährdung der gewerkschaftlichen Einheit durch die Möglichkeit der Vergewaltigung gewerkschaftlicher Einzelinteressen durch die zentralen Ausschüsse. Das wichtigste Gegenargument, das zugleich die politische Bedeutung der hier behandelten Fragen anzeigt, liegt aber darin, daß mit diesem System der kapitalistische Besitz der Produktionsmittel anerkannt werde; und das ist gerade der Punkt, in dem sozialistische klassenkämpferische Gedankengänge sich vor dem Krieg durchzusetzen begannen. Nur für be-

[29]) Der Bericht ist veröffentlicht in den »Weltwirtschaftlichen Nachrichten« aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel, Nr. 13 vom 1. 2. 18. Für die Darstellung wurde der Bericht der Times vom 29. 6. 17 benützt.

reits verstaatlichte Unternehmen, Post, Eisenbahn, möglicherweise auch Kohlenbergbau, wird von dem sozialistischen Gegner die Einführung einer derartigen Organisation empfohlen.

Auf Grund dieses Berichtes hatte der Arbeitsminister im Juli 1917 ein Rundschreiben an Unternehmer-Vereinigungen und Gewerkschaften erlassen, indem er sie um ihre Meinung über die in jenem Bericht enthaltenen Vorschläge fragte. Bei der günstigen Aufnahme, die der Bericht gefunden hatte, konnte das Kabinett Ende Oktober einen wichtigen Schritt tun, indem es jene Vorschläge über die Schaffung von »Joint Standing Industrial Councils« zum Regierungsprogramm für den Wiederaufbau machte [30]). In einem neuen Rundschreiben des Arbeitsministers wurden nochmals die Hauptgesichtspunkte hervorgehoben:

1. Es handelt sich nicht um Uebernahme der Wirtschaftsleitung durch den Staat; die Selbstverwaltung der Industrie ist durchzuführen und in noch größerem Umfang auszubauen, als sie heute besteht.

2. Der Organisationsplan darf nicht schematisch angewandt werden. Es hängt z. B. ganz von den Bedürfnissen der einzelnen Industrien ab, ob eine ins Einzelne gehende Werksorganisation geschaffen werden soll, ob der Hauptwert auf die Bezirksausschüsse oder auf die Landesorganisation zu legen ist.

3. Die Vertretung in den Ausschüssen soll sich auf bestehende Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen aufbauen; doch soll in ihnen auch etwa neu auftauchenden Vereinigungen in gegenseitigem Einverständnis Zutritt gewährt werden.

4. Die Ausschüsse sollen in keiner Weise Organe einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit sein; Vorkehrungen für die Behandlung von Streitigkeiten müssen den Industrien selbst überlassen bleiben, und »ihre Wirksamkeit hängt von der freiwilligen Mitarbeit der Organisationen ab, die mit ihrer Ausführung betraut sind.« (Die Ausschüsse sollen also zunächst einmal nur Pläne für die Schlichtung von Streitigkeiten vorbereiten.)

Man hat mit solchen Körperschaften während des Krieges gute Erfahrungen gemacht (Baumwollindustrie); jedoch stand hinter ihnen die Zwangsmöglichkeit der Kriegsgesetze. In der Ablehnung des Zwangsschiedsgerichts und der Möglichkeit des Streiks liegt ein Nachgeben gegen die alte Gewerkschaftsstellung,

---

30) Daily Telegraph vom 25. 10. 17.

aber gleichzeitig eine Durchbrechung des Grundsatzes der Organisation, der indes auf der anderen Seite auch nicht konsequent durchgeführt werden zu können scheint. Das Schwergewicht liegt nämlich auf der beratenden Stellung der Ausschüsse. Und wenn auch die Regierung hervorhebt, »daß die Gewerberäte als amtliche dauernde Beiräte der Regierung in allen künftigen die Industrie betreffenden Fragen anerkannt und ein dauernder und entscheidender Teil des ökonomischen Lebens des Landes sein sollen«, so liegt darin vorläufig eine Uebertreibung. Das Gewicht, das die Regierung namentlich auf die oberste Stelle, das »Joint Standing Industrial Council« legt, deutet darauf hin, daß es sich im wesentlichen um Funktionen einer gemischten Unternehmer- und Arbeiterkammer handelt; dagegen ist die Frage, ob wirtschaftliche Einzelbefugnisse den Werksausschüssen zugeteilt werden sollen — hier muß der Schwerpunkt einer neuen Wirtschaftsorganisation liegen, in der Exekutive und nicht im Beratungskörper —, durchaus noch nicht geklärt. So kommt auch in dieser neuen Organisation der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, wenn auch verschleiert, zum Ausdruck, und der Kritiker des »Daily Telegraph« hat Recht, wenn er meint, daß ein solcher Mechanismus nicht alles sein, sondern nur helfen kann, Gegensätze zu überbrücken, wenn die psychologische Natur solcher Gegensätze eine Ueberbrückung möglich macht.

Was sonst aus dem Inhalt des Berichtes bekannt wurde, schließt sich den vielen, im Vorhergehenden hin und wieder genannten Absichten auf Erhöhung der Arbeitsleistung, Lohnfestsetzung, Gewinnbeteiligung, Ausbildung, Sicherung des Urheberrechts der Arbeiter usw. an.

Außer dem »Ausschuß für den Wiederaufbau« haben sich naturgemäß Unternehmer-Vereinigungen und Gewerkschaften mit diesen Fragen befaßt. So trat Anfang Oktober ein Ausschuß von Unternehmern, Vertretern von Unternehmer-Vereinigungen, Professoren und Herausgebern von Fachzeitschriften mit einem Manifest an die Oeffentlichkeit, das er als den »Oelzweig für die Arbeiterschaft« bezeichnet. In ihm wurde die Errichtung einer nationalen gewerblichen Organisation nach den Richtlinien des »Whitley Reports« gefordert. Die Angehörigen jeder Industrie, Unternehmer und Arbeiter, können Mitglieder einer Berufsorganisation sein; diese sollen Listen für die Wahlen aufstellen, in denen auf Grund eines »wirklichen Repräsentativsystems«

Vertreter gewählt werden. Die Vertreter der Unternehmer-Vereinigungen und der Gewerkschaften, ergänzt durch einen Vorsitzenden, den die Regierung vorschlägt, bilden das »Trade Council«. Die Vorsitzenden aller Trade Councils sind in einem besonderen Beirat vereinigt, der sich aus Sonderausschüssen für Ausfuhr und Zölle, Experimentaltechnik und gewerbliche Erziehung usw. zusammensetzt. An der Spitze der ganzen Organisation steht eine Regierungsstelle mit den Befugnissen eines Ministeriums. Es wird vorgeschlagen, dieser Organisation einen Teil der wirtschaftspolitischen Tätigkeit der Regierung zu übertragen; man denkt bei den Fragen der Erzeugung, der Arbeitsmethoden, der Löhne, der Gewinnrate und damit der Preise vor allen Dingen an die politischen Aufgaben der Uebergangswirtschaft. Diese Einzelaufgaben sollen, wenn nötig unter Mithilfe des Beirats, von den Trade Councils bearbeitet werden. Stärker als in dem »Whitley Report« tritt der nationale Charakter der Organisation gegenüber dem lokalen hervor. Andererseits sind die Befugnisse dieser »Trade Councils« wesentlich umfangreicher gedacht als die der »Whitley Ausschüsse«. Während es sich dort um industriepolitische Aufgaben im engeren Sinn handelt, liegen hier Fragen vor, deren Lösung nicht nur den Unternehmer und den Arbeiter angehen, sondern für die ganze Volkswirtschaft unmittelbar wichtig sind. Es ist daher durchaus begreiflich, wenn in einer Zeitung als Gegengewicht gegen die esoterische Behandlung dieser allgemeinen Fragen die Berücksichtigung des Verbrauchers verlangt wird, die der Staat bei einer Regelung im Sinne des Manifestes in erheblichem Umfang aus der Hand gebe. In dem Ausbau der Berufsorganisationen zu ständigen Wahlkörpern stecken unzweifelhaft Ansätze zu einer berufsständischen Organisation der Volkswirtschaft, die sich aus dem Stand der politischen Entwicklung mit Notwendigkeit ergibt. Klar spricht sich das Manifest hier nicht aus; nach ihm k a n n jeder Mitglied einer solchen Berufsorganisation sein, während in der organisierten Volkswirtschaft die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation obligatorisch sein muß.

Daneben genügt es, die von der Regierung unterstützte (s. o.) »Federation of British Industries« hervorzuheben, die sich auch die »Verbesserung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit« zum Ziel gemacht hat. Sie sucht auch die Arbeitervereinigungen, Angestelltenverbände usw. als corporative Mit-

glieder heranzuziehen und kann wohl, wenn sie wirklich beide Teile umfaßt, als paritätischer Zentralausschuß dienen, der die Regierung in zentralen Fragen der sozialen Gesetzgebung berät, und der ja in dem Aufbau der Industrial Councils noch nicht vorgesehen ist. Man erwartet gerade von ihr, daß sie die Unternehmer zur Gewährung wirtschaftlicher Kompensationen für die Aufgabe der gewerkschaftlichen Freiheiten veranlassen kann; ein Druck, der sich bei jeder Einschränkung des Streikrechts als notwendig erweisen wird.

Unter diesen Verhältnissen gewinnen die gewöhnlichen sozialpolitischen Aufgaben des modernen Staates ihr besonderes Gewicht. Die Sicherung des Realeinkommens ist unter den wirtschaftlichen Veränderungen des Krieges doppelt notwendig. Die Regierung hat bereits anerkannt, indem sie die hohen Kriegslöhne beibehalten sehen will (Arbeitsminister Hodge) [30a]. Wie für die Landwirtschaft denkt man auch an Mindestlohnsätze der Industrie. Man will der Arbeiterschaft den Lebensunterhalt durch Höchstpreise ihrer Gebrauchswaren und durch eine großzügige Wohnungsfürsorge, über die aber auch in England Einzelheiten noch nicht bekannt zu sein scheinen, sichern.

Noch stärker als bei anderen Problemen des Wiederaufbaus ist hier namentlich der sachliche Zusammenhang der Einzelfragen zu erkennen. Man steht vor der Notwendigkeit einer Neuordnung und die Unsicherheit der sozialpolitischen Zukunft setzt sich in vielen sozialpolitischen Einzelaufgaben durch, ohne daß es bis jetzt möglich gewesen wäre, eine grundsätzliche und systematische Lösung für sie zu finden. Diese wird darin bestehen, sowohl Unternehmer als Arbeiter von der wirtschaftlichen Notwendigkeit der neuen Organisation zu überzeugen. Vorläufig sind, außer in den zuletzt berührten Aufgaben einer »hergebrachten« Sozialpolitik, nur formale Lösungen erreicht. Die Schwierigkeiten werden dann beginnen, wenn bei der materialen Lösung die Gegensätze aufeinandertreffen, die nicht durch theoretische Einsicht, sondern durch das wirtschaftliche Interesse der Beteiligten oder den über ihnen stehenden Staat aufgehoben werden. Wie sich die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern

---

[30a]) Es ist natürlich mehr als fraglich, ob dieser ausgesprochene Ressortstandpunkt sich gegenüber den Grundsätzen einer einheitlichen Wirtschaftspolitik, die doch gleichzeitig an Höchstpreise denkt, wird aufrecht halten lassen.

tatsächlich lösen lassen, hängt von den Machtverhältnissen ab, die bei Kriegsschluß zwischen den beiden Parteien bestehen, und von der Macht der Regierung, möglicherweise beiden Gegnern einen Frieden aufzuzwingen.

(In einem Parlamentsbericht findet sich die Bemerkung, daß auch für die Behandlung der Angelegenheiten feindlicher Ausländer ein Unterausschuß eingesetzt ist. Es läßt sich aus ihr nicht ersehen, ob er sich mit der produktionspolitischen Frage feindlicher Unternehmungen oder mit der sozialpolitischen der Beschäftigung feindlicher Untertanen zu befassen hat. Daß auch diese letzte Frage eine gewisse Aktualität besitzt, geht daraus hervor, daß die Regierung es kürzlich abgelehnt hat, sich im Augenblick mit ihr zu beschäftigen. Ein weiterer Unterausschuß ist zur Regelung der Frauenarbeit, also wohl in erster Linie der Rückführung der jetzt in der Industrie tätigen Frauen in ihr angemessenere Berufe eingesetzt worden; Materialien oder Richtlinien über seine Arbeiten liegen noch nicht vor.)

VII.

Das Ministerium für den Wiederaufbau.

Die Darstellung hat ergeben, daß eine Reihe von Aufgaben der Uebergangswirtschaft in den Arbeitsbereich des »Reconstruction Committee« fielen, daß aber sämtliche Fragen, die mit der Kriegswirtschaft unmittelbar zusammenhängen, zunächst seiner Zuständigkeit entzogen waren. Aus verschiedenen Nachrichten zeigte sich weiterhin, daß die Behörden der Kriegswirtschaft sich auch über ihre jetzigen Aufgaben hinaus ebenfalls mit der Uebergangswirtschaft befassen. Das Board of Trade (vgl. Kohlenbergbau) und das Munitionsministerium haben in ihrem Amtsbereich »Departmental Committees« ernannt, die für die Uebergangswirtschaft sorgen sollen; ebenso hat anscheinend das Kabinett verschiedene Ausschüsse eingesetzt, die sich hauptsächlich mit Fragen der Reichswirtschaft im allgemeinen, aber damit wohl gleichzeitig mit einigen Fragen der Ueberleitung beschäftigen sollen. So boten schließlich die Vorbereitungen der Uebergangswirtschaft das Bild völliger Zusammenhangslosigkeit. Zunächst ergab sich daraus das Erfordernis, daß man sämtliche Vorbereitungsarbeiten an einer Stelle zusammenzog und daß man dieser Stelle die Möglichkeit gab, die überstarken Bestrebungen einzelner Ressorts zurückzudrängen. Zu diesem Zweck brachte die

Regierung im Sommer 1917 einen Gesetzentwurf auf Schaffung eines »Ministry of Reconstruction« ein. In der Begründung hob sie hervor, daß das neue Ministerium einmal das Cabinet bei wirtschaftspolitischen Beschlüssen beraten sollte, und zum anderen bei den einzelnen Ministerien auf die Rücksicht anderen Spezialressorts und der allgemeinen Volkswirtschaft gegenüber zu drängen haben würde; daneben werde es die Möglichkeit haben, bei der experimentellen Vorbereitung, bei Fragen der Rohstoffgewinnung, Verarbeitung, Produktionsmethoden usw. selbständig vorzugehen. Der Weg, den es für diese Zwecke einzuschlagen habe, bestehe darin, daß es nach dem Vorbild des »Reconstruction Committee« Ausschüsse ernennen, oder bestehende Ausschüsse übernehmen und sich von ihnen Bericht erstatten lassen könne. (Es ist anzunehmen, daß sich diese Befugnis sowohl auf die bereits eingerichteten Ausschüsse des »Reconstruction Committee« als auch auf die mannigfachen »Departmental Committees« erstreckt.) Das Ministerium sollte dem früheren Munitionsminister Dr. Addison[31]) unterstehen, der im Augenblick seiner Ernennung Minister ohne Portefeuille war; außerdem sollte es einen Stab von Beamten erhalten, damit es seine Arbeiten in viel größerem Umfang und viel nachdrücklicher unternehmen könne als bisher.

Die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Vorbereitungsarbeiten wurde in Parlament[32]) und Oeffentlichkeit eingesehen. Die Regierung erklärte, die Befugnisse des neuen Ministers seien in der Hauptsache beratender Art (mainly advisory). Damit ist gesagt, daß die wenigen ihm verliehenen Exekutiv-Befugnisse sich auf die Einholung von Auskünften und auf Kompetenz-Entscheidungen erstrecken. (Die Notwendigkeit, Materien, die mehreren Ministerien gemeinsam sind, dem meist geeigneten Fachministerium zuzuweisen, ergibt die Mindestbegründung für die Errichtung dieser neuen Zentralbehörde.) Das Parlament glaubte jedoch nicht an die Endgültigkeit dieser Lösung der Kompetenz-

[31]) Die konservative »Morning Post« (25. 7. 17) wendet sich gegen die Ernennung Addisons, nicht etwa weil sie gegen die Organisierung der Wirtschaft im allgemeinen ist, sondern weil sie glaubt, von diesem »letzten Freihändler«, der sich jedoch in der Kriegswirtschaft als Organisator bewährt hatte, eine restlose Erfüllung der Pläne für den Wirtschaftskrieg nicht erwarten zu können. Man sieht also, daß für diesen Teil der Interessenten an einer organisierten Wirtschaft das Bedürfnis nach imperialistischer Ausdehnung die materielle Grundlage ihrer Motive ist.

[32]) Parlamentsberichte der Morning Post vom 28. 7., 3., 4., 9. und 16. 8. 17.

frage und begnügte sich dann auch nicht mit der Zusicherung der Regierung. Man hatte mit solchen »Machinery Bills« die Erfahrung gemacht, daß sie durch Cabinetsverordnungen recht merkwürdige Inhalte bekamen; so wurden die tief einschneidenden Bestimmungen über Produktionskontrolle und die mit ihr zusammenhängenden Eingriffe in die Produktion lediglich »auf Grund des erklärten Kriegszustandes« möglich. Auch die Uebernahme bloß informatorischer Tätigkeit bedingt ein Eingreifen in den Bereich anderer Ministerien und genügte, da es lediglich auf Grund einer Cabinetsorder geschehen konnte, um die Furcht wachzurufen, daß das Ministerium sich Einmischungen in die Geschäfte sämtlicher Fachministerien herausnehmen würde. Diese mehr technischen Bedenken waren aber ebenso wenig für die Stellung des Parlaments zum Gesetz maßgebend wie die über Gebühr in den Vordergrund geschobenen finanziellen Argumente gegen die Errichtung eines neuen Ministeriums. Der Hauptgrund für die letzten Endes ungünstige Aufnahme im Parlament war die Unklarheit über die Wirtschaftspolitik der Regierung nach dem Krieg. Die Regierung hatte in einer Reihe von Kundgebungen zu erkennen gegeben, daß sie grundlegende Aenderungen des Wirtschaftssystems plane, daß für sie die Kriegswirtschaft keine Episode sei, und die Gegner der organisierten Wirtschaft hatten in der Kommissionsberatung vergebens genauere Aufschlüsse zu erhalten gesucht. Der Widerstand gegen das Gesetz verdichtete sich in der Kommissionsberatung zu dem Antrag, daß die »Fragen der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftspolitik«, zu denen sogar noch die Fragen der gewerblichen Erziehung gefügt wurden, aus der Tätigkeit des neuen Ministers ausgeschlossen bleiben sollten. Dieser Antrag wurde trotz des Widerspruchs der Regierung angenommen. Außerdem behielt sich das Unterhaus in der dritten Lesung die Kontrolle über die Vorschläge des Ministers an die einzelnen Departments oder das Cabinet vor und verlangte, unter Zustimmung der Regierung, einen jährlichen Bericht. Eine zeitliche Begrenzung der Tätigkeit des Ministers auf 2 Jahre, die beantragt war, wurde auf die Erklärung der Regierung, daß sie selbst diese Behörde als vorübergehend ansehe, nicht vorgenommen. Im Oberhaus begegnete das Gesetz einer durchaus ähnlichen Kritik, in der noch stärkere Einflußnahme des Parlaments auf die Anwendung des Gesetzes gefordert wurde.

In der Gestalt, die das Gesetz nach der Verabschiedung im Oberhaus hat, sind dem neuen Minister formell die wichtigsten Wirkungsmöglichkeiten entzogen worden. Trotzdem bestehen sie tatsächlich weiter. Denn über dem Minister für den Wiederaufbau steht die leitende Exekutivperson des Königreichs, und dadurch, daß er, ohne dem Cabinet selbst anzugehören, in einem engen persönlichen Verhältnis zum Premierminister steht — er wäre sicherlich nicht zum Minister gemacht worden, wenn nicht Lloyd George der weitesten Uebereinstimmung mit ihm sicher wäre —, steht es diesem durchaus frei, innerhalb des Cabinets und dann in den vom Cabinet aus zu lenkenden Fachministerien auf die Anwendung der durch systematische Arbeit gewonnenen grundlegenden Gedanken hinzuarbeiten. Falls noch während des Krieges, oder unmittelbar nach ihm, die längst vorbereitete Entscheidung für den Schutzzoll fällt, so wird die Mitwirkung des Ministers für den Wiederaufbau bei den Arbeiten auf den verschiedensten Gebieten der Produktion gar nicht zu umgehen sein. Ueber den Fortbestand des alten »Reconstruction Committee« ist in dem Gesetz nichts bestimmt. Es ist anzunehmen, daß es die Stelle eines Beirates für das neue Ministerium beibehalten wird, der bei verschiedenen im Krieg neu eingerichteten Ministerien eingesetzt wurde; die weitgesteckten Ziele seiner Arbeit bieten immerhin einige Gewähr dafür, das auch das Ministerium seinen Entscheidungen in Spezialfällen allgemeinere Gesichtspunkte des Wiederaufbaus zugrunde legt.

So bildet sich aus der wirtschaftlichen Wirklichkeit selbst dadurch, daß der Premierminister hinter dem »Reconstruction Minister« steht, die zentrale Exekutivbehörde aus. In demselben Maße, wie während des Krieges die Wiederherstellung des alten Zustandes schwierig wurde, gewann das alte »Reconstruction Committee« an Bedeutung. Wenn der Ausgang des Krieges die wirtschaftliche und politische Unmöglichkeit einer Rückkehr zur ungebundenen Wirtschaft unmittelbar oder mittelbar, d. h. mit Rücksicht auf die Aufgaben der Zukunft, nachweist, wird sich das »Ministerium für den Wiederaufbau« ohne Schwierigkeit als der wirkliche Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik darstellen. In der Geschichte der englischen Verwaltung wäre es nicht das erste Mal, daß Zentralbehörden aus beratenden zu vollziehenden Organen geworden sind; es braucht nur auf den zunehmenden Einfluß der Zentralregierung auf die Kommunalverwaltungen

verwiesen zu werden, der wiederum ein Symptom für das Zusammenwachsen des organischen Staates ist. Daß die Dinge heute noch nicht reif sind, spricht sich darin aus, daß die Regierung dem Parlament den Widerstand gegen die Zentralisierung ruhig gestatten kann. Sie hat die starke Reserve in der zentralen exekutiven Stelle, die sich der Neuordnung mühelos anpassen wird, wenn sich die Regierung auf die Pläne zur Neuordnung festlegen will. Sie kann das erst im einzelnen, wenn der Ausgang des Krieges feststeht. So viel kann heute schon gesagt werden: Die Notwendigkeit einer Neuorganisation, sei es aus national-imperialistischen, sei es aus sozial-inner-politischen Gründen, hat die Regierung erkannt, und die Vorbereitungen, aus dieser Erkenntnis die tatsächlichen Folgerungen zu ziehen, werden langsam, aber mit Aussicht auf Erfolg getroffen. —

Das Material, auf Grund dessen im Vorstehenden ein erster vorläufiger Bericht erstattet wird, ist dürftig. Er wurde trotzdem nicht hinausgeschoben, weil es im Zeitpunkt konstruktiver Umgestaltung der englischen Volkswirtschaft mehr darauf ankommt, die Grundlinien der neuen Entwicklung zu zeichnen als eine unter allen Umständen fragwürdige Vollständigkeit des Materials anzustreben. Die Arbeit wurde Anfang Januar 1918 abgeschlossen.

Zeitgemäße Wandlungen der sozialistischen Idee und Theorie.

Von

EMIL LEDERER.

Karl Renner, Marxismus, Krieg und Internationale. Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus in und nach dem Weltkriege. Stuttgart 1917. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Paul Lensch, Drei Jahre Weltrevolution. Berlin 1917. S. Fischer. 220 S.

Johann Plenge, Die Revolutionierung der Revolutionäre. Leipzig 1918, Der Neue Geist-Verlag. 184 S. M. 3.60.

Das glänzend geschriebene Buch Renners wird vielleicht Epoche machen; es ist der Versuch zu einer großen Selbstbesinnung, ein »Arbeitsprogramm für Marxisten«, wie der Autor mehrfach sagt. Denn alles erscheint ihm problematisch: die Entwicklung vor dem Kriege, sowohl in ihrem ökonomischen Tatbestand, wie in ihrem staatlichen Gewand, die politische Konstellation ebenso wie die staatliche Gesetzgebung und die staatlichen Einrichtungen. Ueberflüssig zu sagen, daß der Krieg selbst, die von ihm gesetzten Tatsachen, sowohl die ökonomischen wie die politischen zu noch stärkerer Revision der Grundanschauungen anregen. Man kann ohne Uebertreibung sagen: Hier haben wir einen klassischen, an Radikalismus nicht zu überbietenden Repräsentanten der großen Umsturzbewegung im Marxismus; diese hat nicht erst im Kriege eingesetzt, aber sie hat im Kriege zusehends an Boden gewonnen. Das Buch Renners ist als der vorerst letzte und schärfste Ausdruck dieser Bewegung anzusprechen. Es ist aus der »leidenschaftlichen Empfindung

des geistigen Wirrsals geschrieben, in das die Arbeiterschaft der Welt durch den Krieg verstrickt worden ist, und aus der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß ihr einzig und allein marxistische Forschung Abhilfe schaffen kann«. (Vorwort.) Mit seinen glänzenden Formulierungen wird es wahrscheinlich bei zahlreichen Lesern etwas wie eine neue Orientierung vorbereiten. Daß es Schule macht und zu wirken beginnt, zeigen die Verhandlungen des letzten deutschen Parteitages: die Beschlüsse auf Revision des Parteiprogramms, die oft leidenschaftliche Selbstbeschuldigung, die Weiterbildung der Theorie versäumt zu haben, mehr noch aber bei allem politischen Wortradikalismus die Zuflucht zur »Realpolitik«. Alle diese markanten Erscheinungen der letzten Parteitagsdiskussionen sind gewiß nicht durch Renners Buch ausgelöst, aber sie erhalten in ihm ihre Ideologie, sie erhalten in ihm ihre schlagwortartigen Formulierungen, die, von Mund zu Mund weitergegeben, sich allmählich in das Bewußtsein einhämmern und dieses selbst in seiner Beziehung zu den Realitäten der Welt umformen können.

Das Buch hat also hohe Qualitäten; es hat Linie und ist von einem starken konstruktiven Talent konzipiert. Allerdings: diese Konstruktion hält nicht das ganze Buch hindurch. Am straffsten aufgebaut ist der erste Teil, der Abschnitt über die neue Gesellschaft (S. 1—127), welcher eingehender betrachtet werden soll. Die letzten Abschnitte des Buches entstammen offenbar einem weitaus späteren Zeitpunkt. Mit der Diskussion des ersten Abschnitts ist bereits eine Basis zur Beurteilung des ganzen Buches gegeben, um so mehr, als dieser Teil die Grundlage der weiteren Ausführungen bildet, soweit sich diese auf das Verhalten der sozialistischen Partei zum Staate beziehen.

Ohne mich in das einzelne der Gedankengänge zu verlieren, sei vorangeschickt, daß Renner die Forderung nach einer neuen Gesamttheorie, wenngleich nicht in diesen Worten, so doch der Sache nach erhebt (S. 5). Und er hat zweifelsohne recht damit, daß die ökonomische Theorie bei Marx viele neuartige Erscheinungen der Wirtschaft nicht hinreichend erklärt bzw. nicht imstande ist, diese neuartigen Erscheinungen als Sonderfall im Gesamtbild der Theorie zu begreifen. Das gilt insbesondere für jede Art des Monopols. Insofern nun, als monopolistische Bildungen die Volkswirtschaft immer mehr durchsetzen und schließlich die staatliche

Regulierung der Wirtschaft im Kriege gleichfalls eine Aufhebung der freien Konkurrenz im weitesten Umfang ist, gerät jede Arbeitswertlehre in Schwierigkeiten, da sie mit ihren Mitteln die Grenzen des Monopolpreises zu fixieren nicht in der Lage ist. Aus der richtigen Erkenntnis für die Grenzen der Leistungsfähigkeit einer Arbeitswerttheorie hat darum Ricardo sein Austauschgesetz in seiner Geltung ausdrücklich auf Warenproduktion (im Sinne beliebig reproduzierbarer Güter) eingeschränkt. Diese Einschränkung muß auch der Marxistischen Werttheorie gegenüber stets gemacht werden, da sie keinen Schlüssel zur Erklärung des Preises von Seltenheitsgütern (und das sind alle im Monopol stehenden Waren) besitzt. Wenn daher Renner meint — und darin ist er zurückhaltender als in der Revision der politischen Theorien —, daß das Wertgesetz auch in einer von Monopolen und staatlicher Bewirtschaftung durchsetzten Wirtschaft »in letzter Linie« gelte (S. 18), so sucht man begierig, aber leider vergebens nach der näheren Ausführung dieses Gedankens, die sich nirgends findet, und der auch die weiteren Darlegungen des Buches widersprechen: es wird die theoretische Grundlage problematisch gemacht, aber kein Weg gezeigt, auf dem die Lösung liegen könnte. Insbesondere fehlt jeder Hinweis auf die »bürgerliche« Theorie, welche ja in sattsam bekannter Weise — vom Gedanken des Nutzens ausgehend — erfolgreich an die Lösung der Probleme herangehen kann, welche die »durchstaatlichte« Wirtschaft bietet.

Diese »durchstaatlichte« Wirtschaft ist einer der Grundbegriffe Renners. Er erblickt ihren Anfang bereits in der Zollgesetzgebung seit 1878, und in der sozialpolitischen Gesetzgebung (welche fälschlicherweise als Rückfall in vorliberale Methoden aufgefaßt worden sei), er schildert die Organisationen der Privaten, ihre Koalitionen und Assoziationen, die Nationalisierung des Kapitals durch das Finanzkapital und die Hineinziehung des Staates in die Interessensphäre dieses Finanzkapitals. Der Krieg aber brachte als Steigerung dieser ganzen Entwicklungslinie die staatswirtschaftliche Epoche: der Staat wird Träger der Wirtschaft in größtem Umfang, der Privatkapitalismus verwandelt sich in Staatskapitalismus. Die Oekonomie wird so immer mehr wieder in die Sphäre des Staates hineingezogen. Offensichtlich müßte nun das Problem sein: wieweit wird man angesichts dieser Veränderungen noch von Waren-

produktion sprechen können, und inwieweit gelten noch deren Gesetze? Eine Frage, welche aber, wie angedeutet, nicht einmal gestellt wird, da vorausgesetzt wird, daß das Wertgesetz »in letzter Linie« gilt. Gerade da, wo die Entwicklung am meisten problematisch geworden ist, findet es Renner bedauerlicherweise nicht für notwendig, auf die ausgedehnte Kontroverse der theoretischen Literatur über das Problem »Macht oder ökonomisches Gesetz« hinzuweisen, trotzdem es geradezu im Mittelpunkt der theoretischen Diskussion der letzten Jahre stand. Ich glaube, daß dieses Problem des Monopolpreises, daß das Bild einer von Monopolen durchsetzten Wirtschaft allerdings aus dem Prinzip des Arbeitswertes heraus nicht erschlossen werden kann. Auch Hilferding in seinem Finanzkapital (S. 220, insbes. S. 285 ff.) sieht das Problem, ohne es mit den Mitteln der objektiven Wertlehre lösen zu können. Es ist bedauerlich, daß Renner trotzdem vorwegnimmt, das Wertgesetz gelte »in letzter Linie«. Hat er das Recht, den »Dogmatismus« zu verurteilen? Dieser Punkt ist nicht etwa nebensächlich, sondern, wie sich zeigen wird, ganz entscheidend für den Standpunkt, den auch Renner zu anderen, bedeutsamen Problemen einnimmt. —

Das Buch Renners ist ein »Arbeitsprogramm für Marxisten«. Also jedenfalls auch und sogar in erster Linie eine Revision der theoretischen Fragestellung. Ist es richtig, müßte also die Frage lauten, daß der Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft eine ungeheuere Warensammlung ist? Ist es richtig, von der Ware als dem grundlegenden ökonomischen Begriff auszugehen? Was sich auch ausdrücken läßt: ist es richtig, vom Markt auszugehen? Wenn nicht, wovon müssen wir ausgehen? Ist der Begriff der Ware und des Marktes heute nicht mehr brauchbar, was tritt an ihre Stelle? Ist die kapitalistische Wirtschaft bloß gestört? Welches ist denn die Tragweite dieser »Störungen«, oder haben wir es mit einem neuen Wirtschaftscharakter zu tun, der zu seiner wissenschaftlichen Verarbeitung anderer theoretischer Begriffe bedarf? und so fort. Renner glaubt offenbar das letztere, womit allerdings die Feststellung, daß das Wertgesetz »in lezter Linie« noch gelte, im Widerspruch steht. Denn Renner zeichnet uns ein Bild der »neuen Gesellschaft«, in welcher die Durchstaatlichung der Wirtschaft als das Hauptphänomen mit größter Darstellungskraft in den Mittelpunkt gerückt wird.

In dieser Darstellung erfolgt, wie das nicht anders möglich, eine Stilisierung der Wirklichkeit, aber nicht derart, daß sie von der ökonomischen Theorie verarbeitet werden könnte. Vom Marxistischen Standpunkt und von der Marxischen Methode aus, deren Anwendung Renner fordert, nimmt er an, daß sie ein neues Gebilde sei, dessen Verarbeitung andere Begriffe erfordert. Seine Umformung des »Erfahrungsobjekts«, das er zu sehen glaubt, zum Erkenntnisobjekt geht in erster Linie auf den soziologischen I n h a l t , nicht aber auf die F o r m des ökonomischen Prozesses, die er aber doch offenbar auch schon als geändert annimmt. Dies geht soweit, daß er schon dort eine grundlegende Wandlung der Form des ökonomischen Prozesses annimmt, daß er in konstruktiver Leidenschaft dort neue Typologien entwirft, wo man mit dem alten Handwerkszeug an Begriffen ganz gut auskommen kann. Das zeigt sich besonders kraß in seinen Erörterungen über das Wirtschaftsgebiet [1]), wo er all das, was jeder Theoretiker als Daten kennt, als Hindernis für die Anwendbarkeit der alten theoretischen Begriffe ansieht. Daß die Wirtschaft aus der Sphäre des Staates (Gesetzgebung, Zollpolitik) Einwirkungen erfährt, die sich in der Ergiebigkeit der nationalen Produktion zeigen und auch auf die Verteilung des Nationalprodukts wirken, ist selbstverständlich jedem Theoretiker bekannt; für die theoretische Betrachtung aber sind all diese Einwirkungen »Störungen« (einem so genauen Kenner der Literatur gegenüber wie Renner wäre

[1]) Die ökonomische Wissenschaft hat bisher allerdings ausdrücklich vom Wirtschaftsgebiet nicht gehandelt. Aber darum ist es irrig, zu behaupten, sie habe mit der Tatsache eines abgegrenzten, in seinem Wirtschaftsleben auf ein Zentrum hin organisierten, nach außen hin wenig oder nur schwer kommunizierenden Gebiets nicht gerechnet. Schon Ricardo nimmt an, daß selbst bei freiem Handel nur Waren, aber nicht Kapitalien von Land zu Land wandern und die Konstruktion Thünens geht noch weiter. Ja, geradezu n i r g e n d s ist die Weltwirtschaft als eine R e a l i t ä t behauptet worden. Im Gegenteil ist das Objekt immer die »Volkswirtschaft«, als deren Grundlage stets der Raum einer territorial abgegrenzten staatlichen Einheit verstanden wird. Wenn sich nun die Markt- und Verkehrswirtschaft des einen Wirtschaftsgebiets von den analogen Phänomenen eines andern Wirtschaftsgebiets scharf abheben, so spielen hierbei Größe, Bevölkerungsdichte, Naturschätze usw. natürlich für den I n h a l t der Wirtschaftstätigkeit eine große Rolle, aber sie sind unter dem allgemeinen Begriff der Daten zu fassen und nicht in ihrer Konkretheit in den ökonomischen Begriff einzubeziehen, wie es Renner offenbar vorschwebt. Zweifelsohne ist z. B. die Steuerverfassung, die Gesetzgebung usw. nicht unwesentlich für den Wirtschaftsprozeß, aber all diese Momente können von der Theorie, von der Gesamtanschauung des Wirtschaftslebens, als D a t e n eingestellt werden.

es beleidigend, besonders hervorzuheben, daß der Begriff der »Störung« nicht in sich schließe eine Parteinahme für einen »störungslosen« Verlauf der Wirtschaft; dieser Typus der reibungslos verlaufenden Wirtschaft ist vielmehr ausschließlich zu Erkenntniszwecken konstruiert). Sie sind als solche quantitativ erfaßbar, in ihren Weiterwirkungen gedanklich zu verfolgen. Jede Theorie tut das, auch die Marxistische. Daneben erörtert, und zwar auf einer Linie, Renner die Eigentümlichkeiten eines Wirtschaftsgebietes, die sich aus seiner Größe, seiner Bevölkerungsdichte usw. ergeben. Auch das ist der Theorie nichts Fremdes: es sind die Daten. Ueberflüssig, zu betonen, daß sie für den Grad der Arbeitsteilung, also auch der Ergiebigkeit von Einfluß sind, daß die Verkehrslage wichtig, daß die natürliche Fruchtbarkeit eines Landes ganz entscheidend für den Lebensinhalt. Allerdings — diese Tatsachen finden bei Renner. soweit sie Naturtatsachen sind, wenig Beachtung, da er das Wistschaftsgebiet juristisch und historisch zu charakterisieren die Tendenz hat. Es ist außerordentlich reizvoll, Renner zu folgen, wie er die bunte Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit vor unseren Blicken entrollt. Aber bis zur Frage: ist diese Wirklichkeit, also diese durchstaatlichte, diese in einem territorialen Gebiete einheitlich gegebene Wirtschaftsstruktur in einem ökonomischen Zentralbegriff erfaßbar? ist die Darstellung nicht gediehen. Das Wertgesetz, werden wir belehrt, gilt »in letzter Linie«. Ja, aber wenn es gilt, was kümmern uns dann diese Veränderungen für die Theorie der Wirtschaft? Wenn sie aber eine wesentliche Veränderung darstellen, kann es noch wirklich gelten? Es gibt immerhin zu denken, daß das Wort Wert nur nebenbei auftaucht, und daß eine Erörterung über den Wertbegriff sich in diesem »Studienprogramm für Marxisten« nirgends findet. Letzten Endes müßte Renner, wenn er konsequent bliebe, auf eine ökonomische Theorie verzichten: die Selbstorganisation und die staatliche Organisation der Wirtschaft heben die Eigenbewegung der Oekonomie auf; diese »regulierte Wirtschaft« ist dann lediglich beschreibbar. Die immer noch kapitalistische Wirtschaft wird dann nicht beherrscht von der Gesetzmäßigkeit, welche die Strenge und die Eigenart der ökonomischen Theorie besitzt; sondern es erscheint der Wirtschaftsprozeß lediglich als ein Zusammenhang, der nur in soziologischen Kategorien beschrieben werden kann.

Damit ist die spezifische Anschauungsform von Marx, nicht nur Einzelheiten ihres Inhalts, aufgegeben. Denn bei Marx ist die ökonomische Theorie mit der soziologischen Betrachtung auf das engste verknüpft. Die ökonomische Theorie Marx' ist zugleich eine Sozialtheorie, und die Sozialtheorie ohne ihren ökonomisch-theoretischen Unterbau unvollständig. Es ist das großartig-Einheitliche an der Marx'schen Konzeption, daß die theoretischen Begriffe nur der gedanklich letzte Ausdruck sozialer Kategorien sind (der Arbeitswert, die Ware = bürgerliche Gesellschaft; die notwendige Arbeit = Arbeitslohn = Proletariat; der Mehrwert = Profit = Kapitalistenklasse). Die soziale Bewegung wird zu einer Bewegung der ökonomischen Kategorien, die eben deswegen historische sind. Die nächstliegende Frage angesichts der Differenzierung der Gesellschaft, welche Renner mit Recht betont, und angesichts der Entfaltung einer Staatswirtschaft bzw. einer regulierten, aber vom Kapital regulierten Wirtschaft — die erste Frage, welche sich gegenüber dem organisierten Kapitalismus erhebt, müßte für einen Marxisten sein: wie steht es mit der gedanklichen Bewältigung dieser Tatsachen? Kann sich die Gesellschaftstheorie fortbilden ohne gleichzeitige Veränderung des ökonomisch-theoretischen Unterbaues? Genügen dessen Mittel noch, um den gesellschaftlichen Aufbau zu verstehen? Wir kommen wieder zu dem schon oben angedeuteten Problem, es erweist sich aber als weit fundamentaler: wird die Wertlehre problematisch, so steht damit nicht nur die ökonomische Theorie in Frage, sondern der Gesamtzusammenhang des Marxischen Systems. Es steht in Frage, ob es überhaupt möglich ist, eine Gesamttheorie im Sinne von Marx zu halten —, ob nicht (schon aus methodichen Gründen) eine Trennung von ökonomischer Theorie und soziologischer Theorie (im Sinne: Theorie der Gesellschaft) den Vorzug verdient.

Es würde zu weit führen, dieser Frage nachzugehen. Durchaus verschieden von ihr, aber ebenso an die Wurzel des Marxistischen Gedankenganges greifend, ist die weitere Wendung, welche Renner vollzieht: er wirft zwar nicht prinzipiell, aber tatsächlich die Frage auf, ob wir genötigt und berechtigt sind, durchgängig einen Zusammenhang zwischen ökonomischem Interesse und sozialer Bewegung anzunehmen. Das ist offenkundig etwas anderes als die Verknüpfung des ökonomischen

Begriffs mit der Selbstbewegung des sozialen Prozesses. Es betrifft die Frage nach den Triebkräften der sozialen Entwicklung. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn wir die Auffassung Renners dahin präzisieren, daß der Staat, wenngleich wider Willen, die Verwaltung im sozialen Sinn, also im Interesse der großen Masse, führen muß, derart also, daß die Oekonomie immer dem Interesse der Kapitalistenklasse dient, hingegen der Staat vorwiegend dem Proletariat. Damit wird die Formel, daß der Staat ein Werkzeug der herrschenden Klasse sei, abgelehnt, und eine Entwicklungslinie (jenseits der politischen Verfassung und jenseits des ökonomischen Kampfes) aufgezeigt, in welcher der Staat das neue, sozialistische Prinzip in der Entwicklung, sei es auch gegen seinen Willen realisiert, bevor noch das Proletariat die Macht hätte, aus eigener Kraft das Geringste zu erreichen. Es wird gewissermaßen eine sozial indifferente Staatsmaschine angenommen, welche aus ihrer Dynamik heraus in der Entwicklungsrichtung zum Sozialismus wirkt. Die kapitalistische Wirtschaft schafft dann nicht nur in der Fabrik durch die Entfaltung der Produktivkräfte und die Erziehung und Schulung der Arbeiterschaft usw. die Vorbedingungen für die sozialistische Aktion, sondern im kapitalistischen Staate wird nach Renner der Sozialismus schon »stückweise« realisiert.

Diese Auffassung ist prinzipiell außerordentlich wichtig. Wenn liberale oder konservative Sozialreformer (um das Widerspiel der Lehre zu nennen, welche Renner überwinden möchte) die Arbeiterversicherung und das ganze System der sozialen Reform begrüßen, weil dadurch die Standfestigkeit des kapitalistischen Systems, die Standfestigkeit der Marktwirtschaft erhöht wird, weil die inneren Widersprüche ausgeglichen, die Spannungen abgeleitet, und das Proletariat als Klasse am Gesamtergebnis der kapitalistischen Wirtschaft mit interessiert wird, so geht Renner darüber weit hinaus: ihm ist die soziale Reform schon ein Stück Sozialismus. Die Bedenken, welche sich gegen eine solche Stilisierung erheben, verwirft er offenbar, denn er erwähnt ihrer nicht einmal; er fragt nicht, welche Umformungen im Kapitalismus etwaige, durch soziale Reformen herbeigeführte Verschiebungen in der Verteilung des Sozialprodukts zur Folge haben, er erörtert nicht die Fernwirkungen der regulierenden Eingriffe, die sich dem Auge des Beobachters

entziehen und bloß durch die theoretische Betrachtung erschlossen werden können. Renner hat die stärksten Worte und Bilder für die Herrschaft des Finanzkapitals (im Anschluß an die Untersuchungen Hilferdings); aber er hat kein einziges Wort für die Untersuchung der Grenzen, welche den Eingriffen in die Wirtschaft durch deren eigene Mechanik gezogen sind. Ob alle soziale Reform auf die Dauer entscheidend vorwärts hilft — was vom sozialistischen Gesichtspunkt immerhin problematisch ist angesichts der Organisationstendenzen im Kapitalismus, angesichts der Möglichkeit, den Geldwert zu beeinflussen —, ob die Gewinnung einer neuen Etappe ein realer Erfolg oder eine Bewegung im Kreise, die einen an dieselbe Stelle zurückführt —, ob etwa die soziale Reform durch Stabilisierung der Wirtschaft, durch Milderung ihrer inneren Widersprüche einen dauernden Gesellschaftstypus vorbereitet, der ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Arbeiterinteressen sein könnte —, all das, was vom Standpunkt des Marxisten wenigstens ein Problem sein müßte, wenn man die Organisation in der Wirtschaft so stark betont, darnach wird bei Renner überhaupt nicht gefragt.

Das hängt offenkundig mit der Manière de voir zusammen, aus der das Buch geschrieben ist: es ist ein politisches, ein durchaus untheoretisches Buch geblieben. Denn genau so wenig als die Fernwirkungen solcher sozialpolitischer Eingriffe (und die Bedingungen ihrer Wirkungsmöglichkeit) untersucht werden, hat Renner Bedenken über die Grenzen der Wirkungsmöglichkeit gewerkschaftlicher Aktionen. Erledigt er doch die ganze, neuerdings wieder in Fluß gekommene und mit mehr Aussicht auf Erfolg geführte Diskussion über diese Frage, also über das Lohnfondsproblem mit dem erschütternd einfachen Satz: Die Gewerkschaften »können eine Kollektivperson bilden, den Preis künstlich festsetzen, und damit alle weiteren, rein naturgesetzlichen Folgen hervorrufen. Die Erfahrung jedes Gewerkschaftlers bejaht diese Frage« (S. 58) [1]. Schade nur, daß sich eine solche Frage aus der »Erfahrung« weder bejahen, noch verneinen läßt.

[1]) Hier wie überall läuft dann bei Renner der Irrtum mit, als ob sich der theoretische Oekonom für den von ihm analysierten Tatbestand einsetze, während er im Gegenteil erst durch die Aufzeigung der Gesetzmäßigkeit die Handhabe dafür bietet, ihn wirklich abzuändern und nicht bloß an ihm herumzupfuschen. Aber im Gesichtskreis von Renner spielen die »Tatsachen« eine so entscheidende Rolle, daß er vor ihrer Fülle nicht imstande ist, einen beherrschenden Standpunkt dazu zu finden.

Renner unterliegt dem Zauber, den die Wirklichkeit auf ihn ausübt; die großen Linien des ungeheueren Geschehens, in das wir gestellt sind, scheinen ihm offenbar auch für das Denken verpflichtend. Die »Notwendigkeit der Entwicklung« ist ihm so unentrinnbar, daß ihr gegenüber jeder Versuch verstummen muß, eine »eigene Linie« einzuzeichnen (Max Adler). Dieser Enthusiasmus, könnte man beinahe sagen, den konkreten Tatsachen gegenüber, dieses Vertrauen, den Traum von Generationen leidenschaftlicher, ungeduldiger Kämpfer erleben, ja realisieren zu können, macht auch vor den von Renner angedeuteten psychischen Wandlungen der Klassen nicht Halt; keinen Augenblick scheint es ihm möglich, daß in dieser psychischen Umformung des Proletariats (eingeleitet durch Sozialreform im weitesten Sinne des Wortes) auch vom sozialistischen Standpunkt gesehen eine Gefahr liegen könnte. KeinenMoment taucht die Erwägung auf, ob nicht der organisierte Kapitalismus mit seinem komplizierten Klassenaufbau (den Renner beschreibt) an Standfestigkeit gewinnen könnte, eine Standfestigkeit, welche durch die Tatsachen des Krieges zwar etwas erschüttert, aber durchaus nicht unmöglich gemacht wurde. Hierbei fällt auf, daß Renner an diesen Veränderungen gerade diejenigen beschreibt, welche vor dem Kriege an Bedeutung gewannen und den Ausgangspunkt für den Revisionismus bildeten — eben die Tendenzen zur Zersplitterung der Klassen und daher auch der Klasseninteressen — daß er dagegen die Rückbildung dieser Entwicklung imKriege, die Proletarisierung aller unselbständig Berufstätigen, die weitgehende Ausschaltung des Mittelstandes als soziale Kategorie nicht weiter betont; und doch bietet in dieser Hinsicht der Krieg mehr Argumente für eine Katastrophentheorie als für die Vertreter einer Harmonieauffassung. Ohne alle diese Gedanken bis zu Ende zu verfolgen: Jeder, der die Entwicklung des Sozialismus in den letzten Jahren kennt, weiß (und es wäre anmaßend, gegenüber Renner an diesen Gesichtspunkt zu erinnern, wenn er ihn nicht in seinem Buche gänzlich unberücksichtigt gelassen hätte), daß gerade diese Entwicklung den Enderfolg des Sozialismus problematisch macht —, und daß die Staatsgewalt in voller Erkenntnis der Sachlage, man könnte beinahe sagen »international« diese Stabilisierung des kapitalistischen Systems fördert. Ebenso steht andererseits — gerade vom Standpunkt der sozialistischen Methode — fest,

daß die Machterweiterung des Finanzkapitals ein Mitinteresse des Staates an der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet, nicht ein Auseinandergehen, sondern ein Zusammenarbeiten von Kapital und Staat. Renner aber erblickt in diesem »sozialen Stellungskrieg«, in diesem »Schützengraben«, der durch alle politischen, sozialen und ökonomischen Institutionen hindurchgeht, eine Garantie des Erfolges, der »Schritt für Schritt« erkämpft werden müsse [3]).

Letzten Endes erwächst diese Auffassung aus einer optimistischen Konstruktion der Entwicklung, und sie ist möglich auf der Basis einer untheoretischen, einer konstruktiven Betrachtung. Diese überstürzte Häufung neuer Tatsachen, wie sie der Krieg gebracht hat, gibt einen starken Anreiz für konstruktive Talente. Daß Karl Renner diese Begabung im höchsten Grade besitzt, ist überflüssig zu betonen. Er sieht mit schärferem Blick, als manche andere Marxisten, das Neue in der Struktur der Gesellschaft. Aber er hat es leider versäumt, zu fragen, was diese neuen Tatsachen im Bilde der bisherigen Wirtschaft bedeuten? Statt dessen konstruiert er sie zur Gänze um. Er läßt keinen Stein des alten Gedankengebäudes auf dem andern —, nur das alte Wappenschild der Arbeitswerttheorie übernimmt er. Aber sonst ist an dem Gebäude, um im Bilde zu bleiben, nichts unverändert geblieben: der Eingang ist verlegt, und was von den Werkleuten verworfen, ist Eckstein geworden. Das würde dazu führen, die Staatstheorie von Renner zu erörtern. Hier liegt wohl der stärkste Widerspruch zur Marxistischen Methode. Das soll jedoch an dieser Stelle nicht mehr geschehen. Nur angedeutet sei, daß nicht nur die ökonomische Theorie als Boden der ganzen Sozialtheorie tatsächlich verlassen ist, sondern daß wir es hier mit einem Staatsbegriff zu tun haben, an welchem die enragier-

[3]) Ich möchte dieses, für die Sozialwissenschaften neue Bild nicht in all seinen Konsequenzen ausbeuten; das wäre unbillig. Aber es muß angemerkt werden, worin dieses Bild irrt: es hat zur Voraussetzung, daß sich die ökonomischen Kämpfe auf festem Boden abspielen und im »Schützengraben« im Erfolg von Schritt zu Schritt entschieden werden können. Tatsächlich aber spielt sich der Kampf, wenn man im Bilde bleibt, ab in einer Landschaft, welche sich verschiebt. Kann sie sich nicht, wenn eine Partei Gelände gewinnt, vielleicht gerade in entgegengesetzter Richtung und in schnellerem Tempo bewegen? Da übrigens die Bilder, welche Renner gebraucht, sehr von der strategischen Lage abzuhängen scheinen, würde er jetzt vielleicht wieder mehr Vertrauen in eine »Offensive« setzen.

testen Vertreter der historischen Schule eine Freude hätten, und daß hier — scharf ausgedrückt — nahezu alle Errungenschaften preisgegeben sind, welche die Fragestellung von Marx für die Sozialwissenschaften so fruchtbar gemacht haben. — So ist die ganze Auffassung Renners mit einem seltsamen, ihm nicht ganz bewußten störenden Widerspruch behaftet: Indem die »Tatsachen« voraussetzungslos aufgebaut werden, werden die heuristischen Prinzipien, von welchen Marx immer ausging, verlassen; indem den »Dogmatikern« Fehde angesagt wird, ohne eine neue Theorie an die Stelle zu setzen, bleibt Renner nur ein Haufen empirischer Tatsachen in optimistischer Beleuchtung in der Hand. So kann man wohl sagen: der Mangel einer methodischen Fragestellung macht sich peinlich bemerkbar; das Prinzip ist ersetzt durch eine Stimmung, an Stelle eines Systems tritt die subjektive Auffassung. Es bleibt abzuwarten, ob nicht gerade die Vertreter des Standpunktes, welchen heute Renner einnimmt, eben weil er nur stimmungsmäßig fundiert ist, sehr bald wieder durch »Tatsachen« eines Besseren belehrt, in die gegenteilige Auffassung umschlagen werden. —

Die bisherigen Ausführungen haben sich — wenngleich mit Hinblick auf die nachfolgenden Partien — doch hauptsächlich mit dem ersten Teil »Die neue Gesellschaft« beschäftigt. Dem zweiten Teil »Der neue Staat« folgt ein dritter: »Neue Aufgaben des Sozialismus«. Es ist hier nicht möglich, diese Ausführungen im einzelnen zu verfolgen, ganz allgemein sei nur betont, daß sie nicht nur verschiedenen, weit auseinander liegenden Zeiträumen zu entstammen scheinen, sondern auch nicht aus einer sich gleichbleibenden Grundgesinnung und Stimmung gesprochen sind. Je mehr wir uns dem Ende des Buches nähern, desto stärker ist der Einfluß der russischen Revolution, desto mehr sieht Renner die Realität gewandelt, die Tendenz zum Machtstaat abgeschwächt, die international befriedete Staatengesellschaft im Entstehen. Diese letzten Partien können geradezu als Versuch einer Grundlegung zu einem Pazifismus bezeichnet werden. Ihnen gehen andere voraus, welche nicht nur auf einem andern Stimmungsuntergrunde geschrieben sind, sondern auch sachlich, politisch in eine andere Richtung deuten, wie ja Renner früher z. B. ein energischer Vertreter des Programms »Mitteleuropa« war, das hier außerordentlich stark zurücktritt. Der Hinweis auf diese Partien erfolgt hier deshalb, weil sich in ihnen

wiederum der bemerkenswerte Mangel der theoretischen Grundlage peinlich fühlbar macht: namentlich in der Beurteilung der imperialistischen Politik. Im Anschluß an Hilferding und Otto Bauer verweist Renner darauf, in wie überwiegendem Maße die Arbeiter durch die imperialistische Politik benachteiligt seien; denn dadurch werde die Nachfrage nach Arbeit im eigenen Lande (durch Auswanderung des Kapitals) vermindert und international auf dem Weltmarkt erfolge eine Herabdrückung des Wertes der Arbeitskraft durch die Mitkonkurrenz der niedrigstehenden Rassen mit geringen Lebensansprüchen. Von dieser Position aus ist die Arbeiterklasse — so auch der Standpunkt Renners — eine entschiedene Gegnerin der imperialistischen Politik. Betrachtet man die Interessen der Arbeiterklasse nun vorwiegend aus diesem ökonomischen Gesichtspunkte, so sind damit die Auffassungen Renners nicht ohne weiteres vereinbar: es ist dann Sieg oder Niederlage mit der Konsequenz einer territorialen Verschiebung erst daraufhin zu prüfen, welche Veränderungen sich daraus für den Arbeitsmarkt eines Landes ergeben — jedenfalls k a n n die Erwerbung eines wirtschaftlich niedriger stehenden Landes für die Arbeiterschaft des erobernden Landes wirtschaftlich nachteilig sein und umgekehrt —, während Renner augenscheinlich das Interesse der Arbeiterklasse am Sieg, bzw. an der Vermeidung der Niederlage an dieser Stelle (S. 329 ff.) als ganz unzweifelhaft ansieht. Der Krieg schafft — nach Renner — einen Notstand, in welchem es sich mit dem Interesse des Kapitals zugleich um das des Proletariats handelt. Es ist also hier wieder die Vorstellung einer wesentlichen ökonomischen Interessensolidarität zwischen Arbeit und Kapital gegeben.

Da nun aber Renner, wenn man seine Gedanken nicht überspannen will, den Notstand insoweit als gegeben erachten dürfte, als der feindliche Angriff nicht endgültig abgewehrt ist (auch wenn das eigene Land der Angreifer ist, ist es im Moment des Krieges doch angegriffen), und da er nicht die Niederlage, die Schädigung des Proletariats eines andern Landes wollen kann, weiterhin eine solche Schädigung bei Zerstörung oder Verkleinerung des Wirtschaftsgebietes offenbar annimmt, müßte er logischerweise zur F o r d e r u n g d e s s t a t u s q u o i m g r o ß e n g a n z e n gelangen, den er aber wiederum, da er die Verkörperung der reaktionärsten, widersinnigsten, gerade vom sozialistischen Standpunkt nicht zu rechtfertigenden

geschichtlichen Entwicklung ist, ablehnt. Hierin liegt darum m. E. eine wesentliche Inkonsequenz: Denn dieser status quo, so willkürlich und reaktionär er bei seiner Formung und in seiner Realisierung gewesen sein mag, hat inzwischen einen anderen Sinn bekommen! Die legitimistischen Staaten sind zu Wirtschaftsgebieten des Industriesystems geworden und als solche wirtschaftlich-politische Individuationen. Ihre Zerreißung und Neugruppierung würde nicht nur die aus legitimistischen Interessen geschaffenen politischen Machtpositionen, sondern auch die inzwischen in diesem Rahmen erwachsenen Wirtschaftskörper zerstören. Diese Zerstörung ist es ja gerade, welche den Ausgangspunkt der pazifistischen Argumentationen für die Schädlichkeit jeglicher Annexionspolitik, auch für das annektierende Land, bildet. Verschieden von Veränderungen dieser Art wäre dann — immer im Sinne von Renners eigener Argumentation! — die Beschneidung oder Veränderung der »Interessensphären« zu beurteilen, insofern als ja eine Drosselung der imperialistischen Politik die Wirtschaftskräfte des Landes auf das eigene Land lenken, die Lage auf dem Arbeitsmarkte günstiger gestalten müßte. — Renner kommt also in der Diskussion der politischen Lage, bei Erörterung der Pflicht im Falle eines Krieges, in Widerspruch mit seinem eigenen Ausgangspunkt. Das liegt daran, daß er die politische Sphäre weitgehend selbständig neben der ökonomischen behandelt (worin ich ihm sehr gut folgen könnte), ohne das jedoch prinzipiell und ausdrücklich zu tun. So macht sich auch hier der Mangel einer durchgehenden theoretischen Stellungnahme geltend: die Marxische Betrachtungsweise ist noch nicht verlassen, und eine neue Einstellung ist noch nicht gefunden. In diesem Sinne liegt hier tatsächlich ein Studienprogramm für Marxisten vor. Die Gefahr eines solchen geistvollen, und wie ja aus allem Gesagten auch hervorgehen sollte, anregenden Buches, welches schwierige Probleme aufwirft, liegt darin, daß es dazu verleitet, in seinen glänzenden Formulierungen bereits Lösungen zu sehen. So geschah es in den eingangs erwähnten Verhandlungen des letzten Parteitages der deutschen Sozialdemokratie. Solche Lösungen können aber dann — bei der Unausgeglichenheit der theoretischen Grundlagen, bei dem Schwanken der Standpunkte — lediglich in einer Wendung zur Realpolitik liegen. Und insofern wird das Buch wahrscheinlich alle die Tendenzen verstärken,

welche heute noch die Mehrheit der deutschen und österreichischen sozialistischen Parteien beherrschen[4]).

Auch die Schrift von Lensch, »Drei Jahre Weltrevolution«, soll, gleich der von Renner, »zunächst dem großen und bitteren Selbstverständigungsprozeß dienen, den der Krieg innerhalb der deutschen Sozialdemokratie notwendig gemacht hat«. Allerdings ist das Buch von ganz anderer Art als das Renners. Während Renner vom Boden der ökonomischen Tatsachen aufzubauen trachtet, uns das Bild der »neuen Gesellschaft« entrollt, ist das Buch von Lensch vorwiegend politisch und, wenn man so sagen kann, dogmatisch. Renner bemüht sich, den Standpunkt zu finden, welchen der Sozialist zu den neuen Tatsachen einnehmen muß, er ist von Zweifeln und Skrupeln geplagt, ob das Gedankengebäude des Sozialismus Raum biete für die neuen Tatsachen der Entwicklung, ob die Haltung der gegenwärtigen Vertreter sozialistischer Ideen eine Realisierung des sozialistischen Prinzips bedeutet — ihn peinigt also bei aller optimistischen und schließlich realpolitischen Grundstimmung im Grunde doch eine Frage an das Gewissen. Davon ist Lensch frei: Mit einer kühnen Begriffsverschlingung folgert er aus dem revolutionären Charakter des Kapitalismus (was doch nur soviel bedeuten kann, daß der Kapitalismus die inneren Widersprüche bis zur revolutionären Situation steigert und dadurch die Vorbedingungen für eine Revolution schafft), aus der »unerhörten revolutionären Energie des Kapitalismus«, daß die höchste Emanation des Weltkapitalismus: der Weltkrieg: »zugleich eine Revolution ist, die Revolution, die größte Revolution, die es seit der Völkerwanderung und den Hunnenstürmen je gegeben« (S. 8/9).

Ist der Weltkrieg eine Revolution, so muß es in ihm ein revolutionäres Prinzip geben und eine reaktionäre Kraft, welche zerbrochen wird, und da der Krieg von Machtstaaten geführt wird — wer kann daran zweifeln, daß Deutschland dieses revolutionäre Prinzip darstellt? Hat es doch die höchste Wirtschaftsorganisation, die planmäßige Zusammenfassung der industriellen Kräfte in Kartellen, unterstützt durch eine lückenlose Schutzzollbewegung. Nicht nur das: das neue Prinzip des Schutzzolls nahm auch von Deutschland seinen Ausgang, und damit die Verschärfung des Kampfes der Klassen um den Staat, die Steigerung

[4]) Vom Buch Renners ist inzwischen eine zweite, nur unwesentlich abgeänderte Auflage erschienen.

des Klassenkampfes, und (durch den Kampf der Klassen um den Staat) die Steigerung des Staates als Machtstaat. Was in der sozialistischen Auffassung sonst als die Vorbedingung für die soziale Revolution angesehen wird — die Entfaltung der Produktivkräfte im Rahmen des privatkapitalistischen Erzeugungsprozesses — ist für Lensch das »höhere Wirtschaftsprinzip«, an sich, welches »die Weltrevolution von 1914« auslöste. Dieses höhere Wirtschaftsprinzip darf aber nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden, es darf nicht erst von 1879 (dem Beginn der Schutzzollgesetzgebung) datiert werden, sondern es reicht zurück bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts. Damals hatte sich Deutschland eben von den Schlägen des 30jährigen Krieges erholt, es begann neue Kräfte zu schöpfen, und damit verschob sich das »Gleichgewicht der Mächte«. Lensch geht soweit, zu behaupten, daß die Weltmächte — zuerst bewußt, dann unbewußt —, England an der Spitze, Kolonialeigentum erwarben, weil sie »wirtschaftlich rückständig« waren; daß sich England, Frankreich, Italien, Rußland über das ganze Gebiet der Welt fast ausdehnten, um die Expansion der deutschen Wirtschaftskräfte zu verhindern. Diese nicht einmal historisch zutreffende Stilisierung der Entwicklung (ist die koloniale Expansion doch durchaus eine politische Expansion moderner Machtstaaten, und hat doch England, worauf auch Lensch gelegentlich hinweist, noch 1890 so wenig an die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland gedacht, daß es Helgoland aus der Hand gab und damit seinen Interessen zu dienen dachte) bekommt bei Lensch noch einen besondern Sinn: Durch die Ausschließung vom Kolonialbesitz wird Deutschland nämlich gewissermaßen zum »Proletarierstaat« innerhalb der Welt. Deutschland ist durch die politische Entwicklung, durch die »Eigentumsverhältnisse« an den noch unerschlossenen Ländergebieten der Erde, in der Entfaltung seiner Produktivkräfte gehemmt, und rebelliert im gegenwärtigen Krieg gegen diese dauernde Ausschaltung (S. 50, 66, 69 und passim). Und darum vor allem, weil das Gleichgewicht zwischen den Produktivkräften und den »vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, den Eigentumsverhältnissen in der Welt« durch den Krieg wieder hergestellt werden soll, ist er für L. eine Revolution, ja d i e W e l t r e v o l u t i o n.

Damit ist der sozialistische Gedanke vom ökonomischen Verhältnis der K l a s s e n untereinander auf das Verhältnis

der Staaten untereinander übertragen. Das ist genau so originell und genau so richtig (vom Gesichtspunkt der marxistischen Betrachtungsweise aus), als wenn der Konkurrenzkampf der Kapitalisten untereinander, insbesondere der Konkurrenzkampf des begabten mittellosen Unternehmers gegen den kapitalstarken, auf einem Rentenvorsprung basierenden Kapitalisten umgedeutet würde zu einer Rebellion der Produktivkräfte gegen die vorhandenen Produktionsverhältnisse. Diese Parallele muß deswegen gezogen werden, weil die Ueberführung von Kolonialland aus der Hand eines Staates in die Hand eines andern ebensowenig etwas Grundlegendes an der Situation ändert, welche der Sozialismus überwinden will, als wenn der individuelle Kampf eines Unternehmers günstig oder ungünstig ausfällt. Wie immer der Kampf der Staaten um Kolonialbesitz verlaufen mag — er schafft (immer vom Gesichtspunkt des Marxismus aus betrachtet) noch nicht eine neue Situation, höchstens eine Lage, in welcher die Revolution näher ist, also vielleicht eine in höherem Maße revolutionäre Lage. Aber: die Entwicklung zu einer Lage mit Revolutionskeimen ist noch nicht Revolution.

Darin liegt das große Mißverständnis des L.schen Buches: es übersteigert die im deutschen Sozialismus bereits bei Kriegsausbruch beginnende Begriffsverschlingung: hat man damals den deutschen Kapitalismus als den höher stehenden, als die »höhere Phase der Entwicklung« angesehen und ist von diesem Boden aus zur Folgerung gelangt, daß er dem Sozialismus näher sei, weiterhin zur Konsequenz, daß man Imperialismus und imperialistische Entwicklung nebst allen Begleitumständen als solche »höhere Phase der Entwicklung« positiv wollen, bejahen müsse — so haben wir hier noch weitergehend die Umdeutung vollzogen: L. beschränkt sich in seiner Bejahung des industriell unterbauten modernen Machtstaats, des imperialistischen Expansionstriebs nicht auf die resignierte und halb widerwillige Anerkennung, daß er die höhere Organisationsstufe sei: er ist für ihn vielmehr geradezu eine Form der Revolution.

Diese Revolution zeigt sich, nach L., am stärksten darin, daß das alte England einen sozialen Zusammenbruch auf der ganzen Linie erlebte und daß sich während des Krieges ein neues England in der ganzen Breite seiner staatlichen und gesellschaftlichen Existenz aufbaute. Mit einem unerhörten, von L. immer wieder hervorgehobenen Schwung hat es England ver-

mocht, seine alte, noch individualistische Wirtschafts- und Staatsauffassung in eine zwangsläufige, straff organisierte Form zu bringen. Der Krieg hat in England die Entwicklung ausgelöst und ungeheuer beschleunigt, welche in Deutschland der Schutzzoll einleitete. So schöpft England aus dem Krieg verjüngende Kraft, es ändert von Grund auf seine Industrie, seine Arbeits-, seine Banken- und seine Agrarverfassung. Allerdings scheint Lensch zu übersehen, daß diese Entwicklung bereits vor dem Kriege machtvoll eingesetzt hat.

Hält man an diesem Punkt des Gedankengangs etwas inne, so drängt sich die Ueberlegung auf: Und diese Entwicklung eines ungeheuren, über die halbe Welt sich erstreckenden, nunmehr organisierten, straff beherrschten Machtstaats, welcher das »revolutionäre Prinzip« oder was L. darunter versteht, sich zu eigen macht — diese Entwicklung soll zur Herrschaft Deutschlands in der Welt oder wenigstens zu einer führenden Stellung hinleiten? Bedeutet doch ein schutzzöllnerisches England — immer im Gedankengang von L., den ich keineswegs mitmachen möchte — verschärfte Konkurrenz um den Besitz und die Beherrschung der Welt und die Möglichkeit und Gefahr neuer Kriege, keineswegs aber die Lösung der politischen Probleme, welche der Krieg zum Austrag bringen sollte. Ist schon der Kampf mit dem veralteten »reaktionären« Staat England eine schwere Belastungsprobe Deutschlands — was würde ein England bedeuten, welches sein ganzes Kolonialreich »modern« zentralisiert, organisiert, so daß es all seine Kräfte wirklich in die Wagschale werfen kann? Kann man sich demgegenüber mit dem billigen Trost abfinden, daß England eine »alte« Macht ist, und daher nach den beliebten biologischen Parallelen dem »Verfall und Tode« nahe? Davon abgesehen, ist nicht Amerika die Heimat dieses neuen, »revolutionären« Prinzips? und ist es nicht noch »jünger« als Deutschland? Haben nicht England und Amerika während des Krieges die Industrie reorganisiert, in der Leistungsfähigkeit rapide gesteigert, und alle Rationalisierungstendenzen auf einen nicht mehr zu überbietenden Höhegrad gebracht? Ist bei dieser Sachlage, wenn man das Kalkül einfach auf die erreichte wirtschaftliche Organisationsstufe abstellt, die Rechnung für Deutschland so günstig? Und ist Deutschland-England die einzige Antithese, welche dieser Krieg bietet? Bietet er nicht auch die Antithese Türkei-Belgien, Oesterreich-

Ungarn-Vereinigte Staaten? Oder: Oesterreich-Ungarn-Rußland? Wenn man von »veraltender Gesellschaftsverfassung« und von Rentnerstaaten und Rentnergesinnung spricht, können die Bundesgenossen Deutschlands wahrlich nicht als Vertreter des »revolutionären Prinzips« im Sinn von L. betrachtet werden. Wie schade: ein Sozialist befreit sich von der »Enge des Klassenkampfgedankens«, öffnet seine Seele der weiten Perspektive der Weltpolitik, streift den »veralteten Dogmatismus« ab, erfaßt die Weltkonstellation ökonomisch und soziologisch — aber sieht zum Unglück nur den halben Tatbestand! Aber wie fatal: die politischen Gruppierungen dieses Krieges und die politischen Ziele, welche sich aus der heutigen Konstellation ergeben, haben wirklich nicht die Güte, sich mit den höchst lapidaren sozio-politischen Begriffen dieses Buches zu decken.

Jedoch, auch ohne diesen Einwand: Welch ein beklemmender Aspekt, wenn sich England zu einem »modernen« Staat, zu einer »revolutionären« Macht wandelt, wenn der Krieg als Weltrevolution in diesem Sinn zu Ende gegangen ist und — wenn dann nicht etwa ein neuer friedlicher Gesellschaftszustand mit erledigten politischen Fragen bevorsteht, sondern, wie L. meint, ein Zustand, der lediglich »eine Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln sein wird«. Diese Frage leitet zum russischen Problem über.

Da unser Glück das Glück der ganzen Welt ist, und für dieses Glück doch eine Realisierungsmöglichkeit gegeben sein muß, und da das Heil aus dem Westen nach dem Gesagten nicht kommen kann, so entströmt es dem Osten. Wie reinlich hat — in den Augen von L. — sich durch die Revolution von 1917 die Wandlung der Weltkonstellation vollzogen! Vorher Rußland als Werkzeug Englands — nunmehr die Zukunftssphäre Deutschlands; vorher der ländergierige Zarismus, der Frankreich und Deutschland gegeneinander ausspielt und selbst nach der Weltherrschaft trachtet — nunmehr die Pazifizierung des östlichen Europa. Die alte, traditionelle, in den Realitäten der Politik (auch »Imponderabilien« gehören zu den Realitäten) und den Machtverhältnissen der Vergangenheit sehr wohl begründete Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland ist in dieser Darstellung von L. ausgelöscht und erst die Revolution schafft die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit des deutsch-russi-

schen Zusammengehens. Ueberhaupt: die russische Revolution löst alle Probleme, sie öffnet für Oesterreich den Weg zu einer föderativen Gestaltung, ohne seinen Bestand anzutasten, sie gibt Oesterreich zugleich die neue Mission, nach Osten und Südosten Kulturvermittler Westeuropas zu werden, sie zerstört in Deutschland die Macht der konservativ-reaktionären Kreise — und die »eigene Logik der Dinge« (S. 159), schafft eine »Interessensolidarität zwischen dem Deutschland der Weltrevolution und dem revolutionären Rußland«, welche sich immer stärker durchsetzen müsse. Nur England habe — meint L. — ein Interesse an der Auflösung Rußlands. Zum Unglück ist nun dieses »revolutionäre Deutschland« blind für seine Interessen; es rief die kleinen Völker zu Hilfe, um Rußland zum Frieden zu zwingen; es nimmt keine Notiz von der »Wandlung des russischen Reiches« und glaubt einem künftigen Machtstaat Rußland dadurch am besten entgegenzuarbeiten, daß es Außenpositionen an der russischen Grenze schafft, die unter deutschem Einfluß stehen. Es legt also auf »lebenswichtige Teile« Rußlands Beschlag und schafft damit die Möglichkeit einer künftigen Gegnerschaft im Osten. Diese Entwicklungsmöglichkeit hat L. nicht vor Augen gehabt. Das ist aber bei ihm nicht bloß ein Irrtum, wie er bei einer Zukunftsbetrachtung mit in Rechnung gestellt werden muß, nicht bloß eine falsche Abwägung der wirksamen politischen Kräfte, es ist ein Versagen der Methode, welche »wissenschaftliche Politik« zum Ziel hat, welche die im gegenwärtigen Geschehen miteinander ringenden Prinzipien erkennen möchte. Stimmen hier die Tatsachen nicht mit der Theorie — dann liegt die Schuld gewiß nicht bei den Tatsachen. Und so ist schon wenige Monate nach dem Erscheinen des Buches die ganze Entwicklungslinie, wie sie L. zeichnet, verzerrt — und die ganze revolutionäre Mission des Krieges, wie sie L. konstruiert, ins Gegenteil verkehrt: Wir erkennen einen Kampf von Machtstaaten, für welche ihre ökonomisch und soziologisch erreichte Stufe Bedingung und Basis ihrer Erfolge im Kriege ist, ohne daß sich bei der Tendenz aller modernen Industriestaaten zur gleichartigen Entwicklung auf irgend einer Seite ein biologisches Recht des Höherstehenden feststellen ließe. Vollends läßt der Ablauf der Ereignisse vom Standpunkt L.s aus keinerlei Logik erkennen.

Es ist geboten, diesem großzügigen Versuch von L., den

Weltkrieg als Weltrevolution aufzufassen, uns so die Entwicklung des modernen Europa bis zum September 1917 auf eine Formel zu bringen, nicht pedantisch gegenüberzutreten. Wer wird so kleinlich sein, Revolution nur im Innern der Staaten sehen zu können? Wer wird sich daran stoßen, daß bei der Betrachtungsweise dieses Buches alle Kriege Revolutionen sind. Es ist eine Revolution, wenn Staaten zusammenstoßen, die auf verschiedenen Wirtschaftsstufen stehen — ja es ist schon eine Revolution, wenn Staaten mit verschiedener Wirtschaftskraft miteinander ringen. So z. B. der Krieg von 1866, von 1871, so gut wie der 7jährige Krieg, der Burenkrieg schließlich — welcher Krieg nicht? Und wer wird sich die Freude an dem Schwung der hier vorgetragenen Gedanken dadurch trüben lassen, daß im dritten Jahr dieser Weltrevolution nun eine wirkliche Revolution ausgebrochen ist und daß sie — just nach dem September 1917 — die schreckhaften Züge einer großen sozialen Umwälzung in sich trägt. Sozusagen ist sie eine Revolution geworden, welche man beinahe als altväterlich und phrasenhaft bezeichnen könnte, weil die simplen Bauern und Arbeiter in Rußland sich noch nicht auf die Höhe weltpolitischer Betrachtung emporgeschwungen haben und einfach (vielfach unbeholfen und wahrscheinlich mit unzweckmäßigen Mitteln) die Klassenverhältnisse im Lande anders gestalten wollen, was mitten in einem Kriege ein ebenso kühnes, wie schwieriges Unternehmen ist. Und ebenso wäre es schulmeisterlich, darauf hinweisen zu wollen, daß — wahrscheinlich ganz zufälligerweise — die Politik Deutschlands sich in dieser sozialen Revolution in Rußland ziemlich unverhüllt für die bürgerlichen Parteien entschieden hat.

Ja überhaupt Deutschland — davon handelt der letzte Abschnitt dieses heroischen Buches: Deutschland ist ungefähr in der Situation, welche — im Marxschen Schema — für das Proletariat charakteristisch ist: sein Interesse ist identisch mit dem der ganzen Menschheit. Das Proletariat ist die letzte Klasse, weil seine Herrschaft die Klassenherrschaft aufhebt. — So auch Deutschland: es gleicht darin (nach dem Hegelschen Worte, welches L. zitiert) den »großen Menschen in der Geschichte, deren eigene partikulare Zwecke das Substantielle enthalten, welches Wille des Weltgeistes ist.« So werde Deutschland zu einer welthistorischen Nation gerade dadurch, daß seine besonderen Interessen zugleich die allgemeinen Interessen des Fort-

schritts und der geschichtlichen Entwicklung sind (188/9). Diese Mission Deutschlands wird von andern Völkern verkannt, genau so wie die Mission des Proletariats von den Klassen, die es aus der Atmosphäre des Klassenkampfes erlösen soll, nicht aufgefaßt wird und auch gar nicht erfaßt werden **kann**, aber sie wird sich darin zeigen, daß Deutschland — schon aus seinen eigensten Interessen heraus — einen »Frieden ohne Annexionen« schließen wird, der freilich »gewisse Sicherungen« in sich bergen kann. Deutschland wird nicht nur diesen Frieden ohne Annexionen schließen (alles aus seiner Situation heraus, **wirtschaftlich** notwendig, in der »Tendenz der Entwicklung« begründet, nicht simple Empirie oder politischer Wunsch!), es wird auch ein Kolonialreich gründen und auf dieser Basis den Staatssozialismus heraufführen. In diesem Staatssozialismus — in welchem wir natürlich schon mitten darin stehen, denn alle Organisation ist ja bei L. Sozialismus — gehen Arbeiterschaft und Machtstaat eine Vernunftehe ein, sie haben sich nach vielen Irrungen und Wirrungen gefunden: der Staat hat eben im Kriege einen Sozialisierungsprozeß und die Sozialdemokratie einen Nationalisierungsprozeß durchgemacht (S. 211). Der Kapitalismus ist dabei der Geprellte — er kommt aus dem Krieg, in welchem er sich neu zu organisieren dachte, als Gefangener des Sozialismus heraus! So realisiert sich die neue Welt in Deutschland. Das Prinzip der Organisation (in der ganzen Welt während des Krieges übersteigert, in Amerika ebenso wie in England) hat offenbar seine wirkliche Heimat nur in Deutschland. Die Opfer anderer Völker finden keine Gnade; trotz aller Bemühungen Englands, seine reaktionäre Vergangenheit wieder gutzumachen, trotzdem es sich Hals über Kopf der neuen Wahrheit hingibt — das nützt nichts: »Dann wird auch der englische Weltdespot von seinem Thron steigen müssen. Und wiederum wird Deutschland der große Kettensprenger und Befreier sein.«

Das ist das Buch eines Sozialisten, abgeschlossen im Herbst 1917. Mit famoser Schneidigkeit sind die Kategorien des sozialistischen Ideenkomplexes ins Weltpolitische übersetzt. Nur — wo bleibt der Sozialismus? Am deutlichsten vielleicht fühlt man es dort, wo L. von Deutschland spricht und zum Schluß dithyrambische Worte findet für die Herrlichkeit der neu heraufziehenden Zeit. Da spricht er stets von »Deutschland«; ihm ist es, wie England, Rußland und Frankreich eine Einheit. Ohne Wimper-

zucken, ohne Nachdenken gibt L. die grundlegende Auffassung nicht nur des sozialistischen, sondern auch des soziologischen Denkens überhaupt preis. Der Staat erscheint ihm als ungebrochene Einheit, die Gesellschaft und deren Schichtung sieht er überhaupt nicht — und überträgt das Schema des Klassenaufbaus unbekümmert auf die Weltpolitik. Dabei geht die Strenge des Zusammenhangs, welche dem ökonomisch determinierten Klassenaufbau eignet, verloren. Wie aus dieser Art zu sehen politisiert wird, unterscheidet sich in nichts von der üblichen »großzügigen Weltpolitik«. Auch darin nicht, daß sie immer »anderes kann«. Sie wird auch stets ein Weltbild tiptop konstruieren, das die ganze Geschichte bis zum heutigen Tag logisch aufbaut und mit großen und kleinen Himmelslichtern kräftig illuminiert. Nur leider: rückt die Geschichte erst über diesen Tag hinaus — dann versagen die schönsten Lichter und verzerren sich die schönsten Bilder, denn die Realitäten, die konkreten staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte stimmen — ach — so selten mit diesen phantasmagorischen Gebilden überein. Das Buch von L. aber ist noch aus anderm Betracht mehr als ein bedeutungsloser Einzelfall: es ist die Preisgabe einer Idee. Wie immer man zur Idee des Sozialismus stehen mag, sie hat die soziologische Denkweise mehrerer Generationen gebildet, sie hat ethische Kräfte starker Qualität geweckt, sie gehört zu unserem Weltbild, und der leidenschaftliche Kampf, welcher gegenwärtig um sie tobt, für den auch das Buch von Renner Zeugnis ablegt, ist der beste Beweis ihres Gewichtes. Aber es ist — das muß gesagt werden — gar nicht erlaubt, die Publikation von L. in einem Atem mit dem ernsthaften Buch von Renner zu nennen. Dieser bemüht sich, die neue Welt aus dem alten Geist heraus zu sehen — L. aber erniedrigt die Idee, welcher er einst dienen wollte, welche er lauter im Munde führte als irgend jemand. Er hat nicht den Mut, sich zu einer andern Anschauung zu bekennen, zu bekennen, daß er heute für des Deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit streitet und das Prinzip des Weltbaus, wie es dem Sozialismus vorschwebt, für ideale Phantasie hält — und er geht hin und putzt sein machtpolitisches Ideal mit den Emblemen des sozialistischen Gedankens. Wem es irgendwie ernst ist mit der Realität von Ideen, wem sie Realitäten sind, ebenso real und stark als die handfesten Dinge der Wirklichkeit (welche ja gar keine Wirkung üben können,

ohne in eine Idee einzugehen) — der wird ein solches Buch nur mit dem Gefühl einer unüberwindlichen Abneigung und des Widerwillens aus der Hand legen — wie immer er zu der Idee stehen mag, aus welcher ein ehemaliger Jünger das Aushängeschild für seine intellektuelle Schaubude gemacht hat. —

Auch Plenge findet in seinem Buche: Die Revolution der Revolutionäre: Wir leben in einer großen Zeit, und zwar in einer Zeit des Sozialismus. Unsere Epoche, in welche wir hineingestellt sind: in der jeden Tag Tausende eines gewaltsamen Todes sterben, in der Familien zerfallen, große Gebiete sich entvölkern und veröden, Fabriken stillgelegt werden, die Kraft des landwirtschaftlichen Bodens ausgesogen erlahmt; unsere Epoche, in der wir statt der Häuser Baracken und Höhlenwohnungen anlegen müssen, die Kleider anstatt aus Wolle oder Baumwolle aus Papier anfertigen, auf Holzsandalen einhergehen, in der wir allen Urväterhausrat — sei es Metall, sei es Textil, sei es bloß Glas und Papier, zuerst willig und nun widerstrebend in den Abgrund des Krieges werfen; unsere Epoche, in welcher bald in der ganzen Welt jeder Bissen Brot, jeder Meter Stoff verbucht werden muß, bevor er im Geiste einer strengen Bedachtsamkeit in vorgeschriebener Qualität, Quantität und zum genehmigten Zweck verbraucht werden darf; unsere Epoche, in welcher die gewaltigsten Verschiebungen der Kaufkraft auf allen Märkten die ehemalige feste Recheneinheit unseres Wirtschaftslebens in eine tolle Bewegung hineingerissen haben, in welcher die Millionen auf der Straße liegen und auch aufgehoben werden, in der ererbte Kultur aus dem Besitz geworfen, neuer Reichtum in schlecht beherrschte Prunkformen gegossen wird — diese Epoche ist nun seit Lensch eine Revolution wegen des tiefen Sinnes, der ihr innewohnt, und sie wird von Plenge deutlicher umrissen als: die Revolution des Aufbaus.

Diese »Revolution des Aufbaus« nennt Pl. auch: die Revolution der Revolutionäre, und meint damit einen Prozeß, den man mit demselben bzw. einem viel besseren Rechte die Entrevolutionierung der Revolutionäre nennen könnte. Denn in der Tat handelt Pl. von der »dialektischen Selbstaufhebung des Marxismus«, die er »eine Befreiung des Geistes in der Sozialdemokratie« nennt. Diese dialektische Selbstaufhebung war nicht eine solche des gedanklichen Prozesses, sondern die Wirklichkeit war es, welche revolutioniert wurde.

Diese Wirklichkeit hat die Idee überrumpelt, und diese Wirklichkeit ist die des Sozialismus — »zum mindesten die des Kriegssozialismus«. Woraus denn folgt (kurz, aber durchaus im Sinn von Pl. ausgedrückt), daß sich der Sozialismus dieser Wirklichkeit in seinen Ideengängen anpassen, d. h. wohl sie als entscheidende Tatsache verarbeiten muß; entscheidend insofern, daß sie das gesellschaftliche Geschehen in seinem grundlegenden Charakter verändert habe.

Wenn der Sozialismus bzw. Marxismus ein wissenschaftliches System sein wollte, welches die Entwicklung der Gesellschaft aus Gesetzmäßigkeiten heraus zu begreifen sucht, so hätte er (nach Pl.) den Weltkrieg als Voraussetzung für seine Realisierung erkennen müssen (wozu man sofort bemerken muß, daß der Sozialismus bzw. Marxismus den Krieg zwar nicht als Voraussetzung für seine Realisierung, wohl aber als notwendige Konsequenz einer Auswirkung aller kapitalistischen Triebkräfte zu begreifen sucht — womit noch nicht gesagt ist, daß er sich positiv in ihn hineinstellen muß). Man kann, was Pl. in diesem Zusammenhang meint, geradezu umkehren; er sagt nämlich: »Bei der ungeheuren Wehrhaftigkeit der kapitalistischen Staaten und bei der Störung aller Zusammenhänge der Weltwirtschaft durch eine sozialistische Revolution, die doch nach sicherer Erwartung die aus allen früheren Revolutionen bekannten Störungen des Wirtschaftslebens noch weit übertreffen mußte, war mit Gewißheit darauf zu rechnen, daß der um die Durchführung des Sozialismus zu führende Weltkrieg die höchsten Anforderungen an das äußere Organisationsgeschick und an den inneren einheitlichen, über alle Klassengegensätze weit hinausgewachsenen sozialistischen Geist der neuen Gesellschaft stellen würde.« Also *weil die Durchführung des Sozialismus zu einem Weltkrieg führen muß* — warum? Man sucht hier und anderwärts vergebens nach einer Begründung — so ist es wichtig, daß dasjenige Land im Weltkrieg obenauf bleibt, welches der »Sozialismus« sich zweckmäßigerweise als das geeignetste aussucht. (Wer wollte daran zweifeln, daß es Deutschland ist? Darum verliert Pl. auch kein Wort darüber.) Und so ist der nationale Sozialismus als die notwendige Zwischenepoche erwiesen, und alle Schrecken des Kriegssozialismus sind im Handumdrehen das wahre Gesicht, die Essenz des Sozialismus, der sich für Pl. zu einer *r i e-*

s e n h a f t e n O r g a n i s a t i o n s m a s c h i n e vereinfacht. In unzähligen Wendungen kehrt diese Auffassung wieder: der Sozialismus ist Organisation, ist Aufbau; überall, wo Aufbau der Wirtschaftskräfte, besonders staatlicher Aufbau, oder staatliche zwangsweise Zusammenfügung der Wirtschaftskräfte — sei es auch aus Not, sei es um zu zerstören — haben wir Sozialismus.

Infolgedessen ist auch die Idee des Sozialismus, wie wir sie bei Pl. finden, so dürftig, und, wenn man sie der tönenden Worte entkleidet, ärmlich, nüchtern, banausisch. —

Allerdings: auch hier finden wir die »Ideen von 1914«; ja sie sollen sogar eine weitere Ausgestaltung erfahren und sollen daher irgendwie hineingestellt werden in die Entwicklung des Geistes und in die Entwicklung des t h e o r e t i s c h e n B e g r i f f s. Dieser Anspruch wird erhoben, denn die Anlage und die methodische Struktur des Marxschen Werks wird auch von Pl. angestrebt. Darum muß der Nachweis geführt werden, daß der G e d a n k e n g a n g von M a r x kein n o t w e n d i g e r war, daß sich der theoretischen Betrachtung und zwar der Betrachtung von der ökonomischen Basis aufsteigend zu einem G e s a m t s y s t e m auch andere Wege geboten hätten. Welche sind diese andern Wege?

Nach dem Merkantilismus, nach der Betonung des Naturfaktors als des zentralen Produktivfaktors (Physiokratismus) nahm die theoretische Betrachtung bei Ad. Smith die Arbeit als den zentralen ökonomischen Produktivfaktor auf. Von da bot sich nun — so ist der Gedankengang Pl.s — die Möglichkeit, das Kapital in den Mittelpunkt des volkswirtschaftlichen Wirklichkeitsbildes (soll wohl heißen Theorie?) zu stellen. Das hätte in zwiefacher Weise geschehen können, je nachdem das Kapital als Hauptfaktor der Produktivität, als P r o d u k t i o n s m i t t e l, oder aber als V e r w e r t u n g s m i t t e l betrachtet wird. Die Auffassung des Kapitals als V e r w e r t u n g s m i t t e l läßt zwei Wendungen zu, und zwar als allseitige, positive Kapitaltheorie (optimistisch oder wenigtsens in ihren Werturteilen indifferent formuliert) oder als e i n s e i t i g e n e g a t i v e Theorie, welche den gegen die Arbeit gerichteten Druck als den eigentlichen, wesentlichen Zug des Wirtschaftslebens darstellt. Die Theorie des Kapitals muß endlich hinüberführen zur Darstellung der Organisationsformen, worunter Pl. u. a. ver-

steht die Darstellung der Organisationsformen in den kapitalistischen Betrieben, auch die Darstellung der sozialen Organisationsformen. Die Lehre von den Organisationsformen sei auch »die Stelle, wo zwischen dem zügellosen Triebwerk der ohne öffentliche Kontrolle nach Profit jagenden privaten Verwertungsmittel und dem im Staat einheitlich konzentrierten Macht- und Ordnungswillen der Gesellschaft abgerechnet werden muß, um auszumachen, wie weit der blinde Gang dieses Triebwerks in den bewußt geleiteten Versorgungsprozeß der Gesamtwirtschaft verwandelt werden kann und soll« (S. 65). Es wären darnach: vier weitere Grundtheorien von der volkswirtschaftlichen Wirklichkeit vom Range des Physiokratismus und Smithsianismus möglich gewesen. Von all diesen sei nur die negative Theorie des Kapitals von Marx ausgeführt worden. Jene andern Theorien sind »unverwirklichte geistige Möglichkeiten«.

Die kurzen Andeutungen, welche Pl. gibt (dieser Abschnitt des Buches ist auffallend knapp, vielfach orakelhaft, im Gegensatz zur ermüdenden Breite der übrigen Partien), muß man wohl dahin verstehen, daß die Auffassung des Kapitals als Produktionsmittel (ich gebrauche seine eigenen Worte) »eine wesentliche technologische Theorie von der überwiegenden Bedeutung der rationellen Hilfsmittel unserer Wirtschaft« wäre, was also mit Oekonomie, vollends mit theoretischer Oekonomie, nichts zu tun hat. Wertebewegung und Werteverschlingung als Folge technischer Veränderungen, Rückschlag technischer Veränderungen auf die Wertbewegung ist zwar ein theoretisches Problem, aber es ist theoretisch vollkommen gleichgültig, ob sich dieser Prozeß in der Wirklichkeit an einer oder tausend Maschinen realisiert, und ebenso gleichgültig, ob er sich realisiert an einer Maschine von zehn oder von einer Million Pferdekräften, theoretisch ebenso gleichgültig, ob durch die Maschine zehn oder hunderttausend Arbeiter freigesetzt werden, wenn der Prozeß sich nur innerhalb derselben ökonomischen und gesellschaftlichen Kategorien abspielt. (Der Wandel des technischen Apparats in seiner Zusammensetzung und Eigenart kann mit dem Wandel der sozialen Kategorien in funktionellem Zusammenhang stehen — wenn wir z. B. von der Sklaven-Wirtschaft zur freien Arbeit fortschreiten —, aber dieser Zusammenhang ist das Thema für eine Soziologie der Technik, während eine technologische Betrachtung der Soziologie m. E. unmöglich.) Weiters: die von Pl. als möglich be-

zeichnete positive Theorie des Kapitals als Verwertungsmittel kann nur aufgefasst werden als die privatwirtschaftliche Lehre von der kapitalistischen Unternehmung. Die »negative« Theorie ist von Marx gegeben. Die Aufgabe der »Theorie von der Organisation«, über deren Natur oben eine ausführliche Stelle wiedergegeben ist, ist gleichfalls unschwer zu erkennen: es sind die wirtschaftspolitischen, und wenn man es ganz weit faßt: die staatsphilosophischen Probleme der Organisation, welche in dieser Theorie abgehandelt werden, welche sich keineswegs auf das Gebiet der Wirtschaft beschränken, sondern j e d e Organisation, auch die des Staates selbst (Bürokratie z. B.) zum Problem machen. Eine solche Lehre ist lediglich möglich auf Grund eines Wertungssystems, also einer Staatsphilosophie, von den ökonomisch-theoretischen Begriffen aus ist zu ihr kein Zugang und es ist schwer zu sagen, wie von den theoretischen oder halbthoretischen Begriffen, welche Pl. im Auge hat, der Weg zu ihr führen könnte.

Das ist es überhaupt, was m. E. Pl. hier vermengt: er möchte a l l e mit der und in der Wirtschaft gegebenen Probleme in die ökonomische Theorie einbeziehen, und es ist kein Zufall, daß in dieser vielfältigen Möglichkeit einer Theorie der Wertbegriff ganz in den Hintergrund rückt, ja vollkommen ausscheidet. Selbst wenn ihm als Ideal die Gesamtanschauung vorschwebt, welche die Marxsche Theorie gibt, hebt er an ihr nicht das Wesen hervor: daß sich der Begriff des Kapitals und des Zinses aus dem W e r t - b e g r i f f heraus ergibt, wie das für jede theoretische Betrachtung seit Böhm-Bawerk selbstverständlich, der die Ableitung des Zinses aus dem Wertbegriff als Erfordernis jeder »anständigen« Zinstheorie (anständig vom Gesichtspunkt theoretischer Reinlichkeit und Korrektheit) mit Recht gefordert hat. Diese große Tat von Marx, daß die Gesamtanschauung des ökonomischen Prozesses als t h e o r e t i s c h e Anschauung möglich war, wird bei Pl. ebensowenig gesehen als z. B. bei Renner. Was bleibt also von den bei Pl. aufgezeigten M ö g l i c h k e i t e n einer Theorie, welche nur nicht reifen konnten? Die von Pl. nur flüchtig skizzierten Möglichkeiten können lediglich verständlich werden als Gesichtspunkte für eine Beschreibung, nicht für eine gedankliche Durchdringung unseres Wirtschaftssystems. Damit sei nicht behauptet, daß in den theoretischen Gebäuden von Karl Marx und der Grenznutzenlehre (die Pl. als A b w e g ansieht: sie

sei eine »ins Innere bohrende Werttheorie ohne den realen Körper der lebendigen Volkswirtschaft und löse sich in ein dünnes Spintisieren auf«) etwa alle Möglichkeiten der Erklärung, alle Möglichkeiten der theoretischen Konstruktion erschöpft sind. Nur müßte eine andere Konstruktion doch von einem theoretischen Zentralbegriff ausgehen, welcher das Kapital nicht sein kann. (Ebensowenig wie bei den Physiokraten die Natur der theoretische Zentralbegriff ist, sondern die in der Natur und an der Natur geleistete menschliche Arbeit.) Man könnte z. B. der Meinung sein, daß der von Marx so stark in den Vordergrund gerückte historische und soziale Charakter der ökonomischen Begrifte in der Grenznutzenlehre zu kurz komme und durch einen Ausbau des Wertbegriffs überwunden werden könnte, worauf hier nicht eingegangen werden kann. Immer aber wird eine ökonomische Theorie als Erklärungs- oder Konstruktionsversuch unserer kapitalistischen Wirtschaft nicht umhin können, von dem Markt, also dem Preis, also dem Wert, also dem Wertbegriff aufzubauen; alles andere, worauf Pl. hinweist, sind, theoretisch betrachtet, Detailfragen oder sie liegen überhaupt in einer andern Ebene.

Wenngleich m. E. von den hier bei Pl. aufgezeigten Möglichkeiten einer umfassenden Theorie des kapitalistischen Systems nicht viel zu erwarten ist, so ist doch die Frage höchst dringlich, ob die Marxsche Theorie ausreicht, die Phase des Hochkapitalismus gedanklich nachzukonstruieren. Wofern das nicht der Fall ist, wurzelt die Unzulänglichkeit m. E. letzten Endes in der Eigenart des theoretischen Grundbegriffs (Wertbestimmung nach Arbeitszeitaufwand), welcher die freie Konkurrenz als notwendig (gedanklich notwendig, weil er nur dann die Wertbildung erklären kann) postuliert. Bei der Marx eigentümlichen Verschlingung des theoretischen Begriffs mit der konkreten Entwicklungstendenz bleibt dadurch allerdings die Selbstorganisation des Kapitalismus außerhalb des Systems, und auch die von Hilferding weitergeführte Theorie vermag m. E. diese Entwicklung nicht in das Gesamt-System einzubegreifen. Mit dieser Schwierigkeit ist aber die Auffassung von Marx keineswegs erledigt. Denn es ist ja nicht richtig, wie das Pl. behauptet, daß er das kapitalistische System als ein »morsches« ansieht, welches zusammenbricht. Ganz im Gegenteil: bedeutet doch der Kapitalismus eine gigantische Entwicklung der Produktivkräfte,

welche nur von Periode zu Periode gehemmt wird durch die inneren Widersprüche des Wirtschaftssystems, welche aber gerade wieder die Produktivkräfte von Periode zu Periode gewaltig weiterentwickeln. Die Entfaltung der Produktivkräfte wird ja greadezu als eine so rasche und allseitige vorgestellt, daß in der vorgeschrittenen Phase des Hochkapitalismus bereits eine reichliche Versorgung aller Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft möglich wäre. Daß nun diese Entfaltung der Produktivkräfte nicht in der freien Konkurrenz, sondern in einer kontrollierten, organisierten Weise erfolgt, ändert nichts an der Grundtendenz der Entwicklung, welche immer mehr Produktivmittel in immer weniger Händen konzentriert. Auch gehen die modernen Kritiker des Marxschen Systems, welche in der Zwangsorganisation der Kriegswirtschaft und den Notrationen der Ernährungsämter bereits Sozialismus sehen, immer an der Tatsache vorüber, daß gerade diese »sozialistische Entwicklung« in denkbar schroffster Weise die Marxsche These von der Konzentration der Produktivkräfte (die heute allerdings mehr Konzentration von Kaufkraft ist) realisiert — trotz aller oder gerade wegen der Organisation. Allerdings würde — und darin ist tatsächlich eine neue Situation gegeben — die Aufhebung des kapitalistischen Systems nunmehr nicht eine Selbstaufhebung sein, denn ein »innerer Zusammenbruch« kommt nach der starken Durchorganisation nicht in Frage. Sie könnte also nur hervorgehen aus einer Gesamtstimmung des Volkes, welches diese Wirtschaftsform psychisch nicht mehr erträgt. — In diesem Problem liegt tatsächlich die Krise des Sozialismus bzw. Marxismus beschlossen, nämlich ob die soziale Entwicklung, wie sie Marx vorstellte, gebunden war an die ökonomische Struktur in allen Einzelheiten, also an freie Konkurrenz, Konzentration des Kapitals in den Händen von immer weniger Einzelpersonen, Verschärfung der Krisen usw. — oder ob diese wissenschaftliche Konstruktion, diese Theorie von der Aufhebung des Kapitalismus auch ohne freie Konkurrenz, ohne Krisen usw. also wenn diese Gefahren für den kapitalistischen Prozeß überwunden sind, als Idee aufgenommen, weitergetragen und wirksam gestaltet werden kann. Nur von dieser Fragestellung aus kann die sozialistische Außenpolitik geklärt werden: die kapitalistische Wirtschaft hat die Basis zur Entwicklung abstrakter Machtstaaten gegeben, deren Expansionstendenzen ganz jenseits ökonomischer Interessen zu Verwicklungen führt, welche

zu einer Lösung durch den Krieg drängen. Namentlich organisierte kapitalistische Volkswirtschaften schaffen die Grundlage für eine derartige Entwicklung, in welcher der Staat eine besondere Sphäre wird mit einer ihm eigentümlichen Dynamik, welche aus ökonomischem Kalkül überhaupt nicht berechenbar ist, noch erklärt werden kann. Damit entsteht also eine Lage, in welcher es unmöglich ist, eine eindeutige Antwort aus dem Klasseninteresse heraus zu geben, weil Verwicklungen in dieser Ebene einfach nicht als Klassenkampf aufgefaßt werden können. Auch die einfache und schon an sich so anfechtbare Formel von Lensch vom höheren Recht des wirtschaftlich höher stehenden Staatsgebildes kann aus diesem Grunde keine Anwendung finden. So folgt daraus weiter die Frage, ob das sozialistische Prinzip soweit gefaßt und ausgestaltet werden kann, daß sich aus ihm auch die Haltung zum Kriege eindeutig ergibt. Die Schwierigkeiten der sozialistischen Theorie weisen darauf hin, daß die Frage noch im Fluß ist. Die sozialistische Doktrin hat bisher immer noch versucht (sowohl die der Mehrheits- als die der Minderheitsparteien), aus den alten Gedankengängen heraus zu argumentieren, mit denen das Auslangen nicht zu finden ist. Vielleicht kann das als Symptom dafür aufgefaßt werden, daß es Auslandspolitik als speziell sozialistische nicht in allen Fällen geben kann und daß eine sozialistische Partei in diesen Fällen eine Haltung einnehmen muß, die nicht die Konsequenz ihres Prinzips, sondern nur mit ihm verträglich ist. Eine solche Einstellung hat dann immer noch den Schwerpunkt im sozialistischen Prinzip, um dessen Realisierung willen die Stellungnahme überhaupt erfolgt, aber sie ist nicht so unmittelbar Konsequenz des Prinzips und kann also auch zu dessen Realisierung nichts beitragen. Zu den Grundsätzen, an welchen sich zeigt, daß der Sozialismus nicht imstande ist, jede Situation aus seiner Idee heraus zu gestalten, gehört auch die Stellungnahme, welche die Kriegführung, sobald es sich um einen Verteidigungskrieg handelt, positiv unterstützt. Eine solche Unterstützung des eigenen Staates ist nicht sozialistische Politik in dem Sinne, daß der Krieg einen Schritt näher zum Sozialimus führt. Solcher problematischer Situationen kann es mehrere geben — sie werden aber nicht dadurch gelöst, daß man »Realpolitik« treibt und sie mit prinzipiellen Floskeln drapiert.

Für Pl. existieren diese Schwierigkeiten nicht. Denn es ist

die Umformung zu einem neudeutschen Organisationssozialismus, die er anstrebt: Umlernen auf der ganzen Linie; umlernen in der Frage der Nationalität: der Sozialismus muß die Nationalitäten werten mit Rücksicht auf ihre Genossenschaftlichkeit und Organisationskraft, was soviel heißen dürfte, daß auch gewaltsame Ausdehnung und Machtsteigerung der »genossenschaftlichen« Nation ein sozialistisches Ziel sein muß, denn: »es ist echt sozialistische Lehre, daß die Nationen soviel Platz haben sollen, als sie verdienen und nicht soviel, als sie zufällig besitzen«. Umlernen in der Rassenfrage, Umlernen in der Idee des Staates: der Staat muß, natürlich als Machtstaat, ausgestaltet und gestützt werden. Und endlich muß auch der Sozialismus sein rein indifferentes Verhalten zur Religion aufgeben: »Die Religion darf nicht Privatsache bleiben, denn der Sozialismus findet sie als gesellschaftliche Kraft. Die Toleranz hört auf, wo der innerste Kern eines Glaubenssystems der gesunden sozialen Willensbildung stark entgegenwirkt.«

So gelangt Plenge zu einem deutsch-nationalen Sozialismus in des Wortes verwegenster Bedeutung. Nicht nur zum deutsch-nationalen Sozialismus, sondern zum nationalen Sozialismus auf der ganzen Linie. Denn Pl. kann doch nicht erwarten, daß die übrigen Völker gutwillig den Nationen, »welche es verdienen«, den Platz einräumen. Wer entscheidet darüber, wieviel Platz eine Nation »verdient«? Doch wohl nur der Kampf, nur der Krieg, da es einen übergeordneten sozialistischen Areopag zunächst noch nicht gibt. Nach einer langen Periode von Kriegen, nach immer größeren Wundern der Organisation wird sich so die »Revolution des Aufbaus« vollziehen. Eine heroische Auffassung, die vor keinen Opfern zurückschreckt — demgegenüber ist natürlich die heutige Politik des Marxismus »eine kleinbürgerliche Friedenspolitik«, die blind ist für die schweren innerpolitischen Folgen in einem durch einen lahmen »Sozialistenfrieden« enttäuschten Volke, die zu borniert ist, um einzusehen: daß »ein Volk, in dem der Sozialismus zur Macht kommen muß auch die Vorbedingungen zur Macht erwerben muß« (!).

Welch tolle Wortspiele und welches Ballspiel mit Ideen! Was bei Lensch noch irgendwie groteske Transformation eines Prinzips, wird hier zur Atrappe. Eine wirkliche Revision des Marxschen Gebäudes, eine neuerliche Prüfung seiner Voraussetzungen wäre nur willkommen; aber was geschieht bei Pl.?

Inwiefern »baut er Marx kritische ab«? Er fordert ein neues Prinzip; er gibt sich nicht mit »Realpolitik« zufrieden und er lehnt auch ab, als Sozialismus der Zukunft zu bezeichnen einen »vaterländischen Demokratismus mit stärkster Beimischung von Sozialpolitik«. Sein neues Prinzip: »Revolution des Aufbaus durch den organisierenden Staat« ist: »die aus der Geschichte erkennbar herauswachsende höchste Lösung des menschlichen Organisationproblems« (S. 178). Wie denn? Ist das etwas anderes, als die Revisionisten »ewig sagten«? Ist es etwas anderes, als die im Staat sich allmählich vollziehende Evolution zu höheren Organisationsformen? Ist es die Einführung und Realisierung eines neuen gesellschaftlichen Prinzips? Was bleibt denn übrig? In der Tat: dies ist der neue Sozialismus: »eine geistige und volkswirtschaftlich-technische Durchorganisierung des Kapitalismus« (S. 82).

Wozu braucht es da der großen Worte, und wozu des ganzen Buches? Wozu der neuen Begriffe und des großen Temperamentes, da es sich doch nur darum handelt — um Pl.s eigene Worte zu gebrauchen —: »auf der Woge der Zeit zu reiten«?

Zum Preis-, Lohn- und Arbeitsleistungsproblem in der Uebergangswirtschaft *).

Von

ADOLF BRAUN.

I. Lohnbestimmende Faktoren.

Wenn auch die Arbeiterorganisationen in der Zeit der Uebergangswirtschaft noch weniger als vor dem Kriege die Lohnkämpfe als einen Zweck an sich betrachten werden, so muß doch mit der Gefahr großer Streiks gerechnet werden, falls man nicht schon vor dem Eintritt in die Uebergangswirtschaft den Tatsachen, wie sie die Wirtschaft nach dem Kriege bestimmen werden, ins Auge sieht. Je länger die sich im Arbeitsvertrag entgegenstehenden Parteien auf die Zeit nach dem Kriege die Regelung der Löhne verschieben, desto sicherer werden langwierige Lohnstreitigkeiten zwischen den sich zum Kampfe vorbereitenden Massen von Arbeitern und Unternehmern die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege erschweren [1]).

*) Abgeschlossen im März 1918.

[1]) Für die Absichten der preußischen Regierung und damit wohl auch der Reichsregierung scheint die Rede des preußischen Handelsministers, Dr. Sydow, beim Essen des deutschen Industrierates 1918 ein wichtiges Dokument zu sein. Leider ist diese Rede nur in den Zeitungen veröffentlicht worden. Wir führen deshalb die, auf die Auseinandersetzungen von Unternehmern und Arbeitern nach dem Kriege bezugnehmende, Stelle hier wörtlich an und zwar nach der Quelle der Zeitungen, Wolffs Telegraphisches Bureau 69. Jahrgang Nr. 474—476 Berliner Ausgabe vom 17. Februar 1918, erste Frühausgabe. Die betreffende Stelle lautet: »Im übrigen kann man wohl sagen, das Streben nach Zusammenfassung der Kräfte liegt auf allen Gebieten in der Luft; insbesondere werden die gewerblichen Arbeiter nach den Vorgängen des Krieges ihre Organisationen zu verstärken und zu erweitern suchen. Ich müßte fürchten, an dem Bilde von den Aufgaben der Zukunft

Im Schoße der Regierung scheint geplant zu werden, den Arbeitern und Unternehmern, vor allen ihren Verbänden, durch die Arbeitskammern, oder, wenn es mit diesen nicht geht, durch andere gesetzlich zu schaffende Zwangseinigungsämter, eine kampflose Ordnung der Arbeitsbedingungen aufzuerlegen. So wichtig derartige Konstruktionen sind, so tut man doch gut, ihre streikverhütenden Wirkungen nicht zu überschätzen. Nicht bloß die englischen Erfahrungen und die strenge australische Gesetzgebung, sondern auch die Schiedsgerichtsgebung Kanadas und endlich auch das arbitration act der Vereinigten Staaten vom 1. Oktober 1888, wie die Tätigkeit des board of mediation and conciliation der Vereinigten Staaten[2]) lehren, daß man auch durch ein noch so gut ausgedachtes und noch so sehr den Bedürfnissen der streitenden Teile angepaßtes Schiedsgerichtsverfahren Streiks — selbst während der Kriegszeit — nicht verhindern kann. Mit diesen Gesetzen und Einrichtungen wurden vor allem Methoden und gesetzliche Unterlagen für die Einigungsverfahren in gewerblichen Streitigkeiten geschaffen. Außer diesen wird man noch nach Grundsätzen für die zwangsmäßige Behandlung aller Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis suchen. Dies ist um so mehr zu erwarten, als man nicht bloß vereinzelte Lohnkämpfe zu gewärtigen hat. Nach dem Kriege und dem dann raschen Aufhören der für Kriegszwecke arbeitenden Industrien und nach dem Erlöschen des Hilfsdienstgesetzes wird eine allgemeine Neuregelung der Arbeitsverträge wegen der völlig veränderten wirtschaftlichen Bedingungen der deutschen Industrie von den Unternehmern erstrebt werden. Je allgemeiner eine völlig neue Regelung gesucht werden wird, desto dringlicher wird die Staatsgewalt die gesetzliche Festlegung

---

wichtige Striche fortzulassen, wenn ich nicht auch an dieser Stelle der Ueberzeugung Ausdruck gäbe, dass es in der kommenden Friedenswirtschaft in weitem Maße zu Verständigungen zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter wird kommen müssen, wenn wir unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit aufrecht erhalten wollen. Ich kenne die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, ganz genau, weiß die Gründe des Mißtrauens wohl zu würdigen, aus denen jeder vom andern einen Uebergriff in die Sphäre fürchtet, die er sich selbst vorbehalten muß oder glaubt vorbehalten zu müssen. Aber sie müssen überwunden werden. Wir können es uns nach dem Kriege nicht leisten, diese Meinungsverschiedenheiten durch Machtprobe, d. h. auf dem Wege ausgedehnter, Wochen und Monate dauernder Streiks auszukämpfen.«

[2]) Junghann, Heinrich Dr., Der Staat als Schlichter gewerblicher Streitigkeiten in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien. Tübingen 1914.

der Löhne nach dem Kriege erstreben. Dies wäre eine zwar ungewöhnliche und dem Arbeitsvertrag wesensfremde, aber vielleicht doch eine durch die Eigenart der Uebergangswirtschaft der Gesetzgebung aufgenötigte Aufgabe. Für die nach dem Kriege ohnedies sehr belastete Gesetzgebung könnte aber diese durchaus neue Aufgabe zu schwierig werden. Sollte diese überraschende, jedoch keineswegs unmögliche Ordnung des Arbeitsverhältnisses angebahnt werden, so müßten die Grundsätze für die kommende Lohnbildung aufs sorgsamste festgestellt werden, ehe der Gesetzgeber seine Entscheidungen zu treffen hätte. So unwahrscheinlich eine »staatliche Lohnregulierung«, um ein Wort Max Schippels aus seiner Rodbertusianischen Zeit zu gebrauchen, ist, so wäre es trotzdem vollständig verfehlt, für die Zeit der Uebergangswirtschaft die Möglichkeit einer staatlichen Regelung in weiterem oder in engerem Rahmen für ausgeschlossen zu erklären. Der Krieg mit der in seinem Gefolge aufgetretenen Teuerung hat die bisherige Gehalts- und Lohnpolitik des Reichs wie der Einzelstaaten völlig aufgehoben und zu zahlreichen Notgesetzen und Notverordnungen geführt, die nur für die Kriegszeit erlassen wurden, die aber nur ein Utopist nach Beendigung des Krieges einfach durch die bis zum Juli 1914 in Geltung gestandenen Lohn- und Gehaltsforderungen ersetzen zu können meinen wird. Aus den für die Kriegszeit bestimmten Gehalts- und Lohnfestsetzungen werden Reich, Einzelstaaten, Kreise und Gemeinden, wie andere öffentlich-rechtliche Einrichtungen für ihre Beamten, Arbeiter und Angestellten zu neuen Ordnungen zu kommen suchen. Sollte das Finanzproblem des Reiches zum Teil durch die Schaffung neuer Monopole oder durch Abgaben von Zwangssyndikaten an das Reich gelöst werden, so wird die Gesetzgebung früher oder später genötigt werden, sich mit der Regelung der Gehälter und der Löhne der Angestellten und Arbeiter in den Betrieben der Reichsmonopole wie der reichsgesetzlich gewährleisteten Zwangssyndikate zu beschäftigen. Man muß wohl damit rechnen, daß die Gesetzgebung des Reichs, wenn auch nicht sofort nach Beendigung des Krieges, zur Festlegung von Grundsätzen für die Entlohnung eines sehr starken Bruchteiles der »Abhängigen«, der von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder vom Reiche unmittelbar beschäftigten Angestellten und Arbeitern kommen muß. Diese Gesetzgebung des Reichs wird natürlich im Bundesrat nur unter der Berücksichtigung der naturgemäßen Rückwirkung der Reichs-Arbeitslöhne auf die Gehälter und Löhne der Angestellten

und Arbeiter der Gliedstaaten des Reiches, der Kreise und der Gemeinden Zustimmung finden. Es ist deshalb die Erwägung nicht übermäßig phantastisch, daß bei einer vollkommenen Neuordnung der deutschen Wirtschaft und bei einem alles bisherige Maß überschreitenden Eingreifen der öffentlichen Gewalten in das private Wirtschaftsleben eine staatliche Ordnung des mit zahllosen Gefahren verknüpften Lohnwesens ins Auge gefaßt werden könnte. Ausgangspunkt und Zielsetzung der Lohnregelung werden auch in der Uebergangswirtschaft aus den Gegensätzen der Interessen der Kapitalanwender und Lohnempfänger in der Industrie und naturgemäß auch in Handel und Verkehr wie in der Rohproduktion usw. erwachsen. In weit höherem Maße als bisher dürfte die staatliche Gewalt bei der Regelung der Lohnfragen mitsprechen wollen, sie dürfte sich bemühen, die Auseinandersetzungen friedlich zu gestalten und schiedsrichterliche Entscheidungen zu erzwingen oder doch nahe zu legen und bei ihnen mitzuwirken, wofür in der Gesetzgebung der angelsächsischen Staaten eine Reihe bedeutsamer Vorbilder vorliegt [3]).

Die Staatsgewalt wird, wenn sie auch nicht zu einer staatlichen Gesetzgebung über die Löhne, sondern bloß zu einer staatlichen Ordnung der Lohnauseinandersetzungen gelangen sollte, nach Maßstäben zu suchen haben, die ganz allgemein bei einer künftigen Ordnung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen in Frage zu kommen haben. Rechnen alle Gewerkschaften für die Zeit nach dem Kriege mit sehr harten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, so wird die Reichs- beziehentlich Staatsgewalt schon zur Durchsetzung der Ordnung in der Werkfortsetzung ein weniger einseitiges Verfahren als vor dem Kriege anwenden müssen.

II. Lohndrückende Einflüsse.

Die Reichsgewalt wird natürlich die Wiedergewinnung des Anteiles Deutschlands am Welthandel wünschen. Die Wettbewerbsverhältnisse Deutschlands dürften sich, verglichen mit der Zeit vor dem Kriege, sehr zu unsern Ungunsten verschieben. Der deutsche Produzent wird wegen der Steuern, wegen der ungünstigen Bewertung der Zahlungsmittel, wegen der Schwierigkeit der Beschaffung

---

[3]) Siehe Junghann a. a. O. Dort auch viele aber unvollständige Angaben über die einschlägige Literatur. Leider fehlen wichtige Werke, vor allem die der französischen Literatur, so z. B. das Buch von Metin über Australien.

von Rohmaterial und wegen der kostspieligen und schwierigen Sicherung des Schiffsraums für die Einfuhr der Rohstoffe und für die Ausfuhr der Waren mit gesteigerten und zum Teil mit erheblich ungünstigeren Produktionsbedingungen zu rechnen haben als die Konkurrenten. Deshalb liegt es außerordentlich nahe, durch die Niederdrückung der Löhne die Möglichkeit zu schaffen, eine Unterbietung der englischen, amerikanischen und japanischen Ausfuhr herbeizuführen. Die Wiedergewinnung des Ausfuhrhandels durch die soziale Niederdrückung der Arbeiter und Arbeiterinnen wäre, ganz abgesehen davon, daß diesem Versuch kaum Erfolg beschieden wäre, viel zu teuer erkauft. Der Staat muß sich vor einer derartigen Politik nach dem Kriege hüten, falls er sich die Macht hierzu zutrauen sollte, weil durch sie zahlreiche eigene Interessen, nicht zuletzt militärische, aufs bedenklichste verletzt würden. Dem deutschen Volke tut die körperliche Stärkung not. Durch die Fortdauer der Unterernährung nach dem Kriege würde die Widerstandskraft des Volkes gegen Krankheiten und gegen ungünstige äußere Verhältnisse wie die durchschnittliche Lebenswahrscheinlichkeit sehr schwer gefährdet. Der Staat muß, trotz der nach dem Krieg lange Zeit fortwirkenden Teuerung, eine seiner wichtigsten Aufgaben in der Förderung nicht bloß knapp ausreichender, sondern den Körper neu kräftigender Ernährung der breiten Massen der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft, sehen. Staatliche Sorge muß in der Nachkriegszeit auch dem moralischen Zustand der Bevölkerung gewidmet werden. Die überaus bedenklich gewachsene Kriminalität der Jugend ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Väter der nachwachsenden Arbeitergeneration im Felde stehen, und daß die Mütter zu überlanger Arbeit in der Kriegsindustrie genötigt sind. Für die Verminderung der Kriminalität der Jugendlichen muß in erster Linie die intensivere Erziehungsarbeit der Eltern wirken, die wiederum von der Verminderung der Arbeitszeit und von der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bedingt wird. In der Zeit nach dem Kriege wird die Verbesserung der Ernährung und Behausung der Arbeiterklasse noch weit mehr ein gesellschaftliches als ein individuelles Arbeiterinteresse sein. Wer die Tendenzen der Mietesteigerung kennt, wer mit der Unwahrscheinlichkeit rechnet, daß die Lebensmittelpreise etwa auf das Niveau der Jahre vor dem Kriege zurückgehen, muß in der Lohnentwicklung nach dem Kriege ein zentrales Problem sehen.

Infolge der ungeheuren Verluste an Menschen durch den Krieg

wie wegen der katastrophal verminderten Möglichkeit von Eheschließungen nach dem Kriege, bei den fortdauernden, vermutlich noch gesteigerten Tendenzen für den Geburtenrückgang ist nach einem Ausgleich für Verluste an Menschen, ihrer Gesundheit wie Arbeitsfähigkeit zu streben. Das starke Hinaufschnellen der Frauenerwerbstätigkeit wirkt geburtenhemmend. Die Niederhaltung der Löhne der Männer infolge des Wettbewerbs der Frauenarbeit würde die Eheschließungen erschweren. So liegt im Lohnproblem ein wichtiges populationistisches Moment. Das kann nicht scharf genug erfaßt werden.

So wenig man heute ein Verbot der Frauenarbeit durchsetzen oder auch nur empfehlen kann, so scheinen zur Wiedererlangung der Volkskraft einschneidende gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Schwangerschaft der Mütter wie zum Schutze von Säuglingen und Kleinkindern, aber auch zur Verhütung der gesundheitsgefährdenden weiblichen Kraftausgabe dringend notwendig[4]), wenn nie gut zu machender Schaden angerichtet werden soll. Nahe liegt die Tendenz, ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse durch Kinderarmut auszugleichen. Würde der Staat, beziehentlich das Reich, wenigstens für seine vermutlich nach dem Kriege sehr ausgedehnten Betriebe zu einer staatlichen Lohnregulierung kommen, so wäre, wie bei den Beamten, eine Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Lohnbemessung denkbar. Auch die Elternschaftsversicherung wäre des Studiums wert, wenn die zu gewärtigenden Steuerlasten nicht gar zu ungünstige Aussichten diesen Vorschlägen eröffnen würden. Beim Geburtenrückgang kommen sehr komplizierte Zusammenhänge zwischen Einkommen und Kinderzahl in Betracht. Sicher ist, daß bei Niederhaltung der Löhne nach dem Kriege reichlicher und gesunder und widerstandsfähiger Ersatz für die unmittelbar und mittelbar durch den Krieg erlittenen Menschenverluste nicht zu gewärtigen ist. Für die Staatsgewalt erwächst schon aus diesen Erwägungen die Aufgabe, einer Niederdrückung der Löhne der Arbeiter nach dem Kriege entgegenzuwirken, wie auch die Machtbefugnisse und Machtgelegenheiten der Staatsgewalt nach dem Kriege bei einer allgemeinen oder bei besonderen Regelungen des Arbeitsvertrages sein mögen. Bei der Ordnung der Arbeitsbedingungen sollte auch bei weitestgehendem staats-

---

[4]) Grotjan, A., Soziale Hygiene, Geburtenrückgang und das Problem der körperlichen Entartung in Weyls Handbuch der sozialen Hygiene. Ergänzungsband S. 422.

sozialistischem Eingreifen in den Arbeitsvertrag das gesellschaftliche Interesse mehr als das fiskalische den Ausschlag geben.

Unsere Volkswirtschaft wird nach dem Kriege mit einer völlig veränderten Kaufkraft des Geldes zu rechnen haben. Je vollkommener die industrielle Arbeiterschaft durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen vor dem Kriege jeden Rest der überkommenen Naturlöhnung ausgeschaltet hat, je allgemeiner die Entlohnung in »landesüblicher Münze« geworden ist, desto stärker hat die Preisrevolution, dieses offenbarste wirtschaftliche Ergebnis des Krieges, auf die Arbeiterschaft gewirkt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind fast für alle Waren und Leistungen die Preise erheblich gestiegen. Sobald die Macht der Reichs- und Staatsgewalt die Preise zu taxieren aufgehört haben wird, dürfte die Preisrevolution noch weit deutlicher als in der gegenwärtigen Zwangswirtschaft in Erscheinung treten. Die Staatsgewalt selbst hat sich der allgemeinen Preisbewegung nicht entzogen, so bei den Steuern, bei den Postgebühren, bei den Eisenbahntarifen. Die von der Staatsgewalt festgesetzten Preistaxen, die als Höchstpreise angesetzt waren und als solche die äußerste Grenze bilden sollten, sind zu Mindestpreisen geworden, die der Wettbewerb der nach Waren gierigen Käufer ununterbrochen in die Höhe trieb. Besonders für die festentlohnten Angestellten und für die durch kollektive Vertragsabmachungen in ihrem Einkommen im wesentlichen festgelegten Arbeiter ergaben sich bedeutsame Schwierigkeiten. Ganz abgesehen von den unentrinnbaren Besonderheiten der Kriegswirtschaft könnten sie tief von der im Frieden gewohnten Lebenshaltung hinuntergedrückt werden. Die Preisbewegung im Kriege hatte die ständige und sprunghafte Richtung nach der Höhe. Feste Maßstäbe für die veränderte Kaufkraft des Lohneinkommens sind wegen des ununterbrochenen Wechsels der Preise und wegen der verschiedenartigen Schnelligkeit des Preishinaufschnellens sehr schwer oder wohl überhaupt nicht zu gewinnen. Eine von Wissenschaft und Staatsgewalt, von Unternehmern wie von Arbeitern anerkannte Formel für die Preisänderungen würde die sozialen Kämpfe um die künftige Lohngestaltung nicht ausschalten, aber sie könnte manche Grube auf dem Wege zu einem friedlich-schiedlichen Uebereinkommen der streitenden Parteien ausfüllen. Die durch die Preisrevolution verursachten Schwierigkeiten bestehen für die Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen. Für die in den Kriegsindustrien beschäftigten

Arbeiter und Arbeiterinnen wurden sie infolge des hohen staatlichen Interesses, Unterbrechungen der der Wehrhaftigkeit dienenden Arbeit zu verhindern, wie durch den Wunsch der Unternehmer, keinen Tag bei der Ausnützung der niemals wiederkehrenden Kriegskonjunktur zu verlieren, stark gemindert. Man gewährte Teuerungszulagen, man ließ die Löhne zu hohen Nominalsätzen anschwellen, und man hatte Mittel, den Arbeitern die Lohnkämpfe sehr gefährlich erscheinen zu lassen. So trat während der Dauer des Krieges die Wirkung der Preisrevolution auf die Arbeitsbedingungen und auf den sozialen Frieden äußerlich auffallend wenig in Erscheinung. Man spricht mehr von hohen Löhnen als von hohen Preisen.

III. Die »hohen Löhne« der Kriegszeit.

Viele Löhne sind, rein in Geld ausgedrückt, unzweifelhaft höher, als sie jemals im Frieden bei entschiedensten Forderungen der Arbeiter gewünscht wurden. Die Arbeiter haben aber, was meist übersehen wird, keine Gelegenheit, ihre Ausgabenwirtschaft ähnlich zu gestalten wie im Frieden. Sie gleich zu gestalten, ist, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, keinem Gliede der Gesellschaft möglich, weil die meisten Waren, die im Frieden zur Bedürfnisbefriedigung gebraucht wurden, in gleicher Beschaffenheit heute nicht mehr zu kaufen sind. Das gilt nicht bloß für Luxusartikel und ausländische Waren, sondern auch für fast alle im Inland hergestellten Bedarfsartikel des täglichen Gebrauchs. Der Arbeiter vermag sich selbst mit den Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen, die als komplizierendes Moment eines Naturallohnes die Feststellung des tatsächlichen Lohneinkommens erschweren, nicht in gleicher Weise ernähren, wie das vor dem Kriege möglich war. Es bleibt ihm versagt, Kleider, Wäsche, Hausrat zu reparieren, zu erneuern, zu ergänzen. Seine nur im Zahlenausdruck sehr hohen Nominallöhne würden eine völlig andere Beurteilung erfahren, wenn man auf Grund der geltenden tatsächlichen Preise nicht eine Haushaltungsrechnung, sondern im wahren Sinne des Wortes ein Haushaltsbudget aufstellen würde, in dem alle im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 gemachten Ausgaben eines Vollarbeiters und seiner Familie eingesetzt würden. Der Verschleiß der Einrichtung von Küche und Wohnung, der Kleider von Eltern und Kindern, der in der Kriegszeit nicht gut gemach

werden kann, wird lange vor der Wiederkehr der in Zukunft normalen Preise, die jedenfalls sehr stark von dem im Frieden üblichen Preisen abweichen werden, zu außerordentlich hohen Auslagen nötigen und, wenn auch sehr verspätet, die Bilanz des Arbeiterhaushalts, die heute von den Unternehmern vielfach als sehr günstig hingestellt wird, in seiner nicht erwarteten Tragik enthüllen. Oekonomisch nicht geschulte oder oberflächlich denkende Beobachter der Arbeitslöhne während des Krieges erzählen uns von exzeptionell hohen Löhnen als einer allgemeinen Erscheinung der Kriegszeit. Vereinzelte Fälle von ganz unwahrscheinlich klingenden Lohnhöhen habe ich untersuchen können. Sie haben fast immer die Oberflächlichkeit des Beobachters und nicht ihre phantastischen Schlußfolgerungen bewiesen. In drei Gruppen gliedern sich die während des Krieges zutage getretenen ungewöhnlichen Arbeitereinkommen:

1. Das Familieneinkommen, das Einkommen von Mann und Frau, erwachsenen und halberwachsenen Kindern, die im gemeinsamen Haushalte leben, wurde als das Einkommen einer Person festgestellt.

2. Eine zweite Gruppe von Fällen ist auf sehr hohe Auszahlungen am Lohntage zurückzuführen, wobei es sich tatsächlich nicht um das Entgelt für die Arbeit einer Lohnperiode, sondern neben dem Entgelt für diese hauptsächlich um die Restabrechnung eines durch viele Wochen hindurch gelaufenen Akkordes handelt, auf den allwöchentlich verhältnismäßig geringe Vorschüsse abgezahlt wurden.

3. Endlich fanden sich, wenn auch weit seltener, als man nach den Aufregungen weiter Kreise über die hohen Löhne annehmen sollte, tatsächlich außerordentlich hohe Löhne; sie wurden erzielt durch übermäßige Anstrengung für Stücklohnarbeit unter gleichzeitiger Ausdehnung der Arbeitszeit über alles Maß hinaus. So stellte mir ein Unternehmer den phantastisch klingenden Lohn eines Arbeiters fest, der unter Ueberwindung des Widerspruchs der Fabrikleitung täglich 16 Stunden durch zwei Wochen gearbeitet hatte; nach zwei Wochen ereignete sich das, was der Unternehmer dem Arbeiter vorausgesagt hatte, daß er auf die Dauer dieser Anstrengung nicht gewachsen sein werde. Er wurde für eine Reihe von Wochen krank und mußte mit einem kärglichen Krankengelde auskommen, so daß die Zusammenrechnung des Einkommens in dieser Krankheitszeit und des in den zwei Wochen übermäßigen Verdienstes, wie

es notwendig ist, weil man Ursache und Wirkung nicht auseinanderreißen darf, einen für die Kriegszeit durchaus nicht ungewöhnlichen hohen Lohn ergab.

So zeigt die Untersuchung der mir zugänglichen Nachrichten über exorbitante Lohneinkommen sehr natürliche Erklärungen. Ganz besonders gesuchte Qualitätsarbeiter, die aber doch nur Ausnahmen und keine Massenerscheinungen bilden, haben auch sehr hohe Stundenlöhne erreicht. Vielfach tritt aber bei der Reduzierung des hohen Lohnes auf die geleistete Arbeitszeit und unter Inbetrachtziehung der verteuerten Lebenshaltung ein Stundenlohnsatz in Erscheinung, der selbst nicht selten hinter den Stundenreallöhnen der Friedenszeit zurückbleibt. Besonders ist das der Fall bei reklamierten Arbeitern, deren Abhängigkeitsverhältnis von manchen Unternehmern in sehr bedenklicher Weise zu ihrem Vorteil ausgenützt wird.

IV. Die verminderte Kaufkraft der Löhne.

Man kann für sehr viele kriegsindustrielle Betriebe ohne statistische Nachweisungen, wenn man eine beträchtliche Anzahl von Ausnahmen zugesteht, eine ganz bedeutsame Steigerung der Nominallöhne feststellen. Doch darf man diese Lohnzahlen nicht mit der Zeit vor dem Kriege vergleichen. Wenn sich ein Arbeiter vor dem Kriege mit einem halben Wochenlohn zwei Paar eigene Schuhe, die Schuhe seiner Frau und seiner drei Kinder besohlen lassen konnte, so vermag er das heute, ganz abgesehen von der Verschlechterung des Leders und der sonstigen Materialien, bzw. von der Notwendigkeit abgesehen, Ledererersatz statt des Leders zu verwenden, mit einem halben Wochenlohne trotz der Beschäftigung in der Munitionsindustrie nicht mehr.

Noch weit schlechter steht es um die Einnahmen der Angestellten. Die meisten haben in weit geringerem Maße als die Arbeiter in der Erhöhung ihrer Gehälter beziehentlich ihrer Teuerungszulagen einen Ausgleich für die gestiegenen Kosten des Lebensunterhalts gefunden. Fast vollkommen fehlen die Unterlagen, um die Wirkungen der Preisrevolution auf die Lebensbedingung derer abzuschätzen, die keine Vorteile aus dem Kriege gezogen haben. Ein höherer Beamter in einem Privatbetriebe bewies mir auf Grund von Rechnungen, daß er, der erst zu Beginn des vierten Kriegsjahres eine Teuerungszulage von 15 Proz. seines

Gehaltes erhalten hatte, sich vor dem Kriege mit seinem Monatsgehalte sieben gute Anzüge hätte kaufen können, sich aber nun trotz der Teuerungszulage nur zwei Anzüge von äußerlich gleicher Art, von tatsächlich aber weit schlechterem Stoff und damit Tragdauer zu beschaffen in der Lage war. Am Ende des 4. Kriegsjahres betrug die Teuerungszulage 20 %, die Kleiderpreise waren aber grauenhaft gestiegen.

Wir besitzen zwar eine große Anzahl von Preisfestsetzungen mit mannigfach ausgedachten zeitlichen und örtlichen Abstufungen, aber gerade deshalb entziehen sich die tatsächlichen Preise, die die behördliche Klarstellung meiden, vor allem die Preise des in die Privatwirtschaften tief einschneidenden Schleichhandels, der statistischen Erfassung. Als Rohmaterial einer Preisstatistik für die Kriegszeit besitzen wir bloß die staatlichen Höchstpreise, die in den meisten Fällen Mindestpreise sind, und die Feststellungen der Kriegswucherämter, die wieder nur die äußersten Auswüchse der Preistreiberei des Schleichhandels, soweit er faßbar war, erkennen lassen. Zwischen diesen Grenzen findet sich eine Mannigfaltigkeit von Preisen, die jeder amtlichen Feststellung spotten, die sich der Erfassung entziehen und deshalb als Unterlage einer amtlichen Statistik nicht dienen können.

Der Zustand der Kriegszeit ist: Hohe Nominallöhne neben der Unmöglichkeit, die Familienmitglieder im physiologischen und den Haushalt im ökonomischen Gleichgewicht zu erhalten.

V. Der Arbeitsmarkt nach dem Kriegsende.

Nach dem Friedensschluß wird die Volkswirtschaft vor einem ganz neuen Lohnproblem stehen, das nicht minder verschieden sein wird von den Lohnproblemen während der Kriegszeit, wie es abweichen wird von den Lohnproblemen der Friedenszeit. Wohl werden eine Reihe von Abmachungen der Kriegszeit in die Friedensperiode hineinragen und auf diese nachwirken. Diese Ausstrahlung wird nicht von langer Dauer sein, sie wird auch innerhalb dieser Wirkungszeit das Lohnproblem kaum ausschlaggebend kennzeichnen. Eine Reihe von Tarifverträgen sind zumeist unter Mitwirkung behördlicher Organe während der Kriegszeit immer wieder von neuem, unter mehr oder minder glücklicher Anpassung an die Bedürfnisse der Kriegszeit, verlängert worden. Stets war die Laufzeit dieser Tarifverlängerung kurz, bei manchen

ging sie ausdrücklich über die Zeit des Friedensabschlusses hinaus, aber meist nur für wenige Monate. So wertvoll unzweifelhaft über das Kriegsende hinaus gesicherte Tarifverträge für die Festigkeit des Arbeitsverhältnisses in der ersten und schwersten Periode der Uebergangswirtschaft sind, so sehr sollte man sich hüten, ihre Bedeutung zu überschätzen.

Für die erste Zeit des Friedens wird noch wichtiger als die Entlohnung die Frage sein, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen überhaupt auf Beschäftigung rechnen können. Wohl ist die Verpflichtung für die Unternehmer, ihre Kriegsteilnehmer zu beschäftigen, schon aufgeworfen worden, aber es ist noch strittig, ob eine moralische Verpflichtung oder eine öffentlich-rechtliche Zwangsanordnung, die die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer dem Unternehmer auferlegt, mehr zu empfehlen ist. In vielen Fällen könnte diese Verpflichtung nicht bloß zur Last für die Unternehmer, sondern auch zur Fessel für die Angestellten und Arbeiter werden. Die Arbeiter können eine Rückkehr in den alten Betrieb, wenn sie ihnen auch nicht aufgezwungen werden kann, doch als eine Verpflichtung ansehen, der sie sich unterwerfen, weil sie meinen, daß sie sich sonst eines Rechtes begeben, durch dessen Verzicht sie zu einem freilich nicht voraus bestimmbaren Schaden kommen können; manche dürften die Rückkehr in den Betrieb als eine Art Zwangsarbeitsverhältnis empfinden, in dem ihnen die Freizügigkeit abgeht und in dem sie sich dem Willen der Unternehmer mehr als sonst im Arbeitsverhältnis zu fügen haben. Sie werden auch meinen, daß sich der Unternehmer ihnen gegenüber als Wohltäter fühlt, der Rücksichten verlangt für die Guttaten, die er, wenn auch auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen, leistet. So könnte das Arbeitsverhältnis unter bestimmten Voraussetzungen zum Schaden der Arbeiter eine unnatürliche Gestalt bekommen, hier und da mehr zum Vorteil der Unternehmer als der zu schützenden Arbeiter und Angestellten. Die freie Entschließung der Zurückkehrenden würde beengt werden. Viele werden der vor dem Kriege geübten Arbeit entwöhnt sein, oder sie werden aus andern Gründen Anlaß haben, den Beruf zu wechseln und sich trotzdem nicht hierfür entscheiden, weil sie die ihnen vom Gesetz geschaffene Möglichkeit nicht ungenutzt lassen wollen. Bei der praktischen Durchführung einer derartigen gesetzlichen Bestimmung werden sich starke Ungleichheiten ergeben. Zahlreiche Betriebe, vor allem Klein- und Mittelbetriebe, wurden während des Krieges aufgelassen, viele werden infolge der Um-

schaltung der Industrie zu Kriegsindustrien und bei weiterer Umformung nach dem Kriegsende nicht mehr die früher gewohnte Beschäftigungsgelegenheit für die vor dem Kriege verwendeten Arbeiter gewähren. Viele Betriebe werden in andere Hände übergegangen sein, sie werden aus privaten Unternehmungen Aktiengesellschaften geworden sein, weitere werden durch Fusionen ihre Selbständigkeit verloren haben. Es wird in allen diesen Fällen sehr strittig sein, ob man dem Rechtsnachfolger auferlegen kann, den von seinem Vorgänger vor dem Kriege beschäftigten Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu sichern; endlich wird die Frage sehr nahe liegen, ob den Unternehmern, die wegen Mangels an Aufträgen oder wegen des Fehlens von Rohmaterial ihren Betrieb sperren oder einschränken müssen, irgend eine Verpflichtung zugunsten der früher beschäftigten Arbeiter für die Zeit des Stillstandes der Unternehmung aufgelegt werden kann. Es würde das heißen, daß eine Verpflichtung zur Arbeitslosenunterstützung einzelnen Unternehmern aufgebürdet wird, während andere Unternehmer diese Verpflichtung nicht zu tragen haben würden.

So selbstverständlich die moralische Verpflichtung der Unternehmer den von ihnen vor dem Kriege beschäftigten Arbeitern gegenüber erscheint, so schwierig dürfte die Festlegung einer derartigen Pflicht sein. Gesicherte Beschäftigung nach dem Kriege wird erheblich wichtiger sein, als die Festlegung der Entlohnungsgrundsätze in der ersten Zeit der Uebergangswirtschaft. Die Lohnform und Lohnhöhe werden vor allem für die gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter, das werden die aus dem Kriege heimkehrenden vielfach sein, in sehr hohem Maße durch die Zahl der Beschäftigungslosen beeinflußt. Der Wunsch nach Beschäftigung wird nach dem Kriege bei der großen Zahl der Heimkehrenden den Ausschlag geben.

Während die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter nicht bloß dank der Demobilisierung, sondern auch infolge der Stillegung der Kriegswerkstätten und Kriegsfabriken, sehr groß sein wird, wird der Rohstoffmangel wegen der Schwierigkeiten der Rohstoffzufuhr den Beschäftigungsgrad niederdrücken. Wohl werden große Massen der durch die Militärverwaltung beschlagnahmten Rohstoffe freigemacht werden, aber sie können wegen der zur Zeit der Demobilisierung besonders großen Transportschwierigkeiten nur langsam aus den Kriegs- und Etappengebieten in die Weiterverarbeitungsstellen gebracht werden. Sie dürften, auf die einzelnen

Betriebe verteilt, bald verarbeitet sein. Da diese Zeit für die Behandlung des Lohnproblems sehr ungünstig sein wird, ist zu wünschen, die Grundsätze der Entlohnung vorher festzulegen.

Die starke Zunahme der Frauenarbeit in der Zeit des Krieges kompliziert das Lohnproblem des Krieges durch die Notwendigkeit, Frauen- und Männerarbeit gegeneinander neu abzugrenzen. Die Gefahr eines scharfen Wettbewerbs der Frauenarbeit für die Männerarbeit wird desto größer, je mehr die Frauen während der Kriegszeit in Berufe eingedrungen sind, die ihnen früher durchaus fremd waren und die nach der vor dem Kriege herrschenden Auffassung, auch nach der der Unternehmer, keinen Raum für die Betätigung der Frauen boten[5]). Wir wissen, daß dieser Einbruch in die festesten Positionen der Männerarbeit nicht nur auf dem Gebiete der Kriegsindustrien im engeren und im weiteren Sinne, sondern auch in fast allen staatlichen Betrieben und Aemtern vom Eisenbahnverkehr bis in die Gerichtssäle stattfand. Gelernte Arbeit, die man sich ohne Facharbeiter nicht vorstellen konnte, ist während des Krieges mit vollem Erfolg in zahlreiche sehr einfache Teiloperationen zerlegt worden, die dann von den Arbeiterinnen entweder ohne jede Anlernung oder nach kurzer Anlernung ausgeführt werden konnten. Unter diesem Eindringen der Frauenarbeit in den streng gehüteten Bereich der gelernten Arbeit hat die Leistungsfähigkeit der Betriebe nicht gelitten. Bei der Peinlichkeit der Militärverwaltung in der Abnahme der Munition ist dies unbestreitbar und, soweit ich es verfolgen kann, auch unbestritten geblieben. Diese Arbeit der Frauen hat die Gestehungskosten der Friedensarbeit erheblich hinuntergedrückt. Da vom Standpunkte der Unternehmer die Frau als Arbeiterin eine Reihe von Vorzügen vor den unbotmäßigeren Arbeitern besitzt, dürfte auch nach der Heimkehr der gelernten Arbeiter bei den Unternehmern der Wunsch sehr lebendig sein, die im Kriege bewährten Arbeiterinnen an die Betriebe zu fesseln und nicht die vor dem Kriege übliche Zusammensetzung der Arbeiterschaft wieder herbeizuführen. Selbst die der Frauenarbeit früher völlig abgeneigten Eisenbahnminister Preußens und Bayerns sprachen mit dem größten Lobe von den Leistungen der Arbeiterinnen in

[5]) s. Oppenheimer Hilde und Radomski Dr. Hilde, Die Probleme der Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft (Mannheim 1918) und Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges, dargestellt nach Erhebungen im August-September 1916 vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Stuttgart 1918).

der Kriegszeit; sie erklärten, daß es nicht angehe, nach dem Kriege auf Arbeitskräfte zu verzichten, die sich in so hohem Maße bewährt haben. Ist die Frauenarbeit schon in zahlreiche Berufe und Dienstleistungen eingedrungen, die ihr vor dem Kriege fremd waren, so hat sie sich dort, wo sie früher schon, wenn zum Teil nur sporadisch, vorkam, einen breiten Raum geschaffen. Sie herrscht in zahlreichen Betrieben, wo früher, sei es aus sachlichen Gründen, sei es aus theoretischer Abneigung der Unternehmer gegen die Frauenarbeit, sei es endlich infolge des Wunsches, Arbeiterinnen neben Arbeitern nicht zu beschäftigen, die Betriebe und Geschäfte der Frau verschlossen geblieben sind. Im dritten Kriegsjahr überstieg zum ersten Male die Zahl der krankenversicherungspflichtigen Arbeiterinnen die der in den deutschen Krankenkassen überhaupt versicherten Arbeiter [6]). Haben wir schon vor dem Kriege feststellen müssen, daß die Eheschließung für die Arbeiterin nicht die Rückkehr in das Haus, nicht den Verzicht auf die gewerbliche Betätigung bedeutet, so wird das in noch viel höherem Maße für die Periode nach dem Kriege gelten. Das eigene Einkommen hat sich den Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse während des Krieges ebenso als eine Annehmlichkeit wie als eine Notwendigkeit erwiesen. Die Arbeiterin gewann während des Krieges in weit höherem Maße als vorher das Gefühl der Selbständigkeit. Sie wird sich innerhalb der Arbeiterfamilie nicht mehr mit ihrer früheren Stellung und auch nicht mehr mit dem ihr früher gewährten Haushaltungsgelde bescheiden wollen. Die Frauenarbeit wird vor allem wegen der durch sie vollzogenen Verdrängung der Arbeiter aus den gewerblichen Berufen, wie wegen ihres noch mehr als vor dem Kriege gesteigerten Wettbewerbs, auf die Löhnung der Arbeiter drücken. Der Lohn der männlichen Arbeiter dürfte deshalb noch weniger als vor dem Kriege ausreichen, eine Familie zu erhalten. Deshalb dürfte sich der Antrieb der Frau, erwerbstätig zu sein, nicht mindern. Die Frau, die vor der Wiederkehr des Friedens aus den Maßnahmen der Kriegsfürsorge viele Vorteile gezogen hat, wird diese natürlich nach Beendigung des Krieges nicht mehr genießen. Dieser Einnahmeausfall wird die Frauen der Arbeiterklasse antreiben, sich dauernd der gewerblichen Arbeit zu widmen. Das Erwerbsleben wird von den Arbeiterinnen in weit höherem Maße als vor dem Kriege als dauerndes Schicksal empfunden werden. Kaum wird das Mädchen, das nach der Schulentlassung in die Fabrik geht,

---

[6]) Oppenheimer und Radomski a. a. O., S. 19 f.

mit der Aussicht rechnen, daß sie in wenigen Jahren heiraten werde und dann dem Berufe nicht mehr nachzugehen habe. Der Krieg hat das Uebergewicht der Frauenarbeit im heiratsfähigen Alter so gesteigert, daß sich die Verminderung der Heiratsaussichten allen Mädchen, vor allem den nichtbesitzenden, aufdrängen muß. Wird schon das junge Mädchen beim Eintritt in den Beruf mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, in diesem Berufe weiter wirken zu müssen, so wird das in noch viel höherem Maße für die zahlreichen Kriegerwitwen wie für die Frauen der im Kriege ganz oder zum Teil erwerbsunfähig gewordenen Männer gelten.

So werden wir mit zahlreichen Triebkräften für die dauernde Betätigung der Frau in der Industrie zu rechnen haben. Bei dem hieraus sich ergebenden Komplex von Problemen handelt es sich vor allem um ein Lohnproblem, aber auch um ein Problem der Beschäftigungsmöglichkeit. In der Zeitspanne der Uebergangswirtschaft, in der eine genügende Zufuhr von Rohstoffen möglich sein wird, werden alle irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte Beschäftigung finden. In der ersten Periode der Uebergangszeit wie in der entscheidenden Zeit, die nach Abschluß der Uebergangswirtschaft zu einem normalen Zustand führen wird, wird sich das Ueberangebot der Frauenarbeit als eine wichtige soziale Erscheinung ergeben, die sowohl hinsichtlich der Arbeiterinnen wie mit Rücksicht auf die leicht durch die Arbeiterinnen niederzudrückenden Löhne der Arbeiter von der größten Bedeutung für die Struktur der Gesellschaft wie der Wirtschaft nach dem Kriege sein wird.

Mit einer Hemmung der Eheschließungen, mit einer ungünstigen Wirkung auf die Geburtenzahl muß man hierbei rechnen. Staatliche und gesellschaftliche Probleme, durchaus nicht bloß reine Arbeiterfragen drängen sich auf. Für die Arbeiter handelt es sich hierbei um ein großes privatwirtschaftliches, aber auch um ein bedeutsames Klassenproblem, das die politische Arbeiterbewegung, in noch weit höherem Maße die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung berühren wird. Gewerkschaften und Sozialdemokratie müssen einen Ausweg aus den sich entgegenstehenden Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen suchen. Auch Staat und Gesellschaft sollten rasch diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit widmen.

Staat und Gesellschaft werden sich den zahlreichen sozialen Problemen der Nachkriegszeit stellen müssen. Ist der Krieg zu Ende, so werden nur noch kurze Frist das vaterländische Hilfsdienst-

gesetz und die Vollmachten, die am 4. August 1914 der Regierung eingeräumt wurden, gelten können. Der alte Rechtszustand, wie er vor dem Frieden bestand, wird damit automatisch wieder volle Rechtskraft erhalten, aber er wird, schon ungenügend für die Zeit vor dem Kriegsausbruch, durchaus nicht ausreichen für die zahlreichen Arbeiterfragen, die infolge des Krieges aufgeworfen werden. Nach dem, was über die Vorbereitungen der Unternehmer bekannt geworden ist, darf ich vermuten, daß sie ihre Arbeitgeberverbände für die Zeit nach dem Kriege vollständig mobil gemacht haben.

Auch die Arbeiterorganisationen und die öffentlichen Gewalten müssen ihren Aufgabenkreis für die Regelung der Arbeitsverhältnisse und für die damit zusammenhängenden engeren und weiteren Probleme klar umschreiben und die notwendigen Vorbereitungen für die Lohnregelung in der Zeit nach dem Kriege treffen.

VI. Das Lohnproblem nach dem Kriege.

Das mindeste, was der Arbeiter im Lohne, dem Entgelte seiner Arbeitsleistung, zu finden hat, ist die Reproduktion der verausgabten Arbeitskraft als subjektive, von ihren eigenen Vergegenständlichungs- und Verwirklichungsmitteln getrennte abstrakte, und in der bloßen Leiblichkeit des Arbeiters existierende Reichtumsquelle, kurz, den Arbeiter als Lohnarbeiter. Diese vergegenständlichte Reproduktion oder Verewigung des Arbeiters ist das eine qua non der kapitalistischen Produktion. Der Arbeiter darf also nach Marx nicht infolge ungenügender Entlohnung und deshalb mangelhafter Ernährung, Behausung, Kleidung, moralischer und geistiger Beeinflussung weniger leistungsfähig, weniger innerlich gefestigt bleiben, als er vor dem Antritte der Arbeit gewesen ist. Marx[7]) sagt aber weiter an der angeführten Stelle, daß der Lohn genügen müsse zur ständigen Reproduktion, zur Verewigung des Arbeiters, also zur Erhaltung der Volkszahl, d. h. zur Gründung der Familie, zur Aufzucht gesunder und leistungsfähiger Kinder, die für einen gleichbleibenden oder wachsenden Bedarf für die Industrie an Arbeitskraft ausreichen. In diesem Satze verbirgt sich das ganze bevölkerungspolitische Lohnproblem der Zeit nach dem Kriege: Die Fragen, wie man die in der Kriegszeit sehr hinuntergedrückte Arbeitsfähigkeit wie-

[7]) Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, Volksausgabe S. 508, s. auch a. a. O. S. 509 f., 339, 456 f.

der regeneriere und in ihre durchschnittliche Leistungsfähigkeit zur Zeit vor dem Kriege zurückführe, wie man den Nachwuchs der Arbeiterklasse sichere, wie man dem Geburtenrückgang steuere und den durch den Krieg und die Kriegsfolgen verursachten Menschenausfall ausgleiche. Das Problem ist also nicht bloß ein Problem des Arbeiters und der Arbeiterfamilie, auch nicht lediglich ein Problem der Arbeiterklasse und ihrer beruflichen Organisationen, es ist weit mehr ein Problem der gesamten Gesellschaft und ihres Machtausdruckes, des Staates. Es ist somit ein privatwirtschaftliches wie ein volkswirtschaftliches, ein gewerkschaftliches, wie ein politisches Problem. Damit ist aber die Vielseitigkeit der aufgeworfenen Frage noch lange nicht erschöpft.

Wie die Bevölkerungspolitiker und Sozialpolitiker müssen auch die Wirtschaftspolitiker auf eine, dem großen Ganzen dienende Lösung drängen. Je schwieriger es Deutschland wird, seine Stellung im Wirtschaftsleben der ganzen Welt aufrecht zu erhalten, desto mehr Gewicht muß es auf die gesunde Konsumkraft der breiten Massen legen. Von diesen allein kann der Anstoß zu einem blühenden Wirtschaftsleben und zum Tragen der Lasten kommen, die, sei es in Form von Steuern oder Monopolen, eine Verdreifachung oder Vervierfachung der Verpflichtung der privaten Wirtschaften für die öffentlichen Lasten nötig machen dürften.

Alles spricht leider dafür, daß diesem Kriege nicht eine Periode eines langen und gesicherten Friedens folgen werde. Mit aller Wahrscheinlichkeit ist zu rechnen, daß aus dem Kriege eine Fülle von Haß und Mißtrauen zwischen den Nationen in die Friedenszeit hinübergebracht werde. Die Fortdauer der Rüstungen und die Notwendigkeit, den letzten Mann bereit zu halten für Waffengänge in nicht ferner Zeit, könnte das Ergebnis des Weltkrieges werden. Je mehr man mit dieser Möglichkeit rechnen muß, desto stärker wird die künftige Lebenslage der Arbeiterklasse, ihre körperliche, geistige und moralische Entwicklungsfähigkeit ein Problem nicht nur des Friedensstaates, sondern auch des Militärstaates. Selbstverständlich ist die künftige Lebenshaltung der Arbeiter auch ein Problem der deutschen Kulturentwicklung. Körperlich niedergedrückte, ungenügend ernährte, durch die Arbeit ermüdete Menschen vermögen nicht Träger und auch nicht Aufnehmer der Kultur zu sein; sie sind naturgemäß keine

Subjekte und auch keine Objekte für die höheren Aufgaben der Menschheit.

Endlich ist, um nur die Hauptgesichtspunkte zusammenzufassen, das Lohnproblem auch ein Problem der Gesundheit des Volkes; während des Krieges hat die Widerstandsfähigkeit aller Glieder des Volkes in bedenklicher Weise abgenommen, die Empfindlichkeit für Krankheiten wuchs, die Lebenswahrscheinlichkeit ging hinunter, und die Kindersterblichkeit schnellte in unheimlicher Weise in die Höhe. Daß eine Fortdauer ungünstiger Lebensbedingungen für die breiten Massen der Bevölkerung diese Gefahren noch weiter steigen lassen müßte, bedarf natürlich keiner weiteren Auseinandersetzung. Will man diesen Prozeß aufhalten, so bedarf es einer völligen Umänderung der Lebensführung der Arbeiterschaft. Das sind genügend Antriebe, um die Lebenshaltung der Arbeiter in der Zeit des Friedens zu steigern, um ihre moralische Kraft, vor allem durch den Glauben an ihren Aufstieg zu heben.

Wir benötigen nach dem Krieg berufsfreudige Arbeiter; diese werden wir nicht gewinnen, wenn man sie lediglich als ein Werkzeug der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Sie müssen sich als notwendige Subjekte des wirtschaftlichen Neuaufbaues fühlen. An all diesen Gesichtspunkten hat die gesamte Gesellschaft, wenn wir sie als eine soziologische Einheit betrachten, das lebendigste Interesse. Dieses Interesse fällt zusammen mit dem der Arbeiterschaft, wie mit dem ihrer Organisationen. In den Zeiten vor dem Kriege hat sich die Staatsgewalt zumeist mit der Lohnpolitik der Unternehmer identifiziert. Den Kampf der Arbeiter um eine höhere Lebenshaltung hat die Staatsgewalt in der Regel mit einer Auflehnung gegen die bestehende Ordnung gleichgestellt und ihn als eine Stärkung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen empfunden.

Nach den überaus schweren Menschenverlusten und nach den noch eine weit größere Zahl von Kriegsteilnehmern betreffenden starken Schädigungen und Verringerungen der Arbeitsfähigkeit muß die Regierung alles daran setzen, um den Faktor Arbeitskraft im Produktionsprozeß nicht ungünstig zu stellen. Völliger Ausgleich ist zu erstreben für die nicht hoch genug zu wertenden, im Gefolge des Krieges erwachsenen Verluste an Volkskraft.

Die Unternehmer und auch die Staatsgewalt haben das Lohneinkommen lediglich als Produktionskostenelement beurteilt. Auch

nach dem Kriege dürften die Unternehmer davon nicht abweichen wollen. Die Unternehmer und unsere ganze Volkswirtschaft haben ein durchaus berechtigtes Interesse an der Wiedergewinnung des vor dem Kriege erzielten Exports. Doch soll nicht unsere ganze Wirtschaftspolitik ausschließlich auf die Steigerung des Exports gerichtet sein, wichtiger bleibt die Kräftigung des inneren Marktes. Die Produktion der für das Ausland bestimmten Waren bedingt bloß einen verhältnismäßig geringen Bruchteil unserer wirtschaftlichen Betätigung. Die Ausfuhr zu pflegen und den inneren Markt hierdurch zu schädigen, wäre eine verhängnisvolle Politik, unter der zuletzt auch die wirtschaftliche Kraft zur Ausfuhr leiden müßte. Mit der sehr populären Empfehlung der Exportförderung begründen die Unternehmer die Fortsetzung der Lohnpolitik aus der Zeit vor dem Kriege in der Zeit nach dem Kriege.

Die Produktionsvoraussetzungen für die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands nach dem Kriege sind unerfreulich. Die wichtigsten Rohstoffe und ein bedeutender Teil der Lebensmittel für Menschen und Tiere müssen wir aus dem Ausland beziehen. Wir müssen sie uns im wesentlichen aus den Gebieten der jetzt mit uns im Kriege stehenden Länder zuführen. Das hat eine Erschwerung der Zufuhr und eine ungünstigere Stellung unseres Wirtschaftslebens gegenüber dem unserer Konkurrenten zur Folge. Wir müssen mit einer Verteuerung der Zufuhr, mit ihrer künstlichen Verminderung wie mit einer Steigerung der Zufuhrkosten wegen des ungenügenden Schiffsraumes rechnen. So günstig die geographische Lage Deutschlands für die Kriegführung war, so ungünstig ist sie, verglichen mit den Bedingungen unserer Konkurrenten, für unsere Welthandelsstellung, insbesondere in einer Periode stark verminderter Welttonnage und bei der noch lange Zeit nicht zu umgehenden Notwendigkeit, sich in der Friedenszeit des Schiffsraumes unserer jetzigen Gegner zu bedienen. Ist auch und bleibt aller Voraussicht nach unsere Valuta günstiger als die Osteuropas, Südosteuropas und Oesterreich-Ungarns, so bleibt sie doch aller Wahrscheinlichkeit nach ungünstiger als die Valuta der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Japans und auch der meisten südamerikanischen Staaten, an die unsere Unternehmer nach dem Krieg für den Bezug von Rohstoffen zahlungspflichtig werden. Die unmittelbare wie die mittelbare steuerliche Belastung dürfte unsere Industrie stärker treffen, als die wichtiger Konkur-

renten in der Nachkriegszeit, so der Vereinigten Staaten, Japans und vielleicht auch Großbritanniens.

Je mehr ungünstige Momente die Rückgewinnung unserer Exportmöglichkeiten erschweren, desto mehr droht uns die Herabdrückung der Löhne, als ein Mittel, die Konkurrenzfähigkeit wieder herzustellen. Der Produktionsfaktor Arbeit reizt als das wichtigste der vom Weltmarktpreisbildung verhältnismäßig unabhängigen Kostenelemente zur Hinunterdrückung. Diese Tendenz muß nicht absolut in einer Verkürzung der zur Auszahlung gelangenden Lohnsummen zum Ausdruck kommen. Durch veränderte Lohnmethoden, durch Verschiebung in der Auswahl und Beschäftigung der Arbeiter, durch erhöhte und vervollkommnete Maschinerie und Fabrikorganisation kann man zu Höchstleistungen der Arbeitskraft gelangen, wobei der einzelne in der Beschäftigung verbleibende Arbeiter zwar zum Schaden seiner Gesundheit und Lebensfähigkeit seine Arbeitskraft übermäßig ausgibt, aber in den zur Auszahlung gelangenden Lohnsätzen nicht benachteiligt erscheint. Die Arbeiterschaft als Ganzes wird in weit höherem Maße als die unmittelbar betroffenen Arbeiter durch die arbeitsparenden Methoden schwer geschädigt, falls mit einer wachsenden industriellen Reservearmee dauernd zu rechnen sein würde, auch die beschäftigten Arbeiter würden durch die Wirkungen der Reservearmee wirtschaftlich, gesundheitlich und auch in ihrem Solidaritätsempfinden hinuntergedrückt. Der Widerstand der Arbeiterschaft gegen die lohndrückenden Tendenzen fällt mit den Interessen von Staat und Gesellschaft zusammen, die sich freilich noch lange nicht allgemein durchgesetzt haben.

VII. Die Sicherung der alten Löhne.

Das schwierigste Problem der historischen Statistik ist, die Wertveränderungen der Waren festzustellen. Die Marktstatistik der Kriegszeit ist vor ähnliche Schwierigkeiten gestellt, weil sie eine der einschneidensten Preisrevolutionen der ganzen Wirtschaftsgeschichte nicht zahlenmäßig erfassen kann. In einer kurzen Spanne Zeit haben wir unter mannigfachen Schwankungen eine Veränderung unseres gesamten Geldwesens zu beobachten gehabt. An Stelle der Goldwährung sind wir zum Zwangskurs der Noten gekommen. An Stelle ganz unerheblicher Schwankungen unseres Geldwertes an den fremden Börsen, die nur den kapitalkräftigsten

Banken und nur bei außerordentlich großen Umsätzen das Arbitragegeschäft einkömmlich erscheinen ließen, ist die peinlichste Unruhe auf dem Valutenmarkt getreten, die wie eine allgemeine, und dabei in ihrer Höhe nicht zu berechnende Zollerhöhung für alle eingeführten Waren, also auch für unentbehrliche und bisher zollfreien Roh- und Hilfsstoffe, wie für Nahrungsmittel für Menschen und Vieh, und auch für Dungstoffe für unsern Boden wirkt. Diese Preisrevolution empfinden wir trotz des Zwangskurses auf den heimischen Märkten nicht minder als auf dem Weltmarkte. Es gibt keinen Preis mehr, der nicht den in den letzten Friedensjahren gezahlten weit übersteigen würde. Der Staat hat auf die Steuern, die Verkehrsanstalten haben auf die Fahrpreise und auf die Frachtgebühren, alle Händler auf ihre Waren, die Hausbesitzer auf die Mieten Zuschläge gemacht. Daß wir zu den alten Preisen im nächsten Jahrzehnt zurückkehren können, wird allgemein als ausgeschlossen betrachtet. Bei den Steuern und Gebühren ist unbestreitbar noch mit einer erheblichen Steigerung zu rechnen. Wie weit die Zölle nach dem Kriege die Warenpreise verteuern werden, kann nicht vorausgesehen werden. Der Gang unserer Valuta, auf deren Besserung alle Wirtschaftspolitiker Bedacht nehmen müssen, wird zuletzt von der Dauer des Krieges und von dem Vorrat an internationalen Zahlungsmitteln abhängen, die uns zum Ankaufe der für die Inbetriebsetzung unserer Friedensindustrien notwendigen ausländischen Roh- und Hilfsstoffen zur Verfügung stehen werden. Von diesen Momenten aber, wenn auch nicht von diesen allein, wird der Gang der Preisentwicklung nach dem Kriege abhängig sein.

Wir vermögen nicht mit einer Indexzahl die Entwicklung der Kleinhandelspreise in Deutschland für die Kriegsjahre festzustellen unter der Voraussetzung, daß wir für das Jahr 1913 die Zahl 100 zugrunde legen. Um so weniger vermögen wir für die Zukunft irgendwelche Feststellungen zu machen, da man mit ausschließlich unbekannten Zahlen nicht rechnen kann. Die Aussichten, zu einer Formel zu gelangen, auf Grund deren eine Regelung der Löhne nach dem Kriege erfolgen könnte, erscheint fast aussichtslos.

VIII. Die Unruhe der Warenpreise vor dem Kriege.

Die Parlamente, die politischen Parteien, die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich schon vor dem Kriege mit der Teue-

rung sehr lebhaft beschäftigt; es kam auch zu sehr heftigen Arbeiterbewegungen, zu Teuerungsdemonstrationenen allergrößten Umfangs, nicht ganz ohne revolutionären Einschlag, so in Wien und im übrigen Oesterreich, auch im Deutschen Reiche gab es lokale Teuerungsdemonstrationen, wenn auch weniger aufregenden Charakters. Sehr dankenswert waren die Erhebungen, die der Verein für Sozialpolitik vor dem Kriege über die Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten vorgenommen hat, deren wichtigste Bände im Jahre des Kriegsausbruches erschienen waren, aber nicht mehr die erforderliche Beachtung fanden. Die methodischen Schwierigkeiten für den zahlenmäßigen Nachweis, in welchem Umfange die Verteuerung der Lebensmittel und der Mietpreise die Kosten der Lebenshaltung gesteigert hat, wurden eigentlich als unbezwinglich bezeichnet, während die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung ohne weiteres angenommen wurden. Die Verteuerung der Lebensmittel war auch schon vor der Kriegszeit außerordentlich verschieden, worüber der Verein für Sozialpolitik wertvolles Material beibrachte.

Im Vergleich zu der schon vor dem Kriege drückenden Unruhe der Preisbewegung erscheint die während des Krieges wie ein alles niederwerfender Orkan. Jede Festigkeit des Marktes, jede Vorausberechnung für private wie öffentliche Wirtschaften mußte man vermissen. Zu einer Stabilität des Marktes dürften wir aber auch, wenn der Krieg ein Ende genommen haben wird, nicht so bald gelangen, commercium et connubium mit der uns feindlichen Welt wird sich erst langsam einstellen. Selbst wo sie wieder zustande kommen werden, wird man im Interesse der Wiederherstellung der Valuta zahlreiche preisverteuernd wirkende Beschränkungen der Einfuhr durchzusetzen suchen. Nach dem Kriege dürfte man mit noch unruhigerer Preisgestaltung trotz aller preisregulierenden Bestrebungen der öffentlichen Gewalten und mit hohen Preisen für Wohnungsmiete, Lebensmittel, Kleider, Wäsche, Schuhe, Seife, Bücher und Papier für den Massenkonsum, kurz für alle in Frage kommenden Waren zu rechnen haben.

Mag man hoffnungsfreudig oder schwarzseherisch in die Zukunft sehen, eines steht für jede Betrachtungsweise und für alle Temperamente fest: die Unsicherheit des Marktes für die nahe Zukunft. Diese Unsicherheit ist, äußerlich betrachtet, zum Teil auch tatsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, zurückzuführen

auf die Unbestimmbarkeit der Kaufkraft des Geldes. Hieraus ergibt sich für alle Abhängigen, also für alle öffentlichen und privaten Beamten und Arbeiter, vor allem für die in der Industrie und im Handel tätigen, die Unsicherheit ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen nach dem Kriege, beziehungsweise die Uebernahme eines Risikos, auf dessen Gestaltung sie keinen Einfluß nehmen können. Die auf Grund von gesetzlichen Gehaltsregulativen und Tarifabkommen in Geld ausgedrückten Löhne und Gehälter schaffen in ihrer Starrheit und Unabänderlichkeit innerhalb bestimmter Zeitgrenzen für die unruhige Periode der Uebergangswirtschaft keine Sicherheit für die im allgemein gesellschaftlichen wie im privaten Interesse notwendige Reproduktion der Arbeitskraft. Eine weitere Schwächung der Leistungsfähigkeit von Angestellten und Arbeitern widerspricht nicht bloß gesellschaftlichen, staatlichen und militärischen Interessen wie denen der Arbeiter, sondern auch den Interessen der Unternehmer. Die Bedeutung der Reproduktion der Arbeitskraft ist noch niemals den Unternehmern so deutlich zum Bewußtsein gebracht worden als in der Kriegszeit, wo man sich notgedrungen bemühte, mit Schwerarbeiter- und Schwerstarbeiter-Lebensmittelzulagen den sichtbaren Rückgang in der Leistungsfähigkeit menschlicher Arbeitskraft auf Kosten der Unternehmer zu hemmen oder doch zu mindern.

Es bleibt auch für die Zeit nach dem Kriege, wenn auch vielleicht kein Einzelvorteil der Unternehmer, wohl aber einer der Gesamtheit der Unternehmer, sich den Bemühungen nicht zu widersetzen, die durch eine Ausgleichung der Teuerungserscheinungen eine Reproduktion der Arbeitskraft ermöglichen sollen. Doch muß man nach autoritativen Stimmen der Unternehmer zu dem Schlusse kommen, daß die deutschen Fabrikanten den Abbau der Löhne als ihre dringendste lohnpolitische Aufgabe nach dem Kriege betrachten. Der Grad gesellschaftlich zulässiger Lohnverminderungen müßte gemessen werden an der tatsächlichen, übrigens höchst unwahrscheinlichen Verbilligung der Lebenshaltung.

Wer die Preisentwicklung studiert hat, dem kann es nicht unbekannt sein, daß das Steigen und Fallen der Preise fast niemals gradlinig, sondern in Kurven, häufiger sprunghaft als in einem normalen Gange vor sich geht. Wenn wir es als ein allgemeines Interesse betrachten, daß die nach dem Kriege aus allen in Betracht kommenden Gründen notwendig empfundene

dauernde und unterbrochene Reproduktion der Arbeitskraft vor sich gehe, dann ergibt sich als eine praktische Notwendigkeit der von Giffen und der von ihm vertretenen British Association vor 38 Jahren aufgestellten Forderung zu entsprechen, für Geldkontrakte, die sich über längere Zeiträume erstrecken, eine sicherere Grundlage zu gewinnen, als sie das Geld bietet. Diesem Mißstande wäre abgeholfen, wenn der Forderungsberechtigte so viel an Geld erhielte, daß ihm ein bestimmter festgesetzter Bezug an Gütern usw. gesichert wäre, indem die Kontrakte zwar auf Geld lauten, aber die Geldleistung sich von Fall zu Fall in der Art ändere, daß stets die nämliche Verfügungsmacht übertragen werde[8]), Scrope, Jevons und Marshall, auch Lindsays und Wanshs suchten der Bevölkerung die Zweckmäßigkeit der Verträge nahezulegen, in denen auf Grund von Indexzifferntabellen und der hieraus zu ersehenden Preisänderungen die Geldzahlungen für bestimmte Leistungen ermessen werden sollten. Freilich steigert die Kompliziertheit der Indexberechnungen durchaus nicht die Genauigkeit der Maßstäbe für den Geldwert. Das hat schon 1811 Arthur Young mit dem Hinweis auf die ungleiche Wichtigkeit der Gebrauchsartikel betont[9]). In der stark fleischkonsumierenden Arbeiterbevölkerung Großbritanniens wird der Wechsel der Kartoffelpreise auf die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie keinen entscheidenden Einfluß ausüben, desto mehr in der Landbevölkerung Irlands. Je mehr man sich auf Posten der Ausgabenwirtschaft beschränkt, die für die Lebenshaltung der Arbeiter den Ausschlag geben, desto durchsichtiger wird die Vergleichung der Lebenshaltung in verschiedenen Zeiten sein können. Nur mit allen Einschränkungen wird man theoretisch die Vergleichbarkeit der Lebenshaltung der Arbeiter auf Grund von Haushaltsrechnungen fordern dürfen. Ihre Zahl ist zu gering, ihre Vergleichbarkeit macht die größten Schwierigkeiten. Bei einer Lohnregelung allgemeiner Art, bei der die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen wie die Notwendigkeit des Arbeiters, die Reproduktion seiner Arbeitskraft zu sichern, gewahrt werden soll, wird man gut tun, die ausschlaggebenden Nahrungsmittel in den Vordergrund zu stellen, während die, in der Jahresrechnung bloß mit geringen Ansätzen vorkommenden Lebens-

[8]) Zuckerkandl, Die statistische Bestimmung des Preisniveaus im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, 6. Band S. 1164 f.

[9]) Zuckerkandl, a. a. O. S. 1154.

mittel in die Rechnung besser nicht eingezogen werden, wenn sie naturgemäß auch nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Wenn wir uns den Unternehmerstandpunkt vor Augen halten, so finden wir vielfach den Wunsch nach einem späteren Abbau der im Kriege gestiegenen Löhne. Dr. Tänzler hat in einem Vortrage auf der Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in Nürnberg (13. Oktober 1917) über »Unsere künftige Arbeit« ausgeführt, daß man mit dem Anwachsen der Streikbewegung nach dem Kriege zu rechnen haben werde. Er sagte dann wörtlich: »Anknüpfungspunkte hierzu wird namentlich das hohe Lohnniveau bieten, das gegenwärtig einen in den besondern Kriegsverhältnissen liegenden Ausnahmezustand darstellt.« Er fährt weiter fort, daß » . . . . die Teuerung der Lebensverhältnisse, mit welcher noch eine geraume Zeit zu rechnen sein wird, Anlaß zu Streitigkeiten sein wird.« In der Hauptversammlung des bayerischen Industriellenverbandes, die am 16. Dezember 1917 in München abgehalten wurde, führte der Syndikus Dr. Kuhlo, der Geschäftsführer des Verbandes, in seinem Vortrage über die bayerische Industrie in diesem Kriegsjahr aus [10]): »An eine endgiltige Festsetzung der Löhne und an einen Abbau der vorläufigen Teuerungszulagen kann erst gedacht werden, wenn wieder normale Verhältnisse eingekehrt sind.« In der Erörterung über die Lohnfrage, über die leider kein zugänglicher Bericht vorhanden ist, wurden namentlich die Lohnfrage und die Kohlenfrage erörtert. Es wurde unter allseitiger Zustimmung betont, daß die junge Kriegsindustrie daran schuld sei, daß die Löhne so hoch geworden sind. In einem Artikel »Preisbildung und Kriegskosten« in einer dem Zentralverband deutscher Unternehmer nahe stehenden Zeitung [11]) heißt es: » . . . je näher wir dem Frieden und der Wiederherstellung der Weltmarktsbeziehungen für Deutschland kommen, müßte man doch auch unbedingt auf einen Abbau der jetzigen anormalen Arbeiterlöhne hinarbeiten, wenn wir in bezug auf die Preiswürdigkeit unserer Fabrikate mit dem Auslande konkurrenzfähig sein wollen. Bei der jetzigen Höhe der Arbeiterlöhne und ihrem Anteil an den Gestehungskosten unserer Industrie erscheint es fraglich, ob unsere Produktion so billig wird hergestellt werden können, wie es notwendig ist, um den Weltmarkt wieder

[10]) Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung 16. Jahrgang No. 50 vom 16. Dezember 1917. 2. Beiblatt.

[11]) Berliner Börsenzeitung. Ausgabe vom 5. August 1917.

zu erobern.« Die Tendenz des Unternehmers, billig zu produzieren, ist auch bei vollkommener Außerachtlassung aller sozialen Gesichtspunkte volkswirtschaftlich bloß dann zulässig, wenn die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht unter den billigen Produktionskosten Schaden leidet. Je mehr die Unternehmer zu kräftiger Zusammenfassung ihres Willens gelangen, desto weniger kann der rein individuelle Gesichtspunkt, daß man für seinen Betrieb billige Arbeitslöhne erstrebt, maßgebend sein, es darf auch nicht gleichgültig bleiben, wie die billigen Arbeitslöhne auf die Gesamtwirtschaft wirken werden. Einer Kartelleitung sollte, so fern ihr auch jeder soziale Gesichtspunkt liegen mag, doch die Wirkung ihrer Lohnpolitik auf die Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter wichtig erscheinen. Den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Lebenshaltung, die Wirkung auf die Reproduktion der Arbeitskraft, Familiengründung, Kinderzahl und Kinderaufzucht müßte eine große Industriekombination weitsichtiger, sich einer gesellschaftswissenschaftlicher Auffassung nähernd, beurteilen als der nur durch die engsten privatwirtschaftlichen Auffassungen bestimmte Unternehmer. Diese höhere Unternehmerauffassung hat sich noch nicht durchzusetzen begonnen. In dem angeführten Vortrage verlangt Dr. Tänzler den engsten Zusammenschluß der Unternehmerorganisationen, damit sie »sozialen Ueberforderungen entgegentreten« können. Er erstrebt, daß »eine geschlossene Unternehmerreihe hergestellt werde, um in dem zu erwartenden Trommelfeuer das Durchhalten vielleicht möglich zu machen«. Mit keinem Worte kommt er auf den Zusammenhang von Unternehmerinteressen und Sicherung der deutschen Arbeitskraft. Während des Krieges wirkte die Unterernährung auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter in der Kriegsindustrie so stark, daß die Höchstleistungen der Kriegsindustrie fordernde Oberste Heeresleitung und deshalb auch die Unternehmer die bessere Ernährung der Arbeiter und Arbeiterinnen erzwangen. Das Reich und die Gemeinden wurden, im Interesse der Leistungsfähigkeit der zu Heereslieferungen verpflichteten Industrien, zu starken Zuweisungen von Lebensmitteln an die Kriegsindustrien veranlaßt. Größere Werke haben ansehnliche Nebenbetriebe mit kostspieligen Einrichtungen für Schweinezucht und andere Lebensmittelproduktion eröffnet, aus dem Auslande Lebensmittel bezogen und große Aufwendungen hierfür gemacht. So hat eine Fabrik mit etwa 7000 Arbeitern, von denen der größte Teil in der Munitionsindustrie

beschäftigt war, in einem Jahre 850000 M. Nettoverlust bei den Kosten für die Ernährung ihrer Arbeiterschaft gehabt. Das bedeutet eine Ausgabe auf den Kopf und die Woche des beschäftigten Arbeiters von 2 M. Besonders großzügig und kostspielig waren die Einrichtungen der Krupp-Werke für die Ernährung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die meisten Betriebe, auch kleinere, mußten sich bequemen, den Arbeitern neben den Löhnen in Geld Lebensmittel zukommen zu lassen, die, unter dem Einkaufspreise oft den Arbeitern und Arbeiterinnen fast ausnahmslos aber unter dem Marktpreise zugeführt wurden. Doch wurden die Kosten hierfür oft aus Kantinenüberschüssen, Strafgeldern und Preisaufschlägen auf die Lebensmittel gedeckt. Das Interesse der Unternehmer an der Leistungsfähigkeit und damit an der ausreichenden Ernährung der Arbeiter und Arbeiterinnen bleibt jedenfalls klargelegt. Der Produktionsprozeß ist eben zugleich der Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft durch den Kapitalisten. Der Unternehmer hat ein Interesse daran, daß der Arbeiter das für den Verkauf der Arbeitskraft gezahlte Geld in Lebensmittel verausgabt, durch die er sich erhält und reproduziert. Mit den Lebensmitteln, die sich dieser Arbeiter zusetzt, hält er die Arbeitskraft im Gange. Das im Austausch gegen Arbeitskraft veräußerte Kapital wird von der Arbeiterklasse in Lebensmitteln ausgetauscht, deren Konsumtion dazu dient, Muskeln, Nerven, Knochen, Hirn usw. von Arbeitern zu reproduzieren und neue Arbeiter zu zeugen[12]). Niemals sind diese von Karl Marx klargestellten Zusammenhänge so deutlich auch ins Bewußtsein der Unternehmer gelangt, als während der Kriegszeit. Das kollektive Interesse, die Höchstleistung der Munitionsindustrie zu erreichen, hat nicht bloß in Deutschland zum starken Streben der Unternehmer geführt, sich hohe Arbeitsleistungen zu sichern.

Je mehr wir aus den individualistischen Auffassungen herauswachsen, desto lebhafter müssen auch die Unternehmer wünschen, daß die Reproduktion der Arbeiter gesichert bleibt. Wir gehen einer Zeit entgegen, wo nicht bloß, wie Dr. Tänzler wünscht,

---

[12]) Marx, Das Kapital, 1. Band, Volksausgabe, 21. Kapitel, »Einfache Reproduktion«, insbesondere S. 506—510. S. auch über den »Bedingungsausgleich für das physiologische Gleichgewicht der industriellen Arbeitsleistung« in Felix Auerbach, »Ernst Abbe, sein Leben, sein Wirken und seine Persönlichkeit, nach den Quellen aus eigener Erfahrung geschildert« (Große Männer, Studien zur Biologie der Geister. V. Band), Leipzig 1918, S. 404 f.

die Arbeitgeberverbände nach innen und nach außen ausgebaut werden dürften, sondern wo wir einer Vertrustung der deutschen Industrie und einer Zusammenfassung unserer auswärtigen Handelsbeziehungen entgegengehen. Weniger leicht wie der Einzelunternehmer kann der ausgebaute Trust gleichgültig bleiben einer durch ungenügende Ernährung verminderten Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, mag diese auch die Wirkung erwünschter Lohnreduktionen sein. Dieser Lohndruck kann von den Arbeitern und Arbeiterinnen sehr stark empfunden werden, und doch die Geschäftsergebnisse der Unternehmung nicht günstig beeinflussen. Wenn die infolge der niedrigen Löhne verminderte Leistungsfähigkeit des Arbeiters im verringerten Produktionsergebnis in Erscheinung tritt, so wird die Unternehmung zu erwägen haben, ob sie die Lohnersparnisse als Vorteil buchen darf, auch wenn sie die Produktionsausfälle durch Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen ausgleichen muß[13]). Da die kollektive Unternehmungsform weniger mit dem momentanen als mit dem dauernden Gewinn rechnet, und deshalb auch die Arbeitskraft als nicht auswechselbaren Produktionsfaktor beurteilen muß, so sollte man bei dem sich vor unsern Augen vollziehenden Uebergang zu höheren Unternehmungsformen ein wachsendes Interesse der Unternehmer an einer die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen sichernden Lohnhöhe nicht als utopisch erachten.

Die scheinbar naturgemäße Form für die Sicherung der Arbeitskraft durch ihre ausreichende Reproduktion wäre ein Uebergang vom reinen Geldlohnsystem zu einem mehr oder minder von Naturalleistungen durchbrochenen Lohnsysteme. Hat man auch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Naturalleistungen, die während des Krieges an die Arbeiter üblich waren, nicht mit einem Schlage abgeschafft werden, wenn die Kriegsindustrie zur Ruhe kommen sollte, so muß man doch annehmen, daß das Naturallohnprinzip weder bei den Arbeitern noch bei

[13]) Vor mehr als 100 Jahren hatte das Heinrich Theodor Schön erkannt. In seiner Selbstbiographie heißt es: »Ein von der Landespolizeibehörde gefertigter Kirchenzettel für das untertänige Gesinde in Schlesien bestimmt, daß jeder Knecht und jede Magd jährlich ein Pfund Fleisch bekommen sollte . . . . Die Folge davon sprang in die Augen, die Arbeiter waren so schwach, daß man auf einem Gute in Schlesien 33% mehr Leute haben mußte, als man bei gleicher Wirtschaft im Magdeburgischen hatte.« Zitiert bei Wilhelm Hausenstein, Johann Gottfried Seume, ein literarisches Porträt etc. Leipzig 1917, S. 9.

den Unternehmern, viel Freude auslöst. Den Unternehmern sind die den Industrieunternehmungen während des Krieges angegliederten landwirtschaftlichen Nebenbetriebe eine Last, sie dürften in der Regel auf diesem fremden Gebiete zu teuer produzieren. Die Einheitlichkeit ihres Betriebes wird durch derartige Nebenbetriebe zerrissen; das wesensfremde, das in der landwirtschaftlichen Produktion für die Industriellen liegt, erschwert auch die Kontrolle. Die Arbeiter haben durch Jahrzehnte um nur in Geld ausgedrückte Löhne gekämpft, sie werden niemals das Mißtrauen los, wenn ihre Entlohnung in anderer Gestalt als in landesüblicher Münze erfolgt. Sie empfinden auch eine gewisse Unfreiheit ihres Haushaltes, falls ihnen Naturalleistungen zuteil werden. Die große Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse der Lohnarbeiter würde den Naturallohn zu einer Quelle vieler Differenzen werden lassen. Der auf das Wirtshaus angewiesene Junggeselle oder der alleinstehende Witwer und auch das kinderlose Ehepaar, wenn Mann und Frau in die Fabrik gehen, werden die Naturallöhnung nicht wünschen, während sie für den kinderreichen Arbeiter, dessen Frau sich ganz der Wirtschaft widmet, theoretisch eine sehr erfreuliche Erscheinung sein mag, praktisch aber manchen Unfrieden in die Familie tragen kann. Doch lehrt jede Preisunruhe und deshalb vor allem die Preisrevolution dieser Jahre, daß der Geldlohn weit unsicherer ist, als der Naturallohn.

Eine Anpassung des Lohnes an die Preisbewegung der wichtigsten Waren zur Deckung der Lebensmittelbedürfnisse der Arbeiter scheint heute dringlicher denn je. Die Unternehmer wehren sich gegen jede Form des Lohnes, die zur Voraussetzung die Berechnung wechselnder Lebensmittelpreise hat. Doch haben sie außer bei der Arbeitskraft meist mit dem ununterbrochenen Wechsel der Preise der Produktionsfaktoren zu rechnen, so bei den Beschaffungskosten von Kohle, von Fetten und Oelen, von allen Rohstoffen, so beim Bankzinsfuß. Die Unternehmer in Deutschland haben sich der Preispolitik des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, den Schwankungen der Metallbörsen in London, den Ergebnissen der Tabakauktionen in Amsterdam, der Preisbewegung der Baumwollbörsen in Liverpool und Bremen, der Festsetzung des Reichsbankzinsfußes, den wechselnden Kontokorrentzinsen der Kreditbanken und den Schwankungen der Valutanotierungen unterworfen. Sie haben aber nur in die gleitende Lohnskala (sliding scale) im englischen Bergbau eingewilligt, weil

die wechselnden Kohlenpreise zur Voraussetzung für die Aenderung der Löhne gemacht wurden. Während vom Standpunkte der Arbeiter die Lebenskosten, die Löhne, diese wieder die Preise bestimmen sollten. Daß es sich hierbei auch um ein gesellschaftliches Interesse handelt, suchten wir hier zu erweisen. Wenn ein neuer Tarif im Buchdruckgewerbe mit Erhöhungen der Lohnsätze der Arbeiter zustande kommt, tritt am Tage des Inkrafttretens des Tarifs auch ein neuer Preis für die Leistungen der Buchdruckereien in Erscheinung. Parallel mit dem Kampfe zwischen dem Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer und der Zeitschrift für die deutschen Buchdrucker bei jeder Tarifvorbereitung geht der Kampf zwischen der letzteren Zeitschrift und dem Börsenblatt für den deutschen Buchhandel. Ebenso zwingend ist der Zusammenhang zwischen baugewerblichen Löhnen und den Preisen, die die Baumeister ihren Kunden berechnen. Jeder Maler- und Schlossertarif hat Preisabmachungen der Innungen zur Folge. Das Prinzip der Abwälzung gilt wohl noch deutlicher als für die Steuern für die Löhne, wenn auch dieser Abwälzungsprozeß seine wissenschaftlichen Darsteller noch nicht gefunden hat. Gerade die Kriegszeit hat deutliche Beweise für die Allgemeinheit der Abwälzungstendenz in der Wirtschaft in Hülle und Fülle erbracht.

IX. Der Ausgleich von Preisen und Löhnen.

Sollen wir nicht den äußersten und für unsere Volkswirtschaft wie für unsere Weltmachtstellung bedenklichsten Erschütterungen entgegengehen, so muß man bemüht sein, einen Weg zu finden, der einen Ausgleich dauernder Art zwischen den Preisen für den Lebensunterhalt und den Löhnen bringt. Wie sich auch unsere Volkswirtschaft gestalten mag, eine einfache Anknüpfung an die Geldlohnsätze, ja auch nur an die Lohnforderungen der Zeit vor dem Kriege ist unmöglich. Bei der unsicheren Entwicklung der Kaufkraft unserer Reichsmark ist es auch nicht möglich, diese Reichsmark, die ja nach dem Kriege ein durchaus anderer Wertmesser sein wird als vor dem Kriege, zum festen Maßstab für die Arbeitsleistung zu nehmen. Noch mehr als die Wertverminderung der Reichsmark wird sie ihr schwankender Wert zur Grundlage von Lohnabmachungen ungeeignet machen, wenn man sie nicht ganz besonders stützt. Vor dem Kriege erweckte das Geldwesen

in Europa so hohes Vertrauen in seine innere Festigkeit, daß weder Unternehmer noch Arbeiter anstanden, unter Zugrundelegung der Reichsmark, beziehentlich der österreichisch-ungarischen Krone, des Franken oder des Pfundes, mehrjährige Tarifverträge abzuschließen. Nur der Verfasser dieser Abhandlung hat schon Ende des Jahres 1909 auf die wechselnde Kaufkraft unseres Geldes als eine Gefährdung der Arbeiterinteressen im Tarifvertrag hingewiesen[14]) und nach einem Ausweg aus diesen Schwierigkeiten gesucht. War dieses Problem schon, dank der Teuerung, vor dem Kriege aufzuwerfen, so hat es doch nicht die Bedeutung gehabt, als nun, wo man in Europa an Selle einer zwar empfindlichen Teuerung im Jahrzehnte vor dem Kriege mit der größten Preisrevolution seit dem Abschlusse der Napoleonischen Kriege zu rechnen hat. Was auch von den Gewerkschaften im Jahr 1909 als ein rein theoretisches Problem angesehen wurde, empfinden sie und unterschiedlos Arbeiter, Angestellte und Beamte unter der Wirkung des Krieges als eine Frage von höchster praktischer Bedeutung, wenn sie sich auch vielfach nicht mehr entsinnen, daß das Problem schon in der Zeit der schweren Teuerung vor dem Kriege aufgeworfen wurde. Bevor wir auf diese heute praktischen Vorschläge zurückkommen, wollen wir alle andern Möglichkeiten erörtern und ein allgemeines Wort über die Unsicherheit des Geldes in der Kriegs- und Nachkriegszeit voraussenden.

Vielfach wird erwogen, ob man in den internationalen Handelsbeziehungen nicht Abmachungen treffen sollte, damit statt des Ausgleichs des Warenbezugs durch Geld Kompensationen durch Lieferung anderer Waren erfolge. Die zeitweise Schließung der schwedischen Notenbank gegen weitere Goldzuflüsse sollte den Ausgleich des schwedischen Exports in englischen und überseeischen Warenlieferungen erzwingen. In den Abmachungen der Zentralmächte mit der Ukraine wurden als Kompensationen für die zu liefernden agrarischen Produkte Maschinen und andere Industrieerzeugnisse ins Auge gefaßt. Japan lieferte an die Vereinigten Staaten Schiffsraum, wofür die Vereinigten Staaten Stahl

---

[14]) Adolf Braun, »Lebensmittelteuerung und Gewerkschaftsbewegung« im dritten Bande der sozialdemokratischen Monatsschrift »Der Kampf«, Dezember 1909. Adolf Braun, Die Gewerkschaftsbewegung und der Kampf gegen die Teuerung a. a. O. 1. Februar 1910. Leichter zugänglich in Adolf Braun, »Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Entwicklung und Kämpfe« (Nürnberg 1914) S. 247—262.

zu liefern hatten. Die Unsicherheit des Geldwesens in der Gegenwart und die Befürchtung wachsender Schwierigkeiten bei starken Rohstoffbezügen läßt natürlich den freilich nicht stets erfüllbaren Wunsch nach dem Ausgleich durch Warenlieferung entstehen. Dies ist auch aus den deutsch-schweizerischen, deutsch-holländischen und andern Handelsabkommen zu erkennen. Wir hatten in normalen Zeiten längst vergessen — Nationalökonomen sind natürlich ausgeschlossen — daß das Geld vor allem als Maßstab der Preise dient. Um als Maßstab der Preise einigermaßen im Warenaustausch zu dienen, muß ein bestimmtes Goldgewicht als Maßeinheit fixiert werden. Hier wirkt die Festigkeit der Marktverhältnisse entscheidend. Der Maßstab der Preise erfüllt daher seine Funktion um so besser, je unveränderlicher ein und dasselbe Quantum Gold als Maßeinheit dient[15]). Unser Markschein, der österreichisch-ungarische Kronenschein, die russische Rubelnote, auch die französische, italienische, rumänische usw. Note repräsentieren nicht mehr ein bestimmtes Goldgewicht, das Gold ist aus dem Verkehr vollständig verschwunden, und die Einlösbarkeit der Noten hat für nicht absehbare Zeit aufgehört. War vor dem Kriege ein, wenn auch nicht festes, so doch ein nur sehr geringen Schwankungen ausgesetztes Wertverhältnis zwischen den Goldmünzen des Deutschen Reiches, Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten vorhanden, und waren die Banknoten dieser und vieler anderer Länder vollwertige Goldsurrogate, so ist davon heute nicht mehr die Rede. Unter sehr großen Schwankungen litten die Banknoten während des Krieges. Es wird der allergrößten Vorsicht der Zentralbanken bedürfen, um nicht noch peinlichere Schwankungen nach dem Kriege in Erscheinung treten zu lassen. Jedenfalls hörte das Geld längst auf, auch nur in dem Maße wie vor dem Kriege, fester Wertmaßstab zu bleiben. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten vermögen nicht, die Wirkungen dieser Schwankungen des Geldwertes auf ihre Lebenshaltung zu ertragen, sie müssen gegen die von ihrem Willen völlig unabhängigen Bewegungen des Devisenmarktes gesichert werden. Sind die Geldwirren für jede Volkswirtschaft ein bedenkliches Symbol, so waren sie für die breiten Massen des Volkes in der Kipper- und Wipperzeit wie in den sonstigen Perioden der Münzverschlechterungen erträglich, weil die Naturalwirtschaft vorherrschte. Bauer und Landarbeiter wie

[15]) Marx, Das Kapital, 1. Band, Volksausgabe, 3. Kapitel, das Geld oder die Warenzirkulation. 1. Maß der Werte, insbesondere S. 59.

der Handwerksgeselle des 17. und 18. Jahrhunderts litten verhältnismäßig wenig unter der Unsicherheit des Geldwesens. In der immer stärker zur reinen Geldwirtschaft gewordenen Volkswirtschaft, die immer deutlicher in die Kreditwirtschaft übergeht, würden die breiten Massen der Bevölkerung schwerer unter der Unsicherheit des Geldwesens leiden als in den unruhigsten Zeiten früherer Geldkrisen. Schon in früheren Jahrhunderten hat man die im Interesse der Kriegführung und als Folge der Kreditnot aufgezwungenen Geldverschlechterungen durch eine Art Rechengeld zu umschiffen gesucht, das von den Münzverschlechterungen unabhängig bleiben sollte. So wurde z. B. in Zeiten der Zettelwirtschaft, selbst noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts z. B., in Oesterreich-Ungarn und in Rußland die Goldzahlung der Zölle vorgeschrieben. Die von Friedrich dem Großen gegründete königliche Bank sollte nicht nach dem von ihm gründlich und immer wieder von neuem verschlechterten Gelde, sondern nach Banko-Pfunden rechnen. Die Hamburger Mark-Banco wurde niemals ausgeprägt, und war doch für die Geldverhältnisse des wichtigsten Hafenplatzes lange Zeit von höchster Bedeutung. Diese Hilfsmittel gegen die Unruhe im Geldwesen waren durch Umstände hervorgerufen, mit denen wir in hohem Maße für die Gegenwart und für die nahe Zukunft zu rechnen haben. So läge der Gedanke nicht fern, daß wir neben der unvermeidlichen Papierwährung sofort nach dem Kriege eine Goldrechnung einführen könnten und daß nach dieser eventuell auch internationalen Goldrechnung, wie es ja schon vielfach versucht wurde und wie es bei den ziemlich gleichmäßigen Kriegswirkungen auf alle Großstaaten nicht ganz utopisch erschien, unter anderem die Löhne und Gehälter und der Ausgleich der internationalen Handelsbeziehungen zu berechnen wären. Aber Lexis[16]) sagt sehr richtig, daß die Verkäufer von Waren — wir fügen hinzu, auch die Verkäufer der Ware Arbeitskraft — und die Empfänger von Darlehn weder Gold noch Silber als Metall haben wollen, sondern eine bestimmte Summe von Kaufkraft in einer allgemein anerkannten Geldeinheit . . . Der ganze Giro- und Abrechnungsverkehr in seiner heutigen Gestalt wäre unmöglich, wenn Depositen, Schecks und Wechsel auf zwei verschiedene Werteinheiten lauteten, die nicht im festen Verhältnis zueinander ständen. Die Unbequemlichkeit einer doppelten Rechnung würde sich auch für die Arbeiter ergeben.

[16]) Lexis, Parallelwährung im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 3. Auflage, 6. Band, S. 1010.

Es ist schwer vorstellbar, daß die Arbeiter an jedem Lohnzahlungstag das Kursblatt zur Hand nehmen und mit Berücksichtigung des Disagios unserer Noten nachzurechnen hätten, ob sie richtig entlohnt seien. Wir können auch nicht zu sonstigen Anhaltspunkten, etwa zur Rechnung nach Gewichtseinheiten der Edelmetalle kommen, wie dies z. B. unter Zugrundelegung des Grammes Reinsilber zur Vergleichung des Lohneinkommens früherer Zeiten mit dem der Gegenwart versucht wurde[17]).

Aus allgemein volkswirtschaftlichen und sonstigen Interessen der Volksgemeinschaft, wie aus dem privatwirtschaftlichen Interesse aller Abhängigen, müssen wir wünschen, daß die breiten Massen unserer Bevölkerung, also die Arbeiter und Angestellten, vor Unterernährung gesichert bleiben. Wir müssen deshalb einen Ausdruck der Entlohnung suchen, die in der Geldform doch die Vorteile des Naturallohnes enthält, zum mindesten also die Sicherung des in der Vorkriegszeit errungenen Reallohnes schafft. Dabei muß aber diese Lohnfestsetzung einerseits elastisch der Preisentwicklung in nicht zu starkem zeitlichen Abstande folgen, andererseits für die Arbeiter und Arbeiterinnen einfach und durchsichtig sein. Die Kornpreise hatten die »tiefsten Einflüsse in die wichtigsten Angelegenheiten des menschlichen Lebens«, das ist der Titel eines Buches aus dem Jahre 1752. Im Jahre 1920 wird man sehr leicht ein ähnliches Buch schreiben können. Bei der Entwicklung der reinen Geldwirtschaft wird für dieses Buch noch weit mehr Veranlassung sein im Jahrzehnt nach dem Weltkriege, als im Jahrzehnt vor dem Siebenjährigen Kriege.

Wir müssen für die Zeit nach dem Kriege mit einem mehr oder minder starken Zwange der öffentlichen Gewalt zum Abschluß von Tarifverträgen rechnen. Schon während der Kriegszeit hat sich die Reichsregierung und haben sich die Kriegsämter bemüht, auf dem Wege der Vermittlung Tarifverträge herbeizuführen. Aller Vermutung nach dürften auch in den Industrien, deren Unternehmer sich in der Zeit vor dem Kriege gegen das Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen, vor allem aber gegen Tarifabschlüsse gewehrt haben, Tarifabkommen zur Regel werden. In diesen Tarifabkommen müßte den Arbeitern, unabhängig von der während der Tarifdauer wechselnden Kaufkraft des Geldes, auf Grund des

[17]) Sachs, Karl L., Das Nürnberger Bauamt am Ausgang des Mittelalters. (Neujahrsblätter, herausgegeben von der Gesellschaft für Fränkische Geschichte. X), S. 63 f.

Lohneinkommens der Bezug bestimmter Mengen von Fleisch und Brot, von Milch und Kohle für die Dauer des Vertrages gesichert sein. Damit wird auch ein Interesse des Unternehmers befriedigt, muß er doch wünschen, das Produktionsmittel Arbeit in dem Arbeiter zu erhalten, also die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Arbeiter und die Arbeiterin ausreichend ernährt werden können. Tatsächlich ist der Lohn nichts anderes, als eine Anweisung auf die Mittel, um die im Arbeitsprozeß verschlissene Arbeitskraft wieder zurückzugewinnen. Nicht die Banknoten und Darlehenskassenscheine stellen die Entlohnung des Arbeiters dar, sondern die Lebensmittel etc., die er sich für diese Banknoten und Darlehenskassenscheine kaufen kann. So klar das für Pferde und Ochsen im Produktionsprozeß — instrumenta semivocalia — in der Landwirtschaft wie im Verkehrsgewerbe ist, so selbstverständlich bleibt es auch für die menschlichen Wesen — instrumenta vocalia — im Produktionsprozeß, also für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine unsichere Ernährung der Arbeiter und damit ein Schwanken in der Arbeitskraft und Arbeitsleistung bringt auch ein Moment der Unruhe in den Produktionsprozeß. Die Vollwertigkeit der Arbeitskraft, gesichert durch Anpassung des Lohnes an die Lebensmittelpreise, steigert die Gleichmäßigkeit der Arbeitsleistung und sichert auch die Reproduktion der Arbeiterklasse durch die ausreichende Ernährung der Arbeiterkinder. Dem Proletariersäugling die nötige gesunde Milch zu sichern, das proletarische Schulkind richtig im Haushalt des Arbeiters zu ernähren, schafft Garantien, daß auch der kommenden Generation die erforderlichen leistungsfähigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden. Man wird den Berechnungen Durchschnittsfamilien und ihren in normalen Zeiten üblichen Verbrauch von drei bis höchstens fünf Nahrungsmitteln, darunter in den Großstädten jedenfalls Brot und Fleisch, vielleicht auch Milch — etwa noch Kohle — in den Jahren vor dem Kriege zugrunde legen, und die Ergebnisse etwa auch ergänzen durch ein kontradiktorisches Verfahren, an dem Unternehmer und Arbeiter, Nationalökonomen und Statistiker sowie hygienisch und physiologisch erfahrene Aerzte teilzunehmen hätten, um festzustellen, einen wie starken Bruchteil der Gesamteinnahmen die Ausgaben für die im Haushalt des Arbeiters besonders stark konsumierten und durch ihren Preis die Lebenshaltung bestimmenden Nahrungsmittel ausmachen. Man wird dann auf Grund der Schwankungen der Detailhandelspreise wechselnde

Lohnminima festzustellen haben. Dies könnte auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung geschehen, wie es von Eduard Vaillant am 11. Januar 1912 in der französischen Deputiertenkammer beantragt wurde[18]).

Dieser gesetzlich festgelegte Minimallohn hätte der Ausgangspunkt aller zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in den kollektiven Arbeitsverträgen gebundenen Lohnfestsetzungen zu bilden. Die staatlichen Gewalten hätten für eine genaue Statistik der Detailhandelspreise zu sorgen. Bei deren regelmäßiger Feststellung hätten neben den amtlichen Statistiken teilzunehmen Gewerkschaftsvertreter als Repräsentanten der Konsumenten aus der Arbeiterklasse, Vertreter der Arbeitgeberverbände und Detailhändler, unter ihnen auch die Konsumvereine, die seit langem regelmäßig die Detailhandelspreise ihres Wirkungsgebietes kontrollieren. Etwa auf Grund der Durchschnittspreise in jedem zurückliegenden Vierteljahre könnten dann für das folgende die Minimallöhne für jede Stadt und für jeden Bezirk durch die Verordnung der staatlichen oder der delegierten Behörden festgelegt werden. Dies könnte natürlich auch etwa so geschehen, daß für die Monate Mai, Juni, Juli auf Grund der Ergebnisse für Januar, Februar, März die Lohnminima festzulegen wären, damit für die Prüfung und Zusammenstellung wie für die Publizierung der festgestellten Detailhandelspreise die erforderliche Zeit übrig bliebe. In ähnlicher Weise könnten auch die Tarifinstanzen von Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften auf der Grundlage der festgelegten Lohnelemente die Tariflöhne beziehentlich Tariflohneinheiten für ein kommendes Quartal festsetzen.

Es würden Reallöhne an Stelle von Nominallöhnen treten. Die Ernährung der Arbeiter, die Reproduktion ihrer Arbeitskraft, die Aufziehung der kommenden Generation würden damit in weit höherem Maße gesichert werden, als auf Grund des bisherigen Systems des reinen Geldlohnes. Der naheliegende Einwand, daß damit eine ununterbrochene Unruhe in unser Wirtschaftsleben kommen würde, ist zwar scheinbar berechtigt, aber tatsächlich nicht begründet. Ein Schwanken der Lohnsätze von Vierteljahr zu Vierteljahr bedeutet noch immer einen stabileren Zustand als

[18]) Der Antrag ist in deutscher Uebersetzung abgedruckt bei Adolf Braun, »Die Gewerkschaften, ihre Entwicklungen und Kämpfe« S. 261; die Begründung des Antrags findet sich auf den S. 3857 ff. der Stenographischen Protokolle der Chambre des Députés 1 ère Séance du 29 Décembre 1909.

das Schwanken der Börsenpreise, die im Laufe weniger Börsenstunden nicht stabil zu halten sind. Auch sonst würde eine vierteljährliche Festlegung der Löhne, verglichen mit den Schwankungen von Großhandels- und Detailhandelspreisen wie mit den Schwankungen der Werte der Geldeinheiten, noch immer gering sein. Den kollektiven Arbeitsverträgen sind übrigens wechselnde Lohnsätze innerhalb der Tarifdauer nicht fremd, wie besonders die Kriegszeit bewies.

Die Unbequemlichkeiten, die eine viermalige Lohnregulierung im Jahre zur Folge haben würde, bleiben weit zurück hinter den sozialen, bevölkerungspolitischen, volks- und privatwirtschaftlichen Vorteilen, die aus der Regelung der Arbeiterlöhne, wie wir sie vorschlagen[19]), erwachsen könnten. Tatsächlich würde ein Moment der Ruhe in das Arbeitsverhältnis kommen, das früher stets gefehlt hat. Wer die Vorgeschichte der Lohnkämpfe kennt, weiß, daß die meisten Lohnforderungen in der Regel begründet wurden durch die für die Konsumenten ungünstige Tendenz der Lebensmittelpreise. Würde dieses ständige Moment der Unruhe aus den Beziehungen von Unternehmern und Arbeitern ausgeschaltet werden, so würden viele große Lohnkämpfe nicht ausgelöst werden.

Eine starke Rückwirkung auf die Steuerpolitik der Regierung und der politischen Parteien würde aus der gegenseitigen Verkettung von Löhnen und Lebensmittelpreisen erwachsen. Die Leichtigkeit, mit der indirekte Steuern eingeführt und gesteigert wurden, würde nicht wie bisher nur den Widerstand der Arbeiter als Vertreter der Konsumenteninteressen, sondern auch den Widerspruch der Unternehmer finden, weil die Abwälzung der indirekten Steuern auf die Unternehmer wegen der gegenseitigen Bedingtheit von Lebensmittelpreisen und Löhnen automatisch erfolgen würde. Die nur durch die Unterstützung der Industrie mögliche, einseitige agrarische Wirtschaftspolitik würde durch die neuen Lohnmethoden den Todesstoß erhalten.

Weit größere Unbequemlichkeiten als die aus dem vierteljährlichen Zusammentreten staatlicher und tarifarischer Lohnfestsetzungskommissionen könnten sich im allgemeinen ergeben durch den Kampf um die Arbeitsbedingungen, der von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, aber auch von der Staatsgewalt und von

---

[19]) Weitere Ausführungen über meine Vorschläge in der angeführten Abhandlung in Adolf Braun, Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe.

der Gesellschaft für die Zeit nach dem Kriege erwartet, beziehentlich befürchtet wird.

X. Produktionsintensität und Konkurrenzfähigkeit.

Dr. Tänzler sagt in seinem Vortrag »Unsere künftige Arbeit« auf der Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände in Nürnberg[20]: ». . . deshalb ist zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft harte unermüdliche Arbeit und Förderung der nationalen Gütererzeugung nach Menge und Güte die dringendste Forderung, deshalb ist Konzentration unserer Arbeit auf das Nötige und Wertschaffende unsere Aufgabe.« Walther Rathenau führt in seiner Schrift »Die neue Wirtschaft« aus: »Jede nach dem Stande der Technik vergeudete Arbeitsstunde aber ist ein nationaler Verlust[21].« Wie man aus dem Kreise der Unternehmer und Unternehmervertreter diese Ansicht belegen kann, so könnte man auch ähnlicher auf Fassungen der berufenen Vertreter der Arbeiterschaft feststellen. Diese Schwierigkeiten unserer Volkswirtschaft umschifft man nicht, indem man versucht, zu möglichst billigen Lohnsätzen reichlich viele und gute Waren herzustellen. Tiefe Löhne bei intensiver Arbeitsleistung können ausnahmsweise für kurze Zeit erzwungen werden. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hat zur Voraussetzung ausreichende Ernährung und deshalb auskömmliche Löhne. Eine geistig und seelisch niedergedrückte Arbeiterschaft wird in dem schweren volkswirtschaftlichen Konkurrenzkampfe selbst beim besten Willen Deutschland ins Hintertreffen bringen.

Heinz Potthoff ist im Recht, wenn er schreibt: »Wahrscheinlich werden wir — nach dem Friedensschlusse — noch auf lange hinaus eine angespannte Tätigkeit aller Arbeitsfähigen in Deutschland brauchen, um die ungeheuren Schäden dieses Krieges auszugleichen und um unsere Stellung auf dem Weltmarkt wieder zu erringen, ohne die auf die Dauer unser Volk auf dem begrenzten Boden des Reiches nicht weiter wachsen kann. Dann wird das Problem der rationellen Gestaltung der Arbeitsbedingungen erneut vor uns treten«[22]. Die Gründe, warum dieses Problem nicht einfach auf Kosten der Arbeiter gelöst werden kann, brauchen nicht wieder-

[20]) Die deutsche Arbeitgeberzeitung XVI. Jahrgang No. 50 vom 16. Dezember 1917, 2. Beiblatt.

[21]) Berlin 1918. S. 35.

[22]) Rationelle Ausnützung der Arbeitskraft im Vortrupp 6. Jahrgang, No. 18 vom 16. September 1917, S. 547 f.

holt zu werden. Wir müssen in der Zeit nach dem Kriege zwar mit einem starken Ausfall von männlicher Arbeitskraft wegen der schweren Verluste an Leben durch den Krieg wie mit einer starken Verminderung von Arbeitsfähigkeit vieler aus dem Kriege verwundet und krank Heimkehrenden und wohl auch mit einer zeitweisen Arbeitsentwöhnung der gesund und ungeschwächt Zurückkehrenden rechnen. Einen erheblichen Ersatz für diese Ausfälle an Arbeitskraft wird man vor allem in der starken Heranziehung der Frauen zu den Kriegsindustrien sehen, die sich auch in den Friedensindustrien fühlbar machen wird. Die großen Experimente mit der maschinellen Bodenbewirtschaftung, die die Militärbehörden im okkupierten Gebiete vorgenommen haben, wie der Ersatz der Pferde durch Motoren werden zu einer gesteigerten Mechanisierung und Intensivierung der Landwirtschaft führen. Hierzu kommt die Ersetzung der während des Krieges abgenützten alten Maschinensysteme durch moderne, rationeller arbeitende[28]). So dürften landwirtschaftliche Arbeiter neuerdings überschüssig werden. Ein neuer Anstoß für die Abwanderung von Arbeitern und Arbeiterinnen vom Lande in die Stadt wird wohl bald nach dem Ende des Krieges in Erscheinung treten. Bei der raschen Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie, bei der erheblichen Anzahl der von der Heeresverwaltung zur Verfügung zu stellenden landwirtschaftlichen Maschinen, bei den bedeutenden Kapitalansammlungen der großen und mittleren Landwirtschaft in den Kriegsjahren dürfte der Prozeß der Mechanisierung der Landwirtschaft sehr gründlich erfolgen und dementsprechend der Zug in die Stadt große Dimensionen annehmen. Es ist deshalb vorauszusetzen, daß die Industrie in Deutschland, abgesehen von kaum zu langen Hochkonjunkturperioden, mit einem Ueberschuß an Arbeitskräften zu rechnen haben wird. Dafür sprechen auch die Schwierigkeit der Rohmaterialienbeschaffung, die ungünstige Valuta, die nicht mühelos und schnell erfolgende Wiedergewinnung der auswärtigen Handelsbeziehungen und die wegen der höheren Steuerbelastung zu gewärtigende Einschrumpfung des inneren Marktes. Viele Unternehmer dürften in allen diesen Umständen die Voraussetzungen

---

[28]) Büsselberg, Dr. Wilhelm, Die Bereitstellung von Arbeit durch Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft im 59. Heft der Schriften der Gesellschaft für soziale Reform »Der Tag der Heimkehr. Soziale Fragen der Uebergangswirtschaft« S. 10 ff.

für eine auf die Erniedrigung der Löhne gerichtete Unternehmerpolitik finden.

In den Berufen, die mit gelernter oder sonst nicht leicht vertretbarer Arbeitskraft zu rechnen hätten, würden bei dieser Lohnpolitik große Lohnkämpfe immer wieder von neuem ausgelöst werden. Diese will aber gerade die öffentliche Gewalt verhindern. Nicht nur um die Ungestörtheit im sozialen Körper zu sichern, haben die öffentlichen Gewalten für die Vermeidung der Streiks, deshalb auch für die Hintanhaltung der Niedergedrücktheit der Arbeiter zu sorgen. Auch allgemeine volkswirtschaftliche und bevölkerungspolitische Gründe sprechen gegen die Niederdrückung der Löhne.

Wenn man auch aller Voraussicht nach die Wettbewerbsbedingungen der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte kaum für die Zeit nach dem Kriege günstig veranschlagen kann, so muß man doch andererseits feststellen, daß die Lohnentwicklung in allen kriegführenden Staaten wie auch in den neutralen Industriestaaten sprunghaft nach aufwärts ging, so daß die Unternehmer auch in den mit Deutschland konkurrierenden Wirtschaftsgebieten nicht nur die Arbeiterorganisationen als Hemmerinnen des Abbaues der Löhne gegen sich haben werden. In allen Staaten werden die öffentlichen Gewalten nach dem Kriege das große, durch den Krieg hervorgerufene Bevölkerungsdefizit sehr peinlich empfinden. Nirgends wird man mit einer dauernden Unzufriedenheit der Arbeiterklasse rechnen wollen. In gleicher Weise wird die Bevölkerung aller Länder die aufs äußerste erschwerte Konkurrenz auf dem Weltmarkte, wie die außerordentlich hohen steuerlichen Belastungen von heute noch nicht bekannter Gestalt und Größe, schwer ertragen. Ueberall werden Staat und Unternehmertum nach höchsten Leistungen der Volkswirtschaft streben. Man wird sich bemühen, aus jedem einzelnen Arbeiter und aus jedem Arbeitszeitteile die höchste Leistung zu gewinnen.

So stehen wir vor einem scheinbar unüberbrückbaren Gegensatz: Ausgleich der gestiegenen Preise, beziehentlich des gesunkenen Geldwertes, durch Sicherungen der Lohnhöhen, Verhinderung einer zu langen Dauer der Arbeitszeit im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und der Pflege des Familienlebens, während auf der andern Seite höchste Arbeitsleistungen auf die Lohneinheit als notwendig erachtet werden. Sehr nahe liegt deshalb die allgemeine Einführung des Taylorsystems, doch darf man nicht seine Vorteile für das Unter-

nehmertum überschätzen. Eine allgemeine Anwendung dieses Systems ist nicht möglich, sie ist mit Rücksicht auf die zu wünschende Erhaltung und Steigerung von Arbeitskraft und Arbeitsfreude nicht zu wünschen. Die Einführung der »wissenschaftlichen Betriebsweise« würde aller Voraussicht nach starke Lohnkämpfe auslösen, die die öffentlichen Gewalten und die Unternehmerorganisationen fürchten müssen, während die Arbeiterorganisationen sie nur als letzten Ausweg und als ein nicht wünschenswertes Kampfmittel betrachten.

Die Notwendigkeit, unsere Industrie wieder in vollen Gang zu bringen, ihre Stellung in der heimischen Volkswirtschaft wie in der Weltwirtschaft zu sichern, empfinden die Arbeiter und ihre Organisationen nicht minder als die Unternehmerorganisationen. Während die Unternehmerorganisationen zu ihrem Vorteile und auf Kosten der Arbeiter die Rückkehr Deutschlands in die alte Wirtschaftsstellung erreichen wollen, befürchten die Arbeiter gerade auf Grund der Aeußerungen aus Unternehmerkreisen, so nach dem mehrfach erwähnten Referate von Dr. Tänzler, daß die leistungsfähige Produktion und die kräftige Expansion unseres Handels auf Kosten der Arbeiterschaft herbeigeführt werden solle. Deshalb bereiten die Arbeiterorganisationen die Abwehr von Angriffen gegen das während des Krieges in hohem Maße auch organisatorisch gestärkte Unternehmertum vor.

Bei allen diesen Erwägungen ist von höchster Wichtigkeit, den Weg zu finden, um für die Zeit nach dem Kriege die befürchtete Verelendung der Lohnarbeiterschaft aufzuhalten und um doch zu höheren Produktionsleistungen in der deutschen Arbeiterschaft zu gelangen. Nahe liegt der Ausweg, die Arbeiterschaft an dem Gedeihen der Unternehmung zu interessieren. Mit den alten Methoden der Wohlfahrtseinrichtungen, der Gewinnbeteiligung usw. wird man nach dem Kriege noch weniger zu einem Ziele kommen als früher. Sie alle haben sich als unvollkommen und unnütz erwiesen. Alle diese Methoden haben bei dem großindustriellen Arbeiter die Lust an seiner Tätigkeit nicht erzeugen können.

Daß die Arbeit als Last und Plage, ja als ein ewiger Fluch empfunden wurde, gehörte zum schweren Schicksal des modernen Industriearbeiters[24]). Diese Interesselosigkeit suchten die Unter-

[24]) An Stelle vieler Belege nur einen aus der neuesten Zeit: »Die an sich interesselose Teilbeschäftigung ermüdet überaus. Das Verweilen am selben Ort

nehmer wohl durch den Uebergang von der Zeitlohn- zur Stücklohnarbeit zu überwinden. Auch Prämienlohnsysteme wurden zu diesem Zweck eingeführt. Damit erreichte man zwar größere Arbeitsleistungen, aber der Anteil des Arbeiters an der Arbeit wurde nur äußerlich gesteigert, während innerlich die Abneigung gegen die Arbeit wuchs. Der Gegensatz der Arbeitslust des Gesellen beim gesunden alten Handwerk und der Gleichgültigkeit des Industriearbeiters seiner Arbeit gegenüber trat immer deutlicher hervor. In den Zeugnissen des alten Handwerks, auch in dem einfachen Schlüssel und Stuhl wie im Rankenwerk des gotischen Domes erkennen wir ein Stück Seele, die von Schönheitssinn gerichtete Ueberlegung des Gesellen jener Tage. Die mitschöpferische Wirkung des mittelalterlichen Gesellen wirkt durch die Jahrhunderte. Um so kälter empfinden wir die hiervon wesensverschiedene Leistung des Gehilfen und des Arbeiters in der Periode der höchsten Industrieentwicklung. Heute muß sich der Arbeiter bescheiden, der sklavische Ausführer der Entwürfe des Architekten und Ingenieurs zu sein. Er muß wohl die Zeichnung verstehen, er kann ihr aber nichts hinzufügen, er vermag nichts zu bessern, zu erfinden, zu verschönern. Treibt ihn einmal der innere Wille zu eigener Arbeit, so wird er nur zu oft in seine Schranken zurückgewiesen: er soll nur das ausführen, was ihm angeordnet wird. Nicht als selbstwirkender Mensch, sondern als ausführendes Organ fremden Willens soll er sich fühlen.

Je intelligenter, je interessierter der Arbeiter ist, desto mehr muß er seine Stellung im modernen Produktionsprozeß empfinden als eine Degradierung seines Menschentums, als eine Niederdrückung seiner Persönlichkeit zu einem willenlosen Glied einer gewaltigen Maschinerie, der er ganz unterworfen ist, deren Wirken er nicht mitbestimmen darf. So entsteht in den besten und tüchtigsten Arbeitern eine Abneigung gegen die Arbeit. Statt der Arbeitslust,

und derselben Arbeitsstätte, in derselben Umgebung und derselben Tätigkeit erzeugt stärkste Unlustgefühle. Gerade die tieferen und intelligenten Naturen empfinden das am meisten und suchen deshalb nach Aenderung. Die Darstellung in Levensteins Arbeiterfrage gibt davon erschütternde Einblicke. Wohl die Mehrzahl der Arbeiter hat die Frage nach der Freude und Befriedigung an der übernommenen Arbeit verneinend beantwortet. Die meisten sehnen den Schluß des Arbeitstages herbei, sogar dort, wo es sich um hochstehende qualifizierte Arbeit handelt.« Eulenburg, »Psychologischer Arbeitsnachweis« auf S. 106 der Sondernummer über Psychologie und Berufsberatung der Zeitschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. »Der Arbeitsnachweis in Deutschland« vom 10. März 1918.

nach der er eine natürliche Sehnsucht haben müßte, verstärkt sich in ihm immer mehr der Widerspruch und der Widerwille gegen die Arbeit. Sie wird ihm zum Leid und reizt ihn auf zum Widerstand. Diese Massenpsychologie in der deutschen Arbeiterklasse wirkt wie ein Hemmschuh an der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Ungeahnte Möglichkeiten würden sich eröffnen, wenn man den industriellen Arbeitern Lust und Freude an ihrer Berufstätigkeit schaffen würde.

Nicht bloß die Unternehmer sollten dies wünschen, auch die Arbeiter müssen das gegenwärtige seelische Verhältnis zu der ihnen privatwirtschaftlich aufgenötigten Arbeit als eine unerfreuliche Zutat ihrer sozial unerfreulichen Stellung erkennen. Die intelligentesten und leistungsfähigsten Arbeiter erstreben eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Gerade sie müßten die Abneigung oder den Ekel gegen die Arbeit als die stärkste Hemmung für die ökonomische Ermöglichung einer Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel empfinden. Ebenso haben Staat und Gesellschaft ein hohes Interesse an der Freudigkeit der Arbeit bei den Handarbeitern der Großindustrie.

Wenn wir nach dem Kriege alle unsere Kräfte auf das äußerste anstrengen müssen, um die wirtschaftliche Weltstellung Deutschlands wieder zu erstreben, so müssen wir wünschen, daß jedes einzelne Individuum innerlich und äußerlich befähigt wird, dieser großen Aufgabe des gesamten Wirtschaftskörpers zu genügen. Das wird aber nicht möglich sein, wenn die Arbeiter gleichgültig der Arbeit gegenüber bleiben, wenn sie sie nur als Last und Bürde empfinden und wenn sie nur notgedrungen das leisten, was Werkmeister und Vorarbeiter von ihnen fordern. Um so weniger wird die Leistungsfähigkeit der Arbeiter durch die Arbeitsfreude gesteigert werden, wenn die Unternehmer kurzsichtig ihre Energie im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen verbrauchen, um bei niedrigsten Löhnen möglichst lange Arbeitszeit zu erzielen. Das kann auf die Dauer nur die Arbeitsfreude abstumpfen, dann wird sich der Gegensatz von Unternehmerorganisation und Arbeiterorganisation in jeder einzelnen Arbeitsleistung spiegeln.

Nicht nur im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, ihrer höchsten Leistungsfähigkeit und der durch diese erst ermöglichten wiedergewonnenen Wettbewerbsfähigkeit müssen wir die Fortdauer eines derartigen Zustandes bedauern. Wir werden nach

dem Kriege mit den seelischen Stimmungen der Arbeiter zu rechnen haben. Sie aufzurichten, sie hoffnungsfreudig zu machen, ist eine der größten sozialen und nationalen Aufgaben. Soweit diese Aufgabe auf politischem Gebiet liegt, ist sie von mir hier nicht zu erörtern. Bloß soweit die Hoffnungsfreudigkeit der Arbeiter für das wirtschaftliche Gedeihen unserer Industrie bedeutsam ist, liegt sie im Rahmen dieser Untersuchung. Nur eine blühende Industrie vermag den Reallohn der Arbeiter zu sichern. Die Gewerkschaften und auch die Träger der sozialen Gesetzgebung können nicht wünschen, daß an sich lebenskräftige, gesellschaftlich notwendige keinerlei Schädigung verursachende Industrien zugrunde gehen. Unbestritten ist, daß die Industrien unter der Entfremdung der Arbeiter schwer gelitten haben. Es wird nicht leicht sein, die Methoden zu finden, um bei Wahrung der Arbeiterinteressen den Anteil der Arbeiter an dem Gedeihen der Unternehmung vollkommen in Erscheinung treten zu lassen. Daß unter den Arbeitern diese Fähigkeit nicht fehlen muß, erweist der Umstand, daß zahlreiche Unternehmer wenigstens in einer früheren Epoche aus der Arbeiterklasse herausgewachsen sind und daß heute auch die Mehrzahl der Werkmeister und Vorarbeiter in der Industrie frühere Lohnarbeiter gewesen waren.

Nach der ganzen inneren Verfassung unserer industriellen Betriebe ist es den im Subordinationsverhältnisse gehaltenen Arbeitern nur sehr selten möglich, ihre technischen Fähigkeiten und ihre Erfindungsgabe in höherer Anteilnahme an der Produktion, soweit sie nicht rein mechanisch ist, in Erscheinung treten zu lassen [25].

Was ich zu zeigen beabsichtige, versuche ich nur deskriptiv durch die Gegenüberstellung einer deutschen und einer amerikanischen Erfahrung klarzustellen.

In der Nürnberg-Fürther Spielwarenindustrie war die Fülle der Modelle, die jedes Jahr neu auf der Leipziger Messe und von den Reisenden in allen Ländern gezeigt wurden, erstaunlich

---

[25]) Im neunten Hefte des siebenten Bandes der Zeitschrift La Technique moderne behauptet der französische Ingenieur Charles Fremont; »Alle Verbesserungen der Werkzeuge gehen vom Arbeiter aus.« Professor Johannes Dueck, Innsbruck, der in seiner Abhandlung: Berufsberatung und Psychotechnik beim Bauhandwerk (Sondernummer über Psychologie und Berufsberatung der Zeitschrift »Der Arbeitsnachweis in Deutschland«, 5. Jahrgang, No. 6, vom 20. März 1918, S. 103) meint, daß das Wort über das Ziel hinausgeschossen sei, erklärt: »gewiß darf die Stimme des Arbeiters nie überhört werden, seine Einwendungen müssen geprüft und wenn sie richtig erkannt, in Rechnung gesetzt werden«.

groß und mannigfaltig. Viel Scharfsinn, oft auch Schönheitssinn, traten da in Erscheinung. Das Hineindenken in die Seele des Kindes, in die Verschiedenartigkeit der kindlichen Gedankenwelt, nach Ländern und Gesellschaftsschichten abweichend, neben alten immer neue Formen, Werke einer »Kleinkunst« völlig ohne Vorbild, setzt beim Spielzeug alljährlich wieder in Erstaunen. Bei einer kleinen Enquête, die ich zur eigenen Unterrichtung in der Friedenszeit veranstaltete, erklärten mir Arbeiter, daß sie an der Erfindung immer neuen Spielzeuges sehr viel Freude hatten und daß sie ihren eigenen Kindern sehr häufig zu Weihnachten selbstgemachtes ganz eigenartiges Spielzeug schenkten. Dies sei freilich gegen die Ordnung in der Fabrik, in der Regel hinter dem Rücken der Meister und Vorarbeiter zustande gekommen. Wenn eine derartige Arbeit bemerkt würde, so habe der Arbeiter meistens Unannehmlichkeiten zu gewärtigen. Hier und da freilich wird die Bedeutung einer derartigen Arbeit erkannt und dann im Betriebe nachgeahmt, ohne daß der Arbeiter eine Entschädigung erhielt. Er mußte eigentlich froh sein, daß ihm aus der nicht zulässigen, weil ihm nicht vorgeschriebenen Betätigung innerhalb der Arbeitszeit keinerlei Nachteile, Strafen oder Entlassung, erwachsen. Andere Arbeiter erzählten mir, daß sie in jüngeren Jahren aus Freude an der Konstruktion Modelle schafften und der Fabrikleitung vorlegten. Man habe die Modelle geprüft und kalkuliert und, wenn sie geeignet befunden wurden, in der Regel mit kleinen Aenderungen auch ausgeführt. Ein materieller Vorteil war den von mir befragten Arbeitern aber nicht erwachsen, oder er war gar nicht ins Gewicht gefallen, jedenfalls ließ man es bei ihnen an jedem Antrieb zu weiterer Konstruktionstätigkeit fehlen. Auf mein Befragen, ob diese Arbeiter auch zur Zeit meiner Enquete derartige Modelle ausführen, wurde mir erklärt, daß dies nicht der Fall sei. Sie seien gleichgültig gegen diese, Unannehmlichkeiten im Gefolge habende Tätigkeit geworden, weil die Werkführer und Vorarbeiter befürchten, daß sie durch das Erfinden der Arbeiter geschädigt werden könnten, da diesen die Aufgabe gestellt sei, die Modelle zu machen. Wenn diese aber von Arbeitern besser als von ihnen gemacht wurden, so leide darunter ihr Ansehen beim Unternehmer. Ein Mißmut der Werkführer gegen die Arbeiter sei aber für die Arbeiter unerwünscht und könne leicht die Arbeiter aus dem Berufe drängen. Deshalb hätten die Arbeiter aufgegeben, unerwünschtes Interesse am Ge-

schäfte zu zeigen, indem sie sich ihm durch selbständige Konstruktion von Spielzeugen nützlich machen. Auf Grund dieser Enquete mußte ich feststellen, daß bei den Arbeitern Interesselosigkeit an dem Schicksal des Betriebes gezüchtet werde.

Ganz entgegengesetzt ist das Streben der Cash Register Co. in Detroit in den Vereinigten Staaten, das Interesse der Arbeiter an den Betriebsvorgängen zu wecken und lebendig zu erhalten. Hierüber habe ich einiges in einem österreichischen amtlichen Berichte über eine der letzten Weltausstellungen in Amerika gelesen, was ich aber leider nur aus dem Gedächtnis anführen kann, ohne durch ein ausreichendes Zitat die Nachprüfung ermöglichen zu können, weil ich den Bericht in den mir zurzeit zugänglichen Bibliotheken nicht finden konnte. Schon die Schilderung der Fabrikgebäude, die inmitten großer Gartenanlagen lagen, die die Arbeiter auf dem Wege zur und von der Arbeit durchquerten, wie in den Pausen benützen konnten, die großen hell und freundlich gehaltenen Räume mit dem Blick ins Grüne wirkten auf die Arbeitsfreudigkeit günstig ein. Bei der weitgehenden Arbeitsteilung ergaben sich nur sehr einfache Arbeitsprozesse für die einzelnen männlichen und weiblichen Arbeiter. Trotzdem konnte die Fabrik ununterbrochen Verbesserungen einführen, die Zahl ihrer Patente wuchs von Jahr zu Jahr um Hunderte. Dabei war die große Mehrzahl der Patente auf die Anregungen der beschäftigten Personen zurückzuführen. In jedem Saale oder in jedem Gange war an einer nicht ins Auge fallenden Stelle eine verschlossene Kiste mit einem Schlitze aufgestellt; in diese konnten alle Beschäftigten und zwar nach Belieben mit ihrer Unterschrift oder mit einem Kennworte versehen, Vorschläge machen, wie der Arbeitsprozeß vereinfacht oder verbessert oder durch einen rationelleren ersetzt werden könnte. Jeder dieser Vorschläge wurde geprüft und zwar von Personen, die mit dem betreffenden Arbeiter nicht zu tun hatten, die rein sachlich nachprüften, ob die Vorschläge anwendbar waren oder nicht. Den Arbeitern erwuchsen hieraus Vorteile, die sie immer wieder von neuem anregten, ihrer eigenen Arbeit liebevolle Aufmerksamkeit zu schenken, zu prüfen, ob sie nicht verbesserbar wäre. Alle Versuche, die Produkte dieser über die ganze Welt verbreiteten Fabrik durch Konkurrenzunternehmen zu ersetzen, haben sich als aussichtslos ergeben. Die Weltstellung dieser Unternehmung blieb unerschüttert. Sowohl bei der Arbeitsteilung, beziehentlich bei jedem sich

hieraus ergebenden Arbeitsprozeß wie bei der Arbeitsvereinigung, die in dem arbeitsteiligen Betrieb eine so große Rolle spielt, sind derartige Verbesserungen auf Grund der intensiven Betätigung an einer bestimmten Arbeit möglich. Was selbst der geschulteste Ingenieur, der bewährteste Konstrukteur und der geübteste Kalkulator nicht zu erkennen vermag, das kann der jahraus, jahrein ununterbrochen einen bestimmten Arbeitsprozeß verrichtende einfache Arbeiter durchschauen und erproben. Die durch seinen Anteil am Arbeitsprozeß erzielten Ersparnisse und Verbesserungen können nicht nur an sich von höchster Bedeutung für die Produktion werden [26]).

In der Literatur über das Taylorsystem finden sich über die Erziehung amerikanischer Arbeiter zu Erfindern mancherlei Bemerkungen, so in der neuesten in deutscher Sprache zugänglichen Veröffentlichung: »Die Erfinder gehen häufig aus den Arbeitern des Unternehmens selbst hervor. Wer häufig Verbesserungsvorschläge macht, die der Arbeit wirklich von Nutzen sind, wird in das Untersuchungsbüro versetzt, um dort seine Talente ausbauen zu können. Will er das nicht, so winkt ihm für den Verbesserungsvorschlag eine Belohnung im barem Geld« . . . . »Die Arbeitsnormalie ist der Maßstab; nur was darüber hinausgeht, kann als Erfindung gewertet werden. Was aber daran wirklich ein Erfindung darstellt, macht dann auch seinen Weg und findet seine Belohnung, und wenn das gelingt, so ist schon viel getan« [27]).

Eine ähnliche Methode wie in den amerikanischen Fabriken findet sich in den Fabriken der allgemeinen Elektrizitätswerke in der Brunnenstraße in Berlin. Dort besteht ein Ausschuß für Verbesserungsvorschläge, dessen Aufgabe nach seinen Satzungen [28]) ist, in regelmäßigen Zeitabständen (monatlich einmal) die aus

[26]) Wie mir der Nürnberger Fabrikant elektrischer Meßinstrumente und Apparate Dr. Siegfried Guggenheimer mitteilt, erkennt man aus den amerikanischen Fachzeitschriften, daß das System der Cash Register Co. in den Vereinigten Staaten sehr verbreitet ist, so im Werkzeugmaschinenbau, aber auch in der Schwerindustrie, wie in der Stahlgießerei nachweisbar ist.

[27]) Gilbreth Frank B., das ABC der wissenschaftlichen Betriebsführung (Primer of Scientifig Management). Nach dem Amerikanischen frei bearbeitet von Dr. Colin Roß, Berlin 1917, S. 75.

[28]) Abgedruckt im »Erfahrungsaustausch über Ausbildung von Arbeitskräften und zeitgemäße Betriebsführung«. Auf Anregung und mit Unterstützung des Kriegsamts herausgegeben vom Verein Deutscher Ingenieure (Schriftleitung: C. Volk) Mitteilung No. 12 vom 28. März 1918 S. 6 f.

den Kreisen der Beamten und Arbeitern eingehenden Verbesserungen welche sich auf kaufmännische oder technische Arbeitsmethoden, sowie auf die im Gebrauch befindlichen Werkzeuge, Fabrikeinrichtungen u. dgl. beziehen können, einer Prüfung zu unterziehen und entsprechende Prämien festzusetzen. Wie bei der Cash Register Co. sind auch bei der A. E. G. Kästen zum Einwurf der Verbesserungsvorschläge angebracht. Neben Prämien findet auch eine Anstachelung des Ehrgeizes der Einsender statt, indem ohne Nennung der Höhe der Prämie die Prämiierten durch Anschlag und Rundschreiben bekannt gegeben werden. Die prämiierten Vorschläge werden allen Fabriken der A. E. G. bekanntgegeben.

Erfindungen von Arbeitern können den Anstoß zu weiteren Vorteilen, ja vielleicht auch zu einer vollkommenen Neuorganisierung eines Betriebszweiges geben. Aus der Geschichte des Fabriksystems ließen sich derartige Beweise wohl in nicht geringer Zahl erbringen. Einige unserer genialen Erfinder und Unternehmer sind aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, so Borsig, Schuckert, Bosch.

Nun wird man freilich nicht in allen Industrien, so z. B. kaum in der Chemischen Industrie und nicht bei allen Hantierungen diese Methoden anwenden können. Man wird in ihr auch nur einen Ansatz sehen, um die Arbeitslust der Arbeiter und Arbeiterinnen zu steigern, man wird auch noch andere Wege zu diesem wichtigen Ziele einzuschlagen haben. Man könnte den Arbeitern über den Produktionsprozeß, an dem sie beteiligt sind, durch Vorträge Aufklärung verschaffen, man könnte ihnen über Fortschritte der Technik unter Anknüpfung an ihre eigene Betätigung Informationen geben, die ihnen Freude an der Arbeit und an der gesteigerten Leistungsfähigkeit erwecken könnten. Je genauer man die Bedingungen, unter denen die Arbeiter zu wirken haben, durchdenkt, je tiefer man in die trotz aller Berufsuntersuchungen noch fremden Gebiete der Psychologie des Arbeiters eindringt, und Brücken von ihr zu der ihr Leben füllenden Tätigkeit schlägt, desto eher kann man hoffen, daß der Arbeiter künftig seine Tätigkeit nicht mehr als eine Last und Plage, nicht ausschließlich als einen Dienst erachtet, den er dem Unternehmer und oft nur dem namenlosen Kapital infolge der Notdurft seines Lebens leisten muß, ohne daß er selbst Anteil an dem Produktionsprozeß nehmen kann.

Alle diese Probleme werden in der Zeit nach dem Kriege zu höchster Bedeutung gedeihen. Während man einerseits die Arbeiter kräftigen muß, damit sie leistungsfähig werden, zum mindesten so, wie sie es vor dem Kriege waren, während man ihre Freude am Familienleben zu steigern hat, wächst der Wunsch, höchste Leistungsfähigkeit der gesamten Industrie und damit auch der Arbeiter zu erreichen. Dabei muß man ins Auge fassen, daß die schon ohnedies auf ein sehr geringes Maß hin unterdrückten persönlichen Beziehungen der Unternehmer zu den von ihnen beschäftigten Arbeitern fast völlig verschwinden werden, wenn durch Zwangssyndizierungen, freiwillige Vertrustungen, Monopolisierungen oder durch die Ausdehnung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung der private Unternehmer fast vollständig ausscheiden wird und der anonyme Unternehmer als privates Finanzkapital oder als staatliche Organisation den Arbeitern entgegenstehen wird.

Die Befürchtung, daß eine Informierung der Arbeiter über die Produktionsvorgänge die Fabrikgeheimnisse preisgeben würde, fällt kaum ins Gewicht. Es ist heute nicht viel dem Konkurrenten zu verhehlen; je konzentrierter die Industrie wird, desto weniger bedeutet das Geheimnis des einzelnen Betriebes. Die meisten sogenannten Geheimnisse sind nur eingebildet. Je intelligenter der Arbeiter ist, desto weniger bleibt ihm geheim, desto mehr durchdringt er den Gang des Produktionsprozesses. Je nützlicher der Arbeiter dem Betriebe wird, je lebhafter er ihn verfolgt, desto mehr erkennt er die Zusammenhänge seiner Tätigkeit mit der ganzen Unternehmung.

So scheint es doch Wege zu geben, die, ohne von der Sicherung eines ausreichenden Reallohnes der Arbeiter wegzuführen, doch die im Interesse der deutschen Volkswirtschaft notwendige Entwicklung zur Höchstleistung unserer produktiven Kräfte anbahnen könnten.

Der Abbau des wirtschaftlichen Kampfrechts.

Von

EMIL PERELS.

I. Das Kampfrecht als Kriegsmittel.

Wie die politische Zweckmäßigkeit jedes Krieges und jeder kriegerischen Handlung nur nach dem schließlichen Erfolge beurteilt werden kann, läßt sich gegenwärtig auch noch kein abschließendes Urteil darüber fällen, ob die von den Entente-Staaten mit großem Aufwande an juristischer Technik eingeleiteten Maßnahmen gegen das feindliche Vermögen und die sonstigen Eingriffe in die Rechts- und Handlungsfähigkeit feindlicher Privatpersonen — Kampfrecht [1]) — überhaupt wirtschaftspolitisch irgendwie von dauerndem Werte sind. Als taugliche Kriegsmittel können die Sequestrationen, Liquidationen, Konfiskationen, die Aufhebung von Verträgen und andere Rechtsminderungen und -Zerstörungen gewiß nicht betrachtet werden. Anders steht es mit den Handels- und Erfüllungs- und auch mit den Zahlungsverboten [2]), die wohl in der Form ein zivilrecht-

[1]) Vgl. Leo Strisower, Die vermögensrechtlichen Maßregeln gegen Oesterreicher in den feindlichen Staaten, S. 11; Wien bei Manz 1915.

[2]) Vgl. »Der Wirtschaftskrieg«, Sammlung der in den kriegführenden Staaten verfügten Maßnahmen des wirtschaftlichen Kampfrechts, zusammengestellt vom Büro der Handels- und Gewerbekammer für das Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns; Wien, bei Braumüller 1915. — Waldemar Koch, Handels- und Wirtschaftsexpansion; Jena, bei Gustav Fischer, 1917. — Dr. Artur Curti, Handelsverbot und Vermögen in Feindesland; Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1916. — Dr. Artur Curti, Der Handelskrieg von England, Frankreich und Italien gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn; Berlin, Carl Heymanns Verlag 1917. — Auswärtiges Amt, Ausnahmegesetze gegen deutsche Privatrechte in England, Frankreich und Rußland; Berlin, Carl Heymanns Verlag, 1915. — Schuster und Wehberg, Der Wirtschaftskrieg, Erste Abteilung, England; Jena, bei Gustav Fischer, 1917. — Rudolf von Vogel, Der Wirtschaftskrieg, Zweite Abteilung, Rußland; Jena bei Gustav Fischer, 1917. —

licher Eingriff, tatsächlich aber ein Teil der Blockade- und Sperrmaßregeln zur See und zu Lande sind, im angestrebten Erfolge den Ein- und Ausfuhrverboten und den Konterbandelisten verwandt. Diese Maßnahmen sind in der Tat, wie die Erfahrungen der vier Kriegsjahre zur Genüge lehren, ein Kriegsmittel, dessen Kampfwert nicht unterschätzt werden darf.

Die Eingriffe der Gegner in die Privatrechtssphäre haben sicherlich keinen Staat auch nur im Geringsten in seiner Widerstandskraft beeinträchtigt, im Gegenteile, die in ihren Rechten gefährdeten Einzelpersonen werden in erhöhtem Maße Träger des Kriegs- und Siegeswillens, sie verlangen den Schutz ihres Staates gegen die feindliche Vergewaltigung und treiben zu einer scharfen Vergeltungspolitik. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben, wenn auch anfangs zögernd, die erforderliche Retorsion geübt, so daß, selbst wenn man von den mit dem Schwerte eroberten territorialen Faustpfändern absieht, es zumindest fraglich ist, ob im ganzen die Bilanz der Kampfrechtsmaßnahmen zugunsten der Ententestaaten oder des Vierbundes steht.

Sofern man annehmen will, daß auch nach Beendigung des Krieges auf Jahrzehnte hinaus wirtschaftlich die Welt in zwei sehr ungleiche Hälften zwischen Vierbund und Entente geteilt sein wird, ließe sich immerhin verstehen, daß das Kampfrecht die natürliche juristische und wirtschaftliche Vorbereitung dieser neuen Zeit sei. Unter dieser Annahme hätte das Kampfrecht wirklich das Ergebnis gebracht, die Stützpunkte der deutschen und österreichischen Konkurrenz auf den Märkten der Ententestaaten entfernt und die Kapitalsbetätigung von Angehörigen des Vierbundes dort ausgeschlossen zu haben. Die Pläne der im Juni 1916 in Paris stattgefundenen Wirtschaftskonferenz [3]) sind aber heute durch die politischen Ereignisse in Rußland, den Frieden im Osten und die gute militärische Lage der Mittelmächte überholt. Freilich bliebe auch andernfalls noch die Frage offen, in welchem Umfange die Vergeltungsmaßnahmen in Gegenrechnung zu stellen wären. Die Anlagen englischen und französischen Kapitals in Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind doch gewiß nicht unbedeutend.

Leo Ulrich, Der Wirtschaftskrieg, Dritte Abteilung, Japan; Jena, bei Gustav Fischer, 1917.

[3]) Vgl. Friedrich Kahl, Die Pariser Wirtschafts-Konferenz; Jena, bei Gustav Fischer, 1917.

Geht man hingegen von der nach Lage der Dinge berechtigten Annahme aus, daß das Deutsche Reich und seine Verbündeten die Macht haben, die Verwirklichung der Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 und damit die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges über das Ende des militärischen Krieges hinaus hintanzuhalten, dann wird der wirtschaftliche Nebenkrieg[4]) gegen Privateigentum und Privatrechte feindlicher Staatsangehöriger, ein politisch ganz nutzloses Unternehmen gewesen sein, das wohl einzelnen feindlichen Staatsangehörigen Sorgen und Schaden brachte, wie immer einmal die Entschädigungsfragen gelöst werden, der gegnerischen Volkswirtschaft im ganzen jedoch nichts anhaben konnte. Daß freilich die Erfahrungen dieses Krieges überhaupt und des Kampfrechtes im besonderen in Zukunft den Anreiz zur Anlage von Kapital im Auslande verstärken, ist zu bezweifeln und unter einem weltwirtschaftlichen Gesichtspunkte zu bedauern.

II. Das Kampfrecht in den Ostverträgen.

Mag schon von allem Anfange an, wie verschiedene Nachrichten zeigen, der Anschluß Rußlands an die Pariser Wirtschaftskonferenz nicht mit vollem Herzen erfolgt sein, wenn auch gewisse allrussische Elemente, teils aus Eigennutz, teils aus politischen Motiven, gerade in den Sequestrationen und Liquidationen und überhaupt in der Entrechtung der Deutschen und Oesterreicher eine willkommene Gelegenheit sahen, gefährliche wirtschaftliche Konkurrenten zu beseitigen, haben die Zusatzverträge Rußlands und der Ukraine mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn[5]) eine gewaltige Bresche in das Kampfrechtssystem geschlagen. Allerdings war die politische Lage bei Friedensschluß durchaus zugunsten der Mittelmächte, so daß sie bei grundsätzlicher Wahrung des Schlagwortes »Verständigungsfriede« doch auch die Ordnung

---

[4]) Vgl. Dr. Franz Klein, Der wirtschaftliche Nebenkrieg, Tübingen, Verlag von J. C. B. Mohr. 1916.

[5]) Die erst während der Drucklegung dieser Arbeit veröffentlichten rechtspolitischen Zusatzverträge mit Finnland und mit Rumänien lehnen sich, soweit es sich um die Aufhebung des Kampfrechts und die Wiederherstellung der Privatrechte handelt, enge an die hier zugrunde gelegten Abmachungen mit Rußland an.

der Wiederherstellung der Privatrechte ohne allzu große Mühe in einer solchen Weise durchsetzen konnten, wie es ihren Interessen entsprach. Um so höher muß es den deutschen und österreichisch-ungarischen Vertretern angerechnet werden, daß sie nur Lösungen der Billigkeit angestrebt haben, daß die Verträge durchaus nicht nur für den einen Teil oneros gehalten sind. Alle Bestimmungen gelten für beide Vertragsteile, wenn auch praktisch das wirtschaftliche Interesse der Staatsangehörigen der Mittelmächte vorwiegen mag, die verhältnismäßig viel stärker in Rußland als russische Staatsangehörige in Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch die Kampfrechtsmaßnahmen betroffen wurden. Es liegt vielleicht ein bemerkenswerter Widerspruch darin, daß die russischen und ukrainischen Unterhändler trotz ihrer politischen und wirtschaftlichen Anschauungen den Privatrechten feindlicher Staatsangehöriger in weitgehender Weise entgegengekommen sind.

Die Grundgedanken des auf die Privatrechte und die Schadensersatzfragen bezüglichen Teils der Zusatzverträge sind Aufhebung des während des Krieges gegen die Feinde gerichteten Ausnahmerechtes, Wiederherstellung und Ersatz der Schäden durch positive Kampfrechtseingriffe und durch Völkerrechtswidrigkeiten im Hinterlande. Die Durchführung dieser Grundsätze im Einzelnen wird durchaus keine einfache Sache sein, insbesondere auch deshalb nicht, weil der Zerfall Großrußlands in mehrere Gliedstaaten eine Auseinandersetzung hinsichtlich der Verpflichtungen mit diesen erheischt. Es kann wohl angenommen werden, daß bei der Abfassung der auf das Kampfrecht bezüglichen Teile der Ostfriedensverträge die Erwägung mitbestimmend war, damit auch ein Vorbild für die mit den Weststaaten abzuschließenden Friedensverträge zu schaffen. Die wirtschaftlichen Interessen liegen allerdings dem Westen gegenüber in vieler Beziehung wesentlich anders.

Es ist sehr bedauerlich, daß die statistischen Unterlagen höchst mangelhaft sind, — wenigstens sind die Erhebungen in Oesterreich weit entfernt davon, ein lückenloses Bild der Aktiven und Passiven im Verhältnis zum feindlichen Auslande zu geben. Bei der verwandten psychologischen Verfassung der kaufmännischen Kreise Deutschlands dürften auch die deutschen Erhebungen die wirklichen Verhältnisse nicht ausschöpfen. Die

Furcht vor mißbräuchlicher Verwendung solcher Erhebungen für Steuerzwecke, mangelnder Gemeinsinn, Unverständnis und Mißtrauen in die Zweckmäßigkeit verurteilen auf statistisch-wirtschaftspolitischem Gebiete oft den besten Willen des Staates zu fruchtlosem Aufwande an Arbeit.

III. Der Abbau des Kampfrechtes nach Westen.

Die Abhängigkeit der Friedensverhandlungen von dem Ausgange des Krieges und der allgemeinen politischen Lage bringt es mit sich, daß die Ordnung der durch das Kampfrecht betroffenen Privatrechtsverhältnisse in diesem Zeitpunkte durchaus nicht allein von rechtlichen oder wirtschaftlichen Erwägungen allein beherrscht werden wird. Für den Fall des sog. Verständigungsfriedens dürfte im Großen und Ganzen der Inhalt der Zusatzverträge mit Rußland, der Ukraine und Finnland auch entsprechende Anwendung in den bezüglichen Vertragsinstrumenten gegenüber den Westmächten finden. Sollte aber nach der allgemeinen politischen Situation ein wesentliches Uebergewicht der einen oder der anderen Staatengruppe bestehen, kann die Möglichkeit nicht von der Hand gewiesen werden, daß dies auch in den Bestimmungen über die Wiederherstellung der Privatrechte seinen Ausdruck findet.

Unter Zugrundelegung des deutsch-russischen Zusatzvertrages (Art. 6—16) soll im folgenden der Versuch unternommen werden, die wichtigeren für den Abbau des Kampfrechts in Betracht kommenden Gesichtspunkte kritisch zu erörtern. Der hierbei in Betracht kommende Fragenkomplex ist nur der Form nach der juristischen Technik zugehörig, materiell ist die Liquidation des Kampfrechts Aufgabe volkswirtschaftlicher und politischer Konstruktion.

1. Die Aufhebung des Kampfrechts.

In den Zusatzverträgen ist das Kampfrecht als die »Bestimmungen, wonach mit Rücksicht auf den Kriegszustand die Angehörigen des anderen Teiles in Ansehung ihrer Privatrechte irgendwelcher besonderen Regelung unterliegen« definiert. Diese Bestimmungen treten mit der Ratifikation des Friedens-Vertrages »außer Anwendung«. Die Fassung läßt die Streitfrage

über die völkerrechtliche Zulässigkeit des Kampfrechts, die sich durch den Gegensatz der überlieferten englisch-amerikanischen Anschauung und der bis zum Kriege einheitlichen kontinentalen Auslegung des Artikels 23 h der Haager Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges ergibt, offen.

Das Aufhören des Kampfrechtes mit der Ratifikation schlechtweg ist vom Standpunkte der auf deutscher und österreichisch-ungarischer Seite lediglich zu Sicherungszwecken begonnenen Vergeltungspolitik nicht unbedenklich, da nach dem Wortlaute auf diese Weise das Pfand, das durch die Sperre der feindlichen Vermögen im Inlande gewonnen worden ist, sofort aus der Hand gegeben würde. Die praktische Durchführung der Aufhebung hätte daher richtiger stufenweise, Zug um Zug, zu erfolgen. Auch in Artikel 11 und 12, die sich im besonderen mit den auf Grund des Kampfrechts unter Aufsicht gestellten, sequestrierten, zwangsweise verwalteten oder liquidierten Vermögen beschäftigen, ist nicht vorgesehen, daß die administrative Durchführung der Freigabe zwischen den Staaten gegenseitig in Beziehung zu bringen wäre. Artikel 11 bestimmt, daß die beaufsichtigten, verwahrten oder verwalteten Vermögensgegenstände auf Verlangen des Berechtigten unverzüglich freizugeben sind. Soweit Vermögensrechte, insbesondere auch Unternehmungen oder Beteiligungen an Unternehmen (Aktien), auf Grund des Kampfrechtes veräußert oder den Berechtigten sonst durch Zwang entzogen worden sind, sollen sie dem früheren Berechtigten auf einen innerhalb eines Jahres nach der Ratifikation des Friedensvertrages zu stellenden Antrag frei von allen inzwischen begründeten Rechten Dritter wieder übertragen werden.

Die deutsche Regierung hat im Laufe des letzten Jahres als Retorsion gegen das rücksichtslose Vorgehen Großbritanniens gegen deutsche Unternehmungen in England und den britischen Ueberseegebieten, auch in Aegypten, und die in der Wirkung ebenfalls auf eine Liquidation hinauslaufende, von französischer Seite dagegen allerdings als rein konservatorische Abwesenheitskuratel hingestellte Tätigkeit der französischen Sequester einen großen Teil des britischen und französischen Besitzes in Deutschland und in den von deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebieten zwangsweise enteignet. Dabei haben zweifellos auch in Deutschland politische und wirt-

schaftspolitische Absichten für die Zukunft mitgespielt, so z. B. bei den Enteignungen des französischen Grundbesitzes in Elsaß-Lothringen, bei der Veräußerung der De Wendelschen Erz- und Hüttenwerke, bei der knapp vor Friedensschluß mit Rumänien eingeleiteten Zwangsliquidierung der feindlichen Petroleumunternehmungen in diesem Lande. Auch der Besitz der Angehörigen anderer feindlicher Staaten wurde in dieses Vorgehen einbezogen, soweit Anlaß von der Gegenseite gegeben erschien. Oesterreich-Ungarn hat hinsichtlich der Liquidierungen eine zurückhaltendere Politik verfolgt und sich im wesentlichen auf eine allgemeine Sperre des im Inlande befindlichen feindlichen Vermögens jeder Art beschränkt, womit schließlich und endlich der Sicherungszweck erreicht ist. Daß die deutsche Vergeltungspolitik den feindlichen Maßnahmen Einhalt geboten hätte, läßt sich kaum behaupten. Jedenfalls aber hat sich Deutschland auf diese Weise, unbekümmert um die möglichen rechtlichen Komplikationen, ein wirtschaftspolitisch sehr wertvolles Pfandobjekt geschaffen, das bei den Friedensverhandlungen die Position der deutschen Unterhändler zu stärken geeignet ist, selbst wenn später die Zwangsenteignungen rückgängig gemacht werden sollten. Für die Haltung Oesterreich-Ungarns mag bestimmend gewesen sein, daß die Entente den Angehörigen dieses Staates gegenüber eine mildere Praxis beobachtete. Auch die den kampfrechtlichen Maßregeln durchaus abgeneigte Haltung der kaufmännischen und finanziellen Kreise in Oesterreich und Ungarn, die durch zahlreiche Beziehungen mit dem britischen und französischen Kapitalmarkte enge verknüpft sind, mag nicht ohne Einfluß gewesen sein.

2. Der Ersatz der Kampfrechtsschäden.

Artikel 13 des deutsch-russischen Zusatzvertrages bestimmt, daß Schadensersatz geleistet wird, soweit der auf Grund des Kampfrechtes durch die dauernde oder zeitweilige Entziehung von Rechten, Konzessionen, Privilegien oder ähnlichen Ansprüchen (Patentrechte, Marken-, Musterschutz-, Urheberrecht) oder durch die Sequestration, Zwangsverwaltung oder Liquidation verursachte Schaden nicht durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gut gemacht wird.

Die Feststellung der Schäden und die Bemessung der Entschädigungen wird sehr große Schwierigkeiten [6]) auslösen. In dem Zusatzvertrage ist eine Schlichtungskommission vorgesehen, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Vertretern gebildet wird. Die neutralen Mitglieder sollen durch den Schweizer Bundespräsidenten bestimmt werden. Der Vorsitz in dieser Kommission wird einem neutralen Mitgliede übertragen. Nach Artikel 15 stellt die Kommission die für ihre Entscheidungen maßgebenden Grundsätze und die Bestimmungen über ihr Verfahren selbst auf. Die Entscheidungen sollen in Unterkommissionen erfolgen.

In der dem deutschen Reichstag vorgelegten Denkschrift [7]) über die Friedensverträge wird in sehr zutreffender Weise hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Schlichtungskommission auseinandergesetzt, daß die Durchführung der für den Schadensersatz aufgestellten Regeln auf gerichtlichem oder diplomatischem Wege zu schweren Unzuträglichkeiten führen würde, erstere deshalb, weil die Partei sich von den nationalen Gerichten nicht unparteiisch behandelt fühlen würde, letztere, weil dadurch den beiderseitigen diplomatischen Vertretungen eine Arbeitslast aufgebürdet würde, die sie der Wiederanknüpfung der friedlichen Verkehrsbeziehungen auf Jahre hinaus entfremden und zu immer erneuten gegenseitigen Vorwürfen wegen der Maßnahmen der Kriegszeit drängen müßte.

Die Schlichtungskommission soll auch für den in Artikel 14 vorgesehenen Ersatz der Schäden zuständig sein, die den beiderseitigen Zivilangehörigen durch völkerrechtswidrige Gewaltakte der staatlichen Organe oder der Bevölkerung an Leben, Gesundheit oder Vermögen, z. B. Progrome, Pöbelexzesse zugefügt worden sind. Die Schäden durch das Kampfrecht und die völkerrechtswidrigen Schäden sind zusammengefaßt unter dem Begriff »Zivilschäden«. In beiden Fällen handelt es sich um Hinterlandsschäden von Zivilpersonen. Auch im Hin-

---

[6]) Nach Zeitungsmeldungen wurde Ende August 1918 zwischen Deutschland und der Sowjetrepublik ein Ergänzungsabkommen getroffen, das die Leistung einer Pauschalentschädigung von Staat zu Staat vorsieht. Die Betroffenen hätten sich daher mit ihren Ansprüchen lediglich an den Heimatstaat zu halten.

[7]) Vgl. Denkschrift, Deutscher Reichstag, 13. Legislatur-Periode, II. Session 1914/18, Nr. 1395, Seite 106.

terlande vorgenommene Requisitionen bei Angehörigen des anderen Teiles sind unverzüglich zu bezahlen.

Zum richtigen Verständnis dieser Bestimmungen muß Artikel IX des Hauptvertrages herangezogen werden, der ausdrücklich den wechselseitigen Verzicht auf den Ersatz der Kriegskosten und den Ersatz der Kriegsschäden [8]) ausspricht. Die Kriegskosten werden als die staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung erklärt, die Kriegsschäden als diejenigen Schäden, die den Staaten und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller im Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Artikel IX entspricht zwar dem vor Beginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsatze: »ohne Kontributionen«, andererseits ist jedoch die Einschränkung des Schadensersatzes auf die Zivilschäden nicht entsprechend dem Artikel 3 des Haager Landkriegsabkommens [9]). Ersatzansprüche wegen Schäden aus den Handels-, Zahlungs- und Erfüllungsverboten können nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Brest-Litowsk keinesfalls gestellt werden. Die von der Schlichtungskommission aufzustellenden Grundsätze werden sich im Rahmen des Abkommens halten müssen und daher lediglich auf positive Eingriffe in Privatrechte, nicht aber auf Verbote, erstrecken.

Der Ausschluß der Schäden in den Kriegsgebieten ist mit Rücksicht darauf, daß die Zentralmächte sehr große Gebiete der Ententestaaten besetzt haben und daß der Krieg, abgesehen von Ostpreußen, Galizien, der Bukowina und Siebenbürgen, sich fast ausschließlich in Feindesland abgewickelt hat, für das Deutsche Reich und seine Verbündeten eine allgemein durchaus entsprechende Lösung. Ein völkerrechtlicher Anspruch auf Ersatz der in den Kriegsgebieten verursachten Schäden, ob

---

[8]) In dem Vertrage mit Rumänien wird gegenseitig nur auf Ersatz der Kriegskosten verzichtet Rumänien mußte seinerseits den Verzicht auf Ersatz der Kriegsschäden durch militärische Maßnahmen, Requisitionen und Kontributionen der Mittelmächte auf seinem Gebiete aussprechen und sich anderseits verpflichten, Angehörigen der Mittelmächte alle Schäden durch militärische Maßnahmen auf seinem Gebiete, Neutralen völkerrechtswidrige Kriegsschäden zu vergüten.

[9]) »Die Kriegspartei, welche die Bestimmung der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenen Falles zum Schadenersatz verpflichtet. Sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen worden sind.«

sie nun im Zuge der militärischen Operationen oder völkerrechtswidrig verursacht wurden, besteht also nach dem Friedensvertrage[10]) nicht. Die Regelung des Kriegsschadensersatzes in den Kriegsgebieten ist eine rein interne Angelegenheit des betreffenden Staates gegenüber seinen Angehörigen.

In diesem Zusammenhange sei noch eine zweite Abschweifung von dem eigentlichen Thema des Kampfrechtes gestattet: In dem deutsch-russischen und dem österreichisch-ungarisch-russischen Zusatzvertrage ist auch auf die Schäden Bezug genommen, welche sich für die deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen aus der revolutionären Enteignung des Bodens, der Bank- und Industrieunternehmungen in Rußland ergeben. In diesen Fällen gilt nicht wie bei den Kampfrechtsschäden der Grundsatz der Wiederherstellung oder der Rückgewährung, vielmehr kann nur Antrag auf Entschädigung gestellt werden. In den Zusatzverträgen mit der Ukraine ist auch diese Schadensersatzpflicht nicht vorgesehen. Wohl aber ist sowohl in den Verträgen mit Rußland als mit der Ukraine an die Möglichkeit der Wiederaufhebung der Nationalisierung gedacht; dann kann Antrag auf Rückgewähr gestellt werden. Die ukrainischen Vertreter haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß bei Verstaatlichung von Vermögensgegenständen Ausländer die gleiche Rechtslage wie Inländer haben und daß durchaus nicht unter allen Umständen Ausländern im Falle der Verstaatlichung eine angemessene Entschädigung zu leisten sei. Die Formulierung der Nationalisierung in den Zusatzverträgen lautet: » . . . ., soweit die veräußerten Vermögensgegenstände auf Grund einer für alle Einwohner und für alle Gegenstände der gleichen Art geltenden Gesetzgebung inzwischen vom Staate oder von Gemeinden übernommen worden sind und in deren Besitz verbleiben«. Hiernach fallen praktisch darunter nicht nur die von der russischen und ukrainischen sozialistischen Regierung verfügten Enteignungen, sondern auch die Inanspruchnahme gewisser Waren auf Grund kriegswirtschaftlicher Verfügungen, wie z. B. Textilartikel, Metalle, im Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn, sofern hiefür nicht ohnehin eine Entschädigung vorgesehen wäre.

---

[10]) Abweichend für Angehörige der Mittelmächte und Neutrale die Regelung im Verhältnis zu Rumänien, siehe oben.

Die Frage des Kriegsschadensersatzes ist eine eminent politische. Die Regelung des Ersatzes der Zivilschäden, wie sie in den Ostverträgen vorgesehen ist, ist gewiß zum Schutze der deutschen und österreichisch-ungarischen Vermögen im Auslande sehr zu begrüßen und ihre Durchsetzung gegenüber den übrigen Ententestaaten würde die Wirkungen des Kampfrechtes für die einzelnen Betroffenen beseitigen. Allerdings wird es notwendig sein, das Verfahren und die materiellen Normen der zur Entscheidung berufenen nationalen oder internationalen Kommissionen in solcher Weise einzurichten, daß nicht, was sehr zu befürchten ist, die Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes und die allfällige Gewährung von Schadensersatz ganz außerordentlich verzögert wird. Die Bemessung der Schadensvergütungen wird keinesfalls in zu engherziger Weise erfolgen dürfen, wenn auch freilich der entgangene Gewinn in der Regel ausgeschlossen bleiben wird. Die Zuziehung wirtschaftlich gebildeter Fachleute zu den Kommissionen und den Parteien gegenüber die Gewährung der Möglichkeit, selbst ihre Ansprüche vor der Kommission zu vertreten, würden eine erhöhte Gewähr dafür bieten, daß die Entscheidungen nach Billigkeit erfolgen und die Entschädigungen in angemessener Höhe geleistet werden.

3. Die Wiederherstellung der privaten Verträge.

Die Rechtssprechung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn hat im langen Laufe des Krieges die Richtung eingeschlagen, daß Vorkriegsverträge aufgehoben erklärt werden können, falls die für den Vertragsinhalt bestimmenden Umstände sich wesentlich verschoben haben. In deutschen Urteilen ist wiederholt die Tendenz zum Ausdrucke gekommen, die lange Zeitdauer des Krieges allein als Aufhebegrund für Verträge anzusehen. Die österreichische Rechtsprechung ist nicht soweit gegangen sondern verlangt die Unmöglichkeit oder die Unerschwinglichkeit der Leistung. Neuerdings ist ein französisches Gesetz [11]) erlassen worden, das ähnlich wie nach der österreichischen Judikatur die Aufhebung von Handelsgeschäften ermöglicht, »*s'il est établi qu'à raison de l'état de guerre l'exécution des obli-*

[11]) Gesetz vom 21. Jänner 1918, Journal Officiel No. 22 vom 23. Jänner 1918.

gations de l'un des contractants entraînera des charges ou lui causera un préjudice dont l'importance dépasserait de beaucoup les prévisions qui pouvaient être raisonnablement faites à l'époque de la convention«. Der hierin zum Ausdrucke gebrachte Gedanke wird in der Literatur häufig als »wirtschaftliche Unmöglichkeit« bezeichnet. Es entspricht tatsächlich, wenn nicht dem Wortlaute der Friedensgesetze, so doch der Billigkeit, daß die durch den Krieg und die im Laufe der mehrjährigen Dauer vollständig verschobenen Verhältnisse auch auf dem Gebiete des Vertragsrechtes Berücksichtigung finden.

Daß das Kriegsrecht der Ententestaaten die mit den Feinden abgeschlossenen Verträge auf Kriegsdauer unterbricht, ist die logische Folge des Handelsverbotes. Als kampfrechtlicher Eingriff und als Unbilligkeit muß es aber bezeichnet werden, wenn Kriegsgesetz und Rechtssprechung der Ententestaaten einseitig, ohne die Gegenpartei zu hören, die Auflösung von Verträgen, mag nun die Erfüllung von keiner Seite begonnen worden sein oder mögen sie sogar von einer Seite erfüllt sein, mit Rücksicht auf angebliche öffentliche Interessen oder »das legitime Interesse« des eigenen Staatsangehörigen zuläßt. Besonders bezeichnend ist die von englischen Gerichten ausgesprochene Aufhebung von Verträgen auf Lieferung von Zinkerzen, die im Frieden in westdeutschen und belgischen Hütten verarbeitet werden.

Die deutsche Regierung hat infolgedessen auch ihrerseits deutschen Staatsangehörigen die Möglichkeit gegeben, Kauf- oder Lieferungs-Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen für aufgelöst erklären zu lassen [12]). Die deutsche Kaufmannschaft scheint sich allerdings nicht der Erkenntnis verschlossen zu haben, daß eine derartige Vergeltungsmaßregel eine zweischneidige Waffe ist. Es scheint, daß von der Möglichkeit der einseitigen Auflösung nicht in allzu großem Umfange Gebrauch gemacht wurde. Auch darf nicht übersehen werden, daß die Entscheidung in dem einen Staate durchaus nicht die Anerkennung eines solchen Urteiles in dem feindlichen Staate nach Friedensschluß gewährleistet. Derartige Eingriffe in die Privatrechte zeigen deutlich, in wie hohem Maße die einseitige Handhabung

---

[12]) Bekanntmachungen vom 16. Dezember 1916 (Großbritannien und Irland, Italien und Frankreich), vom 19. Juni 1917 (Portugal), vom 3. November 1917 (Rußland) und 31. Dezember 1917 (Vereinigte Staaten von Amerika).

des Kampfrechtes wohl während des Krieges nationalen Hochgefühlen Genugtuung bereiten kann, daß sie aber doch kaum geeignet ist, die so vielfach verschlungenen Fäden des internationalen Wirtschaftslebens für die Dauer auseinanderzutrennen.

Die Zusatzverträge mit Rußland und der Ukraine bestimmen ausdrücklich: Die Schuldverhältnisse werden wieder hergestellt. Es heißt dann allerdings weiter, diese Bestimmung hindere nicht, »daß die Frage, welchen Einfluß die durch den Krieg geschaffenen Zustände, insbesondere die durch Verkehrshindernisse, Handelsverbote oder durch geänderte wirtschaftliche Lage herbeigeführte Unmöglichkeit der Erfüllung, auf die Schuldverhältnisse ausüben, in den Gebieten jedes der vertragsschließenden Teile nach den dort für die Landeseinwohner geltenden Gesetzen beurteilt wird«. So findet sich also auch hier der Gedanke der Aufhebung wegen Unmöglichkeit infolge des Krieges, — es ist aber bedauerlich, daß die Entscheidung im einzelnen Falle der nationalen Rechtsprechung überlassen ist. Es würde sich vielleicht mehr empfehlen, in die Friedensverträge selbst eine internationale materiellrechtliche Norm hinsichtlich der Aufhebung von Verträgen zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen aufzunehmen. Zwei Wege können dabei beschritten werden, nämlich entweder die generelle Aufhebung aller oder bestimmter Kategorien von Verträgen (Kauf-, Miet-, Lohnverträge) infolge des Krieges auf Verlangen eines Vertragsteiles oder aber, nach dem Muster des oben erwähnten französischen Gesetzes, eine internationale Festlegung des Begriffes der wirtschaftlichen Unmöglichkeit. Die Verweisung an die nationale Gesetzgebung birgt die Gefahr der Rechtsunsicherheit in sich und läßt widersprechende Urteile in den verschiedenen Staaten erwarten.

So sehr die Regelung des Vertragsrechtes als eine juristische Frage erscheinen mag, ist sie doch in höchstem Maße eine wirtschaftliche. Die Interessen der Rohstoffbezieher, die möglicherweise langfristige Verträge aus der Zeit vor dem Kriege abgeschlossen haben, sind, entgegengesetzt den Interessen der Exportindustrie, die auf Grund der Vorkriegs-Verträge Finalprodukte zu liefern hätte. Erstere werden unbedingt für die Aufrechterhaltung der Verträge eintreten, letztere steht tatsächlich einer

Unmöglichkeit der Erfüllung gegenüber, wenn sie zu den vor dem Kriege vereinbarten Preisen erfüllen müßte.

4. Die Erfüllung von Geldforderungen.

Die Zusatzverträge mit Rußland setzen eine sechsmonatliche, die mit der Ukraine und Finnland eine dreimonatliche Frist nach der Ratifikation fest, vor deren Ablauf Geldforderungen nicht bezahlt zu werden brauchen. Bis zur ursprünglichen Fälligkeit können die vertragsmäßigen Zinsen, von da ab bis zur Zahlung — ohne Rücksicht auf entgegenstehende Bestimmungen der Zahlungsverbote und Moratorien — fünf vom Hundert als Zinsen berechnet werden. Gelder, die bei einer zentralen Hinterlegungsstelle als öffentlichem Treuhänder für feindliche Staatsangehörige hinterlegt wurden, sind von der Einzahlung an mit vier vom Hundert zu verzinsen. (Diese letztere Bestimmung findet sich nur in dem Zusatzvertrage mit Rußland.) Zahlungen eines Schuldners an eine amtliche Treuhandstelle sollen die gleiche Wirkung haben, wie wenn sie der Gläubiger selbst empfangen hätte.

Es muß bezweifelt werden, ob mit analogen Bestimmungen Großbritannien und Frankreich gegenüber die deutschen und österreichisch-ungarischen Interessen hinreichend gewahrt wären. Eine Frist von drei oder sechs Monaten nach der Ratifikation ist ein knapp bemessener Zeitraum, um die Ordnung der durch langjährige Kriegsdauer unterbrochenen Vorkriegsverbindlichkeiten vorzubereiten. Der Umfang der Schulden an französische und englische Gläubiger und der deutschen und österreichisch-ungarischen Forderungen, deren Liquidierung infolge der Zahlungsverbote verhindert wurde, dürfte die russischen Schulden und Guthaben in Deutschland und Oesterreich-Ungarn zahlenmäßig bedeutend übersteigen. Während der Saldo der Vorkriegsgeldforderungen aus kaufmännischen Warengeschäften und staatlichen Verpflichtungen in Beziehung zu Rußland zugunsten der Mittelmächte ist, dürfte Oesterreich-Ungarn Großbritannien und Frankreich gegenüber Schuldnerstaat sein. Ob Deutschland an diese beiden Staaten, besonders an Großbritannien, mehr schuldig als es zu fordern hat, sei dahingestellt [13]) [14]).

[13]) Nach einem Berichte des Public Trustee sollen die deutschen Guthaben, Forderungen und sonstigen Vermögen in England größer sein als umgekehrt.

[14]) Ueber die Ergebnisse der deutschen Erhebung auf Grund der Bekannt-

Gar nicht berührt in den Zusatzverträgen mit Rußland, der Ukraine und Finnland ist die Frage, zu welchem Kurse die Abrechnung der Verbindlichkeiten in fremder Währung stattzufinden hat. Dem Osten gegenüber ist diese Frage vielleicht auch nicht von Bedeutung, da die Kursverschiebungen verhältnismäßig gering und nicht zu Ungunsten der deutschen und österreichischen Währung sind. Dem Westen gegenüber kann die Frage möglicherweise von ganz außerordentlicher Bedeutung sein, falls im Zeitpunkte der Fälligkeit die deutsche und österreichische Währung gegenüber der englischen und französischen Währung ein größeres Disagio aufweisen.

Der Jurist mag die Frage als falsch formuliert zurückweisen. Wer Pfund Sterling oder Francs zu zahlen hat, hat entweder effektiv zu leisten oder den marktmäßigen Gegenwert in seiner Landes- oder anderer Währung. Das Friedensrecht schützt seinem Geiste nach den Gläubiger, der bei jeder anderen Regelung eine Schwächung seines Anspruchs erfährt. Die Valutafrage ist indessen durchaus nicht nur eine individuelle Angelegenheit der einzelnen Schuldner, von denen manche sogar über genügend Guthaben in Pfund Sterling oder Francs oder Dollars verfügen mögen, so daß sie in der Lage wären, ohne Verlust ihre Gläubiger zu befriedigen. Mit Eintritt des Friedens und Wiederaufnahme des Handelsverkehrs werden Deutschland und Oesterreich-Ungarn zum Bezuge unentbehrlicher überseeischer Rohstoffe sehr bedeutende Mengen an Zahlungsmitteln der feindlichen Staaten, insbesondere Großbritanniens und Amerikas, benötigen. Die Frage der Erfüllung der Vorkriegsgeldschulden in fremder Währung kann daher auch devisenpolitisch von den neu entstehenden Forderungen nicht getrennt werden.

Eine gewisse Erleichterung würde es bieten, wenn durch internationale Abmachung die vor dem Kriege entstandenen Ansprüche besonderer Regelung unterworfen werden könnten. So wurde vorgeschlagen, die Abtragung dieser Verbindlichkeiten auf einen längeren Zeitraum, etwa bis drei oder vier Jahre nach Kriegsende, zu erstrecken und sich zunächst nur auf eine vorläufige Abrechnung und Bezahlung auf Basis

---

machung vom 16. Dezember 1916 ist in der Oeffentlichkeit nichts bekannt geworden; die österreichischen und ungarischen Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen.

des Vorkriegskurses zu beschränken. Ein anderer Vorschlag geht dahin, im Friedensvertrag zugunsten der mit einem Disagio behafteten Währung einen **Mittelkurs** für die stärkere Währung festzusetzen, der die Differenz zwischen dem Kurse des Zahlungstages und dem Vorkriegskurs gleichmäßig auf Schuldner und Gläubiger verteilt. Allenfalls wäre überdies die Abtragung der Schulden zu echelonieren. Politisch läßt sich der Gedanke des Mittelkurses damit begründen, daß durch die Kampfrechtsmaßnahmen die Schuldner gehindert waren, ihren Verpflichtungen zu einem Zeitpunkte nachzukommen, als der Rückgang der eigenen Valuta sich noch in mäßigen Grenzen hielt. Die Gegenseite mag den Einwand erheben, daß nicht der einzelne Gläubiger hiefür verantwortlich gemacht werden könne. Wenn der Gedanke des Mittelkurses, der dem Bestreben, eine beiden Teilen billige und gerechte Lösung zu finden, entspringt, sich durchsetzen sollte, bliebe es dem Heimatstaate des Gläubigers überlassen, die diesem erwachsende Differenz zu decken.

Die Vereinbarung eines Mittelkurses im Friedensvertrag oder die vorläufige Bezahlung auf Basis des Vorkriegskurses in Verbindung mit der Erstreckung des Abbaues der Schulden auf einen mehrjährigen Zeitraum wird aber, wie jede derartige starre Konstruktion, den vielfachen Möglichkeiten des internationalen Wirtschaftslebens nicht voll gerecht werden. Wenn ein deutscher Kaufmann tausend Pfund schuldig ist und achthundert Pfund zu fordern hat, könnte er nach den in Rede stehenden Vorschlägen gewisse Vorteile für die Gesamthöhe seiner Verbindlichkeiten in Anspruch nehmen, — sonst hätte er lediglich für die Differenz von zweihundert Pfund die Kursnachteile zu tragen. Die Erstreckung der Vorkriegsverbindlichkeiten eröffnet mancherlei Ausblicke auf unerwünschte Kursspekulationen, die allerdings nie ganz zu vermeiden wären. Auch darf nicht übersehen werden, daß die valutapolitische Regelung nicht nur Beziehungen zwischen Angehörigen der kriegführenden Staaten, sondern auch mit Neutralen betrifft.

Devisen- und kreditpolitische Erwägungen, die gegenwärtig wohl vorbereitet werden müssen, aber nicht abgeschlossen werden können, da sie mit der politischen und finanziellen Lage bei Friedensschluß zusammenhängen, werden vielleicht dazu führen, den internationalen Zahlungsverkehr noch auf längere Zeit

hinaus durch die Devisenzentralen, wie sie in Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehen, abzuwickeln, individuell den einzelnen Schuldnern fremder Währung keinen allzulangen Aufschub zuzugestehen, sondern den Debetsaldo ihrer Verbindlichkeiten und den neuen Bedarf an fremder Währung durch Aufnahme von langfristigen Valutaanleihen durch den Staat, Banken- oder Interessentenkonsortien der am Ex- und Import beteiligten Branchen einzudecken.

Die Festsetzung in den Zusatzverträgen, daß Zahlungen eines Schuldners an eine Treuhandstelle die gleiche Wirkung haben, wie wenn sie der Gläubiger selbst empfangen hätte, ist für die Schuldner von Geldforderungen in fremder Währung sehr bemerkenswert. Auch in den deutschen, österreichischen und ungarischen Zahlungsverboten ist eine gleichartige Bestimmung dieser befreienden Wirkung enthalten. Der deutsche Treuhändler hat bei deutschen Schuldnern Forderungen feindlicher Staatsangehöriger in nicht unbedeutendem Maße eingetrieben, wobei für fremde Währung der Friedenskurs berechnet wurde. Wird die deutsche Regierung die mögliche Differenz tragen? Die Oesterreichisch-ungarische Bank und die Postsparkassen nehmen als staatliche Hinterlegungsstelle Erläge für Rechnung der Feinde nur als Depot, nicht an Zahlungsstatt, an.

Was die in dem Zusatzvertrage vorgesehene Verzinsung der Schulden mit fünf vom Hundert betrifft, ist es wohl kaufmännischem Empfinden durchaus entsprechend, daß für die während des Krieges möglich gewesene Nutzung der zurückgehaltenen Gelder Zinsen vergütet werden. Es liegt allerdings ein Widerspruch mit dem deutschen und österreichischen Zahlungsverbote vor, das den Schuldner ausdrücklich von der Zinsenzahlung befreit erklärt. Der Zinssatz von 5 % ist für Rußland entsprechend, scheint jedoch für westeuropäische Verhältnisse zu hoch bemessen. In diesem Zusammenhange sei auf die Notwendigkeit einer Regelung der Provisionen für die vor dem Kriege von englischen Banken deutschen und österreichischen Importeuren eingeräumten Rembourskredite hingewiesen. Die englischen Banken pflegen eine Rembourprovision von ¼—½ % für drei Monate zu berechnen. Bei vierjähriger Kriegsdauer würden für ein- und denselben fortgesetzten Rem-

bourskredit 24 % an Provision und Zinsenvergütung an die Bank zu bezahlen sein! Außer der Kursdifferenz der ausländischen Devisen hätte also der Importeur noch eine sehr bedeutende Belastung für Zinsen und Provision zu tragen.

5. Die Sicherung der Außenstände.

Es besteht in den Interessentenkreisen, welche Forderungen im feindlichen Auslande haben, die weit verbreitete Ansicht, daß den feindlichen Staaten eine Haftung für den Eingang der Forderungen aufzuerlegen sei und daß jedenfalls das gesamte im Inlande befindliche Vermögen der Feinde jeder Art, nicht zuletzt die Guthaben der Feinde bei inländischen Schuldnern, für die Erfüllung der Ansprüche hafte. Die in den Ostverträgen aufgenommene Bestimmung (Artikel 7, § 4), daß für die Abwicklung der Außenstände und sonstigen privatrechtlichen Verbindlichkeiten die staatlich anerkannten Gläubigerschutzverbände[15]) zur Verfolgung der Ansprüche wechselseitig anzuerkennen und zuzulassen seien, wurde, da sie nur formaler Natur ist, als ungenügend erklärt. Bei den Verhandlungen des Hauptausschusses des deutschen Reichstages über die Ostverträge und in der Oeffentlichkeit wurde scharf bemängelt, daß für die Sicherung der Außenstände durch die Friedensverträge materiell nicht vorgesorgt sei. Der Hauptausschuß hat sogar mit 12 gegen 10 Stimmen einen Antrag auf Ergänzung des Abkommens mit Rußland angenommen, daß wechselseitig eine staatliche Ausfallsgarantie für den Eingang der Außenstände zu übernehmen sei, obwohl die Regierungsvertreter, von anderen Bedenken abgesehen, darauf hinwiesen, daß dies eine versteckte Kriegsentschädigung, noch dazu zugunsten der Privatgläubiger, bedeuten würde. Die Interessentenkreise betrachten eine derartige Ausfallsgarantie Rußland gegenüber als um so notwendiger, da dem russischen Staate ein doppeltes Verschulden an der Zahlungsunfähigkeit vieler Schuldner zugerechnet werden muß, nämlich durch das kampfrechtliche Zahlungsverbot, das die Schuldner an der rechtzeitigen

[15]) In Deutschland der Deutsche Gläubigerschutzverein für das feindliche Ausland, Berlin, in Oesterreich die Schutzstelle für österreichische Vermögen im Auslande, Wien.

Erfüllung verhindert habe und nunmehr durch die inzwischen eingetretenen innerpolitischen Vorgänge, deren wirtschaftliche Rückwirkungen unabsehbar sind. In logischer Konsequenz hätte allerdings auch das Deutsche Reich den Gläubigern der deutschen Schuldner gegenüber eine Ausfallsgarantie zu übernehmen, die unter Umständen sogar bis zur Haftung für die Kursrisken eines Disagios der Mark bei den auf Mark lautenden Forderungen gehen müßte, wie von mancher Seite eine Ersatzleistung der russischen Regierung für die Entwertung der auf Rubel lautenden privaten Verbindlichkeiten gefordert wird.

Es soll nicht verkannt werden, daß es sich bei der Einbringung der Auslandsforderungen, ganz besonders in Deutschland, um einige Milliarden handelt, also eine Summe, die über das Interesse des einzelnen Gläubigers hinaus volkswirtschaftlich stark ins Gewicht fällt. Indessen ist wohl kaum zu erwarten, daß selbst bei einem sehr günstigen Ausgange des Krieges den feindlichen Staaten einseitig die Ausfallsgarantie auferlegt werden kann. Die Gegenseitigkeit aber bedeutet in Anbetracht der großen Forderungen des feindlichen Auslandes gegen deutsche Schuldner, selbst wenn man zugibt, daß diese zahlungswillig und im allgemeinen zahlungsfähig sein werden, doch eine finanzielle Belastung der Gesamtheit, schon infolge des Kursrisikos, die schwerwiegende Bedenken auslösen muß. Der Gedanke der staatlichen Ausfallsgarantie entspricht einem einseitigen Gläubigerstandpunkte und wird sich praktisch wohl nicht verwirklichen lassen.

Auch der Gedanke, daß die feindlichen Vermögen im Inlande zur Sicherung der Forderungen der Angehörigen der Mittelmächte gleichsam als Pfand zu dienen hätten, ist wirtschaftlich und juristisch höchst bedenklich. Nur dann könnte diese Pfandhaftung geltend gemacht werden, wenn die Beendigung des Krieges der Waffen nicht auch das Ende des Wirtschaftskrieges brächte. Wenn aber in den Friedensverträgen der Grundsatz durchgesetzt wird, daß die Zahlungs- und Handelsverbote und sonstigen Ausnahmegesetze gegen die feindlichen Ausländer aufgehoben und alle Rechte wieder hergestellt werden, verliert die Inanspruchnahme der feindlichen Vermögen als Pfand ihrer ursprünglichen gegen den feindlichen Staat gerichteten Zweck. Das im Inlande befindliche Vermögen in seiner Gesamtheit als

Sicherung für den Eingang der Außenstände, also zugunsten der privatrechtlichen Ansprüche einzelner Gläubiger, zu betrachten, würde praktisch dazu führen, daß unsere Gegner dasselbe tun. Hieraus würde sich nicht eine Sicherung der Liquidierung des Kampfrechtes, sondern vielmehr eine unabsehbare Erschwernis des Abbaus ergeben. Der deutsche Gläubiger A wäre wohl zufrieden, von dem deutschen Schuldner B des Engländers C Bezahlung zu erhalten, derselbe Gläubiger A würde es aber mehr als empörend finden, wenn die Schuld des C in England zur Befriedigung der Forderung eines englischen Gläubigers D gegen einen deutschen Schuldner E verwendet würde. Die technischen, juristischen und wirtschaftlichen Einwände gegen die Inanspruchnahme der feindlichen Guthaben als Pfand für die Einbringung der Außenstände sind, — ohne hier des Näheren darauf einzugehen — ähnliche wie die, welche seinerzeit gegen die verschiedenen Projekte einer Zwangsaufrechnung der feindlichen Forderungen und Schulden geltend gemacht wurden [16]). Es scheint doch eine ganz unmögliche Sache, einerseits den Handelsverkehr mit Beschleunigung wieder aufnehmen zu wollen und neue Privatverträge abzuschließen, auf der anderen Seite aber zur Sicherung der Vorkriegsforderungen einen — es ist dies nicht anders zu machen — höchst umständlichen Apparat zu konstruieren. Selbstverständlich steht es aber jedem einzelnen Gläubiger zu, das im Inlande greifbare Vermögen seines Schuldners bei dem Drittschuldner in Anspruch zu nehmen.

Aus valutapolitischen und anderen Gründen wird sich eine möglichste, wenn auch nicht obligatorische Zentralisierung des Geldverkehrs, der sich aus der Bezahlung der Außenstände ergibt, empfehlen, doch ist dies nicht in den Staatsverträgen abzumachen, sondern eine organisatorische Aufgabe. Diese Zentralisierung wird sich zweckmäßigerweise an die Gläubigerschutzorganisationen und Treuhandstellen, etwa in Verbindung mit den bestehenden Devisenzentralen, anlehnen. Wünschenswert wäre, daß in den Friedensverträgen eine Bestimmung Eingang fände, die den Gläubigerschutzorganisationen den beson-

[16]) Vgl. Dr. Georg Güthe und Dr. Franz Schlegelberger, Kriegsbuch. Die Kriegsgesetze mit der amtlichen Begründung und der gesamten Rechtssprechung und Rechtslehre, Berlin 1916, II. Band, S. 417 ff. — Kriegswirtschaftliche Nachrichten aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel, Vierte Abteilung, Deutschland, Nr. 4 vom 13. September 1916.

deren Schutz und die Förderung aller staatlichen Stellen zusagt. Es wird sich wahrscheinlich auch ein Zusammenarbeiten der Gläubigerschutzorganisationen in den einzelnen Staaten von selbst ergeben und dadurch auch eine Art Abrechnungsverkehr. Eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit der nationalen Gläubigerschutzorganisationen wäre um so mehr zu begrüßen, als auf diese Weise zahlreiche Streitfragen, die sich durch die Einwirkungen des Krieges und der Kriegsgesetze auf die schwebenden Verträge ergeben, in einer gleichmäßigeren und rascheren Weise ausgetragen werden könnten als im Prozeßwege.

6. Schaffung internationaler Schiedsgerichte für Kriegsprivatrechtssachen[17]).

Während für öffentlich-rechtliche Ersatzansprüche in den Ostverträgen Schlichtungs-Kommissionen vorgesehen sind, wurde bedauerlicherweise eine verwandte Einrichtung für Kriegsprivatrechtssachen nicht in Aussicht genommen[18]). Durch die Kampfrechtsmaßnahmen und den Krieg an sich ist aber eine Fülle von Rechtskomplikationen privatrechtlicher Art entstanden, daß die Schaffung besonderer zwischenstaatlicher Instanzen um so mehr erwägenswert erscheint, als einerseits in den Friedensverträgen selbst schon infolge der Neuheit der zu lösenden Aufgabe keinesfalls die Vielheit der möglichen Streitfälle eine materiellrechtliche Regelung erfahren kann, andererseits Lösungen der Billigkeit und Zweckmäßigkeit angestrebt werden müssen, unbeirrt, ob die Ergebnisse dem für die friedlichen Beziehungen der einzelnen im staatlichen wie internationalen Verkehr geschaffenen materiellen und formellen Rechte der Friedenszeit sich einordnen oder nicht. Um aber einen Ausweg aus dem Gestrüpp der Rechtsverwirrung zu finden, scheint eine freie Rechtssprechung, nicht gebunden an die überkommene Norm, und gestützt auf eine starke Beteiligung des Laienelementes, weit geeigneter als die ordentlichen nationalen Gerichte. Auch darf nicht ver-

[17]) Den Ausführungen liegen Vorschläge zugrunde, die in einer Denkschrift der Wiener Juristischen Gesellschaft und der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer niedergelegt sind.

[18]) Das oben erwähnte Ergänzungsabkommen vom August 1918 zwischen Deutschland und Rußland soll nach den Tageszeitungen derartige Schiedsgerichte in Moskau und Berlin unter Vorsitz eines dänischen Richters in Aussicht nehmen.

kannt werden, daß nach dem Kriege in erhöhtem Maße die nationalen Gerichte vor dem bloßen Verdachte der Voreingenommenheit gegen die Partei, die noch vor kurzem ein Feind war, geschützt werden müssen.

Es würde sich vielleicht empfehlen, die Schiedsgerichte für Kriegsprivatrechtssachen nicht als obligatorische Einrichtung zu schaffen, sondern dem Kläger die Möglichkeit zu belassen, beim ordentlichen Gerichte des Beklagten die Klage vorzubringen. Zeitlich wäre die Tätigkeit der Instanzen auf zwei oder drei Jahre nach Friedensschluß zu beschränken; sachlich wären Streitigkeiten über Rechte an Grund und Boden und aus dem Familien- und Erbrechte auszuschließen. Die Schiedsgerichte wären an den für den internationalen Verkehr wichtigeren Handelsplätzen, soweit ein Bedürfnis vorliegt, zu bilden. Die Besetzung hätte in der Weise zu erfolgen, daß jeder Streitteil aus einer Liste, welche von der Regierung seines Staates aufzustellen wäre, einen Richter wählen würde; die beiden Schiedsrichter hätten einen Obmann aus einer Liste, welche von den neutralen Regierungen aufgestellt würde, zu wählen oder der Obmann wäre vom Präsidenten des höchsten nationalen Gerichtshofes des Landes, wo das Schiedsgericht tagt, zu ernennen. Besonderes Gewicht wäre darauf zu legen, daß bei der Zusammensetzung der Senate das Laienelement aus kaufmännischen Kreisen entsprechend vertreten ist, das sich im Frieden als Handelsrichter gut bewährt hat. Das Verfahren wäre an keine prozeßrechtlichen Vorschriften zu binden, die Entscheidungen wären nach Billigkeit zu fällen, unter Berücksichtigung der außerordentlichen durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse.

Die Entscheidungen der Schiedsgerichte hätten in der Regel endgültig zu sein, mit gewissen notwendigen Ausnahmen, so bei Verweigerung des rechtlichen Gehörs, bei nicht gehöriger Besetzung des Schiedsgerichtes und ähnlichen Gründen, wie sie in § 595 der österreichischen Zivilprozeßordnung angeführt sind. Die Zusammensetzung der Oberschiedsgerichte hätte in ähnlicher Weise wie die der ersten Instanz zu erfolgen. Die Schaffung eines obersten internationalen Gerichtshofes, etwa im Haag oder an einem anderen neutralen Orte, wird besser nicht in Erwägung zu ziehen sein, da damit die Gefahr endlosen Verschleppens der Rechtsstreite gegeben würde. Hingegen aber

würde es sich wohl empfehlen, im Friedensvertrage auch die Schaffung eines Internationalen Amtes für Privatrecht[14]), nach dem Muster des Internationalen Arbeitsamtes in Basel, vorzusehen, das alle Gesetze, Verordnungen Entscheidungen und sonstigen einschlägigen Materialien des Kampfrechtes zu sammeln und der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen hätte. Das Amt sollte befugt sein, als Verbindungsglied zwischenstaatlicher Gerichte (ordentliche und Schiedsgerichte) in den einzelnen Staaten zu dienen, über wichtige Rechtsfragen Gutachten bei den höchsten staatlichen Gerichten und bei den hier vorgeschlagenen besonderen Instanzen für Kriegsprivatrechtssachen einzuziehen und über die Rechtsnorm und Rechtsprechung in den einzelnen Staaten Auskünfte zu erteilen.

In die Friedensverträge wäre auch eine Bestimmung aufzunehmen, daß die Schiedsgerichte wechselseitig staatlich anerkannt werden und die Schiedssprüche Vollstreckbarkeit genießen.

* * *

Die Erscheinungen des Krieges im allgemeinen und ganz besonders das Kampfrecht mit seinen gar nicht übersehbaren Verletzungen des Privatrechts mögen den Glauben und das Vertrauen in eine internationale Rechts- und Kulturgemeinschaft arg ins Wanken gebracht haben. Gerade aber die in den Ostfriedensverträgen zum Ausdrucke kommenden Tendenzen zeigen die Unentbehrlichkeit des Rechtsgedankens für das Neben- und Miteinanderleben der Völker. Die Bestimmungen über die Wiederherstellung der Privatrechte werden in den Einzelheiten noch manche Ergänzungen und Auslegungen erfahren müssen, im ganzen aber sind sie ein brauchbares Gerüst für den Abbau des Kampfrechts.

---

[14]) Ein ähnlicher Vorschlag wurde von Professor Armin Ehrenzweig in Graz gemacht. — Vgl. auch Meili, Die moderne Fortbildung des internationalen Privatrechts, Zürich, 1909, Seite 24.

Die Wohnungsfürsorge in der Uebergangswirtschaft.

Von

HUGO LINDEMANN.

Die Wohnungsbeschaffung in der Zeit der Uebergangswirtschaft trifft, wie die übrigen Zweige unseres Wirtschaftslebens, der Mangel an festen Daten, auf denen sich ein planmäßiges Handeln aufbauen ließe. Wenn je, ist die Zukunft unseres Volkes dunkel und nicht vorauszusehen. Der Krieg ist reich an Peripetien; wie viele stehen uns noch bevor? Ohne Zweifel wird ein Friede, der uns die Existenz gestattet und für die Zukunft den Neuaufbau unserer Wirtschaft, wenn auch nicht erleichtert, so doch nicht übermäßig erschwert, auch der Wohnungsbeschaffung zugute kommen. Aber wie auch der Frieden sein wird, so gut wie die Menschen essen und sich kleiden wollen, so gut müssen sie auch Wohnungen haben. Mag der Wohnungsstandard auch noch so stark zurückgeschraubt werden, Häuser müssen doch neu gebaut werden, um für die zugewachsenen hunderttausende von Haushaltungen neue Wohnungen zu beschaffen, so weit sie nicht in alten untergebracht werden können. Es wird also unter allen Umständen gebaut werden müssen. Dabei sind zwei Fragen aufzuwerfen, die eine: in welchem Umfange m u ß gebaut werden? und die andere, in welchem Umfange k a n n gebaut werden?

Ueber die erste Frage ist mancherlei geschrieben worden. Allerdings haben viele Autoren, die sich mit der Wohnungspolitik nach dem Kriege beschäftigt haben, den Gegenstand recht oberflächlich traktiert. Die übliche Argumentation, die noch bis in die neueste Zeit hinein selbst auf Städtetagen angewandt wurde, ging von dem Bevölkerungszuwachs aus. Deutschland hat vor dem Kriege um rund 800 000 Köpfe zuge-

nommen; die Haushaltung besteht durchschnittlich aus 4,5 Personen, also sind etwa 200 000 neue Wohnungen im ganzen Reiche notwendig. Während des Krieges ist so gut wie gar nicht gebaut worden. Das Jahr 1914 wird mit der Hälfte der Friedensproduktion eingesetzt; die folgenden Jahre gelten als Fehljahre. Bis jetzt wären also 4 volle Jahre Produktion ausgefallen. Es fehlen daher bis August 1918 800 000 Wohnungen. Diese müssen also nachgebaut werden. Dazu kommen dann für jedes neue Jahr weitere 200 000 Wohnungen. Als roheste Anhaltspunkte lassen sich schließlich die Zahlen gebrauchen; sie sind besonders wirksam im Tageskampfe gegen Hausbesitzer und Verbündete. die selbst jetzt noch zum Teil die Wohnungsnot abstreiten, Für eine gründlichere Untersuchung reichen sie nicht aus. Schon der Ausgangspunkt dieser Argumentation ist falsch. Es kommt nicht auf den Zuwachs der Bevölkerung, sondern auf den der Haushaltungen — und zwar auf den Reinzuwachs — an. Und weiter: mit Zahlen, die für das ganze Reich summarisch errechnet werden, ist praktisch nichts anzufangen. Denn Wohnungsbau kann nur örtlich getrieben werden. In Posemuckel mögen hundert Wohnungen leerstehen; für den Wohnungsmarkt jeder anderer Gemeinde sind diese hundert Wohnungen ohne jede Bedeutung. Wollen in Köln 1000 neue Haushaltungen Wohnungen haben, kann man sie ihnen nicht in Danzig oder Königsberg, auch nicht in Düsseldorf anbieten. Die allgemeinen Reichszahlen haben Bedeutung nur, insofern sie den Umfang des Problems in gröbsten Umrissen ziehen und klar machen, um welche ungeheure Kapitalien es sich bei der Wohnungsfürsorge handelt.

Die beste Arbeit für die Berechnung der Reichszahlen hat neuerdings Feig geleistet. Mit ihr müssen wir uns daher kurz beschäftigen[1]. Feig stellt an die Spitze seiner Ausführungen den Satz, daß der Ueberschuß der neubegründeten über die aufgelösten Haushaltungen für das ganze Reich und außerdem der Wanderungsüberschuß, vor allem der Ueberschuß der zugewanderten über die abgewanderten Haushaltungen für die einzelne Wohngemeinde die Wohnungsnachfrage bestimme. Der Satz ist in dieser Formulierung nicht ganz genau. Denn, wenigstens in Friedenszeiten kommt für die Woh-

[1] Feig, Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt in; Wohnungs- und Siedlungsfrage nach dem Kriege, herausgegeb. von C. J. Fuchs. Stuttgart 1918. S. 37 ff.

nungsnachfrage auch für das Gebiet des Reiches die Zu- und Abwanderung in Betracht. Außerdem aber darf der Umstand nicht übersehen werden, daß mit jedem Jahr gewisse Altersklassen ins Erwerbsleben eintreten, und, auch ohne eine Haushaltung zu gründen, Anspruch auf Wohnung (möbliertes Zimmer, Schlafstelle) erheben. Diese Wohnräume müssen also ebenfalls bereitgestellt werden. Wie groß dieser Bedarf an Wohnungsräumen ist, wird sich nicht leicht feststellen lassen. Man wird nicht so rechnen können, daß man drei möblierte Zimmer einer Dreizimmerwohnung gleich setzt. Denn die drei möblierten Zimmer treten in Wirklichkeit als Teile von Zwei-, Drei-, Vier- usw. zimmerwohnungen auf und in gewissem Umfange werden sie in den neu zu erbauenden Wohnungen bereits mit enthalten sein. Zum andern Teile werden sie dadurch gewonnen, daß sich die Nachfrage von einer niedrigeren zu einer höheren Größenklasse von Wohnungen verschiebt.

Im allgemeinen wird aber die Feigsche Formulierung ausreichen. Richtig ist in ihr auch vor allem die Scheidung von Land und Wohngemeinde. Für die einzelne Wohngemeinde ist die Wanderungsbewegung von ganz anderer Bedeutung als für das Gebiet des Reichs. Das beweisen wieder die Vorgänge im Kriege. In einer ganzen Zahl von Städten ist die Wohnungsnot direkteste Wirkung der Einwanderung — nämlich überall da, wo die Kriegsindustrie sitzt und Arbeitermassen an sich gezogen hat. Strömen diese Massen nach Kriegsende wieder ab, was mit Aufhören der ihnen Arbeit gebenden Kriegsindustrie wohl zum guten Teil zu erwarten ist, so werden sich die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt vollständig verschieben und die vielleicht z. Z. geradezu riesenhafte, die Stadtverwaltung beängstigende und die gesamte Einwohnerschaft aufs Tiefste beunruhigende Wohnungsnot verschwindet mit der Abwanderung. Man sieht, daß uns mit den allgemeinen Reichszahlen sehr wenig gedient ist. Die von Feig sorgfältig herausgearbeitete Summe von 250 000 Wohnungen per Jahr, die gebaut werden müssen, mag im großen und ganzen richtig sein; auf einige Tausend hinüber und herüber kann es dabei nicht ankommen. Die große Frage aber: wo sind diese Wohnungen nötig, ist damit nicht beantwortet. Man kann diese Zahl nicht nach der Bevölkerungsziffer auf die einzelnen Gemeinden verteilen; und darin hat Feig durchaus recht. Die Binnenwande-

rungen werfen diese Verteilung vollständig über den Haufen. Inwiefern aber nach Feigs Ansicht der Mehrbedarf in den Zuwanderungsgemeinden ein Mehrbedarf auch für das gesamte Reich sein soll, ist nicht klar. Für das, was in dieser Klasse von Gemeinden zuwandert, braucht doch nicht an anderer Stelle noch einmal gebaut zu werden. Ein Teil des Wanderungszuwachses an Haushaltungen, der einem Teil von Gemeinden zugute kommt, ist doch nur ein Teil des natürlichen Zuwachses an Haushaltungen, wenn wir das ganze Reich ins Auge fassen, und nur ein Plus für die einzelne Gemeinde, dem an anderer Stelle ein Minus gegenübersteht. Feig macht darauf selbst aufmerksam. Durch die Abwanderung werden Wohnungen frei die von den neugegründeten Haushaltungen besetzt werden können. Es entsteht so ein Ausgleich. Von dem von Feig mit 21 000 Wohnungen als Mehrbedarf eingeschätzten Wohnungsbedarf geht also sicherlich ein gut Teil ab. Wie dem aber auch sei, die ganze Berechnung ist von keiner Bedeutung. Nehmen wir an, daß 250 000 oder 270 000 Wohnungen im Jahre notwendig sind, und daß die Wohnung vor dem Kriege ca. 5000 Mark gekostet hat, was zu hoch oder zu niedrig gegriffen sein kann, daß daher ein jährlicher Kapitalbedarf von 1,35 Milliarden Mark notwendig ist, so haben wir einige sehr schöne runde Zahlen und weiter nichts. Für den praktischen Wohnungsbau ist damit gar nichts anzufangen. Immer noch bleibt die Frage unbeantwortet; wo sind die neuen Wohnungen nötig? Sie kann nur örtlich beantwortet werden. Nur Untersuchungen über den Wohnungsbedarf der einzelnen Gemeinde bringen uns einen Schritt weiter — aber auch nur einen Schritt. Man darf sich darüber nicht im Unklaren bleiben, daß wir zwar durch eine Zählung der leerstehenden Wohnungen feststellen können, wie groß ihre Zahl ist, daß wir aber infolge der riesigen Revolution der Bevölkerungs- und der Wanderungsbewegung durch den Krieg nicht mehr in der Lage sind, Annäherungsschlüsse für die Zukunft zu ziehen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß in der gleichen Stadt von den verschiedenen Aemtern der Wohnungsbedarf für die Zeit nach dem Kriege ganz verschieden geschätzt wurde und daß die Unterschiede ganz gewaltig waren. So berechnete z. B. in Stuttgart das Statistische Amt den Wohnungsbedarf für das Jahr nach Kriegsende auf 1000 Wohnungen, das Stadterweiterungsamt auf 4000 Wohnungen. Die Zukunfts-

projektionen führten von verschiedenen Ausgangspunkten verschiedene Reihen weiter. Man müht sich in der Tat in recht unnützer Weise ab, um zu einigermaßen gesicherten Resultaten zu kommen, und übersieht dabei, daß die örtliche Entwicklung der Wohnungsverhältnisse durch einen dicken Nabelstrang mit der äußeren ganzen Wirtschaft verbunden ist und von der Blutzufuhr aus dieser abhängt. Wanderung heißt dieser Faktor unter dem Gesichtspunkt der Bevölkerungsverschiebung. Wer kann denn auch nur in den gröbsten Umrissen voraussagen, wie in einem halben Jahre, geschweige nach Friedensschluß, von dem niemand weiß, wann er kommt, die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, wie die Verhältnisse in den Städten sein werden. Es heißt doch geradezu verantwortliche Verwaltungen auffordern, mit der Stange im blauen Nebel herumzufahren, wenn die preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten und des Inneren in ihrem Erlaß vom 6. Oktober 1917 schreiben: »Endlich muß die örtliche Lage der Industrie vor dem Kriege, ihre Gestaltung während des Krieges und ihr mutmaßlicher Abbau und Ausbau unmittelbar nach dem Kriege in Beziehung auf die Ab- oder Zunahme der arbeitenden Bevölkerung in Rechnung gestellt werden«, und hinzufügen, daß es keine Zeit und Arbeit beanspruchende Erhebungen bedürfen werde, um diese Schätzungen vorzunehmen. Richtig! Nichts ist einfacher und leichter als zu schätzen; zu nichts braucht man weniger Vorarbeiten, aber die Ergebnisse werden auch darnach sein. Was können denn die Stadtverwaltungen viel anderes tun, als sich bei den in ihrem Gebiet ansässigen Industrieunternehmungen danach zu erkundigen, wie sie die Zukunft einschätzen und was sie zu tun beabsichtigen. Wenn sie dann allerdings solche Antworten bekommen, wie z. B. die Stadt Dortmund[2]), sind sie nicht viel klüger. Aber können sie denn überhaupt auf andere Antworten rechnen? — wenigstens verständigerweise?

Nicht viel anders sieht es mit den Feststellungen aus, die weiter in dem bereits genannten Materialerlaß gefordert werden. Feststellung der Zahl der leerstehenden Wohnungen — das ist zu machen und solche Zählungen geben feste und wohl auch in der Regel erschöpfende Zahlenübersichten; aber für die Ent-

[2]) Denkschrift über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot in Dortmund. Juni 1918, S. 37: »Nach den telephonischen Erkundigungen rechnen aber die Werke, insbesondere die Zechen damit, nach dem Kriege ihre Arbeiterzahlen und Belegschaftsziffern nach Möglichkeit auf das frühere Maß zu bringen.«

wicklung in der Zukunft ist damit nur wenig gewonnen. Der Erlaß verlangt weiter Feststellungen darüber, wie viel Haushaltungsvorstände sich im Felde befinden, ob ihre Familien die Wohnungen aufrecht erhalten, wie viel Kriegsheiraten geschlossen sind, wie viel gleichzeitig einen Hausstand in eigener Wohnung gegründet haben, mit wie viel Neugründungen von Haushaltungen alsbald nach Kriegsschluß zu rechnen ist, wie viel Ledige aus dem Felde erwartet werden müssen, inwieweit diese Unterkunft in bestehenden Haushaltungen finden werden oder auf andere Unterkunft rechnen müssen. Ein Teil dieser Fragen ist überflüssig, ein anderer Teil ist gar nicht zu beantworten. Die Zahl der im Felde befindlichen Haushaltungsvorstände läßt sich schließlich feststellen. So ganz einfach wird die Sache allerdings nicht sein. Nur soweit ihre Familien unterstützt werden, ist die Zahl bekannt. Wozu soll aber die ganze Festellung dienen? Von Bedeutung ist dagegen die Frage nach der Aufrechterhaltung der Wohnungen, nur daß dabei nicht allein im Felde befindliche Haushaltungsvorstände, sondern ebensosehr auch die Hilfsdienstpflichtigen in Betracht kommen — und dann ändert sich die Frage in die andere umfassendere: wie viel Familien haben im Kriege ihre Wohnung aufgegeben, sei es durch Fortzug aus der Gemeinde oder durch Aufgehen in einer bereits vorhandenen Haushaltung, und wie viele von ihnen werden nach dem Kriege wieder eine Wohnung haben wollen. Diese Fragen sind nur durch eine allgemeine Erhebung zu beantworten und die Antworten bedürfen einer sehr sorgfältigen amtlichen Nachprüfung. Sie enthalten stets eine Schätzung durch die Behörde, Hoffnungen, Erwartungen der Familien. Erfaßt werden durch die Zählung nur die Familien, von denen Mitglieder noch in der Gemeinde als Teile anderer Haushaltungen ansässig sind. Von denen, die ganz fortgezogen sind, erfährt man nichts, obschon bei diesen die Hoffnung, Erwartung, Absicht, zurückzukehren, in gleicher Weise besteht. Was kann man mit einem solchen Material anfangen? Aehnliche Kritik läßt sich an den andern Fragen üben. Ganz unbeantwortbar sind Fragen, wie nach der Zahl der Neugründungen von Haushaltungen alsbald nach Kriegsschluß, eine Größe, die von der Dauer des Krieges abhängt, nach der Zahl der Ledigen, die aus dem Felde erwartet werden müssen, für die das gleiche gilt, und nach der Art ihrer Unterbringung.

Je genauer man also die einzelnen Punkte prüft, deren Feststellung zur Umgrenzung des Wohnungsbedarfs notwendig erscheint, desto mehr erkennt man, auf welch durchaus unsicherem und schwankendem Boden man den Zukunftsbau errichten muß. Darüber soll man sich klar werden. Das bedeutet nun nicht, daß man Schätzungen, weil es zum Teil recht unsichere Schätzungen sind, überhaupt nicht vornimmt und für sie Grundlagen zu gewinnen sucht. Aber man wird sicher davor sein, ihre Bedeutung zu überschätzen und zu viel Arbeitskraft auf die Feststellung von Verhältnissen zu verwenden, die man überhaupt nicht genau feststellen kann. Auch wenn wir die Unsicherheitsmomente ausschalten, die auf den Krieg zurückgehen, bleibt in allen Versuchen, den zukünftigen Wohnungsbedarf statistisch zu erfassen, der Faktor der Zuwanderungen als durchaus für die Zukunft unfaßbare Größe. In einem halben Jahre kann der Umschwung von Hochkonjunktur zur Krise einsetzen und die Einwanderung zum Stillstand bringen, ja schon in eine Abwanderung verwandeln. Wohnungsbauten aber, die vielleicht auf Grund einer Aufnahme der leerstehenden Wohnungen begonnen worden sind, brauchen wenigstens ein halbes Jahr, um fertig zu werden.

Ueber die Entwicklung des Wohnungsmarktes im Kriege hat uns R. Kuczynski[3]) für alle Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern eine wertvolle Arbeit geliefert, die auf einer besonderen Umfrage beruht und bis zu dem Jahre 1910 zurückgreift. Damit ist die später erschienene Publikation des Statistischen Amtes des Reiches[4]) zu verbinden, die die Zahlen für das Jahr 1917 anfügt. Beide Publikationen bringen einen weiteren Beweis für die bekannte Tatsache, daß der Wohnungsmarkt jeder einzelnen Stadt für sich verfolgt werden muß und daß es nicht möglich ist, aus den Verhältnissen, die in einer beschränkten Zahl von Städten bestehen, einen allgemeinen Schluß zu ziehen und eine allgemeine Entwicklungstendenz festzustellen.. Das gilt für die Friedens- wie für die Kriegszeit. In den letzten Monaten vor Kriegsausbruch waren die Wohnungsverhältnisse wie folgt. In 8 von 69 Städten war der Anteil der Leerwohnungen höher als 3 %, darunter Berlin mit Neukölln und Wilmersdorf,

[3]) R. Kuczynski, Wohnungsnot bei Friedensschluß. Deutscher Wohnungsausschuß. Schriften Heft 2. Berlin 1917.

[4]) Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatte Nr. 6. Juni 1918.

Düsseldorf, Kiel, Hamburg und Altona, in 59 war er niedriger. Und zwar stand er in 23 über 1½ % und in 36 darunter. In 18 Städten erreichte er noch nicht 1 %. Hier dürfte man also schon von einem Wohnungsmangel, zum Teil sogar von einer Wohnungsnot sprechen. Wenn Kuczynski die Zustände vor dem Kriege dahin charakterisiert, daß die Wohnungsnot einen bedrohlichen Umfang erreicht hatte und eine Katastrophe unabwendbar erschien, so gelten diese Worte für eine ganze Anzahl von Städten, darunter auch Großstädten. Der Krieg kam in der Tat als Retter. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen wuchs rapide und erreichte die Höhe des Jahres 1910/11, ging sogar über diese hinaus — aber nur in einem Teil der Städte. In einem anderen blieb sie zum Teil recht bedeutend hinter der dieses Jahres zurück. Die Einwirkungen der ersten Kriegszeit sind also ungemein überschätzt worden. Für die weitere Entwicklung der Wohnungsverhältnisse waren nun bedeutsam: die Aufgabe von Wohnungen durch Auflösung von Haushaltungen und der Ausfall der Neubauten. Im Laufe der Zeit wurde das erste Moment durch die Neugründungen von Haushaltungen ausgeglichen und aufgehoben. Das zweite verstärkte sich immer mehr. So mußte die Zahl der leerstehenden Wohnungen von Zählung zu Zählung abnehmen. Für 1916 konnte Kuczynski die Ergebnisse dahin zusammenfassen: »In einem Viertel aller Städte besteht demnach ein reichliches oder überreichliches Wohnungsangebot, in einem Viertel aber eine empfindliche Wohnungsknappheit, teilweise sogar eine starke Wohnungsnot.« Bei einem Vergleich mit der letzten Aufnahme der leerstehenden Wohnungen vor Kriegsausbruch ergibt sich, daß ihr Anteil im Jahre 1916 in 57 Gemeinden höher stand als vor Kriegsausbruch, in 3 ebenso hoch und in 17 niedriger. Im Jahre 1917 hat der Vorrat an leerstehenden Wohnungen weiter abgenommen und zwar stärker als im Jahre vorher. Für die Einzelheiten müssen wir auf die genannte Sonderbeilage des Reichsarbeitsblattes verweisen. Nur noch in 8 Städten war die Ziffer der leerstehenden Wohnungen über 3 %, während es 1916 noch in 20 Städten der Fall war. Vergleichen wir die beiden Jahre 1913 und 1917, so finden wir, daß 1917 die Zahl der leerstehenden Wohnungen in 6 Städten größer, in 17 dagegen gleich groß oder kleiner war. Seit dem Ende des Jahres 1917 sind aber überall die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte ganz merklich

schlechter geworden. Die Ergebnisse der Märzzählung von 1918 werden dies beweisen. In einer großen Zahl von Städten besteht nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern eine akute Wohnungsnot schlimmster Art und hat die Städte gezwungen nicht nur Pläne für die Uebergangszeit nach dem Kriege zu machen, sondern jetzt schon tatkräftig einzugreifen und neue Wohnungen zu beschaffen. Auch das Kriegsamt mußte der Kleinwohnungsnot gegenüber zur Aufstellung neuer Richtlinien über die Regelung der Bautätigkeit kommen (Erlaß vom 15. 3. 1918). Da diese Maßregeln gegen die Wohnungsnot von heute ohne weiteres zur Wohnungsfürsorge in der Uebergangswirtschaft überleiten, müssen wir uns zunächst mit ihnen beschäftigen. Sie gliedern sich in zwei Gruppen: die eine will durch den Umbau und Ausbau vorhandenen Gebäuderaumes neue Familienwohnungen schaffen, die andere durch Neubauten neuen Wohnungsraum. Die eine nützt vorhandene Gebäude aus, die andere errichtet neue.

1. Um- und Ausbau vorhandener Gebäuderäume. Dieser Gebäuderaum kann bereits in den Händen der Gemeinde sein; zum größeren Teil ist er in privatem Eigentum. Es handelt sich im ersten Falle um unbenutzte Gebäude aller Art, die durch Umbauten für Wohnzwecke brauchbar gemacht werden können, und um Gebäude, die den städtischen Verwaltungszwecken dienen, aber im Notfalle frei gemacht werden können. Bürogebäude und vor allem Schulen sind hier ins Auge gefaßt worden. Gegen die Verwendung von Schulen sprechen mancherlei schwere Bedenken. Der Schulbetrieb ist durch die Beschlagnahme der Schulen für militärische Zwecke schlecht genug. Ihn noch weiter zu verschlechtern, ist aus pädagogischen Gründen kaum angängig. Es ist nicht recht verständlich, wie der schon öfter erwähnte preußische Oktobererlaß gerade die Schulen als geeignete Gebäude für die Einrichtung von Wohnungen empfiehlt. Uebrigens würde auch der Einbau in ihnen nicht gerade einfach und billig sein. Die großen Schulsäle müßten zerlegt, Küchen, Aborte, Wasserleitung, Kanalisation eingebaut werden. Die Kosten würden sehr groß und die Unterbringung der Familien in den großen Schulkasernen recht unbefriedigend werden. Bei kleineren Schulhäusern würde der Mißstand der Zusammendrängung zahlreicher Familien fortfallen. Leichter würden sich Büroräume adaptieren lassen, die zum guten Teil

in früheren Wohnhäusern untergebracht sind. Leerstehende Geschäftslokale, Wirtschaften, Säle lassen sich viel leichter zu Bürozwecken umbauen, als zu Familienwohnungen, namentlich, wenn man darauf verzichtet, Einzelzimmer zu schaffen, und nach dem Beispiel der privaten Unternehmung dazu übergeht, die Beamten in größeren Räumen zusammenzufassen. Diese Verschiebung der städtischen Büros würde in geeigneten Fällen keine Schwierigkeiten machen; an Räumen würde es nicht fehlen.

Bei den privaten Gebäuden handelt es sich um Geschäftsräume aller Art, wie Werkstätten, Läden, Wirtschaften, Magazine, Hotelzimmer usf., für die zum Teil das gleiche gilt, wie für die städtischen Gebäude. Die Umbaukosten werden aber vielfach hoch werden, die neu geschaffenen Wohnungen recht wenig günstig. In zweiter Linie kommt der Ausbau von Dachgeschossen und Kellerräumen, deren Benützung für Wohnzwecke bisher baupolizeilich verboten war. Soweit es sich um den Dauchraum handelt, können in vielen Fällen ohne Schwierigkeiten gute und hygienische Wohnungen gewonnen werden. Allerdings wird dann diese Umänderung oft auf Kosten der übrigen Wohnungen gehen, die ihren Dachraum ganz oder zum Teil hergeben müssen. Um diese Maßregel hat sich aber ein lebhafter Streit erhoben, eine Fortsetzung der seit vielen Jahren andauernden Kämpfe, die von dem Haus- und Grundbesitz um weitgehendste Ausnutzung des Dachraumes geführt worden sind. Die Argumente, die früher gegen diese Bestrebungen ins Feld geführt wurden, gelten natürlich heute in gleicher Weise. Die genügende Ausstattung der andern Wohnungen im Hause mit Dachraum müßte jetzt ebenso wie früher gesichert sein. Die Dachwohnungen selbst müßten den Ansprüchen der Hygiene und Feuersicherheit genügen. Leipzig schreibt deshalb beispielsweise die Anhörung des Stadtbezirksarztes vor Genehmigung von Dachwohnungen vor, die den gesetzlichen Vorschriften nicht genügen, und spricht ausdrücklich aus, daß das Wohnen in ihnen die Gesundheit der Bewohner nicht gefährden darf. Das Hauptargument aber, die unerwünschte Verdichtung der Bevölkerung und die damit verbundene Ertrags- und Grundstückssteigerung mit ihren Nachwirkungen auf den unbebauten Boden wird einfach beiseite geschoben. Not bricht Eisen und eine Dachwohnung ist besser als gar keine. Man sucht diesen Wohnungen und damit der Durchbrechung der bisher verfolgten Grundsätze dadurch eine

gewisse Schranke zu setzen, daß man die Genehmigung der sonst baupolizeilich unzulässigen Wohnungen nur auf eine begrenzte Reihe von Jahren zuläßt. Drei, vier, fünf Jahre — Leipzig geht sogar bis zu zehn Jahren — sind die üblichen Maxima. Ob es dann aber der Wohnungspolizei gelingen wird, die Bewohner aus den Dachwohnungen herauszubringen und die Räume ihrer alten Zweckbestimmung zurückzugeben, ist durchaus zweifelhaft. Meist sind solche Räume schon vor dem Kriege in polizeiwidriger Weise zu Wohnzwecken benutzt gewesen; daher auch der in den meisten Städten ganz unbefriedigende Ertrag dieser Maßregel. Die Zulassung, wenn auch zunächst zeitlich beschränkt, bedeutet daher die Legalisierung eines bisher ungesetzlichen Zustandes; sie rückgängig zu machen, wird außerordentlich schwer fallen, auch wenn die Begrenzung der Genehmigungsdauer in die Baulastenbücher eingetragen wird.

Die Ertrags- und Grundrentensteigerung wird also nicht zu verhindernn sein. Man sucht sie aber dadurch in bescheidenen Grenzen zu halten, daß man die Höhe der Mietzinse von Stadt wegen vorschreibt und sich vorbehält, die Genehmigung zu widerrufen, wenn die vorgeschriebenen Mietpreise überschritten werden. Die Maßregel ist notwendig in einer Zeit allgemeiner Mietsteigerung und durchaus gerecht. Die Ausnutzung des Dachraumes für Wohnzwecke bedeutet ein Geschenk an die Hausbesitzer, und es ist selbstverständliche Pflicht der Behörde, die Größe dieses Geschenkes nach den Interessen des allgemeinen Wohles, nicht aber den Bedürfnissen des Geldbeutels der Hausbesitzer zu bestimmen. Nur darf man sich darüber keinen Illusionen hingeben, daß die Einhaltung der Mietpreise leicht kontrolliert werden könnte. In Zeiten einer Wohnungsnot, wie sie heute in manchen Großstädten besteht, wo bedeutende Summen für den Nachweis einer Wohnung in der Tagespresse ausgesetzt werden, ist die Stellung des Mieters gegenüber dem Hausbesitzer so prekär, daß er jede Forderung bewilligt, auch wenn er weiß, daß sie ungesetzlich ist, ja daß er freiwillig jeden Preis anbietet, nur um in den Besitz einer Wohnung zu gelangen. In welcher Weise hier Abhilfe zu schaffen wäre, werden wir später zu untersuchen haben.

Noch schwerer sind die hygienischen Bedenken gegen die Kellerwohnungen. Beide Klassen von Wohnungen haben das gemeinsam, daß sie in einer Zeit, in der die körperliche Kraft

der minderbemittelten Klassen durch Unterernährung und Schwerarbeit untergraben wird, kein Gegengewicht gegen diese Schädigungen bringen, sondern eher sie durch weitere schädigende Momente verstärken müssen. Man redet so viel von Bevölkerungspolitik, worunter man allerdings meist nur die Erzeugung einer möglichst großen Zahl von Kindern begreift, und tut, ist gezwungen, alles zu tun, was die Lebenskraft der Bevölkerung zerstört, um diesen unsinnigen Krieg weiterführen zu können, vernichtet sich selbst, um vernichten zu können.

Das Urteil über diese Maßregeln muß also dahin gehen, daß sie in schärfstem Widerspruch zu den bisher von der Wohnungsreform verfolgten, nunmehr im Krieg mit großem Getöse von den weitesten Kreisen der Volksretter verkündigten Bestrebungen nach größerer Weiträumigkeit der städtischen Siedelung stehn. In der Tat ein Bild, das nicht ohne einen gewissen Zug der Tragikomödie ist. Die bestehenden Häuser stopft man bis unter die Dachsparren voll Menschen und draußen will man Einfamilienhäuser mit Gärten für die gleichen Kreise bauen. Wenn man sich daran erinnert, wie außerordentlich langsam sich die Abnahme der Wohndichtigkeit in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat, muß die jetzt mit allen Mitteln geförderte Verdichtung der Bevölkerung als geradezu verhängnisvoll für jede Wohnungsreform erscheinen. Sie ist das einzige sichere Ergebnis dieses Krieges; alles andere schönen Namens ist bisher nur Projekt, Papier und wird es auf lange Zeit hinaus auch bleiben.

In die Klasse der Umbauten sind dann weiter einzubegreifen die Aufteilung größerer Wohnungen in kleinere, was selten ohne Umbau abgetan wird, und die Rationierung der Wohnungen, bei der gleichfalls mit baulichen Aenderungen zu rechnen ist. Die erste Maßregel wird in den amtlichen Erlassen in der Regel lebhaft empfohlen. So nannten sie z. B. die Richtlinien des Kriegsamtes »eine Maßnahme, die meist ohne erhebliche Schwierigkeiten ausführbar und nach Möglichkeit zu fördern sein wird«. Das Urteil ist bautechnisch falsch und verkennt durchaus die wirtschaftlichen Wirkungen, die mit einer solchen Veränderung im Charakter eines Miethauses verknüpft sind. Technisch ist die Zerteilung großer Wohnungen sehr einfach, wenn man die größere Zahl von Familien unterschiedslos auf die gleichen Nebenanlagen (Küchen, Aborte, Wasserzuleitungs-, Wasser-

ableitungsstellen usf.) verweist. Dann kann sich die ganze technische Leistung auf das Umdrehen und Abziehen der Zimmerschlüssel beschränken. Welche Wohnungszustände dabei aber entstehen, dafür ist München mit seinen zahlreichen Teilwohnungen ein abschreckendes Beispiel. Man wird eben schon gezwungen sein, bei der Teilung der großen Wohnungen die notwendigen Nebenanlagen für jede neue Kleinwohnung anzulegen. Küche, Abort, Wasserzapfstelle, Ausgüsse usf. müssen beschafft werden. Die einzelnen Wohnungen sind möglichst voneinander abzuteilen, also mit eigenem Zugang und Vorplatz auszustatten. Die zu großen Zimmer müssen untergeteilt werden. Auch die Wohnungsausstattung, die auf ganz andere Ansprüche und eine sehr viel schonendere Benützung berechnet ist, wird mancherlei Schwierigkeiten bieten. Ob die neu entstehenden Wohnungen den Bedürfnissen der neuen Mieterklassen entsprechen werden, ist höchst zweifelhaft; sicher ist dagegen, daß der Bauaufwand in den allermeisten Fällen sehr groß sein und sich nicht rentieren wird. Kein Hausbesitzer wird daher aus freien Stücken einen solchen Umbau unternehmen, solange sein Haus noch in einem einigermaßen vermietbaren Zustand sich befindet. Nur abgewirtschaftete Häuser, die auch nach ihrer Quartierlage durch die Entwicklung der Stadt deklassiert sind, werden zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet wiederum gesteigerten Bauaufwand. Außer den hohen Kosten, die der Umbau von großen Wohnungen in der Regel mit sich bringen muß, fällt für den Hausbesitzer die Deklassierung seines Besitzes ins Gewicht. Ein Haus, in dem auch nur in einem Stockwerke sich mehrere Kleinwohnungen befinden, ist kein »herrschaftliches Miethaus« im Sinne des privaten Wohnungsmarktes mehr und wird diesen Charakter, einmal verloren, auch so leicht nicht wiedergewinnen. Der in den Umbau hineingesteckte Bauaufwand bringt zudem keinen größeren Mietertrag, wenigstens solange noch ein gewisses Niveau der Wohlanständigkeit beobachtet wird, und die Deklassierung wird sich daher in einem Sinken des Wertes ausdrücken. Die Erneuerung fällig werdender Hypotheken wird daher für den Hausbesitzer nur unter Opfern möglich werden. Auch das kann nicht zu einem Vorgehen reizen. Von welcher Seite man auch die empfohlene Aktion beobachten mag, ihre Vorteile sind gering und es wird daher auch die Zahl der gewonnenen Wohnungen eine recht geringe sein, zumal

da auch der Bestand an leeren großen Wohnungen stetig abnimmt.

Sehr viel von dem, was wir schon ausgeführt haben, trifft auch auf die Beschlagnahme von Wohnungen zu. Das Recht zu einer solchen ist den Kommunalverbänden und Gemeinden durch Verordnungen zuständiger Generalkommandos verliehen worden (z. B. Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps vom 18. Juni 1918) [5]). Sie können, um den Wortlaut der genannten Verordnung zu zitieren, unbenützte Wohnungen oder Räumlichkeiten, die allein oder in Verbindung mit anderen Räumlichkeiten zur Benützung als selbständige Wohnung geeignet sind, an sich ziehen und darüber im Umfange der dem Vermieter zustehenden Befugnisse frei verfügen, also sie umbauen und weitervermieten. Als Räumlichkeiten gelten auch Teile von Wohnungen, die ohne Beeinträchtigung der Benützung der übrigen Räume von der Wohnung abgetrennt werden können. Eingeschränkt wird das weitgehende Verfügungsrecht der Gemeinden durch die enge Umschreibung des Begriffes der ungenutzten Wohnung oder Räumlichkeit. Als solche gelten sie nur dann, wenn sie vollständig leerstehen oder lediglich zur Aufbewahrung von Gegenständen benützt werden, die in Lagerräumen aufbewahrt werden können. Räumlichkeiten, die mit eigenen oder auf Abbezahlung entnommenen Möbeln wohnungsmäßig eingerichtet sind, gelten nicht als unbenützt. Alle großen Wohnungen, die von dem Inhaber möbliert sind, bleiben von dem Zugriff frei, auch wenn der Inhaber mit einer geringeren Zahl von Wohnräumen auskommen könnte. Nicht einmal die Fälle können erfaßt werden, wo mehrere Wohnungen von derselben Familie, z. B. Sommer- und Winterwohnung, benützt werden und ihr ohne jede Härte die Entscheidung für eine von ihnen zugemutet werden könnte. Nur in den seltenen Fällen, in denen ein Eigentümer aus Laune oder welchen Gründen immer Räume unbenützt liegen läßt, ist ein Eingriff der Gemeinde möglich. Daß auf die Dauer bei Verschärfung der Wohnungsnot mit solchen beschränkten Maßregeln nicht auszukommen sein wird, scheint wenig zweifelhaft. Wenn man nicht die erforderlichen Wohnungen bauen kann, weil es an Arbeitskräften und Mate-

[5]) In Braunschweig Gesetz vom 18. Juli 1918. Jetzt auch durch BR.-Bekanntmachung vom 23. Sept. 1918.

rial fehlt und die Militärverwaltung sie nicht zur Verfügung stellt, muß man, so gut oder so schlecht es geht, auf vorhandene Räume, in erster Linie Wohnräume zurückgreifen und, wo diese durch Einschränkung eines zu großen Wohnungsluxus freigemacht werden können, auch vor einer Rationierung des Wohnungsraumes nicht zurückschrecken. Daß damit ein sehr lästig und unangenehm empfundener Eingriff in die Lebenssphäre des einzelnen gemacht wird, daß gegen diese Art Wohnverdichtung die gleichen Einwände erhoben werden können, wie gegen jede andere, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Die Verdichtung wird aber in vielen Fällen ganz erträglich bleiben; man denke nur an die Villen der wohlhabenden Bevölkerung, von denen ganz gut Stockwerke abgeteilt werden können. Handelt es sich um die Aufnahme von Familien, so wird allerdings hier alles das anzuwenden sein, was wir oben über die Zerlegung von großen Wohnungen sagten. Bei Häusern mit Zentralheizung käme auch noch die Frage der Beheizung hinzu.

Die Feststellung der Wohnungen, die für eine Zwangsrationierung in Frage kämen, wäre nicht sehr schwer. Durch die Wohnungszählungen ist Zahl der Zimmer und Größe der Haushaltungen erhoben. Unter Anwendung eines Maßstabes von so und so vielen Haushaltungsmitgliedern pro Zimmer ließen sich die Fälle überreichlicher Wohnungsausstattung herausgreifen und sorgfältiger Prüfung im Einzelfall unterwerfen. Der Maßstab wird von der Größe der Wohnungsnot seinerseits bestimmt sein. Doch muß man sich auch bei dieser Aktion vor einer Ueberschätzung ihres Ertrages hüten. Der Anteil der großen Wohnungen an dem gesamten Wohnungsbestand ist nicht besonders groß. Außerdem wächst die Zahl der Haushaltungsmitglieder mit der Zahl der Zimmer einer Wohnung. Solange man also nicht sehr radikal eingreift, wird die Zwangsrationierung nur wenig bessern. Man wird also zweckmäßigerweise von diesem Mittel nur in den Fällen der schlimmsten Not Gebrauch machen. Es wird aber von vielen — und damit greifen wir hier gleich in die Zeit nach dem Friedensschlusse über — als das Mittel empfohlen, das in den ersten schwierigen Monaten der Rückkehr der Soldaten aus dem Felde unbedingt angewendet werden müsse, um diesen ein Obdach zu verschaffen. Man spricht von Zivileinquartierung und setzt sie der militärischen gleich, ohne dabei ihre großen und wichtigen Unterschiede zu berück-

sichtigen. Bei der ersten handelt es sich nicht nur um Einzelpersonen, sondern vornehmlich um Familien, die keiner militärischen Disziplin unterstehen. Im Frieden fallen also deren Hemmungen fort und was das bei der Verschiedenheit der Lebensgewohnheiten, der Begriffe von Sitte und Anstand usf. der zivilen Einquartierten und Quartiergeber zu bedeuten hat, liegt für jeden klar. Je weniger die Räume voneinander getrennt sind — und bei der Einquartierung wird nur sehr selten eine ausreichende Trennung vorhanden sein —, desto schärfer werden die Gegensätze aufeinanderplatzen und die unerquicklichsten Reibereien herbeiführen. Und wie steht es mit dem Inhalt der Quartierleistung? Werden nur die Räume gestellt oder auch die Möbel, die Wäsche oder andere Einrichtungsgegenstände — alles Sachen, deren Ersatz unerschwinglich, ja geradezu unmöglich ist. Wer trägt den Schaden, der von den einquartierten Familien verursacht wird? und wie wird er ersetzt? in Geld oder in natura? Nur das letztere würde vollen Ersatz bieten, ist aber ganz unmöglich. Wie sollen aber die Familien in den zur Verfügung gestellten Räumen hausen, wenn ihnen nicht gleichzeitig Anteil an Küche, Keller usf. gewährt wird? Und hat man überhaupt versucht, sich einen solchen gemeinsamen Wirtschaftsbetrieb vorzustellen? Der Vorschlag muß zu ganz unerträglichen Verhältnissen führen.

In allen den Fällen, in denen die Gemeinde die Räume, eigene oder von Privaten angemietete, ausbaut und in Wohnungen verändert, bietet die Vermietung und die Festsetzung der Mietpreise keine Schwierigkeiten. Leitend wird dabei allerdings nicht der Gesichtspunkt sein dürfen, durch die Miete eine Verzinsung und Tilgung der aufgewendeten Mittel in dem angenommenen Zeitraum der Notaktion zu erreichen, denn dann würden die Mietpreise so hoch werden, daß sie von den unterzubringenden Familien nicht gezahlt werden können. Den Gemeinden erwächst vielmehr die Verpflichtung gegen die Tendenz des Hausbesitzes, die Miete allgemein zu erhöhen, durch eine möglichst niedrige Festsetzung der Mietpreise ihrer Wohnungen anzukämpfen, solange nicht durch allgemeine Mietpreisfestsetzungen von Reichs wegen geholfen wird. An den Zuschüssen, die sie zu diesem Zwecke werden leisten müssen, sind Reich und Staat zu beteiligen. Hier nur diese Bemerkungen; weiter unten werden wir auf die Frage der Mietpreise in ihrer Gesamtheit näher einzugehen haben.

Unter dem Gesichtspunkt der Mietpreisregulierung wird das Verfahren das zweckmäßigste sein, bei dem die Gemeinde die privaten, zu adaptierenden Räume anmietet und nach der Aenderung weitervermietet. Dafür spricht auch der Umstand, daß sie dann die Familien, die sie unterbringen will, nur nach dem Wohnungsbedürfnis auszuwählen vermag und daher kinderreiche Familien bevorzugen kann, die jetzt besonders schwer Unterkunft finden. In manchen Fällen werden aber die Hausbesitzer es vorziehen, die baulichen Aenderungen auf eigene Kosten auszuführen. Dann wird man, soweit Dispense von baupolizeilichen Vorschriften notwendig sind, ihre Gewährung von der Einhaltung bestimmter Mietpreise und der Uebernahme der Verpflichtung abhängig machen, die ihnen von der Gemeinde zugewiesenen Familien aufzunehmen. Beide Verpflichtungen namentlich aber die letztere, werden in der Regel höchst ungern übernommen. In anderen Fällen reichen die Mittel oder die Neigung der Hausbesitzer nicht aus, den Bauaufwand ganz oder zum Teil zu übernehmen. Dann wird die Gemeinde einzutreten und Darlehen zu gewähren haben. Wie groß das Darlehen sein, ob bis zur Deckung des »verlorenen Bauaufwands«, ob darüber hinaus auch des normalen, wie hoch Verzinsung und Tilgung einzusetzen sein werden, hängt von den Verhältnissen des einzelnen Falles ab. Bei kostspieligen Umbauten, die doch nur auf kurze Zeit berechnet sind, können nur sehr niedrige Raten in Ansatz kommen, will man nicht die Mietpreise übermäßig treiben. Wichtig ist vor allem die Dauer der Abnützung, die ihrerseits von der Größe des Notstandes, der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung usf. abhängt. Ob man die Darlehen direkt an die einzelnen Hausbesitzer gewährt oder wie in München den Umweg über die Hausbesitzerorganisation einschlägt, kann wohl nach der Lage der Verhältnisse in den einzelnen Städten verschieden entschieden werden. Doch wird man sich dabei klar zu machen haben, daß das Ziel der Hausbesitzervereine nicht billige, sondern möglichst hohe Mieten sind und daß diese Gegenorganisationen bisher in der einseitigsten Weise die Interessen der Hausbesitzer wahrgenommen haben. Gerade wenn man von einer Interessenorganisation nichts anderes erwartet, als die rücksichtslose Vertretung der Interessen ihrer Angehörigen, kann man in den Hausbesitzervereinen nicht die geeigneten Organe für Aktionen sehen, die im Interesse der Mieter unternommen werden. Die

Geschäftserleichterung, die sie den Stadtverwaltungen bieten, sollte dabei nicht zu hoch eingeschätzt werden, wie wiederum gerade die Münchener Einrichtung zeigt.

2. Bau neuer Wohnungen. Die Zahl der neuen Wohnungen, die durch den Ausbau und die Veränderung schon vorhandener Häuser gewonnen wird, ist in der Regel nicht sehr groß. So glaubt z. B. Dortmund im ganzen 460 Wohnungen auf diese Weise zu erhalten. In Stuttgart brachte der Ausbau städtischer Gebäude 142 neue Wohnungen; in Dach- und Untergeschoß wurden 110 neu geschaffen, durch Umbau von Wirtschaften, Gewerberäumen usf. 50 Wohnungen, also ebenfalls eine sehr kleine Zahl, wenn man sie an dem auf einige Tausende berechneten Bedarf mißt. Ausreichende Abhilfe kann nur der Bau neuer Wohnungen bringen. Dreierlei Möglichkeiten bieten sich hier: Der Bau von Baracken mit einer Lebensdauer von wenigen Jahren, der Bau von Häusern mit einer Lebensdauer von vielleicht 15—20 Jahren (Halbdauerwohnungen) und schließlich der Bau von Häusern in normaler Bauart. Die Anwendung des Barackenbaues für Kriegszwecke (Unterbringung von Mannschaften, Gefangenen usf.) legt es nahe, auch für die vorübergehende Unterbringung von Familien Baracken zu gebrauchen. Die nähere Prüfung dahingehender Vorschläge hat aber überall ergeben, daß der Bau von Baracken, die auch nur einigermaßen für Familien geeignet sind, sehr teuer, fast ebenso teuer wie der von Halbdauer- oder Dauerwohnungen wird, daß die Haltbarkeit eine kurze ist und daß daher nach Ablauf von einigen Jahren, wenn die Baracken aufgegeben werden, den Gemeinden nur ein Haufen Schutt und Abfallholz verbleibt. Eine Ausschreibung, die Dortmund Ende Dezember 1917 unter 20 Spezial-Barackenbaufirmen veranstaltete, hatte das Ergebnis, daß eine fertige Wohnung von drei Räumen in einer Baracke mit 4—8 Wohnungen 8—10 000 M. kosten sollte. Ein Bodenpreis ist dabei nicht eingesetzt. Der Aufwand ist also sehr hoch. Dazu kommt, daß der Zeitgewinn bei Barackenbauten keineswegs so übermäßig groß ist. Der Innenausbau ist annähernd der gleiche, wie bei den Dauerbauten; nur der Rohbau wird sich allerdings schneller herstellen lassen, namentlich bei Holz- und Gipsdielbauten, wenn das nötige Material zur Verfügung steht. Schließlich muß doch neben den Barackenbauten der Bau von Dauerwohnungen gleichzeitig begonnen werden, da nur diese dem dauernden

Wohnungsbedürfnis genügen können. Der einzige Vorteil der Barackenbauten besteht wohl darin, daß sie den Bau der Dauerwohnungen hinauszuschieben gestatten, bis eine bessere Uebersicht über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen, der Wohnungsbedürfnisse im besondern Falle möglich ist. Da aber auch bei pessimistischer Einschätzung der Zukunft auf jeden Fall der Ausfall an Häusern, der während der Kriegszeit eingetreten ist, wenigstens zum größten Teil nachzuholen ist, da außerdem keineswegs anzunehmen ist, daß die Produktion von Häusern so schnell und umfangreich einsetzen wird, kann man diesen Vorteil nicht besonders hoch einschätzen. In den meisten Städten hat man daher auf den Barackenbau verzichtet und sich dem Bau von Halbdauer- oder Dauerwohnungen zugewandt. Auch der Bau von Halbdauerwohnungen läßt sich nur aus den Kriegsverhältnissen rechtfertigen: die Materialien, die dazu notwendig sind, lassen sich leichter beschaffen als die Ziegel für die Dauerwohnungen. Wo allerdings Schwemmsteine in genügender Menge vorhanden sind, ist der Dauerbau das Gegebene. Zurzeit ist im übrigen die Lage die: die wichtigsten Baumaterialien, Ziegel und Eisen, fehlen und werden voraussichtlich noch auf längere Zeit hinaus fehlen. Die Kriegswirtschaft ist nunmehr auf einem Punkte der Entwicklung angelangt, wo sie in absolute Krise umzuschlagen beginnt. Der Umfang der in sie eingespannten Kräfte ist bereits so groß, daß die Volkswirtschaft, ohne die keine Kriegswirtschaft möglich ist, nicht mehr geführt werden kann. Wenn man alle die Industrien, die für den Neubau notwendig sind, so weit einschnürt, daß sie nur noch für den Heeresbedarf arbeiten, können die Menschen nicht mehr untergebracht werden. Ohne Hausung ist aber eine Menschenexistenz in unserem Klima nicht möglich. Es gibt eben eine Grenze, bis zu der die Kriegswirtschaft entwickelt werden kann, wenn sie innerhalb der physischen und wirtschaftlichen Kräfte eines Volkes bleiben will, d. h. wenn sie überhaupt auf längere Zeit möglich sein will. Dieser Krieg hat aber gezwungen, mit ganz anderen Zeiträumen zu rechnen, als die des letzten Jahrhunderts. Wird diese Grenze überschritten und können infolgedessen unabweisbare Bedürfnisse der Volkswirtschaft und der in ihr tätigen Menschen nicht mehr befriedigt werden, so muß die Rückentwicklung planmäßig einsetzen, soll es nicht zu einem Kollaps kommen. Die schon öfter erwähnten

Richtlinien des Kriegsamtes scheinen zu zeigen, daß man, soweit es sich um die Hausung der Bevölkerung handelt, zu dieser Erkenntnis gekommen und bereit ist, den Abbau zu beginnen. In welchem Umfange die einzelnen Kriegsamtstellen die Konsequenzen aus diesen Richtlinien gezogen haben und den Gemeinden bei ihren Neubauten an die Hand gehen, läßt sich nicht übersehen. Doch hört man hier und da Klagen über nicht ausreichend und nur zögernd gewährte Hilfe.

Der Bau von Halbdauerwohnungen in Kleinhäusern mit einer Lebenszeit von 15—20 Jahren besitzt eine Reihe von Vorteilen vor dem der Dauerwohnungen. Er erfordert nicht viel mehr Zeit als der Barackenbau. Da die Bauten nicht dauernd stehen bleiben, können auch Plätze überbaut werden, die für andere kommunale Zwecke bestimmt sind. Man braucht an die Auswahl der Bauplätze nicht die gleich strengen Anforderungen zu stellen, wie bei den Dauerwohnungen. Die Kosten werden nicht viel höher werden als die der Baracken; die Amortisation des gleichen verlorenen Aufwandes verteilt sich auf eine größere Reihe von Jahren und erleichtert die finanzielle Deckung des Aufwandes. Die Materialien werden leichter beschafft werden können, da man nicht auf Ziegel angewiesen ist, sondern beliebige Ersatzstoffe verwenden kann, bei deren Beschaffung die Gunst der Oertlichkeit ausgenutzt wird. Auch bei dem Dachmaterial hat man freie Hand, kann neben Ziegel Dachpappe, Ruberoid usf. benützen. Dabei lassen sich diese Häusergruppen auch im Aeußern mit sehr geringen Mitteln ganz annehmbar ausstatten und die Wohnungen so ausgestalten, daß sie allen berechtigten Ansprüchen genügen. Gibt man den eigentlichen Wohnräumen im Dach, das man daher etwas steiler als im Barackenbau aufsetzen muß, einen Dachraum zur Unterbringung von Gegenständen aller Art und einen kleinen Keller für die Lagerung von Kartoffeln und Gemüse bei, stattet die einzelne Wohnung mit Gartenanteil aus, so werden diese Häuser reißend Abgang finden. In Dortmund, Erfurt, Magdeburg, Stuttgart hat man solche Halbdauerbauten teils projektiert, teils schon gebaut und ist mit den Ergebnissen durchaus zufrieden. Die Baukosten betragen in Magdeburg für die Wohnung 6265 M.; sie umfaßt Wohnküche, Stube, Kammer, Geräteplatz, Keller sowie Waschküchenanteil. In Stuttgart besteht die Wohnung aus kleiner Küche, zwei oder drei Zimmern, Keller, Dach-

boden, Garten und Anteil an gemeinsamer Waschküche. Die Kosten werden hier etwa 8000 M. betragen. Das Dach ist Ziegeldach, in Magdeburg Dachpappe. Das in Dortmund geplante Probehaus aus Kesselaschesteinen für zwei Familien soll 15 000 M. kosten. Man kann also annehmen, daß sich die Kosten für eine dreiräumige Wohnung je nach Dachausbildung auf etwa 6 bis 8000 M. stellen werden. Der verlorene Bauaufwand wird dabei etwa 2—3000 M. ausmachen und kann auf 15—20 Jahre verteilt werden. Bauplatzkosten sind dabei nicht eingesetzt. Da die Belegung der Plätze nur vorübergehend ist, kann man entweder von ihrem Ansatz ganz absehen oder eine geringe Jahresrente anrechnen. In welchem Umfange eine Anrechnung möglich ist, hängt von der Miethöhe ab, die man erheben kann, will man seine Zwecke erreichen, die notleidenden Familien zweckmäßig unterzubringen und die Mietsteigerung zu bekämpfen.

Ueber die Dauerwohnungen braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Die Fertigstellung bereits angefangener Bauten, soweit diese bereits weiter vorgerückt sind, wäre wohl eine der nächstliegenden Maßregeln. Auch die Richtlinien des Kriegsamtes empfehlen sie »namentlich bei geringen Anforderungen an beschlagnahmten Baustoffen« — eine starke Einschränkung, die wohl manche Rohbauruine zum Verfall verdammen wird. Mit ganz wenigen Ausnahmen haben die Städte bisher sich auf die Vorbereitung dieser Bauten durch Ausarbeitung von Projekten, Kostenvoranschlägen usf. beschränkt und ihre Ausführung auf die Zeit nach Friedensschluß verschoben. Dieser Standpunkt der Gemeindebehörden, die sich der Ansicht und den Anordnungen der Militärbehörden ohne Widerstand anschlossen, läßt sich nicht mehr länger behaupten. Die Bedürfnisse sind schon jetzt so stark und umfangreich geworden, daß der Bau von Dauerwohnungen mit größter Energie begonnen werden muß. Die Ausnutzung vorhandenen Gebäude- und Wohnraumes, die Errichtung von Notwohnungen reichen nicht mehr aus. Soll es nicht zu einer Katastrophe kommen, müssen Wohnungen gebaut werden. Dieser Notwendigkeit muß man klar ins Auge sehen. Die wirtschaftlichen Kräfte müssen daher für die Leistung dieser Aufgabe freigemacht und die zur Produktion erforderlichen Rohstoffe von der Militärbehörde freigegeben werden.

Einen auf den ersten Blick bestechenden Vorschlag hat

Stadtbaurat Strobel-Dortmund gemacht. Er empfiehlt solche öffentliche Gebäude, für die Pläne und Kostenvoranschläge bereits ausgearbeitet und Bauplätze und Geldmittel schon bereitgestellt sind, deren Verwendung aber für den eigentlichen Zweck noch nicht sehr eilig ist, wie Schulen, Bürgerhäuser, Krankenhäuser usw. so bald als möglich zu errichten, im Innern aber zu Notwohnungen einzurichten. Vorzüge dieser Maßregel sind keine Vergrößerung der Wohndichtigkeit und bessere Ausstattung der Wohnungen (z. B. größerer Wärmeschutz). Strobel meint, daß die Mehrkosten, die durch die vorzeitige Ausführung der Bauten und durch die Entfernung des Innenausbaues entstehen, keineswegs die Kosten der ersparten Barackenbauten übersteigen werden. Er verlangt für solche Bauten Aufhebung des militärischen Bauverbotes. Voraussetzung ist dabei, daß die Bauten nicht nach dem Kriege sofort für die eigentlichen Zwecke gebraucht werden. Das wird bei Schulen, auch bei Krankenhäusern, kaum der Fall sein. Denn gerade die Schulverwaltungen werden dringend neue Schulhäuser brauchen, da während der langen Zeit des Krieges keine gebaut werden konnten. Ob allerdings der Bau von Schulhäusern sehr bald nach Friedensschluß wieder aufgenommen werden kann, ist sehr fraglich. Rechnet man damit, daß die Beschaffung der Wohnungen zunächst alle *Kräfte an sich ziehen* wird, würde das Strobelsche Verfahren für die Schulverwaltungen sogar einen Vorteil mit sich bringen, da mit der Räumung der Schulbauten von Notwohnungen sie in den Besitz von Schulhäusern kommen würden, bei denen der Rohbau und wohl auch der größte Teil der Inneneinrichtung fertig sind.

Da die Bedürfnisse der Kriegsführung in erster Linie stehen müssen, wird der Bau von Dauerwohnungen nur in den Fällen, in denen eine zwingende Notwendigkeit besteht, und nach Erschöpfung aller übrigen Hilfsmittel, begonnen werden können, wobei eine starke Verschlechterung der Wohnverhältnisse nicht vermieden werden kann. Innerhalb der engen Grenzen, die dieser Neubautätigkeit gezogen sind, wird die Beschaffung der Rohstoffe Sache der Militärbehörden sein müssen, in deren Händen ja die Verfügung darüber liegt. Es bedarf dabei eines engen Zusammenarbeitens der zivilen und militärischen Stellen und der Anerkennung, daß die Beschaffung von Wohnungen eine genau so kriegswichtige Aufgabe ist, wie z. B. die Einrich-

tung von Kriegsküchen, und ebensowenig hinausgeschoben werden kann, wie diese. Nehmen wir den Ausbau geeigneter Dach- und Untergeschoßräume, für den die privaten Hausbesitzer unter der Voraussetzung, daß nur ein geringer Kostenaufwand nötig wird, wegen der Erhöhung des Ertrages ihrer Grundstücke in der Regel eintreten werden, so wird die Beschaffung der Notwohnungen durch die Gemeinden selbst erfolgen und es kann die Feststellung des Bedarfes an Rohstoffen keine Schwierigkeiten machen.

Bei der ganzen Notwohnungsaktion spielen die Herstellungskosten und die daraus sich ableitenden Mietpreise eine höchst bedeutsame Rolle. Die Gemeinden, in deren Händen sich die ganze Aktion konzentriert und von denen schließlich — abgesehen von den Werksbauten — der größte Teil der Bautätigkeit selber wird geleistet werden müssen, sind ohne jeden Einfluß auf die Bestimmung der Preise der Rohstoffe. Soweit es sich um Holz handelt, sind es die Bundesstaaten, die als die größten Waldbesitzer unter starken fiskalischen Einflüssen stehen, soweit andere Rohstoffe teils die Kriegsgesellschaften, teils die Militärbehörden. Die Interessen aller dieser Kreise sind keineswegs einheitlich und keinesfalls dahin gerichtet, die Preise möglichst niedrig festzustellen. Wenn der Preis für Ziegel auf 60 M. von den Militärbehörden bemessen worden ist, also etwa das Dreifache des Friedenspreises, so können die Wirkungen solcher Preisfestsetzungen für das ganze Wohnungswesen nur katastrophal sein. Gehen wir ihnen in einigen Richtungen nach.

Wie wir bereits sahen, konnte nur ein Teil der vorhandenen Räume ohne größere Bauarbeiten für Wohnungen adoptiert werden. Bei der Mehrzahl, z. B. Geschäftsräumen aller Art, Läden, Wirtschaften, Magazinen usf., werden größere Einbauten notwendig. Da die Notwohnungen nur auf die kurze Spanne einiger Jahre gebraucht werden können, werden die privaten Hausbesitzer sie zwar gern an die Gemeinden gegen möglichst hohe Mietenabgeben, die Abänderungsarbeiten aber ihnen ebenfalls zuschieben. Diese Adaptierungen, die auf Gemeindekosten gehen, werden also von den hohen Rohstoffpreisen zunächst getroffen. Nun hat aber die ganze Notstandsaktion zwar in erster Linie den Zweck, neue Wohnungen zu beschaffen; gleichzeitig aber müssen die Wohnungen zu angemessenen Mietpreisen abgegeben werden. Daraus ergibt sich, daß das Defizit

zwischen erhobenem Mietpreis und Verzinsung des Aufwandes von der Gemeinde getragen werden muß. Sie hat also schon aus diesem Grunde allen Anlaß, auf eine niedrige Festsetzung der Rohstoffpreise hinzuarbeiten. Noch stärker wird diese bei der Herstellung der Barackenbauten, Halbdauer- und Dauerwohnungen sich geltend machen. Hier handelt es sich für die größeren Städte um Aufwendungen, die Millionen erfordern, und bei denen der Einfluß der maßlos gestiegenen Rohstoffpreise sich ebenfalls in Millionen ausdrückt. Je teurer aber die Wohnungseinheit sich stellt, desto kleiner muß die Zahl sein, die bei gegebener wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Gemeinde von ihr gebaut werden kann. Der Umfang der Notstandsaktion wird also durch die Rohstoffpreise bedingt.

Würde die Gemeinde die volle Verzinsung und Tilgung ihres Aufwandes durch die Mieten decken wollen, würden diese so hoch festgesetzt werden müssen, daß sie für die Mieter unerschwinglich werden. Der Mietaufwand könnte dann nur durch schrankenlose Aftervermietung und durch Abwanderung in die kleinsten Größenklassen tragbar gemacht werden. Die Wirkungen für die Volksgesundheit und -sittlichkeit brauchen wir hier nicht auseinanderzusetzen. Gleichzeitig würden aber die hohen Mietpreise in den städtischen Wohnungen den stärksten Antrieb zu einer allgemeinen Erhöhung der Mieten in den privaten Häusern abgeben. Diese Wirkungen führen in die allgemeinen Verhältnisse des gesamten städtischen Bau- und Wohnungswesens weiter. Wir deuten sie nur kurz an, da über diese Erscheinungen keine Meinungsverschiedenheit besteht. Der gesteigerte Ertrag schlägt sich bei Verkauf der Häuser, wozu gesteigerter Anreiz besteht, in höherem Verkaufswerte nieder. Er wirkt auf den Preis des unbebauten Bodens zurück und treibt diesen in die Höhe. Das Ergebnis ist die Belastung der gesamten städtischen Bevölkerung und ihrer Wirtschaft mit einer enorm gestiegenen Grundrentenlast. Man pflegt sie in der Regel als unproduktiv zu bezeichnen und auch deshalb als schädlich zu verdammen, weil sie der Produktion Kapital entziehe und im Bodenwerte festlege. Diese Auffassung geht beiläufig von einer Verwechselung der formalen Rechtsgeschäfte und den realen volkswirtschaftlichen Vorgängen aus. Der Produktion wird durch Grundrentenbildung nur scheinbar Kapital entzogen; der Tribut, der dem Grundbesitzer zufließt, wird in anderer Form der Pro-

duktion wieder zugeleitet als Leihkapital, in eigenen Unternehmungen des Grundbesitz usf. Die Wirkungen der Belastung mit der höheren Grundrente zeigen sich in anderer Form, in vermindertem Konsum der minderbemittelten Volksklassen, in verringerter Konkurrenzfähigkeit der städtischen Produktion auf dem Inlands- wie Auslandsmarkt usf. Diese Vorgänge auf dem städtischen Wohnungsmarkte, wie wir sie jetzt erleben, liefern übrigens einen schlagenden Nachweis für die Existenz einer absoluten Grundrente neben der Differentialrente. Da zurzeit Neubauten nicht errichtet werden, kann sich zwischen den alten und neuen Bauten keine Differentialrente bilden. Die Monopolstellung der Hausbesitzer ist aber zurzeit vollendet und kommt in der allgemeinen Erhöhung der Grundrente, und zwar der absoluten, zum Ausdruck. Der Tribut wird allgemein, ja in gleichen Prozentsätzen erhöht.

Wie lange die erhöhten Erträge der Häuser, die höheren Verkaufswerte der Häuser und des unbebauten Bodens nach Friedensschluß festgehalten werden können, läßt sich kaum angeben. Dagegen ist das eine festzustellen, daß die Preise der Rohstoffe auf der Höhe von heute nicht bleiben werden. Wie schnell sie zurückgehen werden, weiß niemand zu sagen. Es mögen 5 oder 10 Jahre vergehen, bis sich die Preise dem Friedensstand wieder genähert haben. Allgemein rechnet man mit einer dauernden Erhöhung über diesem, die vielleicht ¼, vielleicht mehr betragen kann. Damit ist aber nur eine einwirkende Kraft angegeben; in welchem Umfang sich der Preisrückgang in den Mieten und Verkaufswerten der Häuser ausdrücken wird, hängt außerdem noch von anderen Faktoren ab, die nicht alle zu übersehen und in ihren Wirkungen abzuschätzen sind. Von der größten Bedeutung sind natürlich die Bevölkerungsvorgänge der Städte; Zu- und Abzüge werden beschleunigend oder retardierend einwirken. Daneben kommen auch die Bestrebungen des organisierten Hausbesitzes nach Festhaltung der erhöhten Mieten in Betracht; sie sind bei Kleinwohnungen erfolgreicher als bei den größeren. So führen uns wieder die Zusammenhänge hinaus in das wirtschaftliche Gesamtleben des Volkes. Wie sich aber dieses nach Friedensschluß gestalten wird, darüber kann man Vermutungen äußern und Hoffnungen hegen, die aber andere Auffassungen nicht überzeugen können. Je länger aber der Krieg und die Kriegswirtschaft andauert, je größer daher bei

werdender Wohnungsnot die Ausschöpfung der Produktion wird, desto länger werden auch die Rohstoffpreise auf ihrem alten Niveau bleiben, desto länger die Produktion belasten und die Rückbildung der hypertrophischen Grundrentenbildung verzögern. Aus dieser Entwicklung der Preisverhältnisse ergeben sich auch für die Wohnungsproduktion durch den privaten Unternehmer für den allgemeinen Markt die schädlichsten Wirkungen. Niemand wird zurzeit oder nach dem Kriege bauen wollen, wenn er weiß, daß der Rückgang der Herstellungskosten die von ihm gebauten Häuser rettungslos nach Ablauf von 5 oder 10 Jahren um 50, 100 oder wer weiß wie viel Prozent entwerten wird. Baissespekulationen sind aber auf dem Häusermarkte ausgeschlossen. Und selbst wenn jemand bereit wäre, fremdes Geld aufs Spiel zu setzen, so wird eben keine Hypothekenbank oder Sparkasse Gelder auf Objekte herleihen, die in kurzer Zeit so stark entwertet sein werden, ohne sich mindestens gegen diese Entwertung zu schützen. Sie mag zu diesem Zwecke hohe Tilgungsquoten verlangen oder nur bis zur Hälfte des üblichen Satzes beleihen, jedenfalls werden diese Maßregeln die private Bauunternehmung strangulieren. So bewegt sich alles in einem ungeheuerlichen circulus vitiosus. Da man die Kreislinie nicht zur Geraden zu strecken vermag, nimmt man die Verteuerung der Rohstoffe als etwas Gegebenes hin und sucht durch besondere Maßregeln die ökonomischen Wirkungen aufzuheben. Dabei wird auch wieder eine Maßnahme vereinzelt ergriffen, ihr Zusammenhang mit anderen zerstört und vernachlässigt und der Versuch gemacht, durch die Behandlung der einzelnen Fälle, jedes einzelnen nach seinem Verdienste, allgemeine ökonomische Wirkungen zu erzielen. Das Ergebnis ist ein großer Kraftaufwand ohne wirklich nützliche Leistung. Die Maßregel, die zurzeit nun besonders in Mode, ist die Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen. Ueber ihre Konstruktion, ihre Geldgeber, ihre Empfänger, ob Gemeinde oder auch Private, zerbricht man sich in allen Einzelheiten bereits den Kopf, statt erst einmal sie auf die Fälle zuzuschneiden, in denen sie zurzeit überhaupt in Betracht kommen können, nämlich auf die Gemeindenotbauten. Bei ihnen liegt alles einfach und klar zutage. Keine Gemeinde wird Notbauten errichten, um in den Besitz von Verteuerungszuschüssen zu kommen und spekulative Verkaufsprofite vorzubereiten. Es bedarf keines »Beihilfebescheides«

wie ihn Luther in seinem Referat für den Beirat für Städtebau und städtisches Wohn- und Siedlungswesen scharfsinnig konstruiert hat. Das ganze Verfahren kann sich an das der Bewilligung von Zuschüssen zu den Einrichtungen der Kriegswohlfahrtspflege anschließen. Notwendig wären nur Grundsätze für die Berechnung der Ueberteuerung. Auch sie ließen sich in wenigen Sätzen formulieren. Der Bodenwert wird, da es sich nur um vorübergehende Benutzung durch die Notbauten handelt, nicht in Rechnung zu stellen sein. Dieser Aufwand wäre von der Gemeinde zu tragen. Die Höhe des Mehraufwandes würde sich aus dem Vergleich des tatsächlichen Kostenaufwandes mit dem auf Grund von Friedenspreisen aufgestellten Kostenvoranschlage ergeben. Er wäre nach einem gewissen Verhältnis zwischen Reich, Staat und Gemeinde zu teilen. Man kann auch daran denken, den Einzelstaat auszuschalten und nur das Reich und die Gemeinden zu Trägern zu machen, obschon diese Ausschaltung mit sachlichen Gründen kaum zu rechtfertigen ist. Es empfiehlt sich, von den Friedenspreisen auszugehen und nicht dazu zwecks Berücksichtigung des vielleicht höheren späteren normalen Niveaus der Preise Zuschläge zu machen. Denn damit würde ein überflüssiges Element der Unsicherheit in die Berechnung hineingetragen. Warum z. B. gerade $\frac{1}{4}$-Zuschlag, wie Luther annimmt? In die Kostenberechnung wären einzubeziehen außer den eigentlichen Hauskosten der Aufwand für Bauplatzherstellung und Anschluß an das Straßennetz, also auch die Kosten der Straßenherstellung, des Kanal-, Wasser-, Licht- und Kraftanschlusses. Auch die Auslegung von Kleingärten, soweit sie in unmittelbarer Verbindung mit dem Hause stehen und als Teile der Bauplatzbereitung angesehen werden können, müßten berücksichtigt werden. Die Verteilung des Mehraufwandes auf die beteiligten Verbände hätte wohl von der Ueberlegung auszugehen, daß die Gemeinde an und für sich die größten Aufwendungen für die Wohnungsfürsorge zu machen hat, daher die stärkste Entlastung verdient. Ob man dann dem Reich $^{9}/_{10}$, der Gemeinde $^{1}/_{10}$ zuscheiden will, ist eine Frage, die man nicht nach rein sachlichen Gründen beantworten kann. Hier muß die Billigkeit stark ins Gewicht fallen. Denn bei den Notbauten, auch solchen, denen eine 20jährige Dauer gewährt wird, hat die Gemeinde stets noch einen Teil des nicht getilgten Aufwandes zu übernehmen. Luther will sie allerdings auch davon

befreien. Er will den Mehrbetrag so berechnet wissen, daß regelmäßig nach längstens 15 Jahren aus den in normaler Höhe anzusetzenden Mieteinnahmen der Rest getilgt werden kann. Da nun aber »normalerweise« in die Mieten keine Tilgung einberechnet wird, jetzt auch nicht eingerechnet werden kann, so würde der Vorschlag darauf hinauslaufen, daß der Mehraufwand um diesen Tilgungsbetrag erhöht wird, eventuell der gesamte Kostenaufwand als Mehraufwand gilt. Dann wird die ganze Berechnung überflüssig und es würde sich in diesen Fällen der Notbauten ganz einfach darum handeln, wie sollen die Baukosten zwischen Reich, Staat und Gemeinde unter Zugrundelegung eines von den tatsächlichen Herstellungskosten unabhängigen, also doch wohl nach Friedensverhältnissen berechneten Mietpreises verteilt werden. Bei den Dauerbauten würde dagegen die Berechnung des Mehraufwandes in der geschilderten Weise stattfinden können, da hier die Tilgung in den Mieten vorgesehen werden kann. Auch hierbei wird aber die Höhe der Mieten ein wesentliches Stück der ganzen Aktion ausmachen. Sie müßte entweder auf die Dauer des Bestandes der Häuser festgelegt werden, das dürfte bei den Dauerwohnungen wirtschaftlich unmöglich, bei den Notwohnungen dagegen durchführbar sein, wenn schon auch hier bei einer Dauer von 15 bis 20 Jahren die Sache nicht ohne Bedenken ist, oder es müßten die bei einem späteren Steigen der Mieten sich ergebenden Ueberschüsse in dem Verhältnis zwischen Reich, Staat und Gemeinde geteilt werden, in dem sie sich an der Deckung der Ueberteuerung beteiligen.

Diese Schwierigkeiten, die sich aus der Beweglichkeit der Mietpreise ergeben, lassen sich schließlich überwinden, so lange es sich nur um öffentliche Körperschaften handelt, die aus der Unternehmung keine Profite herausholen wollen. Das ändert sich in dem Augenblick, in dem an private Unternehmer Ueberteuerungszuschüsse gegeben werden sollen. Es ist zu untersuchen, ob dabei die allgemeinen Interessen genügend gewahrt, ob auch ungerechtfertigte Bereicherungen ausgeschlossen werden können, die bei Notstandsaktionen doppelt unbegründet sind. Die Frage ist zurzeit nur in beschränktem Umfange von Bedeutung. Der Bau neuer Häuser durch Bauunternehmer wird während des Krieges wohl ausgeschlossen sein müssen. Denn wenn man dem einen die Bauerlaubnis gibt und ihm die erforderlichen Roh-

stoffe zuweist, also seinen Betrieb in Gang setzt, wird man es dem anderen gleich leistungsfähigen Unternehmer nicht verweigern können. Unbeschränkte Bautätigkeit ist aber zurzeit unmöglich. Die Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen an private Unternehmer kommt also zurzeit nur in Frage bei dem Umbau von Gewerberäumen, der Aufteilung von großen Wohnungen und dem Ausbau von Dach- und Kellergeschossen. Dabei können Notwohnungen und Dauerwohnungen entstehen. Bei jenen kann die Höhe der zu erhebenden Mieten für die ganze Dauer ihres Bestehens festgesetzt werden, da wohl kaum ein längerer Zeitraum als 10 Jahre in Betracht kommt. Die Bewertung des Ueberteuerungszuschusses ließe sich bei ihnen so durchführen, daß von den Mieten ausgegangen und ihr Betrag mit einem bestimmten Faktor (in München mit 7, in Augsburg für private Unternehmer ebenfalls 7, für gemeinnützige Bauunternehmungen 6,15 %) kapitalisiert wird. Die Differenz zwischen dem unter Anwendung einer sparsamen Bauweise sich ergebenden und durch Abrechnung nachzuweisenden tatsächlichen Bauaufwand und dem durch Kapitalisierung der Miete berechneten Betrage würde den von der Gemeinde zu vergütenden Mehraufwand darstellen. Um für das Eingehen der Notwohnungen Sicherheit zu haben, würde der Zuschuß als unverzinsliches Darlehen gegeben, das nach der Wiederherstellung des früheren Zustandes als zurückgezahlt gilt. Die Festsetzung der Miete müßte Sache der Gemeinde sein. Die Amortisation des normalen Aufwandes wird in der Mehrzahl der Fälle von dem Hausbesitzer getragen werden können, da er durch die nutzbringende Vermietung von Räumen, die ihm sonst keine Rente abgeworfen hätten, in den Mieten ein Geschenk erhält.

Anders bei den Dauerwohnungen. Hierbei ergeben sich die folgenden Schwierigkeiten. Die Mieten können nicht auf die Dauer der Wohnungen festgesetzt werden. Man wird sie auf kürzere Zeiträume festlegen müssen und über 10 Jahre dabei nicht hinausgehen können. Nun hat der private Unternehmer das größte Interesse daran, daß die Mieten zunächst möglichst niedrig sind, weil dann der Ueberteuerungszuschuß bei der oben angeführten Berechnungsweise möglichst groß wird. Nach Ablauf der Sperrfrist wird er die Miete hinaufsetzen und so die Rente des Hauses und seinen Wert steigern. Auf Kosten der Allgemeinheit werden dem Hausbesitzer nicht unbedeutende

Vermögensvorteile zufallen. Als Gegenmaßregeln hätte die Gemeinde sich die Genehmigung der Mietpreise vorzubehalten. Dabei müßte sie allerdings das Odium der Erhöhung der ihr von den Hausbesitzern vorgeschlagenen Mieten auf sich nehmen, wozu sie nur wenig geneigt sein dürfte. Oder sie würde den Zuschuß nur als unverzinsliches Darlehen geben, der bei einer Erhöhung der ursprünglichen Mieten im Verhältnis zu dem durch die Mieterhöhung erzielten Reinertrag verzinsbar und tilgbar würde. Die dauernde Kontrolle über die Mietbewegung zahlreicher Wohnungen dürfte allerdings für die Gemeinde nicht gerade leicht, die Eintreibung der Gelder bei Besitzwechsel lästig und unangenehm sein.

Die Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen kann aber noch in einer andern Richtung zu Ungerechtigkeiten führen. Wird bei der Berechnung der Ueberteuerungszuschüsse von den Mieten ausgegangen, so würde die Gemeinde, um ihren Zweck, die Niederhaltung der Mieten zu erreichen, möglichst von den Sätzen der Friedenszeit als normalen ausgehen müssen. Bei Annahme eines angemessenen Kapitalisierungsfaktors würde der so errechnete Wert den normalen Bauwert darstellen. Sollten nun nach Eintritt des Beharrungszustandes die Baupreise höher sein, als vor Ausbruch des Krieges, so würden die Unternehmer, die jetzt oder sofort nach Friedensschluß bauen, durch die Mittel der Allgemeinheit vor denen bevorzugt sein, die später ohne öffentliche Zuschüsse bauen. Es entstehen also wiederum unbegründete finanzielle Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit. Luther schlägt als Gegenmaßregel die Begründung eines Erwerbsrechtes für das Reich oder die Gemeinde nach einer Reihe von Jahren vor. Bei seiner Ausübung würden dann nur die Zinsen und nicht das Kapital eingebüßt werden. Das ist richtig. Der Erwerb einer größeren Zahl von Häusern, die über die ganze Stadt zerstreut liegen und zum Teil sich in wenig befriedigendem Zustande befinden werden, ist aber kein Gewinn für die Gemeinde oder das Reich. Der andere oben erwähnte Weg würde wohl vorzuziehen sein, da er die Gemeinde nicht mit überflüssigem Hausbesitz belastet.

Schließlich muß aber noch auf den ungeheuren Personal- und Arbeitsaufwand hingewiesen werden, den die Durchführung der Maßregel notwendig machen würde. Es müssen nicht nur die Kostenvoranschläge für Abänderungs- und Neubauten genau

durchgerechnet, sondern gleichzeitig damit auch das Bauwesen darauf hin geprüft werden, ob der Bauunternehmer eine zweckentsprechende und sparsame Bauweise gewählt hat. Die Verpflichtung, die angemessene Verwendung der zugeschossenen öffentlichen Baugelder zu sichern, muß diese Kontrolle bis in die Einzelheiten führen. Dann ist aber noch der Vergleichskostenvoranschlag von der Gemeinde aufzustellen und der Ueberteuerungszuschuß vorläufig festzustellen. Daran schließt sich die Ueberwachung der Bauausführung, ob das Haus oder die Abänderung auch entsprechend den Kostenvoranschlägen durchgeführt worden ist, z. B. das darin vorgesehene Material auch wirklich verwendet worden ist usf. Endlich wäre die von dem Bauunternehmer vorzulegende Abrechnung mit ihren Belegen nachzuprüfen und der Ueberteuerungszuschuß endgültig festzustellen. Nehmen wir an, daß einige hundert solcher kleiner oder größerer Bauten gleichzeitig in Angriff genommen werden, so braucht die Gemeinde ein ungeheures Ueberwachungsbüro, dessen technisches Personal wirklich besser verwendet werden könnte. Und wer trägt die Kosten? Gemeinde oder Reich oder beide nach den Anteilen ihrer Zuschüsse?

Die ganze Aktion der Ueberteuerungszuschüsse ist so unbefriedigend wie möglich. Sie sind gerade so zu beurteilen, wie die Ernährungszuschüsse, die vom Reich und den Gemeinden den Einwohnern gewährt werden, um zu verhindern, daß zu hohe Erzeugerpreise sich in den Verbrauchspreisen ausdrücken. Vielleicht mit noch schärferer Kritik, da die Rohstoffe und Materialien in genügender Menge vorhanden sind und ihre Produktion nur durch den Mangel an Arbeitskräften und Kohle, nicht aber durch natürliche Bedingungen eingeschränkt ist.

Wirkung des Wohnungsmangels ist die Mietsteigerung, die in den einzelnen Städten recht verschieden groß ist. Nach einer Umfrage des Deutschen Wohnungsausschusses (August 1918), bewegen sich die allgemeinen Erhöhungen der Mietpreise seit Kriegsbeginn zwischen 10 und 60 % und betragen durchschnittlich etwa 20—25 % der Mieten vor dem Kriege. Die Mietsteigerungen, die seit Oktober 1917 vorgenommen wurden, bewegen sich zwischen 5 und 25 % der früheren Miete und betragen durchschnittlich etwa 10—15 %. In Einzelfällen sind Steigerungen von 10—100 % zu verzeichnen. Die neuen Mietverträge werden vielfach nur auf kurze Fristen abgeschlossen

oder es werden bei langfristigen Verträgen auf Jahre hinaus starke Staffelungen der Mietsteigerungen von Jahr zu Jahr vorgesehen. Die größten Steigerungen wurden bei Neuvermietungen erzielt. Die Mieter sind bei dem großen Wohnungsmangel und den Schwierigkeiten des Wohnungswechsels meist froh, wenn sie im Besitze der Wohnung bleiben können und bieten öfters sogar höhere Mieten an, um sich vor Kündigung zu sichern oder bessere Wohnungen zu erhalten [6]. Solche allgemeine Mietsteigerungen haben wir bereits öfter in den deutschen Städten erlebt, und man hat die Kämpfe um sie bisher getreulich als eine notwendige Erscheinung unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems betrachtet und jedes Eingreifen der öffentlichen Gewalt in sie perhorresziert. Dieser Standpunkt ist in der Kriegszeit aufgegeben worden. Die Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juni 1917 bedeutet den Bruch mit dem alten System, insofern sie das Einigungsamt ermächtigt, auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit einer Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und seine Dauer, sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen. Hier haben wir also einen Eingriff in die private Gestaltung des Mietzinses, aber dieser Eingriff erfaßt nur den einzelnen Fall. Man versuchte auch auf dem Gebiete des Mietwesens wieder einmal allgemeinen wirtschaftlichen Erscheinungen mit Behandlung des Einzelfalles beizukommen, um hier wiederum, wie anderswo, zu scheitern. Man will mit juristischer Kasuistik volkswirtschaftliche Vorgänge erledigen. Da jedes Einigungsamt nach billigem Ermessen entscheidet, in den Großstädten jedes Amt mehrfache Besetzung aufweist, kann von einer einheitlichen Behandlung der Mietsteigerung natürlich keine Rede sein, die Rechtsprechung sich auch nicht auf dem Grundsatz der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufbauen, Konjunkturgewinne durch Mietsteigerungen allgemein auszuschließen. Die Verordnung enthielt keine Andeutung davon, was denn nun eigentlich unter einer unbilligen Mietsteigerung zu verstehen sei, und bei der Behandlung des einzelnen Falles mußte die Lage des einzelnen Hausbesitzers ebenso berücksichtigt werden, wie die des einzelnen Mieters. Was man dem reichen Hausbesitzer versagte, bewilligte man vielleicht dem Hausverwalter von

[6]) Korrespondenz des Deutschen Wohnungsausschusses vom 21. August 1918.

Hypothekargnaden, dem das Wasser an den Mund reichte. So mußte denn die Verordnung unter allgemein volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte versagen, wenn sie auch im Einzelfalle ein ganz brauchbares Mittel sein konnte.

In dem Maße wie die Mietsteigerungen an Umfang und Größe gewannen, erwies sich übrigens auch die Verordnung vom 29. Juli 1918 als unzureichend. Infolge der Beschränkung auf die Fälle der Kündigung und des unverzüglichen Anrufens des Gerichtes durch den Mieter war ein Eingreifen dann nicht möglich, wenn keine Kündigung vorlag, also der Mietvertrag, weil befristet, ablief oder ein neuer Mietvertrag abgeschlossen wurde. Gerade in den zahlreichen Fällen der Neuvermietung konnte also die Mietsteigerung sich voll auswirken und auf die Dauer nicht verhütet werden, daß die höheren neuen Mietpreise sich allmählich durchsetzten und von den Einigungsämtern als die normalen ihrer Entscheidung zugrunde gelegt wurden. Hier haben Verordnungen der Generalkommandos neuerdings Ergänzungen gebracht, indem sie alle Fälle von Kündigung und Vertragsablauf, sowie alle Neuvermietungen der Zuständigkeit der Einigungsämter unterwarfen. Aber auch der sorgfältigste Ausbau der Bundesratsverordnungen wird nur wenig ändern, wenn man sich nicht entschließt, radikal vorzugehen und den Einigungsämtern bestimmte Richtlinien für die Bemessung der Mietpreise gesetzlich vorzuschreiben, wie das in Oesterreich und andern ausländischen Staaten geschehen ist. Die Befürchtung, daß durch die Festsetzung von Höchstpreisen (z. B. Friedenspreise und ein gewisser Zuschlag) das Signal gegeben werde, auch dort, wo keine Wohnungsnot besteht, mit Mieterhöhungen vorzugehen, ist nicht ernst zu nehmen, wenn daneben die Verpflichtung bestehen bleibt, jeden Fall einer Mietpreisänderung dem Einigungsamt zur Genehmigung vorzulegen, dieses also auch die Bewilligung des Höchstpreises begründen muß, und durch Kündigungs- und Umzugsverbote möglichst große Stabilität der Mietverhältnisse angestrebt wird. Allerdings wird man so wenig wie bei der Lebensmittelversorgung es völlig ausschließen können, daß nicht von unvernünftigen und gewissenlosen Mietern wie Hausbesitzern größere Bewilligungen angeboten und gefordert werden, als sie vom Einigungsamt als angemessen festgesetzt sind[7]).

[7]) Die Kritik trifft auch auf die neue BR.-Bekanntmachung vom 23. Sep-

Bei der Bemessung der Mietzinse wäre von dem Status an einem bestimmten Stichtage auszugehen und Zuschläge nur soweit zuzulassen, als sie durch Erhöhung der Reparaturkosten, öffentlichen Abgaben und Gebühren sowie vor allem der Hypothekenzinsen begründet sind. Namentlich der letzte Posten ist von entscheidender Bedeutung. Die ganze Aktion zum Schutze der Mieter setzt nämlich eine entsprechende zum Schutze der Hausbesitzer gegen ihre Hypothekargläubiger voraus. Verbietet man Kündigung der Wohnungen ohne triftigen Grund und Mietsteigerungen, so muß man auch den gleichen Eingriff in das Verhältnis von Hausbesitzer zu Hypothekar machen, die Höhe des Hypothekenzinses festsetzen, die Kündigung bestehender Hypotheken verbieten und die Verlängerung abgelaufener Hypotheken anordnen. Und diese Eingriffe ziehen denn auch den weiteren nach sich: die Hypothekenbanken müßten das Recht erhalten, die Auslosungstermine fällig werdender Pfandbriefe hinauszuschieben, falls sie ausgeliehenes, aber nun nicht zurückkehrendes Hypothekenkapital zu deren Rückzahlung benötigen. Allerdings wird man den Versicherungsanstalten kaum ein solches Moratorium gewähren können, ohne die schwersten Mißstände herbeizuführen. Hier müßten dann im Falle des Bedürfnisses die öffentlichen Körperschaften mit Darlehen einsetzen. Und weiter müßten sie auch in den Fällen eingreifen und Mittel zur Verfügung stellen, in denen die Kündigung einer Hypthek als begründet ausgesprochen wird und der Hausbesitzer nicht in der Lage ist, sich eine neue Hypothek zu dem niedrigen bestimmten Hypothekenzinsfuß zu beschaffen. Oder soll ein Zwang zur Gewährung neuer Hypotheken gegen Hypothekenbanken usf. ausgesprochen werden? Man muß sich also darüber klar sein, daß durch Stückwerk auf diesem Gebiete nichts geleistet werden kann und daß schon ein umgrenzter Komplex zusammenhängender Maßregeln nötig ist, wenn man wirklich Abhilfe schaffen will. Und ebenso muß man sich darüber klar sein, daß alle notwendigen Maßregeln sich leicht auf die gewerbliche Realkreditunternehmung anwenden lassen, dagegen

tember 1918 zu. Auch in dieser herrscht das individualistische Prinzip des Mieterschutzes vor und ist nur an zwei Stellen durch das allgemein volkswirtschaftliche der Verteilung der Grundwertversteigerung durchbrochen (§ 5 und § 6). In beiden Fällen liegt die Last des Vergehens nicht beim Mieter, sondern in dem ersten bei der Gemeindebehörde, im zweiten beim Vermieter.

oft versagen werden, wenn es sich um Einzelgeber handelt, deren individuelle Bedürfnisse die allgemeine Regel durchbrechen. In solchen Fällen wird es sich dann darum handeln, Ersatz aus öffentlichen Mitteln zu beschaffen.

Die bisher von uns behandelten Probleme wurden in der ersten Kriegszeit großenteils als solche der Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden ins Auge gefaßt und untersucht. Mit der längeren Dauer des Krieges sind sie aus Problemen der Zukunft in einer großen, stetig wachsenden Zahl von Städten brennende Tagesaufgaben geworden, deren Lösung keinen Aufschub mehr zuläßt. Die Rückkehr der Krieger aus dem Feld wird in manchen Fällen die Schwierigkeiten vergrößern, dem Wesen nach neue Aufgaben aber nicht stellen. Uebrigens muß man sich auch hierbei vor einer Ueberschätzung des Bedürfnisses hüten. Wenn in der sehr gründlichen Denkschrift einer westfälischen Stadt davon gesprochen wird, daß nach dem Kriege die Wohnungsnachfrage mit einer seit Menschengedenken nicht dagewesenen Plötzlichkeit, namentlich infolge des Zurückflutens der Zehntausende von Kriegern in verhältnismäßig kurzer Zeit auftreten wird, so übersieht man dabei, daß der größte Teil der in die Wohnsitzstädte zurückkehrenden Krieger in ihre alten Wohnungen, das Familienhaupt oder die andern Haushaltungsmitglieder in ihre früheren Haushaltungen zurückkehren werden. Neue Wohnungen sind nur in den Fällen nötig, in denen die Familien ihre alten Wohnungen aufgaben, aufs Land oder in andere Städte abgewandert sind und mit der Rückkehr des Familienhauptes in ihre alten Aufenthaltsorte zurückwandern, sowie für die neugegründeten Haushaltungen. Die Nachfrage nach solchen Familienwohnungen wird groß genug sein, um alle Kräfte der Stadtverwaltungen in Bewegung zu setzen, aber von Uebertreibungen ihrer Größe wird man deren stärkere Entfaltung nicht erwarten können. Sie können auch nur zu leicht zu so verzweifelten Vorschlägen, wie den der Beschränkung der Freizügigkeit führen. Dieser vom Grafen von Posadowsky gemachte Vorschlag soll von amtlichen Stellen geprüft werden — so liest man in der Presse. Glaubt man wirklich, daß sich das Volk eine solche Beschränkung der persönlichen Freiheit gefallen lassen wird? Ueber die volkswirtschaftliche Absurdität einer solchen Maßregel braucht man keine weiteren Worte zu verlieren. Sie wäre nur in einer Zwangsgesellschaft möglich und

würde den Arbeitszwang ebenso wie die Arbeitsbeschaffungspflicht voraussetzen.

Wir müssen nun zum Schlusse noch einer Reihe von Maßregeln und Vorschlägen kurz gedenken, die sich als Vorbereitung der umfassenden Bautätigkeit der Uebergangswirtschaft charakterisieren lassen. Es handelt sich dabei vor allem um die Beschaffung und Bereitstellung von Boden und von Kapital. Eine große Fülle von Vorschlägen aller Art ist dabei gemacht worden; noch jetzt bringt fast jede Woche neue, deren Verfasser den unwiderstehlichen Drang in sich fühlen, auch ihrerseits bei der Rettung des Vaterlandes mitzuhelfen. Und nicht weniger groß ist die Zahl der neuen Organisationen, die für diese Aufgaben ins Leben gerufen worden sind und noch gerufen werden. Wir nehmen so dankbar die Anerkennung unseres Organisationstalentes entgegen, die uns von Feinden und Neutralen in so reichlichem Maße gespendet wird, bestätigen uns selbst Tag aus Tag ein unermüdlich, daß wir das geborene Volk der Organisation sind, und üben ebenso unermüdlich das harmlose einfältige Spiel zu organisieren und organisieren. Ja wenn organisieren darin bestände, einen ungeheuerlichen Haufen nach irgendeinem logischen Prinzip (manchmal auch ohne ein solches) aufeinander getürmter Behörden oder Verwaltungskörper zusammenzubringen, und wenn damit auch für die Arbeit, die wirklich getan, von der nicht nur geredet werden muß, nur irgend etwas nützliches geleistet worden wäre. Dieser Organisationsrausch beflügelt auch die Phantasie unserer Wohnungsreformer und läßt sie sich an der alten festen Leiter von Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat und Reich mit rastloser Eile auf und nieder schwingen. Ohne daß ein Vorschlag nicht durch alle diese Instanzen gehetzt wird, geht es heutzutage nicht mehr. Die Organisationshypertrophie ist beängstigend und zwingend drängt sich die Besorgnis auf, daß alle diese Aemter vom Reichswohnungsamt angefangen bis herab zum Ortswohnungsamte in einer unheimlichen Vielgeschäftigkeit nichts tun werden, so daß es dann glücklich bleiben würde, wie es bisher schon immer war. Kaum auf einem anderen Gebiete ist so viel geschrieben und geredet, sind so viele neue Pläne und Vorschläge ausgeheckt und so wenig wirklich gehandelt worden, wie auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Der Krieg hat die alte Neigung zu nutzloser Wortklügelei und Projektemacherei ins grenzenlose ver-

stärkt. »Eine große Umänderung in den Wohnungs- und Ansiedlungsverhältnissen unserer nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung ist unbedingt notwendig; dazu brauchen wir vor allem große positiv schaffende auf gemeinnützig-öffentlicher Grundlage ruhende Organe zur Fürsorge für die Bodenbeschaffung und -aufschließung, die Kapitalbeschaffung, die Bau- und Ansiedlungstätigkeit und die Baustoffbeschaffung« — so lautet das immer wieder hergebetete schöne Sprüchlein. Was würde man von einem verarmten Hausbesitzer sagen, der statt sein baufällig gewordenes Haus zu reparieren und zu erhalten nun nichts besseres zu tun wüßte, als sich großartige Projekte für einen glänzenden modernen Neubau zu verschaffen und über der Fülle der ihm von seinen Unternehmern vorgelegten Entwürfe vergäße, daß er ein armer Mann geworden ist? Sind wir aber in einer anderen Lage als dieser Hausbesitzer? Ueber diese Grundfrage: Wie stehen wir denn wirtschaftlich nach dem Kriege? zerbricht man sich den Kopf nicht weiter. Man organisiert, das ist viel bequemer. Das andere wird schon von selbst nachher kommen. Doch dies nur beiläufig. Nun ist aber noch Streit darüber, ob die aufgezählten Aufgaben alle von einer Organisation zusammen bearbeitet werden sollen oder ob es nicht vorteilhafter, zweckmäßiger sei, für jeden Aufgabenkomplex besondere Körper zu schaffen. Hier ist man für Konzentration der Aufgaben, dort für ihre Zerlegung. Einiger ist man sich über den »organisatorischen Aufbau«, wie das klangvolle Wort lautet, an dem sich jedes Schreiberlein ergötzt — wenigstens darüber, daß einer sein muß. Dabei bietet sich dann eine reiche Auswahl von Varianten: Man kann eines oder mehrere Glieder der Stufenleiter von Gemeinden bis Reich überschlagen; mit zwei, drei, vieren usf. arbeiten, je nachdem der Geist treibt. »Die sachgemäße Rührigkeit der Gesellschaften fordert einerseits, daß sie sich über größere Bezirke erstrecken, andererseits aber doch wieder eine Lokalisierung der Gesellschaften wegen der genauen Ortskenntnis, der Untersuchung der örtlichen Beziehungen u. dgl. m.« Da mache man doch einfach die lokalen Gesellschaften interlokal oder die interlokalen lokal — und das Problem ist gelöst. Hat man dann sein System von Gesellschaften, so muß man die Kräfte, die schon vor dem neuen Gesellschaftssetter tätig waren — und deren hat es unglücklicherweise schon gegeben; das System wäre sonst viel glatter durchzuführen und

stände leicht wie aus dem Nichts entsprungen als vollendetes Ideal vor uns — Baugenossenschaften, Gemeinden, Industrie eingliedern — »was im allgemeinen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten dürfte«. Es darf um Gotteswillen nichts außer dem System bleiben und für sich weiter machen wollen; hinein in den großen Topf! ist die Losung. Und wie rüstig man an der Arbeit ist, solche Gesellschaften von jeder Größe des Aufgabenkreises und des örtlichen Umfanges zu schaffen, darüber unterrichtet die Fachpresse fortlaufend den erstaunten Leser und setzt ihm von Zeit zu Zeit triumphierend die große Schüssel in einem Uebersichtsartikel vor. Wir verweisen den Leser dorthin [8]).

Die moderne Form für die Verbindung heterogenster Interessen in einer Gemeinschaft ist die gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft m. b. H., in der sich bekanntlich alle Vorzüge der Gesellschafter und ihrer Arbeitsweisen in glorreicher Weise vereinigen, während sich die Nachteile gegenseitig aufheben. So müssen denn Provinzen, Kreise, Gemeinden, Industrie, Baugenossenschaften, Konsumvereine, Arbeiter-, Angestellten-, Beamtenvereinigungen usw. die Träger dieser Gesellschaften abgeben, als ob ihr Interesse an der Wohnungsbeschaffung durchweg gleichartig, die Auffassungen nicht zwischen einzelnen Gliedern grundsätzlich entgegengesetzt wären. Wir können diesen Gegensätzen nicht im einzelnen nachgehen. Nur auf zwei Punkte sei hingewiesen. Einmal: der Industrielle baut Arbeiterwohnungen, nicht damit seine Arbeiter Wohnungen haben, sondern damit er Arbeiter habe, die ihm zur Verfügung stehen. Wenn die Gewerkschaften Bauunternehmungen unterstützen, können sie es nur dann und insoweit tun, als die Form, in der sich die Wohnungsfürsorge vollzieht, den Arbeiter in seiner Stellung zu dem Unternehmer stärkt, ihn aber nicht bindet und seinem stärkeren Gegner ausliefert. Wie will man diese Gegensätze vereinigen? Sie müssen bei allen wichtigen Fragen aufeinanderplatzen. Man beachte die Vorgange in Württemberg, wo sich unter dem Kampf um die Form, ob G. m. b. H. oder Baugenossenschaft vorzuziehen sei, dieser Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter verbirgt. Und weiter der andere Gegensatz zwischen den öffentlichen Körperschaften, wie z. B.

[8]) z. B. für Entwicklung der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften in den Mitteilungen des Deutschen Vereins für Wohnungsreform. 7. Jahrg. Nr. 1/2, Juni 1918.

der Gemeinde und den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Die Gemeinde als Ganzes hat das Interesse, daß ihre Glieder ein Obdach haben, daß die Wohnungen gesund und preiswert sind — die in den Gemeindeverwaltungen herschenden Kreise haben und vertreten noch vermutlich andere Klasseninteressen. Für die Arbeiter als Klasse ist aber vor allem die Frage wichtig, inwieweit ist überhaupt seine Bindung an den Boden für ihn in seinem wirtschaftlichen Kampfe erträglich oder nützlich ist, bringt sie nicht für bestimmte Arbeiterkategorien große Gefahren mit sich. Die Arbeiterorganisationen können daher Wohnungsfürsorge nur unter dem Gesichtspunkte ihrer Gewerbepolitik treiben; für die Gemeinden sind volkshygienische, armenpolitische, vielleicht auch sozialpolitische Rücksichten entscheidend. Auch hier sind Gegensätze, die natürlich die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung ausgleicht.

Für die Bodenbeschaffung werden nun neuerdings gemeinnützige Boden- und Siedlungsgesellschaften vorgeschlagen und gegründet, »halböffentliche Organe, jedoch mit der Beweglichkeit des privaten kaufmännischen Betriebes«. Träger und Gründer dieser Unternehmungen sind die oben erwähnten Kreise. Die Rechtsform soll die G. m. b. H. sein. Das Grundkapital dieser Gesellschaften muß recht bedeutend sein. Ihre Tätigkeit soll in der Regel über den Rahmen einer einzelnen Gemeinde hinausgehen, neuerdings umfaßt es das Gebiet einer ganzen preußischen Provinz. Der lose Zusammenhang dieser Gesellschaften und ihr reges Zusammenarbeiten mit den öffentlichen Körperschaften wird, so hofft man, eine schnelle billige und verhältnismäßig sichere Verwertung ihres Geländebesitzes möglich machen. Es handelt sich also um Terraingesellschaften, die nicht örtlich begrenzt sind. Sie sollen den Boden erwerben und baureif machen und dann an die eigentlichen Bauenden abgeben, wer immer das sein mag, Private, Gemeinden, Baugenossenschaften usf. Auch der spekulative Bauunternehmer soll nicht ausgeschlossen sein, wenn er sich den gleichen Bedingungen unterwirft. Da diese aber die Grundrentenspekulation ausschalten sollen, wird er auf diese Art von Geschäften leichten Herzens verzichten. Offenbar ist es für die Bauenden sehr viel bequemer, wenn ihnen von den gemeinnützigen Terraingesellschaften fertige Bauplätze angeboten werden, deren Lage und Preis sie auch verwertbar macht. Das mag

in einigen Fällen eintreffen, in vielen anderen wird aber die Gesellschaft gerade in der Gegend keinen Besitz haben, wohin sich die Entwicklung der Gemeinde richtet. Der am Ort angesessene Spekulant wird einer Gesellschaft, die irgendwo in der Provinz ihren Sitz hat und von dort aus arbeitet, stets den Rang ablaufen. Eine am Ort angesessene Baugenossenschaft, die Gemeinde selbst werden Land immer billiger kaufen und das richtige Land zur richtigen Zeit viel eher erwerben können, als eine zentrale Gesellschaft. Diese wird also überhaupt kein geeignetes Land haben oder es zu teuer bezahlen müssen. Damit ist aber den Bauenden nicht gedient. Man wird also aus Gründen, die in dem rein örtlichen Charakter der Wohnungsfürsorge liegen, dazu kommen müssen, auf zentrale Gesellschaften zu verzichten und statt dessen örtliche zu gründen, wie das neuerdings in einigen Städten geschehen ist. Nur darf man sich nicht der Idee hingeben, daß durch die Gründung solcher Gesellschaften die Schwierigkeiten der Bodenbeschaffung überwunden seien. Sie sind für eine solche Gesellschaft keineswegs geringer als für eine Gemeinde, die stets mit Bodengeschäften zu tun gehabt hat, auf die Entwicklung der Bodenpreise durch Bebauungsplan, Bauordnung, Straßenbau und -bahnen unmittelbar einwirken kann und von jeher eingewirkt hat. Die Beschränkung auf das Gemeindegebiet wird nur in seltenen Fällen von Bedeutung sein und durch Eingemeindungen behoben werden können. Auch die finanzielle Größe der Aufgabe wird größere Gemeinden nicht belasten. Bei kleinen Gemeinden ist die Aufgabe klein und bedarf es auch in der Regel keiner besonderen Bodenerwerbungen mit dem Ziel ihrer Verwertung in weiterer Zukunft, da das Land billig und in Fülle zur Verfügung steht. Auch die Schwerfälligkeit der Gemeindeverwaltung, mit der so gern operiert wird, läßt sich durch die Schaffung besonderer Organe überwinden. Die Interessenwiderstände sind allerdings vorhanden und können bei den veralteten, den Grund- und Hausbesitz bevorzugenden Gemeindeverfassungen recht hinderlich sein. Um so mehr ist daher Anlaß gegeben jetzt schon mit ihnen aufzuräumen und für eine freiere Gemeindeverwaltung die geeigneten Organe zu schaffen. Aber man glaube doch auch nicht, daß da, wo die Interessenwiderstände in der Gemeindeverwaltung so stark sind, daß sie die eigene Tätigkeit der Gemeinde hintertreiben, die Gründung einer örtlichen Bodengesellschaft

bei ihr Förderung finden, ihre Tätigkeit sich ungehindert abspielen würde. Die Interessenten werden im Gegenteil alle Machtmittel der Gemeinde gegen sie in Bewegung setzen. Immerhin mag in den Fällen, wo die Gemeinde versagt, die Gründung einer gemeinnützigen Bodengesellschaft letzte Zuflucht sein, aber in der Regel ist es richtiger, wenn die Gemeinde, wie sie das schon vor dem Kriege zum Teil in größtem Umfange getan, Bodenpolitik treibt, also Boden erwirbt, aufschließt und den Bauenden unter bestimmten Bedingungen zur Verfügung stellt, also nicht nur im ersten Stadium der Stadterweiterung, sondern auch im zweiten aktiv wird. Ihr diese Tätigkeit möglich zu machen und zu erleichtern durch gesetzgeberische Maßnahmen, vor allem durch eine Abänderung des Enteignungsrechtes und -verfahrens, durch Gewährung eines Monopols in Bauland, erscheint uns wichtiger als alle Versuche durch Gründung aller möglichen Gesellschaften, Ziele zu erreichen, die nur durch das Zusammenarbeiten der öffentlichen Gewalten und der Massen erkämpft werden können.

Die Beschaffung des für den Wohnungsbau erforderlichen Kapitals in der Uebergangszeit erscheint bei den ungeheuren Ansprüchen, die die öffentlichen Körperschaften vom Reich herab bis zu den Gemeinden, Industrie und Landwirtschaft an den Kapitalmarkt stellen werden, außerordentlich schwierig. Dazu befürchtet man, daß die Quellen, die bisher geflossen sind, in den kommenden Jahren ganz versiegen oder sehr stark zurückgehen werden. Aus dieser Besorgnis heraus sind eine Reihe von Vorschlägen entstanden, die auf dem Wege des Zwanges dem Wohnungsbau Kapitalien zuführen wollen, die sonst anderswo Verwertung gesucht und gefunden hätten (Vorschläge Beusters, Schmidtmanns, Wagners u. a. mehr [9]). Ohne Zweifel würde für den Wohnungsbau sofort nach Abschluß des Krieges ein ganz ungeheurer Kapitalbedarf entstehen, wenn es möglich wäre, den größeren Teil der während des Krieges ausgefallenen Häuser zu bauen. Das wird aber aus Mangel an Rohstoffen und Menschen ganz unmöglich sein. Die Bautätigkeit wird nach dem Kriege nur langsam in Gang kommen und daher wird

[9]) Vgl. Benster, Städtische Siedlungspolitik nach dem Kriege, Berlin 1915; Schmittmann, Reichsmietversicherung, Stuttgart 1917; M. Wagner, Bauwirtschaft, Realkredit und Mieten in und nach dem Kriege, Stuttgart 1917.

auch der Kapitalbedarf zunächst vermutlich geringer sein, als man anzunehmen pflegt. Mit anderen Worten: weil Rohstoffe für den Wohnungsbau nur in geringen Mengen vorhanden sind, werden zunächst auch nur geringe Geldmengen notwendig sein, um die Waren aus dem Markt herauszuziehen und der Wohnungsproduktion zuzuführen. Es werden also zunächst die Baustoffindustrien in Gang gesetzt werden müssen, d. h. es müssen ihnen die Rohstoffe und Arbeitskräfte zugeführt werden. Mit der Frage, ob diese Industrien die erforderlichen Geldkapitalien auftreiben werden, pflegt man sich in der Regel nicht zu beschäftigen. Man nimmt ohne weiteres an, daß sie dazu imstande sein werden. Nun wird das wohl ohne weiteres der Fall sein, wenn sie imstande sind, die sich in ihnen verwertenden Kapitalien ausreichend zu verzinsen. Unter der gleichen Voraussetzung wird es aber auch der Wohnungproduktion gelingen, die erforderlichen Geldkapitalien an sich zu ziehen. Können die neuen Wohnungen so teuer vermietet werden, daß sie eine ausreichende Rentabilität gewähren, dann wird auch das nötige Geldkapital nicht fehlen. Nun ist es aber zunächst einmal sehr fraglich, ob die dazu erforderlichen Mietpreise für die großen Massen der Mieter überhaupt noch erschwinglich sein würden, und zweitens ist es das Ziel der sozialpolitisch gerichteten Wohnungsfürsorge aus den Gründen, die wir bereits auseinandgesetzt haben, die neuen Mieten möglichst nieder zu halten, d. h. also die Häuser, wenigstens in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege unrentabel zu machen. Die Frage müßte also richtiger so lauten: Wie gelingt es die für den Wohnungsbau erforderlichen Geldmittel zu einem unter dem Markte liegenden Zinsfuß zur Verfügung stellen? Stellt man diese Frage, so ist die Antwort leicht. Nur öffentlich-rechtliche Körperschaften sind imstande, solche Geldmittel zu gewähren, oder man muß durch gesetzlichen Zwang Private verpflichten, einen Teil ihres Vermögens oder ihrer Einnahmen zu bestimmtem niedrigen Zinsfuß abzugeben. Ob man diesen Zwang gegen Anstalten ausspricht, denen wie den Versicherungsgesellschaften auf Grund bestehender Verpflichtungen regelmäßig große Geldmittel zufließen, oder ob man Reichswohnversicherungen oder -kassen vorschlägt, zu denen bestimmte Bevölkerungsteile (Arbeiter und Angestellte, Arbeitgeber) Zwangsbeiträge leisten, oder ob man durch allgemeine Mietsteuern Mittel zu beschaffen sucht,

macht in der Sache selbst keinen Unterschied. Nur auf dem Wege des Zwanges können Geldmittel zu einem Zinsfuß unter dem marktüblichen gewonnen werden. Ist man sich über die Tatsache klar, so wird man auch die Konsequenzen aus ihr ziehen müssen. Man wird die Wege einschlagen, die bisher bei der Aufbringung von Geldmitteln im Wege des Zwangsverfahrens sich als brauchbar erwiesen haben und unter diesen die einfachsten wählen.

Gehen wir kurz die verschiedenen Wege durch. Den Vorzug der Einfachheit besitzt am meisten der Vorschlag, das Reich allein oder Reich, Bundesstaaten und Gemeinden sollten aus Anleihemitteln die Beträge bereitstellen, die für den Wohnungsbau unmittelbar nach Friedensschluß notwendig sind. Es handelt sich also hierbei nicht nur um die Ueberteuerungskosten, sondern auch um den normalen Bauaufwand. Für diesen Vorschlag spricht weiter, daß das Reich und die Bundesstaaten sich die erforderlichen Geldmittel am billigsten verschaffen können und durchaus Herr sind über die Bedingungen, unter denen sie sie dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen wollen. Es lassen sich also die schon öfter betonten sozial- und bodenpolitischen Grundsätze dabei voll durchführen. Mit Recht weist man zur Begründung dieses Vorschlages darauf hin, daß das Reich für Ernährungszwecke, für die Wiederherstellung der Handelsflotte usf. riesige Summen, zum Teil à fond perdu, gewährt habe, und daß die Bekämpfung der Wohnungsnot ein gleiches finanzielles Eingreifen des Reiches, mindestens mit der gleichen Stärke der Gründe notwendig mache. Und nicht minder mit Recht hebt man hervor, daß die Bürgschaftssicherungsgesetze der Einzelstaaten und des Reiches erst in späterer Zeit Bedeutung erlangen werden, wenn wieder die schweren Verluste am Volksvermögen wettgemacht worden sind und Mittel für hypothekarische Darlehen in größerer Menge vorhanden sind. Auf die Einzelheiten der Durchführung dieses Vorschlags kann hier nicht eingegangen werden. Die Schwierigkeiten sind zu überwinden [10]).

Wesentlich komplizierter sind dagegen die anderen Vorschläge, durch Zwang Teile des Vermögens oder des Einkommens Privater zu unternormalem Zinsfuß für den Wohnungsbau zu

[10]) Vgl. dazu Mewes, Die Geldbeschaffung in der Uebergangszeit nach dem Kriege in »Ein Programm für die Uebergangswirtschaft im Wohnungswesen«, Berlin 1918.

gewinnen. Da sie zum Teil auch nur das Einkommen bestimmter Bevölkerungsteile oder Anstalten ergreifen, wird gegen sie der Vorwurf ungerechter und unbegründeter Belastung dieser Volksteile nicht ohne Grund erhoben. So will Beuster die Hypothekenbanken, Sparkassen und privaten Versicherungsgesellschaften, ferner die Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Gewerkschaften und Angestelltenverbände gesetzlich verpflichten, einen Teil dessen, was sie jährlich an Hypotheken ausgeben oder einen Teil ihres Vermögenszuwachses für den Bau von Kleinwohnungen, speziell auch von Kleinhäusern, zur Verfügung zu stellen. Die Kapitalien müßten natürlich zu unternormalem Zinsfuße gewährt werden. Nun sind aber die von Beuster gleich behandelten Anstalten und Organisationen ihrem Wesen und ihren Aufgaben nach durchaus voneinander verschieden. Welche besondere Beziehung haben z. B. die Gewerkschaften zum Wohnungswesen? Ueberhaupt keine! Und wären nur die Arbeiterorganisationen, nicht auch die Arbeitgeberverbände heranzuziehen? Das gleiche gilt auch für die Berufsgenossenschaften. Eine gewisse Verbindung besteht ohne Zweifel zwischen den Aufgaben der Krankenkassen und der Wohnungsfürsorge, wie auch bei den Landesversicherungsanstalten, aber das Vermögen der Krankenkassen ist keineswegs besonders groß und zweifellos werden die kommenden Jahre sie schwer belasten, ihre Mittel also für die eigentlichen Zwecke voll in Anspruch nehmen.

Eine zweite Gruppe bilden die Sparkassen und die privaten Versicherungsgesellschaften. Diesen ist gemeinsam, daß sie bisher einen großen Teil des erststelligen Hypothekarkredites gestellt haben, daß aber die Pflege dieses Kredites nicht ihre eigentliche Aufgabe ist. Bei der Anlage ihrer Geldmittel in Hypotheken kommt für sie nur der Gesichtspunkt günstigster Kapitalanlage in Betracht und die pflichtgemäße Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben, in dem einen Fall günstigste Verzinsung der ihnen übergebenen Spargelder, in dem andern billigste Gewährung der von ihnen versprochenen Leistungen, zwingt sie, nur diesen Gesichtspunkt für ihre Anlagepolitik maßgebend sein zu lassen. Mit welcher Begründung kann man diese Anstalten und Gesellschaften zwingen, ihre Kapitalien zu unternormalem Zinsfuße herzuleihen und Hypotheken auf Häuser zu geben, die, wie die Kleinwohnungsbauten, sicherlich ein größeres Risiko bedeuten,

als Häuser mit großen Wohnungen, also Leistungen zugunsten der Wohnungsfürsorge zu übernehmen, die in einer Verteuerung der von ihnen gewährten Leistungen enden würden. Warum soll der Renten- oder Lebensversicherungsnehmer die Wohnungsfürsorge in irgendeiner Gemeinde aus seiner Tasche unterstützen müssen, weil er zufällig das löbliche Bestreben verfolgt, durch Kauf einer Rente, einer Lebensversicherung, seine Familie gegen die Schläge des Zufalls sicherzustellen? Warum soll er aus seinen Spargeldern Geschenke an die Allgemeinheit machen, die man doch sonst niemandem zumutet?

Eine dritte Gruppe bilden die Hypothekenbanken, Landesbanken und ähnliche Einrichtungen. Ihre Aufgabe ist die Pflege des Hypothekarkredites und um ihnen deren Erfüllung zu erleichtern, sind ihnen sehr wertvolle Privilegien (Recht zur Pfandbriefausgabe usf.) gegeben worden. Nun ist die Verleihungspraxis der privaten Hypothekenbanken vor dem Kriege in vielen Punkten sehr angreifbar gewesen und mit Fug und Recht könnten ihnen Korrekturen an dieser Praxis zwangsweise auferlegt werden. So könnten sie z. B. verpflichtet werden, ihre Kapitalien zu einem bestimmten Teil dem Kleinwohnungsbau, speziell dem Kleinhausbau zuzuführen. Man könnte von ihnen eine stärkere Berücksichtigung der kleineren Städte und des Landes verlangen. Die Durchführung dieser durchaus begründeten Forderungen in der Praxis wäre allerdings nicht ganz einfach. Wie will man z. B. die Verteilung zwischen Großstädten und Kleinstädten sicherstellen? Immerhin ließen sich hierdurch einige Besserungen erzielen. Sehr fraglich ist aber, ob der Gewinn sehr groß sein würde und nicht vielmehr nur in einer Verschiebung der Bedarfsbefriedigung bestände, die hier Löcher aufreißen würde, um sie dort zu stopfen. Vor allem aber: wie denkt man sich, daß die privaten Hypothekenbanken ihre Kapitalien zu unternormalem Zinsfuß zur Verfügung stellen können. Gewiß, soweit es sich um Aktienkapital und Reservefonds handelt, wäre dies möglich; alle Geldmittel aber, die ihnen aus Pfandbriefen zufließen, müssen von ihnen nach dem Kriege höher verzinst werden als vorher und können von ihnen nur zu einem Zinsfuß abgegeben werden, der über dem Pfandbriefzinsfuß steht.

Noch größere Bedenken hat der Wagnersche Vorschlag gegen sich, den auch v. Mangold lebhaft propagiert[11]). Er

[11]) Mitteilungen des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Juli 1917

soll Mittel für die Deckung der Baukostenüberteuerung dadurch gewinnen, daß die alten Wohnungen mit einer Mietsteuer belastet werden, aus deren Erträgnissen Mietzuschüsse oder Baukostenzuschüsse für die neuen Wohnungen gewährt werden. Daß ein Architekt die Neueinführung einer Mietsteuer — und zwar einer ungeheuerlich hohen — noch dazu in Zeiten einer allgemeinen Mietsteigerung empfiehlt, wollen wir ihm nicht zur besonderen Schuld anrechnen. Er kann sich auf seine Unwissenheit auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft berufen; daß aber Volkswirtschaftler, die ex professo Wohnungsreform betreiben, sich diese Vorschläge zu eigen machen und in einer Publikation vertreten, die unter den Auspizien einer zur Förderung der Wohnungsreform gegründeten Vereinigung erscheint, gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten, an denen dieser Krieg reich ist, an die man sich aber trotzdem nicht gewöhnen kann.

Und schließlich die Zwangssparbeiträge, aus denen die Mittel für den Wohnungsbau, wenigstens der minderbemittelten Volkskreise, gewonnen werden sollen. Bei Schmidtmann ist die Aufgabe der Reichswohnversicherung nicht unmittelbar der Kleinwohnungsbau, sondern die Zahlung von Renten an kinderreiche Familien, die aus den angesammelten Vermögensbeständen bezahlt werden sollen. Doch sollen diese auch zur Errichtung von Wohnungen für Kinderreiche benützt werden können. Es handelt sich also um eine Teilaktion. Die Mittel werden durch Zwangsbeiträge beschafft, die von ledigen und verheirateten, aber kinderarmen Arbeitern und Angestellten und den Arbeitgebern bezahlt werden sollen. Der Vorschlag geht von der unbewiesenen Annahme aus, daß Kinderreichtum, was immer darunter verstanden sein mag, eine für die Nation wertvolle Sache und daher jede kinderreiche Familie zu unterstützen ist. Wir wollen uns mit dieser Annahme nicht auseinandersetzen. Warum aber nun gerade die ledigen, kinderlosen und kinderarmen Arbeiter und Angestellten allein für die Unterbringung dieser kinderreichen Familien aufkommen sollen, dafür wird keine Begründung gegeben. Schmittmann übernimmt einfach von der Arbeiterversicherung die Einrichtungen und verwendet sie für Zwecke, die für eine Versicherung absolut ungeeignet sind. Auch der Peussche Vorschlag einer Reichswohnungskasse,

---

und Schriften des Deutschen Wohnungsausschusses, Heft 3: Wohnungsfrage und Uebergangswirtschaft, Berlin 1917.

der allerdings den Schmidtmanns verallgemeinert, will durch Zwangsbeiträge Mittel für den Wohnungsbau gewinnen, an denen es doch in Friedenszeiten im Grunde niemals gefehlt hat, und nimmt Zustände, die doch nur vorübergehende Wirkungen des Krieges sind, zum Anlaß, um dauernde Einrichtungen von gewaltigem Umfange zu schaffen. Ob aber die Einrichtung einer allgemeinen Zwangssparkasse dauernd notwendig ist, um eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse unserer minderbemittelten Volkskreise zu erreichen, dafür ist Peus den Beweis schuldig geblieben. Akute Wohnungsnöte sind gewiß periodisch wiederkehrende Begleiterscheinungen unserer Wirtschaft; ihre Dauer ist aber doch meist nur kurz. Die viel bedeutungsvollere chronische Wohnungsnot der gleichen Klassen ist dagegen eine Folge ihrer ungünstigen Einkommensverhältnisse, an denen durch die vorgeschlagene Kasse natürlich auch nichts geändert werden kann.

In die Gruppe der Zwangsmittel gehört auch die Heranziehung der gewerblichen Unternehmungen, die neuerdings vielfach, auch in parlamentarischen Verhandlungen, besprochen und zum Gegenstand von Anträgen dort gemacht worden ist. Allerdings haben sich die Antragsteller meist auf einige allgemeine Ausführungen beschränkt und selten versucht, die Schwierigkeiten, mit denen ihre Vorschläge verbunden sind, zunächst aufzuzeigen und dann zu überwinden. Gehen wir von dem scheinbar so einfachen Falle aus, daß in einer Gemeinde ein bisher vorhandenes Unternehmen infolge von Kriegsaufträgen seinen Umfang und seine Arbeiterzahl vervielfältigt hat. In der Standortgemeinde ist Wohnungsnot und die Gemeindebehörden sind gezwungen, Mittel zu ihrer Bekämpfung aufzuwenden. Aber die Arbeiter des Unternehmens wohnen nicht allein in der Standortsgemeinde. Sie sind in Dutzende von Umkreisgemeinden eingezogen und überall ist dort Wohnungsmangel entstanden. Ein Teil der Gemeinden hat Maßnahmen getroffen, ein anderer hat nichts getan, es Baugenossenschaften usf. überlassen, für Abhilfe zu sorgen. Sollen nun alle Gemeinden berechtigt oder weitergehend verpflichtet sein, die Unternehmung mit Wohnungsbeiträgen heranzuziehen, und nach welchem Maßstab? Der Aufwand der Gemeinden ist verschieden — hier groß, dort gering. Auf die Höhe des Aufwands hat die Unternehmung keinen Einfluß. Wie soll der ihr doch auch zuzugestehende Schutz eingerichtet werden? Wie ist der Aufwand der Gemeinde

zu bemessen und welchen Teil darf sie zur Deckung bringen? Die Schwierigkeiten komplizieren sich, wenn es sich um mehrere Unternehmungen handelt, da ihr Aufbau nach dem Verhältnis von konstantem und variablem Kapital verschieden ist. Bei alledem ist die Gefahr einer unlauteren Konkurrenz zwischen den Gemeinden gegeben, die durch Verzicht auf die Wohnbeiträge Unternehmungen festhalten oder an sich ziehen werden. Und selbst wenn eine Verpflichtung zur Erhebung solcher Beiträge konstruiert wird, könnte den Unternehmungen von den konkurrierenden Gemeinden ein Ausgleich auf anderem Gebiete geboten werden. Man käme also wohl dazu, die Veranlagung auf Grund der anzumeldenden Ansprüche der Gemeinden und die Verteilung der Beiträge durch die staatlichen Behörden vorzunehmen. Das ganze Verfahren bietet in der Tat so zahlreiche und große Schwierigkeiten, daß es sich empfehlen dürfte, die Heranziehung der Unternehmungen auf anderen Wegen zu versuchen. Man könnte z. B. daran denken, durch eine Zwecksteuer das Ziel zu erreichen, die man als Zuschlag zu bereits vorhandenen Steuern oder selbständig konstruieren könnte. —

Unsere Kritik hat von den mancherlei Vorschlägen nur wenig übrig gelassen. Sie läuft auf die Empfehlung des Mittels hinaus, das alle künstlichen Konstruktionen und unnötigen Verwaltungseinrichtungen überflüssig macht und seinem Wesen nach sich als eine Uebergangsmaßregel darstellt, bestimmt vorübergehende Notstände zu bekämpfen: Beschaffung der Mittel durch das Reich in Verbindung mit Staat und Gemeinde. Nur auf diesem Wege kann rasch und durchgreifend geholfen werden.

Zur Berufslage der Volkswirte nach dem Kriege.

Von

HEINZ POTTHOFF.

Das Jahrzehnt nach dem Friedensschlusse wird von der Aufgabe beherrscht sein: die Lehren aus dem gegenwärtigen Kriege zu ziehen. Das wird der Volkswirtschaft vermehrte Aufgaben und erhöhte Bedeutung bringen. Wir haben gesehen, daß in dem heutigen und künftigen Völkerringen die wirtschaftlichen Dinge eine Rolle spielen, von der man sich vorher keine Vorstellung gemacht hat. Mag der von der Entente geplante Wirtschaftskrieg wirklich geführt oder durch Abmachungen ausgeschlossen werden, trotzdem wird ein starker Kampf der Nationen auf dem Weltmarkte bleiben. Und die Umwälzungen der Kriegsjahre wie die Zukunftsaufgaben stellen uns vor die Notwendigkeit einer weitgehenden Neuordnung der deutschen Volkswirtschaft.

Dazu bedarf es einer vermehrten volkswirtschaftlichen Wissenschaft und Praxis. Das Wort Oekonomie oder Wirtschaft hat ja eine doppelte Bedeutung: wir bezeichnen damit einerseits die Methode der rationellen Verwendung von Mitteln und Kräften, das Prinzip, mit geringstem Aufwand einen höchsten Erfolg zu erzielen; anderseits ein Sachgebiet: die Beschaffung und Verwendung von materiellen Gütern, die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, die wir als »wirtschaftliche« bezeichnen. Nach beiden Richtungen hin bringt die Erfahrung des Krieges eine Erweiterung.

Wir stehen vor einer Oekonomisierung, d. h. Rationalisierung unseres gesamten sozialen Lebens, in erster Linie vor der des Wirtschaftslebens. Wenn wir die riesigen Verluste an Menschenkraft, Produktionsmitteln und Vorräten

ausgleichen, die ungeheuerlichen Schulden aller öffentlichen Körperschaften tilgen und trotzdem den Wettkampf der Nationen bestehen wollen, ohne daß die Lebenshaltung heruntergeht und unsere Volksvermehrung zum Stillstand kommt, so müssen wir alle Gebiete der Gütererzeugung, -verteilung und -verwendung systematisch durchprüfen, um alle Materialverwendung und Arbeitsmethoden zu vervollkommnen, alle Vergeudung von Stoff, Zeit und Arbeit, alle unnützen Lagerungen, Transporte und Besitzwechsel, unnötigen Zwischenhandel usw. auszuschalten [1]). Arbeitsteilung, Maschinenverwendung, Löhnungsmethode usw. im Einzelbetrieb; Vereinigung der Industriezweige, Stillegung unwirtschaftlicher Unternehmungen, Typisierung der Produktionsmittel, Beschränkung der Werbungskosten, einheitliche Organisierung des Ein- und Verkaufs; Beseitigung der ungeheuren Verschwendung von Arbeitskraft im Kleinhandel, Zusammenfassung auch der Verbraucher in Genossenschaften, Beschränkung der zahllosen Muster und des Modenwechsels und dergleichen bieten ein unendliches Feld fruchtbarer Arbeit, in erster Linie für Industrie und Handel, auch für Landwirtschaft, Handwerk und öffentliche Verwaltung. Ein besonderes Kapitel ist dabei das sozialpolitische, Maßnahmen dagegen, daß die Rationalisierung nur unter dem Gesichtswinkel der privaten Rentabilität erfolgt und durch übermäßige Ausnutzung der Arbeitskräfte (falsches Taylorsystem, Heimarbeit usw.) zu einem Raubbau an der Gesundheit und Arbeitskraft der Millionen führt. Das muß unter allen Umständen verhindert werden; der Mensch ist besonders kostbar geworden, und Menschenökonomie ist ein erstes Gebot der Stunde. Das Gebot, jeden an den Platz zu bringen, für den er am besten paßt, und aus ihm die dauernd höchstmögliche Leistung herauszuholen, führt zu weitgehenden Aenderungen unserer Erziehung, der Berufswahl, der Organisation geistiger Arbeit usw.

Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik des Staates waren bisher fast ausschließlich beherrscht von der Rücksicht auf die Erzeuger, auf die Rentabilität von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel. Manchmal schien es, als ob der Mensch nur dazu auf der Welt sei, um durch Verbrauch und Bezahlung gewisser Güter das in ihrer Herstellung angelegte

[1]) Eine eindringliche Uebersicht dieser Aufgaben bei Rathenau, »Die neue Wirtschaft«, Berlin 1917.

Kapital zu verzinsen. Demgegenüber muß künftig in viel stärkerem Maße die Rücksicht auf die Verbraucher in den Vordergrund treten. Zweck aller Produktion ist der Konsum! Die möglichst gute und reichliche Versorgung der 70 Millionen deutscher Reichsangehöriger muß oberster Leitstern aller Wirtschaftspolitik sein. Und auch die Wissenschaft muß sich viel mehr als früher mit der Oekonomie des Konsums, d. h. mit dem Essen, Kochen, Einkaufen, nicht nur mit dem Herstellen und Verkaufen beschäftigen. Die Hauswirtschaft wird hoffentlich wieder an die gebührende Stelle rücken. Damit wird auch die grundlegende soziale Aufgabe der Existenzsicherung neue Bedeutung gewinnen. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, wenn die bestehenden Kriegseinrichtungen beseitigt würden, ohne daß Einrichtungen geschaffen würden, die den allernotwendigsten Lebensbedarf, etwa an Brot und Kartoffeln, jedem Staatsbürger in natura sicherstellten, so daß die schlimmsten Nahrungssorgen mit ihren bösen Wirkungen beseitigt würden [2]).

Alle diese Aufgaben werden zu einer vermehrten Organisierung führen. Freiwilliger Zusammenschluß von Interessenten, Syndikate und Kartelle, Genossenschaften, daneben öffentlich-rechtliche und wahrscheinlich auch gemischte, halbamtliche Organisationen. Dazu eine erhöhte Tätigkeit des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete, sowohl unter dem Zwange einer Regelung der Uebergangswirtschaft wie aus finanziellen und sozialen Nötigungen. Diesen künftigen Zustand der starken Vergesellschaftung, des Nebeneinanders von privaten und öffentlichen Organisationen, des starken Vorwiegens nationaler Rücksichten vor Einzelinteressen, habe ich (in Anlehnung an ein ähnliches, neuerdings vielgebrauchtes Wort) als gemischt-sozialen bezeichnet.

Die Zukunft wird sicher einen erhöhten Bedarf an Volkswirten haben, sowohl an Lehrern der Hochschulen und Beratern der Behörden und Interessenten — wobei sich eine weit stärkere Verbindung von Theorie und Praxis, ein Austausch zwischen Gelehrten und Praktikern als notwendig und infolge der Kriegstätigkeit als möglich erweisen wird —, wie namentlich an volkswirtschaftlichen Beamten, Geschäftsführern der verschiedensten Organisationen. Verstärkt dürfte der Be-

[2]) Vgl. meinen Aufsatz »Sicherung des Existenzminimums« in der Sammlung »Wandlungen in Haus und Geschäft«, Stuttgart 1915.

darf auch werden durch die steigende Abschließung der Volkswirtschaften voneinander durch die zu erwartenden Tendenzen des Hochschutzzolles, der Wirtschaftsbündnisse, die uns dem Fichteschen geschlossenen Handelsstaate — trotz der bleibenden Bedeutung des Weltmarktes — näher bringen werden.

Daß ein genügendes Angebot von Nationalökonomen vorhanden sein wird, um den steigenden Bedarf zu decken, ist anzunehmen; denn die Zahl derer, die sich diesem Berufe widmen, hat sich sehr stark vermehrt, wie namentlich die Studentenzahlen in den staatswissenschaftlichen Fakultäten ausweisen [3]). Die Frage ist nur, ob die vorhandenen Kräfte auch nach Leistungen genügen werden. Denn die wachsende Bedeutung der Volkswirtschaft und ihrer Aufgaben wird nicht nur an das Wissen und Können, sondern auch an das Wollen, an den Charakter der jungen Nationalökonomen erhöhte Anforderungen stellen.

Die Kriegszeit hat mit besonderer Deutlichkeit die Aufgabe und die Schwierigkeiten in der Lage des Volkswirtes gezeigt. Seine Inanspruchnahme ist sehr stark, aber seine Stellung und seine Bezahlung ist vielfach unbefriedigend. Er gehört zu der seltenen Klasse von Menschen, deren Leistungen billiger sein sollen als in normalen Zeiten. Soweit er nämlich gemeinnützige Arbeit leistet. Das ist ja das besonders Charakteristische unserer Zeit. Während bei jeder materiellen Lieferung eine Erhöhung des Preises, eine Anpassung an die auf diese Weise erst hervorgerufene Teuerung, ja ein darüber hinausgehendes Gewinnstreben selbstverständlich ist und der Wucher um so ungenierter sich betätigen kann, je unnützer oder schädlicher der verkaufte Gegenstand ist, soll geistige Arbeit, insbesondere gemeinnützige, sozial notwendige, gegen geringeres Entgelt, womöglich umsonst geleistet werden. Geistige Tätigkeit wurde ja schon immer herzlich gering bezahlt bei uns. Für das Honorar, das etwa einem Universitätsprofessor für einen auswärtigen Vortrag von anständigsten Vereinigungen geboten wird, würde kein mittlerer Geschäftsmann eine Tagesreise auf der Bahn machen; solche kleinen Geschäfte erledigt er schriftlich oder durch den Fern-

[3]) Eine Statistik darüber ist nicht möglich, weil die Volkswirtschaft an den meisten Unversitäten nicht als besondere Fakultät auftritt, sondern entweder der philosophischen oder der juristischen angegliedert ist. Die Münchener staatswissenschaftliche Fakultät zählte im letzten Winterhalbjahre 425 immatrikulierte Studierende, darunter 57 Frauen.

sprecher, und das Verlangen, wegen eines Abschlusses, an dem er 1-200 Mark netto verdient, halb Deutschland zu durchreisen und zwei Tage unterwegs zu sein, würde er unbedingt mit Verzicht beantworten.

Dieses Mißverhältnis hat sich im Kriege noch gesteigert, und dadurch ist schärfer als sonst der zwiefache Charakter im Berufe des Volkswirtes zum Ausdruck gekommen. Wer ihn von der sozialen Seite auffaßt als einen Dienst am Gemeinwohl, der hat eine Fülle von Arbeit vor sich, aber meist auch eine recht bescheidene Besoldung. Von ihm wurden im Kriege nur Opfer verlangt. Wer aber das Erwerbsinteresse in den Vordergrund schiebt, den Beruf des volkswirtschaftlichen Beamten auffaßt, wie halt jeder Beruf normalerweise aufgefaßt wird: als Gelegenheit zum Gelderwerb, der konnte schon im Frieden zu sehr ansehnlichem Verdienste kommen; und ihm hat der Krieg vermehrte Gelegenheit zur Bereicherung gegeben. Eine schwere Gefahr für den Stand der Volkswirte wie für die Gesamtheit kann in der Vermischung dieser beiden Auffassungen liegen, in dem Anspruch eines Mannes, der sich gegen Bezahlung in den Dienst bestimmter Interessen stellt, als objektiver, wissenschaftlicher Beurteiler gewertet zu werden; in dem Mißbrauche der Wissenschaft zu dem Zwecke, Sonderinteressen den Mantel der Gemeinnützigkeit oder nationaler Berechtigung umzuhängen. Diese schon stets vorhandene Gefahr ist wesentlich gesteigert durch die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftsmoral infolge des Krieges. Leider ist ja das Wirtschaftsleben ganz unberührt geblieben von der sozialen Welle von 1914. Im Gegenteile hat sich hier die krasseste Selbstsucht und das Gewinnstreben fast aller Erzeuger und Händler in einer Schärfe hervorgewagt, die über das im Frieden gewohnte Maß weit hinausgeht. Der mäßige Wucher, d. h. die Verwertung des Krieges als Konjunktur, die Ausnutzung der Reichs- und Volksnot zur Bereicherung, ist zur Verkehrssitte geworden; selbst Diebstahl gilt schon als so verbreitet, daß amtliche Wirtschaftsstellen in ihre Preisberechnungen neben den Frachtspesen den Verlust durch »Beraubung« einbeziehen. Die Demoralisierung hat leider auch einen Teil der Beamten öffentlicher Körperschaften ergriffen. Das Aushilfspersonal der Behörden hat den Versuchungen nicht widerstanden; Schmiergeld, Durchstechereien, Gewinnbeteiligung von Beamten und Aussicht auf hochbezahlte

Anstellung in Privatunternehmungen oder Verbänden spielen eine wachsende, höchst ungünstige Rolle. Die Gefahren dieser Unsitte sind natürlich nirgend so hoch wie bei Wirtschaftsbeamten. Hier liegt eine große Erziehungsaufgabe im volkswirtschaftlichen Berufe vor. Denn wenn nicht die wissenschaftlichen Beamten im Wirtschaftsleben dem Unwesen Einhalt tun, wenn nicht allgemein aus den akademischen Kreisen die Gegenwirkung gegen die Entartung der Wirtschaftsmoral kommt, so gehen wir einer trüben Zukunft entgegen.

Damit die Volkswirte hier Ersprießliches leisten, ist notwendig, daß ihre Berufs- und Einkommensverhältnisse einigermaßen geordnet und zureichend sind. Denn mit Begeisterung allein sind solche Dinge nicht zu machen. Schon bisher unterschied sich die Laufbahn des Volkswirtes von den meisten übrigen akademischen Berufen dadurch, daß weder seine wissenschaftliche Ausbildung noch sein Fortkommen im praktischen Leben irgendwelchen bindenden Regeln unterstellt ist. Das wurde vielfach als ein besonderer Vorteil empfunden, weil es allen tüchtigen Kräften freie Bahn eröffnet. Es hat aber auch seine Nachteile, indem es das Einströmen unerwünschter Elemente in den Beruf erleichtert und die Erringung günstiger Durchschnittsbedingungen für die Gesamtheit erschwert. Deswegen hat die im Jahre 1902 gegründete Vereinigung der Fachbeamten wirtschaftlicher Interessenvertretungen und sonstiger Berufsvolkswirte, der «Deutsche Volkswirtschaftliche Verband» mit dem Sitze in Berlin, diesen beiden Fragen ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt und Erfolge erzielt, die namentlich für die Anfänger von Wert sind. Die Notwendigkeit dieser organisatorischen Arbeit ist durch den Krieg verstärkt worden, einerseits durch die vorerwähnten Umstände, andererseits dadurch, daß in den Kriegsjahren zwei neue Fragen mehr in den Vordergrund getreten sind: die Studentenarbeit und die Frauenarbeit.

Wenn es auch unter den Studierenden der Staatswissenschaften genau wie in allen Fakultäten immer schon einzelne Studenten gegeben hat, die genötigt waren, einen Teil ihres Unterhalts durch Erwerbsarbeit zu bestreiten, so hat doch erst durch den gestiegenen Bedarf der Kriegszeit und durch das Hilfsdienstgesetz die Studentenarbeit einen solchen Umfang angenommen, daß sie als eine Berufsfrage von Bedeu-

tung anzusehen ist. Wahrscheinlich wird sie auch nach Friedensschluß in erheblichem Umfange bleiben. Denn bei den großen Opfern, die gerade die akademischen Kreise auf dem Felde der Ehre gebracht haben, wird Nachfrage nach älteren Studenten für einfachere Arbeit bleiben, und die so bald noch nicht endende Teuerung wird vielen Studierenden nahelegen, den nicht entsprechend gestiegenen Monatswechsel durch eigenen Erwerb aufzubessern. Solche Erwerbsarbeit kann für den angehenden Volkswirt von Nutzen sein, indem sie ihn rechtzeitig mit den Erfordernissen der Praxis bekannt macht, seine Selbständigkeit und den Ernst seines Studiums fördert. Sie kann aber auch schädlich wirken, wenn sie die Ausbildung stört und zu früh den Anfänger daran gewöhnt, seinen Beruf nur unter dem Gesichtspunkt des Geldverdienens anzusehen.

Dieses Bedenken ist um so ernster, als die letzten Jahre eine neue Erscheinung in unser akademisches Leben gebracht haben durch die Errichtung von wissenschaftlichen Anstalten aus Mitteln, die von großen Unternehmern bereit gestellt sind. Gegen die Verquickung von öffentlichen Lehreinrichtungen mit privaten Mitteln hat Professor Karl Bücher einen sehr eindringlichen Warnruf erhoben [4]) unter besonderer Bezugnahme auf das von Harms begründete Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel, auf die von Ehrenberg ausgehende Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung in Rostock, die Fachhochschulkurse von Adolf Weber in Breslau, das Institut für ostdeutsche Wirtschaft in Königsberg. Auch an andern Hochschulen sind ähnliche Bestrebungen aufgetaucht. Sie bringen naturgemäß die Gefahr mit sich, daß durch die (vielleicht unbewußte) Abhängigkeit von den Wünschen der Geldgeber die dort betriebene Wissenschaft ihr erstes Erfordernis, das der Voraussetzungslosigkeit, einbüßt und daß die Studierenden dort nicht so sehr die reine Wahrheit als eine Vorbereitung zu erfolgreicher Karriere suchen. Diese großen Institute wirken aber auch unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen der jungen Volkswirte ein, und zwar vorwiegend ungünstig. Sie erziehen nicht zu gründlicher wissenschaftlicher Arbeit, die nicht in erster Linie ihr Zweck ist, sondern zu einer arbeitsteiligen, mechanisierten Tätigkeit, die den Bedürfnissen der hinter dem Institut stehenden

[4]) In der Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, Tübingen 1917/18, 73. Jahrg., 3. Heft.

gewerblichen Kreise entspricht: Kontrolle von Veröffentlichungen, Uebersetzungen, kurze Nachrichten, Auskünfte, Zeitungsnotizen usw. sind die Hauptbeschäftigung der als Hilfsarbeiter angestellten Studenten und teilweise auch der bereits promovierten Assistenten. Diese mechanische Tätigkeit wirkt um so ungünstiger, als sie vielfach, besonders z. B. bei Harms in Kiel, sehr schlecht bezahlt wird. Auch über den Verkehrston in dem großen Kieler Institut gegenüber den wissenschaftlichen Mitarbeitern wird geklagt. Darin aber liegt die Hauptgefahr der Studentenarbeit für den volkswirtschaftlichen Beruf, daß durch sie die Gehälter sowie das gesamte soziale Niveau der jungen Berufstätigen herabgedrückt werden.

Aehnlich liegt es mit der Frauenfrage. Auch hier ist das stärkere Hineinströmen weiblicher Kräfte an sich kein Schaden. Die Entwicklung der Sozialpolitik wie der Frauenbewegung schafft eine große Zahl von Stellen, in denen weibliche Beamte, Leiterinnen, Geschäftsführerinnen, Sekretärinnen durchaus am Platze, vielfach auch besser geeignet sind als männliche Angestellte (Kinderfürsorge, Fabrikpflegerinnen, Wohnungsinspektorinnen, Lehrerinnen an Haushaltungs- und Fortbildungsschulen usw.). Es ist zu hoffen, daß die stärkere Einwirkung von volkswirtschaftlich gebildeten Frauen auf die Frauenbewegung und die politischen Angelegenheiten eine Entgleisung wieder gutmachen wird, der das Befreiungsstreben der Frau erlegen ist, indem es sich mit einer Herabsetzung der Hauswirtschaft verband und die Erwerbsarbeit über die häusliche Tätigkeit stellte; als ob Nähen, Spinnen, Weben, Tütenkleben in fremdem Dienste zum Gelderwerb nützlicher wäre als die gleiche Arbeit für die eigene Familie; als ob selbst höhere Tätigkeit wie Schulunterricht, Prozesse führen und dergleichen wertvoller wäre als die Erziehung der eigenen Kinder. Nichts könnte schlimmeres passieren als die Erfüllung des Verlangens, daß nur den berufstätigen, d. h. den für fremdes Geld arbeitenden Frauen politisches Stimmrecht und anderes Bürgerrecht verliehen würde. Denn damit würden wir die gegenwärtigen Zustände nicht verbessern. Was unserer Politik fehlt, ist gerade der Einfluß der Hausfrauen und der Mütter, der wichtigsten Frauenberufe, während die Erwerbsinteressen schon genug und übergenug von den Männern vertreten werden. Eine Aufgabe der Volkswirtin von höchster Bedeutung, die Lebensinter-

essen im wörtlichsten Sinne, d. h. die Rücksicht auf Gesundheit der Massen, auf das kommende Geschlecht zur Geltung zu bringen. Die Gefahr der Frauenarbeit liegt hier wie überall in der Möglichkeit einer Herabminderung der Leistung und einer Herabdrückung der Bezahlung. Denn bisher haben stets die Frauen einen neuen Beruf von unten herauf erobert, indem sie durch Billigkeit sich in die Stellungen schoben. welche die geringste Fachbildung beanspruchten [5]).

Schließlich ist auch noch des Eindringens von fremden Elementen in den Beruf zu gedenken, das immer schon bestand, aber im Kriege vielleicht eine Steigerung erfahren hat [6]). Weil es keine Vorschriften für die Vorbildung der Fachbeamten von Kammern, Vereinen und sonstigen volkswirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern gibt, weil kein fester Werdegang vorgeschrieben oder eingewöhnt ist – oder wenigstens bis vor einem Lustrum noch keine Ansätze dazu vorhanden waren — und die Anforderungen außerordentlich verschieden sind, war die Volkswirtschaft von jeher ein Feld, auf dem alle möglichen Kräfte sich mit mehr oder minder Glück betätigt haben; vor allem Juristen, aber auch vereinzelt: Kaufleute, Techniker, sozial gesinnte Theologen, Aerzte und Offiziere. Wenn auch aus den Kreisen dieser Außenseiter bedeutende Kräfte hervorgegangen sind und eine kastenmäßige Beschränkung des volkswirtschaftlichen Beamtentums sicher schädlich sein würde, so bedeutet anderseits dieser ungeregelte Zustrom eine Beeinträchtigung für das Fortkommen der berufsmäßig Vorgebildeten und erschwert die Lösung der verschiedenen Aufgaben, die ihre soziale Lage stellt. Von diesen seien drei kurz behandelt: die Ausbildung, die Arbeitsbeschaffung, die Existenzsicherung.

---

[5]) Hierzu teilt mir der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband mit, daß nach den Erfahrungen des von ihm geschaffenen »Zentralnachweises für Volkswirte und Juristen« bisher keine Unterbietungsversuche von volkswirtschaftlich oder juristisch gebildeten Frauen festgestellt werden konnten. Auch die »Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands«, die dem Deutschen Volkswirtschaftlichen Verband körperschaftlich angeschlossen ist, habe bisher eine solche Tendenz der nationalökonomischen Frauenarbeit nicht festgestellt. Eher könne man, bisher wenigstens sagen, daß die nationalökonomisch gebildete Frau einen gewissen Stolz darein setze, ihre Arbeitskraft nicht billiger anzubieten, als der männliche Mitbewerber.

[6]) Der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband hat nicht den Eindruck gewonnen, daß während des Krieges das Eindringen Berufsfremder eine wesentliche Steigerung erfahren hat; dagegen liegen Anzeichen vor, daß dies nach dem Kriege der Fall sein wird.

Ueber die beste Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten hat der Deutsche Volkswirtschaftliche Verband im zweiten Bande seiner »Schriften« [7]) reichhaltiges Material veröffentlicht. Auf seine Anregung hat auch der Verein für Sozialpolitik die Frage auf seiner Tagung zu Magdeburg im Herbst 1907 eingehend behandelt [8]). Dabei ist stets zu berücksichtigen, daß die Anforderungen an die verschiedenen Arten von Volkswirtschaftstätigkeit äußerst verschieden sind. Der Geschäftsführer einer Landwirtschaftskammer, eines industriellen Verbandes, eines handelspolitischen Werbevereins, der Parteisekretär, der Herausgeber eines Fachblattes, der Bankarchivar, der Genossenschaftsbeamte usw., sie alle müssen wesentlich andere Kenntnisse und Fähigkeiten haben, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Deswegen kann die Hochschule nur die allgemeinen Grundlagen geben. Im letzten Jahrzehnte sind die Bildungsgelegenheiten an den Universitäten, namentlich durch Errichtung von Seminaren und Fachbüchereien, sehr verbessert, auch verschiedenste andere Vorbildungs- und Fortbildungsstätten geschaffen worden. Aber ausreichend ist das noch nicht. Die Erfahrungen des Krieges werden eine Erweiterung nötig machen. Zudem werden gerade die Rechtsgebiete, die der Volkswirt braucht, von den juristischen Fakultäten am wenigsten gepflegt: so vor allem das Arbeitsrecht.

Auch die praktische Ausbildung ist noch völlig ungeregelt. Nur bei einzelnen Gruppen, so besonders an den Handelskammern, hat sich der Brauch einer unbesoldeten Lehr- und Probezeit eingebürgert. Diese ist sehr zu begrüßen. Denn es wird dem jungen Nationalökonomen von Segen sein, wenn er zunächst ein Jahr lang nicht nach Geld sondern nach Erfahrungen und Kenntnissen, nach Fertigkeit und Gewandtheit trachtet. Meines Erachtens wäre es das allerbeste, wenn der neugebackene Dr. rer. publ. alle sozialen Vorurteile ablegte, rechtzeitig Stenographie und Schreibmaschine zu beherrschen lernte und sich dann zunächst als Schreiber, im Sinne eines Privatsekretärs, einer »rechten Hand«, in die Dienste eines

---

[7]) »Die Vorbildung für den Beruf der volkswirtschaftlichen Fachbeamten«, Berlin 1907.

[8]) Verhandlungen in Band 125 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Leipzig 1908.

tüchtigen älteren Kollegen stellte. Dabei würde er wahrscheinlich mehr lernen als in der üblichen Volontärtätigkeit [9]).

Die Lehrzeit wird auch hindern, daß ein Volkswirt sich in einem Berufe festsetzt, der für ihn nicht paßt, oder daß er sich auf eine Richtung festlegt, die seinen eigenen Ueberzeugungen nicht entspricht. Das eine ist so wichtig wie das andere. Es ist zweifellos, daß viele mit ganz falschen Voraussetzungen in den Beruf des ausübenden Volkswirtes eintreten. Dieser verlangt nicht nur eine besondere Veranlagung: einen hohen Grad von schriftstellerischer und rednerischer Gewandtheit, Organisationstalent, Raschheit der Auffassung und des Arbeitens, nicht nur eine besondere Bildung, theoretische und praktische Kenntnisse auf den verschiedensten Gebieten, eine dauernde Fortbildung neben der Berufsarbeit, sondern auch ein hohes Maß von Arbeitsfreudigkeit, Ausdauer und Verständnis für die Aufgaben des Berufes. Nur Leute, die alle diese Eigenschaften in sich vereinigen, können als praktische Nationalökonomen wirklich Ersprießliches leisten und auch vorwärtskommen.

Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ist eine der Hauptaufgaben des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes gewesen. Er hat im Laufe der Jahre einen einflußreichen Stellennachweis geschaffen und ihn im Kriege ausgebaut zu einem »Zentralnachweis für Volkswirte und Juristen«. Alle Zentralbehörden des Reichs und der Bundesstaaten haben die nachgeordneten Stellen angewiesen, sich dieses Zentralnachweises zur Beschaffung von Mitarbeitern oder Ersatzkräften zu bedienen. Es ist gelungen, dem Volkswirte Eingang bei jeder Art von Behörden zu verschaffen. Damit in Verbindung steht die Tätigkeit des Verbandes, den im Heeresdienst befindlichen gv. oder av. Volkswirten und Juristen, die bei der Truppe mit Schreiberdiensten und mechanischen Handarbeiten beschäftigt sind, Abkommandierungen zu fachberuflicher Tätigkeit zu vermitteln. Das wird sicher in den Frieden hinüberwirken und das Arbeitsfeld der Nationalökonomen erweitern. Das Arbeitsgebiet des praktischen Volkswirtes habe ich in einem Aufsatze von 1909 nach folgendem Schema geschildert und erläutert [10]):

---

[9]) Vergleiche meinen Aufsatz: »Der Herr Assistent mit der Schreibmaschine« in Jahrgang III, Heft 1 der Volkswirtschaftlichen Blätter, Berlin 1904.

[10]) »Der praktische Volkswirt und sein Arbeitsgebiet«, im Volkswirtschaft-

I. Wirtschaftliche Interessenvertretungen:

1. amtliche oder halbamtliche Kammern:

a) Handelskammern: 151 Kammern mit der nichtamtlichen Zentralstelle: Deutscher Industrie- und Handelstag,

b) Detailistenkammern: bisher 2 Kammern,

c) Handwerkskammern (Gewerbekammern): 72 mit der nichtamtlichen Zentralstelle: Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag,

d) Landwirtschaftskammern,

e) künftige Arbeitskammern.

2. Freie Vereine:

a) allgemeine Zentralverbände,

b) allgemeine Lokalverbände,

c) Fachverbände,

d) Zweckverbände.

3. Rein geschäftliche Organisationen:

a) Genossenschaften der Landwirte, Handwerker usw.

b) Konsumvereine,

c) Kartelle, Syndikate, Ringe und Konventionen,

d) Abnehmerverbände und Einkaufsvereinigungen.

4. Soziale Wirtschaftsverbände:

a) Arbeitgeberverbände,

b) Arbeiterverbände (Gewerkschaften) mit Gewerkschaftskartellen,

c) Verbände der Angestellten (Privatbeamten),

d) Verbände der öffentlichen Beamten.

II. Soziale Organisationen.

1. Gemeinnützige sozialpolitische Vereine,

2. Wohlfahrtsvereine, besonders für

a) Armenpflege,

b) Arbeiterfragen,

c) Wohnungswesen,

---

lichen Handbuch, Band I der Schriften des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes, Berlin 1909 (auch Sonderabdruck). — Vergleiche auch H. E. Krüger, »Der Beruf des praktischen Volkswirts, seine Entstehung und seine Lage«, in Schmollers »Jahrbuch«, 31. Band, 3. Heft, Berlin 1907 (auch als Sonderabdruck).

d) Bekämpfung der Volkskrankheiten und des Alkoholismus.
3. Staatliche Arbeiterversicherung, Kassen, Auskunftstellen.
4. Arbeitsnachweisverbände.
5. Verschiedene gemeinnützige Vereinigungen (z. B. Verkehrsvereine).

III. Politik: Parteisekretäre.

IV. Staatsdienst:
1. Statistische Aemter,
2. Gewerbeaufsicht,
3. Wohnungsaufsicht,
4. Versicherungswesen,
5. Rechtspflege,
6. Ministerien und Reichsämter,
7. landwirtschaftliche und Handelssachverständige im Auslande, Konsulatsdienst.

V. Gemeindedienst:
1. Statistische Aemter,
2. Beigeordnete, Bürgermeister usw.

VI. Privatunternehmung:
Statistische Büros, Archive, Wohlfahrtseinrichtungen (Sozialdirektor), Versicherungswesen, Auslandsreisende.

VII. Wissenschaft:
1. Gelehrter,
2. Lehrer an Mittel- und Unterschulen,
3. Organisator wissenschaftlicher Einrichtungen und Unternehmungen. Verwalter von Büchereien und Archiven.

VIII. Schriftstellerei.

IX. Privatsekretär.

Neben die Beschaffung einer Arbeitsgelegenheit tritt die Fürsorge für angemessene Arbeitsbedingungen, besonders für genügende Entlohnung. Der D. V. V. wirkt bei der Stellenvermittlung nachdrücklich auf auskömmliche Anfangsgehälter hin. Die zunächst für den Krieg aufgestellten Richtlinien besagen, daß, »Stellungen unter 300 Mark monatlich, insbesondere von unbestimmter Zeitdauer bei Behörden zu

vermeiden« sind; »unentgeltliche Arbeit nur für Wohlfahrtsorganisationen ohne genügende Mittel« angemessen ist; beträchtlichere Teuerungszulagen als die der höheren Reichs- und Staatsbeamten notwendig sind, weil in dem freien volkswirtschaftlichen Berufe nicht die Alters- und Hinterbliebenenversorgung jener herrscht. Erfolgreich war auch die Wirksamkeit bei den Heeresverwaltungen und den übrigen Zentralstellen im Hinblick auf Rang und Gehalt der dort beschäftigten Volkswirte. Ein dankbares Feld für den Verband wird die angemessene Regelung der Arbeits- und Einkommensbedingungen bei manchen wissenschaftlichen Instituten sein, eine Frage, die im Zusammenhang mit der Studentenarbeit schon berührt ist. Schließlich ist auch von Wichtigkeit die Vermittlung von literarischer Arbeit und Vorträgen, die der D. V. V. organisiert hat. Auch hier ist noch viel zu tun, denn die Honorare sind meist durchaus nicht entsprechend. Und in der Kriegszeit haben viele Zeitungen die Bezahlung der geistigen Arbeit herabgesetzt mit der Begründung, daß alle materielle Arbeit teurer bezahlt werden müsse.

Die Sicherung der Zukunft hat im letzten Jahrzehnte eine wesentliche Besserung erfahren durch das Versicherungsgesetz für Angestellte, dem auch die volkswirtschaftlichen Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 5000 Mark zwangsweise unterstehen, ferner durch die allmähliche Gewöhnung der privaten Arbeitgeber und der Organisationen an die Pflicht einer Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für ihre Beamten. Eine Ergänzung finden diese Einrichtungen durch die Vergünstigungsverträge, die der D. V. V. mit verschiedenen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen hat, wie durch seine Unterstützungskasse.

Die ökonomische Umschichtung im Kriege*).

Von

EMIL LEDERER.

(Schluß).

B. Die Industrie.

Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in der industriellen Produktion gestattet nicht eine auch nur oberflächliche schematische Skizzierung der Veränderungen, wie sie im vorhergehenden Teil dieser Abhandlung für die Landwirtschaft gegeben wurde. Eine weitere Erschwerung bildet der Mangel einer Produktionsstatistik für Friedenszeiten sowohl als auch das Fehlen irgendwelcher Daten für die Erzeugungsmengen in Kriegszeiten. Bloß für den Bergbau und die Hüttenindustrie liegen einige Angaben vor. Die letzten zur Verfügung stehenden Daten geben leider keine Produktionsmengen an, welche für die ersten zwei Kriegsjahre noch mitgeteilt wurden. Im Jahre 1917 ist gegenüber 1916 die Produktion zurückgegangen, die Kosten sind gestiegen, ebenso die Preise [1]).

Diese Anpassung der Preise an die Kosten war möglich, trotzdem vorweg entsprechend große Beträge für Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt werden mußten. Es konnten auch im Jahre 1916 Rekordgewinne erzielt, also alle Sondersteuern überwälzt werden; dabei wurden die offenen Abschreibungen und Rück-

*) Die Drucklegung dieser Abhandlung erfolgt sehr verzögert; der hier vorliegende Teil wurde im Winter 1917/18 niedergeschrieben. Er sollte die durch den Krieg eingetretenen Verschiebungen in der Kaufkraft und die Konsequenzen dieser Entwicklung erfassen. Der katastrophale Zusammenbruch der deutschen Armeen hat dann alle Berechnungsgrundlagen für die Industriewerte, in Kriegswie in Friedenskonjunktur, verschoben. Dadurch ist die hier festgestellte ökonomische Ueberlegenheit der Landwirtschaft noch wesentlich gesteigert worden.

[1]) Nach der Frankfurter Zeitung, 23. XII. 1917, erstes Morgenblatt.

Die Betriebsergebnisse der »Schweren Industrie« gehen aus folgender Tabelle hervor (alles in Millionen ℳ).

Grundkapital	Abschreibungen und Rückstellungen von Reingewinn				Reingewinn ohne Vortrag				Dividende in %				Dividende in absol. Betrag				Rückstellungen aus Gewinn einschließl. Vortragserhöhung			
	1913/14	14/15	15/16	16/17	13	14	15	16	13	14	15	16	13	14	15	16	13	14	15	16
I. Gemischte Werke. a) Rheinisch-westfälische Gruppe																				
748,5	82,8	91,6	157	166	101	129	156	176	10,7	9,6	12,9	13,7	68	65	93	102	32	67	53	64
b) südwestdeutsche Gruppe																				
258	28	28	38	52	22	1	22	31	2,7	7,7	7,7	10,2	7	3,5	20	26,5	1,3	1,4	15	5,8
c) oberschlesische Gruppe																				
166	17,3	16	20	25	15	9.8	24	33	6,7	5,0	10,5	13	10,8	8	17,4	21,7	2,8	0,7	5,5	10,3
II. Kohlenwerke																				
273	28	23	27,7	31	41	26	36	45,7	12,8	8,9	12,2	14,4	34,2	23,8	32,7	38,5	3,8	1,2	1,8	2,8
III. Eisen- und Stahlwerke																				
215	28,2	22,6	44	73,2	23,3	26,7	54,3	66,5	7,7	9,5	16,2	18,6	16,6	20,5	34,7	39,9	4,2	3,4	16,7	18,3
Gesamtsumme																				
1661	181,3	182,6	288	349	203,8	191,5	292,5	353,4	8,2	7,3	11,9	13,9	136,8	121,2	197,8	229,2	56,1	74,2	97,3	101,8

stellungen sehr erhöht, und es wurden auch große innere Reserven geschaffen. — Die Ziffern geben nicht durchwegs ein anschauliches Bild, sondern stellen Minima dar; z. B. ist bei Krupp die Dividende von 12 auf 10% herabgesetzt worden trotz höheren Bruttogewinns. Es sind insbesondere die Auslagen für Wohlfahrtseinrichtungen erheblich gewachsen und die Steuerrücklagen reichlichst dotiert worden. —

Die kapitalkräftigsten großen gemischten Werke der rheinisch-westfälischen Gruppe konnten also die Abschreibungen um ca. 100%, und den Reingewinn um ca. 70% im Kriege erhöhen. Die Dividende hingegen wurde nur um 20—30% gesteigert. In dieser rheinisch-westfälischen Gruppe betrugen die Abschreibungen in den drei Kriegsjahren 415 Millionen M., das sind mehr als 55% des Grundkapitals, so daß mit Einrechnung des Jahres 1917 sicherlich 70—75% des Grundkapitals seit 1914 abgeschrieben oder zurückgestellt sein werden. — Auch in der Gesamtsumme sind die Abschreibungen und Rückstellungen außerordentlich beträchtlich: 1914—1916 betrugen sie in allen Werken: 820 Millionen M.: ca. 50% des Grundkapitals. In vielen Werken, und zwar sowohl in den gemischten, wie in den Eisen- und Stahlwerken, wurde die Dividende verdoppelt und verdreifacht, im Durchschnitt aller Werke 1914 auf 1916 nahezu verdoppelt. Wenn man Abschreibungen und Rückstellungen im Jahre 1915 und 1916 ebenso hoch bemessen hätte, als 1913 und 1914, so wäre eine Erhöhung der Dividendensumme im Jahre 1915 um 50%, im Jahre 1916 um 74% möglich gewesen. Es wäre also in diesem Fall möglich gewesen, die Dividende auf mehr als das Dreifache der letzten Friedensjahre zu steigern. Rechnet man vollends die Rückstellungen aus dem Gewinn einschließlich Vortrags e r h ö h u n g hinzu, so wäre es möglich gewesen, im Jahre 1915 im Durchschnitt zu verteilen: 106 + 197,8 + 79,3 = 383 Millionen M. = 23%; im Jahre 1916: 167 + 229,2 + 101,8 = 498 Millionen M. = 30%, gegenüber 8,2% und 7,3% in den Jahren 1913 und 1914. Das hätte also einer Vervierfachung der Dividende entsprochen. (Diese Größe ist von Wert, um zu ermessen, was sich an flüssigen Mitteln ansammelt, wobei allerdings die Kriegsgewinnsteuer wieder abzuziehen ist — und um den Vergleich zur Landwirtschaft ziehen zu können. Wenngleich nun hohe Abschreibungen besonders berechtigt sind,

und in den Gesamtbeträgen der einströmenden Geldsummen rückgelöstes Kapital steckt, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Einkommen aus dem Besitz und Betrieb dieser Betriebe außerordentlich gewachsen sind, weit mehr, als man nach den Dividendensteigerungen annehmen sollte.

Diese Steigerungen im Reingewinn mögen nur vorübergehend sein. Sie bringen sich aber bei manchen Werken, insbesondere Kohlenwerken, auch in der Bewertung des ganzen Werkes zum Ausdruck, was zum großen Teil auf das Bestreben der weiter verarbeitenden Industrie zurückgeht, sich in ein gemischtes Werk umzuwandeln [2]). Diese Fusionen — überhaupt die Signatur der Kriegswirtschaft — haben allmählich zu immer ausgedehnteren Kombinationen geführt, welche die Preispolitik nach dem Kriege bestimmen dürften. Hierbei ist es noch zweifelhaft, ob die Entwicklung mehr zum Trust, als zum Kartell hinstrebt. Die Kriegswirtschaft zeigt, daß die Kartellierung ein Hemmnis für die Fusionierung ist, so daß man über das Zwischenglied des Kartells möglicherweise dem Trust sich nähert. Gerade in der schweren Industrie ist eine solche Entwicklung anscheinend schon im Gange.

Die erwähnten hohen Verkaufssummen für Kohlenwerke hängen aber wahrscheinlich nicht bloß mit der Tendenz zum gemischten Betrieb zusammen, der eine günstige Marktlage für den Verkauf reiner Zechen schafft, sondern wahrscheinlich auch mit den Veränderungen in der Rentabilität der reinen Zechen. Diese scheint sich wesentlich gesteigert zu haben. Schon die oben angeführten Dividendenziffern deuten darauf hin, wenngleich die Besserung im Ausmaß hinter den Ertragssteigerungen anderer Industrien weit zurückbleibt. Die Verkaufspreise für Kohlen haben sich während des Krieges wesentlich gesteigert. Es betrugen die Richtpreise des rheinisch-westfälischen Syndikats im Jahre 1913 zwischen 12 und 13 M. per Tonne, je nach Qualität [3]). Während des Krieges erfolgten dann mehrere Steigerungen für Kohle, welche bis zum 1. X. 1917 zusammengenommen für Kohle 9 M. betrugen, also eine Erhöhung um ca. 75% [4]). Eine Tonne Salonbriketts kosteten frei Waggon inkl. Wiegen März 1914:

---

[2]) Vgl. Frankfurter Zeitung, 29. XII. 1917. Abendblatt Nr. 359.
[3]) Bergarbeiterzeitung, 24. XI. 1917.
[4]) Ebenda, 8. XII. 1917.

13,40 M., März 1917: 18,80 M., Oktober 1917: 23,40 M.[5]), das ist eine Steigerung um nahezu 75%. Die Erhöhung der Löhne betrug in dem gleichen Zeitraum im Ruhrrevier für eigentliche Bergarbeiter: 61,6%, für »sonstige Bergarbeiter«: 47,3%, für erwachsene Uebertagsarbeiter: 45,8%. (Späterhin sollte der Lohn im Ruhrrevier noch weiter hinaufgesetzt werden.) Die Steigerung des Lohnes bleibt also relativ hinter der der Kohlenpreise zurück. Dazu kommt noch, daß seit geraumer Zeit die für Bezahlung von Ausfuhrprämien eingehobene Syndikatsumlage von den Werken nicht mehr bezahlt zu werden braucht, da ja nunmehr ein billiger Verkauf nach dem Auslande nicht mehr in Frage kommt. Die wachsende Rentabilität des Kohlenbergbaus ist auch aus dem letzten preußischen Etat zu ersehen. Die Ueberschüsse des staatlichen Kohlenbergbaus für 1917 »übertrafen die kühnsten Erwartungen«[6]). Es stiegen die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1917 um ca. 11 Millionen M. (gegenüber einem Voranschlag von 22⅓ Millionen M.), also um 49% gegenüber dem Voranschlag. Gegenüber dem Voranschlag von 1916 betrug die Steigerung: 62%. Diese Erhöhung trat ein, trotzdem die Preise lediglich mit Rücksicht auf die gestiegenen Selbstkosten hinaufgesetzt wurden. Die Schätzung der Selbstkosten läßt eben jeweils erheblichen Spielraum für Mehrgewinn, weil stets die ungünstigste Möglichkeit zugrunde gelegt wird und die Ersparnis an Selbstkosten nicht in Betracht gezogen wird, welche infolge der Kombinierung mehrerer Produktionszweige gegeben ist. Da die privaten Betriebe meist mit höherer Rentabilität arbeiten, so sind die Steigerungen der Reinerträge dort wahrscheinlich noch bedeutend größer[7]).

Bei den übrigen Industrien fehlt auch diese summarische Berichterstattung, welche wir für die Kohlen- und Eisen-

---

[5]) Letzte Ziffer nach den Steigerungssätzen des Kohlensyndikats berechnet. Bergknappe, 8. XII. und Bergarbeiterzeitung, 8. XII. 1917.

[6]) Berliner Tageblatt, 17. I. 1918, Abendblatt, Handelsteil. Späterhin ist dann ein etwas abweichendes Urteil geäußert worden. Die hier genannten Ziffern aber wurden m. W. nicht dementiert.

[7]) Die Lohnbewegung nach Abschluß des Waffenstillstandes hat alle Kalkulationen über den Haufen geworfen. Es wurden Preissteigerungen für Kohle in Aussicht gestellt, welche größer sind als alle während des Krieges vorgenommenen Erhöhungen der Preise. Damit ist aber die ganze Bewertung ins Wanken gekommen und die Grundlage für ein Preisniveau geschaffen, welche das des Jahres 1917/8 noch weitaus übertreffen würde.

industrie besitzen. — Wir wissen nur, daß immer mehr Industrien zu »Kriegsindustrien« geworden sind, darunter auch solche, welche ursprünglich, zu Kriegsbeginn, schwere Schädigungen erlitten. So ist die Kaliindustrie in der Lage gewesen, ihren Absatz zu steigern. Seitdem nicht mehr bloß die Landwirtschaft, sondern auch die chemische Industrie in großem Umfang ihr Abnehmer geworden ist, rühren ihre Schwierigkeiten mehr aus der Arbeiterfrage als von der Marktlage her. Auch die Zementindustrie wird von der Heeresverwaltung in großem Umfang und ausreichend beschäftigt. Das anfangs darniederliegende Hotelgewerbe hat, besonders in den großen Städten, eine wachsende Konjunktur. In den Bierbrauereien sind Ersatzproduktionen aufgenommen worden. Der allseits drängende Hunger nach Waren und die Abnützung aller wirtschaftlichen Substanz erklärt, daß keine produktive Kraft wirklich zu feiern braucht.

In den meisten Produktionen haben die Rohstoffe — soweit man von einer durchschnittlichen Entwicklung sprechen kann — die stärksten Steigerungen erfahren; so bis auf das 5- und 10-Fache; die Löhne sind weitaus langsamer gestiegen, die Produktpreise gestatten meist trotz verringerter Erzeugung steigenden Gewinn. Ganz wahllos seien hiefür zunächst einige Ziffern für Betriebe aus einigen Industrien angeführt [8]).

(Siehe Tabellen S. 436, 437 und 438.)

Diese Daten, welche sowohl alte, gutfundierte, wie neue Unternehmungen von geringerer Kapitalkraft betreffen, zeigen, daß die meisten Unternehmungen weitaus höhere Gewinne auszuschütten imstande waren, als in Friedenszeiten. Dabei sind die Abschreibungen fast in allen Gesellschaften sehr reichlich bemessen worden, so daß der innere Status gekräftigt ist. Es wurde darauf verzichtet, diese Abschreibungen in der Tabelle mit aufzuführen, weil die Grundsätze für ihre Bemessung zu sehr voneinander differieren. Auch zeigt sich, daß der Umfang der Kriegskonjunktur ziemlich groß ist; auch die Textil-

---

[8]) Leider besitzen wir in Deutschland nicht eine geregelte Bilanzstatistik, wie z. B. in Oesterreich im Kompaß. Da es mir unmöglich war, nach Salings Börsenhandbuch Durchschnitte für einzelne Industrien zu berechnen, so seien nur einige Ziffern größerer Unternehmungen zur Illustration angeführt. Auch würde selbst der jüngste Jahrgang des erwähnten Handbuchs nicht die neuesten Daten vermitteln können.

	Reingewinn letztes Friedensjahr in Millionen M.	Reingewinn letztes Kriegsjahr in Millionen M.	Dividende letztes Friedensjahr %	Dividende letztes Kriegsjahr %
Daimlerwerke [9])	2,7	7,3	14	35
Benz u. Cie.	5,2	15,2	12	20
Horch u. Cie.	0,5	0,8	15	15
Hansa Lloyd	0,5	2,3	6	12
Metall ges. Frankfurt a. M.		7,0		25
Augsburg-Nürnberger Maschinenfabrik [10])		7,4	8	18
Hannoversche Maschinenbau A.-G. [11])		5,7	20	30
Schultheißbrauerei [12])		3,6	12	16
Siemens u. Halske A.-G.	9,9	11,6	10	12
Siemens-Schuckert G. m.b. H.	11	15,5	7½	10
E. A. G. vorm. Schuckert [13])	4,822	5,903	6½	8
Frd. Andr. Perthes (Gotha) [14])		0,03	6	4
Schrammsche Lack- und Farbwarenfabrik, Offenbach [15])	0,237	0,399	15	18
Elektr. Licht- und Kraftanlagen A.-G., Berlin [16])	1,693	1,644	5	5
Elefantenbräu, Worms [17])		0,3	5	6
Zuckerfabrik Stuttgart A.-G.[18])		0,7	20	25

---

[9]) Berliner Tageblatt, 23. XI. 1917. Die Daimlerwerke haben ihren ganzen Betrieb abgeschrieben, so noch 1916 ca. 12 Millionen M. (Berliner Tageblatt, 26. XI. 1917.) Einen ziemlich mißglückten Versuch, die Lage der Automobilindustrie als bedrohlich hinzustellen. (»Ernst und mit schweren Sorgen sehen die leitenden Männer der Automobilindustrie der Zukunft entgegen.«) Publiziert das Berliner Tageblatt, 28. XI. 1917, Abendblatt.

[10]) Berliner Tageblatt, 19. XI. 1917, Abendblatt.

[11]) Die Gesellschaft hatte bei einem Kapital von 8 Millionen M. einen Betriebsüberschuß von 14,5 Millionen M. (im Vorjahr 12,16 Millionen); einen Umsatz von 67,7 (51,3) Millionen M. und einen Reinüberschuß von 5,7 (6,043) Millionen M. Der Reinüberschuß hätte also die Verteilung einer Dividende von 70 % ermöglicht. Von dem Gewinn sind (im Gegensatz zur Bilanzierungsmethode des Vorjahrs) die Zuweisungen an Angestellte bereits abgezogen. (Berliner Tageblatt, 20. XI. 1917, Morgenblatt.)

[12]) Berliner Tageblatt, 20. XI. 1917, Morgenblatt. Im laufenden Geschäftsjahr konnte dieselbe Dividende wie im Vorjahr bezahlt werden. Wenn trotzdem lediglich 15,71% des Friedensbedarfs an Gerste zugewiesen werden konnten, sanken die Einnahmen lediglich von 19 auf 16,3 Millionen M. im laufenden Jahr. Da auch die Unkosten erheblich zurückgingen, war der Ueberschuß ziemlich gleich dem des Vorjahres (ca. 3,7 Millionen M.); ⅔ des Reingewinns wurde für Dividende verwendet.

[13]) Die Daten für diese drei Elektrizitätsformen nach der Frankfurter Zeitung, 24. XII. 1917 Abendblatt.

[14]) Frankfurter Zeitung, 22. XII. 1917, Abendblatt.

[15]) Ein kleineres Unternehmen mit 1 250 000 M. Aktienkapital. Solche

Name der Gesellschaft	Aktien-kapital in Mill. M.	Dividenden in %: letztes Friedensjahr (1913/4 oder 1913)	1916	Rein-gewinn 1916 in Mill. M.
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlsruhe	30	20	30	12,6
Ludwig Löwe u. Cie.	10	18	32	3,7
Nürnberger Metall- und Lackierwarenfabrik vorm. Gebr. Bing A.-G., Nürnberg	6,7	12	20	3,3
Deutsche Gußstahl-Kugel- und Maschinenfabrik, A.-G.	5	12	25	2,8
Bernburger Maschinenfabrik Alfeld a/Leine	2,4	0	8	0,2
Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik A.-G.	12	4	10	2,1
Mannesmann Aachen	3	10	15	0,5
Eisenhütte Silesia	10	8	18	2,2
Gebr. Körting A.-G., Linden-Hannover	19	8	10	2,2
Deutsche Maschinenfabrik Duisburg A.-G.	14	8	12	2,4
Kronprinz A.-G. für Metallindustrie	5,6		15	3,8
Aktienweberei [18a]) R. Schwarz u. Cie., Grefrath (Crefeld)	1,3	4	15 (10)	0,3
Baumwollspinnerei Kolbermoor [19])	2,0	9	9	0,4

Bilanzen sind für kleinere Betriebe während des Krieges typisch — ein Zeichen dafür, daß gerade kleinere Unternehmungen eine sehr gute Konjunktur hatten.

[16]) Ebenda, 20. XII. 1917, erstes Morgenblatt.

[17]) Frankfurter Zeitung, 23. XII. 1917, zweites Morgenblatt. Dieses Ergebnis wurde bei zurückgehendem Bierabsatz erzielt. — Die Einnahmen gingen um 33 % zurück, und trotzdem stieg infolge rasch sinkender Kosten der Gewinn. Ebenda ein Bericht über 8 kleinere Brauereien, welche 1916/7 dieselben, teilweise höhere, Dividenden verteilen als im Vorjahr bei durchwegs stark zurückgehender Erzeugung. Die Frankfurter Zeitung vom 22. XII. 1917, zweites Morgenblatt, enthält weiters Berichte über 10 andere Brauereien, welche größtenteils d i e s e l b e Dividende verteilen, und die z. T. überhaupt erst jetzt zur Dividendenzahlung übergehen konnten, während sie früher dividendenlos waren.

[18]) Frankfurter Zeitung, 19. XII. 1917, erstes Morgenblatt.

[18a]) Das Kapital von 5 600 000 M. wurde 1917 verdoppelt; die Einzahlung auf die neuen Aktien erfolgte 1917 zu 40 % aus dem Reingewinn. Der Rest sollte aus den Gewinnen der nächsten Jahre bezahlt werden. Solange die Einzahlung nicht durchgeführt, soll die Dividende (an welcher auch die neuen Aktien teilnehmen) auf 15 % beschränkt werden.

[19]) Deutsche Tageszeitung, 29. I. 1918.

Name der Gesellschaft	Aktienkapital in Mill. M.	Dividenden in % letztes Friedensjahr (1913/4 oder 1913)	1916	Reingewinn 1916 in Mill. M.
Deutsche Erdöltank-A.-G.	30,7	17	25	14 2
Waggonfabrik A.-G. [20]) vorm. Busch	4,0	20	25 (22½)	1,7
Hanseatische Jutespinnerei unb Weberei in Delmenhorst [21])	1,5	20	15 (10)	0,2
Leipziger Baumwollspinnerei A.-G. [21])	3,0	15	16	0,7
A.-G. für Bauausführungen in Berlin [22])	3,5	5	12 (12)	0,4
Vulcan, Hamburg-Stettin	15,0	0	8 (8)	1,4
Kammgarn-Spinnerei in Gautzsch bei Leipzig [22])	1,3	4	8 (5)	0,07
Voigtl. Tüllfabrik A.-G., Plauen	2,5	10	22 (16)	0,8
Celler Lederwerke [23])	1,3	6	20	1,1

industrie, Papierindustrie usw. ist hieher zu rechnen, soweit sie überhaupt tätig.

Interessant sind auch die Abschlußziffern der Kruppschen Werke für 1916/7 [24]). Der Betriebsüberschuß betrug 1913/4 54 Millionen M., wobei vorweg 21 Millionen M. für Abschreibungen verwendet wurden; insgesamt also ein Ueberschuß von 75 Millionen M. bei 180 Millionen Aktienkapital; im Jahre 1916 betrug der Betriebsüberschuß 89 Millionen M., nachdem vorweg 83 400 000 M. für Abschreibungen verwendet wurden, zusammen also: 172 400 000 M. Auf das Anlagekapital bezogen beträgt der Gesamt überschuß (einschließlich Abschreibungen) demnach 1913/4: 41%, 1916/7: 95%. Allerdings ist die Dividende von 12% im Jahre 1915/6 auf 10% im Jahre 1916/7 herabgesetzt worden. Wenngleich also hier die Dividende bedeutend niedriger gehalten ist (was sich daraus erklärt, daß wir es hier mit einer Familienaktiengesellschaft zu tun haben), als in den übrigen Munitionsbetrieben, so zeigen die Bilanzziffern im einzelnen die außerordentlich hohe Rentabilität der Rüstungsindustrie.

[20]) Lokalanzeiger, 29. I. 1918, erstes Morgenblatt.
[21]) Frankfurter Zeitung, 30. I. 1918, zweites Morgenblatt.
[22]) Frankfurter Zeitung, 23. I. 1918, zweites Morgenblatt.
[23]) Frankfurter Zeitung, 24. I. 1918, zweites Morgenblatt.
[24]) Frankfurter Zeitung, 19. XII. 1917, zweites Morgenblatt und Abendblatt.

Als weiteres Beispiel dafür sei auf die Bilanz der neu gegründeten Munitionswerke Germania A.-G. in Hamburg hingewiesen [25]). Trotzdem es sich um einen relativ kleinen Betrieb handelt, der also sicherlich nicht so rationell wie die großen Unternehmungen arbeiten kann — das Aktienkapital beträgt 1 200 000 M. —, wurden für das erste halbe Jahr, welches als Geschäftsjahr gilt, 14% Dividende vorgeschlagen. Der Reingewinn beträgt in diesem ersten Halbjahr: 277 000 M., nach Abschreibungen von 202 000 M. Der Reinüberschuß beträgt daher im ersten Halbjahr genau die Hälfte des Aktienkapitals. Solche Unternehmungen bilden eine Parallele zu den landwirtschaftlichen Betrieben, deren Erträgnisse ebenso hoch sind als der Kaufpreis des ganzen Betriebs vor dem Kriege.

Für die Beurteilung der industriellen Gesamtlage ist nun wesentlich, wie groß der Anteil der speziellen Rüstungsbetriebe an der Gesamtindustrie ist; eine solche Aussonderung ist nicht leicht, da zahlreiche Industrien, welche zunächst, im Jahre 1914/15 nicht für Heereszwecke herangezogen wurden, allmählich in größerem Umfang als Rüstungsbetriebe zu betrachten sind (z. B. die ganze noch im Betrieb befindliche Textilindustrie, ein großer Teil des Baugewerbes für Erweiterungsbauten der Rüstungsbetriebe, Tabakindustrie usw.).

Zur Rüstungsindustrie im engeren Sinn können die Betriebe von 20 Berufsgenossenschaften, und zwar Bergbau, Hütten- und Walzwerke, Eisen und Stahl, Maschinen, Feinmechanik, chemische Industrie, Leder, Nahrungsmittelindustrie, Zucker, Fleischerei, Schmiederei gerechnet werden. Zahlreiche andere Gewerbe haben eine ebenso hohe Rentabilität. Diese 20 Berufsgenossenschaften umfassen 1915: 3 326 000 versicherte Personen (»Vollarbeiter«), das sind 44% der überhaupt Berufstätigen (7 547 000 in 68 Berufsgenossenschaften); dieses für 1915 festgestellte Verhältnis hat sich zweifelsohne noch sehr erheblich verschoben. Die Kriegsbetriebe beschäftigen einen wachsenden Anteil der Arbeiterschaft. Das Hilfsdienstgesetz, die Stillegung von Betrieben, um Kohlen zu ersparen, und die Attraktionskraft der Rüstungsindustrie mit ihren höheren Löhnen wirken alle in derselben Richtung, und zwar dahin, daß ein relativ immer größerer Teil der gesamten gewerblichen Erzeugung »Kriegs-

[25]) Berliner Tageblatt, 20. XI. 1917, Morgenblatt.

industrie« ist, also eine höhere Rentabilität genießt. Allerdings geht diese Steigerung des Profits der arbeitenden Unternehmungen parallel mit einer Verringerung in der Anzahl der überhaupt arbeitenden Betriebe. Ueber den Umfang der Stilllegungen sind wir bisher noch nicht unterrichtet. Da aber unter dem Einfluß der Kohlen- und Transportfrage die Rationalität des Betriebs in der ganzen Industrie restlos angestrebt wird, so ist die Zusammenlegung bereits außerordentlich weit gediehen — z. B. in der Leder- und Textilindustrie, im Brennerei-, im Holzgewerbe, in der Brauindustrie u. a. m. Das ist eine Entwicklungstendenz, welche in der Landwirtschaft naturgemäß nicht vorhanden ist. Es bedeutet die Orientierung, bzw. Umorientierung der gesamten Industrie nach optimalen Standortsbedingungen, allerdings Standortsbedingungen der Kriegswirtschaft, welche hinsichtlich der Frachtlage, des Arbeitsmarktes und des Konsumortes mit den Standortsbedingungen der Friedenszeit natürlich durchaus nicht zusammenfallen [26].

Insofern als jedoch in der Kriegswirtschaft des Jahres 1917 tatsächlich dieser Standortsgesichtspunkt für die Industrie durchschlug, ist die Wirkung naturgemäß erhöhte Rentabilität der arbeitenden Betriebe, deren Kosten auf die Produkteinheit bei Ausdehnung ihrer Erzeugung herabgesetzt werden, ohne daß die Preise zurückgehen. Der in der Regel gegebene Entschädigungsanspruch der stillgelegten Betriebe vermag diesen Prozeß nur zu verlangsamen, aber nicht aufzuhalten. So sind Fälle bekannt, in denen selbst die stillgelegten Betriebe aus den ihnen zufließenden Vergütungen höhere Dividenden verteilen konnten als in Friedenszeiten.

Es ist heute noch nicht möglich, die Einwirkungen dieser letzten Umstände auf die Rentabilität nachzuprüfen. Liegen doch höchstens Berichte von Unternehmungen vor, deren Geschäftsjahr Mitte 1917 zum Abschluß gelangte. Erst die späterhin zu publizierenden Bilanzen werden davon ein Bild geben, sofern dies aus Bilanzen überhaupt zu gewinnen ist.

Einen beiläufigen Anhaltspunkt dafür, inwieweit die Rentabilitätssteigerung der »Rüstungsindustrie« als dauernd, bzw. die Rücklagen dieser Betriebe als so groß angesehen wurden, daß auf ihrer Basis auch eine steigende Rentabilität in

[26]) Diesen Hinweis verdanke ich Prof. Alfred Weber-Heidelberg.

Friedenszeiten erwartet werden kann [27]), gibt die Kursbewertung der Aktien. Allerdings schießt diese Bewertung — zumal in Oesterreich-Ungarn — manchmal weit über das Ziel hinaus, und trägt spekulativen Charakter, wird also späterhin wieder zurückgehen. Immerhin sei vermerkt, daß Bankaktien im Durchschnitt eine Steigerung um 20% erfahren haben, Industriepapiere hingegen um 80—100%.

Die Kursentwicklung bis zum Höhepunkt der Spekulationsbewegung [28]) (Ende August 1918) zeigt folgende Tabelle S. 442 (nach der Frankfurter Zeitung, 12. X. 18 Abendblatt):

Aber auch für die Industrie besagt die Steigerung in der Rentabilität noch nicht, daß sich der Preis der Industrieprodukte r e l a t i v gesteigert habe. Genau wie bei Besprechung der Landwirtschaft müssen wir zwei Momente auseinanderhalten: die zweifelsohne fast durchwegs gegebene erhebliche Steigerung der Preise und damit der G e l d b e t r ä g e (denn die K o s t e n sind fast überall, wie schon die wachsende Rentabilität zeigt, weniger rasch gestiegen als die Preise), und die parallel gegebene Ansammlung großer Reserven bedeutet noch nicht ohne weiteres eine Steigerung des A n t e i l s der im Betrieb befindlichen Industrie am Produktionsertrag der Gesamtwirtschaft. Ein T e i l der höheren Einnahmen ist Amortisation von Kapital. Bei den

[27]) Für die c h e m i s c h e Industrie bringt die Frankfurter Zeitung vom 5. VI. 18, Abendblatt, eine interessante Zusammenstellung. Danach wurde das Aktienkapital bei sechs großen Werken i. J. 1917 um 132 Mill. M. auf 338,4 Millionen erhöht; der Bruttogewinn stieg um 41,4 Mill. auf: 194 Mill; die Abschreibungen wurden mit 63,4 (+ 18,3 gegenüber dem Vorjahre) bemessen; der Reingewinn einschließlich Vortrag stieg auf 110 (+ 14 Mill.), wovon 63 Mill. zur Dividendenausschüttung benützt wurden; die Dividende s a n k nominell, wegen Erhöhung des Aktienkapitals, auf 18,78% (— 7,06 gegenüber dem Vorjahr).

[28]) Den Rückschlag der Kurse veranschaulichen folgende Ziffern, welche sich überwiegend auf Werte der Rüstungsindustrie beziehen:

Index-Zahlen gezogen aus	31. XII. 13.	28. VII. 14.	Amtl. Notierg 31. XII. 17.	26. IX. 18.	bulg. Waffenstreckung 27. IX. 18.	28. IX. 18.	30 IX 18.	Notenwechsel mit Amerika 7. X. 14.	14. X. 18.	19. X. 18.
24 Aktien des Großverkehrs	222	185	278	262	249	242	239	224	217	199
10 meist schwere Aktien des Einheitsmarktes	293	232	445	433	407	397	386	335	308	265

(Frankfurter Zeitung 22. X. 18.)

	Ultimo Dez. 1913	Ultimo Juli 1914	Steuerkurs Ende 1916	31. August 1918
Darmstädter Bank	116,—	111,—	109,—	147,—
Deutsche Bank	248,75	223,—	244,—	279,50
Dresdner Bank	150,25	141,—	151,—	189,50
Bochumer Gußstahl	206,75	210,—	273,—	331,—
Deutsch Luxemburg	130,—	107,25	144,—	190,—
Gelsenkirchen	180,—	165,—	197,—	225,—
Harpener	171,75	159,—	187,—	240,—
Phönix	232,20	214,—	245,—	320,—
Zementwerk Heidelberg	148,—	132,50	—	210,—
Badische Anilin	553,—	499,—	490,—	446½ [29])
A.E.G.	233,25	221,—	220,—	259½
Gelsenkirchner Guß	183,70	93,—	242,—	402,—
Eßlinger	317,—	306,—	630,—	388,— [29])
Daimler	76,50	84,—	145,—	439,—
Stempel	203,—	202,—	315,—	518,—
Waldhof	218½	150,—	175,—	355,—
Gummi Peter	87,—	—	150,—	335,—

Aktiengesellschaften dürften die entsprechenden Anteile in den Rücklagen für spätere Investitionen reserviert sein [30]). Auch wo darüber hinaus Gewinne erzielt werden, konnten sie z. T. jedenfalls nur deshalb akkumuliert werden, weil die Möglichkeit des Verbrauchs nicht gegeben war. So sammelte sich auch in der Industrie unverbrauchte abstrakte Kaufkraft an, ähnlich wie in der Landwirtschaft. — Ob es in der Industrie in höherem Maße erfolgte, läßt sich nicht sagen. Relativ ist wahrscheinlich die Steigerung der Akkumulation in der Landwirtschaft größer, weil dort die Gewinne rascher gewachsen sind.

Die Bedeutung dieser Mehrakkumulation, welche über den Anteil am Sozialprodukt nach Friedensschluß mitentscheidet, läßt sich im voraus nicht bestimmen. Nur die relative Höhe, die Verteilung zwischen Industrie und Landwirtschaft, hat sich im Kriege entschieden. Erst die Preisverhältnisse nach dem Kriege und die Verschiebungen der Preise im einzelnen (die durchaus nicht gleich stark sein werden), werden die heute nur in Geldsummen feststehenden Veränderungen mit Inhalt erfüllen.

[29]) Nach Abgang des Bezugsrechts.

[30]) Hierbei ist allerdings ein erheblicher Risikofaktor oft — besonders in den ersten Kriegsjahren — nicht berücksichtigt worden: die lange Kriegsdauer. Diese hat so erhebliche Preissteigerungen mit sich gebracht, daß vielfach die z. B. im Jahre 1915 gemachten Rücklagen nicht mehr ausreichen werden, um die damals eingetretenen Kapitalverringerungen (Abnützung von Maschinen, Entblößung von Vorräten usw.) wieder wettzumachen.

Den Produktionsprozeß im einzelnen zu verfolgen, ist heute noch nicht möglich. Die Verhältnisse liegen da auch zu verschiedenartig. Doch lassen sich mehrere Tendenzen feststellen:

1. Die Lohnsteigerungen sind am größten in der Rüstungsindustrie im engeren Sinne. Wenn sie im Kohlenbergbau zu Ende 1917 bereits 100% (im Ruhrrevier) betragen, so sind sie in der Munitionsherstellung vielfach noch größer. Ebenfalls sehr rasch sind namentlich die Löhne der Frauenarbeit gestiegen (hierüber siehe weiter unten!). Die vielfach in der Presse genannten exorbitanten Lohnangaben dürfen aber nicht verallgemeinert werden. Sie treffen stets nur Einzelfälle besonders geschickter Akkordarbeiter, deren Verdienste allerdings mitunter außerordentlich hoch sind — bis zu 350 M. die Woche. — Demgegenüber sind die Bezüge der Angestellten kaum erheblich gestiegen. Es betrugen die Teuerungszulagen für Angestellte noch im Frühjahr 1917 durchschnittlich meist nur 25% des Gehalts [31]). Späterhin sind die Zulagen allerdings erheblich gestiegen (meist abgestuft nach den Familienverhältnissen).

2. Bedeutend rascher als die Löhne sind fast durchwegs die Rohstoffe im Preise gestiegen. Die Preiserhöhungen betrugen 2—300%, mitunter noch mehr.

3. Ursprünglich ebenso rasch als die Rohstoffe sind gestiegen die Ausgaben für die allgemeinen Regien. Infolge der Produktionseinschränkung wuchsen die allgemeinen Ausgaben, die auf der Produkteinheit lasten. Mit dem Hilfsdienstgesetz und der Zusammenlegung der Betriebe ist darin eine wesentliche Wandlung eingetreten: Da nur möglichst wenige Betriebe, aber diese voll beschäftigt werden, so sind die allgemeinen Ausgaben auf die Produkteinheit wieder zurückgegangen [32]). Das bedeutet eine sehr wesentliche Rentabilitätssteigerung. Diese wird z. T. wieder verwendet zu Entschädigungen der stillgelegten Betriebe. Wahrscheinlich aber war die Rentabilität der arbeitenden Betriebe trotzdem erheblich gestiegen.

---

[31]) Näheres darüber siehe weiter unten.

[32]) Allerdings ist diese Vollbeschäftigung der sogenannten »Höchstleistungsbetriebe« nur mit Einschränkungen zu verstehen: denn infolge der Abnützung aller Maschinen, der Arbeiterschwierigkeiten, der Stockungen beim Rohstoffbezug usw. ist vielfach die Volleistung dieser Betriebe nur auf 50—70 % der höchsten Friedensleistung zu bemessen.

Durch diese drei Veränderungen hat sich die innere Struktur der Betriebe wesentlich geändert. Denn das relative Zurückbleiben der Löhne würde einer arbeitsintensiveren Zusammensetzung der Industrie entsprechen. Bei den rasch steigenden Kosten von Material und infolgedessen auch Maschinen wäre es rationeller, für eine Ausdehnung der Erzeugung mehr Arbeit und weniger Kapital zu verwenden. Eine solche Möglichkeit ist allerdings unter den heutigen Verhältnissen, infolge Arbeitermangels, nicht gegeben. Aber die Verschiebung ist für die Zeit nach dem Kriege wichtig: Sollten die Löhne, was möglich ist, rascher zurückgehen, als die Preise für Rohstoffe und Kapitalsgüter, so würde sich mitunter eine Umkonstruktion der Betriebe in dieser Richtung empfehlen. Möglicherweise wird sie, selbst bei Arbeitslosigkeit nach dem Kriege, nicht immer möglich sein, weil die geeigneten Arbeitskräfte hierfür fehlen; die Tendenz dazu dürfte sich jedoch bemerkbar machen. Ebenso würde das relative Zurückbleiben des Lohnes andere Arbeitsmethoden, Sparsamkeit mit Material und schlechte Qualität für den Massenkonsum oder besonders gediegene und wertvolle Arbeit für den Luxuskonsum zur Folge haben [33]).

Arbeiter und Angestellte.

Die Bewegung der Löhne und der Gehalte ist wichtig als Gestaltung eines wesentlichen Kostenelementes und soll auch deshalb noch besonders betrachtet werden. Außerdem aber drückt sich darin die Verschiebung des Anteils aus, den die großen Massen der unselbständig Berufstätigen aus dem Sozialprodukt an sich zu ziehen in der Lage sind. — Bei dem Mangel einer fortlaufenden genauen Lohnstatistik seien symptomatische Einzelangaben angeführt: Bis zum Ende 1915 war die Lohnsteigerung nicht sehr erheblich. Sie betrug z. B. im Bergbau (gegenüber dem höchsten Stand in der Konjunktur 1913) ledig-

[33]) Bisher läßt sich noch nicht absehen, ob die während der ersten Revolutionswochen erzielten Lohnsteigerungen dauernd beibehalten werden. Sollte dieses Lohnniveau aus politischen Gründen erzwungen werden, so würde es mit der Zeit durch Ueberwälzung auf die Preise einen unmöglichen Zustand schaffen, weil dadurch der Weg verrammelt würde, auf welchem allein der Anschluß an den Weltmarkt und damit der Wiederaufbau der Volkswirtschaft sichergestellt werden kann.

lich 6—8% [34]), bei einer Steigerung der Lebensmittelpreise von 80—100% in diesem Zeitpunkt. Erst im Frühjahr 1915 begann man, infolge der wachsenden Arbeiterknappheit, Teuerungszulagen zu gewähren. Die Forderung der Arbeiter ging damals (z. B. in Köln) auf einen Stundenlohn von 55 Pfg. [35]). Dieser konnte nicht ohne weiteres erreicht werden, wie überhaupt die Position der Arbeiter gegenüber den Unternehmern im ersten Kriegsjahr außerordentlich ungünstig war. Namentlich die Löhne der Reklamierten konnten sich nicht parallel mit den steigenden Preisen entwickeln [36]). — Noch im Jahre 1916 waren die bewilligten Teuerungszulagen sehr gering. So konnten z. B. die Maler in ihrem Tarifvertrag ab 1. III. 1916 (gültig bis 15. II. 1917) lediglich eine Zulage von 5—6 Pfg. per Stunde erzielen. Das sind 7—8% des Lohnes. Auch die Erneuerung des Tarifvertrags im Baugewerbe brachte ähnliche Lohnerhöhungen [37]). Ebenso zeigen die Abmachungen für Buchdrucker und Buchbinder, daß im Jahre 1916 die Lage auf dem Arbeitsmarkt in einzelnen Gewerben noch durchaus zugunsten der Unternehmer stand. Auch für weibliche Arbeiter war der Arbeitsmarkt im Jahre 1915 und im größten Teil des Jahres 1916 noch derart, daß ein Ansteigen der Löhne im Verhältnis zu den gestiegenen Lebensmittelkosten nicht erzielt werden konnte. Ferner ist anzunehmen, daß ein Teil der Lohnerhöhungen auf Leistungssteigerungen zurückgeht. Nach einer Erhebung des kaiserlichen statistischen Amtes vom März 1914 bis September 1916 [38]) ergibt sich als Resultat ein Sinken der Löhne für weibliche Arbeiter von 2,20 M. auf 1,94 M. Sodann stiegen die Löhne wieder an, und zwar auf 3,53 M. im Durchschnitt, was gegenüber dem März 1914 eine Erhöhung um 54% bedeutet. Bei den Löhnen der männlichen Arbeiter beträgt die Erhöhung lediglich 46% (das dürfte auf die Herausziehung der geschickten, gelernten Arbeiter, also die Senkung des Durchschnittsniveaus der Leistung männlicher Arbeiter zurückzuführen sein). In den einzelnen Industrien sind

[34]) Sozialpolitische Chronik im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 42, S. 307.

[35]) Ebenda, S. 307/8.

[36]) Diese Verhältnisse erklären auch psychologisch — wenngleich nicht wirtschaftlich — die wilden Lohnbewegungen nach Wegfall des Belagerungszustandes.

[37]) Ebenda, S. 309/10.

[38]) Reichsarbeitsblatt.

die Verschiebungen ungleichmäßig. Die Frauenlöhne steigen zwischen 50% (chemische Industrie) und 100% (Eisen- und Metallindustrie); der Höchstlohn per Tag beträgt 4,80 M. (in der elektrischen Industrie); hingegen steigen die Männerlöhne nicht so rasch, aber höher, und zwar bis auf 8 M. in der Eisen- und Metallindustrie, 7,89 M. in der Maschinenindustrie und 5,54 M. in der Papierindustrie.

Eine der wesentlichsten Quellen für die Lohnveränderungen sind die Lohnstatistiken der großen Krankenkassen. In Leipzig werden diese Erhebungen auch nach Berufen, bzw. Industrien gegliedert. Die Leipziger Statistik zeigt im Durchschnitt folgendes Ergebnis: Unter den männlichen Arbeitern bezogen von je 100 Mitgliedern [39]).

	1,50 M. u. wger.	2,50 M. u. wger.	2,51 bis 3,25	3,26 bis 3,50	3,51 bis 4,—	4,— bis 4,50	4,51 bis 5,—
Juli 1914	7,3	4,9	3,1	3,5	8,—	9,—	12,—
Juni 1917	18,—	2,7	3,—	1,8	3,2	4,6	8,3
Sept. 1917	16,4	2,4	2,5	1,6	2,3	3,—	5,8

	5,01—5,50	5,51 u. mehr
Juli 1914	10,4	41,5
Juni 1917	6,6	51,7
Sept. 1917	4,6	61,4

Es hat sich innerhalb der Lohnkategorien bis zu 4 M. das Verhältnis derart verschoben, daß die Zahl der Arbeiter mit dem niedrigsten Lohn außerordentlich zugenommen hat — wohl eine Folge eines relativ überwiegenden Anteils der jugendlichen Arbeiter; die Lohnklassen von 4 M. aufwärts zählen ungefähr dieselbe Anzahl vom Hundert der Arbeiter, aber die Verteilung hat sich erheblich zugunsten der höchsten Lohnklassen geändert. Nimmt man approximativ, um einen Vergleichsmaßstab zu gewinnen, die Löhne mit dem Durchschnitt der Lohngrenzen an und in der höchsten Lohnklasse als Durchschnitt 6 M. täglich, so erhält man als Durchschnittslohn des männlichen Arbeiters im Juli 1914 5,48 M., im Juni 1917 5,73 M. und im September 1917 5,78 M., = ca. 5% mehr. Dabei sind lediglich die Arbeiter mit einem Lohn von 4 M. und mehr berücksichtigt. Nimmt man in der höchsten Lohnklasse für September 1917 7 M. als Durchschnittslohn an, so erhält man als Durchschnittslohn dieser Gruppe von Arbeitern mit Löhnen von mehr als 4 M.: 6,60 M., das wäre also eine Steigerung um 1,12 M. = ca. 20%. Dasselbe

[39]) Reichsarbeitsblatt, Sept., Okt. und Nov. 1917.

Resultat beträgt in der Metallindustrie [40]) (wiederum für männliche Arbeiter): bei jenen Arbeitern, welche mehr als 4 M. verdienten (das sind 66 vom 100) im Juli 1914: 5,43 M. per Kopf, im Juni 1917: 5,85 M., im September 1917: 5,88 M. Hier beträgt also die Steigerung noch nicht einmal 10%. Allerdings kann hierbei in Rechnung gezogen werden, daß der Lohn von mehr als 5,51 M. im Durchschnitt gleichfalls gestiegen sein dürfte. Aber selbst wenn man im Jahre 1916 6 M., 1917 7 M. als Durchschnitt annimmt, erhält man 6,73 im Juni 1917, bzw. 6,78 M. im September 1917, also eine Steigerung um ca. 1,30 M. = ca. 25%. In der Maschinenindustrie ist die Steigerung kaum erheblicher: von 5,44 M. auf 5,90 M. im Juni und ebenso 5,90 M. im September 1917, also um 46 Pfg. = 8½%; bei der Annahme von 7 M. Durchschnitt in der höchsten Lohnklasse im Jahre 1917 ergibt sich: 6,80 bzw. 6,81 M., also eine Steigerung um 1,36 M. = 25%.

Die Löhne der Frauen hatten seit Sommer 1914 nach der Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse folgende Veränderung in ihrem Aufbau erfahren [41]):

	1,50 M. u. wger.	1,51 bis 2,—	2,— bis 2,50	2,50 bis 3,25	3,25 bis 3,50	3,50 bis 4,—
Juli 1914	18,1	16,—	22,—	21,5	8,5	8,6
30. Sept. 1917	19,2	10,1	12,5	20,3	7,4	11,2

	4,— bis 4,50	4,50 bis 5,—	5,50	5,50 u. mehr
Juli 1914	1,9	1,7	—,4	1,3
30. Sept. 1917	8,5	4,7	1,81	4,3

Hier ist die Verschiebung auf die höheren Lohnklassen sehr deutlich; nehmen wir in der untersten Stufe als Durchschnitt 1,25 M., in der höchsten 6 M., so erhalten wir als Durchschnittslohn:

Juli 1914	2,49 M.
Sept. 1917	2,89 ,,
	+ 0,40 ,, = 16%.

Nimmt man in der höchsten Lohnstufe im September 1917: 7 M. als Durchschnitt, so erhält man als Durchschnittslohn für September 1917: 2,93 M.; es ändert also die konkrete Höhe der letzten Lohnstufe infolge ihrer geringen Besetzung sehr wenig am Resultat.

[40]) Die einzelnen Nachweisungen können aus Raummangel nicht abgedruckt werden

[41]) Reichsarbeitsblatt.

In der Ortskrankenkasse Magdeburg stieg der Lohn der männlichen Versicherten, soweit er mehr als 3 M. betrug, vom Juli 1914 bis zum 1. August 1917 von 4,80 auf 5,59 M.; das ist eine Steigerung um 79 Pfg. = 16,6%; noch rascher war daselbst die Steigerung bei den weiblichen Versicherten. Da war die Verschiebung in die höheren Lohnklassen besonders stark, und es ist — im Gegensatz zu den männlichen Versicherten — eine starke Reduktion in der untersten Lohnklasse zugunsten der höheren eingetreten. Es betrug nämlich der Durchschnittslohn für weibliche Versicherte überhaupt am 1. Juli 1914 (Hamburg)[42]: 1,57 M., am 1. August 1917 hingegen: 2,83 M.; hier betrug die Steigerung: 80%, bei Löhnen, die allerdings bedeutend unter den männlichen Löhnen blieben. So sei nur erwähnt, daß am 1. VIII. 1917 von 100 Beschäftigten Männern: 60,7 auf die höchste Lohnklasse (mehr als 5 M.) entfielen) hingegen von 100 beschäftigten Frauen lediglich 9,5.

Naturgemäß sind dann die Durchschnitte in denjenigen Industrien noch ungünstiger, welche keine speziellen Kriegsindustrien sind.

Die Durchschnittslöhne innerhalb der Industrie sind also lange nicht in dem Umfang gestiegen, wie es die populäre Meinung auf Grund spezieller Fälle anzunehmen geneigt ist. Bei den oben errechneten Durchschnitten handelt es sich überdies um die Steigerungen bei denjenigen Arbeiterkategorien, deren Löhne eine Aufwärtsbewegung überhaupt mitgemacht haben. Der Rest der Arbeiterschaft (im Durchschnitt 30%), welcher auf die niedrigeren Lohnklassen entfällt (bis zu 4, bzw. 3 M. täglich), hat eine Senkung des Durchschnittsniveaus aufzuweisen, weil die Zahl der Lehrlinge und Jugendlichen offenbar erheblich zugenommen hat. Dabei kann natürlich jeder einzelne für sich mehr verdienen als vor dem Kriege ein gleichwertiger Arbeiter. Aber auch diese Steigerung ist, wie aus den oben mitgeteilten Daten hervorgeht, nicht so groß, als man gemeinhin annimmt.

Die Löhne der Bergarbeiter (für welche wir am ehesten über eine systematische Statistik verfügen, und bei welchen eine solche starke Strukturveränderung der Belegschaft nicht ein-

[42]) Hierbei sind die Löhne unter 1,50 M. mit 1 M., die über 5 M. mit 6 M. angenommen.

getreten ist) sind bis Ende 1917 auf das Doppelte gestiegen. Das dürfte aber dann als das Maximum für die übrigen Industrien anzusehen sein. Höchstens könnte in Munitionsbetrieben die Steigerung im Durchschnitt noch etwas höher sein. Aber es ist anzunehmen, daß sie nicht wesentlich darüber hinausgeht. Jedenfalls sind all die Angaben, welche man gelegentlich hört, 20—30 M. Tagesverdienst, Wochenverdienst von 150—200 M. nur selten verdiente Höchstlöhne bei außerordentlich hoher Leistung, welche Nerven- und Körperkraft des Arbeiters außerordentlich anspannt. Die Verteilung auf die einzelnen Lohnklassen könnte nicht die oben wiedergegebene sein, wenn ein Lohn von 10 oder 12 M. für den erwachsenen männlichen Arbeiter das Normale wäre. Namentlich führen auch die Löhne, welche in den Großstädten gezahlt werden, vielfach irre, wenn sie verallgemeinert werden [43]).

Bedeutend geringer sind die Steigerungen in den Bezügen der Angestellten. Zunächst die kaufmännischen Angestellten: Im Jahre 1915 gingen die Gehalte dieser Kategorie im Durchschnitt zurück (während die Gehalte der jüngeren zunahmen) [44]). Im Jahre 1916 begann eine sehr mäßige Steigerung, welche nach den Ergebnissen der Stellenvermittlung eines großen Verbandes im Durchschnitt höchstens 5—6% betrug. Erst gegen Ende 1916 wurden Teuerungszulagen gewährt; die Verbände strebten Erhöhungen um 25% an. Die technischen Angestellten erzielten gleichfalls erst ab 1916 eine gewisse Erhöhung ihrer Bezüge; es wurden sukzessive Teuerungszulagen gewährt, welche sich zwischen 20 und 40% bewegten [45]). Jedenfalls kann man annehmen, daß die Gehaltserhöhungen der Angestellten jederzeit weit hinter den Lohnsteigerungen der Arbeiter zurückbleiben. — Man wird der Wahrheit nahekommen, wenn man annimmt, daß eine Gehaltserhöhung um 50% schon ein Maximum bis zum Ende 1917 (im Durchschnitt natürlich) darstellt [46]).

Zu demselben Ergebnis führt die Vergleichung der Resultate, welche einer der wenigen öffentlichen paritätischen Arbeitsnach-

---

[43]) Sozialpolitische Chronik, Archiv Bd. 44, 1, S. 321/2.
[44]) Ebenda, S. 323.
[45]) Ebenda, S. 329 ff.
[46]) Zu einer Zeit, da bereits die Löhne der Arbeiter anstiegen, sanken die

weise für Angestellte hatte [47]): Der Stellennachweis für kaufmännische Angestellte zu Cöln vermittelte nach seinen Geschäftsberichten:

	Anzahl der vermittelten männlichen Bewerber	Durchschnittsgehalt pro Monat	Vermittelte weibliche Bewerber	Durchschnittsgehalt pro Monat
1912/3	967	130,80 M.	463	91,09 M.
1913/4	857	130,— „	518	89,05 „
1916	583	153,20 „	469	108,60 „

Es sind also die Gehälter der vermittelten männlichen Bewerber um etwas weniger als 20%, die der weiblichen Gehilfen um ca. 20% gestiegen. Wiewohl diese Ziffern nur als Symptome bewertet werden können, so zeigen sie doch sehr deutlich das sehr langsame Ansteigen der Angestelltenbezüge.

Dasselbe gilt für öffentliche Beamte, deren Bezüge lediglich durch geringe Teuerungszulagen, im Durchschnitt sicherlich nicht mehr als um 10—15% erhöht wurden.

Für die gesamte Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger muß man also zwar eine gewisse Steigerung der Einkommen, in Geld ausgedrückt, annehmen, wobei jedoch gleichzeitig die Kaufkraft wesentlich herabgesetzt sein dürfte. Diese Reduktion der Kaufkraft ist eine *relative*, und dadurch gegeben, daß die übrigbleibenden Klassen der Bevölkerung, besonders die Produzentenschichten, die Preise ihrer Erzeugnisse in rascherem Tempo zu steigern vermochten. Von der Gesamtmasse der Bevölkerung könnte demnach ein prozentuell *größerer* Anteil der Erzeugung in den Konsum der Unternehmerschichten eingehen, als vor dem Kriege. Allerdings unter der Voraussetzung, daß Waren

Gehalte der Angestellten. Nach der Statistik der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte entfallen von je 100 Angestellten auf die Gehaltsstufen:

	März 1915	Sept. 1915
bis 550 M.	6,8	6,8
550— 850 „	13,9	15,—
850—1150 „	16,2	17,3
1150—1500 „	17,4	18,—
1500—2000 „	15,6	14,6
2000—2500 „	12,2	11,—
2500—3000 „	8,3	7,8
3000—4000 „	7,—	6,9
4000—5000 „	2,5	2,6.

In den höheren Gehaltsstufen ist also ein Rückgang eingetreten. (Reichsarbeitsblatt, September 1917.)

[47]) Geschäftsberichte des Stellennachweises für kaufmännische Angestellte zu Cöln, für die Jahre 1912/3—1916.

auf dem Markt sind. Wo das nicht der Fall, tritt Akkumulation von abstrakter Kaufkraft ein. Das ist nun z. T. auch bei den Arbeitseinkommen, insbesondere den hohen Arbeitseinkommen der Fall. Es soll Familien geben, deren Arbeitseinkommen insgesamt wöchentlich 1000 M. beträgt, und in solchen Fällen wäre Akkumulation in erheblichem Umfang möglich. Allerdings sind solche Fälle selten, und außerdem findet wahrscheinlich eine erhebliche Akkumulation nur vereinzelt statt, denn gerade die vielverdienenden Arbeiter leiden an rascher Verausgabung der Kräfte und müssen z. T. zu hohen Preisen höherwertige Lebensmittel kaufen, um ihre Arbeitskraft zu erhalten. Auch sollen Ausgaben für Kino, Theater, Luxusartikel eine sehr große Rolle spielen, da Investitionen im Haushalt, Verschönerung der Wohnung, Mieten einer größeren Wohnung usw. nicht in Frage kommen. — Insoweit derart Konsum des höheren Lohnes bei höheren Preisen stattfindet, ist ein Weiterwirken dieses Lohnniveaus auf den Standard nach dem Kriege nicht gegeben, sondern es findet Uebertragung der im Kriege bei den Arbeitern vorhandenen Kaufkraft auf die Unternehmer statt.

Da also bei den unselbständig Berufstätigen keine oder nur eine geringe Reservebildung von Kaufkraft erfolgt, welche im besten Falle ausreichen könnte, um nach Friedensschluß das verschlissene Inventar des Haushalts wieder auf die frühere Höhe zu bringen, so entscheidet für die Lohnempfänger die Kriegskonjunktur nicht über ihren Anteil am Sozialprodukt in der Zeit nach dem Kriege. Vielmehr wird das Realeinkommen der Arbeiterschaft nach dem Kriege ausschließlich von der Menge der Erzeugung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt abhängen. Die hohen Löhne sind also nur eine vorübergehende und nur eine scheinbare Veränderung im sozialen Aufbau. Die Ueberführung des Proletariats in eine andere Klassenlage ist durch den Krieg, von Einzelfällen abgesehen, nicht erfolgt. Im Gegensatz dazu stehen die Verschiebungen, bzw. die Aenderungen in der Rentabilität der Industrie und Landwirtschaft. Diese Preisverschiebungen haben sich z. T., soweit die größeren Einkommen nicht konsumiert wurden, in neu akkumulierten Kapitalien niedergeschlagen, und geben dadurch eine Anwartschaft auf größere Produktmassen. Auch wird die Preisbildung der Produkte nicht so rasch rückläufig werden als die Löhne. Denn die voraussicht-

lich geringen Rohstoffzufuhren, und der Drang nach Ware auch in den kaufkräftigen bürgerlichen Schichten werden ein rasches Zurückgleiten der Preise vermutlich verhindern, auch wenn übermäßig im Preise hinaufgetriebene Waren (z. B. Teppiche) bald nach dem Friedensschluß einen starken Rückschlag erfahren sollten. Im wesentlichen jedoch haben sich die hohen Preise bereits in entsprechenden Gewinnen und auch hohen Kapitalbewertungen niedergeschlagen und sind dadurch in einem gewissen Grade fixiert, haben eine erhebliche Verfestigung erfahren. Das ist ein Unterschied, der gegenüber den gestiegenen Löhnen ganz außerordentlich stark ins Gewicht fällt [48]). In diesem Zusammenhang ist außerdem wesentlich, daß die Interessen des Fiskus einem Abbau der Preise bei vielen Waren widerstreiten werden. Auch das trägt dann zur Verfestigung des Preisniveaus, zur Stabilisierung des Unterschiedes zwischen Kaufkraft der Unternehmer und der unselbständig Berufstätigen bei.

Die Konjunkturgestaltung der Industrie.

Aus dem bisher Gesagten soll eine wichtige Konsequenz für die Zeit nach dem Kriege gezogen werden: Sehr zahlreiche Unternehmungen in Industrie und Landwirtschaft waren in der Lage, ihr Kapital zu realisieren. Was die theoretische Oekonomie das »Herausziehen des Kapitals« nennt, und was im Verlauf der normalen Friedenswirtschaft innerhalb der einzelnen Unternehmung nur teilweise (durch Unterlassung neuer Investitionen) vorkommt, und was der einzelne nur durch Verkaufen seines Unternehmens, also Uebertragung des Kapitals aus einer Hand in die andere, zu bewerkstelligen vermag — ist jetzt während des Krieges in sehr großem Umfang eingetreten: es wurde das Kapital aus den Unternehmungen »herausgezogen«, und zwar durch Verbrauch der Kapitalgüter und Verwandlung derselben in

[48]) Je größer der Mangel an Rohstoffen nach dem Kriege, desto größer die Arbeitslosigkeit. Hohe Preise gehen dann parallel mit niedrigen Löhnen bzw. Löhnen geringer Kaufkraft, und daher schlechter Versorgung der breiten Massen. Hierin liegt ein schweres Hemmnis für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft und ihre Entfaltung in den Dimensionen der Zeit vor dem Kriege. Allerdings wird sich dieser innere Widerspruch nicht sofort nach dem Kriege, sondern erst in späterer Zeit bemerkbar machen. Prinzipiell wäre ein Zirkulationsprozeß möglich, in welchem relativ weniger erzeugt wird, als vor dem Kriege und ein relativ größerer Teil des Gesamterzeugnisses in den Konsum der Unternehmerschichten übergeht.

flüssige Mittel, in abstrakte Kaufkraft, welche wieder angewendet werden muß, um sich weiter zu verwerten. In diesem Falle ist eine Neuadjustierung der Wirtschaft, eine Verwendung von Arbeitskräften und Materialien zu anderen Produktionen möglich, es ist dadurch die Wirtschaft gewissermaßen labil geworden. Insoweit dieser Prozeß wirklich zu Ende gegangen ist, haben wir es nicht mehr mit Unternehmungen, sondern lediglich mit Unternehmern zu tun, welche kraft ihrer flüssigen Mittel über Kapitalgüter und Arbeitskräfte verfügen können und freie Hand für die Einleitung einer Produktion haben. Sie haben »freie Hand« auch insofern, als sie eine Unternehmung überhaupt nicht einzuleiten brauchen: sie können sich in Rentner verwandeln. Die Ueberführung ihrer Kapitalien in Kriegsanleihe macht Unternehmer zu Rentnern und schränkt damit die Produktion ein. Die Erträgnisse dieser eingeschränkten Produktion müssen dann auf alle Unternehmer, auch die ehemaligen, welche nunmehr Rententitres besitzen, verteilt werden.

Viel häufiger jedoch ist noch der Fall, in welchem die Kapitalausrüstung mit Sachgütern zwar noch vorhanden, aber etwas abgenützt ist. In der Regel war es nun möglich, die Abschreibungen während des Krieges außerordentlich zu erhöhen, sodaß nicht selten diese Unternehmungen in ihrem Maschinenpark und ihren Gebäudeanlagen nur mit 1 M. zu Buche stehen. Da eröffnen sich zwei Möglichkeiten: entweder kann die Unternehmung durch Neuinvestitionen ökonomisch auf eine höhere Stufe gehoben werden, oder sie kann mit der bisherigen Kapitalausrüstung weiter produzieren. In letzterem Falle verwandelt sich der Unternehmer z. T. in einen Rentner. Bei dem großen Risiko, welches jeder Neueinleitung einer Produktion nach dem Kriege durch die Unsicherheit in der Preisentwicklung in sich trägt, kann vielfach gerade die privatwirtschaftliche Liquidation zu einem Festhalten an der vorhandenen unrationellen oder unrationell gewordenen Produktionsausrüstung führen. Denn privatwirtschaftlich hat sich das frühere Unternehmen in ein seiner technischen Struktur nach veraltetes Werk und einen Rentenfonds aufgelöst, der investiert werden müßte, um das Unternehmen auf eine zweckmäßigere technische Basis zu stellen. Jedenfalls ist also die Möglichkeit, das Unternehmen nicht zu modernisieren, gegeben, weil durch die Abschreibung

des Betriebs auf 1 M. die Kosten außerordentlich reduziert sind. Dieses Moment, daß viele Unternehmungen freie Hand haben und auch abwarten können, bis die Preisentwicklung eine Kalkulation wieder gestattet, ist für das Tempo des Wiederaufbaus von großer Bedeutung.

Die Entwicklung kann also zur Folge haben, daß die Auslesewirkung der Konkurrenz abstumpft. Die Ansammlung von Reserven ist nun international erfolgt, und hat überall die erwähnte Wirkung. Durch die Kriegsgewinne werden die Betriebe, welche bei Weiterbestehen der Weltwirtschaft überhaupt nicht hätten zur Entstehung oder zur Posperität gelangen können, gesichert und auf eine tragfähige Kaufkraftbasis gestellt. Das gilt z. B. ebenso für die amerikanischen Farbenfabriken wie für die deutschen Unternehmungen zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft. Durch diese Schaffung von privatwirtschaftlichen Rentenfonds ist in die Konjunkturentwicklung ein ganz unsicheres Moment gekommen.

Nach dem bisher Gesagten sei versucht, eine der Möglichkeiten, die für die Verteilung des Sozialprodukts gegeben sind, darzustellen: Nehmen wir an, daß die reale Produktion vor dem Kriege sich auf die drei sozialen Gruppen verteilte wie folgt:

Landwirtschaftliche Unternehmer	Industrielle und kommerzielle Unternehmer und Gewerbetreibende	Arbeiter, Angestellte und Beamte
100	120	150

Die Ziffern sind als Indices gedacht; infolgedessen sind es Geldbeträge, welche aliquote Teile des Sozialprodukts kaufen können. Nimmt man an, daß je 100 M. dieselbe Kaufkraft besitzen, was ja zurzeit nicht mehr der Fall, so ist in den obigen Ziffern zugleich das Verhältnis der Realeinkommen mit angedeutet. Dieses Nominaleinkommen hat durchwegs eine erhebliche Vermehrung erfahren. Wir können nach den obigen Ausführungen es folgendermaßen verschoben denken:

Landwirtschaftliche Unternehmer	Industrielle und kommerzielle Unternehmer	Arbeiter, Angestellte und Beamte
390	360	300.

Diese Ziffern sind nun Geldausdruck und stellen nicht ohne weiteres Verteilung des Sozialprodukts auf die einzelnen Klassen dar; denn gegenwärtig ist keineswegs die Relation zwi-

schen Kosten und Preisen eine gleichmäßige. Nur wenn man annimmt, daß alle Schichten Erzeugnisse aller Produktionssphären gleichmäßig kaufen, würden sich die Willkürlichkeiten, bzw. die interne Zusammenhanglosigkeit der Preisbildung in sich aufheben. Nehmen wir durchschnittlich eine Verdreifachung der Preise an, so käme man, reduziert auf den Status vor dem Kriege, zu folgendem Ergebnis:

Landwirtschaftliche Unternehmer	Industrielle und kommerzielle Unternehmer	Arbeiter, Angestellte und Beamte
130	120	100.

Diese Ziffern würden andeuten: Alle Klassen zusammengenommen könnten beim heutigen Preisniveau mit ihrem Einkommen nicht ganz soviel kaufen, als vor dem Kriege: der Geldausdruck der gesamten Einkommen ist nicht so rasch gestiegen, daß (Vorhandensein der Waren vorausgesetzt) ebensoviel als vor dem Kriege konsumiert werden könnte. Jedenfalls aber wird dieses Schema nicht realisiert: das »Einkommen« (es ist ja z. T. nicht Einkommen, sondern Realisierung des Kapitalstockes) wird akkumuliert, und damit ein Teil dieser Verschiebung in die Zukunft übertragen.

Die Indices für ganze Produktionsgruppen geben kein Bild von der Verschiebung der Einkommen per Kopf. Nehmen wir das Verhältnis vor dem Kriege an wie

	Landwirt	Industrieller Unternehmer	Arbeiter
	10	12	4
so mag jetzt im Durchschnitt und Maximum sein:	60	50	12.

Auch das wieder wäre auf Kaufkraft zu reduzieren und ergäbe dann:

Landwirt	Industrieller Unternehmer	Arbeiter
20	17	4 [49]).

wobei immer vorausgesetzt, was eben ganz irreal, daß sich das ganze Einkommen in Gebrauchsgegenstände umsetzen könnte. Die Entleerung des Marktes überträgt jeweils große Massen von Kaufkraft auf die Zukunft, wie oben auseinandergesetzt wurde, und zwar ungleichmäßig stark in den einzelnen Käuferschichten.

Die sozialen Konsequenzen dieser Verschiebung können hier

[49]) Hier wird also eine Steigerung auf den Kopf angenommen, welche zumal in der Industrie bedeutend über die Steigerung der Kaufkraft der Gesamtgruppe hinausgeht. Das erklärt sich aus dem Rückgang in der Zahl der Wirtschaftssubjekte.

nicht mehr gezogen werden. Doch sei dieser Abschnitt mit einem kurzen Ausblick auf eine weitere Verschiebung abgeschlossen, welche im Gefolge eines in Hinkunft noch lange dauernden Krieges eintreten müßte: die Erzeugung in der Landwirtschaft wird im großen ganzen unabhängig von der Kriegsdauer weitergehen. Hingegen wachsen die Schwierigkeiten für die Industrie. Es sind Schwierigkeiten mannigfaltigster Art: der Transport von Kohle, die Beschaffung von Rohmaterialien stoßen auf immer größere Widerstände. Insoweit dadurch die Produktion eingeschränkt werden muß, ist ein allmähliches Abflauen der Kriegskonjunktur möglich. Die wachsende Knappheit würde zwar wiederum höhere Preise bedingen, aber es gibt auch hierfür eine Grenze. Schon jetzt würde eine gleichmäßige Verteilung des Profits auf alle Unternehmungen wahrscheinlich ein Zurücksinken der Konjunktur erkennen lassen, das vorläufig noch überdeckt ist durch die vorzugsweise Beschäftigung der großen und für den Kohlenbezug günstig gelegenen Betriebe. — Ein solches Zurückgehen der Kriegskonjunktur macht sich in einigen Symptomen bereits deutlich in der österreichischen Industrie fühlbar [50]. Die Börse reagiert nunmehr auf Friedensaussichten schon mit Haussetendenz, auf Symptome für weitere Kriegsdauer mit einer Senkung des Kurses. Es setzt sich die Erkenntnis durch, wird berichtet, daß die wachsenden Produktionshindernisse, der häufige Betriebsstillstand aus Kohlen- und Materialmangel und wachsende Steuerlasten den Ertrag gefährden, so daß mehrere Unternehmungen schon niedrigere Dividenden erklärten und im Frühjahr noch weiter stärkere Herabsetzungen zu erwarten sind [51]. Eine solche Entwicklung würde den Schwerpunkt der Kaufkraft noch mehr als bisher in die Landwirtschaft verschieben, deren ökonomisches Uebergewicht dadurch außerordentlich stark gesteigert werden müßte.

[50]) Vgl. Frankfurter Zeitung, 27. I. 1918, zweites Morgenblatt.

[51]) Charakteristisch hierfür die Kursbewegung

	Schätzungskurs	
	Ende 1914	Gegenwärtig
Cantiere Navale	625	375
Oesterr. Lloyd	500	408
Austro-Americana	800	675
Navigazione Libera	680	550.

Inzwischen haben allerdings wieder Aufwärtsbewegungen der Kurse stattgefunden.

Dieser vorläufige Versuch einer Darstellung der Veränderungen, welche die Struktur der Wirtschaft erfahren hat, ist ganz provisorisch. Die Daten mögen vielfach in concreto nicht zutreffen, wenngleich überall das relativ geringste Maß der Veränderung angenommen wurde (also in der Steigerung des Kapitals und der Kapitalkonzentration das Minimum, in der Steigerung der Löhne das Maximum). Diese Veränderungen sind hier dargestellt in den Kategorien privatkapitalistischer Wirtschaft, welche also als weiterdauernd vorläufig angenommen wird, trotz der stärkeren Tendenzen, die auf eine prinzipielle Umbildung hinauslaufen. Die starke Kapitalakkumulation in der Landwirtschaft ist offenbar von Konsequenzen begleitet nur in einer privatkapitalistischen Wirtschaftsform; diese Akkumulation würde ihre Bedeutung verlieren bei einer völligen Sozialisierung der Wirtschaft, in welcher die Zuweisung von Kapitalgütern und Arbeitskräften in die Landwirtschaft nach einem vorweg festgestellten Wirtschaftsplan — vielleicht auch nach sozialen Machtverhältnissen — erfolgen würde. Hingegen wäre für eine solche Wirtschaftsform die Frage, ob während des Krieges höhere oder geringere Preise erzielt wurden, und wieviel Kaufkraft infolgedessen die Landwirtschaft akkumulieren konnte, bedeutungslos. Dasselbe gilt für die Industrie und für die Arbeiterschaft.

Wenn wir aber mit den Kategorien der kapitalistischen Wirtschaft weiterrechnen, so können wir nur feststellen einen weitgehenden Aufbrauch der Produktivgüter, eine privatwirtschaftliche Liquidation derselben in den Händen der Kapitalisten mit gleichzeitiger Verschiebung in der Verteilung. Die Unternehmer, deren Betrieb durch den Krieg aufgezehrt ist, haben durch die privatkapitalistische Form dieses Zerstörungsprozesses zugleich das Kommando über Produktivmittel erworben, die erst in Hinkunft erzeugt werden sollen. Die Unternehmer, als Herren der flottanten Kaufkraft sind zugleich Herren des künftigen Produktionsergebnisses, dessen Inhalt und Richtung sie auch durch die Verfügung über die Kaufkraft zu bestimmen vermögen. In diesem Sinn ist es richtig, wenn davon gesprochen wird, daß die Volkswirtschaft nach dem Kriege gleichsam von vorn anfangen könne, und auch der einzelne Unternehmer in der Einschlagung des Weges frei sei. Allerdings stimmt das nur bis zu einem gewissen Grade, weil jeder einzelne Unter-

nehmer, in den Rahmen des Wirtschaftslebens hineingestellt, die entscheidenden Impulse zu seinem Handeln aus dem ganzen Zuschnitt des Wirtschaftslebens empfängt [52]). Außerdem ist der ganze Zuschnitt, der Aufbau, die innere Struktur des Wirtschaftslebens in jedem Wirtschaftsgebiet vorbestimmt. Und zwar vorbestimmt durch die wirtschaftlichen Formen der Vergangenheit, durch die im Kriege geschaffene Verteilung der Kaufkraft, und die konkreten »Daten« des Wirtschaftsgebiets. Selbst wenn wir vorstellen dürfen, daß sämtliches Kapital im Sinn von Produktionsmitteln, und sämtliche länger dauernden Konsumgüter (wie Kleider, Häuser, Möbel) durch den Krieg aufgebraucht wären, so daß die Volkswirtschaft lediglich über die natürlichen Bodenschätze, die natürlichen Kräfte in der Landwirtschaft und die Arbeitskräfte verfügen würde, so wäre im Moment des Kriegsendes vorhandene Kaufkraftverteilung von entscheidender Bedeutung für die Art, den Umfang und die Richtung der neu aufzunehmenden Gütererzeugung. Diese würde sich von vornherein derart aufbauen, daß für die Bedürfnisse der Besitzer größerer Kaufkraftmassen in erheblicherem Umfang gearbeitet würde, als für Besitzlose — und die Verteilung der Produktionsmittel in die einzelnen Produktionsarten und -stufen wäre durch die Verteilung der Kaufkraft im voraus bestimmt; desgleichen die Größe der in Zukunft entstehenden Unternehmungen ebensogut wie ihre Anzahl; zum guten Teil auch ihre Produktionsrichtung; die Produktionen wären aber auch bestimmt durch die natürlichen Kräfte, die Anzahl der Arbeiter, den Status der Landwirtschaft usw. — und die Produktion wäre endlich in einem gewissen territorialen Rahmen gegeben, müßte mit den Daten innerhalb dieses Rahmens rechnen, und würde sich in diesem Rahmen als »Volkswirtschaft« aufbauen. Für den Umfang und die innere Struktur dieser neuen »Volkswirtschaft« wären außerdem eine große Anzahl anderer Momente maßgebend,

[52]) Insbesondere die von Stolper vertretene Ansicht, daß die Umorientierung der österreichischen, der ungarischen und der deutschen Volkswirtschaft in eine einheitliche »mitteleuropäische Wirtschaft« möglich sei, weil man »ohnedies alles neu aufbauen müsse« — ist nur bedingt richtig. Sie setzt nämlich eine bewußte, planmäßige Organisation des ganzen Wirtschaftslebens im Wiederaufbau voraus, welche überlegt und großzügig genug ist, um die relative Abgeschlossenheit der bisherigen Wirtschaftsgebiete zu überwinden. Ob das ohne Ausgleichung des Preisniveaus und der Währungen überhaupt möglich ist, erscheint mir doch sehr zweifelhaft.

historische sowohl als gesellschaftliche, ethnische und sozialpsychische, die alle in ihrer Tragweite für die Gestaltung des Wirtschaftslebens verschiedenartig zu beurteilen sein mögen, aber insgesamt das charakteristische Phänomen des »Wirtschaftsgebietes« und seiner Eigenart konstituieren oder es wenigstens ermöglichen. Der Krieg hat nun an der Tatsache besonderer und gesonderter »Wirtschaftsgebiete«[53]) nichts geändert. Im Gegenteil er hat die Differenzen zwischen den Wirtschaftsgebieten außerordentlich gesteigert dadurch, daß einzelne Länder je nach ihrer ökonomischen Struktur stärker durch den Krieg mitgenommen wurden als andere — das ökonomische Niveau der österreichischen Volkswirtschaft z. B. wurde durch den Krieg nicht in der gleichen Weise, sondern wahrscheinlich stärker herabgesetzt, als das der deutschen. Innerhalb Oesterreich-Ungarns hat sich die ungarische Volkswirtschaft, soweit sie selbständig ist, sehr stark gegenüber der österreichischen gekräftigt, weil sie in ihrem landwirtschaftlichen Teile außerordentlich viel Kaufkraft akkumulieren und ihre Industrie relativ besser und daher auch lohnender beschäftigen konnte usw. Es lassen sich darüber hinaus Ansätze zu neuen Wirtschaftsgebieten feststellen: z. B. die tschechischen Gebiete in Oesterreich, Süddeutschland innerhalb des Deutschen Reiches. (In Rußland hat die deutsche Politik in der Ukraine ein solches selbständiges Wirtschaftsgebiet zu schaffen gesucht.) Diese Ansätze zu Neubildungen knüpfen an reale wirtschaftliche Differenzen an, welche schon immer vorhanden waren, aber erst jetzt, durch den Krieg in ihrer Bedeutung gesteigert, politisch wichtig und dadurch wieder wirtschaftlich betont wurden. Wenn nun schon vor dem Kriege der Verkehr der Länder untereinander keineswegs bloß durch die Zollschranken behindert wurde, sondern das Haupthindernis in der zentralistischen Gruppierung der Einzelwirtschaften, in der Verknüpfung mit dem ökonomischen und politischen Zentrum des Landes lag, wodurch vielfach internationale Verknüpfungen unterblieben, auch wenn sie rein ökonomisch gesprochen vorteilhafter gewesen wären (schon Ricardo hat diese Tatsache des Wirtschaftsgebiets gesehen, wenn er zwar Austausch von Waren,

---

[53]) Der Terminus wird hier in demselben Sinn gebraucht wie von Karl Renner in seinem Buch: »Krieg, Internationale und Sozialdemokratie«. Er umfaßt die Gesamtheit der »Daten«, also der konkreten Tatsachen, welche erst den konkreten Inhalt der Wirtschaft bestimmen.

aber nicht Wanderung von Kapitalien annimmt, daher international verschiedene Profitraten für die Regel hält), so dürften diese Differenzen der Volkswirtschaften durch die Steuergesetzgebung, Tarifwesen, staatliche Einrichtungen, innere Struktur, sozialen Aufbau usw. durch den Krieg nur noch gesteigert und wie angedeutet, vermehrt worden sein. Infolgedessen dürfte auch der weitgehende ökonomische Zersetzungsprozeß — immer unter der Voraussetzung, daß wir noch mit der kapitalistischen Wirtschaft in Zukunft zu rechnen haben — an der Tatsache der Wirtschaftsgebiete und ihres zentralen Aufbaus (selbst bei weitgehendstem Wechselverkehr mit andern Wirtschaftsgebieten) nichts ändern. Schon deshalb, weil ein moderner Staat mit privatkapitalistischer Wirtschaftsbasis als elementare Voraussetzung seiner Existenzfähigkeit und *Unabhängigkeit* die Ausbildung aller wichtigen Wirtschaftszweige in seinen Grenzen anstreben muß. Daher gibt zwar die Liquidation der Kriegswirtschaft die Möglichkeit zu einem Neubau in gewissen Grenzen — aber es ist nicht wahrscheinlich, daß die Rationalisierung über das Gebiet der alten »Volkswirtschaften« hinausgreifen wird. Gerade soweit politische Motive alten Stils bei der Neugestaltung der Wirtschaft mitsprechen, wächst die Tendenz zur allseitigen Ausbildung jeder »Volkswirtschaft« zur Spezialisierung *innerhalb* ihrer, unter *Ablehnung* ihrer Einfügung in ein größeres »Wirtschaftsgebiet«. Wo eine Veränderung der Wirtschaftsgebiete, sei es Spaltung, sei es Zusammenlegung, erfolgen sollte, entstammt sie nicht wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern politischen Zielsetzungen. Das gilt, in höchstem Maße, auch für das Programm Mittel-Europa. Gerade die letzte Entwicklung zeigt, daß in ihr *sowohl* Zusammenlegung, wie Gliederung der Wirtschaftsgebiete, stets aus politischen Zielsetzungen heraus möglich, wieder ein Beweis dafür, daß die wirtschaftliche Bedeutung, welche der *Größe* des Wirtschaftsgebietes bei freiem wirtschaftlichem Verkehr zukommt, maßlos übertrieben wird.

* * *

Die vorhergehenden Ausführungen stammen, wie schon erwähnt, aus dem Winter 1917/8; ihr Schluß sollte die Auswirkungen der hier angedeuteten ökonomischen Umschichtung behandeln. Es geht uns aber jetzt mit den Problemen der Ueber-

gangswirtschaft so wie ehedem mit denen der Kriegswirtschaft: die Kriegswirtschaft zeigte ganz neue unerwartete Züge, aber nicht, weil die Vorstellungen der Nationalökonomen, sondern die der Militärs von den Erscheinungsformen, der Dauer usw. des Krieges grundfalsch gewesen waren. Auch jetzt sind wir in derselben Situation: die Liquidation des Krieges, das Tempo der Demobilisierung, die Einschnürung der deutschen Wirtschaftskräfte durch feindliche Besetzung wirft Fragen auf, deren Untersuchung noch vor einem halben Jahr als unerlaubt gegolten hätte [54]).

Dieser militärische und außenpolitische Zusammenbruch hat im höchsten Maße alle Konjunkturaussichten verschoben, und wenn man heute überhaupt schon wagen kann, sich ein Gesamturteil zu bilden, so kann man annehmen, daß die Stabilität der landwirtschaftlichen Erzeugung durch diesen Zusammenbruch r e l a t i v noch gewachsen ist, daß alle Schwierigkeiten, denen die deutsche Volkswirtschaft entgegengeht, vorwiegend Schwierigkeiten der gewerblichen und kommerziellen Sphäre sein werden.

Dazu kommt dann weiter die Revolution. In Deutschland haben wir den ersten Fall einer großen Revolution in einem modernen Industriestaat. Infolgedessen treten all die Einwirkungen in den Vordergrund, welche die Industrie während einer Revolution notwendigerweise erfährt: Streiks, Lohnbewegungen von exzessivem Charakter. Durch den politischen Druck, welchen die Arbeiter ausüben können, wird die Mechanik des Arbeitsmarktes zeitweise außer Wirksamkeit gesetzt; es werden Lohnsätze und einmalige Zulagen bewilligt, die bei einzelnen Unternehmungen weit über die verfügbaren Reserven (flüssigen Mittel und Bankkredite) hinausgehen. Diese Lohnbewegungen, welche mit dem Geist des Sozialismus nichts zu tun haben, im Gegenteil die privatkapitalistische Wirtschaft in ihrem Prinzip bejahen, verschieben naturgemäß z u n ä c h s t sehr stark das ökonomische Schwergewicht der einzelnen Schichten, wie es sich während des Krieges herausgebildet hat. Wenn jedoch die privatkapitalistische Wirtschaft, und damit der Markt, weiterbesteht, so ist

[54]) Durften doch selbst die Untersuchungen und Vorschläge der kriegswirtschaftlichen Vereinigung zur Demobilmachung, welche einigermaßen die Schwere der Aufgaben selbst bei einem günstigen Kriegsausgang ahnen ließen, nicht erscheinen!

dies Diktat revolutionärer Arbeitermassen nur ein Glied im wirtschaftlichen Prozeß. Da der Gleichgewichtszustand des Marktes, zwischen Produktion und Konsum, durch solche vehemente Lohnveränderungen auf das empfindlichste gestört ist, so lösen diese Störungen Gegentendenzen, bzw. Ueberwälzungsversuche aus. Diese Ueberwälzungen zu verhindern, fehlt in einer privatkapitalistischen Volkswirtschaft jedes Mittel, da bloße Preistaxen für das ganze Gebiet der Volkswirtschaft ein zu unbeholfenes und unwirksames Werkzeug sind. Diese Ueberwälzungsvorgänge aber vernichten wieder die reale Bedeutung der Lohnerhöhungen und stellen im großen ganzen die ursprüngliche Verteilung der ökonomischen Kräfte wieder her. Deshalb sind, trotz der inzwischen eingetretenen Veränderungen, die hier beschriebenen und geschätzten Verschiebungen nicht bedeutungslos geworden.

Soweit eine Ueberwälzung der Lohnsteigerungen auf die Preise stattgefunden hat, oder stattfinden wird, ist die Einwirkung auf die Beziehungen zum Weltmarkt bedeutsam: die steigenden Preise beeinflussen den Kursstand der deutschen Währung und erschweren den Anschluß an den Auslandsmarkt durch Hemmung des Exports. Dadurch wird jede planmäßige Wirtschaftspolitik zur Wiederherstellung einer »normalen« Handels- und Zahlungsbilanz schwieriger, die Lage des Arbeitsmarkts verschlechtert, und damit die Differenz zwischen dem erzwungenen und volkswirtschaftlich möglichen Lohn vergrößert. Diese wilde Lohnpolitik gefährdet also letzten Endes die Arbeiter selbst am meisten. Es liegt ihr die verworrene syndikalistische Theorie vom »Wegstreiken des Unternehmergewinns« zugrunde — eine Theorie, welche weder die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die Mechanik des Marktes, der Preisbildung usw. übersieht, noch von der quantitativen Bedeutung des verfügbaren Unternehmergewinns eine richtige Vorstellung hat. Diese Theorie ist, wie schon betont, auch alles eher als sozialistische Lehre. Sie möchte eine Volkswirtschaft schaffen, in welcher ausgebeutete und ausbeutende Klasse die Rollen tauschen. Da sie jedoch die innere Struktur der Volkswirtschaft nicht zu ändern vermag, so muß sich — woferne der Zusammenhang der Volkswirtschaft nicht völlig zertrümmert wird — das Gleichgewicht durch Ueberwälzungsvorgänge und späterhin Lohn- und Preisreduktionen wiederherstellen. Infolgedessen muß man an-

nehmen: der überstürzte Waffenstillstand, der in seinen wirtschaftlichen Folgewirkungen möglicherweise ungünstige Friedensschluß stören e n t s c h e i d e n d und d a u e r n d das Gefüge der deutschen Volkswirtschaft durch Schwächung der Wirtschaftskräfte; die Revolution und ihre Einwirkungen auf das Wirtschaftsleben können, woferne es nur wieder zur Herstellung eines Gleichgewichts kommt, durch die Mechanik der Volkswirtschaft, des Marktes, doch wieder ausgeglichen werden.

Landwirtschaft und Uebergangswirtschaft.

von

LOTHAR MEYER.

Meine längeren Ausführungen in dem im Juni 1918 herausgekommenen I. Heft des 45. Bandes wurden im Herbst 1917 abgefaßt. Seitdem sind eineinviertel Jahr ins Land gegangen und die Jahreswende von 1918 auf 1919 sieht uns nicht nur vor den Folgen einer unerhörten Wandlung des Kriegsglückes, sondern auch einer damit sowohl als Ursache wie als Folge in Verbindung stehenden politischen Umwälzung. Noch sind, wie die meisten allgemeinen wirtschaftlichen Folgen so auch die für die Landwirtschaft unübersehbar; gleichwohl aber komme ich dem Wunsche der Herausgeber nach, das wenige festzuhalten, das sich bereits aus dem Nebel heraus zu verdichten scheint.

In erster Linie steht da die Frage, ob uns an bitternötigen Produktionsmitteln schon mehr zur Verfügung steht und in allernächster Zeit zur Verfügung stehen wird, als im Kriege. Ich beginne mit dem Allerwichtigsten, den Pflanzennährstoffen. Nicht nur ich (Seite 105 und 106 von Band 45 I), sondern auch Autoritäten (Aereboe u. A.) haben das eine als sicher hingestellt, daß unmittelbar nach Kriegsende der Landwirtschaft all die großen Mengen von nützlichen Stickstoffverbindungen zufließen werden, die vordem die Sprengstoffherstellung verschlang. Der unerhörte Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens hat aber diese Voraussage zunichte gemacht. Offiziell ist bereits zugegeben worden, daß mindestens für das Frühjahr (1919) nach wie vor ungenügende Mengen zur Verfügung stehen werden, da es allenthalben an Kohlen, Händen und Transportmöglichkeiten fehlte. Hier müssen alle Hebel angesetzt werden, um je eher, desto besser die doch vorhandenen baulichen

und maschinellen Anlagen mit Rohmaterialien und Menschenhänden so reichlich auszustatten, daß sie ihre Maximalproduktion erreichen. Diese soll sich auf das Zweieinhalbfache des Vorkriegsbedarfes an Stickstoffdüngemitteln belaufen (500 000 t N statt 200 000 t). Keine wie immer zusammengesetzte Regierung darf sich die furchtbare Verantwortung verhehlen, die sie übernimmt, wenn auch nur 8 Wochen zu spät (etwa Mitte Mai, statt Mitte März) die erforderliche Produktionshöhe erreicht wird.

Mußte ich schon früher die Aussichten auf die Phosphorsäureversorgung als schlechte bezeichnen, so sind sie inzwischen noch schlechter geworden, denn unsere Stahlproduktion geht herunter und damit ihr Abfall, das Thomasmehl. (Abgesehen von der verminderten Menge läßt es auch allenthalben an Phosphorsäuregehalt nach.) Wann größere Mengen der ausländischen Phosphate uns angeboten werden, und in welchem Umfange wir sie bei möglicherweise langanhaltender schlechter Valuta werden erstehen können, liegt im Dunkeln.

Einzig an Kalisalzen wird es nach wie vor nicht fehlen, sofern man nicht mit einem vollständigen Zusammenbruch unseres Verkehrswesens rechnen muß. Erhebliche Erfolge dürfen wir uns von einseitiger Kalidüngung nur bei dem Teil der Kartoffeln versprechen, dem wir eine leidliche Stallmistdüngung zuteil werden lassen können. Getreide sowohl wie alle Rüben verlangen in erster Linie Phosphorsäure und Stickstoff.

Daß bereits im Frühjahr die erforderliche Zahl von Händen für die Bodenbearbeitung zur Verfügung stehen wird, läßt sich mit Sicherheit annehmen, denn länger kann der Zusammenbruch des städtischen Wirtschaftslebens nicht auf sich warten lassen. Hierüber werde ich am Schlusse meiner Ausführungen noch Einiges zu sagen haben.

Die vermehrte Erzeugung tierischer Produkte ist abhängig von der Zufuhr ausländischer fett- und eiweißreicher Bodenerzeugnisse. Die Lager des Auslandes sind damit überfüllt, es ist daher anzunehmen, daß sehr bald ein reiches Angebot davon einsetzen wird. Wieviel wir davon zu kaufen in der Lage sein werden, hängt von den schon berührten Finanz- und speziell Valuta-Verhältnissen ab. Bescheiden werden wir uns auch in dieser Hinsicht müssen und deshalb unsere ganze tierische Produktion extensivieren müssen. Spätreife Rinder-, Schweine-

und Schafrassen brauchen weniger konzentriertes Futter, aber selbst für diese unsere modifizierten Zuchten müssen wir darauf bedacht sein, dem heimischen Boden mehr eiweißhaltige Futtermittel (Luzerne, Klee und andere Leguminosen) abzuringen.

Soll auch nur annähernd dieselbe Zahl von Menschen, wie in den letzten Jahrzehnten, auf deutschem Boden ernährt werden, so dürfen dem Futterbau nur verhältnismäßig kleine Flächen eingeräumt bleiben, und Kartoffeln und Brot müssen wie im Kriege unser Hauptnahrungsmittel sein. Daß wir auch für deren rentable Erzeugung hinsichtlich der Nährstoffzufuhr teilweise auf das Ausland angewiesen bleiben, ist schon oben erwähnt. Milch, Butter, Rinder- und Schweinefett sind das vornehmste, was wir von unserer Viehhaltung verlangen müssen, die Fleischversorgung muß hintenan stehen. Wenn wir dazu eine gewisse Zufuhr tropischer Pflanzenfette genießen, so wird sich eine zwar kärgliche aber doch ausreichende Ernährung des Volkes bewerkstelligen lassen. Alle Luxusartikel, alle Genußmittel werden wir in sehr viel geringerem Umfange einführen können, als letzthin im Frieden.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit den Produktionsmitteln zweiten Grades, wie Maschinen, Kohlen (und anderen für motorische Zwecke benötigten Stoffen), Schmieröle, Leder-, Stricke, Pläne u. dgl. dürfte in hohem Grade dadurch erleichtert werden, daß der Bedarf der Industrie daran sehr viel geringer sein wird, als früher.

Selbst der völlig unzulängliche Ersatz des Verbrauches oder Verschleißes daran hat von Beginn des Krieges an wachsende Unkosten verursacht. Manche Gegenstände sind noch immer in fortlaufender Preissteigerung begriffen. Wurde unter diesen Umständen bisher immer nur das allernötigste repariert und ersetzt, so ist jetzt nach so vielen Jahren dieser Praxis das meiste davon derartig verschlissen, daß Reparaturen daran ausgeschlossen sind und neue Stücke als Ersatz beschafft werden müssen. Diese kosten nicht nur das 3—5 fache vom Friedenspreise, sondern sind auch sehr viel schlechter und der häufig nachlässigen Handhabung auf dem Landgute durchaus nicht gewachsen. Der Aufwand auf diesen Konten steigt daher rapid.

Auch bei den Gebäuden ist die Instandhaltung außerordentlich vernachlässigt worden und liegt es schon heute so, daß wo früher die Ausbesserung beispielsweise eines Daches genügt hätte,

heute seine Erneuerung unumgänglich ist. Wenn sich wider Erwarten die Bauhandwerkerlöhne auf der heutigen Stufe halten (15—20 Mk. pro Tag), so tritt ganz sicher der Fall ein, daß auch in der bevorstehenden Bauperiode bei weitem nicht einmal die notwendigsten Ausbesserungen und Erneuerungen vorgenommen werden, und damit dem Verfall des landwirtschaftlichen Gebäudebestandes weitere Zugeständnisse gemacht werden. Wo aber trotz der horrenden Handwerkerlöhne und Materialpreise im Interesse der Substanz mit beginnendem Frühjahr bessernd eingegriffen werden wird, werden sich auf den Unterhaltungskonten unerhörte Aufwendungen ergeben, die den Reinertrag hier ganz, dort zu einem erheblichen Teil auffressen werden. Die Folge wird ein langwieriger Kampf mit dem Steuerfiskus sein, der, obwohl er die hohen Erträge der Kriegsjahre ungeschmälert zur Grundlage seines Steueranspruches gemacht hat, nunmehr unter der bitteren Finanznot der nächsten Jahre die beregten enormen Aufwendungen keineswegs als voll abzugsfähig wird gelten lassen wollen. Wie dem auch sei, wird die Steuerleistung der Landgüter außerordentlich heruntergehen und dieser Umstand nichts weniger als zur Erleichterung der finanziellen Staatsnöte beitragen.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß die schon lange geforderte und wohl auch geplante Reform des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich des Einkommens aus Landwirtschaft nicht mehr länger aufgeschoben werden darf. Bisher war es doch noch in vielen Steuerbezirken so, daß wer ordentlich Bücher führte, dafür mit erhöhter Heranziehung zur Einkommensteuer bestraft wurde. Andererseits kostete es andauernde Kämpfe, um mit kaufmännisch richtigen Buchhaltungsgrundsätzen die Probe der Einkommensteuerveranlagungskommission zu bestehen. Buchhaltungszwang wird von einer bestimmten Gutsgröße an gefordert werden müssen; dann müssen aber auch einfache klare Grundsätze für die Bilanz eingeführt werden, ohne die der Abschluß einer ordentlich aufgebauten Buchführung undenkbar ist.

Trotz der oben dargelegten sehr hohen Aufwendungen braucht die landwirtschaftliche Rente an sich nicht zu sinken, denn sie wird letzten Grundes lediglich vom Verhältnis der Preise der Produktionsmittel zu dem der Produkte bestimmt und über die letzteren auch nur für die nächsten zwei, drei

Jahre etwas zu prophezeien, scheint mir verwegen. Nur das fühle ich mich verpflichtet in Fortsetzung meiner früher (auf Seiten 124 und 125) gemachten Angaben zu sagen, daß, wie anfangs die Produktenpreise schneller stiegen als die Preise der Produktionsmittel, wir jetzt das umgekehrte Schauspiel erleben. Für eine objektive Würdigung dieser Relationen ist es unbedingt nötig, den Produzenten- und den Konsumentenstandpunkt zu trennen. Für den Konsumenten sind die Nahrungsmittel auf das 3fache und mehr gestiegen, nicht so für den Produzenten. Der Getreidepreis hat sich knapp verdoppelt, die Viehpreise nicht einmal das, die Kartoffelpreise allerdings mehr als verdoppelt. Dem hieraus bei guter Kartoffelernte erwachsenden Nutzen hat in diesem Jahre die vielfach schlechte, vielfach mittlere Ernte den Garaus gemacht. Dazu kommt, daß das Großgut sehr wenig, der Bauer allerdings recht viel vom Schleichhandel profitiert hat.

Welche wirtschaftliche Torheiten die öffentliche Preisfestsetzung für den Produzenten einschließt oder — andersherum besehen — wie unsinnig sie die Bodenprodukte für den Konsumenten verteuert, zeige ein Beispiel: für Futterrüben darf der Kleinhändler das 2½fache, der Großhändler schon das Doppelte (6 M. pro dz) erheben, als der Produzent bekommt (3 M. pro dz.); im Frieden galt unter viel schwierigerem Absatz 20 Pfg. als ausreichend für ihn (den Großhändler). Dabei handelt es sich stets um große Posten, mindestens hunderte, vielfach tausende von Dz. dieser Ware und muß er nicht etwa erhebliche Mühe aufwenden, um sie an den Mann zu bringen, sondern die Waren werden, wie jetzt alle Bodenprodukte, sozusagen aus der Hand gerissen. Mit einem Brief, mit einem Telephongespräch setzt er die Produkte eines Mittelgutes ab und bezieht dafür ebensoviel, wie der Landwirt für die Bodenrente von sagen wir $^1/_{10}$ seines Gutes, für ¼ seines Gesamtarbeitsaufwandes, Beschaffung teueren Düngers, die ganze Abfuhr und Verladung u. a. m. Müssen derartige unerhörte Preisfestsetzungen die Produktionslust nicht untergraben?

Soviel über die Produktenpreise. Unter den Produktionsmitteln gibt es keines mehr, das nur doppelt so viel, wie vor 4, 5 Jahren kostete. Was besonders die Arbeitskosten anlangt, so wachsen dieselben langsam aber stetig weiter; wie lange noch, wird von der Gestaltung des industriellen Arbeitsmarktes ab-

hängen, dessen Zusammenbruch allerdings nahe bevorstehen dürfte. Der Landarbeiter hat einen starken Verbrauch an Kleidern und Schuhwerk und seine Lohnforderungen können sich erst erniedrigen, wenn hier gründlicher Wandel eingetreten ist.

Jedenfalls wächst von Tag zu Tag die Ungunst des Verhältnisses zwischen Produkten- und Produktionsmittel-Preisen und darin liegt die furchtbare Gefahr der fortlaufenden Verminderung der Gesamtproduktion an Nahrungsmittln. Welcher Industrie würde man vor drei Jahren festgelegte Preise vorzuschreiben wagen?

Geradezu ruinös sind die Fleischpreise, die — das sei zugegeben — relativ niedrig gehalten werden müssen, wenn nicht sofort wieder die Verfütterung von Getreide und anderen menschlichen Nahrungsmitteln den allergrößten Umfang annehmen soll. Die Preispolitik der zweiten Kriegshälfte war sicher insoweit richtig, als sie die Verfütterung von Getreide (bzw. dessen Mahlprodukten) an Rindvieh und Schweine außerordentlich eingeschränkt hat. Nur an Zugvieh, in erster Linie an die Pferde wird fortlaufend erheblich mehr verfüttert, als erlaubt ist und bekanntermaßen ist ja nur auf diese Weise unser Zugvieh am Leben und leidlich arbeitsfähig erhalten worden. Die Milch- und Butterpreise sind erst im letzten Herbst nicht unerheblich heraufgesetzt worden, und doch ist ihre Produktion nach wie vor verlustbringend, denn die Milchergiebigkeit unserer Rinderherden ist weiter abgesunken. Von deren Tiefstand gibt folgende Tatsache ein anschauliches Bild: im Kreise Bunzlau wollte man durchaus den löblichen Versuch machen, irgendwo ein Loch in die verhaßte Zwangswirtschaft zu stoßen. Dazu würde die Milchablieferung ausersehen. Wenn, so kalkulierte man dort, die einzelnen Gemeindevorsteher sich dafür verbürgen wollten, daß pro Kuh ihres Dorfes täglich 2 Liter Milch abgeliefert würden, so sollte die Reichsfettstelle dazu vermocht werden, für die übrige Milch dem Erzeuger freie Verfügung zu lassen. Der Vorschlag scheiterte bereits in seinem ersten Stadium, denn die wenigsten Gemeindevorsteher waren erbötig, für diese geringe Ablieferungsmenge einzustehen. In einer renommierten Herde eines größeren Gutes desselben Kreises ist der Milchertrag unter die Hälfte des Friedensertrages abgesunken, obwohl hier ohne Ansehung der

Rente alle möglichen teueren Kauffuttermittel erstanden wurden, um die, wie gesagt, ziemlich wertvolle Herde nicht ganz herunterkommen zu lassen. Die schlechte Rentabilität des Kuhstalles und die starken Zwangsabforderungen von Rindvieh wirken Hand in Hand auf die fortlaufende Verringerung der Bestände hin und es ist garnicht abzusehen, wie hoch der Milchpreis bei freiem Markt steigen wird. Leider nur werden die meisten Landwirte mit ihrem klein und leistungsunfähig gewordenem Bestande wenig mehr davon profitieren.

War schon in den normalen Verhältnissen des Friedens auf den Viehkonten stets eine Unterbilanz vorhanden, die auf den Mist abgewälzt wurde und gewissermaßen dessen Produktionskosten darstellte, so ist diese Differenz jetzt noch viel größer geworden, mit anderen Worten der Mist jetzt sehr teuer geworden. Teuerer Mist aber bedeutet hohe Produktionskosten der Kartoffeln (denen er in erster Linie zugewendet zu werden pflegt) aber auch von Rüben und Getreide.

Alles bisher gesagte kann nur unter der Voraussetzung einigermaßen Gültigkeit beanspruchen, daß die bevorstehenden Frühjahrsmonate ohne anarchistische Ausbrüche der in den Städten darbenden Volksmassen verlaufen. Träte die furchtbare Eventualität ein, daß großstädtische Horden sich plündernd über das platte Land ergössen, und würden durch sie das Saatgetreide und die Saatkartoffeln den Landwirten entzogen, so müßte das Nahrungsmittelelend eine unsägliche Verschärfung erleiden, deren Folgen auszumalen sich die Feder sträubt.

Möchte es wenigstens gelingen, das Frühjahrsaatgetreide in die Erde zu bringen und die normale Fläche mit Kartoffeln zu bestecken und damit die Grundlage für die Versorgung des neuen Wirtschaftsjahres zu legen. Etwas zu versäumen, was sichernd in dieser Richtung wirken kann, wäre das schwerste Verbrechen, das die derzeitigen Staatslenker am Volke begehen könnten und hier vorzubeugen wird eine der ersten Sorgen der aus der Nationalversammlung hervorgehenden Regierung sein müssen. Zur Zeit beginnt es allenthalben außerordentlich an Druschkohlen zu fehlen, ihre Herbeischaffung ist eine der wichtigsten und brennendsten wirtschaftlichen Maßnahmen.

Der Schleichhandel ist mit der Zeit ein offen bekanntes Laster geworden, das nicht etwa engen Kreisen, sondern einem

großen Teil des Volkes zu wenn auch nicht unbeschränkter Versorgung mit den ihm von der öffentlichen Verteilung vorenthaltenen Lebensmitteln verhilft. In höchst bedauerlicher Lage befinden sich aber die wenigen jedoch immerhin kopfreichen Schichten des kleinen Beamtentums derjenigen Kategorien, die nicht in der Lage sind, sich einen unrechtmäßigen Erwerb zu verschaffen, also auch nicht die sehr teueren Schleichhandellebensmittelpreise zu bezahlen.

Die schwerstwiegende Wandlung, die unser Zusammenbruch mit sich gebracht hat, liegt auf dem Gebiet der Arbeit. Mußte man auch bei besserem Ausgange des Krieges mit anfänglichem Mangel an vielen Rohstoffen der Industrie rechnen, so wäre doch voraussichtlich nur eine Frage von Monaten gewesen, was jetzt eine Frage von Jahren, wenn nicht Jahrzehnten sein wird, denn, wie die Dinge jetzt liegen, kommt es nicht auf die technische Möglichkeit an, Rohstoffe heranzuschaffen, sondern auf die Handels- und Industriepolitik, welche England und Amerika zu treiben für gut befinden werden. Es ist für die Prognose hinsichtlich der Landarbeit ziemlich gleichgültig, welche Industrien die Hauptleidtragenden sein werden, ein Mangel an Industriearbeit, diese als Ganzes gefaßt, wird die Signatur der nächsten Jahre sein, infolgedessen also ein größeres Angebot zur Landarbeit. Damit ist noch keineswegs gesagt, daß die Landwirtschaft alles Angebot wird aufnehmen können, denn hier spricht doch sehr die Weltmarktkonjunktur mit. Zwar werden wir selbst unter der wahrscheinlichen Voraussetzung des Freihandels zunächst mit hohen Produktenpreisen rechnen müssen, weil unsere Valuta schlecht sein wird, werden aber nicht vielleicht die Arbeitslöhne relativ noch höher sein? Zur Zeit stehen wir beim Arbeitslohn weit über dem Doppelten der Vorkriegsperiode und wann kommt der von Tag zu Tag vorausgesagte und bisher nie eingetretene Wandel? Akkordlöhne stehen teilweise schon auf dem 3 fachen der Vorkriegsperiode und mehr als das. Wo schwere Arbeit in Frage kommt, darf nicht verkannt werden, daß solche Höhe mit den Ernährungsschwierigkeiten zusammenhängt und gleichzeitig mit ihrer Abminderung sinken dürfte.

Nun steht es aber außer allem Zweifel, daß ein großer Teil der früheren Industriearbeiter nicht geneigt sein wird, sich unter das vermeintliche Sklavenjoch des Landgutbetriebes zu beugen.

Da heißt es: Massenauswanderung oder Massenkleinsiedlung.

Hier liegt das große Fragezeichen für das Schicksal unseres Vaterlandes. Ist das, was wir jetzt um die Jahreswende von 18 auf 19 erleben, nur ein kurzer Fiebertraum, und besinnt sich das Volk noch rechtzeitig auf seine wahre Lage, auf die notwendigen Konsequenzen der allgemeinen Verarmung: unverdrossene Arbeit unter bescheidensten Anforderungen an das Leben, so braucht man die Hoffnung auf einen neuen Aufschwung nicht fallen zu lassen. Bleiben aber die alten Ansprüche, wie sie das letzte Menschenalter im deutschen Volke in einer in der Wirtschaftsgeschichte unerhörten Weise und Umfang hat hochkommen lassen, bestehen, so fehlt die oberste Bedingung für einen umfangreichen Auszug aus den Industriezentren aufs platte Land, und erübrigt sich damit alle frühere und jetzige Vorarbeit dafür, die tüchtige Köpfe seit lange geleistet haben und jetzt erst recht leisten.

Der alte Ruf: es gibt Siedler genug, aber kein Siedlungsland unter annehmbaren Bedingungen, hat zur Aufnahme früherer Bestrebungen auf Bereitstellung genügender Siedlungsflächen geführt, und ein dieses sicherndes Gesetz ist Anfang 1919 publiziert worden.

Ich zweifele nicht daran, daß die Bereitstellung von Land zumal unter dem letzthin vollzogenen Wandel der Verhältnisse und damit auch der Anschauungen keine Schwierigkeiten machen wird; anders liegt es mit der Errichtung der Gebäude. Hiermit in bisher gewohnter Qualität vorzugehen, ist gänzlich ausgeschlossen und die ganze Siedlung müßte trotz größter Siedlungslust und beliebig zur Verfügung stehenden Siedlungsflächen an dieser Klippe scheitern. Dies ist der Punkt, dem die Entsagungsfähigkeit des Volkes auf die erste harte Probe gestellt werden wird. Hier bringt die Veränderung der wirtschaftlichen Weltlage ein ganz neues Problem zutage. Es kann nicht davon die Rede sein, daß Millionen eine neue Existenz als behäbige Kleinbauern beginnen, die in ihren hübschen Häuschen selbstverständlich ein Grammophon, einige Kisten Zigarren u. dgl. haben, auf Silvesterbälle gehen und was an dergleichen Requisiten einer Hochkultur noch zu nennen wären, sondern die Frage lautet: wollen diese Millionen als Pioniere ein kärgliches Leben beginnen, das aus nichts als zäher Arbeit besteht, wollen sie den 8 stündigen Arbeitstag des Industriearbeiters mit dem 16 stündigen des Pioniers freiwillig

vertauschen, in bewußter oder unbewußter Opferfreudigkeit dafür, daß ihre Kinder ein stärker und reicher gewordenes Deutsches Reich zum Vaterlande haben sollen!

Wo soll das Material für ansprechende kleine Höfe herkommen, und wenn schon, wer soll es bezahlen? Die einfachste Rechnung jedes auch nur einigermaßen mit den Verhältnissen Vertrauten ergibt, daß auf kostenlos hergegebenem Lande Gebäude und Inventarbeschaffung so teuer zu stehen kommen, daß an rentable Bewirtschaftung nicht zu denken ist. Wohl ist des öfteren bewiesen worden, daß Kleinbauern eine erheblich höhere Rente erschwingen als der früher diese Scholle bewirtschaftende Großlandwirt, aber all das hat seine natürlichen Grenzen, die unter den jetzigen extremen Bau- usw. Preisen weit überschritten werden. Das sehr schwierig scheinende Bauproblem wird damit zu einem sehr einfachen; es gilt die Frage: Wollen sich die Siedler mit halb in die Erde gebauten, aus Lehm und schwachen Hölzern bestehenden Hütten begnügen, die nur wenig Materialaufwand und noch weniger Arbeitslohnaufwand erfordern (denn sie leisten die Arbeit selbst)? Ein zweites unentbehrliches Gebäude die Stallscheune; sie muß das opulentere sein, denn sie kann nicht in die Erde eingebaut werden.

Machte ich schon in meinen früheren Ausführungen an dieser Stelle geltend, daß unter Aufhebung jeglicher Bauordnung primitive Gebäude zugelassen werden sollten, so hat sich jetzt die Notlage um ein vielfaches verschärft und müssen die Ansprüche erheblich weiter herabgesetzt werden. Bloße Erleichterungen der Bauordnung und ähnlichen Lappalien anzustreben ist unter den heutigen Verhältnissen ein Schlag ins Wasser.

Zuschüsse mag ja diese und jene wohlhabende Kommune vorläufig noch zu einer beschränkten Zahl von Kleinhäuschen zahlen können. Woher aber sollen die Zuschüsse zu Hunderttausenden von Kleinsiedlungen kommen?

In manchen Gegenden, insbesondere in Schlesien, aber auch in Thüringen und anderwärts gibt es eine besondere nicht unerhebliche Siedlungsmöglichkeit. Hier sind vielfach im letzten Menschenalter kleine Stellen, aber auch kleinere und größere Bauerngüter an die Rittergüter herangekauft worden. Allerdings hat dies vielfach Vernachlässigung der Gebäude mit sich gebracht, immerhin aber lassen sich diese Gebäude bei weitem schneller und billiger wiederherstellen als neu errichten. Hierin also liegt für Tausende

die Möglichkeit, schon im Jahre 1919 ein landwirtschaftliches Anwesen zu beziehen und hier sollte deshalb die Tätigkeit der Siedlungsbehörden zuerst einsetzen. Ueberall anderwärts, insbesondere in den dorfarmen östlichen Großgutsdistrikten, bietet sich nichts dergleichen, hier muß eben auf freiem Felde gesiedelt werden, hier müssen neue Gemeinden erwachsen. Hier geht es ohne abgehärtete, anspruchslose Leute nicht ab. Wartet ihrer übrigens in Kanada, in den westlichen Vereinigten Staaten und Argentinien und anderwärts ein sorgenloses Dasein?

Günstigere Stellung der Gemeinden mit zahlreichen Neusiedlungen hinsichtlich der Schullasten darf nicht vergessen werden; Neubau von Schulgebäuden wird weniger nötig sein als die Anstellung neuer Lehrer, denn man kann die Schulgebäude durch Verteilung des Unterrichts über den ganzen Tag besser ausnützen als bisher; ohne Errichtung von neuen Lehrerwohnungen allerdings kann es nicht abgehen. Würden schon bei starker Siedlungstätigkeit viele kleinen Gemeinden volkreicher, so wäre gleichwohl vielfach die Zusammenlegung mehrerer kleinen Gemeinden zu einer Großgemeinde ins Auge zu fassen, um dadurch die Leistungsfähigkeit nach allen Richtungen hin zu verstärken. Die zukünftige Verwaltung wird ohnehin so hohe Anforderungen stellen, daß es ohne ein wenn auch bescheidenes Gemeindebureau nicht abgehen wird. Die dadurch steigende Belastung kann die kleine Gemeinde nicht vertragen. Die Verwaltungskosten lassen sich durch Aufhebung der Amtsvorsteherinstanz verringern. Die verminderte Zahl der (Groß) Gemeinden kann direkt mit dem Landratsamt verkehren.

Die kurzumrissene Anpassung der neuen Siedler an die Zeitlage ist nicht derart denkbar, daß diese Schicht mit ihren Lebensanschauungen und ihren Lebensansprüchen völlig aus dem Rahmen des sonstigen Volkes herausfällt, sie ist vielmehr überhaupt nur möglich, wenn die Bescheidenheit, von der bisher nur auf dem Papier etwas zu finden ist, während in praxi die Ansprüche nach dem unglückseligen Zusammenbruch von Tag zu Tag genau so weitersteigen, als wenn die Welt zu unseren Füßen läge, in alle Kreise einzieht. Gibt es auch äußerlich kein Oben mehr, wie es mit den früheren Verhältnissen verbunden war (Hofkreise und dgl.), so gibt es immer noch ein anderes ideelles Oben, dessen Lebensweise sich die unten zur Richtschnur nehmen.

Nur wenn von hier aus in der Zurückschraubung aller

aber auch wirklich aller Ansprüche mit gutem Beispiel vorangegangen wird, ist mit einer Möglichkeit zu rechnen, daß aus allerlei Schichten und Kreisen sich ein Strom von Pionieren aufs Land hinausbegibt und einen ihm ungewohnten Kampf ums Dasein dort aufnimmt. Die Erwerbsbedingungen des Siedlers sind, das muß hier im Gegensatz zu den eben geschilderten Opfern wieder einmal gesagt werden, keine schlechten, denn nicht sowohl die Bodenprodukte, schlechthin, als vielmehr diejenigen, in denen viel Arbeit steckt, werden für längere Zeit hoch im Preise bleiben.

Deshalb hat auch der bisherige und der sich etwa neu bildende Landarbeiterstand durchaus keine schlechten Aussichten. Die Landarbeiter haben es m. E. sogar in der Hand, die bestsituierten Arbeiter Deutschlands zu werden und sollten deshalb in dieser Zeit der Umwälzungen am allerwenigsten dazu beitragen, das Gefüge der Großwirtschaften (ihrer Nährmutter) zu erschüttern. Es gibt gewisse Kulturen und Betriebszweige, die an eine größere Fläche oder sonstige größere Ausdehnung gebunden sind, in viel mehr Branchen aber lag schon bisher die Ueberlegenheit auf Seite des Kleinbetriebes. Diese Ueberlegenheit steigt mit steigenden Arbeitskosten. Das große Ausmaß von Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit, das das Arbeitsmaß verringert und den Aufwand an Zugvieh und sonstigem Apparat erhöht, wird immerdar das Wahrzeichen des Großgutes mit seiner durch die großen Räume diktierten Schwierigkeit und Unvollständigkeit der Kontrolle sein. Daher werden den großen Roherträgen arbeitsintensiver Kulturen in der Regel in stärkerer Progression wachsende Aufwendungen gegenüberstehen und sie damit unrentabel werden. Der Kleinbetrieb, insbesondere die Familienwirtschaft, hat deshalb bei uns noch ein ungeahntes Feld der Betätigung vor sich.

Was man in dieser Zeit in Ansehung der Gesamtwirtschaft immer wieder sagen muß, muß auch hier für die Landwirtschaft gesagt werden: Hätte schon ein Benehmen, wie es gegenwärtig die Regel ist, für einen Sieger die Folge haben müssen, sich um die wirtschaftlichen Erfolge des Sieges zu bringen, wohin soll es erst — seitens eines Unterlegenen längere Zeit fortgesetzt — also gerade bei unserer derzeitigen Lage führen?

Inflation*).

(Zur Theorie der Kriegswirtschaft. II.)

Von

FRANZ EULENBURG.

Inhalt:

*) Die Abhandlung bildet die Fortsetzung meines früheren im Archiv 1916 S. 349/96 erschienenen Versuches »Zur Theorie der Kriegswirtschaft«. Dort war das vierte Problem der »Störung«, nämlich die Geldfrage, nicht erörtert worden. Das geschieht nunmehr hier. Wiederum vom theoretischen Standpunkt, ohne auf die besonderen Verhältnisse des einzelnen Landes Rücksicht zu nehmen. Allerdings hat die so zahlreich über den Gegenstand erschienene Literatur der letzten beiden Jahre es nötig gemacht, öfters dazu Stellung zu nehmen. Eine eingehendere Auseinandersetzung mit Bendixen, Cassel, Dalberg, Diehl, Heyn, Liefmann, die ausführlicher darüber geschrieben haben, sowie mit den einzelnen Aufsätzen von Huber, Judick, Pohle, Weill wird indessen nicht beabsichtigt; sonst wäre aus der Abhandlung ein Buch geworden. Die neueste Schrift von Prion, Ueber Geldentwertung ist mir lange nach Abschluß der Abhandlung in der Korrektur zugänglich gemacht worden. Es muß zudem betont werden, daß das Problem der Inflation ganz nur zu verstehen ist, im Zusammenhang mit den sonstigen Aenderungen der Kriegswirtschaft. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird darum auf den früheren Artikel (I) öfters Bezug genommen.

I. Das Problem.

Als ein Urphänomen jeder Kriegsführung ist die enorme Steigerung des Geldbedarfes zu betrachten. Er muß formell sofort befriedigt werden unabhängig davon, wie nachher die Tilgung stattfinden soll. Das Geldproblem hängt wiederum so eng mit der Kostendeckung zusammen, daß eine Theorie der Kriegswirtschaft es in den Vordergrund der Betrachtungen stellen muß. Allerdings schafft der Krieg auf diesem Teilgebiete ebenfalls nicht eigentlich Neues für die Theorie. Nur bringt er die Probleme, die auch sonst vorliegen, zur besonderen Geltung, indem er die mitwirkenden Faktoren ins Riesenhafte steigert und dadurch deutlicher erkennen läßt. Er verleiht ihnen durch das Ausmaß der Forderungen und durch die begleitenden Umstände eine sonst nicht wieder erreichte Bedeutung. Gerade die theoretischen Fragen des Geldwesens sind vor 100 Jahren im unmittelbaren Anschluß an die englische Bankrestriktion, die als Folge der Freiheitskriege auftrat, erörtert worden. Es sind im Grunde dieselben Probleme, die sich auch diesmal nur im vergrößerten Maßstabe bemerkbar machen. Im einzelnen ergeben sich manche charakteristischen Abweichungen, die mit der Eigenheit der nationalen Geldverfassungen, mit der besonderen Wirtschaftslage der einzelnen Länder sowie mit der eingeschlagenen Finanzpolitik eng zusammenhängen. Man hat in Deutschland, wie mir scheint diese allgemeinen Verhältnisse zu wenig beachtet und darum Abnormitäten des nationalen Preisstandes und der Valuta auf spezifisch deutsche Ursachen zurückführen wollen, die davon gar nicht abhängen. Hätten wir die parallelen Vorgänge in anderen Ländern genauer betrachtet, so würden schwerlich kausale Beziehungen konstruiert sein, die nicht vorliegen können, da sich allenthalben die gleichen Erscheinungen zeigen. Ein Teil der Anschauungen stammt zudem noch aus dem Anfang des Krieges, wo die Gesamtwirkung der Geldveränderung noch nicht übersehbar war. Die Methode der isolierenden Abstraktion, die man anwenden muß, setzt aber voraus, daß man die allgemeinen Vorgänge übersieht und mit den empirischen Tatsachen vertraut ist: Sonst lassen sich die funktionellen bzw. kausalen Zusammenhänge nicht aufweisen. Die Tatsachen, an denen man die Theorie prüft, sind stets nur als experimentum crucis zu betrachten.

Es traf sich für die deutschen Verhältnisse eigentümlich, daß die neue bereits vor dem Kriege aufgestellte staatliche Geldtheorie die Erscheinungen für ihre Zwecke auszunutzen und daraus praktische Konsequenzen für die Währungspolitik nach dem Kriege zu ziehen suchte. Allerdings hat man sich die Beweisführung zum teil recht leicht gemacht. Die Tatsache, daß trotz Zwangskurs und Uneinlösbarkeit die Banknoten vom Publikum bereitwillig aufgenommen werden, auch ohne daß man nach der formellen Dritteldeckung fragt, beweist an sich recht wenig. Dem Publikum blieb ja gar nichts anders übrig, als das Papiergeld anzunehmen. Ein besonderes Zeichen von Vertrauen kann man doch unmöglich darin erblicken, solange Zwang zur Annahme besteht. Ebensowenig darf man das Hamstern von Münzen und Papiergeld in einzelnen Kreisen umgekehrt als ein Zeichen von Mißtrauen deuten. Ob nicht das Gold, wenn es zirkulieren dürfte, ein Agio erhalten hätte, läßt sich gar

nicht ausmachen, ist aber sehr wahrscheinlich. Auch das so oft herangezogene Beispiel der öster. Währung beweist für ein Welthandelsland noch nicht allzu viel, solange man bei der bloß formalen Geltung der Zahlungsmittel stehen bleibt und nicht die gesamten ökonomischen Verhältnisse der Geldwirtschaft, also Preisstand, Außenhandel, Kredit und Zinsfuß des Landes mit berücksichtigt.

Gemeinsam ist allen Ländern im Kriege, wenn auch in verschiedenem Maße, die Vermehrung der papiernen Umlaufsmittel, anderseits eine veränderte Bewertung der Valuta im Auslande. Dabei ist unter eigentlichem Papiergeld nur solches zu betrachten, das Zwangskurs erfahren hat: das also nicht durch »bares Geld« im Sinne der Geldverfassung einlösbar ist. Daß eine Steigerung der Preise mit jeder Kriegswirtschaft verbunden ist, hatten wir schon vordem als eine theoretische Notwendigkeit aufzuzeigen versucht. Diese Fragen treten vollständig aber erst in Verbindung mit dem Geldwesen zutage. Sie erlangen auch unabhängig vom Kriege eine große Tragweite: sie bilden dessen dynamische Probleme.

Die Vermehrung der Geldzeichen ist fast immer begleitet von einer starken Verminderung der Kaufkraft im Innern des Landes. Also nach dem üblichen Sprachgebrauch, den wir richtig verstanden, beibehalten können, von einer Wertverminderung des Geldes [1]; sie drückt sich aus in einer Steigerung der Warenpreise. Dabei kann es durchaus zweifelhaft sein, von welcher Seite diese Wertverminderung ausgeht: ob von der Waren- oder von der Geldseite selbst, oder endlich ob nicht beides nur die Folgeerscheinung aus anderen Ursachen ist. An sich ist aus einer bloßen Aenderung der Kaufkraft kein Schluß auf den Ursachenzusammenhang zu ziehen. Die Verringerung der Werteinheit trifft dabei die einzelnen Käuferschichten ganz verschieden, die kleinen Einkommen mehr als die höheren, die Produzenten anders als die Konsumenten.

Die Aenderung der ausländischen Wechselkurse andererseits bedeutet eine Entwertung des heimischen Geldes im Auslande, eine Herabsetzung seines Außenwertes. Sie bedeutet Schwächung des Kredites, teuren Einkauf aller Rohstoffe und Fertigwaren sowie Mindererlös für die ausgeführten Produkte. Sie bedeutet steigende Abhängigkeit vom Auslande und Schwächung der eigenen Volkswirtschaft. Ob diese Aenderungen des Innen- und Außenwertes in Zusammenhang miteinander stehen, ist bereits von der klassischen Werttheorie im Anschluß an die Folgen der Freiheitskriege lebhaft erörtert und bis zu einem gewissen Grade entschieden worden. Krieg und Teuerung gehören nun einmal zusammen, wie der Mensch und sein Schatten. Die Wirkungen dauern dann noch längere Zeit fort.

Das Problem der Inflation rückt deshalb in den Mittelpunkt der Erörterung aller geldtheoretischen Fragen der Kriegswirtschaft und deren Folgen. Im allgemeinen versteht man darunter eine Geldent-

[1] Die Bezeichnung »Binnenwert« für Kaufkraft des Geldes im Inlande, »Außenwert« für solche im Auslande ist seit Adolf Wagner üblich geworden. Vgl. Lexis, Papiergeld im H. d. St.

wertung von der Geldseite aus infolge vermehrter Papiergeldausgabe. Hier treffen sich ganz entgegengesetzte Theorien. Metallisten und Nominalisten, Anhänger, wie scheinbar auch Gegner der Quantitätstheorie können darin derselben Meinung sein; nur in der Begründung würden sie voneinander abweichen. Freilich steht der Begriff der Inflation selbst keineswegs fest. Er wird bald in einem engeren, bald in einem weiteren Sinne gebraucht, wie ja auch der Geldbegriff keineswegs feststeht, sondern entweder nur bestimmte eigentliche Umlaufsmittel oder allgemein Zahlungsmittel bis zum Scheck- und Giralgeld umfaßt.

Unter Inflation versteht man einmal die Vermehrung und dadurch herbeigeführte Ueberschwemmung mit Papiergeld. Man spricht von »einer Uebersättigung des Marktes mit Papiergeld« (Cassel)[2]). Andererseits begreift man darunter jede Vermehrung von Zahlungsmitteln überhaupt, gleich ob Gold oder Papier, unter der selbstverständlichen Annahme, daß dadurch auch eine Preissteigerung hervorgerufen würde (Diehl)[3]). Oder man erweitert den Begriff und dehnt ihn so ziemlich auf alle währungs-politischen Maßnahmen überhaupt aus, unabhängig von der Qualität, so daß man auch eine Vermehrung der Bankguthaben darunter begreift (Bendixen)[4]). Endlich erstreckt man den Begriff noch weiter aus, indem man von einer Kreditinflation spricht und damit überhaupt jede Preissteigerung faßt, soweit sie von der Geld- und Kreditseite beeinflußt wird (Dahlberg, Liefmann)[5]). Mit alledem nähert man sich

[2]) Dabei ist Cassel in seinem Sprachgebrauch sehr ungenau. Er spricht in Deutschlands Wirtschaftliche Widerstandskraft, S. 144, von der Inflation der Markvaluta, d. h. von deren Wertsteigerung bzw. Verminderung. S. 136 von der Inflation der englischen Valuta, beide Male also in einem engeren Sinne.

[3]) Ausdrücklich gibt Diehl, Ueber die Frage des Geldwesens und der Valuta S. 59 zu, daß auch Inflation vorliege, wenn Preissteigerung durch Vermehrung des Metallgeldes, etwa durch Entdeckung einer Goldmine erfolgt sei. Für Deutschland leugnet er die Inflation, weil eine solche nur bei uneinlöslichem, ungedecktem Papiergeld vorliege, unseres aber gedeckt sei (S. 61). Letzteres ist nicht zutreffend. Effekten sind jedenfalls keine jederzeit fällige Deckung.

[4]) Für Bendixen, Das Inflationsproblem, ist Inflation gleichbedeutend mit übermäßiger Geldschöpfung, gleich ob sie sich auf Papier oder metallische Zahlungsmittel bezieht; er rechnet auch die Münzverschlechterung des 16. Jahrhunderts dazu. Giralgeld ist für ihn dem Notalgeld bei der Geldschöpfung gleichzusetzen (Inflationsprobleme S. 29). Denn es komme nicht auf den technischen Vorgang der Schaffung von staatlichen Geldzeichen, sondern auf die Bildung neuer Kaufkraft an. Gerade vom Standpunkt der staatlichen Theorie aus ist es aber durchaus unkonsequent, auch Bankguthaben als Geld zu bezeichnen, da sie nicht auf einem »Schöpfungsakte« des Staates beruhen. An sich müßte man sonst die Wechsel ebenfalls zu den Zahlungsmitteln rechnen, was zu ganz unhaltbaren Konsequenzen führen würde. Neuerdings vertritt eine ähnliche Anschauung Prion, Geldentwertung.

[5]) Liefmann, Geldvermehrung, ist im einzelnen höchst ungenau und widerspruchsvoll, was damit zusammenhängt, daß seine Begriffe durchaus unscharf sind. Er nennt (S. 24) Inflation »den Einfluß der Geldvermehrung

unversehens wieder der Quantitätstheorie, die man meist zu bekämpfen ausgab. Dabei kann die Quantitätstheorie selbst naiv oder kritisch gefaßt sein, einen direkten oder indirekten Zusammenhang beider Bewegungen aufstellen. Auf diese Begründung kommt es hierbei freilich ebenso entscheidend an, wie auf den Zusammenhang selbst. Es ist das eigentlich dynamische Problem der Geldtheorie, das seit 100 Jahren die Geister beschäftigt.

Dabei ist die historische Entwicklung sowohl des Begriffes wie auch der Sache selbst noch keineswegs hinreichend erforscht, wenn man von der bis zum Ueberdruß zitierten Assignatenwirtschaft absieht. Das Wort scheint amerikanischen Ursprungs zu sein und auf die starke Geldentwertung nach den Sezessionskriegen 1862/3 zurückzuführen, wo der systematischen Einziehung des Papiergeldes seitens einer gewissen Partei widersprochen wurde, die ihre Suspension durchzusetzen wußte [6]. Das Wort hat dann vor allem zur Zeit der bimetalistischen Bewegung in den 80er Jahren Anwendung gefunden. Man führte das damals eintretende Sinken der Preise und die wirtschaftliche Stagnation auf eine relative Geldverknappung zurück [7]. Man glaubte eine »Appreziation des Goldes« als Ursache des niedrigen Preisstandes der Waren annehmen zu sollen. Die Agitation der Silbermänner, der Anhänger des weißen Metalles, wollten durch die Einführung der Doppelwährung nicht nur den Silberpreis festlegen, sondern auch eine günstige Wirkung auf die Warenpreise und damit auf das Wirtschaftsleben selbst bewirken: In der Erwartung, daß durch die gesteigerte Nachfrage des Staates das Silber eine Werterhöhung erfahren würde. Man wünschte also im Gegensatz zum Kriege gerade umgekehrt durch die Geldvermehrung eine Inflation herbeizuführen.. Dagegen hat man weder bei der John Lawschen Kreditoperation noch auch bei dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775—80), noch in der englischen Restriktionsperiode (1792 bis 1828) schon von einer Inflation gesprochen [8]. Gleichwohl haben wir neben den Assignaten in jenen genannten vier Fällen die bisher geschichtlich hervorragendsten Beispiele der Erscheinung zu sehen. Es ist charakteristisch, daß die relevanten Erscheinungen durchgängig im Anschluß an einen Krieg eingetreten sind. Es rechtfertigt sich darum, die Inflation als besonderes Problem der Kriegswirtschaft zu betrachten.

2. In der allgemeinen Preissteigerung drückt sich die Geldentwertung und verringerte Kaufkraft der Geldeinheit gegenüber den Waren aus. Dabei schränkt man allerdings den Begriff der Preise stillschweigend auf Warenpreise ein. Das erscheint begrifflich durch-

---

auf die Preise«. Da es aber nicht auf die realen Zahlungsmittel dabei ankäme sondern nur auf den Giroverkehr, falls er nicht mit der Vermehrung der im Tauschverkehr erzielten Erträge im Zusammenhang stehe, so spricht er (S. 90) auch von einer Kredit- und Giroinflation, es sei Geldverschlechterung.

[6]) Lexis Artikel Papiergeld, H. d. St. IV, S. 1005.

[7]) Eulenburg, Die Preissteigerung des letzten Jahrzehntes.

[8]) Diehl a. a. O. S. 63, 64.

aus gerechtfertigt, da Marktbildung und Tauschverkehr es zunächst mit diesen zu tun haben. Die Preise für Mieten, Grundstücke, Kapitalien sind erst abgeleitete. An sich kann man dem Vorgang selbst nicht ansehen, von welcher Seite die Verteuerung ausgeht, falls durch eine Steigerung aller in Betracht kommenden oder doch wenigstens der hauptsächlichsten Warengruppen eine Verminderung der Kaufkraft eintritt. Sie bezieht sich zunächst auf eine Aenderung des äußeren Geldwertes, d. i. die Beziehung der Dinge untereinander erleiden eine Veränderung. Für den Nominalisten, der im Gelde nur eine abstrakte Recheneinheit, nur ein Preisausdrucksmittel sieht, aber keinen realen Wertmaßstab, kann es im Grunde nur einen solchen äußeren Geldwert und eine äußere Geldentwertung geben. Trotz Beibehaltung desselben Namens vermag auch hier das Geldzeichen einen anderen Inhalt zu erhalten. Darum bleibt die Vermehrung der Zahlungsmittel nicht gleichgültig für die Frage der Rechnungseinheit. Die Schwierigkeit besteht für den Nominalisten nur darin, wie weit der Begriff des Zahlungsmittels ausgedehnt werden soll; ob auch Giralgeld und Guthaben dazu gerechnet werden müssen.

Anders steht es für die Metallisten, bei denen das Geld einen realen Wertmaßstab mit eigenem Wert (Binnenwert) darstellt. Hier vermag eine Vermehrung der Geldzeichen an sich eine Wirkung auf seinen inneren Wert auszuüben. Die Beziehung des Geldes selbst zu den Dingen erfährt eine Aenderung. In beiden Fällen liegt ein mehr oder minder deutliches Zugeständnis an die Quantitätstheorie vor. Das gilt sogar von jenen Theoretikern, die diese Lehre glauben abtun zu müssen und sich sehr erhaben über die quantitativ materialistische Anschauung dünken. Die Quantitätstheorie besagt ja nur: Falls alle anderen Verhältnisse (besonders auch die Warenmenge selbst) unverändert bleiben, bedeutet eine Vermehrung des Geldes, d. i. der umlaufenden Zahlungsmittel, eine Herabsetzung der Werteinheit und damit seiner Kaufkraft. Die Bedingung »*rebus sic stantibus*« will sehr genau beachtet werden. Denn die Geldvermehrung selbst erfolgt eben meist schon unter stark veränderten Verhältnissen. Es ist darum immer schwierig, die Ursachenbeziehungen aufzudecken und das eine Moment der Geldvermehrung reinlich zu isolieren. Ebenso müßte freilich umgekehrt eine Verknappung des Geldes auch eine innere Werterhöhung und damit ein Senken der Warenpreise herbeiführen.

Die erstere Möglichkeit einer preissteigernden Wirkung durch Geldvermehrung mag beim Golde ganz ohne Bedeutung sein[*]). Dazu erscheint die Zunahme zu dem vorhandenen Vorrat im allgemeinen für das einzelne Land wie für den Weltvorrat zu geringfügig. Anders steht es aber, wenn eine Vermehrung des Papiergeldes eintritt; für sie ist eine Grenze nicht gegeben. Darum kann hier eine Geldvermehrung schon quantitativ andere Wirkungen hervorbringen. Wenn 1910 der gesamte Goldvorrat der Erde als Währungs-

*) Diese These hat bekanntlich Lexis stets vertreten. Zuletzt Volkswirtschaftslehre S. 129.

metall rund 30 Milliarden Mark betrug, so macht die Vermehrung der Banknoten allein in West- und Mitteleuropa am Ende des Weltkrieges mindestens die gleiche Summe aus [10]). Das muß jedenfalls als sehr erheblich in Betracht gezogen werden. Die Voraussetzung ist freilich immer, daß die Vermehrung der Zahlungsmittel nicht aus anderen Gründen, etwa wegen Zunahme der Warenkäufe, wegen Aenderung der Zahlsitten, wegen Erweiterung des Umlaufsgebietes sich als notwendig erweist. Wenn auch in gewissen Ländern eine Anhäufung von Gold durch Abströmen aus den Kriegstaaten eintritt, so bleibt doch ein starkes Papiergeldangebot das charakteristische Merkmal der Kriegswirtschaft und damit der Hauptrepräsentant der Inflation. Wir beschäftigen uns darum immer mit dieser Seite der Geldvermehrung.

In Deutschland betrug vor dem Waffenstillstande am 30. Sept. 1918 der Notenumlauf 15,3 Milliarden Mark, dazu 8,7 Milliarden Darlehnsscheine. Dabei lassen wir das noch dazu massenhaft ausgegebene lokale Papiergeld, ebenso die Kassenscheine und die Noten anderer Banken sowie das metallene Kleingeld außer Betracht; letztere drei Umlaufsmittel mögen bis dahin etwa 300 Millionen Mark betragen haben. Seitdem ist freilich das Papiergeld noch weit mehr gestiegen und beträgt am Jahresende 1918 31,1 Milliarden bis Juli 1919 gar 37,8. Aber wir wollen bei dem ersteren Termin stehen bleiben, der für die Fragen der Inflation charakteristisch erscheint. Die 24 Milliarden Papiergeld bedeuten, wenn man den Goldbestand und die frühere Notenmenge in Abzug bringt, eine Zunahme an Umlaufsmittel von 21½ Milliarden Mark. Veranschlagt man für Ende 1913 den gesamten Geldumlauf auf rund 4½ Milliarden Mark, so betrug die Vermehrung an Zahlungsmitteln in Deutschland also etwa das 5fache des Friedensumlaufs. (Ende April 1919 aber schon mehr als das 7fache.)

Für Frankreich wird die Menge des umlaufenden Papiergeldes Ende Juli 1918 auf 30,6 Milliarden Francs = 24½ Milliarden Mark nach dem Bankausweis angegeben, allerdings auf einem infolge der Besetzung wesentlich verkleinerten Gebiete. Das macht gegen das letzte Friedensjahr eine Zunahme um rund das 3½fache aus: Wegen des wenig entwickelten bargeldlosen Zahlungsverkehrs pflegt in Frankreich der Zahlungsmittelumlauf auch im Frieden ein sehr großer zu sein.

Umgekehrt in England: Hier betrug das Mehr an Noten nur 16,3 Millionen Pfd. Sterling. Dazu kommen die *currency notes* im Betrage von 5,8, insgesamt also ein Mehr an Papiergeld von etwa 6,2 Milliarden Mark. Gerade hier ist aber wegen des sonst sehr geringen Notenbetrages die Vermehrung relativ recht bedeutend. Sie beträgt das 6fache des Friedensumlaufes. — In Italien macht bis Ende 1918 die Zunahme an Zahlungsmitteln gegenüber dem letzten Friedensjahr insgesamt 11 Milliarden Mark aus, das ist das 5½fache. Aber auch in anderen Staaten, selbst wenn man von Rußland und Oesterreich-Ungarn absieht, hat sich die Menge der Umlaufsmittel außerordentlich vermehrt. Es sei in dieser Beziehung erwähnt: in Holland bis Ende 1918 Geld und Papier zusammen von 774 (265 + 509) auf 2930 Mill. Mark d. i. um das 4fache. Auch in der Schweiz eine Zunahme von 370 Mill. (140 Gold, 230 Papier) auf 1090 (330 + 760), also gerade verdreifacht.

---

[10]) Die Angabe von Judick, Inflation und Wechselkurs, Weltwirtschaftl. Archiv S. 67, wonach der Besitz auf das 6fache gestiegen sei, ist nicht richtig. Er hat offenbar den Goldumlauf der Friedenszeit übersehen.

Es leuchtet ein, daß man nicht den absoluten Betrag an Umlaufsmitteln zum Vergleich heranziehen darf, sondern nur die relative Zunahme. Jene hängt zu stark von den Zahlsitten ab, so daß daraus wenig zu schließen ist. Cassel suchte im Februar 1916 den Parallelismus zwischen Preissteigerung und Inflation durch die parallele Bewegung beider zu begründen; das schien damals für eine Reihe von Ländern tatsächlich zuzutreffen.

Die Geldentwertung und seine verringerte Kaufkraft mißt sich am deutlichsten in dem sog. »Preisniveau«, indem man eine größere Reihe von Warenpreisen zusammenfaßt. Beides ist, wie wir sahen, nur ein anderer Ausdruck für dieselbe Sache. Die Veränderung des Preisniveaus läßt sich für Deutschland während des Krieges in keiner Weise feststellen. Unter »Preis« kann nur der tatsächlich für die gehandelten Waren auf dem freien Markte gezahlte Geldbetrag verstanden werden. Es gab aber in Deutschland gar keine hinreichende Menge von frei käuflichen Waren, aus denen sich die Preise bestimmen ließen. Die sog. »Höchstpreise« sind amtlich festgesetzte Taxen, die sich nicht damit vergleichen lassen, ebensowenig wenn man einzelne Waren gegen Bezugscheine erhält. Auch hier handelt es sich gar nicht um Marktpreise im gewöhnlichen Sinne. Beide beziehen sich nicht auf beliebige Quantitäten wirklich gehandelter Waren, sondern nur auf bestimmte vorgeschriebene Mengen, von denen es zweifelhaft ist, ob sie wirklich erhältlich sind. Noch dazu deckt sehr oft derselbe Name der Ware ganz verschiedene Inhalte, indem die Qualität eine andere wurde; dann ist ein Vergleich der verschiedenen Preisniveaus vollends unmöglich. Ein Versuch, der gemacht wurde, für Juni 1916 die Steigerung der Haushaltskosten und Lebensmittel festzustellen, würde bei vorsichtiger Anrechnung eine Teuerung auf etwa das doppelte ergeben [11]). Eine von anderer Seite vorgenommene Berechnung gab für 1918 eine Preissteigerung der Lebensmittel um 120 v. H. an. Dabei würde aber die innere Zusammensetzung und Qualität der Nahrungsmittel eine Verschlechterung erfahren haben. Noch weniger lassen sich die Preise der Rohstoffe während des Krieges ermitteln, weil es keine gab. Nur Kohlen und Stahlpreise könnten zum Vergleich herangezogen werden, reichen aber für die Bestimmung des Preisniveaus nicht aus. Wir sind also aus besonderen Umständen gar nicht imstande, genau zu sagen, um wieviel durchschnittlich die Warenpreise oder auch die Haushaltungskosten in Deutschland sich verteuert haben. Alle Mutmaßungen darüber sind selbstverständlich irreführend [12]).

Anders steht hiergegen die Sache in England. Hier werden nach der alten Methode der Meßziffern auch im Kriege die englischen Preise nach Zusammenstellung des Economist aus 44 Waren berechnet. Es ist festzuhalten, daß in England die Qualität der Ware sich nicht so wesentlich verändert hat, wie bei uns. Auch waren die Mengen erhältlich und der Konsum nicht durch Rationalisierung, oder die Preise durch Taxfestsetzung gebunden. Die Verhältnisse waren also an sich denen des Friedens ziemlich ähnlich oder wenigstens nicht grundsätzlich wie in Deutschland geändert. Es war das so berechnete Preisniveau seit Beginn des Krieges bis September 1918 um nicht weniger als um 243 v. H. gestiegen [13]). Die Verteuerung der Lebenshaltung, soweit wenigstens Nahrungsmittel im Kleinverkehr in Betracht kommen, betrug nach der

[11]) Auf Grund einer aus Zensurrücksicht nicht veröffentlichten Untersuchung über die Preisentwicklung im Kriege, die für Conrads Jahrbücher bestimmt war.

[12]) Vgl. auch Horlacher, Krieg und Lebensmittelteuerung im In- und Auslande, 1917, S. 31, 65. — Günther, Preis und Arbeitslohn. 1919.

[13]) Auf Grund der Angaben im Economist vom 9. 11. 18.

Labour Gazette etwa 129 v. H. Die Steigerung des Preisniveaus blieb also erheblich gegen die Zunahme der Zahlungsmittel zurück.

Für Frankreich hat die Statistique Générale de France den Jahresbedarf einer vierköpfigen Familie berechnet; die regionalen Unterschiede sind erheblich; am billigsten lebte man im Westen, am teuersten in Südosten. Im Durchschnitt betrug die Steigerung für das erste Vierteljahr 1917 nur 55 v. H., für das erste Vierteljahr 1918 112 v. H., für Paris 118 v. H., bis Januar 1919 sogar 164 v. H. Auch hier ist also ein wesentliches Zurückbleiben der Preissteigerung hinter der Geldvermehrung zu suchen.

Dasselbe würde sich auch in anderen Ländern zeigen. Von den neutralen Staaten sei wenigstens die Schweiz genannt. Wir haben genaue Preisberechnungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Danach würde sich das mittlere Preisniveau der Gesamtproduktion der schweizerischen Landwirtschaft gegen das Jahr 1913 um 75% erhöht haben, während die gesamte Lebenshaltung sich bis dahin um 60% verteuert hat. Sie hat also inzwischen ganz erheblich zugenommen; dabei ist in der Schweiz der Geldumlauf von 370 Millionen Francs auf 1090 gestiegen [14]). In Schweden zeigen die Indexziffern während des Kriegs bis Oktober 1918 eine Steigerung um 270 v. H.

Es zeigt sich demnach 1. kein Parallelismus zwischen der Zunahme der Umlaufsmittel und dem Steigen des (irgendwie ermittelten) Preisniveaus innerhalb desselben Landes, 2. ebensowenig stehen zwischen den einzelnen Ländern die Bewegungen der Preiskurven in einem direkten Verhältnis zu den entsprechenden Kurven des Zahlungsmittelumlaufes. Mindestens kann also ein unmittelbares Ursachenverhältnis zwischen beiden nicht gut behauptet werden. Das schließt trotzdem eine Beeinflussung an sich in keiner Weise aus. Wir haben es eben mit einem zusammengesetzten Phänomen zu tun, bei dem ein einzelnes Moment immer nur eine bestimmte Wirkung auszuüben vermag, ohne schon das ganze Ergebnis hervorrufen zu können. Zudem wirken auf die Preissteigerungen in allen Ländern ganz besondere Umstände, die die absolute Höhe der Preise und ihre Gegenseitigkeit auch unabhängig von der Bewegung des Geldumlaufes beeinflussen.

Andererseits besagt der Einwand, daß nicht sämtliche Preise gleichmäßig gestiegen seien, noch nicht sehr viel gegen die Annahme einer allgemeinen Geldentwertung. Denn die Verringerung der Kaufkraft des Geldes kann sich unmöglich mit einem Male durchsetzen und alle Preise gleichmäßig ergreifen. Jeder einzelne Warenpreis hat innerhalb des Gesamtpreisniveaus noch seine Eigenbewegung. Sie bleibt an sich bestehen, auch wenn sie durch andere Momente überkompensiert wird. Der Durchschnitt läßt stets jedem einzelnen Element eine hinreichende Bewegungsfreiheit; das gehört zum Wesen des Durchschnittsmaßes. Man faßt darum bei Berechnung des Preisniveaus zweckmäßigerweise nochmals einzelne Warengruppen besonders zusammen. Es können demnach sehr wohl einzelne Warengruppen sich verschieden verhalten und ihre Preise durch besondere verlangsamende oder beschleunigende Momente bestimmt werden.

---

[14]) Landwirtschaftliches Jahrbuch der Schweiz 1918, S. 269 und Stefan Bauer, Lebenshaltung in der Schweiz, 1917, Vorwort.

Es wäre möglich, daß die Preissteigerung von ganz bestimmter Seite ausgeht und von hier aus sich auf andere Preise fortpflanzt, bis schließlich eine allgemeine Geldentwertung die Folge wäre [15]). Das darf keineswegs hindern, das allgemeine Preisniveau zum Maßstab der Warenbewegung zu nehmen. Man kann dabei die gemeinsame Wirkung einer Hauptursache festhalten und daraus auf die Aenderung der Kaufkraft des Geldes im allgemeinen schließen. Allerdings bleibt es auch so noch völlig ungeklärt und bedarf der Analyse, ob die Ursachen auf der Warenseite oder auf der Geldseite zu suchen sind und in welchem Umfange die verursachenden Elemente den Einfluß zeigen.

Vollends darf man nicht mit dem Einwande kommen [16]), daß bestimmte Preise, wie Miete, Löhne und Gehälter, daß Effekten und Rentenwerte nicht mit dem Warenpreisniveau gleichzeitig steigen oder fallen. Man spricht zwar bildlich von einem Wohnungs-, Arbeits- und Rentenmarkt. Aber jeder dieser »Märkte« steht unter besonderen Bedingungen. Wenn die Miete anfangs meist hinter der allgemeinen Preissteigerung zurückbleibt, so liegt das daran, daß sie auf länger dauernden Verträgen beruht und sich also erst allmählich den veränderten Geldwerten anpassen kann. Ebenso hängt es von der Stärke der Arbeiterschaft ab, ob sich ihre gewohnheitsmäßig ausbedungenen Löhne gleichmäßig und gleichzeitig zu steigern vermögen. Uebrigens würde umgekehrt eine parallele Steigerung aller Löhne die Kaufkraft selbst unverändert lassen. Jener Einwand ist also logisch nicht berechtigt. Bei den Rentenwerten vollends ist von vornherein keine Beziehung mit den Preisen zu erwarten, da jene vom Kapitalbedarf abhängt, der nur in losem Zusammenhange mit dem Gelde selbst steht. Die Hauptsache ist: Die Fortpflanzung der Preisbewegung und der Geldentwertung kann niemals mit einem Schlage auf alle Werte gleichzeitig geschehen, sondern erst allmählich. Das Preisniveau bezieht sich darum zunächst nur auf die Warenpreise. Die Geldentwertung braucht durchaus keine gleichmäßige zu sein und kann doch als einheitliche Gesamterscheinung aufgefaßt werden.

---

[15]) Die meisten Theoretiker scheinen anzunehmen, daß das Wesen der Indexmethode auf die Zusammenfassung aller Preisgruppen im Generalindex beruhe. Das ist ein Irrtum. Vielmehr läßt sich sehr wohl eine Trennung in Warengruppen und Preisgruppen vornehmen, um einzelne Bestimmungsgründe festzustellen. Darüber handelt ausführlich Bowley in Elements of statistic. Als Beispiel sei erwähnt, daß die Preissteigerung für Brot, Fleisch, Butter und Milch, also die hauptsächlichsten Lebensmittel laut Daily Telegraph vom 25. 11. 18 vom Juni 1914 bis Oktober 1918 betrug Ver. Staaten 61, England 95, Schweiz 115, Frankreich 120, Deutschland 128, Italien 164, Schweden 205, Oesterreich 522 %. Dabei sind freilich die Preise in Deutschland nur nominell, da Waren nicht zu haben sind.

[16]) Wie noch Heyn, Bankarchiv 1916/17, S. 30 meint, daß das Austauschverhältnis gegenüber allen Gütern in Frage komme.

II. Der Bedarf an Umlaufsmitteln.

Wir haben die Frage der Preissteigerung im Kriege hier nicht im ganzen zu behandeln, sondern nur die eine Seite des Problemes, dessen andere im ersten Teil dieser Abhandlung dargestellt wurde (S. 368 f.). Wir greifen darum zur Methode der isolierenden Betrachtung, indem wir nur das eine Moment, die Bewegung der Geldmenge als variabel annehmen, das Warenangebot aber hier einstweilen auf sich beruhen lassen. Wie kann ein Einfluß der Geldvermehrung gedacht werden? Ist ein solcher nicht eventuell ganz zu leugnen [17]? Muß denn nicht die Menge der umlaufenden Zahlungsmittel stets der wirklichen Zahl der Käufe entsprechen? Falls mehr Noten- und Papiergeld ausgegeben werden als der Verkehr verlangt, strömen sie nach kurzer Zeit zur Bank zurück. Mithin, so sagt der Einwand, kann eine Inflation gar nicht von jenen ausgehen, da Verkehr und Umlauf sich von selbst regeln. Falls mehr Noten ausgegeben werden, so ist auch ihr Bedarf größer geworden, so entsprechen ihm mehr und größere Warenkäufe bzw. Zahlungen. Wie soll also von der bloßen Geldvermehrung eine inflationistische Wirkung ausgehen?

Anderseits kann man der Geldvermehrung einen direkten und unmittelbaren Einfluß zuschreiben, wie es die ältere Quantitätstheorie tat. Sie nahm an, daß auf der einen Seite die Geldmittel, auf der anderen Seite die Waren ständen und daß das Preisniveau sich mit der Menge der Zahlungsmittel im Gleichgewichte befände. Verändere sich eine der beiden Seiten, so müsse auch die andere steigen oder fallen. Also nach der Formel: $G : G' = P : P'$. Aber auf diese naive Weise, die wohl auf Locke zurückgeht, erscheint eine Erklärung nicht möglich: ein großer Teil der Zahlungen erfolgt bankmäßig; sodann ist die intensive Ausnutzung der Geldzeichen zu Zahlungszwecken sehr verschieden [18]. Das ist so oft dargelegt worden daß, davon Abstand genommen werden kann. Allerdings scheint Cassel noch auf dem Standpunkt zu stehen, daß hier ein wirklicher Parallelismus obwalten könne: das Maß der Geldvermehrung stelle zugleich auch das Maß der Preissteigerung dar [19]. Diese Annahme wird jedoch, wie wir sahen, schon äußerlich durch das verschiedene Ausmaß der beiden Bewegungen widerlegt. Auch jene Erweiterung der

---

[17]) So Weill, Notenumlauf und Preisbewegung, Bankarchiv 1917/18, S. 223. Die Meinung, daß die Bank nicht imstande sei, die Preise durch Ausgabe von Noten zu erhöhen, vertritt bereits Tooke, vgl. Hoffmann, Kritische Dogmengeschichte der Geldwerttheorien, 1919, S. 13.

[18]) Ueber die Geschichte der Quantitätstheorien handelt Altmann im H. d. St. und der Schmollerschen Festschrift, sowie Hoffmann a. a. O.

[19]) Neuerdings auch Pohle, Die Valutaentwertung im Kriege, S. 15. Er behauptet, daß im Laufe des Krieges die beständig fortgesetzte Geldvermehrung immer mehr der entscheidende Faktor für die Warenpreisbewegung geworden sei, und daß das Maß der Preissteigerung der einzelnen Länder im großen und ganzen im Verhältnis zur Vermehrung der Zahlungsmittel stehe. Eine Begründung der These gibt allerdings Pohle nicht. Sie versteht sich keineswegs von selbst, wie wir gleich sehen werden.

naiven Qantitätstheorie, wonach zur Menge der Zahlungsmittel noch die Umlaufsgeschwindigkeit hinzutreten müsse, um ein Aequivalent für das Maß der Preisbewegung zu geben (Irving Fisher), ist ebenfalls logisch nicht haltbar. Die Gegenüberstellung von Warenmenge und Geldmenge ergibt kein anschauliches Bild der Kaufvorgänge, die weit komplizierter verlaufen, als diese Hypothese annimmt.

Dagegen ist der erste Einwand tatsächlich als ernst zu betrachten. Daß nämlich nie mehr Zahlungsmittel sich im Umlauf befinden, als der Verkehr verlangt [20]). Die Zunahme des Geldumlaufes sei nur Zeichen und Folge des vermehrten Geldbedarfes. Ein Plus an Zahlungsmitteln könne daher nur ganz vorübergehend bestehen, solange das Rückströmen noch nicht stattgefunden habe. Es könne aber nicht von längerer Dauer sein. Wenn also im Kriege die Zahlungsmittel sich vermehrt haben, so stelle sich eben im Kriege ein Mehrbedarf heraus. Ungünstigen Falles könne dann vielleicht ein Teil der vermehrten Zahlungsmittel auf den Geldwert einwirken, nicht aber die ganze. Daraus würde sich dann jenes hervorgehobene Zurückbleiben der Preissteigerung hinter der Geldvermehrung erklären. Aus dieser selbst seien also noch gar keine Schlüsse zu ziehen, solange man die anderen bedarfsteigernden Momente nicht berücksichtigt. Denn natürlich vermag eine Geldvermehrung nur dann eine Preissteigerung hervorzurufen, wenn sich relativ wirklich die Menge der Umlaufsmittel vermehrt, wenn also zusätzliches Geld und damit zusätzliche Kaufkraft entstanden ist. Nicht aber schon dann, wenn absolut aus anderen Gründen der Bedarf nach solchen selbst steigt und einen größeren Umlauf notwendig macht. Der Umstand, daß seit Gründung des Reiches der Betrag der Umlaufsmittel erheblich wuchs, ist noch kein Beweis, daß darum von der Geldseite aus die Preise gestiegen sind. Das müßte aber die Konsequenz sein, wenn die reine Quantität den Ausschlag gäbe.

Liegen nun im Kriege an sich gewisse Momente vor, die den Bedarf an Zahlungsmitteln zu steigern imstande sind? Ist die Aufnahmefähigkeit der Kriegswirtschaft an Umlaufsmitteln tatsächlich größer geworden und warum?

1. Sind einmal die Preise durch die Aenderung der Markt- und Produktionsverhältnisse im Kriege, über die vordem gehandelt ist (S. 369), gestiegen, so wird diese Verteurung ohne weiteres auch einen größeren Bedarf an Zahlungsmitteln nach sich ziehen [21]). Natürlich kann eine Geldvermehrung, die durch die Erhöhung der Warenmenge oder der Preise ausgelöst ist, noch keine Wirkung auf den Geldwert ausüben. Nur Geldvermehrung ohne Warenvermehrung vermag preissteigernd zu wirken. Jene gilt immer nur unter der Voraussetzung,

[20]) Wir brauchen hier die Begriffe Zahlungs- und Umlaufsmittel als gleichbedeutend, obwohl man darin schärfer unterscheiden muß.

[21]) Cassel meint S. 131, daß die Preissteigerung allein der ganzen Vermehrung der Umlaufsmittel entspreche, wogegen die Ersetzung der Wechselzahlung durch Giro keinen Einfluß auf die wirkliche Zahlung ausübe. Letzterer Behauptung ist durchaus zuzustimmen, wie oben gezeigt wird.

rebus sic stantibus, daß alles übrige gleich bleibt. Also wenn die Menge der Umsätze und die Art des Zahlungsverkehrs, wenn die Ausnutzung und das Umsatzgebiet die gleichen bleiben, so muß bei steigenden Warenpreisen auch die Menge der Zahlungsmittel zunehmen, ohne daß dadurch die geringste Wirkung im Geldwerte sich äußern könnte. Wir sahen, daß in England das Preisniveau um das 2½ fache gestiegen, die Lebensmittelkosten sich mindestens verdoppelt haben. Falls dort eine gleiche Zahl von Umsätzen stattfindet, müßten auch die Zahlungsmittel sich entsprechend vermehren. Dasselbe ist natürlich in allen kriegführenden Ländern der Fall. Es gab wie wir wissen, hinreichende Ursachen, warum von sich aus die Warenpreise steigen können. Die Trennung der Märkte hinderte den freien Verkehr und verlieh gewissen Anbietern eine Monopolstellung. Dabei sehen wir von der Nachfrageseite noch ganz ab, die schon wegen der Dringlichkeit und des Umfanges der Kriegsaufträge die Preise steigern muß. Die Warenseite enthielt an sich genug preissteigernde Momente. Für Deutschland wurde die Durchführung der Blockade dafür von ausschlaggebender Bedeutung. Die Preissteigerung vermehrt also ohne weiteres den Geldbedarf.

Nun hat sich freilich gerade infolge der Preissteigerung die Menge der Umsätze wesentlich verkleinert. Das bezieht sich jedenfalls auf die Erwerbswirtschaften, bei denen die Rohstoffbeschaffung notwendig eine Schmälerung erfährt. In Deutschland fehlte sie bei sehr vielen Gewerbezweigen fast gänzlich. Bedenkt man, daß wir jährlich für 7½ Milliarden Mark Rohstoffe einführten, die nunmehr fortfielen, so muß an sich der Bedarf an Zahlungsmitteln sinken. Auch das Mehr der Lohnsätze, das sicherlich zu entrichten ist, vermag noch nicht den Bedarf zu erklären. Denn diesem Mehr an Individuallöhnen steht eine weit geringere Zahl von Arbeitern gegenüber. Frauenlöhne erreichten den der Männer nicht. Bei der Frage des Zahlungsmittelbedarfes in der Heimat kommt also es auf die gezahlte Gesamtlohnsumme an. Nur auf diese. Ob diese aber trotzdem größer ist als die des Friedens, kann nicht mit Sicherheit ausgemacht werden. Wegen der verminderten Arbeiterzahl scheint sie in den kriegführenden Ländern eher kleiner als größer geworden zu sein.

Aehnlich die Konsumwirtschaften. Wie wir als Folge jedes Kriegs wahrscheinlich machten (S. 351 f.), vermag der Privatkonsum im Kriege weit weniger zu kaufen als vordem: sehr viele Haushaltungen haben sich aufgelöst oder verkleinert und die Soldaten selbst fallen mit ihrer Kaufkraft privatwirtschaftlich ganz aus. Es fragt sich also, ob hier das Minus an Käufen aufgewogen wird durch die höheren Preise. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß bei den Personen mit festen Einkommen, also bei den Beamten und Festbesoldeten jeder Art, sowie bei den liberalen Berufen die Summe der Mehrausgaben trotz erheblich verminderter Kaufgelegenheit sich wesentlich erhöht. Nun verringert sich aber andererseits durch die Einberufung der Männer nicht nur die Menge der Konsumwirtschaften sehr beträchtlich, sondern auch der private Konsum im ganzen. Es fragt sich

also wiederum, ob das Mehr an Einzelausgaben aufgewogen wird durch das Minus an absoluten Haushaltungen und an Haushaltungsmitgliedern: ob also die durch die Teuerung verminderten Einzelausgaben der Privathaushalte sich trotzdem in ihrer Gesamtheit vermehrt haben. Das ist die entscheidende Frage. Dieselben Ursachen, die jene Preissteigerung hervorgerufen haben, müssen gerade zu einer Verringerung der Ausgaben und des Erwerbes führen, also einem steigenden Zahlungsmittelbedarf entgegenwirken. Das hat man meist ganz übersehen.

Wie man erkennt, macht die Preissteigerung an sich noch keinen größeren Zahlungsmittelbedarf nötig, wenn man nicht gleichzeitig alle anderen Momente mit berücksichtigt. Im allgemeinen scheint allerdings die Frage trotzdem zu bejahen. Und zwar aus folgender Ueberlegung: Die Einberufungen machen doch nur einen kleinen Teil der Haushaltungsmitglieder aus, während die Teuerung größer ist als etwa diese Verkleinerung. Wägen wir all die verschiedenen Momente vorsichtig gegeneinander ab, so werden wir wohl im Durchschnitt die Erhöhung des gesamten Privatgebrauches auch bei schlechterer Ernährung und verminderter Kaufgelegenheit schließlich bis auf mindestens 50 v. H. veranschlagen dürfen. Es würde demnach die Preissteigerung eine Rückwirkung auf den Zahlungsmittelbedarf nach sich ziehen. Einmal hervorgerufen, wirkt jene automatisch auf diesen zurück und hilft ihn selbst steigern.

2. Anders könnte die Veränderung der Zahlsitten den Bedarf an Umlaufmitteln beeinflussen. Wenn die Einrichtung des Kredites den Bedarf an Geld im Frieden wesentlich einschränkt, so bringt der Krieg schon wegen der Unsicherheit aller Verhältnisse, eine Erschütterung des Kredites mit sich. Am Anfang pflegt tatsächlich das Vertrauen zu schwinden. Man verlangt darum wegen der Unsicherheit der Zukunft allenthalben Barzahlung. Also dürfen wir von vornherein einen stärkeren Bedarf an Zahlungsmitteln erwarten. Krediteinrichtungen, vor allem der Wechselverkehr und der Buchkredit werden außer Kraft gesetzt. Während sonst der Großhändler dem Detaillisten ganz formlos gegen Buchkredit verkauft und dieser ebenso dem Kunden borgt, hört das auf.

Nach derselben Richtung wirken noch eine Reihe anderer Umstände ein. Einmal die Einrichtung der Kriegskassen und die Heranziehung anderer, mit dem Kredit weniger vertrauten Kreise in den Zahlungsverkehr. Sie werden oft bar zahlen, wo der entsprechende Friedensverkehr sich des Kredites bediente. Viele Kassen der Heeresverwaltung in der Heimat, der Etappe und Front verlangen Zahlungsmittel, besonders auch dann, wenn das Heer fern von dem Mittelpunkte des Verkehrs und der Kreditbanken steht. Wahrscheinlich tritt der bargeldlose Zahlungsverkehr dort weit weniger in Aktion als bei einer kaufmännischen Verwaltung, die durch jene vielfach ersetzt wird. Da nun gerade von hier aus eine wesentliche Umstellung der Wirtschaft erfolgt, so würde daraus ein Mehrgebrauch sich erklären. Durch das Heer wird eben ein größerer Notenbetrag festgehalten.

der langsam zurückfließt: die Heeresverwaltung arbeitet schwerfälliger als der kaufmännische Wechselverkehr.

Dahin führt noch ein anderer Umstand. Gerade die Stellen, die im Kriege über mehr Mittel verfügen, also die Bauern, Arbeiter, Militärkassen sind mit Rücksicht auf ihre Kunden, sowie auf die eigenen Gewohnheiten und den Mangel an Bankverbindungen ganz auf den Bargeldverkehr eingerichtet. Mag auch öffentlich auf bargeldlosen Zahlungsverkehr hingedrängt werden, so scheint doch im Verhältnis zu den Umsätzen eine Verschlechterung der Zahlsitten, eine relative Abnahme des Kreditverkehrs und damit eine Vermehrung des Zahlungsmittelbedarfes die Folge zu sein. Der Krieg ist auch darin eine unökonomische Erscheinung. Er äußert seine Wirkung nicht nur auf Güterhervorbringung und Güterverbrauch, sondern auch auf den Zahlungsverkehr. Er bedeutet eine Rückkehr zu unrationellen Lebensgewohnheiten und vermehrt dadurch den Bedarf an chartalen Zahlungsmitteln, wo sonst Krediteinrichtungen in Anspruch genommen werden [31a]).

3. Als äußeres Kennzeichen wird die größere oder geringere Intensität der Ausnutzung der einzelnen Geldzeichen in Betracht kommen, also das, was man gewöhnlich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes nennt. Eine Verlangsamung in dieser Geschwindigkeit bedeutet bei gleichen Umsätzen ohne weiteres vermehrten Geldbedarf. Das ist für die moderne Wirtschaft kennzeichnend, daß das Tempo des Güterumlaufes und der Kapitalbildung beschleunigt wird, daß dadurch eine wesentliche Ersparnis der Umlaufsmittel sich herausstellt. Umlaufsgeschwindigkeit ist das Ergebnis der Intensität der Geldausnutzung. Diese selbst hängt nun aber ganz von dem Tempo des Produktionsprozesses ab, dessen Spiegelbild sie darstellt. Wenn dieser sich verlangsamt, muß auch jene sich verlangsamen. Wenn er beschleunigt wird, umgekehrt auch diese. Beide stehen in einem funktionellen Zusammenhang miteinander. Nun ist in der früheren Abhandlung wahrscheinlich gemacht, daß der Produktionsprozeß im Kriege wesentlich beschleunigt und verkürzt ist. Es wird mit Hochdruck für Kriegszwecke gearbeitet, die keinen Aufschub vertragen. Es findet eine schnellere Abnutzung der Produktionsmittel und Kapitalien statt. Die Arbeitszeit wird verlängert, da dringendste Aufträge vorliegen. Der Verbrauch der Kriegsgeräte ist ein überaus schneller; das Kapital schlägt viel rascher um, da die Lebensperiode der Kriegsgeräte gegen früher sich wesentlich verkürzt. Der Ausnutzungskoeffizient der Güter und Kapitalien wird ein größerer. Mithin müßte an sich wahrscheinlich auch die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes beschleunigt, die Geldausnutzung also vergrößert werden. Der Geldbedarf würde dann also eher kleiner als größer sein.

[31a]) Daß die Umlaufsgeschwindigkeit vom Vertrauen abhängt, wußte bereits Thornton: In general it may be observed that a high state of confidence serve to quich the circulation (Hoffmann, a. a. O. S. 124).

Trotzdem hat hier nun offenbar im Zusammenhang mit den Einkommensverschiebungen und der Veränderung der Zahlsitten das Gegenteil stattgefunden. Die organische Zusammensetzung des Bedarfes ist eine andere geworden. Die Erhöhung der Arbeitslöhne und Angestelltengehälter bringt eine absolute Vermehrung des Geldbedarfes mit sich. Denn diese Schichten entbehren der Krediteinrichtungen, ihr Mehreinkommen wirkt allgemein dahin, die Umlaufsgeschwindigkeit im Verhältnis zum Gesamtbedarf relativ zu verlangsamen. Ebenso wirkt auf der anderen Seite das Zurücktreten der kaufmännischen Tratten einer intensiven Ausnutzung der Zahlmittel entgegen. Barzahlung vollzieht sich langsamer als Ausstellen von Wechseln, die zugleich als Umlaufs- und Zahlungsmittel dienen und die Ausnutzung der letzteren erhöhen.

Wesentlich trägt auch dazu die neue Stückelung des Papiergeldes bei. Man schafft im allgemeinen darum größere Noten, weil diese sich auf den größeren Verkehr beschränken und darum bald wieder zurückströmen. Anders steht es mit den kleinen Stücken. Diese halten sich lange im Verkehr und kehren weit langsamer zu den Banken zurück. Dieser Umstand ist ursprünglich in allen Ländern gegen die kleinen Banknoten ins Feld geführt worden. Vom banktechnischen Standpunkt aus mit Recht. Wenn man die Deckung auf den 3-Monatwechsel erstreckt, dann muß man auch für baldige Rückströmung des Papiergeldes sorgen. Das geschieht, wenn man nur große Noten ausgibt. Sowie man aber zu den kleinen Stücken übergeht, verlangsamt man notwendig die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Es wird also gar nicht auffallend sein, wenn die Umlaufszeit der Noten im Kriege sich gegenüber dem Frieden erheblich verlängern sollte.

Nach derselben Richtung muß die Störung des Verkehrs und die Verlangsamung des Transportes, die durch den Krieg unmittelbar hervorgerufen wird, auf die Ausnutzung des Geldes wirken. Die Vergrößerung des Umlaufsgebietes zusammen mit dem verlangsamten Verkehr hindert das rasche Zurückströmen der Zahlungsmittel zur Bank. Nun macht schon im Frieden eine Störung in der Ausnutzungsmöglichkeit des vorhandenen Goldbestandes eine Geldvermehrung nötig und läßt Zahl wie Art der stattfindenden Wertübertragung nicht unbeeinflußt. Es sei an die amerikanische Geldkrise von 1907 erinnert. Um so mehr also im Kriege. Diese vorgebrachten Momente scheinen sehr wohl imstande zu sein, jene beschleunigende Tendenz der Kriegswirtschaft aufzuwiegen, ja zu übertreffen. Es käme nur auf einen empirischen Nachweis an.

Wir haben dafür ein unmittelbares Anzeichen in den Umsätzen der Girokonten der Reichsbank. 1913 verbleiben die einzelnen Beträge 0,82 Tage auf einem Konto; ein Tag wird für die Ein- und Auszahlung in der Regel vergehen müssen. 1915 waren es 1,05, im nächsten Jahre schon 1,28 und 1917 sogar bereits 1,91 Tage, 1918 aber 1,97 Tage. Wir bemerken also eine beständige und zwar recht erhebliche Verlangsamung des Umlaufes, im ersten Jahre 30 v. H., im zweiten 60, im dritten sogar schon 136 v. H., im letzten 140 v. H.

gegen das Tempo des letzten Friedensumlaufes [22]). Es sind die erschwerten Verkehrsverhältnisse, die größeren Entfernungen, das Vorwiegen der kleinen Stücke, die notwendig werdenden größeren Barzahlungen, die zusammenwirken. Das Ergebnis scheint besonders wichtig. Ein Teil des außerordentlich gestiegenen Geldbedarfes erklärt sich unschwer aus der Verlangsamung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Hier hat vermutlich auch die Ausschaltung des Handels, der gerade den Verkehr beschleunigt, seinen Einfluß geltend gemacht. Es sind eben zusammengesetzt Vorgänge, die einer vielseitigen Analyse bedürfen.

4. Mit dem Vordringen des Heeres findet sodann eine Erweiterung des Umlaufsgebietes statt. Auch das bringt der Krieg mit sich, daß die Heere sich in fremden Ländern aufhalten und das heimische Geld mitnehmen. Für deutsche Verhältnisse sind speziell Belgien, Oberitalien und Polen in das Zirkulationsgebiet hineingezogen worden. Dadurch muß natürlich der Bedarf an Zahlungsmitteln mächtig zunehmen, was seine Folgen auch für die Zukunft der heimischen Valuta hat [23]). Für England ist etwas ähnliches wohl im französischen Gebiete eingetreten. Wenn auch in Belgien eine eigene Nationalbank gegründet ist, die den Bedarf nach deutschem Gelde einschränkte, so sind offenbar auch nach Oesterreich-Ungarn, den Balkan und Rußland nicht wenige Banknoten geflossen. Das im Auslande zirkulierende Geld strömt weit langsamer zurück als aus dem heimischen Gebiete oder bleibt überhaupt draußen. Aber auch sonst hält sich jedenfalls das Geld, das das Feldheer ausgibt, wegen der großen Entfernungen, wegen der Trennung von der Heimat länger in Umlauf, als es im Frieden der Fall ist. Die ländlichen Soldaten, die sonst nur mit der Naturalwirtschaft zu tun haben, sind in die Geldwirtschaft einbezogen und stellen vermehrte Nachfrage dar. Ebenso möchte ein stärkeres Abströmen der Noten in das Ausland für den Krieg in Betracht kommen, weil die Verschuldung notwendig zunimmt und die allgemein ungünstigere Zahlungsbilanz eben dahin wirkt. Trotzdem muß es zweifelhaft erscheinen, ob der Umlauf in den besetzten Gebieten ganz oder auch nur in der Hauptsache die vermehrte Zirkulation zu erklären vermag.

Wir müssen bedenken, daß die Mannschaften des Feldheeres an sich im Frieden einen Geldbedarf entwickeln. Vergleicht man diesen mit dem Kriegsbedarf derselben Menschen, so erscheint letzterer Bedarf wesentlich kleiner zu sein. Selbst wenn man die erhöhten Gehälter

---

[22]) Die Berechnung beruht auf Verwaltungsberichten der Reichsbank für das Jahr 1917 und 1918. Richtig wird auch von Huber, Wechselkurs und Notenvermehrung im Bankarchiv S. 314 der Zusammenhang erkannt.

[23]) Die Reichsbank schätzte den Betrag der auf fremden Gebieten umlaufenden Geldmenge auf 2 Milliarden Mark Ende 1916. Seitdem hat er sich weiter vermehrt. Von der belgischen Regierung selbst wurde der Umlauf der Marknoten allein in Belgien auf 7—8 Milliarden Mark geschätzt. An ihre Stelle sollen belgische Staatsschuldscheine mit längerer Laufzeit ausgegeben werden. Seitdem ist der Besitz des Auslandes an deutschen Noten weiter gestiegen.

der Offiziere in Rechnung setzt, stellt sich der Durchschnittslohn und das Durchschnittseinkommen im Frieden unvergleichlich viel höher. Auch hier stehen sich verschiedene wirtschaftliche Erwägungen gegenüber. Zwar ist zuzugeben, daß die im Kriege von dem Heere verausgabten Zahlungsmittel sich länger im Verkehr und über ein soviel vergrößertes Gebiet halten, daß dadurch vermutlich der Minderbedarf des Friedens mehr als aufgewogen wird. Andererseits aber den Umlauf des erweiterten Gebietes nun restlos auf die Seite des verstärkten Bedarfes zu stellen, ist doch kaum angängig: Das Feldheer ist in der Hauptsache der Geldwirtschaft entzogen und bedarf weniger Zahlungsmittel. Der erweiterte Erstreckungsraum und das langsame Zurückströmen vermögen wohl den an sich verminderten Zahlungsbedarf aufzuwiegen, aber nicht dessen Zunahme vollständig zu erklären. Man wird auch hier nicht ein absolutes Mehr allein in Rechnung stellen dürfen, wie es von mancher Seite geschieht, indem man den Friedensbedarf der gleichen Menschen übersieht. Immerhin muß wenigstens für Deutschland ein Teil des Zahlungsmittelbedarfes und des ungünstigen Standes der Valuta aus der Erweiterung des Umlaufgebietes erklärt werden.

5. Es bleibt ein letzter Umstand des vermehrten Bedarfes übrig, d. i. die Einsperrung und Zurückhaltung des Geldes. Dabei wird in erster Linie nicht an die ersten Wochen des Angstbedarfes gedacht, der auch im Frieden zuweilen zu beobachten ist. Das sind doch nur vorübergehende Umstände, die auf die Dauer den Bedarf an Umlaufsmitteln in keiner Weise bestimmen. Die Barhaltung der Banken ist wegen der Kreditunsicherheit jedenfalls größer geworden. Ebenso dürfte die Kassenhaltung der einheimischen Erwerbsbetriebe möglicherweise zugenommen haben. Da aber für beide die Krediteinrichtungen bestehen bleiben, so ist es doch höchst zweifelhaft, ob diese beiden Momente nennenswert in Betracht kommen. Es entzieht sich einstweilen der genauen Feststellung.

Bleibt also die Zurückhaltung und Tesaurierung von Zahlungsmitteln seitens der Privaten das, was man öfters als »Horte« bezeichnet. Bereits Hume hatte hierauf aufmerksam gemacht: Mag die Aufspeicherung selbst nun aus Furcht vor Verlusten, aus Vorsorglichkeit wegen drohenden Mangels oder aus Sparsinn entstehen. Es mögen manche Kreise infolge des Krieges zu Gelde gekommen sein, die moderne Verwendungsarten weniger kennen. Sie horten schon aus persönlichen Gründen das Geld auf, um eventuell damit gelegentlich größere Käufe zu unternehmen. Anderseits wird von der landwirtschaftlichen Bevölkerung das Geld häufig zurückgehalten. Es geschieht das aus dem Grunde, um für die Zeit nach dem Kriege sofort Bargeld zu haben. Wenn auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Sparkassen eine Erhöhung der Einlagen erfahren, so ist jedenfalls hier ein besonders großer Teil der Erwerbseinkünfte thesauriert worden, nicht nur Gold und Silber, sondern auch die papierenen Zahlungsmittel. Papiergeld hamstern ist bei den unsicheren äußeren Verhältnissen allgemein üblich geworden. Wir werden also auf die

Zurückhaltung als Horte und Kasse eine nicht unbeträchtliche Menge der Zahlungsmittelausgabe zurückführen.

Nun ist aber die Konsequenz hier doch eine ganz andere als in den bisher betrachteten Fällen. Aufgespeichertes und zurückgehaltenes Geld befindet sich n i c h t im Umlauf. Es entfaltet keine Nachfrage und Kaufkraft, sondern ruht [24]). Von ihm kann also auch keine inflationistische Wirkung ausgehen. Wir vermögen uns in keiner Weise den Umfang dieser Hortung zu verdeutlichen. Durch sie entsteht offensichtlich zwar ein größerer Bedarf an Zahlungsmitteln. Die Hortung schafft aber ebensowenig wie die ruhenden Guthaben der Banken eine vermehrte Nachfrage, wenn sie auch den Schein eines vermehrten Zahlungsmittelbedarfes weckt. Es geht von dem zurückgehaltenen Geld kein Warenumsatz aus mithin auch keine preissteigende Wirkung. Nur effektiver Geldumlauf und effektive Nachfrage können inflationistische Wirkung hervorrufen. Andererseits ist es jederzeit möglich, das thesansierte Papiergeld wieder in Umlauf zu bringen [24a]).

Allerdings wäre hier die Frage zu erörtern, ob nicht auch die Zunahme des Giralgeldes und der Bankguthaben eine solche auszuüben vermöchte. Wenn die Form des Geldes bzw. seine Vermehrung ganz gleichgültig ist, dann scheinen auch die Umschreibungen der Banken, also der Giralgelder oder Schreibgelder, heranzuziehen zu sein. Das ist die Konsequenz mancher neuer Geldtheoretiker, die einen Unterschied zwischen Geld und Kredit nicht machen [25]). Man schließt aus der Zunahme der Bankguthaben auf eine solche des Geldumlaufes. Durchaus mit Unrecht. Eine Vermehrung der privaten Guthaben der Banken bedeutet an sich nicht schon eine Vermehrung der Umsätze, sondern eher das Gegenteil: nämlich eine Verlangsamung und mindere Ausnutzung. Wir finden darum vorwiegend in den Zeiten der niedergehenden Konjunktur bei den Banken eine besondere Zunahme der Guthaben. Ihre Vermehrung ist durchaus nicht mit der Notenvermehrung parallel zu setzen. Es erscheint darum undenkbar, die Höhe der Giralgelder als Anzeichen der Inflation mit heranzuziehen. Denn es kommt nicht auf die Menge des r u h e n d e n mobilen Kapitals an, wenn ein Einfluß auf die Preise sich bemerkbar machen soll. Vielmehr eben nur auf den Umlauf und auf die wirklich geleisteten Zahlungen. Wer also dieses Giralgeld mit heranzieht, begeht den Fehler, Kapital und Geld zu verwechseln. Ersteres wird nur dann wieder Geld, wenn es sich in Umlauf befindet und zu Zahlungszwecken verwendet wird, nicht aber durch seine bloße Existenz.

---

[24]) Den Gedanken der Hortung und ihres negativen Einflusses bereits bei H u m e, Volkswirtschaftl. Abhandlungen S. 28. Die Formel wäre also bei ihm $G - H : G' - H' = P : P'$.

[24a]) In diesem Punkte haben mich die Argumente P r i o n s überzeugt, so daß ich ihm zustimmen muß. Nicht so bez. der Depositen und Bankguthaben.

[25]) H u b e r im Bankarchiv 1916/17, S. 281. Die Anschauung vertritt neuerdings auch P r i o n.

Dagegen sind Banknoten, Papiergeld und Staatsnoten außerhalb der Banken wirklich in Umlauf, soweit sie nicht thesauriert sind. Erst dadurch vermögen sie Einfluß auf die Preise auszuüben: nicht aber schon dann, wenn sie etwa in dem Keller der Banken ruhen.

Inflationistische Wirkungen können nur durch Warenumsätze hervorgerufen werden, aber in keiner Weise durch das Vorhandensein von Giroguthaben und Spargeldern an sich. Nur das wirksame Geldangebot kann auf die Preise von Einfluß sein, nicht das latente, das zum Vermögen gehört. Es kommt offenbar nicht auf das Giralgeld an sich an, sondern nur auf die Umsätze, die es vermittelt. Wenn das Geld den Banken zufließt, wie es besonders in Niedergangszeiten der Fall ist, so tritt damit keine Wirkung auf die Preise ein. Giralgeld ist ruhendes Vermögen, ohne den Umlauf und die Preise zu beeinflussen. Es besteht ein Unterschied zwischen dem dem Kapitalmarkt zufließenden und dem dem Umlauf zuströmenden Gelde. Dort nimmt es die Form von Wertaufbewahrungsmittel an, das die Preise unbeeinflußt läßt. Es ist derselbe Grund, warum auch thesauriertes Geld und Horte direkt nicht auf Nachfrage und Inflation einwirken. Allerdings kann nun aus den aufgespeicherten Horten wie den Bankguthaben jederzeit Geld in Umlauf gesetzt werden. Erstere Gefahr würde dann auch eine Preissteigerung hervorrufen können.

Betrachten wir so den durch den Krieg und seine Folgen verursachten und veränderten Bedarf an Zahlungsmitteln im ganzen, so kommen wir nicht zu einem einfachen Ergebnis. Eine Reihe von Momenten, die die Kriegswirtschaft mit sich bringt, müßte dahin führen, den Bedarf zu verkleinern: Die Einschränkung der Umsätze, die Abnahme der Haushaltungen, Ausfall und Verringerung aller Einnahmen der im Felde stehenden Menschen, ebenso die Verringerung der Kaufgelegenheit. Andererseits werden diese den Bedarf mindernden Momente reichlich aufgehoben durch solche, die ihn erhöhen. Dahin gehört die allgemeine Preissteigerung, die den Minderkonsum der Haushaltungen mehrfach übertrifft, die Veränderung der Zahlsitten, die statt Kredit Barzahlung verlangt. Ferner gehört dazu die Abnahme des kaufmännischen Wechsels infolge der allgemeinen Unsicherheit des Krieges, sodann die Erweiterung des Umlaufgebietes, die das Rückströmen der Noten verlangsamt, endlich alles dies zusammenfassend und darin gipfelnd die verringerte Ausnutzung der Geldzeichen und die Verlangsamung der Umlaufsgeschwindigkeit sowie die vermutlich stärkere Zurückhaltung des Geldes, die ganz verschiedenen Motiven entspringt, aber zu den gleichen Ergebnissen führt.

Sonach findet der vermehrte Zahlungsmittelbedarf zum Teil wenigstens in und nach dem Kriege seine natürliche Erklärung durch die veränderten Bedürfnisse. All die erwähnten Momente dürfen keine inflationistische Wirkung auf den Geldwert ausüben, da sie eben eine Vermehrung der Umlaufmittel verlangen. Gerade auch wenn das Geld durch das letzte Moment der Thesaurierung seinen Charakter verändert

und Wertaufbewahrungsmittel, also Barkapital geworden ist, verliert es unmittelbar seine Wirkung auf die Preise. Ja wir können noch etwas weitergehen. An sich können umgekehrt solche Störungen in der Ausnutzungsmöglichkeit der vorhandenen Goldbestände sogar zu einer Erhöhung des Geldwertes beitragen und mithin eine Senkung der Preise zur Folge haben. Diese müßte erst durch Schaffung von Banknoten direkt ausgeglichen werden. Zu solchen Störungen gehört vor allem die Thesaurierung von Münzen, der Fortfall der geldsparenden Methoden, Einschränkung des Kredites und Erschwerung des Verkehrs im Versorgungsgebiet [26]).

An sich ist also aus der Notenvermehrung noch kein bündiger Schluß zu ziehen, falls nicht eine wirkliche Steigung der Notenmenge über diesen Bedarf nachgewiesen ist. Letzteres aber ist nun jedenfalls im Laufe des Krieges wirklich der Fall. All die vorgebrachten Momente vermögen keineswegs die Vermehrung des Papiergeldes restlos zu erklären. Schon wenn man rein arithmetisch eine solche Rechnung ausführte, würde man in keinem der Länder auf die absoluten Beträge der Notenvermehrung kommen. Es bleibt darum die Hauptsache übrig, um die Zunahme des Papiergeldes zu erklären. Indem wir die einzelnen Bedarfsmomente analysierten, nahmen wir stillschweigend an, daß die Verhältnisse der Waren*nachfrage* die gleichen geblieben seien. Das aber ist nun mit nichten der Fall. Woher kommt es denn tatsächlich zu der Mehrausgabe von Geld und welche Wirkung übt es durch seine Ausgabe auf die Volkswirtschaft aus?

III. Der Mechanismus der Geldvermehrung.

Vergegenwärtigen wir uns die Umstände, wie es im normalen Verlauf der Wirtschaft zur Ausgabe von Banknoten kommt. Keineswegs handelt es sich dabei um »Geldschöpfung« im eigentlichen Sinne. Banknoten sind einmal Ersatz für Metallgeld, also nur ein bequemeres Zahlungsmittel für größere Geldleistungen, andererseits Kredit für Handelswechsel, Forderungen auf eine Bank, die ihrerseits dafür kurzfristige Forderungen auf Warenlieferungen in Händen hat. Wesentlich ist, daß die Forderungen über wirklich getätigte Käufe stattfinden und in kurzer Zeit beglichen werden; dabei verschlägt es nichts, ob die endgültige Zahlung in bar oder durch girale Ueberweisungen geschieht. Der kaufmännische Wechsel entspricht stets einer hin-

---

[26]) Hier besteht ein Zusammenhang zwischen Zinsfuß, Geldvermehrung und Inflation. Wir möchten aber diese Untersuchung, die s. Z. von *Wicksell* begonnen wurde, nicht aufnehmen, da sie für die Kriegswirtschaft nicht charakteristisch erscheint. An sich ist natürlich ein innerer Zusammenhang vorhanden. — Zu dem folgenden noch *Huber*, Welttheorie und Bankverfassung im Bankarchiv S. 278. Die Lehre von den Horten wird ausführlich bei Fullarton behandelt (Hoffmann S. 135). Beccaria hatte übrigens schon die Formel $\frac{G-(B+H)}{C} : \frac{G'-(B'+H')}{C'} = P : P'$, wo B = Bedarf, H = Horte, C = Umlaufsgeschwindigkeit, P = Preise.

gegebenen und wirklich nachgefragten Warenlieferung. Wichtig dabei ist, daß seine Laufzeit nur 3 Monate beträgt. Wie dadurch eine übermäßige Notenvermehrung verhindert wird, so findet auch eine dauernde und gleichmäßige Rückkehr der Noten zur Bank statt. Es wird das Maß der Umsätze, die die ausgegebene Notenmenge vollziehen kann, von vornherein fest beschränkt. Geldangebot und Nachfrage sind auf diese Weise stets mit Warennachfrage und Angebot unmittelbar verbunden. Der Handelswechsel stellt seiner Natur nach einen (klagbaren) Zahlungsaufschub für kurze Zeit dar, der von selbst wieder erlischt. Auch die »ungedeckte« Banknote bedeutet nur kurzfristige Kreditgewährung, der in Wirklichkeit ein bereits abgeschlossenes und stets fälliges Kaufgeschäft gegenübersteht. Es ist darum irreführend, von einer »klassischen Geldschöpfung« (Bendixen) zu sprechen. Gerade vom Standpunkte der staatlichen Theorie aus ist sie es nicht; vielmehr entspringt sie ganz dem kaufmännischen Kreditverkehr. Die Folge des Vorganges ist, daß Geldangebot und Nachfrage niemals Warenangebot und Nachfrage überschreiten. Umgekehrt wird jede Geldnachfrage durch das Warenangebot erfüllt [27]). Die gesetzlichen Maßnahmen der Deckungsvorschriften haben nur den Zweck, diesen Sachverhalt festzulegen, keinen anderen.

Allerdings soll nicht verkannt werden, daß auch hier in normalen Zeiten mancherlei Störungen des Sachverhaltes entstehen können. Einmal vermag auf dieselbe Ware von verschiedenen Seiten trassiert zu werden, so daß auf einen Gegenstand mehrere Wechsel laufen können. Dann kann, falls für die Diskontierung Noten ausgegeben würden, an sich eine Uebervermehrung der Zirkulation eintreten. Diese Möglichkeit ist sicherlich im Frieden vorhanden. Doch hat sie ihre Korrektur in sich selbst. Außerdem dürfte in normalen Zeiten ihr Umfang nicht stark genug sein, um große Wirkungen hervorzubringen. Gleichwohl besteht vor allem in Zeiten der Hochkonjunktur diese Gefahr: Die Banken verschaffen durch Hereinnahme von Wechseln zusätzliches Geld, dem möglicherweise erst durch Anziehen der Diskontschraube gebremst werden muß.

Andererseits können auch Noten gegen Finanzwechsel der Banken gegeben sein, indem letztere ihren Kunden Blankokredit einräumen. Dadurch würde wiederum eine »formale« Kaufkraft geschaffen, die nicht mehr durch effektive Warenlieferung gedeckt ist. Aeußerlich sind die Tratten vom Finanzwechsel nicht zu unterscheiden. Wiederum spielen namentlich in Zeiten der Hochkonjunktur letztere vielfach für Zwecke der Börsenspekulation und sonst eine Rolle und vermehren den Notenumlauf. Durch diesen Vorgang wird die Kaufkraft des Empfängers künstlich vermehrt, da sie nicht aus notorischen Verkäufen stammt. Es werden scheinbare Forderungsrechte geschaffen, denen gar keine wirklichen Forderungen gegenüberstehen. Im Verhältnis zur Gesamtsumme der Wechsel mag das freilich normalerweise nicht nennenswert ins Gewicht fallen. Aber es darf auch nicht verkannt werden, daß umgekehrt eine Ablehnung der Herein-

[27]) Richtig Huber, Bankarchiv 1916/17 S. 280.

nahme von Warenwechseln einen Ausfall von Geldmitteln und mithin eine Erhöhung des inneren Geldwertes, also eine Preissenkung, herbeiführen müßte.

Anders steht nun von vornherein die Sache im modernen Kriege, der auf dem Wege des Kredites, also der Schuldenwirtschaft, geführt wird und von Anfang an geführt werden muß. Der private Wechselverkehr büßt notwendig an Bedeutung ein. Wegen der Unsicherheit der Aussichten tritt die private und kaufmännische Kreditgewährung zurück. Mag auch aus dem Großverkehr einiges Material an Wechseln hereinkommen, so bleiben doch die Portefeuilles der Banken von kaufmännischen Tratten wesentlich entleert. Barzahlung tritt an ihre Stelle. Die reguläre Banknotenausgabe müßte also im Krieg nachlassen, schon weil die Menge der kaufmännischen Handelsgeschäfte selbst notwendig nachläßt, dieser normale Privatbedarf und Konsum eine Einschränkung erfahren. Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Aenderung in Verbrauch und Herstellung der Güter einerseits und den Kriegsbedürfnissen andererseits. Für jenen Ausfall treten nun als Ersatz die neuen und dringenden Bedürfnisse des Staates; sie ziehen eine Inanspruchnahme des Kredites nach sich, der nur dem sonstigen kaufmännischen Verkehr entspricht. Dadurch wird (I, S. 362) allein die Kriegswirtschaft überhaupt in Bewegung gesetzt: der Produktionsprozeß kann sich von neuem vollziehen. Es erscheint als ein durchaus legitimes Vorgehen der Kriegsführung selbst, für diese Bedürfnisse neue Mittel zu schaffen. Insoweit der Staat aus den Erträgnissen der Volkswirtschaft selbst Mittel empfängt und dafür Noten ausgibt, tritt nur eine Verschiebung des Auftraggebers, aber noch keine Vermehrung der Käufe, Aufträge und Zahlungsmittel ein. Diese Erträgnisse würden auch sonst Kaufkraft entfalten, würden Waren gegen Wechsel kaufen und wieder verkaufen, die sich schließlich in Noten umsetzen. Es würde also in beiden Fällen durch die Notenausgabe nur eine vorhandene Kaufkraft in Umlauf kommen (mobilisiert werden). Daraus würden ebenso wie in normalen Zeiten Löhne, Gehälter, Aufträge von Verbrauchsgegenständen schließlich bezahlt werden, nur daß nicht mehr der private Unternehmer, sondern der Staat es ist. So weit scheint alles in schönster Ordnung. Vom Gesamtstandpunkt des Geldumlaufes, das ist durchaus festzuhalten, bedeutet es noch keinen Unterschied, ob der Staat oder ob Private schließlich Empfänger und Zahler von Banknoten sind, falls nur wirkliche und effektive Warenlieferungen zugrunde liegen. Wir dürfen wiederum das Minus, das durch den Fortfall der privaten Wirtschaft eintritt und zugunsten des Staates verschoben wird, nicht außer acht lassen, wenn wir den Zirkulationsprozeß des Krieges betrachten.

2. Hier nun aber tritt ein Unterschied ein. Die vorhandenen Mittel und Steuern, Bargeld und Kriegsschatz reichen bei weitem nicht aus, um die kolossalen Aufwendungen zu bestreiten. Es muß darum von Anfang an neuer und zusätzlicher Kredit eingeräumt werden. Er wird benutzt in Form von Schatz-

wechseln (Exchequer bills), die von der Bank diskontiert werden. Das geschah in Deutschland wie anderwärts in den ersten Tagen, bevor die ersten Anleihen herauskamen. An sich liegt ein analoger Vorgang, wie die Ausgabe von Schatzanweisungen, bei jeder größeren Kreditgewährung einer Bank vor, oder schon dann, wenn die Aufsetzung eines Giro einen sonst nicht diskontfähigen Wechsel diskontfähig macht [28]). Allerdings erweist sich im normalen Verlaufe der Wirtschaft eine solche Blankokreditgewährung im Verhältnis zum Gesamtbedarf als unerheblich und übt keine großen Wirkungen aus. Immerhin ist nicht zu leugnen, daß sich bis zu einem gewissen Grade eine solche lediglich formale Kaufkraft in jeder Hochkonjunktur einstellt. Der Krieg trägt darum teilweise ebenfalls einen solchen Charakter der Hochkonjunktur. Bisher also würde eine besondere Unregelmäßigkeit noch nicht vorliegen.

Nun geht aber das Ausmaß des vom Staate in Anspruch genommenen Kredites und der dadurch von ihm erlangten Kaufkraft weit über jede private Inanspruchnahme hinaus. Vor allem ist der Einfluß ein allgemeiner, während jener private nur auf einen kleinen Kreis von Personen beschränkt bleibt. Das äußere Zeichen dafür ist die qualitative Verschlechterung der Deckung. Sie will als solche aufmerksam gewertet werden und verdient durchaus Beachtung. Sobald einmal dieser Weg beschritten ist, erscheint ein Halten nicht mehr möglich. Die später aufgebrachten Anleihen haben immer nur die Aufgabe, die inzwischen angewachsenen Schuldscheine des Staates zu tilgen und darüber hinaus neue Ausgaben zu ermöglichen. Die Kreditinanspruchnahme muß also schon aus diesem Grunde für die Zeit der Kriegsführung eine dauernde bleiben, weil die nachträglich herbeikommenden Mittel immer weniger ausreichen. Während Ende 1913 das Portefeuille der Reichsbank 1,7 Milliarden Mark Wechsel und Schatzanweisungen faßte, waren es Ende 1917 bereits 14,6, Ende September 1918 bereits nicht weniger als 23,8 Milliarden Mark, die bis zum Jahresende auf 27,2 Milliarden Mark angewachsen sind. Die Preissteigerung an sich steigert ohne weiteres automatisch auch den Kreditbedarf des Staates. Es hat durch die neuen Anleihen ein immer kleinerer Teil der Schatzanweisungen gelöscht werden können und ihr Betrag wächst darum immer mehr an.

Womit entwickeln Staat und Reich denn *sonst* die Möglichkeit des Bestellens und Kaufens? Normalerweise kann dafür nur die regelmäßige Einnahme aus Steuern, aus Erwerbseinkünften und Anleihen zur Verwendung kommen. Dagegen ist die Inanspruchnahme der Schatzanweisungen ein Ausnahmefall und hauptsächlich für den Krieg vorbehalten [29]). In normalen Zeiten ist darum die Kreditgewährung durch Notenausgabe eine sehr eng begrenzte. Das ist der

[28]) Vgl. **Weill**, Bankarchiv 1916/17 S. 225.

[29]) Allerdings stellt der Teil der Schatzanweisungen, der von den Banken gegeben wird, nicht neue Nachfrage dar, da eben über sie durch vorhandene Geldmittel verfügt wird. Von der Gesamtsumme der Schatzanweisungen muß also der verkaufte Teil abgezogen werden.

Sinn der Deckungsvorschriften der Banknoten. Sie ist im Kriege verlassen worden, weil sie verlassen werden mußte.

Es besteht nun der grundsätzliche Unterschied mit der gewöhnlichen Notenausgabe darin, daß der Warenwechsel bereits erzielte Kaufkraft darstellt, der Schatzwechsel aber auf vorweg genommene und darum f i k t i v e r Kaufkraft beruht. Es ist eine Emission von neuen Zahlungsmitteln eingetreten, ohne daß vorher auf dem Markt ein vermehrter Warenumsatz stattgefunden hätte [30]). Der dem Staate eingeräumte Kriegskredit ist zudem rein p a s s i v und wirkt nicht produktiv. Es stehen ihm keine unmittelbaren wirtschaftlichen Leistungen gegenüber. Alle Personen, die davon profitieren, stellen keine produktive Arbeit her, sondern nur konsumtive. Es ist nicht Geldschöpfung, wie das sinnwidrig genannt wurde, sondern eine Kreditgewährung, die nur durch das Geld vermittelt wird. Originär kann das Reich bzw. der Staat nur aus den eigenen Einnahmen Nachfragen entfalten. Das sind die Reichseinkünfte aus Steuern, Zolleinnahmen, bzw. Anleihen. Durch diese selbst wird überhaupt keine neue Kaufkraft, keine neue Möglichkeit der Nachfrage gegeben, sondern eine anderwärts schon vorhandene nur auf eine andere Stelle übertragen. Sie können darum nicht preissteigernd wirken. Wenn die Schatzanweisungen bald gedeckt würden und mithin nur vorübergehend umliefen, so wäre es nicht bedenklich. Das ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall.

Kredit ist eben nicht Geld, sondern nur die Uebertragung von Kaufkraft. Die Bank, die sonst Kredit einräumt, »schafft« nicht etwa Giralgeld. Vielmehr überträgt sie eine vorhandene Kaufkraft auf einen anderen. Solche formale Kaufkraft kommt in normalen Zeiten durch Lombarddarlehen zwar ebenfalls vor. Aber dies geschieht eben nur in geringem Umfange, während der Krieg es ins riesenhafte steigert. Jetzt wird ein Kredit n i c h t von anderwärts übertragen, sondern er wird dem Staate v o r h e r eingeräumt, ohne daß er schon an anderer Stelle vorhanden ist. Er wird wohl nachträglich durch Steuern oder durch Anleihen getilgt, aber eben nur zum Teil. Während allenthalben sonst Kaufkraft gleichbedeutend mit effektiver Nachfrage ist und aus den Ueberschüssen der Wirtschaft sich ergibt, mithin bereits vorher realiter vorhanden ist, verhält es sich mit diesem Kredit ganz anders [31]).

Die ausgegebenen Geldmengen in Papier und Noten sind nur ein äußeres Zeichen des dahinter liegenden Vorganges. Er ist keine Neuschaffung von Geld, sondern überspannte K r e d i t g e w ä h r u n g. Diese selbst aber erscheint als eine Notwendigkeit und wäre auch durch eine veränderte Finanzpolitik nicht aufzuhalten. Kriege müssen aber durch S c h u l d e n geführt werden, da die regelmäßigen Einnahmen nicht ausreichen. Dadurch wird rein zusätzliche, uneigentliche Kaufkraft geschaffen.

---

[30]) Darüber L e x i s , Volkswirtschaftslehre S. 134.

[31]) Dazu H e y n , Inflationsproblem im Weltwirtschaftl. Archiv 1917 S. 251.

3. Ausgabe von Schatzwechseln bedeutet also Vermehrung der formalen Kaufkraft des Staates, bedeutet künstlich entstandene Nachfrage, die nicht durch reale Einkünfte gedeckt ist. Sie ist anders geartet als die durch Wechsel entstandene. Trotzdem tritt sie real auf und schafft ihrerseits wiederum Erträgnisse der Wirtschaft. Wie man mit Recht bemerkt hat, sind im Kriege nicht mehr Ware gegen Ware gekauft (und darüber ein Wechsel ausgestellt), sondern Ware gegen Papier. Dadurch entsteht dann der künstliche Schein einer innerlich unwahren Wirtschaftsblüte und Hochkonjunktur, die aber in Wirklichkeit keine Produktionsdehnung bedeutet. Es ist der neuen Kreditgewährung eigentümlich, daß sie nicht zu Produktivzwecken für Gütererzeugung, sondern zu Konsumtivkredit für Güterverbrauch dient, daß sie also anders als beim Warenwechsel in Zukunft keine neue Gütererzeugung ermöglicht. Die Güter und Leistungen, die durch die neue Nachfrage ausgelöst werden, haben mit dem Konsum der Bevölkerung nichts zu schaffen. Es ist nicht reproduktiver Konsum, sondern einfache Wertvernichtung ohne Ertrag. Während im normalen Verlaufe der Wirtschaft der Verbrauch der Güter gleichzeitig auch neue Produktion darstellt (durch die Arbeitsleistungen der Verbraucher), während sich sonst stets Leistung und Gegenleistung den realen Werten nach entsprechen, ist das hier nicht der Fall [32]). Die verbrauchenden Soldaten produzieren nicht. Es können mithin auch aus dem Ertrage keine wirklichen Gegenleistungen, sondern eben nur neues Papiergeld geboten werden. Die Nachfrage ist nur durch Geld repräsentiert, aber nicht durch reale Werte. Mithin zeigt sich als das Ergebnis der Kriegswirtschaft: Steigende durch Geld repräsentierte Güternachfrage bei abnehmendem Güterangebot.

Wenn im Frieden ebenfalls Schatzanweisungen diskontiert werden, so sind sie doch nur vorübergehender Natur und durch reale Steuern und Zolleinkünfte mehrfach überdeckt. Es handelt sich dabei tatsächlich nur um kurze Vorschüsse. Sie wecken latente Kaufkraft, die auch sonst vorhanden ist, schaffen aber keine neue. Das ist hier anders. Die ausgegebenen Schatzwechsel übertreffen in einem vorgerückten Stadium fast immer die ganze künftige Kriegsanleihe im voraus. Es ist eine nicht durch Ueberschüsse oder Realeinnahme fundierte Nachfrage vorhanden, vielmehr eine bloß formale und zusätzliche Kaufkraft, die in Form der ausgegebenen Banknoten nunmehr ihrerseits Nachfrage entfaltet.

Der Mechanismus ist kurz folgendermaßen zu charakterisieren: Die Steigerung der Kaufkraft des Staates durch die Kreditgewährung geht allemal der Steigerung der Preise voraus. Gewisse Erwerbsklassen werden zuerst getroffen. Es sind das die unmittelbaren Kriegsindustrien, die erst dadurch die massenhaften Aufträge erhalten. Von hier aus bekommen es die Lieferanten von Roh- und Hilfstoffen, die Vor- und Nebenindustrien, die Vermittler und Händler, die Arbeiter und Angestellten. Besonders auch die Arbeitslöhne der unmittelbaren Kriegsindustrie schnellen außerordentlich in die Höhe

[32]) Vgl. Eulenburg, Zur Theorie der Kriegswirtschaft.

und entfalten entsprechende Nachfrage. Es pflanzt sich automatisch von dort aus fort, indem alle davon betroffenen Kreise nunmehr eine größere Kaufkraft entfalten können. Sie erhalten mittelbar höhere Einnahmen bzw. höhere Erwerbsmittel.

Die Preissteigerung ist also die indirekte Folge dieser Erhöhung der staatlichen Kaufkraft.

Ein Einwand bleibt freilich zu beheben: daß sich nämlich hier ebenfalls nur eine Verschiebung vollzöge. Der private Bedarf träte zurück, die privaten Einkommen und Ueberschüsse werden nicht mehr für den Ausfall des Produktionsapparates angelegt, vielmehr seien alle diese Mittel dem Staate zur Verfügung gestellt. Mithin sei die selbständige neue Kaufkraft des Staates nur Schein. Es sei in Wirklichkeit sein Kredit nur Uebertragung aus den nicht verwendeten Betriebsmitteln der Privatindustrie. Es handle sich in Wirklichkeit um eine Verschiebung, aber keine Neuschaffung, keinen Zusatz, keine fiktive Kaufkraft, sondern nur um übertragene. Was auf der einen Seite fortfiele, das träte auf der anderen wieder auf. Der Umstand, daß die Schatzanweisungen wenigstens teilweise von privater Seite gekauft und untergebracht würden, zeige, daß nur ein privater Kredit für schon vorhandenes Geld dem Staate zur Verfügung gestellt werde. Es kaufe eigentlich nicht der Staat, sondern die dem Staate vorgeschossene private Kaufkraft. Es sei nicht anders, wenn die flüssigen Gelder in Nützlichkeiten angelegt werden, um Bautätigkeit für Private auszuführen, Rohstoffe anzuschaffen, den Produktionsapparat zu vervollständigen und zu ergänzen. Das Anschwellen des Geldes bei den Banken, das sich in allen Ländern zeigt, die Geldflüssigkeit sei ein Anzeichen dafür, daß die Kaufkraft vorhanden sei und nur darauf warte, verwendet zu werden.

Aber es ist deutlich, daß diese Erklärung nicht ausreicht. Sie träfe nur dann zu, wenn tatsächlich hinterdrein der ganze Kredit durch Anleihen, Steuern oder sonstige Einkünfte real gedeckt wäre. Solange das im Kriege nicht der Fall sein kann, ist eben ein Plus an nicht gedeckter rein formaler Kaufkraft vorhanden. Ein Teil des staatlichen Kredites bleibt überschüssig und schwebt gleichsam in der Luft.

Es geht mithin wirklich von seiten des Staates eine große Nachfrage aus, weil er scheinbar über ungezählte Mittel verfügt. Im Kriege darf nicht gespart werden. Der Umstand, daß zu Anfang gleich mit Kredit gearbeitet wird, drängt jede kaufmännische Kalkulation zurück. Geld spielt keine Rolle mehr bei den Aufträgen des Staates und bald auch keine bei den Privaten. Es wiederholt sich im Großen, was bei jeder Hochkonjunktur im Kleinen sich zeigt, mit der manche Kriegsphase die größte Aehnlichkeit hat. Hierdurch schließt sich erst der an früherer Stelle geschilderte Umlaufsprozeß der Kriegswirtschaft. Von hier aus gewinnt auch die Störung des Marktes und der Preisbildung ihr wahres Gesicht. Während die Trennung der Marktgebiete (I, S. 369) nur die Angebotsseite berührt und dadurch eine Monopolbildung zeitigt, bedeutet die Verschiebung der Nachfrage eine Aenderung der Kaufkraft. Sie übt dadurch eine qualitative und quantitative Umgestaltung auf diese aus.

Der Kriegsbedarf muß um jeden Preis befriedigt werden. Die Heeresverwaltung bezahlt entsprechend. Einmal um einen Anreiz zu geben und möglichste Beschleunigung der Arbeit herbeizuführen. Sodann um neue Fabriken zur Umstellung zu veranlassen; eine solche

Neueinrichtung arbeitet von vornherein mit hohen Spesen. Es müssen neue Maschinen, Werkzeuge, Einrichtungen angeschafft werden, die nur teuer zu erwerben sind. Es entstehen dadurch größere Unkosten als bei den Originalfabriken. Endlich werden auch ferner gelegene Produktionsarten herangezogen. Der Bedarf der Heeresverwaltung ist ein allseitiger und erstreckt sich auf alle möglichen Verbrauchsgegenstände. Das Gesetz der Konnexität der Preise verschafft sich dadurch Geltung.

Das macht sich auf dreifache Richtung bemerkbar:

a) Die Löhne beginnen zuerst in der Rüstungsindustrie zu steigen. Diese bewilligt von vornherein erhöhte Sätze, um die Arbeiter anzuziehen und die Qualitätsarbeiter für sich zu gewinnen. b) Sodann kann natürlich die Industrie selbst wieder hohe Preise für alles gewähren, was sie braucht. Sie erwirbt »um jeden Preis« die notwendigen Roh- und Hilfsstoffe, Maschinen und Geräte. Sie weiß, daß es ebenfalls darauf nicht ankommt, nicht ankommen darf. Es wird verlangt, was bezahlt werden kann und bezahlt, was verlangt wird. Es geht von hier aus eine weit verzweigte Nachfrage zweiten Grades aus. c) Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Kriegsgewinne seitens der Unternehmer, Kaufleute und Zwischenhändler, der Extralöhne und Gehälter für Angestellte. Alle davon Betroffenen zweiten Kreise können ihrerseits wiederum gesteigerte Nachfrage entfalten und tun das zunächst nach Nahrungsmitteln, aber dann auch nach anderen Dingen. Der Zirkulationsprozeß der Volkswirtschaft erhält sich aufrecht und die Kriegswirtschaft nimmt teilweise die Phase der Hochkonjunktur an: eben gerade *durch* die Geldentwertung und Preissteigerung. So überträgt sich die zusätzliche, unbeschränkte und fast unkontrollierbare Kaufkraft, die der Staat durch den eingeräumten Kredit erhält, auf immer weitere Kreise. Das muß dann fortzeugend auch weitere Kreise ergreifen, schließlich auch die langdauernden Mietsverträge erfassen und die Wohnungspreise in die Höhe treiben.

Sonach ist die *Noteninflation nur der äußere Ausdruck für die seitens des Reiches durch Kreditgewährung selbst entwickelte Kaufkraft und Nachfrage*, die sich bald langsamer, bald schneller schließlich auf alle Preise fortpflanzt. Es ist die Folge der ganzen Schuldenwirtschaft, mit der der Krieg geführt wird. Geldentwertung und Preissteigerung sind die notwendigen Folgen. Der Mechanismus der Papiergeldinflation führt so auf die Kriegsfinanzierung und Kriegsschuldenwirtschaft als eine mittelbare Wirkung des Kredites zurück. Ein Kredit aber, der nicht für produktive Zwecke in Anspruch genommen wird, gibt keine reale Ueberschüsse und vermehrt nicht die Produktion. Es wird dadurch wohl der Anschein einer Hochkonjunktur erzeugt, aber nicht ihr wirklicher Inhalt.

4. Es kommt aber auch für die privaten Wirtschaften noch ein Umstand hinzu, der nach derselben Richtung wirkt, Kaufkraft zu schaffen, die nicht auf Betriebskapital bzw. Ueberschüssen der Wirtschaft beruht. Das ist die *stärkere Inanspruchnahme des*

Lombards oder entsprechender Krediteinrichtungen durch weitgehende Beleihung fester Werte. Eine solche hat entweder die Rolle des Notkredites für vorübergehende Zwecke zu spielen, oder sie kann ev. die Vorwegnahme künftiger Einkünfte für die Zwecke der Kriegsanleihe oder andere Aufgaben bedeuten. Soweit handelt es sich dabei um normale Funktionen ohne erkennbare inflationistische Wirkungen. Denn die Inanspruchnahme würde durch die späteren produktiven Leistungen wieder ausgeglichen werden, falls diese von neuem reale Ueberschüsse ergeben. Im Verlaufe des Krieges hat aber allenthalben das auf Grund des Lombardkredites ausgegebene Papiergeld außerordentlichen Umfang angenommen. Es verschlägt dabei nichts, ob man direkt die Lombardierung bei den Banken vornimmt, oder ob man besondere Kassen schafft, die diese Funktion auszuüben haben (Darlehnskassen). Letztere sind Lombardgeschäfte, die ebensogut durch Ausgabe von Banknoten geschehen können. Man unterscheidet dabei lediglich die verschiedenartige Herkunft und Sicherheit des Kredites, sowie die Art der Stückelung, indem Currency-notes und Darlehnskassenscheine in kleineren Stücken ausgegeben werden. Jene sind zum überwiegenden Teil durch diskontierte Schatzanweisungen des Staates, diese durch lombardierte Wertpapiere gedeckt. Aber es kommt nicht auf die Art der Deckung an, nachdem einmal das strenge Bankprinzip verlassen ist, sondern auf den Zweck des Beleihens [33]). Wer sind die Darlehnsnehmer und was geschieht mit dem Gelde? Ist der eigentliche Zweck des Lombardierens innegehalten?

Es sind einmal Privatpersonen, die Mittel brauchen und darüber nicht verfügen. Besonders Beamte, liberale Berufe, Rentner, Hausbesitzer kommen dafür in Betracht, die ihre Einnahmen nicht entsprechend steigern können, also die Bezieher fester Geldeinnahmen. Für sie war die Inanspruchnahme eines besonderen Lombardkredites in erster Linie bestimmt. Doch scheint die Benutzung dieser Gruppe in Deutschland nicht bedeutend geworden zu sein. Sodann Körperschaften und Vereine, die für Unterstützungen zu sorgen haben, während ihre Eingänge naturgemäß zurückbleiben: gewerbliche Genossenschaften, Unterstützungsvereine, Gewerkschaften, vielleicht auch Krankenkassen und Invalidenanstalten. Wir werden auch diese Gruppe als nicht zu beträchtlich ansehen dürfen. Weiter aber die Sparkassen und Banken, die Kriegsanleihen fest übernehmen und dann von neuem flüssige Mittel brauchen, dann die Kriegsgesellschaften, wie die Z.E.G., die für Einkäufe im Auslande und für Uebernahme

[33]) Ueber den Wert der Darlehnskassenscheine als Deckungsmittel der Banknoten ist hier nicht zu handeln. Sie ist aber, wie bemerkt werden muß, durchaus unzureichend, da sie nicht liquide d. i. jederzeit verfügbar sind. Auch die persönliche Haftung des Darlehnsschuldners reicht nicht aus. Es ist doch nicht anders als wie Mephisto im Faust II. »Geld macht«. Die durch Lombarddarlehn gedeckte Banknoten sind »eigentliches Papiergeld«, d. i. ein solches, das nicht durch kurzfristige, jederzeit verfügbare Unterlagen gedeckt ist. Anders Diehl a. a. O. S. 62, der dieses Papiergeld in der Hauptsache für gedeckt hält.

der Waren Betriebsmittel benötigen. **Endlich** als letzte Gruppe die Kommunen, die entweder Wertpapiere lombardieren lassen oder Blankokredit bei den Banken in Anspruch nehmen. Letztere greifen dafür ihrerseits zur Lombardierung bei den Darlehnskassen. Die Kommunen haben trotz wachsender Steuereinnahmen noch mehr steigende Kosten für Fürsorge aller Art, für Gehaltsaufbesserungen der Beamten und Arbeiter, für Lebensmittel zu tätigen, ohne daß ihre Erwerbseinkünfte damit Schritt hielten. Die beiden letzten Gruppen umfassen offenbar die Hauptdarlehnsnehmer.

Was bedeutet dieser Kredit aber für die Zirkulation des Geldes? Nichts anderes, als daß feste Vermögensteile mobilisiert und zu formaler Kaufkraft umgestaltet werden, die im Grunde genommen gar keine ist. Gerade auch wenn Anleihen seitens der Sparkassen und der Banken von neuem lombardiert und damit mobilisiert werden, entsteht neue Kaufkraft. Zukunftswerte, die überhaupt nicht Zahlungsmittel waren, werden in prinzipielle Gegenwartsmittel umgewandelt. An sich können alle jenen lombardierten Vermögenswerte gar nicht kaufen und sonach auch keine Nachfrage entfalten. Sie stellen nur einen Zinsbezug dar, der eine wesentlich kleinere Kaufkraft repräsentiert als die so mobilisierten Werte selbst. Allerdings kann auch im normalen Verlauf der Wirtschaft ein solch gesteigerter Kredit eine Vermehrung von Forderungsrechten an die Bank hervorrufen, ohne daß sie auf wirklich neuen Erträgnissen der Wirtschaft beruhten [34]). Es ist ein Zusammenhang, den bereits Ricardo klar erkannte. Kredit ermöglicht es eben, Forderungsrechte künstlich zu schaffen und sie als Zahlungsmittel zu verwenden. Er wird nicht nur auf Grund von schon vorhandenem flüssigen Geldkapital, sondern auch auf Grund künftiger Vermögenswerte gewährt: das gehört zu seinem Wesen. Normalerweise wird dabei immer vorausgesetzt, daß der so in Anspruch genommene Lombardkredit in kürzester Zeit durch wirkliche Gegenleistungen der Produktion getilgt ist, daß er also nur vorübergehend und zu produktiven Zwecken verwendet wird. Es soll nun gewiß eine inflationistische Wirkung dieses Vorgehens auch im normalen Verlauf nicht ganz geleugnet werden. Jedoch ist dem durch die Beschränkung der Notenausgabe und durch die Art ihrer wechselmäßigen Deckung sowie durch die Diskontpolitik eine ziemlich enge Grenze gezogen. Trotz aller Versuche, auf andere Weise als durch strenge Deckungsvorschriften eine solche Grenze zu erreichen, ist bisher ein wirksames Mittel nicht angegeben. Im Kriege aber geschieht diese Kreditgewährung nicht nur im größten Umfang ohne Grenzen, sondern vor allem auch **ohne** Hinblick auf zukünftige reale produktive Gütervermehrung. Die Produktion ist ja, wie wir sahen, durch die Kriegsabsichten eine unökonomische. Sie hilft gar nicht den realen Gütervorrat vermehren, sondern kann nur neue Geldwerte erzeugen. Während Lombardkredit sonst in der Regel nur Betriebszwecken dient, ist das im Kriege nicht der Fall.

---

[34]) Mit Recht so auch Liefmann, Geldvermehrung, S. 74.

Auf dem Wege der Beleihung ist demnach von neuem eine uneigentliche formale Zahlungsfähigkeit geschaffen, die nicht auf Ueberschüssen in der Wirtschaft beruht [35]). Für das Wesen ist es unerheblich, ob die Deckung qualitativ hinreichende Sicherheit bietet. Einmal tut sie es bei den Darlehnskassen in Wirklichkeit nicht, anderseits besteht aber auf alle Fälle durch ihre Ausgabe die Möglichkeit einer zusätzlichen Kaufkraft, die sonst gar nicht vorhanden ist. Wenn man beispielsweise das deutsche Volkseinkommen auf 42 Milliarden Mark veranschlagt und bei der Geldentwertung sogar auf 60 Milliarden, so bedeutet die Ausgabe von 8½ Milliarden Lombarddarlehnsscheinen eine Vermehrung um ein Fünftel bis ein Siebentel der vorhergehenden Kaufkraft. Jenes fällt natürlich erheblich ins Gewicht. An sich entfalten 8½ Milliarden Vermögenswerte nur eine Kaufkraft von rund 400 Millionen Mark, also nur den zwanzigsten Teil der im Kriege geschaffenen. Das zieht Geldausgaben nach sich, die ohne die Mobilisierung der Kapitalien gar nicht möglich waren. Sie mögen durchaus unvermeidlich gewesen sein; die Beamten müssen sich Mittel verschaffen, um nicht zu verhungern. Die gestiegenen Preise zwingen dazu, sich an fiktives Einkommen zu halten, das sie später abzutragen hoffen. Das erhöht vorübergehend seine Leistungsfähigkeit und steigert demnach seine Nachfrage, die sonst unbefriedigt bleiben müßte. Ebenso vermögen nunmehr erst die Kommunen die genannten großen Aufwendungen zu machen. Die Erhöhung der Beamtengehälter setzt diese in den Stand, auch ihre Nachfrage entsprechend zu erhöhen. Unterstützung und städtische Einrichtungen schaffen ihrerseits wiederum dritten Personen Einkünfte, die nicht den normalen Ueberschüssen der Wirtschaften entstammen, sondern eben nur fiktive sind [36]). Das alles wird durch die Not des Krieges begründet. Wovon sollen denn sonst alle jenen Ausgaben bestritten werden? Doch nicht

---

[35]) Den Zusammenhang von Geldvermehrung, Einkommenserhöhung und Preissteigerung ist bereits 1859 von Tooke ausführlich dargelegt worden, auch Wiebe hatte bereits darauf hingewiesen, daß bei der sog. Preisrevolution das neu hinzugekommene Geld auf dem Markt kaufende Nachfrage erzeuge, wie Diehl a. a. O. S. 69/70 mit Recht bemerkt. Ebenso hatten Hermann und Zwiedineck-Südenhorst, wie ich selbst den Zusammenhang betont. Der Gedanke war niemals vergessen worden, daß die Nachfrage von der Kaufkraft und dem Einkommen abhängt. Trotzdem wird Liefmann nicht müde (Geldvermehrung S. 90 ff.), diesen Gedanken als seine eigene originelle Erfindung hinzustellen. Allerdings findet sich niemals diese Ansicht in solch einseitiger Uebertreibung. — Daß die Depositen, die durch Diskontierung von Finanzwechseln entstehen, den Forderungen einer Kaufkraft auf Grund eines vorangegangenen reellen Verkaufes ebensowenig wie die gutgeschriebenen Lombarddarlehen entsprechen, wird ausgeführt bei Lexis, Volkswirtschaftslehre, S. 126.

[36]) So Dalberg S. 54 mit Recht gegen Bendixen. Schon Hume, Political discourses legte das Hauptgewicht bei der Geldvermehrung auf die vermehrte Nachfrage nach Arbeit und Waren. Er hat durchaus nicht, wie Hoffmann meint, ein direktes Gleichgewicht zwischen Geldmenge und Warenmenge angenommen.

aus den regulären Ueberschüssen der privaten Wirtschaften. Die reichen dafür bei weitem nicht aus. Die Hingabe und Mobilisierung von Effekten ermöglicht es allein, da auf andere Weise die Bedürfnisse keine Befriedigung fänden.

Das Erscheinen dieses Teiles des Papiergeldes bedeutet also Einräumung eines Kredites, nicht auf Grund wirklicher produktiver Leistungen, sondern auf Grund von Vermögenswerten, die gar keine neuen realen Güter erzeugen. Man lebt sozusagen von Schulden! Das ist entscheidend für diese ganze Art der Kriegswirtschaft. Es ist nur das äußere Symptom des dahintersteckenden inneren Vorgangs: Die Schaffung von Kaufkraft und damit von Nachfrage für Reich, Kommunen und Private durch Inanspruchnahme von lediglich k o n s u m t i v e m Kredit. Es ist mithin schon dasselbe, ob man von Kredit-, von Noten- oder von Geldinflation spricht. Es sind nur von verschiedenen Stadien hergenommene Bezeichnungen. Den Ausgangspunkt bildet immer der dem Lande zum Zwecke der Kriegführung zur Verfügung gestellte K r e d i t und die dadurch herbeigeführte Einkommensverschiebung, die neuen Kredit anderer Kreise nötig macht. Die Tatsache, daß der Krieg mit Schulden und nicht mit vorhandenen Ueberschüssen geführt wird, verleitet auch andere Kreise zum Schuldenmachen und entsprechender Lebensführung. Diese künstliche Nachfragesteigerung überwiegt in ihrer Gesamtheit bei weitem ihr Nachlassen seitens der Privaten. Es ist also nur die andere Seite der Kriegsfinanzierung, die uns hier in ihrer Wirkung entgegentritt. Eine solche f o r m a l e Kaufkraftsteigerung wirkt auf die Preise, wenn nicht zugleich eine Warenvermehrung eintritt. Ist dies letztere der Fall, dann brauchten freilich auch jene nicht zu steigen: Vielmehr gleicht dann das Mehrangebot von Ware infolge der Produktionssteigerung die Mehrnachfrage für private Zwecke wieder aus. Das kann aber, wie wir sahen, im Kriege nicht geschehen, weil die Produktion von Waren sich notwendig vermindert, auch unabhängig davon, ob in einem Lande durch die Blockade eine besondere Warenknappheit besteht wie in Deutschland. Der Kredit dient demnach hier nicht zu produktiven, sondern lediglich zu konsumtiven Zwecken. Diese plötzlich gesteigerte nachhaltige Nachfrage durch den Lombardkredit steigert mithin die Preise noch mehr. Von dort pflanzen sie sich fort, indem man immer wieder von neuem feste Kapital- und Vermögenswerte mobilisiert. Papiergeld und Banknoten sind nur die Folgen der aus anderen entspringenden Notwendigkeit.

Es entsteht so von neuem ein indirekter Zusammenhang zwischen Papiergeldvermehrung und Preissteigerung bzw. Geldentwertung. Es werden formale Forderungsrechte geschaffen, ohne daß sie aus wirklichen Forderungen erwachsen werden. Es werden Zukunftswerte in Gegenwartswerte verwandelt. Wenn der Staat endlich das Geld in Form von Steuern, Verbrauchsabgaben und Anleihen zurückerhält, so hat es an Kaufkraft eingebüßt und macht dadurch neue Zahlungs-

mittel nötig, die dann auf die privaten Kreise zurückwirkt [37]). Es ist tatsächlich eine Schraube ohne Ende.

5. Zwei Bemerkungen sind dazu am Platze: Einmal ergibt sich aus den Ausführungen, daß eine Geldentwertung auch dann eintreten müßte, wenn Marktbildung und Warenangebot in normaler Weise von statten gingen, wenn das Land also nicht völlig abgeschlossen ist. Von den anderen Momenten der Preisbeeinflussung sehen wir an dieser Stelle ab, da sie vordem behandelt sind. Wenn der Krieg aber noch eine b e s o n d e r e Angebotsknappheit mit sich bringt, so muß dieser Umstand die Preissteigerung natürlich verstärken: der erhöhten Nachfrage steht ein dann wertvermindertes Angebot von Waren und Arbeitskräften gegenüber. Aber nur das Ausmaß der Preissteigerung wird dadurch beeinflußt, nicht der ursächliche Zusammenhang, der unabhängig von der zufälligen Lage der einzelnen Länder sich gestaltet. Wie wir vordem die Markt- und Preisbildung isolierten, so hier die Geld- und Nachfrageseite, obwohl natürlich das ganze sich in einem Prozesse vollzieht. Erst durch die Aufdeckung dieser Verhältnisse erfährt die Preis- und Marktbildung im Kriege ihre volle Aufklärung.

An sich müßte jede Inanspruchnahme des Lombardkredits eine solche Wirkung herbeiführen. Nur ist sie normalerweise im allgemeinen zu klein, als daß sie groß fühlbar sein sollte. Daß aber die Lombardierung von Wertpapieren, wie sie besonders zur Zeit der Hochkonjunktur und zu Spekulationszwecken (Reportgeschäft) erfolgt, eine gleiche Wirkung ausübt, ergibt sich daraus von selbst. Der Krieg wirkt auch hier als ein ganz eigenartiges Experiment, indem er die Maße so steigert, daß ein an sich schon bestehender Kausalzusammenhang nunmehr viel deutlicher in die Erscheinung treten kann.

Sodann aber leuchtet ein, warum k e i n Parallelismus zwischen den beiden Bewegungen der Papiergeldvermehrung und der Preissteigerung bestehen kann. Der Mechanismus ist eben ganz wesentlich komplizierter, als die Quantitätstheorie sich vorstellt. Aus der bloßen Zunahme an sich ist noch kein absoluter Schluß zu ziehen [38]). Die Entwertung des Geldes hängt gar nicht unmittelbar von der absoluten Menge der Noten ab. Wir sahen, daß aus ganz bestimmten Gründen, unabhängig von der Zufälligkeit des einzelnen Landes der Krieg einen

[37]) Anders H e y n , der im Gegenteil meint (Weltwirtschaftliches Archiv 1917, S. 261), daß gegen die Mobilisierung des Vermögens nichts einzuwenden sei und daß die Mobilisierung der Werte ein ganz normaler Vorgang im Tauschverkehre sei. Das ist in Wirklichkeit nicht der Fall. Die Kreditgewährung ist durch die Bindung an das Gold indirekt beschränkt, bei der Papierwährung aber nicht.

[38]) Dies richtet sich in erster Linie gegen C a s s e l , der S. 241 meint, daß im großen und ganzen Inflation proportional der Zunahme der Menge der Zahlungsmittel angesehen werden könnte. Uebrigens gibt auch W e i l l (Bankarchiv S. 321), der im übrigen den Einfluß der Geldvermehrung auf die Preise leugnet, zu, daß indirekt doch ein Zusammenhang mit der Zunahme von Geld möglich sei, nämlich durch die erhöhte Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft der Käufer. Es ist bei Weill nur sehr schwerfällig ausgedrückt.

größeren Zahlungsmittelbedarf entwickelt. Die Erweiterung des Gebietes, die Verlangsamung der Umlaufsgeschwindigkeit machen eine solche notwendig, ohne die reale Nachfrage zu verstärken. Vielmehr wird der Umweg über die Kaufkraft und die Nachfrage von Staat und Privaten eingeschlagen um die Wirkung der Inflation hervorzubringen. Dieser Umweg wirkt seinerseits differenzierend; er gestaltet die Preissteigerung ganz verschieden nach den jeweils nachgefragten Waren. Die Nachfrage nach Lebensnotwendigkeiten ergreift die Massenwaren weit mehr als die Luxusgüter, die darum im Preise weniger steigen; Mieten weit langsamer als Nahrungsmittel, Dividentenwerte mehr als die festen Anlagen. Kurz, erst die durch vermehrte Kreditgewährung gesteigerte Zahlungsfähigkeit in ihrem verschiedenen Ausmaß gestaltet die Einzelheiten der Bewegung der Warenpreise [39]. Darum kann kein direkter Zusammenhang und kein Parallelismus zwischen der Erhöhung des Preisniveaus und der Menge des Papiergeldes bestehen. Wohl aber besteht der aufgezeigte mittelbare und indirekte Zusammenhang. Im Einzelfalle nun anzugeben, wieviel von der Preissteigerung auf den einzelnen Faktor der Geldvermehrung zurückzuführen ist, erscheint nicht möglich. Nur soviel wird man sagen dürfen: je weniger das neue Geld sich auf produktive Werte stützt und je mehr reiner Konsumtivkredit in Anspruch genommen ist, um so stärker muß die Inflation sich Geltung verschaffen. Wenn vollends nach Beendigung des Krieges wie in Deutschland Kredit auf Kredit gehäuft wird, immer mehr die reine Notenpresse arbeitet, ohne daß die Güterproduktion auch nur im entferntesten zunimmt, so sind die schlimmsten Auswüchse der Papiergeldwirtschaft bereits vorhanden. Die Geldentwertung muß sich ins riesenhafte steigern; ein Halten gibt es da nicht [39a].

---

[39]) Der Ansicht, daß das Einkommen die Waren kaufe und daß sie als Erklärung des Preisphänomens ausreiche, wie Liefmann immer wieder von neuem behauptet, ist durchaus entgegenzutreten. Einmal laufen Preissteigerung und Einkommenserhöhung keineswegs parallel, wie es doch wohl der Fall sein müßte, wenn Liefmann recht hätte. Vielmehr ist erstere numerisch stärker als letztere und geht ihr voran. Sodann aber ist das Einkommen selbst erst zum großen Teil eine Funktion der Preise. Gerade weil die Preise steigen, wächst auch das Einkommen. Originäre Einkommenbildungen sind gerade die Folge der Preiserhöhungen. Weiter aber geht die Preissteigerung keineswegs, wie diese Theorie annimmt, von den Konsumenten aus, sondern bei den maßgebenden Stoffen und Materialien von der Produktionsseite. Es ist eben durchaus unzutreffend, daß nur das Einkommen kaufe, sondern in unserm Wirtschaftssystem kauft zum guten Teil das Betriebskapital, das nicht zum Einkommen gehört, die Güter. Produzentengeld und Konsumentengeld unterschied schon Adolf Wagner; ersteres macht aber gerade für die Frage der Preissteigerung die Hauptsache aus. Das Einkommen bildet nur den Vermittler. Der letzte Grund liegt in der Kreditenteilung und in der Veränderung des Zirkulationsprozesses. Liefmann hat also Wirkung und Ursache, die bereits Ricardo sehr scharf auseinandergehalten hatte, wiederum miteinander vermengt.

[39a]) Es stieg die Vermehrung der Umlaufsmittel von November 1918 bis Juni 1919 allein um mehr als 150%.

IV. Ihre Wirkungen — Inflation und Valuta.

1. Einen beträchtlichen Teil der Geldentwertung und Preissteigerung, der sich freilich nicht genau angeben läßt, werden wir also auf Inflation zurückführen können. Ihre Wirkung ist nun mehrfacher Art. Zunächst ergibt sich eine Einkommens- und Vermögensverschiebung stärkster Art. Durch das Steigen der Preise wächst vor allem das freie Unternehmereinkommen. Beides geht durchaus Hand in Hand. Da dieses Einkommen nur zum kleinen Teil verzehrt werden kann, so wandelt es sich in Kapital bzw. Vermögen um. Geld ist nicht nur Zahlungsmittel und Recheneinheit, sondern zugleich auch Wertträger. Durch seine Umwandlung in Kapital wird die Stellung des Besitzes in doppelter Weise beeinflußt[40]. Die Geldentwertung schafft höhere Einkommen im Anschluß an schon vorhandenen Besitz, weil er nunmehr größere Erträgnisse abgibt. Oder sie läßt neues Einkommen überhaupt in solchem Umfange entstehen, daß der Verzehr nicht möglich ist, also neues Vermögen gebildet wird. In der Gegenwart wird Vermögensbildung wesentlich den Konjunkturerscheinungen verdankt; für sie stellt der Krieg einen besonders krassen Fall dar. So pflanzt sich die Geldentwertung von der Einkommenssphäre auf die Vermögenssphäre fort und schafft dadurch dauernd neue Renteneinkommen. Damit geht aber die Inflation über ihre unmittelbaren Wirkungen weit hinaus[41].

Andererseits gewährt die Preissteigerung allen den Unternehmern einen Differentialgewinn, die unter günstigeren Produktionskosten arbeiten können. Das sind im allgemeinen die bestehenden Betriebe, die unschwer ihren Betrieb umstellen konnten. Dadurch werden von neuem Uebergewinne geschaffen. Die Preise richten sich nach den schwächsten Erzeugungskosten, die zur Bedarfsdeckung noch herangezogen werden müssen. Das bezieht sich auf die Landwirtschaftsbetriebe, die besonders begehrte Erzeugnisse haben, also auf die Vieh verkaufenden Kleinbetriebe mehr als auf die Großbetriebe, die vor allem Getreide mit Höchstpreisen hervorbringen. Sie bezieht sich aber ebenso auf Fabriken und Großunternehmungen. Es muß eine Surplusrente entstehen, die durch das besondere Ausmaß der Preissteigerung immer größer wird und diese Differenz dauernd erweitert. Der Krieg vergrößert auch hier die Erscheinungen, die an sich sonst in kleinerem Maße vorhanden sind.

b) Die Geldentwertung ergreift aber die verschiedenen Bevölkerungskreise nicht in gleichem Maße. Sie verschärft die sozialen Unterschiede unter den Arbeitenden selbst. Die Erhöhung der Löhne setzt zuerst an einzelnen Stellen ein. Von dort ergreift sie bestimmte Erzeuger, während andere Kreise davon weit weniger oder gar nicht

[40]) Hier scheint mir Sombart in der Neuauflage seines modernen Kapitalismus die Wirkung der Preissteigerung auf die Reichtumsbildung und die Differenzierung der Vermögen im 16. Jahrh. nicht hinreichend gewürdigt zu haben. Manche Erklärung würde dadurch sich einfacher stellen.

[41]) Im ganzen dazu Pohle, Valutaentwertung im Kriege S. 23 ff., 29.

ergriffen werden. Die Einkommenserhöhung der unteren Schichten ist also wiederum keine gleichmäßige. Gewisse Arbeiterklassen der Rüstungsindustrie werden herausgehoben und erhalten überdurchschnittliche Löhne. Mit der wachsenden Entfernung von der Stelle der erhöhten Nachfrage der Kriegsindustrie, die mit reicher Hand alles bewilligt, was nur möglich ist, nimmt die Wirkung ab, so daß möglicherweise gewisse Schichten ganz leer ausgehen. Von jener Seite wird darum auch die Nachfrage nach Waren zuerst gesteigert. Sie pflanzt sich nicht mit einem Male fort, sondern erst nach und nach, bis die »letzten Arbeiter« davon erst spät oder gar nicht ergriffen werden. Diese proletarisieren dadurch noch mehr und ihre Lage wird relativ schlechter. Dafür rücken andere Arbeiterkategorien in eine höhere Einkommensklasse ein und verbürgerlichen sich.

Andererseits trifft die Geldentwertung die F e s t b e s o l d e t e n , Beamte, kaufmännische Angestellte ebenso wie die älteren Rentner und Pensionsempfänger in ungleichem Maße. Sie sind an der neuen Einkommensbildung nicht beteiligt, da ihre Bezüge bedungenes Einkommen infolge längerer Verträge darstellen. Dadurch wird deren Lage wesentlich verschlechtert und sie werden direkt proletarisiert. Wie sich eine neue Schar von Besitzenden bildet, so andererseits eine solche von Zurückgebliebenen und Deklassierten. Der Krieg verhält sich in dieser Beziehung gänzlich unsozial, indem er neuen Reichtum und Besitz errichtet und eine neue Armut der Zurückgesetzten schafft. Auch das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner erleidet dadurch eine wesentliche Veränderung, und zwar sind die alten Gläubiger die Leidtragenden, während die Schuldner durch die Geldentwertung wesentlich gewinnen.

c) Dafür steigt durch die Geldentwertung aber auch der W e r t d e s B e s i t z e s , soweit er in Geld ausgedrückt wird. Man schätzt den Mobiliarwert für die Feuerversicherung entsprechend höher, da alle Gebrauchsgegenstände im Preise gestiegen sind und man die Wiederanschaffungskosten für die Taxierung zugrunde legen muß. Man schätzt aber auch entsprechend den Wert der Produktionsmittel höher, weil wiederum die Reproduktionskosten sich entsprechend verteuert haben. Das wird sich dann auch auf die Preise der Liegenschaften wie auf die der Industrieanlagen auf das ganze feste wie mobile Kapital ausdehnen. Der Wert des Erwerbsvermögens in Geld ausgedrückt wird höhere Ziffern zeigen, mag auch sein Realertrag in Gütermengen ausgedrückt abgenommen haben. Naturgemäß überträgt sich das mit Notwendigkeit auf die Kurswerte der Aktienunternehmungen. Sie schlagen gleichfalls eine Höherbewegung ein, um den verminderten Geldwert auszugleichen. Wir sahen, daß der bloße Geldertrag der freien Unternehmungen ebenfalls wachsen muß. Von der Veränderung des Geldwertes werden nach und nach schließlich alle Vermögenswerte ergriffen. Der nominale Wert des Volksvermögens erfährt dadurch gleichfalls eine Erhöhung, so sehr auch sein Ertragswert geschwächt ist. Die Volkswirtschaft kann im Kriege verarmen und doch nominell reicher werden.

d) Auf der anderen Seite werden aber auch die öffentlichen Einnahmen davon stark beeinflußt; sie erfahren zum Teil eine wesentliche Steigerung. Die Einkommenssteuer ergibt durch die vermehrten Einnahmen entsprechend höhere Erträge. Es kann zweifelhaft sein, ob diese schon dem gesunkenen Geldwert entsprechen oder dahinter zurückbleiben. Die Besserung der Finanzen ist eine notwendige Folge davon, daß gerade die höheren Einkommen sich besonders vermehrt haben. Allerdings steigen auf der anderen Seite auch die Kosten der öffentlichen Verwaltung noch mehr als die erhöhten Einnahmen einbringen. Die Preissteigerung läßt notwendig die Erhöhung des Steuerertrages hinter sich. Zunächst auch darum, weil dieser eine vorübergehende Erscheinung ist, die Preissteigerung aber eine dauernde. Vom Standpunkt der Finanzen ist also die Geldentwertung nicht durchaus als ein Uebelstand zu betrachten. Sie bringt mancherlei Erleichterungen, obwohl sie ihre zwei Seiten hat. — Auch für die Besitzer von Rententitel hat das seine Wirkung. Sie haben in einer Zeit sinkenden Geldwertes erworben und genießen die Zinsen, dann, wenn er wieder steigt, wenn also die Kaufkraft des Geldes sich erhöht. Das schafft den neuen Besitzenden ein reales Uebereinkommen gegenüber den späteren Erwerbstätigen.

Es ist wichtig zu betonen, daß diese Wirkungen der Inflation in kleinem Maße sich bei jeder Aenderung des Geldwertes zeigen. Nur nimmt auch diese Erscheinung durch die Wirkung des Krieges besondere Dimensionen an, da eben die staatliche Kreditüberspannung viel allgemeiner ist, als die analogen Erscheinungen des normalen Wirtschaftslebens.

Eine letzte Wirkung der Geldentwertung würde den Einfluß auf den Stand der Valuta und auswärtigen Wechselkurs betreffen.

2. Ob ein Zusammenhang zwischen der ausgegebenen Papiergeldmenge und dem Stande der Valuta im Auslande besteht, die sich in der Höhe der Wechselkurse ausdrückt, ist eine große Streitfrage. Der schwedische Nationalökonom Cassel hatte bekanntlich einen direkten Zusammenhang zwischen beiden behauptet. Er hatte sogar die Höhe der ersteren als Maßstab des letzteren empirisch nachzuweisen unternommen. Geldentwertung im Inlande, Verschlechterung des Binnenwertes müsse auch eine entsprechende Verschlechterung des Außenwertes herbeiführen [42]). Aber schon die anfängliche Ueber-

[42]) Cassel meint S. 142, daß die in den Wechselkursen hervortretende Wertverringerung der deutschen Valuta mit der relativen Zirkulationsvermehrung während des Krieges übereinstimme. Den Zusammenhang behauptet ferner Schlesinger in der österr. Zeitschrift 1916, sodann Broda im 7. Kriegsheft des Archives für Sozialwissenschaft 1918; ebenso Dalberg a. a. O. Pohle findet ebenfalls die Uebereinstimmung zwischen beiden hinreichend groß (S. 16) und sieht darin eine empirische Bestätigung der Tatsache. Dagegen Diehl S. 54: die hohen Inlandspreise seien direkt von gar keinem Einfluß auf den Wert der Mark im Auslande. Die Preisbestimmungsgründe für den inneren Preisstand und die Valuta sind gänzlich verschieden! Andererseits ist Liefmann stolz darauf, die hohen Inlandspreise

einstimmung beider Kurven ist nur eine zufällige und äußerliche. Vielmehr hören die Bewegungen sehr bald auf, parallel zu gehen; sie entfernen sich bzw. nähern sich ziemlich unabhängig voneinander. In England stieg das Preisniveau um das 2½ fache, der Wechselkurs im Auslande dagegen sank kaum jemals mehr als um 26 v. H., während die Mehrausgabe von Papiergeld ungefähr das sechsfache des normalen Umlaufs aufwies. Die französische Preissteigerung ist wesentlich geringer, das Sinken der Wechselkurse aber wesentlich größer gewesen als in England. In den Vereinigten Staaten trat eine Preissteigerung und Geldentwertung bereits vor der Kriegserklärung ein, als die Wechselkurse noch recht günstig standen [43]). Zum mindesten geht aus diesen empirischen Tatsachen hervor, daß noch ganz andere Momente von Einfluß gewesen sein müssen. Trotzdem verdient es vermerkt zu werden, daß der Theoretiker des Wechselkurses Goschen eine solche Parallelität sowie eine Abhängigkeit von der Münzentwertung des Papiergeldlandes annahm [44]). Ebenso nimmt auch sein deutscher Interpret O. Haupt einen solchen kausalen Zusammenhang an. Wie ist ein solcher überhaupt zu denken und hat er im Kriege bestanden und Einfluß gewonnen?

Abzulehnen ist von vornherein die Meinung, daß der Stand der Valuta an sich direkt vom »Kredite« abhänge, den ein Land genieße. Das ist, wie noch zu zeigen sein wird, nur zum kleinsten Teil und höchstens indirekt der Fall. Denn beim bloßen Warengeschäft unter Privaten gewährt man dem Staate noch gar keinen Kredit. Mithin kann dieser auch keinen Einfluß auf den Stand der Valuta ausüben. Dabei wird man Wechsel, Scheck und Noten in dieser Beziehung gleich zu achten haben. Man kauft durchaus nicht unmittelbar fremdes Geld, außer zu Spekulationszwecken, die doch immer nur eine vorübergehende Wirkung ausüben können. Manche auffälligen Schwankungen des Valutastandes sind allerdings auf das Vertrauen, das man der politischen Gesamtlage des Landes entgegenbringt, zurückzuführen. Aber diese kleinen Schwankungen haben noch keinen Einfluß für längere Dauer. Vielmehr werden im allgemeinen nur dann Wechsel bzw. andere Zahlungsmittel begehrt, wenn ein reales Warengeschäft (bzw. ein anderes reales Geschäft) vorliegt. Daraus folgt, daß an sich die innere Geldentwertung zunächst ohne direkten Einfluß

als Hauptgrund für das starke Sinken der Valuta schon 1917 ausgesprochen zu haben (Geldvermehrung S. 110). Aber man findet bei ihm, außer hohen Worten, doch nur eine sehr verschwommene Analyse des Ursachenzusammenhanges.

[43]) Die Zusammenstellung im 5. Monatsbericht 1918 des Schweizer Bankvereins.

[44]) Goschen, Theorie der auswärtigen Wechselkurse. Uebers. von Stöpel, 1875, S. 64: »Die Wechsel auf ein gegebenes Land schwanken im Wert genau in demselben Verhältnis wie alle käuflichen Artikel einschl. des Bargeldes und ihre Policen schwanken, m. a. W. im Verhältnis des Disagio auf das Papiergeld.« Nachträglich erschien die Abhandlung von E. van Dorp, Die Bestimmungsgründe der intervalutarischen Kurse (Weltw. Archiv 15. Bd. S. 29—34) die wiederum einen direkten Zusammenhang aufzuweisen sucht.

auf die Valuta bleibt. Man sage darum nicht: Weil man für die einzelne Mark jetzt in Deutschland weniger kaufen könne, müsse sie auch im Auslande weniger gelten [45]). Der Wechselkäufer will nicht in Deutschland Waren kaufen, sondern er will seine Waren selbst in heimischer Währung bezahlt haben, um im eigenen Lande zu kaufen. Wenn viele Verbindlichkeiten und wenig Forderungen gegenüberstehen, so ist eben das Angebot von Wechseln, Schecks und Noten größer und darum sinkt ihr Kurs. Die Annahme (Liefmanns), daß der Preis der Markwechsel im Auslande davon abhänge, was man im Inlande dafür kaufen könne, verkennt die Sachlage. Vielmehr hängt der Stand der intervalutarischen Kurse ausschließlich vom Stande der gesamten Zahlungsbilanz des Landes ab. Von dem macht die reine Warenbilanz immer nur einen Teil aus; die sonstige Forderungsbilanz setzt sich aus Kapital- und Zinsbezug, aus Vermittlungstätigkeit und Betriebsgewinn, aus Reiseverkehr und Wanderung zusammen. In den Industriestaaten wird die passive Warenhandelsbilanz durch letzteren Posten meist ausgeglichen, oder im Falle Englands durch die sonstige Forderungsbilanz sogar überkompensiert. Normalerweise steht die Sache so, daß der ungünstige Wechselkurs die Ausfuhr von Waren, von Gold oder von Wertpapieren anregt und dafür die Wareneinfuhr einschränkt: für die entwertete Währung ist soviel mehr in Auslandsgeld zu zahlen, bzw. erhält man für das Auslandsgeld soviel weniger in heimischer Währung [46]). Das hemmt natürlich die Einfuhr von Waren.

Der Krieg hat nun allgemein die Wirkung, den ausländischen Wechselkurs ungünstig zu beeinflussen, indem er die Forderungsbilanz verschlechtert: Die Außenwirtschaft wird überall zugunsten der inneren Kriegstätigkeit unterbunden und dafür fremde Vermittlung in Anspruch genommen. Das allein würde schon genügen, um die Wechselkurse der Kriegsländer herabzusetzen. Zugleich steigen die Bedürfnisse nach Auslandswaren und die Ausfuhrmöglichkeit nimmt ab, da die Soldaten keine produktive Tätigkeit mehr verrichten. Es kann nicht wie im Frieden ein Ausgleich der Wechselkurse durch stärkeren Warenexport stattfinden. Die Produktion wird notwendig eingeschränkt und ganz auf den Krieg eingestellt. Darum versagt hier der gewöhnliche Mechanismus des Ausgleichs. Nur durch stärkeren Goldexport und systematische Wertpapierverkäufe ins Ausland ließe sich die Valuta aufrecht erhalten. Aber ersichtlich muß auch diese Gegenbewegung bei einer längeren Dauer des Krieges von selbst aufhören. So erklärt sich das dauernde Sinken der Wechselkurse aller kriegführenden Länder aus dem ganzen Zustand der Kriegswirtschaft

[45]) Das behauptet wiederum Liefmann S. 101 und 107: die Valuta würde darum geringer bewertet, weil man in Deutschland dafür weniger kaufen könnte! Wenn das das Ergebnis der psychologischen Theorie ist, dann hat sie versagt. L. vergißt ganz, daß die Preissteigerung im Auslande eine ähnliche war wie im Inlande.

[46]) Hier ist überall den Ausführungen Diehls beizupflichten.

von selbst: Abnahme der Ausfuhr und der Auslandsgeschäfte, stärkere Bedürfnisse und Abhängigkeit vom Auslande durch Nachlassen der produktiven Tätigkeit — das ist das Zeichen der Kriegswirtschaft.

Für Deutschland fällt noch der Umstand ins Gewicht, daß die Zinsen nur in geringem Umfange aus dem Auslande hereinkamen, daß unsere Vermittlungstätigkeit überhaupt aufhörte, Gewinn und Beschäftigung für das Ausland nicht mehr bestanden. Dafür mußten die fremden Bezüge größer und höherwertiger sein, als unsere Ausfuhr dahin, weil wir über wenig verarbeitungsfähige Rohstoffe verfügten. Der Export wurde noch dazu durch die anfänglichen Ausfuhrverbote eingeschränkt. Diese Umstände genügen im Grunde, um den ungünstigen Stand der Valuta eines Landes zu erklären und auch deren dauernde Verschlechterung als notwendige Folge der ganzen Kriegswirtschaft erscheinen zu lassen [47]). Es ist in keiner Weise einzusehen, wie die Inflation direkt eine Rolle gespielt haben soll. Auch das Preisniveau an sich hat damit noch nichts zu schaffen. Man fragt im Auslande nicht, was man für den fremden Wechsel im Inlande selbst kaufen kann, und kümmert sich beim Kaufe des Wechsels oder der Noten nicht um das fremde Preisniveau, das man gar nicht kennt, sondern nur um das, was man selbst für die Summe bieten kann. Zudem ist, wie wir wissen, das Preisniveau in allen Ländern mächtig gestiegen, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Mithin kann schon darum die Preissteigerung nicht an sich die Valuta ausschlaggebend bestimmen. Wenn Zwangskurs besteht und keine Einlösbarkeit der Noten erfolgt, dann tritt auf dem Wechselmarkt allein Angebot und Nachfrage der Zahlungsmittel in Geltung; die sonstigen Ausgleichsmomente fallen fort [48]). Sonach erscheinen zunächst Geldentwertung und Preisniveau ganz ohne Einfluß auf die Valuta. Die Methode Cassels auf der einen Seite die ausgegebene Notenmenge — gleich ob gedeckt oder ungedeckt — auf der anderen Seite das Disagio der Valuta zu setzen, entbehrt der Beweiskraft, besonders wenn man nur ein einzelnes Zeitmoment herausgreift und die Bewegung nicht dauernd verfolgt. C. nimmt an, daß die beiderseitigen Kurven annähernd parallel laufen, um den empirischen Beweis plausibel erscheinen zu lassen. Nun besteht aber, wenn man die ganze Kriegszeit und die sämtlichen Länder in Betracht zieht, dieser Parallelismus gar nicht [49]). Auch Lansburgh hat keinen Beweis dafür erbracht, warum »die Bewertung der Landeswährung im Auslande als zuverlässiger Index für die Veränderung anzusehen ist, die das innere Preisniveau und der innere Preiswert erfahren hat« [50]). Warum soll sich das Ausmaß

---

[47]) So richtig auch bei Diehl.

[48]) Das scheint Pohle zu übersehen, daß der Ausgleich der Wechselkurse die Einlösbarkeit der Noten zur Voraussetzung hat.

[49]) Vgl. die Kurven des Schweizer Bankvereins.

[50]) Lansburgh, in der Bank 1916. — Jetzt auch E. van Dorp a. a. O. mit neuen Argumenten, auf die nicht mehr eingegangen werden kann.

der Verschlechterung der Valuta im Auslande decken mit der Erhöhung des Papiergeldes im Inlande in den verschiedenen Währungsgebieten? Ein solcher direkter Einfluß erscheint ebensowenig nachweisbar wie ein solcher Maßstab selbst.

3. Trotzdem scheint mir theoretisch ein solcher Zusammenhang zu bestehen, den wir konstruieren müssen. Freilich in anderer Weise, als durch Annahme einer unmittelbaren Wirkung der Preise und einer ungünstigen Beurteilung des Kredites. Der Einfluß geschieht vielmehr *indirekt* auf dem Zwischenwege der Warenbewegung. Wir fragen, welche Wirkung übte der Preisstand auf den Güterverkehr zwischen den Ländern selbst aus. Hierbei können wir im Verhältnis von Preisbewegung zu Valutabewegung 8 Fälle unterscheiden, je nachdem der Preisstand (P) des Inlandes im Verhältnis zu dem des Auslandes höher (+), gleich (=) oder tiefer (—) steht und gleichzeitig auch die Valuta (V) im Auslande eine dieser drei Richtungen innehält. Also

I $P^{=}$ V^{-}	III P^{+} $V^{=}$	VI P^{-} $V^{=}$
II $P^{=}$ V^{+}	IV P^{+} V^{-}	VII P^{-} V^{-}
	V P^{+} V^{+}	VIII P^{-} V^{+}

Nehmen wir zuerst einen gleichen Preisstand beider Länder an. Dann ist es offenbar vorteilhafter zu exportieren, je tiefer der Wechselkurs im Auslande gesunken ist (Fall I). Denn um so mehr heimisches Geld wird für die fremde Valuta gegeben: dann tritt der bekannte Mechanismus der Selbstregulierung ein und durch den vermehrten Export die Nachfrage nach Wechseln, indem dadurch der Wechselkurs selbst steigt. Mindestens Perlen, Juwelen, Kunstgegenstände würden, falls andere Handelsobjekte fehlen, auch im Kriege ausgeführt werden. Andererseits muß die Einfuhr nachlassen, um den hohen Stand des auswärtigen Geldes im Einfuhrland zu vermeiden. Man erhält für die fremde Währung weniger Waren, kauft also relativ zu teuer und unterläßt dann möglichst solche Käufe. Umgekehrt steht die Sache (Fall II), wenn bei gleichem Preisstande der Wechselkurs im Auslande sich höher stellte. Beides sind die normalen Erscheinungen, die uns hier nicht beschäftigen sollen. Wir wollen vielmehr infolge des Krieges einen verschiedenen Preisstand zwischen zwei Ländern annehmen.

Wenn aus irgendwelchem Grunde, den wir hier ganz dahingestellt sein lassen, der Preisstand im Inlande höher ist als im Auslande (Fall III—V), so verhält sich die Sache ganz anders. Es besteht dann ein doppelter Zusammenhang. Bei gleichem Wechselkurs macht der höhere Preis es vorteilhaft (Fall III), Ware nach dem Inflationsland zu liefern, da sie dort einen höheren Gewinn erzielt. (Das wird sich noch verstärken, wenn im Auslande etwa die Valuta ebenfalls höher stände, Fall V.) Zwar mag an sich auch im Ausland der Preis für Rohstoffe und Nahrungsmittel im Kriege gestiegen sein, weil allgemeine Nachfrage danach stattfindet; aber er ist es jedenfalls nicht in dem Maße, wie in einem Lande, das unmittelbar am Kriege beteiligt ist und auf das all die preissteigenden Gründe einwirken. So würde die Ware mit Vorliebe in das teuere Kriegsland strömen. Die Folge

der vermehrten Wareneinfuhr müßte dann sein, daß im Auslande ein starkes Wechselangebot eintritt und daß alsdann die heimische Valuta sinkt. Allerdings könnte nun der gesunkene Wechselkurs an sich dem wieder entgegenwirken und einen Ausgleich herbeiführen. Sobald aber das innere Preisniveau mehr steigt, als das Sinken des Wechselkurses beträgt, sobald also die innere Geldentwertung größer ist als die äußere Valutaentwertung, so bleibt trotzdem die Anziehungskraft der hohen Preise auf das Ausland bestehen, wenn auch natürlich in vermindertem Maße als bei gleichem Wechselkurs. Das überhohe Preisniveau zieht immer Güter aus dem Auslande an und verschlechtert dadurch die Zahlungsbilanz. Ein Ausgleich durch Warenausfuhr muß aber wegen der dringenden Kriegsbedürfnisse, die alle anderen Aufträge in den Hintergrund treibt, ganz unterbleiben oder doch stark vermindert werden. Wenn alle Arbeit auf den Krieg eingestellt ist, so muß eben auch die Menge der Ausfuhrware an sich abnehmen. Aus diesem Grunde kann also im Kriege der Valutamechanismus nicht richtig funktionieren.

Für die Beurteilung des Einflusses der Preise kommt es allerdings weniger auf das gesamte Preisniveau, das dafür ohne große Bedeutung ist, als vielmehr auf die einzelnen Waren an, die eingeführt werden. Das wären im Kriege vor allem Rohstoffe und notwendige Bedarfsartikel, deren Preisgestaltung für die Käufer ganz gleichgültig ist. Die Einfuhr darin wird zunehmen. Der fremde Verkäufer erhält freilich wegen der verschlechterten Valuta weniger Werte. Aber wenn die Preise im Inland höher sind, als die Valuta sank, so ist eben trotzdem die Einfuhr vorteilhaft. Durch den überhohen inländischen Preisstand ist die allgemeine Wirkung des ungünstigen Wechselkurses aufgehoben und in das Gegenteil verkehrt [51]). (Anders wird die Sache nur dann, wenn die Entwertung der Valuta höher wäre als die innere Geldentwertung. Dann vermöchte der Wechselkurs allein zu wirken und würde durch den Preisstand nicht kompensiert werden. Wir behandeln den Fall nicht, weil er sehr unwahrscheinlich ist.)

Umgekehrt hindern aber nun die hohen Preise wiederum die Ausfuhr. Denn natürlich kann das Ausland nur dann kaufen, wenn die Erwerbskosten mit den eigenen Preisen übereinstimmen. Nur für die Güter, in denen das Land ein Monopol besitzt, muß das Ausland den geforderten Preis bezahlen. Nun würde an sich allerdings der niedrige Wechselkurs es vorteilhaft erscheinen lassen, auszuführen, weil der inländische Verkäufer mehr von der fremden Valuta erhält. Falls aber die inländischen Preise noch mehr gestiegen sind, als der ausländische Käufer an der Valuta gewinnt, so unterbleibt die Ausfuhr trotzdem. Der im Verhältnis zur Valutaminderung überhohe Preisstand ist also der Warenausfuhr bis zu dem Maße abträglich, als das Disagio im Kurse nicht überschritten wird. Wenn das Ausland die verteuerten

---

[51]) Richtig bemerkt Judick a. a. O. S. 274: »Die Rückwirkung der Wechselkurse auf die Handelsbilanz tritt nur dann ein, wenn die internationale Entwertung der Valuta die inländische Geldentwertung übertrifft.«

Inlandsgüter mit verbilligten Zahlungsmitteln kauft, dann wird der fremde Händler wohl das, was er an höheren Warenpreisen zusetzt, durch den niedrigen Kursstand wieder einbringen: Der Händler erhält für Schweizer Franken oder holländische Gulden bzw. dänische Kronen eben mehr deutsches Geld als vordem. Aber sobald die Verschlechterung der Valuta hinter der Entwertung des Geldes im Inneren zurückbleibt, so kann das Mehr der gestiegenen Preise nicht durch das Weniger an fremdem Geld aufgehoben werden. Es bleibt vorteilhafter, nicht im teuren Inlande zu kaufen, wenn man nicht gerade darauf angewiesen ist [52]). Dadurch wirkt also die innere Geldentwertung vermindernd auf die Warenausfuhr.

Das überhohe Preisniveau vermag theoretisch auf diese Weise sowohl anlockend auf die Einfuhr wie auch hindernd auf die Ausfuhr zu wirken. Es arbeitet damit dem Ausgleich der Wechselkurse *auf die Dauer* entgegen [53]), d. h. die Valuta muß sich infolge der inneren Geldentwertung und des hohen Preisstandes dauernd ungünstig stellen.

Sonach *könnte* an sich die Inflation allerdings einen Einfluß auf den Wechselkurs und den ungünstigen Stand der Valuta im Auslande ausüben. Nicht unmittelbar, wohl aber mittelbar dadurch, daß die *Menge* der Warenkäufe davon mitbestimmt wird. Auch lautet nun der Wert des einzelnen Wechsels in Mark auf eine höhere Summe, wenn die Preise hohe sind. Nicht nur regt der hohe Preisstand die Einfuhr als solche an, sondern steigert auch den Wert der Wechsel. Die Inflation würde also nicht direkt auf den Wechselpreis selbst, wohl aber auf Angebot und Nachfrage nach Wechseln überhaupt wirken.

Allerdings fragt es sich, wie weit diese theoretische Möglichkeit nun Wirklichkeit geworden ist, und in welchem Ausmaße dieser Einfluß sich geltend machen kann. Im Kriege dürfte trotzdem die inländische Preisentwicklung kaum eine Rolle gespielt haben. Zunächst schon darum nicht, weil die Preise keineswegs in den kriegführenden Ländern allein gestiegen sind. Vielmehr hat auch das neutrale Ausland eine ähnliche, wenn auch vielleicht nicht ganz so starke Preissteigerung erfahren. Diese Preisunterschiede sind also von vornherein viel kleiner als daß sie eine große Wirkung auf die Höhe der Valuta ausüben könnten. Das pflegt meist übersehen zu werden. Sodann kommt es darauf an, wie groß die ein- und ausgeführte Warenmenge gewesen ist. Für England, das einen offenen Markt hatte und überall kaufen konnte, war die Passivität der Handelsbilanz dauernd im

[52]) Die theoretischen Fälle VI—VIII, die an sich interessant genug sind treffen im Kriege kaum zu. Sie betreffen teurere Auslandspreise im Verhältnis zu denen des Inlandes. Im Ergebnis stimmen damit die Ausführungen Dalbergs ziemlich überein, der auch eine ähnliche Begründung gibt.

[53]) *Pohle* hatte gemeint, auf die *Dauer* sei es die Geldvermehrung, die den Wechselkurs bestimme, ohne daß ein Ausgleich der Warenbilanz eintrete. Das ist aber nicht richtig; sondern der Fall III zeigt, daß bei einem solchen Stande der Preise dauernd der Wechselkurs ungünstig bleibt.

Wachsen. Die hohen Preise haben hier tatsächlich das Wechselangebot im Auslande wesentlich erhöht und mithin ihren Kurs gedrückt.

Für Deutschland lag die Sache anders. Durch Abschneidung und Blockade, sowie durch Kontrollierung der neutralen Länder konnte die Masse der eingeführten Waren an sich nicht beträchtlich sein, wenn sie auch sicherlich die Ausfuhr wesentlich übertraf. Dazu kam seit dem 10. Januar 1917 die Einrichtung der Devisenordnung, die gerade mit Rücksicht auf den ausländischen Wechselkurs gegeben wurde. Sie hat die Einfuhr auf das notwendigste beschränkt. Ob die Passivität der deutschen Handelsbilanz mit den wenigen Ländern, mit denen noch Handel getrieben werden konnte, so groß war wie diejenige Englands, ist sehr zweifelhaft, obwohl die Verschlechterung der Wechselkurse hier das mehrfache von jener betrug. Andererseits konnten bei der Unbedeutendheit der neutralen Märkte, auf denen die deutsche Valuta gehandelt wurde, schon ein sehr kleines Warenangebot, also eine geringe Passivität der Handelsbilanz großen Einfluß auf den Wechselkurs ausüben. Das ist sicherlich der Fall gewesen. Die Verschlechterung der Valuta auf den Plätzen Amsterdam, Christiania, Kopenhagen, Zürich, Stockholm bedeutet an sich für den Stand der Valuta im Ausland nicht gar so viel. Die deutsche Ausfuhr endlich ist weit mehr durch den Mangel an Waren und den Umstand, daß durch den Krieg die Ausfuhr an zweite Stelle rückte, vereitelt worden als durch die hohen Inlandspreise und die Geldentwertung.

Mithin scheinen diese letztere nur ein mitwirkendes Moment von nebensächlicher Bedeutung für den Wechselkurs gewesen zu sein. Die theoretische Möglichkeit, die für die Bewegung des Güterverkehrs in Betracht kommt, ist in Wirklichkeit n i c h t erfüllt gewesen. Die hohen Inlandspreise können unmöglich die Hauptursache des ungünstigen Standes der Valuta sein. D e r W e c h s e l k u r s i s t d a r u m a u c h n i c h t a l s u n m i t t e l b a r e r A u s d r u c k d e r G e l d e n t w e r t u n g a n z u s e h e n.

4. Anders liegt die Sache bezüglich der Forderungsbilanz d. h. bei dem Teil des Valutenmarktes, der auf den Kapital- und Kreditverkehr zurückzuführen ist. Der Kredit des Landes leidet durch das Uebermaß der Geldvermehrung und durch die Geldentwertung aus begreiflichen Gründen. Wie wir sahen, ist eine Wirkung der Inflation die starke k ü n s t l i c h e Ueberwertung aller Vermögen, der Liegenschaften und Immobilien, der Kurse der Aktiengesellschaften, wie der Kriegsanleihe. Hoher Kursstand und Geldentwertung entsprechen einander. Beide entspringen einer künstlichen »Aufblähung«. Im Auslande gelangt man darum notwendig zu der sehr berechtigten Annahme, daß die Kurse der Anleihen gerade wegen der Geldentwertung künftig wieder sinken müsse. Wie das von allen Vermögenswerten als sicher anzunehmen ist, so scheint es auch für die Anleihen nicht unbegründet. Der hohe Kursstand bei entwertetem Gelde schreckt vom Kaufe inländischer Werte ab. (Auch läßt sich bei hohem Kurse damit natürlich wenig spekulieren.) Trotz des für das Ausland günstigen

Standes der Valuta, der eine Anschaffung inländischer Anleihe vorteilhaft erscheinen müßte, überwiegt das Mißtrauen gegen die Solidität der Währung und den Kredit. Nicht mit Unrecht. Man durchschaut eben die künstliche Aufblähung der Papiergeldwirtschaft im Auslande sehr deutlich. Auch der Status der Notenbank muß wegen der Menge des ungedeckten Papiergeldes ungünstig beurteilt werden [54]).

Dazu kommt noch ein ebenso wichtiger zweiter Umstand. Wenn einmal die Valuta (aus welchem Grunde auch immer) im Auslande gesunken ist, dann wirkt dies Moment weiter und hindert eine Besserung. Alle fest verzinslichen Inlandswerte werden ja in gesunkenem Gelde bezahlt, dessen Kaufkraft im Auslande eben weniger wert ist. Der Schweizer, der deutsche Kriegsanleihe kauft, muß sich nicht nur darauf gefaßt machen, daß der Kurs später sinken wird. Vielmehr bedeutet die Kaufkraft der Zinsen in Mark ausgedrückt gegenüber dem Schweizer Frank einen unmittelbaren Verlust. Er würde also in der Gegenwart eine Einbuße an Kaufkraft und für die Zukunft möglicherweise auch einen Kapitalverlust erleiden. So kommt eine leicht erklärbare Zurückhaltung des ausländischen Publikums nach inländischen Werten und Anleihen zustande. Die Nachfrage nach deutschen Effekten blieb wegen des verschlechterten Kredites und der ungünstigen Beurteilung der Gesamtlage gering. Auch hier ist das Kreditmoment unmittelbar gewiß ohne Einfluß auf die Valuta selbst. Man kauft niemals Währung und Geld, sondern immer nur Waren und Effekten. Aber eben der Kauf der letzteren wird tatsächlich durch die Geldentwertung und ihre Folgen beeinflußt. Man rechnet naturgemäß im Auslande mit einer Entwertung der Anleihen und empfängt zudem schon einen Zinsbezug, der im Auslande weniger gibt, als die nominale Zahlungseinheit besagt [55]). Wenn das aber der Fall ist, so unterbleibt im Auslande die Nachfrage nach Werten, die sonst Anlaß zu einer Kapitaltransaktion gäbe. Es kann kein Ausgleich der ungünstigen Warenbilanz stattfinden und den Ausgleich herbeiführen.

Umgekehrt ist es freilich wegen der Valutaentwertung vorteilhaft, ausländische Fonds abzustoßen. Da die fremden Valuten entsprechend höher stehen, so hat der Käufer dadurch einen Agiogewinn. Soweit von der Veräußerung Gebrauch gemacht wird, müßte es also zur Besserung unserer Forderungsbilanz beitragen. Es ist wiederum

---

[54]) Judick a. a. O. S. 477. Hier haben alle diejenigen unrecht, die die Qualität des Geldes als unerheblich und nur die Quantität als maßgebend ansehen. So auch Liefmann, der im übrigen ja immer behauptet, die quantitativ-materialistische Betrachtungsweise von Grund auf umgestürzt zu haben. Für den Kredit ist die Ungedecktheit bzw. Uneinlösbarkeit sehr wichtig.

[55]) Anderseits richtig Heyn, Zum Inflationsproblem, Weltwirtschaftliches Archiv S. 121, 249: »Vertrauen zum Geld und darauf, daß seine Funktion als Tauschmittel ordnungsmäßig erfüllt und der Staat sich jeder mißbräuchlichen Einmischung enthalten möge, muß vorhanden sein, wenn das Geld richtig funktionieren soll. Es besteht eben Mißtrauen, auf welche Weise der Staat später seine versprochene Rückzahlung gewähren wird.«

eine Tatsachenfrage, ob jene Veräußerung ausreicht, um die anderweitige Verschlechterung aufzuwiegen. Bei England ist es jedenfalls in beträchtlichem Maße der Fall gewesen.

Nun spielen allerdings für die Umstände, die eine Kreditgewährung seitens des Auslandes herbeizuführen imstande sind, die Lage des Geldmarktes und der Banken nicht die allein ausschlaggebende Rolle. Es sprechen dabei noch andere Momente ebenso stark mit. Dazu gehören politische und wirtschaftliche. Vor allem jedenfalls auch das tatsächliche Angebot von inländischem Papiergeld im Auslande. Es sind jedenfalls viele Zahlungsmittel aus den besetzten Gebieten direkt ins Ausland geflossen und haben dort dadurch das Angebot vermehrt. Das gibt der Spekulation vielfach Material in inländischen Zahlungsmitteln. (Für Deutschland betrug nach dem Waffenstillstand in Belgien der Notenumlauf allein 7—8 Milliarden Mark. Dies drückt natürlich dauernd auf das Angebot an deutschem Gelde.) Insofern ist die Qualität der Zahlungsmittel allerdings nicht ohne Einfluß auf die Zahlungsbilanz. Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob Deutschland seine Schulden mit Gold oder mit Papiergeld bezahlt. Vielmehr macht es dafür den größten Unterschied. Im ersteren Falle würde die Kreditgewährung leichter geschehen und damit ev. trotz der Inflation eine Besserung der Wechselkurse erzielt werden. Im letzten Falle ist das weit weniger möglich. Denn man fragt sich natürlich im Auslande, wie denn bei einer so starken Papiergeldvermehrung die Goldzahlung wieder aufgenommen werden soll. Die famose Theorie, wonach es auf die Art der Deckung gar nicht ankomme, ist leider im Auslande noch nicht durchgedrungen. Vielmehr dürfte es für das Ausland schwer werden, einen anderen Maßstab über die Qualität einer Währung zu haben, als die Solidität der Bankvorschriften [56]).

So ist also das Vertrauen indirekt von Bedeutung für die Forderungsbilanz. Die Papiergeldinflation, mag sie auch quantitativ auf dasselbe hinauslaufen, wie eine Goldinflation der einzelnen Staaten, bedeutet eine qualitative Verschlechterung der Valuta und hält dadurch den Wechselkurs für längere Zeit ungünstig. Wenn aber wirklich Auslandkredite bewilligt werden, so geschieht es eben unter ungünstigen Bedingungen. Auch mögen manche Kredite, mit denen vor dem Kriege bei uns gearbeitet wurde, gekündigt worden sein. Das muß dann ebenfalls zur Verschlechterung der Forderungsbilanz beitragen. Nun ist es gewiß richtig, daß der Zustand des Geldwesens

[56]) Das Gerede über die österr.-ungarische Währung sollte darum endlich aufhören. Sie beweist wirklich nicht das, was sie soll, auch wenn dort der Wechselkurs trotz Uneinlösbarkeit der Banknoten meist pari stand! Denn a) natürlich genügen zum Ausgleich ausländische Devisen auf Gold; das hat aber zur Voraussetzung, daß andere Länder die notale Geldtheorie nicht akzeptieren, sondern bei der metallenen stehen bleiben! b) Oesterreich-Ungarn hat dauernd ein sehr hohes Preisniveau gehabt, das die Lebenshaltung verteuerte, die Ausfuhr beschränkte und ungünstig gestaltet. c) Oesterreich-Ungarn nahm im Welthandel dauernd einen sehr geringen Stand ein. Auf die Qualität seiner Wechsel kam darum nicht viel an.

stets nur eines der Momente ist, aus dem auf die Leistungsfähigkeit und die Kraft eines Landes geschlossen werden kann. Darin hat z. B. Cassel ganz recht [57]). Aber bei aufgehobener Goldwährung übt gerade dieser Umstand auf die Richtung des Wechselkurses den stärksten Einfluß aus und trägt mindestens dazu bei, ihn nicht zu bessern.

Aehnlich wie wir bei der Frage der Wirkung der Inflation auf den Stand der Preise nur eine indirekte Wirkung feststellen konnten, so steht es auch mit dem Zusammenhang zwischen Inflation und Wechselkurs. Daraus folgt, daß eine unmittelbare Proportionalität beider Bewegungen ausgeschlossen ist. Für den Waren- wie den Kreditverkehr werden durch die Inflation aber mittelbar starke Hemmungen geschaffen, die sich auf die Dauer in der ungünstigen Höhe des Wechselkurses bemerkbar machen. Darum bleibt das Ausmaß der Valutaverschlechterung im allgemeinen so stark hinter der Papiergeldvermehrung und der inneren Geldentwertung zurück. Weil der Zusammenhang beider Erscheinungen nur ein indirekter ist, kann die Bewegung beider nicht parallel gehen. An der Quantitätstheorie bleibt indessen soviel richtig, daß die Vermehrung der Zahlungsmittel über das durch den Verkehr selbst benötigte Maß eine Entwertung des Geldes herbeiführt. Diese ist aber keineswegs proportional der Menge der Geldvermehrung. Ihre Wirkung geschieht nicht direkt, sondern auf einem Umwege. Man könnte eher sogar von einer abnehmenden Tendenz der Wirkung im Sinne des Bernoullischen Theorems sprechen. Von der Geldvermehrung geht nur ein gewisser Anstoß auf die Nachfrage wie auch auf den Kredit und die Vermögensbewertung aus. Dieser pflanzt sich in verschiedenem Tempo und verschiedenem Ausmaß auf die inländischen Preise und die ausländische Valuta fort. Der Zusammenhang ist also ein mittelbarer und geschieht auf kompliziertem Wege. Man wird darum nur von einer quantitativ bedingten Aenderung des Geldwertes sprechen dürfen.

Nach alledem erscheint es unmöglich, nachträglich in dem komplizierten System der Wechselbeziehungen schon das Gewicht des einzelnen Faktors genau zu bestimmen. Wir vermögen auch nicht anzugeben, welcher Anteil in der Verschlechterung der Valuta auf die ungünstige Stellung der Warenbilanz, welche auf die Geldvermehrung und Kreditverschlechterung zurückzuführen ist. Die Ursache ist immer nur dann eindeutig festzustellen, »wenn die übrigen Verhältnisse gleich bleiben«. Die übrigen Verhältnisse werden aber als Folge sowohl wie als Wirkung durch die Geldvermehrung selbst beeinflußt.

Danach würde auch die Frage der Beseitigung des ungünstigen Standes der Valuta und der Mittel dazu sich zu richten haben. Wird man die Geldseite für sich in Betracht ziehen dürfen, oder wird der

[57]) Auch Cassel weist, S. 148/49, darauf hin, daß die Verschuldung Englands nach den Freiheitskriegen, der Nordstaaten nach dem Sezessionskriege, Frankreichs nach der Revolution sehr groß waren und die Staaten trotzdem die stärksten Kraftanstrengungen machten.

gesamte Status der Volkswirtschaft den Ausschlag geben? Vermag unter den vorgeschlagenen Maßnahmen die Abbürdung der Kriegsschulden durch eine Vermögensabgabe schon Wirkung auszuüben, oder wird die Tatsache der enormen Kriegsschulden in Anleiheform immer wieder eine Inflation hervorbringen? Das sind Fragen, die die praktische Politik eingehend beschäftigen wird, für die die Theorie aber immerhin eine Handhabe bietet[58]).

Zusammenfassung.

Wir fassen die Ausführungen wiederum in kurzen Sätzen zusammen.

I. Inflation liegt immer dann vor, wenn eine übermäßige Vermehrung der Umlaufmittel stattgefunden hat; zu ihnen gehört in erster Linie das Papiergeld, nicht aber die Guthaben der Banken. Die mittelbare Wirkung ist eine Entwertung des Geldes, die sich in einer allgemeinen Steigerung zunächst der Warenpreise ausdrückt. Weder ist dafür erforderlich, daß sämtliche Warenpreise zugleich steigen, noch daß sofort auch alle anderen Preise, wie Grundstücke, Mieten, Löhne davon ergriffen werden. Die Ueberwälzung kann vielmehr nur allmählich und ungleichmäßig erfolgen. Der Mechanismus des Vorganges ist ein zusammengesetzter. Die Untersuchung der Frage ist darum erschwert, weil die Aenderung nicht isoliert auftritt, sondern im Zusammenhang mit sehr starken Aenderungen des ganzen volkswirtschaftlichen Systems durch die Kriegswirtschaft.

II. Gemeinhin wird die Wirtschaft eines Jahres aus den Ueberschüssen der vorangehenden Wirtschaftsperiode geführt. Auch der Staat kann seine Ausgaben nur aus solchen Einnahmen bestreiten, die direkt oder indirekt aus der vorangehenden Wirtschaftsperiode stammen. Die Kriegführung macht aber außerordentliche Mittel nötig. Die normalen Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Erwerbseinkünften, von denen sonst Kaufkraft und Zahlungsfähigkeit des Staates getragen werden, reichen dazu bei weitem nicht aus. Es müssen darum außerordentliche Mittel auf dem Wege des Kredites beschafft werden, ohne durch Ueberschüsse der vorangehenden Wirtschaftsperiode gedeckt zu sein. Der Staat erhält Anleihen und verschafft sich andererseits die Mittel durch Vorwegnahme von Schatzanweisungen.

III. Aus den dadurch erteilten Aufträgen wird der ganze Zirkulationsprozeß der Kriegswirtschaft, der sonst brach liegen müßte (s. I S. 358 ff.), aufrecht erhalten. Das geschieht, indem der Staat eine künstliche, rein formale Kaufkraft erhält, die über die wirklichen Einkünfte aus den Erträgnissen der Wirtschaft weit hinausgeht. Gleichwohl tritt sie als *wirksame* Kaufkraft auf und erhöht damit seine Nachfrage. Der Krieg wird mit Schulden geführt; es wird dafür also in rein konsumtiver passiver Kredit in Anspruch genommen, der

[58]) Nachträglich sei für die währungspolitischen Fragen auf die genannte Schrift von Prion, Geldvermehrung, verwiesen.

keine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft herbeiführt. Die Abnehmer, d. i. die Heeresverwaltung stellen keine Gegenwerte her, wie das in der normalen Wirtschaft der Fall ist, sondern sind lediglich Verbraucher. Dadurch wird der Zirkulationsprozeß im Kriege von Grund aus verändert.

IV. Die nächste Folge ist, daß die Nachfrage des Staates sich wesentlich erweitert und Riesenaufträge erteilt werden; bei der Unbegrenztheit des Kredites kann und darf es auf die Höhe der Preise nicht ankommen: Es sind Grenzkäufer mit unbegrenzter Nachfrage. Die Beauftragten können dann ihrerseits wieder Nachfrage entfalten, höhere Löhne bewilligen. So pflanzt sich die Wirkung von der Nachfrageseite aus nach allen Seiten fort, bis allmählich eine allgemeine Geldentwertung sich zeigt.

V. Allerdings macht der Krieg selbst auch einen stärkeren Bedarf an Zahlungsmitteln nötig: Durch Erschütterung des Kredites finden in größerem Maße Barzahlungen statt. Das Umlaufsgebiet des Geldes erweitert sich. Auch werden viele Zahlungsmittel zurückgehalten, so daß die Ausnutzung des Geldes, d. h. seine Umlaufsgeschwindigkeit sich verlangsamt. Diese Momente genügen aber nicht, um die außerordentliche Vermehrung der Zahlungsmittel zu erklären. Vielmehr ist es die durch die Kreditgewährung entstandene formale und übermäßig gesteigerte Kaufkraft des Staates, die Zahlungsmittel benötigt und dadurch auf den Preisstand und den Geldwert einwirkt. Schulden sind eben noch keine wirklichen Erträgnisse der Wirtschaft, sondern spiegeln nur solche vor.

VI. Nach derselben Richtung macht sich die starke Inanspruchnahme des Kredites der Privaten und der Körperschaften geltend. Sie ist mittelbar verursacht durch die Geldentwertung und die Steigerung der Ausgaben. Es findet eine Mobilisierung der festen Vermögenswerte statt, die normalerweise gar keine oder eine weit geringere Kaufkraft entfalten. Der Lombardkredit ist aber nicht wie sonst für Betriebszwecke in Anspruch genommen, sondern für u n-produktiven Konsum. Es wird wiederum eine Nachfrage aufrecht erhalten, die nicht aus den Ueberschüssen der Wirtschaft entstammt, sondern andere Quellen künstlich heranzieht. Daher trägt der Krieg vielfach den Scheincharakter einer Hochkonjunktur: Eine künstliche »Aufblähung« infolge zu starker Vermehrung der einseitigen Nachfrage.

VII. Unter den Wirkungen scheint eine Beeinflussung des Standes der Valuta am nächsten zu liegen. In Wirklichkeit aber ist dieser nicht unmittelbar auf die innere Geldentwertung (bzw. Preissteigerung) zurückzuführen. Vielmehr richtet sich jene nach Angebot und Nachfrage der inländischen Zahlungsmittel auf dem Devisenmarkte. Dieses Verhältnis verändert sich schon dadurch, daß sehr viele Zahlungsmittel ins Ausland fließen und den Kurs drücken. Sodann kann es durch die Warenbilanz stark beeinflußt werden. Die theoretische Möglichkeit, daß durch den hohen Preisstand die Einfuhr erweitert und die Ausfuhr zurückgehalten wird, dürfte zwar durch die Verhältnisse

des Krieges selbst vereitelt werden. Andererseits aber wirkt Geldentwertung und damit zusammenhängende Vermögensüberschätzung auf den Kredit des Landes ungünstig ein. Sie hindern die Nachfrage nach inländischen Werten und damit die Besserung des Wechselkurses.

Der Einfluß der Geldvermehrung sowohl auf den inneren Geldwert wie auf den Stand der Valuta im Auslande ist mithin ein indirekter: dort geschieht sie über den Umweg der vermehrten Nachfrage, hier über den des verminderten Kredits. Die Folge ist, daß eine Proportionalität zwischen Geldvermehrung auf der einen Seite, Geldentwertung und Valutaentwertung auf der anderen Seite nicht eintreten kann.

Ende Dezember 1918.

Die Sozialisierung.

Von

EDUARD HEIMANN.

Wer im sechsten Monat der Revolution über die Sozialisierung berichten will, befindet sich in eigentümlicher Lage. Er kann nicht über Ereignisse, ihre Ursachen und Folgen, ihre Tragweite und ihre Aussichten sprechen, sondern muß sich begnügen, Projekte zur Darstellung und Kritik zu bringen, welche ihrer Durchführung harren. Die Umstände, aus welchen eine solche Rückständigkeit der revolutionären Lage sich ergibt, werden hier nicht erörtert; diese Lage gewährt dem Berichterstatter die Möglichkeit, durch die Kritik der vorliegenden Projekte vielleicht einige Gesichtspunkte hervorzuheben, deren Klärung der Sozialisierung — falls diese doch durchgeführt wird — zugute kommen könnte.

I. Die Sozialisierungsreife und die an die Sozialisierung geknüpften Erwartungen.

Im Augenblick der Revolution waren die sozialistischen Parteien ohne ein Programm der Sozialisierung, was um so erstaunlicher ist, als einige der sozialistischen Theoretiker mit großer Klarheit nicht nur die bloße Tatsache der bevorstehenden Revolution, sondern auch die Bedingungen und Umstände, unter denen sie eintreten würde, erkannt haben (man vergleiche das Schlußkapitel in Kautskys »Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft«). Bewunderungswürdig bleibt auf alle Fälle, was Kautsky im Jahre 1902 — in seiner Broschüre »Am Tage nach der sozialen Revolution« — an Erkenntnissen und Forderungen niedergelegt hat; diese kleine Schrift darf heute geradezu als klassisch angesehen werden. Immerhin sind in-

zwischen über drei Lustren einer ungeheuren Entwicklung vergangen, und wie bei einem solchen ersten Versuch nicht anders zu erwarten, kommt die Broschüre in vielen wichtigen Punkten noch nicht so nahe an die Praxis heran, daß man sie hätte als Wirtschaftsplan benutzen können. Im übrigen war das sozialistische Denken gar zu sehr in der rohen und mechanischen Vorstellung befangen (gegen welche Kautsky in der zuerst erwähnten Schrift polemisiert)[1], als müsse sich der Uebergang fast automatisch vollziehen, da der sozialistischen Gesellschaft durch die kapitalistische Entwicklung so vollkommen das Bett bereitet würde, daß man nur die Eigentumsverhältnisse zu ändern brauche, die Organisation der Wirtschaft aber unverändert für die neuen Zwecke benutzen könne.

Dies ist denn auch die Vorstellung, welche sich zu dem Axiom von der notwendigen »Sozialisierungsreife« verdichtet hat. Weitgehende Konzentration, die einen einheitlichen Ueberblick und demgemäß eine einheitliche Verwaltung erleichtert, dazu auch eine gewisse Stabilität in der Wirtschaftstechnik, welche risikoreicher Pionierarbeit in unerforschter Richtung nicht mehr bedarf, sollen die Merkmale der Sozialisierungsreife sein. Zweifellos ist die Aufgabe durch einen solchen Stand der Dinge im höchsten Grade erleichtert. Jedoch wäre es falsch, ihre Lösbarkeit davon einfach abhängig zu machen[1a]. Grundsätzlich ist nicht der schon erreichte Entwicklungsgrad, sondern die Möglichkeit, in einer Wirtschaft die Konzentration und Uebersehbarkeit herzustellen, entscheidend für die Durchführbarkeit der Sozialisierung. Es würde sich hier nur wiederholen, was aus dem Uebergange vom Handwerk und der Manufaktur zum Fabriksystem bekannt ist: daß die Zersplitterung oft genug den technischen und organisatorischen Fortschritt vereitelt, den eine planvolle Zusammenfassung ohne weiteres mit sich bringt. Es besteht mit anderen Worten durchaus die Möglichkeit, durch Ueberführung in das Gemeineigentum einzelne Wirtschaftszweige je nach der Sachlage erst organisationsreif zu machen, zumal wenn sie in eine sozialisierte Umgebung hineingestellt werden, der sie sich ohnedies anpassen müßten.

---

[1]) Vgl. aber andererseits Kautskys Polemik, im Namen der materialistischen Geschichtsauffassung, gegen diejenigen, welche vom Sozialismus ein Programm der Sozialisierung fordern (Erläuterung zum Erfurter Programm).

[1a]) Wie dies in der täglich anschwellenden Flut der Diskussion in Zeitungen, Zeitschriften und populären Broschüren durchweg geschieht.

Noch unzulänglicher ist das populäre Argument, die Sozialisierung könne nur in einer blühenden Wirtschaft erfolgreich unternommen werden, in der gegenwärtigen Situation sei sozusagen nichts zum Sozialisieren vorhanden. Diesem Argument hat auch die Sozialisierungskommission Vorschub geleistet, indem sie in ihrem Arbeitsplan die Wiederbelebung der Produktion als Vorbedingung der Sozialisierung bezeichnete. Das mag pädagogisch gerechtfertigt sein, ökonomisch ist es unhaltbar. Die kaufmännische und technische Organisation besteht unverändert fort, eine etwaige Entschädigung des zu enteignenden Kapitalisten wird durch das Darniederliegen der Produktion ungemein erleichtert, und je stärker die Arbeitsdisziplin erschüttert ist, um so mehr wird sie gerade nur durch die Sozialisierung wiederherzustellen sein, da jede andere Wirtschaftsform an der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterschaft zerschellen müßte, deren Rückkehr in das alte Abhängigkeitsverhältnis man für die Dauer als fast undenkbar bezeichnen muß.

Es ist andererseits nicht zu verkennen, daß auch unter den eifrigsten Befürwortern der Sozialisierung sehr viele ihre Argumente auf derselben Ebene suchen, ja daß die Sozialisierung als populäre Forderung gerade dem Zweck dienen soll, die Früchte der wirtschaftlichen Blüte, statt in der Form des Mehrwertes den Kapitalisten, nunmehr allen Arbeitenden und nur ihnen zuzuführen. So wird dem ebenso trivialen als verkehrten Hinweis auf den schlechten Geschäftsgang der Industrie regelmäßig mit dem nicht minder trivialen und verkehrten Argument begegnet, die Kapitalisten hätten ja in den vergangenen Jahren um so mehr verdient. So unbestreitbar diese Tatsache ist, so beweist sie doch schlechterdings nichts für die Sozialisierung, wenn dabei übersehen wird, daß die Kapitalistenklasse in der heutigen Wirtschaft eine gesellschaftliche Funktion erfüllt, indem sie den Mehrwert, weit entfernt ihn ganz zu konsumieren, zum größeren Teil spart und neu in die Wirtschaft investiert. Ferner werden aus dem Mehrwert große Summen für Steuern und teils gesetzliche, teils freiwillige soziale Verwendungen gezahlt — von dem Geist, in dem das geschieht, braucht hier nicht gehandelt zu werden — und schließlich werden auch die Einkünfte derjenigen Arbeiter, welche nicht in der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter beschäftigt sind, heute

vielfach in der Form des Luxuskonsums direkt aus dem Mehrwert der Kapitalisten bestritten (z. B. Kunst). Unnötig zu sagen, daß alle diese Kosten, neben unübersehbaren sozialen und Kulturausgaben, auch in der sozialistischen Wirtschaft irgendwie aus dem Ertrage der Produktion gedeckt werden müssen, und zwar von Gemeinschafts wegen. Bringt man aber nur die Beträge für Investitionen und Steuern in Abzug, so bleibt, nach verschiedenartigen Berechnungen, nur etwa ein Drittel zur Aufteilung an die Arbeitenden zur Verfügung. Die sich daraus ergebende Kopfquote ist überaus gering, wie dies schon aus der einfachen Ueberlegung hervorgeht, daß bei einer konzentrierten Produktion mit verhältnismäßig wenigen Nutznießern eben nur für diese wenigen ein hoher Nutzen herausspringt, der aber schnell zerbröckelt, wenn man alle Arbeitenden daran teilnehmen läßt. Man greift sicherlich sehr hoch, wenn man den auf den einzelnen Arbeiter entfallenden Anteil für die Blütezeit vor dem Kriege mit 150—200 M. jährlich annimmt; wahrscheinlich ist er viel geringer [2]). Freilich würde sich der

[2]) Es gehört zu Kautskys großen Verdiensten, aus der Verwendung des Mehrwertes für die Erweiterung der Produktion und aus der Geringfügigkeit der danach für den einzelnen Arbeiter aus dem Mehrwert verbleibenden Quote klipp und klar geschlossen zu haben, daß nur Hebung der Produktion die Versorgungslage bessern kann. (»Am Tage nach der sozialen Revolution«, 1902, S. 21). Auch Hilferding hat auf dem 1. Rätekongreß ausdrücklich vor den Hoffnungen auf materielle Besserstellung durch Sozialisierung gewarnt. Leider haben diese Ausführungen nicht die gebührende Beachtung gefunden, wie die noch heute herrschenden abenteuerlichen Vorstellungen über die Höhe des Mehrwerts beweisen. In seiner vollen Bedeutung erfaßt und auch durch Ziffern belegt, findet sich der Gedankengang bei Rathenau; hier steht er bekanntlich im Zentrum aller ökonomischen Ueberlegungen. Daher legt Rathenau, soweit er von der materiellen Versorgung handelt, das entscheidende Gewicht nicht auf die Sozialisierung im engeren Sinn, sondern auf die damit zu verbindende Rationalisierung der Produktion. Daß diese aber durch Sozialisierung am konsequentesten durchgeführt wird, ergeben die folgenden Ausführungen des Textes. — Unzutreffend ist Rathenaus Schlußfolgerung, die — auch von dem Verfasser nach Ableitung und Formulierung nicht für richtig gehaltene — Mehrwertlehre sei bedeutungslos. Das Uebergewicht des Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkte besteht, und es würde im gleichen Verhältnis auch an materieller Bedeutung gewinnen, wie sich dank der Rationalisierung der Arbeitsertrag minus Investitionsquote über das Existenzminimum erheben würde; die bessere Versorgungsmöglichkeit könnte bei einem Fortbestand des ökonomischen Kräfteverhältnisses nicht ausgenutzt werden. — Eine lehrreiche Zahlenzusammenstellung, wenngleich wahllos mit oberflächlichen und irreführenden Bemerkungen durchsetzt, gibt der Vorsitzende des Direktoriums der A.E.G., Felix Deutsch, in einer von der Berliner Handelskammer veröffentlichten Denkschrift. Er berechnet für den Durchschnitt von 66 großen Aktiengesellschaften mit durch-

materielle Vorteil für die Arbeiter nicht auf diese Erhöhung des Nominalverdienstes beschränken, weil ja durch die Ausmerzung des Mehrwertes dessen Bezieher, soweit sie bisher nicht arbeiteten, und ferner alle in ihren persönlichen Diensten Stehenden oder sonst für ihren Luxus Tätigen der produktiven Arbeit zugeführt werden würden, so daß nach Ueberwindung der Uebergangsschwierigkeiten in vollkommenerer Arbeitsteilung usw., also billiger und reichlicher produziert werden könnte.

Ist schon aus diesem Grunde die Konsumtion des Mehrwertes durch die Arbeiter ausgeschlossen, so ist es andererseits an der Zeit mit Nachdruck daran zu erinnern, daß keinesfalls der ganze Mehrwert, wenn darunter das Einkommen der Kapitalistenklasse verstanden wird, den Arbeitern abgepreßt ist. Das Marxistische Axiom, daß nur unselbständige, also ausgebeutete Arbeit Wert schaffe, ist in Rußland praktisch widerlegt worden, indem die zuerst ausgeschalteten Unternehmer bald mit hohen Gehältern wieder herangezogen werden mußten [3]. Darin liegt die Anerkennung, daß der statische Mehrwert — wenigstens dort, wo der Eigentümer im Betriebe tätig ist, also allerdings in stets sinkendem Grade, s. unten — Arbeitslohn enthält und daß das

---

aus übernormaler Rentabilität und im Durchschnitt der Jahre 1908—1917, welche Summe auf den Kopf des Arbeiters entfallen würde, wenn man die ausgezahlten Dividenden aufteilte, und gelangt zu einem Betrage von 270 Mark im Jahre. Hiervon sind also die Investitions-, Steuer- usw. -Quoten noch nicht abgezogen! Die weiteren Ausführungen des Textes ergeben ferner, daß auch von diesen geringen Summen nur ein Teil den Arbeitern abgepreßt sein kann. Andererseits sind doch auch Obligations- usw. -Zinsen »Mehrwert«. Um diese Beträge ist Deutschs Summe zu niedrig.

[3]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht. — Kautsky, Die soziale Revolution, I. Teil: Sozialreform und soziale Revolution (auch selbständig erschienen), nimmt in einer englischen Statistik alle nicht aus Löhnen stammenden, der Einkommensteuer unterworfenen Einkommen als den Arbeitern abgepreßten Mehrwert an, ist also der oben bezeichneten Korrektur und allen im Text weiter folgenden Einwendungen ausgesetzt; darüber hinaus ist in dieser Summe sogar das Einkommen der freien Berufe enthalten. In der Erläuterung zum Erfurter Programm (Kap. II, § 7) geht Kautsky so weit, ausdrücklich zu leugnen, daß die Arbeit des Betriebsleiters Wert schaffe, gleichgültig ob der Kapitalist selbst oder ein Angestellter sie wahrnehme. Damit rechnet er also auch die Gehälter der Direktoren usw. zum Mehrwert. Und das im gleichen Atemzuge, in dem von der »wachsenden Geschäftslast« die Rede ist; die beschränkt sich doch wohl nicht auf Markt- und sonstige Konkurrenzmanöver, zumal in der Zeit der Kartelle. Dieser Punkt, so leicht er theoretisch zu korrigieren ist, ist für die Beurteilung der Höhe des Mehrwerts äußerst wichtig, und vielleicht entscheidend für die Stellung des Proletariats zur geistigen Arbeit in der Produktion; die ursprünglichen Maßnahmen der Bolschewiki waren in der Tat gut marxistisch.

Gehalt des Betriebsleiters echter Arbeitslohn ist. Es liegt hier also nicht, wie die Marxsche Mehrwertlehre annimmt, eine Verschiebung von Einkommen innerhalb der Volkswirtschaft, sondern eine Neuschaffung von Einkommen vor.

Daß damit aber längst nicht alles gesagt ist, läßt sich sogar an der Marxschen Darstellung zeigen, da sie an einer wichtigen Stelle eine Lücke aufweist, die durch die dynamische Profittheorie überaus befriedigend ausgefüllt werden kann. Wenn z. B. durch eine neue Erfindung oder dgl. die Produktivkraft der Arbeit und somit der Ertrag des Arbeitstages wächst, so sind nach Marx für den Kapitalisten, der als erster mit der neuen Methode arbeiten läßt, die »individuellen Kosten«, der »individuelle Wert« der Produkteinheit geringer als der »gesellschaftliche Wert«. Da aber nur der gesellschaftliche Wert wirklicher Wert sei, so realisiere der Kapitalist einen Extra-Mehrwert über den im gesellschaftlichen Wert enthaltenen normalen Mehrwert hinaus [4]). Genau entsprechend bei Schumpeter [5]); der Tatbestand kann ja auch gar nicht kontrovers sein. Kontrovers ist dagegen die »Zurechnung« des Extra-Mehrwertes. Für Marx ist es selbstverständlich, daß er von den Arbeitern erzeugt wird, deren »notwendige« — für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendige, ihren Wert konstituierende — Arbeitszeit durch die Verstärkung der Produktivität sinke, so daß die den Mehrwert erzeugende Mehrarbeit einen größeren Teil des Arbeitstages einnehme: das Plus an Mehrarbeit erzeuge den Extra-Mehrwert. Nun ist aber auch die Hebung der Produktivkraft offenbar eine Arbeit, und zwar eine produktive Arbeit, der irgendwo ein sichtbarer Erfolg zugerechnet werden muß. Wenn von einem »individuellen« Wert der Produkte gesprochen werden kann — und muß —, so genau ebenso von einer individuellen — nur einem Individuum bewußten — Produktivkraft der Arbeiter. Dies Individuum ist der Erfinder oder Organisator, in Schumpeters Terminologie der Führer oder Unternehmer. Gesellschaftlich — und die gesellschaftlichen Verhältnisse allein konstituieren den »wirklichen« Wert, wie des Produkts, doch wohl auch der Arbeitskraft! — ist die Produktivkraft der Arbeit nicht verändert; nicht die Gesellschaft rüstet den Arbeiter mit der neuen Methode aus, sondern der

---

4) Marx, Kapital I, 10. Kapitel (S. 281 d. 4. Aufl.).
5) Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 1912.

»Unternehmer«. Und das Geheimnis wird nach Möglichkeit bewahrt. Erst in dem Maße wie die Gesellschaft sich die neue Arbeitsmethode zu eigen macht, steigt die gesellschaftliche Produktivkraft und sinkt entsprechend der Wert der Arbeitskraft — zugleich aber auch der »wirkliche« Wert des Produkts, so daß der Extra-Mehrwert abnimmt und schließlich verschwindet. Dieser Extra-Mehrwert unterscheidet sich also selbst im Marxschen System ausschlaggebend vom normalen Mehrwert, er ist der Geistesarbeit des »Unternehmers« »zuzurechnen«; auch er ist originales Einkommen, nicht Beutegewinn, und übrigens Mehrwert im eigentlichsten Sinn: Ueberschuß über die Kosten.

Möglich ist diese Einschaltung — oder, wenn man will: dieser Einbruch — in die Marxsche Lehre aus einem methodologischen Grunde. So paradox es klingen mag — die Marxsche Lehre ist in ihrem wert- und preistheoretischen Teil streng statisch; sie analysiert Wert und Preis im bloßen statischen Anpassungsvorgang und wendet die daran entwickelte Methode, wie gezeigt wurde, auch auf den Zwischenraum zwischen verschiedenen statischen Zuständen an, ohne zu bedenken, daß hier etwas Neues, eigens zu analysierendes, eben die »Störung« des statischen Zustandes vorliegt. In die Lücke tritt die dynamische Profittheorie ein [6]).

Das hat weittragende Konsequenzen. Der Mehrwert stammt grundsätzlich und in der reißenden technischen und organisatorischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte ganz bestimmt auch tatsächlich aus zwei durchaus verschiedenen Quellen. Ueber das Stärkeverhältnis der beiden Quellen wissen wir nichts. Hier genügt indes die Feststellung, daß auch die dem Konsum des Kapitalisten verbleibende Quote des Mehrwerts jedenfalls nicht unverkürzt den Arbeitern — im Sinne von: den Prole-

[6]) Auf genau diesem Prinzip beruht — unbewußt — ein von dem Verfasser vor Jahren unternommener Versuch, die Theorie der Durchschnittsprofitrate zu durchbrechen (»Methodologisches zu den Problemen des Wertes usw.« in diesem Archiv 1913, Bd. 37). Die Ausgleichung der, je nach der organischen Zusammensetzung des Kapitals verschieden hohen Mehrwertraten zu einer einheitlichen Profitrate im Produktionspreise tritt rechnerisch in dem Augenblick ein, wo die auszugleichenden Preise der verschieden rentierenden Sphären mit den Werten übereinstimmen, also im statischen Zustande. Die erwähnte Abhandlung ging daher von dem Aufkommen einer neuen Industrie aus, die erstens zunächst einen »Monopolgewinn« erziele — eben den dynamischen Profit! — und zweitens den Ausgleich auf einer anderen Preishöhe stattfinden lasse, als die Marxsche Rechnung verlange — eben weil die statische Betrachtung, auf dynamische Verhältnisse angewandt, versagen muß!

tariern — zusteht, wenn nicht eine »Ausbeutung« derjenigen, denen der wirtschaftliche Fortschritt zu verdanken ist, mit der Sozialisierung verknüpft sein soll. Der dynamische Profit ist, obwohl er nicht in der Lohnform in die Erscheinung tritt, Lohn höchstqualifizierter Arbeit und kann daher nicht ohne schwerstes Unheil für den Fortschritt der Versorgung ignoriert werden, solange der notwendige Appell an den menschlichen Egoismus irgendwie auf die pekuniäre Sphäre angewiesen ist, solange also nicht nach dem Bedürfnis verteilt, sondern nach der Arbeitsleistung entlohnt wird (hierüber s. unter II).

Diese ganze Argumentation spricht nicht etwa gegen die Sozialisierung oder für den bestehenden Zustand. Schumpeters »Unternehmer« deckt sich ja keineswegs mit dem, was wir gemeinhin so nennen, noch weniger mit dem Marxschen Kapitalisten — nur ein kleiner Teil der Kapitalisten sind »Unternehmer« — am wenigsten aber mit dem, was die Zinstheorie als Kapitalist im engeren Sinne bezeichnet; dieser Zinsbezieher steht ja geradezu im Gegensatz zum Unternehmer und zieht einen Teil von dessen dynamischem Gewinn — eben in der Form des Zinses — kraft der Tatsache an sich, daß der Unternehmer zur Durchführung seines Planes, nämlich zum Erwerb der nötigen Produktionsmittel, Kaufkraft braucht, die ihm der Kapitalist — auf Umwegen — zur Verfügung stellt. Insofern kann man hier zweifellos von ökonomischer Ausbeutung sprechen — auch der Unternehmer ist »freier Arbeiter«! — ohne daß diese allerdings sozial wirksam würde [7]). Die Nichtarbeitenden beuten die Arbeitenden aus — was nicht ausschließt, daß eine Kategorie der Ausgebeuteten sich an der Ausbeutung der anderen beteiligt. Zinsbezieher aber im hier besprochenen Sinn sind auch und vor allem die Aktionäre: Geldgeber, denen, weil sie das Risiko auf sich nehmen, ein Anteil am Gewinn zugebilligt werden muß; Unternehmer im ökonomischen Sinn werden sie dadurch trotz der juristischen Eigentumsform nicht [8]) — ihr Einkommen ist nicht dynamischer Profit, sondern Zins daraus [9]). Daß dieser

---

[7]) Daraus ergibt sich, daß die rein ökonomische Erklärung der Klassen unzulänglich sein muß.

[8]) Vgl. Hilferding, Finanzkapital, Wien 1910, und Rathenau, Vom Aktienwesen.

[9]) Diese Auffassung der Aktiengesellschaft dürfte den Vorzug vor derjenigen Schumpeters verdienen, der (a. a. O. S. 408) von seiner eignen Terminologie abzuirren und den Eigentümer der Unternehmung mit dem »Unternehmer«

Zins in Wirklichkeit mit dem dynamischen Profit sehr häufig unentwirrbar zusammenhängt, weil nämlich der Unternehmer sehr häufig zugleich Kapitalist — z. B. Großaktionär — ist, beweist nichts gegen die Notwendigkeit der theoretischen und praktischen Unterscheidung. Die Untersuchung über das Verhältnis von dynamischem Profit und Zins daraus ergibt, daß in der Tatsache des dynamischen Profits alles andere als eine moralische Rechtfertigung der Privatwirtschaft liegt. Es soll durchaus nicht behauptet werden, daß der dynamische Profit unverkürzt dem Unternehmer verbleiben müsse; er ist unter Umständen von einer Höhe, die als Einkommen eines einzelnen sozial im höchsten Grade unerwünscht wäre, wie sie ja auch jedenfalls — selbst das Beispiel der Gegenwart zeigt es — als Anreiz ganz und gar nicht erforderlich ist. Nun gehen natürlich auch von diesem Profit zunächst die Investitions- usw. Quoten ab. Soweit der Rest aber noch zu hoch erscheint, wie das zweifellos oft in stärkstem Maße der Fall sein wird, ist es selbstredend nicht angängig, ihn zugunsten zufälliger Kapitalbesitzer oder Arbeiter zu besteuern; nur der Gemeinschaft kann dieses Recht zugebilligt werden.

In vielen Fällen kann der dynamische Profit als eine — wenn auch vorübergehende — Rentenerscheinung aufgefaßt werden, wie denn offenbar auch die statische Differentialrente der natürlichen Lage, der Transportlage, der technischen Ausrüstung und der zahllosen anderen Arten Mehrwert bildet. Daß diese Rente ein arbeitsloses Einkommen darstellt, ist ebenso bekannt, wie daß die Arbeiter des jeweiligen Betriebes an ihrer Entstehung nicht beteiligt sind; sie folgt aus der Zersplitterung des Marktes und würde durch die Zusammenfassung der betreffenden Industrie in einer Hand automatisch zu einer internen rechnerischen Angelegenheit herabgedrückt, die nach außen nicht

---

zu verwechseln scheint. Der Sachverhalt ist zinstheoretisch nicht einfach. Das eigentliche Zinsphänomen ist ja durch Dazwischentreten der beim Bankier gesammelten Kaufkraft, im Gegensatz zum temporären Profit, ein dauerndes: sich stets aus anderen temporären Quellen erneuerndes. Die Dividende dagegen müßte wie der dynamische Profit, soweit sie ihm entstammt, mit der Annäherung an den statischen Zustand verschwinden; Abschreibungen und Patente schieben diesen Zeitpunkt weit hinaus, ändern aber natürlich nichts an der Tatsache, daß die Dividende, da an den einen temporären Profit ganz direkt geknüpft, sich vom dauernden Zins unterscheidet. Dennoch steht unter unserem Gesichtspunkte die Dividende ungleich näher beim Zins als beim Profit, der Aktionär ungleich näher beim Kapitalisten als beim Unternehmer.

mehr in die Erscheinung träte. Ihr Entfallen würde also bei der Aufteilung des Mehrwerts den Nominallohn nicht erhöhen, wohl aber zu einem Teile den Reallohn, da der Preis des Produkts dann nicht mehr die Kosten des am teuersten arbeitenden Einzelbetriebes zu decken brauchte, sondern nur diejenigen des ganzen Produktionszweiges als einer Einheit. Dagegen würden diejenigen Teile der Rente, welche zwischen den durchschnittlichen Kosten und denen des besten Betriebes erzielt werden, volkswirtschaftlich unter die Kosten fallen — ein wichtiger Abzug vom Mehrwert.

Auch damit sind wir noch nicht am Ende der Komplikationen — brauchen aber, da das weitere ebenfalls völlig bekannt ist, nur anzudeuten, daß der Mehrwert eines Betriebes oder eines ganzen Wirtschaftszweiges überaus häufig zum Teil monopolistischen Ursprungs ist, insoweit also wieder nicht den eigenen Arbeitern zugeführt werden kann, da er vielmehr von den Konsumenten, und zwar entweder aus ihren Arbeitslöhnen oder aus den verschiedenen und gegensätzlich zu beurteilenden Mehrwerteinkünften entrichtet ist. Diese Kette kann sich ersichtlich in immer wechselnden Verschlingungen weiter fortsetzen [10]). Soweit der monopolistische Mehrwert direkt oder indirekt aus dem Arbeitslohn gezahlt wird, würde die Sozialisierung wiederum zwar nicht den Nominalbetrag des Lohnes, wohl aber seine Kaufkraft heben. Ebenso würden die absolute Grundrente und die Quasirenten der Gesellschaft als Ganzem zugute kommen.

Die Uebersicht über Wesen und Zusammensetzung des Mehrwertes lehrt, ein wie kompliziertes, schwer zu beurteilendes Gebilde der heutige kapitalistische Reinertrag ist, der so schlankweg als »Mehrwert« im Marxschen Sinne dieses Wortes reklamiert zu werden pflegt. Für den Fortgang dieser Abhandlung ergibt sich erst daraus die rechte Einsicht in die Gegenstandslosigkeit der auf die Sozialisierung gesetzten Hoffnungen. Der materielle Erfolg der Sozialisierung, wenn man sie im Sinne des Interessentenstandpunktes als bloße Verteilungsaufgabe betrachtet, wäre bestenfalls enttäuschend gering. Ein Argu-

---

[10]) Dem populären sozialistischen Denken liegen diese an sich ja bekannten Tatsachen wohl aus dem Grunde ferner, daß die Marxsche Arbeitswertlehre den Monopolpreis nicht zu analysieren vermag; so stellt man sich ganz auf die Lehre von dem im Produktionsprozeß entstehenden Mehrwert ein.

ment gegen die Sozialisierung ist das nicht. Wenn die Ausmerzung der erpreßten Luxuseinkommen dem Proletariat kein bequemes Leben schaffen kann, so ist und bleibt sie doch zunächst und vor allem moralisch geboten, im Interesse der Gerechtigkeit, im wohlverstandenen Interesse der bisher zu Unrecht Bevorzugten. Allerdings würden, wenn es nur darum ginge, auch Steuern alles Nötige leisten können; die Umgestaltung der wirtschaftlichen Organisation wäre dann entbehrlich. Aus zwei Gründen ist sie es nicht. Nähme man dem Kapitalisten das arbeitslose Einkommen, ließe ihm aber die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, so bliebe ihm etwas, das schwerer wiegt, als die geldliche Möglichkeit des Luxus: die Macht, Menschen zu kommandieren. Diese muß gebrochen, die Freiheit des Menschen in der menschlichen Gemeinschaft hergestellt werden. Dazu aber kommt das entscheidende ökonomische Argument — es wurde oben gestreift —, eben dasjenige, das man im Auge hat, wenn man den Sozialismus im Sinne der klassischen Lehre als die höhere Stufe, nicht: der Verteilung, sondern der Produktion bezeichnet — der volkswirtschaftliche Fortschritt greift ja in der Privatwirtschaft nicht um seiner selbst willen Platz, ist also grundsätzlich dem Zufall anheimgestellt und oft genug durch entgegenstehende Rentabilitätsrücksichten [11]), noch weit öfter durch die gegebene Begrenzung der privaten Herrschaftssphären behindert [12]); erst der Sozialismus kann ihn planmäßig anstreben. Die Zufälligkeit — unter dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt — von Betriebsgröße und -lage usw. wird freilich durch die hochkapitalistischen Organisationen weitgehend korrigiert; daß man aber über das, was sie für die Rationalisierung leisten, auf eben ihrem Wege hinausgehen kann und also auch muß, ergibt sich klar, wenn man nur bedenkt, daß es einen totalen Trust, die kapitalistische Zusammenfassung einer ganzen Industrie in einer Hand nicht gibt und schwerlich geben kann, außer wenn der Staat, die organi-

[11]) Z. B. wird eine veraltete, aber bis auf 1 Mark abgeschriebene Maschine notwendig so lange benutzt werden, wie der von ihr noch zu erwartende Ertrag — er ist ganz Reinertrag — größer ist als die Differenz zwischen dem gleichzeitigen Ertrage der neuen besseren Maschine und deren Anschaffungs-, Abschreibungs- usw. -kosten. Man spricht dann von dem Gegensatz zwischen technischer und wirtschaftlicher Nützlichkeit; richtig müßte es heißen: volkswirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher.

[12]) Die klassische Darstellung dieser noch immer viel zu wenig gewürdigten Verhältnisse bietet Rathenaus »Neue Wirtschaft«.

sierte Gewalt der Gesellschaft, zu Hilfe käme, womit aber zugleich das Prinzip der Privatwirtschaft durchbrochen wäre. Ferner ist ja mindestens die Entstehungsweise des Trusts und die Auswahl seines Trägers unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt wieder dem Zufall überlassen — vielleicht entscheidet ein Börsenmanöver. Ganz davon zu schweigen, daß auch der bestorganisierte Trust seiner Natur nach an dem Auseinanderfallen von Rentabilität und volkswirtschaftlichem Nutzen nichts ändern kann, und daß überdies seine wirtschaftstechnische Nützlichkeit durch die ungeheure Steigerung privater Macht und Willkür gegenüber Arbeitern und Konsumenten zu teuer erkauft ist.

In der Sphäre der Zirkulation stellt die klassische Lehre dem Sozialismus bekanntlich die Aufgabe, die spekulative Kluft zwischen Produktion und Konsum organisatorisch zu überbrücken und dadurch Krisen unmöglich zu machen. Selbst wenn in der sozialistischen Wirtschaft krisenähnliche Erscheinungen auftreten sollten — Unverkäuflichkeit von Produkten —, so würde doch das soziale Spezifikum der Krise vermieden und der Nachteil gleichmäßig auf alle Volksgenossen verteilt, z. B. durch steuerliche Deckung des Fehlbetrages, während die Krise in der privatwirtschaftlichen Zersplitterung viele einzelne Existenzen vernichtet.

Dies also sind in schlagwortartiger Kürze die Argumente für die Sozialisierung — an ein Recht auf den vollen Arbeitsertrag ist so wenig zu denken wie an eine Verwirklichung der damit zusammenhängenden Interessentenhoffnungen. Ja sogar die Form des Mehrwertes wird die sozialistische Gesellschaft voraussichtlich beibehalten. Für alle ihre Ausgaben — nicht nur die bisher von den Kapitalisten getragenen der Neubildung von Kapital usw., sondern auch für die sozialen und Kulturausgaben, überhaupt alle »unproduktiven« Ausgaben im wirtschaftstechnischen Sinne — stehen ihr als Deckung lediglich Einkommensteuern zur Verfügung, wie noch zu zeigen sein wird. Ob man nun die erforderliche Summe den Arbeitenden — nur solche haben ja ein unmittelbares Einkommen — nachträglich in der Form der Steuer entzieht oder sie sofort in der Form des Mehrwerts einbehält, ist eine Frage, der grundsätzliche Bedeutung offenbar nicht zukommt; der letztere Weg empfiehlt sich aber aus tausend Gründen der Bequemlichkeit namentlich für

den Zahlungsverkehr [13]). Freilich, von eigentlichem Mehrwert kann keine Rede sein; nur die Form eines Abzuges vom vollen Arbeitsertrag wird beibehalten, der Sinn dieses Mehrwertes aber schließt nicht nur seine Verwendung als Luxuseinkommen aus, sondern auch rein theoretisch kommt die Wandlung in dem algebraischen Verhältnis zwischen Lohn und Mehrwert zum Ausdruck. Während nämlich — um von den Komplikationen abzusehen — die Höhe des eigentlichen Mehrwertes durch die Differenz zwischen dem vollen Arbeitsertrag und den Reproduktionskosten der Arbeitskraft bestimmt ist, jede Steigerung des Arbeitsertrages also bei gleichbleibendem Wert der Arbeitskraft mehr oder weniger ausschließlich dem Kapitalisten zugute kommt, würde in der sozialistischen Wirtschaft gerade der einzuschaltende »Mehrwert« eine mehr oder weniger feste Begrenzung aufweisen — je nach dem öffentlichen Bedarf —, der Arbeitslohn also von dem gesellschaftlichen Existenzminimum grundsätzlich losgekettet und mindestens zum Teil an jeder Mehrung der Produktivität beteiligt werden.

Um nach all diesen weit ausladenden Erörterungen den Faden wieder aufzunehmen: die Möglichkeit der Sozialisierung hängt nicht ausschließlich oder auch nur überwiegend von der Entwicklungsstufe der Organisation in dem einzelnen Wirtschaftszweige ab, sondern auch von seiner Zugängigkeit für eine weitergehende Organisation; sie hängt nicht von dem Rentabilitätsstande der Volkswirtschaft ab, da er ja die organisatorischen Erfordernisse nicht berührt, während andererseits gar nicht die Aufteilung des augenblicklichen Ertrages, sondern die Erzielung höherer Erträge in der Zukunft und deren gerechte Verteilung durch die Sozialisierung verwirklicht werden sollen. Ueber allen solchen Erwägungen der innerökonomischen Zweckmäßigkeit steht dann vor allem die Forderung, den Menschen aus der Abhängigkeit vom Menschen zu befreien, indem man ihn direkt der organisierten Gemeinschaft unterstellt.

---

[13]) Am deutlichsten ist das, wenn man sich die Sozialisierung als glatte Verstaatlichung denkt, was sie ja ihrer Idee nach immer bleibt, siehe unten. Aber auch der autonome sozialisierte Wirtschaftskörper, wie z. B. die »Deutsche Kohlengemeinschaft« der Sozialisierungskommission wird zahlungs- und steuertechnisch vorteilhaft eine runde Summe zu Lasten der Arbeitslöhne an die Steuerkasse abführen, statt daß die Summe den Arbeitern ausgezahlt und bei ihnen wieder eingehoben wird. Das wird möglich, weil das ganze Wirtschaftsleben im höchsten Maße an Durchsichtigkeit gewinnt: es gibt nur noch eine einzige Einkommensart und nur verhältnismäßig sehr wenige riesige »Arbeitgeber«.

Die »Sozialisierungsreife« ist nach alledem an anderer Stelle zu suchen, als dies gewöhnlich geschieht. Wenn es zweifelsfrei feststeht, daß die Privatwirtschaft in ihrer Technik und Organisationskunst die grundsätzlichen Mittel geschaffen hat, die eine zusammenfassende Lenkung großer Massen erlauben, so ist entscheidend für eine sozialistische Anwendung dieser Mittel allein die Bewußtheit und Energie, mit der die Träger der Sozialisierungsidee, die proletarischen Massen, ihrem Ziele zustreben, die Klarheit, die über Ziel und Weg herrscht. In dieser Hinsicht nun steht es sehr traurig [14]) — und damit kehren wir zum ersten Ausgangspunkt dieser Erörterung zurück, nämlich zu der Tatsache, daß der deutsche Sozialismus von der Revolution mehr oder weniger überrascht worden ist. Die Gründe für diese Erscheinung können hier nicht untersucht werden; es genügt, außer auf die Ueberschätzung der automatischen Entwicklung noch auf die Bedürfnisse und Bequemlichkeiten der parteipolitischen Agitation zu verweisen, welche sich einerseits in der Kritik des Bestehenden, andererseits in unbedachten Versprechungen erschöpfte, und drittens auf die Fremdheit, in welcher in Deutschland gerade die jugendlichen Intellektuellenschichten fast bis zum Augenblick der Revolution dem Sozialismus gegenüber verharrten.

II. Die Gilde als organisatorisches Prinzip der Sozialisierung.

So gab es denn in Deutschland im entscheidenden Augenblick nur einen Sozialisierungsplan, welcher zudem nicht von einem eigentlichen — parteimäßig oder wissenschaftlich gesprochen — Sozialisten herrührt: von Rathenau. Diesem Plan konnte jedenfalls nicht mit dem sonst beliebten Einwande des Utopismus begegnet werden, da die hier zugrundeliegenden Ge-

[14]) Wieviel an Klärung und Aufklärung geleistet werden kann, zeigt das glänzende Beispiel der Wiener »Arbeiterzeitung« — in der deutschen sozialistischen Presse wird diese vornehmste Pflicht sträflich versäumt, nirgends schlimmer als in Berlin; nur in Sachsen hat sie sich um die Probleme der Sozialisierung wirklich bemüht, da von hier die leidenschaftliche Agitationswelle, die mit dem Namen Neurath zusammenhängt, ihren Ausgang nahm, und gerade diesen Bemühungen muß aus sachlichen Gründen (s. u.) mit größter Skepsis begegnet werden. — Dem populären Zweck dient jetzt, außer der weiterhin ausführlich besprochenen Schrift von Otto Bauer, eine kleine Schrift des Verfassers. Die Sozialisierung, ihre Aufgabe und ihre Form, Verlag Gesellschaft und Erziehung.

danken, wenn auch den Umständen nach meist in verzerrter Form, sich während des Krieges als technisch durchführbar erwiesen hatten. Rathenaus Plan zur »Neuen Wirtschaft« entsprach dem vor dem Kriege erreichten und durch vier Kriegsjahre festgehaltenen Entwicklungsstande der Gesellschaft, welcher durch weitestgehende Organisation die schweren Reibungen des Frühkapitalismus dauernd besser auszuschalten wußte, so daß auch viele überzeugte Marxisten die Entwicklung von dem durch Marx vorgezeichneten Wege abweichen sahen. Es war nicht einzusehen, warum und wann ein solches festgefügtes Gebäude wie der organisierte Hochkapitalismus einstürzen sollte, nachdem einerseits die Krisen zusehends an Schärfe verloren, andererseits doch auch die Arbeiterschaft aus der gesicherten und gleichmäßigen Blüte der Wirtschaft einen bescheidenen Nutzen zu ziehen vermochte. Wenn man aus den so gegebenen Tatsachen das Mögliche im Sinne einer sozialistischen Entwicklung herausholte, so ergab sich ein Gesellschaftszustand wie der von Rathenau mit größter Plastizität geschilderte, der sehr wohl als ein von Grund aus gewandelter erscheinen muß. Man darf freilich nicht übersehen, wie das in allen kritischen Aeußerungen über die »Neue Wirtschaft« [15]) regelmäßig geschieht: daß die Reform sich keineswegs auf die Organisation der Produktion beschränken, sondern außerdem den Grundpfeiler der heutigen Gesellschaftsschichtung zertrümmern sollte: das Erbrecht. Es ist beklagenswert, daß Rathenau in derjenigen seiner Schriften, welche der Kritik seiner Bestrebungen stets zugrunde gelegt wird, eben der »Neuen Wirtschaft«, nur auf das Technisch-Organisatorische der Produktion eingeht und so nicht zu der Erörterung des Problems gelangt, nach welchen Grundsätzen die Gesellschaft das ihr durch Aufhebung des Erbrechts zufallende Kapital wiederum an Private ausgeben soll. Er hätte sonst klarstellen müssen, wie es schließlich nur einen großen Geldgeber für alle wirtschaftlichen Unternehmungen geben würde, nämlich den Staat, so daß zumindest die Existenz des Rentiers vernichtet wäre, während auch für den privaten Unternehmer aus dem Gewinn im wesentlichen nur ein Arbeitslohn für seine qualifizierte Tätigkeit übrig bliebe, da ja auf allen Stufen des Produktionsprozesses dem Staate

[15]) So auch in einigen abfälligen Bemerkungen der Mehrheit der Sozialisierungskommission in ihrem Kohlenbericht.

hohe Gewinnsteuern zufließen sollen. Freilich ist diese Steuer nicht unanfechtbar, solange nicht feststeht, um welche Art von Gewinn es sich handelt. Der dynamische Profit des einzelnen erträgt und erfordert, wie wir sahen, eine Besteuerung in dem Maße als er eine bestimmte, als Anreiz unentbehrliche Höhe überschreitet. Anders sind Gewinn und Steuern zu beurteilen, falls der Gewinn zu Lasten der Konsumenten oder der eigenen Arbeiter erzielt wäre (vorausgesetzt, daß die eingeengte private Wirtschaftsfreiheit dazu noch Gelegenheit fände). Die Gewinnsteuer würde dann genau so wirken, wie der noch näher zu besprechende sozialisierte Ueberschußbetrieb und wie dieser zu verwerfen sein. Sie ist daher nur mit größter Vorsicht unter einer Reihe von Garantien anwendbar — ein gefährliches Instrument.

Bezeichnenderweise standen die programmatischen Kundgebungen Rathenaus sämtlich unter der Voraussetzung, daß der Krieg mehr oder minder unentschieden ende, die Kontinuität der rechtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung also nicht abreiße. Inzwischen ist nun das Wirtschaftsgefüge des organisierten Kapitalismus, das Rathenau als zunächst gegeben annahm, eingestürzt; nicht aus ökonomischen Gründen, wie die Marxsche Lehre es eigentlich verlangte, sondern in der kriegerischen Katastrophe. Diesen Fall mit in die Rechnung einbezogen zu haben, wie das durch die ökonomische Auffassung des Imperialismus nahegelegt war, gab im entscheidenden Augenblick den Marxisten das Uebergewicht über Rathenau. Denn wenn einer rein ökonomischen Betrachtung die Aufhebung der Privatwirtschaft vorher als eine törichte Utopie erscheinen konnte, so war nun mit einem Schlage der verbarrikadierte Weg geöffnet: es entstand die Möglichkeit und damit die Notwendigkeit, nicht langsam auf die klassenlose Gesellschaft hinzusteuern, sondern sie tunlichst auf der Stelle zu errichten [16]). Insofern Rathenaus »Neue Wirtschaft« die Privatwirtschaft noch beibehält, war sie

[16]) Dieser in die Augen fallende und daher politisch leicht auszuschlachtende Unterschied ist sehr viel kleiner als es aussieht. Auch das »Marxistische Zentrum« will ja die Enteigneten entschädigen und die so zunächst konservierten klaffenden Ungleichheiten der Vermögenslage dann durch Steuern abtragen. In bezug auf die Möglichkeit des Luxuskonsums stehen also beide Methoden völlig gleich. Sie unterscheiden sich in bezug auf Fortbestand oder Aufhebung der privaten, also ihrem Ursprung nach zufälligen und in ihrer Wirkung willkürlichen Verfügungsgewalt über Menschen, die sich an das Eigentum an den Produktionsmitteln heftet. Auch dieser Unterschied ist aber weitgehend ausgeglichen, da ja Rathenau durchaus kein unbeschränktes Eigentum will.

vielleicht — durch die Tatsache der russischen Niederlage und Revolution mit ihren notwendigen Fernwirkungen — schon im Augenblick der Niederschrift (Juli 1917) überholt; spätestens war sie es mit dem Umschwunge der militärischen Lage im Sommer 1918. Aber eben nur in bezug auf die Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Rudimente, die sich historisch aus dem Irrtum über die Dauerhaftigkeit des Kapitalismus erklärt, in ihren Wirkungen aber nach einiger Zeit durch die Erbschafts- und Gewinnsteuer aufgehoben sein würde und vor allem durchaus kein logisch notwendiges Element des Systems bildet. Denn diesem System haben gerade die Marxisten im Augenblick ihres Triumphs die für die Form der Sozialisierung entscheidende organisatorische Wendung entnommen: das Prinzip der Gilde, des einheitlichen, sich selbst organisierenden Wirtschaftskörpers für jede Industrie [17]).

Bis weit in die Revolution hinein war alle Welt darin einig, unter »Sozialisierung« im Sinne der Marxisten grundsätzlich Verstaatlichung zu verstehen [18]), mit der Einschränkung, daß für den lokalen Bedarf die Kommunen oder die ihnen wirtschaftlich verwandten Konsumvereine Träger der Produktion sein sollten, worin aber offenbar keine Durchbrechung, sondern eine durchaus sinngemäße Abwandlung des Prinzips liegt. Zwar war der Begriff der Verstaatlichung im marxistischen Lager stark in Mißkredit geraten, aber aus rein terminologischen Ursachen.

[17]) Diese Entlehnung geschah uneingestanden und wahrscheinlich unbewußt; daß sie überhaupt stattgefunden habe, wird vielleicht mit dem Hinweis auf das in-der-Luft-liegen des Gedankens bestritten werden. Er lag aber in der Luft nur, weil Ansätze zu seiner Verwirklichung in der Kriegswirtschaft platzgegriffen hatten, — auch dieser Hinweis würde also auf einem Umwege wieder zu Rathenau zurückführen. — Höchst erstaunlich aber ist die folgende Stelle aus einem durchweg erstaunlichen kleinen Buch vom Jahre 1874: »Der Sozialismus könnte an territorial gegliederte Korporationen der einzelnen Produktionszweige und Produktionsstufen denken und zuerst nur den bereits dem Großbetrieb verfallenen Teil der nationalen Produktionszweige zu einheitlichen Produktionskörpern öffentlich-rechtlicher Art . . . gestalten!« (Schäffle, Quintessenz des Sozialismus.) Das vollkommene Gildenprinzip, zu einer Zeit, die, kaum die moderne Aktiengesellschaft, geschweige denn den Trust kannte! Freilich geht aus dem Fortgang hervor, daß Schäffle sich der Tragweite seines Gedankens nicht voll bewußt war — er konnte es ja auch nicht sein. Der sozialistischen Denkarbeit eilte das kleine Buch mit seinen Fragestellungen erstaunlich weit voraus und ist in manchem noch heute, ja gerade heute aktuell und jedenfalls die beste Einführung in die Problematik des Sozialismus.

[18]) Vgl. Kautsky, Am Tage nach der sozialen Revolution, ferner seine Erläuterung zum Erfurter Programm, und sehr bezeichnend Cunow in der »Neuen Zeit« vom 6. Dezember 1918!

Wenn man nämlich den Staat als die Herrschaftsorganisation einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen Klasse definiert, so wird freilich die klassenlose Gesellschaft keine Verstaatlichung kennen und andererseits die Verstaatlichung bestenfalls eine vorbereitende Maßregel sein können. Aber auch die klassenlose Gesellschaft bedarf ja, selbst im Idealzustand der vollkommenen Brüderlichkeit, einer Organisation; sie bedarf deren um so mehr, je höher die Produktion gestaffelt ist, und an diese zentrale Verwaltungsorganisation, keineswegs an den »politischen Staat«, denkt man, wenn man Sozialisierung der Deutlichkeit halber mit Verstaatlichung übersetzt [19]). Infolge dieser Sachlage war nun der Sozialismus stetigen Hinweisen auf den wirtschaftlich und technisch unbefriedigenden Stand der bureaukratisierten Staatsbetriebe ausgesetzt, wie dies nicht nur in der gesamten populären Literatur, sondern zuletzt noch anläßlich der großen Kohlen-Enquete der Sozialisierungskommission in den fortgesetzten Plädoyers der Interessenten gegen die Staatswirtschaft zum Ausdruck kam. Man mochte auf solche Argumente mancherlei erwidern [19a]); vor allem, daß der künftige freie Staat viele edle Kräfte im Menschen entbinden würde, die heute verkümmerten; und daß der heutige Staat als Unternehmer in einer Welt der kapitalistischen Unternehmungen sich notwendig seiner Umgebung anzupassen strebe, ohne sie doch im Guten und Schlechten ganz zu erreichen; in anderem Milieu würde auch der Staatsbetrieb ganz andere Wesenszüge tragen. Mit solchen Argumenten begab man sich ersichtlich auf die Ebene, auf welcher die Kritiker die Diskussion begonnen hatten; ja, man versuchte die Vorwürfe gegen den Staatsbetrieb im einzelnen zu entkräften und akzeptierte mit alledem die Gleichsetzung von Sozialisierung und Verstaatlichung. Dabei betonte man zwar die

---

[19]) Ein großer Teil der bolschewistischen Literatur mit Lenins »Staat und Revolution« an der Spitze erschöpft sich in dieser absolut gegenstandslosen, rein terminologischen Streitfrage. — Uebrigens bewahrte nur das Dunkel, das um den Begriff der Vergesellschaftung verbreitet wurde, den Marxismus vor einem krassen Zirkel. Einerseits soll die Sozialisierung nicht Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung sein; andererseits soll gerade die Sozialisierung das Mittel sein, die Klassen aufzuheben und somit den Staat allmählich zugunsten der Gesellschaft »absterben« zu lassen. Auch diese Erwägung führt also zur Verstaatlichung als der zunächst einzig möglichen Form der Sozialisierung.

[19a]) Um Mißverständnisse zu vermeiden: die Sozialisierungskommission konnte solche Erwiderungen verschmähen und tat es; der Grund wird sofort besprochen.

Notwendigkeit, alle bureaukratische Schwerfälligkeit zu vermeiden, ließ jedoch jedes erkennbare Organisationsprinzip vermissen, durch das man den Staatsbetrieb auf eine andere Grundlage hätte setzen wollen. Auch soweit man die Verstaatlichung wenigstens teilweise zu modifizieren trachtete, etwa indem man auch die Gewerkschaften unter die Träger der sozialisierten Wirtschaft aufnehmen wollte, blieb durchaus unklar, wie die Gewerkschaften für eine von ihrem Arbeitsfelde so weit abliegende Aufgabe tauglich gemacht werden sollten.

Dabei bot die Entwicklung der modernen Großunternehmung bekanntlich seit langem eine Erscheinung, die als eigentliches Vehikel der Sozialisierung zu dienen bestimmt war und in der theoretischen Literatur [20]) auch durchaus als solches Würdigung gefunden hatte: die Trennung von Betriebsleitung und Eigentum, von der ja zu Marx' Zeiten noch keine Rede gewesen war. Offenbar liegt dem Staatsbetrieb das gegenteilige, frühkapitalistische Prinzip zugrunde, da der Eigentümer Staat, vertreten durch Finanzministerium, Parlament usw., die tatsächliche Oberleitung des Betriebes in den Händen hat, statt sie den Sachverständigen zu überlassen, die er dann kontrollieren müßte. In der Aktiengesellschaft ist die Trennung von Leitung und Eigentum zwar nur in den juristischen Institutionen, nicht auch im Entscheidenden: den Personen, streng durchgeführt — es wurde schon erwähnt, daß die leitenden Direktoren häufig über großen Aktienbesitz verfügen; andererseits ist der eigentlich leitende Mann öfters gar nicht unter den Direktoren. Immerhin, was der durchschnittliche selbständige Unternehmer leistete, das leistete wohl auch der durchschnittliche Direktor, und so war eine Sozialisierung im engeren Sinne, der Uebergang des Eigentums auf die Allgemeinheit ohne gleichzeitige Aenderung der betrieblichen Organisation, am leichtesten dort möglich, wo jene Scheidung tatsächlich oder doch in Ansätzen vorlag. Auf diese Zusammenhänge hat in den ersten Revolutionswochen Wilbrandt mit Nachdruck hingewiesen [21]).

---

[20]) Z. B. Hilferding, Finanzkapital.

[21]) In verschiedenen Zeitungsaufsätzen, vor allem im »Vorwärts« vom 17. und 24. November. Allerdings opferte er, um der Not der Gegenwart zu Hilfe zu kommen, zu viel von der Zukunft. Die durch Ablösungsrenten aus den Erträgen des Betriebes allmählich erfolgende Verwandlung aller Betriebe in Produktivgenossenschaften unter Führung des bisherigen Besitzers oder Leiters und unter Beteiligung und Obereigentum des Staates sollte die stockende

Die geschäftliche Organisation der privaten Aktien-Unternehmung für die Sozialisierung beizubehalten und auszubreiten war die Lehre, die sich daraus ergab [22]).

Hier war der Weg der Sozialisierung ohne Verstaatlichung, ohne bureaukratische Gefährdung des Ertrages. Es kam aber darauf an, ihn zu steigern. Wie dies zu geschehen habe, wurde innerhalb der sozialistischen Parteien in Deutschland zuerst durch Kautskys allerdings sehr kurz gefaßte »Richtlinien« für ein sozialistisches Aktionsprogramm« [23]), und dann durch den Kohlenbericht der Sozialisierungskommission, in Oesterreich schon vorher durch den sozialdemokratischen Wahlaufruf niedergelegt, dem bald eine eingehende Erläuterung aus Otto Bauers Feder folgte [24]).

Die Wirtschaftszweige werden bei Bauer zunächst jeder in sich organisiert und zwar diejenigen, welche enteignungsreif sind, durch einheitliche Wirtschaftskörper, welche nach der technischen und organisatorischen Seite den Gedanken des

---

Produktion wieder in Gang bringen; alles zur Vermehrung der Erträge Nötige sollte der Staat dann später gegen volle Entschädigung der dadurch Benachteiligten verfügen können. Die Lösung der, wie gezeigt wurde, zentralen organisatorischen Aufgabe war damit verschoben, aber zugleich auch erschwert: die Interessenten des bestehenden Zustandes wären zunächst um alle Produktivgenossen der monopolistischen und sonstigen gutrentierenden Betriebe vermehrt worden. Hier bestätigte sich wieder die alte Erkenntnis von der Unverwendbarkeit der Produktivgenossenschaft, außer in besonderen Einzelfällen.

[22]) Bekanntlich ist auch das Zeiß-Werk in geschäftlicher Hinsicht nach diesem Grundsatz eingerichtet, unbeschadet seines leicht produktivgenossenschaftlichen Charakters in sozialer Hinsicht. Natürlich hätte dieses Beispiel an sich wenig Beweiskraft, weil es sich um einen ganz extremen Fall eines Monopolbetriebes handelt. Neuesterdings sind die Spandauer Heereswerkstätten nach dem gleichen Grundsatz aus der bureaukratischen Verwaltung herausgelöst und in einen autonomen Fabrikbetrieb umgewandelt worden. Einen wenn auch zögernden Schritt auf dem gleichen Wege bedeutete seinerzeit die Organisation der Hibernia bei ihrer Uebernahme in Staatseigentum.

[23]) Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Berlin, Januar 1919.

[24]) Vorläufiger Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus, Berlin 1919, R. von Deckers Verlag und Otto Bauer, Der Weg zum Sozialismus, Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, neuerdings auch im Verlage der Berliner »Freiheit«. Dies sind die beiden wichtigsten Dokumente zur Sozialisierung. — Eine allerdings erst nachträglich verständliche Andeutung findet sich schon im »Arbeitsplan« der Sozialisierungskommission (veröffentlicht in den Zeitungen vom 6. XII. 1918, abgedruckt bei Bücher, Die Sozialisierung). Dort wird von der Möglichkeit gesprochen, die Verfügung über die Betriebe dem Reich, den Gemeinden »oder anderen Selbstverwaltungskörpern« zu übergeben. Es hätte deutlicher heißen sollen »andersartigen«.

Trusts vollständig verwirklichen, jedoch selbstverständlich auf gemeinnütziger Grundlage; während die nicht zur vollen Sozialisierungsreife gediehenen Industrien zunächst zu Zwangssyndikaten unter öffentlicher Kontrolle zusammengefaßt werden. Der gemeinnützige Charakter dieser Wirtschaftskörper und -verbände wird dadurch gewahrt, daß als oberstes Kontrollorgan für jeden eine Art Parlament vorgesehen ist, das zu gleichen Teilen aus Vertretern der Allgemeinheit, der Konsumenten und der Arbeiter- und Angestelltenschaft bestehen soll; in den Zwangssyndikaten der noch nicht voll sozialisierungsreifen Industrien werden auch die privaten Eigentümer mit einem Viertel aller Stimmen zu diesem »Verwaltungsrat« herangezogen.

In der Landwirtschaft werden die großen Betriebe, soweit sie nicht die vorteilhaftere Betriebsform darstellen, zerschlagen und in Erbpacht ausgetan, also den kleinen angeglichen, und die auf diese Weise vermehrten Bauernstellen werden in mannigfacher Weise durch Genossenschaftsbildungen der großbetrieblichen Vorteile teilhaftig gemacht und zugleich in die Gesamtorganisation eingefügt. Die städtischen Wohnhäuser gehen in die Hand der Kommunen über und werden von Mietergenossenschaften verwaltet. Die Regulierung des ganzen Apparates geschieht schließlich durch die Sozialisierung der Geldinstitute, welche die Möglichkeit bietet, die verfügbaren Summen je nachdem den zu fördernden Industrien zuzuführen und den über Gebühr entwickelten zu entziehen.

In ihrem Vorschlage für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues faßt die Mehrheit der deutschen Sozialisierungskommission [25]) die sämtlichen privaten und staatlichen Bergwerke bei voller Entschädigung der bisherigen Eigentümer in einen einzigen Trust zusammen. Der sozialistische, nämlich der auf das Wohl der Allgemeinheit, nicht nur des einen Wirtschaftszweiges, ausgerichtete Charakter dieses Wirtschaftskörpers wird auf ähnliche Weise wie in dem österreichischen Plan durch die Struktur der obersten Industrievertretung gesichert, welche ihrerseits einem kleineren Gremium, einer Art parlamentarischer Regierung, alle ihr zustehende Machtfülle in weitestgehendem Umfange überträgt.

---

[25]) Ballod, Cunow, Hilferding, Kautsky, Lederer, Schumpeter, Umbreit und Wilbrandt.

Hiermit war das Prinzip der Gilde für den Sozialismus offiziell nutzbar geworden. In Bauers Programm erscheint es unter zwei verschiedenen Formen, eben der streng marxistischen, welche kein Privateigentum mehr duldet, für die schon höher organisierten Industrien, und der an der beschränkten Privatwirtschaft noch festhaltenden ursprünglichen Form der »Neuen Wirtschaft« für die weniger entwickelten Zweige [26]). Die vollkommene Elastizität des Prinzips gestattet in der Tat seine Anwendung nicht nur in den verschiedensten Intensitätsgraden, sondern auch für die verschiedensten Zwecke; ist es doch offenbar aus der hochkapitalistischen Erfahrung gewonnen und nun gegen den Geist seines Ursprungsortes gewendet. Es ist ein organisatorischer Gedanke, zum Mittel der Rationalisierung bestimmt und daher in sozialer Hinsicht neutral. Seine Bedeutung für den Sozialismus kann nicht leicht überschätzt werden, während es andererseits so ungemein nahe lag und geradezu selbstverständlich erscheinen müßte, da es von der natürlichen Logik gefordert zu werden schien, ja im Trust sein, wenn auch antithetisches und natürlich unvollkommenes, Vorbild fand. Insofern stellt gerade das Gildenprinzip die glänzendste Erfüllung und Bestätigung der Marxschen Entwicklungslehre dar, welche die Formen der neuen Ordnung im Schoße der alten entstehen ließ und ausdrücklich nur eine soziale — keine wirtschaftliche — Revolution vorhersagte. Technisch und wirtschaftlich ermöglicht die straffe Zusammenfassung rationellste Gliederung der Betriebseinheiten nach dem Optimum der Ergiebigkeit — eventuell auf experimenteller Grundlage — und in Anpassung an die geographischen Verhältnisse; sie ermöglicht radikale Typisierung, Normierung und Spezialisierung und somit eine ungeahnte Steigerung der Produktion. Alles dieses aber — und das ist das Entscheidende — wird dadurch erreicht, daß den unmittelbar Beteiligten und speziell der Spitze des Ganzen alle Verantwortung uneingeschränkt aufgebürdet und entsprechend alle Freiheit der persönlichen Initiative gewährt wird. Gerade in dieser Beziehung sind die Ausführungen des Kohlenberichts von einem nicht zu überbietenden Radikalismus; die Bedeutung des Führers — des »Unternehmers«! — für den Fortschritt

[26]) Der für diese zweite Kategorie geltende Gesetzentwurf der österreichischen Sozialisierungs-Kommission mutet wie eine exakte Ausführung der in der »Neuen Wirtschaft« gemachten Vorschläge an.

der Wirtschaft und umgekehrt die Unzulänglichkeit der bureaukratischen Betriebsverfassung werden in so kräftigen Worten gezeichnet, als handle es sich um eine Eingabe von Interessenten [27]. Die Bewahrung der freien Initiative wird durch den Einfluß des Gildenparlaments auf die Festsetzung der Preise nicht durchkreuzt. Diese Regelung ist nicht nur nötig, da sie den gemeinnützigen Charakter der Organisation sichert, sondern auch ganz unbedenklich, weil sie sich auf ein Gebiet bezieht, welches für Einfälle technischer und organisatorischer Art keinen Raum bietet: die Festsetzung der Preise ist in einer nicht mehr spekulativen Wirtschaft eine reine Frage des Rechenstiftes.

Wenn Rathenau die Gilde in bezug auf Arbeitsweise und Aktionsfähigkeit mit einem Syndikat vergleicht, so ist dieses — aus ihrer Entstehung gewonnene — Bild schon für Rathenaus eigene Absichten viel zu schwach, da auch er überaus weitgehende Befugnisse für die Gilde fordert; der Sozialisierungskommission vollends schwebt ein ganz straff regierter Trust als Muster vor [28]. Das scheint freilich in gewissem Grade Gefahren für die Arbeit und das persönliche Niveau der an zweiter und dritter Stelle Stehenden, der Bezirksdirektoren und Betriebsleiter mit sich zu bringen. Jedoch wäre das ebensowenig notwendig wie heute etwa ein besonders tüchtiger Bergwerksdirektor mit untüchtigen Steigern arbeitet; gerade das Gegenteil ist anzunehmen. Je stärker der Leiter, um so stärker dürfen auch die ihm Nachgeordneten sein, ohne daß er darum das Uebergewicht verliert; um so günstiger wird das sichtbare Gesamtergebnis seiner Arbeit sich stellen. Auch braucht trotz der einheitlichen Spitze auf den Ansporn der Konkurrenz für die nachgeordneten Stellen durchaus nicht verzichtet zu werden; Geldprämien und

[27]) Stellte die erwähnte Schrift von Lenin nur eine Korrektur an der strengen Marxschen Lehre dar (s. oben S. 531), so geht die Sozialisierungskommission darüber so weit hinaus, daß von einer Korrektur nicht gut mehr gesprochen werden kann; sie stellt sich radikal auf den Boden, auf welchem die dynamische Profit-Theorie erwachsen ist, ohne dies freilich theoretisch zu begründen oder auch nur auszusprechen — die praktische Einsicht hat bei den strengen Marxisten unter den Kommissionsmitgliedern die Doktrin zwar nicht bewußt überwunden, wohl aber für den Bereich eben dieser praktischen Frage ausgeschaltet.

[28]) Das widerspricht keiner demokratischen Forderung, da der Führer durch das Vertrauen der Beteiligten in seine Stellung berufen wird; solange er sie bekleidet, ist ihm volle Bewegungsfreiheit garantiert — seine Anordnungen können von keiner Seite durchkreuzt werden; die demokratische Macht kommt bei der Wahl und der Neuwahl zur Geltung. Der »recall« muß an große Fristen gebunden sein.

Anerkennungen aller Art werden dafür sorgen, daß in jedem Betriebe das Mögliche an Materialersparung, an Krankheits- und Unfallsverhütung, an jedem gerade hier besonders wünschenswerten Erfolge geleistet wird. Es steht nichts im Wege in der sozialistischen Gilde eine so fröhliche und anspornende Konkurrenz einzurichten wie gerade die entscheidenden Gebiete der Wirtschaft sie im kartellierten Kapitalismus schon lange nicht mehr kennen. Trotz allen Kampfes um die Quoten wirkt ja das Kartell in vielen Fällen einfach als Rentengarantie, so daß die Großen der Industrie im Interesse der Blutauffrischung in jüngster Zeit häufig eine kartellose Zeit befürworteten — daß ihnen hierbei weniger die Blutauffrischung als die Ausführung und Auswertung ihrer eigenen neuen Ideen vorgeschwebt haben mag, ist offenbar nur ein noch stärkerer Beweis für die Behinderung der wahrhaft produktiven Köpfe in der angeblich freien Wirtschaft.

Die Konkurrenz, an welche hier gedacht wird, unterscheidet sich von der kapitalistischen Konkurrenz in einem Hauptpunkt: niemand kann sich auf Kosten seines Konkurrenten bereichern. Aus dem Nutzen, den die Allgemeinheit aus der höheren Leistung zieht, vergütet sie dem Leistenden einen gewissen Bruchteil, dessen ökonomische Höchstgrenze durch die Differenz zwischen dem Ertrage der Mehrleistung und dem Abzug für Steuern, Investitionen usw. gegeben ist. Jeder erzeugt dem Werte nach sein Einkommen und sein Mehreinkommen selbst. Dem anderen die Früchte seiner Arbeit zu entziehen, ist — bei entsprechender Preispolitik, über die im V. Abschnitt gehandelt wird! — undenkbar; keinerlei geleistete Arbeit bleibt unentlohnt. Immerhin ist es möglich, daß durch steigende Geschicklichkeit einzelner Arbeiter andere, weniger geschickte, aus der Arbeitsstelle gedrängt werden, wenn nämlich die Fabrikationsgelegenheiten aus technischen Gründen, z. B. wegen Rohstoffknappheit, beschränkt sind oder wenn die Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlichen Proportionalität eine Kontingentierung gerade dieses Produktionszweiges erfordert. Das Eingreifen der — sozial entscheidend wichtigen — Arbeitslosenversicherung bietet eben nur eine soziale, keine wirtschaftsorganisatorische Antwort auf die dadurch aufgeworfene Frage, die sich als Sonderfall des allgemeinen Problems herausstellt, wie überhaupt die Proportionalität in der Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschie-

denen Produktionszweige hergestellt und gewahrt werden soll. Hier wird die von den Sozialisten stets angefochtene Behauptung ihrer Gegner gerechtfertigt, daß ein folgerichtiger Sozialismus zum Zwang führt. Die Tatsache an sich ist unbestreitbar; nur darf nicht übersehen werden, daß auch die sogenannte »freie« Wirtschaft mit Zwang arbeitet, nämlich mit dem anonymen Zwang der Verhältnisse. Der Unterschied beschränkt sich darauf, daß die sozialistische Wirtschaft den sachlichen Zwang bewußt formuliert und von Gesellschafts wegen durchsetzt, während die freie Wirtschaft die Regulierung dem automatischen Sinken und Steigen der Löhne auf den Arbeitsmärkten überläßt. Scheut man sich vor der Konsequenz des direkten Zwanges, so steht natürlich nichts im Wege, nach dem Vorgange von Kautsky (Am Tage nach der sozialen Revolution Seite 20) das liberale Prinzip an dieser Stelle regulierend eingreifen zu lassen, also in den überbesetzten Wirtschaftszweigen die Löhne etwas zu senken und umgekehrt. Ist doch auch der Kapitalismus geblieben, obgleich er in so Vielem das Prinzip der rein privatwirtschaftlichen Regulierung aufgab! Dennoch, welches der beiden Regulative man immer wählen oder in welcher Weise man sie kombinieren mag — es bleibt eine ernste Frage zurück. Uebrigens erhebt sich diese ganze Schwierigkeit nur im Verhältnis der einzelnen Wirtschaftszweige untereinander; im Ganzen der Volkswirtschaft kann der »Arbeitsmarkt«, in vollem Gegensatz zum Kapitalismus, nie überbesetzt sein, auch wenn der Akkordlohn noch so hohe Leistungen hervorruft: es wird einfach verteilt, was erzeugt worden ist. Sobald schließlich ein mäßiger, vorderhand noch in weiter Ferne liegender Grad der allgemeinen Versorgung erreicht wäre, über den hinaus eine weitere Hebung der Produktion unnötig erscheint, so würde ein ferneres Steigen der Geschicklichkeit nicht etwa die wenigst geschickten Arbeitskräfte überzählig machen, sondern im Gegenteil die allererwünschteste Wirkung erzielen: eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit.

Es besteht also Konkurrenz um die beste Leistung und um gelegentliche Ehrenpreise u. dgl., während die Besoldung eine absolute, nach der Leistung gestaffelte Höhe aufweisen wird. Die Arbeiterschaft selbst scheint ihre Abneigung gegen das Akkordlohnsystem einer gründlichen Revision zu unterziehen, weil sie einen Unterschied zu machen lernt, je nachdem diese

Regelung der kapitalistischen Auspressung oder dem Fleiße im Dienste der Allgemeinheit zugute kommen soll. Liegt doch im Zeitlohnsystem als einer durchschnittlichen Entlohnung stets eine Art Ausbeutung der Fleißigen und Geschickten durch die Faulen und Ungeschickten; mochte dieser Nachteil bisher die gesteigerte Ausbeutung durch den Unternehmer mittels des Akkordlohnes nicht aufwiegen — jetzt enthüllt sich der Zeitlohn als ungerecht und die Entfaltung der Wirtschaft hemmend [29]). Die Basis des ganzen Akkordsystems muß natürlich jedem ordentlichen Arbeiter sobald irgend möglich ein menschenwürdiges Auskommen sichern. Die sich darüber erhebende Staffelung nach der Leistung wird nicht im Verhältnis zum jeweiligen Arbeitsertrage stehen, sondern in sehr viel langsamerer Skala steigen, möglichst nicht schneller als der egoistische Anreiz erfordert; diese Skala festzusetzen ist Sache der Psychologen. Vollständiger Abbau dieses einer wahren Gemeinschaft nicht würdigen Systems bleibt das letzte Ziel, das keineswegs in ebenso weiter Ferne liegt, wie die Verwirklichung eben jener Gemeinschaft. Denn auch heute sind neben der materiellen Gewinnsucht, oder vielmehr durch sie verdeckt, eine Reihe von Motiven wirksam, welche den Menschen zur Arbeit anspornen. Sie stehen moralisch z. T. nicht über der nackten Geldgier: sie steigen von der bloßen Sucht sich auszuzeichnen bis zu der reinen Freude an der sachlichen Bewährung an. Was diese Motive auch in der heutigen Welt zu bewirken vermögen, wird am besten aus den Leistungen im Felde erkannt, die ohne jeden geldlichen Anreiz erfolgten. Diese Kräfte also gilt es auch für die Wirtschaft frei zu machen [29a]) und zunächst geeignete Wege zu diesem Ziele zu suchen. Natürlich würde die einfache Ausschaltung der Geldsucht durch Abschaffung der Einkommensstaffelung jene anderen Motive nicht etwa frei machen, sondern sie betäuben,

[29]) Genau entsprechend ist ein vollständiger Umschwung in der Beurteilung des als ausbeuterisch verhaßten Taylorsystems zu verzeichnen, über dessen Unentbehrlichkeit für die sozialistische Wirtschaft als Kernstück der Rationalisierung innerhalb des Betriebes annähernd Einmütigkeit erzielt sein dürfte. Besteht es doch lediglich darin, dem wie immer gearteten Wirtschaftsziel mit wissenschaftlich durchdachten Mitteln zuzustreben. Genau so gut wie der kapitalistischen Auspressung des Arbeiters dient das System jedem anderen Ziele: der Verbesserung der Arbeitsteilung, der Vereinfachung von Handreichungen, der Verhütung von Unfällen usw.

[29a]) Den Hinweis auf diese Möglichkeiten verdankt der Verfasser Herrn Dr. Alexander Rüstow.

zumal an dem Geldeinkommen nicht nur ein Teil der sozialen Geltung, sondern der soziale Standard hängt. Sehr wohl möglich aber erscheint ein allmählicher Um- und Abbau, bei dem von dem heutigen Stande der Dinge auszugehen wäre. Daß die sozialisierte Wirtschaft zunächst hohe Gehälter bieten muß, unterliegt jedenfalls keinem Zweifel. Von der außerordentlichen Höhe, die der dynamische Profit heute erreicht, wurde schon gesprochen und festgestellt, daß in der sozialistischen Wirtschaft noch viel weniger als in der kapitalistischen, wo er doch um den Zins gekürzt wird, zu seiner vollen Auszahlung Veranlassung vorliegt, während er andererseits auch bei der Beurteilung heutiger Arbeitsverdienste — um einen neutralen Ausdruck zu gebrauchen — nicht übersehen werden darf[30]), wenn doch die sozialistischen Gehälter zunächst in irgendeine Beziehung zu den heutigen Löhnen und Arbeitsverdiensten gesetzt werden müssen. Heute dürfte er bei den Leitern der Aktiengesellschaften vielfach in der Form abgelöst sein, daß das Gehalt im Durchschnitt von ein oder zwei Jahrzehnten eine ähnliche Summe ergibt wie der Durchschnitt aus den zeitweise sehr hohen Profiten abzüglich Zinsen und dem geringeren »Unternehmerlohn« der weniger ergiebigen Zwischenzeiten. Ob man in der sozialisierten Unternehmung, wenn man einen bedeutenden Kopf gewinnen will, die eine oder die andere Methode zum Vorbild nimmt, könnte von Fall zu Fall entschieden werden.

Wenn die Gehälter in einsichtiger Weise festgesetzt und der Freude an Wirksamkeit und Einfluß genügt wird, so braucht die Intensität der Arbeitskräfte höchster Qualifikation in der sozialistischen Wirtschaft hinter dem heutigen Stande durchaus nicht zurückzubleiben, obgleich die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß der eine oder andere Condottiere es vorzieht in Afrika ein Königreich zu gründen statt in einem Lande zu bleiben, wo es ihm verwehrt wird, einen Trust kapitalistisch

---

[30]) Was für Vorstellungen in dieser Hinsicht noch herrschen, lehrt u. a. eine durchaus ernsthafte und sachliche Schrift von Julian Borchardt und Hans Berliner, Der kommunistische Aufbau, Verlag der Lichtstrahlen, Berlin 1919. Es wird darin die Behauptung vertreten, daß kleine Unternehmungen nicht enteignet werden könnten, weil von der Arbeit ihres Leiters viel abhänge; große Unternehmungen dagegen hätten »so sichere Normen der Verwaltung, daß die etwa nötige Ersetzung des Inhabers durch einen anderen Betriebsleiter ohne Schwierigkeiten ermöglicht werden kann«.

zu beherrschen. Das wichtigste praktische Problem der Sozialisierung: die Qualität der Leistung zu erhalten, ist im Prinzip gelöst, und zwar, zugleich mit dem eng verwandten Problem der Rationalisierung, auf der Grundlage der Gilde. Diese Lösung wird in erster Reihe für die Sozialisierung der großen Industrie gelten, also derjenigen Gebiete, die für den Fortschritt der Volkswirtschaft entscheidend sind und in der Fülle ihrer Probleme am meisten der wagemutigen und ideenreichen Kapitäne bedürfen. Zu einer schematischen Anwendung des Gildenprinzips liegt natürlich kein Anlaß vor. Solche Wirtschaftszweige, die sich in ihrem Charakter einer geordneten, ruhigen Verwaltungsarbeit nähern, wie z. B. manche Verkehrsbetriebe, werden unbedingt in den Formen der Verwaltung betrieben werden können, sei es der Staats- oder der Kommunalverwaltung, je nachdem ob sie einem einheitlichen Markt oder dem lokalen Bedarf dienen [31]). Aber gerade weil sie solchen Formen zugänglich sind, haben diese

[31]) Die Sozialisierungskommission ihrerseits hat, um die Ueberführung von für den lokalen Bedarf arbeitenden Betrieben in das Eigentum von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf eine juristisch tragfähige Grundlage zu stellen, einen »Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben« (Berlin, R. von Deckers Verlag) ausgearbeitet. Für eine Reihe von Wirtschaftszweigen wird den Gemeinden das Uebernahmerecht aus der privaten Hand bedingungslos zugesprochen, für andere bedürfen sie behördlicher Genehmigung, die aber nur um wesentlicher gemeinwirtschaftlicher Interessen willen versagt werden darf. Für eine Einschränkung des ausschließlichen Uebernahmerechts der Gemeinden und Gemeindeverbände zugunsten höherer Verbände ist ein eigenes Landesgesetz erforderlich. Dieser Entwurf scheint, um den unleugbaren Gefahren einer zu weit getriebenen Zentralisierung zu entgehen, den Gemeinden Zugeständnisse zu machen, welche sich nicht rechtfertigen lassen. Das Verhältnis zwischen Zentralisation und Dezentralisation muß an eine feste Norm gebunden sein; die zentraleren Stellen dürfen mit keinen Angelegenheiten belastet werden, die ebensogut lokal geregelt werden können, müssen aber um so mehr für alle Fragen zuständig bleiben, die möglicherweise interlokalen Charakter annehmen könnten. Einem privaten Hinweis von Herrn Dr. Hans Staudinger im Reichsernährungsamt ist nun zu entnehmen, daß mindestens die Unternehmungen für den Verkehr, für die Versorgung mit Wasser, Licht und Kraft und für die Beschaffung von Lebensmitteln heute vielfach von Kreisen oder höheren Selbstverwaltungskörpern in die Hand genommen werden, während alle drei Kategorien in dem Entwurf bedingungslos den Gemeinden überantwortet sind. Die Kautele, nach welcher das Landesgesetz Ausnahmen festsetzen kann, genügt offenbar nicht als Gegengewicht. Die Gemeinden könnten ja zunächst ohne weiteres das private Straßenbahnnetz im Kreise unter sich aufteilen, und der Kreis müßte, um Remedur zu schaffen, den ganzen Apparat der Landesgesetzgebung aufbieten. Am größten dürfte diese Gefahr bei den Nahrungsmittelbetrieben sein. Insofern liegt hier ein Verstoß gegen das Wesen des Sozialismus als einer zentral geleiteten Wirtschaft vor.

Wirtschaftszweige der Sozialisierung nicht jenen Widerstand entgegengesetzt, dessen Ueberwindung ihre wichtigste und schwerste Aufgabe bildet und erst mit Hilfe der Gilde grundsätzlich gelingen kann. —

Auch die Pläne zur Sozialisierung, welche im Reichswirtschafts-Ministerium erwogen werden, nähern sich dem Gedanken der Gilde, den sie freilich organisatorisch wie sozial in einem sehr wenig radikalen Geist handhaben. Bis jetzt sind drei Gesetze ergangen, von denen das erste, das »Sozialisierungsgesetz« vom 23. März 1919 [32]) eine programmatische Kundgebung sozialethischen Charakters darstellt; in seinem § 3 werden als Träger der angekündigten Gemeinwirtschaft das Reich, die Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände »oder wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper« vorgesehen. Das zweite Gesetz, das den Titel »Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft« führt, aber auch diesem im Zeitalter der Sozialisierung bescheidenen Namen nicht genügt, ordnet die Bildung von Zwangssyndikaten der Unternehmer an; ihnen liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter der Aufsicht eines Kohlenrates ob, der aus je 15 Vertretern der Unternehmer und Arbeiter und aus 20 von der Regierung ernannten Vertretern des Konsums, der technischen Wissenschaften usw. besteht. Die Reichsregierung führt die Oberaufsicht und regelt die Feststellung der Preise. Da der Ausdruck »Regelung der Förderung« sich nur auf die Festsetzung der zu fördernden Mengen in Anpassung an die Nachfrage bezieht, ist tatsächlich nur der Absatz geregelt; Handhaben für die Rationalisierung der Produktion, die doch die eigentliche organisatorische Aufgabe darstellt, fehlen. Auch muß die Feststellung der Preise durch die Reichsregierung selbst die schwersten organisatorischen Bedenken hervorrufen, abgesehen davon, daß auch auf diese Weise das verderbliche und ganz unsozialistische Uebergewicht der Produzenten über die Konsumenten im Kohlenrat nicht ausgeglichen werden kann. Als isolierte Maßregel [32a]), ohne

[32]) R.G.Bl. Nr. 68; ebenda auch das zweite Gesetz.

[32a]) Nach Abschluß dieser Arbeit ist das als »gebundene Planwirtschaft« bezeichnete Gesamtprogramm des Reichswirtschaftsministeriums bzw. seiner damaligen Leiter Wissell und von Möllendorff veröffentlicht worden (zuerst im »Plutus« vom 4. Juni 1919, dann als eigenes Heft der Schriftensammlung »Deutsche Gemeinwirtschaft«, Jena, Diederichs). Auch hier sind die organisatorischen Erfordernisse nicht erfüllt. Die beiden entscheidenden Einwände seien kurz

Ergänzung namentlich durch ein Steuerprogramm wird dieses Gesetz bestenfalls die Unternehmerprofite etwas vermindern, für die Sozialisierung aber weder in organisatorischer noch in sozialer Hinsicht etwas Wirksames leisten. Dazu kommt als ein besonderer Nachteil für die praktische Arbeit der Industrie die Unklarheit des Gesetzes, welche auch durch die inzwischen ergangenen Ausführungsbestimmungen des Kohlenrates nicht behoben worden ist. Das dritte Gesetz über die Regelung der Kaliwirtschaft ist ähnlich orientiert.

Auch die Minderheit der Sozialisierungskommission [33]) hält in ihrem Kohlenbericht an der beschränkten Privatwirtschaft fest, da sie, ungeachtet der vielfach eingetretenen Trennung von Eigentum und Betriebsleitung, die Tätigkeit der mitarbeitenden Kapitalisten, wo sie wirklich vorhanden ist, hoch einschätzt und außerdem einem radikalen Verfahren im Falle eines isolierten Wirtschaftszweiges ein langsameres, aber gleichmäßiges Vorgehen auf der ganzen Linie vorzieht. Im Gegensatz zu dem Gesetz wünscht sie jedoch das Syndikat und insbesondere seine Leitung mit weitesttragenden Vollmachten für die Rationalisierung auszustatten, hierin wie auch in der Zusammensetzung des Kohlenparlaments in voller Uebereinstimmung mit der Kommissionsmehrheit. Der Kohlenrat erhält ausdrücklich die Aufgabe dafür zu sorgen, daß keine übermäßigen Gewinne mehr erzielt werden. Wie ernsthaft dieser leicht etwas verdächtige Ausdruck gemeint ist, lehrt der originellste Gedanke in diesem

angedeutet. Erstens ist die Bedeutung der Führung in der Wirtschaft verkannt; es wird durchweg mit Kollegien statt mit verantwortlichen Leitern gearbeitet; mit Syndikaten statt mit Trusts. Es wurde bereits oben darauf hingewiesen, wie sehr selbst die heutigen freien Kartelle die besten Kräfte lähmen; im Zwangssyndikat vollends entfällt aber jeder Ansporn, der im freien Kartell stets vorhanden ist, da dort für den einzelnen durchaus die Möglichkeit besteht, trotz des Kartells auf dem Wege zur Konzern- und Trustbildung fortzuschreiten, wie dies im Kampf um die Beteiligungsziffer periodisch zutage tritt. Das Zwangssyndikat kennt keine Konkurrenz in sich, es ist reine Rentengarantie. Dieser sein Charakter verschärft sich aber zweitens noch durch die Tatsache, daß die Rohstoffbeschaffung und -verteilung dem Syndikat als solchem zusteht, so daß das Aufkommen neuer Unternehmungen von dem guten Willen der bereits bestehenden abhängig gemacht, will sagen: von vornherein vereitelt wird. Es werden hier also die Vorzüge der Privatwirtschaft preisgegeben und ihr Nachteil, der private Rentenbezug, in schroffster Form beibehalten. — Dennoch ist die Planwirtschaft als Ganzes damit nicht abgetan, da der zugrunde liegende Gedanke von den organisatorischen Mängeln der Ausführung losgelöst werden kann. Hierüber siehe später die Anmerkung 37.

[33]) Francke und Vogelstein.

an Anregungen reichen Bericht: der Vorschlag, die Flöze nach ihrer Stärke und Abbaufähigkeit zu klassifizieren und die sich aus ihrer Verschiedenheit ergebenden, für die Gewinne aus dem Bergbau vielleicht entscheidenden Differentialrenten fortzusteuern, so daß die Kohlenpreise durch die Steuer nicht beeinflußt werden können [34]). Wenn dann der Kohlenrat eine Preisgestaltung auf Kosten der Arbeiter und Konsumenten völlig abweisen würde, so würde offenbar nur noch der Arbeitslohn des im Betriebe tätigen Unternehmers einschließlich eines etwaigen dynamischen Profits, aber keine Verzinsung des investierten Kapitals erübrigt werden; darin, daß dies nach der gesamten Anlage nicht beabsichtigt sein kann, so daß Konzessionen im Interesse des Zinses notwendig werden, liegt das unbefriedigende Element dieses Entwurfs.

III. Die Vollsozialisierung.

Ist so das Gliederungs- und Aufbauprinzip der sozialistischen Wirtschaft gewonnen, so ist damit zwar etwas sehr wesentliches, wohl das wichtigste überhaupt, aber noch nicht alles erreicht. Der rationalisierende Zentralismus, welcher die organisatorische Seite des Sozialismus ausmacht, kann sich nicht nur auf die einzelnen Wirtschaftszweige als isolierte Inseln beziehen, sondern muß darüber hinaus die ganze Volkswirtschaft als Einheit erfassen. Schon in der Eigenlogik des organisatorischen Gedankens ist dieser abschließende Schritt begründet; dazu aber kommt, daß gerade er und nur er zur Lösung — oder wenigstens annähernden Lösung — jener Aufgabe berufen ist, die dem Sozialismus von der klassischen Theorie stets als eines der vornehmsten Ziele gelehrt worden ist: die Proportionalität der Volkswirtschaft in ihren Gliedern und vor allem im Verhältnis von Produktion und Konsum zu bewahren und die Krisen zu vermeiden. Es ist erklärlich, daß, solange die Sozialisierung noch kaum eingeleitet ist, der letzte Schritt auf dem Wege dem populären Interesse noch einigermaßen entrückt ist; indessen

[34]) Dies ist augenscheinlich die Uebertragung eines Gedankens, der, wenn auch keineswegs in voller Klarheit und Reinheit, in der auf einem Kataster beruhenden Grundsteuer verwirklicht ist. Ganz analog will Bauer die Hypothekenbanken sozialisieren und dem bäuerlichen Besitz dann statt der Zahlung der Hypothekenzinsen diejenige eines »Grundzinses« auferlegen, der »nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Wirtschaften«, also vermutlich in erster Reihe nach der Güte und Lage des Bodens abgestuft sein soll.

sollten die Baumeister des Sozialismus einen runden Plan für das Ganze vorzulegen wissen, wenn die Sozialisierung doch ein System sein soll. Dieser Forderung genügt Bauer, indem er für die einzelnen Wirtschaftszweige verschiedene, ihrer Eigenart angepaßte Organisationen vorschlägt und dann — in Anknüpfung an die von Hilferding dargelegten Tatsachen — der monopolistischen Zentralbank die Aufgabe zuweist, den einzelnen Wirtschaftsträgern unter den Gesichtspunkten der Proportionalität und Produktivität »Kapital« zuzuführen. Es ist klar, daß in einer marktlosen Gemeinwirtschaft, die einerseits wachsend gedacht werden muß, andererseits wie den Markt so auch die automatische Kapitalbildung und -Verteilung der Privatwirtschaft nicht mehr kennt, das Bankwesen seinen Charakter noch weit stärker ändert als jeder andere Wirtschaftszweig: hier wird über die Verwendung der verfügbaren Arbeitskräfte und Rohstoffe entschieden, von hier aus wird also in einem ungleich prägnanteren Sinne, als dies selbst für den »Finanzkapitalismus« zutrifft, die Volkswirtschaft tatsächlich geleitet. Die Ausschaltung des Marktes, in welcher der Charakter der Bedarfswirtschaft und die Aufhebung des anarchischen, spekulativen Elements am sichtbarsten zum Ausdruck kommt, wird bei Bauer nicht ausdrücklich behandelt, ist aber schon durch den Einfluß der Staats- und Konsumentenvertreter im Verwaltungsrat, insbesondere mit Rücksicht auf die Festsetzung der Produktionsmenge und der Verkaufspreise gewährleistet. Aehnliches gilt vom Kohlenbericht der Sozialisierungskommission. Immerhin wäre eine ausdrückliche Behandlung dieses ungemein wichtigen Punktes zu wünschen gewesen [35].

Gerade die Arbeit der Sozialisierungskommsision hat in dieser Hinsicht unter einem Unstern gestanden. Schon ihre Einberufung durch die sozialistischen Volksbeauftragten unter dem Namen einer »Kommission für die Vorbereitung der Sozialisierung von Betrieben« mußte schwersten Bedenken insofern begegnen, als damit dem ganzen Unternehmen von vornherein der Stempel der Partialität aufgedrückt wurde, da der Begriff der Sozialisierung im Sinne der klassischen Lehre nur auf die

[35]) Mit der ihm eigenen Anschaulichkeit fingiert Rathenau eine Gesamtsitzung des Baumwollgewerbes — der höheren Organisationsstufe über den Verbänden der Spinner Zwirner un Weber, welche an die Stelle des innergewerblichen Marktes tritt! — und schildert die Festsetzung der Preise zwischen ihnen.

Volkswirtschaft als Ganzes Anwendung finden sollte. Um so notwendiger wäre ein Gesamtprogramm der Kommission für ihre eigene Arbeit gewesen, das die Möglichkeit geboten hätte, ihre späteren Einzelarbeiten erst in ein gedankliches System einzugliedern und von da aus zu beurteilen. Der Arbeitsplan vom 6. XII. beweist eine vollständige Verkennung dieser Sachlage, da statt eines Systems der Sozialisierung lediglich Grundsätze für die »Sozialisierung von Betrieben« aufgestellt wurden [36]), die Gelegenheit zur Klärung und Aufklärung wurde versäumt und die Tätigkeit der Kommission von vornherein um alle Autorität gebracht. Konnte sie diese langsam durch ihre sachliche Arbeit wieder erzwingen, so blieb doch ein irreparabler Schaden in doppelter Hinsicht zurück: ihre Gutachten wurden durchweg als isolierte Vorschläge aufgefaßt und mußten so aufgefaßt werden, und der partielle Charakter der ihr gestellten Aufgabe wurde durch ihr Stillschweigen gewissermaßen anerkannt und unter den Gesichtspunkt gestellt, daß für die Auswahl der zu sozialisierenden Betriebe die Möglichkeit der Produktionssteigerung maßgebend sei.

Unstreitig ist nun dieser Gesichtspunkt von hervorragender Bedeutung, und über ihn volle Klarheit zu erlangen in jedem einzelnen Fall auch da unumgänglich nötig, wo man sich veranlaßt sehen würde gegen ihn zu verstoßen; der Größe des zu bringenden Opfers an Produktivität müßte der anderweitige Vorteil entsprechen, der von der Sozialisierung erwartet würde. Man kann sich nämlich eine Reihe von Momenten vorstellen, welche den Ausfall an Produktivität aufzuwiegen geeignet wären; z. B. könnte die, wenn auch noch so rentable, Produktionsweise in der bisherigen Verfassung gesundheitsschädlich sein. In unserem Zusammenhange wäre der Fall interessant, daß in einem längeren, auf den meisten Stufen sozialisierten Produktionsprozeß eine Zwischenstufe der Sozialisierung widerstrebte; man würde sie dann auf jeden Fall sozialisieren müssen — wenn auch vielleicht in loserer Form —, um innerhalb dieses Gewerbes den Markt auszuschalten. Dasselbe Argument würde auch im

[36]) Möglicherweise um Einmütigkeit zwischen der Mehrheit und der Minderheit zu erzielen — aber auch dieser Gesichtspunkt hätte niemals ausschlaggebend sein dürfen! Uebrigens war die Kommission damals noch nicht vollzählig.

größeren Rahmen der Gesamtwirtschaft platzgreifen können, so daß in der Tat ein für das Gesamtgetriebe bedeutsamer Wirtschaftszweig schwerlich der reinen Privatwirtschaft überlassen bleiben könnte, und um so weniger je mehr die Privatwirtschaft etwa auf eine »Ausbeutung« der Konsumenten oder Arbeiter angewiesen wäre. Zweifellos werden in den Ecken des gesamten Gebäudes, wie Kautsky das geschildert hat (a. a. O.), viele Gewerbe dem freien Privatbetriebe überantwortet bleiben (wobei jedoch die nachträgliche Abführung der Investitionsquote usw. an die Staatskasse vorgesehen sein muß); die Hauptadern des sozialistischen Wirtschaftsorganismus dürfen aber von solchen Einsprengseln unter keinen Umständen durchschnitten werden, und die eingangs dargelegte Gewißheit, daß die Produktion im ganzen durch die Sozialisierung in großem Maßstabe gehoben werden kann, verbietet eine Ueberschätzung des Produktivitätskriteriums im einzelnen. Eine weitere und entscheidende Abschwächung erfährt es durch die Prüfung der Frage, welches Minimum an Organisation vom einzelnen Wirtschaftszweig gefordert werden muß, damit die volkswirtschaftliche Gesamtorganisation und Ausschaltung des Marktes durchführbar wird. Dies Minimum liegt sehr tief; ersichtlich genügt es, die Zirkulationsvorgänge, also den Einkauf der Materialien und den Absatz der Produkte zu organisieren, während die eigentliche Produktion notfalls ganz frei bleiben kann. Für Zweifelsfälle kann die Entscheidung darüber, wie weit die Organisation gehen soll, in gewissen Grenzen der Selbstverwaltung des betreffenden Wirtschaftszweiges überlassen bleiben; in einer auf dem Prinzip der Organisation beruhenden, ihre betrieblichen Vorzüge allenthalben offenbarenden Volkswirtschaft darf die Stimmung für ein Hinausgehen über das Minimum als wahrscheinlich angenommen werden. Daß auch die Bauernschaft diesem Minimum nicht widerstreben wird, wenn es nur entsprechende Vorteile bietet, wird bei Bauer überzeugend dargetan; dies ist eine der stärksten Partien seines Programms. Uebrigens sind ja Bezugs- und Absatzgenossenschaften — und keineswegs nur solche — in der Landwirtschaft allbekannt, wenn auch nicht für alle ihre Produkte. Die Versuchung des Schleichhandels schließlich beruht auf der Hungersnot und dem Abschluß vom Weltverkehr. Im ganzen sind also für die systematische Durch-

organisation der Volkswirtschaft grundsätzliche Schwierigkeiten nicht zu befürchten [37]).

Solche Gesichtspunkte, welchen die Arbeit der Sozialisierungskommission fremd blieb, beherrschen die Denkschrift, die von Kranold, Neurath und Schumann dem sächsischen Ministerium vorgelegt wurde und, wie bekannt, eine weit- und tiefgehende Bewegung auslöste [38]); eine willkommene Ergänzung findet sei in Neuraths Schrift »Wesen und Weg der Sozialisierung« [39]) und vor allem in seinen glänzenden und reichhaltigen Chemnitzer Vorträgen [40]).

Das große Verdienst dieses Vorgehens besteht in der Energie, mit welcher hier der zentralistische Charakter des Sozialismus als eines Gesamtplanes herausgearbeitet wird. Unter Berücksichtigung des wenigstens in groben Umrissen festzustellenden dringendsten Bedarfes soll nach dem Willen der Denkschrift die gesamte Wirtschaft zentral eingerichtet werden, und zwar von einem »Zentralwirtschaftsamt für das gesamte Gebiet der Republik Sachsen«. Dieses Amt soll zunächst eine statistische Uebersicht über die produktiven Kräfte des Landes, eine Nachweisung der Rohstoffe, Energien und Produkte sowie ihrer Bewegung schaffen und dann daraufhin einen Wirtschaftsplan ausarbeiten und kraft weitgehender Befugnisse zur Durchführung bringen. Hierzu sind eine Reihe von Sozialisierungsgesetzen notwendig, deren Gegenstand kurz aufgeführt wird.

---

[37]) Die nach Abschluß der Arbeit veröffentlichte Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die »gebundene Planwirtschaft« muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Ungeachtet nämlich der herben Kritik, welche in Anmerkung 32 a an den von der Denkschrift vorgeschlagenen Organisationsformen im einzelnen geübt wurde, leistet die Denkschrift gerade das, was die Sozialisierungskommission versäumt hatte und was auch die sozialistische Opposition gegen die Denkschrift einfach schuldig blieb: die Aufstellung eines Gesamtplanes. Das Besondere dieses Planes liegt in seinem Charakter als Aktionsprogramm für den Augenblick; er will die Gesamtwirtschaft durchorganisieren und allmählich auf der Bahn der Sozialisierung voranschieben, so daß gleichmäßig auf der ganzen Linie vorgegangen würde, statt die Wirtschaftszweige einen nach dem anderen isoliert einer vollständigen Sozialisierung zuzuführen. Dieser Gedanke verdient jedenfalls, und unabhängig davon, wie man seine Ausführung in der Denkschrift beurteilen mag, eine ernsthafte Würdigung.

[38]) »Chemnitzer Volksstimme« vom 11. Februar 1919.

[39]) München, Callwey.

[40]) Die Sozialisierung Sachsens, Verlag des Arbeiter- und Soldatenrats im Industriebezirk Chemnitz, jetzt Max Reichelt, Chemnitz. Im Vorwort ist auch die Denkschrift abgedruckt.

Die Methode, nach der hier vorgegangen wird, faßt Neurath mehrfach in das Wort zusammen, es müsse von oben sozialisiert werden. Das ist richtig, wenn man es rein logisch auffaßt, wenn es also besagen soll, daß alle Einzelmaßregeln auf das Gesamtziel eingestellt und von ihm her bestimmt sein müssen; es ist aber falsch, wenn es die Methode des praktischen Vorgehens genetisch ausdrücken soll. Tatsächlich wird in dem Plan der Sozialisierungsprozeß auf seinen unteren Stufen gedanklich hintangesetzt und nur von der zusammenfassenden Spitze eingehender gehandelt. Es ist aber fast eine Tautologie und bringt jedenfalls in organisatorischer Hinsicht nicht weiter, zu sagen, daß man für die Aufstellung eines Gesamtplanes eine Gesamtstatistik brauche und für seine Durchführung eine Reihe von Syndizierungs-, Enteignungs- und ähnlichen Gesetzen; gerade von dem Inhalt dieser Gesetze hängt alles ab, und wenn hierüber nichts gesagt, sondern alles dem Zentralwirtschaftsamt überlassen wird, so kommt die Denkschrift insofern an die praktische Sozialisierung gar nicht heran. Auch das sich geradezu aufdrängende Problem wird nicht behandelt, wie man bei der Sozialisierung dem bureaukratischen Apparat entgehen könne, da doch das Zentralwirtschaftsamt seine Fühler überall hin ausstrecken, sich also vermutlich zu einem behördlichen Apparat von ungeheuersten Dimensionen entwickeln muß. In dieser Hinsicht ist daran zu erinnern, daß vom Zentralamt z. B. die gesamte Rationalisierung ausgehen soll, die in einer gildenmäßig gegliederten Wirtschaft die vornehmste Aufgabe der autonomen Gildenarbeit darstellt. Als Lösung des Problems ist offenbar der mehrfach wiederkehrende Hinweis auf die Mannigfaltigkeit der bestehenden wirtschaftlichen Organisationen und auf die Möglichkeit, sie alle zur Vermeidung des Schematismus für den Gesamtplan nutzbar zu machen, gedacht; damit ist aber im Gegenteil nur das Problem als solches bezeichnet, da die Schwierigkeit gerade darin liegt, die bestehenden Organismen so umzuformen, daß sie für die neuartige Aufgabe tauglich werden. Gewiß ist z. B. die Gilde des Kohlenberichts keine intellektuelle Erfindung; noch weniger aber ist sie in der Wirklichkeit angetroffen und unverändert übernommen; die Zufälligkeit, Partialität und falsche Ausrichtung der gegebenen Organisationen zu überwinden, das stellt das erste und trotz allem wichtigste Problem der Sozialisierung dar. Und zwar sie zu überwinden

von innen heraus, durch Umbildung der inneren Struktur; eine Ueberwachung und Lenkung von außen würde dauerndem Widerstand begegnen und ihrerseits der bureaukratischen Gefahr unterliegen. Man kann die Kuppel nicht vom Schlußstein her erbauen, so sehr die Wölbung schließlich durch den Schlußstein gehalten wird. Der gegenteilige Versuch kennzeichnet die Not- und Augenblicksmaßnahmen der Kriegswirtschaft, die sich gerade in diesem Punkte, also ihrem methodischen Prinzip nach vom wirklichen Sozialismus unterscheidet. Gerade sie läßt auch den in der Struktur begründeten Widerstreit zwischen den gegebenen Organisationen und den mit ihrer Leitung beauftragten bureaukratischen Stellen erkennen. Die »Vollsozialisierung«, die volle Verwirklichung des Sozialismus, ist das selbstverständliche Ziel, an dem alle Arbeit orientiert sein muß; aber sie vorwegzunehmen geht nicht an.

IV. Die geographische Gliederung und der Außenhandel.

Wie wenig Klarheit hier über die Grundgliederung der sozialistischen Volkswirtschaft herrscht, geht dann vor allem aus der partikularistischen Natur des Entwurfs hervor, die ja keineswegs nur taktischen Ursprungs ist, da auch in einem von Neurath und Schumann ausgearbeiteten Sozialisierungsprogramm für das ganze Reich [41]) die Gesamtwirtschaft des Reiches bundesstaatlich gegliedert erscheint und die Durchführung der Sozialisierung ausdrücklich »den ihren Gesamtministerien unterstehenden Zentralwirtschaftsämtern der Bundesstaaten« zugewiesen wird, während dem entsprechenden Reichsamt nur die »Durchführung der gemeinsam zu regelnden Angelegenheiten und die Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit« zusteht. Diese letztere Kautele reicht nicht aus, da offenbar die Initiative als von den bundesstaatlichen Stellen ausgehend gedacht ist und die Reichsstelle nur korrigierend eingreifen soll. Namentlich die immer wieder in den Mittelpunkt gestellte Ausarbeitung der Wirtschaftspläne soll bundesstaatlich erfolgen, so daß die Bundesstaaten einander als Ausland behandeln und miteinander in Kompensationsverkehr treten müßten. Sonderbar, wie sehr das Projekt an dieser Stelle gegen seinen eigenen Grundgedanken ver-

---

[41]) Abgedruckt bei Bücher, Die Sozialisierung, 2. stark erweiterte Auflage, Anhang XIV.

stößt. Ist es doch eine der am besten gesicherten Erkenntnisse in unserer Wissenschaft, daß die Zusammenfassung kleiner Wirtschaftsgebiete zu größeren und immer größeren im Sinne des wirtschaftsorganisatorischen Fortschritts ist; sowohl von der Seite des Bedarfs her, der in einem beschränkten Gebiet etwa für dauerhaftere Waren die Einrichtung eines Betriebes von optimaler Größe nicht gestatten würde, als auch von der Produktionsseite her, auf welcher lokale Arbeitsteilung und Auswahl des Standortes selbständige Elemente der Rationalisierung sind. Die geographische Gliederung der Wirtschaft kann aus politischen Gründen geboten sein, wie sie denn notwendig stets politischen Motiven entspringt und gerade im Hinblick auf die naturale Gemeinschaft der am gleichen Ort und in der gleichen Gegend Wohnenden das natürliche Aufbauprinzip der Politik bildet. Soweit etwa in Rußland die geographische und die fachliche Einteilung der Wirtschaft einander kreuzen — wenigstens scheint dies aus der kärglichen ins Deutsche übersetzten Literatur hervorzugehen — wäre daraus nur zu entnehmen, daß Rußland kein Wirtschaftskörper höherer Ordnung mit weit getriebener Integration ist. Ja man könnte darin, noch weitergehend, einen Konflikt des sozialistischen Prinzips mit dem anarchistischen erblicken, das die natürliche Gemeinschaft — im prägnanten Sinne des Wortes — zum Träger auch der materiellen Existenz, der Wirtschaft machen und den die Menschen notwendig auseinanderreißenden und mechanisierenden Zentralismus zerschlagen will [42]. Das schließt den Verzicht auf alle höhere Ergiebigkeit der Wirtschaft ein, da diese von der Höhenstufe der Arbeitsteilung und Mechanisierung abhängt, und erweist sich also als das gegebene, einzig mögliche Wirtschaftsprogramm für ein weiträumiges Land, in welchem extensive Wirtschaft genügt; auf Deutschlands schmalem Boden ist dafür kein Raum. Dieser Exkurs gestattet, das geographische Gliederungsprinzip bis in seine letzten, der Rationalisierung und damit dem Sozialismus notwendig feindlichen Konsequenzen zu verfolgen. Die Tatsache, daß heute und vielleicht auf immer eine ganze Reihe geographisch bestimmter Volkswirtschaften

---

[42]) Z. B. Gustav Landauer, Aufruf zum Sozialismus — als Dokument einer Gesinnung vielfach hinreißend, als praktisches Programm utopisch, da hier das richtig erkannte Ziel auf einem Wege angestrebt wird, der aus ökonomischen Gründen — siehe das unmittelbar Folgende im Text — ungangbar ist. Vgl. auch den VIII. Abschnitt.

nebeneinander bestehen, von denen einzelne überdies isoliert zum Sozialismus übergehen wollen, liefert in keiner Weise ein Argument für einen Rückschritt hinter den längst erreichten Entwicklungsstand einer deutschen Gesamtwirtschaft; gerade von der Isolation seines Vorgehens drohen ja dem Sozialismus in Deutschland wie in Rußland die schwersten Gefahren, so daß die Propaganda der Weltrevolution mit einer ernsthaften Sozialisierungsbewegung schon aus rein ökonomischen Gründen notwendig gegeben ist [43]).

Die für den Sozialismus so fatale Spaltung der Weltwirtschaft in mehr oder minder scharf getrennte Einheiten äußert auch im Kleinen Wirkungen, zu denen die Stellung des Sozialismus unsicher und schwankend ist, weil eben der ganze Erscheinungskomplex in sein System durchaus nicht paßt. So im Außenhandel. Die Forderung der sächsischen Denkschrift, ihn als Kompensationsverkehr zu behandeln, ist — nur nicht in ihrer innerdeutschen Anwendung — insofern richtig, als eine sozialistische Bedarfswirtschaft naturgemäß ein Interesse an der qualitativen Auswahl der aus- und einzutauschenden Gebrauchsgüter nehmen muß, wo der kapitalistischen Wirtschaft die automatisch hergestellte quantitative Tauschgleichheit genügte, so daß sie die Auswahl der Qualitäten dem Einzelnen überließ. Aber einmal ist ja mit dem Ausdruck Kompensationsverkehr noch nichts näheres über die Organisation gesagt, da die während des Krieges vielfach geübte deutsche Methode des staatlichen Austauschabkommens, dessen Ausführung dem privaten Handel übertragen wird, genau so gut darunter fällt, wie der völlig verstaatlichte russische Außenhandel. Ferner aber und vor allem wird gerade das Tauschverhältnis hier zu einem Problem, da es nicht mehr automatisches Ergebnis von Marktvorgängen ist, sondern willkürlich festgestellt wird; und dieses Problem wird zu einem grundsätzlichen im Verkehr zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Staat, weil hier zwei verschiedene Methoden der Preis- und Kostenberechnung aufeinanderprallen, der Preis grundsätzlich auf der einen Seite Elemente enthält, die ihm auf der anderen Seite fremd sind.

Dieses eigentliche sozialistische Problem des Außenhandels, welches freilich nur an historische Uebergangserscheinungen

[43]) Ebenso ist es natürlich kein Zufall, daß in Oesterreich die Sozialisten die Führung in der Anschlußbewegung haben.

geknüpft ist, findet nirgends eine grundsätzliche Behandlung; bei Bauer sowohl wie bei Neurath wird es gar nicht gestreift und auch die Sozialisierungskommission hat zu der ganzen Frage lediglich eine opportunistische Stellung eingenommen. In dem Arbeitsplan, welchen sie bei Beginn ihrer Tätigkeit aufgestellt hatte, ist ausdrücklich vorgesehen, daß diejenigen Wirtschaftszweige, welche exportieren, von jeder Sozialisierung freibleiben sollen. Der Grund dafür ist nicht angegeben, liegt offenbar aber in der für den Außenhandel besonders verhängnisvollen Gefahr der Schwerfälligkeit und des Schematismus und in der Sorge, durch Sozialisierung die für die kritische Lage des Augenblicks doppelt wertvollen persönlichen Beziehungen der Kaufleute zu zerreißen. Es ist in der Tat mindestens denkbar, daß die Arbeit eines sozialisierten Außenhandels durch das politische Moment, die Abneigung der kapitalistischen Kaufleute des Auslands, erschwert würde; rein ökonomisch dagegen liegt kein Grund zu einer entsprechenden Annahme vor, wenn nur ein Personenwechsel vermieden wird, so daß die privaten Kaufleute ihre Beziehungen in die neue sozialisierte Firma »einbringen«. Daß die Sozialisierung eine delikate Aufgabe wäre und mehr als in jedem anderen Wirtschaftszweige auf Bewegungsfreiheit und Entschlußschnelligkeit abzielen müßte, liegt auf der Hand — aber an ihrer grundsätzlichen Lösbarkeit besteht kein Zweifel. Allerdings hat sich die Kommission an ihre eigene Feststellung nicht gehalten, da wenigstens die Mehrheit der nach ihrem Vorschlag zu errichtenden Deutschen Kohlengemeinschaft auch den Export von Kohlen zu übertragen wünscht. Doch liegt die Begründung für diese abweichende Stellungnahme ganz in der Ebene derjenigen Argumente, mit denen ursprünglich eine Sozialisierung des Exports abgelehnt worden war. Die Uebernahme des Kohlenexports auf die sozialisierte Unternehmung wird nämlich mit der besonderen Lage begründet, durch welche die Kohle das zur Zeit wichtigste direkte Kompensationsobjekt des Reiches werde und also ohnedies auf lange Zeit hinaus der privaten Verfügung entzogen sein würde, so daß an eine Einwirkung der privaten Initiative und an eine Ausnutzung privater Verbindungen unter keinen Umständen mehr zu denken sei. Konsequenterweise wird denn auch in dem Entwurf für die Sozialisierung der Hochseefischerei [44]) die Tatsache des regel-

[44]) Vorläufiges Gutachten über die Sozialisierung der Hochseefischerei, erstattet von der Sozialisierungskommission. R. von Deckers Verlag.

mäßigen Exports der in Deutschland nicht absatzfähigen Seefischsorten nach Aberdeen als wichtigstes Argument gegen eine Vollsozialisierung dieses Gewerbes angenommen, wesentlich aus dem besprochenen politisch-psychologischen Grunde. Jedenfalls aber hätte die im Kohlenbericht vorgesehene Exportregelung Anlaß geboten, die grundsätzliche Frage des Exportpreises wenigstens für diesen Spezialfall zu erörtern.

Der Exportpreis wird augenscheinlich von der Marktlage des Einfuhrlandes bestimmt. Mindestens wird er unter allen Umständen die Kosten der Exportware decken, wenn anders die Nachfrage ihrer tatsächlich bedarf. Eine etwaige überlegene Konkurrenzfähigkeit des sozialisierten Exportbetriebes zu verheimlichen besteht kein Grund — dumping ist ja durch den Begriff der sozialisierten Wirtschaft ausgeschlossen, da nur im Falle inländischer Monopolpreise möglich. Je kritischer für den ausländischen Markt die Konkurrenzfähigkeit des Exports würde, um so mehr würde dieser Export zu einem Instrument der Weltrevolution — ganz analog der Rolle, welche er für den Imperialismus gespielt hat. Unter Umständen würde man zur Niederringung einer besonders gefährlichen Gegnerschaft, zur Unterstützung von Streikenden im Ausland und für ähnliche Zwecke einem sozialisierten Exportbetrieb mit Ausfuhrprämien aus der allgemeinen Steuerkasse zu Hilfe kommen können. Um einen etwaigen Gewinn aus dem Exportgeschäft könnte der Absatz im Inlande verbilligt werden, ohne daß ein solcher Gewinn sozial ungünstig zu beurteilen wäre, wie dies für im Inland erzielte Ueberschüsse noch gezeigt werden wird.

Kompliziert ist der Fall des Imports; so erwünscht nämlich die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung dem Sozialismus im Interesse der Produktionssteigerung sein muß, so steht diesem Motiv doch in einer kapitalistischen Umwelt die Erwägung entgegen, daß der Import schon im allgemeinen rein als solcher die Stellung der exportierenden kapitalistischen Wirtschaft stärkt. Dazu kommen aber unter Umständen noch besondere Gründe aus der Preisgestaltung. Der Preis solcher Waren, die zum Teil eingeführt werden müssen, kann nicht lediglich nach den Unkosten und Investitionsbedürfnissen des sozialisierten einheimischen Wirtschaftszweiges festgesetzt werden; er muß hoch genug sein, um den ausländischen Lieferanten den Anreiz zur Einfuhr zu geben. Werden dadurch in den sozialisierten

einheimischen Wirtschaftszweigen Ueberschüsse erzielt, falls nämlich differenzierte Preise nicht möglich sind, so ist das nicht allzu schlimm. Der entgegengesetzte Fall aber geringerer Kosten des Einführenden bildet die Regel; und hier wird derjenige Teil der einheimischen Verbraucher, welcher ausländische Ware bezieht, dem Auslande, und zwar dem ausländischen Kapitalisten. tributpflichtig. Das ist nun eine Wirkung, die den neuen, aus dem Glauben an die sozialistische Mission erwachsenden Nationalismus zu stärken geeignet ist. Wieder in genauer Analogie zur abgelaufenen Zeit würde vielleicht auch die sozialistische Volkswirtschaft in kapitalistischer Umgebung nach Autarkie streben und Maßregeln ergreifen, um eine billigere Einfuhr aus dem Auslande zu verhindern und sie eventuell durch teurere Eigenproduktion zu ersetzen, sei es selbst unter dem Schutze von Zöllen. In manchen Fällen wird ja ein solcher Ersatz der Einfuhr gar nicht teurer sein als die Einfuhr selbst; so wird z. B. die deutsche sozialistische Wirtschaft mit allen Mitteln dahin streben müssen, die Hochseefischerei so zu verstärken, daß der deutsche Verbrauch von ausländischer Lieferung unabhängig wird. Der aus den isländischen oder spitzbergischen Fischgründen stammende Fisch wird ja nicht teurer, wenn ein deutsches, statt eines englischen oder norwegischen Schiffes ihn fängt und nach Deutschland bringt; die Schwierigkeit liegt eher in der Arbeitsgliederung des deutschen Volkes, das um solcher Autarkie willen auf einen entsprechenden Teil der Produktion von Komfortgütern verzichten müßte. Erweist sich ein solcher Ersatz als nicht möglich oder aus irgendwelchen Gründen nicht erwünscht, kann und will man also die Einfuhr nicht entbehren, so könnte man die aus der Differenz zwischen dem inländischen Preise und den Einfuhrkosten sich ergebende Rente für die Zwecke der sozialistischen Gemeinschaft durch einen Einfuhrzoll erfassen, der nur den Anreiz zur Einfuhr nicht unterdrücken dürfte. Dies wäre dann, in vollem Gegensatz zur bisherigen Uebung, ein Einfuhrzoll ganz ohne Beziehung zur Produktion, für den Schutz des Konsums vor kapitalistischer Ausbeutung bestimmt.

Die ganze Einfuhrfrage ist bei Bauer nicht behandelt [45]. Auch die Sozialisierungskommission hat hierzu keine prinzipielle Stellung genommen. In ihrem Kohlenbericht wird die Frage

---

[45]) Vermutlich weil in der Lage seines Landes jeder Import unter welchen Bedingungen immer es sei, hochwillkommen wäre.

überhaupt nicht erörtert, obwohl ja Deutschland neben der Ausfuhr auch stets eine Einfuhr von Kohle gehabt hat. Nur der Hochseefischereibericht der Kommission behandelt die für die Fischversorgung Deutschlands entscheidend wichtige Einfuhrfrage, jedoch auch unter dem Gesichtspunkt des Uebergangsstadiums, wie ja der ganze Vorschlag der Kommission zur Fischereifrage bewußt einen provisorischen Charakter trägt. Es soll danach etwa die Hälfte der ganzen Fischdampferflotte in sozialisierten Betrieben vereinigt werden. Dagegen soll wegen der handwerksmäßigen Zersplitterung dieses Wirtschaftszweiges, namentlich aber wegen der erwähnten Notwendigkeit, gegenüber der großen Einfuhr die in Deutschland nicht absetzbaren Fischsorten auszuführen, die andere Hälfte der Fischerflotte zunächst im Betriebe der privaten Reedereien bleiben, und eine zu scharfe Konkurrenz der sozialisierten und privaten Unternehmungen dadurch vermieden werden, daß die bisherige Vertriebsweise durch Auktionen beibehalten und mittels einer besonderen Organisation alle nach Deutschland gebrachten Seefische, also auch diejenigen ausländischen Fanges, durch die Auktionen erfaßt werden. So kommt in der Frage der Preisbemessung diese sehr klug erdachte Organisation zunächst auf eine freie Marktwirtschaft heraus, während zugleich der Grund zu einer fortschreitenden Sozialisierung gelegt wird. Zur Würdigung des Gutachtens muß die Tatsache berücksichtigt werden, daß es wohl kaum eine empfindlichere Ware gibt als den Fisch, so daß allerdings größte Vorsicht bei der Umformung geboten erscheint.

In welcher Weise sich der Außenhandel zwischen mehreren sozialisierten Volkswirtschaften abspielen würde, entzieht sich noch vollkommen der Beurteilung; man wird annehmen können, daß er ganz anders als bisher im Geiste der Solidarität geführt wird, wofern die einzelnen Volkswirtschaften überhaupt gegeneinander starr abgegrenzt bleiben. An die Verschmelzung etwa Deutschlands und Rußlands zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zu denken, liegt ja nahe genug.

V. Die Preispolitik der sozialisierten Betriebe.

Nicht nur für den Außenhandel, sondern ganz allgemein ist die Preispolitik der sozialisierten Wirtschaft noch sehr ungeklärt; ja hier sind diejenigen Projekte, an denen die vorliegende

Abhandlung im wesentlichen orientiert ist, am weitesten rückständig. Der Kohlenbericht der Sozialisierungskommission nimmt zu diesem Punkt nicht ausdrücklich Stellung, indem er vermutlich von der Zusammensetzung des Kohlenrates eine zweckentsprechende Regelung erwartet und überdies der Reichsregierung die allgemeine Tarifhoheit einräumt. In der Tat kann im Kohlenrat einerseits nichts gegen die technischen Interessen des Kohlenbergbaus als solchen geschehen, da von den hundert Mitgliedern je 25 die Arbeiterschaft und die Betriebsleitungen vertreten, während durch die weiteren je 25 Vertreter des Staates und der Konsumenten auch eine Ueberspannung nach der anderen Seite verhindert wird. Jedoch sieht der Bericht ausdrücklich vor, daß die Ueberschüsse, die sich nach reichlichen Rückstellungen u. dgl. ergeben, an das Reich abzuführen seien. Daß mit Ueberschüssen überhaupt gerechnet wird, ist der springende Punkt. Viel schärfer tritt dies aber bei Bauer heraus, der sich bis zu der Forderung versteigt, daß die Staatsausgaben künftig nicht mehr wie bisher durch Steuern, sondern durch die Erträge der sozialisierten Unternehmungen gedeckt werden müßten. Bleiben also bei der Sozialisierungskommission die Grundsätze der Preispolitik im Dunkeln, so daß die Erzielung von Ueberschüssen allenfalls als eine zufällige gedacht werden kann, so wird diese bei Bauer geradezu zur Grundlage der künftigen Staatswirtschaft. Noch verwunderlicher, weil vollkommen schwankend, ist hierzu die Haltung Kautskys in seinem Aktionsprogramm. Er wünscht die Steuern als wichtigste Einnahmequelle beizubehalten, daneben auch Ueberschüsse aus den Betrieben zu erzielen, warnt aber zugleich vor Fiskalismus und Monopolen, während doch, wenn man überhaupt einen Aufschlag auf die Selbstkosten berechnen will, unmöglich eine Grenze gezogen werden kann, an welcher der Fiskalismus beginnt: alle Ueberschußwirtschaft ist fiskalischen Charakters.

Da der Reingewinn eines sozialisierten Wirtschaftskörpers nicht auf Kosten der Arbeiter erzielt sein kann und Differentialrenten bei Zusammenfassung aller Betriebe in einer Hand nicht mehr entstehen, so muß der Reingewinn aus dem Verkauf stammen. Und zwar tragen zu ihm die Abnehmer — unter der vereinfachenden Voraussetzung eines Einheitspreises für eine stets in gleicher Beschaffenheit und Größe fabrizierte Ware — genau in dem Verhältnis bei, in welchem ihre Kaufmenge zu

dem gesamten Absatz steht. Wird also den sozialisierten Unternehmungen die Aufgabe gestellt, dem Staat Einnahmen zu liefern, so werden zu diesen Abgaben die einzelnen Staatsbürger in einem Verhältnis herangezogen, das zu ihrer Einkommens- und Vermögenslage grundsätzlich ohne Beziehung ist, sich im einzelnen Falle aber um so unsozialer gestaltet, je mehr einerseits das Produkt dringenden Lebensbedürfnissen dient und je verschiedener andererseits die Höhe der Einkommen und Vermögen ist. Mit anderen Worten: Ueberschüsse aus sozialisierten Unternehmungen wirken unter allen Umständen, und unabhängig von der Höhe des Preisaufschlages, genau wie indirekte Steuern. Sie wären erträglich nur bei weitest gehender Gleichheit der Lebensumstände im ganzen Volke. Wirklichen Nutzen aber können sie niemals bringen, sondern bestenfalls in ihrer Wirkung sich direkten Steuern annähern. Sie sind vorläufig um so unerträglicher, je mehr gerade nach dem Willen Bauers, Kautskys und der Sozialisierungskommission eine volle Entschädigung der zu enteignenden Kapitalisten stattfinden soll, welche doch größte Verschiedenheiten der Kaufkraft bedingen wird. Es müßte daher allen sozialisierten Unternehmungen zur ersten Pflicht gemacht werden, ohne Ueberschüsse zu wirtschaften und nur die Selbstkosten zu decken; läßt sich die Erzielung von Ueberschüssen nicht vermeiden, so können sie allenfalls zur Senkung der Preise in der nächstfolgenden Wirtschaftsperiode verwendet werden. Diese Methode würde wenigstens in solchen Fällen den durch Ueberschuß entstandenen Schaden einigermaßen ausgleichen, wo die Ware stets von allen Volkskreisen mindestens jedes Jahre einmal und in gleichem Umfange gekauft wird; bei Anschaffungen, die stets nur in größeren und vielleicht ungleichen Zeitabständen erfolgen, wäre um so mehr jede Ueberschußwirtschaft vom Uebel und zu vermeiden, außer im Falle eines Luxusgewerbes, dessen Besteuerung aus besonderen — aber nicht fiskalischen — Gründen erwünscht sein könnte. Natürlich entfällt mit dem Gewinn auch die fast allgemein geforderte Gewinnbeteiligung der Arbeiter und damit wieder rückwärts ein Anlaß zur Erhöhung der Produktpreise über die Kosten. Als Anreiz für die Steigerung des Ertrages ist die Gewinnbeteiligung nicht mehr erforderlich, wenn das Akkordsystem ohnehin jedem Arbeiter bei höherer Leistung höheren Lohn sichert und dies auch finanziell ganz ohne Schwie-

rigkeiten in dem Maße tun kann, als die höhere Leistung geringere Kosten der Produkteinheit oder mehr Produkte oder eine Kombination beider Erfolge bedeutet. (Vergleiche hierüber die Ausführungen im II. Abschnitt.) Die Gewinnbeteiligung ergibt sich aus dem Ueberschußpreise, der Akkordlohn dagegen fällt ganz unter die Kosten; daher gebührt ihm der Vorzug. Selbstverständlich gilt dieser Grundsatz für alle Gehälter ohne Ausnahme, so daß also z. B. die Leiter der Produktion keine Tantieme beziehen dürfen.

Die ganze Vorstellung von Ueberschüssen fällt in sich zusammen, sobald man nur die sozialistische Wirtschaft als ein Ganzes realisiert denkt und damit zugleich ihren Charakter als Bedarfswirtschaft herausstellt. In der Marktwirtschaft ist der Reingewinn die Bestätigung, seine Höhe der Maßstab für die Wirtschaftlichkeit — im engeren Sinne — der in der Produktion aufgewendeten Kosten; in der sozialistischen Wirtschaft entfällt dieser Sinn um so mehr, je mehr sie gar nicht auf bloße Wirtschaftlichkeit hinarbeiten wird, sondern eine Reihe von anderen Erfolgen, z. B. hygienische Verbesserungen, unter Umständen auf Kosten der Wirtschaftlichkeit, anstreben muß. Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Rechnung in sich entfällt damit keineswegs. Erstens muß jeder Betrieb auf diesen Gesichtspunkt hin kontrolliert werden und alle Abweichungen von der rechnerischen Wirtschaftlichkeit nach Art und Ausmaß voll zu rechtfertigen wissen. Vor allem aber darf ja die Gesellschaft als Ganzes nicht unwirtschaftlich produzieren; sie würde sonst, genau wie heute ein Privatmann, ihr »Kapital« angreifen, also z. B. die Maschinen, mit denen sie produziert, gegen Lebensmittel ins Ausland verkaufen müssen. Sie muß mit anderen Worten aus der Produktion als Ganzem die Kosten (und die Investitionsquote) herauswirtschaften. Wenn also ein Betrieb sehr kostspielige hygienische Neuerungen einführt, so muß sein Fehlbetrag aus dem Ertrage der übrigen Produktion gedeckt werden, und zwar nach dem Vorhergehenden nicht durch Ueberschüsse, die an anderer Stelle zu erzielen wären, sondern durch Steuern, so daß also alle Volksgenossen gleichmäßig zur Deckung des Fehlbetrages herangezogen werden. Grundsätzlich besteht hier gar kein Unterschied zu der Privatwirtschaft, in der ebenfalls die Wirtschaftseinheit — hier die einzelne Unternehmung — Ausgaben für kulturelle und Wohl-

fahrtszwecke nur in solchen Grenzen tragen kann, daß dadurch das »Kapital« keine Verminderung erfährt. Obgleich also neben die rechnerische Wirtschaftlichkeit andere Zielsetzungen der volkswirtschaftlichen Arbeit treten, so behält doch die Kostenrechnung ihre Würde als ausschlaggebendes Moment bei der Beurteilung des Gesamterfolges [46]. Aber das gilt eben nur für das Ganze als eine Einheit; der Produktionserfolg in einem einzelnen Betriebe kann nicht mehr ziffernmäßig nach der Höhe des Ueberschusses beurteilt werden, weil die verschiedenen Wirtschaftsziele sich nicht mehr einheitlich in einem rechnerischen Maßstab ausdrücken lassen.

Aber selbst abgesehen von der Inkommensurabilität der Wirtschaftsziele hat der Reingewinn in der sozialistischen Wirtschaft keinen Platz mehr. Auf dem Markte wurde die Frage seiner Existenz und seiner etwaigen Höhe als automatische Folge der anderweitig bestimmten Preisfestsetzung entschieden; in der Bedarfswirtschaft wird dagegen der Preis durch bewußte und willkürliche Uebereinkunft bestimmt, so daß die Höhe des Ueberschusses, falls eben ein solcher erzielt werden soll, ebenfalls durch bewußte Uebereinkunft vorher geregelt und auf die Kosten aufgeschlagen werden müßte; dies war z. B. in der Kriegsindustrie der Fall, da der Staat und der Fabrikant sich über die Höhe des »angemessenen« Gewinnes einigten und den Preis entsprechend festsetzten. Ueberdies haben ja in den Gilden nach Art der »Deutschen Kohlengemeinschaft« die Konsumenten grundsätzlich, kraft ihrer Vertretung im Gildenparlament, bei allen Entscheidungen über Preise u. dgl. mitzuwirken; die Uebereinkunft würde also nicht erst zwischen Verkäufer und Käufer, sondern bereits vorher in der internen Beratung stattfinden müssen und damit schon äußerlich jede Aehnlichkeit mit der Preisfestsetzung auf dem Markte verlieren. Der Ueberschuß wäre nicht mehr Folge, sondern Ursache der Preisbildung und aus diesem Grunde vollends ungeeignet, irgend etwas über den Erfolg des Kostenaufwandes auszusagen.

---

[46]) Inwieweit hierzu die Geldrechnung — wenn auch nicht mit heutigem Gelde — beibehalten werden muß oder in Naturalien gerechnet werden kann, wird bei Neurath eingehend und im Sinne der Naturalrechnung erörtert. Es ist ja ohne weiteres ersichtlich, daß der Ring der Zirkulation sich nicht automatisch schließt, so daß hier eine äußerst wichtige und schwierige Aufgabe der zentralen Wirtschaftsstelle liegt.

Diese grundsätzlichen, nämlich aus dem Wesen der Bedarfswirtschaft abgeleiteten Einsichten in die Unhaltbarkeit der Ueberschußwirtschaft finden sich in vollkommener Klarheit bei Neurath. Ersichtlich hängt dieser Vorzug seiner Auffassung auf das engste mit seiner früher besprochenen Betonung des Zentralismus zusammen, gerade wie auf der anderen Seite die Beibehaltung des Ueberschusses durch Kautsky, Bauer und die Sozialisierungskommission eine Folge davon ist, daß, unbeschadet aller theoretischen Kenntnis, die einzelnen Sozialisierungsmaßnahmen hier doch mehr isoliert erscheinen und die Herstellung einer systematischen Verbindung in den Hintergrund tritt. Die straffe Einstellung auf das letzte Ziel hat auch für die ersten Schritte Bedeutung.

VI. Das Steuerwesen und die Entschädigung der Enteigneten.

Die Analyse der Preispolitik ergibt ohne weiteres, daß die Einkommensteuer in den schon früher behandelten Formen die einzige rechtmäßige Einnahmequelle eines sozialistischen Gemeinwesens aus dem laufenden Ertrage der Produktion bleibt. Zu ihr treten unter Umständen die oben erörterten Einfuhrzölle, welche ja aber nicht dem Finanzbedürfnis entspringen und jedenfalls im Verhältnis zum Bedarf nur sehr geringe Beträge bringen würden. Von größter Bedeutung dagegen, sowohl in finanzieller als in sozialer Beziehung wäre die dritte und letzte Einnahmequelle: die Erbschaftssteuer, über deren Unumgänglichkeit u. a. bei Rathenau [47]) alles gesagt ist. Daß diese Steuern nicht schematisch arbeiten dürfen, daß man z. B. beim Tode des Familienvaters der Witwe und den kleinen Kindern nicht alle Ersparnisse entziehen kann, ist klar. Es bedarf eines wohl durchdachten Systems, das aber bei der Einfachheit und Durchsichtigkeit aller Verhältnisse und bei der Klarheit der Steuergrundsätze keine großen Schwierigkeiten bieten kann, zumal im Vergleich zu dem wüsten Gewirr der bisherigen Steuergesetzgebung mit ihren einander wahllos durchkreuzenden Motiven und Wirkungen.

In bezug auf das Prinzip der steuerlichen Progression wurde schon oben gesagt, daß seine Anwendung zunächst für die Ueber-

[47]) Von kommenden Dingen.

gangszeit selbstverständlich sei. Anders, wenn der Sozialisierungsprozeß vollendet ist. Die dann noch bestehenden Einkommensunterschiede entsprechen ja den Leistungen im Dienste der Gemeinschaft und sind von der Gemeinschaft unmittelbar veranlaßt. Man kann nun — den viel zu wenig gewürdigten Anregungen von Emil Sax [47a]) folgend — die Steuer als den Preis für die Leistungen des Staates und demgemäß die progressive Steuer als den Versuch auffassen, differenzierte Preise entsprechend der subjektiven Wertschätzung des Käufers festzusetzen. Der soziale Charakter dieser Maßregel in der Klassengesellschaft liegt auf der Hand. In der sozialistischen Ordnung aber gibt es streng genommen überhaupt nur Leistungen der Allgemeinheit; wollte man für alle diese die Preise differenzieren, so würden alle Einkommen von verschiedener Höhe gleiche Kaufkraft haben, und der Anreiz zur höheren Leistung, der in der Staffelung der Gehälter liegt, wäre aufgehoben. Die Progression wäre also zweckwidrig — und in gewisser Hinsicht ein Betrug — , wenn doch ex hypothesi angenommen werden muß, daß die Gehälter nach dem psychologischen Minimum des Anreizes gestaffelt wären; auch eine partielle Beibehaltung der Differenzierung — etwa für diejenigen Leistungen, die zahlungstechnisch durch Steuern beglichen werden, z. B. Straßenbau, während für die eigentlichen, in der Form des Kaufes bezogenen Verbrauchsgüter Einheitspreise zu zahlen wären — also eine eigentliche Steuerprogression im engeren, technischen Sinne wäre aus demselben Grunde zu verwerfen. Die sozialistische Gesellschaft kann nur einen einheitlichen Kopfsteuersatz erheben. Damit verlieren zugleich die indirekten Steuern auf die Gegenstände des Massenverbrauchs ihren anstößigen Charakter, wenngleich sich nach wie vor ein positives Argument steuertechnischer Art zu ihren Gunsten kaum finden läßt.

In der Uebergangszeit aber wird das skizzierte sozialistische Steuerwesen eine Ergänzung erfahren, die eben für den Uebergang alles andere an Bedeutung weit hinter sich läßt: die Vermögenssteuer. Rathenau als einziger hat in voller Schärfe erkannt, daß in dem Augenblick, wo man sich entschließt, die Enteignung der Kapitalisten nicht als Konfiskation sondern als Ablösung vorzunehmen, das soziale Schwergewicht der Neugestaltung sich von

[47a]) Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft 1887.

der eigentlichen Sozialisierung auf die Vermögenssteuer verschiebt. Denn mag die Klassenschichtung noch so sehr aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln als letzter Ursache entspringen, ihren unmittelbaren Ausdruck nicht nur, sondern ihre nächste und sichtbare Quelle findet sie in der Zufälligkeit und Ungleichheit des Verbrauchs an niederen und höheren Gütern. In der Beziehungslosigkeit zwischen Leistung und Verbrauch liegt das soziale Unrecht und nur durch die Vermögenssteuer wird es überwunden, wenn die unmittelbare Konfiskation abgelehnt wird. Es wurde schon festgestellt, daß in dieser Hinsicht durchaus kein wesentlicher Unterschied zwischen der marxistischen Sozialisierung durch Ablösung und der Sozialisierung durch Beschränkung der mit dem Eigentum gegebenen Verfügungsgewalt besteht; beide konservieren zunächst die Vermögensschichtung und bedürfen daher der steuerlichen Ergänzung [48]).

Von den Kommunisten abgesehen, scheint die Notwendigkeit der Entschädigung allgemein anerkannt zu sein [49]). Kautsky (in »Am Tage nach der sozialen Revolution«) legt das Gewicht auf den schmerzloseren und allmählicheren Verlauf der Enteignung, durch welchen soziale Erschütterungen und Gefahren für die Produktion vermieden werden. Damit ist das Motiv gegeben, das, wenn auch ohne weitere Präzisierung, überall wiederklingt und in der gegenwärtigen Lage verschiedene spezielle Anwendungen erlaubt. Die Rücksicht auf die Kreditfähigkeit dem Auslande gegenüber (Kautsky in den Richtlinien zum Aktionsprogramm) spricht für Ablösung, ferner die Partia-

[48]) Die wohl zuerst von Goldscheid propagierte Vermögensabgabe in Naturalien wird sich bei der notwendigen Höhe der Steuern kaum umgehen lassen. Für die Sozialisierung ist sie wenig vorteilhaft. Abgesehen nämlich davon, daß die Verwaltung eines so wahllos zusammengewürfelten Eigentums an den verschiedensten Vermögensstücken, Häusern, Aeckern und Materialien, den Staat vor eine kaum lösbare Aufgabe stellt, ist ja das Kapital, das er so in die Hand bekommt, eben bereits festgelegt und kann durchaus nicht als solches, sondern höchstens mit seinem jährlichen Ertrage für die Zwecke der Sozialisierung Verwendung finden. Die Vermögensabgabe in Naturalien ist eine planlose Sozialisierung und insofern — natürlich nur insofern — der planvollen Sozialisierung sehr im Wege. Das Recht des Staates, die in natura zu übernehmenden Objekte aus den Deklarationen herauszusuchen, kann den Nachteil nur mildern, nicht wettmachen. Jedenfalls wäre die Zahlung der Steuern in Geldform möglichst zu fördern. Hier erwartet den Finanztechniker ein schweres Stück Arbeit.

[49]) Allerdings haben bei der Beschlußfassung der Nationalversammlung über das Sozialisierungsgesetz beide sozialistische Fraktionen dagegen gestimmt, eine »angemessene Entschädigung« vorzuschreiben; in der Tat fehlt in dem Gesetz jeder Hinweis auf die Vermögenssteuer.

lität des Vorgehens in der Sozialisierung, da dadurch das Los der Enteignung nur die zufälligen Eigentümer der zu sozialisierenden Betriebe träfe, die anderen Kapitalisten dagegen in ihrem Besitz zunächst gar nicht geschmälert würden (Kautsky, Bauer und der Kohlenbericht der Sozialisierungskommission), während mit Hilfe der Vermögenssteuer alle Kapitalisten gleichmäßig zu der Aufbringung der Enteignungssumme herangezogen werden können (Kautsky und in ausführlicher Begründung Bauer). So richtig dieser letzte Gedankengang nun für eine gewissermaßen innerkapitalistische Gerechtigkeit ist, so ist das ökonomische Gewicht der angeführten Argumente kein allzu großes. Diejenigen Kapitalisten, welche in den Betrieben arbeiten, würden ja an Stelle ihrer Rente oder ihres Profits ein Gehalt beziehen; die übrigen Enteigneten wären allerdings in der für sie besonders harten Lage von Arbeitslosen und müßten sich Arbeit suchen, wobei sie aber infolge ihrer höheren Allgemeinbildung verhältnismäßig günstige Aussichten hätten. Bei der geringen Anzahl der an einem Wirtschaftszweige beteiligten Kapitalisten würde die ganze Erscheinung nur untergeordnete Bedeutung haben. Je allgemeiner die Sozialisierung durchgeführt wird, um so mehr wird übrigens das Gerechtigkeitsargument entkräftet, das ja gerade auf der Partialität der Sozialisierung beruht. Schwerer wiegt immerhin das — rein historische — Kreditmoment, ohne daß ganz klar würde, ob und warum etwa die Gilden mit ihrem ungeheuren Boden- und Maschinenbesitz oder der Staat selbst als Vertreter der alle Produktionsmittel besitzenden Allgemeinheit kreditunfähig wären.

Sieht man nun aber genau zu, was für Erschütterungen denn durch eine plötzliche Konfiskation aller Vermögen hervorgerufen werden würden und durch die Ablösung vermieden werden sollen, so ergibt sich rein ökonomisch, daß es sich bei dieser Frage gar nicht nur um die beschränkte Anzahl von Vermögenden handelt, sondern um den ganzen Troß derjenigen, die ihre Erwerbsarbeit auf den Luxus der Vermögenden eingestellt haben, von den Dienstboten und Lakaien bis zu den Spinnern und Webern der feinen Tuchstoffe. Diese alle mit einem Schlage der Absatzmöglichkeit zu berauben, würde allerdings bei dem Umfang der Luxusindustrien und -gewerbe in Deutschland eine Katastrophe bedeuten. Zwar lebt die Luxus-Industrie keineswegs ausschließlich von dem Absatz an nichtarbeitende Mehrwertsbesitzer — dem

widerspricht das über die Höhe des Mehrwerts Gesagte —, aber doch jedenfalls zu einem sehr großen Teil, so daß sie durch einen solchen plötzlichen Ausfall in ihrem Absatz unzweifelhaft ruiniert wäre. Wenn die Konfiskation in Rußland keine solche Folge in die Erscheinung treten ließ — wie es wenigstens scheint — so dürfte das, außer auf die unbegrenzte Aufsaugefähigkeit der russischen Landwirtschaft, auf den Umstand zurückzuführen sein, daß der russische Luxusbedarf größtenteils durch Einfuhr befriedigt wurde. Den notwendigen Um- und Abbau der Luxus-Industrie ermöglicht in der Tat nur die Ablösungsmethode, die eine fortschreitende steuerliche Erfassung der Vermögenssummen in Uebereinstimmung mit der Einschränkung der Luxusproduktion einschließt [50]). Daß sie, rein ökonomisch gesprochen, nicht ganz zu verschwinden braucht, ergibt sich aus dem über die Höhe der Gehälter Gesagten; überdies hängen an ihr unter Umständen kulturelle Interessen, die den rein ökonomischen Gesichtspunkt möglicherweise modifizieren.

Die Frage der Entschädigungsweise ist nicht leicht zu lösen. Am wenigsten dürfte sich der von Bauer vorgeschlagene Modus empfehlen, den vollen Vermögenswert der enteigneten Produktionsmittel auszuzahlen, da dadurch die Nachfrage auf dem Markt der Genußgüter ungeheuerlich verstärkt und infolgedessen die Luxusindustrie erweitert und auch sonst die noch freien Preise in die Höhe getrieben werden würden. Das alles auch dann, wenn man gleichzeitig die erste große Vermögensabgabe anordnet; diese würde ja jedenfalls nicht hoch genug sein können, um die ganze Differenz zwischen der ausgezahlten Summe und der normalen Höhe der Rente zu erfassen — sie müßte sonst sogleich $^9/_{10}$ oder $^{19}/_{20}$ der Vermögen konfiszieren. Kautsky und die Sozialisierungskommission, vor ihnen schon Wilbrandt, haben daher die Zahlung einer Rente vorgesehen, Kautsky auf Staatspapiere, die Sozialisierungskommission auf Obligationen der Gilden. Gegen den letzteren Vorschlag ist eingewendet worden, daß für die Zahlung der Rente keine rechte Sicherheit bestehe, weil ja doch wohl ein Zugriff des privaten Gläubigers auf das Eigentum der öffentlich-rechtlichen Gilde nicht in Be-

[50]) Im Kohlenbericht der Sozialisierungskommission ist nur von der Entschädigung die Rede, was böswilligen Kritikern Gelegenheit gab zu übersehen, daß im Arbeitsplan sowohl die Entschädigung grundsätzlich angekündigt, als auch ihre Ergänzung durch Steuern gefordert worden war.

tracht kommen könne. Nicht allein aus diesem Grunde ist die Aushändigung von Staatspapieren vorzuziehen, sondern auch um wieder die Herauswirtschaftung von Zinsen aus dem Betriebe der Gilde zu vermeiden und die Kosten der Sozialisierung durch das Mittel der Steuer allen Kapitalisten anteilsmäßig aufzubürden, wie von Bauer und Kautsky gezeigt. Der Vorschlag der Sozialisierungskommission enthält, wie es scheint, eine Ueberspannung des Autonomiegedankens; autonom ist die Gilde in allen Betriebsfragen, das Eigentum aber und seine Belastung kann sehr wohl als Sache der Allgemeinheit gelten. Freilich hat es, worauf Neurath aufmerksam macht, an sich keinen Sinn, den ganzen Profit und Zins abzulösen, weil ja dadurch die bisherige Investitionsquote zum Verbrauchseinkommen geschlagen wird; doch würde die Verminderung der Ablösungsrente um die durchschnittliche Investitionsquote die größten Härten insofern mit sich bringen, als gerade die kleineren Leute ihre Rente zu verbrauchen pflegen, während die Reichen in großem Umfange kapitalisierten. Wenn es sich nicht um eine Enteignung der sachlichen Produktionsmittel, sondern der personellen Vermögen handelte, so könnte man den durchschnittlichen Verbrauch jedes einzelnen feststellen und mit mäßigem Abzug als Rente auszahlen; dieser Weg ist indessen bei der bunten sachlichen Zusammensetzung der Vermögen auch nicht gangbar und um so weniger, je partieller mit der Sozialisierung vorgegangen wird. Vielleicht aber ließe sich wenigstens ein zweiter Vorschlag von Neurath durchführen: nur demjenigen arbeitsfähigen Kapitalisten die Rente voll zu gewähren, der seine Arbeitskraft in den Dienst der Neuordnung stellt. Damit würde gleichzeitig dem finanziellen und dem organisatorischen Erfordernis der Sozialisierung gedient. Die spezielle Frage der Wertbemessung bei der Enteignung ist durch den Umschwung der Geldverhältnisse fast unentwirrbar kompliziert worden; die verschiedenen Gesichtspunkte, welche bei der Bewertung berücksichtigt werden müssen, sind im Kohlenbericht mit großer Umsicht zusammengestellt, ohne daß die Art, wie sie zu einem einheitlichen Maßstab kombiniert werden sollen, schon ganz klar herausträte.

Es könnte scheinen, als läge im Ablösungsmodus kein grundsätzlich bedeutsames, sondern nur ein technisches Problem, da ja die Ablösungssummen, gleichgültig wie hoch sie ausfallen, von den Kapitalisten aufgebracht werden sollen. Die Frage wird

aber auf eine prinzipielle Basis durch die Erinnerung gestellt, daß von dem »Verbrauchsvermögen« der Kapitalisten die Luxusindustrie lebt, daß also bei der Vermögenseinziehung möglichst in Uebereinstimmung mit dem Abbau der Luxusindustrie vorgegangen werden sollte. Wenn die Konfiskation der Vermögen schädlich wäre, so würde offenbar eine ihr nahekommende Besteuerung in gleicher Richtung wirken. Danach beantwortet sich auch die populäre, in ihrem theoretischen Recht stets verkannte Frage nach dem Tempo der Sozialisierung. Je geringer die Ablösungssummen, um so mehr Betriebe können, bei gegebener Höhe der Vermögenssteuer, in der Form vollständiger Enteignung sozialisiert werden. Durch dieses Zwischenglied hindurch bestimmt letzten Endes der Fortschritt im Abbau der Luxusindustrie die Schnelligkeit, mit der sozialisiert werden kann — und also muß. Bei der Sozialisierung durch Einschränkung der privaten Verfügungsgewalt besteht ein etwas komplizierterer, aber ähnlicher Zusammenhang.

VII. Die Betriebsräte.

Schließlich bleibt noch übrig, das ganze in sich geschlossene System der Sozialisierung, das hier in strengster Rationalität und insofern theoretisch aufgefaßt wurde, in den Rahmen einer allgemeineren Zeitbetrachtung hineinzustellen und so auch die Beziehungen zur Rätefrage anzudeuten [51]).

Es ist zunächst klar, daß in der eingehend erörterten geschäftlichen Organisation der Betriebe kein Raum für Räte ist: je größeres Gewicht auf die Tatsache der Führung im Wirtschaftsleben gelegt wird, um so unerträglicher wäre die Einschränkung der Führerbefugnisse zugunsten von inkompetenten Räten. Gerade die überlegene Sachkenntnis und Leistungsfähigkeit macht den Führer aus; es kann also nicht jeder seiner Schritte

---

[51]) Die Rätefrage als Ganzes kann hier natürlich nicht behandelt werden, sie findet an anderer Stelle dieses Heftes eine eigene Darstellung. Wenn die Räte stets als Mittel zur Durchführung der Sozialisierung gefordert werden, so läßt sich hinter dieser Forderung ein nüchterner Gedankengang nicht finden. Sie würden lediglich die Sozialisierung im engsten Sinne, die Enteignung zugunsten der Allgemeinheit überwachen und beschleunigen können. Dagegen bedarf es zur Lösurg der höheren und entscheidenden Aufgaben eines gründlichen Sozialisierungsplanes, der mit der Einsetzung von bevollmächtigten Räten, wie bekannt, noch nicht gegeben ist. Doch bleibt die außerordentliche politische und pädagogische Bedeutung des Rätesystems davon unberührt.

von den Geführten im voraus beurteilt werden. So wenig daher den Räten ein Einfluß auf die Geschäftsleitung eingeräumt werden kann, so wenig steht ihnen auch die Ernennung der leitenden Personen zu, weil dies eine Angelegenheit von höchster Bedeutung für die Allgemeinheit ist und bei einer zweckmäßigen Zusammensetzung der obersten Körperschaft in der Gilde am besten von dieser Stelle aus geregelt wird[52]).

Andererseits ist klar, daß man den Räten als Gliedern des Betriebsganzen sehr wichtige Funktionen übertragen kann. Die konkreten Bedingungen des Arbeitsverhältnisses sind ja namentlich da, wo das natürliche Element sich stark geltend macht, so verschieden, daß die zentrale Stelle zwar selbstverständlich die allgemeinen Bestimmungen treffen muß, die Anwendung im einzelnen Fall aber nur aus genauester Kenntnis eben dieses Falles heraus erfolgen kann. Dies wird vielleicht nirgends so deutlich wie im Bergbau, wo der Akkordlohn nicht etwa von Flöz zu Flöz, sondern von Steigerrevier zu Steigerrevier wechseln muß, sollen einigermaßen gleichmäßige Gesamtlöhne herauskommen. Es liegt im Interesse der sachgemäßen Erledigung wie auch der Ruhe im Betriebe, die Vertreter der jeweiligen Arbeitsgruppe für den ganzen Umkreis des Arbeitsverhältnisses zur Verantwortung heranzuziehen. Die Räte hätten also zunächst bei allen Fragen der Arbeitsbedingungen in weitestem Umfange mitzuwirken. Hierzu ist auch Einblick in die Geschäftsvorgänge notwendig. Ueber dies Erfordernis hinaus aber ist sogar auf das dringendste zu wünschen, daß die Räte in den Verlauf der Geschäfte Einblick nehmen, natürlich ohne die Geschäftsleitung zu belästigen. Geschäftsgeheimnisse gibt es nicht mehr, da die Konkurrenz um den Absatz entfallen ist; und so kann dies System die Arbeiterschaft zu Verständnis und Anteilnahme heranreifen lassen und die für die Zukunft entscheidende Auslese der ursprünglichen Begabungen für die höheren Stellen ermöglichen. Daraus ergibt sich ein stufenmäßiger Aufbau der Räte in genauer Anpassung an die geschäftliche Gliederung des Gesamtbetriebes; jeder geschäftlichen Instanz wird eine Vertretung der Arbeiter und Angestellten beigeordnet, die jeweils von den beteiligten Räten der nächst-

[52]) Zu einer völlig analogen Regelung haben sich auch die russischen Bolschewiki durchgerungen, vgl. Trotzkis Rede: Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten.

tieferen Stufe gewählt wird, bis der ganze Bau in einer Art Zentralrat gipfelt: der Arbeiterkurie des Gildenparlaments, z. B. des Kohlenrats. Da nun durch eben dies Gildenparlament die Ernennung des obersten Geschäftsleiters erfolgt, so ist der Ring geschlossen, und das System der Wahlen und Ernennungen gleicht vollständig dem Kreislauf der Säfte in einem Organismus, aufsteigend von der nach kleinsten Betriebseinheiten zusammengefaßten Arbeiterschaft durch die Räte bis zum Gildenparlament und dann absteigend vom obersten Geschäftsführer dezentralistisch über die Bezirks- und Betriebsdirektoren bis zum letzten Werkmeister, der seinerseits die unmittelbare Anstellung des einzelnen Arbeiters zu besorgen hätte. Das ganze in den Grundlinien überaus einfache System entspricht in der Einteilung der Funktionen den Ausführungen Bauers und ist von der Sozialisierungskommission in besonderer Anwendung auf den lehrreichen Fall des Kohlenbergbaus in allen Einzelheiten ausgeführt worden. Die »organische Verfassung«, wie sie Rathenau unermüdlich geschildert hat, findet hier ein Beispiel und Vorbild [53]).

Es muß jedoch mit aller Entschiedenheit daran festgehalten werden, daß die Einführung der Betriebsräte mit der Sozialisierung begrifflich nichts zu tun hat, einen so wichtigen Platz sie auch im Gesamtbilde der neuen Gesellschaftsordnung einnehmen mag. Nicht weil der Sozialismus sozialistisch ist, sondern weil er auch demokratisch ist, weil er die Anteilnahme aller Volksgenossen und die Auslese aus allen Volksgenossen will, braucht er die Betriebsräte. Ihre Bedeutung ist daher mit dem Schlagwort der »Demokratie in den Betrieben« völlig richtig erfaßt und abgegrenzt. Die Sozialisierung dagegen ist ein rationales System organisatorischer Maßnahmen. Es läßt sich sehr wohl vorstellen, daß sie in durchaus reiner Form auf absolutistischem Wege dekretiert und durchgeführt würde: Ausschaltung alles privaten Eigentums an Produktionsmitteln und alles Profits, Organisation der Wirtschaft von unten herauf bis zu einer alles regierenden Spitze, Ersetzung des freien Marktes

[53]) Der Aufbau der Räte in diesem System ist im wesentlichen den Vereinbarungen zwischen der preußischen Bergbehörde und den Bergarbeitern vom 19. Januar entnommen; aber es kommt nicht auf den Teil an, sondern auf das Ganze. — Daß unsere Erörterung bei diesem Punkt verweilt hat, obwohl sachlich den Ausführungen des Kohlenberichts nichts hinzuzufügen war, soll dem Zweck dienen, die ungeheure Tragweite jener ganz kurzen und paragraphenmäßig trockenen Ausführungen ins Bewußtsein zu heben.

durch die organisatorische Verbindung aller Verkäufer- und Käuferschichten. Wenn daher die Einführung und Stärkung der Räte vielfach fast zum Hauptinhalt des Begriffs »Sozialisierung« zu werden scheint, so ist das eine Verschiebung, die für die Unkenntnis vom Wesen des Sozialismus ebenso bezeichnend als für die Klärung nachteilig ist, unbeschadet der Tatsache, daß die Demokratisierung der Sozialisierung an psychologischer Bedeutung um so mehr voransteht, je weniger die Lebenslage des einzelnen Arbeiters zunächst durch die Sozialisierung verändert wird.

VIII. Der asketische Charakter der Sozialisierung und ihre Gefährdung.

Indessen, die Rätefrage in ihrer heutigen Gestalt ist eine viel zu komplexe Erscheinung, als daß sie für die Sozialisierung erledigt sein könnte, wenn sie theoretisch abgegrenzt ist und praktisch eine partielle Berücksichtigung gefunden hat. Ihr völlig verworrener Charakter ist ein Symptom für das schwere Leiden, dem sie entspringt und das je länger je mehr die psychologischen Vorbedingungen der Sozialisierung zu zerstören droht.

Die klassische sozialistische Lehre und in höherem Grade noch ihre Nachfolger, welche einer bereits weiter fortgeschrittenen Entwicklung gegenüberstanden, haben die psychologischen Wirkungen verkannt, welche die moderne betriebliche Entwicklung in steigendem Maße auslöste und auf welche namentlich die Entstehung einer syndikalistischen Theorie als deutlicher ideologischer Niederschlag eindringlich genug hingewiesen hat. In dieser Versäumnis rächt sich die Verflachung, welche die materialistische Geschichtsauffassung nach der Richtung erfahren hat, als sei die menschliche Psyche gewissermaßen nur rationaler Durchgangspunkt von der objektiven klassenmäßigen Interessenlage zum ideologischen Ueberbau, während es doch von fundamentaler Wichtigkeit ist, die Struktur der Menschenpsyche zu begreifen, auf welche jene objektive Interessenlage wirkt und welche ihrerseits wie ein Prisma das empfangene Licht nach den verschiedensten Richtungen und in der verschiedensten Färbung weiter zu strahlen vermag. Erst Lederer hat die Zusammenhänge erkannt und die gegenwärtigen konkreten Schwierigkeiten bereits im vorigen Herbst vorausgesagt [54]).

[54]) Zum sozialpsychischen Habitus der Gegenwart, in diesem Archiv Band 46, Heft 1.

Nicht nur von Wirtschaftsromantikern und Interessenten des Mittelstandes wird von jeher die Tatsache beklagt, daß die zunehmende Mechanisierung des Lebens in erster Reihe eine zunehmende Loslösung des Menschen von seiner Produktionsmittelbasis bedeutet. Die Mechanisierung stellt den Menschen in einen großen Gesamtapparat hinein, den, weit entfernt ihn wie früher zu beherrschen, er in den meisten Fällen nur zu einem kleinen Teile übersieht, und vergewaltigt somit das elementare Bedürfnis nach einem seelischen Verhältnis zum Werk und zum Werkzeug. Diese Entwicklungslinie, welche im Kapitalismus immer deutlicher hervortrat, wird im Sozialismus, falls seine nackte organisatorische Idee zur Durchführung gelangt, nicht gebrochen. Im Gegenteil steigert er ja noch das quantitative Mißverhältnis zwischen dem Gesichtsfeld des Einzelnen und dem Ausmaß des wirtschaftlichen Organismus, und es ist eine völlige Verkennung der primitivsten psychologischen Tatsachen, wenn den hieraus sich ergebenden Bedenken entgegengehalten wurde, diese Spannung werde mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln verschwinden, da ja dann die Gesamtheit Eigentümer der Produktionsmittel und der einzelne Arbeiter also zu einem aliquoten Teile Miteigentümer werde. Mit vollem Recht hat Lederer darauf hingewiesen, daß die psychische Spannung auf diese Weise genau so wenig gelöst sein wird, wie im bisherigen Zustand der Dinge das Staatseigentum z. B. an den Eisenbahnen in irgendeinem Menschen das Gefühl eines Miteigentums hat entstehen lassen. Denn der Prozeß, um den es sich handelt, ist nicht, wie jene Rechtfertigung des Marxismus bezeichnend genug annimmt, ein intellektueller, sondern ein emotionaler.

So sind denn alle die zahlreichen Versuche einer direkten Sozialisierung in einzelnen Betrieben, all die einzelnen Streiks und Krawalle als durchaus begreifliche Ausbrüche eines Bedürfnisses zu erklären, dem auch die Lehre der Befreier in keiner Weise gerecht wurde. Denn dies ist eine Lehre von strenger Askese und stellt nicht nur an die Nüchternheit des Denkens, sondern auch an die Disziplin des Willens Anforderungen, denen die Menschen in einer so leidenschaftlich aufgewühlten Zeit nicht genügen. Will sie doch die Entäußerung des einzelnen von den Arbeitsmitteln perpetuieren, ohne fürs erste seine Lebenslage entscheidend zu ändern. Insofern die Räte berufen sind, den verlorenen Kontakt zwischen dem einzelnen Arbeiter

und dem Ganzen des Produktionsprozesses wieder herzustellen, zwar nicht im physischen Schaffen, aber durch das Surrogat einer Heranziehung zur Verwaltung, stellen sie den Versuch dar, die Gefahr zu beschwichtigen. Andererseits entstammen gerade auch die Räte jener Stimmung, die sie überwinden sollen und die in ihrer konsequenten Auswirkung nichts Geringeres bedeuten würde als die Auflösung der einheitlichen Produktionsmittelbasis, auf der die Sozialisierung ruhen soll. Natürlich würde, falls eine solche Stimmung die Oberhand gewänne, die bisherige Ordnung noch mehr als die Sozialisierung zum Scheitern verurteilt sein.

Ein sehr lehrreicher Versuch, eine wirtschaftstheoretische Verknüpfung zwischen dem angedeuteten Gedanken- und Stimmungskomplex und der Sozialisierung herzustellen, findet sich in der klugen und konzentrierten Schrift: »Was ist Sozialisierung?« von Karl Korsch [55]. Hier wird die These aufgestellt, Sozialisierung sei auf zwei Wegen möglich, nämlich entweder über die Konsumenten und deren verschiedenartige Organisationen (Staat, Gemeinden, Konsumvereine usw.), oder über die Produzenten, wobei im ersteren Falle die Interessen der Produzenten, im letzteren die Interessen der Konsumenten besonders geschützt werden müßten, mit dem Ergebnis, daß die Wirtschaftsführung im ganzen stets die Mitte zwischen diesen beiden entgegengesetzten Interessenlagen einzuhalten habe [56]. Sozialisierung aber heißt Ueberführung in das Eigentum der Gesellschaft, nicht in das Eigentum einzelner gesellschaftlicher Gruppen; und je lebensnotwendiger ein Produkt, desto mehr deckt sich der Kreis seiner Konsumenten mit dem Ganzen der Gesellschaft, während die Produzenten stets eine kleine Gruppe sind. Daher ist die Parallelisierung des Produzenten- und des Konsumenteninteresses nicht haltbar und noch weniger ist es die Konstruktion, als würde bei reiner Durchführung des Sozialismus auf dem Wege über die organisierten Konsumenten ein bekämpfenswertes, dem Kapitalismus angenähertes »Sondereigentum einer Gruppe« gebildet, wie dies allerdings bei einer Ueberführung in das Eigen-

[55]) Freies Deutschland, Verlagsgesellschaft m. b. H., Hannover, Heinrichstr. 34.

[56]) Korschs konkrete Lösung führt praktisch zum Gildenprinzip, ist also von der Zerschlagung des Produktionsapparates weit entfernt. Worauf es uns aber ankommt, ist das syndikalistische Element, das sich hier sehr gut begrifflich fassen und in seine Konsequenzen verfolgen läßt.

tum der Produzenten der Fall wäre. Bezeichnenderweise geht die erwähnte Schrift so weit, auch die Verstaatlichung selbst unter diesen Begriff des Sondereigentums zu fassen und also zu fordern, daß auch hier das »Sonderinteresse« der Gesamtheit mit dem entgegenstehenden Interesse der Produzenten ausgeglichen werde, während diese Gesamtheit doch die beteiligte Produzentengruppe zusammen mit allen anderen Produzentengruppen umschließt, so daß in ihr in Wahrheit alle Sonderinteressen zum Ausgleich kommen und nur das überall gleichgerichtete Konsumenteninteresse übrig bleibt.

Die ganze Konstruktion übersieht, daß Sozialismus seiner Idee nach Bedarfswirtschaft ist, genau so sehr am Konsum orientiert wie die kapitalistische Wirtschaft ihrer Idee nach an der Produktion. Der Zweck kapitalistischer Produktion ist der Gewinn des Kapitalisten, die Befriedigung des Konsums bloßes Mittel [57]), und die immer unheimlicher sich auftürmenden Herrschaftsorganisationen des großen Kapitals gegenüber dem Konsum sind der sinnfällige Ausdruck dieser Tatsache gewesen. So hat sich denn auch die klassische sozialistische Theorie gerade an denjenigen Erscheinungen geschult, welche die innere Unmöglichkeit jenes verkehrten Verhältnisses zwischen Produktion und Konsum enthüllen: an den Krisen. Und so ist umgekehrt die alte, von den Elementen der Produktion ausgehende Wertlehre — an welcher, wunderlich genug unter diesem Gesichtspunkt, auch der Sozialismus festgehalten hat — nicht fähig gewesen, das monopolistische

---

[57]) Der Sinn solcher Ausdrücke darf nicht überspannt werden, da sonst die dringende Gefahr besteht — und tatsächlich durch Schlagworte genährt wird! —, daß zwei ebenso einfache als fundamentale Erkenntnisse verdunkelt werden. Erstens bringt nicht nur der Kapitalist, sondern jeder Wirt sein Produkt oder seine Leistung um des »Gewinnes« willen zum Markt, stets ist die Befriedigung des Konsums subjektiv bloßes Mittel. Zweitens ist auch in der Privatwirtschaft die Produktion darauf angewiesen, daß der Konsum sie durch die Tatsache des Kaufes als »gesellschaftlich notwendig« bestätigt. Das Spezifikum der Privatwirtschaft liegt in den objektiven Gewinnmöglichkeiten auf Kosten des Konsums, welche sie ihren Nutznießern eröffnet, so daß das Produzenteninteresse nicht nur in der individuellen Motivation des Produzenten, sondern im objektiven Gesamtbilde der Volkswirtschaft so stark überwiegt. Dies und nur dies besagt der Satz des Textes. Das fehlerhafte Ergebnis beruht auf der fehlerhaften, antithetischen Organisation der Produktion, die ihrer Aufgabe, der Befriedigung des Konsums, auf dem spekulativen Umweg nachgeht, so daß die Aufgabe unterwegs eine partielle Verfälschung erfährt. Hierzu kommt noch die nicht ökonomische, sondern sozialpsychologische Erscheinung, daß die Produktion dem Konsum seine Richtung und seinen Umfang vorzuschreiben vermag, z. B. durch mancherlei Reklame, vor allem in der Mode.

Herrschaftsverhältnis theoretisch zu analysieren; es bedurfte hierzu der entgegengesetzten Betrachtungsweise, vom Konsum her, welche die subjektive Wertlehre begründet [58]). Der Konsum hat die Produktion zu beherrschen und ihr die Bahn zu weisen — der Versuch, ein Produzenteninteresse dem Konsumenteninteresse nebenzuordnen, widerspricht der zentralen Idee des Sozialismus und gefährdet eine folgerichtige Sozialisierung. Es kann auch nicht eingewendet werden, daß ja in der Gildenverfassung bei der Sozialisierungskommission und Bauer ebenfalls das Produzenten- und das Konsumenteninteresse zum Ausgleich kämen, also einander koordiniert seien. Praktisch kommt die Gildenverfassung zunächst auf das Gleiche heraus, muß aber theoretisch ganz anders aufgefaßt werden: die Produzenten haben darin legitimerweise kein wie immer geartetes Interesse zu verfolgen, sondern sind lediglich als Sachkenner die berufenen Sachwalter der Allgemeinheit, der Konsumenten. Um jeden Mißbrauch zu verhüten, werden ihnen dann Vertreter des Staates und der Konsumenten beigegeben. Die grundsätzliche Zurückweisung des Produzenteninteresses ist schließlich auch praktisch bedeutsam, weil im anderen Falle die notwendige Gleichmäßigkeit des Lohnes für gleiche Leistungen in der Gesamtwirtschaft — eine Konsumentenforderung! — überall durchbrochen werden könnte. Insofern der Staat die Konsumenten ganz umfassend organisiert, ist alle Sozialisierung ihrer sozialen Idee nach und unbeschadet der Gildentechnik Verstaatlichung.

Augenscheinlich aber — und dies ist der entscheidende Punkt — liegen diesem Versuch wiederum Stimmungselemente syndikalistischer Art zugrunde. Wieder, wie in allen solchen Bestrebungen, handelt es sich letzten Endes um ein Stück Wirtschaftsromantik, welche der Grausamkeit und Unentrinnbar-

---

[58]) Diese Lehre und namentlich ihr Kernstück, die Zurechnungstheorie, wird bekanntlich vom Marxismus als »bürgerlich« verworfen, aus dem historischen, also logisch zufälligen Grunde, daß sie von bürgerlichen Oekonomen entwickelt — was freilich auf Walras gar nicht zutrifft! — und häufig im Zusammenhang mit bürgerlichen Profittheorien vorgetragen wurde. Zwar hat Wieser vor einem vollen Menschenalter (Der natürliche Wert 1889) mit aller wünschenswerten Deutlichkeit klargestellt, daß, wenn Teile des Ertrages dem Boden oder dem Kapital zugerechnet werden, damit lediglich eine innerökonomische Tatsache behauptet wird und daß die Frage der sozialen Gerechtigkeit, die sich an den privaten Renten- und Zinsbezug knüpft, dadurch in keiner Weise berührt wird; andere haben sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht, und es ist schlechterdings nicht einzusehen, wie er bestritten werden kann. Aber das alles tut nichts, der Jude wird verbrannt.

keit der mechanistischen Entwicklung nicht ins Auge zu sehen vermag. Daß der Mensch eine schöne, fröhliche, ihn ganz erfüllende Arbeit beanspruchen könne, dies ist der Ton, der immer wieder aus der Deduktion des Produzenteninteresses herausklingt. Aber dieser Anspruch ist utopisch. Jeder Romantiker weiß, daß es Arbeiten gibt, die ebenso unvermeidlich notwendig als unabänderlich scheußlich sind; von diesen aber unterscheidet sich der größte Teil aller Arbeit zur Versorgung der Menschheit nur dem Grade nach [59]). Die Zeit der beseelten oder jedenfalls beseelbaren Arbeit ist dahin, seitdem die primitive Arbeitsteilung zwischen den Berufen dem mit der Volkszahl wachsenden Bedarf nicht mehr genügte und zur Spezialisierung der Tätigkeiten fortschritt: denn nur ein Ganzes kann eine Seele haben. Je ungeheurer der Bedarf, um so schärfer wurde die mechanistische Einspannung der Arbeit und um so unmöglicher die Rückkehr zu dem alten Arbeitsideal. So bleibt nur die Hoffnung, die Mechanisierung in einem solchen Tempo steigern zu können, daß ihre produktive Leistung dem Bedarf möglichst stark voraneilt; dadurch werden Menschenkräfte frei werden; dadurch allein werden wir die Bedingungen für einen kulturellen Aufstieg der breiten Massen schaffen können [60]). Befreiung von der Arbeit durch restloseste Ausnutzung der im mechanistischen

[59]) Selbstredend muß (vgl. z. B. Adolf Braun in diesem Archiv Band 45) alles geschehen, um die Arbeit menschenwürdig und möglichst sogar anziehend zu gestalten; aber der Wirkung dieser Bestrebungen sind enge Grenzen gesetzt.

[60]) Insofern ist also der Zielsetzung in Ballods viel angefeindetem Buch »Der Zukunftsstaat« grundsätzlich beizupflichten; es ist lehrreich, von dem schon heute technisch — wenn auch noch lange nicht wirtschaftlich — Erreichbaren aus im Gedankenexperiment festzustellen, in welchem Grade die fortschreitende Rationalisierung die Arbeitslast der Menschen verringern kann. Daß hier nämlich ungeahnte Möglichkeiten liegen, ist gewiß. Um so gefährlicher aber wäre natürlich jeder propagandistische Mißbrauch solcher Gedankengänge; es darf nie außer acht gelassen werden, welch ein langer und mühevoller, — nach dem im Text Gesagten — asketischer Weg bis zum fernen Ziele zurückgelegt werden muß. Eine etwaige Verlockung mit der kurzen Arbeitszeit wäre genau so verwerflich wie mit dem Luxusleben nach Aufteilung des Mehrwerts. Wenn wir in absehbarer Zeit allen ein menschenwürdiges, wenn auch arbeitserfülltes Leben schaffen können, so haben wir ungeheuer viel erreicht. — Uebrigens wird bei Ballod die Frage nicht beantwortet — nicht einmal gestellt —, ob und inwieweit sein Ziel gerade nur auf dem sozialistischen Wege erreichbar sei. Er handelt ausschließlich von der technischen Rationalisierung ohne alle Beziehung zu den Problemen der wirtschaftlichen Organisation, also des Sozialismus; er setzt diese Beziehung vielmehr stillschweigend voraus, während doch jedenfalls auch die kapitalistischen Organisationen sehr viel für die Rationalisierung leisten können.

Prinzip gelegenen technischen Möglichkeiten ist das Ziel, nicht romantische Auflösung des so ungeheuer produktiven mechanistischen Apparates. Je weiter aber diese Befreiung des Menschen durch Verkürzung und Verringerung seiner Arbeitslast fortschreiten würde, um so deutlicher würde sich die Hinfälligkeit jeglicher syndikalistischen Ueberschätzung des Produzenteninteresses an der Produktion zeigen.

Hier enthüllt sich das tiefste Wesen des zentralistischen Sozialismus. Wenn Mechanisierung das Leiden der modernen Welt ist, so ist es der schwere, möglicherweise tragische Beruf der Sozialisierung, dies Leiden zu steigern, um es aufheben zu können. Unzweifelhaft ist es denkbar, daß die Mechanisierung zur geistigen Erstarrung führt. Für notwendig aber kann eine solche Entwickelung nur derjenige halten, der so sehr in kapitalistischen Ideologien befangen ist, daß er sich Freiheit lediglich als wirtschaftliche Freiheit vorzustellen vermag. Es kommt darauf an, das Schwergewicht von der Wirtschaft auf die höheren Sphären des Lebens zu verschieben. In dieser unserer Zeit ist nicht nur die Geschichtsauffassung, sondern die Geschichte materialistisch, und es kann nicht anders sein, so lange jeder Tag den Kampf um das nackte Dasein erneuert, während zugleich die Versorgung der Allgemeinheit allen niederen Gelüsten als Tummelplatz freigegeben ist. Das muß nicht so sein; denn es ist ja — weltgeschichtlich gesprochen — erst seit kurzer Zeit so. In dem Augenblick, wo jedem von Gemeinschafts wegen ein auskömmliches Dasein gesichert, andererseits aber aller aufreizende Mißbrauch unmöglich gemacht wäre, würde die Wirtschaft entscheidend an Interesse einbüßen. Diesem Ziele dienen Sozialisierung und Mechanisierung in unlösbarer Einheit, indem sie die Wirtschaft von dem heutigen Range eines Schicksals zu dem eines gut funktionierenden Apparats herabdrücken, den man benutzt, ohne irgend seelische Kräfte an ihn zu verschwenden; gerade wie wir Heutigen bereits manche Teile der mechanisierten Wirtschaft handhaben, in welchen für den zufälligen Einzelnen kein Schicksal mehr lauert: demjenigen, der nicht beruflich damit zu tun hat, sind die Straßenbahn und das Telephon nützliche und langweilige Banalitäten, nicht anders als das Einmaleins. Dies ist in Wahrheit die Wirkung der Mechanisierung. Alle Arbeit dagegen, die das ständig sinkende Maß der für die Versorgung notwendigen Arbeit überschreitet, fällt aus

dem Rahmen der Wirtschaft und damit der Mechanisierung heraus und wird frei: Handwerk und Gartenpflege, Wissenschaft und Kunst. Und wieder jenseits davon öffnet sich dem freien Geist ein unendlicher Reichtum der Beziehungen in Menschlichkeit und Brüderlichkeit, von denen sich heute nur sehr wenige eine blasse Vorstellung zu bilden vermögen.

Der Weg der Sozialisierung ist somit klar; sie kennt nur diesen einen asketischen Weg ins Freie. Aber ebenso klar sind die Gefahren, die ihr drohen. Ursprüngliche Instinkte sind gegen sie aufgestanden und verlangen im Augenblick ihre Befriedigung, die ihnen doch erst am Ende eines langen Weges in Aussicht steht. Noch darf sie hoffen, den Aufruhr zu meistern. Aber mit jedem Tage, um welchen die Ausmerzung des bestehenden Unrechts hinausgeschoben wird, bröckelt in den Menschen etwas von der Kraft ab, die Sozialisierung zu tragen. So erhält die Frage nach der Sozialisierungsreife einen ganz neuen, schicksalschweren Sinn: sind wir noch reif zu einer solchen weitgespannten Leistung des Denkens und Wollens oder sind unsere Kräfte durch das endlose Warten in ohnmächtiger Wut schon so zermürbt, daß sie nur noch nach Naheliegendem zu greifen vermögen? Dann würde mit unserem mechanistischen Apparat die Grundlage unserer Existenz in diesem dichtbevölkerten Lande zerbrechen, und die Anpassung an die einschrumpfende Kapazität des Bodens müßte unter den schrecklichsten Zuckungen, mit Bürgerkrieg und Hungertod und allen Gräueln einer ungeregelten Massenflucht vor sich gehen. Noch läßt sich ein solches Schicksal abwenden, aber nur, wenn das bestehende Unrecht nicht verewigt, die Geduld der harrenden Massen nicht dauernd mißbraucht wird. Von den beiden Möglichkeiten, die vor uns liegen, ist die radikale Sozialisierung die wahrhaft konservative: sie wird uns — oder den meisten von uns, je nach den Friedensbedingungen — gestatten, am gleichen Wohnort mit den gleichen Menschen, weitgehend unter Benutzung der gleichen Gebrauchsgüter und in gleicher Beschäftigung wie bisher zu leben und auch die Auswanderung in geregelten und ruhigen Bahnen zu organisieren. Dieses opportunistische Argument gilt namentlich für solche, welche sich den mehrfach angedeuteten Wertungen verschließen; die Sozialisierung ist nicht nur sittlich geboten, sie ist überhaupt der einzige noch gangbare Weg, wenn man nicht über kurz oder lang den Weg des Chiliasmus, den Untergang will.

Die Räteidee in der Praxis des Hamburger Arbeiterrats.

Von

Dr. HEINRICH LAUFENBERG.

Die der Revolution auch in Deutschland entsprungene Rätebewegung läßt sich zur Zeit weder in den Einzelheiten genügend überblicken, noch ist ihre Entwicklung in irgendeiner Beziehung abgeschlossen. Inmitten der Parteikämpfe stehend bildet sie zugleich ein Ziel und ein Mittel dieser Kämpfe. Unmöglich, wie es im Augenblick ist, den gewaltigen historischen Prozeß kritisch zu würdigen, bietet sich für die wissenschaftliche und politische Orientierung gegenwärtig nur ein Weg: Die Schilderung der historischen Tatsachen an einzelnen besonders wichtigen Orten und die Bloßlegung der leitenden Gesichtspunkte, die hier in den Abwandlungen der politischen Praxis hervortraten. Bei der Bedeutung des niederelbischen Städtegebietes für das gesamte Deutschland wird die Darstellung der Erfahrungen und Besonderheiten des Rätewesens von Hamburg, Altona und Umgegend mancherlei Aufschlüsse gewähren und mancherlei Rückschlüsse auf den allgemeinen Gang und die Grundlinien des deutschen Rätewesens gestatten.

Wenige Tage nach dem Sieg des Matrosenaufstandes in Kiel griff die revolutionäre Bewegung nach Hamburg über, um das Signal zur Revolution im inneren Deutschland zu geben. Der Kampf in Hamburg selbst war kurz. Während die Militärgewalt nicht gerade rühmlich das Feld räumte, entstand ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat, der am 7. November eine Bekanntmachung an die Bevölkerung erließ. An der Spitze fand sich die Erklärung, daß der Rat »den größten Teil der politischen Macht« in die Hand genommen habe, und der Hin-

weis, daß es, um die großen Aufgaben der Zukunft zu erfüllen, der Einigkeit und Geschlossenheit bedürfe. Im Anschluß daran wurden eine Reihe politischer Maßnahmen verfügt, wie die Freilassung der politischen Gefangenen, völlige Rede- und Preßfreiheit und Aufhebung der Briefzensur. Den Kern der Bekanntmachung bildete die Beseitigung der alten militärischen Disziplin sowie der Kommandogewalt, die auf den Soldatenrat überging. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch die Vorgesetzten, persönliche Freiheit der Mannschaften außerhalb des Dienstes sollten für jede Militärperson als Befehl des Soldatenrates gelten. Außerdem wurde das Privateigentum geschützt und die Sicherheit der Lebensmittelzufuhren gewährleistet.

Bei Beginn der Revolution beschloß eine auf dem Heiligengeistfelde versammelte Volksmenge, das alte Blatt der Hamburger Arbeiterschaft, das »Hamburger Echo«, zu beschlagnahmen und als »Rote Fahne« in den Dienst der Revolution zu stellen. Aber dieser Beschluß fiel bald in sich zusammen. Schon nach wenigen Tagen erschien das alte Blatt wiederum selbständig neben der Roten Fahne, wie denn auf der anderen Seite nichts geschah, um die zum Teil ergriffene politische Gewalt zu einer vollen zu machen und sich irgendwie mit den alten Machthabern auseinanderzusetzen. Kraft der Revolution war zwar der Arbeiter- und Soldatenrat zur eigentlichen Regierung in Hamburg geworden, aber neben ihm fungierte der alte Senat in alter Weise und in alter Machtfülle weiter.

Mit den einzelnen sozialistischen Parteien war nun eine Vereinbarung getroffen worden, wonach ein etwa 500 Köpfe zählender Großer Arbeiterrat aus Vertretern der Betriebe gebildet werden und als Exekutive dieses Großen Rates an die Stelle des provisorischen ein neuer Arbeiterrat treten sollte, der aus je drei Delegierten der alten Partei, des Gewerkschaftskartells, der Unabhängigen sozialdemokratischen und der Linksradikalen Partei sowie aus achtzehn Vertretern der Betriebe bestand. Dem Präsidium der Exekutive, kurzweg Arbeiterrat genannt, sollten je ein Vertreter der genannten Parteien und des Gewerkschaftskartells und drei Vertreter der Betriebe angehören. Die Wahl des ersten Vorsitzenden kennzeichnete sich als eine Richtungswahl. Gewählt wurde ein Vertreter der linksradikalen, später kommunistischen Gruppe; diese Tatsache, wie überhaupt die politische Zusammensetzung der Exekutive ist eine Wider-

spiegelung der Rolle, die die kommunistische und die unabhängige Fraktion bei der Vorbereitung und der Durchführung des Kampfes vom 6. November gespielt hatten.

Die Exekutive der Soldatenräte der Formationen, der Fünfzehner- und später Dreißigerausschuß, bildete mit dem Arbeiterrat einen gemeinsamen Beratungskörper, mit der Maßgabe, daß die Soldaten rein militärische Angelegenheiten allein regelten. Als oberste Kommandostelle wurde bald der Siebenerausschuß geschaffen. Die Personen des Soldatenrates wechselten bereits in den ersten Tagen. Seiner ganzen Zusammensetzung nach wies er ein buntes Gemisch politischer Anschauungen auf. Es überwogen die bürgerlich-demokratischen Auffassungen, manche seiner Mitglieder waren Gefühlssozialisten, doch ohne Kenntnis der sozialistischen Gedankenwelt; nur wenige hatten sich zu einer gefestigten sozialistischen Ueberzeugung durchgerungen: alle aber standen ausschließlich im Banne der nächsten militärischen Aufgaben. Besaß der Arbeiterrat trotz aller parteipolitischen Verschiedenheiten einen gemeinsamen Boden in dem Arbeiterklassenstandpunkt seiner Mitglieder, so war eine solche Grundlage bei den Vertretern des Soldatenrates nicht vorhanden. Dies hatte zur Folge, daß, je klarer in der Politik des Arbeiterrates sich der Klassenstandpunkt ausprägte, sich auch im Soldatenrat die Geister schieden und seine Mehrheit zunächst unter den bestimmenden Einfluß des Arbeiterrates und seiner kommunistisch-unabhängigen Führung geriet, eine Wirkung, die sich sofort herausstellte, als der Rat daran ging, seine Stellung zu den alten politischen Gewalten zu klären und fest zu umgrenzen.

Hamburg ist ein Stadtstaat. Die politische Gewalt wurde ausgeübt vom Senat; neben ihm und in ihrer Tätigkeit an gewisse Mitbestimmungsrechte des Senates gebunden stand als gesetzgebende Versammlung die Bürgerschaft. Wollte der Arbeiter- und Soldatenrat rechtsverbindliche Anordnungen treffen, so mußte er sich an die Stelle des Senates setzen und seine gesetzgeberische Gewalt und Funktion der Bürgerschaft gegenüber klar und bestimmt zur Geltung bringen. Beides geschah durch eine Bekanntmachung vom 12. November. Ausgehend von der vollzogenen Tatsache der Revolution, die mit ihrer neuen Machtverteilung die Grundlage einer neuen Verfassung und somit eines neuen Rechtszustandes geschaffen hatte, begann sie mit dem Satz, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Ausübung der

politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen und Senat und Bürgerschaft zu bestehen aufgehört hätten; das hamburgische Staatsgebiet werde künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik bilden. Später zu schaffende gesetzliche Körperschaften würden über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden. Für Ruhe und Ordnung wurde Gewähr geleistet, das Verbleiben der Beamten auf ihren Posten und die Fortzahlung der Gehälter verfügt und dem Eigentum erneut Schutz gegen Plünderer zugesichert.

Die Auseinandersetzungen im Rat, die der Bekanntmachung voraufgingen, verliefen erregt und zum Teil stürmisch, da die Vertreter der alten Partei durchweg einen von dem Prinzip der Bekanntmachung grundverschiedenen Standpunkt einnahmen. Dem Gedanken der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, von dem die Bekanntmachung ausging, stellten sie, wie es in einem eben von der sozialdemokratischen Fraktion an die Bürgerschaft gerichteten Antrage zum Ausdruck gelangte, die Forderung der Volkssouveränität entgegen. Der Antrag verlangte, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zur Bürgerschaft und in den Landgemeinden nach dem Grundsatz der Verhältniswahl für alle großjährigen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechtes sofort eingeführt, daß sämtliche Privilegiertenwahlen, wie sie bislang in den Notabeln- und Grundbesitzerwahlen bestanden, beseitigt, daß der Senat durch die Bürgerschaft auf Zeit und ohne Beschränkung auf gewisse Berufsgruppen gewählt sowie daß die Verwaltung demokratisiert werde. Unmittelbar nach der Einführung des neuen Wahlrechtes sollte eine Neuwahl der gesamten Bürgerschaft stattfinden, um über die neue Verfassung und die neue Organisation der Verwaltung zu entscheiden. Nun ging der Rat bewußt und grundsätzlich über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hinaus, um die Tatsache der eingetretenen Machtverschiebung nach außen in der denkbar unzweideutigsten Weise zum Ausdruck zu bringen. Wenn die Bekanntmachung erklärte: Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr, das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik, so war sich jedenfalls die Führung des Rates bewußt und sprach es in der Debatte aus, daß für die kommunalen Funktionen, die Senat und Bürgerschaft als kommunale Organe ausgeübt hatten, Ersatz geschaffen werden mußte, daß ferner die letzte Entscheidung

über den Fortbestand eines Partikularstaates von der Entwicklung im Reiche abhing und für das Zwischenstadium eine Deklaration über die staatliche Qualität Hamburgs notwendig wurde. In beiden Beziehungen handelte bald darauf der Rat als der unbestrittene Träger der vollen, an die Organe der Arbeiterklasse gefallenen Souveränität; gerade die Berufung der alten Gewalten für bestimmte, festumrissene, von den alten Machtbefugnissen grundsätzlich verschiedene Tätigkeiten zeigte das neue Regiment als den Herrn der Situation und der alten Gewalten. Noch in später Nachtstunde wurde die Proklamation den Zeitungen zugestellt, um zugleich durch öffentlichen Anschlag bekanntgemacht zu werden.

Es galt, sich zunächst des Senates zu vergewissern. Denn er bildete die oberste Spitze des Verwaltungsapparates, an dessen ununterbrochener Wirksamkeit der Arbeiter- und Soldatenrat ein dringendes Interesse besaß, schon um im Geldverkehr und damit in der Auszahlung der Familienunterstützungen und der Beamtengehälter, in der Beschaffung der Lohnsummen für die Arbeiterschaft keine Störungen eintreten zu lassen. Nicht Zertrümmerung dieses Apparates, sondern Umformung des bureaukratischen in einen Volksapparat und deshalb zunächst politische Kontrolle in allen seinen ausschlaggebenden Zweigen, das war die Maxime, von der sich der Rat leiten ließ. Die Ueberleitung in den neuen Zustand ging ohne Reibungen vor sich. In einer denkwürdigen Verhandlung fügte sich der Senat ohne Widerstand der bestehenden Sachlage und erklärte sich zur Mitwirkung auch auf den veränderten Grundlagen bereit. Der Rat dekretierte den Fortbestand aller Verwaltungsbehörden und Verwaltungskommissionen, an die sich das Publikum nach wie vor zu wenden habe. Eine Deklaration der Bekanntmachung vom 12. November besagte sodann, daß Hamburg als Staat und Träger vermögensrechtlicher Pflichten und Rechte fortbestehe, bis im Reiche über die deutsche Verfassung entschieden sein werde. Zur Vertretung des Staates nach außen mit der alleinigen Befugnis, rechtsverbindliche Verpflichtungen für ihn einzugehen und Notgeld auszugeben, blieb nach Maßgabe der Gesetze die Finanzdeputation bestehen. Vier Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates traten in den Senat, einer in die Finanzdeputation ein, während der Rat sich allen Beschlüssen des Senates gegenüber das Recht eines unbedingten Veto vorbehielt. Damit war die Stellung des

Rates zum Senate klar und deutlich abgegrenzt. Der letztere versah im wesentlichen nur noch die Rolle eines städtischen Magistrats.

Den Verhandlungen mit dem Senate gingen parallel Verhandlungen mit den Vertretern der bürgerlichen Erwerbskreise, der Handels-, der Detailisten- und der Gewerbekammer, sowie der Banken, die zur Bildung eines Wirtschaftsrates führten. Auch die Vertreter des Bürgertums fanden sich mit der vollzogenen Tatsache der politischen Machtverschiebung ab. Während sie auf die Wiederherstellung der Bürgerschaft im alten Sinne verzichteten, redeten sie einer kommunalen Vertretung das Wort. Im Rat wurde erwogen, ob sich das Stadtparlament aus Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates, der Angestellten-, Beamten-, Lehrer- und anderer Berufsräte zusammensetzen oder ob die alte Bürgerschaft provisorisch als Stadtvertretung bestellt werden solle. Während die Vertreter der alten Partei durchweg an dem alten Rechtskreise der Bürgerschaft festhielten und sie als Konstituante schon für die nächste Zeit berufen wissen wollten, erklärte sich der Vertreter der unabhängigen Fraktion zwar mit der Berufung der alten Bürgerschaft einverstanden, widersprach aber der Anberaumung von Neuwahlen in naher Zeit, da niemand die Entwicklung der kommenden Wochen sicher überblicken könne. Dagegen schlug der Vertreter der Linksradikalen vor, mit der Bürgerschaft in der gleichen Weise zu verfahren wie mit dem Senat. Lasse sich etwa zu befürchtender internationaler Schwierigkeiten wegen die Bürgerschaft nicht beseitigen und durch den großen Arbeiterrat ersetzen, so möge der Rat kraft seiner revolutionären Gewalt im Rahmen und mit den Aufgaben einer kommunalen Vertretung vorläufig die alte Bürgerschaft berufen. An den Anfang der Proklamation sei alsdann der Grundsatz zu stellen, daß für alle Vertretungskörperschaften im hamburgischen Staatsgebiet fortab das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht Platz greife. In jedem Falle aber solle der Rat möglichst rasch Neuwahlen verfügen. Im Augenblick besitze er die Macht, dem städtischen Parlament einen bestimmten Charakter zu geben, ihm einen festumrissenen Kreis von Rechten und Aufgaben zuzuweisen und dem Rückfall der politischen Gewalt an Senat und Bürgerschaft einen Riegel vorzuschieben. Dieser Anregung stimmte der Arbeiter- und Soldatenrat zu, um sich freilich hinsichtlich der Anberaumung

von Neuwahlen der Auffassung des Vertreters der unabhängigen Fraktion anzuschließen. Von der Festsetzung eines bestimmten Termins sah er ab und willigte nur in die Bestimmung, daß die Neuwahlen tunlichst bald in die Wege geleitet werden sollten. Unbeschadet seiner Ausübung der politischen Gewalt behielt der Rat sich auch gegenüber den Beschlüssen der Bürgerschaft ein unbedingtes Veto vor.

Um arbeitsfähig zu sein, mußte der Rat sich eigene Arbeitsinstrumente schaffen. Versteht sich, daß er von Anbeginn an ein geschäftsmäßig aufgezogenes Büro errichtete und daneben zur Vertretung seiner Politik in der Oeffentlichkeit eine Presseabteilung stellte, mit der er freilich zunächst üble Erfahrungen machte, da das Bureau, in den Händen des Soldatenrates und mit Männern von bürgerlich-demokratischer Gesinnung besetzt, eine Politik trieb, die sich mit der des Rates in keiner Weise vereinbarte. Erst nach Wochen konnte dieser Zustand beseitigt werden, indem das Bureau geschlossen und ein neues mit völlig anderer Besetzung gebildet wurde. Bereits in seiner ersten Sitzung hatte der Rat drei Unterabteilungen für Sozialpolitik, Medizinalwesen und Verkehr gebildet. Zu ihnen gesellten sich bald die Kommissionen für auswärtige Politik und Presse, Ernährungswesen, Justiz- und Gefängniswesen, Sicherheitswesen und Polizei, Sanitätswesen, Bau- und Wohnungswesen, Unterrichtswesen, Handel, Schiffahrt und Industrie, Finanzwesen, militärische Angelegenheiten und Schadenersatzsachen.

Als die wichtigsten Abteilungen dürfen die für Justiz, Unterricht, Handel und Industrie, Sozialpolitik und Sicherheitswesen gelten. Die Justizkommission hatte die Aufgabe, Unstimmigkeiten, die sich zwischen Verfügungen des Rats oder bei ihrer Auslegung ergaben, zu beseitigen. Darüber hinaus sollte sie neue Richtlinien für das Strafverfahren ausarbeiten und die Amtsjustiz regeln, überhaupt die Strafrechtspflege ändern und reaktionäre Gesetze beseitigen. Die Kommission für das Sicherheitswesen war berufen, das Polizeiwesen zeitgemäß umzugestalten und zugleich Grundlagen für die völlige Ablösung des alten Heeresapparates und die Errichtung einer wesentlich aus Mitgliedern der drei sozialistischen Organisationen bestehenden Volkswehr zu schaffen. Der Unterrichtskommission lag es ob, das gesamte Schulwesen in seinen unteren, mittleren und oberen Graden von der Grundlage der Einheitsschule aus neu zu ordnen. Die Kommission für

Handel, Schiffahrt und Industrie unternahm es, das Hamburger Wirtschaftsleben der deutschen Produktion wieder einzufügen, vor allem, indem die Hamburger Eisenindustrie, zumal die Werften, auf die Reparatur und den Bau von Eisenbahnmaterial eingestellt würden. Eine vielleicht ausschlaggebende Bedeutung kam der sozialpolitischen Abteilung des Rates zu. Sie sollte den Ausbau des Rätesystems in den Betrieben in die Wege leiten, um damit ihre Sozialisierung anzubahnen, und fungierte zugleich bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern als oberste Entscheidungsinstanz. Nicht als ob sie an die Stelle der Gewerbegerichte getreten wäre: aber in allen wichtigen, für Branche, Industrie oder gesamtes Wirtschaftsleben maßgebenden Fällen dekretierte sie nach Anhörung der Parteien mit für beide Teile rechtsverbindlicher Kraft, so daß die Regelung der gesamten Betriebsverhältnisse letzten Endes in den Händen des Organs des revolutionären Rates lag. Die Ergebnisse der Kommissionstätigkeit blieben freilich weit hinter den gesteckten Zielen zurück, die auf keinem Gebiet auch nur annähernd erreicht wurden, woran der Mangel an eigenen Kräften ebensosehr die Schuld trug, wie die Resistenz der Behörden und des Unternehmertums. Das gilt selbst von der Abteilung für Handel, Schiffahrt und Industrie und ihrem Versuch, die tote Wirtschaft des Städtegebietes der deutschen Produktion wieder als lebendiges Glied einzufügen. War die Aufgabe auch schwierig, so hätte sie sich doch bei einigem Entgegenkommen namentlich der preußischen Behörden lösen lassen.

Unter den ersten Maßnahmen des Rates stand die Durchführung grundlegender wirtschaftlicher Forderungen der Arbeiterpolitik mit obenan. In seiner zweiten Sitzung dekretierte er den Achtstundentag, wobei, falls etwa die Unternehmer die Betriebe schlössen, ins Auge gefaßt war, Werkstätten und Fabriken zwangsweise wieder zu öffnen. Nach der Bekanntmachung war für die verflossene Lohnwoche der bisher gezahlte Arbeitsverdienst in voller Höhe zu gewähren, auch für diejenigen Tage, an denen die Arbeit geruht hatte. Die Arbeitszeit sollte fürderab acht Stunden täglich oder, wo sich dies, wie im Lebensmittelgewerbe und Verkehrswesen nicht durchführen ließ, 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Als Arbeitsverdienst müsse mindestens ebensoviel gewährt werden, wie in der früheren regulären Arbeitszeit verdient worden ist. Löhne und Akkordpreise

seien demnach um soviel zu erhöhen, daß der alte Stundenlohn erreicht werde, jedoch sei die Akkordarbeit möglichst schnell und gänzlich zu beseitigen. Etwa doch noch nötige Ueberstunden sollten mit dem hierfür festgesetzten Zuschlag bezahlt werden. Die Vorschriften seien streng zu beachten und unverzüglich durchzuführen. Für jede Zuwiderhandlung wurde strenge Bestrafung angedroht und bestimmt, daß der in Frage kommende Betrieb gegebenenfalls vom Arbeiter- und Soldatenrat würde in die Hand genommen werden. Die Durchführung der Bekanntmachung gestaltete sich insofern nicht einheitlich, als die Regelung der Frage der Akkordarbeit dem Gewerkschaftskartell, die Erledigung von Beschwerden der Sozialpolitischen Abteilung zugewiesen ward und das Schwergewicht, das zuerst bei der Abteilung lag, sich später nach der Seite des Kartells verschob. Auf der andern Seite wirkten die Bestimmungen, daß der Arbeitsverdienst in der verkürzten Arbeitszeit »mindestens« ebensoviel betragen solle wie früher und die Akkordarbeit »möglichst schnell und gänzlich« zu beseitigen sei, auf die wirtschaftlichen Bewegungen der nächsten Wochen naturgemäß anspornend ein, und daran änderte auch der Umstand nichts, daß später einzelne Wendungen der Bekanntmachung schärfer gefaßt wurden, um die Verhältnisse der Betriebe zu regeln, in denen sich die Arbeitsverkürzung nicht sofort in der vollen Höhe durchführen ließ. Für das Vorgehen der Arbeiterschaft blieb die erste Verordnung maßgebend.

Gleich im Beginne seiner Wirksamkeit wandte der Rat sein Augenmerk auch der Frage der Arbeitslosen zu. Denn die Zahl der völlig Arbeitslosen betrug bald mehr als 70 000 und die der teilweise Beschäftigten reichte rasch an 100 000 heran. Senat und Bürgerschaft hatten denn auch bereits vor der Revolution die Errichtung eines Arbeitsamtes beschlossen, das sich die Arbeitsvermittlung, die Beratung der heimkehrenden Krieger und die Arbeitslosenfürsorge zur Aufgabe stellte und als Unterstützung 6 Mk. für ein kinderloses Ehepaar, 1.50 Mk. für jedes Kind bis zu der Zahl von dreien, und 4 Mk. für unverheiratete Personen vorsah, Unterstützungssätze, die den Hamburger Staat wöchentlich voraussichtlich mit 3 Millionen Mark belasteten. Weil aber das Arbeitsamt noch nicht in Wirksamkeit getreten war und auf allen Gebieten neue Fragen auf den Rat einstürmten, mußte die Angelegenheit bis zur Mitte des Dezember in der

Schwebe bleiben. Die Verzögerung zog eine Reihe großer Demonstrationen der Arbeitslosen nach sich. Doch gelang es dem Rate, die Angelegenheit in einer befriedigenden Weise zu regeln. Er schlug den Arbeitslosen die Einsetzung einer von ihnen selbst möglichst aus allen Berufen und Erwerbszweigen zu wählenden ständigen Kommission vor, die mit dem Rat Fühlung halten und sowohl in das Arbeitsamt wie in die einzelnen Arbeitsvermittlungsstellen Vertreter zur Ueberwachung entsenden sollte. Während den Arbeitslosen aus den Kriegsküchen Mittag- und Abendessen zu erheblich herabgesetzten Preisen gereicht und sie an der Verwaltung der Küchen mitbeteiligt werden sollten, verfügte er eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 1 Mk. für ledige und 2 Mk. für verheiratete Personen. Ein von Senat und Arbeitsamt unternommener Versuch, an diesen Zugeständnissen Abstriche vorzunehmen, scheiterte an dem Veto des Rates. Erst später durfte die Gesamtunterstützung einer Familie 75 Mk. in der Woche nicht übersteigen.

Die Tätigkeit des Rates zumal auf wirtschaftlichem Gebiet regte naturgemäß zur Bildung von neuen Räten an. Es entstanden Räte wohl sämtlicher Beamtenkategorien, Räte der Lehrer, der Schutzmannschaft, der Feuerwehrleute, Betriebsräte der Eisenbahner und so fort, sowie Angestelltenräte der verschiedensten Art. Dem vielfach bekundeten Verlangen solcher Räte, im Arbeiter- und Soldatenrat unmittelbar vertreten zu sein, gab der Rat nicht statt, da die Kopfzahl der Exekutive und bestimmte Partei- und Betriebsvertretungen festgelegt waren, doch wurden die verschiedenen Räte in unmittelbare und ständige Verbindung mit den entsprechenden Kommissionen des Rates, zumeist mit der sozialpolitischen Abteilung gebracht.

Kaum hatte der Rat seine Arbeitsorgane geschaffen, als er der politischen Kontrolle des Verwaltungsapparates nähertrat. Sie sollte zum ersten ausgeübt werden durch die Tätigkeit jener Organe, die erwähnten Abteilungen, sodann durch Kommissare, die den wichtigsten Verwaltungen beigeordnet wurden. Aber wie in der eigenen Tätigkeit des Rates machte sich auch hier der Mangel an technisch geschulten Personen bemerkbar, von der vom ersten Tage an einsetzenden und im Laufe der Zeit wachsenden passiven Resistenz der höheren Beamtenschaft ganz abgesehen. Eine politische Kontrolle des Verwaltungsapparates ist nur zu erreichen, wenn die soziale Demokratie auch auf das

Gebiet der Verwaltung übergreift, wenn die Verwaltung, frei von aller bureaukratischen Schablone und Formalität, auf ihre einfachen Spezies zurückgeführt wird und die Bevölkerung selber unmittelbar ihre Ausführung in die Hand nimmt. Aber jene Schwierigkeiten hielten den Rat nicht ab, Schädlinge in der Verwaltung durch einfachen Machtspruch zu beseitigen, wie dies beispielsweise mit zwei preußischen Landräten in der Nachbarschaft Hamburgs geschah, die ihres Amtes enthoben wurden und trotz des Einspruches der Regierungen zu Schleswig und Berlin ihres Amtes enthoben blieben. Das gleiche Los traf einen Regierungspräsidenten, dessen Geschäfte von einem Delegierten des Rates überwacht und zum Teil weitergeführt wurden. Doch auch mit den eigenen Anhängern gab es manche Schwierigkeit. Die Arbeiter- und Soldatenräte von zwei zum hamburgischen Staatsgebiet gehörigen Orten hatten der eine den Gemeinderat beseitigt und einen siebenstündigen Arbeitstag eingeführt, der andere den Vertreter der Landherrenschaft abgesetzt und die Gehalts- und Lohnlisten sämtlicher Beamten und Angestellten einer Revision unterzogen. Die Vorgänge, die schließlich im Einvernehmen mit den Räten der beiden Orte zur Zufriedenheit geregelt wurden, gaben Anlaß, die Zuständigkeit des nicht nur für Hamburg, sondern auch für Altona, Ottensen, Wandsbek und die gesamte Umgebung des Vierstädtekomplexes eingesetzten Arbeiterrates über die Nachbargebiete näher festzulegen.

Nach der einschlägigen Verordnung unterstanden dem Hamburger Rat als dem Inhaber der politischen Gewalt im hamburgischen Staatsgebiet sämtliche Räte dieses Gebietes, und die Ortsräte bildeten nur Kontrollinstanzen für die örtliche Verwaltung. Eingriffe in die staatliche Verwaltungstätigkeit wurden untersagt. Innerhalb des preußischen Vorortsgebietes reichte die Zuständigkeit des Rates so weit wie die Zuständigkeit der Organisationen und Truppenformationen, die ihre Vertreter in den Rat entsandten. Doch sollte der Rat hier lediglich als Kontrollinstanz der örtlichen Verwaltung nach Maßgabe der von der preußischen Regierung aufgestellten Richtlinien handeln und zu Eingriffen in staatliche Verwaltungstätigkeit grundsätzlich wenigstens — in der Praxis kam es ja mitunter anders — nicht berechtigt sein. Die innerhalb des bezeichneten Vorortsgebietes bestehenden örtlichen Räte erkannte der Hamburger Rat an; er erledigte mit ihnen die aus der wirtschaftlichen Zusammen-

gehörigkeit sich ergebenden gemeinsamen Angelegenheiten und gewährte ihnen Schutz und Beistand. Wo in einem preußischen Vororte kein Arbeiter- und Soldatenrat bestand, war der Rat befugt, das Kontrollrecht über die örtliche Verwaltung durch Beigeordnete auszuüben, die aus seiner Mitte gewählt werden sollten.

Die organisatorischen Eingriffe und Maßnahmen des Rates umfaßten naturgemäß die mannigfachsten Gebiete. Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat hatte eine Lebensmittelkommission gebildet und Ausfuhrsendungen nur erlaubt, wenn der Ernährungsausschuß die Genehmigung erteilt hatte. Die Regelung der Zufuhr und Verteilung lag bisher in den Händen des Kriegsversorgungsamtes, wie denn der Wunsch laut wurde, es möge zur besseren Lebensmittelversorgung das hamburgische Kriegsversorgungsamt in Zukunft seine Tätigkeit über den ganzen Städtekomplex und die benachbarten Landherrenschaften ausdehnen. Auch der neue Rat wählte eine fünfgliedrige Kommission, um die gesamte Lebensmittelversorgung zu überwachen. Die Kommission beschloß nun, die Funktionen des Kriegsversorgungsamtes sowie des Magistrats von Altona auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung selbst auszuüben, ein Beschluß, der angesichts der komplizierten Maschinerie des hamburgischen Kriegsversorgungsamtes sich nicht ohne schwere Stockungen in der Ernährung hätte durchführen lassen und auch im Widerspruch zu der Bekanntmachung stand, daß die hamburgischen Staatsbehörden vorderhand bestehen bleiben sollten. Der Rat machte daher den Schritt rückgängig. Später wurde dann bestimmt, daß einschneidende Veränderungen in der Verteilung der Nahrungsmittel, in der Herabsetzung von Rationen, in der Feststellung von Preisen nicht ohne vorgängige Benachrichtigung und Einwilligung des Plenums des Arbeiter- und Soldatenrates vorgenommen werden durften. Im Interesse und zugunsten der Bevölkerung hat der Rat wiederholt sowohl in die Preisfestsetzung wie in die zur Verteilung gelangenden Quantitäten nachdrücklich eingegriffen.

Als arger Uebelstand machte sich geltend, daß die Bauern nicht die vorgeschriebenen Quantitäten von Lebensmitteln ablieferten. Schon in der ersten Sitzung erwog der Rat, wie sich eine regelrechte Verbindung zwischen der Stadt und dem Lande sowie ihre geregelte Zusammenarbeit herbeiführen lasse. Es

wurde dabei auch die Bildung von Bauernräten und die Einleitung einer großzügigen Propaganda seitens des Arbeiter- und Soldatenrates für die Bildung solcher Räte gefordert. Zur Beschlußfassung und zur Ausführung dieser Anregungen ist es freilich nie gekommen. Erfolglos bemühte sich ferner der Rat, um durch die Reichsregierung und die Waffenstillstandskommission die Freigabe der Hochseefischerei zu erwirken.

Mit Genehmigung des Rates hatte sich aus Vertretern der Industrie, der Banken und des Handels jener Wirtschaftsrat gebildet, der zumal den Handel mit dem Auslande wieder anknüpfen sollte. Die Zusammenarbeit mit ihm gestaltete sich freilich nicht sonderlich ersprießlich, da die prinzipielle Gegensätzlichkeit der Auffassungen über die Wiederingangsetzung von Produktion und Verteilung sich sofort geltend machte. Während jener eine kapitalistische Praxis für eine Selbstverständlichkeit ansah, drängte der Rat nach Sozialisierung. Es haben denn auch nur wenige gemeinsame Sitzungen stattgefunden ohne zu praktischen Ergebnissen zu führen. Zu dem vom Wirtschaftsrat geforderten Abbau der Löhne bot der Arbeiter- und Soldatenrat naturgemäß nicht die Hand, mochten auch gerade die Gewerkschaftsvertreter zu einem vom Standpunkte der Arbeiterschaft nicht unbedenklichen Entgegenkommen sich geneigt zeigen. Wie jede sozialistische Produktion sich grundsätzlich auf die Interessen der Verbraucher einstellt, regte er im Gegenteil den Abbau der Warenpreise und die ersten Schritte zu einer Neuorganisation des Verteilungsprozesses an. Bei der Fülle von Materialien, die auf den Werften für den Bau von U-Booten noch aufgestapelt lagen, wirkte er im Sinne einer Umschaltung der Produktion für den Bau von rollendem Eisenbahnmaterial. Ausgehend von der Produktion als der Grundlage des gesellschaftlichen Lebens suchte er die Stellung der Arbeiterschaft in ihr grundsätzlich zu ändern und die Betriebe nach der sozialen wie tunlichst auch nach der technischen und kaufmännischen Seite ihrer Kontrolle zu unterstellen. Es wurde der Gedanke besprochen, die Sozialisierung des Bäckereiwesens in die Wege zu leiten. Da etwa die zwölf größten Bäckereien für die Brotproduktion des Städtegebietes genügten, hätte die Ausschaltung der Klein- und Mittelbetriebe und ihre Umformung zu bloßen Verteilungsstellen wesentliche Ersparnisse an Betriebsmitteln und Rohmaterialien erbringen und für andere Zwecke freistellen können. Erwogen

wurde ferner mit Vertretern der Seemannschaft die Sozialisierung der Seefischerei, die sich verhältnismäßig leicht in die Hände des Hamburger Staates überführen ließ, Maßnahmen, die, wie sie für die Ernährung der Gesamtheit größte Bedeutung besaßen, die Sozialisierung anderer Gebiete notwendig im Gefolge haben mußten. Auch bestand der Rat darauf, bei den zwischen Wirtschaftsrat und Reichsregierung schwebenden Verhandlungen über die Zuführung von Rohmaterialien nicht ausgeschaltet zu werden, wobei ihn die Erwägung leitete, daß demjenigen, der die Neuordnung des Wirtschaftslebens bestimmt, dauernd auch die politische Gewalt zufällt. Freilich blieben diese Pläne, von den im Rate selbst sich bald verschärfenden Gegensätzen abgesehen, schon deshalb zur Erfolglosigkeit verurteilt, weil die Berliner Regierung, gebunden an ihr Kompromiß und ihre Koalition mit der Großbourgeoisie, die Sozialisierung ernsthaft weder in Angriff nehmen konnte noch wollte.

Eben deshalb suchte der Rat feste Normen für die Durchbildung des Rätesystems in den Betrieben zu schaffen und zugleich den Wirtschaftsrat in einem bestimmten Abhängigkeitsverhältnisse vom Arbeiter- und Soldatenrat festzuhalten. Er legte ihm zu diesem Zwecke eine Reihe von Leitsätzen vor. Darin wurde ausgesprochen, daß der Wirtschaftsrat eine im Gefolge der Revolution entstandene Körperschaft darstelle und seine Maßnahmen der Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates für Wirtschaft und Industrie zur Prüfung und Begutachtung vorzulegen habe; die Ratskommission sollte dann in allen Fällen die erforderlichen Schritte in die Wege leiten. Für jeden Betrieb mit über 20 Arbeitern war ein Arbeiterrat vorgesehen; Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten sollten sich mit gleichartigen Betrieben zwecks gemeinsamer Wahl eines Betriebsrates zusammentun, unständige Arbeiter unter sich Berufsgruppen bilden und Arbeiterräte wählen. Das aktive Wahlrecht besaßen nach dem Entwurf alle über 16 Jahre, das passive Wahlrecht alle über 20 Jahre alten Beschäftigten, die das Wahlverfahren selbständig ordneten. Der Arbeiterrat sorgte für den geregelten Gang des Betriebes, kontrollierte seine Geschäftsführung nach der sozialen, technischen und kaufmännischen Seite und regelte mit der Betriebsleitung die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Hinzuziehung der bestehenden Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Kam eine Vereinbarung nicht zustande, so war die sozial-

politische Kommission des Arbeiter- und Soldatenrates anzurufen, die unter Beiziehung von Sachverständigen beider Parteien endgültig entschied. Im übrigen übten die Betriebsräte die ihnen vom großen Arbeiterrat übertragenen Funktionen aus und durften hierin weder von den Betriebsleitungen noch von den Behörden irgendwie behindert werden. Der Große Arbeiterrat ordnete und umgrenzte sein Tätigkeitsfeld und den Kreis seiner Rechte selbst, eine Bestimmung, die es ihm ermöglicht hätte und nach der Absicht der Urheber des Entwurfes auch ermöglichen sollte, jederzeit und in vollem Umfange die politischen Funktionen der Exekutive zu übernehmen. Die Beratung über den Entwurf zog sich geraume Zeit hin und erledigte sich zuletzt von selbst, als die Macht des Rates schwand und er nicht mehr die Kraft besaß, die Ausführung des Entwurfes durchzusetzen.

Wie sich von selbst verstand, nutzte auch die Arbeiterschaft des Städtegebietes die Revolution nach Kräften aus, um ihre Lebenshaltung zu steigern und sie dem Stande vor dem Krieg nach Möglichkeit zu nähern. Gestützt auf jene Bekanntmachung über den Achtstundenarbeitstag und den möglichst raschen Abbau der Akkordarbeit gelang es den Werften, wo sie hauptsächlich in Betracht kam, die Akkordarbeit praktisch zu beseitigen, wie sehr sich auch die Unternehmer um ihre Wiedereinführung bemühten. Um die Zahlung der Löhne für die Demonstrationstage zu erzwingen, verfügte der Rat sogar die Sperrung eines Betriebes, die Verhaftung des Besitzers und die Beschlagnahme seines Bankguthabens. Wiederholt griff der Rat zugunsten der Seeleute ein, um für sie über den zwischen dem Seemannsverbande und den Reedern neu vereinbarten Tarif hinaus höhere Heuern zu erwirken. Beim Streik der Klempner drückte er auf die Innung und setzte die Anerkennung der Forderungen der Gesellen durch. Kurz: er unterstützte die Lohnbewegungen mit seinem vollen politischen und moralischen Ansehen. In Verhandlungen der Sozialpolitischen Abteilung mit den Werftbesitzern wurden diese daran erinnert, wie sie bisher die politische Macht zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil benutzt hätten und ihnen bündig erklärt, die Arbeiterklasse tue nunmehr das gleiche; sie wende auf das Arbeitsverhältnis ihre eigenen Rechtsgrundsätze an, ohne sich daran zu kehren, ob das Großunternehmertum, das selber niemals nach dem Rechtsempfinden der Arbeiter gefragt

habe, darin vielleicht ein Unrecht erblicke. Gerade aus diesen Bewegungen erwuchs jene Stellung der sozialpolitischen Abteilung, die die bisher ausschlaggebenden Mittel in der Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum, den Streik und die Verhandlung von Organisation zu Organisation, ausschaltete, um sie durch völlig neue Methoden, das Rechtsverfahren vor dem Rat, dem Organ der politischen Gewalt der gesamten — organisierten wie nicht organisierten — Arbeiterklasse, zu ersetzen. War der Rat auch nicht in der Lage, in aller Form eine Diktatur auszuüben, handelte es sich auch nur um eine auf den bürgerlichen Staatsapparat sich stützende Herrschaft, so schaltete er doch die alten Verhandlungs- und Kampforgane in erheblichem Umfange und an den politisch entscheidenden Punkten aus, um aus ihnen Organe der Ratspolitik zu machen. In einem späteren Stadium der Dinge, bei dem über eine Woche währenden Streik der Straßenbahn- und Hochbahnangestellten zeigte sich augenfällig auch vor der Oeffentlichkeit, welche Bedeutung eine nachdrückliche Handhabung der politischen Macht für die Erfüllung wirtschaftlicher Forderungen der Arbeiterklasse besaß, vermochte doch der Rat nicht mehr, die öffentliche Kalamität rasch zu beheben, noch die Wünsche der Arbeiter in einem diese befriedigenden Umfange durchzusetzen, noch das Publikum vor einer neuen und starken Erhöhung der Fahrpreise zu schützen.

Eine der bedeutsamsten Aufgaben des Rats bestand in der Regelung des Sicherheitswesens. Man bildete Wachtkompagnien aus Mannschaften der Kasernen, während die Ungeeigneten zu den vorhandenen Garnison-, Arbeits- oder Sammelkompagnien versetzt wurden. Außer Verpflegung und ihren militärischen Gebührnissen erhielten sie eine Zulage von 3 Mk. täglich, wie sie den im Polizeidienst bereits verwandten Mannschaften zustand. Ihre Stärke sollte die Kopfzahl von 2400 Mann nicht übersteigen. Im Anfange entwickelten sich recht bedenkliche Zustände: setzten die Sicherheitsmannschaften doch die Kommission für Polizei und Sicherheitswesen in aller Form im Stadthaus fest, weil sie nicht länger mehr auf die Regelung ihrer Stellung und die Erfüllung geäußerter Wünsche warten wollten. Durch rasche Entlassungen gelang es, des Uebels Herr zu werden. Auch die auftauchenden Werbungen für die Freikorps ließ der Rat zunächst nicht zu. Desgleichen verfügte er die Auflösung der Jugendwehr.

Bei seiner auf die Inangriffnahme der Sozialisierung gerichteten allgemeinen Politik übersah der Rat nicht, daß die Stellung Hamburgs im Reich einer völligen Neuordnung unter erheblicher Vergrößerung seines Gebietes bedurfte. Durch preußisches Gebiet völlig eingeschnürt, besitzt die Stadt nicht nur keine genügende Bewegungsfreiheit zur Erweiterung ihrer Industrie und zur Durchführung eines großzügigen Siedelungswesens: sie verfügt nicht einmal über hinreichendes Gelände zum Ausbau ihres Hafens, während schon die der Stadt obliegende Elbregulierung ein volles Verwaltungsrecht über die Uferstreifen bis zur Mündung bedingt. Die Verwaltungstrennung zwischen Hamburg, Altona und Wandsbek, engherziger partikularistischer Politik entspringend, läßt bei allen großen Anlagen wie Schnellbahnen, Bebauung, Kanalisation, Beleuchtungswesen die Unwirtschaftlichkeit des alten Systems und die schweren Hemmungen, die es der Ausdehnung des »Gemeindesozialismus« in den Weg legt, hervortreten. Es herrschte denn auch im Rate allgemein die Auffassung vor, daß das hamburgische Gebiet erweitert werden müsse. Bei der Verwirklichung dieser Absicht fiel freilich wesentlich ins Gewicht und hing viel davon ab, ob Deutschland eine einheitliche Republik werden würde oder die Bundesstaaten in der alten Ausdehnung bestehen blieben. Als die Vertreter Hamburgs auf der Ende November in Berlin tagenden Staatenkonferenz ihre »Annexionsabsichten« freimütig äußerten, scheuchten sie einen ganzen Hühnerhof auf, und besonders der preußische Minister Hirsch versagte es sich nicht, gegen die vermeintlich geplante Losreißung preußischer Gebiete Einspruch zu erheben. Immerhin nahmen damals die Delegierten noch die Ueberzeugung mit zurück, daß Hamburg mit Hilfe der Reichsorgane die unerläßliche Vergrößerung seines Gebietes in kurzer Zeit und ohne erhebliche Schwierigkeiten erreichen werde, eine Hoffnung, die freilich täuschen sollte.

Anfang Dezember tagte in Hamburg eine vom Rat berufene Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der weiteren Umgebung, um zu der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes an der Niederelbe, mit dem Schwerpunkte in Hamburg, eines Großhamburg, Stellung zu nehmen. Nachdrücklich wurden die Befürchtungen zurückgewiesen, als ob Hamburg die Reichseinheit gefährden wolle; vollends könne nicht davon die Rede sein, daß gewaltsame Angliederungen be-

absichtigt seien. Wenn in den Ratssitzungen das Verlangen hervorgetreten war, die politische Gewalt des Rates auf Altona und Wandsbek auszudehnen und die Aufsicht über diese Städte durch Kommissare auszuüben, so hatten doch diese übrigens beiläufig geäußerten Ansichten keinen Anklang gefunden. Hinsichtlich der Grenzen des künftigen Wirtschaftsgebietes wurden auf jener Konferenz weder Vorschläge vorgelegt noch Beschlüsse gefaßt. Doch ging wohl die Meinung der überwiegenden Mehrheit im Rat dahin, daß es sich empfehle, den sogenannten Elbschlauch, einen nicht zu schmalen Uferstreifen zu beiden Elbseiten von Hamburg bis zur Strommündung, dem hamburgischen Gebiet anzugliedern. Die Konferenz sprach sich für die Schaffung eines Selbstverwaltungsbezirkes Großhamburg aus und beauftragte den Hamburger Rat, die erforderlichen Schritte im Einvernehmen mit den Ortsbehörden und den in Frage kommenden Arbeiter- und Soldatenräten in die Wege zu leiten. Dem Hamburger Rat gebührt jedenfalls das Verdienst, die Angelegenheit in Fluß gebracht und Verhandlungen mit der Reichsregierung angebahnt zu haben. Der später eintretende Zerfall seiner Macht legte die Fortführung der Verhandlungen in die Hände des Senates.

Erfolgreicher wirkte der Rat auf dem Gebiete der Schule und des Unterrichtes. Er forderte eine Reihe von Professoren zu Vorschlägen auf, um die Universitätsfrage zu erledigen und die Hamburger Universität zu verwirklichen, ein Plan, der allerdings nicht über das Stadium der ersten Beratungen hinausgediehen ist. Das seit fünf Jahren fertiggestellte Fortbildungsschulgesetz, dessen Durchführung bis jetzt der Krieg sowie Mangel an Lehrkräften verhindert hatte, setzte er mit erheblichen Verbesserungen in Kraft. Seine Schulkommission trat in Verhandlungen mit dem Lehrerrat ein zwecks Um- und Ausgestaltung des gesamten hamburgischen Schulwesens im Sinne der Einheitsschule. Er beseitigte den Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten und hob mit Rückwirkung vom 1. Januar 1919 ab die bestehenden Gesetze und Senatsverordnungen über die Veranlagung von Kirchensteuern auf, die damit Sache der Religionsgemeinschaften selber wurde. Auch den Austritt aus der Kirche vereinfachte er außerordentlich, indem zur Abgabe der Erklärung das vollendete 14. Lebensjahr be-

rechtigte und zu ihrer Rechtsgültigkeit fortab die schriftliche oder mündliche Erklärung vor dem Standesamt genügte.

Auch das Bau- und Wohnungswesen zog der Rat früh in den Kreis seiner Erörterungen. Er empfahl, daß der Staat alle erreichbaren Baumaterialien aufkaufen möge, und regte an, besondere Maßnahmen zur Verhinderung der Bodenspekulation zu treffen.

Die Ausübung des Souveränitätsrechtes durch den Rat war eine unbestrittene. An Stelle des Senates begnadigte er einen zum Tode verurteilten Raubmörder zu lebenslänglichem Zuchthause. Bei ihrer Heimkehr begrüßte er die Truppen als Vertreter des Staates und nach ihm erst kam der Senat als Vertreter der Stadt zum Wort. Er bestimmte, daß bei offiziellen Anlässen außer der Revolutions- und der Hamburger Flagge auf den öffentlichen Gebäuden die Reichsfarben nicht gezeigt werden dürften. Mehrfach machte er von dem ihm gegen die Beschlüsse des Senates und der Bürgerschaft zustehenden Vetorecht Gebrauch. Als Vertreter des Staates entsandte er seine Vertreter auf die von der Reichsregierung in der zweiten Hälfte des November berufene Staatenkonferenz. Freilich traten schon bei der Beratung über diese Delegation im Rat jene Gegensätze schärfer hervor, die schließlich seine politische Macht untergraben sollten.

Da voraussichtlich auf der Staatenkonferenz auch die Frage der konstituierenden Versammlung erörtert werden würde, kam es zu einer Aussprache über die Stellung, welche die hamburgischen Vertreter in dieser Frage einnehmen sollten. Die Rechtssozialisten lehnten ein Räteregiment ab und verlangten schleunigste Berufung der Konstituante. Die Anhänger der U.S.P. stimmten ihnen im Prinzip zu, wünschten aber den Zusammentritt der Konstituante möglichst weit hinausgeschoben zu sehen, um den heimkehrenden Truppen die Wahlbeteiligung zu ermöglichen, die Frauenwelt besser aufzuklären und die Erfolge der Revolution durch Inangriffnahme der Sozialisierung zunächst zu sichern. Einer ihrer Redner meinte gar, die Tage der Sowjetregierung seien gezählt und es werde das im Interesse der Revolution geschlossene Kompromiß der drei Fraktionen gewiß nicht vorhalten, wenn eine davon sich gegen die Konstituante erkläre. Demgegenüber betonte der Vertreter des kommunistischen Flügels, daß die politische Macht an die Arbeiterklasse gefallen sei, ohne daß die Arbeiterklasse der gegebenen Sachlage nach eine

Diktatur ausüben könne. Es verhindere dies schon der Umstand, daß die Revolution wesentlich auch durch die Armee und hier zum Teil unter Führung oder doch unter ausschlaggebender Mitwirkung bürgerlicher Elemente durchgeführt worden sei. Wolle man die Revolution in geordneter Weise fortführen und doch die politische Macht der Arbeiterklasse sichern, wolle man der Verschärfung der Klassengegensätze und vielleicht gar dem Bürgerkrieg vorbeugen, so biete sich dazu nur ein Weg. Gefahr drohe sowohl von rechts wie von links. Von links insofern, als bei dem Versuch, einer sozialistischen Neuordnung auszuweichen und die kapitalistische Ordnung wieder herzustellen, der Einfluß syndikalistischer und anarchistischer Elemente und damit auch die Gefahr bewaffneter Putsche wachse. Von rechts insofern, als die Wiederherstellung des Kapitalismus mit der Bewaffnung des Bürgertums Hand in Hand gehen werde. Um beiden Möglichkeiten und dem notwendig daraus entstehenden Bürgerkrieg vorzubeugen, müsse einerseits an der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse in vollem Umfange festgehalten werden, um die Sozialisierung zu sichern; auf der anderen Seite aber müsse dem Bürgertum die Möglichkeit gewährt werden, entsprechend seiner zahlenmäßigen Bedeutung Gang, Art und Form der Sozialisierung mit zu beeinflussen. Die Berufung einer Konstituante bedeute grundsätzlich die Infragestellung der politischen Macht der Arbeiterklasse und führe zur Wiederherstellung der politischen Macht der Bourgeoisie, wenn die Arbeiterschaft nicht als Klasse geschlossen und einig in den Wahlkampf gehe. Zur Konstituante, nach der die Bourgeoisie förmlich schreie, dürfe daher nicht greifen, wer an der politischen Macht der Arbeiterklasse festhalte. Wohl aber könne man neben das Herrschaftsorgan der Arbeiterklasse, neben einen Zentralrat der Räte, ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Parlament stellen, das unter der Kontrolle der Arbeiterregierung und mit festumrissenen Befugnissen dem Bürgertum einen gewissen Spielraum gewähre und es ihm ermögliche, beim Fortgang der Sozialisierung seine Interessen zur Geltung zu bringen. Der Gedankengang, der auch auf der Staatenkonferenz angedeutet wurde, wenn schon sich dort keine Gelegenheit bot, ihn ausführlich darzulegen, fand im Rat so gut wie keinen Anklang. Vielmehr standen sich die gegensätzlichen Parteiauffassungen unvermittelt gegenüber in einer Frage, die nicht nur

eine Frage des einfachen Gegensatzes von Arbeiterklasse und Bourgeoisie war, sondern die Frage der Macht für die Arbeiterklasse selbst: und Apparat und Struktur der alten Organisationen machten in ihnen das Ringen um die Führung und Stellung der Klasse zu einer Frage der Macht für die Leitung und der Anstellung für die Person des Führers.

So mußte der Gang, den die Dinge im Reich nahmen, eine üble Rückwirkung auf die politische Stellung des Hamburger Rates auslösen. Die politische Alleinherschaft der Arbeiterklasse trat im Vierstädtegebiet schärfer hervor denn irgendwo sonst und weit schärfer denn bei der Reichsregierung, die von Anbeginn an der Koalition mit der Bourgeoisie festhielt. Folgte das Reich nicht nach, entwickelte die Revolution sich dort rückwärts statt vorwärts, dann wurden die Voraussetzungen für die Politik des Rates zerstört. Und dies letztere trat ein. Bald und zumal nach dem ersten Rätekongreß setzte unter den Fraktionen des Rates ein scharfes Ringen um seine Macht und Machtgrundlagen ein. Wie im Reich drehte auch in Hamburg die rechtssozialistische Führung das Steuer bewußt nach rückwärts.

Während die Politik des Rates darauf hinausging, die bürgerliche Verwaltung einer immer schärferen Kontrolle zu unterwerfen und sich selbst als die leitende Spitze organisch in sie einzuschalten, ernannte im Widerspruch zu dieser Politik die alte Partei in Altona vier Senatoren. Im Gewerkschaftskartell erfolgte ein scharfer Vorstoß gegen die Zusammensetzung des Rates; es wurde auf das Nachdrücklichste seine sofortige Neuwahl verlangt, die das bisher Errungene in Frage stellen mußte und offensichtlich den Zweck verfolgte, die Ratspolitik zu durchkreuzen und ihre völlige Neuorientierung herbeizuführen, ein Vorstoß, der um so bemerkenswerter war, als um dieselbe Zeit die Bürgerschaft zum ersten Male wieder zusammentrat. Gleich in der ersten Sitzung sollte nun von ihrem Vorstand ein von allen Fraktionen unterstützter Antrag eingebracht werden, wonach zwar Hamburg ein Wahlrecht erhielt, wie es der Verordnung des Rates entsprach, aber die Wahlrechtsvorlage zwischen Senat und Bürgerschaft vereinbart wurde. Das Manöver lief auf den Versuch hinaus, Senat und Bürgerschaft in die alte gesetzgebende und damit in die alte politische Gewalt wieder einzusetzen. Der Vertreter des Senates gab in den gepflogenen Besprechungen zu, daß es sich im Grunde um die Aufrollung der Machtfrage handle

und hielt den Vorstoß für unzeitgemäß. Aber die alte Partei ließ sich auf die Sache ein, wenn sie an dem Antrage auch eine kleine Aenderung vornahm, die zwar die Bürgerschaft als politischen Faktor ausgeschaltet, aber desto sicherer den Senat als solchen wieder eingeschaltet hätte. Der Kampf endete rasch mit einer unzweideutigen Niederlage der Bürgerschaft und die politische Souveränität des Rates wurde nur desto schärfer unterstrichen, als der Vorsitzende in jener ersten Sitzung im Auftrage des Rates lakonisch mitteilte, daß die politische Gewalt infolge der Revolution auf den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen sei, Senat und Bürgerschaft als politische Körperschaften ausgeschaltet wären, beide lediglich als kommunale und Verwaltungskörperschaften fortbestünden und der Rat als selbstverständlich annehme, daß die damit eingetretene Verteilung der Zuständigkeiten von der Bürgerschaft ebenso anerkannt werde, wie sie vom Senat anerkannt sei.

Inzwischen waren auch im Soldatenrat wesentliche Veränderungen vor sich gegangen. Er hatte, um die Parität mit dem Arbeiterrat herzustellen, aus eigener Machtvollkommenheit seine Vertreterzahl von 15 auf 30 erhöht, und die Vertreter der alten Partei und der Gewerkschaften wußten die Umwälzung und die damit anhebende Rührigkeit des bürgerlichen Elements geschickt zu benutzen, um im Soldatenrat festen Fuß zu fassen und ihn zu einer sicheren Machtposition für sich auszubauen. Klar trat die veränderte Sachlage in die Erscheinung bei der Behandlung der Frage der Volkswehr. Die mit ihrer Durchführung betraute Kommission des Rates legte Richtlinien vor, wonach die Wehr sich aus überzeugten Anhängern der drei sozialistischen Gruppen zusammensetzen solle: unbeschadet der politischen Ueberzeugung des einzelnen dürfe sie kein Werkzeug für eine einzelne sozialistische Fraktion und ihrer Politik bilden. Als Organisation unabhängig vom Sicherheitsdienst, den sie in besonderen Fällen zu ergänzen hatte, sollten ihre Mitglieder ihre Waffen im Hause behalten und grundsätzlich für ihren Unterhalt auf den bürgerlichen Erwerb angewiesen sein. Die Wehr unterstand der Zentralregierung, doch blieben der Territorialregierung alle Rechte hinsichtlich der Kommandogewalt vorbehalten, die zur Durchführung der eigentlichen Aufgabe der Wehr, die Revolution zu sichern, nötig waren. Die Annahme der Entschließung scheiterte an dem Widerspruch der Vertreter der alten Partei

und der Führung des Soldatenrates und beide vermochten es, daß der Entwurf dem Soldatenrat zur weiteren Erledigung überwiesen wurde. Wie die Dinge bereits lagen, war damit die Volkswehr für Hamburg beseitigt, was in einem Protest des kommunistischen Flügels des Rates und der Vertreter der U.S.P. offen ausgesprochen wurde.

Dies war die Lage, als der erste Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin zusammentrat. Der Versuch, die Hamburger Delegation als geschlossene Vertretung des Rates zusammenzuhalten, scheiterte; ein Teil der Vertreter des Soldatenrates sowie die Vertreter der alten Partei sonderten sich von den übrigen Delegierten ab. Da es auf dem Kongreß eine kommunistische Fraktion nicht gab und der radikale Flügel des Rates sich keiner der beiden anderen sozialistischen Gruppen anschließen mochte, bildete er angesichts des durch die beschlossene Geschäftsordnung mittelbar eingeführten Fraktionszwanges eine selbständige Fraktion der geeinten revolutionären Arbeiter und Soldaten, die es verheißungsvoll auf 24 Mitglieder brachte. Der dem Kongreß vom kommunistischen Flügel im Einklang mit der Hamburger Ratspolitik unterbreitete Antrag lautete: »Das revolutionäre Proletariat, vereint mit der revolutionären Armee warf die alten Gewalten zu Boden. Durch den siegreichen Ausgang der Erhebung fiel die oberste Macht den Arbeiter- und Soldatenräten zu. Als Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte in ganz Deutschland ergreift der Kongreß Besitz von der politischen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung. Als Träger der Souveränität des Reiches hat er das Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber jeder Exekutive. Der Kongreß verlangt das sofortige Ausscheiden der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Er wählt eine Kommission, die ihm über die Ersetzung der ausscheidenden Regierungsmitglieder Vorschläge unterbreitet.« Infolge seiner geschäftlichen Behandlung gelangte der Antrag erst am letzten Tage zur Beratung, als der Kongreß sich durch den bekannten Antrag Lüdemann bereits gebunden hatte, der Antrag somit hinfällig geworden war.

Gegenüber den auseinanderstrebenden Tendenzen, die sich im Rate selbst bemerkbar machten, gab die Leitung des Rats die Parole der Einigung der gesamten Arbeiterklasse aus zur Sicherung und zum Ausbau der Revolution und ihrer Errungenschaften. Dabei kam ihr ein Putschversuch nicht ungelegen,

den mehrere frühere Mitglieder des Rats und der Presseabteilung im Vereine mit bürgerlichen Redakteuren, Finanzkreisen und Politikern gegen den Rat unternahmen, eine Aktion, von der auch mehrere Redakteure des Echo wußten, was sie bei ihren Verhören unterschriftlich bestätigen mußten. Die Putschisten wollten vierzehn Ratsmitglieder in ihren Wohnungen als Geiseln aufheben, um sie im Falle einer revolutionären Gegenaktion, wie es in einem Flugblatte hieß, erschießen zu lassen. Auf Grund eines vorher im Rat festgelegten Schriftsatzes wurde in den aus diesem Anlaß anberaumten Versammlungen verlangt und beschlossen, daß die Wachmannschaften, um der Sammlung der Kräfte der Reaktion entgegenzuwirken, sich lediglich aus überzeugten Anhängern der Revolution zusammensetzen und alle Waffen- und Munitionsdepots sich nur in der Gewalt zuverlässiger Truppen befinden sollten, ferner daß der Siebener-Ausschuß des Obersten Soldatenrates als Inhaber der Kommandogewalt nur aus zuverlässigen Revolutionären bestehen dürfe. Ueberdies wurde das Tragen von Offiziersrangabzeichen und Uniformen verboten, die Entwaffnung sämtlicher Offiziere verlangt und die Soldatenräte für die Zuverlässigkeit der Truppenteile verantwortlich gemacht. Offiziere durften nur Mitglieder von Räten sein, soweit sie von der Mehrheit ihrer Formation gewählt und als überzeugte Anhänger der Revolution bekannt waren, Forderungen, die näher ausgearbeitet und modifiziert, vom ersten Rätekongreß angenommen und als die sieben Hamburger Punkte bekannt geworden sind. Zur Anbahnung der politischen Einheit und zur Propagierung der Ratspolitik in der Oeffentlichkeit sollte in Anlehnung an die ersten Maßnahmen der Revolution das »Hamburger Echo« in den Dienst der Ratspolitik gestellt werden. Als die Hamburger Formationen die Bestimmung wider die Rangabzeichen der Offiziere auf alle Rangabzeichen ausdehnten, setzte sofort eine Gegenaktion namentlich der Chargierten der unteren Grade ein.

Die Einigungsparole förderte zwar in der Arbeiterschaft das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, war ja ihr tiefster Sinn, zu verhüten, daß die Angehörigen der Arbeiterklasse unter keinen Umständen und um was für politischer Zwecke willen sich wider einander bewaffnen und jemals aufeinander schießen sollten. Und diesen Zweck hat die Parole in vollem Maße erfüllt. Auch drängte sie die Anhänger der alten Partei und der Un-

abhängigen Sozialdemokratie nach links, während sich, wenn die Parole sich nicht durchsetzte, das Gefüge der aus zwei widerstrebenden Flügeln bestehenden U.S.P. lockern mußte. Im allgemeinen freilich konnten die damals zur Herstellung einer einheitlichen Organisation in Hamburg gepflogenen Verhandlungen nur der Zukunft das Feld bereiten, während die Richtung der Gesamtentwicklung sich deutlich in der Tatsache abhob, daß die für einen Zusammenschluß der Organisationen aufgestellten Grundsätze durchaus im Sinne des kommunistischen Flügels lagen. Die vollzogene Revolution habe einen neuen Boden geschaffen, auf dem der Zusammenschluß der revolutionären Arbeitermassen erfolgen könne. In der Revolution müßten künftig Politik, Taktik und Organisation der Arbeiterklasse wurzeln. Das Würzburger Programm sei durch die Revolution erledigt. Den Ausgangspunkt habe das Erfurter Programm mit seinem Grundsatz der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Klassenkampfes zu bilden, wobei zu berücksichtigen bleibe, daß es in einer Reihe von Beziehungen überholt sei. Da der alte Organisationsapparat nicht mehr dem Stande der gesellschaftlichen Entwicklung und den politischen und taktischen Bedürfnissen der Arbeiterklasse entspreche, bedürfe es eines neuen Programmes und einer neuen Organisation, die den Bedingungen der Revolution gerecht würden und Sicherheiten dagegen gewährten, daß fortab der Wille der organisierten Mitgliedschaft sich nicht nur gegenüber der Leitung durchsetzen könne, sondern die Politik und die Taktik der Bewegung auch wirklich ausschlaggebend bestimme.

Aber just dieser immerhin bedeutsame Erfolg der Einigungsparole verschärfte die Gegensätze in der Führerschaft, zumal als nach dem ersten Rätekongreß die Vorstöße wider die Kommandogewalt der Soldatenräte einsetzten, Vertreter der Berliner Regierung und der Gewerkschaften aus ihrer Abneigung gegen die Arbeiterräte kein Hehl mehr machten und an der Ernsthaftigkeit ihrer Absichten, die Sozialisierung anzubahnen, nur zu berechtigte Zweifel entstanden. Als sich dann die Lage in Berlin rasch verschärfte, riefen revolutionäre Obleute der Hamburger Betriebe zu einem Sympathiestreik auf, der zu einer Demonstration gegen die rechtssozialistische und gewerkschaftliche Führung wurde. Sie forderten Sozialisierung vor allem der Großbetriebe, Sicherung des Achtstundentages und auskömmliche

Löhne, vollen Abbau der Akkordarbeit sowie Beseitigung der Wucherpreise. Eine an den Rat entsandte Deputation brachte die Mitteilung mit, daß Streikende das Gewerkschaftshaus besetzt und mit der Schließung der Bureaus begonnen hätten; sie verlangte vom Rat die Durchführung und Sicherung dieser Maßnahmen. Um nun die Unversehrtheit von Haus und Eigentum zu gewährleisten, erklärte der Vorsitzende des Rates im Beisein eines Bruchteils der Mitglieder — soviel Mitglieder, wie zu einer Sitzung erforderlich waren, ließen sich bei der Raschheit, womit gehandelt werden mußte, nicht zusammenbringen —, daß er den Wünschen vorläufig entsprechen und die erforderlichen Maßnahmen veranlassen werde. Die Bureaus des Gewerkschaftshauses wurden daher zunächst geschlossen und der Rat übernahm die Gewähr für ihre Sicherheit. Aber die Anordnung führte im Rat zu den denkbar schärfsten Auseinandersetzungen. Der rechte Flügel begehrte leidenschaftlich gegen sie auf und der Siebener-Ausschuß beschloß, das Gewerkschaftshaus von drei Kompagnien säubern zu lassen, wagte jedoch bei den schwerwiegenden Folgen, die das Anrücken der Truppen haben konnte, nicht die Ausführung.

Die Debatte im Rat spitzte sich trotz ihrer scharfen Formen sofort grundsätzlich auf die Frage des Verhältnisses von Rätesystem und Gewerkschaften zu. Den Rechtssozialisten, die an den alten Befugnissen und dem alten Rechtskreis der Organisationen festhielten, wurde entgegengehalten, daß die Revolution nicht abgeschlossen sei und ihre grundlegende Wirksamkeit im Ausbau des Rätesystems liege. Zunächst eine Organisation der Betriebe, die diese der Kontrolle der Arbeiterschaft unterstelle, sei das Rätesystem darüber hinaus ein neuer Gedanke zum Aufbau der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft, zugleich aber auch die Vollendung der Organisation der Arbeiterklasse, die diese nach der politischen und wirtschaftlichen Seite umschließe, die die Einheit der Klasse in sich verkörpere und das Mittel zur Ausübung ihrer Herrschaft darstelle, die aber, wie sie der alten Gesellschaftsordnung widerspreche, so auch mit der politischen und wirtschaftlichen Organisationsform nicht vereinbar sei, welche sich die Arbeiterklasse auf der Grundlage und zum Kampfe mit der kapitalistischen Gesellschaft geschaffen habe. Grundsätzlich und praktisch gehe mithin das Rätesystem über den politischen und gewerkschaftlichen Apparat der vorrevolutionären Zeit hinaus.

Die Demonstration, die sich heute abspiele, und die dieses Bewußtsein in die Massen tragen wolle, sei, darüber solle man sich durch die Begleiterscheinungen nicht täuschen lassen, der Anfang einer neuen Aera des Kampfes auch für Hamburg. Der Rat nahm zuletzt eine Entschließung an, die angesichts der Zweideutigkeit ihrer Politik den Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske verlangte, zum Ausbau des Rätesystems in den Betrieben aufforderte und den Rat als die entscheidende Instanz in allen gewerblichen Angelegenheiten ansprach. Zur Durchführung des letzten Teiles der Verfügung sei ein Revolutionstribunal zu schaffen. Der Rat, so hieß es ferner, sei die oberste und erste Instanz der Hamburger Arbeiterschaft, der sich die gewerkschaftlichen Organisationen unterzuordnen hätten. Die aus diesen Grundsätzen sich ergebenden Einzelheiten würden von einer Kommission geregelt werden, deren Zusammensetzung weiterer Beschlußfassung vorbehalten blieb.

Da es am gleichen Abend vor dem »Hamburger Echo« zu Ausschreitungen gekommen war, wobei in den Parterreräumen übel gehaust wurde, verfügte der zur Beschwichtigung der Menge hingeeilte Vorsitzende des Rates die Schließung des Gebäudes und verbot vorläufig das weitere Erscheinen des Blattes, um neuen Zwischenfällen vorzubeugen, zumal unter die Menge sich offensichtlich provokatorische Elemente in großer Zahl gemischt hatten. Die Maßnahme wurde der Parität halber auf das zweite am Orte erscheinende sozialistische Organ, das Blatt der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, ausgedehnt und vom Rat nachträglich gebilligt. Eine sofort niedergesetzte Kommission sollte darüber befinden, unter welchen näheren Umständen das »Echo« weiter erscheinen würde. Sie bestimmte, daß die anläßlich des Putsches ins Auge gefaßte und von den Volksversammlungen beschlossene Maßnahme nunmehr durchzuführen und das Blatt durch eine paritätische Besetzung der Redaktion zu einem Ratsorgan zu machen sei. Dabei verstand es sich nach der Meinung der Kommission von selbst, daß das Blatt der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gleichfalls sein Erscheinen einzustellen habe, womit die Einheit auf dem Gebiete der Presse durchgeführt und in weiterer Folge auch die Geschlossenheit der politischen Organisation gewährleistet gewesen wäre. Ehe es jedoch zur Durchführung der Maßnahme kam, wurde sie durch die Verhaftung des Vorsitzenden des Rates, den Sicherheits-

mannschaften aus dem Rathause unter bedrohlichen Anzeichen gewaltsam als Gefangenen fortführten, verhindert, während der Soldatenrat zugleich eine starke Besetzung in das »Echo« legte, um es gegen die Durchführung des Beschlusses zu sichern.

Die alte Partei veranstaltete infolge der Vorgänge eine große Demonstration, die am 11. Januar dieses Jahres stattfand. Die Durchführung eines Ratsbeschlusses war durch das Dazwischentreten der bewaffneten Macht im Interesse einer einzelnen Partei verhindert worden. Die Verhaftung des Vorsitzenden aber mußte nach einigen Stunden Haft auf Verlangen des Rates rückgängig gemacht werden. Wollte man nicht offen die Diktatur des Soldatenrates über den Arbeiterrat proklamieren und für die nächste Zeit zu einer dauernden Praxis machen, so blieb nur ein Weg: die Beseitigung des Arbeiterrates und seine Wiederwahl auf Grundlagen, die eine bessere Zusammensetzung im Sinne der Rechtssozialisten gewährleisteten. Es sollte denn auch der Arbeiterrat zur Abdankung gezwungen werden. Im Auftrag einer vor dem Rathaus versammelten und den weiten Rathausplatz ausfüllenden Menschenmasse — hielten doch die großen Geschäfte ihre Räume geschlossen, während ihre Angestellten stellenweise sogar zur Teilnahme an der Demonstration geführt wurden — erschien eine Deputation im Rathause mit der Frage, ob der Arbeiterrat zur Abdankung gewillt sei. Es wurde ihr bedeutet, daß der Rat an und für sich zu jeder Zeit zum Rücktritt bereit sei, daß der Rücktritt selber jedoch einzig und allein der Entscheidung des Großen Arbeiterrates unterliege und ohne dessen Mitwirkung unter keinen Umständen erfolgen werde; es bleibe der Deputation überlassen, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat gegen den ganzen Arbeiterrat Gewalt zu gebrauchen, wie vor wenigen Tagen gegen seinen Vorsitzenden Gewalt angewendet worden sei. Auch als darauf der draußen harrenden Menge die Absetzung des Arbeiterrates vorgeschlagen und von ihr in diesem Sinne beschlossen wurde, bezeigte sich die oppositionelle Mehrheit des Arbeiterrates nicht willfähriger. Nach neuen stürmischen Debatten begnügte sich die Abordnung mit einer Erklärung, in der sie zunächst die Notwendigkeit des Rätesystems und seines Ausbaues anerkannte, gegen das der Vorstoß sich im Grunde gerichtet hatte, während der Rat zusagte, es solle dem Großen Arbeiterrat die Frage der Neuwahl der Exekutive auf Grund des parteipolitischen Verhältniswahlsystems

an Stelle des parteilosen Betriebswahlsystems zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Wie vorauszusehen war, lehnte es der Große Arbeiterrat ab, darauf einzugehen. Das System der Verhältniswahl wurde auch in Hamburg unmittelbar vor den Wahlen zum zweiten Rätekongreß vom Zentralrat der Räte oktroiert, als es mit der politischen Macht der Arbeiterklasse längst zu Ende war.

So brach denn eine Phase der Diktatur des Soldatenrates an. Nicht nur, daß unter den Sicherheitsmannschaften und Truppen die Auffassung genährt wurde, als ob die linke Gruppe des Arbeiterrates einer Politik der Putsche zuneige. Es ereignete sich eine lange und merkwürdige Reihe von Verhaftungen sogenannter Spartakisten, ohne daß die nicht immer harmlosen Personen mit dem Spartakusbunde das geringste zu tun hatten. Der Siebener-Ausschuß beschloß gar die Verhaftung des Wortführers jener Werftarbeiterdeputation, die die Schließung des Gewerkschaftshauses verlangt hatte, auf Grund völlig haltloser Behauptungen, weil er, ein Russe, angeblich zum bewaffneten Widerstand sowie zur Besetzung des Gewerkschaftshauses aufgefordert habe und im Besitz falscher Papiere sei. Auf Verlangen des auswärtigen Amtes und unter Umgehung des ordentlichen Richters, der ihre Verhaftung ausdrücklich abgelehnt hatte, wurde die Buchhalterin des russischen Konsuls verhaftet und nach Berlin abgeschoben. Mehrere Personen des Stadthauses wurden verhaftet, weil sie dem Sprecher der erwähnten Werftarbeiterdeputation seine sogenannten falschen Papiere in Gestalt eines auf einen anderen Namen lautenden Fahrtausweises ausgefertigt hätten. Ein Willkürregiment, das die Justizkommission des Rates gefliessentlich umging und für das der Vorsitzende dieser Kommission wie auch der Vorsitzende des Rates die Verantwortung nicht weiter tragen wollten, so daß sie unter Abgabe einer öffentlichen Erklärung ihre Aemter niederlegten. Dann kam, was kommen sollte: Die Opposition im Rat gab bei der Neuwahl des Vorsitzenden weiße Stimmzettel ab. Vorsitzender wurde ein Vertreter der Rechtssozialisten. Das auf die neuen Truppenverbände der weißen Garden gestützte Erstarken der Reaktion im Reiche, die auf die Beseitigung der politischen Macht der Räte gerichtete Politik der Regierung und ihre Verordnungen und Erlasse machten die Fortführung der bisher befolgten Ratspolitik in steigendem Maße unmöglich. Daher sollte der neuen

politischen Konstellation Rechnung getragen und derjenigen Fraktion vor der Oeffentlichkeit die Verantwortung zugeschoben werden, in deren Hand ohnehin bei dem allgemeinen Gange der Dinge die Leitung geraten mußte, auch wenn sie nicht, gestützt auf die bewaffnete Macht des Soldatenrates, jederzeit in der Lage gewesen wäre, die Beschlüsse des Arbeiterrates zu durchkreuzen und ihnen ein Veto entgegenzusetzen.

Die neue Leitung trat dem Abbau der politischen Stellung des Rates systematisch näher. Sie faßte sofort eine Neuwahl der Bürgerschaft ins Auge. Nun hatte sich zumal die kommunistische Gruppe der Neuwahl einer Kommunalvertretung nicht nur nicht widersetzt, sondern sie im Anfange der Ratstätigkeit sogar lebhaft befürwortet. Aber die Aktion der alten Partei bezweckte weit mehr, nämlich die Wiedereinsetzung der Bürgerschaft in ihre alte Stellung und ihre alten Rechte. Der Rat, in dem durch Personalveränderungen im Soldatenrat die Rechtssozialisten mehr und mehr den Ausschlag gaben, beschloß zunächst nach längeren Verhandlungen, daß ein Stadtparlament neu gewählt werden und den alten Namen der Bürgerschaft tragen sowie daß zur Wahl alle, die zur Nationalversammlung gewählt hätten, berechtigt sein sollten, sofern sie am Tage der Wahl sechs Monate in Hamburg wohnten. Diesem ersten Beschluß folgte dann der weitergehende, wonach die Bürgerschaft eine gesetzgebende Körperschaft zu sein habe mit politischer Gewalt. Nach dem entscheidenden ersten Paragraphen der vom Rat über die Neuwahl der Bürgerschaft erlassenen Verordnung bestand ihre Aufgabe, außer in der Erledigung der laufenden Angelegenheiten, in der Beratung und Beschlußfassung über eine neue Verfassung und die zu ihrer Ergänzung erforderlichen Gesetze. Ein Antrag, daß die Beschlußfassung nach Maßgabe der Bekanntmachung vom 12. November 1918 erfolgen solle, so daß also dem Rat das Veto gegenüber den Verfassungsbeschlüssen zugestanden hätte und er bis zum Tage ihres Inkrafttretens Inhaber der politischen Gewalt geblieben wäre, wurde abgelehnt. Es scheiterte auch der Versuch, wenigstens eine den neuen Zeitumständen entsprechende Neugestaltung des Senates zu sichern, da der Rat nicht befugt sei, solch weitgehende Verordnungen zu erlassen, vielmehr müsse die Angelegenheit durch ein Notgesetz der neuen Bürgerschaft geordnet werden. Im Grunde entsprachen diese Beschlüsse der Haltung der Reichsregierung, die im Widerspruch

zu früher den Rat nicht mehr als Träger der politischen Gewalt in Hamburg anerkannte. Als eine Vertretung Hamburgs im neuen Staatenhause bestellt werden sollte, betraute sie damit den Senat, ohne daß der merkwürdigerweise auch von den Vertretern der alten Partei erhobene Einspruch des Rates das geringste fruchtete, zielte ja die Politik der Reichsregierung, die sich unter dem Druck revolutionärer Streikwellen zur Erhaltung der Arbeiterräte in den Betrieben hatte verstehen müssen, nur desto konsequenter darauf ab, die Räte allenthalben, wo sie politische Macht ausübten, ebenso auszuschalten, wie sie die Kommandogewalt der Soldatenräte bereits ausgeschaltet hatte.

Der Kampf der Fraktionen erleichterte den reaktionären Kräften auch in Hamburg das Vordringen. Die neue Aera ließ die Werbungen von Freiwilligen unbehindert zu. Entscheidungen des Rates stießen auf den offenen Widerstand der Behörden — nicht zuletzt der Polizeibehörde und der Organe des Soldatenrates — oder wurden vom Unternehmertum stellenweise mit brüsker Rebellion beantwortet. Am schwersten lastete dieser Zustand auf den Entscheidungen der sozialpolitischen Abteilung. Teils schenkte ihnen das Unternehmertum keine Beachtung mehr, teils bestritt es unter Hinweis auf Erlasse der Reichsregierung die Berechtigung zu den getroffenen Maßnahmen, konnte es doch, gestützt auf solche Verordnungen, wieder die reaktionärsten gerichtlichen Schritte selbst gegen die Gewerkschaften in die Wege leiten. Beispielsweise hatte der Textilarbeiterverband die Sperre über eine Firma verhängt und die sozialpolitische Abteilung hatte im Sinne der Organisation entschieden. Die Firma klagte nun auf Aufhebung der Sperre und Erlaß einer Erklärung, daß die vom Verbande aufgestellten Behauptungen unwahr seien: eine konterrevolutionäre Aktion, die sich nicht mehr damit begnügte, den Rat zu treffen, sondern offen zum Angriff gegen die Gewerkschaften überging. Bei der grundsätzlichen Bedeutung des Falles erwog der Rat, ob er sich diesmal zu einem Eingriff in die Rechtspflege verstehen und dem Gericht die Fortführung der Verhandlung verbieten sollte. Es wurde auch ein dahingehender Antrag angenommen und weiter beschlossen, in Berlin durch eine Abordnung vorstellig zu werden. Dem Beschluß konnte jedoch schon deshalb kein Erfolg mehr beschieden sein, weil das Ende des Rates unmittelbar bevorstand.

Namentlich in den letzten Zeiten rächte es sich schwer, daß mehrfache Anläufe, ein besonderes Tribunal zu schaffen, das in allen sich aus der Revolution ergebenden und die Ratsgewalt berührenden Fragen, für die sich in den bestehenden Gesetzen keine Norm fand, urteilen sollte, fruchtlos geblieben waren und den Anordnungen des Rates die Vollstreckbarkeit fehlte. Wo immer die Entscheidungen der Sozialpolitischen Abteilung jetzt von den Unternehmern vor die Gerichte gebracht wurden, entschieden diese, daß die Sprüche der Abteilung der formalen Rechtsgültigkeit ermangelten. Und dabei verblieb es. Wohl wurde ein Entwurf über die Bildung eines Tribunals der Justizkommission zur Beratung und näheren Ausarbeitung überwiesen. Aber es kam zu keinem endgültigen Beschluß, und als gleichwohl ein Tribunal gebildet wurde, legte der Vorsitzende, seines Zeichens ein Amtsrichter, das übernommene Amt nieder, weil das Gericht sich in den Rahmen der Prozeßordnung nicht einfügen lasse.

Bei der Beisetzung Liebknechts in Berlin begnügte sich der Rat mit der Entsendung einer Delegation. Zu einer öffentlichen Proklamation verstand er sich nicht. Inzwischen entbrannte der bekannte Konflikt in Bremen. Die Reichsregierung nahm den Sturz der Bremer Regierung zum Anlaß, um diese Hafenstadt unter ihre Botmäßigkeit zu bringen und eine ihr genehme rechtssozialistische Regierung dahin zurückzuführen. Sie griff damit in den Bereich des IX. Armeekorps ein, ohne das Korps vorher verständigt zu haben, was ihr besonders übel angemerkt wurde, und der Soldatenrat des IX. Korps antwortete mit der Mobilmachung, also der Kriegserklärung. Ein überaus übereilter Schritt, der ohne Vorwissen des Arbeiterrates getan wurde, der die bedenklichsten Folgen zeitigen mußte, wenn dahinter nicht eine entsprechende Macht stand, schlimmer noch, wenn sich das völlige Unvermögen zu militärischen Handlungen herausstellte. Und gerade das letztere war der Fall, da der Hamburger Soldatenrat dem Generalkommando zuerst versteckt, dann offen die Gefolgschaft verweigerte. Das Unheil, das die unter solchen Umständen verlorene Sache in sich barg, war nur abzuwenden, wenn die Arbeiterschaft des Städtegebietes geschlossen auf den Plan trat und die Durchführung der erforderlichen Gegenmaßnahmen sicherte. Der Große Arbeiterrat von Hamburg nahm denn auch eine Entschließung an, die die Bewaffnung der Arbeiterschaft binnen 48 Stunden verlangte, eine

Forderung, deren Durchführung von den militärischen Stellen trotz der kurz bemessenen Frist erwartet werden mußte, da ihnen seit vielen Wochen die Erledigung der Volkswehrfrage übertragen war. Der Arbeiterrat wollte ferner die Anmarschstraßen gesichert, die Lebensmittellager des Freihafens beschlagnahmt und Bremen mit allen militärischen Mitteln unterstützt wissen. Handelte es sich doch bei dem Angriff auf Bremen nicht allein um eine folgerechte Fortführung der Aktion der Militärs gegen eine grundlegende Errungenschaft der Revolution, die Ausübung der Kommandogewalt durch die Soldatenräte und die Beseitigung der sieben Hamburger Punkte, die in den Berliner Kämpfen bereits eine schwere Niederlage erlitten hatten und mit der Niederlage Bremens endgültig erledigt waren: Es drohte auch die völlige Vernichtung der revolutionären Reste des alten Heeres und die völlige Erfassung des neu sich bildenden Heeresapparates durch die alte Generalität.

Daraus schon ergibt sich, wie der politische und militärische Erfolg der Aktion mehr zum Nutzen der Militärs als der Reichsregierung ausschlagen mußte. Das gleiche gilt in vielleicht noch größerem Maße von den möglichen Folgen. Die Regierung hing in der Luft, solange sie nicht Herr der Seeküste war. Gelang es ihr aber, sich hier festzusetzen, so gewann die Militärpartei einen Stützpunkt, wo sie eines Tages — auch in einem Kampfe mit der Reichsregierung selbst — englischen Ententetruppen die Hand reichen kann. Die Absicht des linken Flügels im Rat ging dahin, die Regierung und ihre Militärs von der Küste fernzuhalten, und die Möglichkeit hierzu bestand allerdings. Bei der Stärke der Bremer Truppen, der bewaffneten Arbeiter und ihrer Abwehrstellungen würden einige Tausend Mann genügt haben, um das Eindringen der Gerstenberg-Division in Bremen vorläufig zu verhindern. Munition und Waffen besaß Hamburg zur Genüge. Die Zwischenzeit konnte zu einer großzügigen Bewaffnung der gesamten Arbeiterschaft in den Gebieten der Nordseeküste ausgenutzt werden. Auf einen Kampf um den Hamburger Hafen und die hier lagernden Lebensmittel und Materialbestände hätte es die Regierung niemals ankommen lassen können. Und jedenfalls tat in diesem Augenblick der gemeinsamen Gefahr die Einigungsparole ihre Wirkung. Auch die Führung der Rechtssozialisten konnte sich der Lage nicht entziehen, sie sah sich genötigt, sich an den öffentlichen Demonstrationen gegen Noske zu beteiligen

und sich mit der Möglichkeit bewaffneter Abwehr abzufinden. Darüber hinaus faßte der kommunistische Flügel die Verbindung mit den Industriegebieten der Elbe ins Auge, um durch eine geschlossene Kette der revolutionären Arbeiterschaft Sachsens und Mitteldeutschlands die Hand zu reichen. Gelang der Plan, dann war die Regierung mitsamt der Nationalversammlung bei den nach wenigen Wochen ausbrechenden Streiks in Mitteldeutschland verloren.

Letzten Endes scheiterte freilich diese Politik doch an den harten Gegensätzen der Fraktionen, wenn auch die Annäherung unter der Arbeiterschaft selbst einen bedeutenden Schritt vorwärts tat und der allgemeine Ruck nach links das rechtssozialistische Führertum zwang, von der Soldateskapolitik der Regierung für immer abzurücken. Aus jenem Gegensatz der Fraktionen erwuchs der Widerstand des Hamburger Soldatenrates und seiner Leitung gegen die Beschlüsse des Korpskommandos. Ein lebhaftes Widerspiel persönlicher Kräfte! Die Hamburger Punkte gingen dabei endgültig zugrunde, zu Grabe getragen von eben jenen, die sie einst als Sprungbrett zum ersten Aufstieg benutzten, um bald danach, wie es im ganzen Zuge der Verhältnisse lag, von der Sonne voller Regierungsgunst bestrahlt zu werden.

Die Vorgänge besiegelten das Schicksal des Rates. Sein weiters Wirken ist nurmehr ein Todeszucken, eine peinliche Agonie, der die kommunistische Vertretung sich fernhielt. Unmittelbar fühlbar wurden der Arbeiterschaft diese Todeskrämpfe durch das völlige Absterben der sozialpolitischen Abteilung. Selbst im Rate wurde ihre Tätigkeit herb getadelt, weil sie, was sie freilich von Anfang an getan hatte, mit ihren Verfügungen in das Reichsrecht eingreife; da die Revolution den Rat lediglich an die Stelle des Landesherrn gesetzt habe, dessen Befugnisse in den Reichsgesetzen ihre Beschränkung fänden, müsse man versuchen, die Revolution auf das bürgerliche Recht zu gründen, was ja möglich sei, nachdem sämtliche Gerichte die Reichsregierung anerkannt hätten. Schließlich verfiel man auf die Auskunft, die Entscheidungen der Abteilung mit der Vollstreckbarkeitsklausel zu versehen. Bald jedoch kam von der Justizkommission, die mit der Beratung betraut wurde, die Angelegenheit zurück mit dem Anheimgeben, auf eine Gültigkeitserklärung der Schiedssprüche der Abteilung zu klagen. Eine alte Erfahrung

fand ihre neue Bestätigung: Für den, der die politische Macht besitzt, sind juristische Formulierungen eine leichte Sache. Ist die Macht verloren, dann können juristische Formeln nicht die Widerstände der realen Wirklichkeit überwinden und beseitigen.

Bis zu dieser Zeit war auch die Errichtung eines Schlichtungsausschusses unterblieben. Nun erklärte der Demobilmachungskommissar, es müsse bis zu einem bestimmten nahen Tage der Ausschuß ernannt sein, da er sonst einen solchen einsetzen werde. Es hätten alsdann zwei sozialpolitische Abteilungen mit zum Teil gleichen Funktionen nebeneinander bestanden, von denen die eine in einem Erlaß der Reichsregierung, die andere in der zertrümmerten politischen Gewalt des Rates ihre Grundlage fand. Das Ende der Sozialpolitischen Abteilung war da, und der Beschluß, die Angelegenheit dem Großen Arbeiterrat vorzulegen, bedeutete nur ein Ausweichen gegenüber einer Notwendigkeit, wenn es auch würdiger gewesen wäre, sie in vollem Umfange einzuräumen und auszusprechen.

Ueber die Art, wie der Rat von der politischen Bühne abtreten sollte, kam es wohl wiederholt zu Erörterungen, aber nicht zu einer abschließenden Stellungnahme. Beim Zusammentritt der neuen Bürgerschaft, die eine rechtssozialistische Mehrheit aufwies, legte der rechtssozialistische Vorsitzende des Rates dessen politische Gewalt in die Hände des neuen Parlamentes zurück. Entsprechend der Politik der Reichsregierung sollte der in denselben Tagen zusammentretende neue Arbeiterrat nur noch wirtschaftliche und nicht mehr politische Funktionen ausüben.

Unpolitisches Rätesystem — eine unmögliche Forderung, eine politische Kapriole! Die Regierung siegte mit Hilfe der Militärs über die revolutionären Reste der alten Armee. Aber mit den revolutionären Streiks der Arbeiterschaft ist sie bis heute nicht fertig geworden und sie wird allem Anschein nach damit auch nicht fertig werden. Gekettet an die Bourgeoisie und das mit ihr geschlossene Kompromiß, das, wie die Ablehnung jeder Sozialisierung, so auch die Beseitigung der Räte zum Inhalt hatte, mußte sie jedem Zugeständnis abhold sein, welches jene Koalition und damit den Bestand der Regierung selber in Frage stellte. Um so größere Bedeutung besitzt der Umstand, daß sie just in diesen beiden Punkten unter dem Druck der Streiks zurückwich. Sie sagte eine Verankerung der Räte in der Ver-

fassung, die Inangriffnahme der Sozialisierung und die Schaffung gesetzlicher Grundlagen hierfür zu. Andererseits widersprechen die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften, welche die Regierung ins Auge faßt, dem Grundgedanken des Rätesystems. Das sogenannte Sozialisierungsgesetz ist ein totes Rahmengesetz, das über die Rechtsprinzipien des Rechtsstaates nicht hinauskommt, und die Fiskalisierung des Kohlenhandels ist eher das Gegenteil einer sozialisierenden Maßnahme. Können somit die Zugeständnisse und die Art ihrer Durchführung nur die widerspruchsvolle Zwitterstellung der Regierung erhöhen, ohne die Arbeiterklasse entfernt zu befriedigen, so trägt das Auskunftsmittel der Regierung, die Räte an der Sozialisierung zu beteiligen, erst recht einen vollendeten Widerspruch in sich.

Sozialisieren kann nur, wer die politische Macht besitzt. Denn Sozialisierung ist nur möglich durch eine Auseinandersetzung mit der alten Bureaukratie und deren grundlegende Umformung, durch eine radikale Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als wirtschaftliches Prinzip wie als gesellschaftliche Klasse, durch eine totale Verschiebung der gesellschaftlichen Gewalt, durch eine völlig neue Organisation von Besitzrecht, Produktion und Verteilung. Und in diesem gewaltigen, in diesem riesenhaften Umformungsprozeß der ganzen Gesellschaft bilden die Räte das revolutionäre und revolutionierende Instrument der Arbeiterklasse. Wer könnte glauben, eine Lösung der Schwierigkeiten gefunden zu haben, indem er die Räte auf ein wirtschaftliches Altenteil setzt, das die brennendste politische Aufgabe für die Gegenwart und das umfassendste Gesellschaftsproblem unserer Kultur für die Zukunft darstellt?

Die Räte in der konzentrierten Industrie der Fabriken schließen grundsätzlich die Kontrolle der Betriebe auch nach der technischen und kaufmännischen Seite in sich. In der dezentralisierten Industrie erwachsen ihnen eher noch größere Aufgaben. Hier werden sie die Grundlage bilden bei der Zusammenfassung der Erzeugung zu höheren produktiven Einheiten. Ersparnisse im großen, im gesellschaftlichen Sinne sind zu einer Lebensnotwendigkeit für die Gesamtheit geworden. Eine privatkapitalistische Wirtschaft spart im Sinne des Einzelkapitals, eine sozialisierte im Sinne des Ganzen. Mag die Stilllegung von Klein- und Mittelbetrieben eine Zerstörung privaten Kapitals darstellen, eine sozialisierende Wirtschaft wird solche

Eingriffe vornehmen, wo das Interesse der Gesamtheit sie erfordert, oder wenn sie ohne allzu große Härten durchführbar sind. Bei solcher Ueberleitung zu höheren Betriebsformen, bei der Nutzbarmachung freigesetzter Arbeitskräfte und Betriebe werden die Betriebsräte ebensowenig zu entbehren sein wie zentrale Räte in Gemeinde, Stadt und Industrie, weil keine Neuorientierung der Wirtschaft möglich ist ohne entsprechende Umorganisierung der Verwaltung.

Ein neues gesellschaftliches Organisations- und Verwaltungsprinzip, stellt das Rätesystem der Idee der politischen Gemeinde, die die Grundlage der privatwirtschaftlichen und damit auch der kapitalistischen Gesellschaft bildet, die Idee der Vereinigung der produktiv Tätigen auf der Basis von Produktion und Produktionsstätte entgegen. Wie die Zeiten der Geschlechterorganisation ihre eigenen Formen der Gruppenbildung aufweisen, wie die Zeiten der privatwirtschaftlichen Organisation von ihnen grundsätzlich und wesentlich verschiedene Formen des Gruppenzusammenhanges finden, so erschafft auch die sozialisierte Gesellschaft sich neue und ihr besondere Formen der Bindung und des Zusammenschlusses der Menschen. Der Blutszusammengehörigkeit der Geschlechterorganisation folgt als konstruktives Prinzip der menschlichen Wirtschaft und Gesellschaft der nicht minder einfache Gedanke des gleichen Wohnsitzes, der politischen Gemeinde in Land und Territorium. Dieses Prinzip, das Jahrtausende die Zivilisation beherrschte, wird nunmehr abgelöst von dem Prinzip der Arbeit. Der Idee der politischen Gemeinde und ihrer höchsten Verkörperung in Demokratie und Parlament tritt, an beides anknüpfend, der Organisations- und Verwaltungsgedanke der Räte mit schroffer Gegensätzlichkeit gegenüber. Das heißt nicht, daß eine gesellschaftliche Organisation, die sich in Jahrtausenden gestaltet und ihre letzte bürgerlich-kapitalistische Form in Jahrhunderten erhalten hat, plötzlich und gänzlich auf neue Grundlagen geschoben werden kann. Beide Gesellschaftsprinzipien werden vielleicht auf lange hinaus zu praktischen Kompromissen, zu einem Nebeneinander genötigt sein. Was jetzt zur Entscheidung steht ist nicht die absolute Beseitigung, die Zertrümmerung des Alten, sondern die Frage, welches von beiden Prinzipien das herrschende in der Gesellschaft sein und sich gegen das andere durchsetzen soll. Bisher ruhte der nationale Zusammenhalt auf der Zwangsgewalt von oben.

Das neue System wird die Nation von unten auf organisieren. Und eben hieraus schöpft es die Gewißheit, daß es sich wider das Alte durchsetzen wird, daß keine Gewalt fremder Nationen es verhindern und unterdrücken kann, daß es, für alle Zonen und Erdstriche gleich brauchbar, mit der Gewähr innerer Unüberwindlichkeit die unbegrenzte Ausdehnungsmöglichkeit, die sozialistische Ordnung der Welt in sich trägt.

Schulprobleme in der Revolution.

Von

ALEXANDER SCHWAB.

Es wäre verfrüht, wenn man den Versuch machen wollte, einen zusammenfassenden Bericht über die besondere Geschichte der Erziehungsprobleme innerhalb der jetzigen deutschen Revolution zu geben. Die Revolution selbst ist als Ganzes noch nicht abgeschlossen, und unter ihren Teilen ist die Revolution des Schulwesens vielleicht derjenige, der noch am wenigsten weit fortgeschritten ist. Nicht nur, daß im gegenwärtigen Augenblick [1]) in der äußeren, staatlich-rechtlichen Regelung der Schulverhältnisse noch so gut wie gar nichts Revolutionäres getan wurde: auch die innere soziologische Lage in diesem Gebiet hat sich noch fast kaum geändert, und von einem eigentlich revolutionären, d. h. zur Zeit: sozialistischen Programm der Schulpolitik ist so gut wie nirgends etwas zu sehen.

Wenn trotzdem hier der Versuch gemacht werden soll, die Grundzüge eines solchen Programms zu skizzieren, so geschieht das in zweierlei Absicht: einmal um das soziologische Interesse auf ein bisher vernachlässigtes Spezialgebiet zu lenken an einem Punkte, der die enorme Wichtigkeit gerade dieses Gebiets sehr deutlich zu demonstrieren geeignet ist — sodann, um auf Dinge von großer politischer und sozialer Tragweite an einer Stelle hinzuweisen, an der die Aussprache nicht gebunden ist durch Rücksichten auf die momentane parteipolitische Konstellation.

Dabei liegt es in der Natur der Dinge, daß nicht viel mehr als ein Versuch rein persönlicher Art vorgelegt werden kann,

---

[1]) Anfang April.

freilich auf der Grundlage allgemeiner sozialistischer und revolutionärer Grundgedanken.

I.

Es ist vielleicht nicht ganz überflüssig, zunächst den gedanklichen Umfang des ganzen Problemkomplexes kurz zu skizzieren. Der einzige feste Ausgangspunkt, der sich dafür bietet, ist die einfache biologische Tatsache des ununterbrochenen Nachströmens neuer Menschengenerationen. Dieser junge Nachwuchs bedarf einer Einfügung in die seiner Umgebung eigene Technik der Selbst- und Arterhaltung, populär gesprochen: der Vorbereitung auf das praktische Leben. Er stößt ferner bei der Anfügung an die älteren Generationen auf die geistige Gesamtapparatur, die von diesen älteren Generationen ererbt und weiter ausgebaut wurde und die, gleichgültig ob auf rein biologisch-materiellen Grundlagen erwachsen oder nicht, jedenfalls in gewissem Grade ein Eigendasein führt. Erwächst auf jener Grundlage der biologischen Notwendigkeit die Aufgabe der zivilisatorischen Bildung, so ergibt sich aus dem Zusammenstoß des jungen Nachwuchses mit den überkommenen geistigen Fakten das Problem der kulturellen Bildung.

Man kann für beide Gebiete eine statische und eine dynamische Problematik unterscheiden, sofern man die Bewegung der Generationen geistig mitmacht und dadurch in den festen Punkt verwandelt, dem dann die zivilisatorischen und kulturellen Verhältnisse entweder gleichfalls als ruhend oder als in sich bewegt gegenübertreten. Die dynamische Problematik in ihrem äußersten, in der Revolution gegebenen Grenzfall bildet den eigentlichen Gegenstand dieser Arbeit, doch ist einiges über die statische Problematik vorauszuschicken, da sie zum Teil bestehen bleibt, auch wenn die dynamische zu ihr hinzutritt.

Die statische Problematik ergibt sich, wenn Zivilisation und Kultur im Zustande der Beharrung über einen Zeitraum von mindestens zwei Menschenaltern hinweg verbleiben. Ein solcher Zustand ist nicht etwa nur eine fiktive Hilfskonstruktion zu theoretischen Zwecken — wenn auch als solche wesentlich nötig — sondern kann bei einem Blick auf die Wirtschafts-

weise primitiver Völker oder auf einzelne Perioden östlicher Kulturen auch in der Wirklichkeit gefunden werden.

Auf dem Gebiet der biologischen Notwendigkeiten beginnt die Problematik, sobald eine Arbeitsteilung da ist, die über die der Geschlechterteilung entsprechende Zwiefältigkeit hinausgeht. Im gleichen Augenblicke ist für jedes Glied jeder neuen Generation sozusagen absolut die Frage gestellt, an welcher Stelle es in die arbeitsteilige Wirtschaft einzugliedern ist. In einer Wirtschaft von so weitgehender Arbeitsteilung, wie sie der jetzige abendländische Zivilisationskreis aufweist, und ohne kastenmäßige Vorausbestimmung des Einzelschicksals, wäre diese Frage auch dann gegeben, wenn sich eine solche Wirtschaft als völlig in sich stabil vorstellen ließe. Dieses Problem, das wir heute am besten als das Berufsproblem bezeichnen, erfährt durch die Form der modernen Zivilisation, insbesondere durch die Erscheinung der »angewandten Wissenschaft«, neben vielen anderen eine besonders charakteristische Komplizierung: die weitgehende Arbeitsteilung und die mit ihr zusammenhängende Hochzüchtung der einzelnen Fachausbildung führt bei den meisten Berufen zu einer Entleerung des Berufwissens und der Berufsleistung gegenüber den Möglichkeiten und ideellen Ansprüchen einer menschlichen Totalität, und in vielen Fällen wird es geradezu unmöglich, neben den Anforderungen der Spezialausbildung noch anderen Bildungsbedürfnissen irgendwie gerecht zu werden. Dieses Problem des Ausgleichs von Beruf und Leben, von Fachausbildung und Allgemeinbildung ist ein Teil des Berufsproblems.

Die statische Problematik der kulturellen Bildung ist anderer Natur. Eine feststehende Kulturwelt enthält an sich keine Probleme des Bildungszieles; wohl aber sind auch in ihr unvermeidlich — wenigstens ideell — die Probleme der Methode. Die grundsätzliche Formel für sie ist die Gegenüberstellung von Vergewaltigung und Freiheit. Eine Kultur, welche die volle Freiheit der Entfaltung und Auswirkung aller Triebe der jungen Generation gewährleistete, hat es nie gegeben und kann es nicht geben: es widerspräche nicht nur dem an der Realität gefundenen Begriffe der Kultur, sondern auch den elementarsten Selbsterhaltungsfunktionen eines jeden sozialen Gebildes. Auf der anderen Seite wird jede allzuweit gehende Einzwängung des jugendlichen Wachstums irgendwann

einmal zu der Einsicht führen, daß ein gewisses Minimum von freiem Wachstum offengelassen werden muß, wenn man nicht geradezu riskieren will, das Gegenteil des Gewollten zu erreichen. Daß dabei das Maß der autoritativen Forderung von dem Gesamtcharakter der betreffenden Kultur abhängt, ist klar; der Ausgleich zwischen ihm und dem angeborenen Freiheitsbedürfnis des Menschen bleibt jedoch stets das grundlegende methodische Erziehungsproblem. (Uebrigens auch wenn es nicht als solches erkannt oder gar anerkannt wird.)

Eine eigentümliche Wiederholung auf höherer Stufe findet dieses Problem in dem Verhältnis zwischen der Erziehung als Ganzem — insbesondere als institutionell geordnetem Gebiet — und den übrigen gesellschaftlichen Mächten: Sitte, Kirche, Stand, Wirtschaftskörper, Staat. Verkörpert finden sich die Autoritätsansprüche solcher gesellschaftlichen Mächte in Dingen wie: Zunftvorschriften über Lehrlingsausbildung und -Erziehung, Klosterschulen, Ritterakademien, zuletzt und am klarsten in der deutschen Form der Staatsschule. Hier handelt es sich um den Ausgleich zwischen der autoritativen Forderung der betreffenden gesellschaftlichen Macht und dem freien Schaffen des Erziehers und Lehrers. Doch bekommt dieses Problem eine andere Wendung nach der Seite der Freiheit zu, als das entsprechende fragliche Verhältnis zwischen Lehrer und Zögling, insofern als hier im Grunde Lehrer und Zögling zusammen — und in ihnen verkörpert das Bildungswesen als solches und als ganzes — einer außerhalb der Bildung befindlichen Macht gegenüberstehen. Daher kann es sich hier bei der Freiheitsforderung auch nicht um die rein individuelle, ja fast rein biologische Zügellosigkeit natürlicher Anlagen und Triebe handeln; es kommt vielmehr die Freiheit eines in sich potentiell abgeschlossenen Kulturgebiets in Frage, dessen Träger grundsätzlich in der Lage sind, sich selbst zusammenwirkend eigene Gesetze aufzuerlegen. Kurz: Ist Autonomie des Einzelmenschen ein Ziel, zu dessen Erreichung es allererst irgendeiner Art Erziehung bedarf, so ist Autonomie des Bildungswesens schon dadurch im Prinzip möglich, daß hier Menschen unter objektiven Gesichtspunkten an einer gemeinsamen sachlichen Aufgabe arbeiten.

Den Normalfall der dynamischen Problematik des Erziehungswesens zu betrachten, nämlich die Schwierig-

keiten, die sich aus einer zivilisatorischen und kulturellen Entwicklung in normalem Tempo ergeben, bietet heute kein besonderes Interesse; dieselben Probleme sind mit dem Vorzug größerer Deutlichkeit am Grenzfalle der Revolution zu betrachten. Auch hat es keinen besonderen Wert, den Begriff des normalen Entwicklungstempos näher zu definieren: gegenüber der äußersten Labilität der Revolution sind Tempounterschiede wie etwa zwischen dem Jahrzehnt von 1830/40 und dem von 1900/10, oder zwischen dem 14. und dem 19. Jahrhundert, relativ belanglos.

Die äußerste Labilität aller Verhältnisse, die der Charakter dieser Revolution mehr noch als jeder anderen sein muß, führt zu einer restlosen Problematisierung aller Einzelheiten auch auf unserem Gebiet. Alles was festzustehen, was fertige Antwort schien, muß von neuem in Frage gestellt werden. Es ist nicht gesagt, daß dies im allgemeinen Bewußtsein der Zeitgenossen auch wirklich sich ereignet oder noch ereignen wird. Programme jedoch können heute nur da geschaffen werden, wo die Folgen der allgemeinen Labilität konsequent ins Einzelne zu Ende gedacht sind. Nur so kann man die Möglichkeiten, die aus dem Fortschreiten der Revolution noch erwachsen können, treibend und ebenso vorbauend gewissenhaft soweit erschöpfen, wie es menschliches Vorausdenken eben zu leisten vermag.

Im zivilisatorischen Gebiet, pädagogisch gesprochen: in der Berufsfrage ist durch die mit dem Krieg selbst schon beginnende soziale Revolution zunächst einmal (um mit dem Blick aufs Ganze zu beginnen) die gesamte soziale Schichtung problematisch geworden. Die Bourgeoisie, in Deutschland durch den Krieg — trotz aller Rettungsversuche — erledigt (und in den anderen Ländern durch die »falsche Rechnung« auf Profit aus einem »gewonnenen« Krieg gleichfalls unheilbar erkrankt), ist nicht mehr imstande, das gesellschaftliche Gesamtleben zu führen und nach ihren Interessen zu gestalten. Die letzten Reste des Feudalismus, die sich in Deutschland erhalten und mit der Bourgeoisie in die Leitung geteilt hatten, hat die Novemberrevolte beseitigt. (Und der Arbeiter Noske galvanisiert ihren militärischen Leichnam nur noch für kurze Frist.) Das Proletariat ist aufgestanden und beginnt den Weg zur klassenlosen Gesellschaft zu suchen. Auf diesem Wege liegt die Freiheit für einen Jeden, ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen seiner Eltern die Ausbildung zu

erwerben, die seiner Neigung und Begabung entspricht. Das Problem der Harmonie zwischen Mensch und »Stelle«, von dem Simmel in seiner »Soziologie« spricht, taucht in seinem vollen Umfange neu wieder auf.

Bisher war dieses Problem der richtigen Zuordnung des Individuums zu einer möglichst individuell passenden Position im gesellschaftlichen Gesamtorganismus insofern in roher Form gelöst oder richtiger beiseitegeschoben, als eben durch die Notwendigkeit früher Erwerbsarbeit auf der einen, durch das Schulgeld, die lange unbezahlte Ausbildung und das Berechtigungswesen auf der anderen Seite ein Bildungsmonopol der besitzenden Klassen geschaffen war. Mit wenigen glücklichen Ausnahmen war die eine Entscheidung dem Willen des Einzelnen bereits vorweggenommen: er stand eben von vornherein entweder auf der einen oder auf der anderen Seite der Mauer. Innerhalb dieses um den halben Radius verringerten Kreises von Möglichkeiten stand dann die Wahl annähernd frei, nach dem sozialen Zentrum zu noch durch immer feiner werdende, zuletzt kaum mehr faßbare Schwierigkeiten zugunsten des Feudaladels eingeschränkt (der laut beklagte Schmerz der nationalliberalen Großbourgeoisie) — nach der Peripherie der gesellschaftlichen Drehscheibe hin jederzeit offen und dem Unbemittelten stets drohend mit dem Hinausschleudern in das Nichts der Existenzlosigkeit.

Diese Wahl selbst aber war fast gar nicht durch irgendeine rationelle Hilfeleistung unterstützt. Sie richtete sich auch nur zu einem Teil nach der natura rerum, d. h. nach den Anlagen des wählenden Menschen. Vielfach, und in den »höheren« Berufen meist, galt der Gesichtspunkt des sozialen, teils klassenmäßig-wirtschaftlichen, teils standesmäßig bureaukratisch-feudalistischen »Aufstiegs« als der höhere und entscheidende.

Dieser ganze Aufbau kann als zusammengebrochen gelten, auch wenn seine Ideologie sich in zahlreichen Subjekten noch lange erhalten wird. Und das Berufsproblem, das dadurch in seinem ganzen Umfange wieder lebendig wird, gewinnt sein besonderes Gesicht heute durch die Tatsache, daß der zum Sieg gelangende Sozialismus einen derartigen stabilen Aufbau der Gesellschaft überhaupt nicht kennt, weil es für ihn keine im Sinne gesellschaftlicher Rangordnung höhere und niedrigere Arbeit, sondern nur gesellschaftlich notwendige Arbeit gibt. Die Zuordnung des Einzelnen zu seiner Arbeit kann der sozia-

listische Gedanke grundsätzlich nur rationalistisch beurteilen: jeder gehört an den Platz, den ein verständiger Ausgleich zwischen Neigung und Befähigung einerseits, den Anforderungen der wirtschaftenden Gesellschaft andererseits ihm zuweist.

Auch die innere Organisation der gesellschaftlichen Wirtschaft muß im Sozialismus völlig anders gedacht werden, als in der privatkapitalistischen Zeit. An sich eine Banalität, doch bei allen einzelnen Plänen und Aktionen meist noch viel zu wenig bedacht, und gerade für unser Problem von ungeheurer Tragweite. Nicht nur, daß die Auswahl der Menschen für die Berufe nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgen soll: es wird vielfach gar nicht mehr die gleichen Berufe geben wie heut, oder jedenfalls wird bei gleichbleibendem Namen der Inhalt sich von Grund auf ändern. Der sozialisierte Arzt, der Kaufmann, der Ingenieur, der Techniker im sozialisierten Betrieb, der Jurist (wenn es neben dem Volksrichter noch einen wissenschaftlichen Berater geben wird), nicht zuletzt der Lehrer jeder Art: sie werden ganz andere Dinge zu tun haben als ihre heutigen Kollegen. Selbst die handarbeitenden Berufe werden durch Rationalisierung und Demokratisierung der Industrie ganz wesentlich ihren Charakter ändern, und der sozialistische Landwirt wird am Ende der sozialen Revolution ein völlig anderer Typ sein als der Bauer, der Großagrarier, der Kossät von heute. Nicht darauf kann es ankommen, daß diese Umwandlungen heute noch kaum sichtbar sind und sich langsam vollziehen werden: wenn überhaupt Sozialismus gleichbedeutend ist unter anderem mit Rationalisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsform, so darf das Erziehungswesen von einer solchen Umwandlung sich nicht hemmend und erschwerend nachschleppen lassen, sondern muß ihr suchend den Weg bereiten.

Mit dem Verschwinden der alten Klassenschichtung entfällt auch ein wesentlicher Grund für die bürgerliche sogenannte »Allgemeinbildung« Was die Bourgeoisie so nannte, hatte soziologisch zwei hauptsächliche Grundlagen: das Bedürfnis nach einer ideologischen Rechtfertigung der Klassenteilung, nach einer (in Wirklichkeit nicht allzu schwer erlernbaren) Geheimsprache und Geheimkunde, deren wichtigster Typ aus historischen Gründen die Kenntnis der alten Sprachen war. Die zweite Grundlage, der Selbstschutz gegen alle ernsthaften, das Leben selbst angreifenden geistigen Forderungen, erfolgend

teils durch Kanonisierung des Ungefährlichen (alte Sprachen), teils durch Neutralisierung des Gefährlichen (alte Kulturen, Staatsbürgerkunde), gehört zu den späteren Betrachtungen über das kulturelle Gebiet.

Die für die Erziehung z. T. maßgebenden und durch sie weiterzuleitenden Ideen über das Verhältnis von Mensch zu Mensch wie über das des Menschen zu seinem eigenen Ich, und ebenso die diesen Ideen entsprechenden Tatsachen stehen ihrer Natur nach auf dem Grenzgebiet von Zivilisation und Kultur, und finden daher an dieser Stelle ihren Platz. (Genauer gesagt, fallen die Tatsachen ins Gebiet der Zivilisation, wie Alfred Weber wohl unwiderleglich gezeigt hat, und die Ideen gehören zum kulturellen Bereich: vermutlich eine rein theoretische Unterscheidung, da die Praxis beides unlöslich ineinander verwoben zeigt.) Daß auf diesen Gebieten längst alles in Fluß geraten war, bedarf keines Nachweises. Die Revolution bedeutet hier bereits den Anfang einer festeren Gestaltung. Dem freien Wettbewerb aller gegen alle, zuletzt am reinsten ausgeprägt in der liberalen Forderung »freie Bahn den Tüchtigen«, beginnt, ausgehend von der Solidarität der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf, die Idee und die Tatsache der Solidarität gegenüberzutreten. Darüber sollten alle Erscheinungen der Selbstzerfleischung in dieser Periode des revolutionären Endkampfes nicht hinwegtäuschen. Und kein Zweifel: die Form der Solidarität als die höhere soziale Form wird schließlich siegen (und den Wettbewerb in sich aufnehmen). Es ist kein Zufall, daß in der kleinen aber klaren radikalen Bewegung der bürgerlichen Jugend unserer Tage der Gedanke der Gemeinschaft, die notwendige Form des Solidaritätsgefühls kleiner und hauptsächlich ideologisch gebundener Gruppen, eine so wesentliche Rolle spielt. Ueber das Gebiet der inneren Selbstaufhellung, der seelischen Zivilisierung, hier näheres zu sagen, würde zu weit führen; die Erregung der Zeit gestattet der Entwicklung hier noch nicht, klar ans Licht zu treten. Genug, daß diese Dinge aufs engste in Wechselwirkung stehen mit der Entwicklung des Solidaritätsgefühls, daß der Krieg mit den Leiden jedes Einzelnen zugleich große, fast ganz noch unbewußte, Fortschritte in dieser Richtung erzeugt haben mag und daß die expressionistische Kunst unserer Tage besonders in Dichtung und Malerei die ersten Zeichen davon aufweist.

Die Erziehung jedenfalls sieht sich hier vor folgendes Problem gestellt: Sie hat bisher den Einzelnen sowohl beim Lernen wie in der Schuldisziplin in künstliche Vereinzelung hineingezwängt. Nichts war ihr fremder als das Prinzip gegenseitiger Hilfe, nichts im Grunde feindlicher als das Gefühl der Kameradschaftlichkeit, in der einer für alle und alle für einen einstehen. Ein natürlicher Instinkt hat die Jugend in der Form des gemeinsamen Mogelns, der gemeinsamen verstockten Widersetzlichkeit, der Verfehmung des »Angebers« zur Gegenwehr getrieben; die positivste Form solcher Auflehnung war der junge Wandervogel. Die Schule hatte teilweise viel getan — am meisten wohl in manchen Lehrerseminarien — um durch die Erziehung zu gegenseitigem Bespitzeln, durch Bestellung besonderer Aufpasser, durch allerhand Prämien dem entgegenzuwirken. Jetzt gerät die prinzipielle Grundlage dieses ganzen Systems ins Wanken, und es entsteht die Frage, zu welchem Verhalten gegenüber den Mitmenschen die Schule durch Lehre und, was wichtiger ist, durch ihre eigene innere Gestalt erziehen soll. Ein Vorgang, der genau parallel geht zum Verschwinden des Geschäftsgeheimnisses und der freien Konkurrenz des Einzelkaufmanns.

Wenn oben gesagt war, eine Problematik in der Feststellung der Bildungsziele gäbe es überhaupt nur in einer dynamisch in Bewegung geratenen Kultur, so ist man andererseits doch auch zu der Annahme verführt, Fluß und Verwandlung unserer Kultur sei schon etwa seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts so stark, daß hier die Revolution keine besondere neue Lage habe schaffen können. Ein Irrtum selbst dann, wenn man den unlöslichen, wenn auch oft nicht ganz durchschaubaren Zusammenhang aller sozialen Bewegungen untereinander nicht grundsätzlich als gegeben ansehen will. Denn so ungeklärt das Verhältnis von Kultur und Macht auch immer sein mag, so steht doch rein empirisch fest, daß das jetzt zusammenbrechende gesellschaftliche System mit den mannigfaltigsten Mitteln es verstanden hat, den freien Fluß der kulturellen Entwicklung zu hemmen, und vor allem, ihn aus den Schulen fernzuhalten. Aus den Lehrplänen und den Lese- und Geschichtsbüchern der Volks- wie der höheren Schule spricht überall das Bedürfnis, die Jugend in einer ganz bestimmten Ideologie aufzuziehen. Gottesfurcht, Kirchlichkeit und Prüderie, Nationalismus, Helden- und Staatsverehrung, Gehorsam, Fleiß und die

Ueberzeugung, daß die irdischen Güter Resultate des Fleißes seien: das sind die wesentlichen Glieder der Kette.

Daß die Auswahl des Stoffes und der Gesichtspunkte für den geschichtlichen Unterricht ganz aus dieser Einstellung heraus erfolgte, ist notorisch. Ebenso, daß der Religionsunterricht — im Einklang mindestens mit der protestantischen Kirche — jede ernsthafte religiöse Erschütterung, die eine völlige Lebensumwandlung von innen her zur Folge haben müßte, sorgfältig vermied, liegt gleichfalls auf der Hand. Von der kläglichen Rolle, die den einzelnen Künsten oder gar der Idee der Kunst zugewiesen war, ganz zu schweigen. Am deutlichsten vielleicht offenbart sich in der Form der körperlichen Erziehung das Raffinement des alten Systems: im Mittelpunkt steht hier noch immer das Turnen, Vorbereitung zum militärischen exakten Massendrill, Erziehung zur starren Unfreiheit und zugleich zum individualistischen Wetteifer in befohlener Leistung.

Inzwischen stritten sich die Philosophen und Philosophie-Professoren um das richtige Erziehungsziel, und der Kampf ihrer toten Vorgänger ging weiter. Niemand vermochte ihren Gedanken in ernsthafter entscheidender Tat Wirklichkeit zu verleihen. Die Wenigen, die es versuchten, wurden bald als gefährlichste Revolutionäre erkannt und verfolgt. Die Massen in Bourgeoisie und Proletariat versanken fast ohne Widerstand in gewöhnlichstem Eudämonismus und Mammonismus.

Die Revolution findet auf dem Gebiete des kulturellen Lebens ein so völlig verwüstetes Trümmerfeld vor wie nur irgend sonst wo. Mit Ausnahme des unendlich zähen und elastischen Katholizismus gibt es keine nach Zahl der Anhänger und Kraft des Zusammenhangs sozial tragfähige Gruppe, die ein bestimmtes, qualitativ zulängliches Bild des kulturellen Typus hätte, zu dem sie ihre junge Generation erzogen sehen möchte. Die führende Macht der Revolution, das sozialistische Proletariat aller Richtungen samt seinen Führern, ist z. T. rein wirtschaftlich orientiert, z. T. (was nicht ganz dasselbe ist) völlig auf Glück und Genuß eingestellt — begreiflich genug — und sofern es sich, was zweifellos in ungeahntem Maße der Fall ist, unter dieser rationalistisch übergehängten Phraseologie in Wirklichkeit nach strenger geistiger Führung sehnt, wird es von wohlmeinenden Agitatoren immer wieder dazu verführt, sich eine Fälschung dafür aufschwatzen zu lassen: den vermeintlichen Genuß der ver-

meintlichen Bildungsgüter der Bourgeoisie. Die meisten Volkshochschulen, Volksbibliotheken, Volksvorstellungen dienen diesem Zwecke.

Dies alles war schon vor dem Kriege so. Der besondere Charakter der revolutionären Situation folgt aus dem faktischen, äußerlichen Zusammenbruch des alten Systems. Man steht nunmehr unvermittelt vor der Frage einer pädagogischen Zielsetzung, die ja letzten Endes nur eine Form der Frage nach dem Sinn des Menschenlebens ist. Hat schon der Krieg das drängende Gewicht dieser Frage wesentlich erhöht, so werden die von äußeren Fesseln befreiten Kräfte der revolutionären Jugend aus Bürgertum und Proletariat dafür sorgen, daß die begonnene Bewegung nicht verfrüht im alten Schlamm bourgeoiser Scheinkultur versinkt.

Ein andres mag freilich eintreten: daß nämlich das kulturelle, und das heißt: das religiöse, das künstlerische, das wissenschaftlich-theoretische, das philosophische Scheingebäude, das uns die bürgerliche Gesellschaft hinterläßt, zunächst auch äußerlich in Trümmer fällt, daß alle Tradition auf diesen Gebieten abreißt, die gute mit der schlechten, und daß wir zu einer primitiven Barbarei (neben hoher Zivilisation) gelangen, — durch die wir vielleicht hindurch müssen, um zu einem Wiederaufbau auf gereinigtem Plan zu gelangen. Es wäre noch zu zeigen, wie auch diese — gar nicht unwahrscheinliche — Möglichkeit beim Versuch eines pädagogischen Programms in Rechnung zu setzen ist.

Das eigentlich methodische Problem, das wir in der Gegenüberstellung von Autorität und Freiheit zusammenzufassen suchten, scheint durch dle Revolution eine entschiedene und eindeutige Wendung zugunsten der Freiheit zu erfahren. Das trifft schon auf dem engeren, pädagogisch-immanenten Gebiet des Verhältnisses von Lehrer und Schüler in den Tatsachen nicht ohne weiteres zu. Die allgemeine Idee der Revolution an sich macht natürlich auch vor diesem Autoritätsverhältnis nicht Halt. In der speziell sozialistischen Ideologie müßte zudem dieses Verhältnis sich umwandeln zu einem solidarischen Gemeinschaftsverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden, zwischen Führer und Jugend. Es verschwindet mit Notwendigkeit der Gedanke der äußeren Autorität des Lehrers kraft seines Amtes, wie ja auch sonst der sozialistische Funktionär

jeder Art grundsätzlich nicht wie der alte Bureaukrat abgeschieden von der misera contribuens plebs sein Amt verwalten kann, sondern nur in engster Fühlung mit der Masse und getragen von ihrem Vertrauen zu wirken vermag. Uebrig bleibt nur die natürliche Autorität des geborenen Führers und die des sachlich Ueberlegenen. Es bleibt das Problem: wie mit diesen Kräften, auf diesem Boden die Zellen eines neuen pädagogischen Systems aufzubauen seien.

Aehnlich liegen die Dinge zunächst in der äußeren übergreifenden Organisation des Schulwesens, wenigstens soweit die Leitung der einzelnen Schule, der Ersatz des Direktorialsystems durch das Kollegialsystem in Frage kommt. Besser spräche man wohl vom Gemeinschaftssystem: denn die Leitung durch eine eigentliche Kollegialbehörde (Lehrerausschuß oder dgl.), ist keineswegs die einzige Möglichkeit: auch ein einzelner Leiter kann wohl in Frage kommen; nur eben kein von oben eingesetzter.

Fragwürdig wird hingegen die revolutionäre Wendung zur Freiheit, sobald man an das Verhältnis des Schulwesens zu anderen gesellschaftlichen Mächten, insbesondere zum Staate denkt. Bei der Erörterung der statischen Problematik wurde der Gedanke der Autonomie des Bildungswesens angedeutet. Positives über ihn ist später zu sagen. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß die Revolution, solange sie Kampf ist, nicht wohl darauf verzichten kann, alle Waffen zu verwenden, die ihr Sieg versprechen. Auch ein rasches Gelingen, wie es unsere Mehrheitssozialdemokraten heute vielleicht erreicht zu haben glauben, wird gerade die Notwendigkeit mit sich bringen, das Gewonnene durch sozialpsychologische Verankerung zu sichern. Zu den Möglichkeiten, die sich im Kampf und zur Sicherung bieten, zählt nicht zuletzt der Einfluß auf die heranwachsende Jugend. Der Ruf: »Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft« — für jeden Jugendfreund ein peinliches Schlagwort, voll von borniertem Erwachsenendünkel — er ist unvermeidliches Erzeugnis einer Konzentration auf den politischen Kampf.

Und wo die Revolution angreift, verteidigen naturgemäß die alten Mächte: Bourgeoisie, Feudalismus, Militarismus, Kirche bringen die ihren Ideologien noch meistens untertänigen Lehrer und Oberlehrer in Bewegung. Insbesondere die Ober-

lehrer, vielfach doppelt gefährdet, nämlich als Diener einer Standesschule und damit in ihrer materiellen Basis und in ihrer Amtsautorität, d. h. in ihrer moralischen Existenz, organisieren verzweifelten Widerstand. Ganz zu schweigen von der höheren Schulbureaukratie.

Man stößt hier auf das Problem der geistigen Auswirkung der Diktatur des Proletariats. Sofern man sich auf den Boden der demokratischen Entwicklung der Revolution stellt, hat das Problem allerdings ein wesentlich anderes Aussehen: dann nämlich ist überhaupt nicht zu erkennen, auf welche Weise eine personell und gedanklich neue Basis des Erziehungswesens geschaffen werden soll. Politische Forderungen lassen sich allenfalls auf dem Wege der Demokratie durch Beratung, Kompromiß und Beschluß in der abgeschwächten Form durchsetzen, die aus dem Parallelogramm der Kräfte sich ergibt. Die gleiche Methode auf das Erziehungswesen angewandt kann natürlich nur eine vollkommene geistige Mißgeburt ergeben.

Eine besondere Form der Antinomie zwischen Autorität und Freiheit findet sich bei der Methode der Uebermittelung des Unterrichtsstoffes. Es ist durchaus konsequent, wenn das bisherige Schulwesen im wesentlichen als Lernschule ausgebaut war. Die gegebene Form für autoritäre Uebermittelung des Unterrichtsstoffes ist die Form des einseitigen Vortrages des Lehrers, der von seiten des Schülers ergänzt wird durch einfaches Hinnehmen und Lernen des Vorgetragenen; hieraus erwächst dann als zweite Hauptaufgabe des autoritären Lehrers die Kontrolle darüber, ob dieser Aneignungsprozeß richtig und ausreichend durchgeführt worden ist. Mag nun auch diese Form in manchen Fällen aus der Natur des Stoffes notwendig sich ergeben, so ist doch kein Zweifel, daß bei einer gründlichen Sichtung der überlieferten Lehrstoffe sich in großem Umfange ergeben wird, daß entweder die andere Form der gemeinsamen Arbeit und Werktätigkeit die dem Stoff angemessenere ist oder daß schon die Auswahl und Zusammenstellung des Unterrichtsstoffes bisher erfolgt ist mit Rücksicht auf den bestehenden Charakter der Lernschule und also unter dem neuen Gesichtspunkt des Arbeitsunterrichts ganz anders ausfallen würde.

II.

Der Kreis der Problematik kann als durchschritten gelten. Es mag sich der Versuch anschließen, für die Lösung dieser Probleme ein Programm zu skizzieren, wie es sich unter rein sozialistischen Gesichtspunkten ergibt. In diesem Versuch mag gleichzeitig der Nachweis dafür erblickt werden, daß eine Gestaltung, welche bürgerlich-demokratische und sozialistische Gesichtspunkte zu vereinigen sucht, praktisch nicht möglich ist, wenn auch dieser Nachweis nicht im einzelnen ausdrücklich ausgesprochen wird.

Bei der Aufstellung eines derartigen Programms ist fast nichts wichtiger, als aufs genaueste zu unterscheiden zwischen den letzten Forderungen und der augenblicklichen Aktion. Durch eine kritiklose Vermischung von beidem kann unendliche Konfusion entstehen, wie das zähe Festhalten der Mehrheitssozialdemokratie an den für ganz andere Verhältnisse aufgestellten demokratischen Forderungen des zweiten Teils des Erfurter Programms zeigt. (Und dies geschieht, obwohl die Formulierung dieses Programms deutlich genug die oben geforderte Unterscheidung zeigt.) Es mag daher festgehalten werden, daß das folgende nur ein Versuch sein soll, die letzten Forderungen zu formulieren, den Blick auf das Ziel zu richten, und daß nur insoweit auch dem Wege der Verwirklichung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, als evidentermaßen einzelne Punkte des allgemeinen Ziels nicht auf dem direkten Weg erreicht werden können. Im übrigen aber muß es in so rasch veränderlichem Gesamtzustande den einzelnen Aktionskörpern überlassen bleiben, jeweils die nächsten Handlungen oder Forderungen festzustellen; theoretische Ueberlegung kann dafür nicht viel leisten.

Der leitende Gedanke für den Aufbau dieses Programms muß nun freilich ein andrer sein, als der, der durch das Gebiet der Problematik führte. Konnte dort nur ausgegangen werden von einer rein naturalen Tatsache, dem ständigen Nachwachsen der Generationen, so ist für die jetzige Aufgabe das nicht natural gegebene, sondern in gewissem Sinne geistig gelegte breite Fundament einer allgemeinen Grundanschauung vom gesellschaftlichen Leben notwendig. Dieses Fundament soll hier die materialistische Geschichtsauf-

fassung sein, und zwar keineswegs als dogmatische Voraussetzung, sondern im Sinne einer Arbeitshypothese, einer Hilfskonstruktion, eines heuristischen Prinzips. Daher kann die dem Marxismus eigentümliche Auffassung der Vergangenheit als einer Geschichte von Klassenkämpfen für unsre Zwecke ganz beiseite bleiben; noch viel weniger kann die von vielen Marxisten (ohne Notwendigkeit) gepflegte Ansicht vom Glück als dem einzigen »vernünftigen« Ziel der Menschen Gewicht für uns haben.

Grundlegend ist jedoch die Unterscheidung von wirtschaftlichem Unterbau, gesellschaftlichem Oberbau, ideologischem Ueberbau. Auch hier wiederum scheint es nicht unbedingt erforderlich, die dogmatisch-marxistische Konstruktion einer eindeutig von »unten« nach »oben« gerichteten Kausalität dieser drei Komplexe glatt zu akzeptieren. Dagegen hat dies Verfahren den Vorzug, daß man an der Stelle beginnen kann, die die relativ zuverlässigsten Realitäten als Unterlage darbietet, nämlich bei der Wirtschaft, um dann allmählich bis zu den unsichersten und fragwürdigsten Gebieten der geistigen Kultur fortschreiten zu können.

Will man die Anforderungen näher bestimmen, die von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten her an das Schulwesen zu stellen sind, so muß man sich auf den Gedanken der deutschen Autarkie einstellen. Die internationale Arbeitsteilung ist eine höchst fragwürdige Angelegenheit geworden, sie wird es bleiben, solange die Weltrevolution noch weiterschreitet, noch nicht zum endgültigen Abschluß gekommen ist. Dies bedeutet für Deutschland die Notwendigkeit einer starken maschinell-technisch unterstützten Intensivierung der Landwirtschaft. Es kann hier nicht der Ort sein, das kommunistische Landwirtschaftsprogramm, das auf rationellen Großbetrieb und abwechselnde Beschäftigung der gleichen Menschen in Landwirtschaft und dezentralisierter Industrie abzielt, ausführlich darzustellen. Es genügt festzuhalten, daß die soziale Revolution keineswegs manchen antitechnischen Romantikern den Gefallen tun wird, zu einer Zerschlagung oder Reduzierung unsres technischen Apparats zugunsten von Handwerk und bäuerlicher Kleinsiedelung zu führen. Zwar wird die Umstellung von der Warenproduktion zur Herstellung von Bedarfsgütern umfangreiche Veränderungen im Aufbau der landwirtschaftlichen und

gewerblichen Produktion mit sich bringen. Doch wird die immanente Verwandtschaft des Sozialismus mit dem Rationalismus mit seiner Tendenz auf Verkürzung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zweifellos zu weiterer Rationalisierung und also Technisierung des Produktionsprozesses führen. Es bleibt also bei Großorganisation, weitgehender Arbeitsteilung, maschinellem Apparat usw.

Somit bleibt auch die Notwendigkeit bestehen, durch spezialisierte Fachbildung auf den Beruf vorzubereiten. Vielmehr: es kann erst in einer sozialistischen Gesellschaft mit dieser Aufgabe völliger Ernst gemacht werden. Denn erst in ihr kann die Ausbeutung jugendlicher Arbeiter zu privaten Profitzwecken beseitigt werden, erst in ihr kann und muß eine planmäßige Durchbildung aller jugendlichen Kräfte zu produktiver Arbeit wirklich durchgeführt werden. Nur der Sozialismus ist imstande, die Notlage des jungen Proletariers zu beseitigen, die ihn bisher so oft dazu zwang, irgendwelche bezahlte Arbeit so früh als möglich zu ergreifen, ohne Rücksicht darauf, ob er damit auf der Stufe des ungelernten Arbeiters stehen blieb und damit die volle Entfaltung seiner Fähigkeiten nicht erlangte.

Diese volle Entfaltung der produktiven Arbeitskräfte, auf die der Sozialismus notwendig hinarbeitet, läßt nun freilich zunächst noch das Problem offen, das mit jeder stark spezialisierten Arbeitsteilung und Berufsbildung verbunden ist: nämlich das Problem der Entleerung des persönlichen Lebens, der Inkongruenz zwischen spezialisierter Berufsarbeit und menschlicher Totalität. Man muß also weiter gehen, und in Wirklichkeit zwingt schon der Gedanke der sozialistischen Wirtschaft dazu, weiter zu gehen in einer Richtung, die auch dieses Problem zum Verschwinden bringt. Schon Marx hat darauf aufmerksam gemacht, daß die kapitalistische Notwendigkeit einer industriellen Reservearmee geradezu dazu zwingt, einen gewissen Teil der Arbeiterschaft im Zustande ungenügender Ausbildung zu lassen. Und andrerseits muß die industrielle Organisation im Kapitalismus darauf eingerichtet sein, jederzeit an beliebiger Stelle eine Anzahl ungelernter oder angelernter Arbeitskräfte zu beschäftigen. Nur so ist jenes Hin- und Herwerfen, jenes Anziehen und Abstoßen von Arbeitskraft möglich, durch welches die kapitalistische Wirt-

schaft sich den Veränderungen der technischen Basis und der Marktlage anpassen kann.

Die sozialistische Wirtschaft kennt keine Reservearmee mehr. Doch ist sie trotz aller Planmäßigkeit keineswegs als stationär, als frei von Veränderungen zu denken. Der liberale Einwand, daß in einer sozialistischen Wirtschaft der Fortschritt der Technik zum Stillstand kommen müsse, wird ja, wie wir hoffen, sich nicht verifizieren. Die Veränderungen des Bedarfs an Facharbeitern, die also auch künftig eintreten werden, werden sich in der Hauptsache darauf erstrecken, daß in Industrien mit fortschreitender Technik Arbeitskräfte überflüssig werden, und daß — in geringerer Zahl freilich — dort neue Arbeitskräfte erforderlich werden, wo Produktionsmittel, in erster Linie Maschinen, hergestellt werden. Da nun eine einseitige Monopolstellung der Arbeiter in technisch fortschreitenden Produktionszweigen in Form außergewöhnlicher Verkürzung der Arbeitszeit sicher auf die Dauer nicht zulässig sein wird, so muß für freiwerdende Arbeitskräfte die Möglichkeit geschaffen werden, sich durch eine weitere Ausbildung für einen andern Zweig des Produktionsprozesses verwendbar zu machen.

Wäre dies zunächst auch eine Aufgabe der inneren Organisation des Wirtschaftslebens, etwa einer neu gedachten Fortbildungsschule für Erwachsene, so ist doch leicht zu sehen, daß hier wie überall nachträgliche Korrektur die minderwertige Lösung des Problems ist. Die Forderung muß vielmehr sein: planmäßige frühzeitige Ausbildung aller Fähigkeiten des geist-leiblichen Gesamtorganismus, soweit sie für die produktive Arbeit in irgendwelchen Zweigen der Produktion in Betracht kommen. Vom Boden der heutigen Schule aus würde das heißen: Umformung einmal des Stoffes der sogenannten Allgemeinbildung derart, daß der Blick auf das Verständnis der wirtschaftenden Gesellschaft gerichtet wird, sodann — und dies ist das wichtigere — Ersetzung der Lernschule soweit als irgend möglich durch die Arbeitsschule, also nicht so sehr Uebermittlung von Wissen als vielmehr Entfaltung von Fertigkeiten, Lernen durch das Tun und für das Tun. Diese Forderung ist nicht mehr neu, aber vielleicht ist bis jetzt außerhalb der eigentlichen parteisozialistischen Kreise nicht genügend verstanden worden, in

welchem notwendigen inneren Zusammenhang sie mit dem sozialistischen Gedanken steht.

Erhebt auf dieser Basis sich die spezielle Berufsausbildung, so ist die spätere Umstellung aus einem Beruf in einen andern wesentlich erleichtert. Die genauere Darstellung dessen, was hier als die neue Gestalt der Allgemeinbildung gedacht ist[2]), ist heute noch nicht möglich: intensive Zusammenarbeit industrieller und landwirtschaftlicher Fachleute mit Pädagogen, Psychologen und Sachverständigen des menschlichen Körpers wird diesem formalen Programm erst den Inhalt geben können, und die Methoden des Taylorsystem werden dabei zu verwerten sein, nicht ohne ihrerseits gleichfalls eine erhebliche Ausgestaltung zu erfahren. Jedenfalls aber ist anzunehmen, daß eine solche auf das Tun gerichtete und möglichst allseitige Ausbildung jedes einzelnen den Ansprüchen sehr weit entgegenzukommen vermag, welche aus den natürlichen Bedürfnissen menschlicher Totalität sich ergeben.

Darüber hinaus wäre dann allerdings noch zu fordern, daß Berufsausbildungen ganz spezieller Art und verhältnismäßig niedriger Stufe grundsätzlich zu ergänzen sind durch Ausbildung und abwechselnde Tätigkeit in einem ganz andern Beruf. Insbesondere erfordert das kommunistische Agrarprogramm — das nicht etwa mit der stark von Rücksicht auf sozialrevolutionäre Forderungen abgelenkten Agrarpolitik der russischen Kommunisten verwechselt werden darf — einen regelmäßigen Wechsel großer Teile der Arbeiterschaft zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Aber abgesehen hiervon ist diese Forderung wechselnder Berufsarbeit begründet in einer ganz allgemeinen psychologischen Voraussetzung sozialistischer Wirtschaft. In ihr muß nämlich das natürliche Bedürfnis des Menschen nach einem rhythmischen Wechsel von Herrschaft und Dienst, von Einordnung und Freiheit irgendwie befriedigt werden. Die rationelle Planmäßigkeit einer gesellschaftlich geordneten Produktion würde an und für sich dazu führen, die Berufswahl zu ersetzen durch eine nach experimentalpsychologischer Eignungsprüfung geordnete Berufszuord-

[2]) Das ABC der Arbeit, von dem Heinrich Schulz in Anlehnung an Pestalozzi spricht, ist nur der Kern hiervon.

n u n g. Eine wirklich durchgreifende Kenntnis der menschlichen Natur ergibt jedoch, daß es zu keinen brauchbaren Resultaten führen würde, wenn man die Freiheit des persönlichen Entschlusses und die angeborene Neigung ganz ausschalten wollte. Es kommt hinzu, daß eine soziale Rangordnung nach Berufen in der sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich nicht möglich ist, während doch die Unterschiede in der Begabungshöhe einerseits, die Abstufungen in der Geistigkeit und sachlichen Reichweite der einzelnen Berufe andrerseits in jeder hochorganisierten Wirtschaft bestehen bleiben. Durch diese Tatsachen wird prinzipiell die Forderung begründet, gerade dem, der durch seine Begabung an sich auf einen eng begrenzten und ganz spezialisierten Arbeitsplatz mit minimalem geistigem Gehalt verwiesen wird, das abwechselnde Hinübergehen in eine ganz andere weniger mechanisierte Arbeit zu ermöglichen, um ihm so jenes Gefühl der Freiheit und Freiwilligkeit und jenen Wechsel von Einordnung und Selbständigkeit zu ermöglichen, die nötig sind für die dauernde seelische Gesundheit.

Völlig überwunden ist das Problem des Ausgleichs zwischen Beruf und Leben, zwischen Fachbildung und menschlicher Totalität noch nicht. Doch ist gezeigt, daß es schon aus den nüchternsten wirtschaftlichen Erwägungen heraus zu einem ganz großen Teil überwunden werden kann, wenn man nur mit den sozialistischen Gedanken Ernst macht.

Wir müssen die Anforderungen der Wirtschaft an die künftige Erziehung mit diesen fragmentarischen und sehr allgemeinen Andeutungen zunächst als erledigt betrachten und wenden uns zu der Aufgabe, die Folgen einer grundsätzlich sozialistisch gedachten G e s e l l s c h a f t s o r d n u n g für das Schulwesen zu untersuchen. Es wurde oben schon gesagt, daß in dem V e r h ä l t n i s v o n L e h r e r u n d S c h ü l e r das alte System sich ausdrückte in der autoritären obrigkeitlichen Stellung des Lehrers, dem das Kind grundsätzlich als einzelnes gegenüberstand. Das militärische System der direkten Unterordnung des vereinzelten, ohne Zusammenhang mit seinen Kameraden gedachten Mannes unter den Willen des Vorgesetzten, jenes System, in dem Verabredung, gemeinsame Beschwerde, solidarisches Handeln grundsätzlich als strafbare Meuterei gilt, es herrschte in etwas sanfterer Form (dafür aber eben gegenüber Kindern) auch in der Schule, und es herrscht da noch heute.

Dementsprechend wird auch der zu übermittelnde Stoff in autoritärer Form an die junge Generation herangebracht; der Lehrplan, das Pensum gilt alles, das Interesse, die Selbsttätigkeit nichts.

Der sozialistische Gedanke verlangt hier eine grundsätzliche Wandlung. Er fordert, was zunächst das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern und das Verhältnis der Schüler untereinander angeht, den Geist und die Form der Gemeinschaft, der Solidarität der zusammen Arbeitenden, er verlangt die Schulgemeinde. Diese Form, vorgebildet hauptsächlich in amerikanischen Einrichtungen, ist in ihrer reinen Gestalt von Dr. Gustav Wyneken gefunden und in der Freien Schulgemeinde Wickersdorf zuerst realisiert worden. Sie bedeutet, daß der Grundsatz: »Die innere Ordnung des Betriebs ist Sache der in ihm Arbeitenden« mit vollkommenem Ernst auf die Schule angewandt wird, so daß die Gesamtheit aller Lehrer und Schüler die oberste Instanz ist in allen inneren Angelegenheiten der Schule. Zweifellos birgt dieser Gedanke eine Naht in sich: er ist eine geniale und einfache Verbindung eines sozialistischen Grundgedankens mit dem Glauben an einen eigenen Wert der Jugend und jugendlichen Lebens; doch ist die innere Affinität dieses Glaubens mit einer grundsätzlich revolutionären Geisteshaltung unverkennbar; schon aus der letzten von Fichtes »Reden an die deutsche Nation« geht das klar hervor.

Während der kurzen Zeit, in der Wyneken im preußischen Kultusministerium wirkte, versuchte er mit einem vielbesprochenen Erlaß dem Schulgemeindegedanken eine breitere Wirksamkeit zu geben. Bürgerlicher Sabotage gelang es, den vollen Erfolg zu stören, wenn sie auch nicht verhindern konnte, daß eine Schülerbewegung entfesselt wurde, die sich ständig ausbreitet. Die grundsätzlichen Zusammenhänge dieses äußern Mißerfolgs sind eingeschlossen in die noch folgenden Erörterungen über Autonomie und Diktatur.

Der Geist der Schulgemeinde charakterisiert sich als sozialistisch durch folgende Merkmale: die Schulgemeinde ist gedanklich notwendig verknüpft mit dem Arbeitsunterricht, d. h. also mit der Erziehung zu eigenem Tun und Finden, zur Arbeit einerseits, zur Freiheit andrerseits. Die Schulgemeinde erzieht, nicht durch Predigt, sondern durch

positive Leistung (in der Vollversammlung, im Schülerrat, in einzelnen Aemtern) zur tätigen Teilnahme am Schicksal der Allgemeinheit, zu Solidarität, Dienst und Verantwortlichkeit. Die Schulgemeinde bietet schließlich die Möglichkeit, eine — wenn man so sagen darf — Klassenherrschaft der Lehrer über die Jugend zu verhindern. (Es bestehen nämlich weitgehende Analogien zwischen der Stellung der Jugend in der Gesellschaft und der Lage einer unterdrückten Klasse im marxistischen Sinne. Diese Analogien näher auseinanderzusetzen — ohne dabei natürlich die Unterschiede zu vergessen, die verbieten anders als in übertragenem Sinne von einem Klassenkampf der Jugend zu sprechen — muß einer besonderen Arbeit vorbehalten bleiben. Hier kann nur die Bitte ausgesprochen werden, den Gedanken eines solchen Befreiungskampfes der Jugend, dem ja übrigens auch soziologische Tatsachen entsprechen, ernsthaft ins Auge zu fassen und die Linie zu sehen, die ihn mit dem Gedanken der Schulgemeinde verbindet.)

Für das Verhältnis des Erziehungswesens als eines Ganzen zu dem Ganzen der übrigen Gesellschaft ist die programmatische Formel bereits oben ausgesprochen worden: Autonomie des Bildungswesens. Bevor über sie eingehender gesprochen wird, müssen jedoch noch einige Selbstverständlichkeiten ausgesprochen werden. Selbstverständlich ist für jeden Sozialisten, daß das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen zusammen mit der Gesamtheit ihrer Privilegien beseitigt werden muß, daß der Zugang zur Bildung frei ist, unabhängig von Besitz, Stand, Geschlecht, Nation, Religion, Rasse. In der sozialistischen Gesellschaft fehlt zu solchen Postulaten der Anlaß; im Verlaufe der sozialen Revolution werden die einzelnen Etappen der Erfüllung dieser Forderungen deutliche Kennzeichen des fortschreitenden Befreiungskampfes sein. Selbstverständlich sollte für jeden Sozialisten auch sein, daß das sog. Aufsteigen der Begabten, ermöglicht durch vereinzelte Beihilfen und durch die Einrichtung von Sonderklassen, ein liberaler aber kein sozialistischer Gedanke ist, eine Zerstörung der menschlich-brüderlichen Solidarität, eine Schaffung neuer bevorrechtigter Stände. Die materielle Basis des gesamten Bildungswesens ist vielmehr grundsätzlich derart durch die Gesamtheit zu beschaffen, daß jedes Kind bis zur Beendi-

gung seiner körperlichen Entwicklung die vollen Ausbildungsmöglichkeiten erhält, deren es auf Grund seiner Anlagen fähig ist. Dabei wird es zweifellos möglich sein, durch eine vom Gesichtspunkt der Ausbildung geleitete produktive Arbeit die Jugend selbst zur Beschaffung dieser materiellen Basis heranzuziehen. Die Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit, von der schon im kommunistischen Manifest und in einer prophetischen Stelle im ersten Bande des »Kapitals« die Rede ist, wird nicht nur in der besonderen deutschen Situation der Gegenwart und nächsten Zukunft unvermeidlich sein; sie könnte vielmehr nach vielen Richtungen hin als das Kernstück des kommunistischen Schulprogramms angesehen werden: als wahre Realisation der Sozialpädagogik, als konkreter Kern der Erziehung zur Aktivität, als ernüchterndes Heilmittel gegen alle auf Klassenhochmut gerichteten kulturellen Rauschgifte. Ueber diese Dinge wäre eine besondere Abhandlung nötig. Es versteht sich übrigens von selbst, daß bei dieser Verbindung mit der produktiven Arbeit doch immer der Gedanke der Ausbildung der herrschende bleiben muß, und zwar in vollem Ernste, nicht in so fadenscheiniger Verlogenheit wie in weiten Gebieten des heutigen Lehrlingsunwesens.

Das Problem der Auslese, das als berechtigter Kern in dem Rufe nach dem Aufstieg der Begabten steckt, ist damit natürlich noch nicht gelöst. Es beruht auf der natürlichen Ungleichheit der Menschen einerseits, auf der Differenzierung einer hochorganisierten Zivilisation andrerseits. Doch ist oben bereits gezeigt, daß die Auslese in der kommunistischen Gesellschaft überhaupt nicht mehr den Sinn der Schaffung einer Rangordnung haben darf — und es wird Aufgabe derer sein, die diese Gesellschaft aufbauen, auf die Erfüllung dieses Postulats zu achten — daß die Auslese mithin im Gebiet der Erziehung nicht als eine Vorbereitung oder gar als eine Vorwegnahme solcher Rangordnung aufgefaßt werden darf, daß sie sich vielmehr reduziert auf eine psychotechnische Zuordnung der Begabungen zu den objektiven Aufgaben. Hierfür allgemeine Grundsätze aufzustellen scheint heute noch nicht möglich; nur soviel kann vielleicht gesagt werden, daß die Begabungsprüfung mit den Methoden der experimentellen Psychologie zwar durchaus als ein technisches Hilfsmittel aufs stärkste heranzuziehen ist, aber — auch wenn sie noch so weit ausgebaut ist — doch

niemals zu einer zwangsmäßigen Einfügung in einen bestimmten Beruf verführen darf. Ein vernünftiger Ausgleich zwischen den Neigungen des einzelnen, seiner durch Prüfung festgestellten Befähigung und den Anforderungen des Wirtschaftslebens muß immer wieder angestrebt und kann nur in der lebendigen Praxis erreicht werden. Die Berufsberatung darf nicht zum Berufsbefehl ausarten. Die elementaren Grundsätze der Revolution würden sicher in irgendeiner Form auch gegen solche Versachlichung des Menschen wieder lebendig werden.

Nach Erledigung dieser Selbstverständlichkeiten zurück zum Grundsatz der Autonomie des Bildungswesens. Sein Inhalt ist vielleicht am leichtesten verständlich zu machen durch die Parallele zur Entwicklung der Rechtspflege: genau so wie der Staat, beginnend mit gelegentlicher Selbstbeschränkung der absolutistischen Fürsten, fortschreitend den Grundsatz wahr gemacht hat, daß die Rechtsprechung, d. h. also die Anwendung einmal bestehender Gesetze, unabhängig sein müsse von der Verwaltung, d. h. also vom willkürlichen Eingriff der politischen Macht, ebenso muß es erreicht, daß auch dem Bildungswesen gegenüber die Omnipotenz des Staates sich freiwillig aber zuverlässig und fest selbst einschränke, um abgesehen von einem Minimum äußerlicher formaler Ordnung (etwa entsprechend dem Gerichtsverfassungsgesetz) das gesamte Bildungswesen dem Aufbau nach seinen inneren Gesetzen durch die in ihm Arbeitenden zu überlassen.

Dieser Gedanke ist gleichfalls von Wyneken zuerst rein formuliert und als Forderung aufgestellt worden. Es lohnt sich wohl, ihn einer näheren Prüfung zu unterziehen, nicht um ihn durch Kritik zu zerstören, sondern um seine Zusammenhänge und Konsequenzen zu klären [3]).

Fruchtbar ist hierfür bereits eine Kritik der Parallele zur Rechtspflege. Soweit der Nicht-Jurist zu übersehen vermag, hinkt dieser Vergleich vor allem deshalb, weil die Richtlinien der Rechtspflege ja, über die formale Ordnung hinausgehend, auch material durch die Gesetze gegeben sind,

---

[3]) Der Verfasser möchte die Gelegenheit benutzen, um auf ein Buch von Martin Luserke, gleichfalls einem Mitarbeiter des Wickersdorfer Kreises, hinzuweisen, das die Autonomie der Schule ausführlich behandelt und demnächst im Furche-Verlag, Berlin, erscheint. Zur Zeit sind dem Verfasser nur die ersten zwei Abschnitte dieses Buches bekannt, in denen von der hier folgenden kritischen Klärung des Autonomiegedankens noch nichts enthalten ist.

und zwar durch Gesetze, die nicht innerhalb des Kreises der an der Rechtspflege Beteiligten festgesetzt wurden, sondern durch die irgendwie geordnete Zusammenarbeit von Regierung und Volksvertretung, d. h. also durch die politischen Gewalten. In Parenthese: hier liegt auch der Anlaß für einen großen Teil dessen, was die sozialistische Kritik als Klassenjustiz bezeichnet; der andre Teil fließt mehr aus der sozialpsychologischen Einstellung der Richter als aus direkten Eingriffen der Staatsgewalt, die immerhin selten erfolgen und stets gegen das einmal anerkannte Prinzip verstoßen.

Autonomie des Bildungswesens bedeutet nun aber für ihre Vertreter in Wirklichkeit mehr als das, was wir bis jetzt als Autonomie der Rechtspflege kennen; sie bedeutet nämlich auch Autonomie der inhaltlichen Arbeitsregelung. Also nicht nur Freiheit der pädagogischen und didaktischen Methoden für die Erfüllung eines von der Verwaltung oder der Gesetzgebung auferlegten Lehrplans, sondern Freiheit in der Gestaltung des Lehrplanes selbst. Bei einer Rückübertragung auf das juristische Gebiet würde das vielleicht mit der Forderung der freien Rechtsschöpfung in Vergleich gesetzt werden können. Wieweit ein sozialistischer Neuaufbau des Rechts zu solchen Formen gelangen würde, steht noch dahin. Dagegen führt sozialistische Kritik der Erziehung in dieser Hinsicht unseres Erachtens zu folgenden Resultaten: soweit Fachbildung in Frage kommt, müssen natürlich in erster Linie die Anforderungen des betreffenden Faches berücksichtigt werden. Dies kommt erst auf verhältnismäßig hoher Altersstufe in Frage, ist keine Angelegenheit der Gesellschaft im ganzen und kann der gemeinsamen Arbeit von Pädagogen und Vertretern der einzelnen Berufsgebiete überlassen bleiben. Angelegenheit der Gesellschaft im ganzen ist nur ein gewisses Minimum von Gesundheit, Kenntnissen und Fertigkeiten und eine auf Einfügung in die Gesellschaft gerichtete Gesinnung. Das Minimum von Gesundheit, Kenntnissen und Fertigkeiten, welches die Voraussetzung für die technische Einfügbarkeit des Individuums in die Gesellschaft ist, mag gesetzlich festgelegt, seine faktische Erreichung durch Kontrolle gesichert werden. Die Gesinnung, bei der man gleichfalls von einem Minimum (nämlich an Sozia-

bilität) sprechen kann, wird am besten gewährleistet durch die sozialistische Form der Erziehung: die Schulgemeinde.

Alles jedoch, was über diesen allgemeinsten Unterbau hinaus- und nicht schon wieder in den Bereich der Berufsvorbereitung hineinragt, mit andern Worten: das ganze Gebiet der höheren geistigen seelischen körperlichen Menschenbildung gehört zur Sphäre des kulturellen Ueberbaus, über dessen künftige Gestaltung die uns leitende materialistische Geschichtsauffassung auch nicht das mindeste auszusagen vermag. (Ueberschreitet sie doch schon ihre von ihr selbst gesetzten Grenzen, wenn sie solche Aussagen überhaupt versucht.)

Dies ist, vom sozialistischen Standpunkt aus, die eigentliche positive Begründung nicht nur für die Möglichkeit, sondern für die Notwendigkeit der Autonomie des Bildungswesens. Gestaltet sich in der Tat der kulturelle Ueberbau mit Notwendigkeit, doch ohne daß die Inhaltlichkeit dieser Gestaltung vorhergesehen werden könnte, nach den Tatsachen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, so bleibt auf dem Wege zur kommunistischen Gesellschaft von einem bestimmten Punkte an, so bleibt vollends in der kommunistischen Gesellschaft selbst gar nichts andres übrig, als den freien Fluß der kulturellen Entwicklung, ungehemmt durch behördliche Vorschrift, in die Organisation des Bildungswesens einfluten zu lassen, die nunmehr selbst in täglich neuer Arbeit den Klärungsprozeß vornehmen wird, aus dem für die Weitergabe an die neuen Generationen das nach Wertgesichtspunkten gereinigte und methodisch konzentrierte Gut gewonnen wird.

Man muß freilich nicht notwendig auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen, um den Gedanken der Autonomie des Bildungswesens anzuerkennen. Gerade wer zu erkennen glaubt, daß die historische Entwicklung letzten Endes geleitet wird von rein geistigen Mächten, etwa von religiösen Kräften, wird freudig den Gedanken aufnehmen können, daß diese geistigen Mächte ohne das Dazwischentreten staatlicher Machtinteressen sich rein in einem autonomen Bildungswesen auswirken sollen. Nur freilich mit einer Staatsvergötterung verträgt sich dieser Autonomiegedanke schlechterdings nicht.

Eine rückwärts gewandte Kritik des bis jetzt üblichen Verfahrens wird uns in drei Richtungen weiter- und zu Ende führen: zu einer neuen Rechtfertigung

des Autonomiegedankens aus der Theorie des Klassenstaates, zur Ergänzung der Autonomieforderung aus den aktuellen Notwendigkeiten der sozialen Revolution heraus, und schließlich zu der Einsicht, daß die letzte anscheinend noch offenstehende Aufgabe unsres Programms, nämlich die Feststellung des kulturellen Bildungsziels, im Grunde, wenn auch nicht in den Einzelheiten, durch den Autonomiegedanken bereits gelöst ist.

Die Feststellung der Bildungsziele erfolgte bisher für Volksschule, mittlere und sog. höhere Schulen in Form der Lehrpläne. Für die Hochschulen geben nur die Prüfungsordnungen für die verschiedenen Staatsprüfungen und daneben einige mehr oder weniger verbindliche Studienpläne der Arbeit eine festere Gestalt. Typisch für alle heutigen Lehrpläne, Prüfungsordnungen usw. ist nun, daß sie inhaltlich ganz weitgehend beherrscht sind von den Interessen des Klassenstaates. Rein sachliche Anforderungen haben sich natürlich in den dafür geeigneten Gebieten der Mathematik, Naturwissenschaften, Technik in starkem Maße durchsetzen können. Wo jedoch irgendein Zusammenhang mit der kulturellen Ideologie, den Meinungen über Gott, Staat, Gesellschaft und menschliche Lebensaufgabe besteht, da ist überall der Einfluß der an der Erhaltung des Bestehenden interessierten Klassenherrschaft zu spüren. Dies zeigt nicht nur der Inhalt der einzelnen Lehrpläne etwa für Religion, Geschichte, Deutsch mit ihren Vorschriften über einzelne einzuprägende Gedankengänge, dies zeigen nicht nur die auf Grund dieser Lehrpläne geschaffenen Lehrbücher und Lesebücher: auch die Verteilung der verfügbaren Zeit auf die einzelnen Fächer, die strenge Scheidung der Jugend nach Altersklassen, die Vernachlässigung der wirtschaftlichen Kenntnisse ebenso wie die zuletzt gemachten Versuche staatsbürgerlichen Unterrichts, schließlich am deutlichsten die raffinierte Einrichtung der »Volksschule« als einer bereits mit dem 14. Jahr endenden Sackgasse: dies alles zeigt klar den Geist der herrschenden bourgeoisen Klasse, die zwar im Interesse der Fortführung ihrer hochorganisierten Produktion an einer gewissen Dressur der Massen, andrerseits aber auch an der Aufrechterhaltung einer gewissen Ideologie interessiert ist. Wie schließlich die völlige Vernachlässigung der ländlichen Volksschule dem Interesse der verbliebenen Reste der feudalen Klasse entspricht, bedarf kaum der Erwähnung.

Diese Feststellungen sind an sich nicht neu, und der Verfasser kann sie nach genauer Prüfung der Lehrpläne nur bestätigen: man mag ihm den Einzelnachweis, zu dem eine Fülle von Zitaten nötig wäre, im Rahmen dieser Arbeit füglich erlassen.

Die soziale Revolution bedeutet, über eine Zwischenstufe, den proletarischen Klassenstaat, hinweg, die Auflösung des Staates als einer Einrichtung zur Repression der Klassenkämpfe überhaupt und seine Ersetzung durch die klassenlose kommunistische Gesellschaft. Die Bedeutung dieser Tatsache (oder wenn man lieber will: dieser Theorie) für unser Problem liegt darin, daß in der klassenlosen Gesellschaft eine Ideologie zur Stützung der geistigen Herrschaft einer Klasse keine Daseinsberechtigung, keine Existenzmöglichkeit mehr hat. Der Staat als Klassenstaat hat ein dringendes Interesse daran, dem Bildungswesen keine Autonomie zu gewähren: er würde damit den ideologischen Pfeiler seines künstlichen Gebäudes entscheidend gefährden. Die klassenlose kommunistische Gesellschaft bedarf einer solchen Stütze nicht mehr: sie erst kann dem freien und eignen Gesetzen folgenden Leben des Geistes wirkliche Freiheit und durch ein von ihm gestaltetes autonomes Bildungswesen auch die freie menschengestaltende Auswirkung gewähren.

Der Weg zu dieser Auflösung des Staates führt jedoch, wie oben gesagt wurde, über die Zwischenstufe des proletarischen Klassenstaates hinweg, oder wie man heute häufiger sagt, durch die Diktatur des Proletariats hindurch. Es kann hier nicht der Platz sein, das ganze Problem zu erörtern, das der Streit um Demokratie oder Diktatur umfaßt. Es muß genügen, für unsre Spezialaufgabe die Antwort auf diese Streitfrage zu finden. Sie kann nur lauten: Diktatur. Dies bedeutet, daß die Autonomie, die für das Bildungswesen die genaue Analogie dessen ist, was auf politischem Gebiet die Demokratie bedeutet, ebensowenig sofort, zu Beginn der sozialen Revolution, eingeführt werden kann, wie die politische Demokratie. Die Autonomie, jetzt gewährt, würde ebensowenig eine wahre Autonomie sein, wie die jetzige rein formale Demokratie eine wahre Demokratie ist. Mag man über die verderbliche Wirksamkeit der noch bestehenden Klassenideologie und ökonomischen Klassenherr-

schaft innerhalb der formalen Demokratie verschiedener Meinung sein, so liegt indessen klar auf der Hand, daß das vom Klassenstaat aufgebaute Bildungswesen, in seinen Institutionen, Gesetzen und Personen ganz darauf eingestellt, die Ideologie des Klassenstaates immer wieder den kommenden Generationen mit den raffiniertesten Mitteln einzuprägen, — sich selbst überlassen, nichts anderes tun' kann als diese seine Arbeit fortzuführen und mit seinem ganzen Apparat für die Gegenrevolution zu wirken. Gerade in Schuldingen ist es am allerprägnantesten der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Vielleicht mag bei andern Völkern dies Problem anders liegen; bei den Deutschen mit ihrer starken Schulgläubigkeit und ihrer bedenklichen Begabung für Ideologie wird man kaum zu einer andern Antwort gelangen können.

Was bedeutet nun die Diktatur des Proletariats für das Erziehungswesen? Jedenfalls eine langwierige, auf weite Sicht eingestellte Arbeit — keine so einfache Aufgabe wie etwa die Unterdrückung der bürgerlichen Presse. Die soziale Revolution ist kein Vorgang, der zwischen dem 9. November 1918 und dem Zusammentritt der Nationalversammlung sich erledigt; und wer sie von den Grundsätzen und der Praxis der Revolution überhaupt wegziehen und auf den Boden der Demokratie verpflanzen will, versucht ihr die Luft abzusperren, in der allein sie gedeihen kann. Dies gilt mit besonderer Deutlichkeit für die Revolution des Bildungswesens.

Wir sehen ab von den im engeren Sinne organisatorischen Aufgaben, die der Diktatur des Proletariats auf dem Gebiet des Bildungswesens harren: den mehr oder weniger durch Dekrete zu lösenden Fragen des Berechtigungswesens, der Einrichtung besondrer Proletarierschulen, der Finanzierung aus Staatsmitteln und durch Bildungssteuern der besitzenden Klassen, der sofortigen Entlassung politisch gefährlicher Lehrkräfte usw. Das kommunistische Aktionsprogramm für diese Dinge gehört nicht in den Rahmen dieses Aufsatzes.

Dagegen gehören folgende Forderungen hierher. Auf geistigem Gebiet muß vor allem eine gründliche Revision der Lehrpläne erfolgen. Einmal sind sie nach Inhalt und Zeitverteilung zu reinigen von den obenerwähnten Einflüssen der feudalen und bürgerlichen Klassenideologie. Sodann ist positiv hinzuzufügen eine elementare Belehrung über wirt-

schaftliche Tatsachen und über die Geschichte und die Lehren des Sozialismus: nur im Sinne eines Zwanges zur Information, nicht als Gesinnungszwang. Die Durchführung dieser Dinge in der Praxis ist jedoch nur möglich nach einer Erneuerung der Lehrerschaft. Diese personale Seite der Sache ist soziologisch betrachtet der Kernpunkt, insbesondere im höheren Unterrichtswesen. (Der Oberlehrerstand ist eine der stärksten Stützen der Reaktion.) Hier liegt auch der Hauptgrund für die Langwierigkeit der Arbeit, darum aber auch hier die Notwendigkeit, sofort mit der Arbeit zu beginnen. Hier sind Prüfungsordnungen und Berechtigungswesen die Punkte, an denen anzusetzen ist, und wiederum die Personalfrage: die Hochschullehrer.

All diese Säuberungsarbeiten können unmöglich von einem vorzeitig autonom gemachten Bildungswesen geleitet werden, geschweige denn durch Eingriffe einer bürgerlich-demokratisch verunreinigten Koalitionsregierung. Sie sind nur möglich mit revolutionär-diktatorischen Methoden, unter der Aufsicht des revolutionären Proletariats, unter Ausschaltung aller bürgerlichen Zelebritäten der Pädagogik, unter Mitwirkung rein sachlich interessierter Fachleute politisch ungefährlicher Teilgebiete, unter schärfster Anspannung der wenigen dem Sozialismus treu ergebenen geistigen Menschen.

Daß es für einen soziologisch Geschulten sich von selbst versteht, daß der provinziale und lokale Schulverwaltungsapparat nicht ohne schärfste Kontrolle weiterarbeiten kann, mag nebenbei erwähnt werden. Ferner ist der Umbau der Schulverwaltung nach den Grundsätzen des Rätesystems, und zwar mit parallelen Lehrer- und Jugendräten aufgipfelnd zu einem pädagogischen Zentralrat, dem Verfasser eine Selbstverständlichkeit; doch reicht diese Forderung zu weit in die rein organisatorischen Probleme sowohl des Schulwesens als auch des Rätesystems hinein und ist außerdem mit dem früher berührten Gedanken des klassenähnlichen Charakters der Jugend zu eng verknüpft, als daß ihre nähere Erörterung nicht den Rahmen dieser Arbeit sprengen müßte.

Die Autonomie aber kann nur insoweit gewährt werden, als die Umstellung vollzogen und damit die Gewähr in den Institutionen wie in den Personen gegeben ist, daß der Geist nicht zu gegenrevolutionären Zwecken mißbraucht werde. Diese Vor-

sicht ist geboten in gleicher Weise der Revolution wegen wie der Freiheit des Geistes wegen.

Die Aufgabe, über die kulturellen Bildungsziele des künftigen Schulwesens Programmatisches zu sagen, ist, wie oben behauptet wurde, mit der Forderung der Autonomie grundsätzlich wenn auch nicht in den Einzelheiten bereits gelöst. Richtig zu verstehen ist diese Behauptung, die sehr verwegen scheint, nur dann, wenn man sich einmal mit vollem Ernst klargemacht hat, welche Konsequenzen aus dem historischen Materialismus für das Kulturproblem folgen. Die philosophische Erörterung, die zur völligen Klärung dieser Zusammenhänge nötig wäre, kann hier keinen Platz finden. Es muß genügen, die allgemeinsten Resultate, so wie der Verfasser sie sieht, zur Kritik zu stellen.

Gleichgültig ob im Kulturbegriff mehr das objektive Moment der Werkschöpfung oder mehr das personale Moment der Seelengestaltung betont wird, so mag jedenfalls daran festgehalten werden, daß Kultur (nicht dem Entstehungsgrunde wohl aber dem Wesen nach) das von Zwecken befreite nur auf Werte gerichtete Leben, Schaffen, Sein des in Menschen verkörperten Geistes ist. Daß ein solches Leben existiert, der Idee nach, braucht man vom Boden des historischen Materialismus aus nicht zu leugnen. Wohl aber sieht man von diesem Boden aus, daß und wie dieses Leben des Geistes der Reinheit seiner Idee immer von neuem entfremdet wird durch die menschlich-tierische Gebundenheit in materieller Not und durch den im Befreiungskampf gegen diese Not entstehenden Klassenkampf. Auch dies gilt gleichmäßig für die Gestaltung objektiven Kulturbesitzes wie für die Formung der menschlichen Seele.

Der Sozialismus als die menschlich-brüderliche und zugleich rationale Durchführung des Kampfes gegen die stets Zerstörung drohenden Naturgewalten ist die einzige Form, soweit wir heute sehen, die dem kulturellen Leben Befreiung vom Zweckjoche nach dieser Seite hin schaffen kann.

Der Sozialismus als Aufhebung des Klassenkampfes in der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft schafft aber auch Befreiung des Geistes von der Einstellung für Zwecke des Klassenkampfes.

Nun läßt sich freilich nicht vorhersagen, was dabei herauskommen wird, und noch weniger, was herauskommen soll:

es gibt, wenn man den Begriff Kultur eng faßt, getrennt von allem Zivilisatorischen und Organisatorischen, kein sozialistisches Kulturprogramm als Zielforderung außer dem, das in dem Wort Freiheit liegt.

Ein sozialistisches Kulturprogramm, von diesem Begriffe der Kultur aus, gibt es nur als ein Programm des Uebergangs, wenn man so sagen darf: der kulturellen Revolution. Und dies muß in der Hauptsache ein Programm des Abbaues, der Reduktion sein: nicht in dem Sinne, als ob erst tabula rasa gemacht und alles zerstört werden müsse, damit man dann neu aufbauen könne; etwas derartiges gibt es in der geschichtlichen Wirklichkeit nicht. Wohl aber Reduktion und Abbau in dem Sinne, daß auf allen kulturellen Gebieten mit schärfster Kritik und unbestechlicher Reinlichkeit die dem Klassenkampf entsprossenen Wucherungen erkannt, beseitigt, wohl auch mit diktatorischer Methode unterdrückt werden, damit die überall vorhandenen Ansätze zweckfreien rein kulturellen Lebens Freiheit und Luft zum Wachstum finden. Diese kritische, diese Reinigungsarbeit wird in ihrem Fortschreiten zugleich den Weg der wachsenden Autonomie des Bildungswesens bezeichnen; niemand aber wird glauben, daß unser Bildungswesen in seiner heutigen Gestalt als Ganzes aus sich heraus zu dieser Selbstbefreiung und also zur Autonomie fähig wäre. Es bedarf vielmehr der klaren, entschlossenen und unermüdlichen Arbeit eines Stoßtrupps sozialistischer geistiger Menschen aus der Jugend, aus der Lehrerschaft und auch aus allen Kreisen außerhalb des eigentlichen Schulwesens, einer Arbeit mit revolutionären Methoden, gestützt von der Energie einer proletarisch-revolutionären Regierung.

Die Abrüstung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Ungarn *).

Von

Privatdozent Dr. E. FERENCZI.

In allen kriegführenden Ländern wurden während des Krieges in militärischen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen lange theoretische Debatten über die Modalitäten der Abrüstung geführt und diesbezüglich sehr ausführliche Entwürfe ausgearbeitet. Der strittigste Punkt war die Reihenfolge der zu entlassenden Personen. Sehr viele waren der Ansicht, daß die aus militärischen und Verkehrsgründen auf ungefähr ein Jahr berechnete Abrüstung im einzelnen, mit Berücksichtigung der größeren oder geringeren volkswirtschaftlichen Brauchbarkeit der Heimkehrer, zu geschehen habe. Endlich einigte sich die deutsche und die österreichisch-ungarische Heeresleitung dahin, daß — abgesehen von der kontingentierten Anzahl gewisser dringend (außertourlich) zu entlassender Personen — die Abrüstung nur nach Truppenkörpern vor sich gehen könne. All diese Pläne wurden jedoch durch den unglückseligen Ausgang des Krieges, die innere Revolution und die, eine sofortige Abrüstung verkündende, pazifistische Politik über den Haufen geworfen.

Die Abrüstung ging in dem systemlosen Zurückfluten größerer und kleinerer Truppenkörper, sowie zerstreuter Einzelpersonen vor sich. Dieser Umstand ergab für Verkehr, Volkswirtschaft und öffentliche Sicherheit außerordentliche Schwierigkeiten, hatte

*) Dieser Aufsatz wurde noch vor der Einführung der Diktatur des Proletariats (22. März 1919) in Ungarn abgeschlossen. Die obigen Ausführungen werden aber durch die derzeitigen Verhältnisse in erhöhtem Maße gerechtfertigt.

jedoch den Vorteil, daß, abgesehen von geringen Ausnahmen, niemand künstlich im Heeresverbande zurückgehalten wurde. Dadurch wurde manche Unbilligkeit verhindert, die gewiß zu einer gesellschaftlichen Gärung Anlaß gegeben hätte. Um so größere Schwierigkeiten verursacht es nun jedoch, die zurückströmenden Massen nicht nur in ihre gewohnte bürgerliche Umgebung, sondern auch zur produktiven friedlichen Arbeit zurückzuführen. Die Volksregierung mußte vor allem dafür sorgen, den Heimkehrern sowie den durch die Arbeitsverminderung in der Kriegsindustrie bzw. den Mangel an Kohle und Rohstoffen im Hinterlande freigewordenen Arbeitskräften unbedingt den Lebensunterhalt zu sichern. Sie mußte dem vorbeugen, daß Tausende von Arbeitern, wenn auch nur für Tage, untätig im Lande umherstreichen. Infolge der Niederlage, des ermüdenden Rückzuges, der gefahrvollen Heimkehr aus der Gefangenschaft, gar oft auch mangelhafter Ernährung und Bekleidung, waren die heimkehrenden Soldaten begreiflicherweise in gedrückter Stimmung. Tausende abgespannter, niedergeschlagener Menschen fanden ihr Heim nicht mehr im Vaterlande. Solange nicht diese in Arbeit treten können, muß für sie angemessene Wohnung, Nahrung und Kleidung beschafft werden. Diesem Zwecke diente in erster Reihe die Verordnung des ungarischen Kriegsministers vom 5. November über die Errichtung von A r b e i t e r h e i m e n. In diese Heime können nur solche Personen aufgenommen werden, welche sich bereits bei ihrem Kader gemeldet haben oder die Entlassung aus ihrem Betriebe nachweisen. Die Arbeiterheime sind bemüht, die wichtigsten Lebensbedürfnisse i n n a t u r a zu befriedigen, doch beziehen die Soldaten dabei ihren Sold weiter. Schon diese Verordnung legte das größte Gewicht darauf, den Arbeitern durch die Gewerkschafts-, bzw. behördlichen Arbeitsnachweise zu angemessener, dauernder Beschäftigung zu verhelfen; auch macht sie es den Ortsbehörden zur Pflicht, bis dahin die Mannschaft der Heime im Bereiche der Möglichkeiten bei öffentlichen Arbeiten zu beschäftigen. Die Arbeiterheime sind ausgesprochen b ü r g e r l i c h e Wohlfahrtseinrichtungen. Auf ihre Organisierung und Leitung nehmen die lokalen Arbeiterorganisationen entscheidenden Einfluß, bei der Aufrechterhaltung der Disziplin wirken die Vertrauensmänner der Bewohner mit.

Auch die durch die Verordnung des Kriegsministers vom 7. November bezeichneten Abrüstungsstellen, d. h. die bei den Militärkommandos geschaffenen Abrüstungsorganisationen setzten sich überall mit den lokalen Nationalräten und Gewerkschaften in Verbindung. Besonders die letzteren bzw. die von den Landesgewerkschaftszentralen entsandten Vertrauensmänner haben sich um die Abrüstung sehr verdient gemacht.

Die frühere Regierung hatte nolens-volens ein Ministerium für die Uebergangswirtschaft, doch ohne entsprechenden Wirkungskreis und Budget errichtet und dasselbe dann, offenbar aus persönlichen Gründen, vorzeitig aufgelöst, statt es zu reformieren. Die Volksregierung war daher im letzten Augenblick gezwungen, behufs einheitlicher Durchführung der Personen- und Sachabrüstung diese Angelegenheiten mit völliger Verfügungs- und Vollstreckungsgewalt dem Kriegsministerium zuzuweisen. Im Ministerium wurde mit der Erledigung der Abrüstungsangelegenheiten ein besonderer Staatssekretär betraut und unter dessen Leitung eine Abrüstungsgruppe organisiert. Als sehr richtig erwies es sich, dieses Amt einem praktischen Führer der Arbeiterbewegung zu übertragen, dagegen war es prinzipiell falsch, für die Erledigung der Personalabrüstung einen aus 28 Mitgliedern bestehenden Rat zu schaffen, in welchen ausschließlich der »Landesverband der Ungarischen Fabrikindustriellen« und der »Ungarische Gewerkschaftsrat« eine gleiche Anzahl von Mitgliedern »unter Berücksichtigung der verschiedenen Gewerbezweige sowie des Kleingewerbes« entsandte. Bei Angelegenheiten, welche das ganze Staatswesen angehen und auch eine vielseitig theoretische Bildung erfordern, halten wir es prinzipiell nicht für wünschenswert, die Direktive ausschließlich den unmittelbar interessierten Kreisen und von diesen auch wieder nur den am stärksten organisierten und auf die engeren gemeinsamen Interessen bereits mehr oder weniger eingestellten Gruppen anheimzugeben. In solchen Fällen müssen — besonders in demokratischen Staaten — im vorhinein auch unparteiische Sachverständige mit gleichem Stimmrecht zugezogen werden. In der Praxis müssen nicht nur die Beamten der zuständigen Regierungszweige in Anspruch genommen werden, sondern auch außenstehende Sachverständige, weil sonst, mangels einer geeigneten Vertretung, das Interesse der Allgemeinheit sowie ein-

zelne schwach organisierte bzw. nicht genügend vertretene Gruppen — wie dies aus den weiteren Ausführungen hervorgeht — notwendigerweise den kürzeren ziehen.

Unter den Waffen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit trat im Verlaufe der Abrüstung leider immer mehr die Unterstützung in den Vordergrund. Die Umwandlung der Rüstungsbetriebe in Friedensindustrie, die Befriedigung sämtlicher infolge des Krieges zurückgestellter Bedürfnisse, die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden scheitert an dem katastrophalen Kohlenmangel. Dem Arbeitsnachweis bleibt unter solchen Verhältnissen in den meisten Industriezweigen außer der Kontrolle der Arbeitslosen nur die Aufgabe, die Arbeitslosen zu verschiedenen Aushilfsbeschäftigungen (Taglöhnerarbeit, Wachdienst, Landwirtschaft, Propaganda usw.) zu überführen. Die bezüglich der Abrüstung erlassenen Regierungsverordnungen stellen den Gewerkschaftsnachweis zum Nachteile des behördlichen Arbeitsnachweises stark in den Vordergrund. Die Arbeitsvermittlung für die Fach- und gelernten Arbeiter entzog die Regierung durch das Unterstützungsverfahren tatsächlich dem auf Grund des G.A. XVI. v. J. 1916 in der Entstehung begriffenen behördlichen Arbeitsnachweise. Da es jedoch den Gewerkschaften noch nicht in jedem Industriezweige und nicht überall gelungen war, sich für die Arbeitsvermittlung einzurichten bzw. da es ihnen vielmehr noch nirgends gelungen ist, diese unbedingt in konstitutionellem Geiste zu behandelnde Fachangelegenheit paritätisch mit den Arbeitgebern zu organisieren, stellt sich der Fortschritt in der Organisation des Arbeitsmarktes als unbefriedigend dar. Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren, daß das Hauptziel, die völlige Zentralisierung und statistische Uebersichtlichkeit des Arbeitsmarktes bildet. Dies ist jedoch nur dadurch zu erreichen, daß das gesamte Arbeiter- und Arbeitsangebot (bzw. Lohnfrage) möglichst einheitlichen Orts-, Bezirks- und Landeszentral-Evidenzhaltungsorganen zur Kenntnis gebracht wird. Diese haben Sorge zu tragen, daß der gegenseitige Ausgleich zwischen sämtlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweisorganisationen so schnell wie möglich vonstatten gehe. Allein im Interesse der vollständigen Ausnützung der Arbeitskraft der nicht gelernten Arbeiter, besonders der Taglöhner, müßte schon jetzt größeres Gewicht auf die vollkommene Organisierung der behördlichen Arbeitsver-

mittlung mittels fachgemäßer Dezentralisierung und besserer Ausbildung der Arbeitsnachweisangestellten gelegt werden. Bei den ungelernten, unorganisierten Arbeiterelementen besteht heute noch am meisten die Gefahr, daß, indem sie oft von der Straße her gedungen werden, der Ueberblick über den Arbeitsmarkt fehlt und die Arbeitsbedingungen je nach der wechselnden Konjunktur verschlechtert oder ungerechtfertigt in die Höhe getrieben werden. Auch die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung muß sich dem behördlichen Arbeitsnachweise fachgemäß einfügen, wenn wir die Arbeitskraft der ungelernten Arbeiter, welche der Krieg am meisten dezimiert hat (Gefallene, Invalide), in ergänzenden (komplementären) Berufszweigen so vollständig wie möglich verwerten wollen. Es genügt daher nicht, wie dies bisher geschah, an den Sitzen der Handels- und Gewerbekammern — oft nur aus einem Fachbeamten bestehende — Bezirksarbeitsnachweise zu organisieren. Wenigstens in jeder Gemeinde von 5—10 000 Einwohnern und einiger volkswirtschaftlicher Bedeutung muß ein auch mit der Arbeitsvermittlung hauptamtlich betrauter Wohlfahrtsbeamter angestellt werden. Ja, mit der Zeit bedarf es auch an den Bezirkshauptorten je eines solchen Beamten, die bei demokratischer Aufsicht auch in den sonstigen Aufgaben der Sozialpolitik (Kriegsfürsorge, Volkshygiene, Volkskultur) fachmäßig unterwiesen und beauftragt werden sollen. Es wird eine der dringendsten Aufgaben des Ministeriums für Arbeiterwesen und Volkswohlfahrt sein, diese dezentralisierte Organisation zu schaffen. Sowohl in Deutsch-Oesterreich wie auch im Deutschen Reiche legten während der Abrüstung die Volksregierungen weit größeren Wert auf den Ausbau der behördlichen Arbeitsnachweise und dessen Mitwirkung bei der Unterstützung der Arbeitslosen, als dies in Ungarn der Fall war. Und doch haben die Gewerkschaften nur so lange Anlaß, gegen diese Institution Widerwillen zu hegen, als dieselbe in ihnen feindlichem Sinne und mit ihnen fremden Organen arbeitet. Einem behördlichen Arbeitsnachweise gegenüber, der seinem Wesen nach nichts anderes ist als die Zentrale der freiwillig unter paritätische Leitung gestellten Fachnachweise, hört diese Animosität — wie die Entwicklung im Auslande beweist — notwendigerweise auf. In einzelnen deutschen Städten (München usw.) vereinigten die Gewerkschaften noch vor dem

Kriege, auf Grund einstimmiger Beschlüsse, ihre Arbeitsnachweise freiwillig mit dem behördlichen Arbeitsnachweise.

Sämtliche den Aufschwung der Volkswirtschaft bezweckende Pläne — einschließlich der so unendlich dringenden Wohnungsfrage — haben infolge der elementarsten technischen Schwierigkeiten für die nächste Zukunft in Ungarn keinerlei reale Aussichten. An gewöhnliche Notstandsarbeiten kann man aus gleichen Ursachen ebensowenig denken. Anderseits lassen sich doch nicht einmal für die dringendsten Taglöhnerarbeiten, den Eisenbahndienst, die Landwirtschaft usw. Arbeitskräfte in ausreichender Zahl beschaffen. Auch konnte während des Winters infolge der unsicheren Witterungsverhältnisse höchstens von solchen, verhältnismäßig weniger bedeutenden Arbeiten die Rede sein, welche auch im strengsten Winter betrieben werden können, wie das Brechen und Zerkleinern von Steinen (zum Pflastern der Straßen und für Bauten). Die Versorgung der unter solchen Umständen sich rapid vermehrenden gewerblichen Arbeitslosen macht eine in Maß und Zeitdauer so außerordentliche Unterstützungsaktion notwendig, wie sie die Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis jetzt nicht kannte. Sie kannte sie schon darum nicht, weil auch die politische Macht der Arbeiterklasse niemals so groß war wie gegenwärtig in den kürzlich von politischen Revolutionen erfaßten Ländern. Die Unterstützungspolitik müßte daher auf richtigen prinzipiellen Grundlagen aufgebaut werden, sonst könnte sie dem ohnedies völlig ungeordneten Staatshaushalt unerschwingliche Lasten auferlegen und zugleich das, während des Militärdienstes bzw. der Kriegsunterstützung erschütterte wirtschaftliche Verantwortlichkeitsgefühl des Volkes gänzlich untergraben.

Die ungarische Volksregierung hat bis jetzt für die verschiedenen Kategorien der unverschuldet erwerbslos gewordenen arbeitsfähigen Staatsbürger auf sehr abweichenden, teilweise auch infolge der Dringlichkeit dieser Angelegenheit einander vielfach widersprechenden prinzipiellen Grundlagen gesorgt.

1. Vor allem verlängerte die Regierung den Fortbezug der Kriegsunterstützung für die Berechtigten zuerst bis zum 31. Dezember 1918, dann, auch im Sinne des diesbezüglichen Vorschlages meines Referats, »unwiderruflich« bis Ende Februar 1919. Ziehen wir auch die Abfertigung in Betracht (ungefähr 360 Kr. minimale Abrüstungsgebühr), welche jeder heimkehrende

Soldat erhält, so erleichtert die Kriegsunterstützung jenen, welche sofort in Arbeit treten oder auch Arbeitslosenunterstützung erhalten, die Befriedigung ihrer während des Krieges aufgeschobenen Bedürfnisse, die Abtragung ihrer Schulden, unter Umständen etwas Erholung usw. Jenen Erwerbslosen aber, welche aus irgendeinem Grunde keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, sichert die Kriegsunterstützung eine Zeitlang wenigstens den Lebensunterhalt.

2. Gemäß den am 14. November veröffentlichten Grundprinzipien (welche übrigens schon seit 1916 unter dem früheren Regime zur Anwendung kamen) bezüglich solcher militär- oder kriegsleistungspflichtiger Arbeiter, die infolge Kohlen- oder Materialmangels brotlos geworden sind, erstattet der Staat den Arbeitgebern jene in prozentuellem Verhältnis zum Arbeitslohne stehende Unterstützung, welche ihrerseits den trotz des Arbeitsmangels auch weiterhin zwangsweise angestellten Arbeitern bezahlt werden muß. Diesen Arbeitern waren anfangs, bis zum 30. November, gemäß einer neueren Verfügung aber auch zu Lasten des Fiskus folgende Unterstützungen zu bezahlen: bis zu einem täglichen Verdienst von 12 Kr. 100%, bei höherem Taglohn 80%, doch höchstens 21 Kr. Eine neuere Verordnung vom 27. November 1918 erklärt, daß alle jene aus diesen Betrieben entlassen werden können, die als Kaufleute und selbständige Gewerbetreibende um ihre Entlassung bitten. Doch erhalten solche Personen nach ihrer Entlassung weder »Kohlen-« noch staatliche Arbeitslosenunterstützung. Ferner sind jene den fünf jüngsten Altersklassen angehörigen Arbeiter zu entlassen, die gemäß einer neueren Verordnung zum Militärdienst einzurücken haben. Vom 7. Dezember an konnten auch nach regelrechter Kündigung — unter Einhaltung der in der Verordnung enthaltenen Grundprinzipien — im Betriebe entbehrlich gewordene weibliche Arbeitskräfte entlassen werden. Dagegen wird durch eine neuere Verfügung die »Kohlenunterstützung« solchen Arbeitern, die aus Unternehmungen, die zur Fortführung des Betriebes verpflichtet waren, zum Militärdienste eingezogen sind, und nun wieder zurückgenommen wurden, vom Tage ihres Wiedereintritts an die »Kohlenunterstützung« zugesprochen.

Dieses Prinzip der staatlichen Schadloshaltung ließ sich während des Krieges durch das große Gemeininteresse rechtfertigen, daß die Arbeiter der Rüstungsbetriebe jederzeit, sowie

der Betrieb wieder beginnen kann, mit dem ganzen Apparat zur Verfügung stehen. Aber schon damals war es verfehlt, nicht ständig — anfangs geschah dies 25% betreffend — einen Teil der daraus erwachsenden Kosten auf die Eigentümer der Betriebe zu überwälzen, die dem Staate gegenüber die günstige Kriegskonjunktur gehörig ausgenützt haben. Es erscheint beinahe als unmöglich, ausschließlich mit Staatsgeldern, der Arbeiterschaft einzelner Betriebe nach einem ziemlich hohen Standard so lange den Lebensunterhalt zu sichern, bis die Verhältnisse die Umstellung der Rüstungsbetriebe in Friedensindustrien gestatten und diese mit voller Kraft arbeiten können. Falls die besonderen Unterstützungen für die Angestellten der Rüstungsbetriebe aufrechterhalten werden, so werden daraus seinerzeit zweifelsohne auch die Eigentümer dieser Betriebe Vorteil ziehen. In vielen Fällen handelt es sich allenfalls um überwiegend volkswirtschaftliche Interessen. Der Staat müßte sich daher entschließen — auch im Hinblick auf die bis jetzt verfehlterweise nicht in Anspruch genommenen Kriegsgewinne — endgültig mit der bisher befolgten unrichtigen Politik zu brechen und mit einem Teil der Kohlenentschädigung, — wenigstens mit dem Unterschied, um welchen die Unterstützung dieser Arbeiter die der andern Arbeitslosen übersteigt — die Arbeitgeber zu belasten, oder aber er müßte diese spezielle, kostspielige Art der Arbeitslosenunterstützung einstellen und die beteiligten Arbeiter mit den übrigen Erwerbslosen (die ihrerseits übrigens schon auf die Verallgemeinerung der »Kohlenunterstützung« dringen) unter einen Hut bringen. Dieses Verfahren wäre um so mehr in Anwendung zu bringen, je weniger Aussichten für eine baldige Rekonstruktion der Volkswirtschaft vorhanden sind und je ungünstiger sich die Staatsfinanzen gestalten.

3. Die Regierung erließ nämlich bezüglich sämtlicher bei freien (nicht verpflichteten) Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmungen angestellten Arbeiter am 26. November eine besondere Verordnung über die staatliche Arbeitslosenunterstützung, welche verhältnismäßig bescheidenere Unterstützungsbeträge festsetzt. Wir werden im folgenden von der Kritik dieser Verordnung ausgehen und uns mit den übrigen Verfügungen eigentlich nur zur Vergleichung und zur Klärung der Prinzipien befassen. Zur letzteren kann auch die am 24. November vom Ministerium betreffend das Dienstverhältnis der Handelsgehilfen

und der bei den Industrie- und Handelsunternehmungen angestellten Beamten erlassene Verordnung gezählt werden.

Zwischen den einander entgegengesetzten Verfügungen können wir nur auf Grund folgender Erwägungen zu einem richtigen prinzipiellen und auch in den Einzelheiten konsequent zweckmäßigen Standpunkte gelangen. Eine die Unterstützung der Erwerbslosen bezweckende Politik des Staates wird durch das Gemeininteresse gerechtfertigt, daß die Arbeitslosen nicht nur an und für sich zu erhaltende gesellschaftliche Werte bilden, sondern daß ihre Entbehrungen die Gesamtheit, aus dem Gesichtspunkte der Volkshygiene, der öffentlichen Sicherheit und Moral, mit großen Gefahren bedrohen. Das Webbsche Ehepaar vergleicht in seinem Werke über das Problem der Armut den Arbeitslosen — was gewiß übertrieben ist — mit einem Scharlachkranken. Demzufolge muß nach Beendigung des Krieges bis zu einem später festzustellenden Zeitpunkte jeder arbeitsfähige Staatsbürger, der ohne eigenes Verschulden keine Arbeit finden kann und in Ermangelung anderer Unterhaltsquellen auf öffentliche Hilfe angewiesen ist — und zwar gleichviel, ob er sich während der kritischen Jahre an der Front oder im Hinterlande aufhielt — eine ordentliche Unterstützung erhalten. Es war daher verfehlt, den Personenkreis der staatlichen Arbeitslosenunterstützung — wie dies in dem Haupterlasse geschieht — auf die körperlichen Arbeiter zu beschränken und auch unter diesen je nach Geschlecht, der Zugehörigkeit zu einem gewissen Betriebe oder einer gewissen Organisation bzw. nach dem Grade der Schulung usw., Unterschiede zu machen. Demgemäß hätte man nicht nur, wie dies in einer späteren Verordnung geschehen ist, die einer öffentlichen Unterstützung bedürftigen stellenlosen Privatbeamten [1]), sondern auch die kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute, sowie die Erwerbslosen mit Intelligenz-

[1]) Jenen Privatangestellten, die aus dem Kriege zurückkehrten, sowie jenen, die während des Krieges angestellt wurden, werde das Recht zugesichert, daß sie während 3 bzw. 6 Monaten nicht aus ihren Stellen entlassen werden dürfen. Außerdem erhalten die während einer längeren Zeit Angestellten eine Endabfertigung. Die Verordnung erstreckt sich auch auf jene Angestellte, deren Arbeitsverhältnis der Arbeitgeber 2 Monate vor dem Ins-Leben-treten der Verordnung gekündigt hat. In allen diesen Fällen muß daher der Arbeitgeber, im Gegensatz zur Kohlenverordnung, den Angestellten wenigstens während 6 Monate Arbeitsunterstützung gewähren, sei es daß er sie ohne Arbeit weiter behält, sei es daß er sie sofort entläßt. Ueber diese Zeit hinaus tritt auch für die Privatangestellten die staatliche Arbeitslosenunterstützung in Kraft.

berufen [2]) in die Arbeitslosenunterstützung einbeziehen müssen, für die noch keine speziellen Unterstützungsmaßregeln ins Leben gerufen worden sind oder diese sich aus bestimmten Ursachen individuell nicht auf alle hierher gehörige Personen erstrecken, deren Lebensunterhalt gefährdet ist, obwohl sie zu jeder geeigneten Arbeit willig sind.

Es war ferner unrichtig, aus dem Kreise der unterstützten Personen die erwerbslosen weiblichen Fach- und gelernten Arbeiter auszuschließen, die noch kein ganzes Jahr arbeiten, weiter — ohne jede nähere individuelle Untersuchung — alle Taglöhner und Hilfsarbeiter, die in gewissen allgemein bezeichneten Industriezweigen (Bergwerke, Eisenbahnen) gearbeitet haben, nur darum, weil dort gegenwärtig Arbeitermangel herrscht. In Einzelfällen kann auch hier unverschuldete Arbeitslosigkeit und damit das Bedürfnis einer öffentlichen Unterstützung eintreten. Unbillig ist es, Frauen, die seit weniger als einem Jahre auf eigenen Erwerb angewiesen sind, z. B. kinderreiche Witwen, oder zu 50 v. H. arbeitsunfähig gewordene Hilfsarbeiter übergangsweise — bis sie eine entsprechend leichte Arbeitsgelegenheit gefunden haben — von der Unterstützung auszuschließen. Die Regierungsverordnungen des Deutschen Reiches und Deutsch-Oesterreichs kennen solche Ausschließungsfälle nicht.

Aus unserem prinzipiellen Standpunkte folgt, daß der Staat, auch bei der Festsetzung des Ausmaßes der ausschließlich aus öffentlichen Mitteln bezahlten Unterstützung, einfach das Interesse der Gesamtheit vor Augen haben muß: jeder Erwerbslose muß mindestens eine solche Unterstützung erhalten, daß seine und seiner, ev. von ihm zu erhaltenden Angehörigen Notlage keine Gefahr für die Allgemeinheit bildet. Verfehlt ist daher

[2]) Neuerdings versucht die Volksregierung mit entsprechenden Darlehen für die Kleingewerbetreibenden und Advokaten zu sorgen, den stellenlosen Ingenieuren bei der Bodenverteilung, sachlichen Abrüstung usw. zu Erwerb zu verhelfen. Trotzdem gibt es in diesen Gruppen und auch außerhalb dieser Elemente, welche früher oder später auf eine Arbeitslosenunterstützung im engern Sinne angewiesen sein können. Mangels dessen würden die auf eine höbere Lebensweise eingestellten Staatsbürger auf die in Ungarn gänzlich ungeordnete Armenfürsorge und private Wohltätigkeit angewiesen sein. Nun verlangt das gesellschaftliche Interesse, daß wir bei der Unterstützung der letzteren eher auf ihr höheres Lebensniveau Rücksicht nehmen. Demgemäß genügt es nicht, den Bedürftigen dieser Mittelschichten das bloße physische Existenzminimum zu sichern, sondern man müßte mit einer Zusatzunterstützung die Aufrechterhaltung des alten Lebensniveaus möglichst sichern.

auch die in § 2 und § 4 der ersten Hauptverordnung enthaltene Unterscheidung, wonach nämlich Fach- und angelernte Arbeiter täglich 10 Kr., sämtliche sonstigen im Erlaß angeführten Arbeiter (weibliche Fach- und angelernte Arbeiter sowie Taglöhner) täglich 6 Kr. erhalten. Denn wenn der ledige Arbeiter 10 Kr. staatliche Unterstützung braucht, um sein Existenzminimum zu sichern, so hängt dies durchaus nicht davon ab, ob er gelernt, angelernt oder Taglöhner ist; andererseits ist es aber auch unzweifelhaft, daß ein kinderreicher Mann oder eine ebensolche Frau mit diesem Betrage nicht auskommen kann. Eine solche erwerbsbedürftige, jedoch erwerbslose Frau bedarf auch dann einer höheren Unterstützung, wenn sie etwa weniger als ein Jahr gearbeitet hat und daher nicht einmal den niedrigeren Unterstützungsbetrag beanspruchen kann. Für prinzipiell unrichtig halten wir auch jene Bestimmung der »Kohlenverordnung«, welche die Unterstützung innerhalb gewisser Grenzen dem früheren tatsächlichen Verdienste des Arbeiters anpaßt. Es erscheint daher auch die Verfügung unrichtig, welche der Staatsrat von Deutsch-Oesterreich am 6. November betreffs der Unterstützung der Arbeitslosen erließ. Diese Verfügung beschränkt die Staatsunterstützung auf solche Arbeiter, die krankenkassenpflichtig sind oder es zur Zeit ihres Einrückens waren; der Unterstützungsbetrag wird dann in der Höhe des Krankengeldes festgesetzt, welches auf Grund der Lohnklassen der Arbeiterkrankenkassen im Verhältnis zu dem gegenwärtig ortsüblichen Durchschnittslohn der betreffenden Berufsgruppen gezahlt wird. Dieses Grundprinzip kann nur im Falle der gewerkschaftlichen Selbstversicherung oder der obligatorischen staatlichen Arbeitslosenversicherung geeignet erscheinen. Es bezahlen dann nämlich die verschiedene Beschäftigungen betreibenden Arbeiter nach Maßgabe ihres Erwerbs größere oder kleinere Beiträge und erhalten demgemäß — ganz unabhängig vom Bedarf ihrer Familie — auf längere oder kürzere Zeit größere oder kleinere Unterstützung. Die österreichische Verfügung ist jedoch wenigstens insofern bestrebt, dem eigentlichen sozialen Gesichtspunkte Genüge zu leisten, als sie für jedes unversorgte, von dem Arbeitslosen zu erhaltende Familienmitglied, soweit dasselbe keine anderweitige öffentliche Unterstützung genießt, täglich 1 Kr. Familienzulage gewährt.

Im Sinne der ungarischen Verordnung erhielt die große Masse der Arbeitslosen, besonders die Ledigen beiderlei Geschlechts und die Arbeiter mit einem Kinde sicherlich im Durchschnitt keine geringere Unterstützung als die Oesterreicher nach Maßgabe der Krankenunterstützung und der dieselbe ev. ergänzenden Familienzulagen. In Berlin bezieht derzeit ein arbeitsloser Familienvater mit drei Kindern täglich 8 Mk. Trotz alledem erhöhte jüngst die ungarische Regierung die Unterstützung — nach der alten Schablone — auf 15 Kr. und 10 Kr. Dabei erhielten die ungarischen Soldatenfamilien auch die Kriegsunterstützung bis Ende Februar, während sie den Familien der österreichischen Arbeitslosen bei Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung entzogen wird. Der § 3 c und f der ungarischen Hauptverordnung schließt nämlich von der Arbeitslosenunterstützung nur diejenigen aus, welche Krankengeld, Versorgung in einem Arbeiterheime, Armenunterstützung oder eine 100% betragende Invalidenversorgung genießen. Trotz der im allgemeinen sehr weitgehenden Verfügungen läßt also die ungarische Verordnung den kinderreichen Arbeiterfamilien eine aus dem Gesichtspunkte der eigentlichen Arbeitslosenpolitik verfehlte, auch individuell unbillige Behandlung zuteil werden und schützt dabei, infolge unverhältnismäßiger Versorgung der Ledigen sowie der Nichtbeachtung aller Unterstützungen, die den Arbeitslosen ev. aus andern Quellen zufließen können, das Interesse des Staatshaushaltes nicht genügend.

Hingegen deckt sich die, vom Deutschen Reiche während der ganzen Dauer des Krieges, besonders schon im ersten Kriegsjahre in ungefähr 1000 Gemeinden befolgte Arbeitslosenunterstützungspolitik, — welcher sich auch die neueren Verfügungen der revolutionären Regierung anreihen —, vollständig mit unserem prinzipiellen Standpunkte.

Im Auftrage der deutschen Regierung gab nämlich das Reichsabrüstungsamt am 13. November 1918 — mit einjähriger Geltung — prinzipielle Richtlinien heraus, welche als Maßstab der Unterstützung das Existenzminimum bezeichnen und dieses je nach der Anzahl der Angehörigen zu steigern wünschen. Diese Anweisung verpflichtet die Gemeinden zur Unterstützung der Arbeitslosen, welche jedoch nicht den rechtlichen Charakter der Armenunterstützung besitzen darf. Die Lasten werden so verteilt, daß die Gemeinden $^1/_6$, der zuständige Bundesstaat $^2/_6$

und das Reich $^3/_6$ zu den Kosten aufbringen. Das Ziel der Unterstützung erblickt die Anleitung in der gleichmäßigen Linderung der Notlage der Arbeitslosen. Eine bedürftige Lage ist nur anzunehmen, wenn die Einnahmen des zu Unterstützenden — einschließlich der Einnahmen der in seinem Haushalte lebenden Familienangehörigen — infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Demgemäß wird in Deutschland bei dem Ausmaße der Unterstützung der frühere Verdienst, das Geschlecht, die Beschäftigung nicht berücksichtigt, sondern dieselbe derart bestimmt, daß »sie wenigstens den ortsüblichen Taglohn erreicht«, der aber entsprechend der Zahl der Familienmitglieder angemessen zu erhöhen ist. Die Deutschen sind nicht nur dadurch bestrebt, das Interesse des Fiskus zu schützen, daß jedem gleicherweise nur das in dem durchschnittlichen Taglohn zum Ausdruck kommende Existenzminimum gesichert wird, sondern ziehen bei der Beurteilung der Bedürftigkeit auch jene Unterstützungen in Betracht, welche der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht. Rentenbezüge dürfen auf die von der Gemeinde oder dem Gemeindeverbande zu gewährende Unterstützung nur insoweit angerechnet werden, als die Erwerbslosenunterstützung und die Rentenbezüge zusammen den vierfachen Ortslohn übersteigen. Anzurechnen sind auch Zinsen von Spargroschen und dergleichen. Wie verhältnismäßig niedrig auf Grund dieser Prinzipien noch zuletzt die Arbeitslosenunterstützung angesetzt wurde, geht daraus hervor, daß sogar in Berlin die Arbeitslosen vorläufig nur eine tägliche Unterstützung von 10 Mk. anstreben.

Aus Obigem wird ersichtlich, daß sowohl im Deutschen Reiche wie in Deutsch-Oesterreich die Unterstützungen, obwohl nach verschiedenen Methoden, doch jederzeit den Ortsverhältnissen entsprechend verschieden festgesetzt und mit Rücksicht hierauf die Arbeitslosen womöglich nach ihrem Aufenthaltsorte vor dem Kriege gewiesen werden. Die ungarische Verordnung hingegen setzt für das ganze Landesgebiet einheitliche Unterstützungsbeträge fest, wo es doch klar ist, daß in den Provinzgemeinden weit über das Existenzminimum hinausgeht, was in der Hauptstadt gerade ausreicht. Hätte in Ungarn der Staat während der Kriegsjahre nicht eine qualifizierte, nach Aufenthaltsort, Familien- und persönlichen Verhältnissen unterschei-

dende Kriegsunterstützungspolitik befolgt, so würde die jetzige schablonenmäßige Arbeitslosenunterstützung eher dem Gemeininteresse entsprechen und einen Teil der Interessierten weniger verärgern. So aber wäre aus finanziellen und sozialen Gründen unbedingt eine baldmögliche gewissenhafte Differenzierung der Unterstützung erforderlich. Die Festsetzung des lokalen Existenzminimums könnte natürlich nur dann ein völlig beruhigendes Ergebnis liefern, wenn sie auf Grund einer positiven, fortgesetzten Untersuchung der Lebenshaltung erfolgte, gegebenenfalls könnte an einzelnen Orten statt der Geldhilfe auch Versorgung in natura gewährt werden; sonst wäre es unabsehbar, wohin die fortwährenden unkontrollierbaren Forderungen führen würden.

Gegen meine in diesem Sinne gemachten Vorschläge im Abrüstungsrate (November 1918) wurde von den Interessenten keine andere Einwendung erhoben, als daß die Gewerkschaften das von mir vorgeschlagene individualisierende System der Unterstützung nicht durchzuführen vermögen, und mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache von einer andern Unterstützungsorganisation nicht die Rede sein könne. Ich meinerseits leugnete die Stichhaltigkeit dieser Einwände und verwies auf meine durch die Praxis erworbenen Erfahrungen [*]). Diesen Standpunkt haben später die von den deutschen und den deutsch-österreichischen Regierungen erlassenen Unterstützungs- und Kontrollmaßnahmen auch gerechtfertigt. Vor dem Kriege führten die Gewerkschaften in sämtlichen fortgeschrittenen Staaten (Belgien, Großbritannien, Frankreich, Holland, einige deutsche Städte) die Festsetzung der behördlichen Ergänzungsunterstützungen und die fortgesetzte Kontrolle der Bedürftigkeit nur für diejenigen ihrer Mitglieder selbständig durch, die auf Grund bestimmter Beitragsleistungen auch der Gewerkschaft gegenüber Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben hatten. Die Vorzüge der durch die Gewerkschaften vermittelten behördlichen Unterstützungsergänzung (sog. Genter System) sind die Aneiferung zur Selbsthilfe, die Solidarität des Interesses der Mitglieder und

---

[*]) Verfasser, Le premier essaie d'assistance aux chomeurs in Budapest. Rapport Gard, 1913. Die erste Arbeitslosenzählung in Budapest und in 24 Nachbargemeinden. Jena 1915.

der Staatsgewalt und Einheit des Risikos, die aber nur den unterstützungsberechtigten Mitgliedern der Gewerkschaft gegenüber zur Geltung gelangen. Nur in diesem Falle hat die Gewerkschaft ein großes Interesse daran, daß wirklich nur solche Erwerbslose, die sämtlichen Bedingungen entsprechen, die Unterstützungen erhalten. Hingegen wird auch die Unterstützung der bei den betreffenden Gewerkschaften nicht versicherten Angestellten überall von den Gemeinden, meistens gemeinsam mit den behördlichen Lokalarbeitsnachweisstellen, durchgeführt. Auf Grund der mit diesem Verfahren gemachten günstigen Erfahrungen bezeichnet die deutsche Verordnung die Gemeinden als Hauptorgane der Arbeitslosenunterstützung; die Gewerkschaften werden nur als Aushilfsorganisationen herangezogen, und zwar durch folgende Anweisung: »Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen und die Beaufsichtigung der Arbeitslosen muß auf Grund einer diesbezüglichen Unterbreitung den Arbeiterorganisationen zugewiesen werden, wenn sie statutengemäß Arbeitslosenunterstützung bezahlen und für die regelrechte Durchführung der Auszahlung und Kontrolle genügende Garantie bieten.« Im Sinne der deutsch-österreichischen Ausführungsverordnung (§ 9) steht die Erledigung sämtlicher Angelegenheiten der Arbeitslosenunterstützung den gewerblichen Bezirkskommissionen zu. Die Aufgabe dieser paritätischen Kommissionen ist es, jene Arbeitsnachweisstellen zu bezeichnen und zu veröffentlichen, welche gemäß § 4 der Verordnung als »Arbeitslosenämter« wirken. Bei diesen haben sich die aus der Arbeit bzw. dem Militärdienste entlassenen Arbeitslosen mit ihrem Arbeitsbuche und dem Zertifikat des letzten Arbeitgebers zu melden, wenn sie bei diesem letzteren keine Beschäftigung fanden. Als solche Aemter kommen gemäß der Durchführungsverordnung in erster Reihe die öffentlichen Arbeitsnachweise in Betracht, außerdem müssen vertrauenswürdige, besonders gewerkschaftliche Facharbeitsnachweise herangezogen werden, die ohnedies schon häufig für die Arbeitslosenunterstützung eingerichtet sind. Natürlich muß die diesbezügliche Eignung und Befähigung der betreffenden Organisationen vorausgesetzt werden. Wenn in einer Gemeinde jedes andere entsprechende Organ fehlen sollte und derartige Arbeitsnachweisorgane auch nicht geschaffen werden könnten, so muß mit dieser Aufgabe die Gemeinde betraut werden.

Aufgabe der Bezirkskommissionen ist es weiter, die in § 6 der Verfügung erwähnten Zahlstellen zu bezeichnen. Als solche können die »Arbeitslosenämter« selbst oder auch die Bezirkskrankenkassen, die Krankenkassenverbände, endlich die Zahlstellen der Kriegsfürsorgekommissionen benützt werden.

Die ungarische Verordnung allein bezeichnet für die Fach- und angelernten Arbeiter als ausschließliche Anmeldungs-, Kontroll- und Auszahlungsorgane die dem Fache nach zuständigen Gewerkschaften. Allerdings verpflichtet dieser Absatz die übrigen Arbeiter, sich bei den behördlichen Arbeitsnachweisstellen bzw. deren Sammelstellen zu melden. Da jedoch gegenwärtig die nicht gelernten Arbeiter gemäß der Verordnung des Ministerialkommissärs überhaupt keine Unterstützung erhalten (s. oben), so sind ausschließlich die Gewerkschaften die Organe der staatlichen Arbeitslosenunterstützung. Nur wo sich überhaupt keine Ortsgruppe befindet, die gegebenenfalls auch die Versorgung der Arbeitslosen anderer Branchen übernehmen könnte, kann aushilfsweise statt der Gewerkschaftszentrale ein anderes Organ tätig sein. Nun war jedoch bis jetzt ein Teil der Gewerkschaften nicht einmal für die Arbeitsvermittlung genügend eingerichtet, ein noch kleinerer Teil hatte die Arbeitslosenunterstützung systematisiert. Demzufolge verursacht diesen Gewerkschaften schon die Feststellung der bloßen Tatsache und die dauernde Kontrolle der Arbeitslosigkeit außerordentliche Schwierigkeiten, besonders bei den zahlreichen Arbeitslosen, die bis jetzt nicht einmal Mitglieder waren. Noch weniger vermögen sie die sonstigen Daten sorgsam zu überwachen, deren Kontrolle doch die Verordnung selbst gleichfalls von den Gewerkschaften erwartet: Krankengeld, Versorgung im Krankenhaus, Armenunterstützung, Invalidenunterstützung, vollendetes 65. Jahr, Alter unter 14 Jahren usw.[4]). Noch viel schwieriger ist es für die Gewerkschaftszentralen, die Verantwortung für die Kontrollarbeit zu tragen, welche in dieser Beziehung ihre Ortsgruppen zu leisten haben. Aber auch für diejenigen Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenunterstützung schon früher systematisiert hatten, hat die Kontrolle jetzt gleichfalls weit geringere Bedeutung, da sie selbst ihre berechtigten Mitglieder de facto nicht mehr aus

---

[4]) Bemerkenswert ist, daß Arbeitslose infolge Arbeitsstreitigkeiten aus dem Kreis der Unterstützungsberechtigten nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden.

eigenen Mitteln unterstützen. Auch im Sinne unserer Vorschläge hätte die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Feststellung des wichtigsten Umstandes, des Fehlens angemessener Arbeit, herangezogen werden müssen. Hingegen ist besonders bei jenen Arbeitern, die von den Gewerkschaften keine Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen haben bzw. trotz ihres Anspruches jetzt nicht erhalten, eine parallele Kontrolle der Ortsbehörde notwendig. Diese Kontrolle hätte sich auf die dokumentarische Feststellung bzw. häusliche Kontrolle aller persönlichen und Familienverhältnisse zu erstrecken, welche wir aus dem Gesichtspunkte einer individuellen Bestimmung der Unterstützung für nötig bezeichnet haben. Mein Bericht über die erste Arbeitslosenunterstützungsaktion der Hauptstadt Budapest weist nach, daß die diesem Zwecke dienende Organisation in Budapest schon bei der ersten Gelegenheit (1913) unter Heranziehung der Bezirksvorstehungen binnen drei Wochen aufgestellt werden konnte. Gegenwärtig hätten wir uns jedoch nicht mit einer ausschließlich bürokratischen Kontrolle zu begnügen brauchen, sondern hätten die seit längerer Zeit in Vorbereitung begriffene dezentralisierte Organisation der Volkswohlfahrtszentrale ausbauen und benützen können. Auf Grund der gemachten Erfahrungen müßte ja ein großer Teil der Wohlfahrtsbeauftragten ohnedies aus dem Kreise der organisierten Arbeiter genommen werden. In der Provinz hätte man so lange, als es nicht gelingt, bei Heranziehung von gesellschaftlichen Hilfskräften die Volkswohlfahrtsadministration zu organisieren, die Ortsbehörden und die Kriegsunterstützungskommissionen als ergänzende Organe bei der Unterstützung und Kontrolle der Arbeitslosen verwenden müssen bzw. müßte dies noch jetzt geschehen. Welche Vorteile dies schon bei der Feststellung der tatsächlichen Erwerbslosigkeit gewähren würde, geht aus folgenden Beispielen hervor. Die gemäß der Verordnung, sich jeden Vormittag beim Arbeitsnachweise meldenden Arbeitslosen können mit dem Arbeitgeber unter einer Decke stecken und wenigstens nachmittags aushelfende Erwerbsarbeit (als Tagelöhner usw.) betreiben, viele der nach Tausenden zählenden Heimarbeiter und -arbeiterinnen — besonders solche, die bei ihrer Gewerkschaft noch unbekannt sind — können zu Hause arbeiten und dabei regelmäßig die Arbeitslosenunterstützung beheben. Die gewerkschaftliche Unterstützung unterliegt nur derjenigen Ueber-

prüfung, welche das Rechnungsamt des Kriegsministeriums auf Grund der von den Gewerkschaftszentralen eingereichten Ausweise und Einzelquittungen rein zahlenmäßig vornimmt. In merito kommen vor den Ministerialkommissär bzw. vor den ihm beigegebenen Rat nur solche Fälle, welche zu Streitigkeiten zwischen den Arbeitslosen und den Arbeitsnachweisorganen Anlaß geben bzw. gegen welche die beteiligte Partei Berufung einlegt. Dies halten wir auch unter den heutigen Umständen nicht für ausreichend. Noch weniger genügt jene Kontrolle der Arbeitslosen, welche die Verordnung über die Kohlenunterstützung vorschreibt. In dieser Hinsicht würde uns auch die Bildung von Betriebsräten nicht völlig befriedigen. Hier erfordert das Gemeininteresse dringlichst eine behördliche Ueberwachung sowohl der Arbeiter wie der Arbeitgeber.

Die obige Beleuchtung der Verhältnisse zeigt uns, daß die ausschließlich gewerkschaftliche Durchführung der gegenwärtigen staatlichen Arbeitslosenaktion bei den noch nicht organisierten Arbeitern unbedingt die Bereitwilligkeit zum Eintritte in die Gewerkschaften fördern muß. Doch verletzt dieses Vorgehen nicht nur die individuellen Interessen jener Arbeiter, welche zum Eintritt in die Gewerkschaften oder doch zu einer den letzteren entsprechenden politischen Haltung nicht geneigt sind und deshalb unter irgendeinem Titel der Unterstützung beraubt werden — was bei häufigerem Vorkommen auch die Interessen der Gesellschaft berühren kann —, sondern kann auch das mit diesen Millionenausgaben verbundene finanzielle Interesse des Staates nicht befriedigen. Die Stärkung der Gewerkschaften ist heute für die ungarische Volkswirtschaft mehr als je von Wichtigkeit, ja das Bestehen des ungarischen Staates hängt heute großenteils davon ab. Der Verfasser trat schon damals in der Revue der ungarischen Akademie der Wissenschaften für die Gewerkschaften ein, als hiezu — wie dies seinerzeit der »Gewerkschaftsanzeiger« auch festgestellt hat — noch ein gewisser moralischer Mut gehörte [5]). Aber daraus, daß wir in den Gewerkschaften die unentbehrlichen Organe der zukünftigen Gesellschaft erblicken, geht noch nicht hervor, daß die staatliche außerordentliche Arbeitslosenunterstützung in Ungarn ausschließlich, daher notgedrungen mangelhaft, durch sie vorgenommen werden müsse.

[5]) Vgl. auch Verf., Das Koalitionsrecht in Ungarn. Archiv f. Sozw. u. Sozialpol. 1908 (auch Separatabdruck).

Alle jene Gründe, welche gegen die obligatorischen Gewerkschaften sprechen, lassen auch die Ergebnisse sehr zweifelhaft erscheinen, welche von der obligatorischen staatlich-gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung erwartet werden. Die solchermaßen zum Eintritt gezwungenen Arbeiter werden kaum zu den überzeugten Kämpfern der Gewerkschaften gehören, sondern bei der ersten ungünstigen Konjunktur die Fahne verlassen oder aber ev. innerhalb der Gewerkschaften Schwierigkeiten verursachen. Die jetzt so leicht erworbene beträchtliche Hilfe dürfte auch kaum geeignet sein, den Geist der Selbsthilfe in der Arbeiterschaft zu entwickeln. Aus diesem Gesichtspunkte wird es sich als besonders schädlich erweisen, daß gegenwärtig selbst die hiezu berechtigten Mitglieder nicht außer der staatlichen Unterstützung auch noch die Gewerkschaftsunterstützung erhalten. Dies würde für die übrigen Arbeiter als Mahnung dienen, daß die systematische Arbeitslosenversicherung nur mit voraussehender Verwendung ihrer eigenen Kräfte geschaffen werden kann.

Noch in einer anderen Beziehung weist unsere jetzige Arbeitslosenpolitik einen beträchtlichen Mangel auf. Unser gesellschaftswirtschaftliches Leben zeigt das Bild einer völligen Desorganisation. Tausende von Invaliden können, auch wenn sie umlernen, nicht in ihrem früheren Berufe untergebracht werden; dazu sind von den Fronten viele solche Arbeiter zurückgekehrt, die ohne im militärischen Sinne invalid zu sein, sich doch körperlich und geistig derart verändert haben, daß sie ihren früheren Beruf nicht mehr ergreifen können oder wünschen. Das Gemeininteresse läßt es weiter nicht als wünschenswert erscheinen, daß die während des Krieges in gewissen Branchen der Schwerindustrie beschäftigten Arbeiterinnen auch weiterhin dort arbeiten. Ueberhaupt sollte der Verdienst der Männer in Zukunft so groß sein, daß sie allein ihre Familie erhalten könnten. Auf eigenen Erwerb angewiesene Frauen mit drei oder mehr Kindern müßte die Gesellschaft behufs angemessener Erfüllung ihrer Mutterpflichten von jeder Erwerbsarbeit befreien. Auf eigenen Erwerb angewiesene junge Frauen müßten endlich für jedermann zugängliche sonstige entsprechende Vorbildung erfordernde Gewerbezweige ausgebildet werden, Witwen mit eins bis zwei Kindern endlich sollte man die Heimarbeit unter gemeinnützigen Arbeitsbedingungen (Lohnminimum usw.) vorbehalten.

Aus alledem geht klar hervor, daß gegenwärtig ein großer Teil der Arbeitergesellschaft und demgemäß auch der Jugend fachgemäße Berufsberatung, Fachbildung und zielbewußte Versorgung mit Arbeitsgelegenheit braucht. Die kostbare Zeit, welche die große Masse der Arbeitslosen heute zum Teil untätig verbringt, müßte daher wenigstens dazu verwendet werden, die darauf Angewiesenen den volkswirtschaftlichen und individuellen Ansprüchen gemäß für neue Berufe auszubilden bzw. ihre bisherigen Kenntnisse aufzufrischen und zu vervollständigen. Wir wollen dies nicht zwangsweise verwirklichen, wie man es in Belgien auf Huysmans Vorschlag versucht hat, wo es während des Krieges eine Bedingung für die Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung war, daß die Erwerbslosen an gewissen Lehrkursen teilnehmen. Es wäre aber — auch wegen des Mangels an Lehrkräften und Lehrmitteln — erwünscht, wenn man den sich freiwillig meldenden und auch aus sozialen Gesichtspunkten geeigneten Arbeitslosen wenigstens Gelegenheit zur Fortbildung gäbe. —

Bei dem heutigen trostlosen Zustande unserer Volkswirtschaft knüpfen sich wichtige finanzielle und gesellschaftliche Interessen daran, daß wir die staatliche Unterstützung der verschiedenen Kategorien der Arbeitslosen im erwähnten Geiste reformieren, auf einheitlicher Grundlage aufbauen, individuell durchführen und auch durch pädagogische Maßregeln ergänzen. Nur in diesem Falle können wir hoffen, daß die mit der Abrüstung verbundene außerordentliche Arbeitslosenaktion für den systematischen Ausbau der Arbeitslosenunterstützung bzw. -versicherung entsprechende Lehren bieten und nicht gleich dem Soldatenleben und der Kriegsfürsorge die Sitten und das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiterschaft untergraben wird.

Die Abrüstung hat in Ungarn und besonders in dessen Hauptstadt infolge zahlreicher unglücklicher Umstände, nicht zum wenigsten infolge des Ansturms unserer äußeren Feinde unzweifelhaft massenhafte Arbeitslosigkeit in der Industrie hervorgerufen. Heute rechnet man an maßgebender Stelle für Budapest und Umgebung mit 150 000 »Kohlenunterstützung« (3/4 hievon völlig erwerbslos) und 30 000 staatliche Arbeitslosenunterstützung beziehenden erwerbslosen Arbeitern. Während anderwärts die Betriebe sich teilweise schon für den Frieden einrichten oder aber die Kriegsindustrie als Notstandsarbeit fortsetzen, steht

bei uns die Produktion, abgesehen von einigen Gewerbezweigen (Bekleidungs-, Vervielfältigungsindustrie), seit Monaten völlig still und so geht auch die wertvolle Arbeitskraft, der einzige uns noch gebliebene Schatz, verloren. Während für den Staatshaushalt die Kohlenunterstützung eine neue monatliche Belastung von annähernd 20 Millionen bedeutet, kostet die staatliche Arbeitslosenunterstützung ungefähr 6 Millionen Kronen monatlich. In dieser furchtbaren Lage haben wir die einzige gründliche Abhilfe, den Beginn der Produktion, nicht in der Hand und sollte selbst die Entente die vorhandenen Hindernisse aus dem Wege räumen, so wird es doch noch Monate währen, bis die private gewerbliche Produktion wieder in das richtige Geleise kommt. Die Regierung müßte daher, um katastrophale Entwicklungen zu vermeiden, dringend folgende Mittel ergreifen:

1. Die auf die Arbeitslosenunterstützung bezüglichen Verfügungen müssen in obigem Sinne reformiert werden, wobei die Unterstützungen nicht unbedingt vermindert, jedoch zweckmäßiger und gerechter verwendet werden sollen.

2. Die Zuweisung der Arbeitslosenunterstützung muß an die Bedingung geknüpft werden, daß jeder gegenwärtig in der Hauptstadt befindliche Erwerbslose innerhalb einer bestimmten Frist die Unterstützung nur in der Gemeinde ansprechen kann, wo er sich vor dem 1. Juli 1914 aufhielt. Dies erfordert nicht nur die Arbeitslosenpolitik, sondern auch eine nüchterne Bevölkerungspolitik, die Volkshygiene und öffentliche Sicherheit. Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, daß die Bevölkerung der Hauptstadt und Umgebung durch erwerbslose Massen, die erst durch die Rüstungsindustrie, dann durch die planlose Abrüstung hier zusammengedrängt wurden, nunmehr von 1,2 auf nahezu 2 Millionen gestiegen ist, so daß die Wohnungs-, Verpflegungs- und Sicherheitsverhältnisse für die eingesessene Einwohnerschaft unerträglich geworden sind. Auch die politische Lage läßt es nicht wünschenswert erscheinen, daß diese Massen den hier aufgehäuften revolutionären Zündstoff vermehren. Der Staat kann dieselben Massen an ihrem Wohnort in der Provinz mit geringeren Kosten besser erhalten und sie eher in Verbindung setzen mit jenen Produktionszweigen (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Verkehr), wo sich bereits Arbeitermangel zeigt oder zuerst auf den Beginn der Arbeit gerechnet werden kann. Besonders muß auch aus moralischen Gründen auf baldigste Zurück-

führung der in der Rüstungsindustrie zahlreich vertretenen Frauen aus der Großstadt auf das Land gedrungen werden.

3. Die Versorgung der durch den Krieg am meisten entvölkerten, auch von den Kriegsgefangenen verlassenen Landwirtschaft mit Arbeitskräften ist ein vitales Interesse sämtlicher arbeitenden Elemente des Landes geworden. Die kürzlich ergangene Verfügung über die Verwendung militärischer Arbeiterabteilungen in der Landwirtschaft müssen wir wärmstens begrüßen. Aber nötigenfalls müssen die Arbeiter- und Soldatenräte selbst den Arbeitszwang besonders nach dieser Richtung hin allgemein energischer organisieren. Der Krieg hat die Demarkationslinien zwischen den einzelnen Berufen aufgehoben, Frontsoldaten haben ebenso wie Leute der militärischen Arbeiterabteilungen auch die härtesten Erd- und Feldarbeiten verrichtet, ohne Rücksicht auf die Qualifikation, mit welcher sie einrückten [6]).

4. Nach Sicherstellung der dringendsten Arbeiten müssen auch mit den größten Opfern die öffentlichen Arbeiten [7]) baldmöglichst in Gang gebracht werden, die Sozialisie-

---

[6]) Die Regierung hat am 15. Februar eine Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion erlassen. Die Verordnung besagt, daß bis zur Durchführung der endgültigen Bodenreform jene Grundbesitze, welche man auch bisher zur landwirtschaftlichen Bebauung verwendet hat, im laufenden Wirtschaftsjahre nicht unbebaut bzw. landwirtschaftlich unbenützt gelassen werden können.

Jeder männliche und weibliche landwirtschaftliche Dienstbote, der in dieser Eigenschaft auch bisher gearbeitet hat, ist verpflichtet, falls er durch seinen Gesundheitszustand oder andere berücksichtigungswerte Umstände nicht verhindert wird oder zu einem anderen Beruf nicht übergeht, eine solche Anstellung bei seinem jetzigen oder bei einem andern Arbeitgeber im Jahre 1919 zu übernehmen und ist verpflichtet, diesen Umstand auf Aufforderung der betreffenden Ortsvorstehung, in den Städten des Bürgermeisters nachzuweisen. Dieselbe Verpflichtung besteht bezüglich jener männlichen und weiblichen Arbeiter, welche entweder als Teil-Akkordarbeiter oder Taglöhner bis jetzt in der Landwirtschaft ständig tätig waren. Für beide Kategorien werden die Arbeitsbedingungen mangels an Uebereinkommen von den zuständigen landwirtschaftlichen Einigungs- oder Lohnkommissionen festgesetzt. Zur Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeit bevollmächtigt die Regierung die Verwaltungsbehörden erster Instanz, daß sie zu diesem Zweck die Inanspruchnahme der persönlichen und sonstigen Leistungen anordnen können. Die arbeitsscheuen Elemente werden damit bestraft, daß sie bei der bevorstehenden Bodenreform ausgeschlossen werden.

[7]) Die Regierung hat nun auch schon beschlossen, von Anfang April an die Arbeitslosenunterstützung einzustellen, gleichzeitig aber durch großzügige, öffentliche Arbeiten innerhalb zweier Monate 400 000 Arbeitern Arbeit zu beschaffen. Den Geldbedarf dieser öffentlichen Arbeiten will die Regierung mit einer ungefähr auf 5 Milliarden Kronen belaufenden innern Anleihe decken.

rung einzelner Betriebszweige vorbereitet und die ganze Friedensindustrie auf neuer technischer und sozialer Grundlage aufgebaut werden. Es liegt nicht weniger im Interesse des Arbeiters als des Arbeitgebers, daß die wirtschaftliche Entwicklung in jeder Hinsicht gesichert werde, denn hievon hängt sein eigenes Wohl und die Existenzmöglichkeit des neuen demokratischen Ungarn ab.

Die öffentlichen Arbeiten werden durch den Staat kontrolliert, doch wird der Mitwirkung der Gesellschaft breiter Raum geboten. Als Organ dieser Kooperation wurde anfangs Februar der Landesarbeitsrat geschaffen, bei dessen Eröffnung der sozialdemokratische Handelsminister die Erklärung abgegeben hat: »Wehe der Revolution, welche nur zerstört und deren zweite Arbeit nicht das Schaffen ist! Die Zerstörung wird nur durch die ihr auf dem Fuße folgende aufbauende Tätigkeit gerechtfertigt«.

bereitet und die ganz
und sozialer Grundl
eniger im Interesse d
die wirtschaftliche Er
werde, denn hievon
möglichkeit des neuen

staat kontrolliert, doch
ten. Als Organ dieser Kon
t s r a t geschaffen, bei
nister die Erklärung abg
rt und deren zweite Arbei
ch die ihr auf dem Gebie

